

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Propaganda der Tat — Arbeiterklasse

und Sozialpolitik (von Meta Kraus-Fessel).

— Zweckjustiz — Vor dem Faschismus

in Österreich (von L. Krafft). **Befreites**

Land — Partei, Partei . . . — Gastonia

— Affentheater

NR. 1

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

Oktober 1929

Kind und Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York
(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“



Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des FANAL. Abonnenten des FANAL erhalten durch diese auf Wunsch Zahlungserleichterung

Soeben gelangte zur Ausgabe die

LIEBE

VON HELENE STÖCKER

Ladenpreis RM. 6.50 in Ganzleinen geb.

Der Kampf zwischen dem Persönlichkeitsbewußtsein der Frau und dem elementaren Triebe wird mit leidenschaftlicher Anteilnahme und mit genialer Einfühlung dargestellt. Eine einzigartige Erscheinung in der modernen Literatur. *Berl. Morgenzeitg.*

Eine wertvolle, unsere Kenntnisse der verborgenen Beziehungen zwischen Körper und Willen, zwischen Liebe und Leben des Weibes tief bereichernde Tat. *Berl. Volkszeitung*

. . . gehört zu den großen [Merkwürdigkeiten der Literatur. *Das freie Volk*

Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnesglut mit jener hohen Sittlichkeit, die es als unmöglich empfindet, den Mann nicht mehr zu lieben, an dem die Liebende zum Weibe und Menschen gereift ist. *Literarisches Echo*

EROTIK UND ALTRUISMUS

von Helene Stöcker

Broschiert RM. 1.—

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da. *Die schaffende Frau*

12. bis 17. Auflage des Romans

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den

Verlag
der Neuen
Generation,
Berlin
Nikolassee



VERKÜNDER UND VERWICKLICHER

von Helene Stöcker

Preis geb. RM. 8.—, kart. RM. 2.—

Beiträge zum Gewaltproblem nebst einem zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlichten Briefe Tolsteins.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 1

Oktober 1929

Ercheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,00. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchlüchtlingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8113.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Propaganda der Tat

Es gab eine Zeit, und sie ist noch garnicht lange vorbei, da verband man mit der Vorstellung eines Anarchisten allgemein die eines Bombenlegers, im besten Falle eines Menschen, dessen politische Auffassung sich darin erschöpfte, daß die Gesellschaft durch Gewalttaten Einzelner in Schrecken gesetzt werden müsse, um ihre schlechten Einrichtungen aus Angst durch bessere zu ersetzen. Das Auftreten der französischen Anarchisten zu Anfang der neunziger Jahre, die Taten und das Ende unserer Genossen Ravachol, Vaillant, Henry begeisterte zwar die Pariser Arbeiter, blieb aber dem schon vom Marxismus erfaßten Teil des europäischen Proletariats, besonders also den deutschen Sozialdemokraten, einfach unverständlich, und die Bourgeoisie hatte leichte Arbeit, die große Freiheitsidee des Anarchismus als eine Theorie wahnwitziger Verbrecher zu kompromittieren, deren ganzer Inhalt die Praktizierung einer Propaganda-Methode sei, der „Propaganda der Tat“.

Die Marxisten lehnen bekanntlich jeden individuellen Terror ab, bezeichnen ihn als konterrevolutionär und den Interessen des Proletariats abträglich und stellen ihn, mindestens seit Lenin, in Gegensatz zum Massenterror, den sie bejahen, ohne indessen irgendwo zu erklären, wie die Grenzen zwischen diesen beiden Arten des Terrorismus laufen. Man sollte nämlich meinen, daß die Ausübung des Massenterrors terroristische Taten Einzelner in sich schließe, und umgekehrt, daß der Terrorakt einer Person oder Verschwörergruppe, falls er aus einer allgemeinen Empörungs- oder Verzweiflungsstimmung hervorwächst, die Leistung eines Werkzeugs der Massen sei. Die feine Unterscheidung zwischen Einzel- und Massenterror, die die Parteikommunisten machen, ist nichts als

verantwortungsscheue Sophistik, der man die alte sophistische Frage entgegenhalten kann: Besteht nicht ein Berg aus Sandkörnern? Aber ein Sandkorn ist noch kein Berg, auch zehn nicht, auch nicht hundert oder tausend, aber doch wohl eine Million? Also, bei wieviel Sandkörnern fängt ein Berg an? Und ebenso: Wo hört Einzelterror auf? Wo fängt Massenterror an?

Es ist übrigens nicht richtig, individuellen Terrorismus mit Propaganda der Tat einfach gleichzusetzen. Die meisten Attentate und politischen Morde der Geschichte — die ja gewiß keine anarchistische Erfindung noch gar anarchistische Spezialität sind —, vereinigen in sich den Zweck der politischen Rache mit dem der Werbung für eine Idee. Die langjährige terroristische Tätigkeit der russischen Nihilisten und Sozialrevolutionäre dienten zugleich der Einschüchterung der herrschenden Macht und der Vorbereitung der Revolution. Reinsdorfs großartiger Plan, bei der Enthüllung des Niederwalddenkmals das Festzelt in die Luft zu sprengen, in dem Wilhelm I. mit Sohn, Enkel, Urenkel, allen deutschen Bundesfürsten und militärischen und politischen Paladinen versammelt war, entsprang der Absicht, die Niedertracht des Sozialistengesetzes an denen zu rächen, die es bewirkt hatten und verantworteten, und gleichzeitig die revolutionäre Tatkraft seiner Opfer, der Arbeiter, als das Mittel zu erweisen, das der gepeinigten Klasse im Kampfe allein zu Gebote stehe. Ravachols Anschläge gelten als typische Beispiele der Tatpropaganda. Aber das würde voraussetzen, daß sie lediglich den Zweck verfolgt hätten, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Lehre der Anarchie zu lenken, die Ravachol vertrat. Da scheint es nützlich, die vielfach vergessenen Tatsachen in Erinnerung zu bringen. (Ich beziehe mich hier hauptsächlich auf Arthur Holitschers kleines Buch „Ravachol und die Pariser Anarchisten“, Verlag der Schmiede, Berlin 1925, das, ohne dem Wesen des Anarchismus eigentlich beizukommen, die Oberflächendarstellung im ehrlichen Streben nach Verständnis und Gerechtigkeit gibt.)

Ein Ereignis der Art, wie sie die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten unserer Tage in Deutschland zur Alltäglichkeit gemacht haben, erregte im Jahre 1891 die Gemüter der Pariser Arbeiter in ungeheurem Maße. Eine Gruppe Anarchisten im Stadtviertel Clichy verließ unter Vorantragen einer roten Fahne im Zuge ihr Versammlungslokal. Sie wurde von Polizei überfallen und auf beiden Seiten schoß man. Viele wurden verhaftet und danach von den Polizisten mißhandelt; zwei Arbeiter wurden zu 5 und 3 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Diese beiden Männer wurden nun die Patenkinder der Erregung des Pariser Proletariats, das von ihnen als den Märtyrern von Clichy sprach, Die Erregung steigerte sich unaufhaltsam und im

März 1892 explodierten im Abstand von nur wenigen Tagen drei Bomben, die erste im Hause des Gerichtspräsidenten, der die beiden Anarchisten verurteilt hatte, die zweite in einer Kaserne und die dritte beim Staatsanwalt des Arbeiterprozesses. Die Attentate beim Richter und beim Staatsanwalt waren Ravachols Werk gewesen. Handelte es sich hier wirklich einfach um Propagandataten? Ravachol selber hat darüber vor Gericht gesagt: „Ich habe meine Taten begangen, um die verantwortlichen Lenker, die Staatsjustiz zu belehren, daß ihrer Härte unsere Härte gegenübersteht“. Also Terrorakte der Rache und der Warnung halber; Akte des proletarischen Selbstschutzes. Weiter aber: „Ich habe im Namen der Anarchie gehandelt, die eines Tages die große Familie der Menschheit bedeuten wird, und in jener Zeit wird es keine Hungernden mehr geben. Die Schreckensakte, die ich begangen habe, sollten ein Signal für das Bürgertum sein, daß wir leben und daß man uns erkennen solle als das, was wir sind: die einzigen Verteidiger der Unterdrückten“. Hier bekennt sich der Terrorist allerdings so eindeutig wie möglich zur Propaganda für seine Idee durch die in aller Welt schreckensvoll hörbare Tat.

Ravachols Haupt fiel unter der Guillotine. Sein Leben und seine Taten hatten bei den Armen in Paris gewaltige Volkstümlichkeit gewonnen, die den „Rächer der Armut“ in Gesängen und romantisch-revolutionären Legenden feierten. Die Bourgeoisie hingegen suchte sich gesetzlichen Schutz gegen die gefährliche Lehre des Anarchismus zu schaffen, und die Regierung Loubet legte dem Parlament 1893 ein Gesetz vor, nach dem auf Sprengstoffattentate kurzerhand der Tod stehen sollte. Die Antwort war die Bombe, die am 9. Dezember 1893 der Anarchist August Vaillant von der Galerie des Palais Bourbon in die Kammersitzung warf. War Vaillant ein Propagandist der Tat? In seiner schönen Verteidigungsrede sagte er: „Wo immer ich auch hingekommen bin, überall habe ich Elende, unter das Joch des Kapitals Gebeugte gesehen. Ueberall war ich Zeuge derselben Folterungen, derselben blutigen Tränen . . . Und hier wie überall habe ich das Kapital gesehen, wie es den letzten Blutstropfen des unglücklichen Parias vampyrgleich aussaugt . . . Meine Bombe warf ich unter jene, die ich als in erster Linie verantwortlich für die Leiden der Allgemeinheit erachte. — Aber“ — die Verteidiger des Massenterrors auf Kosten des Individualerrors mögen Vaillants Worte aufmerksam lesen! — „die Explosion meiner Bombe ist nicht allein das Zeichen der Verzweiflung eines einzelnen Menschen, sie ist der Ausdruck der Not einer ganzen Klasse, die bald den Schrei des Einzelnen übertönen wird . . . Alle Gewalt der heute Regierenden wird es nicht verhindern, daß Reclus, Darwin,

Spencer, Ibsen, Mirbeau und die andern ihre Ideen des Rechts säen . . . Diese Ideen werden die Unglücklichen zu Akten der Empörung stacheln, wie das in mir geschehen ist — und dies wird bis zu dem Tage sich fortsetzen, an dem das Verschwinden der Autorität allen Menschen gestatten wird, sich frei zusammenzufinden nach Maßgabe ihrer inneren Zusammengehörigkeit.“ Der Bombenwurf ein Akt der Vergeltung, die Propaganda für die Idee aber aufgespart für die Rechtfertigungsrede des Todgeweihten. Mit den Worten: „Tod der bürgerlichen Gesellschaft! Lang lebe der Anarchismus!“ legte August Vaillant am 5. Februar 1894 den Kopf unter das Fallbeil.

Fünf Tage nach seiner gesetzlichen Ermordung dröhnte die Rache für Vaillant in furchtbarer Detonation über den Erdboden. Der 21 jährige Student Emil Henry hatte eine Bombe in das Pariser Luxuscafé Terminus geworfen. Bei Henry, diesem glühenden Revolutionär, diesem hochbedeutenden jungen Menschen, der sehr früh die Idee der Anarchie in sich aufnahm und mit fanatischer Leidenschaft bekannte, kann man von einer Propaganda durch die Tat kaum reden. Er hatte schon, wie sich in seinem Prozeß herausstellte, im Jahre 1892 den Versuch unternommen, die Büros der Bergwerksgesellschaft mit Dynamit in die Luft zu sprengen. Beide Taten betrachtete Henry durchaus als Kampfactionen, die er mit Bewußtsein gegen anonyme Vertreter der Bourgeoisie richtete, wie auch das Kapital seine Brutalität nicht auf bestimmte Vertreter des Proletariats, sondern auf die Namenlosen der entrechteten Klasse, die in Wahrheit namenlos Leidenden wirken läßt. „Da die gesamte Bourgeoisie“, sagte Henry vor Gericht, „der Ausbeutung der Unglücklichen teilnahmslos zusieht, muß sie in ihrer Gesamtheit ihre Schuld büßen“. Dann: „Die Bourgeoisie erkennt die Anarchisten als eine geeinte Körperschaft an. Ein einzelner Mann, Vaillant, warf eine Bombe. Das aber schadete nichts: die Anarchisten wurden in ihrer Gesamtheit verfolgt. Jeder, der nur entfernt zum Anarchismus Beziehungen hatte, unterlag der Verfolgung. Nun, da Sie die gesamte Bewegung für die Tat eines Einzelnen verantwortlich machen, vergelte ich gleiches mit gleichem. Ihr habt in Chicago gehängt, in Deutschland geköpft, in Xeres gewürgt, in Barcelona erschossen, in Montbrison und Paris guillotiniert — was ihr aber niemals werdet töten können, das ist die Anarchie . . . Sie erhebt sich als eine gewaltsame Gegenbewegung gegen die Ordnung dieser Gesellschaft, sie repräsentiert alle Sehnsucht nach Gleichheit und Befreiung, nach Zertrümmerung der gegenwärtigen Autorität. Sie ist überall; sie ist nirgends zu fassen; sie wird euch alle töten!“

So sehen wir in den drei Hauptvertretern des anarchistischen Terrorismus jener Zeit drei verschiedene Beweggründe des Handelns am Werk: bei Ravachol das Bestreben, die herrschende Gesellschaft einschüchternd zu verwirren und dadurch zugleich die Idee der freiheitlichen Ordnung der Idee der staatlichen Autorität gegenüberzustellen; bei Vaillant das Rachebedürfnis des Proletariers, der in sich seine ganze Klasse repräsentiert fühlt, und bei Henry die Angriffswut des Empörten, der mit seiner Person, erfüllt vom Leide der Gesamtheit, den Kampf beginnt, um das Phlegma der Reichen aufzustören und die Begeisterung der Armen für Gleichheit und Freiheit zu wecken. Alle drei starben auf dem Schaffott wie vorher ihr deutscher Gesinnungsgenosse Reinsdorf, der mit seinem Unterfangen die Mitwelt alarmieren wollte gegen die Bösartigkeit der Bismarck-Reaktion und gleichzeitig das ganze Geschmeiß zu Herrgöttern aufgepumpter Schmarotzer spüren lassen wollte, daß man es mit geeigneten Mitteln wie eine Wanzenbrut vertilgen könne. Propagandisten der Tat waren sie alle, — wer kann es leugnen? Ihr Tod überlebt sie als werbende Mahnung an die Freiheit, die zu erkämpfen sie den Ueberlebenden mit ihrem heroischen Beispiel auferlegt haben.

Holitscher zitiert Krapotkin, der in den „Worten eines Rebellen“ schreibt: „Eine einzige Tat macht in wenigen Tagen mehr Propaganda als tausend Broschüren. Eine Tat gebiert die andere; Gegner schließen sich dem Aufruhr an; die Regierung wird uneins, Härte verschärft den Streit; Zugeständnisse kommen zu spät: die Revolution bricht aus“. In dieser Aeußerung, die sich mit vielfachen anderen Zitaten Krapotkins deckt, ist in der Tat ein entschiedenes Bejahen der Propaganda einer Idee durch das Mittel eingreifenden Handelns ausgedrückt. In dem Abschnitt über die revolutionären Minderheiten erinnert Krapotkin daran, wie die Propaganda durch die Tat sich zu Beginn der französischen Revolution praktisch auswirkte. (Ich halte mich hier an die leider unvollendet gebliebene Uebersetzung der „Worte eines Rebellen“, die der Genosse Rucker in der alten Londoner Lieferungs Ausgabe besorgt hat, da sie die Ansichten Krapotkins unverfälscht wiedergibt und in einer Sprache gehalten ist, die auch der Anspruchsvolle als deutsch bezeichnen kann.) „Einige entschlossene Männer legten Feuer an die ersten Schlösser, während die große Masse noch in Demut und Furcht verharrete, bis die Flammen der brennenden Schlösser zu den Wolken emporloderten, — bevor man daran dachte, die Steuereinnehmer an dieselben Galgen zu knüpfen, welche ehemals das Gewicht der Vorläufer der Jacquesie tragen mußten.“ Die Frage aber, welche besonderen Formen die Tatpropaganda annehmen solle, beantwortet

Krapotkin unzweideutig: „Jede, die durch die Lage der Dinge, durch Gelegenheit und Neigung vorgezeichnet wird.“ Gleichviel, ob ein Einzelner, ob eine Mehrheit die Tat ausführt — nur kühn muß sie sein, und „niemals darf sie ein Mittel unbenutzt, niemals eine Tatsache des öffentlichen Lebens unbeachtet lassen, um die Geister in Spannung zu erhalten, der Unzufriedenheit Nahrung und Ausdruck zu geben, den Haß gegen die Ausbeuter zu schüren, die Regierung lächerlich zu machen, ihre Ohnmacht darzutun.“

Aber jenun: Einzelterror ist konterrevolutionär, so haben es früher die Sozialdemokraten, später die Parteikommunisten verkündet. Der Sinn dieser typisch marxistischen Weisheit ist natürlich der, daß jegliche Selbständigkeit im Entschließen oder Handeln die Disziplinsprüche der Führer kränkt und bei Revolutionären den Gedanken wecken muß, es bedürfte zur Durchführung des Notwendigen keiner Erlaubnis von oben, sondern nur der Erkenntnis von innen. Man blieb nicht dabei, die individuellen Taten revolutionärer Kämpfer objektiv falsch zu nennen, man beschuldigte diese von Leidenschaft bewegten Menschen zugleich subjektiven Verates an der Arbeiterklasse; nur Spitzeln und Provokateuren könne es beikommen, durch terroristische Einzelaktionen oder Verschwörungen die wohldurchdachte Taktik der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Führer zu sabotieren. Diese Erbärmlichkeit, mit der die Sozialdemokratie schon zur Zeit des Sozialistengesetzes gegen die Anarchisten arbeitete — Bebel hatte z. B. August Reinsdorf wegen seiner radikalrevolutionären Propaganda solange als Spitzel verdächtigt, bis die Tat am Niederwalddenkmal und der Tod Reinsdorfs als Blutopfer des Staates ihn zum Widerruf nötigte —, ist dann von den Parteikommunisten nicht ganz so schofel, aber nicht weniger armselig zur „Wissenschaft“ erhoben worden. Dort, wo man alles in Thesen einfängt in dem Glauben, dann könne keine theoretische Erkenntnis je wieder durch das Fenster praktischer Erfahrung entweichen, hat man gleich auch jede Aeußerung persönlichen Eingreifens im wirtschaftlichen Kampf, wie Sabotage und passive Resistenz als die Autorität der Bonzenschaft schädigend geächtet. In den Heidelberger Leitsätzen vom Oktober 1919, die die KPD. noch nie widerrufen hat und deren Verfasser mit Recht Paul Levi heißt, ist folgendes zu lesen: „Von dieser Auffassung ausgehend, daß die wirtschaftliche Aktion nur ein Glied in der Gesamtktion der Massen ist, verwirft die KPD. jene Formen des wirtschaftlichen Kampfes, die nicht Massenaktion, sondern Individualakt sind. Sie verwirft die Sabotage als ein anarchistisches Mittel, das durch individuellen Akt die Aktion der Massen zu ersetzen sucht, in Wirklichkeit aber durch Akte individuellen Terrors die Aktion der Massen

lähmt.“ Was hingegen die passive Resistenz anbetrifft, so findet der sozialdemokratische Verfasser der kommunistischen Leitsätze (dazumal war er der kommunistische Verfasser sozialdemokratischer Leitsätze), daß sie im Gegensatz zum Streik, „der einer Steigerung zur Demonstration, zum Massenaufstand, zum Generalausstand und damit zum endgültigen Siege fähig ist“, einer solchen Steigerung nicht fähig sei; „sie führt daher ganz von selbst zu einer Verflachung der wirtschaftlichen Kämpfe“.

Hier soll dieser Unfug nicht umständlich widerlegt werden; es genügt daran zu erinnern, daß der Generalausstand, den Levi durch das Vorausgehen von Individualaktionen „gelähmt“ glaubt, gerade von den Anarchisten stets als wirksamstes revolutionäres Kampfmittel empfohlen worden ist, längst schon, als die Leviten noch von diesem Mittel nur als Generalblödsinn sprachen. Aber man braucht den deutschen Arbeitern nur zu sagen, daß der Einsatz ihrer eigenen Tatkraft und ihrer eigenen Initiative auf den Fortgang ihrer Klassen-erfolge lähmend einwirken müsse, dann hat man sie bei ihrer traurigsten Eigenschaft gepackt, die die Preußenkönige über 200 Jahre hindurch gepflegt haben, um mit ihren Soldaten umspringen zu können, wie es ihnen behagte: bei ihrem Respekt vor der Obrigkeit, die das Führen gelernt hat, bei ihrem Kasernengehorsam, bei ihrer Bescheidenheit vor dem eigenen Geist und Willen. Die fürchterliche Passivität des deutschen Proletariats hat darin ihr stärkste Ursache, daß die Marxisten ihm weisgemacht haben, das Drillregiment von Friedrich I. bis Bismarck und Wilhelm II. sei die beste Zucht, und Aktivität laufe nur richtig am Leitungsdraht der Zentralgewalt.

Individueller Terror ist also konterrevolutionär. Die Arbeiter sahen es ein und überließen den Konterrevolutionären den individuellen Terror. Man muß zugeben, daß die Konterrevolution diesen Terror zu handhaben verstanden hat. Sie hat Verschwörungsorganisationen aufgebaut, beweglich gehalten, nach Bedarf umgestaltet, getarnt, verschwinden lassen, die für die Zwecke, denen sie dienen sollten, glänzend und vorbildlich gearbeitet haben. Politische Morde in ungeheurem Ausmaße wurden von Einzelnen, von Wenigen oder von lose verbundenen Vielen beschlossen, vorbereitet, durchgeführt, solidarisch gedeckt und sinnreich verdeckt, nach Bedarf propagandistisch ausgewertet und wieder in Vergessenheit gebracht. Bei diesen Morden verband sich fast immer das Motiv der Rache, der Herausforderung und das der Propaganda durch die Tat. Hätte das revolutionäre Proletariat, als die Zeit dazu Anlaß gab, jeden nationalen Racheakt gerächt, jede freche Herausforderung angenommen, jedem Werbeakt des Gegners die Propaganda für die eigene Sache

entgegengesetzt, — es gäbe heute keine faschistische Gefahr in Deutschland. Aber Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden ermordet und ihre Mörder blieben am Leben; ihnen folgten Eisner, Jogisches, Dorrenbach, die Spandauer, die Mechterstädter Arbeiter (ich spreche jetzt nicht von den Opfern des Meuchelmordes, die wie Landauer, Sontheimer, Egelhofer usw. während des Toßens offenen Bürgerkrieges als Gefangene geschlachtet wurden); Paasche wurde gemeuchelt und dann Sylt und Gareis, und da das alles gut ging für die Mörder und sie an keinem ihrer Freunde, auch an keinem ihrer Heroen und Würdenträger ähnliches erlebten, schwoll ihr Mut und sie wendeten ihr wirksames Mittel nicht allein gegen die Vertreter der Revolution an, sondern mordeten weiter in den Bezirken der staatsfrommen republikanischen Kreise. Erzberger kam an die Reihe und dann Rathenau, und die Wirkung war ein Gesetz gegen das revolutionäre Proletariat, das ja von der Propaganda der Tat nichts hält und Individualterror als konterrevolutionär ächtet; Massenterror aber kommt erst in Frage, wenn die Zentrale dazu das Signal bläst.

Bei dieser Gelegenheit: Ist es nicht auffällig, daß die nationale Maffia, denen Kommunisten, Anarchisten und Unabhängige, Pazifisten und sogar Klerikale und Demokraten Blutzoll zahlen mußten, keinen einzigen Sozialdemokraten ermordet hat? Die beiden einzigen Sozialdemokraten, die Objekte gewaltsamer Angriffe waren, Neuring und Erhard Auer, waren zugleich die einzigen Ziele linksrevolutionärer Erbitterung. Von rechts her war nur Scheidemann einmal einem nicht überall ernst genommenen, mindestens mit untauglichen Mitteln unternommenen Attentat ausgesetzt. Die Sehnsucht der Sozialdemokraten, doch auch über einen Märtyrer verfügen zu können, hat sie dann veranlaßt, aus Eberts vereitertem Darm ein gebrochenes Herz zu machen, gebrochen deswegen, weil man ihm — wahrhaftig zu Unrecht! — unterschob, er hätte einmal die Interessen revolutionärer Arbeiter über die des ausbeutenden Kapitals gestellt. Wer Noskes Erinnerungen „Von Kiel bis Kapp“ kennt, für den ist die Schonung seiner Parteigenossen durch die nationalistischen Propagandisten der Tat kein Rätsel.

Die Feme der Schwarzen Reichswehr hat mit werbendem Terror nichts zu tun. Hier handelte es sich um die im Grunde selbstverständlichen innerorganisatorischen Sicherheitsmaßnahmen eines Geheimbundes gegen Spitzelei und Verrat, wie sie auch Bakunin und Netschajew für revolutionäre Verschwörerorganisationen vorsahen und wie sie innerhalb der terroristischen Gruppen Rußlands in den siebziger und achtziger Jahren und vor und nach der Revolution von 1905 ebenfalls bestanden. Im FANAL sind ja die Kame-

radenmorde der weißen Horden von 1923/24 niemals mit feierlicher Entrüstung beurteilt worden. Wenn die Herren Büsching oder Klapproth einen des Verrats überführten oder verdächtigen Landsknecht umlegten, so war das eine Familienangelegenheit zwischen bewaffneten Arbeiterfeinden, die das revolutionäre Proletariat nicht zur Parteinahme zugunsten der Ermordeten zu veranlassen brauchte.

Ganz anders verhält es sich mit der jetzt, wenn auch nicht aufgeflogenen, so doch durch die Verhaftung einiger Beteiligten gestörten terroristischen Geheimorganisation der faschistischen Landvolkleute. Die eingehende Beschäftigung mit den politischen Verästelungen und unterirdischen Beziehungen dieser höchst interessanten deutschen Parallelbewegung zu den österreichischen Heimwehren muß zurückgestellt werden, bis zu übersehen sein wird, ob der Rückschlag in Norddeutschland den Fortgang der Aktion in Oesterreich beeinflussen wird und bis zu erkennen ist, ob die von den Behörden eifrig betriebene Vertuschung der tieferen Zusammenhänge Erfolg haben oder von proletarischen Gegenmaßnahmen verhindert werden kann. Die Dokumentenveröffentlichungen der „Hamburger Volkszeitung“ und der „Roten Fahne“ sind sehr verdienstvolle Anfänge einer Gegenwirkung; doch darf es nicht bei Zeitungskampagnen bleiben. Es müssen revolüt. Untersuchungsorgane geschaffen werden, um die Fäden aufzudecken, die vom Landvolk zu den offiziellen und inoffiziellen Waffenplätzen der Städte führen und die die noch glimmenden Zunder sind, welche die faschistische Explosion bewirken sollen.

Die Sprengstoffattentate in Schleswig, Lüneburg, Itzehoe usw. und endlich im Reichstag sind Beispiele der Propaganda der Tat von reiner Prägung. Ihr Sinn war: auf der einen Seite erschrecken, verwirren, einschüchtern, ängstigen; auf der andern Seite begeistern, mit Mut erfüllen, erkennen lassen, daß etwas geschieht, daß gearbeitet wird, daß die ersehnte Stunde nahe ist. Darauf nämlich kommt es bei terroristischen Aktionen an, daß sie verstanden werden! Ravachol, Vaillant, Henry konnten ihre Bomben werfen, weil sie wußten, daß die französischen Arbeiter begriffen, was ihr Knall bedeutete. Erst recht trifft das natürlich zu bei den Ermordungen verhaßter Persönlichkeiten, wie des Präsidenten Carnot durch Caserio, des Königs Humbert von Italien durch Bresci oder, um das Beispiel eines nationalistischen Mordes zu nehmen, des Erzherzogs Franz Ferdinand von Habsburg-Este 1914 in Serajewo durch Princip, jener Tat, die dann von den Wiener und Berliner Kriegstreibern zum Vorwand benutzt wurde, um den Weltkrieg zu entfesseln. Das deutsche Proletariat ist von seinen marxistischen Lehrmeistern dazu erzogen worden, die blöde Redensart „Mord ist Mord“ für richtig

zu halten, und so ließ es sogar das Jahr 1922 vorbeigehen, ohne an einem einzigen Vertreter der nationalen Blutpolitiker so zu handeln, daß deren vollkommener Triumph nach dem Rathenaumord und damit die Verelendung des ganzen Volkes durch die Inflation verhindert worden wäre. Hätte aber ein Arbeiter so handeln wollen, dann wäre er nicht verstanden worden, dann hätte man ihn als Spitzel und Stinnes-Agenten verschrieen, und da jeder entschlußfähige Arbeiter das wußte, da jeder sich erinnerte, wie sogar Genosse Ferry, als er die Siegestsäule, dieses widerliche Symbol des Krieges und des Siegerübermutes, in die Luft zu sprengen versuchte, zum Spitzel gestempelt wurde, unterblieb jede warnende und rächende Tat. Nicht einmal während des Krieges verstanden die deutschen Arbeiter die Signale der Rebellion, wenn sie von einem Einzelnen kamen. Die Tat Friedrich Adlers verpuffte, wenigstens in Deutschland, wo der „Vorwärts“ ungestraft schreiben konnte, die Hinrichtung des Schädlings Stürgkh sei die Tat eines Geisteskranken gewesen. Daß der Geisteskranke die Gesundung wiedergefunden hat, die ihm die Sinnesgemeinschaft mit dem „Vorwärts“ möglich macht, ist kein Beweis für den „Vorwärts“.

Die deutschen Faschisten haben ihrem Anhang nicht vorgebetet, daß ein Mord so miserabel sei wie der andere. Sie haben ihnen dasselbe gesagt, was Krapotkin und Most den Anarchisten gesagt haben: daß jedes Mittel gut ist, das durch den für gut erkannten Zweck vorgezeichnet wird, durch das die Geister in Spannung gesetzt, der Unzufriedenheit Nahrung und Ausdruck gegeben, der Haß geschürt, die Regierung lächerlich gemacht und ihre Ohnmacht gezeigt wird. Die deutschen Faschisten haben dadurch erreicht, daß das, was ihre Verschwörer Ueberraschendes unternehmen, von ihren Mitläufern verstanden und mit leidenschaftlicher Begeisterung aufgenommen wird. Und sie haben noch etwas anderes erreicht, was der Revolutionär, der die Stunde der Erhebung für das Proletariat erstrebt und nicht für die verwegenen Feinde der Arbeiterschaft, nur mit bitterem Neide vermerken kann: daß die feurigsten, ergebensten, tapfersten, entschlossensten Kämpfer nicht bei uns stehen sondern bei ihnen. Mag die Idee, für die diese jungen kühnen Menschen ihr Leben wagen, so dumm, so gemein, so ruchlos sein, wie sie wolle, die Kräfte, die sie sich als ausführende Hände gewinnt, wissen das nicht, sie glauben den Worten, die Freiheit und Glück verheißen, sie füllen die Phrase vom Vaterland für sich mit kostbaren Werten an, und, da ihnen nicht eine verstiegene Dialektik, sondern die lebendige, blut- und glutvolle Tat als Mittel zur Erfüllung ihrer Träume gepriesen wird, steht dort der Wille, die Kraft, der wundergläubige Mut, die berauschte Jugend, die wir haben müßten.

Wollen abwarten, was die hohe Staatskunst und was die treffliche Justiz der zagen Geste folgen lassen wird, mit der zunächst ein paar Haftbefehle erlassen worden sind. Davon wird es wohl abhängen, wie weit die geschäftstüchtigen Hintermänner der Bombenleger den Idealismus der Tatpropagandisten weiterhin füttern werden. An dem Tage, an dem die reinen Toren des Nationalismus von den Drahtziehern im Hintergrunde fallen gelassen werden, und der Tag tritt ein, sobald Licht in die finanziellen Zusammenhänge der faschistischen Bestrebungen geleitet wird, an diesem Tage werden Kräfte für gute Zwecke frei, die bisher denkbar schlechtesten Zwecken in bestem Glauben gedient haben. Propagandisten der Tat! Die jungen Leute, die für Hitler und Ehrhardt, in Wahrheit aber für Hugenberg, Thyssen und Kirdorf Bomben haben platzen lassen, sie werden ins Gefängnis gehen, in der Meinung, dadurch einer heheren Sache des deutschen Vaterlandes zu nützen. In der Tat aber werden sie sich einsperren lassen als lebendige Zeugen einer Moral, die den gläubigen Geist, das Vertrauen und die Sehnsucht verrät und verkommen läßt um der schmutzigen Selbstsucht profitgeiler Intriganten willen. Schon rücken die sogenannten Nationalsozialisten vernehmlich von ihren hingebungsvollsten Jüngern ab; mit Bomben, versichern sie plötzlich, könne man nicht die Welt verändern. Nein, das kann man nicht. Aber Begeisterung beweisen und Begeisterung wecken, das kann man manchmal mit Bomben. Zum Bombenlegen gehört Mut, und diesen Mut zu zeigen, das eben ist Propaganda der Tat. Die Bombenwerfer vom Landvolk haben sehr viel Mut bewiesen und haben zugleich bewiesen, wie feige die Bande ist, deren verlogenes Gebaren sie ernst genug nahmen, um ihren Mut daran zu entzünden. Der Faschismus hat eine schwere Schlappe erlitten, nicht durch die Verhaftung einiger seiner Kämpfer, sondern durch die kümmerliche Haltung seiner Parolehengste. Deren Feigheit offenbar gemacht zu haben — auch das war Propaganda der Tat.

Arbeiterklasse und Sozialpolitik

Gustav Landauer betrachtete das geschichtliche Geschehen als einen Wechsel zwischen Topie und Utopie (s. Landauer: Revolution), man kann auch sagen: zwischen revolutionärem Aufbränden und Verebben sozialer Bewegung. Wie in dem Aufbränden schon die Elemente des Abebbens mit enthalten sind, so sammeln sich in Zeiten der Ebbe auch schon wieder die Elemente, die zum Aufbränden führen. Revolution und Evolution sind andere Namen für dieselbe Erscheinung.

Die Revolution, die Europa erfaßt hatte, ist in Reaktion erstickt; wir befinden uns wieder im Zustand der Evolution. Diejenigen, die als Instrumente revolutionären Geschehens dem Befreiungskampf der Unterdrückten dienten, müssen jetzt ihren Dienst im Erfüllen von Aufgaben suchen, wie sie die Epoche der Evolution bringt.

Da ist eine unter den wichtigen Aufgaben der Ueberschau und Prüfung die Auseinandersetzung mit der Sozialpolitik des kapitalistischen Klassenstaates. Allzu sehr spielen die Auswirkungen dieser Sozialpolitik in das tägliche Leben des Arbeiters und seiner Familie in den verschiedensten Formen mit hinein, als daß nicht das persönliche wie auch das Klasseninteresse des Arbeiters eine nähere Betrachtung fordern würde. Die Existenz des Arbeiters wird bestimmend von dieser bürgerlichen Sozialpolitik beeinflußt. Wie ist das möglich?

Die Leistungen der Sozialpolitik — Sozialversicherung, Sozialfürsorge — bilden einen Faktor im kapitalistischen Lohnsystem. Dieser Faktor ist ein variabler, d. h. veränderlicher. Der Arbeiter kann diese „sozialpolitischen Leistungen“ ebenso wenig entbehren, wie irgendeinen anderen Teil seines stets unzureichenden Lohnes. Ferner kommt hinzu, daß die bürgerliche Sozialpolitik das gesellschaftliche Leben der Arbeitermasse — z. B. Erholung, Sport, Berufshygiene, Gesundheitspflege, Kinder- und Krankenpflege usw. — in Formen zwingt oder zu zwingen sucht, die dem Geiste proletarischer Weltanschauung und Solidarität nicht entsprechen, ja, diesem vielmehr direkt entgegengesetzt sind, um ihm entgegenzuwirken.

Bilden die sozialpolitischen Leistungen einen Faktor im kapitalistischen Lohnsystem? Sie werden vom Unternehmer und den die Tariflöhne festsetzenden Instanzen bei der Bemessung des Arbeitslohnes einkalkuliert, ferner wird der Arbeiter gesetzlich gezwungen, von seinem Barlohn noch bestimmte und zwar sehr wesentliche Prozentsätze für die „Sozialbeiträge“ abzugeben.

Ist dieser Faktor im kapitalistischen Lohnsystem ein variabler? Ja, aus zwei Gründen. Einmal wechseln Wert und Höhe der sozialpolitischen Leistungen fortwährend, zum anderen kommt der Arbeiter nicht regelmäßig zu ihrem Bezuge, denn es sind Bedingungen daran geknüpft. Diese sind dehnbar, deutbar; der Arbeiter muß von diesem Bestandteil seines Lohnes kämpfen, Schikanen, gesetzliche und ungesetzliche Fallen zu umgehen verstehen, um dann vielleicht zum Bezug der Leistungen zu kommen. Oft genug muß er nicht nur über Gebühr warten, sondern sie werden ihm überhaupt vorenthalten.

Warum ist er nicht in der Lage, sie zu entbehren? Weil eben sein Lohn so zugeschnitten ist, daß Extraausgaben, sei es bei Wochenbett, Krankheit, Alter oder Invalidität nicht getragen werden können.

Die treffendste Charakterisierung der kapitalistischen Sozialpolitik hat Rosa Luxemburg in der ihr eigenen gedanklichen Klarheit gegeben. Wie

der Wildschutz, sagt sie, vom Jagdherrn nur deswegen geübt wird, um die Jagd nutzbringender und ertragreicher zu machen, so der Arbeiterschutz auf Grund der Sozialgesetze nur deswegen, um eine profitreichere Ausbeutung des Menschen und seiner Arbeitskraft für den Unternehmer zu ermöglichen.

Das wird natürlich von den Verfechtern der Sozialpolitik, vom Bürgertum bestritten. Wenn aber noch Beispiele für die Richtigkeit dieser Behauptung gefehlt haben sollten, so sind sie in den Jahren seit 1914 tausendfach gegeben worden. Nach dem Ausbruch des Krieges wurde der sozialpolitische Apparat in allen kriegsführenden Ländern mächtig angekurbelt, um den Massen mit der Kriegsfürsorge in allen ihren Arten eine Versorgung vorzutauschen, die sie kriegsbereit machen, kriegswillig erhalten sollte. Die Kriegsfamilienfürsorge, die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge trugen diesen Charakter. Der Kriegsfürsorge folgte der Ausbau der Sozialpolitik in den Nachkriegsjahren. Parlamente waren fieberhaft tätig, soziale Ministerien im Reich und in den Ländern neu geschaffen, ihre Aufgabenkreise festgelegt, Beamte eingestellt. Jugendfürsorge, Erwerbslosenfürsorge, Wohnungsfürsorge wurden Programmpunkte von Parteien und Regierungen. Geld durfte alles nur gerade soviel kosten, als nicht zu vermeiden war, um die soziale Fassade der Republik zu konstruieren. Noch grollte das Revolutionsgewitter, die soziale Fassade war nötig! Alles endete dann in Inflation und „Stabilisierung“ der Währung, in der „Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt von Reich, Ländern und Gemeinden“. Unter Ebert kam im Dezember 1923 das erste Ermächtigungsgesetz, gleich darauf das zweite. Während dieser wurden allein 80 Sozialgesetze aufgehoben oder gar nicht erst in Kraft gesetzt, „sistiert und suspendiert“. Die Behandlung der Erwerbslosenfürsorge, ihre Umwandlung in eine „Versicherung“, der Abbau dieser sind weitere furchtbare Beispiele dafür, was das Leben des Arbeiters im kapitalistischen Klassenstaat wert ist, wie die Herrschenden sein Lebensrecht bewerten. Und die Periode der grenzenlosen Massennot ist begleitet von der Gewinnung neuer Riesenprodukte der Industrie, der „Erholung der deutschen Wirtschaft“, Ausschüttung hoher Dividenden und des Wiederaufbaues eines Luxuslebens der wenigen, wie selbst noch vor dem Kriege nicht. Zugleich vollzieht sich ein internationaler Zusammenschluß der nationalen Sozialpolitiker, der der tausendfach geknebelten Arbeiterschaft eine neue Fessel anlegen soll. Als Masse verelendet, als Klasse entrechtet, so kann die Arbeiterschaft die Bilanz der bürgerlichen Sozialpolitik ziehen.

Was bleibt der klassenbewußten Arbeiterschaft, was dem Revolutionär zu tun?

Selbstverständlich muß der einzelne Arbeiter sich aller Einrichtungen der Sozialpolitik bedienen, um ihre Leistungen als Bestandteil seines Lohnes zu erhalten, aber ohne sich jemals darüber zu täuschen, daß diese

eben nichts anderes darstellen, als ein besonders raffiniert und schikanös gestalteter, unsicherer Lohnanteil. Die Arbeiterorganisationen haben für Klärung der ganzen Frage und Aufklärung über den Charakter der bürgerlichen Sozialpolitik zu sorgen. Und die Revolutionäre, die abreißen wollen, weil sie aufbauen wollen, werden den Umbau vorzubereiten haben, der an Stelle kapitalistischer Sozialpolitik die Solidarität erwachsen läßt, jene Solidarität, von der Krapotkin (Krapotkin: Anarchistische Moral) sagt, daß ohne sie „die fortschreitende Entwicklung selbst nur des Tierreichs nicht hätte vor sich gehen können“, weil „das Wohl des Individuums mit dem Wohl der Gattung immer identisch“ miteinander gewesen sind.

Meta Kraus-Fessel.

Zweckjustiz

In dem Artikel „Propaganda der Tat“ an der Spitze dieses Heftes ist schon auf die offenkundige Bemühung der Behörden hingewiesen, die Zusammenhänge der jüngsten Ereignisse zu verwischen und die im Hintergrunde zur nationalen Erhebung mit dem Ziel der faschistischen Diktatur treibenden Kräfte im Hintergrunde zu belassen. Diese Bemühung ist begrifflich. Sobald eine beunruhigende Angelegenheit in die Behandlung von Juristen genommen wird verliert sie den Boden des realen Geschehens unter sich, zerfließt sie in den abstrakten Nebeln der gesellschaftlichen, moralischen und politischen Spekulation, und es ist trotz der unbedingten nationalen Zuverlässigkeit des deutschen Richterstandes schwierig, Angeklagte, Verteidiger und Zeugen in den eng umsteckten Grenzen des Beweisthemas zu halten, das von sehr anderen Zwecken als denen der Wahrheitserforschung bestimmt wird. Wir haben es im Rathenausprozeß erlebt, wie die ganze Gerichtsverhandlung einem lebensgefährlichen Seiltänzerkunststück gleich, bei dem Richter und Staatsanwalt die Lenkstange so geschickt balanzieren, daß die Artistenfüße keinen Augenblick vom schwankenden Tatsachendraht abrutschen, um auch nur mit einem Zeh in die von Geheimbündelei, Mordkomplotten, Umsturzplänen und Pogromluft gesättigte Atmosphäre zu tauchen. Daß mindestens von Erzbergers Ermordung her ein einheitlicher Wille zu terroristischer Aktivität wirksam war, der den Tod Rathenaus beschlossen und betrieben hatte, und es weiterhin auf Harden, Gerlach, Gumbel und Wirth absah, wußte jeder Mensch in Deutschland, der nicht gerade sozialdemokratischer Geschichtshammel war. Das Gericht fand das nicht zur Sache gehörig. Daß die Fäden aller Morde und Putschbestrebungen zu Kapitän Ehrhardts O. C. führten, war sogar bis in sozialdemokratische Redaktionen hinein bekannt geworden; das hohe Gericht aber turnte graziös auch darüber hinweg und hielt sich in meisterhafter Zweckwahrung an die bloße Ausführung der Mordtat. Der Zweck wurde erreicht, der Zweck nämlich, die weitere Tätigkeit der Hintergrundorganisation und der sie beschützenden Staats- und Militärmächte unbehelligt ihren vaterländischen Aufgaben zu erhalten.

Damals erleichterte der Umstand die Zweckerfüllung des Prozesses, daß die beiden Haupttäter Fischer und Kern der Gerichtsstelle mit der Entschuldigung fernblieben, die selbst der mißtrauischste Skeptiker als vollgültig anerkennen muß: Sie mochten einer Staatsgewalt nicht in die

Fänge geraten, die sie irrigerweise für republikanisch hielten, wider-setzen sich kämpfend ihrer Gefangennahme und überließen — tapfere Kerle! — den Verfolgern nur ihre zerschossenen Leichname. Man hätte sie, wäre man ihrer lebendig habhaft geworden, wohl oder übel doch zum Tode verurteilen müssen, und ihre Begnadigung zu einer Zeit, als Noskes und Eberts fünfzehntausend proletarische Sühneopfer an die Bourgeoisie immerhin noch nicht so vergessen waren wie heute, hätte nur wieder neue Aergerlichkeiten für die Lenker der Republik von den Harmlosen, die das Gelenkte gern für eine Republik ansehen wollten, nach sich gezogen. Jetzt waren die Mörder tot, von den Mordanstiftern brauchte man nichts zu erfahren, da das nicht zum Beweisthema gehörte, und die Beschaffung der Mordwaffe, des Mordautos, der Unterkünfte für die Mörder, selbst das Lenken des Autos, von dem die Maschinenpistole abgeknallt wurde, konnte mit der Milde, die dem politischen Zweck der Leipziger Rechtspflege entsprach, als bloße Beihilfe zum Mord aufgefaßt werden statt als Teilnahme, worauf die Todesstrafe gestanden hätte.

Es scheint am Platze, der Erinnerung an den Zweckprozeß zugunsten der Mordbande der O. C. die Erinnerung an einen anderen Prozeß gegenüberzustellen, der den Charakter der Zweckjustiz noch deutlicher aufgeprägt trug und dessen leider bei den vielfachen Zehnjahreserinnerungen der letzten Monate nirgendwo überhaupt gedacht wurde. Am 19. September waren zehn Jahre vergangen, seit in München unsere braven Genossen Fritz Seidel, Schicklhofer, Fehmer, Pürzer, Widl und Josef Seidl wegen „Geiselmordes“ an dieselbe Wand gestellt wurden, an der im Mai 1919 zahllose unserer treuesten Kameraden ohne große Formalitäten von den weißgardistischen Vorläufern der Organisation Consul abgeknallt waren (darunter Frauen, die die infame Horde, die Noske nach Bayern geschickt hatte, langsam, von unten herauf totschoß); im Oktober folgte dann noch der Genosse Kammerstetter und im Juni 1920 der Genosse Wallershauser, — bis auf den letzten, der unter Kahrs segensreichem Regiment verblutete, sie alle Opfer von Todesurteilen, die von einer in der Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehenden Regierung (Hoffmann als Ministerpräsident mit 2 Stimmen, Schnepfenhorst, Sezigt und Endres) bestätigt wurden. Hier ist schon vor 2½ Jahren ausführlich dargelegt worden, daß unsere Kameraden ausgesprochener Zweckjustiz verfielen für eine Handlung, die sich weder gegen Geiseln gerichtet hatte, noch Mord war (vgl. FANAL, Jahrg. I, Nr. 6 vom März 1927 „Der Münchener Geiselmord“). Eine Wiederholung der damals geleisteten Beweisführung erübrigt sich; nur soll das Verhalten des Staatsgerichtshofes in Leipzig im Oktober 1922 mit seiner weitherzigen Anwendung des Begriffs der Beihilfe zum Mord noch einmal dem des Münchener „Volksgerichts“ im September 1919 mit seiner noch wetherzigeren Anwendung des Begriffs der Teilnahme am Mord gegenübergestellt werden, damit Wesen und Sinn der Zweckjustiz vollkommen deutlich werde. Ich wiederhole daher aus der Urteilsbegründung des Münchener Richters den Satz, mit dem der Tod des Genossen Pürzer verhängt wurde: „Pürzer hat zwar einen Schützen mit Gewehr und Munition nur unterstützt, während er selbst untätig dabei stand, als der Schütze schoß, er hat aber die Tat als seine eigene gewollt, wie ebenfalls sein nachträgliches Rühmen beweist. Aus diesem Grunde geht seine Mitwirkung über den Rahmen der bloßen Beihilfe hinaus und wird zur Mittäterschaft.“ Genosse Pürzer mußte sterben. Daß aber Ernst Werner Techow das Auto steuerte, bis es das Rathenausche von hinten her eingeholt hatte und den Verschworenen die Möglichkeit gab, ihr Opfer aus vorher mit Techow berechneter Stellung im nahen

Vorbeifahren zu erledigen — die Tötung Rathenaus gelang ja genau nach dem wohlgedachten Plan —, das reichte nicht zur Mittäterschaft aus, das war nur Beihilfe. Dabei hatte die Erschießung der faschistischen Stempelfälscher in München mit Mord im Sinne der gesetzlichen Begriffsbestimmung gar keine Ähnlichkeit; es war die in höchster Erregung unter dem Eindruck entsetzlicher Massenmorde der Weißen erfolgte Ausführung eines militärischen Dienstbefehls. Es ist traurig, daß die deutsche Arbeiterschaft den widerlichsten Fall politischer Zweckjustiz, die Erschießung unserer Genossen, bei der kein Mord gesühnt, sondern der frevelhafteste Mord begangen wurde, so sehr vergessen hat, daß nicht einmal die zehnte Wiederkehr des Datums das Gedächtnis wachrufen konnte. Gerade aber diese Genossen, die bis in proletarische Kreise hinein als Verbrecher betrachtet und verlästert worden sind, verdienen ihre Rechtfertigung vor der Klasse, der sie angehörten, für die sie gekämpft haben und aufrecht gestorben sind. Schmäählich wäre es, wollten wir es den bayerischen Konterrevolutionären gestatten, den Arbeitern zu suggerieren, in welchem Andenken sie den am meisten verleumdeten und im Tode noch mißhandelten Genossen Fritz Seidel halten sollen. Hier seien ein paar Sätze aus seinem Schlußwort im „Geiselmordprozeß“ hergesetzt, die für ihn sprechen mögen: „Ich bin nicht einer von denen, die sagen, sie fürchten sich vor dem Erschießen. O nein, wenn man mich erschießt, so tut man dasselbe, was mit den Geiseln im Gymnasium geschah. Ich würde verstehen, wenn Sie mich heute als Hochverräter an die Wand stellen, aber wenn Sie mich als Geiselmörder an die Wand stellen, das verstehe ich nicht und späteren Zeiten wird es vorbehalten sein, Klärung in diese Dinge zu bringen.“ Danach meinte Seidel, daß das Urteil gegen ihn und seine Genossen einfach bestimmt sein würde von der unter den Bürgern erzeugten Stimmung, die ihren Tod verlangten, und zum Schluß bat er noch einmal, man möge ihn nicht wegen Mordes verurteilen; wenn ihn das Gericht wegen Hochverrat an die Wand stellen wolle, so sei er damit einverstanden. — Diesen Mann wagte der Staatsanwalt Hoffmann (den man uns in Niederschönenfeld zum Kerkermeister gab und dessen Name der Nachwelt weniger wert sein wird als der seines Opfers Fritz Seidel), — diesen guten Revolutionär wagte Herr Hoffmann im Schirme seiner Macht als Staatsfunktionär einen Feigling, eine Hyäne des Schlachtfeldes und einen Judas Ischariot zu heißen. Es wird Zeit, daß des Genossen Seidel letzter Wunsch erfüllt und Klärung in die Dinge gebracht wird, die die Torheit jenes Erschießungsbefehls gegen die Gefangenen im Luitpoldgymnasium bewirkten, in dem Augenblick, wo die Niederlage der Räterepublik besiegelt war und die Freunde der Thuleleute ein Interesse daran hatten, über eine Greuelparole zu verfügen. — Der Genosse Widl rief, als der Vorsitzende das Urteil verkündet hatte, dem Freunde zu: „Wenn's also sein muß zu sterben, dann werden wir zwei zusammen sterben, Seidel!“, und beim Verlassen des Saales zündete sich Fritz Seidel, wie der Bericht sagt, „mit gelassenem Behagen“ eine Zigarette an. Wenige Stunden später rief Genosse Seidel in die gegen ihn erhobenen Gewehrläufe seinen Abschiedsgruß an's Leben: „Hoch die Räterepublik!“ und fiel mit seinen Kameraden. Das Gesamtministerium des Volksstaates Bayern, wie sich dieses sozialdemokratische Angstgebilde immer noch nannte, hatte aber vorher durch Anschlag verkünden lassen, „daß von dem zustehenden Rechte der Strafmilderung bezüglich der gestern vom Volksgerichte München einstimmig zum Tode verurteilten sechs Angeklagten Fritz Seidel, Schicklhofer, Fehmer, Pürzer, Widl und Josef Seidl kein Gebrauch gemacht werden soll“. Zweckjustiz. Der Zweck aber war der, dem revolutionären Proletariat zu Gemüt zu

führen, daß die kapitalistische Klasse sich das Monopol, Menschen umzubringen, nicht streitig machen lasse.

Wir werden vielleicht nächstens wieder einmal einen politischen Prozeß starten sehen, der die Richter vor ähnliche schwierige Aufgaben stellen wird wie diejenigen die den Rathenau-Mord zu sühnen hatten, ohne seine tatsächlich verantwortlichen Urheber in ihren politischen Geschäften, nämlich der Geschäftspolitik der Schwerindustrie zu stören. Wieder wird es darauf ankommen, statt wie im Geiselmordprozeß befohlene Bürgerkriegsgewalt zu vorsätzlichem kriminellen Mord umzubiegen und möglichst viele Beteiligte möglichst schonungslos auszurotten, im Gegenteil nur da hinzugreifen, wo die Geste der rächenden Staatsgewalt unumgänglich scheint, und auch da noch alle mildernden Momente herbeizuziehen mit Ausnahme derer, die in der Abwälzung der Schuld auf Hintergrundkräfte liegen könnten. Die Aufgabe der Zweckjustiz wird vor allem darin bestehen, daß der Personenkreis der an den 11 Sprengstoffanschlägen der letzten Monate beteiligten Faschisten nur soweit reicht, wie unmittelbare Arbeit bei der Herstellung und der Entladung der Bomben geleistet ist. Der Geschicklichkeit der Richter muß es also gelingen angesichts der Tatsache, daß dieselben Techow, v. Salomon, Salinger, Plaas, Nickels usw. bei den Landvolk-Attentaten belastet scheinen, die bei allen O.C.- und Wiking-Affären ihre Rolle gespielt haben, jeden Rückschluß zu vermeiden, als ob die Pistolenmunition für Erzberger und Rathenau und die Konservenvbüchsen und Weckuhren für die Repräsentationshäuser der Republik im gleichen Laden gekauft sein könnten. Die Firma Ehrhardt darf nicht existieren, weil sonst auch die offiziell als erloschen angemeldete Firma Wiking hinter ihrem augenblicklichen Pseudonym hervorlachen könnte, mit deren Prokuristen der Geschäftsführer Götting schon 1926 die Reichsmarine „versuchen“ wollte; und käme man vor Gericht erst auf die ollen Kamellen zu sprechen, dann bliebe vielleicht gar nichts anderes mehr übrig, als auch die Schreibstuben sichtbar werden zu lassen, in denen der Reim Weschke-Jeschke zum wehrhaften Gedicht gefügt wurde. Daneben könnten dann leicht die Ähnlichkeit zwischen der Marinestation Kiel 1926 und dem Reichwehrstandort Lübeck 1929 von forensischem Lichte bestrahlt werden, und erst wenn der rhythmische Schwung der Namensverbindung v. Gaza und v. Hammerstein nebst Gröner und v. Heye durch Anklagebank und Richtertisch zittert, wird man voll begreifen, warum sich nicht nur Weschke auf Jeschke, sondern auch Plaas auf Claß reimt.

Unter allen diesen Umständen ist es vorläufig noch gar nicht ganz sicher, ob der Prozeß wegen der Dynamitverschwörung überhaupt stattfinden wird. Bis jetzt hat man angeblich noch keinen einzigen wirklichen Täter ermittelt und überhaupt niemanden, der mit der Explosion im Reichstagsgebäude zu tun gehabt hat. Zu den Obliegenheiten wohlverständener Zweckjustiz können ja manchmal auch stillschweigende Einstellungen mit lautem Hörnerklang eingeleiteter Strafverfahren gehören. Möglich auch, daß von Wien aus die staatskluge Vorsicht angeraten wird, noch rechtzeitig den Artikel 48 einzuhängen, und der würde von denen gehandhabt werden, die einer Zweckjustiz wie 1922 billig enträten könnten. Für sie gibt es nur eine Zweckjustiz wie Anno 19 in München.

Eine Angabe in dem Artikel des Augustheftes „Gleiches Recht“ (FANAL, Jhrg. III, Nr. 11, S. 258) bedarf der Richtigstellung. Da wurde erzählt: „Vor einigen Wochen hat sich den Essener Behörden der Genosse Theo Ebers freiwillig gestellt. Er hatte im Ruhrgebiet 1923 einen Polizeioffizier erschossen, war vom Sondergericht zum Tode verurteilt und nach

Rußland entkommen.“ Jetzt wolle er lieber seine 7½ Jahre Gefängnis auf sich nehmen, als länger als Emigrant in der Welt herumirren. Der Fall liegt erheblich belastender für die deutsche Justiz. Ebers ist schon 1920, also im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch, vor ein Ebertsches Sondergericht gestellt worden. Die Weißgardisten, die diese Gerichte zum Schauplatz ihrer politischen Zweckjustiz machten, lehnten die Vernehmung aller benannten Entlastungszeugen ab und begnügten sich mit dem verleumderischen Zeugnis eines damals den Kappisten, später den Franzosen dienstbaren Lockspitzels Sinder, dem im Jahre 1923 Leo Schlageter verdienstvollerweise die weitere Tätigkeit unwiderruflich unterbunden hat. Der Anwalt Ebers' legte die Verteidigung nieder, weil ihm keine Zeit gelassen wurde, Beweise zugunsten seines Klienten heranzuschaffen. Der rasch herbeigeholte Officialverteidiger war erst nach Sträuben dazu zu bewegen, die Sache zu führen, deren Akten er gar nicht kannte. Die Selbstverteidigung des Beschuldigten wurde vom Vorsitzenden mit groben Beschimpfungen unzulässig beeinträchtigt, das Urteil lautete demgemäß auf Todesstrafe, wurde in lebenslänglich Zuchthaus umgewandelt und die Verbüßung nur dadurch vereitelt, daß es Ebers gelang, aus der Strafanstalt Brieg zu flüchten. Genosse Ebers will also nicht seine 7½ Jahre Knast abreißen, sondern nachweisen, daß er für eine Tat verurteilt wurde, die er nicht begangen hat. Lieber Genosse Theo, Du bist ein naiver Mensch, warst lange fort, bildest Dir ein, in der Republik, die 1920 Sondergerichte brauchte, um ihre Zweckjustiz zu bewerkstelligen, gehe es, seit die Sondergerichte abgebaut sind, auch keine Zweckjustiz mehr. Laß die Hoffnung fahren, daß Dir der Staat helfen werde; gegen dessen Zweckjustiz gibt es nur ein Mittel: die Zweckjustiz der proletarischen Selbsthilfe!

Vor dem Faschismus in Oesterreich

Wenn in dem letzten Bericht über Oesterreich (siehe FANAL III, Nr. 2) behauptet wurde, daß dem österreichischen Proletariat schwere Zeiten bevorstünden, so hat sich diese Voraussage in unheimlicher Weise erfüllt. Oesterreich ist bereits ein Opfer des schleichenden Faschismus geworden. Wie und wann diese Spielart des Faschismus die Maske abwerfen wird, um offen seine Willkürherrschaft anzutreten, liegt bei den Heimwehführern und deren Generalstabschef, dem Luxemburgmordbuben Major Pabst, die das ganze flache Land hinter sich wännen und nun fieberhaft zum „Marsch nach Wien“ rüsten.

Wie konnte es in einem Lande, in dem die Sozialdemokratie 47 Proz. des Volkes vertritt, so weit kommen? Welche nicht wieder gut zu machenden Fehler sind da geschehen? Welche Möglichkeiten der Abwehr bestehen noch in letzter Stunde? Diese brennenden Fragen sollen in Kürze und vorurteilsloser Weise ihre Beantwortung finden.

Der Heimwehfaschismus war auch so lange er nur kleine Gruppen hinter sich hatte, ein ernst zu nehmender Gegner, der sich aber ungestört formieren konnte. Der Massenbeitritt aller bäuerlichen Verbände, das Zulaufen des Kleinbürgertums, der abgetakelten Offiziere und Aristokraten zu den Heimwehren, das Hinzukommen enttäuschter Arbeiter in Obersteiermark, die sich von den Gewerkschaften nach einem Streik verraten fühlten, führten zum Betriebsfaschismus der Alpine und ließen den Faschismus zum gefährlichsten, weil entschlossensten Feind der Arbeiter-

klasse anwachsen. Augenblicklich liebedienern vor ihm bereits alle bürgerlichen Parteien. Ihm entgegengestellt war seit Anbeginn eine proletarische Wehrorganisation, deren Kraft in den Betrieben fußte und deren Führer die Arbeiterräte waren. Diese freie Abwehrorganisation des Proletariats, ein nur lockeres Band hielt sie an die sozialdemokratische Partei, wurde eines Tages zur Parteigarde, zum Republikanischen Schutzbund umgestaltet. Diese „Reorganisation“ tötete jede Aktionskraft. In starre Form gepreßt und durch Ausschluß aller Revolutionäre geschwächt, versagte diese Fest- und Spaliertruppe wie die ganze Partei in den blutigen Julitagen 1927. Die „Demokratie“ bewährte sich weiter: Heer, Gendarmerie und Bundespolizei wurden von Sozialdemokraten gesäubert, mit den einstigen Machtpositionen ging es unaufhaltsam abwärts, wobei die rücksichtslos-kapitalistische Angestelltenpolitik der sozialdemokratischen Machthaber im roten Wien das ihrige dazu tat. Heute starrt alles in Waffen wider den Schutzbund, der Kampf ist unvermeidlich und fast aussichtslos. Aussichtslos deshalb, weil Führer und Geführte wesentlich andere Absichten haben. Während die Führer der Sozialdemokratie jeder Entscheidung ängstlich ausweichen, wo Zögern Verrat und Schwäche bedeutet, haben im steirischen St. Lorenzen, wo jüngst 400 Arbeiter von der Heimwehr in tückischer Weise überfallen wurden, diese in deutlicher Sprache geantwortet. Die Proleten, maßlos erbittert und führerlos, setzten der gut bewaffneten, fünffachen Faschistenübermacht gehörig zu, welche schnell Kompagnien mit „Arbeiterkameraden“ als „billigstes Menschenmaterial“ in den Kampf warfen. Zwei Blutzengen, Hauer und Hübel, beweisen die Tatbereitschaft des österreichischen Arbeiters in St. Lorenzen.

Aber der Endkampf des Heimwehrrfaschismus wird kein unerwarteter Ueberfall, sondern eine wohl vorbereitete, großangelegte Kampfaktion sein und die Führer der Sozialdemokratie — deren einer allen Ernstes unlängst in einer vertraulichen Besprechung riet, man möge sich mit Knallerbsen versehen, deren Detonation gegebenenfalls Waffen vortauschen — werden schmählich versagen. Was wüßten sie auch mit einem Siege des Proletariats anzufangen?

Während so die größte proletarische Partei Oesterreichs unvorbereitet und uneinig den stürmischen faschistischen Forderungen nach schleuniger „Aenderung der Verfassung“ entgegentritt, ist die kleine kommunistische Filiale durch den ständigen Richtungsstreit in zwei gleichstarke Teile gespalten, mit dem Erfolge, daß die „Antifaschistenkomitees“ und die überproletarische „Arbeiterwehr“ eingeschlafen sind. Und die österreichischen Anarchisten der Klosterneuburger Richtung? Großmann-Ramus wird sich eingeständenermaßen rechtzeitig der „Bewegung“ erhalten, ansonsten wird man gewaltlos ein Flugblättchen verteilen. Aber es gibt noch einen ehrlichen Kreis um den Kämpfer Edmund Redisch, der sich den Syndikalisten angeschlossen hat, der wird nicht die Flinte in's Korn werfen, während Herbert Müller-Guttenbrunn im „Nebelhorn“ seinen geistigen Kampf mutig weiterführt.

Oesterreich würde in letzter Stunde keine Beute des Faschismus, wenn jeder wehrhafte Prolet allen Manifesten und Führerparolen zum Trotz seine Pflicht erfüllte und im kritischen Augenblick ohne Unterschied des proletarischen Glaubensbekenntnisses entschlossen dem Ansturm der Heimwehrrfaschisten entgegenträte. Das ist eine klare Philosophie und wenn etwa noch rechtzeitig den Seipel, Priemer, Steidle und Pabst das Schicksal bereitet würde, das nach ihrem „Siege“ tausende Arbeiter erdulden müßten, könnte vieles erspart bleiben!

L. Krafft-Wien.

Befreites Land

Die letzten Schönheiten des Young-Planes und seines Parker Gilbert-Ersatzes, der Reparationsbank, kennen wir vorläufig noch gar nicht. Bis jetzt sehen wir von allem nur Lichtmäuschen, die der großen Freude voraus-eilen: Die wichtigsten Nahrungsmittel steigen im Preise, die Arbeitslosigkeit nimmt rasend zu, die Lasten des Arbeiters werden erhöht, die Sozialversicherung, von deren wahrhaften Bedeutung für das Wohl des Proletariats die Genossin Meta Kraus-Fessel in diesem Heft ein Bild gibt, wird zurückgeschraubt, da die Verelendung der deutschen Massen allmählich so weit fortgeschritten ist, daß das Kapital sich auf die vollkommene Apathie der Menschen verläßt, die getröstet sind, wenn Zörgiebel sie im Namen des Sozialismus zu Brei schießen läßt. (Uebrigens: der Mann ist immer noch Berliner Polizeipräsident und die 31 in seinem Blutbad ersoffenen Mai-Toten sind immer noch tot.)

Das deutsche Volk ist sich in der Beurteilung der neuen Regelung der Dinge nicht ganz einig. Ein Teil liest den Vorwärts, beschwört infolgedessen die sozialistische Weltanschauung und verbürgt sich kraft dieser Erkenntnis für die Politik des Dr. Stresemann, von der schon die Wahlplakate versicherten: Von welschen Ketten macht uns frei allein die Deutsche Volkspartei. Der andere Teil des deutschen Volkes bevorzugt Hugenbergs Nachtausgabe, will infolgedessen siegreich Frankreich schlagen und tobt gegen den Young-Plan, der an Stelle der deutschen Konzern-Industriellen landfremde Bankdirektoren zu Sklavenhaltern der deutschen Arbeiterschaft machen will, was bekanntlich Landesverrat wäre. Hugenberg hat sich aber mit Seldte vom Stahlhelm und Hitler vom Hakenkreuz zur Rettung des deutschen Arbeiters zusammengefunden. Sie haben mit einander ausgesonnen, daß das deutsche Volk nichts anderes begehrt, als nur von deutschen Blutsaugern ausgepreßt zu werden und darüber soll in einem Plebiszit abgestimmt werden. Erst wollte man das Volk begehren lassen, daß Hindenburg mehr Macht haben soll, dann entstand durch Ueberforschung ein Volksbegehren, das aus Versehen neben Stresemann auch Hindenburg als Landesverräter ins Zuchthaus verwies und nun werden wir also begehren, daß es in Deutschland keinen Kriegsschuldigen je gegeben hat, ferner, daß es auch keinen Hindenburg gibt und daß Stresemann sich mit Hilferding allein im Zuchthaus unterhalten soll. Dann aber wird das Land befreit sein, denn die noch geplanten Zoll- und Steuererhöhungen und der Erlös aus den hunderten Millionen, die den Hungern den weggenommen werden sollen, die sich, hat man sie vom Betriebe auf die Straße gesetzt, selber helfen sollen, wird dann restlos den Wirtschaftsherren des eigenen Landes zufließen, für die Hugenberg die deutschen Geister verblödet, Hitler und Seldte das Kanonenfutter dressieren und die Landbund- und Landvolkmänner den Bauern beibringen, der Großgrundbesitz wolle nicht sie auffressen, sondern die Landwirtschaft werde von der deutschen Republik dem jüdischen Wucher preisgegeben. Alle aber befreien das Land, alle sind begeistert, empört, heldenhaft entschlossen, jederzeit treu bereit und, wenn anders sie keine Idealisten finden, die ahnungslos, wessen Werkzeug sie abgeben, Bomben platzen lassen, gläubig dem Stimmzettel zugetan.

Aber siehe, während die Stresemann-Stampferpartei auf dem Wege des Landesverrats nachträglich den Krieg gegen England und Frankreich verliert, gewinnt die Hugenberg-Rechbergpartei schon den nächsten im Bunde mit England und Frankreich gegen Rußland auf dem Wege eines

von den Wehrverbänden mehr privat abzuschließenden Militärbündnisses. So wird es immer schwieriger, die wahren Befreier des Vaterlandes zu erkennen. Sind es die Kämpen der Nachtausgabe oder sind es die des Vorwärts? Beide sind es, Freunde. Jeder von ihnen hat den gleichen Anteil an dem hohen Glück, von dem zurzeit unser aller Herz schwillt, daß endlich, endlich die Stunde schlägt, da die weißen und farbigen Briten und Gallier uns verlassen, da Deutschlands Gaue befreit werden vom hohnvollen Uebermut tückischer Fremdlinge und von schwarzer Schmach. Die Nationalisten und die Republikaner haben gleiches Verdienst an diesem herrlichen Erfolge: die Mannen Hitlers und Hugenbergs, indem sie den gierigen Feinden gezeigt haben, daß deutscher Stolz sich nicht knechten läßt, und daß es deshalb vergeblicher Kraftaufwand wäre, sich noch länger die Zähne an solchem Bemühen auszubeißen; die republikanischen Koalitionsregierer aber, indem sie bewiesen haben, daß ihnen kein finanzielles Opfer, das der deutsche Arbeiter zu bringen hat, zu teuer ist, kein verhungertes Armeleutekind, kein mit dem Strick um den Hals verendendes Proletarierleben zu schade, um nicht zu zahlen, was der Abzug der Besatzung kosten mag. Triumph der Realrepublik! Young-Snowden war ein starker Held!

Und so packen sie denn die Koffer, die Belgier in Aachen, die Engländer im Taunus und die Franzosen in der Pfalz. Die Nazi pfeifen, die Mädchen weinen und die Reichswehr rückt ein und stellt Ruhe und Ordnung her. Freut euch, rheinische Landsleute! Jetzt wird euer Land vom Freunde besetzt. Jetzt muß sich alles, alles wenden.

Vor einigen Jahren sprach ich in einer von Franzosen besetzten Stadt des Rheinlandes bei einer großen Arbeiterkundgebung unter freiem Himmel. Viele französische Soldaten, arme Proletarier oder Bauern, die zwangsweise den Krieg fern der Heimat fortsetzen mußten, waren unter der Menge auf dem weiten Platz. Nach Beendigung meiner Rede wurde von den Tausenden die Internationale gesungen, und da sah ich, wie beim Klange des herrlichen Einigungsliedes der proletarischen Klasse alle Soldaten andächtig das Käppi abnahmen und sich der Andacht der internationalen Verbundenheit hingaben. Das ist jetzt vorbei. Bei der deutschen Reichswehr, bei der deutschen Polizei kommt sowas nicht vor. Jauchzen wir! — Befreites Land! Befreites Volk!

Partei, Partei, wer sollte dich nicht nehmen . . .

Aus einem Brief vom 29. August 1929:

„Sachlich und gedanklich hat sich die Partei . . . von dem Urprogramm soweit entfernt, daß auch nichts mehr davon übrig geblieben ist. Vollkommen vom Geld abhängig und rein parlamentarisch eingestellt, unterscheidet sich die Partei in keiner Weise von jeder x-beliebigen bürgerlichen patriotischen Reklamepartei. Nicht die Kömner sind obenauf, sondern die Schwätzer . . . Die Angst vor der Auflösung der Partei beherrscht ja die ganze Reichsparteileitung. In ihren Zeitungen schreiben sie allerdings, jede Auflösung brächte ihnen doppelt soviel Mitglieder wie bisher. Kurz und gut, die Partei ist innerlich völlig verrotten und korrupt, sowohl auf organisatorischem als auch auf sachlichem und gedanklichem Gebiete.

Das Wesentliche von der Partei ist die Reklame . . . Kurz gesagt, es ist ein Saustall. . .“

Nun ärgert euch man nicht, Genossen Das ist ja eine ziemlich kräftige Sprache. Aber mancher meint eben, daß es noch am besten ist, gerade heraus zu sagen, was er sich so denkt.

Übrigens, damit kein Mißverständnis aufkommt: der Brief ist an einen Herr Friedrich gerichtet, geschrieben hat ihn Herr Kapitänleutnant Helmut v. Mücke in Dresden und der Inhalt bezieht sich auf die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei des Herrn Adolf Hitler.

Gastonia

Das Schicksal der Angeklagten von Gastonia (von 23 insgesamt Prozeßierten werden 16 des Mordes beschuldigt) hat dadurch einen Aufschub erfahren, daß ein Geschworener irrsinnig geworden ist; es muß also erst ein anderer bestochen werden, damit die Lumperei der amerikanischen Staatsrettung den erwünschten Fortgang nehmen kann. Inzwischen seien die Daten der Arbeitertragödie in ihrem bisherigen Verlauf nach der vom Pressedienst der Roten Hilfe vorgenommenen Zusammenfassung dem Gedächtnis des Weltproletariats empfohlen. Im Dezember 1928 erhält Fred Bealvon von der Gewerkschaft den Auftrag, die besonders schlechtgestellten Textilarbeiter der Südstaaten zu organisieren. Am 2. April 1929 treten nach der Maßregelung einiger aktiver Gewerkschafter 2500 Textilarbeiter im Loraywerk der Manville Jenkes Comp. in den Streik. 18. April: Ueberfall maskierter Banden auf Streiklokal und Halle der IAH., wo Speisung und Unterstützung der Streikenden stattfand. 16. Mai: Das Streikkomitee teilt in offenem Schreiben dem Gouverneur von North Carolina, Gardner, mit, daß die Zeltkolonie, die den Gemäßregelten Unterkunft gibt, künftig von den Gewerkschaften gegen Ueberfälle verteidigt werde. 3. Juni: Auf Bekanntwerden von Ueberfallsplänen kommen zur Verteidigung des Feldlagers Gruppen von Arbeitern aus den umliegenden Orten nach Gastonia. 7. Juni: Ueberfall durch betrunkene Polizisten. Die erste Reihe der Streikposten wird überwältigt. Im folgenden Kampf wird der Polizeichef Aderhold tödlich verwundet. In derselben Nacht zweiter Ueberfall durch das „Komitee der Hundert“, unter Major Bulwinkle; 71 Männer und Frauen werden mißhandelt, geprügelt, gewürgt, endlich verhaftet. 29. Juni: Beginn des Prozesses in Gastonia. 13 Männer und 3 Frauen werden wegen Mord, 8 Männer wegen Mordversuch unter Anklage gestellt. 30. Juli: Auf Drängen der Arbeiterschaft wird der Prozeß aus der den Angeklagten feindseligen Umgebung nach Charlotte verlegt. 2. August: Die drei angeklagten Frauen, Vera Bush, Amy Schechter und Sophie Melvin, werden gegen Bürgschaft von je 5000 Dollar aus der Haft entlassen. 19. August: Verhaftung von 7 weiteren Streikern wegen Mordversuchs. Ihr Prozeß soll getrennt verhandelt werden und am 15. Oktober in Gastonia beginnen. 26. August: Beginn des Prozesses in Charlotte. Zur Zusammensetzung der Jury werden 650 Personen benannt, von denen 12 „vorurteilslose“ Geschworene auszuwählen sind. 6. September: Beeinflussung der Geschworenen durch Major Bulwinkle. Eine dem erschossenen Polizeichef ähnliche Wachfigur, mit seiner Uniform angetan, wird neben dem Ankläger aufgestellt. Der Protest des Publikums zwingt den Vorsitzenden Richter Barnhill, die Figur entfernen zu lassen. 10. September: Ein Geschworener

wird im Gerichtssaal irrsinnig und springt aus dem Fenster. Der Prozeß wird vertagt. Am selben Tage werden drei Gewerkschaftsführer heimlich verschleppt. Arbeiter retten sie vor dem Lynchen. Neue Ueberfälle unter Führung Bulwinkles auf die Büroräume des Verteidigungs-Komitees in Gastonia und Charlotte. 14. September: Ueberfälle auf die von den Textilarbeitern einberufenen Versammlungen und auf die zu ihnen marschierenden Arbeiter. Schüsse auf ein mit 20 Arbeitern besetztes Lastauto. Eine Arbeiterin getötet.

Höchste Wachsamkeit des internationalen Proletariats ist notwendig. Die Ermordung Saccos und Vanzettis ist den Yankeeenhkern gelungen. Wird das geplante Verbrechen gegen die Streiker von Gastonia nicht verhindert, so fassen auch die europäischen Ausbeuter größeren Mut, dem Beispiel ihrer amerikanischen Klassenbrüder zu folgen. Es muß sorgsam aufgepaßt und rechtzeitig und tatkräftig gehandelt werden. Die Drohung mit einem internationalen Hafnarbeiterstreik, hinter der der Wille zur Ausföhrung stünde, kann helfen. Aber nur fester, verbundener Wille, der ernst genommen wird, kann helfen! Gefahr im Verzuge!

Affentheater

In dem Reichstagsausschuß, der zur Zeit mit der Einteilung des menschlichen Verhaltens in Strafgesetzzparagrafen beschäftigt ist, sind die rechten und die linken Gemüter des teutonischen Volkstums wieder hart aufeinander geprallt. Es handelte sich um die wichtige Frage, ob Leute, welche sich in gegenseitiger Uebereinkunft mit geschliffenen Instrumenten die lieben Physiognomien verhaun, als erhöht oder vermindert ehrenhaft zu betrachten seien. Da die Kommunisten bekanntlich die radikalsten Vertreter freiheitlicher Gesittung sind, stellten sie auch den radikalsten Antrag: daß nämlich Tötung und Verwundung im Duell oder in der Mensur als gewöhnliche Delikte des Totschlags und der Körperverletzung anzusehen und zu bestrafen sein sollen. Es könnte sonst passieren, daß ein Student in so zerhacktem Zustand sein Referendar- und Assessorexamen hinter sich bringt und schließlich als Staatsanwalt oder Richter vor dem Proletarier steht, daß sein ästhetisches Empfinden dadurch beleidigt würde. Lasse dich nur von Juristen mit glatter Visage ins Zuchthaus schicken! — Und wie nun gar, wenn zwei nationale Ehrenbolde sich mit geladenen Schießpistolen gegenüber treten und einer knallt dem anderen eine Ladung zwischen die Knochen, daß er überhaupt verhindert wird, jemals Reichswehrmajor oder Geheimer Oberregierungsrat im Kultusministerium oder auch Syndikus eines Schwerindustriellenverbandes zu werden? Klar, daß es keine dringlicheren Aufgaben für die Vertreter des revolutionären Proletariats geben kann, als solche Gräßlichkeiten zu verhindern. Aber Boxkämpfe können nicht eingehend genug im Sportteil der Arbeiterpresse beschrieben werden. Wenn da einer der Lieblinge der Menschheit dem anderen Nase und Lippen dermaßen zerschlägt, daß aus dem schönen menschlichen Antlitz nur noch ein breiiger Fladen von Blut und Dreck geworden ist, das ist „körperliche Ertüchtigung“, und da sollte sich mal ein Strafrechtsausschuß hineinmischen! Die heiligsten Güter der Nation wären geschändet. — Wahrhaftig, es geht keinen Gesetzgeber und keinen Staatsanwalt etwas an, wenn sich zwei Leute in gegenseitiger Uebereinkunft mit oder ohne Instrument aus Wut, Haß, Liebe, Sport oder Spekulation die Fressen vermöbeln. Und wenn zwei

Menschen es für richtig halten, ihre Hände ohne den Amtsrichter auszutragen und lieber Blut und Leben lassen wollen, als die nur sie allein angehenden Dinge dadurch regeln zu lassen, daß einer von ihnen 100 Mark in die Staatskasse zahlt, so geht auch das keinen anderen etwas an, ganz gewiß nicht den Staat und am allerwenigsten das revolutionäre Proletariat. Aber wenn man schon findet, daß nicht die ganze Tollheit des neuen Strafgesetzbuch-Entwurfs in verbundenen Maßnahmen des gesamten Proletariats auf den Scheiterhaufen der Verdammnis geworfen werden muß, dann wird man sich wohl in parlamentarischer Emsigkeit darum bemühen müssen, daß sich die Nationaille nicht etwa gegenseitig die teure Gesundheit schädigt! Hochwohllöbliches Affentheater! sagte Ruth Fischer, als sie noch für die KPD. reden durfte, — sie meinte aber bloß die anderen.

An die Leser

Die fälligen Abonnementsgebühren für den mit diesem Heft beginnenden 4. Jahrgang des FANAL werden, sofern sie nicht bis zum 10. Oktober auf das

Postscheckkonto Erich Mühsam, Berlin 824 19

eingezahlt sind, durch Nachnahme eingezogen werden. Annahmeverweigerung der Nachnahmekarten bedeutet freiwillige Steuerleistung für den Postfiskus auf Kosten unserer Zeitschrift. Es wird daher dringend gebeten, das Geld zur Einlösung bereit zu halten.

Die Herstellung eines ausführlichen **Sach- und Namensverzeichnisses** für den Jahrgang III wird erst in einigen Wochen beendet sein, ebenso die von eigenen **Leinenumschlägen**. Der Preis des Inhaltsverzeichnisses mit Druckfehlerberichtigungen wird wie im Vorjahre auf 25 Pfennige, der des Leinendeckels auf 2,— Mk. festgesetzt.

Für den ganzen in Leinen gebundenen Jahrgang mit Register werden Vorausbestellungen schon jetzt von der Geschäftsstelle des FANAL entgegengenommen. Preis Mk. 6,60.

Genossen! Unterstützt das FANAL!

Werbt neue Leser! Fordert alte Hefte zu Werbezwecken an! Verlangt Sammellisten! Sorgt für freiwillige Geldspenden! Bestellt Bücher aller Art durch die Geschäftsstelle des FANAL! Verbreitet das FANAL durch Kolportage bei Versammlungen und in Arbeiterkreisen!

Dreimal beschlagnahmt

wurde das Buch des Freiheitsdichters

Bruno Vogel: Es lebe der Krieg!

Das Buch erlebte, wenn auch
zensiert, viele Auflagen • Jetzt
tritt der Dichter mit einem neuen
Werk an die Öffentlichkeit •

Alf, Eine Skizze

(Die Geschichte einer Jugend)

Der erste Roman von Bruno Vogel ♦
Bedeutende Autoren, denen das
Werk im Manuskript vorlag, äußern
sich begeistert über diesen Roman ♦
Darum wird dieses Werk eine
SENSATION
auf dem Büchermarkt
werden ♦ Krieg, Erziehung, Eltern-
haus, Geschlechtsnot werden in offe-
ner, künstlerisch vollendeter Form
in diesem Buch gestaltet

350 Seiten stark, in Ganzleinen ge-
bunden Künstlerischer Einband-
entwurf des Graphikers Will Faber

Preis 6.- RM

Das Buch ist erhältlich in jeder guten Buchhandlung,
durch den FANAL-VERLAG oder direkt vom

„ASY-Verlag“, Berlin O 34

Warschauer Straße 62

Postscheckkonto: Willi Jadau 741 52

Geschichtsfälschungen

dienen der Unterstützung von Parteidogmen und sind leider allgemein üblich geworden. Der Kampf um den Sozialismus kann nur geführt werden durch offene Kritik und wahrheitsgemäße Ueberlieferung des Geschehenen.

Die Geschichte der deutschen Revolution

wird von den marxistischen Parteien regelrecht verfälscht. Tapfere Kämpfer und Märtyrer der Freiheit werden aus Parteilichkeit zu Feiglingen und Renegaten gemacht, Fehler der eigenen Partei bemäntelt.

Es wird deshalb willkommen sein, eine Schilderung von Revolutions-Ereignissen zu lesen, die von einem unmittelbar Beteiligten geschrieben wurde, der seine Fehler und Irrtümer nicht verschweigt oder verfälscht.

Die Entstehung der bayerischen Räterepublik

die Haltung der Anarchisten in der bayerischen Revolution wird geschildert in der aufschlußreichen Broschüre von

Erich Mühsam: Von Eisner bis Leviné

Die Schrift enthält umfangreiches und der Oeffentlichkeit bisher unbekanntes Material! Sie gehört in die Hand eines jeden Genossen!

Umfang: 70 Seiten

Preis: 90 Pfg.

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt vom

FANAL-VERLAG

ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz 2, Dorchläuchtingstr. 48

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Propaganda der Tat – Arbeiterklasse und Sozialpolitik (von Meta Kraus-Fessel).
– Zweckjustiz – Vor dem Faschismus in Österreich (von L. Krafft). Befreites Land – Partei, Partei . . . – Gastonia – Affentheater

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

NR. 1

JAHRGANG 4

BERLIN

Oktober 1929

Kind und Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York
(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“



Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des FANAL. Abonnenten des FANAL erhalten durch diese auf Wunsch Zahlungserleichterung

Soeben gelangte zur Ausgabe die

LIEBE

VON HELENE STÖCKER

Ladenpreis RM. 6.50 in Ganzleinen geb.

Der Kampf zwischen dem Persönlichkeitsbewußtsein der Frau und dem elementaren Triebe wird mit leidenschaftlicher Anteilnahme und mit genialer Einfühlung dargestellt. Eine einzigartige Erscheinung in der modernen Literatur. *Berl. Morgenzeitg.*

Eine wertvolle, unsere Kenntnisse der verborgenen Beziehungen zwischen Körper und Willen, zwischen Liebe und Leben des Weibes tief bereichernde Tat. *Berl. Volkszeitung*

... gehört zu den großen [Merkwürdigkeiten] der Literatur. *Das freie Volk*

Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnesglut mit jener hohen Sittlichkeit, die es als unmöglich empfindet, den Mann nicht mehr zu lieben, an dem die Liebende zum Weibe und Menschen gereift ist. *Literarisches Echo*

EROTIK UND ALTRUISMUS

von Helene Stöcker

Broschiert RM. 1.—

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da. *Die schaffende Frau*

12. bis 17. Auflage des Romans

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den

Verlag
der Neuen
Generation,
Berlin
Nikolassee



VERKÜNDER UND VERWICKLICHER

von Helene Stöcker

Preis geb. RM. 8.—, kart. RM. 2.—

Beiträge zum Gewaltproblem nebst einem zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlichten Briefe Tolsteins.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 1

Oktober 1929

Ercheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchlüchtlingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8113.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Propaganda der Tat

Es gab eine Zeit, und sie ist noch garnicht lange vorbei, da verband man mit der Vorstellung eines Anarchisten allgemein die eines Bombenlegers, im besten Falle eines Menschen, dessen politische Auffassung sich darin erschöpfte, daß die Gesellschaft durch Gewalttaten Einzelner in Schrecken gesetzt werden müsse, um ihre schlechten Einrichtungen aus Angst durch bessere zu ersetzen. Das Auftreten der französischen Anarchisten zu Anfang der neunziger Jahre, die Taten und das Ende unserer Genossen Ravachol, Vaillant, Henry begeisterte zwar die Pariser Arbeiter, blieb aber dem schon vom Marxismus erfaßten Teil des europäischen Proletariats, besonders also den deutschen Sozialdemokraten, einfach unverständlich, und die Bourgeoisie hatte leichte Arbeit, die große Freiheitsidee des Anarchismus als eine Theorie wahnwitziger Verbrecher zu kompromittieren, deren ganzer Inhalt die Praktizierung einer Propaganda-Methode sei, der „Propaganda der Tat“.

Die Marxisten lehnen bekanntlich jeden individuellen Terror ab, bezeichnen ihn als konterrevolutionär und den Interessen des Proletariats abträglich und stellen ihn, mindestens seit Lenin, in Gegensatz zum Massenterror, den sie bejahen, ohne indessen irgendwo zu erklären, wie die Grenzen zwischen diesen beiden Arten des Terrorismus laufen. Man sollte nämlich meinen, daß die Ausübung des Massenterrors terroristische Taten Einzelner in sich schließe, und umgekehrt, daß der Terrorakt einer Person oder Verschwörergruppe, falls er aus einer allgemeinen Empörungs- oder Verzweiflungsstimmung hervorwächst, die Leistung eines Werkzeugs der Massen sei. Die feine Unterscheidung zwischen Einzel- und Massenterror, die die Parteikommunisten machen, ist nichts als

verantwortungsscheue Sophistik, der man die alte sophistische Frage entgegenhalten kann: Besteht nicht ein Berg aus Sandkörnern? Aber ein Sandkorn ist noch kein Berg, auch zehn nicht, auch nicht hundert oder tausend, aber doch wohl eine Million? Also, bei wieviel Sandkörnern fängt ein Berg an? Und ebenso: Wo hört Einzelterror auf? Wo fängt Massenterror an?

Es ist übrigens nicht richtig, individuellen Terrorismus mit Propaganda der Tat einfach gleichzusetzen. Die meisten Attentate und politischen Morde der Geschichte — die ja gewiß keine anarchistische Erfindung noch gar anarchistische Spezialität sind —, vereinigen in sich den Zweck der politischen Rache mit dem der Werbung für eine Idee. Die langjährige terroristische Tätigkeit der russischen Nihilisten und Sozialrevolutionäre diente zugleich der Einschüchterung der herrschenden Macht und der Vorbereitung der Revolution. Reinsdorfs großartiger Plan, bei der Enthüllung des Niederwalddenkmals das Festzelt in die Luft zu sprengen, in dem Wilhelm I. mit Sohn, Enkel, Urenkel, allen deutschen Bundesfürsten und militärischen und politischen Paladinen versammelt war, entsprang der Absicht, die Niedertracht des Sozialistengesetzes an denen zu rächen, die es bewirkt hatten und verantworteten, und gleichzeitig die revolutionäre Tatkraft seiner Opfer, der Arbeiter, als das Mittel zu erweisen, das der gepeinigten Klasse im Kampfe allein zu Gebote stehe. Ravachols Anschläge gelten als typische Beispiele der Tatpropaganda. Aber das würde voraussetzen, daß sie lediglich den Zweck verfolgt hätten, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Lehre der Anarchie zu lenken, die Ravachol vertrat. Da scheint es nützlich, die vielfach vergessenen Tatsachen in Erinnerung zu bringen. (Ich beziehe mich hier hauptsächlich auf Arthur Holitschers kleines Buch „Ravachol und die Pariser Anarchisten“, Verlag der Schmiede, Berlin 1925, das, ohne dem Wesen des Anarchismus eigentlich beizukommen, die Oberflächendarstellung im ehrlichen Streben nach Verständnis und Gerechtigkeit gibt.)

Ein Ereignis der Art, wie sie die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten unserer Tage in Deutschland zur Alltäglichkeit gemacht haben, erregte im Jahre 1891 die Gemüter der Pariser Arbeiter in ungeheurem Maße. Eine Gruppe Anarchisten im Stadtviertel Clichy verließ unter Vorantragen einer roten Fahne im Zuge ihr Versammlungslokal. Sie wurde von Polizei überfallen und auf beiden Seiten schoß man. Viele wurden verhaftet und danach von den Polizisten mißhandelt; zwei Arbeiter wurden zu 5 und 3 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Diese beiden Männer wurden nun die Patenkinder der Erregung des Pariser Proletariats, das von ihnen als den Märtyrern von Clichy sprach, Die Erregung steigerte sich unaufhaltsam und im

März 1892 explodierten im Abstand von nur wenigen Tagen drei Bomben, die erste im Hause des Gerichtspräsidenten, der die beiden Anarchisten verurteilt hatte, die zweite in einer Kaserne und die dritte beim Staatsanwalt des Arbeiterprozesses. Die Attentate beim Richter und beim Staatsanwalt waren Ravachols Werk gewesen. Handelte es sich hier wirklich einfach um Propagandataten? Ravachol selber hat darüber vor Gericht gesagt: „Ich habe meine Taten begangen, um die verantwortlichen Lenker, die Staatsjustiz zu belehren, daß ihrer Härte unsere Härte gegenübersteht“. Also Terrorakte der Rache und der Warnung halber; Akte des proletarischen Selbstschutzes. Weiter aber: „Ich habe im Namen der Anarchie gehandelt, die eines Tages die große Familie der Menschheit bedeuten wird, und in jener Zeit wird es keine Hungernden mehr geben. Die Schreckensakte, die ich begangen habe, sollten ein Signal für das Bürgertum sein, daß wir leben und daß man uns erkennen solle als das, was wir sind: die einzigen Verteidiger der Unterdrückten“. Hier bekennt sich der Terrorist allerdings so eindeutig wie möglich zur Propaganda für seine Idee durch die in aller Welt schreckensvoll hörbare Tat.

Ravachols Haupt fiel unter der Guillotine. Sein Leben und seine Taten hatten bei den Armen in Paris gewaltige Volkstümlichkeit gewonnen, die den „Rächer der Armut“ in Gesängen und romantisch-revolutionären Legenden feierten. Die Bourgeoisie hingegen suchte sich gesetzlichen Schutz gegen die gefährliche Lehre des Anarchismus zu schaffen, und die Regierung Loubet legte dem Parlament 1893 ein Gesetz vor, nach dem auf Sprengstoffattentate kurzerhand der Tod stehen sollte. Die Antwort war die Bombe, die am 9. Dezember 1893 der Anarchist August Vaillant von der Galerie des Palais Bourbon in die Kammersitzung warf. War Vaillant ein Propagandist der Tat? In seiner schönen Verteidigungsrede sagte er: „Wo immer ich auch hingekommen bin, überall habe ich Elende, unter das Joch des Kapitals Gebeugte gesehen. Ueberall war ich Zeuge derselben Folterungen, derselben blutigen Tränen . . . Und hier wie überall habe ich das Kapital gesehen, wie es den letzten Blutstropfen des unglücklichen Parias vampyrgleich aussaugt . . . Meine Bombe warf ich unter jene, die ich als in erster Linie verantwortlich für die Leiden der Allgemeinheit erachte. — Aber“ — die Verteidiger des Massenterrors auf Kosten des Individualerrors mögen Vaillants Worte aufmerksam lesen! — „die Explosion meiner Bombe ist nicht allein das Zeichen der Verzweiflung eines einzelnen Menschen, sie ist der Ausdruck der Not einer ganzen Klasse, die bald den Schrei des Einzelnen übertönen wird . . . Alle Gewalt der heute Regierenden wird es nicht verhindern, daß Reclus, Darwin,

Spencer, Ibsen, Mirbeau und die andern ihre Ideen des Rechts säen . . . Diese Ideen werden die Unglücklichen zu Akten der Empörung stacheln, wie das in mir geschehen ist — und dies wird bis zu dem Tage sich fortsetzen, an dem das Verschwinden der Autorität allen Menschen gestatten wird, sich frei zusammenzufinden nach Maßgabe ihrer inneren Zusammengehörigkeit.“ Der Bombenwurf ein Akt der Vergeltung, die Propaganda für die Idee aber aufgespart für die Rechtfertigungsrede des Todgeweihten. Mit den Worten: „Tod der bürgerlichen Gesellschaft! Lang lebe der Anarchismus!“ legte August Vaillant am 5. Februar 1894 den Kopf unter das Fallbeil.

Fünf Tage nach seiner gesetzlichen Ermordung dröhnte die Rache für Vaillant in furchtbarer Detonation über den Erdboden. Der 21 jährige Student Emil Henry hatte eine Bombe in das Pariser Luxuscafé Terminus geworfen. Bei Henry, diesem glühenden Revolutionär, diesem hochbedeutenden jungen Menschen, der sehr früh die Idee der Anarchie in sich aufnahm und mit fanatischer Leidenschaft bekannte, kann man von einer Propaganda durch die Tat kaum reden. Er hatte schon, wie sich in seinem Prozeß herausstellte, im Jahre 1892 den Versuch unternommen, die Büros der Bergwerksgesellschaft mit Dynamit in die Luft zu sprengen. Beide Taten betrachtete Henry durchaus als Kampfactionen, die er mit Bewußtsein gegen anonyme Vertreter der Bourgeoisie richtete, wie auch das Kapital seine Brutalität nicht auf bestimmte Vertreter des Proletariats, sondern auf die Namenlosen der entrechteten Klasse, die in Wahrheit namenlos Leidenden wirken läßt. „Da die gesamte Bourgeoisie“, sagte Henry vor Gericht, „der Ausbeutung der Unglücklichen teilnahmslos zusieht, muß sie in ihrer Gesamtheit ihre Schuld büßen“. Dann: „Die Bourgeoisie erkennt die Anarchisten als eine geeinte Körperschaft an. Ein einzelner Mann, Vaillant, warf eine Bombe. Das aber schadete nichts: die Anarchisten wurden in ihrer Gesamtheit verfolgt. Jeder, der nur entfernt zum Anarchismus Beziehungen hatte, unterlag der Verfolgung. Nun, da Sie die gesamte Bewegung für die Tat eines Einzelnen verantwortlich machen, vergelte ich gleiches mit gleichem. Ihr habt in Chicago gehängt, in Deutschland geköpft, in Xeres gewürgt, in Barcelona erschossen, in Montbrison und Paris guillotiniert — was ihr aber niemals werdet töten können, das ist die Anarchie . . . Sie erhebt sich als eine gewaltsame Gegenbewegung gegen die Ordnung dieser Gesellschaft, sie repräsentiert alle Sehnsucht nach Gleichheit und Befreiung, nach Zertrümmerung der gegenwärtigen Autorität. Sie ist überall; sie ist nirgends zu fassen; sie wird euch alle töten!“

So sehen wir in den drei Hauptvertretern des anarchistischen Terrorismus jener Zeit drei verschiedene Beweggründe des Handelns am Werk: bei Ravachol das Bestreben, die herrschende Gesellschaft einschüchternd zu verwirren und dadurch zugleich die Idee der freiheitlichen Ordnung der Idee der staatlichen Autorität gegenüberzustellen; bei Vaillant das Rachebedürfnis des Proletariers, der in sich seine ganze Klasse repräsentiert fühlt, und bei Henry die Angriffswut des Empörten, der mit seiner Person, erfüllt vom Leide der Gesamtheit, den Kampf beginnt, um das Phlegma der Reichen aufzustören und die Begeisterung der Armen für Gleichheit und Freiheit zu wecken. Alle drei starben auf dem Schaffott wie vorher ihr deutscher Gesinnungsgenosse Reinsdorf, der mit seinem Unterfangen die Mitwelt alarmieren wollte gegen die Bösartigkeit der Bismarck-Reaktion und gleichzeitig das ganze Geschmeiß zu Herrgöttern aufgepumpter Schmarotzer spüren lassen wollte, daß man es mit geeigneten Mitteln wie eine Wanzenbrut vertilgen könne. Propagandisten der Tat waren sie alle, — wer kann es leugnen? Ihr Tod überlebt sie als werbende Mahnung an die Freiheit, die zu erkämpfen sie den Ueberlebenden mit ihrem heroischen Beispiel auferlegt haben.

Holitscher zitiert Krapotkin, der in den „Worten eines Rebellen“ schreibt: „Eine einzige Tat macht in wenigen Tagen mehr Propaganda als tausend Broschüren. Eine Tat gebiert die andere; Gegner schließen sich dem Aufruhr an; die Regierung wird uneins, Härte verschärft den Streit; Zugeständnisse kommen zu spät: die Revolution bricht aus“. In dieser Aeußerung, die sich mit vielfachen anderen Zitaten Krapotkins deckt, ist in der Tat ein entschiedenes Bejahen der Propaganda einer Idee durch das Mittel eingreifenden Handelns ausgedrückt. In dem Abschnitt über die revolutionären Minderheiten erinnert Krapotkin daran, wie die Propaganda durch die Tat sich zu Beginn der französischen Revolution praktisch auswirkte. (Ich halte mich hier an die leider unvollendet gebliebene Uebersetzung der „Worte eines Rebellen“, die der Genosse Rucker in der alten Londoner Lieferungs Ausgabe besorgt hat, da sie die Ansichten Krapotkins unverfälscht wiedergibt und in einer Sprache gehalten ist, die auch der Anspruchsvolle als deutsch bezeichnen kann.) „Einige entschlossene Männer legten Feuer an die ersten Schlösser, während die große Masse noch in Demut und Furcht verharrete, bis die Flammen der brennenden Schlösser zu den Wolken emporloderten, — bevor man daran dachte, die Steuereinnnehmer an dieselben Galgen zu knüpfen, welche ehemals das Gewicht der Vorläufer der Jacquesie tragen mußten.“ Die Frage aber, welche besonderen Formen die Tatpropaganda annehmen solle, beantwortet

Krapotkin unzweideutig: „Jede, die durch die Lage der Dinge, durch Gelegenheit und Neigung vorgezeichnet wird.“ Gleichviel, ob ein Einzelner, ob eine Mehrheit die Tat ausführt — nur kühn muß sie sein, und „niemals darf sie ein Mittel unbenutzt, niemals eine Tatsache des öffentlichen Lebens unbeachtet lassen, um die Geister in Spannung zu erhalten, der Unzufriedenheit Nahrung und Ausdruck zu geben, den Haß gegen die Ausbeuter zu schüren, die Regierung lächerlich zu machen, ihre Ohnmacht darzutun.“

Aber jenun: Einzelterror ist konterrevolutionär, so haben es früher die Sozialdemokraten, später die Parteikommunisten verkündet. Der Sinn dieser typisch marxistischen Weisheit ist natürlich der, daß jegliche Selbständigkeit im Entschließen oder Handeln die Disziplinsprüche der Führer kränkt und bei Revolutionären den Gedanken wecken muß, es bedürfte zur Durchführung des Notwendigen keiner Erlaubnis von oben, sondern nur der Erkenntnis von innen. Man blieb nicht dabei, die individuellen Taten revolutionärer Kämpfer objektiv falsch zu nennen, man beschuldigte diese von Leidenschaft bewegten Menschen zugleich subjektiven Verates an der Arbeiterklasse; nur Spitzeln und Provokateuren könne es beikommen, durch terroristische Einzelaktionen oder Verschwörungen die wohldurchdachte Taktik der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Führer zu sabotieren. Diese Erbärmlichkeit, mit der die Sozialdemokratie schon zur Zeit des Sozialistengesetzes gegen die Anarchisten arbeitete — Bebel hatte z. B. August Reinsdorf wegen seiner radikalrevolutionären Propaganda solange als Spitzel verdächtigt, bis die Tat am Niederwalddenkmal und der Tod Reinsdorfs als Blutopfer des Staates ihn zum Widerruf nötigte —, ist dann von den Parteikommunisten nicht ganz so schofel, aber nicht weniger armselig zur „Wissenschaft“ erhoben worden. Dort, wo man alles in Thesen einfängt in dem Glauben, dann könne keine theoretische Erkenntnis je wieder durch das Fenster praktischer Erfahrung entweichen, hat man gleich auch jede Aeußerung persönlichen Eingreifens im wirtschaftlichen Kampf, wie Sabotage und passive Resistenz als die Autorität der Bonzenschaft schädigend geächtet. In den Heidelberger Leitsätzen vom Oktober 1919, die die KPD. noch nie widerrufen hat und deren Verfasser mit Recht Paul Levi heißt, ist folgendes zu lesen: „Von dieser Auffassung ausgehend, daß die wirtschaftliche Aktion nur ein Glied in der Gesamtktion der Massen ist, verwirft die KPD. jene Formen des wirtschaftlichen Kampfes, die nicht Massenaktion, sondern Individualakt sind. Sie verwirft die Sabotage als ein anarchistisches Mittel, das durch individuellen Akt die Aktion der Massen zu ersetzen sucht, in Wirklichkeit aber durch Akte individuellen Terrors die Aktion der Massen

lähmt.“ Was hingegen die passive Resistenz anbetrifft, so findet der sozialdemokratische Verfasser der kommunistischen Leitsätze (dazumal war er der kommunistische Verfasser sozialdemokratischer Leitsätze), daß sie im Gegensatz zum Streik, „der einer Steigerung zur Demonstration, zum Massenaufstand, zum Generalausstand und damit zum endgültigen Siege fähig ist“, einer solchen Steigerung nicht fähig sei; „sie führt daher ganz von selbst zu einer Verflachung der wirtschaftlichen Kämpfe“.

Hier soll dieser Unfug nicht umständlich widerlegt werden; es genügt daran zu erinnern, daß der Generalausstand, den Levi durch das Vorausgehen von Individualaktionen „gelähmt“ glaubt, gerade von den Anarchisten stets als wirksamstes revolutionäres Kampfmittel empfohlen worden ist, längst schon, als die Leviten noch von diesem Mittel nur als Generalblödsinn sprachen. Aber man braucht den deutschen Arbeitern nur zu sagen, daß der Einsatz ihrer eigenen Tatkraft und ihrer eigenen Initiative auf den Fortgang ihrer Klassen-erfolge lähmend einwirken müsse, dann hat man sie bei ihrer traurigsten Eigenschaft gepackt, die die Preußenkönige über 200 Jahre hindurch gepflegt haben, um mit ihren Soldaten umspringen zu können, wie es ihnen behagte: bei ihrem Respekt vor der Obrigkeit, die das Führen gelernt hat, bei ihrem Kasernengehorsam, bei ihrer Bescheidenheit vor dem eigenen Geist und Willen. Die fürchterliche Passivität des deutschen Proletariats hat darin ihr stärkste Ursache, daß die Marxisten ihm weisgemacht haben, das Drillregiment von Friedrich I. bis Bismarck und Wilhelm II. sei die beste Zucht, und Aktivität laufe nur richtig am Leitungsdraht der Zentralgewalt.

Individueller Terror ist also konterrevolutionär. Die Arbeiter sahen es ein und überließen den Konterrevolutionären den individuellen Terror. Man muß zugeben, daß die Konterrevolution diesen Terror zu handhaben verstanden hat. Sie hat Verschwörungsorganisationen aufgebaut, beweglich gehalten, nach Bedarf umgestaltet, getarnt, verschwinden lassen, die für die Zwecke, denen sie dienen sollten, glänzend und vorbildlich gearbeitet haben. Politische Morde in ungeheurem Ausmaße wurden von Einzelnen, von Wenigen oder von lose verbundenen Vielen beschlossen, vorbereitet, durchgeführt, solidarisch gedeckt und sinnreich verdeckt, nach Bedarf propagandistisch ausgewertet und wieder in Vergessenheit gebracht. Bei diesen Morden verband sich fast immer das Motiv der Rache, der Herausforderung und das der Propaganda durch die Tat. Hätte das revolutionäre Proletariat, als die Zeit dazu Anlaß gab, jeden nationalen Racheakt gerächt, jede freche Herausforderung angenommen, jedem Werbeakt des Gegners die Propaganda für die eigene Sache

entgegengesetzt, — es gäbe heute keine faschistische Gefahr in Deutschland. Aber Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden ermordet und ihre Mörder blieben am Leben; ihnen folgten Eisner, Jogisches, Dorrenbach, die Spandauer, die Mechterstädter Arbeiter (ich spreche jetzt nicht von den Opfern des Meuchelmordes, die wie Landauer, Sontheimer, Egelhofer usw. während des Toßens offenen Bürgerkrieges als Gefangene geschlachtet wurden); Paasche wurde gemeuchelt und dann Sylt und Gareis, und da das alles gut ging für die Mörder und sie an keinem ihrer Freunde, auch an keinem ihrer Heroen und Würdenträger ähnliches erlebten, schwoll ihr Mut und sie wendeten ihr wirksames Mittel nicht allein gegen die Vertreter der Revolution an, sondern mordeten weiter in den Bezirken der staatsfrommen republikanischen Kreise. Erzberger kam an die Reihe und dann Rathenau, und die Wirkung war ein Gesetz gegen das revolutionäre Proletariat, das ja von der Propaganda der Tat nichts hält und Individualterror als konterrevolutionär ächtet; Massenterror aber kommt erst in Frage, wenn die Zentrale dazu das Signal bläst.

Bei dieser Gelegenheit: Ist es nicht auffällig, daß die nationale Maffia, denen Kommunisten, Anarchisten und Unabhängige, Pazifisten und sogar Klerikale und Demokraten Blutzoll zahlen mußten, keinen einzigen Sozialdemokraten ermordet hat? Die beiden einzigen Sozialdemokraten, die Objekte gewaltsamer Angriffe waren, Neuring und Erhard Auer, waren zugleich die einzigen Ziele linksrevolutionärer Erbitterung. Von rechts her war nur Scheidemann einmal einem nicht überall ernst genommenen, mindestens mit untauglichen Mitteln unternommenen Attentat ausgesetzt. Die Sehnsucht der Sozialdemokraten, doch auch über einen Märtyrer verfügen zu können, hat sie dann veranlaßt, aus Eberts vereitertem Darm ein gebrochenes Herz zu machen, gebrochen deswegen, weil man ihm — wahrhaftig zu Unrecht! — unterschob, er hätte einmal die Interessen revolutionärer Arbeiter über die des ausbeutenden Kapitals gestellt. Wer Noskes Erinnerungen „Von Kiel bis Kapp“ kennt, für den ist die Schonung seiner Parteigenossen durch die nationalistischen Propagandisten der Tat kein Rätsel.

Die Feme der Schwarzen Reichswehr hat mit werbendem Terror nichts zu tun. Hier handelte es sich um die im Grunde selbstverständlichen innerorganisatorischen Sicherheitsmaßnahmen eines Geheimbundes gegen Spitzelei und Verrat, wie sie auch Bakunin und Netschajew für revolutionäre Verschwörerorganisationen vorsahen und wie sie innerhalb der terroristischen Gruppen Rußlands in den siebziger und achtziger Jahren und vor und nach der Revolution von 1905 ebenfalls bestanden. Im FANAL sind ja die Kame-

radenmorde der weißen Horden von 1923/24 niemals mit feierlicher Entrüstung beurteilt worden. Wenn die Herren Büsching oder Klapproth einen des Verrats überführten oder verdächtigen Landsknecht umlegten, so war das eine Familienangelegenheit zwischen bewaffneten Arbeiterfeinden, die das revolutionäre Proletariat nicht zur Parteinahme zugunsten der Ermordeten zu veranlassen brauchte.

Ganz anders verhält es sich mit der jetzt, wenn auch nicht aufgeflogenen, so doch durch die Verhaftung einiger Beteiligten gestörten terroristischen Geheimorganisation der faschistischen Landvolkleute. Die eingehende Beschäftigung mit den politischen Verästelungen und unterirdischen Beziehungen dieser höchst interessanten deutschen Parallelbewegung zu den österreichischen Heimwehren muß zurückgestellt werden, bis zu übersehen sein wird, ob der Rückschlag in Norddeutschland den Fortgang der Aktion in Oesterreich beeinflussen wird und bis zu erkennen ist, ob die von den Behörden eifrig betriebene Vertuschung der tieferen Zusammenhänge Erfolg haben oder von proletarischen Gegenmaßnahmen verhindert werden kann. Die Dokumentenveröffentlichungen der „Hamburger Volkszeitung“ und der „Roten Fahne“ sind sehr verdienstvolle Anfänge einer Gegenwirkung; doch darf es nicht bei Zeitungskampagnen bleiben. Es müssen revolüt. Untersuchungsorgane geschaffen werden, um die Fäden aufzudecken, die vom Landvolk zu den offiziellen und inoffiziellen Waffenplätzen der Städte führen und die die noch glimmenden Zunder sind, welche die faschistische Explosion bewirken sollen.

Die Sprengstoffattentate in Schleswig, Lüneburg, Itzehoe usw. und endlich im Reichstag sind Beispiele der Propaganda der Tat von reiner Prägung. Ihr Sinn war: auf der einen Seite erschrecken, verwirren, einschüchtern, ängstigen; auf der andern Seite begeistern, mit Mut erfüllen, erkennen lassen, daß etwas geschieht, daß gearbeitet wird, daß die ersehnte Stunde nahe ist. Darauf nämlich kommt es bei terroristischen Aktionen an, daß sie verstanden werden! Ravachol, Vaillant, Henry konnten ihre Bomben werfen, weil sie wußten, daß die französischen Arbeiter begriffen, was ihr Knall bedeutete. Erst recht trifft das natürlich zu bei den Ermordungen verhaßter Persönlichkeiten, wie des Präsidenten Carnot durch Caserio, des Königs Humbert von Italien durch Bresci oder, um das Beispiel eines nationalistischen Mordes zu nehmen, des Erzherzogs Franz Ferdinand von Habsburg-Este 1914 in Serajewo durch Princip, jener Tat, die dann von den Wiener und Berliner Kriegstreibern zum Vorwand benutzt wurde, um den Weltkrieg zu entfesseln. Das deutsche Proletariat ist von seinen marxistischen Lehrmeistern dazu erzogen worden, die blöde Redensart „Mord ist Mord“ für richtig

zu halten, und so ließ es sogar das Jahr 1922 vorbeigehen, ohne an einem einzigen Vertreter der nationalen Blutpolitiker so zu handeln, daß deren vollkommener Triumph nach dem Rathenaumord und damit die Verelendung des ganzen Volkes durch die Inflation verhindert worden wäre. Hätte aber ein Arbeiter so handeln wollen, dann wäre er nicht verstanden worden, dann hätte man ihn als Spitzel und Stinnes-Agenten verschrieen, und da jeder entschlußfähige Arbeiter das wußte, da jeder sich erinnerte, wie sogar Genosse Ferry, als er die Siegestsäule, dieses widerliche Symbol des Krieges und des Siegerübermutes, in die Luft zu sprengen versuchte, zum Spitzel gestempelt wurde, unterblieb jede warnende und rächende Tat. Nicht einmal während des Krieges verstanden die deutschen Arbeiter die Signale der Rebellion, wenn sie von einem Einzelnen kamen. Die Tat Friedrich Adlers verpuffte, wenigstens in Deutschland, wo der „Vorwärts“ ungestraft schreiben konnte, die Hinrichtung des Schädlings Stürgkh sei die Tat eines Geisteskranken gewesen. Daß der Geisteskranke die Gesundung wiedergefunden hat, die ihm die Sinnesgemeinschaft mit dem „Vorwärts“ möglich macht, ist kein Beweis für den „Vorwärts“.

Die deutschen Faschisten haben ihrem Anhang nicht vorgebetet, daß ein Mord so miserabel sei wie der andere. Sie haben ihnen dasselbe gesagt, was Krapotkin und Most den Anarchisten gesagt haben: daß jedes Mittel gut ist, das durch den für gut erkannten Zweck vorgezeichnet wird, durch das die Geister in Spannung gesetzt, der Unzufriedenheit Nahrung und Ausdruck gegeben, der Haß geschürt, die Regierung lächerlich gemacht und ihre Ohnmacht gezeigt wird. Die deutschen Faschisten haben dadurch erreicht, daß das, was ihre Verschwörer Ueberraschendes unternehmen, von ihren Mitläufern verstanden und mit leidenschaftlicher Begeisterung aufgenommen wird. Und sie haben noch etwas anderes erreicht, was der Revolutionär, der die Stunde der Erhebung für das Proletariat erstrebt und nicht für die verwegenen Feinde der Arbeiterschaft, nur mit bitterem Neide vermerken kann: daß die feurigsten, ergebensten, tapfersten, entschlossensten Kämpfer nicht bei uns stehen sondern bei ihnen. Mag die Idee, für die diese jungen kühnen Menschen ihr Leben wagen, so dumm, so gemein, so ruchlos sein, wie sie wolle, die Kräfte, die sie sich als ausführende Hände gewinnt, wissen das nicht, sie glauben den Worten, die Freiheit und Glück verheißen, sie füllen die Phrase vom Vaterland für sich mit kostbaren Werten an, und, da ihnen nicht eine verstiegene Dialektik, sondern die lebendige, blut- und glutvolle Tat als Mittel zur Erfüllung ihrer Träume gepriesen wird, steht dort der Wille, die Kraft, der wundergläubige Mut, die berauschte Jugend, die wir haben müßten.

Wollen abwarten, was die hohe Staatskunst und was die treffliche Justiz der zagen Geste folgen lassen wird, mit der zunächst ein paar Haftbefehle erlassen worden sind. Davon wird es wohl abhängen, wie weit die geschäftstüchtigen Hintermänner der Bombenleger den Idealismus der Tatpropagandisten weiterhin füttern werden. An dem Tage, an dem die reinen Toren des Nationalismus von den Drahtziehern im Hintergrunde fallen gelassen werden, und der Tag tritt ein, sobald Licht in die finanziellen Zusammenhänge der faschistischen Bestrebungen geleitet wird, an diesem Tage werden Kräfte für gute Zwecke frei, die bisher denkbar schlechtesten Zwecken in bestem Glauben gedient haben. Propagandisten der Tat! Die jungen Leute, die für Hitler und Ehrhardt, in Wahrheit aber für Hugenberg, Thyssen und Kirdorf Bomben haben platzen lassen, sie werden ins Gefängnis gehen, in der Meinung, dadurch einer heheren Sache des deutschen Vaterlandes zu nützen. In der Tat aber werden sie sich einsperren lassen als lebendige Zeugen einer Moral, die den gläubigen Geist, das Vertrauen und die Sehnsucht verrät und verkommen läßt um der schmutzigen Selbstsucht profitgeiler Intriganten willen. Schon rücken die sogenannten Nationalsozialisten vernehmlich von ihren hingebungsvollsten Jüngern ab; mit Bomben, versichern sie plötzlich, könne man nicht die Welt verändern. Nein, das kann man nicht. Aber Begeisterung beweisen und Begeisterung wecken, das kann man manchmal mit Bomben. Zum Bombenlegen gehört Mut, und diesen Mut zu zeigen, das eben ist Propaganda der Tat. Die Bombenwerfer vom Landvolk haben sehr viel Mut bewiesen und haben zugleich bewiesen, wie feige die Bande ist, deren verlogenes Gebaren sie ernst genug nahmen, um ihren Mut daran zu entzünden. Der Faschismus hat eine schwere Schlappe erlitten, nicht durch die Verhaftung einiger seiner Kämpfer, sondern durch die kümmerliche Haltung seiner Parolehengste. Deren Feigheit offenbar gemacht zu haben — auch das war Propaganda der Tat.

Arbeiterklasse und Sozialpolitik

Gustav Landauer betrachtete das geschichtliche Geschehen als einen Wechsel zwischen Topie und Utopie (s. Landauer: Revolution), man kann auch sagen: zwischen revolutionärem Aufbränden und Verebben sozialer Bewegung. Wie in dem Aufbränden schon die Elemente des Abebbens mit enthalten sind, so sammeln sich in Zeiten der Ebbe auch schon wieder die Elemente, die zum Aufbränden führen. Revolution und Evolution sind andere Namen für dieselbe Erscheinung.

Die Revolution, die Europa erfaßt hatte, ist in Reaktion erstickt; wir befinden uns wieder im Zustand der Evolution. Diejenigen, die als Instrumente revolutionären Geschehens dem Befreiungskampf der Unterdrückten dienten, müssen jetzt ihren Dienst im Erfüllen von Aufgaben suchen, wie sie die Epoche der Evolution bringt.

Da ist eine unter den wichtigen Aufgaben der Ueberschau und Prüfung die Auseinandersetzung mit der Sozialpolitik des kapitalistischen Klassenstaates. Allzu sehr spielen die Auswirkungen dieser Sozialpolitik in das tägliche Leben des Arbeiters und seiner Familie in den verschiedensten Formen mit hinein, als daß nicht das persönliche wie auch das Klasseninteresse des Arbeiters eine nähere Betrachtung fordern würde. Die Existenz des Arbeiters wird bestimmend von dieser bürgerlichen Sozialpolitik beeinflußt. Wie ist das möglich?

Die Leistungen der Sozialpolitik — Sozialversicherung, Sozialfürsorge — bilden einen Faktor im kapitalistischen Lohnsystem. Dieser Faktor ist ein variabler, d. h. veränderlicher. Der Arbeiter kann diese „sozialpolitischen Leistungen“ ebenso wenig entbehren, wie irgendeinen anderen Teil seines stets unzureichenden Lohnes. Ferner kommt hinzu, daß die bürgerliche Sozialpolitik das gesellschaftliche Leben der Arbeitermasse — z. B. Erholung, Sport, Berufshygiene, Gesundheitspflege, Kinder- und Krankenpflege usw. — in Formen zwingt oder zu zwingen sucht, die dem Geiste proletarischer Weltanschauung und Solidarität nicht entsprechen, ja, diesem vielmehr direkt entgegengesetzt sind, um ihm entgegenzuwirken.

Bilden die sozialpolitischen Leistungen einen Faktor im kapitalistischen Lohnsystem? Sie werden vom Unternehmer und den die Tariflöhne festsetzenden Instanzen bei der Bemessung des Arbeitslohnes einkalkuliert, ferner wird der Arbeiter gesetzlich gezwungen, von seinem Barlohn noch bestimmte und zwar sehr wesentliche Prozentsätze für die „Sozialbeiträge“ abzugeben.

Ist dieser Faktor im kapitalistischen Lohnsystem ein variabler? Ja, aus zwei Gründen. Einmal wechseln Wert und Höhe der sozialpolitischen Leistungen fortwährend, zum anderen kommt der Arbeiter nicht regelmäßig zu ihrem Bezuge, denn es sind Bedingungen daran geknüpft. Diese sind dehnbar, deutbar; der Arbeiter muß von diesem Bestandteil seines Lohnes kämpfen, Schikanen, gesetzliche und ungesetzliche Fallen zu umgehen verstehen, um dann vielleicht zum Bezug der Leistungen zu kommen. Oft genug muß er nicht nur über Gebühr warten, sondern sie werden ihm überhaupt vorenthalten.

Warum ist er nicht in der Lage, sie zu entbehren? Weil eben sein Lohn so zugeschnitten ist, daß Extraausgaben, sei es bei Wochenbett, Krankheit, Alter oder Invalidität nicht getragen werden können.

Die treffendste Charakterisierung der kapitalistischen Sozialpolitik hat Rosa Luxemburg in der ihr eigenen gedanklichen Klarheit gegeben. Wie

der Wildschutz, sagt sie, vom Jagdherrn nur deswegen geübt wird, um die Jagd nutzbringender und ertragreicher zu machen, so der Arbeiterschutz auf Grund der Sozialgesetze nur deswegen, um eine profitreichere Ausbeutung des Menschen und seiner Arbeitskraft für den Unternehmer zu ermöglichen.

Das wird natürlich von den Verfechtern der Sozialpolitik, vom Bürgertum bestritten. Wenn aber noch Beispiele für die Richtigkeit dieser Behauptung gefehlt haben sollten, so sind sie in den Jahren seit 1914 tausendfach gegeben worden. Nach dem Ausbruch des Krieges wurde der sozialpolitische Apparat in allen kriegsführenden Ländern mächtig angekurbelt, um den Massen mit der Kriegsfürsorge in allen ihren Arten eine Versorgung vorzutauschen, die sie kriegsbereit machen, kriegswillig erhalten sollte. Die Kriegsfamilienfürsorge, die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge trugen diesen Charakter. Der Kriegsfürsorge folgte der Ausbau der Sozialpolitik in den Nachkriegsjahren. Parlamente waren fieberhaft tätig, soziale Ministerien im Reich und in den Ländern neu geschaffen, ihre Aufgabenkreise festgelegt, Beamte eingestellt. Jugendfürsorge, Erwerbslosenfürsorge, Wohnungsfürsorge wurden Programmpunkte von Parteien und Regierungen. Geld durfte alles nur gerade soviel kosten, als nicht zu vermeiden war, um die soziale Fassade der Republik zu konstruieren. Noch grollte das Revolutionsgewitter, die soziale Fassade war nötig! Alles endete dann in Inflation und „Stabilisierung“ der Währung, in der „Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt von Reich, Ländern und Gemeinden“. Unter Ebert kam im Dezember 1923 das erste Ermächtigungsgesetz, gleich darauf das zweite. Während dieser wurden allein 80 Sozialgesetze aufgehoben oder gar nicht erst in Kraft gesetzt, „sistiert und suspendiert“. Die Behandlung der Erwerbslosenfürsorge, ihre Umwandlung in eine „Versicherung“, der Abbau dieser sind weitere furchtbare Beispiele dafür, was das Leben des Arbeiters im kapitalistischen Klassenstaat wert ist, wie die Herrschenden sein Lebensrecht bewerten. Und die Periode der grenzenlosen Massennot ist begleitet von der Gewinnung neuer Riesenprodukte der Industrie, der „Erholung der deutschen Wirtschaft“, Ausschüttung hoher Dividenden und des Wiederaufbaues eines Luxuslebens der wenigen, wie selbst noch vor dem Kriege nicht. Zugleich vollzieht sich ein internationaler Zusammenschluß der nationalen Sozialpolitiker, der der tausendfach geknebelten Arbeiterschaft eine neue Fessel anlegen soll. Als Masse verelendet, als Klasse entrechtet, so kann die Arbeiterschaft die Bilanz der bürgerlichen Sozialpolitik ziehen.

Was bleibt der klassenbewußten Arbeiterschaft, was dem Revolutionär zu tun?

Selbstverständlich muß der einzelne Arbeiter sich aller Einrichtungen der Sozialpolitik bedienen, um ihre Leistungen als Bestandteil seines Lohnes zu erhalten, aber ohne sich jemals darüber zu täuschen, daß diese

eben nichts anderes darstellen, als ein besonders raffiniert und schikanös gestalteter, unsicherer Lohnanteil. Die Arbeiterorganisationen haben für Klärung der ganzen Frage und Aufklärung über den Charakter der bürgerlichen Sozialpolitik zu sorgen. Und die Revolutionäre, die abreißen wollen, weil sie aufbauen wollen, werden den Umbau vorzubereiten haben, der an Stelle kapitalistischer Sozialpolitik die Solidarität erwachsen läßt, jene Solidarität, von der Krapotkin (Krapotkin: Anarchistische Moral) sagt, daß ohne sie „die fortschreitende Entwicklung selbst nur des Tierreichs nicht hätte vor sich gehen können“, weil „das Wohl des Individuums mit dem Wohl der Gattung immer identisch“ miteinander gewesen sind.

Meta Kraus-Fessel.

Zweckjustiz

In dem Artikel „Propaganda der Tat“ an der Spitze dieses Heftes ist schon auf die offenkundige Bemühung der Behörden hingewiesen, die Zusammenhänge der jüngsten Ereignisse zu verwischen und die im Hintergrunde zur nationalen Erhebung mit dem Ziel der faschistischen Diktatur treibenden Kräfte im Hintergrunde zu belassen. Diese Bemühung ist begrifflich. Sobald eine beunruhigende Angelegenheit in die Behandlung von Juristen genommen wird verliert sie den Boden des realen Geschehens unter sich, zerfließt sie in den abstrakten Nebeln der gesellschaftlichen, moralischen und politischen Spekulation, und es ist trotz der unbedingten nationalen Zuverlässigkeit des deutschen Richterstandes schwierig, Angeklagte, Verteidiger und Zeugen in den eng umsteckten Grenzen des Beweisthemas zu halten, das von sehr anderen Zwecken als denen der Wahrheitserforschung bestimmt wird. Wir haben es im Rathenausprozeß erlebt, wie die ganze Gerichtsverhandlung einem lebensgefährlichen Seiltänzerkunststück gleich, bei dem Richter und Staatsanwalt die Lenkstange so geschickt balanzieren, daß die Artistenfüße keinen Augenblick vom schwankenden Tatsachendraht abrutschen, um auch nur mit einem Zeh in die von Geheimbündelei, Mordkomplotten, Umsturzplänen und Pogromluft gesättigte Atmosphäre zu tauchen. Daß mindestens von Erzbergers Ermordung her ein einheitlicher Wille zu terroristischer Aktivität wirksam war, der den Tod Rathenaus beschlossen und betrieben hatte, und es weiterhin auf Harden, Gerlach, Gumbel und Wirth absah, wußte jeder Mensch in Deutschland, der nicht gerade sozialdemokratischer Geschichtshammel war. Das Gericht fand das nicht zur Sache gehörig. Daß die Fäden aller Morde und Putschbestrebungen zu Kapitän Ehrhardts O. C. führten, war sogar bis in sozialdemokratische Redaktionen hinein bekannt geworden; das hohe Gericht aber turnte graziös auch darüber hinweg und hielt sich in meisterhafter Zweckwahrung an die bloße Ausführung der Mordtat. Der Zweck wurde erreicht, der Zweck nämlich, die weitere Tätigkeit der Hintergrundorganisation und der sie beschützenden Staats- und Militärmächte unbehelligt ihren vaterländischen Aufgaben zu erhalten.

Damals erleichterte der Umstand die Zweckerfüllung des Prozesses, daß die beiden Haupttäter Fischer und Kern der Gerichtsstelle mit der Entschuldigung fernblieben, die selbst der mißtrauischste Skeptiker als vollgültig anerkennen muß: Sie mochten einer Staatsgewalt nicht in die

Fänge geraten, die sie irrigerweise für republikanisch hielten, wider-setzen sich kämpfend ihrer Gefangennahme und überließen — tapfere Kerle! — den Verfolgern nur ihre zerschossenen Leichname. Man hätte sie, wäre man ihrer lebendig habhaft geworden, wohl oder übel doch zum Tode verurteilen müssen, und ihre Begnadigung zu einer Zeit, als Noskes und Eberts fünfzehntausend proletarische Sühneopfer an die Bourgeoisie immerhin noch nicht so vergessen waren wie heute, hätte nur wieder neue Aergerlichkeiten für die Lenker der Republik von den Harmlosen, die das Gelenkte gern für eine Republik ansehen wollten, nach sich gezogen. Jetzt waren die Mörder tot, von den Mordanstiftern brauchte man nichts zu erfahren, da das nicht zum Beweisthema gehörte, und die Beschaffung der Mordwaffe, des Mordautos, der Unterkünfte für die Mörder, selbst das Lenken des Autos, von dem die Maschinenpistole abgeknallt wurde, konnte mit der Milde, die dem politischen Zweck der Leipziger Rechtspflege entsprach, als bloße Beihilfe zum Mord aufgefaßt werden statt als Teilnahme, worauf die Todesstrafe gestanden hätte.

Es scheint am Platze, der Erinnerung an den Zweckprozeß zugunsten der Mordbande der O. C. die Erinnerung an einen anderen Prozeß gegenüberzustellen, der den Charakter der Zweckjustiz noch deutlicher aufgeprägt trug und dessen leider bei den vielfachen Zehnjahreserinnerungen der letzten Monate nirgendwo überhaupt gedacht wurde. Am 19. September waren zehn Jahre vergangen, seit in München unsere braven Genossen Fritz Seidel, Schicklhofer, Fehmer, Pürzer, Widl und Josef Seidl wegen „Geiselmordes“ an dieselbe Wand gestellt wurden, an der im Mai 1919 zahllose unserer treuesten Kameraden ohne große Formalitäten von den weißgardistischen Vorläufern der Organisation Consul abgeknallt waren (darunter Frauen, die die infame Horde, die Noske nach Bayern geschickt hatte, langsam, von unten herauf totschoß); im Oktober folgte dann noch der Genosse Kammerstetter und im Juni 1920 der Genosse Wallershauser, — bis auf den letzten, der unter Kahrs segensreichem Regiment verblutete, sie alle Opfer von Todesurteilen, die von einer in der Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehenden Regierung (Hoffmann als Ministerpräsident mit 2 Stimmen, Schnepfenhorst, Sezigt und Endres) bestätigt wurden. Hier ist schon vor 2½ Jahren ausführlich dargelegt worden, daß unsere Kameraden ausgesprochener Zweckjustiz verfielen für eine Handlung, die sich weder gegen Geiseln gerichtet hatte, noch Mord war (vgl. FANAL, Jahrg. I, Nr. 6 vom März 1927 „Der Münchener Geiselmord“). Eine Wiederholung der damals geleisteten Beweisführung erübrigt sich; nur soll das Verhalten des Staatsgerichtshofes in Leipzig im Oktober 1922 mit seiner weitherzigen Anwendung des Begriffs der Beihilfe zum Mord noch einmal dem des Münchener „Volksgerichts“ im September 1919 mit seiner noch wetherzigeren Anwendung des Begriffs der Teilnahme am Morde gegenübergestellt werden, damit Wesen und Sinn der Zweckjustiz vollkommen deutlich werde. Ich wiederhole daher aus der Urteilsbegründung des Münchener Richters den Satz, mit dem der Tod des Genossen Pürzer verhängt wurde: „Pürzer hat zwar einen Schützen mit Gewehr und Munition nur unterstützt, während er selbst untätig dabei stand, als der Schütze schoß, er hat aber die Tat als seine eigene gewollt, wie ebenfalls sein nachträgliches Rühmen beweist. Aus diesem Grunde geht seine Mitwirkung über den Rahmen der bloßen Beihilfe hinaus und wird zur Mittäterschaft.“ Genosse Pürzer mußte sterben. Daß aber Ernst Werner Techow das Auto steuerte, bis es das Rathenausche von hinten her eingeholt hatte und den Verschworenen die Möglichkeit gab, ihr Opfer aus vorher mit Techow berechneter Stellung im nahen

Vorbeifahren zu erledigen — die Tötung Rathenaus gelang ja genau nach dem wohlgedachten Plan —, das reichte nicht zur Mittäterschaft aus, das war nur Beihilfe. Dabei hatte die Erschießung der faschistischen Stempelfälscher in München mit Mord im Sinne der gesetzlichen Begriffsbestimmung gar keine Ähnlichkeit; es war die in höchster Erregung unter dem Eindruck entsetzlicher Massenmorde der Weißen erfolgte Ausführung eines militärischen Dienstbefehls. Es ist traurig, daß die deutsche Arbeiterschaft den widerlichsten Fall politischer Zweckjustiz, die Erschießung unserer Genossen, bei der kein Mord gesühnt, sondern der frevelhafteste Mord begangen wurde, so sehr vergessen hat, daß nicht einmal die zehnte Wiederkehr des Datums das Gedächtnis wachrufen konnte. Gerade aber diese Genossen, die bis in proletarische Kreise hinein als Verbrecher betrachtet und verlästert worden sind, verdienen ihre Rechtfertigung vor der Klasse, der sie angehörten, für die sie gekämpft haben und aufrecht gestorben sind. Schmäählich wäre es, wollten wir es den bayerischen Konterrevolutionären gestatten, den Arbeitern zu suggerieren, in welchem Andenken sie den am meisten verleumdeten und im Tode noch mißhandelten Genossen Fritz Seidel halten sollen. Hier seien ein paar Sätze aus seinem Schlußwort im „Geiselmordprozeß“ hergesetzt, die für ihn sprechen mögen: „Ich bin nicht einer von denen, die sagen, sie fürchten sich vor dem Erschießen. O nein, wenn man mich erschießt, so tut man dasselbe, was mit den Geiseln im Gymnasium geschah. Ich würde verstehen, wenn Sie mich heute als Hochverräter an die Wand stellen, aber wenn Sie mich als Geiselmörder an die Wand stellen, das verstehe ich nicht und späteren Zeiten wird es vorbehalten sein, Klärung in diese Dinge zu bringen.“ Danach meinte Seidel, daß das Urteil gegen ihn und seine Genossen einfach bestimmt sein würde von der unter den Bürgern erzeugten Stimmung, die ihren Tod verlangten, und zum Schluß bat er noch einmal, man möge ihn nicht wegen Mordes verurteilen; wenn ihn das Gericht wegen Hochverrat an die Wand stellen wolle, so sei er damit einverstanden. — Diesen Mann wagte der Staatsanwalt Hoffmann ((den man uns in Niederschönenfeld zum Kerkermeister gab und dessen Name der Nachwelt weniger wert sein wird als der seines Opfers Fritz Seidel), — diesen guten Revolutionär wagte Herr Hoffmann im Schirme seiner Macht als Staatsfunktionär einen Feigling, eine Hyäne des Schlachtfeldes und einen Judas Ischariot zu heißen. Es wird Zeit, daß des Genossen Seidel letzter Wunsch erfüllt und Klärung in die Dinge gebracht wird, die die Torheit jenes Erschießungsbefehls gegen die Gefangenen im Luitpoldgymnasium bewirkten, in dem Augenblick, wo die Niederlage der Räterepublik besiegelt war und die Freunde der Thuleleute ein Interesse daran hatten, über eine Greuelparole zu verfügen. — Der Genosse Widl rief, als der Vorsitzende das Urteil verkündet hatte, dem Freunde zu: „Wenn's also sein muß zu sterben, dann werden wir zwei zusammen sterben, Seidel!“, und beim Verlassen des Saales zündete sich Fritz Seidel, wie der Bericht sagt, „mit gelassenem Behagen“ eine Zigarette an. Wenige Stunden später rief Genosse Seidel in die gegen ihn erhobenen Gewehrläufe seinen Abschiedsgruß an's Leben: „Hoch die Räterepublik!“ und fiel mit seinen Kameraden. Das Gesamtministerium des Volksstaates Bayern, wie sich dieses sozialdemokratische Angstgebilde immer noch nannte, hatte aber vorher durch Anschlag verkünden lassen, „daß von dem zustehenden Rechte der Strafmilderung bezüglich der gestern vom Volksgerichte München einstimmig zum Tode verurteilten sechs Angeklagten Fritz Seidel, Schicklhofer, Fehmer, Pürzer, Widl und Josef Seidl kein Gebrauch gemacht werden soll“. Zweckjustiz. Der Zweck aber war der, dem revolutionären Proletariat zu Gemüt zu

führen, daß die kapitalistische Klasse sich das Monopol, Menschen umzubringen, nicht streitig machen lasse.

Wir werden vielleicht nächstens wieder einmal einen politischen Prozeß starten sehen, der die Richter vor ähnliche schwierige Aufgaben stellen wird wie diejenigen die den Rathenau-Mord zu sühnen hatten, ohne seine tatsächlich verantwortlichen Urheber in ihren politischen Geschäften, nämlich der Geschäftspolitik der Schwerindustrie zu stören. Wieder wird es darauf ankommen, statt wie im Geiselmordprozeß befohlene Bürgerkriegsgewalt zu vorsätzlichem kriminellen Mord umzubiegen und möglichst viele Beteiligte möglichst schonungslos auszurotten, im Gegenteil nur da hinzugreifen, wo die Geste der rächenden Staatsgewalt unumgänglich scheint, und auch da noch alle mildernden Momente herbeizuziehen mit Ausnahme derer, die in der Abwälzung der Schuld auf Hintergrundkräfte liegen könnten. Die Aufgabe der Zweckjustiz wird vor allem darin bestehen, daß der Personenkreis der an den 11 Sprengstoffanschlägen der letzten Monate beteiligten Faschisten nur soweit reicht, wie unmittelbare Arbeit bei der Herstellung und der Entladung der Bomben geleistet ist. Der Geschicklichkeit der Richter muß es also gelingen angesichts der Tatsache, daß dieselben Techow, v. Salomon, Salinger, Plaas, Nickels usw. bei den Landvolk-Attentaten belastet scheinen, die bei allen O.C.- und Wiking-Affären ihre Rolle gespielt haben, jeden Rückschluß zu vermeiden, als ob die Pistolenmunition für Erzberger und Rathenau und die Konservenvbüchsen und Weckuhren für die Repräsentationshäuser der Republik im gleichen Laden gekauft sein könnten. Die Firma Ehrhardt darf nicht existieren, weil sonst auch die offiziell als erloschen angemeldete Firma Wiking hinter ihrem augenblicklichen Pseudonym hervorlachen könnte, mit deren Prokuristen der Geschäftsführer Götting schon 1926 die Reichsmarine „verseuchen“ wollte; und käme man vor Gericht erst auf die ollen Kamellen zu sprechen, dann bliebe vielleicht gar nichts anderes mehr übrig, als auch die Schreibstuben sichtbar werden zu lassen, in denen der Reim Weschke-Jeschke zum wehrhaften Gedicht gefügt wurde. Daneben könnten dann leicht die Aehnlichkeit zwischen der Marinestation Kiel 1926 und dem Reichswehrstandort Lübeck 1929 von forensischem Lichte bestrahlt werden, und erst wenn der rhythmische Schwung der Namensverbindung v. Gaza und v. Hammerstein nebst Gröner und v. Heye durch Anklagebank und Richtertisch zittert, wird man voll begreifen, warum sich nicht nur Weschke auf Jeschke, sondern auch Plaas auf Claß reimt.

Unter allen diesen Umständen ist es vorläufig noch gar nicht ganz sicher, ob der Prozeß wegen der Dynamitverschwörung überhaupt stattfinden wird. Bis jetzt hat man angeblich noch keinen einzigen wirklichen Täter ermittelt und überhaupt niemanden, der mit der Explosion im Reichstagsgebäude zu tun gehabt hat. Zu den Obliegenheiten wohlverständener Zweckjustiz können ja manchmal auch stillschweigende Einstellungen mit lautem Hörnerklang eingeleiteter Strafverfahren gehören. Möglich auch, daß von Wien aus die staatskluge Vorsicht angeraten wird, noch rechtzeitig den Artikel 48 einzuhängen, und der würde von denen gehandhabt werden, die einer Zweckjustiz wie 1922 billig enträten könnten. Für sie gibt es nur eine Zweckjustiz wie Anno 19 in München.

Eine Angabe in dem Artikel des Augustheftes „Gleiches Recht“ (FANAL, Jhrg. III, Nr. 11, S. 258) bedarf der Richtigstellung. Da wurde erzählt: „Vor einigen Wochen hat sich den Essener Behörden der Genosse Theo Ebers freiwillig gestellt. Er hatte im Ruhrgebiet 1923 einen Polizeioffizier erschossen, war vom Sondergericht zum Tode verurteilt und nach

Rußland entkommen.“ Jetzt wolle er lieber seine 7½ Jahre Gefängnis auf sich nehmen, als länger als Emigrant in der Welt herumirren. Der Fall liegt erheblich belastender für die deutsche Justiz. Ebers ist schon 1920, also im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch, vor ein Ebertsches Sondergericht gestellt worden. Die Weißgardisten, die diese Gerichte zum Schauplatz ihrer politischen Zweckjustiz machten, lehnten die Vernehmung aller benannten Entlastungszeugen ab und begnügten sich mit dem verleumderischen Zeugnis eines damals den Kappisten, später den Franzosen dienstbaren Lockspitzels Sinder, dem im Jahre 1923 Leo Schlageter verdienstvollerweise die weitere Tätigkeit unwiderruflich unterbunden hat. Der Anwalt Ebers' legte die Verteidigung nieder, weil ihm keine Zeit gelassen wurde, Beweise zugunsten seines Klienten heranzuschaffen. Der rasch herbeigeholte Officialverteidiger war erst nach Sträuben dazu zu bewegen, die Sache zu führen, deren Akten er gar nicht kannte. Die Selbstverteidigung des Beschuldigten wurde vom Vorsitzenden mit groben Beschimpfungen unzulässig beeinträchtigt, das Urteil lautete demgemäß auf Todesstrafe, wurde in lebenslänglich Zuchthaus umgewandelt und die Verbüßung nur dadurch vereitelt, daß es Ebers gelang, aus der Strafanstalt Brieg zu flüchten. Genosse Ebers will also nicht seine 7½ Jahre Knast abreißen, sondern nachweisen, daß er für eine Tat verurteilt wurde, die er nicht begangen hat. Lieber Genosse Theo, Du bist ein naiver Mensch, warst lange fort, bildest Dir ein, in der Republik, die 1920 Sondergerichte brauchte, um ihre Zweckjustiz zu bewerkstelligen, gehe es, seit die Sondergerichte abgebaut sind, auch keine Zweckjustiz mehr. Laß die Hoffnung fahren, daß Dir der Staat helfen werde; gegen dessen Zweckjustiz gibt es nur ein Mittel: die Zweckjustiz der proletarischen Selbsthilfe!

Vor dem Faschismus in Oesterreich

Wenn in dem letzten Bericht über Oesterreich (siehe FANAL III, Nr. 2) behauptet wurde, daß dem österreichischen Proletariat schwere Zeiten bevorstünden, so hat sich diese Voraussage in unheimlicher Weise erfüllt. Oesterreich ist bereits ein Opfer des schleichenden Faschismus geworden. Wie und wann diese Spielart des Faschismus die Maske abwerfen wird, um offen seine Willkürherrschaft anzutreten, liegt bei den Heimwehführern und deren Generalstabschef, dem Luxemburgmordbuben Major Pabst, die das ganze flache Land hinter sich wännen und nun fieberhaft zum „Marsch nach Wien“ rüsten.

Wie konnte es in einem Lande, in dem die Sozialdemokratie 47 Proz. des Volkes vertritt, so weit kommen? Welche nicht wieder gut zu machenden Fehler sind da geschehen? Welche Möglichkeiten der Abwehr bestehen noch in letzter Stunde? Diese brennenden Fragen sollen in Kürze und vorurteilsloser Weise ihre Beantwortung finden.

Der Heimwehfaschismus war auch so lange er nur kleine Gruppen hinter sich hatte, ein ernst zu nehmender Gegner, der sich aber ungestört formieren konnte. Der Massenbeitritt aller bäuerlichen Verbände, das Zulaufen des Kleinbürgertums, der abgetakelten Offiziere und Aristokraten zu den Heimwehren, das Hinzukommen enttäuschter Arbeiter in Obersteiermark, die sich von den Gewerkschaften nach einem Streik verraten fühlten, führten zum Betriebsfaschismus der Alpine und ließen den Faschismus zum gefährlichsten, weil entschlossensten Feind der Arbeiter-

klasse anwachsen. Augenblicklich liebedienern vor ihm bereits alle bürgerlichen Parteien. Ihm entgegengestellt war seit Anbeginn eine proletarische Wehrorganisation, deren Kraft in den Betrieben fußte und deren Führer die Arbeiterräte waren. Diese freie Abwehrorganisation des Proletariats, ein nur lockeres Band hielt sie an die sozialdemokratische Partei, wurde eines Tages zur Parteigarde, zum Republikanischen Schutzbund umgestaltet. Diese „Reorganisation“ tötete jede Aktionskraft. In starre Form gepreßt und durch Ausschluß aller Revolutionäre geschwächt, versagte diese Fest- und Spaliertruppe wie die ganze Partei in den blutigen Julitagen 1927. Die „Demokratie“ bewährte sich weiter: Heer, Gendarmerie und Bundespolizei wurden von Sozialdemokraten gesäubert, mit den einstigen Machtpositionen ging es unaufhaltsam abwärts, wobei die rücksichtslos-kapitalistische Angestelltenpolitik der sozialdemokratischen Machthaber im roten Wien das ihrige dazu tat. Heute starrt alles in Waffen wider den Schutzbund, der Kampf ist unvermeidlich und fast aussichtslos. Aussichtslos deshalb, weil Führer und Geführte wesentlich andere Absichten haben. Während die Führer der Sozialdemokratie jeder Entscheidung ängstlich ausweichen, wo Zögern Verrat und Schwäche bedeutet, haben im steirischen St. Lorenzen, wo jüngst 400 Arbeiter von der Heimwehr in tückischer Weise überfallen wurden, diese in deutlicher Sprache geantwortet. Die Proleten, maßlos erbittert und führerlos, setzten der gut bewaffneten, fünffachen Faschistenübermacht gehörig zu, welche schnell Kompagnien mit „Arbeiterkameraden“ als „billigstes Menschenmaterial“ in den Kampf warfen. Zwei Blutzengen, Hauer und Hübel, beweisen die Tatbereitschaft des österreichischen Arbeiters in St. Lorenzen.

Aber der Endkampf des Heimwehrrfaschismus wird kein unerwarteter Ueberfall, sondern eine wohl vorbereitete, großangelegte Kampfaktion sein und die Führer der Sozialdemokratie — deren einer allen Ernstes unlängst in einer vertraulichen Besprechung riet, man möge sich mit Knallerbsen versehen, deren Detonation gegebenenfalls Waffen vortauschen — werden schmählich versagen. Was wüßten sie auch mit einem Siege des Proletariats anzufangen?

Während so die größte proletarische Partei Oesterreichs unvorbereitet und uneinig den stürmischen faschistischen Forderungen nach schleuniger „Aenderung der Verfassung“ entgegentritt, ist die kleine kommunistische Filiale durch den ständigen Richtungsstreit in zwei gleichstarke Teile gespalten, mit dem Erfolge, daß die „Antifaschistenkomitees“ und die überproletarische „Arbeiterwehr“ eingeschlafen sind. Und die österreichischen Anarchisten der Klosterneuburger Richtung? Großmann-Ramus wird sich eingeständenermaßen rechtzeitig der „Bewegung“ erhalten, ansonsten wird man gewaltlos ein Flugblättchen verteilen. Aber es gibt noch einen ehrlichen Kreis um den Kämpfer Edmund Redisch, der sich den Syndikalisten angeschlossen hat, der wird nicht die Flinte in's Korn werfen, während Herbert Müller-Guttenbrunn im „Nebelhorn“ seinen geistigen Kampf mutig weiterführt.

Oesterreich würde in letzter Stunde keine Beute des Faschismus, wenn jeder wehrhafte Prolet allen Manifesten und Führerparolen zum Trotz seine Pflicht erfüllte und im kritischen Augenblick ohne Unterschied des proletarischen Glaubensbekenntnisses entschlossen dem Ansturm der Heimwehrrfaschisten entgegenträte. Das ist eine klare Philosophie und wenn etwa noch rechtzeitig den Seipel, Priemer, Steidle und Pabst das Schicksal bereitet würde, das nach ihrem „Siege“ tausende Arbeiter erdulden müßten, könnte vieles erspart bleiben!

L. Krafft-Wien.

Befreites Land

Die letzten Schönheiten des Young-Planes und seines Parker Gilbert-Ersatzes, der Reparationsbank, kennen wir vorläufig noch gar nicht. Bis jetzt sehen wir von allem nur Lichtmäuschen, die der großen Freude voraus-eilen: Die wichtigsten Nahrungsmittel steigen im Preise, die Arbeitslosigkeit nimmt rasend zu, die Lasten des Arbeiters werden erhöht, die Sozialversicherung, von deren wahrhaften Bedeutung für das Wohl des Proletariats die Genossin Meta Kraus-Fessel in diesem Heft ein Bild gibt, wird zurückgeschraubt, da die Verelendung der deutschen Massen allmählich so weit fortgeschritten ist, daß das Kapital sich auf die vollkommene Apathie der Menschen verläßt, die getröstet sind, wenn Zörgiebel sie im Namen des Sozialismus zu Brei schießen läßt. (Uebrigens: der Mann ist immer noch Berliner Polizeipräsident und die 31 in seinem Blutbad ersoffenen Mai-Toten sind immer noch tot.)

Das deutsche Volk ist sich in der Beurteilung der neuen Regelung der Dinge nicht ganz einig. Ein Teil liest den Vorwärts, beschwört infolgedessen die sozialistische Weltanschauung und verbürgt sich kraft dieser Erkenntnis für die Politik des Dr. Stresemann, von der schon die Wahlplakate versicherten: Von welschen Ketten macht uns frei allein die Deutsche Volkspartei. Der andere Teil des deutschen Volkes bevorzugt Hugenbergs Nachtausgabe, will infolgedessen siegreich Frankreich schlagen und tobt gegen den Young-Plan, der an Stelle der deutschen Konzern-Industriellen landfremde Bankdirektoren zu Sklavenhaltern der deutschen Arbeiterschaft machen will, was bekanntlich Landesverrat wäre. Hugenberg hat sich aber mit Seldte vom Stahlhelm und Hitler vom Hakenkreuz zur Rettung des deutschen Arbeiters zusammengefunden. Sie haben mit einander ausgesonnen, daß das deutsche Volk nichts anderes begehrt, als nur von deutschen Blutsaugern ausgepreßt zu werden und darüber soll in einem Plebiszit abgestimmt werden. Erst wollte man das Volk begehren lassen, daß Hindenburg mehr Macht haben soll, dann entstand durch Ueberforschung ein Volksbegehren, das aus Versehen neben Stresemann auch Hindenburg als Landesverräter ins Zuchthaus verwies und nun werden wir also begehren, daß es in Deutschland keinen Kriegsschuldigen je gegeben hat, ferner, daß es auch keinen Hindenburg gibt und daß Stresemann sich mit Hilferding allein im Zuchthaus unterhalten soll. Dann aber wird das Land befreit sein, denn die noch geplanten Zoll- und Steuererhöhungen und der Erlös aus den hunderten Millionen, die den Hungern den weggenommen werden sollen, die sich, hat man sie vom Betriebe auf die Straße gesetzt, selber helfen sollen, wird dann restlos den Wirtschaftsherren des eigenen Landes zufließen, für die Hugenberg die deutschen Geister verblödet, Hitler und Seldte das Kanonenfutter dressieren und die Landbund- und Landvolkmänner den Bauern beibringen, der Großgrundbesitz wolle nicht sie auffressen, sondern die Landwirtschaft werde von der deutschen Republik dem jüdischen Wucher preisgegeben. Alle aber befreien das Land, alle sind begeistert, empört, heldenhaft entschlossen, jederzeit treu bereit und, wenn anders sie keine Idealisten finden, die ahnungslos, wessen Werkzeug sie abgeben, Bomben platzen lassen, gläubig dem Stimmzettel zugetan.

Aber siehe, während die Stresemann-Stampferpartei auf dem Wege des Landesverrats nachträglich den Krieg gegen England und Frankreich verliert, gewinnt die Hugenberg-Rechbergpartei schon den nächsten im Bunde mit England und Frankreich gegen Rußland auf dem Wege eines

von den Wehrverbänden mehr privat abzuschließenden Militärbündnisses. So wird es immer schwieriger, die wahren Befreier des Vaterlandes zu erkennen. Sind es die Kämpen der Nachtausgabe oder sind es die des Vorwärts? Beide sind es, Freunde. Jeder von ihnen hat den gleichen Anteil an dem hohen Glück, von dem zurzeit unser aller Herz schwillt, daß endlich, endlich die Stunde schlägt, da die weißen und farbigen Briten und Gallier uns verlassen, da Deutschlands Gaue befreit werden vom hohnvollen Uebermut tückischer Fremdlinge und von schwarzer Schmach. Die Nationalisten und die Republikaner haben gleiches Verdienst an diesem herrlichen Erfolge: die Mannen Hitlers und Hugenbergs, indem sie den gierigen Feinden gezeigt haben, daß deutscher Stolz sich nicht knechten läßt, und daß es deshalb vergeblicher Kraftaufwand wäre, sich noch länger die Zähne an solchem Bemühen auszubeißen; die republikanischen Koalitionsregierer aber, indem sie bewiesen haben, daß ihnen kein finanzielles Opfer, das der deutsche Arbeiter zu bringen hat, zu teuer ist, kein verhungertes Armeleutekind, kein mit dem Strick um den Hals verendendes Proletarierleben zu schade, um nicht zu zahlen, was der Abzug der Besatzung kosten mag. Triumph der Realrepublik! Young-Snowden war ein starker Held!

Und so packen sie denn die Koffer, die Belgier in Aachen, die Engländer im Taunus und die Franzosen in der Pfalz. Die Nazi pfeifen, die Mädchen weinen und die Reichswehr rückt ein und stellt Ruhe und Ordnung her. Freut euch, rheinische Landsleute! Jetzt wird euer Land vom Freunde besetzt. Jetzt muß sich alles, alles wenden.

Vor einigen Jahren sprach ich in einer von Franzosen besetzten Stadt des Rheinlandes bei einer großen Arbeiterkundgebung unter freiem Himmel. Viele französische Soldaten, arme Proletarier oder Bauern, die zwangsweise den Krieg fern der Heimat fortsetzen mußten, waren unter der Menge auf dem weiten Platz. Nach Beendigung meiner Rede wurde von den Tausenden die Internationale gesungen, und da sah ich, wie beim Klange des herrlichen Einigungsliedes der proletarischen Klasse alle Soldaten andächtig das Käppi abnahmen und sich der Andacht der internationalen Verbundenheit hingaben. Das ist jetzt vorbei. Bei der deutschen Reichswehr, bei der deutschen Polizei kommt sowas nicht vor. Jauchzen wir! — Befreites Land! Befreites Volk!

Partei, Partei, wer sollte dich nicht nehmen . . .

Aus einem Brief vom 29. August 1929:

„Sachlich und gedanklich hat sich die Partei . . . von dem Urprogramm soweit entfernt, daß auch nichts mehr davon übrig geblieben ist. Vollkommen vom Geld abhängig und rein parlamentarisch eingestellt, unterscheidet sich die Partei in keiner Weise von jeder x-beliebigen bürgerlichen patriotischen Reklamepartei. Nicht die Kömner sind obenauf, sondern die Schwätzer . . . Die Angst vor der Auflösung der Partei beherrscht ja die ganze Reichsparteileitung. In ihren Zeitungen schreiben sie allerdings, jede Auflösung brächte ihnen doppelt soviel Mitglieder wie bisher. Kurz und gut, die Partei ist innerlich völlig verrotten und korrupt, sowohl auf organisatorischem als auch auf sachlichem und gedanklichem Gebiete.

Das Wesentliche von der Partei ist die Reklame . . . Kurz gesagt, es ist ein Saustall. . .“

Nun ärgert euch man nicht, Genossen Das ist ja eine ziemlich kräftige Sprache. Aber mancher meint eben, daß es noch am besten ist, gerade heraus zu sagen, was er sich so denkt.

Übrigens, damit kein Mißverständnis aufkommt: der Brief ist an einen Herr Friedrich gerichtet, geschrieben hat ihn Herr Kapitänleutnant Helmut v. Mücke in Dresden und der Inhalt bezieht sich auf die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei des Herrn Adolf Hitler.

Gastonia

Das Schicksal der Angeklagten von Gastonia (von 23 insgesamt Prozeßierten werden 16 des Mordes beschuldigt) hat dadurch einen Aufschub erfahren, daß ein Geschworener irrsinnig geworden ist; es muß also erst ein anderer bestochen werden, damit die Lumperei der amerikanischen Staatsrettung den erwünschten Fortgang nehmen kann. Inzwischen seien die Daten der Arbeitertragödie in ihrem bisherigen Verlauf nach der vom Pressedienst der Roten Hilfe vorgenommenen Zusammenfassung dem Gedächtnis des Weltproletariats empfohlen. Im Dezember 1928 erhält Fred Bealvon von der Gewerkschaft den Auftrag, die besonders schlechtgestellten Textilarbeiter der Südstaaten zu organisieren. Am 2. April 1929 treten nach der Maßregelung einiger aktiver Gewerkschafter 2500 Textilarbeiter im Loraywerk der Manville Jenkes Comp. in den Streik. 18. April: Ueberfall maskierter Banden auf Streiklokal und Halle der IAH., wo Speisung und Unterstützung der Streikenden stattfand. 16. Mai: Das Streikkomitee teilt in offenem Schreiben dem Gouverneur von North Carolina, Gardner, mit, daß die Zeltkolonie, die den Gemäßregelten Unterkunft gibt, künftig von den Gewerkschaften gegen Ueberfälle verteidigt werde. 3. Juni: Auf Bekanntwerden von Ueberfallsplänen kommen zur Verteidigung des Feldlagers Gruppen von Arbeitern aus den umliegenden Orten nach Gastonia. 7. Juni: Ueberfall durch betrunkene Polizisten. Die erste Reihe der Streikposten wird überwältigt. Im folgenden Kampf wird der Polizeichef Aderhold tödlich verwundet. In derselben Nacht zweiter Ueberfall durch das „Komitee der Hundert“, unter Major Bulwinkle; 71 Männer und Frauen werden mißhandelt, geprügelt, gewürgt, endlich verhaftet. 29. Juni: Beginn des Prozesses in Gastonia. 13 Männer und 3 Frauen werden wegen Mord, 8 Männer wegen Mordversuch unter Anklage gestellt. 30. Juli: Auf Drängen der Arbeiterschaft wird der Prozeß aus der den Angeklagten feindseligen Umgebung nach Charlotte verlegt. 2. August: Die drei angeklagten Frauen, Vera Bush, Amy Schechter und Sophie Melvin, werden gegen Bürgschaft von je 5000 Dollar aus der Haft entlassen. 19. August: Verhaftung von 7 weiteren Streikern wegen Mordversuchs. Ihr Prozeß soll getrennt verhandelt werden und am 15. Oktober in Gastonia beginnen. 26. August: Beginn des Prozesses in Charlotte. Zur Zusammensetzung der Jury werden 650 Personen benannt, von denen 12 „vorurteilslose“ Geschworene auszuwählen sind. 6. September: Beeinflussung der Geschworenen durch Major Bulwinkle. Eine dem erschossenen Polizeichef ähnliche Wachfigur, mit seiner Uniform angetan, wird neben dem Ankläger aufgestellt. Der Protest des Publikums zwingt den Vorsitzenden Richter Barnhill, die Figur entfernen zu lassen. 10. September: Ein Geschworener

wird im Gerichtssaal irrsinnig und springt aus dem Fenster. Der Prozeß wird vertagt. Am selben Tage werden drei Gewerkschaftsführer heimlich verschleppt. Arbeiter retten sie vor dem Lynchen. Neue Ueberfälle unter Führung Bulwinkles auf die Büroräume des Verteidigungs-Komitees in Gastonia und Charlotte. 14. September: Ueberfälle auf die von den Textilarbeitern einberufenen Versammlungen und auf die zu ihnen marschierenden Arbeiter. Schüsse auf ein mit 20 Arbeitern besetztes Lastauto. Eine Arbeiterin getötet.

Höchste Wachsamkeit des internationalen Proletariats ist notwendig. Die Ermordung Saccos und Vanzettis ist den Yankeeenkern gelungen. Wird das geplante Verbrechen gegen die Streiker von Gastonia nicht verhindert, so fassen auch die europäischen Ausbeuter größeren Mut, dem Beispiel ihrer amerikanischen Klassenbrüder zu folgen. Es muß sorgsam aufgepaßt und rechtzeitig und tatkräftig gehandelt werden. Die Drohung mit einem internationalen Hafenarbeiterstreik, hinter der der Wille zur Ausföhrung stünde, kann helfen. Aber nur fester, verbundener Wille, der ernst genommen wird, kann helfen! Gefahr im Verzuge!

Affentheater

In dem Reichstagsausschuß, der zur Zeit mit der Einteilung des menschlichen Verhaltens in Strafgesetzzparagrafen beschäftigt ist, sind die rechten und die linken Gemüter des teutonischen Volkstums wieder hart aufeinander geprallt. Es handelte sich um die wichtige Frage, ob Leute, welche sich in gegenseitiger Uebereinkunft mit geschliffenen Instrumenten die lieben Physiognomien verhauen, als erhöht oder vermindert ehrenhaft zu betrachten seien. Da die Kommunisten bekanntlich die radikalsten Vertreter freiheitlicher Gesittung sind, stellten sie auch den radikalsten Antrag: daß nämlich Tötung und Verwundung im Duell oder in der Mensur als gewöhnliche Delikte des Totschlags und der Körperverletzung anzusehen und zu bestrafen sein sollen. Es könnte sonst passieren, daß ein Student in so zerhacktem Zustand sein Referendar- und Assessorexamen hinter sich bringt und schließlich als Staatsanwalt oder Richter vor dem Proletarier steht, daß sein ästhetisches Empfinden dadurch beleidigt würde. Lasse dich nur von Juristen mit glatter Visage ins Zuchthaus schicken! — Und wie nun gar, wenn zwei nationale Ehrenbolde sich mit geladenen Schießpistolen gegenüber treten und einer knallt dem anderen eine Ladung zwischen die Knochen, daß er überhaupt verhindert wird, jemals Reichswehrmajor oder Geheimer Oberregierungsrat im Kultusministerium oder auch Syndikus eines Schwerindustriellenverbandes zu werden? Klar, daß es keine dringlicheren Aufgaben für die Vertreter des revolutionären Proletariats geben kann, als solche Gräßlichkeiten zu verhindern. Aber Boxkämpfe können nicht eingehend genug im Sportteil der Arbeiterpresse beschrieben werden. Wenn da einer der Lieblinge der Menschheit dem anderen Nase und Lippen dermaßen zerschlägt, daß aus dem schönen menschlichen Antlitz nur noch ein breiiger Fladen von Blut und Dreck geworden ist, das ist „körperliche Ertüchtigung“, und da sollte sich mal ein Strafrechtsausschuß hineinmischen! Die heiligsten Güter der Nation wären geschändet. — Wahrhaftig, es geht keinen Gesetzgeber und keinen Staatsanwalt etwas an, wenn sich zwei Leute in gegenseitiger Uebereinkunft mit oder ohne Instrument aus Wut, Haß, Liebe, Sport oder Spekulation die Fressen vermöbeln. Und wenn zwei

Menschen es für richtig halten, ihre Hände ohne den Amtsrichter auszutragen und lieber Blut und Leben lassen wollen, als die nur sie allein angehenden Dinge dadurch regeln zu lassen, daß einer von ihnen 100 Mark in die Staatskasse zahlt, so geht auch das keinen anderen etwas an, ganz gewiß nicht den Staat und am allerwenigsten das revolutionäre Proletariat. Aber wenn man schon findet, daß nicht die ganze Tollheit des neuen Strafgesetzbuch-Entwurfs in verbundenen Maßnahmen des gesamten Proletariats auf den Scheiterhaufen der Verdammnis geworfen werden muß, dann wird man sich wohl in parlamentarischer Emsigkeit darum bemühen müssen, daß sich die Nationaille nicht etwa gegenseitig die teure Gesundheit schädigt! Hochwohllöbliches Affentheater! sagte Ruth Fischer, als sie noch für die KPD. reden durfte, — sie meinte aber bloß die anderen.

An die Leser

Die fälligen Abonnementsgebühren für den mit diesem Heft beginnenden 4. Jahrgang des FANAL werden, sofern sie nicht bis zum 10. Oktober auf das

Postscheckkonto Erich Mühsam, Berlin 824 19

eingezahlt sind, durch Nachnahme eingezogen werden. Annahmeverweigerung der Nachnahmekarten bedeutet freiwillige Steuerleistung für den Postfiskus auf Kosten unserer Zeitschrift. Es wird daher dringend gebeten, das Geld zur Einlösung bereit zu halten.

Die Herstellung eines ausführlichen **Sach- und Namensverzeichnisses** für den Jahrgang III wird erst in einigen Wochen beendet sein, ebenso die von eigenen **Leinenumschlägen**. Der Preis des Inhaltsverzeichnisses mit Druckfehlerberichtigungen wird wie im Vorjahre auf 25 Pfennige, der des Leinendeckels auf 2,— Mk. festgesetzt.

Für den ganzen in Leinen gebundenen Jahrgang mit Register werden Vorausbestellungen schon jetzt von der Geschäftsstelle des FANAL entgegengenommen. Preis Mk. 6,60.

Genossen! Unterstützt das FANAL!

Werbt neue Leser! Fordert alte Hefte zu Werbezwecken an! Verlangt Sammellisten! Sorgt für freiwillige Geldspenden! Bestellt Bücher aller Art durch die Geschäftsstelle des FANAL! Verbreitet das FANAL durch Kolportage bei Versammlungen und in Arbeiterkreisen!

Dreimal beschlagnahmt

wurde das Buch des Freiheitsdichters

Bruno Vogel: Es lebe der Krieg!

Das Buch erlebte, wenn auch
zensiert, viele Auflagen • Jetzt
tritt der Dichter mit einem neuen
Werk an die Öffentlichkeit •

Alf, Eine Skizze

(Die Geschichte einer Jugend)

Der erste Roman von Bruno Vogel ♦
Bedeutende Autoren, denen das
Werk im Manuskript vorlag, äußern
sich begeistert über diesen Roman ♦
Darum wird dieses Werk eine
SENSATION
auf dem Büchermarkt
werden ♦ Krieg, Erziehung, Eltern-
haus, Geschlechtsnot werden in offe-
ner, künstlerisch vollendeter Form
in diesem Buch gestaltet

350 Seiten stark, in Ganzleinen ge-
bunden Künstlerischer Einband-
entwurf des Graphikers Will Faber

Preis 6.- RM

Das Buch ist erhältlich in jeder guten Buchhandlung,
durch den FANAL-VERLAG oder direkt vom

„ASY-Verlag“, Berlin O 34

Warschauer Straße 62

Postscheckkonto: Willi Jadau 741 52

Geschichtsfälschungen

dienen der Unterstützung von Parteidogmen und sind leider allgemein üblich geworden. Der Kampf um den Sozialismus kann nur geführt werden durch offene Kritik und wahrheitsgemäße Ueberlieferung des Geschehenen.

Die Geschichte der deutschen Revolution

wird von den marxistischen Parteien regelrecht verfälscht. Tapfere Kämpfer und Märtyrer der Freiheit werden aus Parteilichkeit zu Feiglingen und Renegaten gemacht, Fehler der eigenen Partei bemäntelt.

Es wird deshalb willkommen sein, eine Schilderung von Revolutions-Ereignissen zu lesen, die von einem unmittelbar Beteiligten geschrieben wurde, der seine Fehler und Irrtümer nicht verschweigt oder verfälscht.

Die Entstehung der bayerischen Räterepublik

die Haltung der Anarchisten in der bayerischen Revolution wird geschildert in der aufschlußreichen Broschüre von

Erich Mühsam: Von Eisner bis Leviné

Die Schrift enthält umfangreiches und der Oeffentlichkeit bisher unbekanntes Material! Sie gehört in die Hand eines jeden Genossen!

Umfang: 70 Seiten

Preis: 90 Pfg.

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt vom

FANAL-VERLAG

ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz 2, Dorchläuchtingstr. 48

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Kommunalpolitik — Anarchismus und Bauerntum (von Hans Mann) — Strafrecht
— Deutsche Front — Volksbegehren — Ferrers Tod (Gedicht) — Arno Holz —
Wilder Streik — Die eiserne Ferse — Klarstellung

NR. 2

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

NOVEMBER 1929

Kind und Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York
(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“



Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des FANAL. Abonnenten des FANAL erhalten durch diese auf Wunsch Zahlungserleichterung

Seben gelangte zur Ausgabe die 12. bis 17. Auflage des Romans

LIEBE

von HELENE STÖCKER

Ladenpreis RM. 6.50 in Ganzleinen geb.

Der Kampf zwischen dem Persönlichkeitsbewußtsein der Frau und dem elementaren Triebe wird mit leidenschaftlicher Anteilnahme und mit genialer Einfühlung dargestellt. Eine einzigartige Erscheinung in der modern. Literatur. *Berl. Morgenzeitg.*

Eine wertvolle, unsere Kenntnisse der verborgenen Beziehungen zwischen Körper und Willen, zwischen Liebe und Leben des Weibes tief bereichernde Tat. *Berl. Volkszeitung*

. . . gehört zu den großen Merkwürdigkeiten der Literatur.

Das freie Volk

Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnesglut mit jener hohen Sittlichkeit, die es als unmöglich empfindet, den Mann nicht mehr zu lieben, an dem die Liebende zum Weibe und Menschen gereift ist.

Literarisches Echo

EROTIK UND ALTRUISMUS

von Helene Stöcker

Brochüriert RM. 1.—

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrheitigkeit beinahe unerreicht da. *Die schaffende Frau*

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den

Verlag
der Neuen
Generation,
Berlin
Nikolassee



VERKÖRDER UND VERWIRKLICHER

von Helene Stöcker

Preis geb. RM. 3.—, kart. RM. 2.—

Beiträge zum Gewaltproblem nebst einem zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlichten Briefe Tolstofs.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 2

November 1929

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörrläuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Kommunalpolitik

Ausmisten! Das ist die Losung, unter der die Parteikommunisten ihre Scharen zum Sammeln rufen, um am 17. November die Stadt- und Gemeindeparlamente in Preußen und anderorts zu revolutionären Körperschaften zurecht wählen zu lassen. Es ist noch nicht vollkommen sicher, ob an diesem Tage die anberaumten Wahlen überall stattfinden werden; für Groß-Berlin wenigstens wird die Absicht der Parteien, welche durch die Sklarek-Angelegenheit vor allen bloßgestellt scheinen, um der Schieber willen den Stichtag zu verschieben, so entschieden abgestritten, daß an solcher Absicht kaum mehr wird gezweifelt werden können. Gelingt den Sozial- und Kommerzialdemokraten der Plan, mit dem bewährten Mittel der Gedächtniseinschläferung die geeignete Wahlstimmung schwarzrotgoldiger Gemütsebbe wieder herzustellen, das zur Zeit in hohen Wogen schäumende Bett der öffentlichen Meinung also während listig gewonnener Zeit gewissermaßen zu sklarektifizieren, so wird man ein paar Monate später hoffen dürfen, ungeschwächt von den Jagdstrapazen und Gratismahlzeiten der verflossenen Wahlperiode, in stattlicher Anzahl, zwar ohne den Schneider, aber mit den Pelzen der fröhlichen Brüder im Rathaus weiter regieren zu können. Geht jedoch die große Volksabrechnung pünktlich vor sich, dann wird es gräßlich tagen, und statt der Wahrer von Ruhe, Ordnung und Sicherheit werden Umstürzer und Neuerer nebst den Befreiern Deutschlands von Zinsknechtschaft und Judentücke die Mehrheit bilden, die unter schaurigen wechselseitigen Verwünschungen bestimmen wird, welche Straßenbahnlinien den Verkehr verbessern und was für Ausschankbewilligungen dem Massendurst gerecht werden sollen. Den Stimmzettel zur Hand — und ausmisten!

Es wäre töricht zu leugnen, daß die Tätigkeit der Stadtparlamente und der Gemeindebehörden allgemein viel nützlichere und dringlichere Aufgaben umfaßt als die der Länder- und gar der Reichsparlamente. Gerade die Angelegenheiten der Verkehrs-, Beleuchtungs-, Kanalisations- oder Bebauungspolitik gehen jeden an, und es widerspräche grundsätzlich keineswegs der anarchistischen Gesellschaftslehre, wenn unsere Genossen auf die Gestaltung des öffentlichen Wohnungs-, Versorgungs-, Erziehungswesens und ähnlicher unmittelbar in das Einzelbedürfnis und in das Zusammenleben der Menschen eingreifender Dinge Einfluß zu nehmen versuchten. Es ist nicht gleichgültig, ob der städtische Gesundheitsdienst, ob die Rettungseinrichtungen für Unglücksfälle, die Be- und Entwässerungsanlagen zweckmäßig oder schädlich wirken; es ist nicht gleichgültig, welchen Lehrplänen und Lehrmethoden unsere Kinder in den Schulen unterworfen werden; es ist nicht gleichgültig, ob bequeme oder unbequeme Beförderungsmöglichkeiten innerhalb der Städte und nach außerhalb bestehen. Alles dies und noch vieles mehr ist wesentlich auch schon im kapitalistischen Wirtschaftsverfahren, aus dem der Einzelne nicht ausbrechen kann, in dem er atmen und wohnen, essen und sich bewegen muß, bis die Sturmglöcke ertönt, bis die soziale Revolution bestimmt, welcher Lebensordnung der Menschen die Regelung des Notwendigen zugute kommen wird.

Dennoch muß gesagt werden, daß die Beteiligung an den Kommunalwahlen die Anerkennung der bestehenden scheidemokratischen Verhältnisse bedeutet und, von Anarchisten befolgt, die Preisgabe ihrer staatsfeindlichen Gesamthaltung in sich schliesse. Man kann sich nämlich der Verbesserung der mit den Nachbarn, den Landsleuten und den Mitfahrenden im Omnibus gemeinsamen Angelegenheiten auch annehmen, ohne Magistratsräte zu wählen oder Magistratsrat zu sein. Hier gilt dasselbe, was für alle gesellschaftlichen Beziehungen gilt, daß Förderliches nur da geschieht, wo die Verbindung der unmittelbar Beteiligten das Förderliche tut oder erzwingt. Da es sich bei den rein kommunalen Fragen erst bei der Vergebung und Ausführung schaffender Arbeit um Austragung von Klassengegensätzen handelt, so wäre die Mitwirkung von Anarchisten an Mieterverbänden, Gesellschaften zur Vermehrung der Grünanlagen, Klubs gegen Lärm und Gestank und anderen Vereinigungen, die sich die Erhöhung des eigenen Wohlbehagens durch Zusammenschluß mit gleichermaßen Bewegten zur Aufgabe setzen, so wenig zu beanstanden wie die Mitgliedschaft bei Tierschutzvereinen, Lesezirkeln oder Feuerversicherungen. Bezirksvereine sind ohne Zweifel kleinbürgerliche Gebilde; wird aber ihr Geist von freiheitlichen Menschen entschieden, so brauchen sie deswegen noch lange keine

spießbürgerlichen Schwatzanstalten betulicher Kannegießer zu sein. Die Kleinbürgerlichkeit, die aus Mißtrauen gegen Behörden, Beamte und Bevollmächtigte aller Art die öffentliche Werkelei unter die eigene Kontrolle stellt, die beobachtet, bemängelt, anregt, fordert und gelegentlich selbst eingreift, ist erheblich revolutionärer als die blanke Bürgerlichkeit, die nach Posten, Aemtern und geschützten Vollmachten strebt. Denn man kann nicht zugleich Revolutionär, Sozialist, Kommunist oder Anarchist und Würdenträger gleich welcher Sorte in der kapitalistischen Gesellschaft sein. James Guillaume urteilte, nachdem Krapotkin 1873 unter dem Einfluß von Paul Brousse die Abgabe von Stimmzetteln zu den Gemeindewahlen im Jura den Anarchisten empfohlen hatte, vollkommen richtig, wenn er meinte: „Das Kämpchen des Gemeinderats, Staatsrats oder Bundesrats, auf das Haupt des gescheitesten und aufrichtigsten Sozialisten gesetzt, ist ein Kerzenauslöscher, der sofort die revolutionäre Flamme erstickt.“ Paul Brousse selber, der beharrlich die Gemeindetätigkeit der Anarchisten befürwortet hatte, in denen man „ein Experimentierfeld für unsere Ideen finden“ würde, versackte im Sumpfe dieses Experimentierfeldes. Er ließ sich in den Pariser Munizipalrat wählen, nahm das städtische Kleinleben, da es ihm als Arzt auf hygienischem Gebiet Anregung bot, ernst und hatte nach Krapotkins Aeüßerung schon 1878 von der Revolution genug. „Gemeinderäte brauchen Wähler, Wähler wollen Erfolge sehen“, meint Max Nettlau zu Brousses Werdegang. („Der Anarchismus von Proudhon zu Krapotkin“, 1927. Wann wird der Verlag „Der Syndikalist“ endlich ein alphabetisches Sach- und Namensverzeichnis zu diesem wichtigen Materialwerk erscheinen lassen? Das hervorragende Buch ist ohne bequemen Inhaltsnachweis fast unbenutzbar.)

Nein, es ist ganz und gar verkehrt, die Gemeindeparlamente, wie sie heute sind, für Versuchsgrundlagen anarchistischer Verwaltungskünste zu halten. Die Anarchisten oder Syndikalisten, die jetzt wieder da beginnen wollten, wo Krapotkin und Schwitzguébel nach ihrem einzigen völlig mißlungenen Anlauf vor 56 Jahren aufhörten, kämen genau dahin, wo die Parteikommunisten sind und müßten ihnen weiterhin folgen, wohin sie notwendigerweise die Spuren der Sozialdemokraten leiten werden. Es ist doch einfach parteipolitische Demagogie, wenn die KPD. in ihren Wahlaufrufen Besserung der sozialen Notlage verspricht, sofern man nur ihre Listen in den Zähltopf wirft, Beseitigung der Korruption im öffentlichen Betriebe vom Ausfall der Auszählerei abhängig erscheinen läßt und, in Versammlungen von antiparlamentarischen Revolutionären zur Rede gestellt, versichert, daß sie selbstverständlich die Abhängigkeit der Verwaltungsmoral von den wirtschaftlichen Verhältnissen genau kenne und

sich, frei von aller Illusionsmacherei, an den Wahlen nur beteilige, um eben die Korruption als Bestandteil der ökonomischen Gesamtlage und die SPD. als sichtbarsten Ausdruck des Verfalls der kapitalistischen Gesellschaft in Sittenverderbnis und Gesinnungskäuflichkeit bloßzustellen. Eine Zusammenstellung ihrer Anträge in den Kommunal- und Munizipalkörperschaften würde, verbunden mit einer Aufzählung ihrer Zustimmungen zu Anträgen anderer Parteien, klar ergeben, daß sie durchaus keine agitatorische Entlarvungspolitik treiben, sondern ebenso wie in Reichstag und Landtagen auch in den Gemeinden gesetzliche Reformarbeit innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen leisten. Andernfalls wäre ihre Konkurrenz bei der Besetzung besoldeter städtischer Aemter gänzlich sinnlos, und schließlich haben die Degner und Gäbel die Möglichkeit, aus ihrer öffentlichen Tätigkeit private Vorteile zu ziehen, doch wodurch dadurch erlangt, daß ihre Partei sie nicht zum Entlarven sondern zum Mitwirken im städtischen Dienst kraft Fraktionsstärke in ihre Stellungen befördert hat.

Ausmisten? Die Parteikommunisten haben ihre bedreckten Funktionäre mit aner kennenswerter Schnelligkeit aus ihren Reihen entfernt, was die Sozialdemokraten nicht getan haben. Einmal aber legt das Verhalten derselben Partei im Falle Wittorf-Thälmann den Verdacht nahe, daß das Ausmisten im eigenen Stall nicht allein einem in jeder Lage unwiderstehlichen Reinlichkeitsbedürfnis zuzuschreiben ist, sondern daß diesmal die Nähe der kommunalen Neuwahlen den Drang befeuert hat, sich einmal am öffentlichen Badeplatz Hals und Ohren zu waschen; und ferner ist nicht abzusehen, welche Bürgerschaften für eine Ausmistung denn eigentlich dadurch geschaffen werden, daß Magistrat und Stadtverordneten-kammer von möglichst vielen parteikommunistischen Vertretern bevölkert wären. Lenin, der doch sonst in allem unfehlbare Autorität der Marx-Kommunisten ist, hat an Dutzenden Stellen seiner Schriften ausgedrückt, daß die Verhältnisse das Verhalten bestimmen, daß der Apparat stärker ist als der Mensch, der ihn bedient, daß man insbesondere kapitalistische Einrichtungen nicht auf dem Wege ihrer Benutzung in sozialistische verwandeln kann. Diese Auffassung Lenins, aus der er leider in seinen Anweisungen zum taktischen Verhalten seiner Anhänger völlig widersprechende Folgerungen zog, deckt sich mit der anarchistischen Ueberzeugung, daß man einen Sumpf nicht austrocknen kann, indem man hineinsteigt. Wie denn nun? Man gibt uns Kenntnis von einer kommunistischen Kandidatenliste, welche nebst etlichen Berufsfunktionären der Partei auch viele Namen werktätiger Proletarier und Proletarierinnen aufweist. Aber waren uns nicht auf der Liste der vorigen Wahl die Namen

Degner und Gäbel als ebenso zuverlässige Sachwalter proletarischer Ansprüche empfohlen worden? Und waren denn die Gäbel und Degner nicht in der Tat, als sie zu den Würden städtischer Bevollmächtigter aufrückten, ebenso erfüllt von ihrer revolutionären Sendung wie alle die Neulinge, die jetzt im Büro des Parteivorstandes auf die Liste gereiht worden sind, mit der die Parteiwähler überrascht wurden und von der sie, ohne daran mitgewirkt zu haben, glauben, es sei die Liste ihrer eigenen unbeeinflussten Auslese? Was folgen wird, ist klar: gute, ehrliche Revolutionäre werden in dieselbe Versuchung geführt, der die Gäbel und Degner erlegen sind. Es brauchen nur wieder ein paar Brüder Sklarek oder ihresgleichen in die Erscheinung zu treten, gerissene Geschäftsleute mit gefälligen, den eben erst höher steigenden Arbeiter betörenden Umgangsformen, — ach, nachher ist es leicht, den abgleitenden und doch schließlich hineinfallenden armen Teufel, den der Glanz des Reichtums blendete und der sich, zuerst gar nicht merkend, daß er bestochen wird, den Mißbrauch seiner kärglichen Macht für ein Butterbrot mit Lachs abkaufen läßt, als Verräter anzuspucken. Nicht die Schieber und Spekulanten haben ihn zur Korruption verführt, sondern der Sitz am Kutschbock, die schöne Livree des Aufgerückten, die Beschäftigung mit den Obliegenheiten der kapitalistischen Stadtbetreuung, zu der seine Partei, die Partei der Revolution, des bedingungslosen Klassenkampfes, die einzige wahre Arbeiterpartei ihn vorgeschickt hat.

Geht doch zu mit eurer Entrüstung! Als die verelendeten Opfer der städtischen „Wohlfahrt“ euch den Dreck vorzeigten, den die Sklareks bei Riesengewinnen, die ihnen jeder nachrechnen konnte geliefert hatten, die unter den Fingern zerkrümelnden Hemden, die beim ersten Anziehen reißenden Anzüge, die aufblättern den Stiefelsohlen, da verlangt ihr Prüfung; und die Prüfung geschah durch eine Stadtväterkommission bei einem Besuch im Sklarekschen Warenlager. Jetzt beruft sich der Vertreter eurer Partei, der nicht Gäbel, nicht Degner war, darauf, daß er wie die sozialdemokratischen und bürgerlichen Kontrolleure sich von der Güte des Gezeigten überzeugt habe. Dieser Genosse war nicht bestochen, gewiß nicht. Aber er war seiner Klasse durch die Beteiligung am Munizipaldienst schon so weit entfremdet, daß ihn die Güte der dem Magistrat am Verkaufplatz vorgezeigten Kleidungsstücke Beweis genug dünkte für die Güte der Hosen, die den ausgesteuerten Arbeitslosen in Fetzen von den Beinen fielen. Warum ging er denn nicht in die Elendswohnungen und sah dort zu, womit man den Jammer überkleisterte? Die Parteikommunisten waren unter denen, die nach der Besichtigung des Lagers das Lieferungsmonopol der Sklareks ver-

längern halfen, — davon beißt keine Maus einen Faden ab. Jetzt heißt es: Ausmisten! Wie denn, wenn ihr nichts anderes wißt, als andre Genossen in dieselben Aemter zu setzen, in denen Degner und Gäbel zu Fall kamen?

Von den Schneider und Kohl, den Rosenthal und Böß ist kein Wort zu sagen. Sie geben ja nicht vor, ein korruptes System umstürzen zu wollen. Sind sie so tief in die Pfütze getreten, daß die Jauche unter das Publikum spritzt, dann genügt es, denen, die sich beschwert fühlen, eine billige Kleiderbürste zu reichen und nötigenfalls den Sünder für eine Weile in den Hausflur zurückzustellen. Das geht alles bald vorüber, man vergißt keine Aufträge mehr an monopolisierte Firmen und läßt sich in Zukunft von konkurrierenden Schiebern Schund andrehen. Warum dabei nicht geschmiert werden könnte, begreift nur der Eingeweihte; der staatsfromme Bürger ist zufrieden, daß doch etwas geschieht, daß die Stadtbankdirektoren in Zukunft anders heißen werden als bisher und daß Herr Oberbürgermeister Böß gemerkt hat, daß seine Pelzkäufe zu billig waren. Daß er sie trotzdem nahm und seine Familie damit zierte, verschlägt nichts gegen die Tatsache, daß er seinen Gönnern tausend Mark übergab — wir zahlen ihn ja gut —, damit sie ihre Wohltätigkeit über die Familie des Berliner Stadtoberhauptes hinweg auch noch an den Armen seines Herrschbezirks bewähren könnten. Vielleicht haben sie das Geld der Wohlfahrt zugewendet, die dann dafür Blätterteigsohlen bei den Sklareks bestellen konnte; bei einem Gellage in Waren oder Westend mochte es dann wieder in die Gurgeln der Stadtväter eingehen. Diese Dinge sind nur von Belang als Symptome des allgemeinen gesellschaftlichen Verfalls und als reizvolle Illustrationen der ohnehin bekannten Tatsache, daß dasselbe Inserat in der antisemitischen Wahrheit des öffentlichen Säuberers Bruhn, in den Zeitungen des deutschnationalen Pfarrers Wolff, der schwarzrotgoldigen Sippschaft aller demokratischen, klerikalen und sozialdemokratischen Schattierungen, des völkischen Honette und der blutigroten Wuchtigkeit im redaktionellen Teil die gleichen Wirkungen tut. Aber ausmisten wollen sie alle!

Laßt fahren dahin! Solange die Proletarier wählen gehen, — ganz egal, ob sie nationalsozialistische, schwarzweißbrote, schwarzrotgoldene oder kommunistische Bekenntnisse dabei ablegen, bejahen sie das demokratische System, das auf der Wählerei beruht, betätigen sie sich als konservative Bürger des Staates. Das ist nämlich das Geheimnis der riesigen Zahlenerfolge der Sozialdemokraten, daß sie gleichzeitig mit sozialen Begriffen hausieren und ihre Absicht, im bestehenden Gesellschaftsbetrieb positive Aufbauarbeit zu

leisten, nicht verschleiern. Im städtischen Verwaltungskreise geht das am allerbesten. Gemeinderäte brauchen Wähler; Wähler wollen Erfolge sehen! Wo sie nun Einfluß haben, lassen sie „Erfolge“ sehen. Da wird eine hübsche Badeanstalt eingerichtet, dort ein Spielplatz angelegt, hier wird ein Platz für Schrebergärten freigemacht und drüben eine Eheberatungsstelle aufmontiert. So wird dem kleinen Mann, der auf den Bourgeois schimpft, weil er selber keiner ist, immer von neuem etwas geboten, woran er seine bescheidene Freude haben kann, und kommt er wirklich einmal gelaufen und klagt, daß er kein Brot hat, so kann ihm doch sein Bonze zur Antwort geben: Habe ich dir nicht erst gestern einen Bonbon geschenkt? — Die Sklarek-Geschichte so kurz vor der Wahl ist peinlich, sicher; aber über ein paar Wochen ist alles vergessen und vergeben, die Brot und Gefährten sind wieder ehrenwerte Leute, und die Arbeiter lutschen ihre schwarzrotgoldenen bepinselten Bonbons so zufrieden und staatstreu wie zuvor.

Die Parteikommunisten wie die Nationalsozialisten beteiligen sich wie an den staatlichen Parlamenten so auch an den Gemeindevertretungen; sie gehören daher zu den demokratischen Staatserhaltern des Landes wie alle andern. Die Tätigkeit in den Stadträten der kapitalistischen Gesellschaft kann nur Tätigkeit für den Kapitalismus sein. Die Fragen der Bebauung, der Kanalisation, des Verkehrs, der Hygiene, der Schule, alle diese wichtigen Fragen können im gegenwärtigen Wirtschaftsverfahren nicht allein nach den Gesichtspunkten des Bedarfs geregelt werden. Ueberall spielen Spekulations-, Klassen-, staatliche Autoritäts- und kirchliche Interessen mit hinein. Die Wohnungsnot wird nicht nach Maßgabe der Bevölkerungsbedürfnisse behandelt, sondern nach finanziellen Erwägungen. Soll irgendwo Gelände von staats- oder gemeindewegen zum Zwecke etwa der Anlegung eines Flughafens erworben werden, so wird die Platzfrage unter der Hand gelöst, nämlich unter der Hand eines Grundstücksschiebers, und es wäre lehrreich genug, ließe sich eine Statistik darüber aufstellen, wieviel öffentliche Käufe seit Bestehen der deutschen Republik in diesem Lande schon aus den Händen von Tanten, Schwägern, Strohmännern oder andern Agenten beamteter Personen erfolgt sind. An solchen Dingen ändert kein Parteiprogramm, keine Liste noch so ehrlicher proletarischer Kandidaten das allergeringste. Daran ändert nur der Umsturz des gesamten Gesellschaftsgebäudes etwas, ein Umsturz, der sich außerhalb der Verwaltungskörper der Städte und Gemeinden entwickelt und auswirkt. Wenn es wahr sein sollte, daß einige syndikalistische Gruppen in Sachsen sich mit dem Gedanken tragen, an den Gemeindewahlen teilzunehmen, so mögen sie sehr ernst gewarnt sein. Sie begäben

sich unrettbar auf die Bahn des Parlamentarismus und verlören die unmittelbare Beziehung zu den revolutionären Pflichten des Proletariates.

Nach Gelingen des revolutionären Auftaktes freilich, nach Vollziehung des heroischen Teiles des proletarischen Sieges, dann wird die Zeit gekommen sein, wo dem Anarchismus in der Gemeinde die ersten und wichtigsten Aufgaben erwachsen. Dann gilt es den revolutionären Rätegedanken zu verwirklichen, die Verwaltungsorganisation der Arbeit zu schaffen, die von den Betrieben ihren Ausgang nimmt und sich über die Gemeinden und Gaue von unten nach oben aufbaut bei voller Selbständigkeit der Schaffenden, ohne Obrigkeit und staatliche Gewalt. Niemals wird eine Regierung den Willen einer Revolution vollstrecken, das ist Sache der Menschen selber, die die Revolution vollbracht haben. „Die Expropriation“, sagt Peter Krapotkin, „muß durch die Stadt- und Landarbeiter selbst erfolgen. Es wäre ein tiefer Irrtum, zu hoffen, daß irgendeine Regierung dies tue, denn die Geschichte lehrt uns, daß Regierungen, selbst aus der Revolution hervorgegangene, stets nur den vollzogenen revolutionären Tatsachen eine gesetzliche Bestätigung gaben und schon dazu, ihnen die Zustimmung zu revolutionären Maßnahmen zu entreißen, die in der Gärungsperiode laut verlangt wurden, mußte das Volk gegen die Regierungen noch immer einen langen Kampf bestehen.“ Wie aber die anarchistische Kommunalpolitik in der Räterepublik zu betreiben ist, das hat auf dem anarchistischen Kongreß zu Brüssel 1874 der belgische Genosse Laurent Verrycken, ein Bäcker, ausgesprochen. Nachdem er den Gedanken an jeden sogenannten Arbeiterstaat verworfen hatte, durch den man nur die Stelle der Bourgeoisie einnehmen würde, erhob er statt dessen diese Forderung: „Die öffentlichen Dienste müssen durch die freie Gemeinde und deren freie Föderation organisiert werden, ausgeführt durch Arbeitergruppen und überwacht von Delegationen der Fachkörperschaften in der Gemeinde oder der Gemeinden in deren Föderation.“ Was heißt dies anders als: Alle Macht den Räten!? — Hier, Genossen, habt ihr das Programm der Freiheit, bezogen auf die Politik der sozialistischen Gemeinden; und wollt ihr im Ernste ausmisten, — hier habt ihr den Besen!

Anarchismus und Bauerntum

Der Anarchismus ist die Richtung innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung, die direkt eine Herbeiführung der klassenlosen Gesellschaft erstrebt und in dieser bei aller Gemeinschaftlichkeit jedem einzelnen das Recht der Persönlichkeit und der individuellen Geistesfreiheit gewährleistet. Der marxistische Sozialismus, soweit er überhaupt noch als Sozialismus bezeichnet werden kann, ist autoritär und will ein Gesellschaftssystem auf Zwang basierend herbeiführen.

Wenn es der Arbeiterbewegung bisher nicht gelang, die ländliche Arbeiterschaft und die Bauern für sozialistische Ideen zu gewinnen, so liegt es einmal an der einseitig industriellen Einstellung der Gesamtbewegung, ein andermal an dem autoritären Zwangssozialismus der Marxisten. Die anarchistische Bewegung war bisher immer zu klein, um einen größeren Einfluß in der Landbevölkerung gewinnen zu können. Während heute in den Städten und unter der industriellen Lohnarbeiterschaft unbedingt eine revolutionäre Stillstandsperiode als bestehend zugegeben werden muß, liegen die Verhältnisse auf dem Lande anders. Seit fast zwei Jahren rebellieren die Bauern gegen den bestehenden Staat und sein Steuersystem. Mit den radikalsten Mitteln arbeiten sie, mit Bomben- und Dynamitattentaten. Diese Menschen zeigen Tatwillen und Konsequenz. Bedauerlich ist aber für uns, daß die rebellierende Bauernschaft unter falsche Führung geraten ist. Es wird ihr genau so gehen, wie den italienischen Bauern, denen der Faschist Mussolini in seinem Programm die besten Versprechungen machte. Nach Aufrichtung des Faschismus führte er gerade das Gegenteil seines Programms durch. Vielleicht ist es heute schon zu spät, die Bauern und Landbewohner von der Errichtung der national-faschistischen Diktatur abzubringen, die logisch und konsequent den bisherigen Terrorakten folgen muß und wird. Niemals aber kann und darf es zu spät sein, daß wir den Gedanken der Freiheit und des Anarchismus auf dem Lande propagieren, wenn wir an der Richtigkeit der anarchistischen Lehre festhalten wollen. Anarchistische Propaganda auf dem Lande ist heute dringende Notwendigkeit. Wir werden uns nicht einseitig an die reine Lohnarbeiterschaft des Dorfes wenden, sondern allgemein an die ausgebeuteten und unterdrückten Schichten des Landes, also auch an die Klein- und Mittelbauern.

Jede Gesellschaftsform ist letzten Endes von seiner Landwirtschaft als der allgemeinen Ernährerin abhängig. Es ist ein Unding, die Landwirtschaft in industrielle Formen pressen zu wollen, wie es heute in Sowjet-Rußland geschieht. An der Agrar- und Bauernfrage ist der Sozialismus in Rußland gescheitert, und an ihr wird auch das sowjetistische Staatssystem zugrunde gehen. Die russische Revolution 1917 wäre nie gelungen, wenn Lenin nicht den Anarchisten und gerade in bezug auf die Land- und Agrar-

frage große Zugeständnisse gemacht hätte. Lenin ist tot, aber sein starres Staatssystem hat sich weiterentwickelt zur brutalen Gewaltherrschaft. Die letzten Spuren von Sozialismus werden immer mehr verwischt. Dem russischen Bauern stehen noch riesige Kämpfe gegen die bolschewistische Staatsdiktatur bevor. Auch in Rußland wird der Anarchismus zu neuem Leben erwachen. Die Bauernfrage muß zum wichtigsten Thema aller Anarchisten werden. Menschen, einfache urwüchsige Bauern, die den Mut aufbringen, Bomben zu werfen und Attentate zu verüben, sind noch aktionsfähig. Mit ihnen kann der Anarchismus noch Rebellionen und Revolutionen zum Erfolge führen. Ohne Kampf und Blut wird die Beseitigung des Kapitalismus niemals vor sich gehen. Die Bauern wissen das.

Anarchistische Landpropaganda tut gerade jetzt besonders not. Unsere Weiterentwicklung, die Zukunft der anarchischen Bewegung und die baldige soziale Revolution mit dem folgenden Aufbau der klassenlosen Gesellschaft liegt in unserer Stellung zur Agrarfrage und dem Gelingen unserer Versuche, sie zu lösen. Dem Anarchismus bleibt es vorbehalten, die Einigung der Arbeiter und Bauern zum revolutionären Befreiungskampf herbeizuführen, nachdem der russische angebliche Arbeiter- und Bauernstaat gezeigt hat, daß er nicht das ist, was er zu sein vorgibt. Darum, auf zur anarchischen Landagitation! Hinaus mit unseren Gedanken zu den Bauern und Landarbeitern, die noch unberührt vom Wust der Theorien, instinktiv-anarchistisch für die Befreiung durch die Tat, durch direkte Aktion zu gewinnen und fähig sind!

Hans Mann.

Strafrecht

Die Besprechung einer größeren Anzahl Bücher soll für das nächste Heft zurückgestellt werden, nachdem das unverdrossene Walten staatlicher Gerechtigkeitspflege diese Absicht von Monat zu Monat hinauszögern ließ. Den Verlegern und Autoren, die manchmal anfragen, wann sei denn die Ansicht des FANAL über ihre Druckwerke erfahren werden, diene also zur Kenntnis, daß im Dezember zunächst eine Auswahl inhaltlich zusammengehöriger Werke einer Kritik unterzogen werden wird, und daß nach bester Möglichkeit dann in kürzeren Abständen als bisher literarische Betrachtungen und Erörterungen folgen sollen. Vorweg soll dieses Mal ein einzelnes Buch behandelt werden, dessen Kenntnis den Lesern schon deswegen empfohlen werden kann, weil es die Notwendigkeit verdeutlicht, sich mit dem Wirken der Strafjustiz mit solcher Ausführlichkeit zu beschäftigen, wie es im FANAL von jeher geschieht.

Die Justiz ist neben den körperlich gerüsteten Formationen des Heeres und der Polizei die stärkste Waffe des Staates gegen seine Hörigen, will sagen des Reichthums gegen die Armut. Eine Rechtsfunktion im ethischen Sinne des Wortes übt sie nicht aus, kann sie schon deshalb nicht ausüben, weil die gesamte Gesetzgebung der Staaten ausschließlich auf die Sicherung ihrer ökonomischen Grundlagen zugeschnitten ist, also auf die Sicherung

des Ausbeutungsprivilegs der Inhaber des Bodens und der Produktionsmittel. Das Strafrecht bildet hiervon keine Ausnahme und wenn der besondere Schutz religiöser Vorstellungen und Einrichtungen und einer zelotischen Geschlechtsmoral dieser Behauptung zu widersprechen scheint, so muß daran erinnert werden, daß die Kirche den Gott, das Jenseits, die Kontrolle der Geschlechtsfreuden um der Sündenfurcht willen braucht, auf der alle Autorität beruht. Das schlechte Gewissen der Menschen, von dem die Kirche lebt, gibt zugleich dem Staat die Möglichkeit, die Satzungen der Knechtschaft mit einer mystischen Weihe zu umkleiden. Das Sittlichkeitspatent der staatlichen Gesetzgebung gewährt der Kirche die Mittel, ihre seelische Bedrückung unter obrigkeitlicher Garantie zu betreiben, wogegen die Kirche dem Staat die seelisch Bedrückten in gutem Stande zum Ertragen materieller Bedrückung als Objekte der Gesetzgebung zuführt. Wer sich gegen die Bedrückung durch die politische Staatsmacht, durch materielle Not oder durch Gewissensbindung im privaten Verhalten auflehnt, indem er seinen Umgang mit den Behörden, sein Eigentumsbegehren oder seine religiöse und sexuelle Moral eigenen Rechtsbegriffen anpaßt, verfällt der Strafjustiz. Von ihr wie von jeder gesetzlichen Justiz gilt, was im FANAL schon früher einmal in die Formel gebracht wurde: Justiz im Staate hat mit Gerechtigkeit so viel zu schaffen, wie Beischlaf im Bordell mit Liebe.

Der hier skizzierte Gedanke ist anarchistischer Natur; er geht aus von der Verneinung des Staates schlechthin und von der Auffassung, daß Gesetze niemals Recht schaffen, noch Recht sichern können, sondern alles wirkliche Recht auf freiwilligem Vertrag beruht, an den nur gebunden ist, wer ihn selbst geschlossen hat. Das sogenannte Strafrecht, das überhaupt ohne Sinn wäre, wo keine gesetzlichen Bindungen der Freiheit Gewalt antun, ist vollends ungeeignet, sittliche Dienste zu leisten. Seine einzige Bestimmung, die ernst gemeint sein kann, ist Rache, und wenn Rache auch aus einem natürlichen Antrieb empörter Kränkung zu strömen pflegt, und daher durchaus nicht ohne weiteres als unwürdiger Ausdruck der Leidenschaft und des Zornes verworfen werden soll, so kann das doch nur für gefühlbegabte Wesen gelten, nicht aber für eine abstrakte Maschinerie, wie sie der Staat darstellt. Rache nach paragraphierter Skala; eine Vorstellung so ungeheuerlich wie Kinderzeugung durch einen AEG.-Automaten. Der Demokrat Müller-Meinigen allerdings, jener Justizminister der weiland sozialdemokratisch-demokratisch-klerikalen bayerischen Koalition der Regierung Hoffmann, die an Eugen Leviné und den Schützen des Luitpoldgymnasiums acht politische Todesurteile vollstrecken ließ (ungerechnet die von ihr gebilligten selbständigen Hinrichtungen der Feldgerichtsleutnants), gab mit der Anweisung, daß die Festungsstrafe an uns Räterepublikanern „sukzessive verschärft“ werden solle, die Erklärung an seine Vollstreckungsorgane weiter, sie müßten sich des Vergeltungszweckes der Strafe bewußt bleiben. Sie blieben sich bewußt. Die modernen Kriminologen wollen denn auch nicht mehr vergelten, sondern durch Strafen abschrecken, die Bestrafen bessern und die Gesellschaft schützen. Ihre Theorien zeichnen sich vor denen der Racheverfechter zwar durch mehr Nettigkeit, aber auch durch weniger Haltbarkeit aus. Die Abschrecker werden durch jede Kriminalstatistik belehrt, daß Verbrechen und Vergehen in Zeiten wirtschaftlicher Not zu-, in Zeiten der Prosperität abnehmen; niemand wird von Strafgesetzen und Zuchthausdrohungen abgeschreckt, seinen Hunger nötigenfalls auf dem Wege der Selbsthilfe zu stillen; niemand, den das Wohnungselend zwingt, mit halbwüchsigen Mädchen das Bett zu teilen, wird durch Kerkereinrichtungen abgeschreckt, ein Geschlechtswesen zu sein.

Die Besserer sind noch übler daran. Kümmerten sie sich nur halb so eifrig um die Erfolge ihrer Einsperrungspädagogik, wie sie sich um ihre Anwendung kümmern, dann wüßten sie, daß durch lange Abschließung etwa von Einbrechern allenfalls fürs nächste Mal die Einbruchstechnik des Delinquenten gebessert wird, nicht aber seine sündige Seele. Bleibt der Gesellschaftsschutz. Sie schützt sich für 14 Tage, drei Monate, anderthalb Jahre und selbst fürs ganze Leben des Rechtsverletzers. Aber sie schützt sich, indem sie alle Ursachen der Taten, gegen die sie Schutz heischt, bestehen läßt und gleicht so einem Kammerjäger, der statt auszuschweifeln, die Wanzen einzeln unter dem Daumnagel knackt. Dieser Tage wurde in die Polizeistation von Eberswalde eingebrochen und aus den dort im Schrank verstaubten Dietrichen, Gebläsen, Schlagringen, Pistolen und Masken das beste Material herausgesucht, um dem ursprünglichen Verwendungszweck wieder zugeführt zu werden. Die Gesellschaft aber glaubt sich geschützt, wenn die früheren Benutzer in sicherem Gewahrsam sitzen. Es ist nichts mit dem Mittel der Strafe zur Verhütung künftiger Sünden.

Zu dieser Einsicht, die dem Anarchisten von Gefühl und Gesetzesfeindschaft aus selbstverständlich ist, sind auf dem Wege der Logik und der beobachtenden Erfahrung mittlerweile auch staatsergebene Menschen gelangt, die klug genug sind, auch anständig sein zu können. Franz von Liszt hat gegen Ende des vorigen Jahrhunderts schon die Begriffe Schuld und Strafe abgelehnt und das Verbrechen als soziale Krankheitserscheinung behandelt wissen wollen. Sein Schüler Gustav Radbruch hat diese Auffassung übernommen und bekannte sich noch im vorigen Jahre bei der Karlsruher Kriminalistentagung zu dem Grundsatz, alles Strafrecht müsse sich seine eigene Ueberwindung zum Ziele setzen (vgl. FANAL, Jahrg. II, Nr. 1, S. 17). Radbruch selbst hat freilich in der Praxis gezeigt, daß ein Staat nicht nach sittlichen Erkenntnissen regiert werden kann; er war der Verantwortliche für das Republikschutzgesetz, das in der krasssten Form die reaktionärste politische Gewaltjustiz mit Einschluß der Todesstrafe als unverschleierte Ausdruck des Vergeltungs-, Abschreckungs- und Vorbeugungsrechtes zur Geltung brachte, wobei überdies gar nicht die faschistischen Kreise getroffen wurden, die der harmlose Mann bändigen wollte, sondern ausschließlich revolutionäre Proletarier. Denn der Staat kann immer nur gegen die Armut ausschlagen, gegen die er geschaffen ist, und wer den Staat regiert, kann, mag er der Freiheit und Gerechtigkeit theoretisch noch so wohlgesinnt sein, kein anderes Strafrecht anwenden, als das des Sklavenhalters, der mit Verbreitung von Furcht und Schrecken den Ertrag des Frondienstes den Sklaven vorenthält.

Jetzt liegt eine Schrift vor, die, von der Erkenntnis ausgehend, daß alles Strafen „eine unsittliche, unbegründete, zwecklose und die Gesellschaft schädigende Handlung“ ist, mit dem Entwurf zu einem in allen Grundlagen veränderten Strafrecht den Uebergang zur straflosen Verhütung von Unrecht durch „prophylaktische Hygiene“, d. h. vorsorgende Krankheitsbekämpfung zu ebenen versucht. Der „Strafbuch-Entwurf von Justizrat Dr. Johannes Werthauer in Berlin“ (Herausgegeben im Auftrage der Deutschen Liga für Menschenrechte E. V., Hensel & Co. Verlag, Berlin 1929) ist eine vernichtende Kritik des bestehenden Strafrechts, eine schonungslose und höchst verdienstvolle Hinrichtung des zur Zeit im Strafrechtsausschuß des Reichstages der Politik der Spießbetriebsamkeit unterworfenen „Entwurfs eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches“ des Reichsministers der Justiz von 1927 — und zugleich ein überführender Beweis, daß jedes Unternehmen, im Staate Gerechtigkeit einführen zu wollen, Sisyphusarbeit bleiben muß. Der Verfasser ist Pazifist: man kann

schwerlich eine geeignetere Unterlage finden, um den Unterschied zwischen dem Pazifisten und dem Revolutionär deutlich zu machen, als sein „Strafbuch“. Werthauer geht es nicht darum, die Gesellschaft in ihrer ganzen wirtschaftlichen und politischen Struktur zu ändern, sondern darum, ihr gewisse ethische Grundbegriffe einzupflanzen und die Erhaltung dieser moralischen Lympe zu schützen. — wodurch zu schützen?: nun, doch wieder durch Strafen. Den Widerspruch erklärt er aus der Annahme, daß „bei der jetzigen und in absehbarer Zeit zu erwartenden Zusammensetzung des Reichstags die Existenz eines Strafbuchs, das auf irgendwelche Handlungen Strafen androht, als unentbehrlich angesehen wird“. Das ist zweifellos richtig, nur scheint der Glaube unbegründet, daß jemals ein Reichstag oder welche Einrichtung immer ihn in besseren Tagen ersetzen mag, Strafbestimmungen als entbehrlich ansehen werde. Es ist aber das Schicksal aller opportunistischen Anpassungen mit reformistischen Absichten, daß sie nicht unter zwei Uebeln das kleinere durchsetzen und dadurch Besserung schaffen, sondern daß sie ein Uebel erst recht haltbar machen, wobei die geflickten Schäden schnell genug von selber wieder einreißen. Das kleinere Uebel ist stets das größte Uebel, weil es am schwersten auszuwurzeln ist.

Auszeichnet ist Werthauers Vorlage in allem, was sie nicht enthält, vortrefflich sind die Begründungen, warum auf vieles verzichtet wird. Der Abschnitt C „Nicht aufgenommene Delikte“ ist insofern der wertvollste Teil der Schrift, als hier die Ueberflüssigkeit zahlreicher Strafandrohungen mit einer Logik aufgezeigt wird, die, auf sämtliche Delikte angewandt, die Entbehrlichkeit und Schädlichkeit jeglicher Bestrafung dartun müßte, aber auch die Scheußlichkeit des Regierungsentwurfs für das neue Strafgesetzbuch grell beleuchtet vor das Bewußtsein tritt. Die Kritik des Eides als mittelalterliche Beschwörungsformel, die Beweisführung, daß der Eid die lügenhafte Aussage fördert, statt sie zu unterbinden und den unschuldigen Angeklagten dem meinedigen Belastungszeugen einfach preisgibt, sollte nie wieder aus der Agitation gegen das staatliche Recht aller Sorten verschwinden. Die faulige und heuchlerische „Unzucht“-Verfolgung des offiziellen Entwurfs findet ebenso ihre verdiente Abfertigung. Doch gilt, was Werthauer von dem ekelhaften Schund- und Schmutzparagrafen sagt, ebenso für alle Angriffe „gegen den gesunden Sinn des Volkes“, nämlich, daß Selbsthilfe das einzige ist, was aufräumen kann. In der Auseinandersetzung mit den Bestimmungen über Kuppelei, Frauenhandel und Zuhälterei finden sich klarste Widerlegungen der bestehenden und beabsichtigten Strafbestimmungen, so wenn gegen die Verfolgung der Zuhälterei gesagt wird: „Es liegt kein Anlaß vor, die Dirne mehr als jeden anderen zu schützen. Soweit der Zuhälter die Dirne veranlaßt, ihrem Gewerbe besonders fleißig nachzugehen, übt er keine andere Funktion, als die kapitalistische Weltordnung im allgemeinen sie überhaupt gegen die Dirne übt.“

An dieser und an manchen anderen Stellen zeigt Justizrat Werthauer überraschend gutes Verständnis für die Bedingtheit von Uebelständen im Wirtschaftsverfahren der Gegenwart. Da ist es denn verwunderlich, daß er auf der anderen Seite den bestehenden Staat „gegen jede Umsturzgefahr“, ja gegen alle Handlungen schützen will, die sich gegen „politische oder wirtschaftliche Kräfte der Gemeinschaft“ wenden. Wie kann man sagen: „Jede Gewalt und Ausbeutung muß auf deutschem Boden strafbar sein“ und gleichzeitig die Republik, die doch der politische Ausdruck gewaltsamer Ausbeutung ist wie jeder andere Staat, gegen Umsturz sichern wollen? Ausdrücklich wird festgestellt, daß das Strafbuch nicht dazu da ist, das Privateigentum zu schützen, aber dahinter folgt sofort die Ausnahme: es sei denn gegen Gewalt, List, Untreue; damit sind doch die

kapitalistischen Eigentumsbegriffe auf das deutlichste wieder anerkannt. Ein von anständigsten sozialen Empfindungen bewegter Geist scheidet in seinem Bestreben, seine anständige Gesinnung zur Richtschnur des öffentlichen Waltens zu machen, durch den Irrtum, der Staat, irgendein Staat, könne auf dem Wege der Gesetzgebung Anstand fördern oder sichern. Der Staat, auch der republikanische jeder Art, ist nichts als der gewaltsame Schutz der wirtschaftlich Starken, und der pazifistische Traum, gewaltlos an dieser Gewaltsamkeit etwas zu ändern, ja, mit den Mitteln der Staatsmacht die Umgangsform der Gewalt abzuschaffen, ist in der Wirkung nur die Unterstützung der obrigkeitlichen Gewalt gegen die ihr entgegengesetzte Notwehr. Der Kampf gegen die Gewalt unter grundsätzlicher Verpönnung gewaltsamer Mittel bedeutet Leugnung der Chirurgie in der soziologischen Medizin, bedeutet, den qualvollsten Tod der Menschen und der Gesellschaft dem befreienden Eingriff den Vorzug geben. Hier liegt der entscheidende Unterschied zwischen dem Pazifisten und dem Revolutionär.

Werthauer geht an sein Problem ganz als Pazifist heran. So kann er nicht zur Wurzel hinabgelangen und hakt sich an der Illusion fest, gesellschaftliche Machtfragen seien durch sittliche Uebereinkünfte der Machtsphäre zu entziehen. Er entnimmt dem Wortschatz der französischen Revolution die Forderungen „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, ohne ihnen den Staub der bürgerlichen Liberalität abzuwischen und meint, ihre Uebernahme ins Vokabularium des Strafgesetzbuches genüge, um aus dem riesenhaften Ringen der Klassen um die Erzeugung und Verteilung der Güter eine Angelegenheit friedlicher Ausgeglichenheit zu machen. Daraus ergeben sich alle Mängel seiner in der Grundtendenz hochanständigen Schrift. Daraus ergibt sich zunächst, daß aus dem Strafbuch ein Gesetz zum Schutze der Republik wird, das sich im Gegensatz zu dem verflossenen Radbruch'schen und dem drohenden Severing'schen wohl bemüht, „am schwersten das Handeln aus monarchistischen oder diktatorischen Beweggründen, danach das Handeln mittels Gewaltanwendung und Mißbrauch geldlicher Macht“ zu treffen, das aber doch keinerlei Bürgschaft für das Proletariat bietet. Von den Vorrechten der Staatsgewalt, im Interesse des Besitzes Verbrechen gegen Leib und Leben der Besitzlosen zu begehen, wird durch keine Heiligsprechung der schwarz-rot-goldenen Farben etwas weggenommen; ein Schutz gegen Zörgiebel ist in Werthauers Strafbuch nicht vorgesehen. Der Mai 1929 in Berlin bliebe auch unter solchem Strafrecht möglich, denn die Polizei der Kapitalisten sucht sich ihre Opfer selber aus und gegen sie hilft keine ethische Gesetzgebung.

Gleichwohl ist es sehr erfreulich, daß diese Schrift erschienen ist. Justizrat Werthauer bringt der Verfassung und den Gesetzen der Republik hohe Achtung entgegen und legt sogar diese Achtung seinem gesamten Gesetzesvorschlag zugrunde. Umso kräftiger können wir, die wir seine respektvollen Gefühle für den Staat und seine Sicherungen nicht teilen, sein gutes Wollen unserem revolutionären Kampf gegen die Strafjustiz nutzbar machen. Werthauer kennt als Strafe nur die Freiheitsentziehung und zwar einheitlicher Art. Er bezeichnet zutreffend die Geldstrafe als „eine Strafe, die bezüglich der Mehrheit der Volksgenossen auf dem Papier steht, aber eine Begünstigung der Reichen enthält“. Wir glauben nicht an eine Besserung des geltenden Zustandes durch Reichstagsbeschlüsse, jedoch können wir uns in der revolutionären Werbung auf das Zeugnis des hervorragenden Juristen beziehen, daß die Umwandlung verwirkter Gefängnisstrafen in Geldstrafen, die uns als Fortschritt gepriesen wird, sich als einfache Sonderentrechtung der Armut ausweist. Werthauer

setzt als Höchststrafe selbst für die schwersten Verbrechen, worunter er erstaunlicherweise neben Mord und Brandstiftung auch das Duell und die Störung zu Weihe, Unterhaltung und Belehrung versammelter Menschen rechnet, fünf Jahre Einschließung an. Unsere Sozialdemokraten sollten sich ein wenig zu Herzen nehmen, was ein ehrlicher Bürger dazu äußert, daß sie noch nicht einmal zur Zehnjahresfeier ihrer lieben Weimarer Verfassung dazu zu kriegen waren, auch nur die armen Menschen in Freiheit zu setzen, die noch von Kriegszeiten her in den deutschen Zuchthäusern geschunden werden. „Wer als Gelehrter oder vom Schreibtisch aus“, schreibt Werthauer, „5 Jahre noch für zu gering hält, soll sich erst selbst solcher Strafe unterziehen und dann mitzusprechen beginnen.“ Da aber doch fast nur Proletarier überhaupt für länger als 5 Jahren verurteilt werden, werden wir wenig Hoffnung haben, regierende „Sozialisten“ für Abkürzung langer Kerkerstrafen zu gewinnen, dürfen uns hingegen bei unserer revolutionären Propaganda gegen die Brutalität der Klassenjustiz wiederum auf das Zeugnis des einsichtigen Fachmannes beziehen.

Es ergibt sich als Gesamturteil über Werthauers Strafbuch-Entwurf von freiheitlich-revolutionären Gesichtspunkten aus die Ablehnung der in ein neues Schema gebrachten Strafbestimmungen in allem einzelnen, dagegen die Zustimmung zu vielen allgemeinen Feststellungen, soweit sie kritisch gegen die bestehenden Auffassungen angehen. Die Gründe, mit denen etwa die Denunziantenzüchterei in der Straffjustiz und die Prämierung von Spitzeleien verurteilt werden, verdienen allgemeine Verbreitung auch unter dem staatsfeindlichen Proletariat. Vor allem verdient die mutige Sauberkeit des Denkens große Anerkennung, die den Verfasser trotz aller seiner Sorge um die deutsche Republik und trotz aller seiner Befangenheit in überalterten Staatsbegriffen immer wieder die Skepsis gegenüber aller Strafreifei betonen läßt. Daß er endlich selber nichts anderes weiß als doch zu strafen, ist die Folge seines zugegebenermaßen unrevolutionären Reformwillens. Aber er grenzt sich nachdrücklich ab gegen die Leute, die mit der Bestrafung eines Menschen seine Schändung und dauernde Schädigung verbinden wollen. „Die Strafe soll nichts sein als Strafe. Wird eine Strafe gegen einen Täter (vielleicht zu Unrecht) erkannt, so soll wenigstens nur sie und nichts anderes deshalb eintreten.“ Und nach dieser Verwahrung noch einmal die Erklärung, mit der Werthauer in einer wichtigen Auffassung der Meinung der Anarchisten doch sehr nahe kommt: „Alle Ausführungen, die dahin gehen, daß eine Strafe sonst irgendeinen „Zweck“ habe (Besserung, Abschreckung), beruhen auf unrichtigem Denken. Die Strafe als solche ist stets ungerecht. Sie hat keinen anderen Zweck, als den Gesetzgeber zu befriedigen, der eine Strafe für nötig hält.“

Deutsche Front

Am Sarge des großen Staatsmannes hat sich die deutsche Front zusammengefunden, den Zylinder auf den Denkgefäßen der nüchternen Vernunft und den Boden der gegebenen Tatsachen unter den Gummireifen der Limousinen. Ernste Zeiten sind wieder einmal über unser deutsches Volk hereingebrochen. Verwaist umsteht es das frische Grab Gustav Stresemanns, des herrlichen Führers der Nation aus Druck und Dreck zu Glanz und Pracht, und vorn und hinten findet es nimmer Seinesgleichen. Hindenburg selber gab ihm das Geleit und zog aus diesem Anlaß den

Republikaner an; zum Zeichen aber, daß er zugleich den Monarchisten auszog — denn er hält auf strenge Trennung der zwei Seelen in seiner Brust — verbot er seiner an die Republik noch nicht gewöhnten Reichswehr, mit ihm hinter dem Leichenwagen zu marschieren. Das darf sie nur, wenn ein Reichspräsident selbst stirbt; ein Reichsaußenminister ist ihr viel zu wenig, wurde dem trauernden deutschen Volk erklärt, und beim Reichsaußenminister Rathenau wurde eine Ausnahme nur „gewissermaßen zur Sühne“ für seine Ermordung gemacht. Für Historiker bliebe es demnach eine lohnende Aufgabe, festzustellen, ob die Ehrenkompanie bei Rathenaus Bestattung am Ende von der 1922 noch für große Dinge ausersehenen Schwarzen Reichswehr gestellt wurde, die ja Bescheid wissen konnte, wo es gewissermaßen etwas zu sühnen geben mochte.

Die Sozialdemokraten haben am lautesten geweint um Stresemanns Tod. Sie hatten auch am meisten Grund zum Kummer. Als der Westentaschen-Bismarck (papierne Ausgabe der Eisenprägung) als Industriesyndikus die nationalliberale Kriegsfurie in Hysterie versetzte, da lehrte er die Ebertschen die ersten Tanzschritte des patriotischen Begeisterungsgalopps, bei dem es hieß: Anschluß nicht verlieren; Wilhelm kennt keine Parteien mehr; wer Krupp und seinen Generälen hilft, dem ist der Dank des Vaterlandes in Form von Pfünden gewiß! Stresemann verlangte den unbeschränkten U-Bootkrieg und die Sozi erkannten seine Berechtigung; Stresemann verlangte die flandrische Küste und Scheidemann höhnte über die Leute, die das Verschieben von Grenzsteinen mißbilligten; Stresemann schrie nach einem deutschen Frieden, und die Sozi zeigten mit ihrer Zustimmung zu Brest-Litowsk und Bukarest, was sie unter einem Scheidemann-Frieden verstanden. Stresemann hielt durch bis zum Ende und die Sozi bewilligten bis zum Ende die Kredite. Sie hatten viel von ihm gelernt und er lernte viel von ihnen, denn wie sie zuvor auf den kaiserlichen Tatsachenboden getreten waren, so trat er auf den republikanischen, bis die Republik kaiserlich genug geworden war, ihn zum Reichskanzler zu berufen. Da ließ er die Sozi Truppen nach Sachsen schicken, um das parlamentarische System durch die Diktatur ablösen zu lassen, und danach schickte er sie zum Teufel und regierte mit seinen Freunden und Hurra-kameraden ohne sie weiter. So wurde er lebenslänglicher Reichsaußenminister und versöhnte sich in Locarno mit den Gerichtsvollziehern, die in seinem Laden die Kasse gepfändet hatten. Die Sozialdemokraten erkannten nun erst, was für ein wahrhaft großer Staatsmann er war und entzogen ihm auch nicht ihre loyale Bewilligungsbereitschaft, als auf sein Drängen die Keudell und Schlieben der deutschen Politik den rechten nationalen Schuß gaben. Aber als das Zahljahr zusammentraf mit dem Wahljahr, da war es wieder Gustav Stresemann, der erkannte, daß nun die guten Sozi heranmüßten, da niemand wie sie befähigt und entschlossen war, den Proleten die Taschen umzukehren, und damit im Innern nicht seine eigenen Leute die Kosten bezahlen müßten, die Stresemann im Äußeren den Steuerzahlern aufbrummte. Seitdem müllert der Hilferding Stresemanns System, spart auf Kosten der Erwerbslosen, schafft Meir-Einnahmen aus Butter und Zucker und allem, was der Arbeiter nicht entbehren kann und läßt sich von Iwan Kreuger aus Stockholm gegen die monopolisierte Lieferung von verteuerten Schundstreichhölzern eine halbe Milliarde vorklareken. Der Wissell aber hilft dazu, die Lebensansprüche des Proletariats zur Bescheidenheit herabzuschlichten, und der Severing sorgt, daß die Arbeiter still halten, sonst gibt's blaue Bohnen.

Und jetzt gerade muß der große Staatsmann dahingehen. Nicht einmal das Haager Werk hat er mehr vollenden können, deswegen sich

sogar die Franzosen beinahe mit den Engländern verkracht hätten wenn nicht Stresemann dazwischen gegangen wäre, und sie überzeugt hätte, daß sie sich doch darüber einigen müßten, wie sie den Tribut unter sich verteilen wollten, den die deutschen Arbeiter herausschwitzen sollen. Das sah sogar der Sozialist Snowden ein, und so dürfen wir hoffen, daß das Werk des Verewigten verewigt werde in den Zahlungsausweisen zweier Generationen dieses gesegneten Landes. Aber die Lücke klafft weit und grau, die sein Tod in die Müllersche Regierung, in die Tafelrunde des Völkerbundes, in die Reihen der genialen Staatsmänner vom Range des Dr. Breitscheid, in den Vorstand der Deutschen Volkspartei und in die Verehrungsparte des Vorwärts reißt. Ach, und schon scheint es, als fände der große Tote gar kleine Erben. Eine neue deutsche Front will sich bilden, um in seinem Geiste die Schienen der deutschen Realpolitik fortan zu befahren; aber sie, die die Schienen jahraus jahrein blank gescheuert haben, die Sozialdemokraten, will man nicht mehr mitfahren lassen. Kurzsichtige! Sie sehen nicht, daß sie eine Schmalspurbahn bauen, wo sie eine Breitscheidebahn haben könnten!

Übrigens ist noch nicht alle Hoffnung verloren, daß die Sozialdemokraten doch noch in die deutsche Front mit aufgenommen werden. „Der Prüfstein für den Bestand der gegenwärtigen Regierung“, schreibt Herr Dr. Cremer von der Stresemann-Partei im Börsen-Courier, „wird die Finanz- und Steuerreform sein.“ Also Hilferding erhält von der Industrie noch Bewährungsfrist. Aber dennoch: es hat sich schon gezeigt, was die Arbeiter Deutschlands alles widerstandslos schlucken, und vielleicht ist es schon soweit, daß die Großausbeuter meinen, es ihnen nun selber hinreichen zu können, was sie bisher zur Vorsicht aus den Händen von „Sozialisten“ in den Schlund geschoben bekamen. Herr v. Kardorff hatte doch schon recht deutlich zu den Deutschnationalen hinübergewinkt: laßt den Hugenberg eine Weile beiseite gehen, holt euch wieder den Grafen Westarp an die Leitung und wir machen das Geschäft in eigener Regie weiter, für das uns die Müller-Esel die besten Mehlsäcke schon herbeigetragen haben. Und vom Zentrum her hat Herr Kaas kräftig in dieselbe Ecke gepiffen und der Dr. Wirth, der bekanntlich im klerikalen Orchester die demokratische Klarinette bläst, hat dem Pfiff-Kaas den öligen Klang gegeben und beruhigend geflüstert: Es war ja nicht so grimmig gemeint, daß es auch ohne die Sozi gehe: solange der Radikalismus eines Hugenberg —, will sagen: sobald der Opportunismus eines Westarp —, ich, der Erfüllungs-Joseph von Genua, bin der würdige Nachfolger Stresemanns im Auswärtigen, aber nur, wenn die Dawes-Brüder in Schwarz-weiß-rot auch das coffeinfreie Haag-Gesöff in Kauf nehmen wollen. Denn ohne die Erledigung der Kriegsschuldenfrage, die nichts zu tun hat mit der Kriegsschuldfrage, ist der Abschluß des Reichskonkordats, das einen ultramontanen Reichsaußenminister erheischt, und die Durchführung des Keudell-schen Schulgesetzes in konservativ verbesserter Form nicht aussichtsreich genug.

Konservative Politik auf dem Boden der Republik! das ist die Forderung des Herrn Dr. Cremer. Deutsche Front nennt Herr v. Kardorff die faschistische Koalition mit außenpolitischer Stresemann-Taktik. Das Zentrum ist mit von der Partie und die Sozialdemokraten dürfen der blanken Wirtschaftsdiktatur noch solange vorarbeiten, bis sie die Finanz- und Steuerreform nach den Wünschen des Großkapitals unter Fach gebracht haben. Dann können sie sich in Muße der Trauer um den großen Staatsmann Stresemann hingeben, der sie zeit lebens wie einen Apportierhund hergepiffen und wieder weggetreten hat, können seine Büste zu denen ihrer

übrigen Heroen Ebert, Erzberger und Rathenau an der Siegelallee ihrer deutschen Front aufpflanzen und abwarten, ob sie endlich der von ihnen dick gepöppelte Faschismus oder das von ihnen tausendfach betrogene Proletariat mit dem Gnadenpuff des Ekels in die Grube der Verwesung stößt.

Volksbegehren

Das dritte „Volksbegehren“ in der deutschen Republik ist so komisch wie die beiden ersten. Als es sich um die Fürstenenteignung handelte, stellte man die Forderung zur Abstimmung, eine von der Revolution unterlassene Maßnahme auf dem Wege der Gesetzgebung nachzuholen und dem Staat, will heißen, der monopolisierten Ausbeutung, Güter zuzuschansen, die zuvor persönlich monopolisierten Ausbeutern gehört hatten. Das zweite Mal verlangte man ein Gesetz, nach dem eine bestimmte Waffengattung aus dem Bauplan der Wehrmacht ausscheiden sollte. Jetzt will man wieder ein Gesetz, durch das die kapitalistische Staatspolitik gezwungen werden soll, sich in der Richtung bestimmter nationaler Parteiwünsche zu bewegen. In allen drei Fällen ging es nicht um eindeutige Massenforderungen, die sich im Gegensatz zu den Absichten der Obrigkeit durchsetzen wollten, sondern um ziemlich nebelhafte Äußerungen sehr begründeter Unzufriedenheit; in keinem Fall fanden die Verfasser den sprachlichen Satzbau, der dem Willen aller der Menschen entsprechen hätte, die ohne Atemnot Ja hätten sagen mögen. Uebrigens bot die Fassung aller drei Volksbegehrens-Vorlagen der jeweiligen Regierung die Möglichkeit, durch Auslegungskünste zu behaupten, das geforderte Gesetz würde eine Aenderung der Verfassung in sich schließen, und da unsere gerühmte Weimarer Verfassung schon alle die Vorzüge hat, die Herr Schober seinen österreichischen Volksgenossen zwecks Einführung faschistischer Regierungsmethoden in seiner Verfassung erst bescheren will, gelang es ihr jedesmal, die ganze Stimmzählerei zu einer reinen Hanswurstiade zu machen. Die zu einem positiven Ergebnis solcher Art erforderlichen 20 Millionen Stimmen sind selbstverständlich unter keinen Umständen zusammen zu bringen, wenn es sich nicht gerade um ein von der Staatsmacht gefördertes Kriegsbegehren handeln sollte. Merkwürdigerweise begeisterten sich bei allen drei Versuchen, die Massen zu Kraftproben durch Zahlenüberlegenheit zu sammeln, am meisten solche Parteien und Gruppen, die sonst von der Auszählungsdemokratie am wenigsten halten, und sah man 1926 anarchistische und syndikalistische Jugendgenossen feurig bewegt, die Fürstenschlösser in Staatsbesitz zu überführen, so sieht man jetzt die antidemokratische deutsche Männerfaust der Nationalsozialisten brünstig um den Federhalter geballt, der ihr Ja! zu dem Bekenntnis festlegen soll, daß eine Angelegenheit der Macht durch öde Paragraphen geregelt werden müsse.

Ich kann mir wohl denken, daß ich einmal meine Stimme für ein Volksbegehren abgeben würde, obwohl ich bis jetzt in meinem ganzen Leben noch niemals von meinem heiligsten Recht, eine Majorität unter den Staatsbürgern erzielen zu helfen, Gebrauch gemacht habe. Wenn z. B. die Forderung hieße: Der § 218 des Strafgesetzbuches wird gestrichen!, so würde ich diese Möglichkeit benutzen, dem Staat mit seinen eigenen

demokratischen Mitteln die Erlaubnis zu der ruchlosesten Vergewaltigung wehrloser armer Frauen zu nehmen. Aber in Deutschland wird man nie einen einfachen Weg gehen, wenn irgendwo ein komplizierter zu finden ist.

Die Republikaner des Landes und mit ihnen alle ruhigen Kaufleute, die wissen, daß der Young-Plan ein internationales Abkommen ist, das den deutschen Arbeiter allein belastet, wenn der deutsche Kapitalist sozialdemokratische Nachtwächter bestellt hat, erregen sich über die Maßen, daß die Herren Hugenberg, Seldte und Hitler die Unterzeichnung derartiger Verträge deswegen als Landesverrat behandelt wissen wollen, weil sie sich oder doch ihrem Anhang einzureden suchen, der Kapitalist müßte selber zahlen. Die Regierung, deren Mitglieder bei Annahme des Gesetzes in der Tat bedroht wären, schreit infolgedessen unter Aufwand aller Stimmittel gegen die Volksbegehrer. Das ist einmal die Art von Regierern, daß sie so tun, als wären sie bloße Diener des Volkes, aber im entscheidenden Augenblick diesem Volke die Soße, die sie ihm servieren sollen, über die Hose gießen. Aber kraß ist, daß die Herren jetzt einfach ihren Beamten verbieten, ihrem Willen, daß die Minister gefälligst ins Zuchthaus sollen, den gesetzlich garantierten Ausdruck zu geben. Hätte man 1918 getan, was jeder Arbeiter verlangt hat, die Aemter des alten Staates ausgehoben, dann brauchte man keine Furohr zu haben, daß die neue Bürokratie gegen das bestehende System sein könnte. Die Nutznießer der Revolution haben aber alle Ansprüche des Proletariats gerade dadurch erstickt, daß sie die wüsteste monarchistische Reaktion bevollmächtigten, ihre alte Macht mit den alten Mitteln anzuwenden. Jetzt, wo das einmal gegen das eigene liebe Wohl ausschlägt, werden den treuen Beamten, die die Republik zur kaiserlichsten der Welt gemacht haben, mit einem Male die staatsbürgerlichen Rechte entzogen, die sie in Betreuung haben. Wo steht denn, daß die Beamten deswegen, weil sie ihre königstreue Ueberzeugung der republikanischen Arbeiterknechtung zur Verfügung gestellt haben, ihrer bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gegangen sind? Die disziplinarische Verfolgung der Beamten, die sich für das Volksbegehren eintragen, ist eine Selbstentblößung des Staates, wie wir sie uns nicht besser wünschen können: Demokratie so lange, wie ihre Nutznießer keinen Schaden davon haben. Die Monarchie hat sich von vornherein mit monarchistischen Sachwaltern umgeben, hat denen so viele und so wenig Rechte gegeben, wie sie es für nützlich hielt, hat aber auch nicht so getan, als ob sie eine freiheitliche Musterküche wäre. Die Demokratie aber, hat sich mit monarchistischen Sachwaltern umgeben und denen dabei gesagt, solche Duldsamkeit liege im Wesen der Demokratie begründet. Jetzt, wo die Monarchisten sie ins Zuchthaus stecken wollen, ist es mit der Duldsamkeit plötzlich vorbei. Da möge man nicht triumphieren, weil die Eintragungslisten sich nicht recht füllen wollen. In dem Beamtenstaat, in dem wir leben, ist der Ausfall der Stimmen, die unter Hungerandrohung von der Ausübung des Eintragsrechtes ferngehalten werden, außerordentlich groß. Diese Beamten verzichten deswegen, weil man sie ihren Wunsch nicht öffentlich aussprechen läßt, noch lange nicht auf das Begehren, der regierenden Trauergemeinde um Stresemanns Bahre im Zuchthaus faschistische Disziplin beizubringen. Da der Faschismus dank unserer republikanischen Staatsdemokraten alle Anwartschaft hat, sehr bald nach seinem Belieben zu handeln, hat gerade der angeblich unsinnigste Paragraph des Volksbegehrens, der die Garanten des Tributplanes als Landesverräter der Rache der Justiz ausliefern will, auch ohne Aufbringung der nötigen Unterschriften die größte Aussicht, einmal angewandtes

Recht zu werden. Dann werden sich die Regierungsbonzen ebenso wie die abstimmungsföhlichen Hakenkreuzler überzeugen, daß nicht Zählen, sondern Handeln Tatsachen schafft.

Ferrers Tod

Am 13. Oktober 1909 fiel der große anarchistische Pädagoge Francesco Ferrer auf dem Sandhaufen zu Monjuich unter den Schüssen der von Pfaffen geladenen Flinten. Zum ersten Jahrestage 1910 veröffentlichte ich in Landauers „Sozialist“ die Gedenkworte, die ich, leicht gekürzt, hier wieder abdrucke. E. M.

Dies ist der Tag, wo wir in ernstem Schweigen
Und ernsten Sinnens voll die Häupter neigen.
Durch das Gedächtnis läuft ein blutiger Schauer.
Dies ist der Tag des Zorns, der Scham, der Trauer

Nacht lag auf Spanien, dumpfe schwarze Nacht.
Hohl schlugen in der Finsternis die Herzen.
Wer Licht begehrt', dem gab man dunstige Kerzen,
Zum Sonnentage aber stieg kein Schacht.
Durch öde Hallen fuhr scheinheiliges Heulen
Und schaurig klappte Flügelschlag von Eulen.
Da rief die Stimme eines Mannes laut, —
Und wie gepackt von stürmenden Gewittern
Fühlt' man die Gruft in ihrem Grund erzittern —:
Folgt mir! Ich führ' euch, wo ihr Leben schaut!
Eh' euerm Geist die letzte Schwinge bricht,
Folgt mir! Heraus zum Tag!, zur Luft!, zum Licht!

Und Ferrer fand den Weg und drängte vor.
Schon rüttelt' stark er an der Freiheitspforte.
Aus neuen Schulen klangen neue Worte
Hell durch die Nacht in hoffnungsvollem Chor. — —
Da schrie ein Uhu. Nachtgespenster piffen,
Und Pfaffenfäuste haben zugegriffen

Und Ferrer fiel. Doch als die Salve kracht',
Da sprühten aus den Flintenhähnen Funken,
Die, wo des Lehrers Körper hingesunken,
In hellem Glanz erleuchteten die Nacht.
Da sah die Welt in schreckensvollem Grausen

Die Gräfte, wo die spanischen Pfaffen hausen.
 Millionenfach dröhnt ein Empörungsschrei
 Und überdröhnt die Pfaffenlitanei. —
 Fort mit der Finsternis, laßt Sonne ein!
 Das Volk steht auf, geführt von Ferrers Manen.
 Nachtenten gleich entrauschen die Soutanen, —
 Und Spanien wird ein Land des Lichtes sein!

Arno Holz

Keiner der neueren Dichter war und ist mehr umstritten als Arno Holz. Eine große Gemeinde betrauert seinen Tod als den Abschluß eines Werkes, das in mächtiger Höhe diese Zeit übertragen wird. Andere beurteilen dieses Lebenswerk nicht viel günstiger als eine artistische Kuriosität häufig wechselnder Launen und Einfälle und betrachten den Tod des Dichters als den bloßen Anlaß, einen Denkstein zu setzen, wo längst Begrabenes ruht. Ohne Zweifel sind beide Urteile bei all ihrer Gegensätzlichkeit im dichterischen und menschlichen Charakter dieser höchst eigenartigen kulturellen Erscheinung begründet. Holz trat zu einer Zeit heftiger Gärung als ausgesprochener Kämpfer vor die literarische Öffentlichkeit. Sein „Buch der Zeit“ entdeckte vor 40 Jahren die sozial gesehene Großstadt als Objekt lyrischer Gestaltung. Hier tönnten revolutionäre Anklagen gegen Elend und Unrecht, hier wurde gesellschaftlich Partei genommen, festgelegt, von wo aus die Welt gesinnungsmäßig anzupacken sei. Dann aber schlug der revolutionäre Drang auf die Art zu dichten um. Der revolutionäre Dichter verwandelte sich in den Dichter revolutionärer Literaturtheorie. Mit Johannes Schlaf gemeinsam wurde der Naturalismus erdacht, geschaffen und mit großem Können dichterisch vorgeführt. Hauptmann war der Schüler von Holz und Schlaf. — „Die Kunst hat die Aufgabe, wieder Natur, nichts als Natur zu werden!“ Dieser Holzsche Satz gab einer ganzen Literaturperiode Inhalt — und überlebte sich, weil er eine Verkennung des Kunstbegriffes bedeutet, in einem Jahrzehnt. Da ging Arno Holz daran, die literarische Form zu revolutionieren, schuf die Phantasusform, den um eine Mittelachse gruppierten Vers, den er meisterhaft beherrschte, erging sich voll Bosheit, Kampflust, nie ermüdendem Angriff in alten barocken Formen der Lyrik und in ausgezeichneten Parodien. Das ganze Werk, das er hinterläßt, ist Beispiel revolutionärer Dichtart und so auch gewollt. Arno Holz war Dichter in einer revolutionären Werkstatt. Hier liegt seine Größe, die den Begeisterten in vielem recht gibt, hier auch seine Schwäche und Antiquiertheit. Sein Name wird leben bleiben und Kampf bedeuten.

Wilder Streik

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin, kann den Ruhm für sich beanspruchen, die erste freigewerkschaftliche Organisation zu sein, die sich offen zu den Aufgaben bekennt, die die staatsfromm gewordenen Sozialdemokraten als Gewerkschaftsarbeit geleistet sehen wollen: Verhinderung jedes Kampfes der Arbeiter um anständige Lebensbedingungen, wirtschaftsfriedliche Verständigung mit den Unternehmern unter dem Gesichtspunkt guter Profitsicherung für's Kapital, nötigenfalls Sabotage ausgebrochener Streikbewegungen durch Vermittlung von Streikbrechern und Anrufung staatlicher Gewalt gegen die Organisatoren proletarischer Wirtschaftskämpfe. Urich, der Ortsleiter des Verbandes, beantwortete bestimmte Lohnforderungen der in der Mehrheit oppositionellen Rohrlegerbranche innerhalb der Gewerkschaft damit, daß er die Branchenkommission absetzte, eigenmächtig einen Rohrlegerausschuß ernannte und mit diesen Heloten gegen den Willen der betroffenen Arbeiter einen Tarifvertrag mit erheblichen Verschlechterungen gegen den früheren nach dem Willen der Unternehmer abschloß. Als darauf die Branchekollegen unter dem Namen „Vereinigung der Rohrleger und Helfer“ einen eigenen Verband bildeten, der die Nichtanerkennung des Urichschen Vertrages und den Streik beschloß, beschlossen die Unternehmer die Aussperrung für alle, die sich nicht durch Unterschrift zur Anerkennung des neuen Tarifs verpflichteten. Der Streik begann am 26. August, die Aussperrung am 2. September. Der DMV. der Vorwärts und mit ihnen natürlich der Verband Berliner Baugeschäfte und der Verband Berliner Metallindustrieller plärren seitdem um die Wette gegen den „wilden Streik“ und überbieten einander in der Anwerbung unsolidarischer Leute als Streikbrecher. Die Polizei des Zörgiebel steht schwerbewaffnet zum Schutz der „Arbeitswilligen“ gegen diejenigen bereit, die ihren Kindern gern ein Stückchen Brot mehr verdienen möchten, als die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Zutreiber für nötig halten. Jetzt ist der Gipfel ausdenkbarer Niedertracht erklommen. Die hohe Polizei hat die gesamte Streikleitung der Rohrleger angeblich wegen Aufforderung zu Gesetzwidrigkeiten verhaftet und der Vorwärts applaudiert dazu. Selbstverständlich weiß jeder, daß der Zörgiebel, der sich ja auch im Mai darauf berief, daß er beim Anrichten des Blutbades alles in dauernder Beratung mit den Gewerkschaften getan habe, auch die neueste Schändtat nicht ohne Zustimmung des Urich und des dazu gehörigen Geschmeißes unternommen hat, wahrscheinlich sogar erst auf deren Anregung. Man kann nun nur hoffen, daß der Kampf der oppositionellen Rohrleger, der wie selten einer von der Sympathie des Berliner Proletariats begleitet wird, zu einem halbwegs günstigen Abschluß geführt werden kann. Die revolutionären Arbeiter aber mögen aus dem Vorgang lernen.

daß für sie in den Zentralverbänden kein Raum mehr ist, und daß mit Aussicht auf Erfolg nur noch Arbeiterkämpfe durchgeführt werden können, die die schwarz-rot-gelbe Bonzenwirtschaft als wilde Streiks verlästert.

Die eiserne Ferse

Die gemeine Justizkomödie von Gastonia ist unter Beistand der lynchfreudigen Kukluxklan-Banditen zu dem Abschluß gelangt, mit dem sich der amerikanische Faschismus angesichts der Erregung des Proletariats der ganzen Erde für diesmal begnügen will: 7 Angeklagte wurden zu Strafen von 12 bis zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt in einem Prozeß, in dem der Syndikus des Textilkonzerns, Rechtsanwalt John G. Carpenter, der persönlich einen der Ueberfälle geleitet hatte, als Staatsanwalt auftrat. Nach der Gerichtsverhandlung in Charlotte, bei der die sorgfältig gesiebten Geschworenen plötzlich doch noch nicht sicher genug schienen, um eine Verurteilung zu verbürgen, und die dann durch den glücklichen Umstand abgebrochen werden konnte, daß ein Geschworener einen Tobsuchtsanfall bekam — „es ist ein göttlicher Eingriff“, sagte Richter Barnhill —, nach der mißglückten ersten Verhandlung mußte neue Regiearbeit getan werden, um die Ladenbesitzer der Provinz gegen die Arbeiter in Wut zu setzen. Man entließ ohne weiteres 9 der Angeklagten und beschränkte sich auf die Vernichtung von 7 am Streik Beteiligten, wobei man nicht mehr Mord, sondern Totschlag annahm. Um aber zu zeigen, was für schlechte Kerle die Arbeiter seien, wurde eine neue Unternehmung der „Schwarzen Hundert“ gegen die Gewerkschaftsräume und die Proviantlager der Arbeiterhilfe durchgeführt. Es wurde wüst geplündert und zerstört, und drei Gewerkschaftsführer, die die Bande schon an Bäumen aufknüpfen wollte, konnten gerade noch durch das Eingreifen von Arbeitern, Farmern und Jägern gerettet werden. Dagegen fiel die Genossin Ella May Wiggins, Mutter von fünf Kindern, eine Arbeiterdichterin, die der „Singvogel von Gastonia“ genannt wurde, weil sie ihre Streikballaden bei Versammlungen vorzusingen pflegte, den gedungenen Mördern der Unternehmer zum Opfer. Sie wurde von einem mit Arbeitern besetzten Lastwagen heruntergeschossen. Natürlich wurden die neuen Verbrechen der Faschisten wieder in Gewalttaten der Arbeiter umgelogen und so das tolle Urteil ermöglicht. Wenn das Proletariat einmal überall seine Pflicht im eigenen Lande erkennt, dann werden die jetzt verurteilten amerikanischen Genossen nicht lange auf ihre Befreiung warten müssen. Die eiserne Ferse des Kapitals wagt nur das mit aller Härte niederzutreten, was sie wehrlos und von aller Hilfe verlassen glaubt. Aber nicht Deputationen an die diplomatischen Vertreter der eisernen Ferse Amerikas im Ausland schaffen Hilfe, sondern Kampf gegen den Faschismus im nächsten

Umkreis. Zeigt, wo ihr selber seid, daß ihr nicht unter jeder Bedingung willens seid, den Huf zu nageln, der eurer Kinder Zukunft zertrampelt, und die eiserne Ferse wird in aller Welt fühlen, daß sie zu lähmen ist.

Klarstellung

Die Zuspitzung der dem Faschismus entgegendrängenden Verhältnisse in Oesterreich mit der Uebernahme der Regierungsgewalt durch den Wiener Noske Schober konnte in diesem Heft nicht mehr eingehend gewürdigt werden. Doch haben die Ausführungen des Gen. L. Krafft in der vorigen Nummer eine Kontroverse hervorgerufen, zu der sich Gen. Krafft folgendermaßen äußert:

Mein Artikel im letzten FANAL über den immer drohender werdenden Faschismus in Oesterreich hatte eine Zuschrift der Freien Arbeiter-Union (Anarcho-Syndikalisten) zur Folge, in der wohl anerkannt wurde, daß der Artikel „ziemlich sachgemäß die österreichischen Zustände schilderte“, nur wäre, wie es weiter heißt, der Passus über die Redisch-Gruppe nicht richtig. Ich überschätze den Einfluß dieser „kleinen Propaganda- und Agitationsgruppe, die nicht in der Lage sei, den bereits festgewurzeltten Faschismus wirklich aufzuhellen oder zu beseitigen“. Nun liegt hier ganz offensichtlich ein Mißverständnis vor; es war mir ferne zu behaupten, daß es der F. A. U. Oe. möglich sei, dem österreichischen Heimwehrfaschismus allein erfolgreich entgegenzutreten, vielmehr war es mir darum zu tun, den reichsdeutschen Genossen vom Vorhandensein einer anarchistischen Gruppe Kenntnis zu geben, die nicht dem Großmann-Ramus Erkenntnis und Befreiung verdankt und daher der faschistischen Gefahr gegenüber eine wesentlich andere Einstellung hat. Schon die Tatsache, sich nicht überschätzt wissen zu wollen, unterscheidet die F. A. U. Oe. wohltaend vom „Bund herrschaftsloser Sozialisten Oesterreichs“, der laut Angabe seines Klosterneuburger Nutznießers im ersten Jahrgang der „Internationale“ 5000 Mitglieder umfassen soll, während er in Wirklichkeit keine 500 hat. Wenn die in der F. A. U. Oe. organisierte Redisch-Gruppe vor einigen Monaten mit zwei Vertretern am Antifaschistenkongreß in St. Pölten teilgenommen hat und einmütig mit Kommunisten und parteilosen Proletariern über Abwehrmaßnahmen beriet, so kann man mit Recht von ihr behaupten, daß sie im Ernstfalle „nicht die Flinte ins Korn werfen“ wird. Uebrigens hat auch Genosse Edmund Redisch jüngst in seinem Prozeß zugegeben (s. Nebelhorn, Nr. 62/63, 1929), er sei derzeit nicht aus Prinzip, sondern nur aus taktischen Gründen Gegner von militärischen revolutionären Mitteln. Der erfreuliche Wesensunterschied zwischen österreichischen Syndikalisten und „Gewaltlosen“ ist vorhanden und ein angriffslustiger Faschismus wird ihn immerhin zu sehen bekommen. Je mehr, desto besser!

L. Krafft - Wien.

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Zusammenkunft

regelmäßig Donnerstags im Lokal
Köhler, Neukölln, Zieithenstr. 64



Am **7. November**

spricht Gen. **Berthold Cahn** über
„**Materie und Geist**“ und als
Fortsetzung

am **14. November**

über „**Soziologie d. Denkens**“.

Das Erscheinen aller Kameraden wird erwartet!

ALBERT DAENENS

Revolutionäre Linoleumschnitte

Mappe mit zwanzig Blättern Mk. 3,50
zu beziehen durch die Geschäftsstelle des FANAL.

ALBERT DAENENS, flamischer Anarchist, ist ein hervorragender Künstler. Seine Zeichnungen, die er als „Pamphlet-Linos“ bezeichnet, sind schneidende Anklagen gegen Kapitalismus, Militarismus, bürgerliche Heuchelei, Faschismus, Pfaffentum und Unkultur. Die Mappe, die in Brüssel erschienen ist und der begleitende Erklärungen in französischer, holländischer, deutscher und englischer Sprache beigegeben sind, ist ein hochwertiges revolutionäres Kunstwerk. Der Verkaufspreis (20 Franken=3,50 Mk) kann als außerordentlich billig bezeichnet werden. E. M.

Dreimal beschlagnahmt

wurde das Buch des Freiheitsdichters

Bruno Vogel: Es lebe der Krieg!

Das Buch erlebte, wenn auch zensiert, viele Auflagen • Jetzt tritt der Dichter mit einem neuen Werk an die Öffentlichkeit •

Alf, Eine Skizze

(Die Geschichte einer Jugend)

Der erste Roman von Bruno Vogel ♦ Bedeutende Autoren, denen das Werk im Manuskript vorlag, äußern sich begeistert über diesen Roman ♦ Darum wird dieses Werk eine **SENSATION auf dem Büchermarkt** werden ♦ Krieg, Erziehung, Elternhaus, Geschlechtsnot werden in offener, künstlerisch vollendeter Form in diesem Buch gestaltet

350 Seiten stark, in Ganzleinen gebunden Künstlerischer Einbandentwurf des Graphikers Will Faber

Preis 6.- RM

Das Buch ist erhältlich in jeder guten Buchhandlung, durch den FANAL-VERLAG oder direkt vom

„ASY-Verlag“, Berlin O 34

Warschauer Straße 62

Postscheckkonto: WIII Jadau 741 52

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Kommunalpolitik — Anarchismus und Bauertum (von Hans Mann) — Strafrecht
— Deutsche Front — Volksbegehren — Ferrers Tod (Gedicht) — Arno Holz —
Wilder Streik — Die eiserne Ferse — Klarstellung

NR. 2

**PREIS
40 Pfg.,
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

NOVEMBER 1929

Kind und Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York
(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“



Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des FANAL. Abonnenten des FANAL erhalten durch diese auf Wunsch Zahlungserleichterung

Sieben gelangte zur Ausgabe die 12. bis 17. Auflage des Romans

LIEBE

von HELENE STÖCKER

Ladenpreis RM. 6.50 in Ganzleinen geb.

Der Kampf zwischen dem Persönlichkeitsbewußtsein der Frau und dem elementaren Triebe wird mit leidenschaftlicher Anteilnahme und mit genialer Einfühlung dargestellt. Eine einzigartige Erscheinung in der modern. Literatur. *Berl. Morgenzeitg.*

Eine wertvolle, unsere Kenntnisse der verborgenen Beziehungen zwischen Körper und Willen, zwischen Liebe und Leben des Weibes tief bereichernde Tat. *Berl. Volkszeitung*

. . . gehört zu den großen Merkwürdigkeiten der Literatur.

Das freie Volk

Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnesglut mit jener hohen Sittlichkeit, die es als unmöglich empfindet, den Mann nicht mehr zu lieben, an dem die Liebende zum Weibe und Menschen gereift ist.

Literarisches Echo

EROTIK UND ALTRUISMUS

von Helene Stöcker

Brochüriert RM. 1.—

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrheitigkeit beinahe unerreicht da. *Die schaffende Frau*

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den

Verlag
der Neuen
Generation,
Berlin
Nikolassee



VERKÖRDER UND VERWIRKLICHER

von Helene Stöcker

Preis geb. RM. 3.—, kart. RM. 2.—

Beiträge zum Gewaltproblem nebst einem zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlichten Briefe Tolstofs.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 2

November 1929

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörrläuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Kommunalpolitik

Ausmisten! Das ist die Losung, unter der die Parteikommunisten ihre Scharen zum Sammeln rufen, um am 17. November die Stadt- und Gemeindeparlamente in Preußen und anderorts zu revolutionären Körperschaften zurecht wählen zu lassen. Es ist noch nicht vollkommen sicher, ob an diesem Tage die anberaumten Wahlen überall stattfinden werden; für Groß-Berlin wenigstens wird die Absicht der Parteien, welche durch die Sklarek-Angelegenheit vor allen bloßgestellt scheinen, um der Schieber willen den Stichtag zu verschieben, so entschieden abgestritten, daß an solcher Absicht kaum mehr wird gezweifelt werden können. Gelingt den Sozial- und Kommerzialdemokraten der Plan, mit dem bewährten Mittel der Gedächtniseinschläferung die geeignete Wahlstimmung schwarzrotgoldiger Gemütsebbe wieder herzustellen, das zur Zeit in hohen Wogen schäumende Bett der öffentlichen Meinung also während listig gewonnener Zeit gewissermaßen zu sklarektifizieren, so wird man ein paar Monate später hoffen dürfen, ungeschwächt von den Jagdstrapazen und Gratismahlzeiten der verflossenen Wahlperiode, in stattlicher Anzahl, zwar ohne den Schneider, aber mit den Pelzen der fröhlichen Brüder im Rathaus weiter regieren zu können. Geht jedoch die große Volksabrechnung pünktlich vor sich, dann wird es gräßlich tagen, und statt der Wahrer von Ruhe, Ordnung und Sicherheit werden Umstürzer und Neuerer nebst den Befreiern Deutschlands von Zinsknechtschaft und Judentücke die Mehrheit bilden, die unter schaurigen wechselseitigen Verwünschungen bestimmen wird, welche Straßenbahnlinien den Verkehr verbessern und was für Ausschankbewilligungen dem Massendurst gerecht werden sollen. Den Stimmzettel zur Hand — und ausmisten!

Es wäre töricht zu leugnen, daß die Tätigkeit der Stadtparlamente und der Gemeindebehörden allgemein viel nützlichere und dringlichere Aufgaben umfaßt als die der Länder- und gar der Reichsparlamente. Gerade die Angelegenheiten der Verkehrs-, Beleuchtungs-, Kanalisations- oder Bebauungspolitik gehen jeden an, und es widerspräche grundsätzlich keineswegs der anarchistischen Gesellschaftslehre, wenn unsere Genossen auf die Gestaltung des öffentlichen Wohnungs-, Versorgungs-, Erziehungswesens und ähnlicher unmittelbar in das Einzelbedürfnis und in das Zusammenleben der Menschen eingreifender Dinge Einfluß zu nehmen versuchten. Es ist nicht gleichgültig, ob der städtische Gesundheitsdienst, ob die Rettungseinrichtungen für Unglücksfälle, die Be- und Entwässerungsanlagen zweckmäßig oder schädlich wirken; es ist nicht gleichgültig, welchen Lehrplänen und Lehrmethoden unsere Kinder in den Schulen unterworfen werden; es ist nicht gleichgültig, ob bequeme oder unbequeme Beförderungsmöglichkeiten innerhalb der Städte und nach außerhalb bestehen. Alles dies und noch vieles mehr ist wesentlich auch schon im kapitalistischen Wirtschaftsverfahren, aus dem der Einzelne nicht ausbrechen kann, in dem er atmen und wohnen, essen und sich bewegen muß, bis die Sturmglöcke ertönt, bis die soziale Revolution bestimmt, welcher Lebensordnung der Menschen die Regelung des Notwendigen zugute kommen wird.

Dennoch muß gesagt werden, daß die Beteiligung an den Kommunalwahlen die Anerkennung der bestehenden scheidemokratischen Verhältnisse bedeutet und, von Anarchisten befolgt, die Preisgabe ihrer staatsfeindlichen Gesamthaltung in sich schliesse. Man kann sich nämlich der Verbesserung der mit den Nachbarn, den Landsleuten und den Mitfahrenden im Omnibus gemeinsamen Angelegenheiten auch annehmen, ohne Magistratsräte zu wählen oder Magistratsrat zu sein. Hier gilt dasselbe, was für alle gesellschaftlichen Beziehungen gilt, daß Förderliches nur da geschieht, wo die Verbindung der unmittelbar Beteiligten das Förderliche tut oder erzwingt. Da es sich bei den rein kommunalen Fragen erst bei der Vergebung und Ausführung schaffender Arbeit um Austragung von Klassengegensätzen handelt, so wäre die Mitwirkung von Anarchisten an Mieterverbänden, Gesellschaften zur Vermehrung der Grünanlagen, Klubs gegen Lärm und Gestank und anderen Vereinigungen, die sich die Erhöhung des eigenen Wohlbehagens durch Zusammenschluß mit gleichermaßen Bewegten zur Aufgabe setzen, so wenig zu beanstanden wie die Mitgliedschaft bei Tierschutzvereinen, Lesezirkeln oder Feuerversicherungen. Bezirksvereine sind ohne Zweifel kleinbürgerliche Gebilde; wird aber ihr Geist von freiheitlichen Menschen entschieden, so brauchen sie deswegen noch lange keine

spießbürgerlichen Schwatzanstalten betulicher Kannegießer zu sein. Die Kleinbürgerlichkeit, die aus Mißtrauen gegen Behörden, Beamte und Bevollmächtigte aller Art die öffentliche Werkelei unter die eigene Kontrolle stellt, die beobachtet, bemängelt, anregt, fordert und gelegentlich selbst eingreift, ist erheblich revolutionärer als die blanke Bürgerlichkeit, die nach Posten, Aemtern und geschützten Vollmachten strebt. Denn man kann nicht zugleich Revolutionär, Sozialist, Kommunist oder Anarchist und Würdenträger gleich welcher Sorte in der kapitalistischen Gesellschaft sein. James Guillaume urteilte, nachdem Krapotkin 1873 unter dem Einfluß von Paul Brousse die Abgabe von Stimmzetteln zu den Gemeindewahlen im Jura den Anarchisten empfohlen hatte, vollkommen richtig, wenn er meinte: „Das Kämpchen des Gemeinderats, Staatsrats oder Bundesrats, auf das Haupt des gescheitesten und aufrichtigsten Sozialisten gesetzt, ist ein Kerzenauslöscher, der sofort die revolutionäre Flamme erstickt.“ Paul Brousse selber, der beharrlich die Gemeindetätigkeit der Anarchisten befürwortet hatte, in denen man „ein Experimentierfeld für unsere Ideen finden“ würde, versackte im Sumpfe dieses Experimentierfeldes. Er ließ sich in den Pariser Munizipalrat wählen, nahm das städtische Kleinleben, da es ihm als Arzt auf hygienischem Gebiet Anregung bot, ernst und hatte nach Krapotkins Aeüßerung schon 1878 von der Revolution genug. „Gemeinderäte brauchen Wähler, Wähler wollen Erfolge sehen“, meint Max Nettlau zu Brousses Werdegang. („Der Anarchismus von Proudhon zu Krapotkin“, 1927. Wann wird der Verlag „Der Syndikalist“ endlich ein alphabetisches Sach- und Namensverzeichnis zu diesem wichtigen Materialwerk erscheinen lassen? Das hervorragende Buch ist ohne bequemen Inhaltsnachweis fast unbenutzbar.)

Nein, es ist ganz und gar verkehrt, die Gemeindeparlamente, wie sie heute sind, für Versuchsgrundlagen anarchistischer Verwaltungskünste zu halten. Die Anarchisten oder Syndikalisten, die jetzt wieder da beginnen wollten, wo Krapotkin und Schwitzguébel nach ihrem einzigen völlig mißlungenen Anlauf vor 56 Jahren aufhörten, kämen genau dahin, wo die Parteikommunisten sind und müßten ihnen weiterhin folgen, wohin sie notwendigerweise die Spuren der Sozialdemokraten leiten werden. Es ist doch einfach parteipolitische Demagogie, wenn die KPD. in ihren Wahlaufrufen Besserung der sozialen Notlage verspricht, sofern man nur ihre Listen in den Zähltopf wirft, Beseitigung der Korruption im öffentlichen Betriebe vom Ausfall der Auszählerei abhängig erscheinen läßt und, in Versammlungen von antiparlamentarischen Revolutionären zur Rede gestellt, versichert, daß sie selbstverständlich die Abhängigkeit der Verwaltungsmoral von den wirtschaftlichen Verhältnissen genau kenne und

sich, frei von aller Illusionsmacherei, an den Wahlen nur beteilige, um eben die Korruption als Bestandteil der ökonomischen Gesamtlage und die SPD. als sichtbarsten Ausdruck des Verfalls der kapitalistischen Gesellschaft in Sittenverderbnis und Gesinnungskäuflichkeit bloßzustellen. Eine Zusammenstellung ihrer Anträge in den Kommunal- und Munizipalkörperschaften würde, verbunden mit einer Aufzählung ihrer Zustimmungen zu Anträgen anderer Parteien, klar ergeben, daß sie durchaus keine agitatorische Entlarvungspolitik treiben, sondern ebenso wie in Reichstag und Landtagen auch in den Gemeinden gesetzliche Reformarbeit innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen leisten. Andernfalls wäre ihre Konkurrenz bei der Besetzung besoldeter städtischer Aemter gänzlich sinnlos, und schließlich haben die Degner und Gäbel die Möglichkeit, aus ihrer öffentlichen Tätigkeit private Vorteile zu ziehen, doch wodurch erlangt, daß ihre Partei sie nicht zum Entlarven sondern zum Mitwirken im städtischen Dienst kraft Fraktionsstärke in ihre Stellungen befördert hat.

Ausmisten? Die Parteikommunisten haben ihre bedreckten Funktionäre mit anerkannter Schnelligkeit aus ihren Reihen entfernt, was die Sozialdemokraten nicht getan haben. Einmal aber legt das Verhalten derselben Partei im Falle Wittorf-Thälmann den Verdacht nahe, daß das Ausmisten im eigenen Stall nicht allein einem in jeder Lage unwiderstehlichen Reinlichkeitsbedürfnis zuzuschreiben ist, sondern daß diesmal die Nähe der kommunalen Neuwahlen den Drang befeuert hat, sich einmal am öffentlichen Badeplatz Hals und Ohren zu waschen; und ferner ist nicht abzusehen, welche Bürgerschaften für eine Ausmistung denn eigentlich dadurch geschaffen werden, daß Magistrat und Stadtverordnetenversammlung von möglichst vielen parteikommunistischen Vertretern bevölkert wären. Lenin, der doch sonst in allem unfehlbare Autorität der Marx-Kommunisten ist, hat an Dutzenden Stellen seiner Schriften ausgedrückt, daß die Verhältnisse das Verhalten bestimmen, daß der Apparat stärker ist als der Mensch, der ihn bedient, daß man insbesondere kapitalistische Einrichtungen nicht auf dem Wege ihrer Benutzung in sozialistische verwandeln kann. Diese Auffassung Lenins, aus der er leider in seinen Anweisungen zum taktischen Verhalten seiner Anhänger völlig widersprechende Folgerungen zog, deckt sich mit der anarchistischen Ueberzeugung, daß man einen Sumpf nicht austrocknen kann, indem man hineinsteigt. Wie denn nun? Man gibt uns Kenntnis von einer kommunistischen Kandidatenliste, welche nebst etlichen Berufsfunktionären der Partei auch viele Namen werktätiger Proletarier und Proletarierinnen aufweist. Aber waren uns nicht auf der Liste der vorigen Wahl die Namen

Degner und Gäbel als ebenso zuverlässige Sachwalter proletarischer Ansprüche empfohlen worden? Und waren denn die Gäbel und Degner nicht in der Tat, als sie zu den Würden städtischer Bevollmächtigter aufrückten, ebenso erfüllt von ihrer revolutionären Sendung wie alle die Neulinge, die jetzt im Büro des Parteivorstandes auf die Liste gereiht worden sind, mit der die Parteiwähler überrascht wurden und von der sie, ohne daran mitgewirkt zu haben, glauben, es sei die Liste ihrer eigenen unbeeinflussten Auslese? Was folgen wird, ist klar: gute, ehrliche Revolutionäre werden in dieselbe Versuchung geführt, der die Gäbel und Degner erlegen sind. Es brauchen nur wieder ein paar Brüder Sklarek oder ihresgleichen in die Erscheinung zu treten, gerissene Geschäftsleute mit gefälligen, den eben erst höher steigenden Arbeiter betörenden Umgangsformen, — ach, nachher ist es leicht, den abgleitenden und doch schließlich hineinfallenden armen Teufel, den der Glanz des Reichtums blendete und der sich, zuerst gar nicht merkend, daß er bestochen wird, den Mißbrauch seiner kärglichen Macht für ein Butterbrot mit Lachs abkaufen läßt, als Verräter anzuspucken. Nicht die Schieber und Spekulanten haben ihn zur Korruption verführt, sondern der Sitz am Kutschbock, die schöne Livree des Aufgerückten, die Beschäftigung mit den Obliegenheiten der kapitalistischen Stadtbetreuung, zu der seine Partei, die Partei der Revolution, des bedingungslosen Klassenkampfes, die einzige wahre Arbeiterpartei ihn vorgeschickt hat.

Geht doch zu mit eurer Entrüstung! Als die verelendeten Opfer der städtischen „Wohlfahrt“ euch den Dreck vorzeigten, den die Sklareks bei Riesengewinnen, die ihnen jeder nachrechnen konnte geliefert hatten, die unter den Fingern zerkrümelnden Hemden, die beim ersten Anziehen reißenden Anzüge, die aufblättern den Stiefelsohlen, da verlangt ihr Prüfung; und die Prüfung geschah durch eine Stadtväterkommission bei einem Besuch im Sklarekschen Warenlager. Jetzt beruft sich der Vertreter eurer Partei, der nicht Gäbel, nicht Degner war, darauf, daß er wie die sozialdemokratischen und bürgerlichen Kontrolleure sich von der Güte des Gezeigten überzeugt habe. Dieser Genosse war nicht bestochen, gewiß nicht. Aber er war seiner Klasse durch die Beteiligung am Munizipaldienst schon so weit entfremdet, daß ihn die Güte der dem Magistrat am Verkaufplatz vorgezeigten Kleidungsstücke Beweis genug dünkte für die Güte der Hosen, die den ausgesteuerten Arbeitslosen in Fetzen von den Beinen fielen. Warum ging er denn nicht in die Elendswohnungen und sah dort zu, womit man den Jammer überkleisterte? Die Parteikommunisten waren unter denen, die nach der Besichtigung des Lagers das Lieferungsmonopol der Sklareks ver-

längern halfen, — davon beißt keine Maus einen Faden ab. Jetzt heißt es: Ausmisten! Wie denn, wenn ihr nichts anderes wißt, als andre Genossen in dieselben Aemter zu setzen, in denen Degner und Gäbel zu Fall kamen?

Von den Schneider und Kohl, den Rosenthal und Böß ist kein Wort zu sagen. Sie geben ja nicht vor, ein korruptes System umstürzen zu wollen. Sind sie so tief in die Pfütze getreten, daß die Jauche unter das Publikum spritzt, dann genügt es, denen, die sich beschwert fühlen, eine billige Kleiderbürste zu reichen und nötigenfalls den Sünder für eine Weile in den Hausflur zurückzustellen. Das geht alles bald vorüber, man vergißt keine Aufträge mehr an monopolisierte Firmen und läßt sich in Zukunft von konkurrierenden Schiebern Schund andrehen. Warum dabei nicht geschmiert werden könnte, begreift nur der Eingeweihte; der staatsfromme Bürger ist zufrieden, daß doch etwas geschieht, daß die Stadtbankdirektoren in Zukunft anders heißen werden als bisher und daß Herr Oberbürgermeister Böß gemerkt hat, daß seine Pelzkäufe zu billig waren. Daß er sie trotzdem nahm und seine Familie damit zierte, verschlägt nichts gegen die Tatsache, daß er seinen Gönnern tausend Mark übergab — wir zahlen ihn ja gut —, damit sie ihre Wohltätigkeit über die Familie des Berliner Stadtoberhauptes hinweg auch noch an den Armen seines Herrschbezirks bewähren könnten. Vielleicht haben sie das Geld der Wohlfahrt zugewendet, die dann dafür Blätterteigsohlen bei den Sklareks bestellen konnte; bei einem Gellage in Waren oder Westend mochte es dann wieder in die Gurgeln der Stadtväter eingehen. Diese Dinge sind nur von Belang als Symptome des allgemeinen gesellschaftlichen Verfalls und als reizvolle Illustrationen der ohnehin bekannten Tatsache, daß dasselbe Inserat in der antisemitischen Wahrheit des öffentlichen Säuberers Bruhn, in den Zeitungen des deutschnationalen Pfarrers Wolff, der schwarzrotgoldigen Sippschaft aller demokratischen, klerikalen und sozialdemokratischen Schattierungen, des völkischen Honette und der blutigroten Wuchtigkeit im redaktionellen Teil die gleichen Wirkungen tut. Aber ausmisten wollen sie alle!

Laßt fahren dahin! Solange die Proletarier wählen gehen, — ganz egal, ob sie nationalsozialistische, schwarzweißbrote, schwarzrotgoldene oder kommunistische Bekenntnisse dabei ablegen, bejahen sie das demokratische System, das auf der Wählerei beruht, betätigen sie sich als konservative Bürger des Staates. Das ist nämlich das Geheimnis der riesigen Zahlenerfolge der Sozialdemokraten, daß sie gleichzeitig mit sozialen Begriffen hausieren und ihre Absicht, im bestehenden Gesellschaftsbetrieb positive Aufbauarbeit zu

leisten, nicht verschleiern. Im städtischen Verwaltungskreise geht das am allerbesten. Gemeinderäte brauchen Wähler; Wähler wollen Erfolge sehen! Wo sie nun Einfluß haben, lassen sie „Erfolge“ sehen. Da wird eine hübsche Badeanstalt eingerichtet, dort ein Spielplatz angelegt, hier wird ein Platz für Schrebergärten freigemacht und drüben eine Eheberatungsstelle aufmontiert. So wird dem kleinen Mann, der auf den Bourgeois schimpft, weil er selber keiner ist, immer von neuem etwas geboten, woran er seine bescheidene Freude haben kann, und kommt er wirklich einmal gelaufen und klagt, daß er kein Brot hat, so kann ihm doch sein Bonze zur Antwort geben: Habe ich dir nicht erst gestern einen Bonbon geschenkt? — Die Sklarek-Geschichte so kurz vor der Wahl ist peinlich, sicher; aber über ein paar Wochen ist alles vergessen und vergeben, die Brot und Gefährten sind wieder ehrenwerte Leute, und die Arbeiter lutschen ihre schwarzrotgoldenen bepinselten Bonbons so zufrieden und staatstreu wie zuvor.

Die Parteikommunisten wie die Nationalsozialisten beteiligen sich wie an den staatlichen Parlamenten so auch an den Gemeindevertretungen; sie gehören daher zu den demokratischen Staatserhaltern des Landes wie alle andern. Die Tätigkeit in den Stadträten der kapitalistischen Gesellschaft kann nur Tätigkeit für den Kapitalismus sein. Die Fragen der Bebauung, der Kanalisation, des Verkehrs, der Hygiene, der Schule, alle diese wichtigen Fragen können im gegenwärtigen Wirtschaftsverfahren nicht allein nach den Gesichtspunkten des Bedarfs geregelt werden. Ueberall spielen Spekulations-, Klassen-, staatliche Autoritäts- und kirchliche Interessen mit hinein. Die Wohnungsnot wird nicht nach Maßgabe der Bevölkerungsbedürfnisse behandelt, sondern nach finanziellen Erwägungen. Soll irgendwo Gelände von staats- oder gemeindewegen zum Zwecke etwa der Anlegung eines Flughafens erworben werden, so wird die Platzfrage unter der Hand gelöst, nämlich unter der Hand eines Grundstücksschiebers, und es wäre lehrreich genug, ließe sich eine Statistik darüber aufstellen, wieviel öffentliche Käufe seit Bestehen der deutschen Republik in diesem Lande schon aus den Händen von Tanten, Schwägern, Strohmännern oder andern Agenten beamteter Personen erfolgt sind. An solchen Dingen ändert kein Parteiprogramm, keine Liste noch so ehrlicher proletarischer Kandidaten das allergeringste. Daran ändert nur der Umsturz des gesamten Gesellschaftsgebäudes etwas, ein Umsturz, der sich außerhalb der Verwaltungskörper der Städte und Gemeinden entwickelt und auswirkt. Wenn es wahr sein sollte, daß einige syndikalistische Gruppen in Sachsen sich mit dem Gedanken tragen, an den Gemeindewahlen teilzunehmen, so mögen sie sehr ernst gewarnt sein. Sie begäben

sich unrettbar auf die Bahn des Parlamentarismus und verlören die unmittelbare Beziehung zu den revolutionären Pflichten des Proletariates.

Nach Gelingen des revolutionären Auftaktes freilich, nach Vollziehung des heroischen Teiles des proletarischen Sieges, dann wird die Zeit gekommen sein, wo dem Anarchismus in der Gemeinde die ersten und wichtigsten Aufgaben erwachsen. Dann gilt es den revolutionären Rätegedanken zu verwirklichen, die Verwaltungsorganisation der Arbeit zu schaffen, die von den Betrieben ihren Ausgang nimmt und sich über die Gemeinden und Gaue von unten nach oben aufbaut bei voller Selbständigkeit der Schaffenden, ohne Obrigkeit und staatliche Gewalt. Niemals wird eine Regierung den Willen einer Revolution vollstrecken, das ist Sache der Menschen selber, die die Revolution vollbracht haben. „Die Expropriation“, sagt Peter Krapotkin, „muß durch die Stadt- und Landarbeiter selbst erfolgen. Es wäre ein tiefer Irrtum, zu hoffen, daß irgendeine Regierung dies tue, denn die Geschichte lehrt uns, daß Regierungen, selbst aus der Revolution hervorgegangene, stets nur den vollzogenen revolutionären Tatsachen eine gesetzliche Bestätigung gaben und schon dazu, ihnen die Zustimmung zu revolutionären Maßnahmen zu entreißen, die in der Gärungsperiode laut verlangt wurden, mußte das Volk gegen die Regierungen noch immer einen langen Kampf bestehen.“ Wie aber die anarchistische Kommunalpolitik in der Räterepublik zu betreiben ist, das hat auf dem anarchistischen Kongreß zu Brüssel 1874 der belgische Genosse Laurent Verrycken, ein Bäcker, ausgesprochen. Nachdem er den Gedanken an jeden sogenannten Arbeiterstaat verworfen hatte, durch den man nur die Stelle der Bourgeoisie einnehmen würde, erhob er statt dessen diese Forderung: „Die öffentlichen Dienste müssen durch die freie Gemeinde und deren freie Föderation organisiert werden, ausgeführt durch Arbeitergruppen und überwacht von Delegationen der Fachkörperschaften in der Gemeinde oder der Gemeinden in deren Föderation.“ Was heißt dies anders als: Alle Macht den Räten!? — Hier, Genossen, habt ihr das Programm der Freiheit, bezogen auf die Politik der sozialistischen Gemeinden; und wollt ihr im Ernste ausmisten, — hier habt ihr den Besen!

Anarchismus und Bauerntum

Der Anarchismus ist die Richtung innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung, die direkt eine Herbeiführung der klassenlosen Gesellschaft erstrebt und in dieser bei aller Gemeinschaftlichkeit jedem einzelnen das Recht der Persönlichkeit und der individuellen Geistesfreiheit gewährleistet. Der marxistische Sozialismus, soweit er überhaupt noch als Sozialismus bezeichnet werden kann, ist autoritär und will ein Gesellschaftssystem auf Zwang basierend herbeiführen.

Wenn es der Arbeiterbewegung bisher nicht gelang, die ländliche Arbeiterschaft und die Bauern für sozialistische Ideen zu gewinnen, so liegt es einmal an der einseitig industriellen Einstellung der Gesamtbewegung, ein andermal an dem autoritären Zwangssozialismus der Marxisten. Die anarchistische Bewegung war bisher immer zu klein, um einen größeren Einfluß in der Landbevölkerung gewinnen zu können. Während heute in den Städten und unter der industriellen Lohnarbeiterschaft unbedingt eine revolutionäre Stillstandsperiode als bestehend zugegeben werden muß, liegen die Verhältnisse auf dem Lande anders. Seit fast zwei Jahren rebellieren die Bauern gegen den bestehenden Staat und sein Steuersystem. Mit den radikalsten Mitteln arbeiten sie, mit Bomben- und Dynamitattentaten. Diese Menschen zeigen Tatwillen und Konsequenz. Bedauerlich ist aber für uns, daß die rebellierende Bauernschaft unter falsche Führung geraten ist. Es wird ihr genau so gehen, wie den italienischen Bauern, denen der Faschist Mussolini in seinem Programm die besten Versprechungen machte. Nach Aufrichtung des Faschismus führte er gerade das Gegenteil seines Programms durch. Vielleicht ist es heute schon zu spät, die Bauern und Landbewohner von der Errichtung der national-faschistischen Diktatur abzubringen, die logisch und konsequent den bisherigen Terrorakten folgen muß und wird. Niemals aber kann und darf es zu spät sein, daß wir den Gedanken der Freiheit und des Anarchismus auf dem Lande propagieren, wenn wir an der Richtigkeit der anarchistischen Lehre festhalten wollen. Anarchistische Propaganda auf dem Lande ist heute dringende Notwendigkeit. Wir werden uns nicht einseitig an die reine Lohnarbeiterschaft des Dorfes wenden, sondern allgemein an die ausgebeuteten und unterdrückten Schichten des Landes, also auch an die Klein- und Mittelbauern.

Jede Gesellschaftsform ist letzten Endes von seiner Landwirtschaft als der allgemeinen Ernährerin abhängig. Es ist ein Unding, die Landwirtschaft in industrielle Formen pressen zu wollen, wie es heute in Sowjet-Rußland geschieht. An der Agrar- und Bauernfrage ist der Sozialismus in Rußland gescheitert, und an ihr wird auch das sowjetistische Staatssystem zugrunde gehen. Die russische Revolution 1917 wäre nie gelungen, wenn Lenin nicht den Anarchisten und gerade in bezug auf die Land- und Agrar-

frage große Zugeständnisse gemacht hätte. Lenin ist tot, aber sein starres Staatssystem hat sich weiterentwickelt zur brutalen Gewaltherrschaft. Die letzten Spuren von Sozialismus werden immer mehr verwischt. Dem russischen Bauern stehen noch riesige Kämpfe gegen die bolschewistische Staatsdiktatur bevor. Auch in Rußland wird der Anarchismus zu neuem Leben erwachen. Die Bauernfrage muß zum wichtigsten Thema aller Anarchisten werden. Menschen, einfache urwüchsige Bauern, die den Mut aufbringen, Bomben zu werfen und Attentate zu verüben, sind noch aktionsfähig. Mit ihnen kann der Anarchismus noch Rebellionen und Revolutionen zum Erfolge führen. Ohne Kampf und Blut wird die Beseitigung des Kapitalismus niemals vor sich gehen. Die Bauern wissen das.

Anarchistische Landpropaganda tut gerade jetzt besonders not. Unsere Weiterentwicklung, die Zukunft der anarchischen Bewegung und die baldige soziale Revolution mit dem folgenden Aufbau der klassenlosen Gesellschaft liegt in unserer Stellung zur Agrarfrage und dem Gelingen unserer Versuche, sie zu lösen. Dem Anarchismus bleibt es vorbehalten, die Einigung der Arbeiter und Bauern zum revolutionären Befreiungskampf herbeizuführen, nachdem der russische angebliche Arbeiter- und Bauernstaat gezeigt hat, daß er nicht das ist, was er zu sein vorgibt. Darum, auf zur anarchischen Landagitation! Hinaus mit unseren Gedanken zu den Bauern und Landarbeitern, die noch unberührt vom Wust der Theorien, instinktiv-anarchistisch für die Befreiung durch die Tat, durch direkte Aktion zu gewinnen und fähig sind!

Hans Mann.

Strafrecht

Die Besprechung einer größeren Anzahl Bücher soll für das nächste Heft zurückgestellt werden, nachdem das unverdrossene Walten staatlicher Gerechtigkeitspflege diese Absicht von Monat zu Monat hinauszögern ließ. Den Verlegern und Autoren, die manchmal anfragen, wann sei denn die Ansicht des FANAL über ihre Druckwerke erfahren werden, diene also zur Kenntnis, daß im Dezember zunächst eine Auswahl inhaltlich zusammengehöriger Werke einer Kritik unterzogen werden wird, und daß nach bester Möglichkeit dann in kürzeren Abständen als bisher literarische Betrachtungen und Erörterungen folgen sollen. Vorweg soll dieses Mal ein einzelnes Buch behandelt werden, dessen Kenntnis den Lesern schon deswegen empfohlen werden kann, weil es die Notwendigkeit verdeutlicht, sich mit dem Wirken der Strafjustiz mit solcher Ausführlichkeit zu beschäftigen, wie es im FANAL von jeher geschieht.

Die Justiz ist neben den körperlich gerüsteten Formationen des Heeres und der Polizei die stärkste Waffe des Staates gegen seine Hörigen, will sagen des Reichthums gegen die Armut. Eine Rechtsfunktion im ethischen Sinne des Wortes übt sie nicht aus, kann sie schon deshalb nicht ausüben, weil die gesamte Gesetzgebung der Staaten ausschließlich auf die Sicherung ihrer ökonomischen Grundlagen zugeschnitten ist, also auf die Sicherung

des Ausbeutungsprivilegs der Inhaber des Bodens und der Produktionsmittel. Das Strafrecht bildet hiervon keine Ausnahme und wenn der besondere Schutz religiöser Vorstellungen und Einrichtungen und einer zelotischen Geschlechtsmoral dieser Behauptung zu widersprechen scheint, so muß daran erinnert werden, daß die Kirche den Gott, das Jenseits, die Kontrolle der Geschlechtsfreuden um der Sündenfurcht willen braucht, auf der alle Autorität beruht. Das schlechte Gewissen der Menschen, von dem die Kirche lebt, gibt zugleich dem Staat die Möglichkeit, die Satzungen der Knechtschaft mit einer mystischen Weihe zu umkleiden. Das Sittlichkeitspatent der staatlichen Gesetzgebung gewährt der Kirche die Mittel, ihre seelische Bedrückung unter obrigkeitlicher Garantie zu betreiben, wogegen die Kirche dem Staat die seelisch Bedrückten in gutem Stande zum Ertragen materieller Bedrückung als Objekte der Gesetzgebung zuführt. Wer sich gegen die Bedrückung durch die politische Staatsmacht, durch materielle Not oder durch Gewissensbindung im privaten Verhalten auflehnt, indem er seinen Umgang mit den Behörden, sein Eigentumsbegehren oder seine religiöse und sexuelle Moral eigenen Rechtsbegriffen anpaßt, verfällt der Strafjustiz. Von ihr wie von jeder gesetzlichen Justiz gilt, was im FANAL schon früher einmal in die Formel gebracht wurde: Justiz im Staate hat mit Gerechtigkeit so viel zu schaffen, wie Beischlaf im Bordell mit Liebe.

Der hier skizzierte Gedanke ist anarchistischer Natur; er geht aus von der Verneinung des Staates schlechthin und von der Auffassung, daß Gesetze niemals Recht schaffen, noch Recht sichern können, sondern alles wirkliche Recht auf freiwilligem Vertrag beruht, an den nur gebunden ist, wer ihn selbst geschlossen hat. Das sogenannte Strafrecht, das überhaupt ohne Sinn wäre, wo keine gesetzlichen Bindungen der Freiheit Gewalt antun, ist vollends ungeeignet, sittliche Dienste zu leisten. Seine einzige Bestimmung, die ernst gemeint sein kann, ist Rache, und wenn Rache auch aus einem natürlichen Antrieb empörter Kränkung zu strömen pflegt, und daher durchaus nicht ohne weiteres als unwürdiger Ausdruck der Leidenschaft und des Zornes verworfen werden soll, so kann das doch nur für gefühlbegabte Wesen gelten, nicht aber für eine abstrakte Maschinerie, wie sie der Staat darstellt. Rache nach paragraphierter Skala; eine Vorstellung so ungeheuerlich wie Kinderzeugung durch einen AEG.-Automaten. Der Demokrat Müller-Meinungen allerdings, jener Justizminister der weiland sozialdemokratisch-demokratisch-klerikalen bayerischen Koalition der Regierung Hoffmann, die an Eugen Leviné und den Schützen des Luitpoldgymnasiums acht politische Todesurteile vollstrecken ließ (ungerechnet die von ihr gebilligten selbständigen Hinrichtungen der Feldgerichtsleutnants), gab mit der Anweisung, daß die Festungsstrafe an uns Räterepublikanern „sukzessive verschärft“ werden solle, die Erklärung an seine Vollstreckungsorgane weiter, sie müßten sich des Vergeltungszweckes der Strafe bewußt bleiben. Sie blieben sich bewußt. Die modernen Kriminologen wollen denn auch nicht mehr vergelten, sondern durch Strafen abschrecken, die Bestrafen bessern und die Gesellschaft schützen. Ihre Theorien zeichnen sich vor denen der Racheverfechter zwar durch mehr Nettigkeit, aber auch durch weniger Haltbarkeit aus. Die Abschrecker werden durch jede Kriminalstatistik belehrt, daß Verbrechen und Vergehen in Zeiten wirtschaftlicher Not zu-, in Zeiten der Prosperität abnehmen; niemand wird von Strafgesetzen und Zuchthausdrohungen abgeschreckt, seinen Hunger nötigenfalls auf dem Wege der Selbsthilfe zu stillen; niemand, den das Wohnungselend zwingt, mit halbwüchsigen Mädchen das Bett zu teilen, wird durch Kerkereinrichtungen abgeschreckt, ein Geschlechtswesen zu sein.

Die Besserer sind noch übler daran. Kummerten sie sich nur halb so eifrig um die Erfolge ihrer Einsperrungspädagogik, wie sie sich um ihre Anwendung kümmern, dann wüßten sie, daß durch lange Abschließung etwa von Einbrechern allenfalls fürs nächste Mal die Einbruchstechnik des Delinquenten gebessert wird, nicht aber seine sündige Seele. Bleibt der Gesellschaftsschutz. Sie schützt sich für 14 Tage, drei Monate, anderthalb Jahre und selbst fürs ganze Leben des Rechtsverletzers. Aber sie schützt sich, indem sie alle Ursachen der Taten, gegen die sie Schutz heischt, bestehen läßt und gleicht so einem Kammerjäger, der statt auszuschweifeln, die Wanzen einzeln unter dem Daumnagel knackt. Dieser Tage wurde in die Polizeistation von Eberswalde eingebrochen und aus den dort im Schrank verstaubten Dietrichen, Gebläsen, Schlagringen, Pistolen und Masken das beste Material herausgesucht, um dem ursprünglichen Verwendungszweck wieder zugeführt zu werden. Die Gesellschaft aber glaubt sich geschützt, wenn die früheren Benutzer in sicherem Gewahrsam sitzen. Es ist nichts mit dem Mittel der Strafe zur Verhütung künftiger Sünden.

Zu dieser Einsicht, die dem Anarchisten von Gefühl und Gesetzesfeindschaft aus selbstverständlich ist, sind auf dem Wege der Logik und der beobachtenden Erfahrung mittlerweile auch staatsergebene Menschen gelangt, die klug genug sind, auch anständig sein zu können. Franz von Liszt hat gegen Ende des vorigen Jahrhunderts schon die Begriffe Schuld und Strafe abgelehnt und das Verbrechen als soziale Krankheitserscheinung behandelt wissen wollen. Sein Schüler Gustav Radbruch hat diese Auffassung übernommen und bekannte sich noch im vorigen Jahre bei der Karlsruher Kriminalistentagung zu dem Grundsatz, alles Strafrecht müsse sich seine eigene Ueberwindung zum Ziele setzen (vgl. FANAL, Jahrg. II, Nr. 1, S. 17). Radbruch selbst hat freilich in der Praxis gezeigt, daß ein Staat nicht nach sittlichen Erkenntnissen regiert werden kann; er war der Verantwortliche für das Republikschutzgesetz, das in der krasssten Form die reaktionärste politische Gewaltjustiz mit Einschluß der Todesstrafe als unverschleierte Ausdruck des Vergeltungs-, Abschreckungs- und Vorbeugungsrechtes zur Geltung brachte, wobei überdies gar nicht die faschistischen Kreise getroffen wurden, die der harmlose Mann bändigen wollte, sondern ausschließlich revolutionäre Proletarier. Denn der Staat kann immer nur gegen die Armut ausschlagen, gegen die er geschaffen ist, und wer den Staat regiert, kann, mag er der Freiheit und Gerechtigkeit theoretisch noch so wohlgesinnt sein, kein anderes Strafrecht anwenden, als das des Sklavenhalters, der mit Verbreitung von Furcht und Schrecken den Ertrag des Frondienstes den Sklaven vorenthält.

Jetzt liegt eine Schrift vor, die, von der Erkenntnis ausgehend, daß alles Strafen „eine unsittliche, unbegründete, zwecklose und die Gesellschaft schädigende Handlung“ ist, mit dem Entwurf zu einem in allen Grundlagen veränderten Strafrecht den Uebergang zur straflosen Verhütung von Unrecht durch „prophylaktische Hygiene“, d. h. vorsorgende Krankheitsbekämpfung zu ebenen versucht. Der „Strafbuch-Entwurf von Justizrat Dr. Johannes Werthauer in Berlin“ (Herausgegeben im Auftrage der Deutschen Liga für Menschenrechte E. V., Hensel & Co. Verlag, Berlin 1929) ist eine vernichtende Kritik des bestehenden Strafrechts, eine schonungslose und höchst verdienstvolle Hinrichtung des zur Zeit im Strafrechtsausschuß des Reichstages der Politik der Spießbetriebsamkeit unterworfenen „Entwurfs eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches“ des Reichsministers der Justiz von 1927 — und zugleich ein überführender Beweis, daß jedes Unternehmen, im Staate Gerechtigkeit einführen zu wollen, Sisyphusarbeit bleiben muß. Der Verfasser ist Pazifist: man kann

schwerlich eine geeignetere Unterlage finden, um den Unterschied zwischen dem Pazifisten und dem Revolutionär deutlich zu machen, als sein „Strafbuch“. Werthauer geht es nicht darum, die Gesellschaft in ihrer ganzen wirtschaftlichen und politischen Struktur zu ändern, sondern darum, ihr gewisse ethische Grundbegriffe einzupflanzen und die Erhaltung dieser moralischen Lympe zu schützen. — wodurch zu schützen?: nun, doch wieder durch Strafen. Den Widerspruch erklärt er aus der Annahme, daß „bei der jetzigen und in absehbarer Zeit zu erwartenden Zusammensetzung des Reichstags die Existenz eines Strafbuchs, das auf irgendwelche Handlungen Strafen androht, als unentbehrlich angesehen wird“. Das ist zweifellos richtig, nur scheint der Glaube unbegründet, daß jemals ein Reichstag oder welche Einrichtung immer ihn in besseren Tagen ersetzen mag, Strafbestimmungen als entbehrlich ansehen werde. Es ist aber das Schicksal aller opportunistischen Anpassungen mit reformistischen Absichten, daß sie nicht unter zwei Uebeln das kleinere durchsetzen und dadurch Besserung schaffen, sondern daß sie ein Uebel erst recht haltbar machen, wobei die geflickten Schäden schnell genug von selber wieder einreißen. Das kleinere Uebel ist stets das größte Uebel, weil es am schwersten auszuwurzeln ist.

Ausgezeichnet ist Werthauers Vorlage in allem, was sie nicht enthält, vortrefflich sind die Begründungen, warum auf vieles verzichtet wird. Der Abschnitt C „Nicht aufgenommene Delikte“ ist insofern der wertvollste Teil der Schrift, als hier die Ueberflüssigkeit zahlreicher Strafandrohungen mit einer Logik aufgezeigt wird, die, auf sämtliche Delikte angewandt, die Entbehrlichkeit und Schädlichkeit jeglicher Bestrafung dartun müßte, aber auch die Scheußlichkeit des Regierungsentwurfs für das neue Strafgesetzbuch grell beleuchtet vor das Bewußtsein tritt. Die Kritik des Eides als mittelalterliche Beschwörungsformel, die Beweisführung, daß der Eid die lügenhafte Aussage fördert, statt sie zu unterbinden und den unschuldigen Angeklagten dem meinedigen Belastungszeugen einfach preisgibt, sollte nie wieder aus der Agitation gegen das staatliche Recht aller Sorten verschwinden. Die faulige und heuchlerische „Unzucht“-Verfolgung des offiziellen Entwurfs findet ebenso ihre verdiente Abfertigung. Doch gilt, was Werthauer von dem ekelhaften Schund- und Schmutzparagrafen sagt, ebenso für alle Angriffe „gegen den gesunden Sinn des Volkes“, nämlich, daß Selbsthilfe das einzige ist, was aufräumen kann. In der Auseinandersetzung mit den Bestimmungen über Kuppelei, Frauenhandel und Zuhälterei finden sich klarste Widerlegungen der bestehenden und beabsichtigten Strafbestimmungen, so wenn gegen die Verfolgung der Zuhälterei gesagt wird: „Es liegt kein Anlaß vor, die Dirne mehr als jeden anderen zu schützen. Soweit der Zuhälter die Dirne veranlaßt, ihrem Gewerbe besonders fleißig nachzugehen, übt er keine andere Funktion, als die kapitalistische Weltordnung im allgemeinen sie überhaupt gegen die Dirne übt.“

An dieser und an manchen anderen Stellen zeigt Justizrat Werthauer überraschend gutes Verständnis für die Bedingtheit von Uebelständen im Wirtschaftsverfahren der Gegenwart. Da ist es denn verwunderlich, daß er auf der anderen Seite den bestehenden Staat „gegen jede Umsturzgefahr“, ja gegen alle Handlungen schützen will, die sich gegen „politische oder wirtschaftliche Kräfte der Gemeinschaft“ wenden. Wie kann man sagen: „Jede Gewalt und Ausbeutung muß auf deutschem Boden strafbar sein“ und gleichzeitig die Republik, die doch der politische Ausdruck gewaltsamer Ausbeutung ist wie jeder andere Staat, gegen Umsturz sichern wollen? Ausdrücklich wird festgestellt, daß das Strafbuch nicht dazu da ist, das Privateigentum zu schützen, aber dahinter folgt sofort die Ausnahme: es sei denn gegen Gewalt, List, Untreue; damit sind doch die

kapitalistischen Eigentumsbegriffe auf das deutlichste wieder anerkannt. Ein von anständigsten sozialen Empfindungen bewegter Geist scheidet in seinem Bestreben, seine anständige Gesinnung zur Richtschnur des öffentlichen Waltens zu machen, durch den Irrtum, der Staat, irgendein Staat, könne auf dem Wege der Gesetzgebung Anstand fördern oder sichern. Der Staat, auch der republikanische jeder Art, ist nichts als der gewaltsame Schutz der wirtschaftlich Starken, und der pazifistische Traum, gewaltlos an dieser Gewaltsamkeit etwas zu ändern, ja, mit den Mitteln der Staatsmacht die Umgangsform der Gewalt abzuschaffen, ist in der Wirkung nur die Unterstützung der obrigkeitlichen Gewalt gegen die ihr entgegengesetzte Notwehr. Der Kampf gegen die Gewalt unter grundsätzlicher Verpönnung gewaltsamer Mittel bedeutet Leugnung der Chirurgie in der soziologischen Medizin, bedeutet, den qualvollsten Tod der Menschen und der Gesellschaft dem befreienden Eingriff den Vorzug geben. Hier liegt der entscheidende Unterschied zwischen dem Pazifisten und dem Revolutionär.

Werthauer geht an sein Problem ganz als Pazifist heran. So kann er nicht zur Wurzel hinabgelangen und hakt sich an der Illusion fest, gesellschaftliche Machtfragen seien durch sittliche Uebereinkünfte der Machtsphäre zu entziehen. Er entnimmt dem Wortschatz der französischen Revolution die Forderungen „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, ohne ihnen den Staub der bürgerlichen Liberalität abzuwischen und meint, ihre Uebernahme ins Vokabularium des Strafgesetzbuches genüge, um aus dem riesenhaften Ringen der Klassen um die Erzeugung und Verteilung der Güter eine Angelegenheit friedlicher Ausgeglichenheit zu machen. Daraus ergeben sich alle Mängel seiner in der Grundtendenz hochanständigen Schrift. Daraus ergibt sich zunächst, daß aus dem Strafbuch ein Gesetz zum Schutze der Republik wird, das sich im Gegensatz zu dem verflrossenen Radbruch'schen und dem drohenden Severing'schen wohl bemüht, „am schwersten das Handeln aus monarchistischen oder diktatorischen Beweggründen, danach das Handeln mittels Gewaltanwendung und Mißbrauch geldlicher Macht“ zu treffen, das aber doch keinerlei Bürgschaft für das Proletariat bietet. Von den Vorrechten der Staatsgewalt, im Interesse des Besitzes Verbrechen gegen Leib und Leben der Besitzlosen zu begehen, wird durch keine Heiligsprechung der schwarz-rot-goldenen Farben etwas weggenommen; ein Schutz gegen Zörgiebel ist in Werthauers Strafbuch nicht vorgesehen. Der Mai 1929 in Berlin bliebe auch unter solchem Strafrecht möglich, denn die Polizei der Kapitalisten sucht sich ihre Opfer selber aus und gegen sie hilft keine ethische Gesetzgebung.

Gleichwohl ist es sehr erfreulich, daß diese Schrift erschienen ist. Justizrat Werthauer bringt der Verfassung und den Gesetzen der Republik hohe Achtung entgegen und legt sogar diese Achtung seinem gesamten Gesetzesvorschlag zugrunde. Umso kräftiger können wir, die wir seine respektvollen Gefühle für den Staat und seine Sicherungen nicht teilen, sein gutes Wollen unserem revolutionären Kampf gegen die Strafjustiz nutzbar machen. Werthauer kennt als Strafe nur die Freiheitsentziehung und zwar einheitlicher Art. Er bezeichnet zutreffend die Geldstrafe als „eine Strafe, die bezüglich der Mehrheit der Volksgenossen auf dem Papier steht, aber eine Begünstigung der Reichen enthält“. Wir glauben nicht an eine Besserung des geltenden Zustandes durch Reichstagsbeschlüsse, jedoch können wir uns in der revolutionären Werbung auf das Zeugnis des hervorragenden Juristen beziehen, daß die Umwandlung verwirkter Gefängnisstrafen in Geldstrafen, die uns als Fortschritt gepriesen wird, sich als einfache Sonderentrichtung der Armut ausweist. Werthauer

setzt als Höchststrafe selbst für die schwersten Verbrechen, worunter er erstaunlicherweise neben Mord und Brandstiftung auch das Duell und die Störung zu Weihe, Unterhaltung und Belehrung versammelter Menschen rechnet, fünf Jahre Einschließung an. Unsere Sozialdemokraten sollten sich ein wenig zu Herzen nehmen, was ein ehrlicher Bürger dazu äußert, daß sie noch nicht einmal zur Zehnjahresfeier ihrer lieben Weimarer Verfassung dazu zu kriegen waren, auch nur die armen Menschen in Freiheit zu setzen, die noch von Kriegszeiten her in den deutschen Zuchthäusern geschunden werden. „Wer als Gelehrter oder vom Schreibtisch aus“, schreibt Werthauer, „5 Jahre noch für zu gering hält, soll sich erst selbst solcher Strafe unterziehen und dann mitzusprechen beginnen.“ Da aber doch fast nur Proletariat überhaupt für länger als 5 Jahren verurteilt werden, werden wir wenig Hoffnung haben, regierende „Sozialisten“ für Abkürzung langer Kerkerstrafen zu gewinnen, dürfen uns hingegen bei unserer revolutionären Propaganda gegen die Brutalität der Klassenjustiz wiederum auf das Zeugnis des einsichtigen Fachmannes beziehen.

Es ergibt sich als Gesamturteil über Werthauers Strafbuch-Entwurf von freiheitlich-revolutionären Gesichtspunkten aus die Ablehnung der in ein neues Schema gebrachten Strafbestimmungen in allem einzelnen, dagegen die Zustimmung zu vielen allgemeinen Feststellungen, soweit sie kritisch gegen die bestehenden Auffassungen angehen. Die Gründe, mit denen etwa die Denunziantenzüchterei in der Straffjustiz und die Prämierung von Spitzeleien verurteilt werden, verdienen allgemeine Verbreitung auch unter dem staatsfeindlichen Proletariat. Vor allem verdient die mutige Sauberkeit des Denkens große Anerkennung, die den Verfasser trotz aller seiner Sorge um die deutsche Republik und trotz aller seiner Befangenheit in überalterten Staatsbegriffen immer wieder die Skepsis gegenüber aller Strafe betonten läßt. Daß er endlich selber nichts anderes weiß als doch zu strafen, ist die Folge seines zugegebenermaßen unrevolutionären Reformwillens. Aber er grenzt sich nachdrücklich ab gegen die Leute, die mit der Bestrafung eines Menschen seine Schändung und dauernde Schädigung verbinden wollen. „Die Strafe soll nichts sein als Strafe. Wird eine Strafe gegen einen Täter (vielleicht zu Unrecht) erkannt, so soll wenigstens nur sie und nichts anderes deshalb eintreten.“ Und nach dieser Verwahrung noch einmal die Erklärung, mit der Werthauer in einer wichtigen Auffassung der Meinung der Anarchisten doch sehr nahe kommt: „Alle Ausführungen, die dahin gehen, daß eine Strafe sonst irgendeinen „Zweck“ habe (Besserung, Abschreckung), beruhen auf unrichtigem Denken. Die Strafe als solche ist stets ungerecht. Sie hat keinen anderen Zweck, als den Gesetzgeber zu befriedigen, der eine Strafe für nötig hält.“

Deutsche Front

Am Sarge des großen Staatsmannes hat sich die deutsche Front zusammengefunden, den Zylinder auf den Denkgefäßen der nüchternen Vernunft und den Boden der gegebenen Tatsachen unter den Gummireifen der Limousinen. Ernste Zeiten sind wieder einmal über unser deutsches Volk hereingebrochen. Verwaist umsteht es das frische Grab Gustav Stresemanns, des herrlichen Führers der Nation aus Druck und Dreck zu Glanz und Pracht, und vorn und hinten findet es nimmer Seinesgleichen. Hindenburg selber gab ihm das Geleite und zog aus diesem Anlaß den

Republikaner an; zum Zeichen aber, daß er zugleich den Monarchisten auszog — denn er hält auf strenge Trennung der zwei Seelen in seiner Brust — verbot er seiner an die Republik noch nicht gewöhnten Reichswehr, mit ihm hinter dem Leichenwagen zu marschieren. Das darf sie nur, wenn ein Reichspräsident selbst stirbt; ein Reichsaußenminister ist ihr viel zu wenig, wurde dem trauernden deutschen Volk erklärt, und beim Reichsaußenminister Rathenau wurde eine Ausnahme nur „gewissermaßen zur Sühne“ für seine Ermordung gemacht. Für Historiker bliebe es demnach eine lohnende Aufgabe, festzustellen, ob die Ehrenkompanie bei Rathenaus Bestattung am Ende von der 1922 noch für große Dinge ausersehenen Schwarzen Reichswehr gestellt wurde, die ja Bescheid wissen konnte, wo es gewissermaßen etwas zu sühnen geben mochte.

Die Sozialdemokraten haben am lautesten geweint um Stresemanns Tod. Sie hatten auch am meisten Grund zum Kummer. Als der Westentaschen-Bismarck (papierne Ausgabe der Eisenprägung) als Industriesyndikus die nationalliberale Kriegsfurie in Hysterie versetzte, da lehrte er die Ebertschen die ersten Tanzschritte des patriotischen Begeisterungsgalopps, bei dem es hieß: Anschluß nicht verlieren; Wilhelm kennt keine Parteien mehr; wer Krupp und seinen Generälen hilft, dem ist der Dank des Vaterlandes in Form von Pfünden gewiß! Stresemann verlangte den unbeschränkten U-Bootkrieg und die Sozi erkannten seine Berechtigung; Stresemann verlangte die flandrische Küste und Scheidemann höhnte über die Leute, die das Verschieben von Grenzsteinen mißbilligten; Stresemann schrie nach einem deutschen Frieden, und die Sozi zeigten mit ihrer Zustimmung zu Brest-Litowsk und Bukarest, was sie unter einem Scheidemann-Frieden verstanden. Stresemann hielt durch bis zum Ende und die Sozi bewilligten bis zum Ende die Kredite. Sie hatten viel von ihm gelernt und er lernte viel von ihnen, denn wie sie zuvor auf den kaiserlichen Tatsachenboden getreten waren, so trat er auf den republikanischen, bis die Republik kaiserlich genug geworden war, ihn zum Reichskanzler zu berufen. Da ließ er die Sozi Truppen nach Sachsen schicken, um das parlamentarische System durch die Diktatur ablösen zu lassen, und danach schickte er sie zum Teufel und regierte mit seinen Freunden und Hurra-kameraden ohne sie weiter. So wurde er lebenslänglicher Reichsaußenminister und versöhnte sich in Locarno mit den Gerichtsvollziehern, die in seinem Laden die Kasse gepfändet hatten. Die Sozialdemokraten erkannten nun erst, was für ein wahrhaft großer Staatsmann er war und entzogen ihm auch nicht ihre loyale Bewilligungsbereitschaft, als auf sein Drängen die Keudell und Schlieben der deutschen Politik den rechten nationalen Schuß gaben. Aber als das Zahljahr zusammentraf mit dem Wahljahr, da war es wieder Gustav Stresemann, der erkannte, daß nun die guten Sozi heranmüßten, da niemand wie sie befähigt und entschlossen war, den Proleten die Taschen umzukehren, und damit im Innern nicht seine eigenen Leute die Kosten bezahlen müßten, die Stresemann im Äußeren den Steuerzahlern aufbrummte. Seitdem müllert der Hilferding Stresemanns System, spart auf Kosten der Erwerbslosen, schafft Meir-Einnahmen aus Butter und Zucker und allem, was der Arbeiter nicht entbehren kann und läßt sich von Iwan Kreuger aus Stockholm gegen die monopolisierte Lieferung von verteuerten Schundstreichhölzern eine halbe Milliarde vorklareken. Der Wissell aber hilft dazu, die Lebensansprüche des Proletariats zur Bescheidenheit herabzuschlichten, und der Severing sorgt, daß die Arbeiter still halten, sonst gibt's blaue Bohnen.

Und jetzt gerade muß der große Staatsmann dahingehen. Nicht einmal das Haager Werk hat er mehr vollenden können, deswegen sich

sogar die Franzosen beinahe mit den Engländern verkracht hätten wenn nicht Stresemann dazwischen gegangen wäre, und sie überzeugt hätte, daß sie sich doch darüber einigen müßten, wie sie den Tribut unter sich verteilen wollten, den die deutschen Arbeiter herausschwitzen sollen. Das sah sogar der Sozialist Snowden ein, und so dürfen wir hoffen, daß das Werk des Verewigten verewigt werde in den Zahlungsausweisen zweier Generationen dieses gesegneten Landes. Aber die Lücke klafft weit und grau, die sein Tod in die Müllersche Regierung, in die Tafelrunde des Völkerbundes, in die Reihen der genialen Staatsmänner vom Range des Dr. Breitscheid, in den Vorstand der Deutschen Volkspartei und in die Verehrungsparte des Vorwärts reißt. Ach, und schon scheint es, als fände der große Tote gar kleine Erben. Eine neue deutsche Front will sich bilden, um in seinem Geiste die Schienen der deutschen Realpolitik fortan zu befahren; aber sie, die die Schienen jahraus jahrein blank gescheuert haben, die Sozialdemokraten, will man nicht mehr mitfahren lassen. Kurzsichtige! Sie sehen nicht, daß sie eine Schmalspurbahn bauen, wo sie eine Breitscheidebahn haben könnten!

Übrigens ist noch nicht alle Hoffnung verloren, daß die Sozialdemokraten doch noch in die deutsche Front mit aufgenommen werden. „Der Prüfstein für den Bestand der gegenwärtigen Regierung“, schreibt Herr Dr. Cremer von der Stresemann-Partei im Börsen-Courier, „wird die Finanz- und Steuerreform sein.“ Also Hilferding erhält von der Industrie noch Bewährungsfrist. Aber dennoch: es hat sich schon gezeigt, was die Arbeiter Deutschlands alles widerstandslos schlucken, und vielleicht ist es schon soweit, daß die Großausbeuter meinen, es ihnen nun selber hinreichen zu können, was sie bisher zur Vorsicht aus den Händen von „Sozialisten“ in den Schlund geschoben bekamen. Herr v. Kardorff hatte doch schon recht deutlich zu den Deutschnationalen hinübergewinkt: laßt den Hugenberg eine Weile beiseite gehen, holt euch wieder den Grafen Westarp an die Leitung und wir machen das Geschäft in eigener Regie weiter, für das uns die Müller-Esel die besten Mehlsäcke schon herbeigetragen haben. Und vom Zentrum her hat Herr Kaas kräftig in dieselbe Ecke gepfeifen und der Dr. Wirth, der bekanntlich im klerikalen Orchester die demokratische Klarinette bläst, hat dem Pfiff-Kaas den öligen Klang gegeben und beruhigend geflüstert: Es war ja nicht so grimmig gemeint, daß es auch ohne die Sozi gehe: solange der Radikalismus eines Hugenberg —, will sagen: sobald der Opportunismus eines Westarp —, ich, der Erfüllungs-Joseph von Genua, bin der würdige Nachfolger Stresemanns im Auswärtigen, aber nur, wenn die Dawes-Brüder in Schwarz-weiß-rot auch das coffeinfreie Haag-Gesöff in Kauf nehmen wollen. Denn ohne die Erledigung der Kriegsschuldenfrage, die nichts zu tun hat mit der Kriegsschuldfrage, ist der Abschluß des Reichskonkordats, das einen ultramontanen Reichsaußenminister erheischt, und die Durchführung des Keudell-schen Schulgesetzes in konservativ verbesserter Form nicht aussichtsreich genug.

Konservative Politik auf dem Boden der Republik! das ist die Forderung des Herrn Dr. Cremer. Deutsche Front nennt Herr v. Kardorff die faschistische Koalition mit außenpolitischer Stresemann-Taktik. Das Zentrum ist mit von der Partie und die Sozialdemokraten dürfen der blanken Wirtschaftsdiktatur noch solange vorarbeiten, bis sie die Finanz- und Steuerreform nach den Wünschen des Großkapitals unter Fach gebracht haben. Dann können sie sich in Muße der Trauer um den großen Staatsmann Stresemann hingeben, der sie zeit lebens wie einen Apportierhund hergepfeifen und wieder weggetreten hat, können seine Büste zu denen ihrer

übrigen Heroen Ebert, Erzberger und Rathenau an der Siegelallee ihrer deutschen Front aufpflanzen und abwarten, ob sie endlich der von ihnen dick gepöppelte Faschismus oder das von ihnen tausendfach betrogene Proletariat mit dem Gnadenpuff des Ekels in die Grube der Verwesung stößt.

Volksbegehren

Das dritte „Volksbegehren“ in der deutschen Republik ist so komisch wie die beiden ersten. Als es sich um die Fürstenenteignung handelte, stellte man die Forderung zur Abstimmung, eine von der Revolution unterlassene Maßnahme auf dem Wege der Gesetzgebung nachzuholen und dem Staat, will heißen, der monopolisierten Ausbeutung, Güter zuzuschansen, die zuvor persönlich monopolisierten Ausbeutern gehört hatten. Das zweite Mal verlangte man ein Gesetz, nach dem eine bestimmte Waffengattung aus dem Bauplan der Wehrmacht ausscheiden sollte. Jetzt will man wieder ein Gesetz, durch das die kapitalistische Staatspolitik gezwungen werden soll, sich in der Richtung bestimmter nationaler Parteiwünsche zu bewegen. In allen drei Fällen ging es nicht um eindeutige Massenforderungen, die sich im Gegensatz zu den Absichten der Obrigkeit durchsetzen wollten, sondern um ziemlich nebelhafte Äußerungen sehr begründeter Unzufriedenheit; in keinem Fall fanden die Verfasser den sprachlichen Satzbau, der dem Willen aller der Menschen entsprechen hätte, die ohne Atemnot Ja hätten sagen mögen. Uebrigens bot die Fassung aller drei Volksbegehrens-Vorlagen der jeweiligen Regierung die Möglichkeit, durch Auslegungskünste zu behaupten, das geforderte Gesetz würde eine Aenderung der Verfassung in sich schließen, und da unsere gerühmte Weimarer Verfassung schon alle die Vorzüge hat, die Herr Schober seinen österreichischen Volksgenossen zwecks Einführung faschistischer Regierungsmethoden in seiner Verfassung erst bescheren will, gelang es ihr jedesmal, die ganze Stimmzählerei zu einer reinen Hanswurstiade zu machen. Die zu einem positiven Ergebnis solcher Art erforderlichen 20 Millionen Stimmen sind selbstverständlich unter keinen Umständen zusammen zu bringen, wenn es sich nicht gerade um ein von der Staatsmacht gefördertes Kriegsbegehren handeln sollte. Merkwürdigerweise begeisterten sich bei allen drei Versuchen, die Massen zu Kraftproben durch Zahlenüberlegenheit zu sammeln, am meisten solche Parteien und Gruppen, die sonst von der Auszählungsdemokratie am wenigsten halten, und sah man 1926 anarchistische und syndikalistische Jugendgenossen feurig bewegt, die Fürstenschlösser in Staatsbesitz zu überführen, so sieht man jetzt die antidemokratische deutsche Männerfaust der Nationalsozialisten brünstig um den Federhalter geballt, der ihr Ja! zu dem Bekenntnis festlegen soll, daß eine Angelegenheit der Macht durch öde Paragraphen geregelt werden müsse.

Ich kann mir wohl denken, daß ich einmal meine Stimme für ein Volksbegehren abgeben würde, obwohl ich bis jetzt in meinem ganzen Leben noch niemals von meinem heiligsten Recht, eine Majorität unter den Staatsbürgern erzielen zu helfen, Gebrauch gemacht habe. Wenn z. B. die Forderung hieße: Der § 218 des Strafgesetzbuches wird gestrichen!, so würde ich diese Möglichkeit benutzen, dem Staat mit seinen eigenen

demokratischen Mitteln die Erlaubnis zu der ruchlosesten Vergewaltigung wehrloser armer Frauen zu nehmen. Aber in Deutschland wird man nie einen einfachen Weg gehen, wenn irgendwo ein komplizierter zu finden ist.

Die Republikaner des Landes und mit ihnen alle ruhigen Kaufleute, die wissen, daß der Young-Plan ein internationales Abkommen ist, das den deutschen Arbeiter allein belastet, wenn der deutsche Kapitalist sozialdemokratische Nachtwächter bestellt hat, erregen sich über die Maßen, daß die Herren Hugenberg, Seldte und Hitler die Unterzeichnung derartiger Verträge deswegen als Landesverrat behandelt wissen wollen, weil sie sich oder doch ihrem Anhang einzureden suchen, der Kapitalist müßte selber zahlen. Die Regierung, deren Mitglieder bei Annahme des Gesetzes in der Tat bedroht wären, schreit infolgedessen unter Aufwand aller Stimmittel gegen die Volksbegehrer. Das ist einmal die Art von Regierern, daß sie so tun, als wären sie bloße Diener des Volkes, aber im entscheidenden Augenblick diesem Volke die Soße, die sie ihm servieren sollen, über die Hose gießen. Aber kraß ist, daß die Herren jetzt einfach ihren Beamten verbieten, ihrem Willen, daß die Minister gefälligst ins Zuchthaus sollen, den gesetzlich garantierten Ausdruck zu geben. Hätte man 1918 getan, was jeder Arbeiter verlangt hat, die Aemter des alten Staates ausgehoben, dann brauchte man keine Furohr zu haben, daß die neue Bürokratie gegen das bestehende System sein könnte. Die Nutznießer der Revolution haben aber alle Ansprüche des Proletariats gerade dadurch erstickt, daß sie die wüsteste monarchistische Reaktion bevollmächtigten, ihre alte Macht mit den alten Mitteln anzuwenden. Jetzt, wo das einmal gegen das eigene liebe Wohl ausschlägt, werden den treuen Beamten, die die Republik zur kaiserlichsten der Welt gemacht haben, mit einem Male die staatsbürgerlichen Rechte entzogen, die sie in Betreuung haben. Wo steht denn, daß die Beamten deswegen, weil sie ihre königstreue Ueberzeugung der republikanischen Arbeiterknechtung zur Verfügung gestellt haben, ihrer bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gegangen sind? Die disziplinarische Verfolgung der Beamten, die sich für das Volksbegehren eintragen, ist eine Selbstentblößung des Staates, wie wir sie uns nicht besser wünschen können: Demokratie so lange, wie ihre Nutznießer keinen Schaden davon haben. Die Monarchie hat sich von vornherein mit monarchistischen Sachwaltern umgeben, hat denen so viele und so wenig Rechte gegeben, wie sie es für nützlich hielt, hat aber auch nicht so getan, als ob sie eine freiheitliche Musterküche wäre. Die Demokratie aber, hat sich mit monarchistischen Sachwaltern umgeben und denen dabei gesagt, solche Duldsamkeit liege im Wesen der Demokratie begründet. Jetzt, wo die Monarchisten sie ins Zuchthaus stecken wollen, ist es mit der Duldsamkeit plötzlich vorbei. Da möge man nicht triumphieren, weil die Eintragungslisten sich nicht recht füllen wollen. In dem Beamtenstaat, in dem wir leben, ist der Ausfall der Stimmen, die unter Hungerandrohung von der Ausübung des Eintragsrechtes ferngehalten werden, außerordentlich groß. Diese Beamten verzichten deswegen, weil man sie ihren Wunsch nicht öffentlich aussprechen läßt, noch lange nicht auf das Begehren, der regierenden Trauergemeinde um Stresemanns Bahre im Zuchthaus faschistische Disziplin beizubringen. Da der Faschismus dank unserer republikanischen Staatsdemokraten alle Anwartschaft hat, sehr bald nach seinem Belieben zu handeln, hat gerade der angeblich unsinnigste Paragraph des Volksbegehrens, der die Garanten des Tributplanes als Landesverräter der Rache der Justiz ausliefern will, auch ohne Aufbringung der nötigen Unterschriften die größte Aussicht, einmal angewandtes

Recht zu werden. Dann werden sich die Regierungsbonzen ebenso wie die abstimmungsföhlichen Hakenkreuzler überzeugen, daß nicht Zählen, sondern Handeln Tatsachen schafft.

Ferrers Tod

Am 13. Oktober 1909 fiel der große anarchistische Pädagoge Francesco Ferrer auf dem Sandhaufen zu Monjuich unter den Schüssen der von Pfaffen geladenen Flinten. Zum ersten Jahrestage 1910 veröffentlichte ich in Landauers „Sozialist“ die Gedenkworte, die ich, leicht gekürzt, hier wieder abdrucke. E. M.

Dies ist der Tag, wo wir in ernstem Schweigen
Und ernsten Sinnens voll die Häupter neigen.
Durch das Gedächtnis läuft ein blutiger Schauer.
Dies ist der Tag des Zorns, der Scham, der Trauer

Nacht lag auf Spanien, dumpfe schwarze Nacht.
Hohl schlugen in der Finsternis die Herzen.
Wer Licht begehrt', dem gab man dunstige Kerzen,
Zum Sonnentage aber stieg kein Schacht.
Durch öde Hallen fuhr scheinheiliges Heulen
Und schaurig klappte Flügelschlag von Eulen.
Da rief die Stimme eines Mannes laut, —
Und wie gepackt von stürmenden Gewittern
Fühlt' man die Gruft in ihrem Grund erzittern —:
Folgt mir! Ich führ' euch, wo ihr Leben schaut!
Eh' euerm Geist die letzte Schwinge bricht,
Folgt mir! Heraus zum Tag!, zur Luft!, zum Licht!

Und Ferrer fand den Weg und drängte vor.
Schon rüttelt' stark er an der Freiheitspforte.
Aus neuen Schulen klangen neue Worte
Hell durch die Nacht in hoffnungsvollem Chor. — —
Da schrie ein Uhu. Nachtgespenster piffen,
Und Pfaffenfäuste haben zugegriffen

Und Ferrer fiel. Doch als die Salve kracht',
Da sprühten aus den Flintenhähnen Funken,
Die, wo des Lehrers Körper hingesunken,
In hellem Glanz erleuchteten die Nacht.
Da sah die Welt in schreckensvollem Grausen

Die Gräfte, wo die spanischen Pfaffen hausen.
 Millionenfach dröhnt ein Empörungsschrei
 Und überdröhnt die Pfaffenlitanei. —
 Fort mit der Finsternis, laßt Sonne ein!
 Das Volk steht auf, geführt von Ferrers Manen.
 Nachtenten gleich entrauschen die Soutanen, —
 Und Spanien wird ein Land des Lichtes sein!

Arno Holz

Keiner der neueren Dichter war und ist mehr umstritten als Arno Holz. Eine große Gemeinde betrauert seinen Tod als den Abschluß eines Werkes, das in mächtiger Höhe diese Zeit übertragen wird. Andere beurteilen dieses Lebenswerk nicht viel günstiger als eine artistische Kuriosität häufig wechselnder Launen und Einfälle und betrachten den Tod des Dichters als den bloßen Anlaß, einen Denkstein zu setzen, wo längst Begrabenes ruht. Ohne Zweifel sind beide Urteile bei all ihrer Gegensätzlichkeit im dichterischen und menschlichen Charakter dieser höchst eigenartigen kulturellen Erscheinung begründet. Holz trat zu einer Zeit heftiger Gärung als ausgesprochener Kämpfer vor die literarische Öffentlichkeit. Sein „Buch der Zeit“ entdeckte vor 40 Jahren die sozial gesehene Großstadt als Objekt lyrischer Gestaltung. Hier tönnten revolutionäre Anklagen gegen Elend und Unrecht, hier wurde gesellschaftlich Partei genommen, festgelegt, von wo aus die Welt gesinnungsmäßig anzupacken sei. Dann aber schlug der revolutionäre Drang auf die Art zu dichten um. Der revolutionäre Dichter verwandelte sich in den Dichter revolutionärer Literaturtheorie. Mit Johannes Schlaf gemeinsam wurde der Naturalismus erdacht, geschaffen und mit großem Können dichterisch vorgeführt. Hauptmann war der Schüler von Holz und Schlaf. — „Die Kunst hat die Aufgabe, wieder Natur, nichts als Natur zu werden!“ Dieser Holzsche Satz gab einer ganzen Literaturperiode Inhalt — und überlebte sich, weil er eine Verkennung des Kunstbegriffes bedeutet, in einem Jahrzehnt. Da ging Arno Holz daran, die literarische Form zu revolutionieren, schuf die Phantasusform, den um eine Mittelachse gruppierten Vers, den er meisterhaft beherrschte, erging sich voll Bosheit, Kampflust, nie ermüdendem Angriff in alten barocken Formen der Lyrik und in ausgezeichneten Parodien. Das ganze Werk, das er hinterläßt, ist Beispiel revolutionärer Dichtart und so auch gewollt. Arno Holz war Dichter in einer revolutionären Werkstatt. Hier liegt seine Größe, die den Begeisterten in vielem recht gibt, hier auch seine Schwäche und Antiquiertheit. Sein Name wird leben bleiben und Kampf bedeuten.

Wilder Streik

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin, kann den Ruhm für sich beanspruchen, die erste freigewerkschaftliche Organisation zu sein, die sich offen zu den Aufgaben bekennt, die die staatsfromm gewordenen Sozialdemokraten als Gewerkschaftsarbeit geleistet sehen wollen: Verhinderung jedes Kampfes der Arbeiter um anständige Lebensbedingungen, wirtschaftsfriedliche Verständigung mit den Unternehmern unter dem Gesichtspunkt guter Profitsicherung für's Kapital, nötigenfalls Sabotage ausgebrochener Streikbewegungen durch Vermittlung von Streikbrechern und Anrufung staatlicher Gewalt gegen die Organisatoren proletarischer Wirtschaftskämpfe. Urich, der Ortsleiter des Verbandes, beantwortete bestimmte Lohnforderungen der in der Mehrheit oppositionellen Rohrlegerbranche innerhalb der Gewerkschaft damit, daß er die Branchenkommission absetzte, eigenmächtig einen Rohrlegerausschuß ernannte und mit diesen Heloten gegen den Willen der betroffenen Arbeiter einen Tarifvertrag mit erheblichen Verschlechterungen gegen den früheren nach dem Willen der Unternehmer abschloß. Als darauf die Branchekollegen unter dem Namen „Vereinigung der Rohrleger und Helfer“ einen eigenen Verband bildeten, der die Nichtanerkennung des Urichschen Vertrages und den Streik beschloß, beschlossen die Unternehmer die Aussperrung für alle, die sich nicht durch Unterschrift zur Anerkennung des neuen Tarifs verpflichteten. Der Streik begann am 26. August, die Aussperrung am 2. September. Der DMV. der Vorwärts und mit ihnen natürlich der Verband Berliner Baugeschäfte und der Verband Berliner Metallindustrieller plärren seitdem um die Wette gegen den „wilden Streik“ und überbieten einander in der Anwerbung unsolidarischer Leute als Streikbrecher. Die Polizei des Zörgiebel steht schwerbewaffnet zum Schutz der „Arbeitswilligen“ gegen diejenigen bereit, die ihren Kindern gern ein Stückchen Brot mehr verdienen möchten, als die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Zutreiber für nötig halten. Jetzt ist der Gipfel ausdenkbarer Niedertracht erklommen. Die hohe Polizei hat die gesamte Streikleitung der Rohrleger angeblich wegen Aufforderung zu Gesetzwidrigkeiten verhaftet und der Vorwärts applaudiert dazu. Selbstverständlich weiß jeder, daß der Zörgiebel, der sich ja auch im Mai darauf berief, daß er beim Anrichten des Blutbades alles in dauernder Beratung mit den Gewerkschaften getan habe, auch die neueste Schändtat nicht ohne Zustimmung des Urich und des dazu gehörigen Geschmeißes unternommen hat, wahrscheinlich sogar erst auf deren Anregung. Man kann nun nur hoffen, daß der Kampf der oppositionellen Rohrleger, der wie selten einer von der Sympathie des Berliner Proletariats begleitet wird, zu einem halbwegs günstigen Abschluß geführt werden kann. Die revolutionären Arbeiter aber mögen aus dem Vorgang lernen.

daß für sie in den Zentralverbänden kein Raum mehr ist, und daß mit Aussicht auf Erfolg nur noch Arbeiterkämpfe durchgeführt werden können, die die schwarz-rot-gelbe Bonzenwirtschaft als wilde Streiks verlästert.

Die eiserne Ferse

Die gemeine Justizkomödie von Gastonia ist unter Beistand der lynchfreudigen Kukluxklan-Banditen zu dem Abschluß gelangt, mit dem sich der amerikanische Faschismus angesichts der Erregung des Proletariats der ganzen Erde für diesmal begnügen will: 7 Angeklagte wurden zu Strafen von 12 bis zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt in einem Prozeß, in dem der Syndikus des Textilkonzerns, Rechtsanwalt John G. Carpenter, der persönlich einen der Ueberfälle geleitet hatte, als Staatsanwalt auftrat. Nach der Gerichtsverhandlung in Charlotte, bei der die sorgfältig gesiebten Geschworenen plötzlich doch noch nicht sicher genug schienen, um eine Verurteilung zu verbürgen, und die dann durch den glücklichen Umstand abgebrochen werden konnte, daß ein Geschworener einen Tobsuchtsanfall bekam — „es ist ein göttlicher Eingriff“, sagte Richter Barnhill —, nach der mißglückten ersten Verhandlung mußte neue Regiearbeit getan werden, um die Ladenbesitzer der Provinz gegen die Arbeiter in Wut zu setzen. Man entließ ohne weiteres 9 der Angeklagten und beschränkte sich auf die Vernichtung von 7 am Streik Beteiligten, wobei man nicht mehr Mord, sondern Totschlag annahm. Um aber zu zeigen, was für schlechte Kerle die Arbeiter seien, wurde eine neue Unternehmung der „Schwarzen Hundert“ gegen die Gewerkschaftsräume und die Proviantlager der Arbeiterhilfe durchgeführt. Es wurde wüst geplündert und zerstört, und drei Gewerkschaftsführer, die die Bande schon an Bäumen aufknüpfen wollte, konnten gerade noch durch das Eingreifen von Arbeitern, Farmern und Jägern gerettet werden. Dagegen fiel die Genossin Ella May Wiggins, Mutter von fünf Kindern, eine Arbeiterdichterin, die der „Singvogel von Gastonia“ genannt wurde, weil sie ihre Streikballaden bei Versammlungen vorzusingen pflegte, den gedungenen Mördern der Unternehmer zum Opfer. Sie wurde von einem mit Arbeitern besetzten Lastwagen heruntergeschossen. Natürlich wurden die neuen Verbrechen der Faschisten wieder in Gewalttaten der Arbeiter umgelogen und so das tolle Urteil ermöglicht. Wenn das Proletariat einmal überall seine Pflicht im eigenen Lande erkennt, dann werden die jetzt verurteilten amerikanischen Genossen nicht lange auf ihre Befreiung warten müssen. Die eiserne Ferse des Kapitals wagt nur das mit aller Härte niederzutreten, was sie wehrlos und von aller Hilfe verlassen glaubt. Aber nicht Deputationen an die diplomatischen Vertreter der eisernen Ferse Amerikas im Ausland schaffen Hilfe, sondern Kampf gegen den Faschismus im nächsten

Umkreis. Zeigt, wo ihr selber seid, daß ihr nicht unter jeder Bedingung willens seid, den Huf zu nageln, der eurer Kinder Zukunft zertrampelt, und die eiserne Ferse wird in aller Welt fühlen, daß sie zu lähmen ist.

Klarstellung

Die Zuspitzung der dem Faschismus entgegendrängenden Verhältnisse in Oesterreich mit der Uebernahme der Regierungsgewalt durch den Wiener Noske Schober konnte in diesem Heft nicht mehr eingehend gewürdigt werden. Doch haben die Ausführungen des Gen. L. Krafft in der vorigen Nummer eine Kontroverse hervorgerufen, zu der sich Gen. Krafft folgendermaßen äußert:

Mein Artikel im letzten FANAL über den immer drohender werdenden Faschismus in Oesterreich hatte eine Zuschrift der Freien Arbeiter-Union (Anarcho-Syndikalisten) zur Folge, in der wohl anerkannt wurde, daß der Artikel „ziemlich sachgemäß die österreichischen Zustände schilderte“, nur wäre, wie es weiter heißt, der Passus über die Redisch-Gruppe nicht richtig. Ich überschätze den Einfluß dieser „kleinen Propaganda- und Agitationsgruppe, die nicht in der Lage sei, den bereits festgewurzeltten Faschismus wirklich aufzuhellen oder zu beseitigen“. Nun liegt hier ganz offensichtlich ein Mißverständnis vor; es war mir ferne zu behaupten, daß es der F. A. U. Oe. möglich sei, dem österreichischen Heimwehrfaschismus allein erfolgreich entgegenzutreten, vielmehr war es mir darum zu tun, den reichsdeutschen Genossen vom Vorhandensein einer anarchistischen Gruppe Kenntnis zu geben, die nicht dem Großmann-Ramus Erkenntnis und Befreiung verdankt und daher der faschistischen Gefahr gegenüber eine wesentlich andere Einstellung hat. Schon die Tatsache, sich nicht überschätzt wissen zu wollen, unterscheidet die F. A. U. Oe. wohltaend vom „Bund herrschaftsloser Sozialisten Oesterreichs“, der laut Angabe seines Klosterneuburger Nutznießers im ersten Jahrgang der „Internationale“ 5000 Mitglieder umfassen soll, während er in Wirklichkeit keine 500 hat. Wenn die in der F. A. U. Oe. organisierte Redisch-Gruppe vor einigen Monaten mit zwei Vertretern am Antifaschistenkongreß in St. Pölten teilgenommen hat und einmütig mit Kommunisten und parteilosen Proletariern über Abwehrmaßnahmen beriet, so kann man mit Recht von ihr behaupten, daß sie im Ernstfalle „nicht die Flinte ins Korn werfen“ wird. Uebrigens hat auch Genosse Edmund Redisch jüngst in seinem Prozeß zugegeben (s. Nebelhorn, Nr. 62/63, 1929), er sei derzeit nicht aus Prinzip, sondern nur aus taktischen Gründen Gegner von militärischen revolutionären Mitteln. Der erfreuliche Wesensunterschied zwischen österreichischen Syndikalisten und „Gewaltlosen“ ist vorhanden und ein angriffslustiger Faschismus wird ihn immerhin zu sehen bekommen. Je mehr, desto besser!

L. Krafft - Wien.

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Zusammenkunft

regelmäßig Donnerstags im Lokal
Köhler, Neukölln, Zieithenstr. 64



Am **7. November**

spricht Gen. **Berthold Cahn** über
„**Materie und Geist**“ und als
Fortsetzung

am **14. November**

über „**Soziologie d. Denkens**“.

Das Erscheinen aller Kameraden wird erwartet!

ALBERT DAENENS

Revolutionäre Linoleumschnitte

Mappe mit zwanzig Blättern Mk. 3,50
zu beziehen durch die Geschäftsstelle des FANAL.

ALBERT DAENENS, flamischer Anarchist, ist ein hervorragender Künstler. Seine Zeichnungen, die er als „Pamphlet-Linos“ bezeichnet, sind schneidende Anklagen gegen Kapitalismus, Militarismus, bürgerliche Heuchelei, Faschismus, Pfaffentum und Unkultur. Die Mappe, die in Brüssel erschienen ist und der begleitende Erklärungen in französischer, holländischer, deutscher und englischer Sprache beigegeben sind, ist ein hochwertiges revolutionäres Kunstwerk. Der Verkaufspreis (20 Franken=3,50 Mk) kann als außerordentlich billig bezeichnet werden. E. M.

Dreimal beschlagnahmt

wurde das Buch des Freiheitsdichters

Bruno Vogel: Es lebe der Krieg!

Das Buch erlebte, wenn auch zensiert, viele Auflagen • Jetzt tritt der Dichter mit einem neuen Werk an die Öffentlichkeit •

Alf, Eine Skizze

(Die Geschichte einer Jugend)

Der erste Roman von Bruno Vogel ♦ Bedeutende Autoren, denen das Werk im Manuskript vorlag, äußern sich begeistert über diesen Roman ♦ Darum wird dieses Werk eine **SENSATION auf dem Büchermarkt** werden ♦ Krieg, Erziehung, Elternhaus, Geschlechtsnot werden in offener, künstlerisch vollendeter Form in diesem Buch gestaltet

350 Seiten stark, in Ganzleinen gebunden Künstlerischer Einbandentwurf des Graphikers Will Faber

Preis 6.- RM

Das Buch ist erhältlich in jeder guten Buchhandlung, durch den FANAL-VERLAG oder direkt vom

„ASY-Verlag“, Berlin O 34

Warschauer Straße 62

Postscheckkonto: WIII Jadau 741 52

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Haberfeldtreiben — Zwangs-Mutter-
schaft (von Meta Krausfessel). — Neue
Literatur — Die faschistische Bestie
— Aufregung um Lampel — Revolu-
tionäre Demokratie — Oesterreich

NR. 3

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

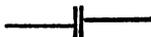
BERLIN

DEZEMBER 1929

Kind und Elternhaus

**Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York
(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)**

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“



Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des FANAL. Abonnenten des FANAL erhalten durch diese auf Wunsch Zahlungserleichterung

ALBERT DAENENS

Revolutionäre Linoleumschnitte

Mappe mit zwanzig Blättern Mk. 3,50
zu beziehen durch die Geschäftsstelle des FANAL.

ALBERT DAENENS, flämischer Anarchist, ist ein hervorragender Künstler. Seine Zeichnungen, die er als „Pamphlet-Linos“ bezeichnet, sind schneidende Anklagen gegen Kapitalismus, Militarismus, bürgerliche Heuchelei, Faschismus, Pfaffentum und Unkultur. Die Mappe, die in Brüssel erschienen ist und der begleitende Erklärungen in französischer, holländischer, deutscher und englischer Sprache beigegeben sind, ist ein hochwertiges revolutionäres Kunstwerk. Der Verkaufspreis (20 Franken=3,50 Mk) kann als außerordentlich billig bezeichnet werden. E. M.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 3

Dezember 1929

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchlüchtlingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Haberfeldtreiben

Unter Haberfeldtreiben verstand man in Bayern eine Art bäuerlicher Selbstjustiz, die dann einsetzte, wenn ein Uebeltäter das Rechtsgefühl der unverdorbenen Landbevölkerung verletzt hatte, ohne indessen vom Staatsgesetz straffällig befunden zu werden. Vor allem wurde Selbstsucht und Wucher mit Haberfeldtreiben geahndet, ferner aber etwa die Heuchelei eines Pfaffen, der von der Kanzel herunter die fleischliche Liebe in die Hölle verdammt und im Beichtstuhl ihren Himmel erschloß, und endlich hatte sich mehr als irgendwer der unsolidarische Bauer selbst in Acht zu nehmen, der es wagte, gegen Seinesgleichen zur Eintreibung einer Schuld die staatliche Hilfe der Pfändung und Versteigerung in Anspruch zu nehmen. Im stockreaktionären alten Meyerschen Konversationslexikon heißt es darüber: „Anwendung fand diese Volksjustiz in den mannigfaltigsten Fällen, namentlich bei Geiz, Wucher, Betrug, sowie überhaupt bei jeder Niederträchtigkeit, die vor dem Gesetz straflos ist, und dabei wurden die Reichen und Angesehenen und das Laster im Kirchenrock mit Vorliebe als Opfer ausersehen.“ Die Form des Haberfeldtreibens hielt sich an ein bestimmtes Zeremoniell. Um das Haus dessen, über den die Strafe verhängt war, sammelten sich nachts die vermummt und gewöhnlich bewaffneten Bauern der umliegenden und entfernteren Dörfer, die „Haberer“. Der Sünder wurde völlig überraschend unter ungeheurem Lärm und mit wüster Katzenmusik aufgeschreckt. Er mußte in seiner Tür erscheinen und der „Haberfeldmeister“ legte ihm, meistens in mitgebrachten Knittelversen, die Fragen vor, auf die er seine Verfehlungen einzugestehen hatte. Der verstorbene bayerische Volkssittenforscher Georg Queri hat mir mehrmals genau beschrieben, wie so ein organisierter Lynch-

akt vor sich ging, bei dem es freilich dem Getriebenen kaum je ans Leben ging — gewöhnlich beließ man es beim Auspfeifen, und der Betroffene konnte sich auch danach schon in der Gegend nicht mehr halten —; aber in schwereren Fällen und besonders beim Leugnen des Beschuldigten setzte es gehörig Prügel, wobei manchmal auch der rote Hahn aufging und sogar das Feld verheert wurde. „Sicher ist“, berichtet der „Meyer“, „daß das Haberfeldtreiben besonders seit dem Dreißigjährigen Kriege in Aufnahme gekommen ist Es ruht aber über dem Wesen der dazu bestehenden Verbindung ein noch unenthülltes Geheimnis.“ Weiter erzählt das Lexikon: „Die Ausschreitungen, die das Haberfeldtreiben schließlich im Gefolg hatte, wie scharfes Schießen auf das Haus dessen, dem getrieben wurde, tätliche Vergreifung an ihm, Treiben gegen völlig Unschuldige, veranlaßte die bayerische Regierung zu energischem Vorgehen, das mit der Ermittlung und Ergreifung einer Reihe von Haberern endete, die zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Seit diesen Haberer-Prozessen des Jahres 1896 und 1897 ist das Haberfeldtreiben soviel wie unterdrückt“. Zu dieser Darstellung der Niederzwingung einer Volkssitte, die sich 250 Jahre hindurch gehalten hat, kann ich zuverlässig feststellen, daß nicht die strengere Beurteilung durch den Staat das Ende herbeiführte, oder gar das behördliche Bestreben, „Unschuldige“ vor den Haberern zu schützen — es kamen ja für das Treiben bloß vom Staat zufrieden gelassene Missetäter, die für ihn also als unschuldig galten, in Betracht —, sondern einfach die Entwicklung der Technik. Nach vollzogenem Haberfeldtreiben wurden auf ein Zeichen des Meisters die mitgebrachten Fackeln gelöscht und die Haberer verschwanden lautlos von der Bildfläche. Da grundsätzlich nur Bauern fremder, oft weit entlegener Dörfer an einem Treiben teilnahmen, gelang es bei der unbedingten Verschwiegenheit aller Beteiligten den umständlich herbeigeholten Gendarmen nie, die Täter festzustellen. Als aber Telegraph und Telephon aufkamen, war die rasche Verständigung der Staatsgewalt möglich; mehrmals wurden die Haberer umzingelt, nach heftiger Gegenwehr verhaftet, und dann setzte die Solidarität der Gesetzmacht mit den Reichen und Angesehenen und denen im Kirchenrock ein und es wurden entsetzliche Zuchthausurteile verhängt. Die alte Form der ländlichen Justizübung aus eigenem Rechtsempfinden unterlag also der technischen Zivilisation, die sich in der gegenwärtigen Gesellschaftsgestaltung immer und überall ausschließlich in den Dienst des Reichtums, der Obrigkeit und des geistzerstörenden Buchstaben stellt.

Es scheint jedoch, als wollte das ursprüngliche Rechtsgefühl des naturnahen Bauern sich auch heute noch nicht widerstandslos von der Staatsräson überfahren lassen. Die Ereignisse, die sich in

den letzten Monaten im Holsteinischen abgespielt haben und deren lauteste, wenn auch nicht wichtigste Aeußerungen die Bombenanschläge auf öffentliche Gebäude und Wohnungen verhaßter Mitbürger waren, tragen durchaus den Charakter staatsfeindlicher Selbsthilfe; sie weisen auf neue Formen des alten Haberfeldtreibens und gehen uns Anarchisten als Kundgebungen der direkten Aktion gegen das geschriebene Formalrecht in hohem Maße an. Es kann mit großer Genugtuung vermerkt werden, daß diese Beurteilung der rebellischen Landvolk-Unternehmungen bei allen, in der taktischen Haltung sonst weit unterschiedenen anarchistischen Richtungen zum Ausdruck gelangt ist. Ein Mitarbeiter von „Erkenntnis und Befreiung“ wies nachdrücklich auf die durchaus anarchistischen Kampfmittel hin, die von den friesischen Bauern zur Wahrung ihrer Rechte und zur Bekundung ihrer Solidarität angewendet wurden. Der im allgemeinen sehr verständige Artikel litt, wie das die Stelle, wo er erschien, erklärlich macht, durch die vergebliche Bemühung, besonders die gewaltlose Art des Bauernkampfes gegen Staatsgewalt und Steuermaschine als vorbildlich anzupreisen. Dadurch hatte es der Polemiker des „Freien Arbeiters“ leicht, seine entgegengesetzte Meinung im Wesentlichen mit dem Argument zu belegen, daß „Höllenmaschinen keine Pfannkuchen sind“ und daß „bei den meisten Bombenanschlägen nicht im Voraus berechnet werden konnte, ob Menschenleben dabei vernichtet werden konnten oder nicht.“ Das ist natürlich richtig, und die beteiligten Bauern würden selber sehr lachen, wollte man ihnen einreden, sie hätten ihre Mittel unter pazifistischen Gesichtspunkten ausgewählt. Das sind Menschen, die ihren Kampf mit Boykott und wirtschaftlicher Blockade führen, wenn sie die Schädigung ihrer Existenz durch städtische Vergewaltigung abwehren wollen, die Steinwürfe und Dynamitsprengungen benutzen, wenn sie dem Fiskus klarzumachen wünschen, daß sie in ihrem Bereich Möglichkeiten haben, auch ihm Unannehmlichkeiten zu bereiten, und die, wenn man ihnen gewaltsam käme, bestimmt keine Bedenken hätten, mit Sensen, Dreschlegeln und auch mit Pistolen und Maschinengewehren ihr Recht zu verteidigen. Aber die Zurückweisung der Inanspruchnahme der holsteinischen Landvolkaktionen für den Grundsatz der Gewaltlosigkeit bei revolutionären Vorgängen ist das Einzige, was in der Entgegnung des „Freien Arbeiters“ auf den Artikel in „Erkenntnis und Befreiung“ „Der Bundschuh geht um“ stichhält. Erfreulicherweise ist die notwendige Antwort auf die allgemein recht oberflächliche Abfertigung der Verbindung jener Bewegung mit anarchistischen Ideen im „Freien Arbeiter“ selbst erteilt worden in einem ausgezeichneten, durchaus sachlichen Artikel „Die schwarze Bauernfahne“ in Nr. 44 des Blattes, in dem es heißt:

„. . . Es ist jedenfalls für die anarchistische Sache nichts gewonnen, wenn wir eine Bewegung, die zweifellos gegen den Staat gerichtet ist, in Bausch und Bogen ablehnen, nur deswegen, weil manches an ihr nicht in Einklang steht mit unsern Ideen, die natürlich viel weiter gehen als das Programm der Landbevölkerung . . . Wir müssen uns bemühen, auch dann noch Verständnis aufzubringen, wenn manches an den Ideen dieser Landbevölkerung uns rückständig und reaktionär erscheint. Vergessen wir nicht, daß die Landbevölkerung Deutschlands, von einigen demokratischen Minderheiten im Rheinlande, in Baden und Württemberg abgesehen, eine einzige große, nationalistisch und reaktionär eingestellte Masse ist, die dem Banner der schwarz-weiß-roten, der Hakenkreuzler- oder der gelb-weißen Fahne Roms folgt. Unter solchen Umständen muß es unbedingt erfreulich wirken, wenn die holsteinischen Bauern bei ihrer Demonstration anläßlich der Haftentlassung ihres Führers Hampkens eine schwarze Fahne trugen, eine schwarze Fahne mit silbernem Pflug und rotem Schwert, die von der Polizei sogleich beschlagnahmt wurde. Mit jeder Fahne verbindet sich irgend ein Sinn, und es kann kein Zufall sein, daß die Landbevölkerung es ablehnte, die Hitlerfahne zu führen. Es scheint so, daß diese Bauern bewußt wieder anknüpfen wollten an die Ideen, für welche der Bundschuh und der Arme Konrad während der Bauernkriege gestritten haben. Das ist insofern keine Uebertreibung, als gerade diese friesischen Bauern, um die es sich hier handelt, ein stolzes und freies Volk sind, das nie durch Fürstengewalt und nie durch den Adel unterjocht worden ist. In diesen Landstrichen lebt noch etwas von dem ursprünglichen unbändigen Freiheitsgefühl, das in besseren Zeiten allgemeines Erbgut der Menschheit war. Selbstverständlich ist die holsteinische Landvolkbewegung egoistisch in ihrem Ziel, die Steuereintreiber und die Gerichtsvollzieher abzuschütteln. Dieser Egoismus ist aber ebenso verständlich wie jener andere gesunde Egoismus der Arbeiter, wenn sie für höhere Löhne in den Streik treten. Und wie die Arbeiter bei Streiks sich gegenseitig unterstützen, so geschah dies auch in Schleswig-Holstein, indem der bei diesen Bauern nie vergessene Grundsatz der gegenseitigen Hilfe besonders stark betont wurde: „Kauft keine Maschinen aus der Stadt“, hieß es, „sondern helft euch gegenseitig bei der Ernte, damit ihr den Ausfall an Maschinen verschmerzen könnt.“

Der Artikel entwickelt weiter die besonderen Umstände, die in dem betreffenden Bezirk zur Not der kleinen Landwirte, zum Eingreifen der Steuerbehörde und zum offenen Widerstand der Bauern

in solidarischem Zusammenwirken geführt haben; er stellt den Tatbestand richtig, daß das „Landvolk“ nicht das geringste mit dem großagrarischem, deutschnational geleiteten „Landbund“ zu schaffen hat und die schleswig-holsteinische Bauernkammer sich so entschieden von kapitalistischen Einflüssen befreit hat, daß die gesamte schwarzweißrote Presse ihr verfeindet ist. Von größter Bedeutung aber ist dann, was über den Boykott gegen die Stadt Neumünster gesagt wird:

„. . . Der Boykott setzte erst dann ein, als die gesamte Stadtbevölkerung, einschließlich der Arbeiter und der Arbeitslosen, sich an den Zwangsversteigerungen in der Umgegend der Stadt beteiligt hatte, um dort billig Schweine, Geflügel usw. zu ergattern. Diese unsolidarische Haltung der Stadtbevölkerung löste bei den Bauern eine Protestbewegung aus. Es wurde kein einziges Industrieprodukt mehr gekauft und die Bauern liefen lieber in ihren alten Anzügen und Schuhen herum, als daß sie in die Stadt gingen, um Einkäufe zu machen. Außerdem wurden keine Lebensmittel in die Stadt geliefert. Da die Stadt Neumünster in der Ernährung sowie im Absatz ihrer Produkte auf das bäuerliche Hinterland angewiesen ist, mußten die Behörden nachgeben. Wir übersehen keinen Augenblick, welche fürchterliche Gefahr eine solche Bauernaktion hat, wenn sie sich gegen das aufständische Proletariat der Städte richtet . . . Wir werden aber die Bauern nicht für unsere Ideen gewinnen, wenn wir ihnen kein Verständnis entgegenbringen, sondern uns kritisch abseits stellen.“

Die hier bekundete Auffassung stimmt vollkommen mit der im FANAL von jeher vertretenen überein. Erst im vorigen Heft hat Hans Mann betont, daß „die Bauernfrage zum wichtigsten Thema aller Anarchisten werden“ muß. Schon im April 1928 (vgl. Jahrg. 2, Nr. 7, S. 163 ff) schrieb ich: „Es ist nicht wahr, daß die bis zum Ausbruch von Gewalttätigkeiten gesteigerte Unzufriedenheit der deutschen Kleinbauernschaft die Wirkung der politischen Hetze des großagrarischem Landbundes sei. Wahr aber ist leider, daß außer der Vertretung des Großgrundbesitzes niemand verstanden hat, den leidenschaftlichen Zorn der Bauernschaft in seinen Ursachen zu erkennen und durch rechtzeitige politische Maßnahmen die Kräfte des rebellierenden Landvolkes den eigenen Energien verstärkend zuzuführen. Hätte sich nicht dank der geradezu wahnwitzigen marxistischen Agrartheorie das Vorurteil in die revolutionärsten Köpfe des Proletariats eingefressen, die Bauern seien die natürlichen Feinde der Arbeiter, die Not der Bauern gehe die Arbeiterschaft nichts an, ja, es gebe gar keine Notlage der Bauernschaft, dann wäre es nicht

dahin gekommen, daß der Erzfeind der selbst arbeitenden kleinen Landwirte, der ausbeutende und wuchernde Großgrundbesitzer, Wort- und Tatführer der werktätigen Bauernschaft geworden ist... Die Gleichsetzung des rentenbeziehenden mit dem rentenerarbeitenden Agrarier, des Latifundienbesitzers mit seinem Pächter und abhängigen Ackerbauer ist alte sozialdemokratische Versündigung am sozialistischen Gedanken... Die wichtige Eigenschaft des seßhaften Kleinbauern, die nur unterstützt und revolutionär fundamementiert zu werden brauchte, um dieses für die Revolution völlig unentbehrliche Element zu gewinnen, ist ihre fundamentale Abneigung gegen jegliche obrigkeitliche Gewalt. Die Reaktion hat diese anarchistische Temperamentsveranlagung der Bauern sehr gut erkannt und benutzt sie energisch für die eigenen Zwecke. Die Vorgänge im Kreise Nimptsch beweisen erstens, daß die Notlage bei den Bauern sehr groß sein muß... Sie beweisen zweitens, daß die Bauern untereinander Solidarität kennen... Ferner beweisen die Krawalle, daß der Bauer im Kampfe die Mittel der direkten Aktion denen der Verhandlung und der Mittelbarkeit vorzieht... Der Sturm auf das Finanzamt in Kyritz — wie vor zwei Jahren der gleiche Vorgang bei den Winzern im Bernkasteler Gebiet — zeigt die Entschlossenheit dieser Menschen, ihre wirtschaftliche Existenz gegen die Ansprüche des Staates mit allen Mitteln zu verteidigen... Die sich häufenden Rebellionen der Bauernschaft fördern, da sie von Faschisten angeregt, von Faschisten ausgeschlachtet werden, die Gefahr des faschistischen Umsturzes. Gelingt es den revolutionären Teilen des Proletariats nicht, dem berechtigten Zorn der Bauern sozialistische Auswege zu zeigen, dann hat die städtische Arbeiterschaft selbst den größten Teil der Schuld daran, daß der unterdrückten Landbevölkerung der Zugang zu den natürlichen Verbündeten, den Ausgebeuteten der Städte, versperrt bleibt; und daß der faschistischen Reaktion ein Bundesgenosse zur Seite steht, der ihre Kraft ungeheuer stärkt, der sich in der reaktionären Kampf-front selbst in Unglück und Knechtschaft stürzt und dessen Solidarität wir uns für die Zukunft sichern könnten, wenn wir in der Gegenwart unsere Pflicht erfüllten, ihm Solidarität zu erweisen.“

Wie erweist man aber Bauern Solidarität? Bestimmt nicht, indem man ihnen eine schöne Theorie bringt und ihnen erzählt, welche Entwicklungsgesetze die Schulmeister der Oekonomie ihrem Verhalten zugrunde legen wollen. Bauern werden von denen gewonnen, die ihnen helfen, sonst von niemandem. Als die russischen Bauern sahen, daß das radikalste Programm der revolutionären Gruppen, das gemeinsame der Anarchisten und Linken Sozialrevolutionäre, ihren Bedürfnissen am besten entsprach, traten sie diesen

Gruppen in der Revolution zur Seite. Der kluge Lenin wußte, daß gegen die Bauern keine Revolution gewonnen werden kann und sprach das berühmte Wort: „Wir schlucken das Agrarprogramm der Linken S.-R. mit Haut und Haaren.“ Nachher, als mit Hilfe und durch die Begeisterung der Bauern die Revolution gesiegt hatte, besann er sich wieder auf den Marxismus, der als erste historische Phase nicht die Bauerngenossenschaften, die das Landvolk selber wollte, sondern parzellierten Kleinbesitz ausgerechnet hatte. Man nahm den Bauern die Selbstbestimmung wieder aus der Hand, ließ die Entstehung des Kulakentums und des proletarisierten Ackerbürgers zu und erreichte, daß die natürliche Verbindung der Bauern mit den werktätigen Städtern sich in Feindschaft verwandelte, und diese Feindschaft zwischen industriellen und agrarischen Interessen in Rußland, die ihren Ursprung allein in der Pedanterie der Bolschewiken hat, eine vor 7 Jahrzehnten erklügelte Lehre in ungetrübler Reinheit mit dem Mittel diktatorischen Zwanges zu verwirklichen, ist das Verhängnis der russischen Revolution geworden; hier ist die Wurzel aller Fehlschläge, durch die die herrlichste Revolution der Weltgeschichte auf die rückläufige Bahn der Konzessionen getrieben wurde.

Solange die Bauern im Glauben gelassen werden, noch dazu, wenn dieser Glaube auch noch von den Arbeitern selbst geteilt wird, daß man ihnen ihr Land wegzunehmen statt ihnen ihr Land zu geben hat, ist an keine Solidarität der Bauern mit den Arbeitern zu denken. In Rußland, der Ukraine, Ungarn und Bayern schlossen sich die Bauern der Revolution an, weil sie Freiheit und Selbstbestimmung auf dem Grund und Boden erkämpfen wollten, mit dem sie sich von uralten Traditionen her verwachsen fühlten. Daß in sämtlichen Ländern, die den Versuch zur Schaffung der Räterepublik unternahmen, die kleinbäuerliche Bevölkerung die Mehrheit der Bewohner ausmachte, hat die Marxisten noch nie auf den Gedanken gebracht, daß also wohl diese Struktur ein Land besonders geeignet mache, den Sozialismus einzuführen. Aber Marxisten und Hegelianer sind ja nicht der Meinung, daß aus Tatsachen Erkenntnisse zu ziehen sind, sondern finden, daß sich die Tatsachen an die Konstruktionen, die man für Erkenntnisse hält, anzupassen haben. So kam es z. B. in Bayern, daß die Bauern solange zur Revolution standen, wie die städtischen Arbeiter ihnen Hilfe gegen die Zwangswirtschaft des Staates und dem Landproletariat Unterstützung bei der Besitznahme von Land durch Enteignung des Großgrundbesitzes zusagten; als aber zur Zeit der zweiten, unter kommunistischer Parteiführung stehenden Räterepublik der Grundsatz ausgesprochen wurde, die Bauernschaft solle „verstaatlicht“ werden, da packten

die Bauernvertreter ihre Aktentaschen zusammen, und wäre nicht der Noske mit den faschistischen Horden gekommen und hätte die Revolution in Mord und Schändung ersäuft, so wäre wahrscheinlich die marxistische Weisheit binnen kurzem zur Katastrophe geworden.

Bakunin sagt: „Die Bauern werden mit den Arbeitern der Städte marschieren, sobald sie überzeugt sein werden, daß die Arbeiter der Städte ihnen weder ihren Willen noch irgendeine politische und soziale Ordnung aufzwingen wollen, eine Ordnung, die von den Städten zur größeren Glückseligkeit des Landes erfunden ist; sobald sie die Gewißheit erhalten haben, daß die Arbeiter keineswegs beabsichtigen, ihnen ihren Boden zu nehmen.“ Und weiter: „Der Bauer will den ganzen Boden für sich haben; er betrachtet den großen Herrn und den reichen Bourgeois, deren große Besitztümer, von bezahlten Händen bebaut, seinen Acker verkleinern, als Fremde und Räuber. Die Revolution von 1789 gab den Bauern die Kirchengüter; sie wollen eine andere Revolution benutzen, um die Güter des Adels und der Bourgeoisie zu erwerben.“ Bakunin stellt den Grundsatz auf, daß es nicht Sache der Städter sei, die Verteilung des bäuerlichen Landes zu regeln; wie die Bauern das machen wollen, ob sie Genossenschaften bilden, ob sie in nachbarlichen Eigenghöften ihren Grund als Inhaber bearbeiten wollen, ist ihre eigene Sache, mögen sie sich deswegen gegenseitig raufen. Nur muß ihnen gesagt werden, daß auch kein Schutz von Eigentumsrechten gewährt wird. Da Bauern keine Spießbürger sind und, viel besser als Industriearbeiter wissen, daß sie sich irgendwie untereinander verständigen müssen, um sich ihrer Feinde zu erwehren, werden sie nie lange zögern, um zu einer allen genehmen Regelung ihrer Angelegenheiten zu gelangen. Aber den Arbeitern empfiehlt Bakunin, den Bauern „als Agitatoren der Revolution Freikorps auf das Land zu schicken.“ Die sollen nicht bloß Reden halten, sondern selber da mit zugreifen, wo nach ihrem eigenen Rat Taten helfen können. Denn Bakunin meint, „daß die persönliche Propaganda, und wenn sie von den revolutionärsten Männern der Welt ausgeführt würde, auf die Bauern keinen sehr großen Einfluß haben könnte. Die Rede hat für sie keinen Reiz, und Worte sind für sie nur Worte, wenn sie nicht Ausdruck der Macht und unmittelbar von Taten begleitet sind. Der Arbeiter, der allein in einem Dorf Reden halten wollte, würde Gefahr laufen, wie ein Bourgeois verhöhnt und verjagt zu werden.“

Was wir heute in Schleswig-Holstein erleben, das hat im Grunde mit Faschismus gar nichts zu tun; das ist Auflehnung gegen die Autorität, nicht aber eine Auflehnung mit den großen revolutionären Freiheitsplänen, wie sie den Bundschuh und den Armen Konrad

beseelten, sondern eine Auflehnung, die sich, im Stich gelassen von aller fremden Hilfe, des Mittels des Haberfeldtreibens bedient, um der Wut und dem Bewußtsein des gekränkten Rechtes Luft zu machen. Solange die Faschisten die einzigen sind, die den rebellisch gewordenen Bauern Verständnis zeigen und sie auf den Haberzügen begleiten, werden die Faschisten selbstverständlich die Gefolgschaft der Bauern haben. Da aber der Anarchismus die einzige Gesellschaftslehre ist, die dem natürlichen Gefühl des freien und stolzen Bauern entspricht, hätte es niemand leichter, die revolutionären Kräfte des freiheitlich gesinnten Proletariats mit den revolutionären Kräften des freiheitlich gesinnten Landvolks zu vereinigen als der Anarchismus. Denn was wir eingesehen haben, daß der Staat das Unglück aller Gesellschaft ist, das weiß der Bauer aus seinem Gefühl. Predigen wir ihm nicht die Ablehnung der Autorität, sondern führen wir ihm unsere Respektlosigkeit vor der Autorität vor. Die deutschen Kleinbauern, die während des Krieges in Süddeutschland die Speicher in Brand steckten, in die die Kommunalverbände den Ertrag ihrer Arbeit zwangsweise lagerten, die jetzt die unsolidarische Haltung der städtischen Arbeiter beim Widerstand gegen ihre Auspressung mit einem siegreichen Wirtschaftskrieg gegen die Stadt Neumünster zu überwinden verstanden, die alten Haberfeldtreiber, die heute den silbernen Pflug und das rote Schwert auf ihrer schwarzen Fahne führen — das sind nicht unsere Feinde! Gelingt es uns, ihnen zu zeigen, daß wir ihre Freunde sind, daß wir Freude haben an ihrem Zorn und an ihrem Haberfeldtreiben, dann werden wir einmal, wenn wir ihre Hilfe brauchen, Bundesgenossen haben, die stärker sind als alle Weißen Gardien zusammengenommen. Es wird der Tag kommen, wo es nicht mehr darum gehen wird, die heilige Ordnung aufrecht zu halten, unter der der Bürger ruhig atmen mag, sondern darum, die Kräfte zu stärken, die der Freiheit den Sieg erobern sollen. Dann aber ist not, daß den Kindern die Milch und dem Volke das Brot nicht fehlt, und nur die Haberfeldtreiber auf dem Lande können es uns geben. Mögen sie erfahren, daß wir Anarchisten ihrer Empfindungswelt näher sind als Faschisten welcher Richtung immer und daß nur wirkliche Staatsfeinde mit ihnen den gleichen Geschmack haben, nämlich den, dem eingeschmissene Fensterscheiben an einem Steueramt hübscher scheinen als die gesamte Architektur. Wichtiger als dem Landvolk unsere theoretischen Weisheiten einzuflößen ist es, uns selber klar zu machen, wie eng die bäuerlichen Rebellen zu uns gehören. Wir brauchen uns nur zu ihnen zu bekennen, so wird uns ihre Kameradschaft nicht fehlen, wenn einmal wir zum großen Haberfeldtreiben ins Horn blasen.

Zwangs-Mutterschaft

Unter diesem Titel veröffentlicht Margaret Sanger eine Auswahl von Briefen, die sie unter 250 000 erhaltenen Zuschriften herausgesucht hat, um sie als Dokumente unsäglicher Leiden, von den Leidenden selbst verfaßt, der Öffentlichkeit zu übergeben. Das Buch, 296 Seiten, ist bei der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1929, erschienen und mit einer Einleitung von Dr. Friedrich Wolf, dem Verfasser von „Cyankali“, versehen.

Margaret Sanger ist die Vorkämpferin der Geburtenregelung in Amerika. Sie hat, zur Verminderung der Leiden ihrer Geschlechtsgenossinnen, die sie als Schwester in den Hospitälern zu pflegen bekam, den aktiven Kampf aufgenommen. Geburtenbeschränkung und das Recht auf freiwillige Mutterschaft waren ihre Forderungen. Für diese wurde sie in das Gefängnis geworfen, und zwar nach der Errichtung der 1. Klinik für Geburtenbeschränkung (Beratungsstelle) in New York, die 1916 eröffnet, nur 10 Tage lang bestand. Sie wurde des Verbrechens „öffentlichen Unfugs“ angeklagt. Sie schildert diese Vorgänge in ihrem 1927 im Sybillen-Verlag in Dresden erschienenen Buch „Die neue Mutterschaft“, das wertvolles Material zur Frage des Kampfes um Geburtenbeschränkung enthält.

Ihre Schriften kamen selbst in die entlegensten Teile Amerikas. Ueber das Buch, das die Zusendung der mehr als 250 000 Briefe an sie veranlaßte, die aus fast allen Teilen Kanadas und der Vereinigten Staaten an sie gelangten, sagt sie selbst: „Dieses Buch verkündete in einfacher und allgemeinverständlicher Fassung die Botschaft der Geburtenbeschränkung als des sichersten Mittels zur Befreiung des versklavten weiblichen Geschlechts.“

Diese Briefe klingen wie ein einziger ungeheurer Schrei der Mütter! Nach Lebenskraft und Lebensrecht für sich, für die geborenen und ungeborenen Kinder. Sie bilden eine furchtbare Anklage gegen die Gesellschaft, die ihren Mitgliedern ein solches Martyrium aufzwingt. — Wenn sich in den Briefen die Wendung: „Ich müßte verrückt werden, wenn ich noch ein Kind bekommen sollte . . .“ immer wiederholt, so fragt man sich, woran es liegt, daß diejenigen nicht verrückt werden, die von diesen maß- und grenzenlosen Leiden Kenntnis haben, über die Mittel zur Abhilfe verfügen und sie doch vorenthalten! Ueber die von ihnen vorgebrachten Gegen Gründe sagt M. S.: „. . . wie weit entfernt von der seufzenden, blutenden Menschheit klingen alle diese von Vorurteilen eingegebenen Argumente, wenn man einmal der Wirklichkeit des Leidens ins Auge gesehen hat.“

Im Vorwort setzt sich Friedrich Wolf mit den Verhältnissen in Europa, besonders in Deutschland, sowie mit der Frage der Uebervölkerung der Kulturländer auseinander. Noch sind es wenig Aerzte, sagt er, die sich offen zur Geburtenregelung bekennen. Wir wissen, warum. Sind es doch

nur wenig Aerzte, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen!

Margaret Sanger hat das Material der 5000 Briefe in 18 Kapiteln dargestellt, deren Ueberschriften die Gliederung zeigen: Junge Mütter, Unfreiwillige Mutterschaft, Drückende Armut, Stimmen der Kinder, Der Arzt warnt, — gibt aber keine Auskunft —.

Es ist dasselbe in Amerika, wie in allen Ländern der Erde! Die Proletarierin, die arbeitende Frau trägt als Gebäerin der Menschheit doppelte Not und doppelte Last. In der einfachen unmittelbaren Art, die Margaret Sangers Darstellung auszeichnet, heißt es Seite 110: „Wenn das Essen knapp ist, so ist es immer die Mutter, die es sich vom Munde abspart, die am meisten unter dem Nahrungsmangel leidet. — Die Kinder müssen auf jeden Fall etwas zu essen bekommen. Der „Ernährer der Familie“, der es oft nur dem Namen nach ist, muß seine Kraft bewahren. Die Mutter bekommt für sich und das kommende Kind, das sie im Leibe trägt, nur das, was übrig bleibt. Daher ihre körperliche Erschöpfung, ihr drohender Zusammenbruch“

Es ist unmöglich, hier auf den Inhalt all der Briefe näher einzugehen. Jeder proletarische Klassenkämpfer findet in ihnen eine Fülle von Material, Anfeuerung für die Fortsetzung seines Kampfes.

Als Anhang des Buches ist eine Analyse von 5000 aus den 250 000 Briefen herausgegriffener Briefe gegeben. Ihre Bearbeitung erfolgte nach: 1. Geographische Verteilung, 2. Wirtschaftliche Lage, 3. Alter der Mutter, 4. Zahl der Kinder, 5. Geburtenhäufigkeit, 6. Gesundheitszustand, 7. Krankhafte Zustände während der Schwangerschaft, 8. Fehlgeburten, Totgeburten, Entbindung und ihre Folgen usw.

Daraus folgende Ergebnisse: 80 Prozent sind „sehr arm“ und nur 2 Prozent „wohlhabend“. Ein Viertel der Frauen sind Lohnarbeiterinnen, einschließlich der Heimarbeiterinnen ist es ein Drittel, Hausarbeit nicht mitgerechnet. 80 Prozent der Frauen heirateten vor ihrem 20. Lebensjahr. 4000 Mütter mit mehreren Kindern hatten durchschnittlich 5 Kinder, 500 davon hatten aber 8 Kinder und mehr geboren. Die jüngste Mutter von 8 (!) Kindern ist 21 (!) Jahre alt. Der Zwischenraum zwischen zwei Schwangerschaften war bei 800 Frauen 18 Monate oder weniger! Davon bei 230 nur 10 oder 11 Monate. Gesundheitszustand, Schwangerschaft, Geburt und ihre Folgen werden von all dem auf das schlimmste beeinflußt. Ueber Fehlgeburten und Totgeburten äußerten sich 3080 von 5000 Frauen. Es zeigt sich, „daß mit einer Ausnahme keine Mutter mehr als die Hälfte der vielen Kinder, die sie empfangen hatte, lebend geboren hatte und die meisten weit mehr als die Hälfte verloren hatten.“

Das ist das Bild, das die Briefe der bei Margaret Sanger Hilfe suchenden Frauen bieten. Eine Seite aus der großen Anklage gegen die kapitalistische Gesellschaft.

Daß dieses Buch von denen geschrieben ist, die es angeht, macht seinen besonderen Wert aus. Es sollte nur solche Bücher geben; denn aus ihnen spricht die Wahrheit. Margaret Sangers Kampf ist es zu danken, daß alle diese Gequälten eine Stimme bekommen haben, die unser Ohr erreicht.

Meta Kraus-Fessel.

Neue Literatur

Wieder kann aus dem mächtigen Stoß seit der letzten Uebersicht angesammelter Bücher nur eine kleine Auswahl in kritische Betrachtung genommen werden. Wieder müssen die Verfasser und Verleger von Werken, die eine gesellschaftliche Spezialfrage zum Gegenstand haben, damit vertröstet werden, daß im FANAL von jeher darauf Bedacht genommen wurde, bei der Behandlung bestimmter sozialer Erscheinungen zugleich auf wesentliche einschlägige Literatur hinzuweisen. Wieder muß betont werden, daß in einer Monatsschrift nur selten Gelegenheit ist, ein einzelnes Buch in den Mittelpunkt einer Abhandlung zu stellen, wie es mit Plättners Zuchthausbuch, Lehmann-Rußbüldts Aufklärungen über die Kriegsrüstungs-Internationale und zuletzt mit Werthauers Strafrechts-Entwurf geschah. Die Bücher, welche sich weiter mit juristischen, sexualen, ökonomischen, pädagogischen, allgemein-politischen und künstlerisch-theoretischen Fragen befassen, sollen, soweit sie dem Berichtenden stärkerer Beachtung wert erscheinen, in größeren Zusammenhängen kritisch beleuchtet werden. So hoffe ich, mich einmal zum Problem der sogenannten Freiwirtschaft grundsätzlich äußern zu können, wobei die Bücher von Silvio Gesell und seiner Anhänger, wobei auch die letzte hierher gehörende Darstellung von Paul Nagel „Geld und Boden“ (Buchhaus der Schaffer, Frankfurt a. M., 1928) ihre Würdigung finden können. So soll, wenn sich das nächste Mal der Anlaß ergibt, die erbärmliche Niederträchtigkeit der gesetzlichen Abtreibungsinquisition der Empörung aller anständigen Menschen zu denunzieren, die wirksame Anklage „Frauen in Not, § 218“, von Carl Credé (Adalbert Schultz Verlag, Berlin 1929), zur Bekräftigung herangezogen werden. Ein für die nächste Zeit beabsichtigter Artikel über das Theater als revolutionäre Tribüne wird natürlich verbunden sein mit einer Erörterung des Rechenschaftsbuches von Erwin Piscator „Das politische Theater“ (Adalbert Schultz Verlag, Berlin 1929). In den gehörigen Zusammenhängen sollen ferner Schriften betrachtet werden, wie „Onanie, weder Laster noch Krankheit“, von Max Hodann (Universitas, Berlin 1929), „Vom Manifest zum Gesetz“, von R. Geist (Internationale Buchpresse, Frankfurt a. M.) und die verschiedenen Rußland-Berichte, von denen vorläufig die Dokumentensammlung des Bundes der Freunde der Sowjet-Union „Der Kampf der Sowjet-Union um den Frieden“ genannt sei, sowie der „Sowjetrussische Bilderbogen“, „Im Lande der roten Macht“, von Bruno Frei (Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1929). Was die erzählende Literatur und die übrigen Werke der Dichtkunst anlangt, so kann hier nur eine sehr spärliche Auswahl in solchen Sammelbesprechungen wie dem vorliegenden gelegentlich kritisiert werden, und auch dann nur, wenn der Inhalt derartiger Bücher in sachlichere Hinsicht die Interessenkreise der FANAL-Leser berührt, wie das etwa für den neuen großen Roman von Alfred Döblin „Berlin, Alexanderplatz. Die Geschichte vom Franz Biberkopf“ (S. Fischer Verlag, Berlin

1929) oder dem letzten Ertrag der zu uns gedruckenen russischen Prosa-kunst, „Taschkent, die brotreiche Stadt“, von Alexander Newerow (Neuer Deutscher Verlag, Berlin, 2. Aufl. 1929) zutrifft. Die dem Gedankenbild dieser Zeitschrift ferne liegenden belletristischen Veröffentlichungen behalte ich mir vor, an anderer mir zugänglicher Stelle zu rezensieren. Von allen hier zunächst nur mit dem Titel genannten Werken ist schon jetzt zu sagen, daß sich ihre Lektüre empfiehlt, auch wenn die Haltung des Autors zu seinem Thema nicht in allen Punkten bejaht werden kann. Beispielsweise verdient der von der AAUE unterstützte Geistsche Versuch, die Theorien des revolutionären Klassenkampfes über das Kommunistische Manifest hinaus fortzuentwickeln, um sie mit den gegenwärtigen Erscheinungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustandes in Uebereinstimmung zu bringen, großer Beachtung, obwohl vom Standpunkt des Anarchismus mancherlei marxistische Befangenheit nicht unwidersprochen gelassen werden darf; aber hier ist wenigstens einmal eine vielfach brauchbare Diskussionsgrundlage geschaffen worden, die die Absicht des Buches, die linksrevolutionären Gruppen in Deutschland zu gemeinsamen Kämpfen zusammenzuführen, wohl fördern kann.

Die vorige Literatur-Uebersicht im FANAL, seit der leider wieder viele Monate vergangen sind (Jahrg. III, Nr. 7), schloß mit dem Versprechen, die Beschäftigung mit einigen Neuerscheinungen, zu der der Platz nicht reichte, bei nächster Gelegenheit nachzuholen. Darunter nannte ich das Erlebnisbuch von Max Hoelz, „Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne“ (Malk-Verlag, Berlin 1929), und das ist in der Tat ein Buch, dem einige Sätze mehr als die bloße Erwähnung gebühren. Man kann viel Freude an dieser Selbstbiographie eines revolutionären Proletariers haben, dem es beschieden war, seine bedeutenden Gaben als militärischer Bandenführer zur rechten Stunde im guten Kampf zu verwerten, seinen mutigen Charakter in Not und Gefahr als entschlossener Mann und als treuer Kamerad zu bewähren und, nach dem Niederbruch der Aufstände, denen er klug und tapfer diente, dem gehässigen, voreingenommenen und zu seiner Vernichtung entschlossenen Sondergericht die prächtige Haltung des furchtlosen und dem Tode gewachsenen Feindes vorzuführen, der zu seinen Kameraden, zu seiner Sache und zu seinen Taten steht. Die Freude an dem Buche erwächst aus dem frischen, dem eigenen Erleben, ja dem eigenen Erleiden zugetanen Ton eines Menschen, der sich selber froh bejaht, ohne doch in Pose und eitle Ueberheblichkeit zu verfallen. Was gerade bei Max Hoelz befürchtet werden konnte, daß die nicht immer richtige Abschätzung der autoritären Wirkung seiner Persönlichkeit, wie sie seit seiner Entlassung aus dem Zuchthause manchmal unerfreulich in Erscheinung trat, die Stilisierung seines Berichtes peinlich beeinflussen werde, ist nicht eingetreten. Nirgends wird versucht, als Schriftsteller zu glänzen, nirgends tritt das berechtigte Selbstbewußtsein in der üblen Form der Selbstgefälligkeit hervor, so entsteht eine flüssige und natürliche Sprache und ein zugleich bescheidenes und stolzes Bekenntnis zu einem aus naiver Kraft zu willensstarker Ueberzeugung emporgehobenen Leben. Diese geistige Haltung bewirkt Sympathie für den Mann und Freude an seinem Buch. Aber die Freude ist nicht ungetrübt. Sie weicht überall da einigem Unbehagen, wo Hoelz aufhört, der Berichterstatte seiner Schicksale zu sein, wo er Politiker sein möchte. Das ist er nicht, da ist er uneigen, unschöpferisch, urteilslos und abhängig. Dies wird nicht gesagt, weil Max Hoelz Mitglied und Propagandist der Kommunistischen Partei ist; das ist seine Sache und niemand ist berechtigt, es ihm zu verargen. Es gibt sicherlich in der KPD, durchaus fähige und persönlich unantastbare Politiker. Aber gerade Max Hoelz scheint viel eher deshalb bei der Partei

zu stehen, weil ihm, dem ausgezeichneten, von der Zuverlässigkeit seines rebellischen Temperaments im robusten Nahkampf aufs beste bedienten Draufgänger, jeder politische Weitblick vollkommen mangelt und er sich in wahrhaft kindlicher Klugdünkereie einbildet, das sei richtige Politik, daß man abseits aller leidenschaftlichen Wildheit mit der Balancierstange der gerade anbetohlenen Taktik auf der Linie der Parteizentrale stramme Disziplin vorturnt. So entsteht oftmals in dem Buche der Eindruck, als ob in die sonst so lebendige Darstellung der revolutionären Ereignisse da, wo augenblicklich amtierende Bonzen unangenehm berührt werden könnten, irgendein Schulmeister dazwischenretuschiert hätte. Warum wird alles, was seinerzeit die KPD. an Hoelz gesündigt hat, auf den breiten Rücken Heinrich Brandlers abgeladen, während jeder Eingeweihte weiß, daß das wirkliche Karnickel Heckert war? Offenbar doch, weil Brandler als Renegat, Verräter, Abweichling und rechtes Schwein aus dem Olymp geflogen ist, in dem Heckert zur Zeit gerade unter den Göttern thront. Wo es einmal gar nicht zu umgehen ist, festzustellen, daß Heckert in ganz schmählicher Weise Hoelz' Namen zu einer konterrevolutionären Kundgebung gefälscht hat, heißt er immer noch Genosse Heckert, was Brandler konsequent versagt wird, und in Klammern wird sein Verhalten mit einer „später“ abgegebenen fadenscheinigen Ausrede auch noch entschuldigt. Wenn Hoelz erzählt, mit der KAPD. sei er „nie einverstanden“ gewesen, so ist doch wohl daran zu erinnern, daß er nach seinem Ausschluß aus der KPD. Mitglied dieser Partei war, daß er als KAP.-Mitglied militärischer Führer im Mitteldeutschen Aufstand war, und daß er auch als zum Tode bestimmter Angeklagter vor dem Klassengericht die Mitgliedschaft bei der Kommunistischen Arbeiterpartei unter Betonung hervorhob. Was soll das alles? Es ist höchst unklug, die Geschichte nach den Wünschen bestimmter Leute, die nicht von ihr blamiert werden möchten, ausbessern zu wollen. Natürlich, es ist beinahe rührend, wie Max Hoelz bestrebt ist, seine eigenen Taten, die seine Rolle in der revolutionären Epoche vor der Geschichte bezeichnen, zum guten Teile selber zu verurteilen, um bei der Muse Clio, die wahrscheinlich ihre Zensuren nach einem in Moskau redigierten Leitfadern austeilt, um mildernde Umstände zu werben. „Es war ein schwerer politischer Fehler vor mir, daß ich es gutgeheißen und manchmal mich sogar daran beteiligt hatte, wenn Expropriationsgruppen Ueberfälle auf Bankgebäude, Postkassen usw. ausführten.“ Da Hoelz selber weiter berichtet, daß diese Gelder von der KAPD. zu politischen Zwecken, zum Druck von Zeitungen und Flugblättern und zum Teil auch zur Unterstützung illegal lebender Genossen verwendet wurden, ist nicht zu erkennen, worin der politische Fehler bestanden haben sollte und wieso der tatsächliche politische Gewinn in keinem Verhältnis gestanden haben soll „zu dem Schaden, den die kommunistische Bewegung durch die Expropriationen erlitt.“ Denn daß „viele an den Ueberfällen beteiligte Genossen durch diese Art des revolutionären Kampfes korrumpiert“ worden seien, ist eine durch nichts erwiesene Behauptung, die einen sehr hohen Respekt vor den bürgerlichen Eigentumsbegriffen verrät und die man in diesem Buche sehr gern nicht gefunden hätte. — Um gleich alles zu sagen, was meine Freude gedämpft hat, sei das Mißbehagen darüber ausgedrückt, daß Hoelz meines Erachtens die Anerkennung für die Arbeit, die zugunsten seiner Befreiung geleistet worden ist, nicht gerecht genug verteilt. Ihm ist augenscheinlich die laute Form dieser Arbeit, die ihre letzten Äußerungen kennzeichnete, so stark in den Ohren hängen geblieben, daß er die jahrelange stille Vorarbeit, die die Rechtsanwälte Hegewisch, Broh, Laskowski und vor allem Victor Fraenkl in aufopfernder, nimmermüder Selbstlosigkeit geleistet haben, nicht mehr recht

zu würdigen vermag. Wohl gedenkt er ihrer, aber die beteuerte Dankbarkeit kommt etwas säuerlich hieraus, und da niemand besser weiß, als Genosse Dombrowski und ich, daß es allen voran Justizrat Fraenkl war, der die Trommel bespannt hat, auf der wir alle dann Alarm geschlagen haben, so möge hier ein Verdienst zu seinem Recht kommen, dem es an der geeigneten Stelle nicht voll zuteil geworden ist. — Aber ich möchte nicht, daß diese nicht eben geringen Einschränkungen meines Lobes das Lob des Buches völlig ersticken sollten. Besonders der zweite Teil, der die langen Zuchthausjahre schildert, zeigt den Verfasser nicht nur als sachlichen Beobachter und entschlossenen Wahrer der spärlichen Rechte eines Justizopfers, sondern auch als einen Kritiker schlechter Einrichtungen, der wo keine fremde Gescheitheit den eigenen Verstand verkleinert, klar zu urteilen und zwischen Dummheit und Gemeinheit, Pflicht und Tücke der Quälgeister sicher zu unterscheiden versteht. Dieser zweite Teil ergänzt vortrefflich die schon bestehende Literatur über den gepriesenen modernen Strafvollzug, wie der erste Teil „Jugend, Krieg, Revolution“ viel wertvolles Material zu den Ereignissen beibringt, in deren traurigen Schatten wir leben müssen. Ein lebendiger, sonniger Kerl hat zu seinem Teil beigetragen, diesen Ereignissen Leben und Sonne zu geben, und wo seine blutvolle Natur ihm die Feder führt, die Zeit zu beschreiben, die ihm Willen und Tat eingab, da teilt sich dem Leser die Freude, die Begeisterung und die Kraft mit, die in Max Hoelz das Feuer des handeinden Revolutionärs entzündet haben. Mag es ihm gelingen, die Glut dieses Feuers vor den erstickenden Weisheiten realpolitischer Programmhüter lebendig zu erhalten!

Die von der Zehnjahresspanne nach dem revolutionären Geschehen in Bayern bewirkte Rückerinnerung hat eine Reihe von Schriften ans Licht befördert, denen ein kurzer Ueberblick gegönnt sei. Die in meiner eigenen Broschüre „Von Eisner bis Leviné“ mitgeteilten Tatsachen über Vorgeschichte und Entstehung der Räterepublik werden in keiner der neueren Darstellungen angetastet, so daß die Verteidigung einer meiner Aufstellungen sich erübrigt. Eine einzige sachliche Richtigstellung ist dadurch geboten, daß der auf Seite 55 erwähnte Aufruf an das Proletariat, wie mir Ernst Niekisch mitteilte, nicht von ihm, sondern von Gustav Landauer verfaßt war. Irgendeine andere Berichtigung des Inhalts ist weder öffentlich, noch privat erfolgt, so daß mein Bericht wohl als historisch einwandfrei angesehen werden kann.

Die übrigen Arbeiten wollen keine Geschichtsdarstellung geben, sondern befassen sich mit Spezialthemen aus der Räterepublik. Zwei von ihnen haben die Rote Armee zum Gegenstand genommen, eine vom revolutionären, die andere vom konterrevolutionären Standpunkt aus, die dritte führt den elegischen Titel „Aus Münchens schwerster Zeit“ und behandelt „Erinnerungen aus dem Münchener Hauptbahnhof während der Revolutions- und Rätezeit“, von Reichsbahnoberrat Max Siegert (Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz A.-G., München-Regensburg 1928). Der Verlag legt dem 150 Seiten starken Buch „Zur gefl. Benützung“ einen von Otto von Tegernsee unterzeichneten Waschzettel bei, in dem darauf aufmerksam gemacht wird, daß Siegerts tagebuchartige Ausführungen „nicht ohne fein zugespitzte Ironie“ seien. Man müsse, meint Herr von Tegernsee, aus dem Buche erkennen, „welch wilde Horde von Revolutionsmittläufern am Münchener Bahnhof hauste und chaotische Verwirrung hervorrief“. Es war eben eine Zeit „torenhafter Gewalten“, wo „die Lumpen in den Revolutionstagen sich anmaßen, zu regieren und zu kommandieren“. Der Waschzettelmann preist „den hohen Mut des Verfassers“, der es wagt, „die Ereignisse jener Schmachttage in Bayerns Geschichte“ unter Verhältnissen zu

veröffentlichen, unter denen kein Revolutionär atmen darf. Aber möchte das Buch in jedes deutsche Haus eindringen, damit sich alle voll Mißmut abwenden von einer Zeit, die uns nur greuliche Taten der Revolutionsmänner zeigt. Es ist ein lebendiges Dokument aus Schreckenstagen, das noch leben wird, wenn über viele andere moderne Schriften längst der schäbige Staub der Vergangenheit lagert“. Soweit das beigelegte Papier zur gefl. Benützung. Der Autor selber sagt im Vorwort: „Bei der Schilderung aller Ereignisse habe ich es vermieden, nach irgendeiner politischen Seite Kritik zu üben. Wenn es auch notwendig war, mich mit der einen oder anderen Persönlichkeit eingehender zu befassen, so geschah dies nur aus dem Grunde, um das Hervortreten solcher Personen im Rahmen der damaligen Zeit zu zeigen. Ich habe nur Tatsachen niedergeschrieben . . .“ Ich habe das Buch gelesen und hoffte, aus den Siegertschen Tatsachen nun das wilde Hausen unserer Horden bei Lichte zu sehen, das immer nur den Konterrevolutionären aufgefallen ist, während wir Revolutionäre dauernd darüber die Hände rangen, daß unsere braven Genossen nie die Sorge darum vergaßen, daß nur um des Himmels willen kein Schnürchen der ordnungsgemäßen Dienstabwicklung entzweireiße. Ach, ich habe auch in den, übrigens vielfach interessanten, Tagebuchnotizen des guten Mannes nichts gefunden, was in dem Verhalten der Revolutionäre nach Schreckensherrschaft ausgesehen hätte. Und die „feine Ironie“, nicht ohne welche Herr Siegert Memoiren zu schreiben weiß? Die sieht ungefähr so aus: Ein von Egelhofer unterzeichneter Ausweis gibt einem Genossen Vollmacht, auf dem Bahnhof für „dem“ regelmäßigen Gang zu sorgen. Das zweimal mit fettgedrucktem „m“ gebrandmarkte Dokument wird zum Ueberfluß in der Anlage auch noch reproduziert, und da sieht man, daß es sich gar nicht um einen grammatikalischen, sondern um einen Schreibfehler handelt: da steht nämlich in schnell hingeworfener Schrift, daß der Beauftragte für „denn“ regelrechten Gang zu sorgen habe. Aber wenn es nun schon Bildungsmangel wäre, dann bietet das Dokument eben den Beweis dafür, daß die Egelhofer und wir alle nur eine Gesellschaftsordnung stürzen wollen, die dem arbeitenden Menschen sogar die Schulen vorenthält, in denen er seine Sprache richtig anzuwenden lernen könnte. Trotzdem: Siegerts Buch verrät eine viel anständigere Gesinnung, als sein Verlag in dem Wisch zur gefl. Benützung ahnen läßt. Er bemüht sich wirklich, den Menschen gerecht zu werden, mit denen er zu tun hatte; überdies enthält das Buch auch, abgesehen von den Vorgängen am Hauptbahnhof, der von November 18 bis zum Mai 19 stets im Brennpunkt der revolutionären Ereignisse stand, unbekannte Tatsachen, die dem späteren Geschichtsschreiber viel Aufschluß darüber geben können, wo die Lumpen gestanden haben, bei den Roten oder bei den Weißen. Ein Beispiel: „Nach einigen Tagen (Anfang Mai) wurde er (ein gefangener Genosse) nach München in das Zuchthaus Stadelheim gebracht und dort mit vielen anderen in der Kirche des Zuchthauses festgehalten und bewacht. Auf dem Altar waren Maschinengewehre gegen die Gefangenen aufgestellt. Jedesmal, wenn der Gefängniswärter aufsperrte, erschrak alles . . .“ Hübsch, nicht wahr? Haut's den Pfaffen um die Ohren; das ist ein Zeugnis von einem der übrigen, der „nur Tatsachen niedergeschrieben“ hat.

Ein dünnes Heftchen „Die Rote Armee“, von Dr. Albert Herzog (im gleichen Verlage schon 1924 in 2. Auflage erschienen) ist kaum der Erwähnung wert. Eine einzige blöde Gehässigkeit, eine witzlose Verhöhnung des unterlegenen Gegners, lesenswert nur, um zu erkennen, auf welcher geistigen und sittlichen Höhe die Leute stehen, die für ihre Sache erst Mut bekamen, als schon die Maschinengewehre auf den Altären aufmontiert waren.

Ein Buch hingegen, aus dem sich wirklich vieles lernen läßt, wengleich es keineswegs als objektive Tatsachenschilderung anerkannt werden kann, ist der Geschichtsausschnitt „Als Rotgardist vor München“, von Erich Wollenberg (Internationaler Arbeiterverlag GmbH., Berlin 1929). „Reportage aus der Münchener Räterepublik“ nennt der Verfasser sein Werk, und zwar mit Unrecht. Reportage nämlich ist Bericht, Aneinanderreihen geschehener Dinge unter bewußtem Verzicht auf beurteilende Erörterung, Feststellung, nicht Kritik — das ist Reportage, das gerade unterscheidet sie von betrachtender Darstellung, und Wollenbergs Buch läßt nichts, was er erzählt, ohne parteigefärbten Kommentar. Das würde wenig ausmachen, könnte man nur sicher sein, daß die parteiliche Färbung mindestens aus den tatsächlichen Angaben herausbliebe. Ich war selber schon am 13. April gefangen genommen worden, so daß ich die Kampfzeit der Roten Armee nicht mehr miterlebt habe und mich auf Erzählungen beteiligter Genossen verlassen muß. Um die Zuverlässigkeit Erich Wollenbergs zu prüfen, kann ich mich aber nicht auf die freundschaftlichen Empfindungen beschränken, die mich aus gemeinsamer Gefängnispein mit ihm, dem derzeitigen aktiven Offizier der russischen Armee, verbinden. Es wäre mir lieb gewesen, wenn auch er mir die doch sonst oft betonte Freundschaft dadurch bewährt hätte, daß er aus mir in meiner Haltung in München keinen andren gemacht hätte, als ich war. Was soll das, daß er mich permanent mit Toller, Klingelhöfer und Niekisch in eine politische Linie zu bringen versucht? Ich war niemals USP.-Mann und habe stets die Halbheiten und Unsicherheiten dieser Partei bekämpft, wüßte die Stenogramme des Rätekongresses jede gewünschte Unterlage bieten. Diese politische Ablehnung hat selbstverständlich mit persönlichen Dingen nichts zu tun; aber Wollenberg weiß auch, daß ich sogar in der Festung noch dem radikalen Teil der Mitgefangenen sehr viel enger verbunden war, als dem sanftmütigen. Da wird von dem noch unter Eisner eingesetzten Kommandanten der Bahnhofswache, Aschenbrenner, einem übeln und verräterischen Kerl, gesagt, die Versuche der Kommunisten, ihn von seinem Posten zu entfernen, seien „an dem Widerstand bzw. der Ohnmacht der Toller, Niekisch, Mühsam und Genossen“ gescheitert. Hätte sich Wollenberg mit den gedruckt vorliegenden und in den Moskauer Archiven sicher zugänglichen Protokollen befaßt, ehe er dumme und beleidigende Behauptungen aufstellte, dann hätte er wissen müssen, daß alle im Namen des Revolutionären Arbeiterrates und der übrigen Organisationen, die zur Mehrheit aus Parteikommunisten bestanden, eingebrachten Anträge auf Beseitigung, Verhaftung und Prozessierung Aschenbrenners meinen Namen trugen und von mir mündlich begründet wurden. Mein offizieller Antrag lautete: „Der Bahnhofskommandant Aschenbrenner ist sofort zu verhaften. Die Bahnhofswache ist sofort aufzulösen. Der Stadtkommandant Dürr ist vorläufig vom Amte zu suspendieren.“ (Stenogr. Bericht vom 25. Februar 1919; vgl. hierzu meine Reden vom gleichen Tage und vom 27. Februar, S. 18 u. S. 29 des Protokolls.) Solche Beispiele leichtsinniger und parteigefälliger Berichterstattung verringern natürlich den objektiven Wert der ganzen Schrift. Man weiß nicht, wie weit man glauben darf. Gewiß scheint mir der Nachweis erbracht, daß Ernst Toller nicht der geeignete Feldherr für die Rote Armee vor Dachau war, aber die Verratsbeschuldigungen gegen ihn tragen viel zu sehr den Stempel der persönlichen und politischen Animosität, als daß sie Eindruck machen könnten. Toller und Klingelhöfer mögen lächerlich gemacht werden, wie selbstverständlich ein General lächerlich ist, der alle Strategie unter dem Gesichtspunkt übt, Blutvergießen zu vermeiden. Daß sie aber bewußt das Proletariat in die Niederlage treiben wollten, ist ein

absurder Vorwurf. Soweit jedoch Wollenbergs Buch wirklich Reportage ist, nüchternes Material über Organisation und Leistung der Revolutions-Armee bringt, liefert es einen vorzüglichen Beitrag zur deutschen Revolutionsgeschichte allgemein und im besonderen auch noch zur deutschen Revolutionspedanterie, an der soviel gute Kraft gescheitert ist. Als Beispiel nur die groteske Feststellung, was mit den Löhnungsmitteln der Roten Armee bei ihrer Auflösung geschah. „Leitender Intendant war ein Münchener Zahlmeister, der nicht nur ein großes Kontobuch mit bürokratischer Genauigkeit führte, sondern auf Befehl Klingelhöfers bei Auflösung der Armee die restierende Summe von etwa 200 000 Goldmark gewissenhaft an die Reichsbank ablieferte.“ Unsere Revolution wurde von Spießbürgern, Ehrgeizigen und Programmhengsten verdorben, nicht von Verrätern.

Wieder zwingt Raummangel, die Bücherschau vorzeitig abzubrechen. Die Absicht, das außerordentlich wichtige Buch des Genossen Steinberg „Als ich Volkskommissar war“ (R. Piper & Co., München 1929) hier noch ausführlich zu behandeln, muß unterbleiben und soll nachgeholt werden, wenn zum Vergleich das neue Werk Trotzki's über seine politischen Erlebnisse bei mir eingegangen sein wird. Ich möchte aber nicht unterlassen, schon jetzt auf das überaus aufschlußreiche Buch aufmerksam zu machen, in dem der erste russische Volksbeauftragte der Justiz, den seine bolschewistischen Koalitionsgenossen dann zum Emigranten gemacht haben, seine und seiner Partei (Linke Sozialrevolutionäre) Haltung zur Revolution und zur innerrussischen Politik schildert. Man erfährt außerordentlich viel unbekanntes Tatsachen und die Porträte der bekannten Revolutionsführer, vor allem Lenins, erhalten scharfe Lichter. Es muß für dieses Mal bei dem bloßen Hinweis auf das Werk verbleiben, auf das unbedingt noch zurückzukommen ist. Auf einen einfachen Hinweis muß ich mich leider auch beschränken mit Bezug auf zwei Schriften des Genossen Fritz Brupbacher, die einen sehr lebendigen Einblick in die revolutionäre Bewegung der Schweiz geben: „Erinnerungen eines Revoluzzers“ (Unionsdruckerei, Zürich 1927) und „Zürich während Krieg und Landesstreik“ (ebda. 1928). Der vortreffliche Mann, der diese Bücher geschrieben hat, der Arzt und Rebelle, der zeitweilig ein wahrer Freund des Proletariats war, gibt in der ersten Schrift einen Einblick in die Entwicklung der Klassengegensätze in der Schweiz vor dem Kriege und in der zweiten dann in die stürmische Zeit, als die Internationale der Refraktäre, voran Lenin, in Zürich residierte und der Atem revolutionären Geschehens sogar von eidgenössischen Pfahlbürgern gespürt wurde. Brupbacher beschreibt all sein Erlebtes mit der gemächlichen schwyzerischen Ruhe eines sarkastischen Zuschauers; aber wir, die wir ihn kennen, wissen, wie heiß sein Herz an seiner Schilderung Anteil hat.

Bald mehr von Büchern, von solchen Büchern zumal, die nicht totes Papier sind, sondern eingewektes Leben.

Die faschistische Bestie

Keine neue Woche vergeht ohne neue Greuelnachrichten aus den Ländern, in denen der Faschismus seine Methoden verwirklichen darf. Eine auch nur halbwegs orientierende Zusammenfassung der Schurkereien der verschiedenen Diktaturen gegen die proletarische Klasse und deren revolutionäre Wortführer und Organisatoren würde eine eigene Tageszeitung füllen können. Hier können immer nur ausnahmsweise einige grade etwas weiter hörbaren Schurkereien erwähnt werden, und auch das nur, um die

Erinnerung daran wachzuhalten, daß solche Dinge in Italien, Spanien, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Litauen, Bulgarien und Griechenland tägliche Uebung sind. Im Augenblick stehen Ungarn und Bulgarien im Vordergrund der faschistischen Mordarena. Am 22. Oktober traten etwa siebzig ungarische politische Gefangene in den Hungerstreik, um auf ihre vollkommene Entrechtung und schmachliche Entwürdigung durch die Justizbehörden aufmerksam zu machen. Man bekämpfte ihren Widerstand durch Folterungen und künstliche Gewaltnahrung. Drei Revolutionäre, der Anarchist Starow und die Kommunisten Löwy und Litzmann sind an den Folgen der Mißhandlungen und an Erschöpfung durch das Hungern gestorben. Der Kampf wurde wochenlang geführt und scheint dank der großen Beachtung, den er in allen Ländern gefunden hat, zu einem Einlenken der Horthy-Bethlen-Schergen geführt zu haben. Wie weit die Zusicherungen gehalten werden, die sich auf reichlichere Kost und Erlaubnis zum Lesen nach eigener Bücherwahl beziehen sollen, wird abgewartet werden müssen.

Die Informationsstelle des bulgarischen anarchistischen Hilfskomitees im Auslande (neue Adresse: Paul Michei, Poste restante Bureau Nr. 20, Rue des Pyrénées, Paris XX e, Frankreich) versendet in kürzeren oder längeren Abständen fortlaufende Mitteilungen. Die letzte, die im September eintraf, berichtet wieder über grauenvolle Einzelheiten, indem sie mit vielen Namensnennungen betroffener Genossen Verhaftungen, Folterungen, Polizei- und Gefängnisbrutalitäten aller Art aneinanderreihet. Bei der letzten groß ausposaunten Amnestie wurden von ungefähr 40 Anarchisten grade 7 befreit. Von den 33 zurückgebliebenen sind 7 Genossen zum Tode verurteilt und die Erhaltung ihres Lebens ist noch keineswegs sicher; aber nach Erlaß der Amnestie hat der Demokrat Liaptscheff schon wieder 20 weitere Anarchisten in die Gefängnisse werfen lassen. Den Kommunisten geht es nicht besser, und zur Zeit läuft in Sofia der lange vorbereitete Prozeß gegen 52 besonders tätige Arbeiter-Revolutionäre. Außerdem sind noch eine große Reihe anderer politischer Prozesse eingeleitet worden, durch die die politische und gewerkschaftliche Arbeit unter den bulgarischen Proletariern vollständig abgewürgt werden soll. Nach dem Rote-Hilfe-Pressedienst stehen in Sofia weitere 32 Personen unter Strafverfolgung, darunter alle Mitglieder des Zentralkomitees der Arbeiterpartei und der Unabhängigen Gewerkschaften, in Plowdiw 23 Personen, darunter das gesamte Zentralkomitee des Unabhängigen Tabakarbeiterbundes; ferner an verschiedenen Orten einzelne Arbeiterfunktionäre. Seit der antimilitaristischen Kundgebung am 1. August hat man von drei proletarischen Zeitungen 14 Redakteure verhaftet und unter Anklage gestellt, dazu mehrere Mitarbeiter von Jugendzeitschriften. Die bereits erfolgten Urteile gegen einige junge Bauern in Plowdiw zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe lassen erkennen, was man in den neuen Prozessen vorhat. Bei jenem Bauernprozeß zeigte der Hauptangeklagte dem Gericht ein Stück seiner Haut, die ihm unter der Folter der Vernehmungen zwecks Erlangung von Geständnissen abgespalten war. Man kann alle diese Schandtaten nur vermerken, um die Genossen an ihre Solidaritätspflicht zu mahnen und dem Appell der bulgarischen Anarchisten Aufmerksamkeit zu schaffen, der sich „an alle Anarchisten der Welt“ wendet, damit sie ihre „moralische und materielle Unterstützung der bulgarischen anarchistischen Bewegung gewähren, welche die faschistische Regierung seit sechs Jahren im Blute ihrer besten Kämpfer zu ersticken versucht.“ (Sendungen an das Auslandskomitee, s. o.)

Um nicht mißverstanden zu werden: niemand glaube, daß die faschistische Bestie nur in Diktatorländern Nahrung finde. Wir haben gerade erst die Gastonia-Lumperei in Amerika hinter uns, und was die freieste Republik der Welt betrifft, so gab es kürzlich eine kaum beachtete Revolte in der Irrenabteilung des Berliner Zellengefängnisses in der Lehrer Straße, und vor wenigen Tagen gelang es zwei zeitweilig in der besonders gesicherten Straf-abteilung der Irrenanstalt Buch untergebrachten Zuchthausgefangenen durch einen glücklichen Handstreich zu entkommen. Darüber liest der deutsche Bürger ebenso gleichmütig hinweg wie darüber, daß ein Vatermörder, der Graf Stolberg heißt, wegen Nervosität haftunfähig ist. Die Irrenabteilungen der Gefängnisse und die Strafabteilungen der Irrenhäuser sitzen gesteckt voll Menschen, deren Krankheit von Aerzten und Behörden zugegeben wird. Es sind aber alle arme Teufel, und bei denen gibt es auch bei ausgebrochenen Geistesstörungen keine Haftunfähigkeit. Alle Deutsche sind bekanntlich vor dem Gesetze gleich, und die faschistische Bestie kommt Gott sei Dank in den Bezirken weimarscher Gerechtigkeit nicht vor.

Aufregung um Lampel

Fememörder Lampel! Au bagge, so eine feiste Sensation hat es selten gegeben! Man gut, daß sie ihn verhaftet haben. Was übrigens uns anbeiangt, so haben wir uns selbstverständlich niemals Täuschungen über den wahren Charakter dieses Herrn hingegeben. Allerdings muß es wundernehmen, daß man erst jetzt nach ihm greift, nachdem er durch seine Anklage gegen das Fürsorgewesen des Staates und das neue Enthüllungsbuch über die Hintergründe des Küstriner Putsches vorübergehend nach links abgeschwenkt erschien. Und so fordern wir rücksichtslose Untersuchung und schonungsloses Durchgreifen nicht nur Lampel gegenüber, sondern auch gegen alle seine Komplizen. Mord ist Mord und Recht muß Recht bleiben. Wir aber rücken weit ab — —

Sagt mal, werte Freunde von der linksseitigen Charaktergarde, habt ihr eigentlich nicht gewußt, daß Lampel früher Weißgardist war? Habt ihr nicht, wenn es ihm hingerieben wurde, um den Eindruck seines Erziehungshaus-Dramas abzuschwächen, den Standpunkt des Himmels verfochten, in dem bekanntlich mehr Freude über einen reinigen Sünder ist als über 99 Gerechte? Kommt ihr euch denn nicht selber erbärmlich vor, wenn ihr jetzt, da der Staatsanwalt nach ihm langt, eure Hand, die Lampels Rechte gedrückt hat, schamhaft an der Hose abwischt? Hätte jemand gesagt: dieser Kert hat einmal, und gerade als es darauf ankam, die richtige Barrikade im Bürgerkriege zu wählen, auf die revolutionären Proletarier Jagd gemacht, indem er sich von der Schupo einstellen ließ, mit dem will ich zeitlebens nichts zu schaffen haben, auch wenn er sich jetzt zu meinen Ansichten bekennt, — hätte jemand so gesprochen, so wäre das vollkommen zu verstehen. Nur hätte er gleich so sprechen müssen, während noch den früheren Schwarzen Reichwehrosoldaten ungeachtet seiner weißen Vergangenheit die Wogen der roten Begeisterung umspritzten. Aber es scheint ja wirklich so, daß der deutsche Revolutionär leichter über ein Vorleben hinwegsieht, in dem der konterrevolutionäre Klassendienst sich gegen die Arbeiterschaft ausgewirkt hat, als über eins, das in der Wirrnis des Landsknechtstums an der Vollstreckung eines Femeurteils gegen einen Verräter unter den eigenen Leuten teilgenommen hat. Denn das ist, Gott behüte, Mord, und nur wenn ein Todes-

urteil von studierten, amtlich bestellten und pensionsberechtigten Paragrapheuschwizern in schwarzen Talaren verhängt und von vereidigten Henkern unter Beistand von Staatsanwalt und Pfarrer vollzogen wird, dann mag um die Zweckmäßigkeit und ethische Berechtigung dieser Art Justiz geweiern werden, aber sie ist immerhin vom Gesetz geweiht, und Abscheu und Entrüstung bleibt der Feme vorbehalten, die in fluchwürdiger Selbständigkeit da handelt, wo das eigene Blut in Wallung ist.

Die Festnahme Lampels, die Einleitung eines strengen Verfahrens gegen ihn wegen Mordes ist tatsächlich ein außerordentlich merkwürdiger Vorgang. Daß es nun doch nicht so schlimm zu werden scheint, wird wohl daraus zu erklären sein, daß das Umlegen des Femeopfers unter Mitwirkung anderer Ostmarkenbetreiber geschah, deren Verurteilung gewissen Leuten so unerwünscht wie die Lampels erwünscht wäre. Die Tat wurde im Jahre 1921 begangen. Erinnert sich jemand, daß schon einmal ein sogenannter Fememord aus dieser Zeit verfolgt, verhandelt oder gar bestrast worden wäre? Niemand erinnert sich. Denn es gab keinen solchen Prozeß. Aber man erinnert sich ja auch der Tatsachen nicht, die es gegeben hat. Im FANAL vom Mai 1928 (Jahrg. II, Nr. 8) war in dem Artikel „Selbstjustiz“ eine Mitteilung des Nationalsozialisten Dr. Frick wiedergegeben, in der es hieß, daß „in Oberschlesien in den Jahren 1920—1923 von insgesamt 160 Fememördern nicht weniger als 200 Femeegerichte abgehalten wurden, und zwar im amtlichen Auftrag des allerchristlichsten Zentrumsmannes Dr. Spiecker, damals Reichskommissar für das oberschlesische Abstimmungsgebiet, des Sozialdemokraten Zimmer, heute noch Oberpräsident in Breslau, und des Sozialdemokraten Ernst, früher Polizeipräsident in Berlin, dann in Breslau. Spiecker gab seine Aufträge unter Decknamen über die Nachrichtenstelle des Oberkommissars an die Femerichter.“ Diese am 13. März 1928 im „Völkischen Beobachter“ aufgestellten Behauptungen sind nie widerlegt worden, und jetzt, neun Jahre nach Anfang der Serie, belangt man zum ersten Male Beteiligte der oberschlesischen Feme, belangt man als ersten Beteiligten den einzigen der 160, der ins andere Lager abgewandert ist, belangt ihn in dem Augenblick, wo sein Buch „Verratene Jungen“ (Frankfurter Sozietäts-Druckerei GmbH., Frankfurt a. M. 1929) erscheint und einen sehr lebendigen Einblick in die Zustände jener unzarten Befreierromantik gewährt. Wer dieses Buch gelesen hatte, noch ehe Lampels Verhaftung erfolgt war, der wußte ohnehin, daß er mindestens Mitwisser eines Fememordes sein mußte. Denn es ist ein gutes Buch, und Peter Martin Lampel schreibt immer nur dann gut, wenn er selbst Gesehenes und Erlebtes wiedergibt. Wo er zu konstruieren anfängt, versagt sein Talent; als ich die genaue Beschreibung des Fememordes in seinem Bekenntnisroman gelesen hatte, dachte ich nicht bloß, sondern äußerte auch, daß hier ohne Zweifel persönliche Beichte vorliegt.

Die republikanische Justiz beginnt also plötzlich, sich für einen der zweihundert oberschlesischen Fememorde von 1920—1923 zu interessieren. Da wird man vielleicht als ein auf Gerechtigkeit haltender Staatsbürger dieser Republik bitten dürfen, sich auch um die übrigen 199 Fememorde der Reihe zu kümmern. Ihre Liste wird kaum auf dem Umwege gelegentlicher oberschlesischer Ehezerwürfnisse ermittelt zu werden brauchen. Man wird doch hoffen dürfen, daß Herr Dr. Spiecker und seine sozialdemokratischen Gehilfen Buch geführt haben über die geheimen Anweisungen an die Nachrichtenstelle des Oberkommissars. Frage an den Ermittlungsrichter: „Haben Sie in Sachen Fememord Köhler bereits Herrn Dr. Spiecker und die Herren Ernst und Zimmer vernommen? Beabsichtigen Sie, deren Befragung soweit auszudehnen, daß die Angaben des Herrn Reichstagsabgeord-

neten Dr. Frick dabei auf ihre Zuverlässigkeit erprobt werden können? Wollen Sie, falls diese Angaben als richtig erwiesen werden, außer Lampel und seine beiden Mitverhafteten auch die übrigen 157 Fememörder von Oberschlesien in ein Verfahren ziehen? Und wie werden Sie es mit deren regierenden Auftraggebern halten?"

Regt euch nicht um Lampel auf, Freunde! Der ist bei der ganzen Geschichte nur zufälliges Opfer einer widerwärtigen, aber in Deutschland längst üblichen Justizgebarung, bei der es niemandem um Recht und Gerechtigkeit geht, sondern bei der sich einfach zeigt, welche politische Richtung hierzulande das ganze Rechtswesen allein beherrscht und den Justizapparat nach ihren politischen Rachebedürfnissen beliebig handhabt. Da diese Gesellschaft Lampel an den Leib geht, um ihn als Ueberläufer in unsre Reihen zu strafen, so hat Lampel Anspruch auf unsre Solidarität. Wenn die Hintermänner der Oberschlesien-Feme mit einem Male Sühnebedürfnisse wegen der Femetaten kriegen, schön, — so werden wir ihnen sagen: Bitte sehr! Aber fangen Sie gefälligst bei sich selber und bei den Ihrigen an, und nicht ausgerechnet bei Lampel. Solange Sie ihn dafür zu martern suchen, daß er zu uns gegangen ist, untersuchen wir weder sein Vorleben noch seinen künstlerischen oder moralischen Charakter, sondern stellen uns vor ihn hin. So verlangt es nämlich bei einigen Menschen der Anstand.

Revolutionäre Demokratie

Nein, war es aufregend! Der Atem stand uns allen still, erst, ob die Firma Hugenberg-Hitler-Seldte genug Stimmen kriegen würde, damit auf 'das Volksbegehren auch noch ein Volksentscheid folgen dürfe, und dann, ob die Städte Preußens und Sachsens künftighin schwarze, rote oder gelbe Bonzenmehrheiten zu Blechschmieden unsres Schicksals bekommen würden, Mit Aufwand aller zur Linken wie zur Rechten zusammengeblasener revolutionären Energie wurde gezählt, gerechnet, verglichen und Sieg! Sieg auf der ganzen Linie festgestellt. Das Volksbegehren hat gesiegt, denn es hat die nötige Stimmenzahl zusammengekratzt; die Gegner des Volksbegehrens haben gesiegt, denn es hat nur ganz knapp gelangt zum Volksentscheid. Im männermordenden Wahlkampf in Berlin hat die Sozialdemokratie gesiegt, denn sie hat mehr Stimmen bekommen als bei einer früheren Wahl; die Kommunisten haben gesiegt, denn sie haben den Sozialdemokraten 200 000 Stimmen abgenommen und daher 13 Mandate zu den früheren erobert; die Nationalsozialisten haben gesiegt, denn sie ziehen überhaupt zum ersten Male ins Rathaus ein; die Bürgerlichen haben gesiegt, denn sie haben sich wacker behauptet; sogar die Deutschnationalen haben gesiegt, denn ihnen kam es nur darauf an, die nationale Tatkraft im Stadtparlament gestärkt zu sehen, was durch den Sieg der treu verbündeten Hitlerschen geglückt ist. In der Provinz gar hat die Sozialdemokratie wirklich mehr Stimmen erobert als die andern, und was den Stimmverlust der Kommunisten anlangt, so stört er den Berliner Sieg nicht, da die Rote Fahne ihren Lesern von den Wahlergebnissen in der Provinz keine übersichtliche Zusammenstellung gegeben hat. (Auf dieselbe Weise bleibt Leow ein Ehrenmann. Der Genosse, der das Gegenteil behauptet hat, fliegt als Verleumder aus der Partei heraus; wer sich zu fragen glaubt, wird wüst beschimpft; die Leser erfahren, daß alle Behauptungen gegen Leow Schwindel sind, nur, welche Behauptungen gegen ihn gerichtet wurden, erfahren sie nicht.) Also jeden-

falls: nach der Wahl sind alle noch zufriedener mit sich selbst als schon vorher. Die Demokratie hat sich herrlich bewährt als revolutionäre Waffe.

Von den Sklareks wird es nun langsam wieder stiller werden. Von den zahllosen Bankkrachs und den Riesenbetrügereien bei der Raiffeisen-Genossenschaft redet man sowieso nicht mehr viel; bloß die Opfer, nachträgliche Inflations-Geplünderte, weinen. Die Demokratie in Berlin geht mit revolutionärer Energie ans Säubern. Sogar die Sozialdemokratie hat sich entschlossen, die Herren Brolat, Kohl und Schünning den Weg des Herrn Schneider in die Wüste nachzuschicken. Da z. B. Herr Brolat als Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft ein Jahresgehalt von 72 000 Mark bezog und die sozialistischen Arbeiterführer dieser Sorte demnach in der Stunde ungefähr soviel verdienen wie der von ihnen geführte Klassengenosse in der Woche, werden die Herren hoffentlich auch nach der Stilllegung ihrer geschätzten demokratischen Revolutionstätigkeit nicht zu hungern brauchen. Besonders erfreulich ist die Lösung, die der annoch nur beurlaubte Oberbürgermeister Böß für die Bereinigung seiner Angelegenheiten gefunden hat und die die Demokratie dieser Revolutionsmetropole ihm zweifellos zubilligen wird. Er hat nämlich den berühmten 4000-Mark-Pelz, den er für 375 Mark gekriegt hat, dadurch zu seinem vollen Wert bezahlt, daß er 1000 Mark für wohltätige Zwecke hergab. Die Wohltätigkeit bestand darin, daß er ein Gemälde für seinen Privatgebrauch unter dem Wert gönnerhaft für 800 Mark kaufte und dadurch den Künstler zur unendlichen Dankbarkeit verpflichtete und die restlichen 200 Mark einer Nichte seiner bepelzten Frau großmütig zuwendete; so blieb also die bei Sklareks ersparte Summe in der Familie. Nun hat man gefunden, daß dieses Gebaren des höchsten Berliner Würdenträgers denn doch nicht ganz zu seinem erlesenen Amt passe und er selber hat das begriffen und vorgeschlagen, man solle ihm doch einfach seine Pension bewilligen, dann sei er bereit, sich mit dem Bilde und der Nichte ins Privatleben zurückzuziehen. Und so wird es auch werden. Er wird sein Amt nie wieder mißbrauchen müssen, weil er jetzt ohne Amt von uns das Geld kriegt, für das er vorher wenigstens etwas zu arbeiten und zu repräsentieren hatte. Denn so halten wir es in unser gesegneten Republik: der Beamte, der uns schikaniert und allein durch seine Existenz unablässig ärgert und dessen Notwendigkeit ein denkender Mensch nie begreifen wird, bekommt dafür, daß er einmal diese erspriessliche Tätigkeit ausgeübt hat, nicht nur in dieser Zeit sein Gehalt, sondern wir haben ihn auch nachher noch zeitlebens für unseren einmal geschluckten Aerger zu ernähren. Jeder Arbeiter, auch jeder Künstler, jeder Arzt, jeder Rechtsanwalt und jeder Privatangestellte kann, wenn seine Dienste einmal nicht mehr verlangt werden, verrecken oder ist auf die freiwillige Solidarität seiner Standesgenossen angewiesen. Unsre gesamten revolutionären Demokraten aber, die Nationalsozialisten ebenso wie die Parteikommunisten, finden diesen Zustand anscheinend ganz in der Ordnung, wenigstens überbieten sie sich in Versicherungen an die Beamtenschaft, sie würden für erhöhte Gehälter und für auskömmliche Pensionen auf Kosten der Steuerzahler kämpfen.

Uebrigens, damit nicht die Meinung entstehe, in der Stadt Berlin werde ein so peinlich entgleister Oberbürgermeister wie Herr Böß durch garnichts gestraft: Im Ratskeller hing bis jetzt sein Porträt, gemalt von dem Wiener Künstler Max Oppenheimer. Das Bild hat die revolutionär entflammte republikanische Demokratie jetzt dort entfernt und an seine Stelle ein andres gehängt. Das stellt dar den Einzug weiland Kaiser Wilhelm I. in Walhall. **Prosit Wahlzeit!**

Oesterreich

Oesterreich steht immer noch vor der faschistischen Revolution. Die Austromarxisten, deren lauwarmes Freiheitsfeuerchen von den verbündeten Habsbürgerlichen, Finanzaristokraten, Industriepfaffen und Kasernenagrariern als der Brand verlästert wird, der am 15. Juli 1927 den staatlichen Saustall der Gerechtigkeit zum Flammenzeichen der Zukunft machte, versichern glaubhaft, daß sie in diesem Fanal immer nur eine Pechfackel erblickt hätten, und wie sie dazumal schon alle ihre Anstrengungen darauf richteten, nicht die 90 Toten zu rächen und ihre Genossen und Schildhalter zur Vollendung des Kampfes zu rufen, sondern die Faschisten zu trösten und die Arbeitermörder versöhnlich zu stimmen, so bitten sie jetzt die Strauchdiebe, doch den Proletariern nicht wehzutun, wenn sie ihnen Hände und Füße binden, ihnen den Knebel in den Schlund schieben und dann die Taschen umkehren; sie werden die Widerstrebenden selber festhalten, und mit Sanftmut gehe es eben auch. Es wird also vorläufig mal zwischen den Heimwehrbanditen und den Sozialdemokraten darüber verhandelt, ob der Faschismus durch militärische Ueberwältigung oder durch widerstandslose Kapitulation seiner Opfer in Oesterreich eingeführt werden soll. Wie das Schachern enden wird, kann im Augenblick nicht vorausgesagt werden, auch nicht, ob die von sozialdemokratischen Waschlappen mißleiteten Arbeiter die Entschlußkraft aufbringen werden, dieses Jammerschweiß, das erst dem Seipel die Ministranten, jetzt den Hahnenschwänzen die Schoberkellner liefert, von sich zu stoßen, ohne sich den völlig impotenten und von Richtungs- kämpfen innerlich total zersetzten Parteikommunisten anzuvertrauen. Nur die Arbeiterschaft, die sich selber führt, kann sich selbst befreien und vor Feinden schützen.

Genosse I. Krafft, Wien, schreibt dem FANAL, er rate dazu, eine gründliche Beschäftigung mit den Zuständen in Oesterreich bis zum Januar-Heft zurückzustellen, da bei der Unübersichtlichkeit der augenblicklichen Lage „ein jetzt geschriebener Artikel nach Erscheinen unbedingt als falsch informiert wirken müßte“. Im nächsten Heft will er den Lesern eingehend über die tatsächlichen Veränderungen in Oesterreich berichten.

Inhaltsverzeichnis und Leinen- einbände zu Jahrg. III des FANAL

werden im Laufe des Dezember versandt werden.

Der Preis für das alphabetische Inhalts- und Namensverzeichnis nebst Druckfehlerberichtigungen beträgt 25 Pfennige. Der leere Umschlag, schwarzes Leinen mit rotem Deckel- und Rückenaufrdruck, kostet 2.— Mk. Der ganze Jahrgang mit Inhaltsverzeichnis gebunden wird für Mk. 6,60 nachgeliefert

Die Geschäftsstelle des FANAL.

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Zusammenkunft

regelmäßig Donnerstags im Lokal
Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Das Erscheinen aller Kameraden wird erwartet!

Allen Arbeiter-Gesangvereinen

welchen die Pflege und Erhaltung des freien Liedes am Herzen liegt, empfehlen wir die im Verlage der

Freien Sängergemeinschaft Deutschland

erschienenen neuzeitlichen Freiheitslieder für Männer-, Frauen- und gemischte Chöre; u. a. zwei Weihnachts-Sonnenwendlieder. Man verlange Partituren zur Ansicht durch:

Paul Mittau, Düsseldorf, Sieglstrasse 15 !!

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

ANARCHISTISCHE JUGEND!

Allen Jugendgruppen, Einzelkameraden und Organisationen zur Kenntnis, das die Informationsstelle der Anarchistischen Jugend eine neue Anschrift hat. Alle Zuschriften gehen nicht mehr wie bisher an W. Boretti, Adlershof, sondern jetzt nur noch an die neue Adresse:

Walter K. Hindrichs, Berlin - Britz, Jahnstr. 44

Anarchistische Jugend!
Berliner-Gruppe

Satirischer Abend

Sonntag, den 8. Dezember

Satir. aus der Revolution nebst eig. Erlebnissen

Referent Berthold Cahn

im Jugendheim Neukölln, Bergstraße 29

Anfang 7 Uhr

Anarchistische Jugend!

Neukölln

Geschichtsfälschungen

dienen der Unterstützung von Parteidogmen und sind leider allgemein üblich geworden. Der Kampf um den Sozialismus kann nur geführt werden durch offene Kritik und wahrheitsgemäße Ueberlieferung des Geschehenen.

Die Geschichte der deutschen Revolution

wird von den marxistischen Parteien regelrecht verfälscht. Tapfere Kämpfer und Märtyrer der Freiheit werden aus Parteilichkeit zu Feiglingen und Renegaten gemacht, Fehler der eigenen Partei bemäntelt.

Es wird deshalb willkommen sein, eine Schilderung von Revolutions-Ereignissen zu lesen, die von einem unmittelbar Beteiligten geschrieben wurde, der seine Fehler und Irrtümer nicht verschweigt oder verfälscht.

Die Entstehung der bayerischen Räterepublik

die Haltung der Anarchisten in der bayerischen Revolution wird geschildert in der aufschlußreichen Broschüre von

Erich Mühsam: Von Eisner bis Leviné

Die Schrift enthält umfangreiches und der Oeffentlichkeit bisher unbekanntes Material! Sie gehört in die Hand eines jeden Genossen!

Umfang: 70 Seiten

Preis: 90 Pfg.

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt vom

FANAL-VERLAG

ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz 2, Dorchläuchtingstr. 48

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Haberfeldtreiben — Zwangs-Mutter-
schaft (von Meta Krausfessel). — Neue
Literatur — Die faschistische Bestie
— Aufregung um Lampel — Revolu-
tionäre Demokratie — Oesterreich

NR. 3

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

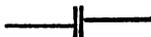
BERLIN

DEZEMBER 1929

Kind und Elternhaus

**Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York
(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)**

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“



Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des FANAL. Abonnenten des FANAL erhalten durch diese auf Wunsch Zahlungserleichterung

ALBERT DAENENS

Revolutionäre Linoleumschnitte

Mappe mit zwanzig Blättern Mk. 3,50
zu beziehen durch die Geschäftsstelle des FANAL.

ALBERT DAENENS, flämischer Anarchist, ist ein hervorragender Künstler. Seine Zeichnungen, die er als „Pamphlet-Linos“ bezeichnet, sind schneidende Anklagen gegen Kapitalismus, Militarismus, bürgerliche Heuchelei, Faschismus, Pfaffentum und Unkultur. Die Mappe, die in Brüssel erschienen ist und der begleitende Erklärungen in französischer, holländischer, deutscher und englischer Sprache beigegeben sind, ist ein hochwertiges revolutionäres Kunstwerk. Der Verkaufspreis (20 Franken=3,50 Mk) kann als außerordentlich billig bezeichnet werden. E. M.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 3

Dezember 1929

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchlüchtlingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Haberfeldtreiben

Unter Haberfeldtreiben verstand man in Bayern eine Art bäuerlicher Selbstjustiz, die dann einsetzte, wenn ein Uebeltäter das Rechtsgefühl der unverdorbenen Landbevölkerung verletzt hatte, ohne indessen vom Staatsgesetz straffällig befunden zu werden. Vor allem wurde Selbstsucht und Wucher mit Haberfeldtreiben geahndet, ferner aber etwa die Heuchelei eines Pfaffen, der von der Kanzel herunter die fleischliche Liebe in die Hölle verdammt und im Beichtstuhl ihren Himmel erschloß, und endlich hatte sich mehr als irgendwer der unsolidarische Bauer selbst in Acht zu nehmen, der es wagte, gegen Seinesgleichen zur Eintreibung einer Schuld die staatliche Hilfe der Pfändung und Versteigerung in Anspruch zu nehmen. Im stockreaktionären alten Meyerschen Konversationslexikon heißt es darüber: „Anwendung fand diese Volksjustiz in den mannigfaltigsten Fällen, namentlich bei Geiz, Wucher, Betrug, sowie überhaupt bei jeder Niederträchtigkeit, die vor dem Gesetz straflos ist, und dabei wurden die Reichen und Angesehenen und das Laster im Kirchenrock mit Vorliebe als Opfer ausersehen.“ Die Form des Haberfeldtreibens hielt sich an ein bestimmtes Zeremoniell. Um das Haus dessen, über den die Strafe verhängt war, sammelten sich nachts die vermummt und gewöhnlich bewaffneten Bauern der umliegenden und entfernteren Dörfer, die „Haberer“. Der Sünder wurde völlig überraschend unter ungeheurem Lärm und mit wüster Katzenmusik aufgeschreckt. Er mußte in seiner Tür erscheinen und der „Haberfeldmeister“ legte ihm, meistens in mitgebrachten Knittelversen, die Fragen vor, auf die er seine Verfehlungen einzugestehen hatte. Der verstorbene bayerische Volkssittenforscher Georg Queri hat mir mehrmals genau beschrieben, wie so ein organisierter Lynch-

akt vor sich ging, bei dem es freilich dem Getriebenen kaum je ans Leben ging — gewöhnlich beließ man es beim Auspfeifen, und der Betroffene konnte sich auch danach schon in der Gegend nicht mehr halten —; aber in schwereren Fällen und besonders beim Leugnen des Beschuldigten setzte es gehörig Prügel, wobei manchmal auch der rote Hahn aufging und sogar das Feld verheert wurde. „Sicher ist“, berichtet der „Meyer“, „daß das Haberfeldtreiben besonders seit dem Dreißigjährigen Kriege in Aufnahme gekommen ist Es ruht aber über dem Wesen der dazu bestehenden Verbindung ein noch unenthülltes Geheimnis.“ Weiter erzählt das Lexikon: „Die Ausschreitungen, die das Haberfeldtreiben schließlich im Gefolg hatte, wie scharfes Schießen auf das Haus dessen, dem getrieben wurde, tätliche Vergreifung an ihm, Treiben gegen völlig Unschuldige, veranlaßte die bayerische Regierung zu energischem Vorgehen, das mit der Ermittlung und Ergreifung einer Reihe von Haberern endete, die zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Seit diesen Haberer-Prozessen des Jahres 1896 und 1897 ist das Haberfeldtreiben soviel wie unterdrückt“. Zu dieser Darstellung der Niederzwingung einer Volkssitte, die sich 250 Jahre hindurch gehalten hat, kann ich zuverlässig feststellen, daß nicht die strengere Beurteilung durch den Staat das Ende herbeiführte, oder gar das behördliche Bestreben, „Unschuldige“ vor den Haberern zu schützen — es kamen ja für das Treiben bloß vom Staat zufrieden gelassene Missetäter, die für ihn also als unschuldig galten, in Betracht —, sondern einfach die Entwicklung der Technik. Nach vollzogenem Haberfeldtreiben wurden auf ein Zeichen des Meisters die mitgebrachten Fackeln gelöscht und die Haberer verschwanden lautlos von der Bildfläche. Da grundsätzlich nur Bauern fremder, oft weit entlegener Dörfer an einem Treiben teilnahmen, gelang es bei der unbedingten Verschwiegenheit aller Beteiligten den umständlich herbeigeholten Gendarmen nie, die Täter festzustellen. Als aber Telegraph und Telephon aufkamen, war die rasche Verständigung der Staatsgewalt möglich; mehrmals wurden die Haberer umzingelt, nach heftiger Gegenwehr verhaftet, und dann setzte die Solidarität der Gesetzmacht mit den Reichen und Angesehenen und denen im Kirchenrock ein und es wurden entsetzliche Zuchthausurteile verhängt. Die alte Form der ländlichen Justizübung aus eigenem Rechtsempfinden unterlag also der technischen Zivilisation, die sich in der gegenwärtigen Gesellschaftsgestaltung immer und überall ausschließlich in den Dienst des Reichtums, der Obrigkeit und des geistzerstörenden Buchstaben stellt.

Es scheint jedoch, als wollte das ursprüngliche Rechtsgefühl des naturnahen Bauern sich auch heute noch nicht widerstandslos von der Staatsräson überfahren lassen. Die Ereignisse, die sich in

den letzten Monaten im Holsteinischen abgespielt haben und deren lauteste, wenn auch nicht wichtigste Aeußerungen die Bombenanschläge auf öffentliche Gebäude und Wohnungen verhaßter Mitbürger waren, tragen durchaus den Charakter staatsfeindlicher Selbsthilfe; sie weisen auf neue Formen des alten Haberfeldtreibens und gehen uns Anarchisten als Kundgebungen der direkten Aktion gegen das geschriebene Formalrecht in hohem Maße an. Es kann mit großer Genugtuung vermerkt werden, daß diese Beurteilung der rebellischen Landvolk-Unternehmungen bei allen, in der taktischen Haltung sonst weit unterschiedenen anarchistischen Richtungen zum Ausdruck gelangt ist. Ein Mitarbeiter von „Erkenntnis und Befreiung“ wies nachdrücklich auf die durchaus anarchistischen Kampfmittel hin, die von den friesischen Bauern zur Wahrung ihrer Rechte und zur Bekundung ihrer Solidarität angewendet wurden. Der im allgemeinen sehr verständige Artikel litt, wie das die Stelle, wo er erschien, erklärlich macht, durch die vergebliche Bemühung, besonders die gewaltlose Art des Bauernkampfes gegen Staatsgewalt und Steuermaschine als vorbildlich anzupreisen. Dadurch hatte es der Polemiker des „Freien Arbeiters“ leicht, seine entgegengesetzte Meinung im Wesentlichen mit dem Argument zu belegen, daß „Höllenmaschinen keine Pfannkuchen sind“ und daß „bei den meisten Bombenanschlägen nicht im Voraus berechnet werden konnte, ob Menschenleben dabei vernichtet werden konnten oder nicht.“ Das ist natürlich richtig, und die beteiligten Bauern würden selber sehr lachen, wollte man ihnen einreden, sie hätten ihre Mittel unter pazifistischen Gesichtspunkten ausgewählt. Das sind Menschen, die ihren Kampf mit Boykott und wirtschaftlicher Blockade führen, wenn sie die Schädigung ihrer Existenz durch städtische Vergewaltigung abwehren wollen, die Steinwürfe und Dynamitsprengungen benutzen, wenn sie dem Fiskus klarzumachen wünschen, daß sie in ihrem Bereich Möglichkeiten haben, auch ihm Unannehmlichkeiten zu bereiten, und die, wenn man ihnen gewaltsam käme, bestimmt keine Bedenken hätten, mit Sensen, Dreschlegeln und auch mit Pistolen und Maschinengewehren ihr Recht zu verteidigen. Aber die Zurückweisung der Inanspruchnahme der holsteinischen Landvolkaktionen für den Grundsatz der Gewaltlosigkeit bei revolutionären Vorgängen ist das Einzige, was in der Entgegnung des „Freien Arbeiters“ auf den Artikel in „Erkenntnis und Befreiung“ „Der Bundschuh geht um“ stichhält. Erfreulicherweise ist die notwendige Antwort auf die allgemein recht oberflächliche Abfertigung der Verbindung jener Bewegung mit anarchistischen Ideen im „Freien Arbeiter“ selbst erteilt worden in einem ausgezeichneten, durchaus sachlichen Artikel „Die schwarze Bauernfahne“ in Nr. 44 des Blattes, in dem es heißt:

„ . . . Es ist jedenfalls für die anarchistische Sache nichts gewonnen, wenn wir eine Bewegung, die zweifellos gegen den Staat gerichtet ist, in Bausch und Bogen ablehnen, nur deswegen, weil manches an ihr nicht in Einklang steht mit unsern Ideen, die natürlich viel weiter gehen als das Programm der Landbevölkerung . . . Wir müssen uns bemühen, auch dann noch Verständnis aufzubringen, wenn manches an den Ideen dieser Landbevölkerung uns rückständig und reaktionär erscheint. Vergessen wir nicht, daß die Landbevölkerung Deutschlands, von einigen demokratischen Minderheiten im Rheinlande, in Baden und Württemberg abgesehen, eine einzige große, nationalistisch und reaktionär eingestellte Masse ist, die dem Banner der schwarz-weiß-roten, der Hakenkreuzler- oder der gelb-weißen Fahne Roms folgt. Unter solchen Umständen muß es unbedingt erfreulich wirken, wenn die holsteinischen Bauern bei ihrer Demonstration anläßlich der Haftentlassung ihres Führers Hampkens eine schwarze Fahne trugen, eine schwarze Fahne mit silbernem Pflug und rotem Schwert, die von der Polizei sogleich beschlagnahmt wurde. Mit jeder Fahne verbindet sich irgend ein Sinn, und es kann kein Zufall sein, daß die Landbevölkerung es ablehnte, die Hitlerfahne zu führen. Es scheint so, daß diese Bauern bewußt wieder anknüpfen wollten an die Ideen, für welche der Bundschuh und der Arme Konrad während der Bauernkriege gestritten haben. Das ist insofern keine Uebertreibung, als gerade diese friesischen Bauern, um die es sich hier handelt, ein stolzes und freies Volk sind, das nie durch Fürstengewalt und nie durch den Adel unterjocht worden ist. In diesen Landstrichen lebt noch etwas von dem ursprünglichen unbändigen Freiheitsgefühl, das in besseren Zeiten allgemeines Erbgut der Menschheit war. Selbstverständlich ist die holsteinische Landvolkbewegung egoistisch in ihrem Ziel, die Steuereintreiber und die Gerichtsvollzieher abzuschütteln. Dieser Egoismus ist aber ebenso verständlich wie jener andere gesunde Egoismus der Arbeiter, wenn sie für höhere Löhne in den Streik treten. Und wie die Arbeiter bei Streiks sich gegenseitig unterstützen, so geschah dies auch in Schleswig-Holstein, indem der bei diesen Bauern nie vergessene Grundsatz der gegenseitigen Hilfe besonders stark betont wurde: „Kauft keine Maschinen aus der Stadt“, hieß es, „sondern helft euch gegenseitig bei der Ernte, damit ihr den Ausfall an Maschinen verschmerzen könnt.“

Der Artikel entwickelt weiter die besonderen Umstände, die in dem betreffenden Bezirk zur Not der kleinen Landwirte, zum Eingreifen der Steuerbehörde und zum offenen Widerstand der Bauern

in solidarischem Zusammenwirken geführt haben; er stellt den Tatbestand richtig, daß das „Landvolk“ nicht das geringste mit dem großagrarischem, deutschnational geleiteten „Landbund“ zu schaffen hat und die schleswig-holsteinische Bauernkammer sich so entschieden von kapitalistischen Einflüssen befreit hat, daß die gesamte schwarzweißrote Presse ihr verfeindet ist. Von größter Bedeutung aber ist dann, was über den Boykott gegen die Stadt Neumünster gesagt wird:

„. . . Der Boykott setzte erst dann ein, als die gesamte Stadtbevölkerung, einschließlich der Arbeiter und der Arbeitslosen, sich an den Zwangsversteigerungen in der Umgegend der Stadt beteiligt hatte, um dort billig Schweine, Geflügel usw. zu ergattern. Diese unsolidarische Haltung der Stadtbevölkerung löste bei den Bauern eine Protestbewegung aus. Es wurde kein einziges Industrieprodukt mehr gekauft und die Bauern liefen lieber in ihren alten Anzügen und Schuhen herum, als daß sie in die Stadt gingen, um Einkäufe zu machen. Außerdem wurden keine Lebensmittel in die Stadt geliefert. Da die Stadt Neumünster in der Ernährung sowie im Absatz ihrer Produkte auf das bäuerliche Hinterland angewiesen ist, mußten die Behörden nachgeben. Wir übersehen keinen Augenblick, welche fürchterliche Gefahr eine solche Bauernaktion hat, wenn sie sich gegen das aufständische Proletariat der Städte richtet . . . Wir werden aber die Bauern nicht für unsere Ideen gewinnen, wenn wir ihnen kein Verständnis entgegenbringen, sondern uns kritisch abseits stellen.“

Die hier bekundete Auffassung stimmt vollkommen mit der im FANAL von jeher vertretenen überein. Erst im vorigen Heft hat Hans Mann betont, daß „die Bauernfrage zum wichtigsten Thema aller Anarchisten werden“ muß. Schon im April 1928 (vgl. Jahrg. 2, Nr. 7, S. 163 ff) schrieb ich: „Es ist nicht wahr, daß die bis zum Ausbruch von Gewalttätigkeiten gesteigerte Unzufriedenheit der deutschen Kleinbauernschaft die Wirkung der politischen Hetze des großagrarischem Landbundes sei. Wahr aber ist leider, daß außer der Vertretung des Großgrundbesitzes niemand verstanden hat, den leidenschaftlichen Zorn der Bauernschaft in seinen Ursachen zu erkennen und durch rechtzeitige politische Maßnahmen die Kräfte des rebellierenden Landvolkes den eigenen Energien verstärkend zuzuführen. Hätte sich nicht dank der geradezu wahnwitzigen marxistischen Agrartheorie das Vorurteil in die revolutionärsten Köpfe des Proletariats eingefressen, die Bauern seien die natürlichen Feinde der Arbeiter, die Not der Bauern gehe die Arbeiterschaft nichts an, ja, es gebe gar keine Notlage der Bauernschaft, dann wäre es nicht

dahin gekommen, daß der Erzfeind der selbst arbeitenden kleinen Landwirte, der ausbeutende und wuchernde Großgrundbesitzer, Wort- und Tatführer der werktätigen Bauernschaft geworden ist... Die Gleichsetzung des rentenbeziehenden mit dem rentenerarbeitenden Agrarier, des Latifundienbesitzers mit seinem Pächter und abhängigen Ackerbauer ist alte sozialdemokratische Versündigung am sozialistischen Gedanken... Die wichtige Eigenschaft des seßhaften Kleinbauern, die nur unterstützt und revolutionär fundamementiert zu werden brauchte, um dieses für die Revolution völlig unentbehrliche Element zu gewinnen, ist ihre fundamentale Abneigung gegen jegliche obrigkeitliche Gewalt. Die Reaktion hat diese anarchistische Temperamentsveranlagung der Bauern sehr gut erkannt und benutzt sie energisch für die eigenen Zwecke. Die Vorgänge im Kreise Nimptsch beweisen erstens, daß die Notlage bei den Bauern sehr groß sein muß... Sie beweisen zweitens, daß die Bauern untereinander Solidarität kennen... Ferner beweisen die Krawalle, daß der Bauer im Kampfe die Mittel der direkten Aktion denen der Verhandlung und der Mittelbarkeit vorzieht... Der Sturm auf das Finanzamt in Kyritz — wie vor zwei Jahren der gleiche Vorgang bei den Winzern im Bernkasteler Gebiet — zeigt die Entschlossenheit dieser Menschen, ihre wirtschaftliche Existenz gegen die Ansprüche des Staates mit allen Mitteln zu verteidigen... Die sich häufenden Rebellionen der Bauernschaft fördern, da sie von Faschisten angeregt, von Faschisten ausgeschlachtet werden, die Gefahr des faschistischen Umsturzes. Gelingt es den revolutionären Teilen des Proletariats nicht, dem berechtigten Zorn der Bauern sozialistische Auswege zu zeigen, dann hat die städtische Arbeiterschaft selbst den größten Teil der Schuld daran, daß der unterdrückten Landbevölkerung der Zugang zu den natürlichen Verbündeten, den Ausgebeuteten der Städte, versperrt bleibt; und daß der faschistischen Reaktion ein Bundesgenosse zur Seite steht, der ihre Kraft ungeheuer stärkt, der sich in der reaktionären Kampf-front selbst in Unglück und Knechtschaft stürzt und dessen Solidarität wir uns für die Zukunft sichern könnten, wenn wir in der Gegenwart unsere Pflicht erfüllten, ihm Solidarität zu erweisen.“

Wie erweist man aber Bauern Solidarität? Bestimmt nicht, indem man ihnen eine schöne Theorie bringt und ihnen erzählt, welche Entwicklungsgesetze die Schulmeister der Oekonomie ihrem Verhalten zugrunde legen wollen. Bauern werden von denen gewonnen, die ihnen helfen, sonst von niemandem. Als die russischen Bauern sahen, daß das radikalste Programm der revolutionären Gruppen, das gemeinsame der Anarchisten und Linken Sozialrevolutionäre, ihren Bedürfnissen am besten entsprach, traten sie diesen

Gruppen in der Revolution zur Seite. Der kluge Lenin wußte, daß gegen die Bauern keine Revolution gewonnen werden kann und sprach das berühmte Wort: „Wir schlucken das Agrarprogramm der Linken S.-R. mit Haut und Haaren.“ Nachher, als mit Hilfe und durch die Begeisterung der Bauern die Revolution gesiegt hatte, besann er sich wieder auf den Marxismus, der als erste historische Phase nicht die Bauerngenossenschaften, die das Landvolk selber wollte, sondern parzellierten Kleinbesitz ausgerechnet hatte. Man nahm den Bauern die Selbstbestimmung wieder aus der Hand, ließ die Entstehung des Kulakentums und des proletarisierten Ackerbürgers zu und erreichte, daß die natürliche Verbindung der Bauern mit den werktätigen Städtern sich in Feindschaft verwandelte, und diese Feindschaft zwischen industriellen und agrarischen Interessen in Rußland, die ihren Ursprung allein in der Pedanterie der Bolschewiken hat, eine vor 7 Jahrzehnten erklügelte Lehre in ungetrübter Reinheit mit dem Mittel diktatorischen Zwanges zu verwirklichen, ist das Verhängnis der russischen Revolution geworden; hier ist die Wurzel aller Fehlschläge, durch die die herrlichste Revolution der Weltgeschichte auf die rückläufige Bahn der Konzessionen getrieben wurde.

Solange die Bauern im Glauben gelassen werden, noch dazu, wenn dieser Glaube auch noch von den Arbeitern selbst geteilt wird, daß man ihnen ihr Land wegzunehmen statt ihnen ihr Land zu geben hat, ist an keine Solidarität der Bauern mit den Arbeitern zu denken. In Rußland, der Ukraine, Ungarn und Bayern schlossen sich die Bauern der Revolution an, weil sie Freiheit und Selbstbestimmung auf dem Grund und Boden erkämpfen wollten, mit dem sie sich von uralten Traditionen her verwachsen fühlten. Daß in sämtlichen Ländern, die den Versuch zur Schaffung der Räterepublik unternahmen, die kleinbäuerliche Bevölkerung die Mehrheit der Bewohner ausmachte, hat die Marxisten noch nie auf den Gedanken gebracht, daß also wohl diese Struktur ein Land besonders geeignet mache, den Sozialismus einzuführen. Aber Marxisten und Hegelianer sind ja nicht der Meinung, daß aus Tatsachen Erkenntnisse zu ziehen sind, sondern finden, daß sich die Tatsachen an die Konstruktionen, die man für Erkenntnisse hält, anzupassen haben. So kam es z. B. in Bayern, daß die Bauern solange zur Revolution standen, wie die städtischen Arbeiter ihnen Hilfe gegen die Zwangswirtschaft des Staates und dem Landproletariat Unterstützung bei der Besitznahme von Land durch Enteignung des Großgrundbesitzes zusagten; als aber zur Zeit der zweiten, unter kommunistischer Parteiführung stehenden Räterepublik der Grundsatz ausgesprochen wurde, die Bauernschaft solle „verstaatlicht“ werden, da packten

die Bauernvertreter ihre Aktentaschen zusammen, und wäre nicht der Noske mit den faschistischen Horden gekommen und hätte die Revolution in Mord und Schändung ersäuft, so wäre wahrscheinlich die marxistische Weisheit binnen kurzem zur Katastrophe geworden.

Bakunin sagt: „Die Bauern werden mit den Arbeitern der Städte marschieren, sobald sie überzeugt sein werden, daß die Arbeiter der Städte ihnen weder ihren Willen noch irgendeine politische und soziale Ordnung aufzwingen wollen, eine Ordnung, die von den Städten zur größeren Glückseligkeit des Landes erfunden ist; sobald sie die Gewißheit erhalten haben, daß die Arbeiter keineswegs beabsichtigen, ihnen ihren Boden zu nehmen.“ Und weiter: „Der Bauer will den ganzen Boden für sich haben; er betrachtet den großen Herrn und den reichen Bourgeois, deren große Besitztümer, von bezahlten Händen bebaut, seinen Acker verkleinern, als Fremde und Räuber. Die Revolution von 1789 gab den Bauern die Kirchengüter; sie wollen eine andere Revolution benutzen, um die Güter des Adels und der Bourgeoisie zu erwerben.“ Bakunin stellt den Grundsatz auf, daß es nicht Sache der Städter sei, die Verteilung des bäuerlichen Landes zu regeln; wie die Bauern das machen wollen, ob sie Genossenschaften bilden, ob sie in nachbarlichen Eigenghöften ihren Grund als Inhaber bearbeiten wollen, ist ihre eigene Sache, mögen sie sich deswegen gegenseitig raufen. Nur muß ihnen gesagt werden, daß auch kein Schutz von Eigentumsrechten gewährt wird. Da Bauern keine Spießbürger sind und, viel besser als Industriearbeiter wissen, daß sie sich irgendwie untereinander verständigen müssen, um sich ihrer Feinde zu erwehren, werden sie nie lange zögern, um zu einer allen genehmen Regelung ihrer Angelegenheiten zu gelangen. Aber den Arbeitern empfiehlt Bakunin, den Bauern „als Agitatoren der Revolution Freikorps auf das Land zu schicken.“ Die sollen nicht bloß Reden halten, sondern selber da mit zugreifen, wo nach ihrem eigenen Rat Taten helfen können. Denn Bakunin meint, „daß die persönliche Propaganda, und wenn sie von den revolutionärsten Männern der Welt ausgeführt würde, auf die Bauern keinen sehr großen Einfluß haben könnte. Die Rede hat für sie keinen Reiz, und Worte sind für sie nur Worte, wenn sie nicht Ausdruck der Macht und unmittelbar von Taten begleitet sind. Der Arbeiter, der allein in einem Dorf Reden halten wollte, würde Gefahr laufen, wie ein Bourgeois verhöhnt und verjagt zu werden.“

Was wir heute in Schleswig-Holstein erleben, das hat im Grunde mit Faschismus gar nichts zu tun; das ist Auflehnung gegen die Autorität, nicht aber eine Auflehnung mit den großen revolutionären Freiheitsplänen, wie sie den Bundschuh und den Armen Konrad

beseelten, sondern eine Auflehnung, die sich, im Stich gelassen von aller fremden Hilfe, des Mittels des Haberfeldtreibens bedient, um der Wut und dem Bewußtsein des gekränkten Rechtes Luft zu machen. Solange die Faschisten die einzigen sind, die den rebellisch gewordenen Bauern Verständnis zeigen und sie auf den Haberzügen begleiten, werden die Faschisten selbstverständlich die Gefolgschaft der Bauern haben. Da aber der Anarchismus die einzige Gesellschaftslehre ist, die dem natürlichen Gefühl des freien und stolzen Bauern entspricht, hätte es niemand leichter, die revolutionären Kräfte des freiheitlich gesinnten Proletariats mit den revolutionären Kräften des freiheitlich gesinnten Landvolks zu vereinigen als der Anarchismus. Denn was wir eingesehen haben, daß der Staat das Unglück aller Gesellschaft ist, das weiß der Bauer aus seinem Gefühl. Predigen wir ihm nicht die Ablehnung der Autorität, sondern führen wir ihm unsere Respektlosigkeit vor der Autorität vor. Die deutschen Kleinbauern, die während des Krieges in Süddeutschland die Speicher in Brand steckten, in die die Kommunalverbände den Ertrag ihrer Arbeit zwangsweise lagerten, die jetzt die unsolidarische Haltung der städtischen Arbeiter beim Widerstand gegen ihre Auspressung mit einem siegreichen Wirtschaftskrieg gegen die Stadt Neumünster zu überwinden verstanden, die alten Haberfeldtreiber, die heute den silbernen Pflug und das rote Schwert auf ihrer schwarzen Fahne führen — das sind nicht unsere Feinde! Gelingt es uns, ihnen zu zeigen, daß wir ihre Freunde sind, daß wir Freude haben an ihrem Zorn und an ihrem Haberfeldtreiben, dann werden wir einmal, wenn wir ihre Hilfe brauchen, Bundesgenossen haben, die stärker sind als alle Weißen Garden zusammengenommen. Es wird der Tag kommen, wo es nicht mehr darum gehen wird, die heilige Ordnung aufrecht zu halten, unter der der Bürger ruhig atmen mag, sondern darum, die Kräfte zu stärken, die der Freiheit den Sieg erobern sollen. Dann aber ist not, daß den Kindern die Milch und dem Volke das Brot nicht fehlt, und nur die Haberfeldtreiber auf dem Lande können es uns geben. Mögen sie erfahren, daß wir Anarchisten ihrer Empfindungswelt näher sind als Faschisten welcher Richtung immer und daß nur wirkliche Staatsfeinde mit ihnen den gleichen Geschmack haben, nämlich den, dem eingeschmissene Fensterscheiben an einem Steueramt hübscher scheinen als die gesamte Architektur. Wichtiger als dem Landvolk unsere theoretischen Weisheiten einzuflößen ist es, uns selber klar zu machen, wie eng die bäuerlichen Rebellen zu uns gehören. Wir brauchen uns nur zu ihnen zu bekennen, so wird uns ihre Kameradschaft nicht fehlen, wenn einmal wir zum großen Haberfeldtreiben ins Horn blasen.

Zwangs-Mutterschaft

Unter diesem Titel veröffentlicht Margaret Sanger eine Auswahl von Briefen, die sie unter 250 000 erhaltenen Zuschriften herausgesucht hat, um sie als Dokumente unsäglicher Leiden, von den Leidenden selbst verfaßt, der Öffentlichkeit zu übergeben. Das Buch, 296 Seiten, ist bei der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1929, erschienen und mit einer Einleitung von Dr. Friedrich Wolf, dem Verfasser von „Cyankali“, versehen.

Margaret Sanger ist die Vorkämpferin der Geburtenregelung in Amerika. Sie hat, zur Verminderung der Leiden ihrer Geschlechtsgenossinnen, die sie als Schwester in den Hospitälern zu pflegen bekam, den aktiven Kampf aufgenommen. Geburtenbeschränkung und das Recht auf freiwillige Mutterschaft waren ihre Forderungen. Für diese wurde sie in das Gefängnis geworfen, und zwar nach der Errichtung der 1. Klinik für Geburtenbeschränkung (Beratungsstelle) in New York, die 1916 eröffnet, nur 10 Tage lang bestand. Sie wurde des Verbrechens „öffentlichen Unfugs“ angeklagt. Sie schildert diese Vorgänge in ihrem 1927 im Sybillen-Verlag in Dresden erschienenen Buch „Die neue Mutterschaft“, das wertvolles Material zur Frage des Kampfes um Geburtenbeschränkung enthält.

Ihre Schriften kamen selbst in die entlegensten Teile Amerikas. Ueber das Buch, das die Zusendung der mehr als 250 000 Briefe an sie veranlaßte, die aus fast allen Teilen Kanadas und der Vereinigten Staaten an sie gelangten, sagt sie selbst: „Dieses Buch verkündete in einfacher und allgemeinverständlicher Fassung die Botschaft der Geburtenbeschränkung als des sichersten Mittels zur Befreiung des versklavten weiblichen Geschlechts.“

Diese Briefe klingen wie ein einziger ungeheurer Schrei der Mütter! Nach Lebenskraft und Lebensrecht für sich, für die geborenen und ungeborenen Kinder. Sie bilden eine furchtbare Anklage gegen die Gesellschaft, die ihren Mitgliedern ein solches Martyrium aufzwingt. — Wenn sich in den Briefen die Wendung: „Ich müßte verrückt werden, wenn ich noch ein Kind bekommen sollte . . .“ immer wiederholt, so fragt man sich, woran es liegt, daß diejenigen nicht verrückt werden, die von diesen maß- und grenzenlosen Leiden Kenntnis haben, über die Mittel zur Abhilfe verfügen und sie doch vorenthalten! Ueber die von ihnen vorgebrachten Gegengründe sagt M. S.: „ . . . wie weit entfernt von der seufzenden, blutenden Menschheit klingen alle diese von Vorurteilen eingegebenen Argumente, wenn man einmal der Wirklichkeit des Leidens ins Auge gesehen hat.“

Im Vorwort setzt sich Friedrich Wolf mit den Verhältnissen in Europa, besonders in Deutschland, sowie mit der Frage der Uebervölkerung der Kulturländer auseinander. Noch sind es wenig Aerzte, sagt er, die sich offen zur Geburtenregelung bekennen. Wir wissen, warum. Sind es doch

nur wenig Aerzte, die auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehen!

Margaret Sanger hat das Material der 5000 Briefe in 18 Kapiteln dargestellt, deren Ueberschriften die Gliederung zeigen: Junge Mütter, Unfreiwillige Mutterschaft, Drückende Armut, Stimmen der Kinder, Der Arzt warnt, — gibt aber keine Auskunft —.

Es ist dasselbe in Amerika, wie in allen Ländern der Erde! Die Proletarierin, die arbeitende Frau trägt als Gebäerin der Menschheit doppelte Not und doppelte Last. In der einfachen unmittelbaren Art, die Margaret Sangers Darstellung auszeichnet, heißt es Seite 110: „Wenn das Essen knapp ist, so ist es immer die Mutter, die es sich vom Munde abspart, die am meisten unter dem Nahrungsmangel leidet. — Die Kinder müssen auf jeden Fall etwas zu essen bekommen. Der „Ernährer der Familie“, der es oft nur dem Namen nach ist, muß seine Kraft bewahren. Die Mutter bekommt für sich und das kommende Kind, das sie im Leibe trägt, nur das, was übrig bleibt. Daher ihre körperliche Erschöpfung, ihr drohender Zusammenbruch“

Es ist unmöglich, hier auf den Inhalt all der Briefe näher einzugehen. Jeder proletarische Klassenkämpfer findet in ihnen eine Fülle von Material, Anfeuerung für die Fortsetzung seines Kampfes.

Als Anhang des Buches ist eine Analyse von 5000 aus den 250 000 Briefen herausgegriffener Briefe gegeben. Ihre Bearbeitung erfolgte nach: 1. Geographische Verteilung, 2. Wirtschaftliche Lage, 3. Alter der Mutter, 4. Zahl der Kinder, 5. Geburtenhäufigkeit, 6. Gesundheitszustand, 7. Krankhafte Zustände während der Schwangerschaft, 8. Fehlgeburten, Totgeburten, Entbindung und ihre Folgen usw.

Daraus folgende Ergebnisse: 80 Prozent sind „sehr arm“ und nur 2 Prozent „wohlhabend“. Ein Viertel der Frauen sind Lohnarbeiterinnen, einschließlich der Heimarbeiterinnen ist es ein Drittel, Hausarbeit nicht mitgerechnet. 80 Prozent der Frauen heirateten vor ihrem 20. Lebensjahr. 4000 Mütter mit mehreren Kindern hatten durchschnittlich 5 Kinder, 500 davon hatten aber 8 Kinder und mehr geboren. Die jüngste Mutter von 8 (!) Kindern ist 21 (!) Jahre alt. Der Zwischenraum zwischen zwei Schwangerschaften war bei 800 Frauen 18 Monate oder weniger! Davon bei 230 nur 10 oder 11 Monate. Gesundheitszustand, Schwangerschaft, Geburt und ihre Folgen werden von all dem auf das schlimmste beeinflußt. Ueber Fehlgeburten und Totgeburten äußerten sich 3080 von 5000 Frauen. Es zeigt sich, „daß mit einer Ausnahme keine Mutter mehr als die Hälfte der vielen Kinder, die sie empfangen hatte, lebend geboren hatte und die meisten weit mehr als die Hälfte verloren hatten.“

Das ist das Bild, das die Briefe der bei Margaret Sanger Hilfe suchenden Frauen bieten. Eine Seite aus der großen Anklage gegen die kapitalistische Gesellschaft.

Daß dieses Buch von denen geschrieben ist, die es angeht, macht seinen besonderen Wert aus. Es sollte nur solche Bücher geben; denn aus ihnen spricht die Wahrheit. Margaret Sangers Kampf ist es zu danken, daß alle diese Gequälten eine Stimme bekommen haben, die unser Ohr erreicht.

Meta Kraus-Fessel.

Neue Literatur

Wieder kann aus dem mächtigen Stoß seit der letzten Uebersicht angesammelter Bücher nur eine kleine Auswahl in kritische Betrachtung genommen werden. Wieder müssen die Verfasser und Verleger von Werken, die eine gesellschaftliche Spezialfrage zum Gegenstand haben, damit vertröstet werden, daß im FANAL von jeher darauf Bedacht genommen wurde, bei der Behandlung bestimmter sozialer Erscheinungen zugleich auf wesentliche einschlägige Literatur hinzuweisen. Wieder muß betont werden, daß in einer Monatsschrift nur selten Gelegenheit ist, ein einzelnes Buch in den Mittelpunkt einer Abhandlung zu stellen, wie es mit Plättners Zuchthausbuch, Lehmann-Rußbüldts Aufklärungen über die Kriegsrüstungs-Internationale und zuletzt mit Werthauers Strafrechts-Entwurf geschah. Die Bücher, welche sich weiter mit juristischen, sexualen, ökonomischen, pädagogischen, allgemein-politischen und künstlerisch-theoretischen Fragen befassen, sollen, soweit sie dem Berichtenden stärkerer Beachtung wert erscheinen, in größeren Zusammenhängen kritisch beleuchtet werden. So hoffe ich, mich einmal zum Problem der sogenannten Freiwirtschaft grundsätzlich äußern zu können, wobei die Bücher von Silvio Gesell und seiner Anhänger, wobei auch die letzte hierher gehörende Darstellung von Paul Nagel „Geld und Boden“ (Buchhaus der Schaffer, Frankfurt a. M., 1928) ihre Würdigung finden können. So soll, wenn sich das nächste Mal der Anlaß ergibt, die erbärmliche Niederträchtigkeit der gesetzlichen Abtreibungsinquisition der Empörung aller anständigen Menschen zu denunzieren, die wirksame Anklage „Frauen in Not, § 218“, von Carl Credé (Adalbert Schultz Verlag, Berlin 1929), zur Bekräftigung herangezogen werden. Ein für die nächste Zeit beabsichtigter Artikel über das Theater als revolutionäre Tribüne wird natürlich verbunden sein mit einer Erörterung des Rechenschaftsbuches von Erwin Piscator „Das politische Theater“ (Adalbert Schultz Verlag, Berlin 1929). In den gehörigen Zusammenhängen sollen ferner Schriften betrachtet werden, wie „Onanie, weder Laster noch Krankheit“, von Max Hodann (Universitas, Berlin 1929), „Vom Manifest zum Gesetz“, von R. Geist (Internationale Buchpresse, Frankfurt a. M.) und die verschiedenen Rußland-Berichte, von denen vorläufig die Dokumentensammlung des Bundes der Freunde der Sowjet-Union „Der Kampf der Sowjet-Union um den Frieden“ genannt sei, sowie der „Sowjetrussische Bilderbogen“, „Im Lande der roten Macht“, von Bruno Frei (Neuer Deutscher Verlag, Berlin 1929). Was die erzählende Literatur und die übrigen Werke der Dichtkunst anlangt, so kann hier nur eine sehr spärliche Auswahl in solchen Sammelbesprechungen wie dem vorliegenden gelegentlich kritisiert werden, und auch dann nur, wenn der Inhalt derartiger Bücher in sachlichere Hinsicht die Interessenkreise der FANAL-Leser berührt, wie das etwa für den neuen großen Roman von Alfred Döblin „Berlin, Alexanderplatz. Die Geschichte vom Franz Biberkopf“ (S. Fischer Verlag, Berlin

1929) oder dem letzten Ertrag der zu uns gedruckenen russischen Prosa-kunst, „Taschkent, die brotreiche Stadt“, von Alexander Newerow (Neuer Deutscher Verlag, Berlin, 2. Aufl. 1929) zutrifft. Die dem Gedankenbild dieser Zeitschrift ferne liegenden belletristischen Veröffentlichungen behalte ich mir vor, an anderer mir zugänglicher Stelle zu rezensieren. Von allen hier zunächst nur mit dem Titel genannten Werken ist schon jetzt zu sagen, daß sich ihre Lektüre empfiehlt, auch wenn die Haltung des Autors zu seinem Thema nicht in allen Punkten bejaht werden kann. Beispielsweise verdient der von der AAUE unterstützte Geistsche Versuch, die Theorien des revolutionären Klassenkampfes über das Kommunistische Manifest hinaus fortzuentwickeln, um sie mit den gegenwärtigen Erscheinungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustandes in Uebereinstimmung zu bringen, großer Beachtung, obwohl vom Standpunkt des Anarchismus mancherlei marxistische Befangenheit nicht unwidersprochen gelassen werden darf; aber hier ist wenigstens einmal eine vielfach brauchbare Diskussionsgrundlage geschaffen worden, die die Absicht des Buches, die linksrevolutionären Gruppen in Deutschland zu gemeinsamen Kämpfen zusammenzuführen, wohl fördern kann.

Die vorige Literatur-Uebersicht im FANAL, seit der leider wieder viele Monate vergangen sind (Jahrg. III, Nr. 7), schloß mit dem Versprechen, die Beschäftigung mit einigen Neuerscheinungen, zu der der Platz nicht reichte, bei nächster Gelegenheit nachzuholen. Darunter nannte ich das Erlebnisbuch von Max Hoelz, „Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne“ (Malk-Verlag, Berlin 1929), und das ist in der Tat ein Buch, dem einige Sätze mehr als die bloße Erwähnung gebühren. Man kann viel Freude an dieser Selbstbiographie eines revolutionären Proletariers haben, dem es beschieden war, seine bedeutenden Gaben als militärischer Bandenführer zur rechten Stunde im guten Kampf zu verwerten, seinen mutigen Charakter in Not und Gefahr als entschlossener Mann und als treuer Kamerad zu bewähren und, nach dem Niederbruch der Aufstände, denen er klug und tapfer diente, dem gehässigen, voreingenommenen und zu seiner Vernichtung entschlossenen Sondergericht die prächtige Haltung des furchtlosen und dem Tode gewachsenen Feindes vorzuführen, der zu seinen Kameraden, zu seiner Sache und zu seinen Taten steht. Die Freude an dem Buche erwächst aus dem frischen, dem eigenen Erleben, ja dem eigenen Erleiden zugetanen Ton eines Menschen, der sich selber froh bejaht, ohne doch in Pose und eitle Ueberheblichkeit zu verfallen. Was gerade bei Max Hoelz befürchtet werden konnte, daß die nicht immer richtige Abschätzung der autoritären Wirkung seiner Persönlichkeit, wie sie seit seiner Entlassung aus dem Zuchthause manchmal unerfreulich in Erscheinung trat, die Stilisierung seines Berichtes peinlich beeinflussen werde, ist nicht eingetreten. Nirgends wird versucht, als Schriftsteller zu glänzen, nirgends tritt das berechtigte Selbstbewußtsein in der üblen Form der Selbstgefälligkeit hervor, so entsteht eine flüssige und natürliche Sprache und ein zugleich bescheidenes und stolzes Bekenntnis zu einem aus naiver Kraft zu willensstarker Ueberzeugung emporgehobenen Leben. Diese geistige Haltung bewirkt Sympathie für den Mann und Freude an seinem Buch. Aber die Freude ist nicht ungetrübt. Sie weicht überall da einigem Unbehagen, wo Hoelz aufhört, der Berichterstatte seiner Schicksale zu sein, wo er Politiker sein möchte. Das ist er nicht, da ist er unteigen, unschöpferisch, urteilslos und abhängig. Dies wird nicht gesagt, weil Max Hoelz Mitglied und Propagandist der Kommunistischen Partei ist; das ist seine Sache und niemand ist berechtigt, es ihm zu verargen. Es gibt sicherlich in der KPD, durchaus fähige und persönlich unantastbare Politiker. Aber gerade Max Hoelz scheint viel eher deshalb bei der Partei

zu stehen, weil ihm, dem ausgezeichneten, von der Zuverlässigkeit seines rebellischen Temperaments im robusten Nahkampf aufs beste bedienten Draufgänger, jeder politische Weitblick vollkommen mangelt und er sich in wahrhaft kindlicher Klugdünkerelei einbildet, das sei richtige Politik, daß man abseits aller leidenschaftlichen Wildheit mit der Balancierstange der gerade anbetohlenen Taktik auf der Linie der Parteizentrale stramme Disziplin vorturnt. So entsteht oftmals in dem Buche der Eindruck, als ob in die sonst so lebendige Darstellung der revolutionären Ereignisse da, wo augenblicklich amtierende Bonzen unangenehm berührt werden könnten, irgendein Schulmeister dazwischenretuschiert hätte. Warum wird alles, was seinerzeit die KPD. an Hoelz gesündigt hat, auf den breiten Rücken Heinrich Brandlers abgeladen, während jeder Eingeweihte weiß, daß das wirkliche Karnickel Heckert war? Offenbar doch, weil Brandler als Renegat, Verräter, Abweichling und rechtes Schwein aus dem Olymp geflogen ist, in dem Heckert zur Zeit gerade unter den Göttern thront. Wo es einmal gar nicht zu umgehen ist, festzustellen, daß Heckert in ganz schmählicher Weise Hoelz' Namen zu einer konterrevolutionären Kundgebung gefälscht hat, heißt er immer noch Genosse Heckert, was Brandler konsequent versagt wird, und in Klammern wird sein Verhalten mit einer „später“ abgegebenen fadenscheinigen Ausrede auch noch entschuldigt. Wenn Hoelz erzählt, mit der KAPD. sei er „nie einverstanden“ gewesen, so ist doch wohl daran zu erinnern, daß er nach seinem Ausschluß aus der KPD. Mitglied dieser Partei war, daß er als KAP.-Mitglied militärischer Führer im Mitteldeutschen Aufstand war, und daß er auch als zum Tode bestimmter Angeklagter vor dem Klassengericht die Mitgliedschaft bei der Kommunistischen Arbeiterpartei unter Betonung hervorhob. Was soll das alles? Es ist höchst unklug, die Geschichte nach den Wünschen bestimmter Leute, die nicht von ihr blamiert werden möchten, ausbessern zu wollen. Natürlich, es ist beinahe rührend, wie Max Hoelz bestrebt ist, seine eigenen Taten, die seine Rolle in der revolutionären Epoche vor der Geschichte bezeichnen, zum guten Teile selber zu verurteilen, um bei der Muse Clio, die wahrscheinlich ihre Zensuren nach einem in Moskau redigierten Leitfadern austeilt, um mildernde Umstände zu werben. „Es war ein schwerer politischer Fehler vor mir, daß ich es gutgeheißen und manchmal mich sogar daran beteiligt hatte, wenn Expropriationsgruppen Ueberfälle auf Bankgebäude, Postkassen usw. ausführten.“ Da Hoelz selber weiter berichtet, daß diese Gelder von der KAPD. zu politischen Zwecken, zum Druck von Zeitungen und Flugblättern und zum Teil auch zur Unterstützung illegal lebender Genossen verwendet wurden, ist nicht zu erkennen, worin der politische Fehler bestanden haben sollte und wieso der tatsächliche politische Gewinn in keinem Verhältnis gestanden haben soll „zu dem Schaden, den die kommunistische Bewegung durch die Expropriationen erlitt.“ Denn daß „viele an den Ueberfällen beteiligte Genossen durch diese Art des revolutionären Kampfes korrumpiert“ worden seien, ist eine durch nichts erwiesene Behauptung, die einen sehr hohen Respekt vor den bürgerlichen Eigentumsbegriffen verrät und die man in diesem Buche sehr gern nicht gefunden hätte. — Um gleich alles zu sagen, was meine Freude gedämpft hat, sei das Mißbehagen darüber ausgedrückt, daß Hoelz meines Erachtens die Anerkennung für die Arbeit, die zugunsten seiner Befreiung geleistet worden ist, nicht gerecht genug verteilt. Ihm ist augenscheinlich die laute Form dieser Arbeit, die ihre letzten Äußerungen kennzeichnete, so stark in den Ohren hängen geblieben, daß er die jahrelange stille Vorarbeit, die die Rechtsanwälte Hegewisch, Broh, Laskowski und vor allem Victor Fraenkl in aufopfernder, nimmermüder Selbstlosigkeit geleistet haben, nicht mehr recht

zu würdigen vermag. Wohl gedenkt er ihrer, aber die beteuerte Dankbarkeit kommt etwas säuerlich hieraus, und da niemand besser weiß, als Genosse Dombrowski und ich, daß es allen voran Justizrat Fraenkl war, der die Trommel bespannt hat, auf der wir alle dann Alarm geschlagen haben, so möge hier ein Verdienst zu seinem Recht kommen, dem es an der geeigneten Stelle nicht voll zuteil geworden ist. — Aber ich möchte nicht, daß diese nicht eben geringen Einschränkungen meines Lobes das Lob des Buches völlig ersticken sollten. Besonders der zweite Teil, der die langen Zuchthausjahre schildert, zeigt den Verfasser nicht nur als sachlichen Beobachter und entschlossenen Wahrer der spärlichen Rechte eines Justizopfers, sondern auch als einen Kritiker schlechter Einrichtungen, der wo keine fremde Gescheitheit den eigenen Verstand verkleinert, klar zu urteilen und zwischen Dummheit und Gemeinheit, Pflicht und Tücke der Quälgeister sicher zu unterscheiden versteht. Dieser zweite Teil ergänzt vortrefflich die schon bestehende Literatur über den gepriesenen modernen Strafvollzug, wie der erste Teil „Jugend, Krieg, Revolution“ viel wertvolles Material zu den Ereignissen beibringt, in deren traurigen Schatten wir leben müssen. Ein lebendiger, sonniger Kerl hat zu seinem Teil beigetragen, diesen Ereignissen Leben und Sonne zu geben, und wo seine blutvolle Natur ihm die Feder führt, die Zeit zu beschreiben, die ihm Willen und Tat eingab, da teilt sich dem Leser die Freude, die Begeisterung und die Kraft mit, die in Max Hoelz das Feuer des handeinden Revolutionärs entzündet haben. Mag es ihm gelingen, die Glut dieses Feuers vor den erstickenden Weisheiten realpolitischer Programmhüter lebendig zu erhalten!

Die von der Zehnjahresspanne nach dem revolutionären Geschehen in Bayern bewirkte Rückerinnerung hat eine Reihe von Schriften ans Licht befördert, denen ein kurzer Ueberblick gegönnt sei. Die in meiner eigenen Broschüre „Von Eisner bis Leviné“ mitgeteilten Tatsachen über Vorgeschichte und Entstehung der Räterepublik werden in keiner der neueren Darstellungen angetastet, so daß die Verteidigung einer meiner Aufstellungen sich erübrigt. Eine einzige sachliche Richtigstellung ist dadurch geboten, daß der auf Seite 55 erwähnte Aufruf an das Proletariat, wie mir Ernst Niekisch mitteilte, nicht von ihm, sondern von Gustav Landauer verfaßt war. Irgendeine andere Berichtigung des Inhalts ist weder öffentlich, noch privat erfolgt, so daß mein Bericht wohl als historisch einwandfrei angesehen werden kann.

Die übrigen Arbeiten wollen keine Geschichtsdarstellung geben, sondern befassen sich mit Spezialthemen aus der Räterepublik. Zwei von ihnen haben die Rote Armee zum Gegenstand genommen, eine vom revolutionären, die andere vom konterrevolutionären Standpunkt aus, die dritte führt den elegischen Titel „Aus Münchens schwerster Zeit“ und behandelt „Erinnerungen aus dem Münchener Hauptbahnhof während der Revolutions- und Rätezeit“, von Reichsbahnoberrat Max Siegert (Verlagsanstalt vorm. G. J. Manz A.-G., München-Regensburg 1928). Der Verlag legt dem 150 Seiten starken Buch „Zur gefl. Benützung“ einen von Otto von Tegernsee unterzeichneten Waschzettel bei, in dem darauf aufmerksam gemacht wird, daß Siegerts tagebuchartige Ausführungen „nicht ohne fein zugespitzte Ironie“ seien. Man müsse, meint Herr von Tegernsee, aus dem Buche erkennen, „welch wilde Horde von Revolutionsmittläufern am Münchener Bahnhof hauste und chaotische Verwirrung hervorrief“. Es war eben eine Zeit „torenhafter Gewalten“, wo „die Lumpen in den Revolutionstagen sich anmaßen, zu regieren und zu kommandieren“. Der Waschzettelmann preist „den hohen Mut des Verfassers“, der es wagt, „die Ereignisse jener Schmachttage in Bayerns Geschichte“ unter Verhältnissen zu

veröffentlichen, unter denen kein Revolutionär atmen darf. Aber möchte das Buch in jedes deutsche Haus eindringen, damit sich alle voll Mißmut abwenden von einer Zeit, die uns nur greuliche Taten der Revolutionsmänner zeigt. Es ist ein lebendiges Dokument aus Schreckenstagen, das noch leben wird, wenn über viele andere moderne Schriften längst der schäbige Staub der Vergangenheit lagert“. Soweit das beigelegte Papier zur gefl. Benützung. Der Autor selber sagt im Vorwort: „Bei der Schilderung aller Ereignisse habe ich es vermieden, nach irgendeiner politischen Seite Kritik zu üben. Wenn es auch notwendig war, mich mit der einen oder anderen Persönlichkeit eingehender zu befassen, so geschah dies nur aus dem Grunde, um das Hervortreten solcher Personen im Rahmen der damaligen Zeit zu zeigen. Ich habe nur Tatsachen niedergeschrieben . . .“ Ich habe das Buch gelesen und hoffte, aus den Siegertschen Tatsachen nun das wilde Hausen unserer Horden bei Lichte zu sehen, das immer nur den Konterrevolutionären aufgefallen ist, während wir Revolutionäre dauernd darüber die Hände rangen, daß unsere braven Genossen nie die Sorge darum vergaßen, daß nur um des Himmels willen kein Schnürchen der ordnungsgemäßen Dienstabwicklung entzweireiße. Ach, ich habe auch in den, übrigens vielfach interessanten, Tagebuchnotizen des guten Mannes nichts gefunden, was in dem Verhalten der Revolutionäre nach Schreckensherrschaft ausgesehen hätte. Und die „feine Ironie“, nicht ohne welche Herr Siegert Memoiren zu schreiben weiß? Die sieht ungefähr so aus: Ein von Egelhofer unterzeichneter Ausweis gibt einem Genossen Vollmacht, auf dem Bahnhof für „dem“ regelmäßigen Gang zu sorgen. Das zweimal mit fettgedrucktem „m“ gebrandmarkte Dokument wird zum Ueberfluß in der Anlage auch noch reproduziert, und da sieht man, daß es sich gar nicht um einen grammatikalischen, sondern um einen Schreibfehler handelt: da steht nämlich in schnell hingeworfener Schrift, daß der Beauftragte für „denn“ regelrechten Gang zu sorgen habe. Aber wenn es nun schon Bildungsmangel wäre, dann bietet das Dokument eben den Beweis dafür, daß die Egelhofer und wir alle nur eine Gesellschaftsordnung stürzen wollen, die dem arbeitenden Menschen sogar die Schulen vorenthält, in denen er seine Sprache richtig anzuwenden lernen könnte. Trotzdem: Siegerts Buch verrät eine viel anständigere Gesinnung, als sein Verlag in dem Wisch zur gefl. Benützung ahnen läßt. Er bemüht sich wirklich, den Menschen gerecht zu werden, mit denen er zu tun hatte; überdies enthält das Buch auch, abgesehen von den Vorgängen am Hauptbahnhof, der von November 18 bis zum Mai 19 stets im Brennpunkt der revolutionären Ereignisse stand, unbekannte Tatsachen, die dem späteren Geschichtsschreiber viel Aufschluß darüber geben können, wo die Lumpen gestanden haben, bei den Roten oder bei den Weißen. Ein Beispiel: „Nach einigen Tagen (Anfang Mai) wurde er (ein gefangener Genosse) nach München in das Zuchthaus Stadelheim gebracht und dort mit vielen anderen in der Kirche des Zuchthauses festgehalten und bewacht. Auf dem Altar waren Maschinengewehre gegen die Gefangenen aufgestellt. Jedesmal, wenn der Gefängniswärter aufsperrte, erschrak alles . . .“ Hübsch, nicht wahr? Haut's den Pfaffen um die Ohren; das ist ein Zeugnis von einem der übrigen, der „nur Tatsachen niedergeschrieben“ hat.

Ein dünnes Heftchen „Die Rote Armee“, von Dr. Albert Herzog (im gleichen Verlage schon 1924 in 2. Auflage erschienen) ist kaum der Erwähnung wert. Eine einzige blöde Gehässigkeit, eine witzlose Verhöhnung des unterlegenen Gegners, lesenswert nur, um zu erkennen, auf welcher geistigen und sittlichen Höhe die Leute stehen, die für ihre Sache erst Mut bekamen, als schon die Maschinengewehre auf den Altären aufmontiert waren.

Ein Buch hingegen, aus dem sich wirklich vieles lernen läßt, wengleich es keineswegs als objektive Tatsachenschilderung anerkannt werden kann, ist der Geschichtsausschnitt „Als Rotgardist vor München“, von Erich Wollenberg (Internationaler Arbeiterverlag GmbH., Berlin 1929). „Reportage aus der Münchener Räterepublik“ nennt der Verfasser sein Werk, und zwar mit Unrecht. Reportage nämlich ist Bericht, Aneinanderreihen geschehener Dinge unter bewußtem Verzicht auf beurteilende Erörterung, Feststellung, nicht Kritik — das ist Reportage, das gerade unterscheidet sie von betrachtender Darstellung, und Wollenbergs Buch läßt nichts, was er erzählt, ohne parteigefärbten Kommentar. Das würde wenig ausmachen, könnte man nur sicher sein, daß die parteiliche Färbung mindestens aus den tatsächlichen Angaben herausbliebe. Ich war selber schon am 13. April gefangen genommen worden, so daß ich die Kampfzeit der Roten Armee nicht mehr miterlebt habe und mich auf Erzählungen beteiligter Genossen verlassen muß. Um die Zuverlässigkeit Erich Wollenbergs zu prüfen, kann ich mich aber nicht auf die freundschaftlichen Empfindungen beschränken, die mich aus gemeinsamer Gefängnispein mit ihm, dem derzeitigen aktiven Offizier der russischen Armee, verbinden. Es wäre mir lieb gewesen, wenn auch er mir die doch sonst oft betonte Freundschaft dadurch bewährt hätte, daß er aus mir in meiner Haltung in München keinen andren gemacht hätte, als ich war. Was soll das, daß er mich permanent mit Toller, Klingelhöfer und Niekisch in eine politische Linie zu bringen versucht? Ich war niemals USP.-Mann und habe stets die Halbheiten und Unsicherheiten dieser Partei bekämpft, wüßte die Stenogramme des Rätekongresses jede gewünschte Unterlage bieten. Diese politische Ablehnung hat selbstverständlich mit persönlichen Dingen nichts zu tun; aber Wollenberg weiß auch, daß ich sogar in der Festung noch dem radikalen Teil der Mitgefangenen sehr viel enger verbunden war, als dem sanftmütigen. Da wird von dem noch unter Eisner eingesetzten Kommandanten der Bahnhofswache, Aschenbrenner, einem übeln und verräterischen Kerl, gesagt, die Versuche der Kommunisten, ihn von seinem Posten zu entfernen, seien „an dem Widerstand bzw. der Ohnmacht der Toller, Niekisch, Mühsam und Genossen“ gescheitert. Hätte sich Wollenberg mit den gedruckt vorliegenden und in den Moskauer Archiven sicher zugänglichen Protokollen befaßt, ehe er dumme und beleidigende Behauptungen aufstellte, dann hätte er wissen müssen, daß alle im Namen des Revolutionären Arbeiterrates und der übrigen Organisationen, die zur Mehrheit aus Parteikommunisten bestanden, eingebrachten Anträge auf Beseitigung, Verhaftung und Prozessierung Aschenbrenners meinen Namen trugen und von mir mündlich begründet wurden. Mein offizieller Antrag lautete: „Der Bahnhofskommandant Aschenbrenner ist sofort zu verhaften. Die Bahnhofswache ist sofort aufzulösen. Der Stadtkommandant Dürr ist vorläufig vom Amte zu suspendieren.“ (Stenogr. Bericht vom 25. Februar 1919; vgl. hierzu meine Reden vom gleichen Tage und vom 27. Februar, S. 18 u. S. 29 des Protokolls.) Solche Beispiele leichtsinniger und parteigefälliger Berichterstattung verringern natürlich den objektiven Wert der ganzen Schrift. Man weiß nicht, wie weit man glauben darf. Gewiß scheint mir der Nachweis erbracht, daß Ernst Toller nicht der geeignete Feldherr für die Rote Armee vor Dachau war, aber die Verratsbeschuldigungen gegen ihn tragen viel zu sehr den Stempel der persönlichen und politischen Animosität, als daß sie Eindruck machen könnten. Toller und Klingelhöfer mögen lächerlich gemacht werden, wie selbstverständlich ein General lächerlich ist, der alle Strategie unter dem Gesichtspunkt übt, Blutvergießen zu vermeiden. Daß sie aber bewußt das Proletariat in die Niederlage treiben wollten, ist ein

absurder Vorwurf. Soweit jedoch Wollenbergs Buch wirklich Reportage ist, nüchternes Material über Organisation und Leistung der Revolutions-Armee bringt, liefert es einen vorzüglichen Beitrag zur deutschen Revolutionsgeschichte allgemein und im besonderen auch noch zur deutschen Revolutionspedanterie, an der soviel gute Kraft gescheitert ist. Als Beispiel nur die groteske Feststellung, was mit den Löhnungsmitteln der Roten Armee bei ihrer Auflösung geschah. „Leitender Intendant war ein Münchener Zahlmeister, der nicht nur ein großes Kontobuch mit bürokratischer Genauigkeit führte, sondern auf Befehl Klingelhöfers bei Auflösung der Armee die restierende Summe von etwa 200 000 Goldmark gewissenhaft an die Reichsbank ablieferte.“ Unsere Revolution wurde von Spießbürgern, Ehrgeizigen und Programmhengsten verdorben, nicht von Verrätern.

Wieder zwingt Raummangel, die Bücherschau vorzeitig abzubrechen. Die Absicht, das außerordentlich wichtige Buch des Genossen Steinberg „Als ich Volkskommissar war“ (R. Piper & Co., München 1929) hier noch ausführlich zu behandeln, muß unterbleiben und soll nachgeholt werden, wenn zum Vergleich das neue Werk Trotzki's über seine politischen Erlebnisse bei mir eingegangen sein wird. Ich möchte aber nicht unterlassen, schon jetzt auf das überaus aufschlußreiche Buch aufmerksam zu machen, in dem der erste russische Volksbeauftragte der Justiz, den seine bolschewistischen Koalitionsgenossen dann zum Emigranten gemacht haben, seine und seiner Partei (Linke Sozialrevolutionäre) Haltung zur Revolution und zur innerrussischen Politik schildert. Man erfährt außerordentlich viel unbekanntes Tatsachen und die Porträte der bekannten Revolutionsführer, vor allem Lenins, erhalten scharfe Lichter. Es muß für dieses Mal bei dem bloßen Hinweis auf das Werk verbleiben, auf das unbedingt noch zurückzukommen ist. Auf einen einfachen Hinweis muß ich mich leider auch beschränken mit Bezug auf zwei Schriften des Genossen Fritz Brupbacher, die einen sehr lebendigen Einblick in die revolutionäre Bewegung der Schweiz geben: „Erinnerungen eines Revoluzzers“ (Unionsdruckerei, Zürich 1927) und „Zürich während Krieg und Landesstreik“ (ebda. 1928). Der vortreffliche Mann, der diese Bücher geschrieben hat, der Arzt und Rebelle, der zeitweilen ein wahrer Freund des Proletariats war, gibt in der ersten Schrift einen Einblick in die Entwicklung der Klassengegensätze in der Schweiz vor dem Kriege und in der zweiten dann in die stürmische Zeit, als die Internationale der Refraktäre, voran Lenin, in Zürich residierte und der Atem revolutionären Geschehens sogar von eidgenössischen Pfahlbürgern gespürt wurde. Brupbacher beschreibt all sein Erlebtes mit der gemächlichen schwyzerischen Ruhe eines sarkastischen Zuschauers; aber wir, die wir ihn kennen, wissen, wie heiß sein Herz an seiner Schilderung Anteil hat.

Bald mehr von Büchern, von solchen Büchern zumal, die nicht totes Papier sind, sondern eingewektes Leben.

Die faschistische Bestie

Keine neue Woche vergeht ohne neue Greuelnachrichten aus den Ländern, in denen der Faschismus seine Methoden verwirklichen darf. Eine auch nur halbwegs orientierende Zusammenfassung der Schurkereien der verschiedenen Diktaturen gegen die proletarische Klasse und deren revolutionäre Wortführer und Organisatoren würde eine eigene Tageszeitung füllen können. Hier können immer nur ausnahmsweise einige grade etwas weiter hörbaren Schurkereien erwähnt werden, und auch das nur, um die

Erinnerung daran wachzuhalten, daß solche Dinge in Italien, Spanien, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Litauen, Bulgarien und Griechenland tägliche Uebung sind. Im Augenblick stehen Ungarn und Bulgarien im Vordergrund der faschistischen Mordarena. Am 22. Oktober traten etwa siebzig ungarische politische Gefangene in den Hungerstreik, um auf ihre vollkommene Entrechtung und schmachliche Entwürdigung durch die Justizbehörden aufmerksam zu machen. Man bekämpfte ihren Widerstand durch Folterungen und künstliche Gewaltnahrung. Drei Revolutionäre, der Anarchist Starow und die Kommunisten Löwy und Litzmann sind an den Folgen der Mißhandlungen und an Erschöpfung durch das Hungern gestorben. Der Kampf wurde wochenlang geführt und scheint dank der großen Beachtung, den er in allen Ländern gefunden hat, zu einem Einlenken der Horthy-Bethlen-Schergen geführt zu haben. Wie weit die Zusicherungen gehalten werden, die sich auf reichlichere Kost und Erlaubnis zum Lesen nach eigener Bücherwahl beziehen sollen, wird abgewartet werden müssen.

Die Informationsstelle des bulgarischen anarchistischen Hilfskomitees im Auslande (neue Adresse: Paul Michei, Poste restante Bureau Nr. 20, Rue des Pyrénées, Paris XX e, Frankreich) versendet in kürzeren oder längeren Abständen fortlaufende Mitteilungen. Die letzte, die im September eintraf, berichtet wieder über grauenvolle Einzelheiten, indem sie mit vielen Namensnennungen betroffener Genossen Verhaftungen, Folterungen, Polizei- und Gefängnisbrutalitäten aller Art aneinanderreihet. Bei der letzten groß ausposaunten Amnestie wurden von ungefähr 40 Anarchisten grade 7 befreit. Von den 33 zurückgebliebenen sind 7 Genossen zum Tode verurteilt und die Erhaltung ihres Lebens ist noch keineswegs sicher; aber nach Erlaß der Amnestie hat der Demokrat Liaptscheff schon wieder 20 weitere Anarchisten in die Gefängnisse werfen lassen. Den Kommunisten geht es nicht besser, und zur Zeit läuft in Sofia der lange vorbereitete Prozeß gegen 52 besonders tätige Arbeiter-Revolutionäre. Außerdem sind noch eine große Reihe anderer politischer Prozesse eingeleitet worden, durch die die politische und gewerkschaftliche Arbeit unter den bulgarischen Proletariern vollständig abgewürgt werden soll. Nach dem Rote-Hilfe-Pressedienst stehen in Sofia weitere 32 Personen unter Strafverfolgung, darunter alle Mitglieder des Zentralkomitees der Arbeiterpartei und der Unabhängigen Gewerkschaften, in Plowdiw 23 Personen, darunter das gesamte Zentralkomitee des Unabhängigen Tabakarbeiterbundes; ferner an verschiedenen Orten einzelne Arbeiterfunktionäre. Seit der antimilitaristischen Kundgebung am 1. August hat man von drei proletarischen Zeitungen 14 Redakteure verhaftet und unter Anklage gestellt, dazu mehrere Mitarbeiter von Jugendzeitschriften. Die bereits erfolgten Urteile gegen einige junge Bauern in Plowdiw zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe lassen erkennen, was man in den neuen Prozessen vorhat. Bei jenem Bauernprozeß zeigte der Hauptangeklagte dem Gericht ein Stück seiner Haut, die ihm unter der Folter der Vernehmungen zwecks Erlangung von Geständnissen abgespalten war. Man kann alle diese Schandtaten nur vermerken, um die Genossen an ihre Solidaritätspflicht zu mahnen und dem Appell der bulgarischen Anarchisten Aufmerksamkeit zu schaffen, der sich „an alle Anarchisten der Welt“ wendet, damit sie ihre „moralische und materielle Unterstützung der bulgarischen anarchistischen Bewegung gewähren, welche die faschistische Regierung seit sechs Jahren im Blute ihrer besten Kämpfer zu ersticken versucht.“ (Sendungen an das Auslandskomitee, s. o.)

Um nicht mißverstanden zu werden: niemand glaube, daß die faschistische Bestie nur in Diktatorländern Nahrung finde. Wir haben gerade erst die Gastonia-Lumperei in Amerika hinter uns, und was die freieste Republik der Welt betrifft, so gab es kürzlich eine kaum beachtete Revolte in der Irrenabteilung des Berliner Zellengefängnisses in der Lehrter Straße, und vor wenigen Tagen gelang es zwei zeitweilig in der besonders gesicherten Strafabteilung der Irrenanstalt Buch untergebrachten Zuchthausgefangenen durch einen glücklichen Handstreich zu entkommen. Darüber liest der deutsche Bürger ebenso gleichmütig hinweg wie darüber, daß ein Vatermörder, der Graf Stolberg heißt, wegen Nervosität haftunfähig ist. Die Irrenabteilungen der Gefängnisse und die Strafabteilungen der Irrenhäuser sitzen gesteckt voll Menschen, deren Krankheit von Aerzten und Behörden zugegeben wird. Es sind aber alle arme Teufel, und bei denen gibt es auch bei ausgebrochenen Geistesstörungen keine Haftunfähigkeit. Alle Deutsche sind bekanntlich vor dem Gesetze gleich, und die faschistische Bestie kommt Gott sei Dank in den Bezirken weimarscher Gerechtigkeit nicht vor.

Aufregung um Lampel

Fememörder Lampel! Au bagge, so eine feiste Sensation hat es selten gegeben! Man gut, daß sie ihn verhaftet haben. Was übrigens uns anbeangt, so haben wir uns selbstverständlich niemals Täuschungen über den wahren Charakter dieses Herrn hingegeben. Allerdings muß es wundernehmen, daß man erst jetzt nach ihm greift, nachdem er durch seine Anklage gegen das Fürsorgewesen des Staates und das neue Enthüllungsbuch über die Hintergründe des Küstriner Putsches vorübergehend nach links abgeschwenkt erschien. Und so fordern wir rücksichtslose Untersuchung und schonungsloses Durchgreifen nicht nur Lampel gegenüber, sondern auch gegen alle seine Komplizen. Mord ist Mord und Recht muß Recht bleiben. Wir aber rücken weit ab — —

Sagt mal, werte Freunde von der linksseitigen Charaktergarde, habt ihr eigentlich nicht gewußt, daß Lampel früher Weißgardist war? Habt ihr nicht, wenn es ihm hingerieben wurde, um den Eindruck seines Erziehungshaus-Dramas abzuschwächen, den Standpunkt des Himmels verfochten, in dem bekanntlich mehr Freude über einen reuigen Sünder ist als über 99 Gerechte? Kommt ihr euch denn nicht selber erbärmlich vor, wenn ihr jetzt, da der Staatsanwalt nach ihm langt, eure Hand, die Lampels Rechte gedrückt hat, schamhaft an der Hose abwischt? Hätte jemand gesagt: dieser Kert hat einmal, und gerade als es darauf ankam, die richtige Barrikade im Bürgerkriege zu wählen, auf die revolutionären Proletarier Jagd gemacht, indem er sich von der Schupo einstellen ließ, mit dem will ich zeitlebens nichts zu schaffen haben, auch wenn er sich jetzt zu meinen Ansichten bekennt, — hätte jemand so gesprochen, so wäre das vollkommen zu verstehen. Nur hätte er gleich so sprechen müssen, während noch den früheren Schwarzen Reichwehrosoldaten ungeachtet seiner weißen Vergangenheit die Wogen der roten Begeisterung umspritzten. Aber es scheint ja wirklich so, daß der deutsche Revolutionär leichter über ein Vorleben hinwegsieht, in dem der konterrevolutionäre Klassendienst sich gegen die Arbeiterschaft ausgewirkt hat, als über eins, das in der Wirrnis des Landsknechtstums an der Vollstreckung eines Femeurteils gegen einen Verräter unter den eigenen Leuten teilgenommen hat. Denn das ist, Gott behüte, Mord, und nur wenn ein Todes-

urteil von studierten, amtlich bestellten und pensionsberechtigten Paragrapheuschwizern in schwarzen Talaren verhängt und von vereidigten Henkern unter Beistand von Staatsanwalt und Pfarrer vollzogen wird, dann mag um die Zweckmäßigkeit und ethische Berechtigung dieser Art Justiz geweiern werden, aber sie ist immerhin vom Gesetz geweiht, und Abscheu und Entrüstung bleibt der Feme vorbehalten, die in fluchwürdiger Selbständigkeit da handelt, wo das eigene Blut in Wallung ist.

Die Festnahme Lampels, die Einleitung eines strengen Verfahrens gegen ihn wegen Mordes ist tatsächlich ein außerordentlich merkwürdiger Vorgang. Daß es nun doch nicht so schlimm zu werden scheint, wird wohl daraus zu erklären sein, daß das Umlegen des Femeopfers unter Mitwirkung anderer Ostmarkenbetreiber geschah, deren Verurteilung gewissen Leuten so unerwünscht wie die Lampels erwünscht wäre. Die Tat wurde im Jahre 1921 begangen. Erinnert sich jemand, daß schon einmal ein sogenannter Feme-mord aus dieser Zeit verfolgt, verhandelt oder gar bestrait worden wäre? Niemand erinnert sich. Denn es gab keinen solchen Prozeß. Aber man erinnert sich ja auch der Tatsachen nicht, die es gegeben hat. Im FANAL vom Mai 1928 (Jahrg. II, Nr. 8) war in dem Artikel „Selbstjustiz“ eine Mitteilung des Nationalsozialisten Dr. Frick wiedergegeben, in der es hieß, daß „in Oberschlesien in den Jahren 1920—1923 von insgesamt 160 Feme-mördern nicht weniger als 200 Femeegerichte abgehalten wurden, und zwar im amtlichen Auftrag des allerchristlichsten Zentrumsmannes Dr. Spiecker, damals Reichskommissar für das oberschlesische Abstimmungsgebiet, des Sozialdemokraten Zimmer, heute noch Oberpräsident in Breslau, und des Sozialdemokraten Ernst, früher Polizeipräsident in Berlin, dann in Breslau. Spiecker gab seine Aufträge unter Decknamen über die Nachrichtenstelle des Oberkommissars an die Femerichter.“ Diese am 13. März 1928 im „Völkischen Beobachter“ aufgestellten Behauptungen sind nie widerlegt worden, und jetzt, neun Jahre nach Anfang der Serie, belangt man zum ersten Male Beteiligte der oberschlesischen Feme, belangt man als ersten Beteiligten den einzigen der 160, der ins andere Lager abgewandert ist, belangt ihn in dem Augenblick, wo sein Buch „Verratene Jungen“ (Frankfurter Sozietäts-Druckerei GmbH., Frankfurt a. M. 1929) erscheint und einen sehr lebendigen Einblick in die Zustände jener unzarten Befreierromantik gewährt. Wer dieses Buch gelesen hatte, noch ehe Lampels Verhaftung erfolgt war, der wußte ohnehin, daß er mindestens Mitwisser eines Fememordes sein mußte. Denn es ist ein gutes Buch, und Peter Martin Lampel schreibt immer nur dann gut, wenn er selbst Gesehenes und Erlebtes wiedergibt. Wo er zu konstruieren anfängt, versagt sein Talent; als ich die genaue Beschreibung des Fememordes in seinem Bekenntnisroman gelesen hatte, dachte ich nicht bloß, sondern äußerte auch, daß hier ohne Zweifel persönliche Beichte vorliegt.

Die republikanische Justiz beginnt also plötzlich, sich für einen der zweihundert oberschlesischen Fememorde von 1920—1923 zu interessieren. Da wird man vielleicht als ein auf Gerechtigkeit haltender Staatsbürger dieser Republik bitten dürfen, sich auch um die übrigen 199 Fememorde der Reihe zu kümmern. Ihre Liste wird kaum auf dem Umwege gelegentlicher oberschlesischer Ehezerwürfnisse ermittelt zu werden brauchen. Man wird doch hoffen dürfen, daß Herr Dr. Spiecker und seine sozialdemokratischen Gehilfen Buch geführt haben über die geheimen Anweisungen an die Nachrichtenstelle des Oberkommissars. Frage an den Ermittlungsrichter: „Haben Sie in Sachen Fememord Köhler bereits Herrn Dr. Spiecker und die Herren Ernst und Zimmer vernommen? Beabsichtigen Sie, deren Befragung soweit auszudehnen, daß die Angaben des Herrn Reichstagsabgeord-

neten Dr. Frick dabei auf ihre Zuverlässigkeit erprobt werden können? Wollen Sie, falls diese Angaben als richtig erwiesen werden, außer Lampel und seine beiden Mitverhafteten auch die übrigen 157 Fememörder von Oberschlesien in ein Verfahren ziehen? Und wie werden Sie es mit deren regierenden Auftraggebern halten?"

Regt euch nicht um Lampel auf, Freunde! Der ist bei der ganzen Geschichte nur zufälliges Opfer einer widerwärtigen, aber in Deutschland längst üblichen Justizgebarung, bei der es niemandem um Recht und Gerechtigkeit geht, sondern bei der sich einfach zeigt, welche politische Richtung hierzulande das ganze Rechtswesen allein beherrscht und den Justizapparat nach ihren politischen Rachebedürfnissen beliebig handhabt. Da diese Gesellschaft Lampel an den Leib geht, um ihn als Ueberläufer in unsre Reihen zu strafen, so hat Lampel Anspruch auf unsre Solidarität. Wenn die Hintermänner der Oberschlesien-Feme mit einem Male Sühnebedürfnisse wegen der Femetaten kriegen, schön, — so werden wir ihnen sagen: Bitte sehr! Aber fangen Sie gefälligst bei sich selber und bei den Ihrigen an, und nicht ausgerechnet bei Lampel. Solange Sie ihn dafür zu martern suchen, daß er zu uns gegangen ist, untersuchen wir weder sein Vorleben noch seinen künstlerischen oder moralischen Charakter, sondern stellen uns vor ihn hin. So verlangt es nämlich bei einigen Menschen der Anstand.

Revolutionäre Demokratie

Nein, war es aufregend! Der Atem stand uns allen still, erst, ob die Firma Hugenberg-Hitler-Seldte genug Stimmen kriegen würde, damit auf 'das Volksbegehren auch noch ein Volksentscheid folgen dürfe, und dann, ob die Städte Preußens und Sachsens künftighin schwarze, rote oder gelbe Bonzenmehrheiten zu Blechschmieden unsres Schicksals bekommen würden, Mit Aufwand aller zur Linken wie zur Rechten zusammengeblasener revolutionären Energie wurde gezählt, gerechnet, verglichen und Sieg! Sieg auf der ganzen Linie festgestellt. Das Volksbegehren hat gesiegt, denn es hat die nötige Stimmenzahl zusammengekratzt; die Gegner des Volksbegehrens haben gesiegt, denn es hat nur ganz knapp gelangt zum Volksentscheid. Im männermordenden Wahlkampf in Berlin hat die Sozialdemokratie gesiegt, denn sie hat mehr Stimmen bekommen als bei einer früheren Wahl; die Kommunisten haben gesiegt, denn sie haben den Sozialdemokraten 200 000 Stimmen abgenommen und daher 13 Mandate zu den früheren erobert; die Nationalsozialisten haben gesiegt, denn sie ziehen überhaupt zum ersten Male ins Rathaus ein; die Bürgerlichen haben gesiegt, denn sie haben sich wacker behauptet; sogar die Deutschnationalen haben gesiegt, denn ihnen kam es nur darauf an, die nationale Tatkraft im Stadtparlament gestärkt zu sehen, was durch den Sieg der treu verbündeten Hitlerschen geglückt ist. In der Provinz gar hat die Sozialdemokratie wirklich mehr Stimmen erobert als die andern, und was den Stimmverlust der Kommunisten anlangt, so stört er den Berliner Sieg nicht, da die Rote Fahne ihren Lesern von den Wahlergebnissen in der Provinz keine übersichtliche Zusammenstellung gegeben hat. (Auf dieselbe Weise bleibt Leow ein Ehrenmann. Der Genosse, der das Gegenteil behauptet hat, fliegt als Verleumder aus der Partei heraus; wer sich zu fragen glaubt, wird wüst beschimpft; die Leser erfahren, daß alle Behauptungen gegen Leow Schwindel sind, nur, welche Behauptungen gegen ihn gerichtet wurden, erfahren sie nicht.) Also jeden-

falls: nach der Wahl sind alle noch zufriedener mit sich selbst als schon vorher. Die Demokratie hat sich herrlich bewährt als revolutionäre Waffe.

Von den Sklareks wird es nun langsam wieder stiller werden. Von den zahllosen Bankkrachs und den Riesenbetrügereien bei der Raiffeisen-Genossenschaft redet man sowieso nicht mehr viel; bloß die Opfer, nachträgliche Inflations-Geplünderte, weinen. Die Demokratie in Berlin geht mit revolutionärer Energie ans Säubern. Sogar die Sozialdemokratie hat sich entschlossen, die Herren Brolat, Kohl und Schünning den Weg des Herrn Schneider in die Wüste nachzuschicken. Da z. B. Herr Brolat als Direktor der Berliner Verkehrsgesellschaft ein Jahresgehalt von 72 000 Mark bezog und die sozialistischen Arbeiterführer dieser Sorte demnach in der Stunde ungefähr soviel verdienen wie der von ihnen geführte Klassengenosse in der Woche, werden die Herren hoffentlich auch nach der Stilllegung ihrer geschätzten demokratischen Revolutionstätigkeit nicht zu hungern brauchen. Besonders erfreulich ist die Lösung, die der annoch nur beurlaubte Oberbürgermeister Böß für die Bereinigung seiner Angelegenheiten gefunden hat und die die Demokratie dieser Revolutionsmetropole ihm zweifellos zubilligen wird. Er hat nämlich den berühmten 4000-Mark-Pelz, den er für 375 Mark gekriegt hat, dadurch zu seinem vollen Wert bezahlt, daß er 1000 Mark für wohltätige Zwecke hergab. Die Wohltätigkeit bestand darin, daß er ein Gemälde für seinen Privatgebrauch unter dem Wert gönnerhaft für 800 Mark kaufte und dadurch den Künstler zur unendlichen Dankbarkeit verpflichtete und die restlichen 200 Mark einer Nichte seiner bepelzten Frau großmütig zuwendete; so blieb also die bei Sklareks ersparte Summe in der Familie. Nun hat man gefunden, daß dieses Gebaren des höchsten Berliner Würdenträgers denn doch nicht ganz zu seinem erlesenen Amt passe und er selber hat das begriffen und vorgeschlagen, man solle ihm doch einfach seine Pension bewilligen, dann sei er bereit, sich mit dem Bilde und der Nichte ins Privatleben zurückzuziehen. Und so wird es auch werden. Er wird sein Amt nie wieder mißbrauchen müssen, weil er jetzt ohne Amt von uns das Geld kriegt, für das er vorher wenigstens etwas zu arbeiten und zu repräsentieren hatte. Denn so halten wir es in unser gesegneten Republik: der Beamte, der uns schikaniert und allein durch seine Existenz unablässig ärgert und dessen Notwendigkeit ein denkender Mensch nie begreifen wird, bekommt dafür, daß er einmal diese erspriessliche Tätigkeit ausgeübt hat, nicht nur in dieser Zeit sein Gehalt, sondern wir haben ihn auch nachher noch zeitlebens für unseren einmal geschluckten Aerger zu ernähren. Jeder Arbeiter, auch jeder Künstler, jeder Arzt, jeder Rechtsanwalt und jeder Privatangestellte kann, wenn seine Dienste einmal nicht mehr verlangt werden, verrecken oder ist auf die freiwillige Solidarität seiner Standesgenossen angewiesen. Unsr gesamten revolutionären Demokraten aber, die Nationalsozialisten ebenso wie die Parteikommunisten, finden diesen Zustand anscheinend ganz in der Ordnung, wenigstens überbieten sie sich in Versicherungen an die Beamtenschaft, sie würden für erhöhte Gehälter und für auskömmliche Pensionen auf Kosten der Steuerzahler kämpfen.

Uebrigens, damit nicht die Meinung entstehe, in der Stadt Berlin werde ein so peinlich entgleister Oberbürgermeister wie Herr Böß durch garnichts gestraft: Im Ratskeller hing bis jetzt sein Porträt, gemalt von dem Wiener Künstler Max Oppenheimer. Das Bild hat die revolutionär entflammte republikanische Demokratie jetzt dort entfernt und an seine Stelle ein andres gehängt. Das stellt dar den Einzug weiland Kaiser Wilhelm I. in Walhall. **Prosit Wahlzeit!**

Oesterreich

Oesterreich steht immer noch vor der faschistischen Revolution. Die Austromarxisten, deren lauwarmes Freiheitsfeuerchen von den verbündeten Habsbürgerlichen, Finanzaristokraten, Industriepfaffen und Kasernenagrariern als der Brand verlästert wird, der am 15. Juli 1927 den staatlichen Saustall der Gerechtigkeit zum Flammenzeichen der Zukunft machte, versichern glaubhaft, daß sie in diesem Fanal immer nur eine Pechfackel erblickt hätten, und wie sie dazumal schon alle ihre Anstrengungen darauf richteten, nicht die 90 Toten zu rächen und ihre Genossen und Schildhalter zur Vollendung des Kampfes zu rufen, sondern die Faschisten zu trösten und die Arbeitermörder versöhnlich zu stimmen, so bitten sie jetzt die Strauchdiebe, doch den Proletariern nicht wehzutun, wenn sie ihnen Hände und Füße binden, ihnen den Knebel in den Schlund schieben und dann die Taschen umkehren; sie werden die Widerstrebenden selber festhalten, und mit Sanftmut gehe es eben auch. Es wird also vorläufig mal zwischen den Heimwehrbanditen und den Sozialdemokraten darüber verhandelt, ob der Faschismus durch militärische Ueberwältigung oder durch widerstandslose Kapitulation seiner Opfer in Oesterreich eingeführt werden soll. Wie das Schachern enden wird, kann im Augenblick nicht vorausgesagt werden, auch nicht, ob die von sozialdemokratischen Waschlappen mißleiteten Arbeiter die Entschlußkraft aufbringen werden, dieses Jammerschweiß, das erst dem Seipel die Ministranten, jetzt den Hahnenschwänzen die Schoberkellner liefert, von sich zu stoßen, ohne sich den völlig impotenten und von Richtungs- kämpfen innerlich total zersetzten Parteikommunisten anzuvertrauen. Nur die Arbeiterschaft, die sich selber führt, kann sich selbst befreien und vor Feinden schützen.

Genosse I. Krafft, Wien, schreibt dem FANAL, er rate dazu, eine gründliche Beschäftigung mit den Zuständen in Oesterreich bis zum Januar-Heft zurückzustellen, da bei der Unübersichtlichkeit der augenblicklichen Lage „ein jetzt geschriebener Artikel nach Erscheinen unbedingt als falsch informiert wirken müßte“. Im nächsten Heft will er den Lesern eingehend über die tatsächlichen Veränderungen in Oesterreich berichten.

Inhaltsverzeichnis und Leinen- einbände zu Jahrg. III des FANAL

werden im Laufe des Dezember versandt werden.

Der Preis für das alphabetische Inhalts- und Namensverzeichnis nebst Druckfehlerberichtigungen beträgt 25 Pfennige. Der leere Umschlag, schwarzes Leinen mit rotem Deckel- und Rückenaufruck, kostet 2.— Mk. Der ganze Jahrgang mit Inhaltsverzeichnis gebunden wird für Mk. 6,60 nachgeliefert

Die Geschäftsstelle des FANAL.

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Zusammenkunft

regelmäßig Donnerstags im Lokal
Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Das Erscheinen aller Kameraden wird erwartet!

Allen Arbeiter-Gesangvereinen

welchen die Pflege und Erhaltung des freien Liedes am Herzen liegt, empfehlen wir die im Verlage der

Freien Sängergemeinschaft Deutschland

erschienenen neuzeitlichen Freiheitslieder für Männer-, Frauen- und gemischte Chöre; u. a. zwei Weihnachts-Sonnenwendlieder. Man verlange Partituren zur Ansicht durch:

Paul Mittau, Düsseldorf, Siegstrasse 15 !!

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

ANARCHISTISCHE JUGEND!

Allen Jugendgruppen, Einzelkameraden und Organisationen zur Kenntnis, das die Informationsstelle der Anarchistischen Jugend eine neue Anschrift hat. Alle Zuschriften gehen nicht mehr wie bisher an W. Boretti, Adlershof, sondern jetzt nur noch an die neue Adresse:

Walter K. Hindrichs, Berlin - Britz, Jahnstr. 44

Anarchistische Jugend!
Berliner-Gruppe

Satirischer Abend

Sonntag, den 8. Dezember

Satir. aus der Revolution nebst eig. Erlebnissen

Referent Berthold Cahn

im Jugendheim Neukölln, Bergstraße 29

Anfang 7 Uhr

Anarchistische Jugend!

Neukölln

Geschichtsfälschungen

dienen der Unterstützung von Parteidogmen und sind leider allgemein üblich geworden. Der Kampf um den Sozialismus kann nur geführt werden durch offene Kritik und wahrheitsgemäße Ueberlieferung des Geschehenen.

Die Geschichte der deutschen Revolution

wird von den marxistischen Parteien regelrecht verfälscht. Tapfere Kämpfer und Märtyrer der Freiheit werden aus Parteilichkeit zu Feiglingen und Renegaten gemacht, Fehler der eigenen Partei bemäntelt.

Es wird deshalb willkommen sein, eine Schilderung von Revolutions-Ereignissen zu lesen, die von einem unmittelbar Beteiligten geschrieben wurde, der seine Fehler und Irrtümer nicht verschweigt oder verfälscht.

Die Entstehung der bayerischen Räterepublik

die Haltung der Anarchisten in der bayerischen Revolution wird geschildert in der aufschlußreichen Broschüre von

Erich Mühsam: Von Eisner bis Leviné

Die Schrift enthält umfangreiches und der Oeffentlichkeit bisher unbekanntes Material! Sie gehört in die Hand eines jeden Genossen!

Umfang: 70 Seiten

Preis: 90 Pfg.

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt vom

FANAL-VERLAG

ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz 2, Dorchläuchtingstr. 48

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Zwischen den Zeltaltern. — Verrat in Oesterreich (von L Krafft). — Komödienspiel der Justiz. Geschobene Schieber. —
Brüder in Not. — Neckisches von der Polizei. — Anarchistische Bewegung in Japan. — Frohes Fest.

NR. 4

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

JANUAR 1930

Bücher und Schriften

VON ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten
Malik-Verlag, Berlin

Preis: brosch. 1,60 Mk. geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers
Kurt Wolff Verlag, München

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,40 Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren
Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 2,— Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti
Verlag Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,— Mk.

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen
Werk 1898—1928

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5,50 Mk. geb. 8,— Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die
Revolutionsergebnisse in München
FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0,90 Mk.

**Bezieht BÜcher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 4

Januar 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörrhüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 812.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Zwischen den Zeitaltern

Der Beginn eines neuen Jahres ist in unseren Tagen nicht mehr Anlaß zu besinnlicher Rückschau auf einen durch den Kalender bezeichneten Zeitabschnitt, sondern, sofern kein seelisch verfetteter Bürger poetische Punschbetrachtungen anstellt, Gelegenheit, in kurzem Ueberblick das Tempo festzustellen, in dem der aus seiner Bahn geworfene Zug der Geschichte den Abhang hinunterrast, zu ermessen, wie bald er umstürzen, auffahren und explodieren oder sich auf eine neue Ebene retten wird. Der Beginn eines neuen Jahrzehnts mag erst recht zum Rundblick über die jüngste Vergangenheit und die verwirrende Unmittelbarkeit der Gegenwart anregen, um auf die nächste Zukunft wenigstens die Vorstellung einer Aussicht zu gewinnen. Das erste Dezennium nach Ablauf des Weltkrieges und der europäischen Revolutionen liegt hinter uns. Unsere politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schulmeister versichern uns, daß der durch jene unheilvolle Erschütterung aufgerissene Boden dank ihrer rastlosen Bemühungen allgemach wieder zur festen Grundlage unserer Schritte werde, so daß wir der nun eröffneten Zeitspanne von 1930 bis 1940 mit der Zuversicht entgegengehen dürfen, die dem von tödlicher Erkrankung Genesenden in der Rekonvaleszenz erlaubt ist. Nur noch etwas Schonung und eine kleine Nachkur, — und holder Friede, süße Eintracht wird beglückendes Zeichen geretteter Menschheit und vaterländischen Wiederaufstiegs sein. Ueberlassen wir das Prophezeien den Astrologen und den Republikanern. Versuchen wir, das Bild der Gegenwart mittels Feststellungen und Vergleichen in den Rahmen der Zeit zu spannen.

Was ist Gegenwart? Offenbar der Zeitabschnitt, dessen Geschehen den lebenden Menschen augenblicklich sinnfällig ist. Aber

wie weit reicht die Augenblicklichkeit in der Wahrnehmung einer ganzen Menschengeneration? Hier ist gar keine Zeitbestimmung zulässig, und alle Versuche, das Heute in seiner Bedeutung als geschichtlichen Wert zu umgrenzen, scheitern schon daran, daß die gleichzeitig atmenden Menschen keineswegs als Zeitgenossen im Sinne von Erlebnisgenossen angesprochen werden können. Wie das Licht der Weltkörper hunderte und tausende von Jahren braucht, um zur Erde zu gelangen und uns seinen Stern an einer Stelle des Firmaments erscheinen zu lassen, wo er vor langen Zeiten gestanden hat, so gelangen die Bewegkräfte der menschlichen Gesellschaftsentwicklung je nach ethnologischen, geographischen und ökonomischen Umständen erst nach langen, oft in den wenigen Jahrtausenden übersehbarer Menschengeschichte gar nicht abzuschätzenden Zeiträumen zu Völkern, die nichtsdestoweniger mit uns dieselben Jahre verbringen und sogar selber schon Opfer unserer Gegenwart sind. Man braucht da gar nicht nur an die primitiven Bewohner der noch fast unerforschten Gebiete des Tibet oder des australischen Busches zu denken, deren geistiges Leben, obwohl Geld, Rauschgifte und Schußwaffen auch ihnen schon bekannt sein werden, unsere Kultur überhaupt nicht berührt (worin keine Wertvergleiche liegen soll), man vergegenwärtige sich etwa die Atmosphäre des Budapestergiftmordprozesses, um zu verstehen, wie weit sogar räumlich nahe Menschen zeitlich getrennt sein können. Die Frauen, die da vor Gericht standen, leben in sittlichen Vorstellungen, die dem naiven Persönlichkeitsdrang mit rohem Aberglauben das Gewissen frei machen; das Leben ihrer unbequem gewordenen Männer zu vernichten, stieß bei ihnen auf keinerlei moralische Bedenken, und es ist sehr zweifelhaft, ob ihre Verurteilung durch Richter, die dank ihrer Herkunft aus städtischer Besitzbourgeoisie nicht nur aus fremdem Milieu heraus, sondern aus anderem Zeitgefühl Recht suchten, von den unbeteiligten Dorfgenossern gebilligt, auch nur begriffen wird. Oder sollen wir die Familie Nogens als zeitgleich mit Albert Einstein ansehen, jene armen gequälten Menschen, die in ihrer tierhaft dumpfen Einfalt das Kind, das nicht mehr mitgefüttert werden konnte, umbrachten, obwohl sie alle es gern hatten, und die unbedenklich für ihre Tat den hilflosen Ausländer Jacobowski auf Schaffott gehen ließen, obwohl doch auch er ihnen allen Freund war? Noch mehr: der Franz Biberkopf, dessen Geschichte Alfred Döblin in seinem Roman „Berlin Alexanderplatz“ erzählt (Verlag S. Fischer, Berlin 1929), lebt mitten zwischen uns, wir begegnen ihm tagtäglich auf der Straße, in der Untergrundbahn, vor den Marktständen in Dutzenden von Exemplaren, begegnen seinen Freunden und Kneipgenossen, seinen Mädchen und allen den Gestalten der leiblichen Not und der geistigen Armut, des sozialen

Stumpfsinns, der vom Stumpsinn der leiblich Satten, deren Seele keinen Hunger kennt, als Laster verschrien wird. Sind diese Indifferenten, die doch Zeitung lesen und elektrisches Licht anknipsen, die den ganzen raffinierten Zauber der modernen Technik kennen und denen Berlin weniger Geheimnisse birgt als seinen erlesensten Hirnen, sind das in Wahrheit Zeitgenossen der Philosophen und Forscher, die in derselben Weltstadt das Auseinanderkrachen der Welt verspüren? Lebt dieser Franz Biberkopf in ein und derselben Gegenwart mit seinem Erfinder Dr. Döblin, der ihn doch hundertfach aus seiner ärztlichen Sprechstunde kennt und aus den Stationen für erste Hilfe und aus den Kneipen im Bezirk der Frankfurter Allee, und der ihn jetzt literarisch entdeckt hat mit seiner Sprache und seinem Gefühlsleben, wie ihn zuvor Heinrich Zille in seiner verstoffenen Wurstigkeit und Käthe Kollwitz in seinem gedankenarmen Leid zeichnerisch entdeckt hatten? Nicht das Geringste weiß Franz Biberkopf von der Zeit, in der Käthe Kollwitz und Alfred Döblin leben, obwohl er beide kennt und auf der Straße grüßt und sie im Vorbeigehen dem Mädchel zeigt, das er auf den Strich schickt.

Wir erleben eine Gegenwart von ungeheuren Ausmaßen, und selbst unter denen, die als Lenker ihrer Geschicke bestellt sind, ist kaum einer, der mehr von ihrer Zukunftsträchtigkeit weiß als irgend ein Franz Biberkopf. Der kleine Teil der Arbeiterschaft, der sich mit seinem Lose beschäftigt und darum erkennt, daß Mächtiges im Werden ist und daß er es werden lassen muß, diese Minderheit des Proletariats und ein paar denkende Menschen außer ihnen sind Gegenwärtige in der Gegenwart. Die Mächler aber in den Stinkgruben der Politik, das ganze Geschmeiß von regierenden Wichtigtuern, räubernden Machtmißbrauchern, kläffenden Taktikern, Gesinnungsschiebern, Amtsstreibern, Parteibullen, programmatischen Flohknackern und literatelnden Klugscheißern — das alles hat keine Ahnung vom Wesen der Zeit, worin es lebt. Denn es ist eine Zeit, deren Tempo vorbeischäumt an den gemütlichen Gestaden, an denen die Sitzungsesel ihre Krippen aufgestellt haben. Mögen sie kauen an den Disteln ihrer katechisierten Theorien und dabei verdösen, ihre eigenen Zeitgenossen zu sein.

Während aber die Prominenten des öffentlichen Lebens glauben, sie eilten ihrer Zeit voraus, wäre es noch nicht einmal richtig zu sagen, daß sie hinter ihrer Zeit herliefen. Sie laufen gar nicht in der Richtung der Zeit, sondern trippeln, den Blick auf dem eigenen Bauchnabel, eingebildeten Zeitgesetzen nach, wursteln im Unwirklichen, was sie Realpolitik dünkt, und sind gerade dadurch für die Gegenwart charakteristisch, daß sich an ihnen die Beziehungslosigkeit der Tonangeber menschlicher Veranstaltungen und menschlichen Gehabens zum wirklichen Geschehen, das doch gerade sie

wieder ahnungslos fördern, in bizarrer Lächerlichkeit offenbart. Was wir erleben, ist die revolutionäre Krise der bürgerlichen Welt, und das Groteskeste am Reagieren der bürgerlichen Welt auf das Bersten ihrer Substanz ist, daß der Kampf um neue Formen des Lebens sich fast ausschließlich zwischen rein bürgerlichen Kräften abspielt. Es ist nämlich einfach albern, die Klassenscheidung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, die eine wirtschaftliche Gegebenheit in dieser bürgerlichen Welt ist, gleichzusetzen mit der Scheidung zwischen bürgerlichen und nichtbürgerlichen Elementen der Gesellschaft. Richtig ist, daß dem ausgebeuteten Teil der Menschheit von Schicksals wegen die Aufgabe zufällt, die Zerstörung der bürgerlichen Welt zu betreiben; diesem Teil der Menschheit aber einreden zu wollen, er sei, weil er Proletariat ist, bereits entbürgert, ist eine demagogische Dummheit, gewachsen auf höchst bürgerlichem Gedankenmist. Das, was eben Schicksal genannt wurde, ist die in den ökonomischen Tatsachen begründete Abhängigkeit des arbeitenden Menschen von den Besitz-, Rechts-, Produktions- und allgemeinen Lebensverhältnissen, die die andere Klasse geschaffen hat und verteidigt, in denen er lediglich Objekt, also Opfer ist. Wahr ist, daß die bürgerliche Welt den Proletarier ideologisch viel stärker in der Zange hält als den Nutznießer ihrer Wirtschaft. Der Zerfall der sittlichen Grundbegriffe, in denen das untergehende Zeitalter wurzelt, ist in der Bourgeoisie — das ist etwas ganz anderes als bürgerliche Welt — viel weiter gediehen, viel deutlicher erkannt und viel bewußter ins Verhalten eingeordnet als im Proletariat. Die Langsamkeit des Abbröckelns bürgerlicher Vorstellungen von der Gedanken- und Gefühlswelt des Proletariats erklärt sich aus dem erstaunlich festen Kitt, mit dem die herrschenden Gewalten die ihnen nützliche Moral kraft ihres Erziehungsprivilegs durch Kirche, Schule und alle Staatsmächte in den Seelen der versklavten Massen zu befestigen verstanden. Dabei kam ihnen freilich der Umstand zu Hilfe, daß die Lehrer, denen die Ausgebeuteten zum guten Teil die Erkenntnis ihrer wirtschaftlichen Lage und des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft verdanken, die revolutionären Rückschlüsse ihrer ökonomischen Ermittlungen statt aus dem Geiste des Aufruhrs aus dem der Doktrin zogen. So wurde die Wissenschaft vom Kapitalismus dem Proletariat nicht Antrieb zur Zerstörung, sondern Mittel zur Bestätigung bürgerlicher Denkart.

Die Lehre des Karl Marx ist eine in Kern und Wesen bürgerliche Lehre. Mag die von ihm vorgenommene Zergliederung der kapitalistischen Oekonomie in allen wesentlichen Einzelheiten richtig sein, — es handelt sich hier nicht um die Lösung theoretischer Streitfragen: die einzig wichtige Aufgabe des Erziehers zur Revo-

lution bleibt er schuldig; das ist die Rebellion des Geistes durch Auflockerung der Bindungen, die das Opfer der Gesellschaft ideologisch an deren Grundlagen knüpfen. Diese Grundlagen aber sind geistiger und moralischer Natur. Alle Einrichtungen der kapitalistischen Gesellschaft mitsamt ihren Verwaltungsprinzipien, ihren Organisationsformen, ihren Sittennormen und nicht zuletzt den von ihnen gepflegten Lehrmethoden sind ein unteilbares Ganzes. Nur die Revolution, die auf dieses Ganze gerichtet ist und die nicht in klüglisch ausgerechneten Etappen, sondern mit der wütenden Kraft der Gleichzeitigkeit und Unmittelbarkeit dreinschlägt, kann auf den Sturz des Ganzen rechnen. Marx hingegen stellt die professorale und sehr anfechtbare Lehre vom historischen Materialismus auf, wonach die Produktionsformen (er gebraucht das Wort sogar meistens in gleicher Bedeutung wie Produktionsmittel) alles Verhalten und damit alle Geschichte der Menschheit schlechthin entscheiden. Es hat nie ein müßigeres Beginnen gegeben als die Brägenverrenkungen um diese Weisheit. Selbstverständlich kann das Sein und das Verhalten der Menschen nicht unabhängig von den Arbeitsformen gedacht und verstanden werden, die ihre gesamte Gemeinschaft regeln. Selbstverständlich ist also das Verhalten der Menschen, die mit dem Handpflug ackerten, individuell und sozial völlig verschieden von dem Verhalten der Menschen, die mit Flugzeugen und Radiotelegrammen kaum mehr von Raum- und Zeitschwierigkeiten wissen — wobei nur bürgerliche Betrachtungsweise die zweite Lebensbeziehung als kulturell wertvoller anerkennen wird —; aber es kann doch wohl nicht bestritten werden, daß die Menschen ihre Produktionsformen und -mittel erdacht und geschaffen haben, daß also ihr geistiges Verhalten ebenso Voraussetzung ihrer Arbeitsart ist wie umgekehrt. So läuft jede Diskussion über diesen Gegenstand schließlich auf das sinnige Gesellschaftsspiel hinaus, zu entscheiden, ob erst das Ei oder erst die Henne da war. Das Hirn derer, die man zu Revolutionen bewegen will, mit derartigen Sophistereien beschweren, heißt, es an die Kette bürgerlicher Denkspekulationen schmieden.

Aerger noch kennzeichnet sich Marxens Lehre als vollkommen von bürgerlicher Denkweise umklammert da, wo das Gebiet der Oekonomie überhaupt verlassen und das der Philosophie beschritten wird. Was in des Teufels Namen soll eigentlich der unter der kapitalistischen Fron schuftende Proletarier mit der historischen Dialektik anfangen, als mit welcher ihr Ersinner nach seinem von den Marxisten bis zum Erbrechen nachgesabberten Ausdruck den auf den Kopf gestellten Hegel wieder auf die Füße zu stellen unternahm? Was ist damit gedient, wenn ein Arbeiter (und einem Arbeiter, der revolutionär denkt und fühlt, ist es durchaus egal, ob die Behauptung

stimmt oder nicht) sich davon überzeugt, daß die Geschichte auf ihrem Entwicklungswege so eine Art Echternacher Prozession aufzuführen soll, sich nämlich ständig in Widersprüchen fortbewege? Laßt gut sein, dieses von der Philosophie des reaktionärsten preußischen Staatsprofessors entlehnte Dogma für revolutionäre Arbeiterführung hat als Richtschnur des proletarischen Verhaltens allergrößte und wertvollste Bedeutung, — für alle, die an der Erhaltung der bürgerlichen Welt interessiert sind. Hier hat sich die Revolution selber einen wunderbaren Bremsklotz ans Bein gehängt, sich selbst den Vorwand geschaffen, warum man nie aufs Ganze gehen darf, die Widerstände der Reaktion gegen den Umsturz weise einkalkuliert in das Werk der Leidenschaft, das Ziel des Kampfes auf das rechtzeitige Erwischen der Rückzugsstellung bemessen und jeden Mißerfolg von vornherein auf die leidige Gewohnheit der Weltgeschichte abgewälzt, in Gegensätzen zu operieren. Die bürgerliche Welt kann zufrieden sein.

Ist es da ein Wunder, daß die Arbeiterklasse, abgesehen von den wenigen, welche mehr Zutrauen zur Entschlußkraft der Verzweiflung haben als zu einer Gelehrsamkeit, die nachzuprüfen ihr die Bourgeoisie mit Bedacht die Schulung versagt, sich selbst da, wo der Glaube an die revolutionäre Befreiung durch den Sozialismus lebendig ist, in verstockt bürgerlichen Gedankengängen bewegt? Ist es ein Wunder, daß Revolutionäre, die glauben, die Entwicklung der Menschengesellschaft rolle am Faden kontrollierbarer Gesetze (mit dialektischer Rückschnellfeder) automatisch dahin, niemals das Ziel vor Augen sehen, sondern immer nur den nächsten Schritt und daß dieser nächste Schritt nie herausführt aus bürgerlichen Kreisen und Ellipsen? Ist es ein Wunder, daß der Marxismus, da er ja eine sogar theoretisch absolut bürgerliche Lehre ist, praktisch den Staatsgedanken pflegt und allmählich aus der Vorbereitung der proletarischen Revolution einen bekömmlichen bürgerlichen Beruf gemacht hat? Ist es ein Wunder, daß die gesamte proletarische Revolutionsbewegung zu einem anerkannten Bestandteil der bürgerlichen Welt geworden ist und daß es möglich war, revolutionären Proletariern weiszumachen, das nachrevolutionäre Rußland mit seinen staatskapitalistischen Experimenten und seinen Verfolgungen jedes selbständigen Denkens habe die bürgerliche Weltperiode überwunden? Wir sind, Rußland so wie Europa und die ganze bürgerliche Welt, inmitten der Revolution, das ist richtig. Denn die bürgerliche Welt mit ihren Produktionsformen und mit ihren sittlichen und spirituellen Grundlagen ist geborsten, ist im Zerfall und in der Krise des Untergangs. Alles was ist, wankt. Gesinnungslosigkeit, Korruption, Schlemmerei, Gaunerei; Unfähigkeit, der Arbeitskraft Arbeit zuzuweisen, Güter nach Bedarf zu schaffen, nach Notwendigkeit zu

verteilen; Unflätigkeit im Austausch der Meinungen; Ver lumpung des öffentlichen Lebens; Unsicherheit in allen menschlichen Beziehungen; blutrünstige Jagd nach der Habe, den Vorteilen, ja dem Geiste des Nebenmenschen; Verlotterung des primitivsten Anstands; Betätigungsmöglichkeit für die Haarmanns, Denkes und Düsseldorfer Kindermörder; Unfähigkeit und Gemeinheit als Legitimation für Kommandostellen; Staatsanbetung; Regelung aller Dinge mit Zwang, Gesetz, Gummiknüppel und paragraphierter Volksausplünderung; Heuchelei, Muckerei, Moralfälschung; Auflösung jeglichen Vertrauens, Unzuverlässigkeit, Anbetung aller Autorität; Feigheit, Lüge, Speichelleckerei und bei alledem völlige Verwirrung in der Bemühung, einander zu verstehen. Traditionen, in wenigen festen Charakteren noch unangefressen lebendig, sind bei anderen längst fortgeworfen. Die Moralbegriffe der Vergangenheit haben keine Stütze mehr in der Wirklichkeit der Gesellschaft, neue haben sich erst bei den wenigsten entwickeln können. So ist alles Leben Experimentieren, Flüchten vor inneren Konflikten, Schwanken zwischen Gewesenem und noch unerkennbar Werdendem. Der Staat fuhrwerkt dazwischen mit der erbarmungswürdigsten Instinktverlassenheit, hier mit dem borstenlosen Besen der Demokratie, dort mit dem klobigen Beil des Faschismus. Die bürgerliche Welt hat jeden Halt verloren. Sie ist reif zur Vernichtung. Nötig ist die Entbürgerlichung der proletarischen Revolution, dann könnte die Welt der Freiheit geschaffen werden.

Wir leben zwischen den Zeitaltern. Die Einteilungen der Geschichtsschreiber stimmen nicht mehr. Wollen wir Altertum, Mittelalter und Neuzeit trennen, so können wir nur die großen revolutionären Umschichtungen innerhalb der Völker und in ihren Beziehungen zu einander zum Maßstab nehmen, um die Vergangenheit zu ordnen und die Gegenwart geschichtlich zu erkennen. Das Bild unserer Tage gleicht in vielen Einzelheiten der Zeit des Verfalls der alten Welt, deren Ablösung durch das Mittelalter von den meisten Historikern übereinstimmend vom Beginn der Völkerwanderung an gerechnet wird. Das war (auch Landauer drückt diese Ansicht in seiner „Revolution“ aus) die gewaltigste Revolution, die in der uns bekannten Menschheitsgeschichte erlebt wurde. Die Antike hatte ihre Epoche beendet. Das ungeheure römische Reich hatte sich zum Beherrscher der Welt gemacht und suchte die Kultur des alten Hellas in neuen Formen zu bewahren. Es verfiel in Staatswahn; die Zeit der Dekadenz unter den letzten Kaisern wird in allem ganz ähnlich beschrieben den Zuständen, die wir um uns sehen. In diese Zeit aber gehören schon die Anfänge des Mittelalters. Johannes Bühler („Die Germanen in der Völkerwanderung“, Insel-Verlag, Leipzig 1922) schreibt sogar: „Die eigentliche Völkerwanderung be-

gann 166 n. Chr. mit dem Einfall der Markomannen und Quaden in die Gebiete des heutigen Kärnten und Steiermark.“ Andere wollen erst das dritte Jahrhundert für den Anfang der ungeheuren Bewegung gelten lassen. Als Abschluß der Völkerwanderung wird man vielleicht am ehesten die Gründung des Frankenreichs durch Karl den Großen um das Jahr 800 annehmen dürfen, also ein Geschehen von 500—800 Jahren. Dieser Vergleich zeigt, mit welchen Zeitspannen gerechnet werden muß, will man begreifen, was es mit dem Wort Weltrevolution auf sich hat. Das Mittelalter sank in den modernen Staat, sank in den Kapitalismus als erste Anzeichen des Verfalls seiner Blütezeit, die in den freien Städtebünden und in der Kultur der Gotik ihre Höhe erreichte. Ob das, was wir erleben, bei den Zukünftigen noch als Todeszuckungen des Mittelalters gebucht werden wird oder schon als Geburtswehen eines neuen Zeitalters, braucht uns wenig zu kümmern. Es ist ebensowohl möglich, daß man das Jahr 1914 als Geburtsjahr der großen Umwälzung, die zum neuen Zeitalter führen wird, wie daß man die französische Revolution des achtzehnten oder, dann mit noch größerem Recht, die englische Revolution des 17. Jahrhunderts annehmen wird. Spätestens das Jahr 1917 mit der Erhebung der russischen Arbeiter und Bauern leitet sicherlich die Periode des Sozialismus ein, die durch die Weltrevolution erkämpft werden muß.

Jack London nimmt in der „Eisernen Ferse“ die Dauer der Weltrevolution mit 700 Jahren an. Das ist so willkürlich wie alle in die Zukunft gezielten Rechenkünste. Doch ist dem Dichter in einem Roman mehr erlaubt als dem Oekonomen und Historiker, der mit dem Anspruch des Wissenschaftlers auftritt. Wir haben uns zwar auf langen Kampf einzurichten, aber wir haben den Kampf so zu führen, daß uns das Ziel, mag es noch so fern sein, nie aus den Augen entschwindet. Wir haben den Kampf zu führen als Kinder der sterbenden bürgerlichen Welt, der wir den Tod bereiten wollen und als Pioniere des Sozialismus, dem wir in unserer Liebe und in unserem Haß, in unserem Wirken unter den Menschen und in unserem Verhalten untereinander den Boden bereiten wollen. Darum hat unsere wichtigste Aufgabe die zu sein, das Proletariat, den Amboß aller kapitalistischen Schurkerei, revolutionär zu machen. Das geschieht, indem es lernt, der bürgerlichen Welt geistig zu entwachsen. Es genügt nicht, den Kampf um das tägliche Brot zu führen, so nötig auch dieser Kampf ist, da er die Kräfte für den größeren Kampf, die Kräfte auch der kommenden Geschlechter sichert, der Kampf muß beim Menschen beginnen, soll er bei der Menschheit enden. Die Weltrevolution, die vom Mittelalter zur Neuzeit führen soll, muß die Ausbeutung in jeder Form ausrotten. Das kann sie nur, wenn sie den Gehorsam, das ist die Hörigkeit,

also die Sklaverei aus dem Verhältnis zwischen den Menschen entfernt. Alle Autorität ist Ausbeutung. Aller Zentralismus aber ist Wirkungsform der Autorität. Deshalb ist der Staat ein zentralistisches Gebilde, weil er Organ der Ausbeutung sein will und sein muß. Eine Partei, die zentralistisch organisiert ist, also Disziplin vor den Oberen fordert, also Autorität, also Ausbeutung mit sich trägt, kann nicht revolutionär sein, ist bürgerlich und unfähig, gegen die bürgerliche Welt zu kämpfen. Der Kampf für den Sozialismus ist zugleich Kampf gegen den Staat. Kein Staat kann Freiheit schaffen oder Freiheit erhalten. Die Weltrevolution, die das Mittelalter des Kapitalismus, des Staates, der Zentralisation, der geistigen und materiellen Autorität beseitigen muß, mag Jahrhunderte dauern oder uns selbst noch zum Ziele führen, — dieses Ziel steht fest: Sozialismus, Freiheit, Anarchie!

Verrat in Oesterreich

Es ist mehr als ein Zufall, daß gerade in dem Augenblick, wo der Austromarxismus durch feiges Zurückweichen vor dem machtgerigen Heimwehfaschismus zum Verräter am österreichischen Proletariat wurde, ein merkwürdiger Prozeß Beginn und Hintergründe des großen Verrats blitzartig erhellte. Die Ehrenbeleidigungsklage des Bundesheermajors Alfred Marek — einstiger Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei und späterer Verräter der im Arsenal versteckten Waffen, um allerdings geprellten Judaslohn, an Heeresminister Vaugoin — gegen die „Arbeiterzeitung“, endete nach erbrachtem Wahrheitsbeweis mit dem Freispruch des verantwortlichen Redakteurs. Bei dieser Gelegenheit erfuhren aber die Arbeiter außer dem Umstande, daß Vaugoin seinen Spitzeloffizier trotz aller geleisteten Liebesdienste für einen Schuft hält, auch noch andere interessante Einzelheiten eines Parteibetriebes, die der proletarischen Öffentlichkeit wohlweislich hätten verborgen bleiben sollen. Da wurden 1918, kurz nach dem Zusammenbruch der Monarchie, ungeheure Waffenvorräte — ganze Zugladungen — vollkommen richtig dem Zugriff der imperialistischen Entente entzogen und nach einem förmlichen Pakt zwischen Sozialdemokratie und der christlich-sozialen Partei, welche die Mehrheit des Bürgertums repräsentierte, im Wiener Arsenal versteckt. Diese Arsenalwaffen blieben so lange unter Obhut sozialdemokratischer Vertrauensleute, die gewissenhaft dafür sorgten, daß sie nicht etwa verteilt oder verschleppt, sondern gut verwahrt wurden, bis sie eines Tages Herr Vaugoin kurz nach dem sozialdemokratischen „Wahlsieg“ vom Frühjahr 1927 durch Mareks Verrat mit raschem Zugriff aushob und abholte. Die verratenen Verräter standen nun betroffen da und hatten wohl keine

Waffen in den Händen, dafür aber den Vertrag, einen wertlosen Fetzen Papier, und ihre lächerliche Angst, die Waffen den damals noch nicht parteipolitisch verseuchten Ortsgruppen des Republikanischen Schutzbundes zu geben, hatte sich bitter gerächt. Die widerstandslos von der Reaktion aus dem Arsenal geholten Waffenvorräte waren ein für allemal den kampfbereiten Teilen der österreichischen Arbeiterschaft entzogen, die planmäßige Entwaffnung des Proletariats hatte begonnen.

Nun ging es unaufhaltsam weiter bergab, der 15. Juli mit all seiner Kopf- und Ziellosigkeit, die Sozialistenverfolgungen in Bundesheer, Polizei und Gendarmerie, die ständige Rückzugstaktik der sozialdemokratischen Partei verhalten dem unheimlich anwachsenden, sich überall widerstandslos formierenden Heimwehfaschismus — der sogar in die Betriebe eindrang — zu einer außerparlamentarischen Machtposition, die er bewußt und bedenkenlos ausnützte. Die Sozialdemokratie, welche in den seitherigen „Wahlschlachten“ ihre Position wohl noch zu behaupten verstand, wich trotzdem unaufhörlich weiter zurück und ermunterte so den zu allem entschlossenen Faschismus, dem nur durch sofortige energische Abwehr beizukommen gewesen wäre, zu immer unverschämteren Forderungen. Nachdem das Mieterschutzgesetz Mitte 1929 nach maßloser Hetze der Reaktion beträchtlich verschlechtert war, warfen die Heimwehführer und ihre Presse — zu deren widerlichsten Erzeugnissen das Abendblatt „Freiheit“ des jüdischen Renegaten Sandor Weiß, einstigen Chefredakteurs des sozialistischen „Abend“, gehört — plötzlich das Schlagwort von der dringenden „Verfassungsreform“ in die Massen, wovon sie sich die Sprengung des Parlaments und die Entfesselung des Bürgerkrieges erhofften.

Inzwischen waren aber nach dem Sturz des Hetzprälaten Dr. Ignaz Seipel, des liebevollen Förderers der Heimwehren, die zwei verhaßtesten Arbeiterfeinde zur Regierung gekommen. Der Wiener Polizeipräsident Johannes Schober, der wahre Schuldige am Blutbad des 15. Juli 1927, wurde Bundeskanzler, während Scharfmacher Vaugoin zum Heeresministerposten noch den eines Vizekanzlers ergatterte. Die Heimwehfaschisten triumpfierten, faselten von einer Diktatur und priesen Schober als ihren Mann, der mit starker Hand nun endlich reinen Tisch machen würde. Hatten aber die Heimwehren zum Großteile die Alpenländer hinter sich, so war es klar, daß sie in den Städten, vor allem aber in den Industriegebieten Niederösterreichs und in Wien, jenen Widerstand finden würden, von dem ihnen der Zusammenstoß in St. Lorenzen bereits einen Vorgeschmack gegeben hatte. Die Lage wurde immer bedrohlicher, um so mehr, als die Einzelheiten der Verfassungsreform-Forderung der Heimwehren, die sich sämtliche bürgerlichen Parteien sofort zu eigen machten, bekannt wurden. Aus der Fülle des faschistischen Speisezettelwahnsinns sei nur folgendes angeführt: Sie wollen natürlich den Ausnahmezustand, der Bundespräsident sollte das Recht haben, den Nationalrat (das Parlament), wann immer es

ihm passe, auseinander zu jagen, um allein zu regieren. Ferner sollte er das Recht erhalten, wann immer er wolle, selbst während der Tagung des Nationalrates, Gesetze zu erlassen; die Polizei sollte ein unumschränktes Notverordnungsrecht erhalten und ein Ständerat, in dem 60 Arbeiter ebensoviel Vertreter haben sollten wie ein Unternehmer, war gleichfalls vorgesehen. Die Einführung des Adels sowie die Rückkehr der Habsburger und Rückgabe ihres Vermögens war geplant. Die Abschaffung der lästigen Geschworenengerichte, die Aushebung des Budgetrechts des Nationalrats, das Recht der Regierung, die Heimwehren als staatliche Miliz in Eid zu nehmen und sie zu bewaffnen, war vorgeschlagen. Schließlich noch eine Reihe von hemmenden Bestimmungen für die Sozialdemokratie, wie Beseitigung ihrer Vertreter aus den Landesregierungen, aus den Gemeindevertretungen unter 3000 Einwohnern durch ein raffiniertes Wahlsystem; ferner Wahlpflicht für den Nationalrat, einfache Mehrheit statt Zweidrittelmehrheit bei Verfassungsänderungen, Entrechtung des Bundesstaates Land Wien zur Gemeinde, der evtl. unter dem Diktat eines Regierungskommissars in einfache Selbstverwaltung genommen werden sollte; Beraubung der Steuereinkünfte Wiens um 68 Millionen Schilling zugunsten der anderen reaktionär verwalteten Bundesstaaten, Auslieferung des Wiener Schulwesens und der Spitäler an die Pfaffen, Abschaffung der Krematorien, Anlegung der Wählerlisten durch die Polizei und sofortige Auflösung der Wiener Gemeindewache, der letzten vom Faschismus gefürchteten legalen roten Wehrformation, die ihre Entstehung den Julitagen verdankt.

In der sozialdemokratischen Presse, die schon eine Zeit vor der Ernennung Schobers zum Bundeskanzler ihre einst wütende Kampagne gegen den neunzigfachen Mörder wie auf einen Wink einstellte, daß sich kritische Beobachter wie Karl Kraus angewidert von ihr abwendeten, erhob sich über die faschistischen Forderungen zunächst ein grimmiges Abwehrgeheul. „Niemals“ und „Nicht eine Zeile davon wird Wirklichkeit“ waren die Parolen der Leitartikel, während kurz darauf die Führer ihre Verhandlungsbereitschaft manifestierten und sich von den Vertrauensschäfflein ihre vorner ausgearbeiteten „Richtlinien“ bestätigen ließen. Unter dem Kommando Schobers, der andauernd mit seinem Rücktritte drohte und der Furcht der sozialdemokratischen Unterhändler, es an diesem viel zu späten Termine zu einer Machtprobe kommen zu lassen, endete der „Kampf“ nach wochenlangem Feilschen in Unterausschüssen mit einem Kompromiß oder, echt österreichisch gesagt, mit einer großen „Packelei“.

In einer Reihe sehr maßgebender, ja lebenswichtiger proletarischer Fragen, hat die Sozialdemokratie grundlos nachgegeben, was sie nicht hindert, zu behaupten, daß es weder Sieger noch Besiegte gebe. Es wurden dem reaktionären Ansturm folgende Zugeständnisse gemacht: Der Bundespräsident wird nicht mehr von der Bundesversammlung, sondern wie in Deutschland vom Volke gewählt, was zu netten Ueberraschungen führen kann; die Regierung wird nicht mehr vom Nationalrat, sondern vom

Bundespräsidenten ernannt, dieser erhält auch ein verklusuliertes Notverordnungsrecht, dessen Auswirkung die Arbeiter noch zu spüren bekommen werden; das Wahlrecht wird auf das 21. Lebensjahr erhöht; die Wählerlisten macht die brave Polizei, welche vom Land Wien die ihr bisher abgerungenen Agenden wieder erhält; sämtliche Gemeindepolizeien werden dem Bunde unterstellt, also reaktionär. Die Wiener Gemeindegewache wird in absehbarer Zeit aufgelöst, womit der letzte offizielle sozialdemokratische Machtrückhalt fällt. Die Wiener Finanzen kommen unter staatliche Kontrolle. So sehen also die wichtigsten Zugeständnisse der nach Otto Bauer gewonnenen Abwehrschlacht aus. Abwehrschlachten waren aber auch im Weltkriege nur umgelogene Niederlagen und eine offensichtliche Niederlage bedeutet das letzte Kompromiß. Da aber nach der Sachlage keine Notwendigkeit zu einer solchen Packelei gegeben war, so ist das Verhalten der sozialdemokratischen Führer nackter Verrat an den Lebensinteressen des Proletariats, das nun völlig unter den Polizeistiefel der Bourgeoisie gerät. Leichtfertig wurden Ansätze sozialistischer Selbstverwaltung dem Klassengegner ausgeliefert, der kühner geworden, durch die geschlagene Bresche — die für ihn nur eine erste Etappe bedeutet — weiter vordringt und immer weniger ernsthaften Widerstand findet.

In diesen Schicksalstagen des österreichischen Proletariats zeigte sich wieder einmal die ganze politische Unreife und Bedeutungslosigkeit der kommunistischen Partei Oesterreichs, deren Exekutivkomitee nichts besseres zu tun hatte, als sich gegenseitig auszuschließen. So blieben die kommunistischen Massenversammlungen ohne Massen und wir haben glücklich zu den Trotzlisten nun auch die Brandleristen gekriegt. Oesterreich steht dem reichsdeutschen Kommunismuddel in nichts mehr nach.

Zuletzt wollen wir aber die Frage aufwerfen, was dem zahlenmäßig noch schwach aber schließlich doch vorhandenen Anarchismus in Oesterreich not tue. Welche Wege hat er zu gehen, was müßten seine nächsten Aufgaben sein? Wer die Zeit des Umsturzes von 1918 noch in Erinnerung hat und weiß, wie damals an allen Ecken und Enden anarchistisches Leben keimte, Blätter wie K. F. Kocmatas „Revolution“, J. Holz-Reithers „Anarchist“ und Th. Bruns „Neue Gemeinschaft“ entstanden und vergingen — woran großmännische Machenschaften ihren nicht geringen Anteil hatten —, der fühlt, daß man alle diese Vereinzelt und Versprengten wieder durch Schaffung eines, wenn auch kleinen, aber prinzipientreuen Blattes sammeln könnte. Mit diesen wiedergefundenen und mit neubegeisterten Kampfgefährten, selbst wenn es nur einige aktive Gruppen sind, könnte man dem Faschismus viel wirksamer entgegentreten, als bei der 100 prozentigen Gewaltlosigkeit, die so Viele verwirrend ihren Ausgang von Klosterneuburg genommen hat. Freilich, Opfer mancher Art werden gebracht werden müssen, noch sind wir von jener Konzentration der Kräfte weit entfernt, aber frisch ans Werk — auch Anarchismus verpflichtet!

L. Krafft-Wien.

Komödienspiel der Justiz

Die Herren Klapproth und Fahlbusch beschäftigen sich immer noch im Gefängnis mit Schmachten und erfüllen damit die ihnen zugeteilte Aufgabe, das Martyrium vaterländischen Heldensinns in der Judenrepublik der Hakenkreuzjugend zu Gemüte zu führen. Die kleineren Mörderchen der glücklichen Femezeit sind entlassen worden, weil sie ja doch bloß taten, was Schulz ihnen anbefahl, und Schulz selbst ist betrüblicherweise gänzlich haftunfähig. Was sonst noch die Jauchegruben Ostelbiens mit den Leichenresten verratsverdächtiger schwarzer Weißgardisten füllte, konnte von der deutschen Gerechtigkeit nicht hinter Gittern verwahrt werden, weil sonst das schöne Land Mecklenburg keine deutschnational-völkische Regierung zustandegebracht hätte, die ihm die republikanische Verfassungstreue hüten muß. Die Herren Klapproth und Fahlbusch also ragen als letzte Säulen jener stolzen Rechtsdemokratie ins schwarz-rot-goldige Gewölk, die auf dem ehernen Grunde der Gleichheit vor dem Gesetz errichtet steht, ohne Schwanken nach rechts und nach links, eine Stätte unwandelbarer Tugend, lauterer Menschentums, edeln Biedersinns, wo Weisheit sich mit Milde paart, mit Herz und Hand fürs Vaterland, fürs Va—ter—land!

Laßt sie 'raus, gute Leute, laßt sie wieder atmen im rosigen Licht zurer Freiheit und eures Weimarasmus. Es ist nicht nötig, so zu tun, als ob man die ausgerutschten Nationalisten so behandle wie die revolutionären Proletarier. Wir kennen die Bedeutung des Dicktuns mit eurer Gnade und Gerechtigkeit, wenn wirklich mal nach jahrelangem Gemurkse und Gegreine ein todkranker Mensch unserer Richtung in die süße Freiheit der Erwerbslosigkeit entlassen wird; wir kennen auch die Bedeutung der Heimlichkeit und leisetretischen Geschäftigkeit, mit der der Reichtum und die Kaisertreue bedient werden, wenn sich mal jemand ihrer Sorte zufällig vom Parkett auf die Bühne der Gerechtigkeitskomödie verirrt hat. Wir wissen auch, daß es nur Schein und Theater ist, wenn der Staat die Klapproth und Fahlbusch wie andere Gefangene der Öffentlichkeit vorfilmt, während sie in Wahrheit ein Sanatoriumleben im Gefängnis haben, durch das sie ihren proletarischen Hausgenossen dauernd die Empfindungen des Neides, des Hasses, der Erbitterung und, erfreulicherweise auch, der revolutionären Erkenntnis staatlicher Gerechtigkeit lebendig halten. Laßt sie 'raus, die beiden letzten nationalen Statisten eurer politischen Kulissenschieberei, wir schenken euch die Komödie, die nur dazu dienen soll, Vorwände zu haben, um unsere Freunde nicht herauszulassen. Laßt die Feme-mörder 'raus, wie ihr die Untersuchungsgefangenen der Dynamitknallereien doch auch nach und nach alle 'rauslaßt, ohne viel Aufhebens davon zu machen. Wir haben gar nichts dagegen, sondern alles dafür, daß diese Leute die wenigstens zum Teil von ihrer blöden Idee der nationalen Wiedergeburt ehrlich besessene tapfere Jungens sind, vom Staate zufrieden gelassen werden, der zu ihnen gehört und zu dem sie gehören, wenn sie sich auch gegenseitig wegen der etwas abweichenden Uniformierung als Brüder noch nicht erkannt haben.

Unsere Arbeit, den Befreiungskampf für die Unsrigen überzeugend zu führen, wäre erheblich erleichtert, wenn drüben niemand mehr unter dem Schein der Strafverfolgung stände, wenn weder Parteikommunisten, noch Menschenrechtler die Möglichkeit fänden, den Staat zur Fortsetzung der Justizkomödie gegen die Nationalisten aufzufordern und ihm damit Gelegenheit zu geben, sich länger als ein unparteiisches Gebilde, als eine Einrichtung aufzuspielen, die nicht Klasseninteressen, sondern Rechtsgrundsätze zu wahren hätte. Allerdings wäre unsere Arbeit noch viel mehr erleichtert.

wenn besonders die Parteikommunisten sich etwas weniger eifrig zu Anwälten der sehr kniffligen Unterscheidung zwischen politischen und unpolitischen Missetaten machten. Damit kommen sie den vom Staat gewünschten, dem Staat nützlichen, die Komödienhaftigkeit aller staatlichen Rechtsübung verwischenden Justizauffassungen in einer Weise entgegen, die allein von proletarischen Gefangenen und Verfolgten bezahlt werden muß. Die Amnestie von 1928 stellte den Begriff der politischen Straftat ohne jede weitere Erklärung auf. Die Wirkung, die hier warnend vorhergesagt war, kamte nur die sein, daß Richter und Staatsanwälte, die ihren Spruch aus tausend Klassenvorurteilen geschöpft hatten, Vorurteilen, die in unzähligen Fällen von bewußter und gewollter politischer Parteilichkeit bestärkt wurden, die Entscheidung darüber zu fällen hatten, ob jemand als politischer oder krimineller Täter anzusehen sei. Die Kommunistische Partei und die Rote Hilfe schreien und trommeln brav und laut dagegen, daß soundsoviele Revolutionäre dabei als nichtpolitisch im Zuchthaus bleiben mußten: die Staatsjustiz verwende ein zu kurzes Maß, so daß eine Reihe von Genossen, die bei ihren Handlungen wesentlich von revolutionärem Willen geleitet waren, von der Amnestie übergangen worden seien. Und nun zählt man ein Dutzend besonders krasser Fälle auf, wie die der Genossen Peters, Nachtigall und Kobitsch-Meyer, wie die Burkhardts und Mehlhorns, beschränkt aber alle Propaganda auf die Forderung einer neuen politischen Amnestie, ohne je zu erklären, welchen Maßstab man selber bei der Feststellung des Begriffs „politisch“ anzulegen gedenkt. Daß man die Genossen Margies, Sepp Müller, Göckeler und die übrigen durch die Amnestie zu 7½ Jahren Gefängnis „begnadigten“ Genossen sofort heraushaben will, in allen Ehren. Die Forderung ist nur so verdammt bescheiden, daß man nun doch einmal mit aller Deutlichkeit fragen muß: wo, werte Genossen von der KPD. und von der RHD., fängt bei euch der Begriff des Politischen an, wo hört er auf? Merkt ihr nicht, daß ihr durch eure Haarspalterei mit solchen Unterscheidungen nichts anderes tut, als dem Komödienspiel der Justiz den Souffleur zu stellen? Wohin derlei Staatsbiederkeit führt, dafür ein Beispiel.

Im letzten Heft des FANAL (S. 68) wurde kurz auf die Befreiung zweier Gefangener der Strafteilung der Irrenanstalt Buch Bezug genommen. Als die drei Zeilen darüber in die Hände der Leser kamen, war der Befreier der beiden schon tot, und ich konnte dann vor der Öffentlichkeit von dem ganzen Hergang und von den Personen der Beteiligten mehr erzählen: das ist in einem Artikel „Die Ausbrecher von Buch“ in der „Weltbühne“ (Nr. 51 vom 17. Dezember) geschehen. Es handelt sich bei den Befreiten wie bei ihrem Helfer um „Kriminelle“, deren Strafhandlungen ursprünglich von rein politischen Beweggründen geleitet waren. Sowohl Genosse Wichert, der die Flucht aus Buch von außen bewerkstelligte, als auch der Genosse Garde, dem zuliebe sie gewagt wurde, haben in der Zeit akuter Kämpfe mit der Waffe in der Hand dem Proletariat ihre Kräfte gewidmet. Später als Verfolgte haben sie das Eigentum der Besitzenden nicht genügend geachtet, um seiner heiligen Unantastbarkeit wegen zu verrecken. Die beiden haben sich dann im Zuchthaus kennengelernt und sind Freunde geworden, um so enger verbundene Freunde, als die revolutionäre Idee ihre Schicksalsgemeinschaft untrennbar machte. Beide kamen aus der Kommunistischen Partei; beide waren früh von deren Opportunismus abgestoßen und zu linken Richtungen der Arbeiterbewegung hingezogen worden. Beide bekannten sich endlich zum Anarchismus. Dabei fühlten sie sich aber der ganzen revolutionären Arbeiterbewegung so verbunden, daß mir z. B. Garde einen Brief schrieb, der seine furchtbare Erschütterung und Trauer über den Tod Emil Hölleins zum Ausdruck brachte. Aber, was

hilft das alles? Die Staatsbehörde hatte sie nicht als politische Gefangene anerkannt, die Rote Hilfe tat es auch nicht. Im Gegenteil. Als die bürgerliche Presse auf die revolutionäre Vergangenheit der beiden Freunde verwies und dabei die Behauptung aufstellte, Wichert sei auch von der Roten Hilfe unterstützt worden, da geriet diese proletarische Organisation in eine unheimliche Wut und bekundete ihre eigentumsschützerische Gesinnung durch eine in der neueren Geschichte der revolutionären Bewegung einfach beispiellose Niederträchtigkeit.

Am 25. November hatten unsere drei Freunde (wie ich von absolut zuverlässiger Seite erfahren, ist auch Liesegang, mit dem ich persönlich noch keine Verbindung hatte, Genosse), um zunächst ihren Unterhalt zu sichern, der Kasse eines Schlosses im Westfälischen den Bestand von 600 Mark entnommen. Sie wurden verfolgt, von Fortbeamten, Gendarmen und Gutspersonal umstellt und zu einem Feuergefecht genötigt, bei dem sie selbst nur Schreckschüsse abgaben, Garde aber schwer verwundet und Wichert leider getötet wurde. Wichert war nach vollen neun Jahren Zuchthausqual wegen Haftunfähigkeit bedingungsweise freigelassen worden, weil die Haftpsychose bei ihm Formen angenommen hatte, deren Steigerung die Aerzte nicht mehr verantworten wollten. Er hat die Zeit seiner sehr behinderten Freiheit zur Arbeit in einem Betriebe und die Stunden, die ihm diese Arbeit übrig ließ, zu sorgender Tätigkeit für seinen Gefährten Garde benutzt. Da es ihm mit unser aller Hilfe, die er dafür zu interessieren wußte, nicht gelang, die Anerkennung der Haftunfähigkeit Gardes trotz Verbringung in die Irrenanstalt durchzusetzen, befreite er ihn gewaltsam und opferte der Sicherung dieser Befreiung sein Leben. Diesen Tatbestand muß man kennen, um die Erbärmlichkeit zu ermessen, die sich der Rote Hilfe-Pressedienst in Nr. 140 vom 27. November 1929 mit der Notiz „Der Schwindel über Wichert“ leistet. Da stand, 2 — zwei! — Tage nach seiner Ermordung, zu lesen:

RHP. Berlin. — Im Zusammenhang mit der Festnahme der aus der Anstalt Buch geflohenen Strafgefangenen Garde und Liesegang und der Erschießung ihres Helfers Wichert verbreitet die bürgerliche Presse, besonders das „Tempo“, die Behauptung, Wichert sei Kommunist gewesen und seinerzeit von der Roten Hilfe unterstützt worden. An diesen Behauptungen ist kein Wort wahr. Wichert war niemals Kommunist und wurde auch niemals von der Roten Hilfe als politischer Gefangener angesehen und unterstützt. Wichert hatte nur von politischen Mitgefangenen erfahren, daß die Rote Hilfe die politischen Gefangenen unterstütze und sich darum an die RHD. wegen Lektüre gewandt. Eine Unterstützung Wicherts als politischer Gefangener kam nicht in Betracht. Trotzdem hat allerdings die Rf. sich bemüht, das Lesebedürfnis Wicherts zu befriedigen, wie sie jedem kriminellen Gefangenen helfen wird, wenn dieser sich beschwert, daß der barbarische Strafvollzug seine geistigen Bedürfnisse nicht befriedigen wolle. — Im übrigen wollen wir beim Falle Wichert auf einen sonderbaren Umstand hinweisen. Das „Tempo“, das den oben erwähnten Schwindel über Wichert in die Welt setzte, berichtete kurz vorher, W. sei während einer 15jährigen Zuchthausstrafe, trotzdem er vorher schon einmal geflohen war, wegen guter Führung einjährige Strafunterbrechung gewährt worden. Sollte diese Behauptung des „Tempo“ den Tatsachen entsprechen, so liegt hier eine so sonderbare und außergewöhnliche Milde gegenüber einem zu langjähriger Zuchthausstrafe Verurteilten vor, daß man keine andere Erklärung dafür finden kann, als die, der so milde Behandelte habe der Justiz irgendwelche Gegen-

leistungen geboten, sei als Spitzel oder Denunziant, als sogenannter Vigilant verwandt worden. Wir erinnern in diesem Zusammenhang auch an den Düsseldorfer Fall Koch. Trotz aller Gegenbehauptungen des Düsseldorfer Polizeipräsidenten wird von der kommunistischen Presse nach wie vor behauptet und Zeugenbeweis dafür beigebracht, daß Koch Polizeispitzel ist und nur so seine auffällige mehrmalige Freilassung nach erfolgter Verhaftung Erklärung findet. — Auf jeden Fall stinkt hier etwas.“

Also: wenn ein Proletarier nach neun Jahren Zuchthaus bedingungsweise entlassen wird (dem RHD, soll zugestanden werden, daß ihm die Feststellung der Haftunfähigkeit Wicherts nicht bekannt war, was die Leichtfertigkeit, mit der hier ein Getöteter mit Dreck beschmissen wird, noch gröber erscheinen läßt, da man gar nichts selber zu erkunden für notwendig hielt), dann darf er ohne weiteres, ohne einen Schimmer von Beweis nicht nur als Spitzel und Denunziant hingestellt, sondern zugleich in eine Linie gebracht werden mit einem Menschen, der unter dem Verdacht des vielfachen Lustmordes steht, und der nur deshalb nicht gründlich auf diesen Verdacht hin verfolgt werde, weil er eben Polizeispitzel sei. Daß Heinrich Wichert schon mit der RH. in Verbindung gestanden habe, wird zugegeben und zur Entschuldigung der RH. erklärt, er habe von anderen, von politischen Gefangenen, sagen hören, daß es so was wie die Rote Hilfe gebe. Woher hat der RH. diese Kenntnis, da er doch im übrigen gar keine Kenntnis von Wicherts Persönlichkeit hatte und sich nur auf das „Tempo“ bezieht? Oder wußte man mehr von Wichert? Wußte man vielleicht gar, daß er Anarchist war und benutzt seinen Fall, um die alte Infamie der Sozialdemokraten, jeden Anarchisten als einen Spitzel zu verdächtigen, hinten herum wieder einzuführen? Wir wollen das gar nicht annehmen. Das Wahrscheinlichste ist, daß die gesetzbezauberten Pressedienstknappen der Roten Hilfe wirklich nicht mehr von Wicherts Leben wußten, als sie bekennen, und daß es ihnen nur darum zu tun war, den entsetzlichen Verdacht abzuwehren, sie hätten es sich bekommen lassen, jemals einen „Kriminellen“ zu unterstützen. Prüfung ist ja nicht nötig. Die Staatsanwälte selber haben Wichert und Garde von jeher den Charakter als Politische abgesprochen. Wie kompromittierend wäre es da für eine stramm linke Kommunistenleitung der Roten Hilfe, zugeben zu müssen, jemals einen „Verbrecher“ als der Solidarität des Proletariats würdigen Menschen angesehen zu haben. Kein Wort über die Jagd auf Lebenswild, bei der Wichert zugrunde ging. Kein bedauerndes Wort, daß ein Proletarier, der einmal in die Fänge der Justiz geraten war, dann gezwungen ist, um sein Leben zu erhalten, es in Gefahr zu bringen. Kein Gedanke daran, daß proletarische Menschenleben allgemein wertvoller sein könnten, als das von Landproletariern ausgequetschte Bargeld, das in jener Schloßkasse verwahrt war. Nichts dergleichen, nur die Verwahrung dagegen, daß man mit sowas etwas zu tun gehabt haben könnte, die deutliche Entrüstung darüber, daß man einen gefangenen Arbeiter schon nach 9 Jahren aus dem Zuchthause läßt und gegen einen eben erschossenen Klassengenossen — wenn man denn schon kein Kampfgenosse mit ihm sein will — die grauenvollste Beschuldigung, die ein Revolutionär einem anderen vorwerfen kann. Wahrhaftig, die Justiz des Staates braucht keine Sorgen zu haben. Das Komödienspiel, das sie aufführt, um ohne Unkosten Gerechtigkeit zu mimen, wird ihr von angeblichen Revolutionären und Kommunisten leichter gemacht als sie je hätte ahnen können.

Wer den Klassencharakter des Staates und der Justiz eingesehen hat, für den kann es nur politische Justizobjekte geben. War der Prozeß des

Grafen Christian Stolberg vielleicht kein politischer Prozeß? Laßt einen Proletarier seinen Vater umbringen unter Umständen, wie es auf Schloß Jannowitz geschah, gäbe es das, daß der Sohn gleich wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht gestellt würde, nicht etwa vorgeführt aus der Untersuchungshaft, sondern aus besagtem Schloß, dessen Majoratsherr er inzwischen geworden ist — Fideikommisses gibt's nämlich auch noch —, frei herausspazierend? Hundert Gründe sprechen für Mord, für einen auf Familienkomplott beruhenden Meuchelmord, — aber der Täter ist Graf, hat großes Vermögen, infolge des Todes des Alten sogar weniger gefährdetes Vermögen. Infolgedessen arbeiten Staatsanwalt, Verteidigung und Gericht zusammen, und wäre der Arbeiter unter gleichen Umständen zum Tode oder wenigstens zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden — ich könnte auch Fälle vorführen, bei denen weniger Schuld und mehr Verhängnis vorlag als im Falle Stolberg und bei denen der Täter, da er Arbeiter war, furchtbare Zuchthausjahre verhängt bekam —, so konnte das Gräfchen, dem der ärztliche Sachverständige bezeugte, daß es intellektuell bei ihm nicht zum Arbeiter, sondern nur zum Grafen reichte, vom Gericht aus wieder nach Hause gehen, verurteilt zu einer lächerlichen Strafe, deren größter Teil im Sanatorium bereits abgemacht ist und dessen Rest ganz bestimmt nicht absolviert werden wird.

Ich will vom Kieler Prozeß gar nicht reden. Der war ja rein politisch, nur — hätten revolutionäre Arbeiter Waffenschiedungen in ein revolutionäres Land versucht, sie wären nicht freigesprochen, sie wären für endlose Zeit ins Zuchthaus geflogen, und ihr Prozeß wäre nicht hinter verschlossenen Türen verhandelt worden, sondern alle Welt wäre eingeladen worden, der Komödie der Justiz beizuwohnen, die als Tragödie der Staatsicherheit aufgezo-gen worden wäre.

Hier will ich einen Fall mitteilen, den ich die Genossen bitte, einfach in Vergleich damit zu stellen, daß kein begüterter Gauner je vergeblich um einen Gefängnisurlaub bittet, wenn er zuhause eine Familienangelegenheit in Ordnung zu bringen oder gar eine kranke Person zu trösten hat. Aus einem Brief: ... Ein Leidenskamerad (der Briefschreiber spricht von Angelegenheiten des Zuchthaus Sonnenburg) mit Namen Robert Schröder erhielt am Montag, den 9. 12. 29, früh ein Telegramm, daß seine arme liebe Frau im Virchow-Krankenhaus verstorben ist. Dieser furchtbare Schlag warf ihm vollständig zu Boden. Die Direktion sandte auf seine Bitte an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht III ein Telegramm folgenden Inhalts: „Wir bitten für R. Schröder (Aktz...) Urlaub wegen Todes der Ehefrau.“ Gleichzeitig bat Schr. um Zulassung eines Ferngesprächs bei der erwähnten Staatsanwaltschaft. Dabei wurde erwähnt, daß er eigene Wohnung und einen kleinen Jungen von 4 Jahren hat. Am anderen Vormittag wurde er von der Staatsanwaltschaft abschlägig beschieden, ohne weitere Begründung. Selbst durch persönliches Vorsprechen des Schwagers (folgt Name und Adresse) wegen Urlaub bzw. Ausführung wurde nichts erreicht. Obgleich Schr. nur noch eine Strafe von 5 Monaten zu verbüßen hat. . . . Andere Leute dieser Häuser, Speichellecker, Schmarotzer, Jesusanbeter usw. gehen auf Urlaub zu Hochzeiten und Vergnügungen, wenn sie auch noch 8 und 10 Jahre zu verbüßen haben. . . Der Mann hat einen kleinen Jungen von 4 Jahren . . ., der befindet sich jetzt bei der Schwiegermutter, die halb erblindet ist und keine näheren Angehörigen mehr besitzt. Die Anwesenheit des R. Schr. ist dringend notwendig zur Regelung der familiären Angelegenheiten. Drei Gnadengesuche sind abgelehnt, alle von denselben Leuten beim Landgericht III. Der Mann ist kein Mensch mehr, vollständig zusammengebrochen befindet er sich im Lazarett, bitte versuche Du mit einer geeigneten Person Rücksprache

in der Sache zu nehmen, damit man Schröder die Reststrafe erläßt.“ — Da ich fürchte, daß meine Rücksprache mit einer geeigneten Person nur zur Anlegung eines neuen Aktenstückes führen würde, dessen Erledigung länger dauern würde, als der arme Schröder überhaupt noch zu sitzen hat, teile ich den Tatbestand hier mit. Das Aktenzeichen lautet: F 4. J. 418/25 (damit keine langen Erkundigungen erforderlich werden).

Ich erlaube mir im Gegensatz zum Pressedienst der Roten Hilfe der Ansicht zu sein, daß dieser Fall, ebenso wie alle Urteile, nur politisch zu betrachten, nur politisch zu beurteilen ist. Der Mann brauchte nur ein Sklarekschieber zu sein, dann hätte die Krankheit der Frau zu seiner Beurlaubung ausgereicht und sie wäre vielleicht nicht einmal gestorben, hätte sie den Mann an ihrem Krankenbett wiedergesehen. Aber wenn es sich nicht um einen armen Teufel, sondern um einen vermögenden Bürger gehandelt hätte, dann wären die Voraussetzungen dieser scheußlichen Urlaubsverweigerung schon gar nicht dagewesen. Denn nur bei Proletariern kommt es vor, daß ein zu jahrelanger Zuchthausstrafe Verurteilter 5 Monate vor Ablauf noch nicht ohnehin entlassen ist. Dies alles ist nichts als politische Justiz, und darum ist die ganze Einteilung in politische und unpolitische Gefangene, die die KPD, und die RHD, beliebt, so unsagbar töricht und ebenso komödiantenhaft wie die gesamte Staatsjustiz überhaupt.

Das Proletariat ist ein zusammengehöriges Ganzes, ist die Klasse, die die Nutznießer der kapitalistischen Wirtschaft als Ganzes, Unteilbares behandeln, knechten, und deren Teile sie gegeneinander ausspielen. Dabei finden sie die dankenswerte Unterstützung der Patentrevolutionäre, die ganz genau nach dem Bewußtsein unterscheiden, das der einzelne Proletarier bei Begehung seiner Straftat von deren Bedeutung gehabt hat. Wollte er nur und ausschließlich für die proletarische Revolution wirken, dann erhebt man ihn zu etwas Besserem als eben das gesamte Proletariat, dem er sich doch gerade bis zur Aufopferung zugehörig fühlt. War der „Verbrecher“ aber nur dem Proletariat zugehörig und hat daher getan, was die Not, die ihm vorenthaltene Bildung und die trüben Lebensumstände ihm eingaben, dann finden die Rote Hilfe-Kommunisten, daß man sich weit von ihm abwenden müsse, und daß es völlig in der Ordnung sei, daß die liebe Gesellschaft sich gegen solche Elemente schütze. Daher beantragt man ja auch selber Gehaltserhöhungen für die Büttel des Kapitals und der Staatsräson. Ist man aber gar einmal in Verdacht geraten, wirklich einem Mann Solidarität gezeigt zu haben, dem das Klauen auf eigenes Risiko ebenso berechtigt schien wie die Massenplünderungen unter dem Schutze des Staates, dann reinigt man seine Seele, indem man den Armen kurzerhand als Spitzel hinstellt, auch wenn er eben von den Nachwächtern des Kapitals, denen das Geld ihrer Ausbeuter wertvoller ist als das Leben ihrer Klassengenossen, tot hingestreckt worden ist. Daß es sich bei Wichert auch noch um einen Genossen handelte, dem die Rote Hilfe sogar nach ihren eigenen Grundsätzen hätte beistehen müssen, macht diese Komödie der Justiz im Wechselspiel mit dem Tugendeifer ihres klassenkämpferischen Enthüllers zu einer Burleske, die die ganze Jämmerlichkeit eines Kampfes zeigt, der sich politisch dünkt, weil er den politischen Charakter des Lebens selbst nicht begreifen kann.

Geschobene Schieber

Als die Müller-Regierung beisammen war, beschloß sie zu allererst, den Panzerkreuzer A in Bau zu geben, der vordem die Wahlparole der Regierung Müller abgegeben hatte: Niemals darf er gebaut werden; wenn wir regieren, werden für das Geld Kinder gespeist werden. Dann bewies Hilferding, daß die Sozialdemokratie ruhig mal von ihren früheren Ansichten, daß z. B. Lehrmittel nötiger seien als Wehrmittel, absehen könne, vor allem schon deshalb, weil die Reichskasse wohl bestellt sei und die lumpigen 80 Millionen Mark für das erste Schiffchen im Etat gar nicht spürbar seien. Warum Grundsätze, wenn doch Geld da ist? Und die Sozialdemokratie ließ Sozialismus Sozialismus und und Rüstungsfeindschaft Rüstungsfeindschaft sein und gab dem Gröner, was des Kaisers ist. Dann schickten die Regierungs-Müllerer ihre Vertrauensmänner nach Paris, und das waren die Herren der deutschen Großindustrie und Hochfinanz, und somit ihre eigenen Herren, und die nahmen das Diktat der Herren Young und Morgan entgegen und erreichten erstens, daß alles, was früher den Befreier Dawes bejubelt hatte, nun den Betreiber vom Dawes-Joch, Young, bejubelt; zweitens, daß die Bestimmung in dem Young-Plan Aufnahme fand, die Industrie dürfe durch die riesige Mehrbelastung Deutschlands mit Kriegstributen nicht betroffen werden. Die amerikanischen Diktatoren gestanden es grinsend zu, und nachdem Herr Vögler unter Protest, die Herren Schacht und Kastl unter Seufzen aus Paris heimgekehrt waren, setzten sie, wieder einig, die Müllerschen unter Druck. Die mußten öffentlich die arbeitenden Massen überzeugen, daß jetzt Deutschland endlich unabhängig von fremden Diktaten werde wirtschaften, daher die Massen prächtig werde entlasten können, zumal die schwarze Schmach nun das Rheinland dem schwarzrotgoldenen, feldgrauen und schupogrünen Glück räume, und heimlich mußten sie eine „Finanzreform“ vorbereiten, die aber erst nach der Unterzeichnung des Young-Paktes im Haag ans Licht kommen sollte; so wollte es der große Staatsmann Stresemann aus außenpolitischen Gründen, pscht! pscht! — Der große Staatsmann erntete nicht mehr die Früchte seiner preisgekrönten Friedfertigkeit. Sein Nachfolger im Aeußerlichen und Parteigenosse Curtius vom Reichswirtschaftsministerium und dessen Nachfolger im Wirtschaftlichen und Parteigenosse Moldenauer hielten weniger von außenpolitischen Rücksichten, die den Hilferding ewig nicht mit seinen Steuersenkungsplänen fertigwerden ließen und halfen ihren sozialdemokratischen Ministerkollegen begreifen, wer dieses Land regiert: sie mit ihren demokratischen Schiebereien oder der dank Dawes von der Regierung unabhängige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht. Dieser einzige wirkliche deutsche Prokurist des Herrn Parker Gilbert, welcher seinerseits der einzig wirkliche Kolonialgouverneur Deutschlands für die Firma Yankee, Morgan u. Co. ist, ließ in der Nacht zum 6. Dezember sein Memorandum Jos, das in Wahrheit ein Ultimatum an die sozialdemokratische Stresemannschaft war und a) bewies, daß die außenpolitische Weisheit des Verblichenen den Kriegsgläubigern (deren bedenkenlosester imperialistischer Shylock übrigens selbstverständlich Sozialdemokrat ist, Herr Philipp Snowden) viel mehr Lasten auf Kosten der deutschen Bevölkerung zugestanden habe als der Young-Plan vorsehe; b) verlangte, daß die Reichsregierung, „bevor der Young-Plan von ihr endgültig angenommen wird, Ordnung in den Haushalt von Reich, Ländern und Gemeinden bringt“. Da drückte aber der Herrmann Müller vom Parteivorstand sein Befremden aus, daß es eine Art hatte und man fast meinen konnte, er hätte verstanden, daß der Schacht, der weiß, wo

man in Amerika Anleihen aufzunehmen hat, den Hilferding aus dem Finanzministerium zu werfen wünschte, weil er bei einer Konkurrenzbank der Firma Morgan pumpen wollte. Der Reichsbankpräsident hat uns gar nichts zu sagen, erklärten die gekränkten Reichsregierer und gingen am selbigen Tage zu ihm und nahmen seine Befehle entgegen. Alsbald rückten sie mit dem gewünschten Finanzprogramm heraus und ließen sich im Reichstag das Vertrauen des ganzen deutschen Volkes bestätigen, während gleichzeitig in der Scala der Reichsverband der Industrie dem Staatswagen die Achsen schmierte. Herr Müller weinte über die traurigen Zeiten und daß man doch bewilligen möchte, was verlangt werde, weil sonst der Jahreswechsel nicht pünktlich stattfinden könnte, und dann zog Herr Hilferding, der Verfasser des „Finanzkapitals“, die Reform aus der Tasche, womit er das Wohlwollen seines Prinzipals Schacht wieder zu gewinnen hoffte. Was hatte er nicht schon alles getan: eine mächtige Anleihe ausgeschrieben, die vollkommen steuerfrei blieb, einem schwedischen Riesenausbeuter den gesamten deutschen Zündholzverbrauch zur monopolisierten Verteuerung ausgeliefert, den Etat des hübscheren Bildes wegen mit verkehrten Angaben zurechtgeschoben. „Also entschloß man sich,“ berichtet Friedrich Stampfer darüber im Vorwärts (Nr. 599 vom 22. Dezember), „im Etat ein nur scheinbares Gleichgewicht herzustellen, indem man manche Einnahmen zu hoch, manche Ausgaben zu niedrig einsetzte.“ Im kaufmännischen Leben nennt man sowas, glaube ich, Bilanzfälschung. Nun aber war Rudolf Hilferding gewillt, Deutschland endgültig zu retten. Runter mit den sozialen Ausgaben, hoch die Lebensmittelpreise! Die „Wirtschaft“ darf nicht leiden. Wozu haben wir Erwerbslose? Fleisch, Butter, Mehl, Leder, kurzum was der Mensch so nötig braucht, daß er es unmöglich entbehren kann, das wird verteuert. Und Schutzzölle für den agrarischen Großbesitz! Zwar hat die Sozialdemokratie stets gegen die Massenbelastung durch indirekte Steuern geeifert, hat die Schutzpolitik stets als verhängnisvollste Hungerkur des Volkes bekämpft, — aber warum Grundsätze, wenn doch kein Geld da ist? Schacht hat befohlen, weil Parker Gilbert Rechenschaft verlangt, und Parker Gilbert will Rechenschaft, weil Morgan befiehlt. Was soll der Müller und sein Hilferkind dagegen tun? Was sollen sie gar noch tun, wenn morgen Gröner kommt und fordert Mittel für den Panzerkreuzer B?

Schacht will Ordnung, nicht nur im Reich, sondern auch in Ländern und Gemeinden. Berlin braucht Geld? Gib't nicht; erst Ordnung! Oh, jetzt kriegen wir herrliche Ordnung in Berlin. Wasser wird teurer, Gas wird teurer, Elektrizität wird teurer und die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel wird teurer; nur solche Dinge, um deren Besteuerung sich kein Mensch, auch der ärmste nicht, drücken kann. Aber die Gehälter des Sozialdemokraten Brolat, des Demokraten Quark, des Deutschnationalen Zangemeister von den Berliner kommunalen Verkehrsinstituten mit je 72000 Mark jährlich, die werden nicht herabgesetzt, und Herr Direktor Lüdecke, der im Jahre 300000 Mark bezieht, wird von der Tarifierhöhung auf 25 Pfennige nicht betroffen, da er ja nicht in den ihm unterstellten Straßenbahnen fährt und nicht weiß, wie es tut, wenn man den Eßtisch noch etwas kärglicher versehen muß als vorher, um sich in seinen Bazillenkutschen (der Ausdruck ist — hurra! von Wilhelm II.) die Rippen entzweiquetschen lassen zu dürfen. Aber dafür werden auch die Bauten von Untergrundbahnen eingestellt und erst recht die Bauten von Wohnhäusern, und für das Hausen in den alten verwanzten Stinklöchern — 6 Personen in einer Kammer — wird statt dessen die Miete erhöht. Alles mit freundlicher Zustimmung der internationalen, völkerbefreienden Sozialdemokratie. Aber es war nicht genügend, was sie an Grundsätzen preisgaben, auf daß Geld in den Stadtbeutel

fließe, ohne daß die Beutel der Villenbesitzer und Schieber aller Sorten behelligt würden. Daß sie den Sklareks die Möglichkeit gaben, die Stadt um 10 Millionen zu begaunern, das kann hingehen, — aber daß sie zu Weihnachten für die Erwerbslosen eine Sonderunterstützung von 6 Millionen bewilligten — wobei eine Familie ungefähr 10 bis 12 Mark gekriegt hätte —, das ist zuviel. Herr Maier in Potsdam hat über die Berliner Stadtväter die Vormundschaft verhängt, und Herr Scholtz soll sie ausüben. Scholtz ist der Geschobene Maiers, Maier ist der Geschobene Schachts, Schacht ist der Geschobene Parker Gilberts; aber Morgan ist Morgan und Parker Gilbert sein Prophet.

Berlin hat also Diktatur. Aus mit Demokratie und Selbstbestimmung. Die gibt es vorläufig noch in den Ländern und im Reich. Da hat man bis jetzt bloß den Hilferding in den Schacht stoßen müssen, und die Müllers und Severings wackeln vorerst nur. Man wird sie wohl noch das Vereinsgesetz fertigmachen lassen und das neue Republikschutzgesetz zur Betriedhotung des politischen Lebens, ehe man sie ein für allemal zum Leutel jagt und die Gesetze, mit denen sie die Arbeiterschaft knebeln und aushungern, in faschistischer Auslegung gegen sie selber anwendet. Geschobene Schieber! Verratene Verräter! Laßt sie ersticken im Kehricht der Weltgeschichte. Sie liegen schon drauf.

Brüder in Not

Die Frage, ob das Sozialismus ist, was in Rußland zur Zeit unter dem Namen „Kollektivierung“ vor sich geht, soll in diesem Zusammenhange nicht entschieden werden; auch soll offen bleiben, ob die 13 000 Mennoniten, die lieber mit Sack und Päck von der Erde fliehen, die schon ihre Urgroßväter bebaut haben, als die ihnen vom Fünfjahresplan auferlegten neuen Lebensbedingungen auf sich zu nehmen, wirklich allesamt Kulaken sind. Wo hört der Mittelbauer, die „zentrale Figur“ der russischen Gesamtwirtschaft, auf, wo fängt der Kulak an? Bei wieviel Hektar? Wie beschaffenem Boden? Bei wieviel Gespannen? Wieviel Groß- oder Kleinvieh? Was für Gebäuden, Maschinen, Hilfskräften? Ueber dies alles fehlt es in Westeuropa an jeder Orientierung, so wie der ganze Fünfjahresplan bei allen Teilanpreisungen in der von Stalin abhängigen Presse bis jetzt im Ganzen gar nicht zu übersehen, also auch nicht zu kritisieren ist. Die frommen Auswanderer, die nun auf deutschem Boden zur Ueberfahrt nach Kanada oder zur Ansiedlung zwischen schwarzrotgoldenen Grenzpflocken anschicken, mögen zu bedauern sein, wie jeder Mensch, der, sei es, aus welchen Gründen immer, unsterblich und flüchtig ins Ungewisse irrt. Wenn aber die deutsche Reichsregierung und das ganze Gejux faschistischer, imperialistischer, monarchistischer und republikanischer Preßköpfe in mitleidiger Barmherzigkeit für „die deutschen Brüder“ um Hilfe plärnt, wenn für diese reaktionären Frommholde plötzlich viele Millionen da sind und ein eigener Staatskommissar ihnen ihre Verluste auf Kosten der deutschen Arbeiter Stücklen für Stücklen ersetzt, so ist festzustellen, daß in Deutschland nur derjenige als deutscher Bruder an-

erkannt wird, dessen Vorfahren vor 150 Jahren aus Deutschland ausgewandert sind; daß den Nachkommen derer, die es trotz der Not weiter in Deutschland ausgehalten haben, der Riemen Tag für Tag enger geschnallt wird, und daß laut amtlicher Statistik im Jahre 1928 von 57 241 Auswanderern aus Deutschland 12 611 Personen von Land- und Forstwirtschaft ausgestoßen wurden. Für die war kein Geld und kein Stücklein da. „Brüder in Not“ läßt sich unsere Republik von auswärts kommen, weil sie im eigenen Lande keine findet.

Neckisches von der Polizei

Seit der Genosse Karl Zörgiebel als Berlins guter Geist am Alexanderplatz für Ruhe, Ordnung und Sicherheit sorgt, will es des Frohsinns und der Zufriedenheit im Volke schier kein Ende nehmen. Streng, aber gerecht, unter dieser Devise versieht er sein gar schweres Amt, und je nach Verdienst und Betragen belohnt er die Guten und strafft die Bösen, denn, wie es schon in dem alten deutschen Sprichwort so zutreffend heißt: Jeder ist türwahr seines eigenen Glückes Schmied, und wie man sich bettet, so liegt man; wer aber nicht hören will, der muß fühlen, denn allen zu gefallen ist eine Kunst, die niemand kann, und ehrlich währt am längsten. Man kann auch sagen: wie der Herr, so's Gescherr, oder schlechte Beispiele verderben gute Sitten; kurz, es ist eitel Lust, in Berlin zu leben, seit der Genosse Zörgiebel den echten rechten Geist der Zutraulichkeit zwischen Beamtenschaft und Publikum gesät hat und selbst der Fremdling gestehen muß, daß nirgends in der Welt eine so nahe Berührung der Polizei mit der ärmeren Bevölkerung gang und gäbe ist wie gerade in Berlin. Bald streichelt der Schutzmann den Arbeiter mit der Gummigurke, bald lädt er ihn zu einer Fahrt ein und sorgt nach einer erfrischenden Abreibung für freies Quartier und entsprechende Verpflegung und bald spielt er mit ihm Haschen, läuft ihm auf der Straße nach und macht, wenn der andere nicht gleich stehen bleibt, Piffpaff und treibt allerlei Kurzweil, am liebsten da, wo die dummen Proleten sich gar nicht wollen belehren lassen und immer noch glauben, was Genosse Karl Zörgiebel auch mal geglaubt hat, als er noch kein Polizeipräsident, sondern bloß ein kleiner Küfer in Mainz war. Aber das ist lange lange her; schon vor über zwanzig Jahren wurde er Gewerkschaftsangestellter und lernte, daß eben das Volk doch noch nicht reif ist, sich selber zu helfen und daß es schon bedeutender Persönlichkeiten bedarf, um Recht und Unrecht zu unterscheiden, und darin hat er sich dann geübt und trainierte bereits seit 1922 in Köln als Polizeipräsident für seine Berliner Mission.

Heute weiß Karl Zörgiebel, daß die Unzufriedenheit der Armen nur die Zufriedenheit der Reichen stört, und als die Arbeiter und Arbeitslosen im letzten Jahr gar sozialistische Auffassungen zum 1. Mai auf der Straße bekunden wollten, da mußte er natürlich dazwischengehen und überhaupt einmal zeigen, daß die rote Farbe sich als Zeichen der proletarischen Verbundenheit heutzutage nicht mehr schickt. Mit Gewehren, Pistolen und Panzerwagen trieb er daher die Roten, die sich nicht belehren lassen wollten, hinter Barrikaden, und die Spaziergänger, die seine Mannschaften vor den Barrikaden antrafen, und die nicht wußten, daß das viele Schießen der Ruhe wegen nötig war, kamen dann in die Krankenhäuser und einige dreißig

auch auf die Friedhöfe. Da haben sie nun ihre Ruhe. Na, dann hat Zörgiebel den Roten Frontkämpferbund aufgelöst, und wenn die Hakenkreuzler durch die Stadt marschieren, dann ist für solche, die das nicht gern sehen, der Gummiknüppel immer noch das beste. So hat sich die Polizei allmählich immer tiefer in das Herz der Berliner eingeschmeichelt; denn das einzige Rot, das noch vor den Blauen und Grünen lieblich erglüht, lacht von den Wangen der Mägdelein, die glücklich lächeln angesichts solch gesunden und pensionsberechtigten Schupomannes. — Ach, das freut den guten Genossen Zörgiebel, und um das gute Verhältnis zu pflegen, riet er sie alle in den Zoo, alle, die die Polizei lieben und „Sei auch dabei!“ lockte es von den Littfaßsäulen. Es muß sehr schön gewesen sein, und Tausende von Mädchen, die an den ersten Maitagen grade keinen Ausgang hatten oder doch nicht zufällig in der Prinz-Handjery-Straße erschossen worden waren, drehten sich im Tanz mit Uniformierten und Kriminalern, und eine echte Kaschemme gab es auch, wo die Bullen ihre Opfer verkohlten und sich genau so aufführten wie die Bürgermädchen meinen, daß sich Verbrecher benehmen, und da es bei dem Fest der Polizei keine Polizeistunde gab, hieß es erst am andern Morgen: nun ade, du mein lieb Heimannsberg!!

Aber die Weihnachtsfeier, die der Frauenhilfsverein bei der staatlichen Polizei Berlin am 19. Dezember in der Brauerei Friedrichshain veranstaltet hat, war fast noch schöner. Da gab es Musik und Reden und Aufführungen, ein Tongemälde „Fröhliche Weihnachten“, vom Orchester der Schupo gespielt, Kinderbescherung und Weihnachtspolonaise. Das Märchen von Hänsel und Gretel wurde gar als Vorführung der Berliner Bühnengenossenschaft gereicht. Doch hatte bloß Herr Adriani im Heim der Genossenschaft einige erwerbslose Schauspieler dazu keilen lassen, denen 10 Mark für die Mitwirkung versprochen wurden; für drei Proben kriegten sie gar nichts, und als das Fest vorbei war, da kriegten sie ihre Gage auch nicht, und einige von ihnen hatten nicht mal das Geld für die Straßenbahn und mußten nach Hause laufen. Immerhin hatten sie sich mit je einer Tasse Kaffee und drei Stückchen Sandtorte laben können und saßen dabei sogar am Honoratiorentisch. Von da konnten sie alles sehr schön sehn, zum Beispiel die reizende Verhaftungsszene, die die Kinder den Fachmännern in ihrem Ballett vorführten und, das schönste von allem, Frau Polizeipräsidentin Zörgiebel in eigener Person im Hemdchen mit Flügelchen als Weihnachtsengel uniformiert. Den Knecht Rupprecht aber stellte ein Verkehrsschutzmann dar, hatte sich einen großen Bart umgehängt und erheiterte Alt und Jung mit der Versicherung, heute werde niemand verhaftet. — Das war aber auch ein sinniger Spaß, denn am selben Tag, ja zur selben Stunde, ließ Genosse Zörgiebel die Staatsautorität auch nahebei auf der Straße zu ihrem Recht kommen. Da demonstrierten gerade Arbeitslose, und der Gummiknüppe! tanzte und das Kracheisen bullerte, und einen Toten gab's und drei Schwerverwundete. Denn alles zu seiner Zeit. Auch die lieben Blauen, die an der Frauenhilfsfeier nicht teilnehmen konnten, weil der Dienst sie zu ernster Pflicht draußen festhielt, um die Bürger Berlins zu beschützen und die Menschen zu scheidn: die guten zum Krippchen, die bösen ins Kittchen, — auch sie werden noch zu ihrer Weihnachtsfreude kommen. Nach der Arbeit ist gut ruhn, und wenn sie Meldung erstattet haben, ob sie ja unnachsichtlich von der Waffe Gebrauch gemacht haben wie einst im Mai, dann werden auch sie, froh des geleisteten Werkes, unter dem Tannenbaum singen: Stimmt freudig, ihr Kinder, wer wollt' sich nicht treun? Stimmt freudig zum Jubel der Engel mit ein! Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Halleluja!

Aus der anarchistischen Bewegung in Japan

Dem FANAL geht ein Bericht aus Japan zu, der über den Stand der anarchistischen Bewegung dort Aufschluß gibt. Zur Zeit geben die japanischen Genossen 7 größere Zeitschriften heraus, neben einigen kleineren mit lokalem Charakter. Eine weitere ist in Vorbereitung, die in Esperanto erscheinen soll. Ferner bereiten die Genossen eine japanische Gesamtausgabe der Werke Bakunins vor, und schon in den nächsten Wochen wird Max Nettlaus „Der Anarchismus von Proudhon zu Krapotkin“ in japanischer Uebersetzung erscheinen. Geplant ist danach eine Gesamtausgabe der Werke Krapotkins, die zugleich Krapotkins Briefe an Bertoni und Nettlau enthalten soll. Der Genosse K. Miyata in Tokio, der die Hauptarbeit bei allen diesen Unternehmungen leistet, beabsichtigt auch, unter Benutzung des von Nettlau zusammengetragenen Materials eine eigene Biographie von Elisée Reclus zu schreiben. Dem Wunsch der japanischen Genossen, die Anarchisten der anderen Länder auf ihre Tätigkeit hinzuweisen, stellt die Anarchistische Vereinigung den Wunsch entgegen, daß diese Tätigkeit erfolgreich und den Anarchisten aller übrigen Länder ein Ansporn und ein Beispiel sein möge. Genossen, die mit den japanischen Kameraden in briefliche Verbindung zu treten wünschen, können das durch Vermittlung des FANAL tun. Vielleicht kann auch jemand die Frage der japanischen Genossen beantworten, ob deutsche Anarchisten oder Syndikalisten in Japan wohnen und mit der Bewegung dort in Führung kommen möchten.

Frohes Fest

Der fröhlichen Weihnachten wegen — die Selbstmordstatistik vom Fest der Liebe liegt noch nicht vor; der Wahlleiter des Volksentscheids vom 22. Dezember hat schneller gearbeitet — mußte eher als sonst Redaktionsschluß gemacht werden. Infolgedessen konnten die wichtigen Ereignisse, die unser Vaterland seither beglückt haben, nicht mehr mit aller notwendigen Geschichtstreue in die Artikel dieses Heftes eingegliedert werden. Zur Steuer der Wahrheit sei nachträglich festgestellt, daß Herr Fememörder Fahlbusch aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist, so daß Herr Klappnoth nunmehr, soweit die Kenntnis der Oeffentlichkeit reicht, den Artikel 109 der Reichsverfassung, wonach alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind, als einzige Last auf der rechten Wagschale der republikanischen Gerechtigkeit im Gleichgewicht hält. Dafür wiegt auf der anderen Seite der Genosse Kobitsch-Meyer um so leichter. Er ist magen- und lungenkrank und hat im Laufe der letzten 4 Monate über 40 Pfund abgenommen. Ihn haftunfähig zu erklären, findet die Staatsgewalt keine Veranlassung. Ebenfalls ist erfreulicherweise durch Hülfedings Schachtsturz die Reichskoalition nicht aus der Balance geraten. Sozialdemokratie und Schwerindustrie haben bloß zwei Ministerien vertauscht: der Moldenhauer ist von der Wirtschaft auf die Finanzen geturnt, und der von früher schon mehrfach angenehm bekannte Robert Schmidt betreut fortab die wirtschaftliche Moldenhauerei auf sozialdemokratische Art. Den Unterschied wird man gar nicht spüren. Der Müller, der Severing und der Wissell bleiben uns in Gnaden erhalten. Prosit Neujahr!

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Zusammenkunft

regelmäßig Donnerstags im Lokal
Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Das Erscheinen aller Kameraden wird erwartet!

An die FANAL-Leser in Groß-Berlin!

Wir wenden uns hiermit von neuem an die Berliner Genossen und an alle Leser des FANAL. Es ist unbedingt notwendig, außer den Neuköllner Zusammenkünften, regelmäßige Gruppenabende der Anarchistischen Vereinigung im Zentrum zu organisieren. Hauptsächlich der bessere Vertrieb des FANAL erfordert die Zusammenarbeit der Genossen in allen Stadtteilen. Jeder der mithelfen kann, wende sich schriftlich oder persönlich an den Genossen

Gerhard Reinecke, Berlin NO 18

Landsberger Straße 32, Aufg. C, 3 Tr.

Achtung! Harburg!

Alle „FANAL“-Leser am Orte werden gebeten, sich mit Genossen **Willi Bern,** Harburg-Wbg. I, Kleine Feldstraße 81, mündlich oder schriftlich in Verbindung zu setzen. _____

Berlin 8. Januar—März 1930.

Jeden Mittwoch abend von 8—10 Uhr.

Luisenschule Ziegelstr. 12 (Stadtbahn Friedrichstr.)

Vortragsreihe

von

Meta Kraus-Fessel:

Die materielle Lage des proletarischen Kindes

Dargestellt an Beispielen aus hochkapitalistischen und kolonialen Ländern.

1. VORTRAG:

Einleitung. Von den Grundrechten des Kindes:

2.—7. VORTRAG:

Von den Existenzgrundlagen des proletarischen Kindes in der kapitalistischen Gesellschaft:

Das Kind als Glied der Familie, als „hilfsbedürftiges“ Kind.

Das Familieneinkommen: Arbeitsverdienst des Vaters, der Mutter, des erwerbstätigen Kindes. — Frauenarbeit, Kinderarbeit und Arbeitsschutzgesetze. — Löhne, Lohnsenkungen, Aussperrung, Streik, Arbeitslosigkeit in ihrer Auswirkung auf das proletarische Kind.

Soziale Fürsorge und Unterstützung des „hilfsbedürftigen“ Kindes durch die kapitalistische Gesellschaft. Sozialpolitik und Sozialgesetzgebung als Sicherungsfaktor für die kapitalistische Gesellschaft. — Sozialministerien. Kinderschutzkommission des Völkerbundes. Internationales Arbeitsamt.

Bekämpfung und Zerstörung der Solidaritätsorganisationen der Arbeiterklasse durch die kapitalistische Gesellschaft.

8.—9. VORTRAG:

Von den Schädigungen des proletarischen Kindes als Folgeerscheinungen des kapitalistischen Systems:

Das proletarische Kind im Mutterleibe, als Säugling, als Schulkind, bei Schulentlassung und vor Eintritt in das Berufsleben.

Messungen und Wägungen. (Nieceforo u. a.) Arbeiterhaushalte, Armut ersten und zweiten Grades (Untersuchungen des DMV, Rowntree).

10. VORTRAG:

Die Aufgaben der Arbeiterklasse gegenüber dem proletarischen Kinde:

Während der kapitalistischen Herrschaft, sowie in der vom Kapitalismus befreiten Gesellschaft. Der Grundsatz der gegenseitigen Hilfe.

Einschreibgebühr für jeden Abend 30 Pfennig.

Voranmeldungen und sonstige Mitteilungen an:

Meta Kraus-Fessel, Bin.-Wilmerdori, Paretzer Str. 4

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Zwischen den Zeltaltern. — Verrat in Oesterreich (von L Krafft). — Komödienspiel der Justiz. Geschobene Schieber. —
Brüder in Not. — Neckisches von der Polizei. — Anarchistische Bewegung in Japan. — Frohes Fest.

NR. 4

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

JANUAR 1930

Bücher und Schriften

VON ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten
Malik-Verlag, Berlin

Preis: brosch. 1,60 Mk. geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers
Kurt Wolff Verlag, München

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,40 Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren
Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 2,— Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti
Verlag Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,— Mk.

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen
Werk 1898—1928

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5,50 Mk. geb. 8,— Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die
Revolutionsergebnisse in München
FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0,90 Mk.

**Bezieht BÜcher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 4

Januar 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörrhüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 812.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Zwischen den Zeitaltern

Der Beginn eines neuen Jahres ist in unseren Tagen nicht mehr Anlaß zu besinnlicher Rückschau auf einen durch den Kalender bezeichneten Zeitabschnitt, sondern, sofern kein seelisch verfetteter Bürger poetische Punschbetrachtungen anstellt, Gelegenheit, in kurzem Ueberblick das Tempo festzustellen, in dem der aus seiner Bahn geworfene Zug der Geschichte den Abhang hinunterrast, zu ermessen, wie bald er umstürzen, auffahren und explodieren oder sich auf eine neue Ebene retten wird. Der Beginn eines neuen Jahrzehnts mag erst recht zum Rundblick über die jüngste Vergangenheit und die verwirrende Unmittelbarkeit der Gegenwart anregen, um auf die nächste Zukunft wenigstens die Vorstellung einer Aussicht zu gewinnen. Das erste Dezennium nach Ablauf des Weltkrieges und der europäischen Revolutionen liegt hinter uns. Unsere politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schulmeister versichern uns, daß der durch jene unheilvolle Erschütterung aufgerissene Boden dank ihrer rastlosen Bemühungen allgemach wieder zur festen Grundlage unserer Schritte werde, so daß wir der nun eröffneten Zeitspanne von 1930 bis 1940 mit der Zuversicht entgegengehen dürfen, die dem von tödlicher Erkrankung Genesenden in der Rekonvaleszenz erlaubt ist. Nur noch etwas Schonung und eine kleine Nachkur, — und holder Friede, süße Eintracht wird beglückendes Zeichen geretteter Menschheit und vaterländischen Wiederaufstiegs sein. Ueberlassen wir das Prophezeien den Astrologen und den Republikanern. Versuchen wir, das Bild der Gegenwart mittels Feststellungen und Vergleichen in den Rahmen der Zeit zu spannen.

Was ist Gegenwart? Offenbar der Zeitabschnitt, dessen Geschehen den lebenden Menschen augenblicklich sinnfällig ist. Aber

wie weit reicht die Augenblicklichkeit in der Wahrnehmung einer ganzen Menschengeneration? Hier ist gar keine Zeitbestimmung zulässig, und alle Versuche, das Heute in seiner Bedeutung als geschichtlichen Wert zu umgrenzen, scheitern schon daran, daß die gleichzeitig atmenden Menschen keineswegs als Zeitgenossen im Sinne von Erlebnisgenossen angesprochen werden können. Wie das Licht der Weltkörper hunderte und tausende von Jahren braucht, um zur Erde zu gelangen und uns seinen Stern an einer Stelle des Firmaments erscheinen zu lassen, wo er vor langen Zeiten gestanden hat, so gelangen die Bewegkräfte der menschlichen Gesellschaftsentwicklung je nach ethnologischen, geographischen und ökonomischen Umständen erst nach langen, oft in den wenigen Jahrtausenden übersehbarer Menschengeschichte gar nicht abzuschätzenden Zeiträumen zu Völkern, die nichtsdestoweniger mit uns dieselben Jahre verbringen und sogar selber schon Opfer unserer Gegenwart sind. Man braucht da gar nicht nur an die primitiven Bewohner der noch fast unerforschten Gebiete des Tibet oder des australischen Busches zu denken, deren geistiges Leben, obwohl Geld, Rauschgifte und Schußwaffen auch ihnen schon bekannt sein werden, unsere Kultur überhaupt nicht berührt (worin keine Wertvergleiche liegen soll), man vergegenwärtige sich etwa die Atmosphäre des Budapestergiftmordprozesses, um zu verstehen, wie weit sogar räumlich nahe Menschen zeitlich getrennt sein können. Die Frauen, die da vor Gericht standen, leben in sittlichen Vorstellungen, die dem naiven Persönlichkeitsdrang mit rohem Aberglauben das Gewissen frei machen; das Leben ihrer unbequem gewordenen Männer zu vernichten, stieß bei ihnen auf keinerlei moralische Bedenken, und es ist sehr zweifelhaft, ob ihre Verurteilung durch Richter, die dank ihrer Herkunft aus städtischer Besitzbourgeoisie nicht nur aus fremdem Milieu heraus, sondern aus anderem Zeitgefühl Recht suchten, von den unbeteiligten Dorfgemeinden gebilligt, auch nur begriffen wird. Oder sollen wir die Familie Nogens als zeitgleich mit Albert Einstein ansehen, jene armen gequälten Menschen, die in ihrer tierhaft dumpfen Einfalt das Kind, das nicht mehr mitgefüttert werden konnte, umbrachten, obwohl sie alle es gern hatten, und die unbedenklich für ihre Tat den hilflosen Ausländer Jacobowski auf Schaffott gehen ließen, obwohl doch auch er ihnen allen Freund war? Noch mehr: der Franz Biberkopf, dessen Geschichte Alfred Döblin in seinem Roman „Berlin Alexanderplatz“ erzählt (Verlag S. Fischer, Berlin 1929), lebt mitten zwischen uns, wir begegnen ihm tagtäglich auf der Straße, in der Untergrundbahn, vor den Marktständen in Dutzenden von Exemplaren, begegnen seinen Freunden und Kneipgenossen, seinen Mädchen und allen den Gestalten der leiblichen Not und der geistigen Armut, des sozialen

Stumpfsinns, der vom Stumpsinn der leiblich Satten, deren Seele keinen Hunger kennt, als Laster verschrien wird. Sind diese Indifferenten, die doch Zeitung lesen und elektrisches Licht anknipsen, die den ganzen raffinierten Zauber der modernen Technik kennen und denen Berlin weniger Geheimnisse birgt als seinen erlesensten Hirnen, sind das in Wahrheit Zeitgenossen der Philosophen und Forscher, die in derselben Weltstadt das Auseinanderkrachen der Welt verspüren? Lebt dieser Franz Biberkopf in ein und derselben Gegenwart mit seinem Erfinder Dr. Döblin, der ihn doch hundertfach aus seiner ärztlichen Sprechstunde kennt und aus den Stationen für erste Hilfe und aus den Kneipen im Bezirk der Frankfurter Allee, und der ihn jetzt literarisch entdeckt hat mit seiner Sprache und seinem Gefühlsleben, wie ihn zuvor Heinrich Zille in seiner verstoffenen Wurstigkeit und Käthe Kollwitz in seinem gedankenarmen Leid zeichnerisch entdeckt hatten? Nicht das Geringste weiß Franz Biberkopf von der Zeit, in der Käthe Kollwitz und Alfred Döblin leben, obwohl er beide kennt und auf der Straße grüßt und sie im Vorbeigehen dem Mädchel zeigt, das er auf den Strich schickt.

Wir erleben eine Gegenwart von ungeheuren Ausmaßen, und selbst unter denen, die als Lenker ihrer Geschicke bestellt sind, ist kaum einer, der mehr von ihrer Zukunftsträchtigkeit weiß als irgend ein Franz Biberkopf. Der kleine Teil der Arbeiterschaft, der sich mit seinem Lose beschäftigt und darum erkennt, daß Mächtiges im Werden ist und daß er es werden lassen muß, diese Minderheit des Proletariats und ein paar denkende Menschen außer ihnen sind Gegenwärtige in der Gegenwart. Die Mächler aber in den Stinkgruben der Politik, das ganze Geschmeiß von regierenden Wichtigtuern, räubernden Machtmißbrauchern, kläffenden Taktikern, Gesinnungsschiebern, Amtsstreibern, Parteibullen, programmatischen Flohknackern und literatelnden Klugscheißern — das alles hat keine Ahnung vom Wesen der Zeit, worin es lebt. Denn es ist eine Zeit, deren Tempo vorbeischäumt an den gemütlichen Gestaden, an denen die Sitzungsesel ihre Krippen aufgestellt haben. Mögen sie kauen an den Disteln ihrer katechisierten Theorien und dabei verdösen, ihre eigenen Zeitgenossen zu sein.

Während aber die Prominenten des öffentlichen Lebens glauben, sie eilten ihrer Zeit voraus, wäre es noch nicht einmal richtig zu sagen, daß sie hinter ihrer Zeit herliefen. Sie laufen gar nicht in der Richtung der Zeit, sondern trippeln, den Blick auf dem eigenen Bauchnabel, eingebildeten Zeitgesetzen nach, wursteln im Unwirklichen, was sie Realpolitik dünkt, und sind gerade dadurch für die Gegenwart charakteristisch, daß sich an ihnen die Beziehungslosigkeit der Tonangeber menschlicher Veranstaltungen und menschlichen Gehabens zum wirklichen Geschehen, das doch gerade sie

wieder ahnungslos fördern, in bizarrer Lächerlichkeit offenbart. Was wir erleben, ist die revolutionäre Krise der bürgerlichen Welt, und das Groteskeste am Reagieren der bürgerlichen Welt auf das Bersten ihrer Substanz ist, daß der Kampf um neue Formen des Lebens sich fast ausschließlich zwischen rein bürgerlichen Kräften abspielt. Es ist nämlich einfach albern, die Klassenscheidung zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, die eine wirtschaftliche Gegebenheit in dieser bürgerlichen Welt ist, gleichzusetzen mit der Scheidung zwischen bürgerlichen und nichtbürgerlichen Elementen der Gesellschaft. Richtig ist, daß dem ausgebeuteten Teil der Menschheit von Schicksals wegen die Aufgabe zufällt, die Zerstörung der bürgerlichen Welt zu betreiben; diesem Teil der Menschheit aber einreden zu wollen, er sei, weil er Proletariat ist, bereits entbürgert, ist eine demagogische Dummheit, gewachsen auf höchst bürgerlichem Gedankenmist. Das, was eben Schicksal genannt wurde, ist die in den ökonomischen Tatsachen begründete Abhängigkeit des arbeitenden Menschen von den Besitz-, Rechts-, Produktions- und allgemeinen Lebensverhältnissen, die die andere Klasse geschaffen hat und verteidigt, in denen er lediglich Objekt, also Opfer ist. Wahr ist, daß die bürgerliche Welt den Proletarier ideologisch viel stärker in der Zange hält als den Nutznießer ihrer Wirtschaft. Der Zerfall der sittlichen Grundbegriffe, in denen das untergehende Zeitalter wurzelt, ist in der Bourgeoisie — das ist etwas ganz anderes als bürgerliche Welt — viel weiter gediehen, viel deutlicher erkannt und viel bewußter ins Verhalten eingeordnet als im Proletariat. Die Langsamkeit des Abbröckelns bürgerlicher Vorstellungen von der Gedanken- und Gefühlswelt des Proletariats erklärt sich aus dem erstaunlich festen Kitt, mit dem die herrschenden Gewalten die ihnen nützliche Moral kraft ihres Erziehungsprivilegs durch Kirche, Schule und alle Staatsmächte in den Seelen der versklavten Massen zu befestigen verstanden. Dabei kam ihnen freilich der Umstand zu Hilfe, daß die Lehrer, denen die Ausgebeuteten zum guten Teil die Erkenntnis ihrer wirtschaftlichen Lage und des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft verdanken, die revolutionären Rückschlüsse ihrer ökonomischen Ermittlungen statt aus dem Geiste des Aufruhrs aus dem der Doktrin zogen. So wurde die Wissenschaft vom Kapitalismus dem Proletariat nicht Antrieb zur Zerstörung, sondern Mittel zur Bestätigung bürgerlicher Denkart.

Die Lehre des Karl Marx ist eine in Kern und Wesen bürgerliche Lehre. Mag die von ihm vorgenommene Zergliederung der kapitalistischen Oekonomie in allen wesentlichen Einzelheiten richtig sein, — es handelt sich hier nicht um die Lösung theoretischer Streitfragen: die einzig wichtige Aufgabe des Erziehers zur Revo-

lution bleibt er schuldig; das ist die Rebellion des Geistes durch Auflockerung der Bindungen, die das Opfer der Gesellschaft ideologisch an deren Grundlagen knüpfen. Diese Grundlagen aber sind geistiger und moralischer Natur. Alle Einrichtungen der kapitalistischen Gesellschaft mitsamt ihren Verwaltungsprinzipien, ihren Organisationsformen, ihren Sittennormen und nicht zuletzt den von ihnen gepflegten Lehrmethoden sind ein unteilbares Ganzes. Nur die Revolution, die auf dieses Ganze gerichtet ist und die nicht in klüglisch ausgerechneten Etappen, sondern mit der wütenden Kraft der Gleichzeitigkeit und Unmittelbarkeit dreinschlägt, kann auf den Sturz des Ganzen rechnen. Marx hingegen stellt die professorale und sehr anfechtbare Lehre vom historischen Materialismus auf, wonach die Produktionsformen (er gebraucht das Wort sogar meistens in gleicher Bedeutung wie Produktionsmittel) alles Verhalten und damit alle Geschichte der Menschheit schlechthin entscheiden. Es hat nie ein müßigeres Beginnen gegeben als die Brägenverrenkungen um diese Weisheit. Selbstverständlich kann das Sein und das Verhalten der Menschen nicht unabhängig von den Arbeitsformen gedacht und verstanden werden, die ihre gesamte Gemeinschaft regeln. Selbstverständlich ist also das Verhalten der Menschen, die mit dem Handpflug ackerten, individuell und sozial völlig verschieden von dem Verhalten der Menschen, die mit Flugzeugen und Radiotelegrammen kaum mehr von Raum- und Zeitschwierigkeiten wissen — wobei nur bürgerliche Betrachtungsweise die zweite Lebensbeziehung als kulturell wertvoller anerkennen wird —; aber es kann doch wohl nicht bestritten werden, daß die Menschen ihre Produktionsformen und -mittel erdacht und geschaffen haben, daß also ihr geistiges Verhalten ebenso Voraussetzung ihrer Arbeitsart ist wie umgekehrt. So läuft jede Diskussion über diesen Gegenstand schließlich auf das sinnige Gesellschaftsspiel hinaus, zu entscheiden, ob erst das Ei oder erst die Henne da war. Das Hirn derer, die man zu Revolutionen bewegen will, mit derartigen Sophistereien beschweren, heißt, es an die Kette bürgerlicher Denkspekulationen schmieden.

Aerger noch kennzeichnet sich Marxens Lehre als vollkommen von bürgerlicher Denkweise umklammert da, wo das Gebiet der Oekonomie überhaupt verlassen und das der Philosophie besritten wird. Was in des Teufels Namen soll eigentlich der unter der kapitalistischen Fron schuftende Proletarier mit der historischen Dialektik anfangen, als mit welcher ihr Ersinner nach seinem von den Marxisten bis zum Erbrechen nachgesabberten Ausdruck den auf den Kopf gestellten Hegel wieder auf die Füße zu stellen unternahm? Was ist damit gedient, wenn ein Arbeiter (und einem Arbeiter, der revolutionär denkt und fühlt, ist es durchaus egal, ob die Behauptung

stimmt oder nicht) sich davon überzeugt, daß die Geschichte auf ihrem Entwicklungswege so eine Art Echternacher Prozession aufzuführen soll, sich nämlich ständig in Widersprüchen fortbewege? Laßt gut sein, dieses von der Philosophie des reaktionärsten preußischen Staatsprofessors entlehnte Dogma für revolutionäre Arbeiterführung hat als Richtschnur des proletarischen Verhaltens allergrößte und wertvollste Bedeutung, — für alle, die an der Erhaltung der bürgerlichen Welt interessiert sind. Hier hat sich die Revolution selber einen wunderbaren Bremsklotz ans Bein gehängt, sich selbst den Vorwand geschaffen, warum man nie aufs Ganze gehen darf, die Widerstände der Reaktion gegen den Umsturz weise einkalkuliert in das Werk der Leidenschaft, das Ziel des Kampfes auf das rechtzeitige Erwischen der Rückzugsstellung bemessen und jeden Mißerfolg von vornherein auf die leidige Gewohnheit der Weltgeschichte abgewälzt, in Gegensätzen zu operieren. Die bürgerliche Welt kann zufrieden sein.

Ist es da ein Wunder, daß die Arbeiterklasse, abgesehen von den wenigen, welche mehr Zutrauen zur Entschlußkraft der Verzweiflung haben als zu einer Gelehrsamkeit, die nachzuprüfen ihr die Bourgeoisie mit Bedacht die Schulung versagt, sich selbst da, wo der Glaube an die revolutionäre Befreiung durch den Sozialismus lebendig ist, in verstockt bürgerlichen Gedankengängen bewegt? Ist es ein Wunder, daß Revolutionäre, die glauben, die Entwicklung der Menschengesellschaft rolle am Faden kontrollierbarer Gesetze (mit dialektischer Rückschnellfeder) automatisch dahin, niemals das Ziel vor Augen sehen, sondern immer nur den nächsten Schritt und daß dieser nächste Schritt nie herausführt aus bürgerlichen Kreisen und Ellipsen? Ist es ein Wunder, daß der Marxismus, da er ja eine sogar theoretisch absolut bürgerliche Lehre ist, praktisch den Staatsgedanken pflegt und allmählich aus der Vorbereitung der proletarischen Revolution einen bekömmlichen bürgerlichen Beruf gemacht hat? Ist es ein Wunder, daß die gesamte proletarische Revolutionsbewegung zu einem anerkannten Bestandteil der bürgerlichen Welt geworden ist und daß es möglich war, revolutionären Proletariern weiszumachen, das nachrevolutionäre Rußland mit seinen staatskapitalistischen Experimenten und seinen Verfolgungen jedes selbständigen Denkens habe die bürgerliche Weltperiode überwunden? Wir sind, Rußland so wie Europa und die ganze bürgerliche Welt, inmitten der Revolution, das ist richtig. Denn die bürgerliche Welt mit ihren Produktionsformen und mit ihren sittlichen und spirituellen Grundlagen ist geborsten, ist im Zerfall und in der Krise des Untergangs. Alles was ist, wankt. Gesinnungslosigkeit, Korruption, Schlemmerei, Gaunerei; Unfähigkeit, der Arbeitskraft Arbeit zuzuweisen, Güter nach Bedarf zu schaffen, nach Notwendigkeit zu

verteilen; Unflätigkeit im Austausch der Meinungen; Ver lumpung des öffentlichen Lebens; Unsicherheit in allen menschlichen Beziehungen; blutrünstige Jagd nach der Habe, den Vorteilen, ja dem Geiste des Nebenmenschen; Verlotterung des primitivsten Anstands; Betätigungsmöglichkeit für die Haarmanns, Denkes und Düsseldorfer Kindermörder; Unfähigkeit und Gemeinheit als Legitimation für Kommandostellen; Staatsanbetung; Regelung aller Dinge mit Zwang, Gesetz, Gummiknüppel und paragraphierter Volksausplünderung; Heuchelei, Muckerei, Moralfälschung; Auflösung jeglichen Vertrauens, Unzuverlässigkeit, Anbetung aller Autorität; Feigheit, Lüge, Speichelleckerei und bei alledem völlige Verwirrung in der Bemühung, einander zu verstehen. Traditionen, in wenigen festen Charakteren noch unangefressen lebendig, sind bei anderen längst fortgeworfen. Die Moralbegriffe der Vergangenheit haben keine Stütze mehr in der Wirklichkeit der Gesellschaft, neue haben sich erst bei den wenigsten entwickeln können. So ist alles Leben Experimentieren, Flüchten vor inneren Konflikten, Schwanken zwischen Gewesenem und noch unerkennbar Werdendem. Der Staat fuhrwerkt dazwischen mit der erbarmungswürdigsten Instinktverlassenheit, hier mit dem borstenlosen Besen der Demokratie, dort mit dem klobigen Beil des Faschismus. Die bürgerliche Welt hat jeden Halt verloren. Sie ist reif zur Vernichtung. Nötig ist die Entbürgerlichung der proletarischen Revolution, dann könnte die Welt der Freiheit geschaffen werden.

Wir leben zwischen den Zeitaltern. Die Einteilungen der Geschichtsschreiber stimmen nicht mehr. Wollen wir Altertum, Mittelalter und Neuzeit trennen, so können wir nur die großen revolutionären Umschichtungen innerhalb der Völker und in ihren Beziehungen zu einander zum Maßstab nehmen, um die Vergangenheit zu ordnen und die Gegenwart geschichtlich zu erkennen. Das Bild unserer Tage gleicht in vielen Einzelheiten der Zeit des Verfalls der alten Welt, deren Ablösung durch das Mittelalter von den meisten Historikern übereinstimmend vom Beginn der Völkerwanderung an gerechnet wird. Das war (auch Landauer drückt diese Ansicht in seiner „Revolution“ aus) die gewaltigste Revolution, die in der uns bekannten Menschheitsgeschichte erlebt wurde. Die Antike hatte ihre Epoche beendet. Das ungeheure römische Reich hatte sich zum Beherrscher der Welt gemacht und suchte die Kultur des alten Hellas in neuen Formen zu bewahren. Es verfiel in Staatswahn; die Zeit der Dekadenz unter den letzten Kaisern wird in allem ganz ähnlich beschrieben den Zuständen, die wir um uns sehen. In diese Zeit aber gehören schon die Anfänge des Mittelalters. Johannes Bühler („Die Germanen in der Völkerwanderung“, Insel-Verlag, Leipzig 1922) schreibt sogar: „Die eigentliche Völkerwanderung be-

gann 166 n. Chr. mit dem Einfall der Markomannen und Quaden in die Gebiete des heutigen Kärnten und Steiermark.“ Andere wollen erst das dritte Jahrhundert für den Anfang der ungeheuren Bewegung gelten lassen. Als Abschluß der Völkerwanderung wird man vielleicht am ehesten die Gründung des Frankenreichs durch Karl den Großen um das Jahr 800 annehmen dürfen, also ein Geschehen von 500—800 Jahren. Dieser Vergleich zeigt, mit welchen Zeitspannen gerechnet werden muß, will man begreifen, was es mit dem Wort Weltrevolution auf sich hat. Das Mittelalter sank in den modernen Staat, sank in den Kapitalismus als erste Anzeichen des Verfalls seiner Blütezeit, die in den freien Städtebünden und in der Kultur der Gotik ihre Höhe erreichte. Ob das, was wir erleben, bei den Zukünftigen noch als Todeszuckungen des Mittelalters gebucht werden wird oder schon als Geburtswehen eines neuen Zeitalters, braucht uns wenig zu kümmern. Es ist ebensowohl möglich, daß man das Jahr 1914 als Geburtsjahr der großen Umwälzung, die zum neuen Zeitalter führen wird, wie daß man die französische Revolution des achtzehnten oder, dann mit noch größerem Recht, die englische Revolution des 17. Jahrhunderts annehmen wird. Spätestens das Jahr 1917 mit der Erhebung der russischen Arbeiter und Bauern leitet sicherlich die Periode des Sozialismus ein, die durch die Weltrevolution erkämpft werden muß.

Jack London nimmt in der „Eisernen Ferse“ die Dauer der Weltrevolution mit 700 Jahren an. Das ist so willkürlich wie alle in die Zukunft gezielten Rechenkünste. Doch ist dem Dichter in einem Roman mehr erlaubt als dem Oekonomen und Historiker, der mit dem Anspruch des Wissenschaftlers auftritt. Wir haben uns zwar auf langen Kampf einzurichten, aber wir haben den Kampf so zu führen, daß uns das Ziel, mag es noch so fern sein, nie aus den Augen entschwindet. Wir haben den Kampf zu führen als Kinder der sterbenden bürgerlichen Welt, der wir den Tod bereiten wollen und als Pioniere des Sozialismus, dem wir in unserer Liebe und in unserem Haß, in unserem Wirken unter den Menschen und in unserem Verhalten untereinander den Boden bereiten wollen. Darum hat unsere wichtigste Aufgabe die zu sein, das Proletariat, den Amboß aller kapitalistischen Schurkerei, revolutionär zu machen. Das geschieht, indem es lernt, der bürgerlichen Welt geistig zu entwachsen. Es genügt nicht, den Kampf um das tägliche Brot zu führen, so nötig auch dieser Kampf ist, da er die Kräfte für den größeren Kampf, die Kräfte auch der kommenden Geschlechter sichert, der Kampf muß beim Menschen beginnen, soll er bei der Menschheit enden. Die Weltrevolution, die vom Mittelalter zur Neuzeit führen soll, muß die Ausbeutung in jeder Form ausrotten. Das kann sie nur, wenn sie den Gehorsam, das ist die Hörigkeit,

also die Sklaverei aus dem Verhältnis zwischen den Menschen entfernt. Alle Autorität ist Ausbeutung. Aller Zentralismus aber ist Wirkungsform der Autorität. Deshalb ist der Staat ein zentralistisches Gebilde, weil er Organ der Ausbeutung sein will und sein muß. Eine Partei, die zentralistisch organisiert ist, also Disziplin vor den Oberen fordert, also Autorität, also Ausbeutung mit sich trägt, kann nicht revolutionär sein, ist bürgerlich und unfähig, gegen die bürgerliche Welt zu kämpfen. Der Kampf für den Sozialismus ist zugleich Kampf gegen den Staat. Kein Staat kann Freiheit schaffen oder Freiheit erhalten. Die Weltrevolution, die das Mittelalter des Kapitalismus, des Staates, der Zentralisation, der geistigen und materiellen Autorität beseitigen muß, mag Jahrhunderte dauern oder uns selbst noch zum Ziele führen, — dieses Ziel steht fest: Sozialismus, Freiheit, Anarchie!

Verrat in Oesterreich

Es ist mehr als ein Zufall, daß gerade in dem Augenblick, wo der Austromarxismus durch feiges Zurückweichen vor dem machtgerigen Heimwehfaschismus zum Verräter am österreichischen Proletariat wurde, ein merkwürdiger Prozeß Beginn und Hintergründe des großen Verrats blitzartig erhellte. Die Ehrenbeleidigungsklage des Bundesheermajors Alfred Marek — einstiger Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei und späterer Verräter der im Arsenal versteckten Waffen, um allerdings geprellten Judaslohn, an Heeresminister Vaugoin — gegen die „Arbeiterzeitung“, endete nach erbrachtem Wahrheitsbeweis mit dem Freispruch des verantwortlichen Redakteurs. Bei dieser Gelegenheit erfuhren aber die Arbeiter außer dem Umstande, daß Vaugoin seinen Spitzeloffizier trotz aller geleisteten Liebedienste für einen Schuft hält, auch noch andere interessante Einzelheiten eines Parteibetriebes, die der proletarischen Öffentlichkeit wohlweislich hätten verborgen bleiben sollen. Da wurden 1918, kurz nach dem Zusammenbruch der Monarchie, ungeheure Waffenvorräte — ganze Zugladungen — vollkommen richtig dem Zugriff der imperialistischen Entente entzogen und nach einem förmlichen Pakt zwischen Sozialdemokratie und der christlich-sozialen Partei, welche die Mehrheit des Bürgertums repräsentierte, im Wiener Arsenal versteckt. Diese Arsenalwaffen blieben so lange unter Obhut sozialdemokratischer Vertrauensleute, die gewissenhaft dafür sorgten, daß sie nicht etwa verteilt oder verschleppt, sondern gut verwahrt wurden, bis sie eines Tages Herr Vaugoin kurz nach dem sozialdemokratischen „Wahlsieg“ vom Frühjahr 1927 durch Mareks Verrat mit raschem Zugriff aushob und abholte. Die verratenen Verräter standen nun betroffen da und hatten wohl keine

Waffen in den Händen, dafür aber den Vertrag, einen wertlosen Fetzen Papier, und ihre lächerliche Angst, die Waffen den damals noch nicht parteipolitisch verseuchten Ortsgruppen des Republikanischen Schutzbundes zu geben, hatte sich bitter gerächt. Die widerstandslos von der Reaktion aus dem Arsenal geholten Waffenvorräte waren ein für allemal den kampfbereiten Teilen der österreichischen Arbeiterschaft entzogen, die planmäßige Entwaffnung des Proletariats hatte begonnen.

Nun ging es unaufhaltsam weiter bergab, der 15. Juli mit all seiner Kopf- und Ziellosigkeit, die Sozialistenverfolgungen in Bundesheer, Polizei und Gendarmerie, die ständige Rückzugstaktik der sozialdemokratischen Partei verhalten dem unheimlich anwachsenden, sich überall widerstandslos formierenden Heimwehfaschismus — der sogar in die Betriebe eindrang — zu einer außerparlamentarischen Machtposition, die er bewußt und bedenkenlos ausnützte. Die Sozialdemokratie, welche in den seitherigen „Wahlschlachten“ ihre Position wohl noch zu behaupten verstand, wich trotzdem unaufhörlich weiter zurück und ermunterte so den zu allem entschlossenen Faschismus, dem nur durch sofortige energische Abwehr beizukommen gewesen wäre, zu immer unverschämteren Forderungen. Nachdem das Mieterschutzgesetz Mitte 1929 nach maßloser Hetze der Reaktion beträchtlich verschlechtert war, warfen die Heimwehführer und ihre Presse — zu deren widerlichsten Erzeugnissen das Abendblatt „Freiheit“ des jüdischen Renegaten Sandor Weiß, einstigen Chefredakteurs des sozialistischen „Abend“, gehört — plötzlich das Schlagwort von der dringenden „Verfassungsreform“ in die Massen, wovon sie sich die Sprengung des Parlaments und die Entfesselung des Bürgerkrieges erhofften.

Inzwischen waren aber nach dem Sturz des Hetzprälaten Dr. Ignaz Seipel, des liebevollen Förderers der Heimwehren, die zwei verhaßtesten Arbeiterfeinde zur Regierung gekommen. Der Wiener Polizeipräsident Johannes Schober, der wahre Schuldige am Blutbad des 15. Juli 1927, wurde Bundeskanzler, während Scharfmacher Vaugoin zum Heeresministerposten noch den eines Vizekanzlers ergatterte. Die Heimwehfaschisten triumphten, faselten von einer Diktatur und priesen Schober als ihren Mann, der mit starker Hand nun endlich reinen Tisch machen würde. Hatten aber die Heimwehren zum Großteile die Alpenländer hinter sich, so war es klar, daß sie in den Städten, vor allem aber in den Industriegebieten Niederösterreichs und in Wien, jenen Widerstand finden würden, von dem ihnen der Zusammenstoß in St. Lorenzen bereits einen Vorgeschmack gegeben hatte. Die Lage wurde immer bedrohlicher, um so mehr, als die Einzelheiten der Verfassungsreform-Forderung der Heimwehren, die sich sämtliche bürgerlichen Parteien sofort zu eigen machten, bekannt wurden. Aus der Fülle des faschistischen Speisezettelwahnsinns sei nur folgendes angeführt: Sie wollen natürlich den Ausnahmezustand, der Bundespräsident sollte das Recht haben, den Nationalrat (das Parlament), wann immer es

ihm passe, auseinander zu jagen, um allein zu regieren. Ferner sollte er das Recht erhalten, wann immer er wolle, selbst während der Tagung des Nationalrates, Gesetze zu erlassen; die Polizei sollte ein unumschränktes Notverordnungsrecht erhalten und ein Ständerat, in dem 60 Arbeiter ebensoviel Vertreter haben sollten wie ein Unternehmer, war gleichfalls vorgesehen. Die Einführung des Adels sowie die Rückkehr der Habsburger und Rückgabe ihres Vermögens war geplant. Die Abschaffung der lästigen Geschworenengerichte, die Aushebung des Budgetrechts des Nationalrats, das Recht der Regierung, die Heimwehren als staatliche Miliz in Eid zu nehmen und sie zu bewaffnen, war vorgeschlagen. Schließlich noch eine Reihe von hemmenden Bestimmungen für die Sozialdemokratie, wie Beseitigung ihrer Vertreter aus den Landesregierungen, aus den Gemeindevertretungen unter 3000 Einwohnern durch ein raffiniertes Wahlsystem; ferner Wahlpflicht für den Nationalrat, einfache Mehrheit statt Zweidrittelmehrheit bei Verfassungsänderungen, Entrechtung des Bundesstaates Land Wien zur Gemeinde, der evtl. unter dem Diktat eines Regierungskommissars in einfache Selbstverwaltung genommen werden sollte; Beraubung der Steuereinkünfte Wiens um 68 Millionen Schilling zugunsten der anderen reaktionär verwalteten Bundesstaaten, Auslieferung des Wiener Schulwesens und der Spitäler an die Pfaffen, Abschaffung der Krematorien, Anlegung der Wählerlisten durch die Polizei und sofortige Auflösung der Wiener Gemeindewache, der letzten vom Faschismus gefürchteten legalen roten Wehrformation, die ihre Entstehung den Julitagen verdankt.

In der sozialdemokratischen Presse, die schon eine Zeit vor der Ernennung Schobers zum Bundeskanzler ihre einst wütende Kampagne gegen den neunzigfachen Mörder wie auf einen Wink einstellte, daß sich kritische Beobachter wie Karl Kraus angewidert von ihr abwendeten, erhob sich über die faschistischen Forderungen zunächst ein grimmiges Abwehrgeheul. „Niemals“ und „Nicht eine Zeile davon wird Wirklichkeit“ waren die Parolen der Leitartikel, während kurz darauf die Führer ihre Verhandlungsbereitschaft manifestierten und sich von den Vertrauensschäfflein ihre vorner ausgearbeiteten „Richtlinien“ bestätigen ließen. Unter dem Kommando Schobers, der andauernd mit seinem Rücktritte drohte und der Furcht der sozialdemokratischen Unterhändler, es an diesem viel zu späten Termine zu einer Machtprobe kommen zu lassen, endete der „Kampf“ nach wochenlangem Feilschen in Unterausschüssen mit einem Kompromiß oder, echt österreichisch gesagt, mit einer großen „Packelei“.

In einer Reihe sehr maßgebender, ja lebenswichtiger proletarischer Fragen, hat die Sozialdemokratie grundlos nachgegeben, was sie nicht hindert, zu behaupten, daß es weder Sieger noch Besiegte gebe. Es wurden dem reaktionären Ansturm folgende Zugeständnisse gemacht: Der Bundespräsident wird nicht mehr von der Bundesversammlung, sondern wie in Deutschland vom Volke gewählt, was zu netten Ueberraschungen führen kann; die Regierung wird nicht mehr vom Nationalrat, sondern vom

Bundespräsidenten ernannt, dieser erhält auch ein verklusuliertes Notverordnungsrecht, dessen Auswirkung die Arbeiter noch zu spüren bekommen werden; das Wahlrecht wird auf das 21. Lebensjahr erhöht; die Wählerlisten macht die brave Polizei, welche vom Land Wien die ihr bisher abgerungenen Agenden wieder erhält; sämtliche Gemeindepolizeien werden dem Bunde unterstellt, also reaktionär. Die Wiener Gemeindegewache wird in absehbarer Zeit aufgelöst, womit der letzte offizielle sozialdemokratische Machtrückhalt fällt. Die Wiener Finanzen kommen unter staatliche Kontrolle. So sehen also die wichtigsten Zugeständnisse der nach Otto Bauer gewonnenen Abwehrschlacht aus. Abwehrschlachten waren aber auch im Weltkriege nur umgelogene Niederlagen und eine offensichtliche Niederlage bedeutet das letzte Kompromiß. Da aber nach der Sachlage keine Notwendigkeit zu einer solchen Packelei gegeben war, so ist das Verhalten der sozialdemokratischen Führer nackter Verrat an den Lebensinteressen des Proletariats, das nun völlig unter den Polizeistiefel der Bourgeoisie gerät. Leichtfertig wurden Ansätze sozialistischer Selbstverwaltung dem Klassengegner ausgeliefert, der kühner geworden, durch die geschlagene Bresche — die für ihn nur eine erste Etappe bedeutet — weiter vordringt und immer weniger ernsthaften Widerstand findet.

In diesen Schicksalstagen des österreichischen Proletariats zeigte sich wieder einmal die ganze politische Unreife und Bedeutungslosigkeit der kommunistischen Partei Oesterreichs, deren Exekutivkomitee nichts besseres zu tun hatte, als sich gegenseitig auszuschließen. So blieben die kommunistischen Massenversammlungen ohne Massen und wir haben glücklich zu den Trotzlisten nun auch die Brandleristen gekriegt. Oesterreich steht dem reichsdeutschen Kommunismuddel in nichts mehr nach.

Zuletzt wollen wir aber die Frage aufwerfen, was dem zahlenmäßig noch schwach aber schließlich doch vorhandenen Anarchismus in Oesterreich not tue. Welche Wege hat er zu gehen, was müßten seine nächsten Aufgaben sein? Wer die Zeit des Umsturzes von 1918 noch in Erinnerung hat und weiß, wie damals an allen Ecken und Enden anarchistisches Leben keimte, Blätter wie K. F. Kocmatas „Revolution“, J. Holz-Reithers „Anarchist“ und Th. Bruns „Neue Gemeinschaft“ entstanden und vergingen — woran großmännische Machenschaften ihren nicht geringen Anteil hatten —, der fühlt, daß man alle diese Vereinzelten und Versprengten wieder durch Schaffung eines, wenn auch kleinen, aber prinzipientreuen Blattes sammeln könnte. Mit diesen wiedergefundenen und mit neubegeisterten Kampfgefährten, selbst wenn es nur einige aktive Gruppen sind, könnte man dem Faschismus viel wirksamer entgegentreten, als bei der 100 prozentigen Gewaltlosigkeit, die so Viele verwirrend ihren Ausgang von Klosterneuburg genommen hat. Freilich, Opfer mancher Art werden gebracht werden müssen, noch sind wir von jener Konzentration der Kräfte weit entfernt, aber frisch ans Werk — auch Anarchismus verpflichtet!

L. Krafft-Wien.

Komödienspiel der Justiz

Die Herren Klapproth und Fahlbusch beschäftigen sich immer noch im Gefängnis mit Schmachten und erfüllen damit die ihnen zugeteilte Aufgabe, das Martyrium vaterländischen Heldensinns in der Judenrepublik der Hakenkreuzjugend zu Gemüte zu führen. Die kleineren Mörderchen der glücklichen Femezeit sind entlassen worden, weil sie ja doch bloß taten, was Schulz ihnen anbefahl, und Schulz selbst ist betrüblicherweise gänzlich haftunfähig. Was sonst noch die Jauchegruben Ostelbiens mit den Leichenresten verratsverdächtiger schwarzer Weißgardisten füllte, konnte von der deutschen Gerechtigkeit nicht hinter Gittern verwahrt werden, weil sonst das schöne Land Mecklenburg keine deutschnational-völkische Regierung zustandegebracht hätte, die ihm die republikanische Verfassungstreue hüten muß. Die Herren Klapproth und Fahlbusch also ragen als letzte Säulen jener stolzen Rechtsdemokratie ins schwarz-rot-goldige Gewölk, die auf dem ehernen Grunde der Gleichheit vor dem Gesetz errichtet steht, ohne Schwanken nach rechts und nach links, eine Stätte unwandelbarer Tugend, lauterer Menschentums, edeln Biedersinns, wo Weisheit sich mit Milde paart, mit Herz und Hand fürs Vaterland, fürs Va—ter—land!

Laßt sie 'raus, gute Leute, laßt sie wieder atmen im rosigen Licht zurer Freiheit und eures Weimarasmus. Es ist nicht nötig, so zu tun, als ob man die ausgerutschten Nationalisten so behandle wie die revolutionären Proletarier. Wir kennen die Bedeutung des Dicktuns mit eurer Gnade und Gerechtigkeit, wenn wirklich mal nach jahrelangem Gemurkse und Gegreine ein todkranker Mensch unserer Richtung in die süße Freiheit der Erwerbslosigkeit entlassen wird; wir kennen auch die Bedeutung der Heimlichkeit und leisetretischen Geschäftigkeit, mit der der Reichtum und die Kaisertreue bedient werden, wenn sich mal jemand ihrer Sorte zufällig vom Parkett auf die Bühne der Gerechtigkeitskomödie verirrt hat. Wir wissen auch, daß es nur Schein und Theater ist, wenn der Staat die Klapproth und Fahlbusch wie andere Gefangene der Öffentlichkeit vorfilmt, während sie in Wahrheit ein Sanatoriumleben im Gefängnis haben, durch das sie ihren proletarischen Hausgenossen dauernd die Empfindungen des Neides, des Hasses, der Erbitterung und, erfreulicherweise auch, der revolutionären Erkenntnis staatlicher Gerechtigkeit lebendig halten. Laßt sie 'raus, die beiden letzten nationalen Statisten eurer politischen Kulissenschieberei, wir schenken euch die Komödie, die nur dazu dienen soll, Vorwände zu haben, um unsere Freunde nicht herauszulassen. Laßt die Feme-mörder 'raus, wie ihr die Untersuchungsgefangenen der Dynamitknallereien doch auch nach und nach alle 'rauslaßt, ohne viel Aufhebens davon zu machen. Wir haben gar nichts dagegen, sondern alles dafür, daß diese Leute die wenigstens zum Teil von ihrer blöden Idee der nationalen Wiedergeburt ehrlich besessene tapfere Jungens sind, vom Staate zufrieden gelassen werden, der zu ihnen gehört und zu dem sie gehören, wenn sie sich auch gegenseitig wegen der etwas abweichenden Uniformierung als Brüder noch nicht erkannt haben.

Unsere Arbeit, den Befreiungskampf für die Unsrigen überzeugend zu führen, wäre erheblich erleichtert, wenn drüben niemand mehr unter dem Schein der Strafverfolgung stände, wenn weder Parteikommunisten, noch Menschenrechtler die Möglichkeit fänden, den Staat zur Fortsetzung der Justizkomödie gegen die Nationalisten aufzufordern und ihm damit Gelegenheit zu geben, sich länger als ein unparteiisches Gebilde, als eine Einrichtung aufzuspielen, die nicht Klasseninteressen, sondern Rechtsgrundsätze zu wahren hätte. Allerdings wäre unsere Arbeit noch viel mehr erleichtert.

wenn besonders die Parteikommunisten sich etwas weniger eifrig zu Anwälten der sehr kniffligen Unterscheidung zwischen politischen und unpolitischen Missetaten machten. Damit kommen sie den vom Staat gewünschten, dem Staat nützlichen, die Komödienhaftigkeit aller staatlichen Rechtsübung verwischenden Justizauffassungen in einer Weise entgegen, die allein von proletarischen Gefangenen und Verfolgten bezahlt werden muß. Die Amnestie von 1928 stellte den Begriff der politischen Straftat ohne jede weitere Erklärung auf. Die Wirkung, die hier warnend vorhergesagt war, konnte nur die sein, daß Richter und Staatsanwälte, die ihren Spruch aus tausend Klassenvorurteilen geschöpft hatten, Vorurteilen, die in unzähligen Fällen von bewußter und gewollter politischer Parteilichkeit bestärkt wurden, die Entscheidung darüber zu fällen hatten, ob jemand als politischer oder krimineller Täter anzusehen sei. Die Kommunistische Partei und die Rote Hilfe schreien und trommeln brav und laut dagegen, daß soundsoviele Revolutionäre dabei als nichtpolitisch im Zuchthaus bleiben mußten: die Staatsjustiz verwende ein zu kurzes Maß, so daß eine Reihe von Genossen, die bei ihren Handlungen wesentlich von revolutionärem Willen geleitet waren, von der Amnestie übergangen worden seien. Und nun zählt man ein Dutzend besonders krasser Fälle auf, wie die der Genossen Peters, Nachtigall und Kobitsch-Meyer, wie die Burkhardts und Mehlhorns, beschränkt aber alle Propaganda auf die Forderung einer neuen politischen Amnestie, ohne je zu erklären, welchen Maßstab man selber bei der Feststellung des Begriffs „politisch“ anzulegen gedenkt. Daß man die Genossen Margies, Sepp Müller, Göckeler und die übrigen durch die Amnestie zu 7½ Jahren Gefängnis „begnadigten“ Genossen sofort heraushaben will, in allen Ehren. Die Forderung ist nur so verdammt bescheiden, daß man nun doch einmal mit aller Deutlichkeit fragen muß: wo, werte Genossen von der KPD. und von der RHD., fängt bei euch der Begriff des Politischen an, wo hört er auf? Merkt ihr nicht, daß ihr durch eure Haarspalterei mit solchen Unterscheidungen nichts anderes tut, als dem Komödienspiel der Justiz den Souffleur zu stellen? Wohin derlei Staatsbiederkeit führt, dafür ein Beispiel.

Im letzten Heft des FANAL (S. 68) wurde kurz auf die Befreiung zweier Gefangener der Strafteilung der Irrenanstalt Buch Bezug genommen. Als die drei Zeilen darüber in die Hände der Leser kamen, war der Befreier der beiden schon tot, und ich konnte dann vor der Öffentlichkeit von dem ganzen Hergang und von den Personen der Beteiligten mehr erzählen: das ist in einem Artikel „Die Ausbrecher von Buch“ in der „Weltbühne“ (Nr. 51 vom 17. Dezember) geschehen. Es handelt sich bei den Befreiten wie bei ihrem Helfer um „Kriminelle“, deren Strafhandlungen ursprünglich von rein politischen Beweggründen geleitet waren. Sowohl Genosse Wichert, der die Flucht aus Buch von außen bewerkstelligte, als auch der Genosse Garde, dem zuliebe sie gewagt wurde, haben in der Zeit akuter Kämpfe mit der Waffe in der Hand dem Proletariat ihre Kräfte gewidmet. Später als Verfolgte haben sie das Eigentum der Besitzenden nicht genügend geachtet, um seiner heiligen Unantastbarkeit wegen zu verrecken. Die beiden haben sich dann im Zuchthaus kennengelernt und sind Freunde geworden, um so enger verbundene Freunde, als die revolutionäre Idee ihre Schicksalsgemeinschaft untrennbar machte. Beide kamen aus der Kommunistischen Partei; beide waren früh von deren Opportunismus abgestoßen und zu linken Richtungen der Arbeiterbewegung hingezogen worden. Beide bekannten sich endlich zum Anarchismus. Dabei fühlten sie sich aber der ganzen revolutionären Arbeiterbewegung so verbunden, daß mir z. B. Garde einen Brief schrieb, der seine furchtbare Erschütterung und Trauer über den Tod Emil Hölleins zum Ausdruck brachte. Aber, was

hilft das alles? Die Staatsbehörde hatte sie nicht als politische Gefangene anerkannt, die Rote Hilfe tat es auch nicht. Im Gegenteil. Als die bürgerliche Presse auf die revolutionäre Vergangenheit der beiden Freunde verwies und dabei die Behauptung aufstellte, Wichert sei auch von der Roten Hilfe unterstützt worden, da geriet diese proletarische Organisation in eine unheimliche Wut und bekundete ihre eigentumsschützerische Gesinnung durch eine in der neueren Geschichte der revolutionären Bewegung einfach beispiellose Niederträchtigkeit.

Am 25. November hatten unsere drei Freunde (wie ich von absolut zuverlässiger Seite erfahren, ist auch Liesegang, mit dem ich persönlich noch keine Verbindung hatte, Genosse), um zunächst ihren Unterhalt zu sichern, der Kasse eines Schlosses im Westfälischen den Bestand von 600 Mark entnommen. Sie wurden verfolgt, von Fortbeamten, Gendarmen und Gutspersonal umstellt und zu einem Feuergefecht genötigt, bei dem sie selbst nur Schreckschüsse abgaben, Garde aber schwer verwundet und Wichert leider getötet wurde. Wichert war nach vollen neun Jahren Zuchthausqual wegen Haftunfähigkeit bedingungsweise freigelassen worden, weil die Haftpsychose bei ihm Formen angenommen hatte, deren Steigerung die Aerzte nicht mehr verantworten wollten. Er hat die Zeit seiner sehr behinderten Freiheit zur Arbeit in einem Betriebe und die Stunden, die ihm diese Arbeit übrig ließ, zu sorgender Tätigkeit für seinen Gefährten Garde benutzt. Da es ihm mit unser aller Hilfe, die er dafür zu interessieren wußte, nicht gelang, die Anerkennung der Haftunfähigkeit Gardes trotz Verbringung in die Irrenanstalt durchzusetzen, befreite er ihn gewaltsam und opferte der Sicherung dieser Befreiung sein Leben. Diesen Tatbestand muß man kennen, um die Erbärmlichkeit zu ermessen, die sich der Rote Hilfe-Pressedienst in Nr. 140 vom 27. November 1929 mit der Notiz „Der Schwindel über Wichert“ leistet. Da stand, 2 — zwei! — Tage nach seiner Ermordung, zu lesen:

RHP. Berlin. — Im Zusammenhang mit der Festnahme der aus der Anstalt Buch geflohenen Strafgefangenen Garde und Liesegang und der Erschießung ihres Helfers Wichert verbreitet die bürgerliche Presse, besonders das „Tempo“, die Behauptung, Wichert sei Kommunist gewesen und seinerzeit von der Roten Hilfe unterstützt worden. An diesen Behauptungen ist kein Wort wahr. Wichert war niemals Kommunist und wurde auch niemals von der Roten Hilfe als politischer Gefangener angesehen und unterstützt. Wichert hatte nur von politischen Mitgefangenen erfahren, daß die Rote Hilfe die politischen Gefangenen unterstütze und sich darum an die RHD. wegen Lektüre gewandt. Eine Unterstützung Wicherts als politischer Gefangener kam nicht in Betracht. Trotzdem hat allerdings die Rf. sich bemüht, das Lesebedürfnis Wicherts zu befriedigen, wie sie jedem kriminellen Gefangenen helfen wird, wenn dieser sich beschwert, daß der barbarische Strafvollzug seine geistigen Bedürfnisse nicht befriedigen wolle. — Im übrigen wollen wir beim Falle Wichert auf einen sonderbaren Umstand hinweisen. Das „Tempo“, das den oben erwähnten Schwindel über Wichert in die Welt setzte, berichtete kurz vorher, W. sei während einer 15jährigen Zuchthausstrafe, trotzdem er vorher schon einmal geflohen war, wegen guter Führung einjährige Strafunterbrechung gewährt worden. Sollte diese Behauptung des „Tempo“ den Tatsachen entsprechen, so liegt hier eine so sonderbare und außergewöhnliche Milde gegenüber einem zu langjähriger Zuchthausstrafe Verurteilten vor, daß man keine andere Erklärung dafür finden kann, als die, der so milde Behandelte habe der Justiz irgendwelche Gegen-

leistungen geboten, sei als Spitzel oder Denunziant, als sogenannter Vigilant verwandt worden. Wir erinnern in diesem Zusammenhang auch an den Düsseldorfer Fall Koch. Trotz aller Gegenbehauptungen des Düsseldorfer Polizeipräsidenten wird von der kommunistischen Presse nach wie vor behauptet und Zeugenbeweis dafür beigebracht, daß Koch Polizeispitzel ist und nur so seine auffällige mehrmalige Freilassung nach erfolgter Verhaftung Erklärung findet. — Auf jeden Fall stinkt hier etwas.“

Also: wenn ein Proletarier nach neun Jahren Zuchthaus bedingungsweise entlassen wird (dem RHD, soll zugestanden werden, daß ihm die Feststellung der Haftunfähigkeit Wicherts nicht bekannt war, was die Leichtfertigkeit, mit der hier ein Getöteter mit Dreck beschmissen wird, noch gröber erscheinen läßt, da man gar nichts selber zu erkunden für notwendig hielt), dann darf er ohne weiteres, ohne einen Schimmer von Beweis nicht nur als Spitzel und Denunziant hingestellt, sondern zugleich in eine Linie gebracht werden mit einem Menschen, der unter dem Verdacht des vielfachen Lustmordes steht, und der nur deshalb nicht gründlich auf diesen Verdacht hin verfolgt werde, weil er eben Polizeispitzel sei. Daß Heinrich Wichert schon mit der RH. in Verbindung gestanden habe, wird zugegeben und zur Entschuldigung der RH. erklärt, er habe von anderen, von politischen Gefangenen, sagen hören, daß es so was wie die Rote Hilfe gebe. Woher hat der RH. diese Kenntnis, da er doch im übrigen gar keine Kenntnis von Wicherts Persönlichkeit hatte und sich nur auf das „Tempo“ bezieht? Oder wußte man mehr von Wichert? Wußte man vielleicht gar, daß er Anarchist war und benutzt seinen Fall, um die alte Infamie der Sozialdemokraten, jeden Anarchisten als einen Spitzel zu verdächtigen, hinten herum wieder einzuführen? Wir wollen das gar nicht annehmen. Das Wahrscheinlichste ist, daß die gesetzbezauberten Pressedienstknappen der Roten Hilfe wirklich nicht mehr von Wicherts Leben wußten, als sie bekennen, und daß es ihnen nur darum zu tun war, den entsetzlichen Verdacht abzuwehren, sie hätten es sich bekommen lassen, jemals einen „Kriminellen“ zu unterstützen. Prüfung ist ja nicht nötig. Die Staatsanwälte selber haben Wichert und Garde von jeher den Charakter als Politische abgesprochen. Wie kompromittierend wäre es da für eine stramm linke Kommunistenleitung der Roten Hilfe, zugeben zu müssen, jemals einen „Verbrecher“ als der Solidarität des Proletariats würdigen Menschen angesehen zu haben. Kein Wort über die Jagd auf Lebenswild, bei der Wichert zugrunde ging. Kein bedauerndes Wort, daß ein Proletarier, der einmal in die Fänge der Justiz geraten war, dann gezwungen ist, um sein Leben zu erhalten, es in Gefahr zu bringen. Kein Gedanke daran, daß proletarische Menschenleben allgemein wertvoller sein könnten, als das von Landproletariern ausgequetschte Bargeld, das in jener Schloßkasse verwahrt war. Nichts dergleichen, nur die Verwahrung dagegen, daß man mit sowas etwas zu tun gehabt haben könnte, die deutliche Entrüstung darüber, daß man einen gefangenen Arbeiter schon nach 9 Jahren aus dem Zuchthause läßt und gegen einen eben erschossenen Klassengenossen — wenn man denn schon kein Kampfgenosse mit ihm sein will — die grauenvollste Beschuldigung, die ein Revolutionär einem anderen vorwerfen kann. Wahrhaftig, die Justiz des Staates braucht keine Sorgen zu haben. Das Komödienspiel, das sie aufführt, um ohne Unkosten Gerechtigkeit zu mimen, wird ihr von angeblichen Revolutionären und Kommunisten leichter gemacht als sie je hätte ahnen können.

Wer den Klassencharakter des Staates und der Justiz eingesehen hat, für den kann es nur politische Justizobjekte geben. War der Prozeß des

Grafen Christian Stolberg vielleicht kein politischer Prozeß? Laßt einen Proletarier seinen Vater umbringen unter Umständen, wie es auf Schloß Jannowitz geschah, gäbe es das, daß der Sohn gleich wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht gestellt würde, nicht etwa vorgeführt aus der Untersuchungshaft, sondern aus besagtem Schloß, dessen Majoratsherr er inzwischen geworden ist — Fideikomnisse gibt's nämlich auch noch —, frei herausspazierend? Hundert Gründe sprechen für Mord, für einen auf Familienkomplott beruhenden Meuchelmord, — aber der Täter ist Graf, hat großes Vermögen, infolge des Todes des Alten sogar weniger gefährdetes Vermögen. Infolgedessen arbeiten Staatsanwalt, Verteidigung und Gericht zusammen, und wäre der Arbeiter unter gleichen Umständen zum Tode oder wenigstens zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden — ich könnte auch Fälle vorführen, bei denen weniger Schuld und mehr Verhängnis vorlag als im Falle Stolberg und bei denen der Täter, da er Arbeiter war, furchtbare Zuchthausjahre verhängt bekam —, so konnte das Gräfchen, dem der ärztliche Sachverständige bezeugte, daß es intellektuell bei ihm nicht zum Arbeiter, sondern nur zum Grafen reichte, vom Gericht aus wieder nach Hause gehen, verurteilt zu einer lächerlichen Strafe, deren größter Teil im Sanatorium bereits abgemacht ist und dessen Rest ganz bestimmt nicht absolviert werden wird.

Ich will vom Kieler Prozeß gar nicht reden. Der war ja rein politisch, nur — hätten revolutionäre Arbeiter Waffenschiedungen in ein revolutionäres Land versucht, sie wären nicht freigesprochen, sie wären für endlose Zeit ins Zuchthaus geflogen, und ihr Prozeß wäre nicht hinter verschlossenen Türen verhandelt worden, sondern alle Welt wäre eingeladen worden, der Komödie der Justiz beizuwohnen, die als Tragödie der Staatsicherheit aufgezo-gen worden wäre.

Hier will ich einen Fall mitteilen, den ich die Genossen bitte, einfach in Vergleich damit zu stellen, daß kein begüterter Gauner je vergeblich um einen Gefängnisurlaub bittet, wenn er zuhause eine Familienangelegenheit in Ordnung zu bringen oder gar eine kranke Person zu trösten hat. Aus einem Brief: ... Ein Leidenskamerad (der Briefschreiber spricht von Angelegenheiten des Zuchthaus Sonnenburg) mit Namen Robert Schröder erhielt am Montag, den 9. 12. 29, früh ein Telegramm, daß seine arme liebe Frau im Virchow-Krankenhaus verstorben ist. Dieser furchtbare Schlag warf ihm vollständig zu Boden. Die Direktion sandte auf seine Bitte an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht III ein Telegramm folgenden Inhalts: „Wir bitten für R. Schröder (Aktz...) Urlaub wegen Todes der Ehefrau.“ Gleichzeitig bat Schr. um Zulassung eines Ferngesprächs bei der erwähnten Staatsanwaltschaft. Dabei wurde erwähnt, daß er eigene Wohnung und einen kleinen Jungen von 4 Jahren hat. Am anderen Vormittag wurde er von der Staatsanwaltschaft abschlägig beschieden, ohne weitere Begründung. Selbst durch persönliches Vorsprechen des Schwagers (folgt Name und Adresse) wegen Urlaub bzw. Ausführung wurde nichts erreicht. Obgleich Schr. nur noch eine Strafe von 5 Monaten zu verbüßen hat. . . . Andere Leute dieser Häuser, Speichellecker, Schmarotzer, Jesusanbeter usw. gehen auf Urlaub zu Hochzeiten und Vergnügungen, wenn sie auch noch 8 und 10 Jahre zu verbüßen haben. . . Der Mann hat einen kleinen Jungen von 4 Jahren . . ., der befindet sich jetzt bei der Schwiegermutter, die halb erblindet ist und keine näheren Angehörigen mehr besitzt. Die Anwesenheit des R. Schr. ist dringend notwendig zur Regelung der familiären Angelegenheiten. Drei Gnadengesuche sind abgelehnt, alle von denselben Leuten beim Landgericht III. Der Mann ist kein Mensch mehr, vollständig zusammengebrochen befindet er sich im Lazarett, bitte versuche Du mit einer geeigneten Person Rücksprache

in der Sache zu nehmen, damit man Schröder die Reststrafe erläßt.“ — Da ich fürchte, daß meine Rücksprache mit einer geeigneten Person nur zur Anlegung eines neuen Aktenstückes führen würde, dessen Erledigung länger dauern würde, als der arme Schröder überhaupt noch zu sitzen hat, teile ich den Tatbestand hier mit. Das Aktenzeichen lautet: F 4. J. 418/25 (damit keine langen Erkundigungen erforderlich werden).

Ich erlaube mir im Gegensatz zum Pressedienst der Roten Hilfe der Ansicht zu sein, daß dieser Fall, ebenso wie alle Urteile, nur politisch zu betrachten, nur politisch zu beurteilen ist. Der Mann brauchte nur ein Sklarekschieber zu sein, dann hätte die Krankheit der Frau zu seiner Beurlaubung ausgereicht und sie wäre vielleicht nicht einmal gestorben, hätte sie den Mann an ihrem Krankenbett wiedergesehen. Aber wenn es sich nicht um einen armen Teufel, sondern um einen vermögenden Bürger gehandelt hätte, dann wären die Voraussetzungen dieser scheußlichen Urlaubsverweigerung schon gar nicht dagewesen. Denn nur bei Proletariern kommt es vor, daß ein zu jahrelanger Zuchthausstrafe Verurteilter 5 Monate vor Ablauf noch nicht ohnehin entlassen ist. Dies alles ist nichts als politische Justiz, und darum ist die ganze Einteilung in politische und unpolitische Gefangene, die die KPD, und die RHD, beliebt, so unsagbar töricht und ebenso komödiantenhaft wie die gesamte Staatsjustiz überhaupt.

Das Proletariat ist ein zusammengehöriges Ganzes, ist die Klasse, die die Nutznießer der kapitalistischen Wirtschaft als Ganzes, Unteilbares behandeln, knechten, und deren Teile sie gegeneinander ausspielen. Dabei finden sie die dankenswerte Unterstützung der Patentrevolutionäre, die ganz genau nach dem Bewußtsein unterscheiden, das der einzelne Proletarier bei Begehung seiner Straftat von deren Bedeutung gehabt hat. Wollte er nur und ausschließlich für die proletarische Revolution wirken, dann erhebt man ihn zu etwas Besserem als eben das gesamte Proletariat, dem er sich doch gerade bis zur Aufopferung zugehörig fühlt. War der „Verbrecher“ aber nur dem Proletariat zugehörig und hat daher getan, was die Not, die ihm vorenthaltene Bildung und die trüben Lebensumstände ihm eingaben, dann finden die Rote Hilfe-Kommunisten, daß man sich weit von ihm abwenden müsse, und daß es völlig in der Ordnung sei, daß die liebe Gesellschaft sich gegen solche Elemente schütze. Daher beantragt man ja auch selber Gehaltserhöhungen für die Büttel des Kapitals und der Staatsräson. Ist man aber gar einmal in Verdacht geraten, wirklich einem Mann Solidarität gezeigt zu haben, dem das Klauen auf eigenes Risiko ebenso berechtigt schien wie die Massenplünderungen unter dem Schutze des Staates, dann reinigt man seine Seele, indem man den Armen kurzerhand als Spitzel hinstellt, auch wenn er eben von den Nachwächtern des Kapitals, denen das Geld ihrer Ausbeuter wertvoller ist als das Leben ihrer Klassengenossen, tot hingestreckt worden ist. Daß es sich bei Wichert auch noch um einen Genossen handelte, dem die Rote Hilfe sogar nach ihren eigenen Grundsätzen hätte beistehen müssen, macht diese Komödie der Justiz im Wechselspiel mit dem Tugendeifer ihres klassenkämpferischen Enthüllers zu einer Burleske, die die ganze Jämmerlichkeit eines Kampfes zeigt, der sich politisch dünkt, weil er den politischen Charakter des Lebens selbst nicht begreifen kann.

Geschobene Schieber

Als die Müller-Regierung beisammen war, beschloß sie zu allererst, den Panzerkreuzer A in Bau zu geben, der vordem die Wahlparole der Regierung Müller abgegeben hatte: Niemals darf er gebaut werden; wenn wir regieren, werden für das Geld Kinder gespeist werden. Dann bewies Hilferding, daß die Sozialdemokratie ruhig mal von ihren früheren Ansichten, daß z. B. Lehrmittel nötiger seien als Wehrmittel, absehen könne, vor allem schon deshalb, weil die Reichskasse wohl bestellt sei und die lumpigen 80 Millionen Mark für das erste Schiffchen im Etat gar nicht spürbar seien. Warum Grundsätze, wenn doch Geld da ist? Und die Sozialdemokratie ließ Sozialismus Sozialismus und und Rüstungsfeindschaft Rüstungsfeindschaft sein und gab dem Gröner, was des Kaisers ist. Dann schickten die Regierungs-Müllerer ihre Vertrauensmänner nach Paris, und das waren die Herren der deutschen Großindustrie und Hochfinanz, und somit ihre eigenen Herren, und die nahmen das Diktat der Herren Young und Morgan entgegen und erreichten erstens, daß alles, was früher den Befreier Dawes bejubelt hatte, nun den Betreiber vom Dawes-Joch, Young, bejubelt; zweitens, daß die Bestimmung in dem Young-Plan Aufnahme fand, die Industrie dürfe durch die riesige Mehrbelastung Deutschlands mit Kriegstributen nicht betroffen werden. Die amerikanischen Diktatoren gestanden es grinsend zu, und nachdem Herr Vögler unter Protest, die Herren Schacht und Kastl unter Seufzen aus Paris heimgekehrt waren, setzten sie, wieder einig, die Müllerschen unter Druck. Die mußten öffentlich die arbeitenden Massen überzeugen, daß jetzt Deutschland endlich unabhängig von fremden Diktaten werde wirtschaften, daher die Massen prächtig werde entlasten können, zumal die schwarze Schmach nun das Rheinland dem schwarzrotgoldenen, feldgrauen und schupogrünen Glück räume, und heimlich mußten sie eine „Finanzreform“ vorbereiten, die aber erst nach der Unterzeichnung des Young-Paktes im Haag ans Licht kommen sollte; so wollte es der große Staatsmann Stresemann aus außenpolitischen Gründen, pscht! pscht! — Der große Staatsmann erntete nicht mehr die Früchte seiner preisgekrönten Friedfertigkeit. Sein Nachfolger im Aeußerlichen und Parteigenosse Curtius vom Reichswirtschaftsministerium und dessen Nachfolger im Wirtschaftlichen und Parteigenosse Moldenauer hielten weniger von außenpolitischen Rücksichten, die den Hilferding ewig nicht mit seinen Steuersenkungsplänen fertigwerden ließen und halfen ihren sozialdemokratischen Ministerkollegen begreifen, wer dieses Land regiert: sie mit ihren demokratischen Schiebereien oder der dank Dawes von der Regierung unabhängige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht. Dieser einzige wirkliche deutsche Prokurist des Herrn Parker Gilbert, welcher seinerseits der einzig wirkliche Kolonialgouverneur Deutschlands für die Firma Yankee, Morgan u. Co. ist, ließ in der Nacht zum 6. Dezember sein Memorandum Jos, das in Wahrheit ein Ultimatum an die sozialdemokratische Stresemannschaft war und a) bewies, daß die außenpolitische Weisheit des Verblichenen den Kriegsgläubigern (deren bedenkenlosester imperialistischer Shylock übrigens selbstverständlich Sozialdemokrat ist, Herr Philipp Snowden) viel mehr Lasten auf Kosten der deutschen Bevölkerung zugestanden habe als der Young-Plan vorsehe; b) verlangte, daß die Reichsregierung, „bevor der Young-Plan von ihr endgültig angenommen wird, Ordnung in den Haushalt von Reich, Ländern und Gemeinden bringt“. Da drückte aber der Herrmann Müller vom Parteivorstand sein Befremden aus, daß es eine Art hatte und man fast meinen konnte, er hätte verstanden, daß der Schacht, der weiß, wo

man in Amerika Anleihen aufzunehmen hat, den Hilferding aus dem Finanzministerium zu werfen wünschte, weil er bei einer Konkurrenzbank der Firma Morgan pumpen wollte. Der Reichsbankpräsident hat uns gar nichts zu sagen, erklärten die gekränkten Reichsregierer und gingen am selbigen Tage zu ihm und nahmen seine Befehle entgegen. Alsbald rückten sie mit dem gewünschten Finanzprogramm heraus und ließen sich im Reichstag das Vertrauen des ganzen deutschen Volkes bestätigen, während gleichzeitig in der Scala der Reichsverband der Industrie dem Staatswagen die Achsen schmierte. Herr Müller weinte über die traurigen Zeiten und daß man doch bewilligen möchte, was verlangt werde, weil sonst der Jahreswechsel nicht pünktlich stattfinden könnte, und dann zog Herr Hilferding, der Verfasser des „Finanzkapitals“, die Reform aus der Tasche, womit er das Wohlwollen seines Prinzipals Schacht wieder zu gewinnen hoffte. Was hatte er nicht schon alles getan: eine mächtige Anleihe ausgeschrieben, die vollkommen steuerfrei blieb, einem schwedischen Riesenausbeuter den gesamten deutschen Zündholzverbrauch zur monopolisierten Verteuerung ausgeliefert, den Etat des hübscheren Bildes wegen mit verkehrten Angaben zurechtgeschoben. „Also entschloß man sich,“ berichtet Friedrich Stampfer darüber im Vorwärts (Nr. 599 vom 22. Dezember), „im Etat ein nur scheinbares Gleichgewicht herzustellen, indem man manche Einnahmen zu hoch, manche Ausgaben zu niedrig einsetzte.“ Im kaufmännischen Leben nennt man sowas, glaube ich, Bilanzfälschung. Nun aber war Rudolf Hilferding gewillt, Deutschland endgültig zu retten. Runter mit den sozialen Ausgaben, hoch die Lebensmittelpreise! Die „Wirtschaft“ darf nicht leiden. Wozu haben wir Erwerbslose? Fleisch, Butter, Mehl, Leder, kurzum was der Mensch so nötig braucht, daß er es unmöglich entbehren kann, das wird verteuert. Und Schutzzölle für den agrarischen Großbesitz! Zwar hat die Sozialdemokratie stets gegen die Massenbelastung durch indirekte Steuern geeifert, hat die Schutzpolitik stets als verhängnisvollste Hungerkur des Volkes bekämpft, — aber warum Grundsätze, wenn doch kein Geld da ist? Schacht hat befohlen, weil Parker Gilbert Rechenschaft verlangt, und Parker Gilbert will Rechenschaft, weil Morgan befiehlt. Was soll der Müller und sein Hilferkind dagegen tun? Was sollen sie gar noch tun, wenn morgen Gröner kommt und fordert Mittel für den Panzerkreuzer B?

Schacht will Ordnung, nicht nur im Reich, sondern auch in Ländern und Gemeinden. Berlin braucht Geld? Gib't nicht; erst Ordnung! Oh, jetzt kriegen wir herrliche Ordnung in Berlin. Wasser wird teurer, Gas wird teurer, Elektrizität wird teurer und die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel wird teurer; nur solche Dinge, um deren Besteuerung sich kein Mensch, auch der ärmste nicht, drücken kann. Aber die Gehälter des Sozialdemokraten Brolat, des Demokraten Quark, des Deutschnationalen Zangemeister von den Berliner kommunalen Verkehrsinstituten mit je 72000 Mark jährlich, die werden nicht herabgesetzt, und Herr Direktor Lüdecke, der im Jahre 300000 Mark bezieht, wird von der Tarifierhöhung auf 25 Pfennige nicht betroffen, da er ja nicht in den ihm unterstellten Straßenbahnen fährt und nicht weiß, wie es tut, wenn man den Eßtisch noch etwas kärglicher versehen muß als vorher, um sich in seinen Bazillenkutschen (der Ausdruck ist — hurra! von Wilhelm II.) die Rippen entzweiquetschen lassen zu dürfen. Aber dafür werden auch die Bauten von Untergrundbahnen eingestellt und erst recht die Bauten von Wohnhäusern, und für das Hausen in den alten verwanzten Stinklöchern — 6 Personen in einer Kammer — wird statt dessen die Miete erhöht. Alles mit freundlicher Zustimmung der internationalen, völkerbefreienden Sozialdemokratie. Aber es war nicht genügend, was sie an Grundsätzen preisgaben, auf daß Geld in den Stadtbeutel

fließe, ohne daß die Beutel der Villenbesitzer und Schieber aller Sorten behelligt würden. Daß sie den Sklareks die Möglichkeit gaben, die Stadt um 10 Millionen zu begaunern, das kann hingehen, — aber daß sie zu Weihnachten für die Erwerbslosen eine Sonderunterstützung von 6 Millionen bewilligten — wobei eine Familie ungefähr 10 bis 12 Mark gekriegt hätte —, das ist zuviel. Herr Maier in Potsdam hat über die Berliner Stadtväter die Vormundschaft verhängt, und Herr Scholtz soll sie ausüben. Scholtz ist der Geschobene Maiers, Maier ist der Geschobene Schachts, Schacht ist der Geschobene Parker Gilberts; aber Morgan ist Morgan und Parker Gilbert sein Prophet.

Berlin hat also Diktatur. Aus mit Demokratie und Selbstbestimmung. Die gibt es vorläufig noch in den Ländern und im Reich. Da hat man bis jetzt bloß den Hilferding in den Schacht stoßen müssen, und die Müllers und Severings wackeln vorerst nur. Man wird sie wohl noch das Vereinsgesetz fertigmachen lassen und das neue Republikschutzgesetz zur Betriedhotung des politischen Lebens, ehe man sie ein für allemal zum Leutel jagt und die Gesetze, mit denen sie die Arbeiterschaft knebeln und aushungern, in faschistischer Auslegung gegen sie selber anwendet. Geschobene Schieber! Verratene Verräter! Laßt sie ersticken im Kehricht der Weltgeschichte. Sie liegen schon drauf.

Brüder in Not

Die Frage, ob das Sozialismus ist, was in Rußland zur Zeit unter dem Namen „Kollektivierung“ vor sich geht, soll in diesem Zusammenhange nicht entschieden werden; auch soll offen bleiben, ob die 13 000 Mennoniten, die lieber mit Sack und Päck von der Erde fliehen, die schon ihre Urgroßväter bebaut haben, als die ihnen vom Fünfjahresplan auferlegten neuen Lebensbedingungen auf sich zu nehmen, wirklich allesamt Kulaken sind. Wo hört der Mittelbauer, die „zentrale Figur“ der russischen Gesamtwirtschaft, auf, wo fängt der Kulak an? Bei wieviel Hektar? Wie beschaffenem Boden? Bei wieviel Gespannen? Wieviel Groß- oder Kleinvieh? Was für Gebäuden, Maschinen, Hilfskräften? Ueber dies alles fehlt es in Westeuropa an jeder Orientierung, so wie der ganze Fünfjahresplan bei allen Teilanpreisungen in der von Stalin abhängigen Presse bis jetzt im Ganzen gar nicht zu übersehen, also auch nicht zu kritisieren ist. Die frommen Auswanderer, die nun auf deutschem Boden zur Ueberfahrt nach Kanada oder zur Ansiedlung zwischen schwarzrotgoldenen Grenzpflocken anschicken, mögen zu bedauern sein, wie jeder Mensch, der, sei es, aus welchen Gründen immer, unsterblich und flüchtig ins Ungewisse irrt. Wenn aber die deutsche Reichsregierung und das ganze Gejux faschistischer, imperialistischer, monarchistischer und republikanischer Preßköpfe in mitleidiger Barmherzigkeit für „die deutschen Brüder“ um Hilfe plärnt, wenn für diese reaktionären Frommholde plötzlich viele Millionen da sind und ein eigener Staatskommissar ihnen ihre Verluste auf Kosten der deutschen Arbeiter Stücklen für Stücklen ersetzt, so ist festzustellen, daß in Deutschland nur derjenige als deutscher Bruder an-

erkannt wird, dessen Vorfahren vor 150 Jahren aus Deutschland ausgewandert sind; daß den Nachkommen derer, die es trotz der Not weiter in Deutschland ausgehalten haben, der Riemen Tag für Tag enger geschnallt wird, und daß laut amtlicher Statistik im Jahre 1928 von 57 241 Auswanderern aus Deutschland 12 611 Personen von Land- und Forstwirtschaft ausgestoßen wurden. Für die war kein Geld und kein Stückchen da. „Brüder in Not“ läßt sich unsere Republik von auswärts kommen, weil sie im eigenen Lande keine findet.

Neckisches von der Polizei

Seit der Genosse Karl Zörgiebel als Berlins guter Geist am Alexanderplatz für Ruhe, Ordnung und Sicherheit sorgt, will es des Frohsinns und der Zufriedenheit im Volke schier kein Ende nehmen. Streng, aber gerecht, unter dieser Devise versieht er sein gar schweres Amt, und je nach Verdienst und Betragen belohnt er die Guten und strafft die Bösen, denn, wie es schon in dem alten deutschen Sprichwort so zutreffend heißt: Jeder ist türwahr seines eigenen Glückes Schmied, und wie man sich bettet, so liegt man; wer aber nicht hören will, der muß fühlen, denn allen zu gefallen ist eine Kunst, die niemand kann, und ehrlich währt am längsten. Man kann auch sagen: wie der Herr, so's Gescherr, oder schlechte Beispiele verderben gute Sitten; kurz, es ist eitel Lust, in Berlin zu leben, seit der Genosse Zörgiebel den echten rechten Geist der Zutraulichkeit zwischen Beamtschaft und Publikum gesät hat und selbst der Fremdling gestehen muß, daß nirgends in der Welt eine so nahe Berührung der Polizei mit der ärmeren Bevölkerung gang und gäbe ist wie gerade in Berlin. Bald streichelt der Schutzmann den Arbeiter mit der Gummigurke, bald lädt er ihn zu einer Fahrt ein und sorgt nach einer erfrischenden Abreibung für freies Quartier und entsprechende Verpflegung und bald spielt er mit ihm Haschen, läuft ihm auf der Straße nach und macht, wenn der andere nicht gleich stehen bleibt, Piffpaff und treibt allerlei Kurzweil, am liebsten da, wo die dummen Proleten sich gar nicht wollen belehren lassen und immer noch glauben, was Genosse Karl Zörgiebel auch mal geglaubt hat, als er noch kein Polizeipräsident, sondern bloß ein kleiner Küfer in Mainz war. Aber das ist lange lange her; schon vor über zwanzig Jahren wurde er Gewerkschaftsangestellter und lernte, daß eben das Volk doch noch nicht reif ist, sich selber zu helfen und daß es schon bedeutender Persönlichkeiten bedarf, um Recht und Unrecht zu unterscheiden, und darin hat er sich dann geübt und trainierte bereits seit 1922 in Köln als Polizeipräsident für seine Berliner Mission.

Heute weiß Karl Zörgiebel, daß die Unzufriedenheit der Armen nur die Zufriedenheit der Reichen stört, und als die Arbeiter und Arbeitslosen im letzten Jahr gar sozialistische Auffassungen zum 1. Mai auf der Straße bekunden wollten, da mußte er natürlich dazwischengehen und überhaupt einmal zeigen, daß die rote Farbe sich als Zeichen der proletarischen Verbundenheit heutzutage nicht mehr schickt. Mit Gewehren, Pistolen und Panzerwagen trieb er daher die Roten, die sich nicht belehren lassen wollten, hinter Barrikaden, und die Spaziergänger, die seine Mannschaften vor den Barrikaden antrafen, und die nicht wußten, daß das viele Schießen der Ruhe wegen nötig war, kamen dann in die Krankenhäuser und einige dreißig

auch auf die Friedhöfe. Da haben sie nun ihre Ruhe. Na, dann hat Zörgiebel den Roten Frontkämpferbund aufgelöst, und wenn die Hakenkreuzler durch die Stadt marschieren, dann ist für solche, die das nicht gern sehen, der Gummiknüppel immer noch das beste. So hat sich die Polizei allmählich immer tiefer in das Herz der Berliner eingeschmeichelt; denn das einzige Rot, das noch vor den Blauen und Grünen lieblich erglüht, lacht von den Wangen der Mägdelein, die glücklich lächeln angesichts solch gesunden und pensionsberechtigten Schupomannes. — Ach, das freut den guten Genossen Zörgiebel, und um das gute Verhältnis zu pflegen, riet er sie alle in den Zoo, alle, die die Polizei lieben und „Sei auch dabei!“ lockte es von den Littfaßsäulen. Es muß sehr schön gewesen sein, und Tausende von Mädchen, die an den ersten Maitagen grade keinen Ausgang hatten oder doch nicht zufällig in der Prinz-Handjery-Straße erschossen worden waren, drehten sich im Tanz mit Uniformierten und Kriminalern, und eine echte Kaschemme gab es auch, wo die Bullen ihre Opfer verkohlten und sich genau so aufführten wie die Bürgermädchen meinen, daß sich Verbrecher benehmen, und da es bei dem Fest der Polizei keine Polizeistunde gab, hieß es erst am andern Morgen: nun ade, du mein lieb Heimannsberg!!

Aber die Weihnachtsfeier, die der Frauenhilfsverein bei der staatlichen Polizei Berlin am 19. Dezember in der Brauerei Friedrichshain veranstaltet hat, war fast noch schöner. Da gab es Musik und Reden und Aufführungen, ein Tongemälde „Fröhliche Weihnachten“, vom Orchester der Schupo gespielt, Kinderbescherung und Weihnachtspolonaise. Das Märchen von Hänsel und Gretel wurde gar als Vorführung der Berliner Bühnengenossenschaft gereicht. Doch hatte bloß Herr Adriani im Heim der Genossenschaft einige erwerbslose Schauspieler dazu keilen lassen, denen 10 Mark für die Mitwirkung versprochen wurden; für drei Proben kriegten sie gar nichts, und als das Fest vorbei war, da kriegten sie ihre Gage auch nicht, und einige von ihnen hatten nicht mal das Geld für die Straßenbahn und mußten nach Hause laufen. Immerhin hatten sie sich mit je einer Tasse Kaffee und drei Stückchen Sandtorte laben können und saßen dabei sogar am Honoratiorentisch. Von da konnten sie alles sehr schön sehn, zum Beispiel die reizende Verhaftungsszene, die die Kinder den Fachmännern in ihrem Ballett vorführten und, das schönste von allem, Frau Polizeipräsidentin Zörgiebel in eigener Person im Hemdchen mit Flügelchen als Weihnachtsengel uniformiert. Den Knecht Rupprecht aber stellte ein Verkehrsschutzmann dar, hatte sich einen großen Bart umgehängt und erheiterte Alt und Jung mit der Versicherung, heute werde niemand verhaftet. — Das war aber auch ein sinniger Spaß, denn am selben Tag, ja zur selben Stunde, ließ Genosse Zörgiebel die Staatsautorität auch nahebei auf der Straße zu ihrem Recht kommen. Da demonstrierten gerade Arbeitslose, und der Gummiknüppe! tanzte und das Kracheisen bullerte, und einen Toten gab's und drei Schwerverwundete. Denn alles zu seiner Zeit. Auch die lieben Blauen, die an der Frauenhilfsfeier nicht teilnehmen konnten, weil der Dienst sie zu ernster Pflicht draußen festhielt, um die Bürger Berlins zu beschützen und die Menschen zu scheiden: die guten zum Krippchen, die bösen ins Kittchen, — auch sie werden noch zu ihrer Weihnachtsfreude kommen. Nach der Arbeit ist gut ruhn, und wenn sie Meldung erstattet haben, ob sie ja unnachsichtlich von der Waffe Gebrauch gemacht haben wie einst im Mai, dann werden auch sie, froh des geleisteten Werkes, unter dem Tannenbaum singen: Stimmt freudig, ihr Kinder, wer wollt' sich nicht treun? Stimmt freudig zum Jubel der Engel mit ein! Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Halleluja!

Aus der anarchistischen Bewegung in Japan

Dem FANAL geht ein Bericht aus Japan zu, der über den Stand der anarchistischen Bewegung dort Aufschluß gibt. Zur Zeit geben die japanischen Genossen 7 größere Zeitschriften heraus, neben einigen kleineren mit lokalem Charakter. Eine weitere ist in Vorbereitung, die in Esperanto erscheinen soll. Ferner bereiten die Genossen eine japanische Gesamtausgabe der Werke Bakunins vor, und schon in den nächsten Wochen wird Max Nettlaus „Der Anarchismus von Proudhon zu Krapotkin“ in japanischer Uebersetzung erscheinen. Geplant ist danach eine Gesamtausgabe der Werke Krapotkins, die zugleich Krapotkins Briefe an Bertoni und Nettlau enthalten soll. Der Genosse K. Miyata in Tokio, der die Hauptarbeit bei allen diesen Unternehmungen leistet, beabsichtigt auch, unter Benutzung des von Nettlau zusammengetragenen Materials eine eigene Biographie von Elisée Reclus zu schreiben. Dem Wunsch der japanischen Genossen, die Anarchisten der anderen Länder auf ihre Tätigkeit hinzuweisen, stellt die Anarchistische Vereinigung den Wunsch entgegen, daß diese Tätigkeit erfolgreich und den Anarchisten aller übrigen Länder ein Ansporn und ein Beispiel sein möge. Genossen, die mit den japanischen Kameraden in briefliche Verbindung zu treten wünschen, können das durch Vermittlung des FANAL tun. Vielleicht kann auch jemand die Frage der japanischen Genossen beantworten, ob deutsche Anarchisten oder Syndikalisten in Japan wohnen und mit der Bewegung dort in Führung kommen möchten.

Frohes Fest

Der fröhlichen Weihnachten wegen — die Selbstmordstatistik vom Fest der Liebe liegt noch nicht vor; der Wahlleiter des Volksentscheids vom 22. Dezember hat schneller gearbeitet — mußte eher als sonst Redaktionsschluß gemacht werden. Infolgedessen konnten die wichtigen Ereignisse, die unser Vaterland seither beglückt haben, nicht mehr mit aller notwendigen Geschichtstreue in die Artikel dieses Heftes eingegliedert werden. Zur Steuer der Wahrheit sei nachträglich festgestellt, daß Herr Fememörder Fahlbusch aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist, so daß Herr Klappnoth nunmehr, soweit die Kenntnis der Oeffentlichkeit reicht, den Artikel 109 der Reichsverfassung, wonach alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind, als einzige Last auf der rechten Wagschale der republikanischen Gerechtigkeit im Gleichgewicht hält. Dafür wiegt auf der anderen Seite der Genosse Kobitsch-Meyer um so leichter. Er ist magen- und lungenkrank und hat im Laufe der letzten 4 Monate über 40 Pfund abgenommen. Ihn haftunfähig zu erklären, findet die Staatsgewalt keine Veranlassung. Ebenfalls ist erfreulicherweise durch Hülfedings Schachtsturz die Reichskoalition nicht aus der Balance geraten. Sozialdemokratie und Schwerindustrie haben bloß zwei Ministerien vertauscht: der Moldenhauer ist von der Wirtschaft auf die Finanzen geturnt, und der von früher schon mehrfach angenehm bekannte Robert Schmidt betreut fortab die wirtschaftliche Moldenhauerei auf sozialdemokratische Art. Den Unterschied wird man gar nicht spüren. Der Müller, der Severing und der Wissell bleiben uns in Gnaden erhalten. Prosit Neujahr!

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Zusammenkunft

regelmäßig Donnerstags im Lokal
Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Das Erscheinen aller Kameraden wird erwartet!

An die FANAL-Leser in Groß-Berlin!

Wir wenden uns hiermit von neuem an die Berliner Genossen und an alle Leser des FANAL. Es ist unbedingt notwendig, außer den Neuköllner Zusammenkünften, regelmäßige Gruppenabende der Anarchistischen Vereinigung im Zentrum zu organisieren. Hauptsächlich der bessere Vertrieb des FANAL erfordert die Zusammenarbeit der Genossen in allen Stadtteilen. Jeder der mithelfen kann, wende sich schriftlich oder persönlich an den Genossen

Gerhard Reinecke, Berlin NO 18

Landsberger Straße 32, Aufg. C, 3 Tr.

Achtung! Harburg!

Alle „FANAL“-Leser am Orte werden gebeten, sich mit Genossen **Willi Bern,** Harburg-Wbg. I, Kleine Feldstraße 81, mündlich oder schriftlich in Verbindung zu setzen. _____

Berlin 8. Januar—März 1930.

Jeden Mittwoch abend von 8—10 Uhr.

Luisenschule Ziegelstr. 12 (Stadtbahn Friedrichstr.)

Vortragsreihe

von

Meta Kraus-Fessel:

Die materielle Lage des proletarischen Kindes

Dargestellt an Beispielen aus hochkapitalistischen und kolonialen Ländern.

1. VORTRAG:

Einleitung. Von den Grundrechten des Kindes:

2.—7. VORTRAG:

Von den Existenzgrundlagen des proletarischen Kindes in der kapitalistischen Gesellschaft:

Das Kind als Glied der Familie, als „hilfsbedürftiges“ Kind.

Das Familieneinkommen: Arbeitsverdienst des Vaters, der Mutter, des erwerbstätigen Kindes. — Frauenarbeit, Kinderarbeit und Arbeitsschutzgesetze. — Löhne, Lohnsenkungen, Aussperrung, Streik, Arbeitslosigkeit in ihrer Auswirkung auf das proletarische Kind.

Soziale Fürsorge und Unterstützung des „hilfsbedürftigen“ Kindes durch die kapitalistische Gesellschaft. Sozialpolitik und Sozialgesetzgebung als Sicherungsfaktor für die kapitalistische Gesellschaft. — Sozialministerien. Kinderschutzkommission des Völkerbundes. Internationales Arbeitsamt.

Bekämpfung und Zerstörung der Solidaritätsorganisationen der Arbeiterklasse durch die kapitalistische Gesellschaft.

8.—9. VORTRAG:

Von den Schädigungen des proletarischen Kindes als Folgeerscheinungen des kapitalistischen Systems:

Das proletarische Kind im Mutterleibe, als Säugling, als Schulkind, bei Schulentlassung und vor Eintritt in das Berufsleben.

Messungen und Wägungen. (Nieceforo u. a.) Arbeiterhaushalte, Armut ersten und zweiten Grades (Untersuchungen des DMV, Rowntree).

10. VORTRAG:

Die Aufgaben der Arbeiterklasse gegenüber dem proletarischen Kinde:

Während der kapitalistischen Herrschaft, sowie in der vom Kapitalismus befreiten Gesellschaft. Der Grundsatz der gegenseitigen Hilfe.

Einschreibgebühr für jeden Abend 30 Pfennig.

Voranmeldungen und sonstige Mitteilungen an:

Meta Kraus-Fessel, Bin.-Wilmerdori, Paretzer Str. 4

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Schulkampf. — Morgen. Gedanken

Über anarchistische Ordnung (von

Fritz Müller) - Fabriken des Todes. —

Welshelt der Auserwählten.

Eselein, streck dich. — Ein ernstes

Wort.

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

NR. 5

JAHRGANG 4

BERLIN

FEBRUAR 1930

Soeben gelangte zur Ausgabe die

LIEBE

von HELENE STÖCKER

Ladenpreis RM. 6.50 in Ganzleinen geb.

Der Kampf zwischen dem Persönlichkeitsbewußtsein der Frau und dem elementaren Triebe wird mit leidenschaftlicher Anteilnahme und mit genialer Einfühlung dargestellt. Eine einzigartige Erscheinung in der modern. Literatur. *Berl. Morgenzeitg.*

Eine wertvolle, unsere Kenntnisse der verborgenen Beziehungen zwischen Körper und Willen, zwischen Liebe und Leben des Weibes tief bereichernde Tat. *Berl. Volkszeitung*

gehört zu den großen Merkwürdigkeiten der Literatur.

Das freie Volk

Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnesglut mit jener hohen Sittlichkeit, die es als unmöglich empfindet, den Mann nicht mehr zu lieben, an dem die Liebende zum Weibe und Menschen gereift ist.

Literarisches Echo

EROTIK UND ALTRUISMUS

von Helene Stöcker

Broschiert RM. 1.—

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da. *Die schaffende Frau*

12. bis 17. Auflage des Romans

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den

Verlag
der Neuen
Generation,
Berlin
Nikolassee



VERKÖNDER UND VERWIRKLICHER

von Helene Stöcker

Preis geb. RM. 2.—, kart. RM. 2.—

Beiträge zum Gewaltproblem nebst einem zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlichten Briefe Tolstofs.

Fritz Gross: Die letzte Stunde

Legenden vom Tode

Erschienen im ASY-Verlag, Berlin O 34, Warschauer Str. 62
328 Seiten Einbandentwurf von Will Faber-Berlin. In Leinen
6.— Mk. Viermarkband der „Gilde Freiheit. Bücherfreunde“.

Diese „Legenden vom Tode“ sind ein menschliches Dokument von seltsamer und überwältigender Fülle. Repräsentanten der Menschheit aus zahllosen Generationen erstehen vor dem Leser und werden gestaltet — in ihrer letzten Stunde. Ruhm, Eitelkeit und Macht, alle Aeußerlichkeiten des Lebens verfliegen, und der Glanz echter Menschlichkeit leuchtet unvergänglich auf. Dieser Totentanz führt die großen Denker, Wohltäter und selbstlosen Revolutionäre der Menschheit aller Zeiten und Völker neben den berühmten Eroberern und Unterdrückern vor unser Auge — sie alle erwachen zu neuem Leben, und das Ursprüngliche und Wesenhafte kommt an den Tag. Gross' Buch ist, in einer reinen, klaren Sprache geschrieben, ein schönes Stundenbuch, ein Lesebuch der Besinnung für alle mit sich und den Uebeln dieser Zeit ringenden Menschen.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 5

Februar 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchlüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Schulkampf

Kurz vor der Ausrufung der bayerischen Räterepublik, in den letzten Märztagen 1919, als außer den Sozialdemokraten und übrigen Spießbürgern kein Mensch mehr die Notwendigkeit eines entscheidenden Durchbruchversuchs der proletarischen Revolution verkennen konnte, besuchte mich in meiner Wohnung eine Abordnung von Schülern höherer Lehranstalten, vier junge Menschen im Alter von 14 bis 16 Jahren, um Rat zu erbitten. Die Lehrer seien bar jeder Empfindung für den neuen Geist, der mit dem Novembersturm über die Welt gekommen sei, unfähig, ihre Unterrichtsmethoden und den Inhalt ihrer Belehrung den Forderungen der zukunftssträchtigen Gegenwart anzupassen, verständnislos gegen den Anspruch der Jugend, teilzuhaben am Geschehen der Welt, unverändert pedantisch, autoritär, revolutionsfeindlich und politisch wie kulturell rückständig. Das Verlangen der Schüler nach Mitbestimmung über Lehrplan und Anstaltsdisziplin begegne plattem Hohn, Kritik und Widerspruch der Schüler gegen republikwidrige Äußerungen der Lehrer werde nicht zugelassen; es hagle Bestrafungen, der Geschichtsunterricht zumal stelle eine einzige gegenrevolutionäre Demonstration dar, rote Schleifen, die Einzelne nach Eisners Ermordung und dann am 18. März angesteckt hatten, mußten entfernt werden, der ganze Schulbetrieb laufe auf die systematische Durchkreuzung aller modernen Bestrebungen, auf die Ausbrennung revolutionären Denkens und Fühlens aus den Herzen und Köpfen der Jugend hinaus. Dies alles wurde zuerst stockend und mit unsicheren, verlegenen Worten vorgetragen, allmählich aber, als die Jungen sahen, daß sie hochwillkommen waren und bei mir auf Sympathie und Ermutigung stießen, bekamen sie rote Köpfe, erzählten Einzelheiten und brachten ihr eigentliches

Anliegen heraus. Sie hatten schon gleich bei Beginn der Revolution innerhalb der einzelnen Klassen, später in gemeinsamem Wirken der Erwählten verschiedener Klassen und schließlich in Verbindung mit den Schülern anderer Anstalten Ausschüsse gebildet, um in gegenseitiger Beratung und Verabredung ihr Verhalten im Verkehr mit dem Lehrkörper einzurichten und Mitschüler, besonders Kinder der unteren Schulklassen, für revolutionäre Gedanken zu gewinnen. Jetzt seien sie zu dem Entschluß gekommen, richtige Schülerräte zu schaffen, deren Anerkennung sie von den Rektoren und Behörden verlangen wollten und die sie sich keinesfalls verbieten lassen würden. Ich möchte meine Meinung zu ihrem Vorhaben sagen und sie über Wesen und Form der Räte aufklären, auch die Forderungen mit ihnen durchsprechen, die sie zunächst aufzustellen hätten. Ich holte aus meinen Besuchern heraus, wie sie selbst sich die Lösung dieser Frage dachten, gab ihnen den erwünschten Aufschluß über den Rätegedanken, indem ich ihnen vor allem begreiflich machte, daß sie ihre Obliegenheiten niemals mit allgemeinen Vollmachten an Einzelne abtreten dürften, sondern für rasche Ablösung der Räte durch immer wieder andre Schüler sorgen müßten, damit sich keine Führerschaft herausbilden könne, und formulierte dann mit ihnen zusammen und an der Hand ihrer eigenen Vorschläge die allgemeinen Grundsätze des Mitbestimmungsrechtes der Lernenden in der Schule: Anerkennung der Schülerräte bei vollständiger Selbständigkeit der Schüler in der Auswahl, Zusammensetzung und inneren Struktur dieser Organe; Zulassung von Schülervertretungen bei allen Lehrerkonferenzen; Mitwirkung bei Aufstellung der Stundenpläne und bei der Wahl der Lehrbücher, insbesondere im Geschichts- und Deutschunterricht; Einspruchsrecht gegen reaktionäre Lehrmethoden und revolutionsfeindliche Kundgebungen der Lehrer; beratende Stimme bei Verhängung von Disziplinarstrafen, bei der Erteilung von Schulzeugnissen und bei Versetzungen innerhalb der Klasse und von einer Klasse in die andre; Abschaffung der Strafarbeiten; Beseitigung des Religionsunterrichtes aus der Schule, nur private Religionslehre bei voller Freiwilligkeit der Teilnahme; Koalitions- und Versammlungsrecht; Einräumung von Schulzimmern, Aulen und Schulhöfen für Besprechungen und Versammlungen der Schüler.

So ungefähr wurden die Anfangsforderungen der Schüler festgelegt. Da ich hierüber leider keine Aufzeichnungen mehr besitze und mich auf mein Gedächtnis verlassen muß, mögen Kleinigkeiten anders gefaßt gewesen sein; vielleicht tritt einmal einer meiner damaligen Besucher mit einem Bericht hervor. Tags darauf besprach ich die Angelegenheit mit Gustav Landauer, der über die Initiative der Schuljugend außerordentlich erfreut war und den von

mir erteilten Ratschlägen zustimmte. Dabei erinnerte er mich aber an seinen Aufruf zur freien Schule, den die Gruppe „Gemeinschaft“ des Sozialistischen Bundes seinerzeit als Flugblatt herausgegeben hatte (abgedruckt im „Sozialist“ II, 2 vom 15. Januar 1910), worin zwar nicht die Selbstbestimmung der Kinder, aber doch die der Eltern gegenüber dem Staat postuliert war. Was 1919 aus den beabsichtigten Schülerräten wurde, konnte ich bei den unmittelbar nach jener Unterredung einsetzenden wilden Ereignissen nicht mehr verfolgen. Landauer arbeitete als Volksbeauftragter für Aufklärung und Unterricht einen Entwurf für die Gestaltung des Schulwesens aus, den ich leider nicht zur Hand habe (er ist meiner Erinnerung nach etwa ein Jahr nach seinem Tode in Wilhelm Herzogs „Forum“ gedruckt erschienen). Am 13. April geriet ich in die Hände des Feindes, der erste Rat der Volksbeauftragten wurde von der kommunistischen Räteregierung abgelöst und Landauer übergab seine Richtlinien den Nachfolgern, die sie ablehnten, übrigens auch keine Zeit mehr gefunden hätten, sie oder andre revolutionäre Schulreformen zu verwirklichen. Was dann kam, war die Konterrevolution und der weiße Schrecken und endlich der Sieg der Pfaffen, Bürokraten und Krügelredner auf allen Gebieten, die Vergewaltigung aller Kultur, alles Geistes, aller auf Freiheit gerichteten Regung, die Herrschaft des Banausentums, des Geldsacks, der Uniform und des Bierschaums, die Fußtrittpolitik der autoritären Mächte gegen denkende Menschen, der Satten gegen die Hungernden, der Büttel gegen die Gefesselten, des Alters gegen die Jugend.

Der Staat tat gutwillig nichts, um dem Begehren der Jugend nach einem weniger bedrückenden und beengenden Schulwesen Genüge zu tun. Die Kinder aber hatten einmal den Gedanken in sich aufgenommen, daß Lernen nicht notwendigerweise eine mechanische Papageiendressur ist und daß Wissen nicht unbedingt mit Aechzen und Qualen gewonnen werden muß. Es ist unbestreitbar, daß der Versuch zu einer Revolution, den wir 1918 mit der heiligen Gläubigkeit unternahmen, nichts könne mehr dem Ansturm kraftentbundenen Willens zu Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit trotzen, daß dieser Versuch zur Aufrichtung anständiger Lebensbeziehungen, dem der fürchterlichste Mißerfolg beschieden war, den die Revolutionsgeschichte aller Zeiten kennt, einzig auf dem Gebiete des Schulwesens Spuren einer neuen Kultur und noch nicht zerstörte Ansätze zu einer lebenswürdigeren Zukunft hinterlassen hat. Das ist keineswegs den nur äußerlichen Veränderungen in der staatlichen Verwaltungsmaschinerie zu danken, dem liberalisierenden Wortreichtum der Weimarer Verfassung oder gar dem sozialen Eifer formaldemokratischer Parteistreiber, das ist ausschließlich Wirkung des Widerstands, den

die Objekte der Schulpolitik, die Kinder, die Heranwachsenden, einmal zu selbständigem Denken geweckt, der autoritären Polizeigewalt der pädagogischen Tyrannen zu leisten wagten. Sie haben die Eltern getrieben, sich zur Aufsichtsinstanz über die Schulmeister zusammenzuschließen; sie haben sich das Recht erobert, Kritik zu üben an den Lehr-, Erziehungs- und Behandlungsmethoden, denen sie unterworfen werden; sie haben die Bahn freigemacht für das Eindringen moderner Lehrkräfte in die muffige Atmosphäre, in der die Steißtrommler unsre Kindheit mit Gebet, Patriotismus, Königstreue, Ehrfurcht vor Reichtum, Geburtsadel und Herrenmacht, mit Demut, Gottes- und Staatsfurcht, Nationalstolz, dynastischem Personenkult und Unterwürfigkeit vor Unteroffizierstressen und Generalshosen zweckpolitisch verräuchern konnten. Die Schulreformer, die viel Gutes geleistet haben, die Lehrer, die von sozialen und freiheitlichen Idealen bewegt, als wirkliche Geistesbildner der Jugend ihren Beruf erwählt haben, hätten nichts ausrichten können, die Eltern, die der Autorität staatsfanatischer und mithin besitzergibender Schulbehörden und Anstaltsleiter den Willen entgegenstellten, ihren Kindern das Bewußtsein der proletarischen Klassenzugehörigkeit zu erhalten und den Lernstoff der Beweglichkeit des Geistes statt seiner Austrocknung nutzbar zu machen, sie wären bei den Drehstuhlhockern hinter den Amtsschaltern und auf den Kathedern ebenso jammervoll abgefahren, wie das Proletariat mit seinen eigenen Ansprüchen in dieser gesegneten Republik überall abfährt, wäre nicht die Kraft lebendig, die stärker ist als Staatsautorität und Magisterbäkel, die von unverdorbenem Freiheitsdrang beflügelte Kraft des kindlichen Eigensinns. Noch ist der Gendarm der paragraphierten Bildung, der Oberlehrer des maßvollen Fortschritts, der in Ehren ergraute Zügler des jugendlichen Ueberschwangs trotz allem Moralgekeuche der Kirchlichen, der Staatlichen und der Geldlichen dieser ergiebigsten Kraft der menschlichen Vorwärtsbewegung nicht Herr geworden. Noch nicht. Aber es ist Gefahr im Verzuge.

Wie gesagt, es sind nur Ansätze geschaffen worden zur Erhöhung der Schulerziehung auf einen Stand geistiger Freiheit, den Francesco Ferrer in Spanien und Sebastian Faure in Frankreich mit ihren Gründungen privater Volksschulen erreichen wollten. In Deutschland griff der Staat in ähnliche Bestrebungen ein, erklärte von sich aus eine Anzahl Lehranstalten zu weltlichen Schulen und bewilligte gnädig, was er nicht hindern konnte. Dabei sorgte er ängstlich dafür, daß die spärlichen Rechte, von denen ohnehin sehr wenige Schulen Gebrauch machten, nicht erweitert wurden, reglementierte sorgfältig alle kleinen Freiheiten der Lehrer, Eltern und Schüler und zeigte Duldsamkeit nur gegen die freigeistigen Privat-

institute, deren Besuch den Kindern armer Leute doch nicht offen steht. In den Schulen des Proletariats aber wahrte er jene schöne demokratische Tugend des Zurückweichens vor jeder Anmaßung der patriotischen Hurraschreier, der kapitalistischen Sklavenhalter und vor allem der gottseligen Pfaffen. Diese Mächte, im Bunde fast überall grade mit sozialdemokratischen Staatsfunktionären, drängen die Vorkämpfer neuer Erziehungsformen Schritt für Schritt aus den seit 1918 besetzten und seitdem zähe gehaltenen Stellungen zurück und die Hilferufe ertönen seit einiger Zeit von allen Seiten, die einen systematischen Vertilgungskampf der geeinten Reaktion gegen die Anleitung der Kinder zum Denken und gegen die Ausbreitung von Wahrheit und Urteilskraft im kindlichen Gemüt anzeigen. Diese Hilferufe sind um so ernster zu nehmen, als die Erscheinungen, gegen die sie laut werden, im Zusammenhange des gesamten gleichzeitigen politischen Geschehens gesehen, als Bestandteil eines konzentrischen Angriffs der Kirche und des Staates gegen alle Kulturwerte erkennbar sind, von denen die arbeitende Klasse Nutzen zieht. Warum dieser Kampf gegen jedwede geistige Freiheit logisch zusammengehört mit den ökonomischen Kampfformen des Kapitals gegen das Proletariat und der dauernd verschärften Rationalisierung der Produktion in die Hände arbeitet, muß Gegenstand einer gesonderten Untersuchung werden. Hier soll nur auf die Häufung reaktionärer Vorstöße zur gesetzlichen Knebelung der Kultur, besonders seit Bestehen der Müller-Koalition, hingewiesen werden. Kurz hintereinander haben wir erlebt: das Gesetz gegen Schmutz und Schund in Wort und Bild, das Jugendschutzgesetz, das preußische Konkordat; unmittelbar in Aussicht ist das neue Republikerschutzgesetz „zur Befriedung des öffentlichen Lebens“ und die Neufassung des Gesetzes über die Filmzensur in unglaublich verpfaffter Form; in Beratung ist das neue Strafgesetzbuch, die in jedem Betracht schwerste Gefährdung, der die deutsche Arbeiterschaft jemals ausgesetzt war, das von Severing geplante haarsträubende neue Vereinsgesetz und das unter Kütz nur zurückgestellte jesuitische Schulgesetz, zu dessen Vorbereitung eben die Bedrängung der freiheitlich und revolutionär gesinnten Lehrer und Schüler allerorten die Erschütterung vor dem Sturmangriff herbeiführen soll.

Vor knapp einem Jahr, im März 1929, wurde in FANAL ein Bericht über den Kampf veröffentlicht, den unsre Genossen in dem hessischen Dorf Mörfelden um den Freidenkerlehrplan ihrer sehr starken Ortsgruppe der antiautoritären Gemeinschaft proletarischer Freidenker — 1200 Mitglieder bei 4500 Einwohnern! — gegen die „freireligiösen“ Prediger und Bonzen des Berliner Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung auszufechten haben (s. FANAL,

III, S. 135). Diese Herrschaften, an ihrer Spitze die Sozialdemokraten Ulrich, ehemals hessischer Ministerpräsident und Kultusminister, und Adelung, sein Nachfolger in beiden Ämtern, haben es mit ihrer Toleranz gegen Pfaffentum und Militarismus und ihrem Abscheu gegen proletarische Klassenerziehung der Kinder soweit gebracht, daß zwischen Eltern, Kindern, Lehrern von Mörfelden auf der einen, der hessischen Regierung auf der andern Seite ein offener Konflikt über die den Kindern zugemuteten Lesebücher ausgebrochen ist, über den die Informationsstelle Bezirk Rhein-Main der Gemeinschaft proletarischer Freidenker Deutschlands eine ausführliche Darstellung versendet. Ihr sei das Wesentliche entnommen:

Seit Ostern spielt sich zwischen der GpFD., Bezirk Hessen und dem hessischen Kultusministerium ein Kampf ab, dessen Auswirkungen für das gesamte Freidenkertum Deutschlands sowie für alle kriegsgegnerischen Organisationen von prinzipieller Bedeutung sind. Der Kampf . . . hat zum Gegenstand die Erziehung des proletarischen Nachwuchses in der Volksschule. Ausgehend von Art. 148 der Reichsverfassung . . . fordern diese Freidenker, daß in den hessischen Simultanschulen mit Freidenkerkindern der Unterricht frei sei von chauvinistischer und religiöser Beeinflussung, wie sie . . . ihren Ausdruck in den hessischen Volksschullesebüchern findet. Schriftliche Vorstellungen . . . blieben unbeantwortet, worauf die Elternschaft Mörfeldens . . . in einen Lesebuchstreik trat und ihren Kindern die Lesebücher nicht mehr mit in die Schule gab. Das hessische Kultusministerium schickte . . . einen Vertreter nach Mörfelden, dessen unerhörtes Auftreten einen Schulstreik in nächste Nähe rückte. (Folgt eine Protestresolution der Elternschaft, worin der Ministerialrat beschuldigt wird)“ . . . daß er . . . persönlich Gedichte eindeutig religiösen Inhalts aussuchte und sie von Freidenkerkindern vorlesen ließ, sie danach durch die Frage: ‚welches der Gedichte hat euch jetzt am besten gefallen?‘ erst recht zum Gespött der andern Kinder machend. . . Angesichts einer derartigen . . . Taktlosigkeit . . . sowie bewußten Vergewaltigung wehrloser achtjähriger Schulkinder . . . verlangt die Elternschaft . . . die Zusage . . . daß derartige Provokationen künftig unmöglich gemacht werden. Die Drohung eines andern Vertreters der hessischen Regierung mit Zwangserziehung für diejenigen Kinder, die kein Lesebuch mit zur Schule bringen, wird die Freidenkereltern in ihrem Kampfe nur bestärken.“ (Nach verfassungsrechtlichen Darlegungen, in denen die Feststellung bemerkenswert ist, daß das hessische Volksschulgesetz anstelle der nach der Reichsverfassung in den Schulen zu erstrebenden „sittlichen Bildung“ die „religiös-sittliche Bildung“ fordert, fährt die Denkschrift der Informationsstelle fort): Die hessische Regierung hat unser Ansinnen um

Zulassung anderer Lehrmittel abgelehnt, die Schulbehörde versucht, durch entsprechenden Druck auf Eltern und Kinder ihren Standpunkt durchzusetzen. Die Freidenkereltern, besonders in Mörfelden, sehen sich gezwungen, den Klageweg zu beschreiten, wobei es sich herausstellen muß, welche Bedeutung der Reichsverfassung bzw. dem hessischen Volksschulgesetz beizumessen ist. Sie sind sich aber darüber im Klaren, daß sie hierbei der ideellen und finanziellen Unterstützung anderer Kulturorganisationen des Proletariats und an der Frage interessierter Einzelpersonen bedürfen. . . .

In einem besonderen Flugblatt teilt die GpF. Hessens Stellen aus den Lesebüchern mit, die den Kindern atheistischer und antimilitaristischer Eltern in den Simultanschulen aufgenötigt werden. Es ist allerdings kaum wahrscheinlich, daß die zur Entscheidung angerufenen Richter begreifen werden, warum sich proletarische Eltern gegen Leseübungen für ihre kleinen Kinder auflehnen, die, verziert mit entsprechendem Bildschmuck, etwa so aussehen: „Einen scharfen Säbel müßte ich haben und eine feine Uniform, wie die Dragoner“, oder: „Lieber Gott, mach mich fromm, daß ich zu dir in den Himmel komm“, oder gar ein dreifach schreckliches Wehe „für alle Bösen und Rohen, Gottlosen und Uebeltäter“ vom Himmel flehen. Wie die Justiz auch entscheiden mag, es ist zu hoffen, daß die Eltern fest bleiben, denn sie haben eine viel stärkere Hilfe als die Bestimmungen der Verfassung, deren Biagsamkeit unter dem Oel der Priesterschaft aller Sorten die Justiz und die Gesetzgebung hundertfach demonstriert hat, — und das ist die Entschlossenheit der Kinder selbst, den Eltern und den Lehrern beizustehen und der sozialdemokratischen Obrigkeit den offenen Widerstand gegen Vergewaltigung und Verblödung entgegenzusetzen. In jedem Schulkampf entscheidet schließlich weder das formale Recht noch die stumpfe Autorität, sondern, wenn er nur irgendwo Ermutigung findet, der Wille der Kinder.

Der entschlossene Wille, das unmittelbare Eingreifen der Kinder entschied auch den Ausgang der unglaublichen Vorgänge in der 223. Volksschule (Weltliche Schule) am Berliner Wedding. Dort besteht der Elternbeirat zu einem Drittel aus Sozialdemokraten, zu zwei Dritteln aus Kommunisten, Anarchisten und Parteilosen. Diese Mehrheit hat sich unter dem Namen „Proletarischer Schulkampf“ zusammengeschlossen, die Minderheit nennt sich „Schulaufbau“. Wie mir beteiligte syndikalistische Eltern versichern, hat der sozialdemokratische Rektor Hennicke mit den sozialdemokratischen Lehrern der Anstalt dauernd versucht, die Eltern gegen die mit den Linken sympathisierenden Lehrerkollegen scharf zu machen, was diese umgekehrt stets streng vermieden. Unter den Kindern wurden Gegen-

sätze nur spürbar, wenn SPD.-Lehrer die Kinder revolutionärer Eltern offen reizten. Hennicke suchte geradezu Konflikte. Als bei einer Ausstellung in der Turnhalle kommunistische Eltern neben der schwarzrotgoldenen die rote Fahne mit Hammer und Sichel aufzogen, forderte er die Kinder auf, sie zu entfernen. Das verbat sich die Elternbeiräte; seitdem folgt ein Streitfall dem andern. Ein Lehrer erhält vom Provinzial-Schulkollegium einen scharfen Verweis, weil er bei jener Ausstellung die von einem begabten Schüler seiner Klasse gezeichneten Bilder von Lenin, Liebknecht und Luxemburg gezeigt hat. Dabei hatte der Lehrer die Blätter einer Kommission des Lehrerkollegiums zur Begutachtung vorgelegt; Hennicke lehnte es ab, das PSK. über diesen Tatbestand aufzuklären, damit die Maßregelung nicht zurückgenommen werde. Die SPD.-Fraktion des Elternbeirats verweigert die Zusammenarbeit mit der Mehrheit. Hennicke solidarisiert sich mit der Minderheit, legt die Tätigkeit der Elternbeiräte praktisch lahm und sammelt Elternstimmen, um die der „kommunistischen Fraktion“ — sein Ausdruck — nahestehenden Lehrer denunzieren zu lassen. Aus aufgebauschten Harmlosigkeiten, böswilligen Erfindungen und der Sucht, jedes sozialistische Denken und Handeln als kommunistische Parteipolitik zu brandmarken, schießen Beschuldigungen gegen diese Lehrer hoch. Soviel Eifer, die nichtsozialdemokratischen Lehrer zu brüskieren und herauszufordern läßt für die Sorge um die Schulhygiene wenig Energie übrig. Die Anstalt verdreckt, am Abtritt gibt es keine Waschgelegenheit, — eines Tages bricht unter den Kindern Diphtherie aus. Schon seit Monaten verlangten die Eltern die Entfernung des verständnislosen, unproletarischen Schulleiters. 4 Lehrer hatten, obwohl Eltern und Kinder zu ihnen standen, ihre Versetzung beantragt. Längst konnten keine Elternversammlungen mehr stattfinden, weil Hennicke die Aula sperrte. Zwei beliebte Lehrer hatte man unter Umständen versetzt, die einer Maßregelung gleichkamen. Der Ausbruch der Seuche brachte die Erbitterung zum Sieden. Drei Kinder starben; die meisten Eltern ließen die ihrigen nicht mehr zur Schule und verlangten die Desinfizierung aller Schulräume. Jetzt wurde die Schule von der Behörde geschlossen. Als sie wieder eröffnet wurde, traten die Kinder der revolutionären Eltern in den Schulstreik mit der Forderung, daß alle Maßregelungen zurückgenommen, die versetzten Lehrer wieder geholt und hygienische Sicherheiten geschaffen würden. Vor allem wurde die Entfernung Hennickes verlangt. Dieser Schulstreik wurde zu einer ganz starken Bewegung. An 1000 Eltern und Kinder demonstrierten auf dem Vinetaplatz und zogen von dort zu der von Schutzpolizei bewachten Wohnung des Rektors. Der Erfolg des Aufmarsches war die Zusicherung an die Demon-

stranten, daß Rektor Hennicke vorläufig beurlaubt würde. Die Behörde mußte dem elementar hervorbrechenden Unwillen der Eltern und Kinder, der sich mit dem groß angelegten Streik wahrhaft revolutionär Luft machte, nachgeben und der Einsetzung einer Untersuchungskommission zustimmen. Unter dem Gesang der Internationale ging es nun zum Schulhaus und in die Klassenzimmer. Der sozialdemokratische Reaktionsär, der nach dem Urteil von Eltern und Kindern schon die einfache Bekundung sozialistischer Gesinnung nicht ertrug, kehrt nicht an die Schule zurück. Aber der Kampf ist nicht abgeschlossen. Das PSK. hat eine Art Belagerungszustand über die Weddinger Schule verhängt, verweigert Elternbeiräten und Eltern den Zutritt zum Unterricht und erschwert und beengt ihnen sogar das Betreten des Schulgrundstücks. Von der Absicht, auch Kinder zu maßregeln, scheint man abgekommen zu sein. Vielleicht haben die Herren da oben, wo sich das Leben aus Vorschrift und Verbot, aus Anordnung und Gehorsam zusammensetzt, ein ahnendes Gefühl dafür, daß die Kinderseele antiautoritär ist und auf Zwang mit Haß antwortet.

Die Schulkinder wehren sich gegen den Druck der Disziplin, sobald sie bei Eltern oder Lehrern ihre Empfindungen bestätigt fühlen und auf Unterstützung des Widerstandes hoffen dürfen. Erwachsene Schüler, die Demut und Lebensangst nicht feige schweigen und in Unterwerfung ersterben läßt, suchen sich durch Zusammenschluß und Pflege revolutionärer Kritik den inneren Halt zu schaffen, der sie gegen den Gewissensdruck der Obrigkeit festigt. Die revolutionären Schüler der höheren Lehranstalten haben sich in ihrem „Sozialistischen Schülerbund“ eine von aktivem Geist erfüllte, gegenüber Parteieinflüssen bis jetzt erfreulich widerstandsfähige, allmählich viele Städte Deutschlands erfassende Organisation aufgebaut. Ihr dient eine tapfere, frische, angriffslustige Zeitschrift „Der Schulkampf“, die nun in den dritten Jahrgang geht und von dem Arbeiter-Gymnasiasten Gert Schneider vortrefflich geleitet wird (Adresse: Schulkampf-Verlag, Berlin-Britz, Malchinerstr. 37). Schneider ist Teilnehmer des Arbeiter-Abiturientenkursus, eines sehr eigenartigen Instituts in Neukölln, das unter Leitung des Oberstudiendirektors Dr. Karsen, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, steht, außer diesem Kurse noch zwei Volksschulen, ein Reformrealgymnasium und eine Aufbauschule umfaßt und den Namen „Karl-Marx-Schule“ trägt. Vor einigen Monaten erhielt der kurz vor dem Abiturium stehende Genosse Gert Schneider folgendes Schreiben: „Hiermit teile ich Ihnen mit, daß ich Sie nach Rücksprache mit den Klassenlehrern und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums aus dem Arbeiter-Abiturientenkursus entlasse. Die Begründung habe ich vor der gesamten Schüler-

schaft gegeben. Da Sie Ihre Freude über die konspirative Arbeit Ihrer Genossen gegen die Arbeiterkurse unverhohlen ausgedrückt haben, können Sie nicht Mitglied dieser Kurse bleiben. Ihre Zugehörigkeit zu der Kommunistischen Partei spielt bei dieser Entscheidung keine Rolle. Gez.: Dr. Karsen.“ Ueber die Vorgänge, die einen auf Karl Marx schwörenden Schulmann gegen einen auf Marx nebst Lenin eingeschworenen Schüler kurz vor dessen Schlußexamen zu einer so krassen Maßnahme, zum brutalen Rausschmiß veranlaßten, möge man sich in den betreffenden Heften des „Schulkampf“ unterrichten. Im Oktoberheft gibt Gert Schneider selbst in einem Aufsatz „Diktator Karsen“ Aufschluß über die „konspirative Arbeit“, die er ja garnicht geleistet, sondern nur gebilligt haben soll und faßt den Tatbestand der Relegation in die klare Feststellung zusammen: „Karsen wollte den ‚Schulkampf‘ und den SSB. treffen, als er mich entließ.“ Im Novemberheft des Blattes aber stellt sich in einer längeren Auslassung „Das Ende der Schulreform“ die Bundesleitung des Sozialistischen Schülerbundes neben ihren gemäßregelten Redakteur. Darin heißt es: „Die Relegierung Gert Schneiders war nur der Anfang für einen groß angelegten Feldzug gegen die revolutionären Schüler dieser Schulen und damit gegen die revolutionäre Schülerschaft überhaupt. . . Am 13. September findet eine Sitzung ausgewählter sozialdemokratischer Schüler der Arbeiter-Abiturientenkurse an der Karl-Marx-Schule statt. Studienrat Hommes, Lehrer der Schule, hält in dieser geheimen Sitzung ein Referat und führt dabei aus, daß die Schüler neben dem Schülersein auch die Aufgabe hätten, Parteiarbeiter zu sein, da sonst die Arbeiterkurse keinen Sinn hätten. Die Kurse seien von SPD.-Leuten gegründet worden, die meisten Lehrer und Schüler bekennen sich ebenfalls zur SPD., woraus ihnen das Recht erwüchse, die Kurse in ihrem Sinne auszugestalten. Dieser Hommes ist . . die rechte Hand Karsens, der in der Oeffentlichkeit stets fraktionelle Verbindungen an seiner Schule ablehnte. . . Nach diesem Referat wählte man ein Exekutivkomitee, das sich aus 5 Schülern . . zusammensetzt. Dieses Komitee hat besondere Aufgaben. Bei irgendwelchen Entscheidungen muß es sofort zusammentreten, durch je zwei Vertrauensleute die Verbindung mit den Klassen aufrechterhalten und für die Schulgemeinden die Abstimmungsparolen herausgeben. Die Klassenvertrauensleute . . müssen die eigenen unsicheren Genossen bewachen und die kommunistischen Genossen auf Aeußerungen hin beobachten . . . Für die Wahl der Schülerräte wurde die prinzipielle Parole herausgegeben: Keine Kommunisten hinein!“

Bekanntlich begründen die Sozialdemokraten ihre Verfolgungstaktik gegen alle revolutionären Bestrebungen, die sie verlogenerweise

stets gleichsetzen mit kommunistischen Parteibestrebungen, ständig mit der Versicherung, daß sie keine Parteipolitik und keine Fraktionsbildungen zulassen dürfen, sondern gleiches Recht für alle walten lassen müßten. So macht es der „rote“ Ulrich in Hessen, so Herr Hennicke am Wedding, so der Dr. Karsen in seiner „Karl-Marx-Schule“. Im letzten Falle bleibt noch hinzuzufügen, daß gegen Gert Schneider wegen eines Artikels im „Schulkampf“ „Kriegsgefahren und ihre Bekämpfung“ (Juli/Augustheft) ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden ist.

Damit schließt sich der Kreis. Der Faschismus drängt vor auf allen Gebieten; Kapitalismus und Imperialismus wollen freie Bahn. Wo bei Arbeitern und ihren revolutionären Freunden freie Regsamkeit des Geistes bemerkbar wird, muß der Staat und die Kirche her, um Wort und Gedanken zu knebeln. Die Sozialdemokratie ist „an der Macht“, das heißt sie darf Posten besetzen, von denen aus der Weg des Faschismus am sichersten zu bahnen ist. Da sie eine Vergangenheit hat, die sie als Objekt aller Staatsverfolgung gezeigt hat, da sie heute noch behauptet, das Ziel ihres Strebens im Sozialismus zu erkennen, folgen ihr Millionen urteilslose Arbeiter. Solange sie die Geschäfte der Kapitalisten und Imperialisten besorgt, ist sie der nützlichste Vorspann aller Reaktion. Stellt sie die Wirtschaftsherrn des Landes auf irgendeinem Tätigkeitsfelde nicht voll zufrieden, so verlieren ihre Funktionäre die bequemen, hochdotierten, alles Strebentum befriedigenden Machtposten. Die größte Gefahr für die herrschenden Mächte ist die revolutionäre Besinnung, das Auftreten der Jugend gegen die Autorität und die Staatsräson. Hier findet der Feldwebeldünkel der Sozialdemokratie das reichste Ackerland zur Verwüstung und Einebnung. Eben wurde in Hamburg die sozialistische Organisation der höheren Schüler vom sozialdemokratischen Senator Emil Krause aufgelöst, während das Schulamt in Dresden drei Mitglieder des SSB. wegen sozialistischer Gesinnung (wörtlich!) relegiert hat. Der Schulkampf ist auf der ganzen Linie entbrannt. Kapital, Kirche, Bürokratie, Autorität jeder Art führt ihn gegen das selbständige Denken, gegen den Freiheitswillen der Kinder und der Jungen, die Jugend muß ihn führen im Bunde mit allen, die von Freiheit wissen, um die Neuordnung aller Dinge, um Revolution und sauberes Leben.

„Wir kennen“, sagt Landauer im Aufruf zur Freien Schule, „die immer stärker anwachsende Bewegung, die auch in Deutschland . . . zur radikalen Reform des Lernstoffs und der Unterrichtsmethode drängt. Sie will den Lehrern wie den Schülern wahre Freude am Unterricht geben; sie will dem Verhältnis des Lehrers zum Schüler den gräßlichen Charakter der Autorität und des Gehorsams nehmen;

sie scheint zu wissen, daß in der guten Zeit europäischer Kultur die universitas nicht eine unorganische Zusammenstoppelung toter Lehrfächer, sondern die Gemeinschaft, die Genossenschaft von Lernenden und Lehrenden, die Korporation bedeutete. Sie will also unter Unterricht nicht ödes, theoretisches Lernen von Uninteressantem, sondern das Eingehen auf die Interessen des Kindes verstehen . . . Diese Bewegung will Lernen und Leben, Lernen und Spielen, Lernen und Betätigung, Lernen und Schaffen wertvoller Tatsächlichkeiten in ihre natürliche Verbindung bringen; . . . sie geht schließlich nicht darauf aus, in den Schüler etwas hineinzutrichtern, sondern aus ihm das Eigene, das in ihm ist, herauszuholen, zu steigern und so die Welt zum Persönlichen, das Persönliche zum Weltgewachsenen und Weltumfassenden zu machen. Alle diese weitverzweigten Tendenzen scheinen uns zusammenzugehören in ihrer Aufgabe: die Grundlage zu sein für die Erneuerung unseres Volkes, vor allem durch die Bekämpfung der Uniformierung und Disziplin und die **Förderung der Originalität** Erst wenn wir durch eigene Genossenschaftsorganisationen von uns gegründete Gebilde zu verteidigen und auszugestalten haben, wird der Ruf: Fort mit der Einmischung des Staates und der Kirche in unsere Schulen! Freiheit der Schule! Selbstbestimmung der zu Schulgemeinden vereinigten Eltern über ihre Kinder! Nachdruck und fortreibende, wirkende Gewalt bekommen.“

Diese Sätze wurden vor 20 Jahren geschrieben. Inzwischen ist manches Wirklichkeit geworden, was hier gefordert wurde, wenn auch nur in Ansätzen und vordrängenden Versuchen. Gegen diese Keime richtet sich die vereinte Kraft der autoritären Reaktion. Die im Nachwuchs ans Licht quellende Freiheit soll vernichtet werden, denn sie ist das gefährlichste Hindernis für alle Mächte der Unterdrückung und Entwürdigung. Um unserer selbst willen, um der Zukunft willen, um der Revolution willen, um der Befreiung der Menschheit willen müssen wir im Kampf um die Schule dem kommenden Geschlechte helfen!

Morgen

Gedanken über den Aufbau und die Wirksamkeit anarchistischer Ordnung.

Der Genosse Fritz Müller hat im Folgenden kurz und übersichtlich das Lebensbild der Gesellschaft skizziert, wie es sich seiner Vorstellung des „Morgen“ malt. Die Gedanken Fritz Müllers werden im FANAL mitgeteilt, nicht um sie zur Diskussion zu stellen — FANAL ist kein Diskussions-, sondern ein Propaganda-Organ —; sie werden einfach zur Kenntnis ge-

geben, damit jeder seine eigenen Gedanken daran anschließen kann. Offenbar läßt diese oder jene Aufstellung unseres Genossen auch der Kritik Raum. Was er jedoch mindestens geleistet hat, ist eine wohlgedachte Zusammenstellung von Ueberschriften zu den Grundthemen, mit denen sich der Revolutionär beschäftigen muß, will er den Sozialismus einmal im Geiste der Anarchie verwirklicht sehen. Jeder von Fritz Müller verkündete Gedanke, jeder Abschnitt und jeder Punkt seines Entwurfs wirft eine Fülle von Fragen auf, über deren jede schon ausgiebige Debatten geführt worden sind und noch geführt werden müssen. Eine Frage z. B. zum ersten Satz seines Programms: Was ist zu tun, wenn nicht überall, zumal nicht bei großen Teilen des fast ein Jahrhundert marxistisch mißleiteten Proletariats, die Vernunft an die Stelle von Vorschriften und Gesetzen tritt? Wie bestimmt das Volk, was Vernunft ist? Mit welchen Mitteln gewinnen die Anarchisten in Zeiten der Revolution die kampfunwilligen, bürgerlich philiströsen und kirchlich vernagelten Massen ihrer proletarischen Klassen-genossen zur Vernunft der Freiheit? Viel ist zu fragen. Aber schon die Anregung zum Fragenstellen ist dem revolutionären Geiste gesund.

E. M.

Programm:

An Stelle von Vorschriften und Gesetzen tritt die Vernunft.
 Das Volk entscheidet in allen Dingen der Allgemeinheit.
 Der Einzelne entscheidet über sich, soweit andere nicht geschädigt sind.
 Es gibt nur Volksbeauftragte, die jederzeit abberufen werden können.
 Alle Verhandlungen sind öffentlich.
 Alle Maßnahmen sind einmalig.

Voraussetzung:

Wo Altes hinderlich ist, fort damit!
 Achtung vor sich selbst und vor allen Menschen.
 Einsicht und Mut zur Wirklichkeit.
 Willen zur Arbeit mit Leib und Kopf.

Weg:

Nur der erste Schritt ist unerhört und kühn.
 Er allein erfordert den großen Mut.
 Er ist die Tat — die Vergangenheit brückenlos hinter sich —, die das Tor der Zukunft schaffend durchschreitet.

Ausführung:

- I. Macht nur bei den Arbeitenden.
 1. Ausübung distriktweise durch Volksbeauftragte, die jederzeit von den Auftraggebern abberufen werden können. Es gibt keine dauernden Befugnisse, es gibt keine „Beamten“ mehr.
 2. Die Organisation vom Einzelmenschen zu größeren Gruppen erfolgt von Fall zu Fall auf Grund freier Vereinbarungen.

- II. Verwaltungsstellen in heutiger Form werden ausnahmslos aufgelöst. Heer, Marine, Polizei bestehen nicht mehr. Für die Revolution wird das Volk neue Organisationswege finden.
 Alle Zwanganstalten werden ausnahmslos aufgehoben.
- III. Notwendige öffentliche Betriebe werden von den in ihnen Tätigen fortgeführt und umgestaltet; Post, Eisenbahn, Krankenhäuser und andere Betriebe lebenswichtiger Bedeutung.
- IV. Alle Produktionsmittel, Grund, Baulichkeiten gehören der Allgemeinheit.
- V. Nur regelmäßige Arbeit jedes Arbeitsfähigen berechtigt zum Unterhalt.
 Es gibt keinen Lohn, keine Gehälter. Jeder Mensch erhält Wohnung, Kleidung, Speisung.
- VI. Bedürfnisse der Einzelnen und der Allgemeinheit werden von Fall zu Fall von allen Beteiligten geregelt. Das Vorhandene wird entsprechend den Bedürfnissen aufgeteilt.
- VII. Imaginäre Werte, wie Geld in Metallform oder Scheinen, Aktien sind ungültig.
- VIII. **Produktion:**
1. Lebenswichtige Betriebe laufen weiter.
 2. Alle andern Betriebe werden sofort stillgelegt oder umgestellt. Der Begriff der Lebenswichtigkeit ist relativ und wird von Fall zu Fall bestimmt.
 3. Alle Arbeit ist öffentlich; auch die Arbeitsteilung geschieht öffentlich.
 4. Die Öffentlichkeit wacht mit den besonderen Arbeitsräten der einzelnen Werke über Anlagen, Arbeit, Produktion.
- IX. Ziel ist Gemeinwirtschaft. Feinde der Arbeiter werden unnachsichtig beseitigt, um das Werk zu sichern. Recht und Gesetz gibt es nicht. Das arbeitende Volk entscheidet von Fall zu Fall.
- X. Alle Macht ruht nur bei den Arbeitenden. Sie nehmen die Beauftragungen vor. Sie sind jederzeit imstande, Beauftragte zurückzurufen, abzusetzen oder zu ersetzen. Es gibt keine Vorrechte von Dauer mehr. Kein Volksbeauftragter kann jemals gegen den Willen des Volkes handeln.
- XI. Der Besitz an Grund und Boden, an Baulichkeiten, an allen Produktionsmitteln ist aufgehoben.
- XII. Das Geld ist abgeschafft. Werden Tauschmittel trotzdem in irgendeiner Form notwendig, so gibt es keine Verzinsung, keine Uebertragbarkeit, keine Möglichkeit, Produktionsmittel um diese Tauschmittel kaufen zu können.
- Die Produktionsmittel stehen allein in Dienst und Besitz der Allgemeinheit.

Das Recht des Einzelnen beschränkt sich auf den Unterhalt und die vorhandenen Kulturmöglichkeiten.

Alle Macht ausnahmslos der Allgemeinheit der Arbeitenden!

Freiheit jedem Einzelnen innerhalb der Gemeinschaft aller!

Fritz Müller.

Fabriken des Todes

Sieben Jahre ist es her, da starb — am 16. Januar 1923 — einsam und heistandslos, in einer Strafzelle für verschärfte Haft, in Niederschönenfeld unser Genosse August Hagemeister. Eine Krankenabteilung war in der sogenannten Festungsanstalt trotz ausdrücklicher Vorschrift nicht vorhanden. Schuld an Hagemeisters Tode war der willkürliche, allen modernen und selbst von der herrschenden Justizbürokratie anerkannten Grundsätzen hohnsprechende Strafvollzug, dem wir ausgesetzt waren, die politische Gehässigkeit, die sich bei den Strafvollstreckungsorganen, besonders bei dem Anstaltsvorstand Heinz Hoffmann sogar noch gegen sein sterbenskrankes Opfer auswirkte, die Unfähigkeit und Gleichgültigkeit des Anstaltsarztes Dr. Steindl und die bodenlose Fahrlässigkeit und Herzlosigkeit sämtlicher Beamten, die zur Erhaltung des Lebens und der Gesundheit der bayerischen Revolutionsgefangenen verpflichtet waren. An der Wahrheit dieser Schuldzuteilung wird dadurch nicht das geringste geändert, daß Albert Winter für dieselben Behauptungen schon einmal zwei Monate Gefängnis hat absitzen müssen. Wenn die bayerische Justizverwaltung Schneid hat, möge sie mich wegen der Wiederholung der schon abgestraften Beschuldigungen vor ein Berliner Gericht zitieren (sämtliche bayerischen Richter wären, da sie in ihrer Karriere von der angegriffenen Behörde abhängig sind, ja doch der Befangenen verdächtig): ich wünschte sehr, die Niederschönenfelder Strafmethoden einmal öffentlich mit allen einzelnen Schandtaten vorführen zu können, um sie als Todesursache jedem Unbefangenen einleuchtend zu machen. Bei der Verurteilung Winters möchte ich es schon deshalb nicht bewenden lassen, weil, auf sie gestützt, der sehr noble, sehr ohrstliche bayerische Staat der Witwe und den Kindern Hagemeisters jeden Pfennig Entschädigung verweigert. Es gibt Dinge, von denen zu reden man sich auch von möglichen Prozessen und Bestrafungen nicht zurückhalten läßt, und an die zu erinnern man jede passende Gelegenheit zum Anlaß nimmt.

Leider ist eine überaus passende Gelegenheit da, sich des Todes August Hagemeisters auf das lebhafteste zu erinnern. Im Berliner Virchow-Krankenhaus ist am 1. Januar der Genosse Herbert Kobitsch-Meyer im 33. Lebensjahre gestorben. Im letzten FANAL-Heft war in einer nach Redaktionssehluß angefügten Bemerkung schon auf seinen traurigen Gesundheitszustand hingewiesen worden. „Er ist magen- und lungenkrank“, hieß es da, „und hat im Laufe der letzten vier Monate über 40 Pfund abgenommen. Ihn haftunfähig zu erklären, findet die Staatsgewalt keine Veranlassung.“ Als ich das schrieb, hatte ich schon die allergrößten Befürchtungen um das Leben Kobitsch-Meyers, wollte sie aber nicht öffentlich aussprechen, weil ich damit rechnen mußte, daß er selbst das Heft lesen und dann allen Mut verlieren könnte. Im Juni hatte ich ihm im Brandenburger Zuchthaus besucht und einen kräftigen, lebhaften, von den damals überstandenen vier schweren Kerkerjahren scheinbar ganz unge-

brochenen Menschen angetroffen. Unter dem 23. Juni schrieb er mir: „Zehrend an der Freude, die Du mir mit dem Besuch bereitet, durchstreife ich in Gedanken nochmals all das Durchgesprochene und von Dir Mitgeteilte. Ach, leider währte ja der Besuch nur einen kurzen Augenblick (ich besuchte an jenem Tage eine größere Anzahl Gefangener), und knapp daß ich die Ueberraschung erst voll begriffen, die unwillkürliche innere Erregung aus solcher Ueberraschung heraus sich gelegt, war auch schon die sogen. Sprechstunde zu Ende. Ja, so viele, vielerlei Fragen würde ich gern gerade an Dich gerichtet haben, gerade von Dir beantwortet wissen. Doch selbstverständlich in meiner Lage bleibt dieser Wunsch unerfüllbar, weil ich nur dann ein Thema anschneiden würde, wenn ich die Möglichkeit sehe, daß das Thema auch in allen Punkten ausgiebig diskutiert und behandelt werden kann. Dieses ist mir und auch Dir vorläufig nicht möglich; nicht schriftlich und auch nicht mündlich, das Schwert „Zensur“ würde eine Korrespondenz der Diskussionen, wie sie zwischen uns entstehen würde, nicht zulassen. Also bleibt mein sehnhchster Wunsch offen: bis zur Zeit, da ich meine Freiheit einst erlangt, — dann wirst Du mir es ja nicht abschlagen, Auskunft in diesem oder jenem Punkt zu erteilen. Um aber jetzt vorläufig wenigstens in geistiger Gemeinschaft mit Deinen Gedankengängen zu bleiben, werde ich versuchen, die Erlaubnis zu erwirken, Deine Broschüren (gemeint ist FANAL) ständig zu beziehen. Sobald ich die Erlaubnis erhalte, werde ich's Dir mitteilen und Dich dann um Zusendung bitten. Sollte die Anst.-Verwaltung mir die Erlaubnis verweigern, so werde ich mich an den Präsidenten des Strafvollzugsamtes. Nun noch ein Wort zu meiner Sache. Ob eine Amnestierung oder vorzeitige Entlassung zu erwirken ist, bleibt nach der politischen Konstellation zu bewerten. Ob noch jetzt zu erwirken ist, daß das Amnestiegesetz vom vorigen Jahr für uns in Anwendung gebracht wird, scheint mir zweifelhaft.“ (Es folgen nun Angaben über die Tätigkeit des Anwalts.) „Es wäre mir ebenfalls sehr lieb, wenn Du nach Einsicht der Akten mir Deine Ansicht, was evtl. zu machen ist, mitteilen würdest. Doch sollten all die Bemühungen aller Genossen trotz alledem zum Schluß negativ ausfallen, nun, auch dann werde ich das oktroyierte Los stets zu tragen wissen! Werde dann eben, um nicht ein gänzlich nutzloses Vegetieren zu führen, die Zeit, die ich gezwungen bin, hier zuzubringen, mit Lesen, Lernen usw. ausfüllen und der Zeit harren, da ich für Nützlicheres meine Kräfte zur Verfügung stellen werde.“ Im September war ich wieder in Brandenburg und besprach mit Kobitsch-Meyer das Notwendigste. Da klagte er schon, daß ein altes Magenleiden, das schon vor der Haft 1921 und 22 zwei Operationen notwendig gemacht habe, neuerdings bemerkbar werde. Doch schien er kaum sehr besorgt deswegen, machte auch keinen kranken Eindruck auf mich. Ende November erhielt ich aber ein Schreiben von ihm aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit, wo er im Lazarett liege. Er gibt darin einen ausführlichen Krankheitsbericht, worin es heißt: „Mein körperliches Befinden ist ziemlich miserabel, meist schlaff und matt, dieses ist sehr begreiflich, da ich in den letzten 3—4 Wochen an Körpergewicht 20 Kilo abgenommen. Außerdem habe ich täglich heftige Magenschmerzen auszustehen, so daß ich zeitweise mich krümme wie ein Wurm.“ Am 11. Dezember war ich dort. Als der Genosse in die Tür des Warteraums im Lazarett eintrat, fuhr ich zurück. Aus dem Mann, den ich vor drei Monaten stark, mit breitem Brustkasten, klaren, männlichen Zügen und irischnen Augen gesehen hatte, war ein wankendes Skelett geworden. Die dunkeln, großen Augen lagen tief in dem völlig eingestallenen Gesicht, der Körper schleppte sich dürr und zusammengezogen

auf schwachen Beinen vorwärts, die Stimme klang leise und müde und die Hand fühlte sich kalt und schweißig an. In diesem Zustand durfte er an dem naßkalten Tage den Besuch nicht in seiner Krankenzelle empfangen, sondern wurde über den Hof zu mir geführt. Dabei hatte Kobitsch-Meyer am selben Morgen sein Todesurteil erhalten, nämlich den Bescheid, daß die Sputumuntersuchung offene Tuberkulose ergeben hatte. Der arme Mensch, der sich immer als einer der tapfersten und hoffnungsfreudigsten gefangenen Genossen bewährt hatte, kämpfte mit Tränen. Er erzählte mir, daß das Magenleiden plötzlich in heftigster Form wieder aufgetreten sei und er seitdem so gut wie keine Nahrung bei sich behalten konnte. Man behandelte ihn im Zuchthaus Brandenburg, so gut es gehen wollte, bis der Verdacht entstand, daß auch die Lunge krank sei. Darauf wurde er nach Berlin gebracht, und nun hieß es, den Organismus kräftigen mit Milch und Stärkungsmitteln, die der Magen nicht aufnehmen wollte. Die einzige Rettung sah der Kranke in schleuniger Strafunterbrechung. Für gute Unterkunft und pflegliche Behandlung war vorgesorgt. Der Anwalt, die „Rote Hilfe“, wir Freunde bemühten uns vergeblich. Der behandelnde Moabiter Arzt, den sich der Patient ja nicht selber hatte aussuchen können, fand ihn auch noch nach der T.-B.-Diagnose haftfähig. Am 31. Dezember erst sah der Herr, daß wenigstens das Gefängnislazarett in der Rathenower Straße nicht mehr der richtige Aufenthaltsort für den gefangenen Proletarier war. Man hat es nämlich der Statistik wegen nicht gern, daß in den Haftanstalten gestorben wird. Der rettungslos Verlorene wurde also zu Silvester in ein städtisches Krankenhaus transportiert, wo er am Neujahrstage dem humanen deutschen Strafvollzug in den Tod entrann.

Mit Kobitsch-Meyers jammervollem Ende sind die Annalen des Rachezugs der Klassenjustiz gegen revolutionäre Arbeiter um einen neuen Fall Hagemeister bereichert worden. Um diese Tatsache vor der Öffentlichkeit zu verbergen, um die Erregung in allen revolutionär gesinnten Kreisen des Proletariats als künstliche Mache erscheinen zu lassen, zog man. In einem, natürlich zuerst vom „Vorwärts“ verbreiteten Schreiben an die Presse wurde erklärt, der wegen schweren Raubes zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Arbeiter Herbert Kobitsch-Meyer sei im Virchow-Krankenhaus an einer Lungenentzündung gestorben. Lungenentzündung! Das kann ja mal vorkommen, daß ein Gefangener von einer plötzlichen schweren Erkrankung erfaßt wird und trotz seiner rechtzeitigen Ueberführung in ein mit allen modernen Einrichtungen ausgestattetes Spital stirbt. Und so human ging man um mit einem ganz gewöhnlichen Räuber; seht doch, wie gütig der Staat selbst mit seinen verworfensten Mitemenschen, mit den gemeinsten Verbrechern verfährt! Schlechtes Gewissen? Unsinn! Wäre in der Angelegenheit auch nur die leiseste Spur von Gewissen am Werke gewesen, dann hätte man Kobitsch-Meyer ja nicht so erbärmlich verrecken zu lassen brauen. Man wußte ja, daß er tuberkulös war, daß das Moabiter Lazarett für ihn das denkbar mörderischste Asyl sein mußte, daß ein Mensch in seinem Zustande in Haft nicht gerettet werden konnte. Warum also die freche Lüge, die Todesursache falsch anzugeben, den kriminellen Tatbestand zu färben und so zu tun, als habe man rechtzeitig die nötigen ärztlichen Vorkehrungen getroffen? Aus politischen, aus sonst gar keinen Gründen! Da die Beerdigung gemeinsam mit der des parteikommunistischen Genossen Walter Neumann stattfand, der bei dem national-sozialistischen Ueberfall auf das kommunistische Parteilokal am Görlitzer Bahnhof ermordet war, und da die „Rote Hilfe“ und die KPD. zur demonstrativen Beteiligung und zum geschlossenen Aufmarsch zum

Friedhof in Friedrichsfelde aufgerufen hatten (Kobitsch-Meyer gehörte übrigens nicht der KPD., sondern der KAPD. an), mußte dem Zörgiebel das Stühwort geliefert werden, das ihn in Stand setzen sollte, ohne berechnigte Empörungsgefühle anerkennen zu müssen, mit Pistolen und Gummiknüppeln die Trauerumzüge der Arbeiter auseinander Sprengen zu lassen. — was auch gründlich geschah.

Politische Gründe haben die amtlichen Lügen über den Tod Kobitsch-Meyers verursacht, ihr wichtigster aber war der, daß mit der Kennzeichnung des Toten als irgendeines gleichgültigen Dutzendeinbrechers die Schande verschminkt werden sollte, daß man ihn um die Amnestie vom 14. Juli 1928 betrogen hatte, auf die er Anspruch hatte. Man konnte sich denken, daß die Verschärfung der fürchterlichen Zuchthausstrafe, die das Gericht verhängt hatte, durch die fahrlässige Tötung im Lazarett das Solidaritätsgefühl der Arbeiter mit den von den Staatsanwälten in den Kerker zurückgestoßenen Revolutionären neu erwecken und die Forderung der nachträglichen Anwendung der Amnestie auf Kobitsch-Meyers nächste Genossen Karl Peters und Karl Nachtigall stärker denn je beleben werde. Darum mußte der Vorwärts dem gerade vom Triebrad der politischen Justizmaschine Zermalmten zunächst den politischen Charakter absprechen, damit man der Forderung, seine Gefährten von derselben revolutionären Kampfgruppe freizulassen, von vornherein mit dem bedauernden Achselzucken der bürgerlichen und leider ja von den Kommunisten vielfach geteilten Eigentums-moral (vgl. voriges Heft des FIANAL) entgegenzutreten könne.

Wer war Herbert Kobitsch-Meyer? Was tat er Sträfliches? Warum verstieß er gegen die Gesetze? Ich zitiere aus einem Schriftsatz der Verteidigung, in dem die Anwendung der Amnestie auf die drei übergangenen Revolutionäre unter ausführlicher Klarlegung des Sachverhalts verlangt wird: „Kobitsch-Meyer ist im Alter von 16 Jahren zur See gegangen. Bei Kriegausbruch befand er sich in Nikolajew als Matrose auf einem russischen Handelsschiff. Als deutscher Staatsangehöriger wurde er interniert und zunächst nach Wjatka in Sibirien und später nach Astrachan verschickt. Dort hatte er Umgang mit russischen Revolutionären und wurde von ihnen in die Lehren des Sozialismus eingeführt. Nach Ausbruch der russischen Revolution hatte er die Möglichkeit, nach Deutschland zurückzukehren. Er wurde dort am 10. August 1918 in Kiel zur Marine eingezogen. Bei Ausbruch der Revolution trat er in Kiel dem Spartakusbund bei. Nach der Niederwerfung des Mitteldeutschen Aufstandes im Jahre 1921 war Kobitsch-Meyer gezwungen, wegen seiner bisherigen politischen Tätigkeit unter falschem Namen zu leben. Er legte sich den Namen Fritz Lorenz bei und arbeitete unter diesem Namen von 1921—1924 bei der Firma Krupp in Essen im Betrieb Glühhaus I, II und III. Er betrieb dort revolutionäre Agitationsarbeit und war Betriebsobmann der AAU. Dies war der Betriebsleitung genau bekannt, die in der Lage sein wird, darüber jederzeit Auskunft zu geben. Während seiner Tätigkeit im Ruhrgebiet betätigte sich Kobitsch-Meyer u. a. auch intensiv durch Zersetzungsarbeiten unter den französischen Besatzungstruppen, insbesondere verteilte er unter ihnen antimilitaristische Flugblätter. Seine und seiner Freunde Tätigkeit hatte sogar den Erfolg, daß einige französische Kompanien meuterten. Gleichzeitig schloß sich Kobitsch-Meyer zuerst als sympathisierender, später als aktiver Teilnehmer der Plättnerbewegung an. Im Jahre 1924 siedelte er nach Hamburg über, wo er von Juni bis September bei der Vulkanwerft arbeitete. Seit Herbst 1924 betätigte er sich ausschließlich im Sinne der Plättnerbewegung.“ Kobitsch-Meyer wurde, immer zu-

sammen mit Peters und Nachtigall, abgeurteilt, zuerst vom Schöffengericht Berlin-Schöneberg am 29. August 1925, wobei auf seinen Anteil entfielen wegen Raubes in 2 Fällen, ausgeführt am 19. Januar 1925 in der Verkaufsstelle des Beamten-Wirtschaftvereins in Berlin-Tempelhof und am 18. März 1925 in der Teltower Kreissparkasse Berlin-Friedenau, je 5 Jahre Zuchthaus, zusammengezogen zu einer Gesamtstrafe von 6 Jahren Zuchthaus; zweitens vom Schwurgericht in Braunschweig am 31. Oktober 1925 wegen einer ähnlichen Unternehmung und drittens vom Schwurgericht Magdeburg am 3. Dezember 1925 wegen versuchten schweren Diebstahls in Tateinheit mit Verbrechen gegen § 214 StGB. (Totschlag zur Lebenssicherung bei strafbaren Handlungen) zu 2½ und 15 Jahren Zuchthaus, alles zusammengezogen zu 15 Jahren. Um die Verweigerung der Anerkennung der politischen Zwecke dieser Taten recht zu beurteilen, lese man diese Sätze aus den Urteilen der Gerichte: „Als Beweggrund ihrer Tat geben die Angeklagten an, daß sie die Absicht gehabt hätten, die „expropriierten“ Gelder für die Hinterbliebenen der bei Demonstrationen gefallenen Arbeiter und für die Parteikasse der Kommunistischen Arbeiterpartei zu verwenden.“ „Sie (die Angeklagten) haben ferner durch die Art ihrer Verteidigung zu erkennen gegeben, daß sie nicht die geringste Reue empfinden, vielmehr die Straftaten, soweit sie sie eingestehen, als berechtigten Ausdruck ihrer staats- und gesellschaftsfeindlichen Ueberzeugung ansehen.“

Die Verteidigung bemerkt dazu: „Diese Urteilsbegründung zeigt deutlich, daß die Verurteilten, soweit sie ihre Taten eingestehen, auch die politischen Motive angaben, und daß das Gericht ihnen diese Motive glaubte. Wenn die Verurteilten in dem Magdeburger Fall nichts über ihre politischen Motive oder richtiger gesagt, überhaupt nichts über ihre Motive erwähnten, so lediglich deshalb, weil sie die Tat bestritten und daher selbstverständlich über ihre Motive nichts aussagen konnten.“ Leugnen ist bekanntlich das Recht jedes Angeklagten und Revolutionäre machen dann von diesem Recht Gebrauch, wenn sie das für ihre revolutionäre Sache für nützlich halten. Peters, Nachtigall und Kobitsch-Meyer wurden also in Magdeburg wegen Fällen verurteilt, die sie bestritten und gerade in diesen Fällen wurden nur unpolitische Beweggründe angenommen, nur mit diesen Annahmen wird die Verweigerung der Amnestie für die drei letzten Eingekerkerten der Plättnerbewegung bis jetzt verweigert. Die Verteidigung hat dann, nachdem die ganze Kampfgruppe, soweit sie anderer Unternehmungen wegen verurteilt war, durch die Amnestie entlassen, also als politisch anerkannt war, den ungewöhnlichen, aber sehr berechtigten Weg beschritten, in einem Schriftsatz an den Braunschweiger Justizminister eine Reihe von ähnlichen Raubüberfällen aufzuzählen, an denen unsere drei Freunde nachweislich beteiligt waren, die aber überhaupt nicht Gegenstand eines Strafverfahrens gegen sie gewesen sind, für die nur andere Mitglieder der Gruppe verurteilt wurden und die durch die Anwendung der Amnestie als politische Taten anerkannt worden sind. Trotzdem weigern sich die Justizbehörden auch jetzt noch zähe, die drei letzten Beteiligten an allen diesen Aktionen zu amnestieren, und Herbert Kobitsch-Meyer ist dank der Behandlung, die kranke Proletarier in den Gefängnissen der freiesten Republik der Welt im Gegensatz zu migräneleidenden inkriminierten Bourgeois und Adligen erfahren, zerhackt und zermürbt in der Korrekionsfabrik staatlicher Gerechtigkeit dem Tode gebrauchsfertig in den Raufen geschmissen worden.

Kobitsch-Meyer saß seit dem 14. Juli 1928 zu Unrecht im Zuchthaus. Er holte sich im Zuchthaus, nachdem es ihn schon nicht mehr hätte behalten dürfen, seine Krankheit. Die Krankheit wurde nicht rechtzeitig erkannt und wurde falsch behandelt. Als sie endlich erkannt war und ihr tödlicher

Charakter schon außer Zweifel stand, wurde Kobitsch-Meyer immer noch hafffähig befunden und seine ordnungsmäßige und vielleicht noch lebensrettende Behandlung dadurch verhindert. Am Tage vor seinem Tode wurde er in ein Krankenhaus transportiert, um die Statistik der Todesfälle im Gefängnis zu entlasten. Nachdem er tot war, wurde die Öffentlichkeit zweifach angelogen, indem ihr die Person des Toten als Verbrecher aus Eigennutz vorgeführt und eine falsche Todesursache mitgeteilt wurde. Der Fall Kobitsch-Meyer ist mit seinem Tode nicht zu Ende, sondern erscheint erst jetzt als aktueller Fall auf der Tagesordnung. Der Fall Kobitsch-Meyer ist ein typischer Fall. Er denunziert die Gefängnisse der deutschen Republik mitsamt ihren Zuchthaus-Lazaretten als Fabriken des Todes.

Gutzumachen ist nicht mehr, was hier an einem guten, revolutionären Kämpfer gesündigt wurde. Man wird den Arzt, der dem Todkranken alle Möglichkeiten zur Genesung vorenthielt, zur Rechenschaft zu ziehen haben, indem man ihm die Behandlung proletarischer gefangener Patienten nimmt. Es ist derselbe Arzt, der den Feme-Schulz haftunfähig schrieb. Man wird den Angehörigen unseres Genossen eine Geldentschädigung durch den Staat erkämpfen müssen. Man wird dafür sorgen müssen, daß an den beiden überlebenden Genossen Kobitsch-Meyers in den Zuchthäusern die zu Unrecht vorenthaltene Amnestie schleunigst durchgeführt wird. Man wird darüber hinaus eine neue, viel umfassendere Amnestie, für proletarische Gefangene, nicht nur „politische“, zu bewirken haben, für die mindestens die Grundsätze in Anwendung zu bringen sind, die als Minimalforderung im FANAL (Jahrg. III, 12, S. 280) aufgestellt worden sind. Man wird gründlichst die Krankenabteilungen der Strafanstalten abzuleuchten haben, um zu verhindern, daß darin die von der Justiz siech gemarterten Proletarier vollends verfaulen. Wir haben genug an den Fällen Hagemeyer und Kobitsch-Meyer! Aber wir wissen, daß diese beiden Fälle nur dadurch ans Licht gekommen sind, weil es politische Fälle waren. Nach den „Kriminellen“, von denen es Dutzenden ebenso ergeht, kräht kein Hahn. Auch sie sind nicht zum Tode verurteilt und dürfen also nicht mit dem Tode bestraft werden. Kampf den Leichenfabriken der Justiz!

Die Weisheit der Auserwählten

Die Haager Konferenz konnte also bis zum letzten Frühstück durchgeführt werden, und die Erinnerung des Herrn Schacht an die Tatsache, daß die deutsche Reichsregierung an das amerikanische Finanzkapital morganatisch verheiratet ist, führte zu heftigem Aufstoßen bei der deutschen Delegation, doch verließ man die Tafel in dem Bewußtsein, es dem Reichsbankpräsidenten gehörig gegeben zu haben. Fort mit Schacht! hieß es im Vorwärts emphatisch, und da nun feststeht, daß Schacht bleibt und über Einnahmen und Ausgaben der deutschen Republik selbstherrlich wacht, tröstet man sich mit der schönen Erklärung, daß diese Funktion des Reichsbankpräsidenten ja keine politische, sondern nur eine finanztechnische sei. Das ist ungefähr dieselbe Logik, die dem sozialdemokratischen Abgeordneten Frantz in der Sitzung des preußischen Landtags vom 24. Januar die prächtige Bemerkung eingab: „Die Riesenzahl der Erwerbslosen verdanken wir nicht einer Krise, sondern den scharfen Rationalisierungsmaßnahmen.“ Der Tod kommt eben nicht davon, daß jemand stirbt, sondern davon, daß sein Organismus kaputt ist. Der Young-Plan, zu dessen endgültigem In-

krafttreten nunmehr keine andere geistige Anstrengung weiter erforderlich ist, als die, die mit den Hintern der Parlamentarier betätigt wird, bringt bekanntlich dem deutschen Volke die Erlösung aus aller Ungewißheit, und wie gern zählt man doch mehr, wenn man nur weiß, daß man es genau 58 Jahre lang tun muß, als weniger, wenn man das nicht weiß. Wenn die jetzt bei 3 Millionen haltenden Erwerbslosen, wie von dem Marxisten Frantz gezeigt, mit einer Krise nichts zu tun haben, so darf man natürlich auch die allgemeine Pleibe in Staat und Gemeinden nicht einer Krise zur Last legen, und was weiter aus dem Wirken des „neuen Plans“ erfolgen wird, wird die Arbeiterschaft keineswegs beunruhigen dürfen, da ihr Hunger dann ja keiner Krise, sondern eben dem Young-Plan zuzuschreiben ist. Daher ist Grzesinskis Methode, die Not zu bekämpfen, indem er ihr die Straßen zum Spazierenführen sperrt und seinem Zörgiebel empfiehlt, um Hilfe rufenden Kehlen Mai-Bowle einzuflößen, nur folgerichtig. — Es ist auch ganz unnötig, dem Beginn der aus den neuen Verpflichtungen erwachsenden Anforderungen an die Leistungskraft der Bevölkerung mit etwelcher Sorge entgegenzublicken. Was „die Wirtschaft“ anlangt, so hält sie sich durch die Beschlagnahme der Substanz jener Unternehmungen schadlos, die bis jetzt noch von staats- und kommunalwegen ausgebeutet werden und daher von unseren Marxisten für sozialisiert gehalten werden, und was Arbeiter und Arbeitsuchende, Krüppel, Proletarierfrauen, arme Kranke und hungernde Kinder betrifft, so haben für sie die Wirkungen der Haager Neuordnung schon begonnen, als der Schacht die Prokura des Bankhauses Morgan präsentierte. Gerade hatte man die Weisesten auserwählt, um wenigstens in Berlin der Not zu steuern, da kam Befehl von Schacht an das rote Berlin, daß nicht der Not zu steuern sei, sondern daß die Not zu steuern habe. Die Kommunisten sind ganz empört darüber; gerade hatten sie so viele Stimmen bekommen, daß sie den Berlinern zeigen konnten, was wahre Weisheit der Erwählten vermöge, da kamen ihnen Scholtz und Maier dazwischen, und nun haben sie zwar das Recht, Anträge zu stellen, aber der Oberpräsident von Potsdam bestimmt, ob sie angenommen werden dürfen. Heinz Neumann verspricht uns ja aber jetzt die Revolution; das Proletariat soll damit über-rascht werden: wenn Thälmann pfeift und Leow mit dem Pfropfen knafl, gehts los. Eintritt zur Barrikade nur gegen Vorzeigung des Parteibuches.

Ist es nicht zum Speien, wie die sogenannten Arbeiterführer bei einer so verzweifelten Verelendung, wie sie augenblicklich einsetzt, nur wieder ihr armseliges kleines Reklamegeschäft zu fördern trachten? Zweimal hat in den letzten Wochen Zörgiebel unter Bruch des für ihn maßgeblichen Rechtes die „Rote Fahne“ verboten. Die „Rote Fahne“ aber ruft nicht die Revolutionäre aller proletarischen Richtungen zur Solidarität auf, sondern wendet sich mit allen Klagen nur an die Sozialdemokraten, um ihnen zu zeigen, daß sie auf falschen Wegen seien. Und Bekundung von Solidarität sieht sie nicht in vereinten Aktionen aller Revolutionäre gegen den gemeinsamen Feind unter Zurückstellung alles Trennenden, sondern im Hurra-schreien auf Stalin und auf die Beschlüsse des Kongresses der Gewerkschaftsopposition (nach denen die aus dem ADGB. Ausgeschlossenen dafür kämpfen sollen, daß sie wieder aufgenommen werden. Uebrigens: was ist eigentlich aus den Beschlüssen des famosen Kongresses „der Werktätigen“ geworden?). So traurig es ist: die großenteils ausgezeichnete revolutionäre Gefolgschaft der KPD. ist für den gemeinsamen Kampf des revolutionären Proletariats so gut wie ausgeschaltet, so lange sie eben Gefolgschaft der KPD.-Führung ist. Diese Führung sieht weit und breit nichts anderes als die Führung der SPD., die ja in der Tat aus der Partei der Bebel und Singer eine Partei der Knebel und Zwinger gemacht hat. Aber die revolu-

tionäre Arbeiterschaft, die aufs Ganze will, bedankt sich dafür, wieder dafür in den Kampf zu gehen, daß bloß eine neue Garnitur Auserwählter die alte Weisheit aller knechtenden Obrigkeit über sie ausgießen darf. Ihr ist es egal, ob der Motor des Staates von sozialdemokratischem Bonzin oder von bolschewistischem Bonzol getrieben wird. Sie will eine Revolution, die mitsamt dem Staat auch die Bonzokratie aller Sorten in die Luft sprengt.

Eselein, streck dich

Die Kerle, die sich seit Wochen vor einem Berliner Gericht wegen der Fälschung russischer Geldscheine zu verantworten haben, sind georgische Konterrevolutionäre und internationale Weißgardisten. Das ist viel wichtiger als die besondere Betätigung ihrer reaktionären Gesinnung durch die Tscherwonzenfälschungen. Dem Karumidse hält die „Weltbühne“ einen Strauß früherer Leistungen unter die Nase, dessen Blüten sehenswerter sind als die, die er mit seinem Kumpan Sadathieraschwili und etlichen deutschen gesinnungsverwandten oder geschäftsbeflissenen Helfern herstellte. Danach war Herr Karumidse vor dem Kriege schon Parteigänger des Großfürstenklüngels und Mitglied der Schwarzen Hundert, während des Krieges Agent der deutschen Militärpartei, 1924 beim kaukasischen Aufstand grausam rächender Tscheka-Mann der Bolschewisten, 1926 aber schon in Konstantinopel als Spekulant mit Tscherwonzen-Nachahmungen tätig. Diesmal steckt mit den beiden tüchtigen Georgiern außer ein paar Tolpatschen ein Haufen wohlbekannter Herrschaften zusammen, der General Hoffmann selig aus Deutschland und der Oel-Deterding aus England, der Kapitän Ehrhardt von anno Wiking und der Oberland-Weber von anno Hitler, der schon einmal statt allerlei Hochstapler einen künftigen republikanischen Minister, Herrn Frick, neben sich auf der Anklagebank gesehen hat. Es ist nicht recht verständlich, warum bei so beschaffenen Umständen die Kommunisten so großen Wert darauf legen, die Tätigkeit der Georgier als einfache kriminelle Handlungen des Eigennutzes erscheinen zu lassen. Bloß, damit die Amnestie von 1928 nicht für sie angewendet wird? Das wäre doch viel weniger bedenklich, als daß man ihre weit ausgreifenden Kriegspläne gegen Rußland bagatelisierte. Hier liegt wirklich einmal ein Komplott zur bewaffneten Intervention vor — und da ängstigt man sich, daß die Leute dem deutschen Gefängnis entgehen könnten. Bedeutsam an der Angelegenheit ist das Zutagetreten der Sympathien bei europäischen Militärs und Riesenspekulanten für den Kriegszug um die Austilgung des Bolschewismus und um die Ausbeutung reichlichen Petroleums. Man könnte derartige Kriegspläne gegen Rußland sehr ernst nehmen, wüßte man nicht, daß ihnen ein von gegenseitigen Offiziersbesuchen und mancherlei munitiösen Gefälligkeiten gepflegtes Gegenspiel noch einflußreicherer deutscher Nationalbarden und russischer Macchiavellisten entgegenwirkt. Die Behauptungen des Bessedowski sind durch die Tatsache nicht widerlegt, daß Bessedowski ein Lump ist. Aber die Entrüstung über das Geldfälschen sollte man doch ein wenig bremsen. Es gehört schon ein gehöriger Respekt vor dem staatlichen Münzmonopol dazu, die Errichtung einer Privatkonzurrenz dazu als grauenvolles Verbrechen zu empfinden. Einer der Georgier hat übrigens mit Recht darauf hingewiesen, daß die Erfindung einer Eselein-streck-dich-Maschinerie ein auch von Staaten gegen einander gern angewandtes politisches Kampfmittel ist, ja, daß unsere biedere deutsche Republik zur Zeit der Ruhr-

besetzung fröhlich hausgemachtes Regiegeld in Umlauf gab. Dann haben die Ungarn die Franzosen mit München-Budapester Franken der Banque de France geärgert, und bei der Entdeckung der Herkunft der vielen Tausenden von wohlgelungenen 100-Dollarnoten kann einen nur eins kränken: die Entdeckung. Die „Rote Fahne“ dementiert die Behauptung so eifrig, daß die Fischersche Engros-Geldwerkstatt revolutionären Zwecken gedient habe, daß man ihr glauben muß und nur kopschüttelnd schade! seufzen möchte. Es ist zwar verboten, amerikanische Banknoten im eigenen Laden herzustellen und die Produkte unter die von Uebersee als echt gesegneten zu mischen, aber daß man von sowas träumt, ist bei Anarchisten wenigstens nicht verboten. So lange die Forderung des Kommunismus nach freier Produktion, freiem Verbrauch nicht verwirklicht und Geldbesitz die Erfüllung aller Wünsche ist, wird das Grimmsche Märchen vom Eselein-streck-dich eine anregende Lektüre sein.

Ein ernstes Wort

an alle Freunde und Leser des FANAL!

Soll unsere Zeitschrift am Leben erhalten werden, so ist größere Regsamkeit, stärkere Opferfreudigkeit ihrer Anhänger nötig! Trotz vieler ermutigenden Zurufe und erfreuten Beifalls ist der materielle Bestand des Blattes immer noch nicht gesichert. Der Herausgeber erklärt allen Ernstes, daß seine Möglichkeiten, Geldquellen zu erschließen, bis zum Rest erschöpft sind. Gelingt es nicht, die Genossen und sympathisierenden Leser zu wirksameren Leistungen für FANAL zu gewinnen, so besteht kaum mehr eine Aussicht, die nun im vierten Jahre fortgesetzte Arbeit am Leben zu erhalten. Die zur Veröffentlichung der Broschüre „Von Eisner bis Leviné“ nötigen Mittel wurden durch neue Verschuldung des Herausgebers aufgebracht. Statt daß aber die Einnahmen aus dieser Schrift zur Abdeckung ihrer eigenen Kosten und zur Schaffung eines Verlagsfonds zwecks Herausgabe weiterer Einzelveröffentlichungen verwendet wurden, wie es beabsichtigt war, mußten bis jetzt alle Erträge zur Finanzierung der regelmäßigen Unkosten des FANAL dienen, ohne daß die Schulden sich im geringsten abgelten ließen, ohne daß bei Verkauf der ersten Auflage ein Neudruck der Broschüre gesichert wäre.

Die schwere Wirtschaftskrise macht sich selbstverständlich bei einem hauptsächlich auf proletarische Leser angewiesenen revolutionären Organ heftig bemerkbar. Fortwährend treffen Abbestellungen arbeitslos gewordener Genossen ein. Dazu kommt die Unmöglichkeit, das Blatt im Berliner Straßenhandel zu verbreiten, da der linke Zeitungsdienst seine Tätigkeit eingestellt hat, die alle Bahnhöfe und Kioske beliefernde Firma Stilke aber sich beharrlich weigert,

FANAL zum Verkauf zu bringen. Endlich läßt die Pünktlichkeit der Abrechnung mancher Mehrbezieher viel zu wünschen übrig.

Die politische und wirtschaftliche Lage erfordert unbedingt das Bestehen einer zur Propaganda der anarchistischen Auffassungen geeigneten revueartigen Zeitschrift, wie FANAL sie darstellt. Wir glauben, daß dieses Blatt nicht nur gesichert sein müßte gegen ständige Existenznot, sondern in der Lage sein sollte, durch vermehrte Propaganda seinen Wirkungskreis erheblich zu erweitern. Wäre Geld vorhanden, so könnten Prospekte gedruckt werden, durch Inserate in verwandten Blättern und durch Plakatwerbung könnten neue Leser gewonnen werden, die Sabotage des monopolisierten Berliner Großhändlers könnte gebrochen werden.

Die Sammellisten müssen besser in Umlauf gesetzt werden. Die Organisationen müssen sich der von der Neuköllner Weihnachtskonferenz gebilligten Absicht erinnern, eine bestimmte Anzahl Hefte auf Risiko fest zu beziehen. Exemplare, die nicht/abgesetzt werden können, sollten an arbeitslose Genossen mit Verlust oder umsonst abgegeben werden. Die Anschaffung von Büchern aller Art kann, durch die Geschäftsstelle des FANAL bestellt, der Zeitschrift den Buchhändlergewinn als Nebeneinnahme sichern. Vermögendere Leser könnten freiwillig einen höheren Bezugspreis zahlen, bei Veranstaltungen jeder Art wären Tellersammlungen nützlich. Besonders bitten wir die Genossen überall, FANAL in allen zugänglichen Versammlungen zu kolportieren. Alte Hefte stehen noch in großer Anzahl zu Propagandazwecken zur Verfügung.

Genossen! Freunde! FANAL ist in Not! Alle Kräfte müssen angespannt werden, um unsere Zeitschrift zu retten und lebensfähig zu machen!

Die Anarchistische Vereinigung Berlin.
Erich Mühsam, Herausgeber des FANAL.
Verlag des FANAL.

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Zusammenkunft

regelmäßig Donnerstags 19 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Lokal Köhler, Neukölln,
Ziethenstr. 64

Donnerstag, d. 8. Februar

Vortrag von B. Cahn:
Herrschaft, Volksherrschaft —
Herrschaftslosigkeit.

Donnerstag, d. 20. Februar

Vortrag von H. Rüdiger:
Anarchismus als Aktionsprinzip.

Das Erscheinen aller Kameraden wird erwartet!

Gruppe Zentrum

Alle am Aufbau der Gruppe interessierten Genossen treffen sich
bis auf weiteres jeden Freitag, 19 $\frac{1}{2}$ Uhr, beim Genossen Gerhard
Reinicke, Bln. NO 18, Landsberger Straße 32, Aufg. C., 3 Tr.

Auf Sammeliste für FANAL durch Carl Börder, Lütgendort-
mund, Mk. 6.—, erhalten.

Hellos Gomez

Gegen die spanische Reaktion

Mappe mit 25 Blättern M. 2.50

Diese Mappe ist im Auftrage der Internationalen Arbeiter-Assoziation herausgegeben. Der Reinertrag fließt restlos den Opfern der spanischen Reaktion zu. Die Mitglieder der Gilde freier Bücherfreunde lernten den ausgezeichneten spanischen Künstler Gomez durch die Tuschezeichnungen „Panait Istrati“ kennen. Die vorliegenden 25 Blätter sind ein Meisterwerk revolutionärer Kunst. Der billige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung dieser Mappe..

Bücher und Schriften

VON ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten
Malik-Verlag, Berlin

Preis: brosch. 1,60 Mk. geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers
Kurt Wolff Verlag, München

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,40 Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren
Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 2,— Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti
Verlag Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,— Mk.

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen
Werk 1898—1928

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5,50 Mk. geb. 8,— Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die
Revolutionsereignisse in München
FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0,90 Mk.

**Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Schulkampf. — Morgen. Gedanken

Über anarchistische Ordnung (von

Fritz Müller) - Fabriken des Todes. —

Welshelt der Auserwählten.

Eselein, streck dich. — Ein ernstes

Wort.

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

NR. 5

JAHRGANG 4

BERLIN

FEBRUAR 1930

Soeben gelangte zur Ausgabe die

LIEBE

von HELENE STÖCKER

Ladenpreis RM. 6.50 in Ganzleinen geb.

Der Kampf zwischen dem Persönlichkeitsbewußtsein der Frau und dem elementaren Triebe wird mit leidenschaftlicher Anteilnahme und mit genialer Einfühlung dargestellt. Eine einzigartige Erscheinung in der modern. Literatur. *Berl. Morgenzeitg.*

Eine wertvolle, unsere Kenntnisse der verborgenen Beziehungen zwischen Körper und Willen, zwischen Liebe und Leben des Weibes tief bereichernde Tat. *Berl. Volkszeitung*

gehört zu den großen Merkwürdigkeiten der Literatur.

Das freie Volk

Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnesglut mit jener hohen Sittlichkeit, die es als unmöglich empfindet, den Mann nicht mehr zu lieben, an dem die Liebende zum Weibe und Menschen gereift ist.

Literarisches Echo

EROTIK UND ALTRUISMUS

von Helene Stöcker

Broschiert RM. 1.—

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da. *Die schaffende Frau*

12. bis 17. Auflage des Romans

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den

Verlag
der Neuen
Generation,
Berlin
Nikolassee



VERKÖNDER UND VERWIRKLICHER

von Helene Stöcker

Preis geb. RM. 2.—, kart. RM. 2.—

Beiträge zum Gewaltproblem nebst einem zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlichten Briefe Tolstois.

Fritz Gross: Die letzte Stunde

Legenden vom Tode

Erschienen im ASY-Verlag, Berlin O 34, Warschauer Str. 62
328 Seiten Einbandentwurf von Will Faber-Berlin. In Leinen
6.— Mk. Viermarkband der „Gilde Freiheit. Bücherfreunde“.

Diese „Legenden vom Tode“ sind ein menschliches Dokument von seltsamer und überwältigender Fülle. Repräsentanten der Menschheit aus zahllosen Generationen erstehen vor dem Leser und werden gestaltet — in ihrer letzten Stunde. Ruhm, Eitelkeit und Macht, alle Aeußerlichkeiten des Lebens verfliegen, und der Glanz echter Menschlichkeit leuchtet unvergänglich auf. Dieser Totentanz führt die großen Denker, Wohltäter und selbstlosen Revolutionäre der Menschheit aller Zeiten und Völker neben den berühmten Eroberern und Unterdrückern vor unser Auge — sie alle erwachen zu neuem Leben, und das Ursprüngliche und Wesenhafte kommt an den Tag. Gross' Buch ist, in einer reinen, klaren Sprache geschrieben, ein schönes Stundenbuch, ein Lesebuch der Besinnung für alle mit sich und den Uebeln dieser Zeit ringenden Menschen.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 5

Februar 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchlüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Schulkampf

Kurz vor der Ausrufung der bayerischen Räterepublik, in den letzten Märztagen 1919, als außer den Sozialdemokraten und übrigen Spießbürgern kein Mensch mehr die Notwendigkeit eines entscheidenden Durchbruchversuchs der proletarischen Revolution verkennen konnte, besuchte mich in meiner Wohnung eine Abordnung von Schülern höherer Lehranstalten, vier junge Menschen im Alter von 14 bis 16 Jahren, um Rat zu erbitten. Die Lehrer seien bar jeder Empfindung für den neuen Geist, der mit dem Novembersturm über die Welt gekommen sei, unfähig, ihre Unterrichtsmethoden und den Inhalt ihrer Belehrung den Forderungen der zukunftssträchtigen Gegenwart anzupassen, verständnislos gegen den Anspruch der Jugend, teilzuhaben am Geschehen der Welt, unverändert pedantisch, autoritär, revolutionsfeindlich und politisch wie kulturell rückständig. Das Verlangen der Schüler nach Mitbestimmung über Lehrplan und Anstaltsdisziplin begegne plattem Hohn, Kritik und Widerspruch der Schüler gegen republikwidrige Äußerungen der Lehrer werde nicht zugelassen; es hagle Bestrafungen, der Geschichtsunterricht zumal stelle eine einzige gegenrevolutionäre Demonstration dar, rote Schleifen, die Einzelne nach Eisners Ermordung und dann am 18. März angesteckt hatten, mußten entfernt werden, der ganze Schulbetrieb laufe auf die systematische Durchkreuzung aller modernen Bestrebungen, auf die Ausbrennung revolutionären Denkens und Fühlens aus den Herzen und Köpfen der Jugend hinaus. Dies alles wurde zuerst stockend und mit unsicheren, verlegenen Worten vorgetragen, allmählich aber, als die Jungen sahen, daß sie hochwillkommen waren und bei mir auf Sympathie und Ermutigung stießen, bekamen sie rote Köpfe, erzählten Einzelheiten und brachten ihr eigentliches

Anliegen heraus. Sie hatten schon gleich bei Beginn der Revolution innerhalb der einzelnen Klassen, später in gemeinsamem Wirken der Erwählten verschiedener Klassen und schließlich in Verbindung mit den Schülern anderer Anstalten Ausschüsse gebildet, um in gegenseitiger Beratung und Verabredung ihr Verhalten im Verkehr mit dem Lehrkörper einzurichten und Mitschüler, besonders Kinder der unteren Schulklassen, für revolutionäre Gedanken zu gewinnen. Jetzt seien sie zu dem Entschluß gekommen, richtige Schülerräte zu schaffen, deren Anerkennung sie von den Rektoren und Behörden verlangen wollten und die sie sich keinesfalls verbieten lassen würden. Ich möchte meine Meinung zu ihrem Vorhaben sagen und sie über Wesen und Form der Räte aufklären, auch die Forderungen mit ihnen durchsprechen, die sie zunächst aufzustellen hätten. Ich holte aus meinen Besuchern heraus, wie sie selbst sich die Lösung dieser Frage dachten, gab ihnen den erwünschten Aufschluß über den Rätegedanken, indem ich ihnen vor allem begreiflich machte, daß sie ihre Obliegenheiten niemals mit allgemeinen Vollmachten an Einzelne abtreten dürften, sondern für rasche Ablösung der Räte durch immer wieder andre Schüler sorgen müßten, damit sich keine Führerschaft herausbilden könne, und formulierte dann mit ihnen zusammen und an der Hand ihrer eigenen Vorschläge die allgemeinen Grundsätze des Mitbestimmungsrechtes der Lernenden in der Schule: Anerkennung der Schülerräte bei vollständiger Selbständigkeit der Schüler in der Auswahl, Zusammensetzung und inneren Struktur dieser Organe; Zulassung von Schülervertretungen bei allen Lehrerkonferenzen; Mitwirkung bei Aufstellung der Stundenpläne und bei der Wahl der Lehrbücher, insbesondere im Geschichts- und Deutschunterricht; Einspruchsrecht gegen reaktionäre Lehrmethoden und revolutionsfeindliche Kundgebungen der Lehrer; beratende Stimme bei Verhängung von Disziplinarstrafen, bei der Erteilung von Schulzeugnissen und bei Versetzungen innerhalb der Klasse und von einer Klasse in die andre; Abschaffung der Strafarbeiten; Beseitigung des Religionsunterrichtes aus der Schule, nur private Religionslehre bei voller Freiwilligkeit der Teilnahme; Koalitions- und Versammlungsrecht; Einräumung von Schulzimmern, Aulen und Schulhöfen für Besprechungen und Versammlungen der Schüler.

So ungefähr wurden die Anfangsforderungen der Schüler festgelegt. Da ich hierüber leider keine Aufzeichnungen mehr besitze und mich auf mein Gedächtnis verlassen muß, mögen Kleinigkeiten anders gefaßt gewesen sein; vielleicht tritt einmal einer meiner damaligen Besucher mit einem Bericht hervor. Tags darauf besprach ich die Angelegenheit mit Gustav Landauer, der über die Initiative der Schuljugend außerordentlich erfreut war und den von

mir erteilten Ratschlägen zustimmte. Dabei erinnerte er mich aber an seinen Aufruf zur freien Schule, den die Gruppe „Gemeinschaft“ des Sozialistischen Bundes seinerzeit als Flugblatt herausgegeben hatte (abgedruckt im „Sozialist“ II, 2 vom 15. Januar 1910), worin zwar nicht die Selbstbestimmung der Kinder, aber doch die der Eltern gegenüber dem Staat postuliert war. Was 1919 aus den beabsichtigten Schülerräten wurde, konnte ich bei den unmittelbar nach jener Unterredung einsetzenden wilden Ereignissen nicht mehr verfolgen. Landauer arbeitete als Volksbeauftragter für Aufklärung und Unterricht einen Entwurf für die Gestaltung des Schulwesens aus, den ich leider nicht zur Hand habe (er ist meiner Erinnerung nach etwa ein Jahr nach seinem Tode in Wilhelm Herzogs „Forum“ gedruckt erschienen). Am 13. April geriet ich in die Hände des Feindes, der erste Rat der Volksbeauftragten wurde von der kommunistischen Räteregierung abgelöst und Landauer übergab seine Richtlinien den Nachfolgern, die sie ablehnten, übrigens auch keine Zeit mehr gefunden hätten, sie oder andre revolutionäre Schulreformen zu verwirklichen. Was dann kam, war die Konterrevolution und der weiße Schrecken und endlich der Sieg der Pfaffen, Bürokraten und Krügelredner auf allen Gebieten, die Vergewaltigung aller Kultur, alles Geistes, aller auf Freiheit gerichteten Regung, die Herrschaft des Banausentums, des Geldsacks, der Uniform und des Bierschaums, die Fußtrittpolitik der autoritären Mächte gegen denkende Menschen, der Satten gegen die Hungernden, der Büttel gegen die Gefesselten, des Alters gegen die Jugend.

Der Staat tat gutwillig nichts, um dem Begehren der Jugend nach einem weniger bedrückenden und beengenden Schulwesen Genüge zu tun. Die Kinder aber hatten einmal den Gedanken in sich aufgenommen, daß Lernen nicht notwendigerweise eine mechanische Papageiendressur ist und daß Wissen nicht unbedingt mit Aechzen und Qualen gewonnen werden muß. Es ist unbestreitbar, daß der Versuch zu einer Revolution, den wir 1918 mit der heiligen Gläubigkeit unternahmen, nichts könne mehr dem Ansturm kraftentbundenen Willens zu Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit trotzen, daß dieser Versuch zur Aufrichtung anständiger Lebensbeziehungen, dem der fürchterlichste Mißerfolg beschieden war, den die Revolutionsgeschichte aller Zeiten kennt, einzig auf dem Gebiete des Schulwesens Spuren einer neuen Kultur und noch nicht zerstörte Ansätze zu einer lebenswürdigeren Zukunft hinterlassen hat. Das ist keineswegs den nur äußerlichen Veränderungen in der staatlichen Verwaltungsmaschinerie zu danken, dem liberalisierenden Wortreichtum der Weimarer Verfassung oder gar dem sozialen Eifer formaldemokratischer Parteistreiber, das ist ausschließlich Wirkung des Widerstands, den

die Objekte der Schulpolitik, die Kinder, die Heranwachsenden, einmal zu selbständigem Denken geweckt, der autoritären Polizeigewalt der pädagogischen Tyrannen zu leisten wagten. Sie haben die Eltern getrieben, sich zur Aufsichtsinstanz über die Schulmeister zusammenzuschließen; sie haben sich das Recht erobert, Kritik zu üben an den Lehr-, Erziehungs- und Behandlungsmethoden, denen sie unterworfen werden; sie haben die Bahn freigemacht für das Eindringen moderner Lehrkräfte in die muffige Atmosphäre, in der die Steißtrommler unsre Kindheit mit Gebet, Patriotismus, Königstreue, Ehrfurcht vor Reichtum, Geburtsadel und Herrenmacht, mit Demut, Gottes- und Staatsfurcht, Nationalstolz, dynastischem Personenkult und Unterwürfigkeit vor Unteroffizierstressen und Generalshosen zweckpolitisch verräuchern konnten. Die Schulreformer, die viel Gutes geleistet haben, die Lehrer, die von sozialen und freiheitlichen Idealen bewegt, als wirkliche Geistesbildner der Jugend ihren Beruf erwählt haben, hätten nichts ausrichten können, die Eltern, die der Autorität staatsfanatischer und mithin besitzergibender Schulbehörden und Anstaltsleiter den Willen entgegenstellten, ihren Kindern das Bewußtsein der proletarischen Klassenzugehörigkeit zu erhalten und den Lernstoff der Beweglichkeit des Geistes statt seiner Austrocknung nutzbar zu machen, sie wären bei den Drehstuhlhockern hinter den Amtsschaltern und auf den Kathedern ebenso jammervoll abgefahren, wie das Proletariat mit seinen eigenen Ansprüchen in dieser gesegneten Republik überall abfährt, wäre nicht die Kraft lebendig, die stärker ist als Staatsautorität und Magisterbäkel, die von unverdorbenem Freiheitsdrang beflügelte Kraft des kindlichen Eigensinns. Noch ist der Gendarm der paragraphierten Bildung, der Oberlehrer des maßvollen Fortschritts, der in Ehren ergraute Zügler des jugendlichen Ueberschwangs trotz allem Moralgekeuche der Kirchlichen, der Staatlichen und der Geldlichen dieser ergiebigsten Kraft der menschlichen Vorwärtsbewegung nicht Herr geworden. Noch nicht. Aber es ist Gefahr im Verzuge.

Wie gesagt, es sind nur Ansätze geschaffen worden zur Erhöhung der Schulerziehung auf einen Stand geistiger Freiheit, den Francesco Ferrer in Spanien und Sebastian Faure in Frankreich mit ihren Gründungen privater Volksschulen erreichen wollten. In Deutschland griff der Staat in ähnliche Bestrebungen ein, erklärte von sich aus eine Anzahl Lehranstalten zu weltlichen Schulen und bewilligte gnädig, was er nicht hindern konnte. Dabei sorgte er ängstlich dafür, daß die spärlichen Rechte, von denen ohnehin sehr wenige Schulen Gebrauch machten, nicht erweitert wurden, reglementierte sorgfältig alle kleinen Freiheiten der Lehrer, Eltern und Schüler und zeigte Duldsamkeit nur gegen die freigeistigen Privat-

institute, deren Besuch den Kindern armer Leute doch nicht offen steht. In den Schulen des Proletariats aber wahrte er jene schöne demokratische Tugend des Zurückweichens vor jeder Anmaßung der patriotischen Hurraschreier, der kapitalistischen Sklavenhalter und vor allem der gottseligen Pfaffen. Diese Mächte, im Bunde fast überall grade mit sozialdemokratischen Staatsfunktionären, drängen die Vorkämpfer neuer Erziehungsformen Schritt für Schritt aus den seit 1918 besetzten und seitdem zähe gehaltenen Stellungen zurück und die Hilferufe ertönen seit einiger Zeit von allen Seiten, die einen systematischen Vertilgungskampf der geeinten Reaktion gegen die Anleitung der Kinder zum Denken und gegen die Ausbreitung von Wahrheit und Urteilskraft im kindlichen Gemüt anzeigen. Diese Hilferufe sind um so ernster zu nehmen, als die Erscheinungen, gegen die sie laut werden, im Zusammenhange des gesamten gleichzeitigen politischen Geschehens gesehen, als Bestandteil eines konzentrischen Angriffs der Kirche und des Staates gegen alle Kulturwerte erkennbar sind, von denen die arbeitende Klasse Nutzen zieht. Warum dieser Kampf gegen jedwede geistige Freiheit logisch zusammengehört mit den ökonomischen Kampfformen des Kapitals gegen das Proletariat und der dauernd verschärften Rationalisierung der Produktion in die Hände arbeitet, muß Gegenstand einer gesonderten Untersuchung werden. Hier soll nur auf die Häufung reaktionärer Vorstöße zur gesetzlichen Knebelung der Kultur, besonders seit Bestehen der Müller-Koalition, hingewiesen werden. Kurz hintereinander haben wir erlebt: das Gesetz gegen Schmutz und Schund in Wort und Bild, das Jugendschutzgesetz, das preußische Konkordat; unmittelbar in Aussicht ist das neue Republikerschutzgesetz „zur Befriedung des öffentlichen Lebens“ und die Neufassung des Gesetzes über die Filmzensur in unglaublich verpfaffter Form; in Beratung ist das neue Strafgesetzbuch, die in jedem Betracht schwerste Gefährdung, der die deutsche Arbeiterschaft jemals ausgesetzt war, das von Severing geplante haarsträubende neue Vereinsgesetz und das unter Kütz nur zurückgestellte jesuitische Schulgesetz, zu dessen Vorbereitung eben die Bedrängung der freiheitlich und revolutionär gesinnten Lehrer und Schüler allerorten die Erschütterung vor dem Sturmangriff herbeiführen soll.

Vor knapp einem Jahr, im März 1929, wurde in FANAL ein Bericht über den Kampf veröffentlicht, den unsre Genossen in dem hessischen Dorf Mörfelden um den Freidenkerlehrplan ihrer sehr starken Ortsgruppe der antiautoritären Gemeinschaft proletarischer Freidenker — 1200 Mitglieder bei 4500 Einwohnern! — gegen die „freireligiösen“ Prediger und Bonzen des Berliner Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung auszufechten haben (s. FANAL,

III, S. 135). Diese Herrschaften, an ihrer Spitze die Sozialdemokraten Ulrich, ehemals hessischer Ministerpräsident und Kultusminister, und Adelung, sein Nachfolger in beiden Ämtern, haben es mit ihrer Toleranz gegen Pfaffentum und Militarismus und ihrem Abscheu gegen proletarische Klassenerziehung der Kinder soweit gebracht, daß zwischen Eltern, Kindern, Lehrern von Mörfelden auf der einen, der hessischen Regierung auf der andern Seite ein offener Konflikt über die den Kindern zugemuteten Lesebücher ausgebrochen ist, über den die Informationsstelle Bezirk Rhein-Main der Gemeinschaft proletarischer Freidenker Deutschlands eine ausführliche Darstellung versendet. Ihr sei das Wesentliche entnommen:

Seit Ostern spielt sich zwischen der GpFD., Bezirk Hessen und dem hessischen Kultusministerium ein Kampf ab, dessen Auswirkungen für das gesamte Freidenkertum Deutschlands sowie für alle kriegsgegnerischen Organisationen von prinzipieller Bedeutung sind. Der Kampf . . . hat zum Gegenstand die Erziehung des proletarischen Nachwuchses in der Volksschule. Ausgehend von Art. 148 der Reichsverfassung . . . fordern diese Freidenker, daß in den hessischen Simultanschulen mit Freidenkerkindern der Unterricht frei sei von chauvinistischer und religiöser Beeinflussung, wie sie . . . ihren Ausdruck in den hessischen Volksschullesebüchern findet. Schriftliche Vorstellungen . . . blieben unbeantwortet, worauf die Elternschaft Mörfeldens . . . in einen Lesebuchstreik trat und ihren Kindern die Lesebücher nicht mehr mit in die Schule gab. Das hessische Kultusministerium schickte . . . einen Vertreter nach Mörfelden, dessen unerhörtes Auftreten einen Schulstreik in nächste Nähe rückte. (Folgt eine Protestresolution der Elternschaft, worin der Ministerialrat beschuldigt wird)“ . . . daß er . . . persönlich Gedichte eindeutig religiösen Inhalts aussuchte und sie von Freidenkerkindern vorlesen ließ, sie danach durch die Frage: ‚welches der Gedichte hat euch jetzt am besten gefallen?‘ erst recht zum Gespött der andern Kinder machend. . . Angesichts einer derartigen . . . Taktlosigkeit . . . sowie bewußten Vergewaltigung wehrloser achtjähriger Schulkinder . . . verlangt die Elternschaft . . . die Zusage . . . daß derartige Provokationen künftig unmöglich gemacht werden. Die Drohung eines andern Vertreters der hessischen Regierung mit Zwangserziehung für diejenigen Kinder, die kein Lesebuch mit zur Schule bringen, wird die Freidenkereltern in ihrem Kampfe nur bestärken.“ (Nach verfassungsrechtlichen Darlegungen, in denen die Feststellung bemerkenswert ist, daß das hessische Volksschulgesetz anstelle der nach der Reichsverfassung in den Schulen zu erstrebenden „sittlichen Bildung“ die „religiös-sittliche Bildung“ fordert, fährt die Denkschrift der Informationsstelle fort): Die hessische Regierung hat unser Ansinnen um

Zulassung anderer Lehrmittel abgelehnt, die Schulbehörde versucht, durch entsprechenden Druck auf Eltern und Kinder ihren Standpunkt durchzusetzen. Die Freidenkereltern, besonders in Mörfelden, sehen sich gezwungen, den Klageweg zu beschreiten, wobei es sich herausstellen muß, welche Bedeutung der Reichsverfassung bzw. dem hessischen Volksschulgesetz beizumessen ist. Sie sind sich aber darüber im Klaren, daß sie hierbei der ideellen und finanziellen Unterstützung anderer Kulturorganisationen des Proletariats und an der Frage interessierter Einzelpersonen bedürfen. . . .

In einem besonderen Flugblatt teilt die GpF. Hessens Stellen aus den Lesebüchern mit, die den Kindern atheistischer und antimilitaristischer Eltern in den Simultanschulen aufgenötigt werden. Es ist allerdings kaum wahrscheinlich, daß die zur Entscheidung angerufenen Richter begreifen werden, warum sich proletarische Eltern gegen Leseübungen für ihre kleinen Kinder auflehnen, die, verziert mit entsprechendem Bildschmuck, etwa so aussehen: „Einen scharfen Säbel müßte ich haben und eine feine Uniform, wie die Dragoner“, oder: „Lieber Gott, mach mich fromm, daß ich zu dir in den Himmel komm“, oder gar ein dreifach schreckliches Wehe „für alle Bösen und Rohen, Gottlosen und Uebeltäter“ vom Himmel flehen. Wie die Justiz auch entscheiden mag, es ist zu hoffen, daß die Eltern fest bleiben, denn sie haben eine viel stärkere Hilfe als die Bestimmungen der Verfassung, deren Biagsamkeit unter dem Oel der Priesterschaft aller Sorten die Justiz und die Gesetzgebung hundertfach demonstriert hat, — und das ist die Entschlossenheit der Kinder selbst, den Eltern und den Lehrern beizustehen und der sozialdemokratischen Obrigkeit den offenen Widerstand gegen Vergewaltigung und Verblödung entgegenzusetzen. In jedem Schulkampf entscheidet schließlich weder das formale Recht noch die stumpfe Autorität, sondern, wenn er nur irgendwo Ermutigung findet, der Wille der Kinder.

Der entschlossene Wille, das unmittelbare Eingreifen der Kinder entschied auch den Ausgang der unglaublichen Vorgänge in der 223. Volksschule (Weltliche Schule) am Berliner Wedding. Dort besteht der Elternbeirat zu einem Drittel aus Sozialdemokraten, zu zwei Dritteln aus Kommunisten, Anarchisten und Parteilosen. Diese Mehrheit hat sich unter dem Namen „Proletarischer Schulkampf“ zusammengeschlossen, die Minderheit nennt sich „Schulaufbau“. Wie mir beteiligte syndikalistische Eltern versichern, hat der sozialdemokratische Rektor Hennicke mit den sozialdemokratischen Lehrern der Anstalt dauernd versucht, die Eltern gegen die mit den Linken sympathisierenden Lehrerkollegen scharf zu machen, was diese umgekehrt stets streng vermieden. Unter den Kindern wurden Gegen-

sätze nur spürbar, wenn SPD.-Lehrer die Kinder revolutionärer Eltern offen reizten. Hennicke suchte geradezu Konflikte. Als bei einer Ausstellung in der Turnhalle kommunistische Eltern neben der schwarzrotgoldenen die rote Fahne mit Hammer und Sichel aufzogen, forderte er die Kinder auf, sie zu entfernen. Das verbat sich die Elternbeiräte; seitdem folgt ein Streitfall dem andern. Ein Lehrer erhält vom Provinzial-Schulkollegium einen scharfen Verweis, weil er bei jener Ausstellung die von einem begabten Schüler seiner Klasse gezeichneten Bilder von Lenin, Liebknecht und Luxemburg gezeigt hat. Dabei hatte der Lehrer die Blätter einer Kommission des Lehrerkollegiums zur Begutachtung vorgelegt; Hennicke lehnte es ab, das PSK. über diesen Tatbestand aufzuklären, damit die Maßregelung nicht zurückgenommen werde. Die SPD.-Fraktion des Elternbeirats verweigert die Zusammenarbeit mit der Mehrheit. Hennicke solidarisiert sich mit der Minderheit, legt die Tätigkeit der Elternbeiräte praktisch lahm und sammelt Elternstimmen, um die der „kommunistischen Fraktion“ — sein Ausdruck — nahestehenden Lehrer denunzieren zu lassen. Aus aufgebauschten Harmlosigkeiten, böswilligen Erfindungen und der Sucht, jedes sozialistische Denken und Handeln als kommunistische Parteipolitik zu brandmarken, schießen Beschuldigungen gegen diese Lehrer hoch. Soviel Eifer, die nichtsozialdemokratischen Lehrer zu brüskieren und herauszufordern läßt für die Sorge um die Schulhygiene wenig Energie übrig. Die Anstalt verdreckt, am Abtritt gibt es keine Waschgelegenheit, — eines Tages bricht unter den Kindern Diphtherie aus. Schon seit Monaten verlangten die Eltern die Entfernung des verständnislosen, unproletarischen Schulleiters. 4 Lehrer hatten, obwohl Eltern und Kinder zu ihnen standen, ihre Versetzung beantragt. Längst konnten keine Elternversammlungen mehr stattfinden, weil Hennicke die Aula sperrte. Zwei beliebte Lehrer hatte man unter Umständen versetzt, die einer Maßregelung gleichkamen. Der Ausbruch der Seuche brachte die Erbitterung zum Sieden. Drei Kinder starben; die meisten Eltern ließen die ihrigen nicht mehr zur Schule und verlangten die Desinfizierung aller Schulräume. Jetzt wurde die Schule von der Behörde geschlossen. Als sie wieder eröffnet wurde, traten die Kinder der revolutionären Eltern in den Schulstreik mit der Forderung, daß alle Maßregelungen zurückgenommen, die versetzten Lehrer wieder geholt und hygienische Sicherheiten geschaffen würden. Vor allem wurde die Entfernung Hennickes verlangt. Dieser Schulstreik wurde zu einer ganz starken Bewegung. An 1000 Eltern und Kinder demonstrierten auf dem Vinetaplatz und zogen von dort zu der von Schutzpolizei bewachten Wohnung des Rektors. Der Erfolg des Aufmarsches war die Zusicherung an die Demon-

stranten, daß Rektor Hennicke vorläufig beurlaubt würde. Die Behörde mußte dem elementar hervorbrechenden Unwillen der Eltern und Kinder, der sich mit dem groß angelegten Streik wahrhaft revolutionär Luft machte, nachgeben und der Einsetzung einer Untersuchungskommission zustimmen. Unter dem Gesang der Internationale ging es nun zum Schulhaus und in die Klassenzimmer. Der sozialdemokratische Reaktionsär, der nach dem Urteil von Eltern und Kindern schon die einfache Bekundung sozialistischer Gesinnung nicht ertrug, kehrt nicht an die Schule zurück. Aber der Kampf ist nicht abgeschlossen. Das PSK. hat eine Art Belagerungszustand über die Weddinger Schule verhängt, verweigert Elternbeiräten und Eltern den Zutritt zum Unterricht und erschwert und beengt ihnen sogar das Betreten des Schulgrundstücks. Von der Absicht, auch Kinder zu maßregeln, scheint man abgekommen zu sein. Vielleicht haben die Herren da oben, wo sich das Leben aus Vorschrift und Verbot, aus Anordnung und Gehorsam zusammensetzt, ein ahnendes Gefühl dafür, daß die Kinderseele antiautoritär ist und auf Zwang mit Haß antwortet.

Die Schulkinder wehren sich gegen den Druck der Disziplin, sobald sie bei Eltern oder Lehrern ihre Empfindungen bestätigt fühlen und auf Unterstützung des Widerstandes hoffen dürfen. Erwachsene Schüler, die Demut und Lebensangst nicht feige schweigen und in Unterwerfung ersterben läßt, suchen sich durch Zusammenschluß und Pflege revolutionärer Kritik den inneren Halt zu schaffen, der sie gegen den Gewissensdruck der Obrigkeit festigt. Die revolutionären Schüler der höheren Lehranstalten haben sich in ihrem „Sozialistischen Schülerbund“ eine von aktivem Geist erfüllte, gegenüber Parteieinflüssen bis jetzt erfreulich widerstandsfähige, allmählich viele Städte Deutschlands erfassende Organisation aufgebaut. Ihr dient eine tapfere, frische, angriffslustige Zeitschrift „Der Schulkampf“, die nun in den dritten Jahrgang geht und von dem Arbeiter-Gymnasiasten Gert Schneider vortrefflich geleitet wird (Adresse: Schulkampf-Verlag, Berlin-Britz, Malchinerstr. 37). Schneider ist Teilnehmer des Arbeiter-Abiturientenkursus, eines sehr eigenartigen Instituts in Neukölln, das unter Leitung des Oberstudiendirektors Dr. Karsen, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, steht, außer diesem Kurse noch zwei Volksschulen, ein Reformrealgymnasium und eine Aufbauschule umfaßt und den Namen „Karl-Marx-Schule“ trägt. Vor einigen Monaten erhielt der kurz vor dem Abiturium stehende Genosse Gert Schneider folgendes Schreiben: „Hiermit teile ich Ihnen mit, daß ich Sie nach Rücksprache mit den Klassenlehrern und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums aus dem Arbeiter-Abiturientenkursus entlasse. Die Begründung habe ich vor der gesamten Schüler-

schaft gegeben. Da Sie Ihre Freude über die konspirative Arbeit Ihrer Genossen gegen die Arbeiterkurse unverhohlen ausgedrückt haben, können Sie nicht Mitglied dieser Kurse bleiben. Ihre Zugehörigkeit zu der Kommunistischen Partei spielt bei dieser Entscheidung keine Rolle. Gez.: Dr. Karsen.“ Ueber die Vorgänge, die einen auf Karl Marx schwörenden Schulmann gegen einen auf Marx nebst Lenin eingeschworenen Schüler kurz vor dessen Schlußexamen zu einer so krassen Maßnahme, zum brutalen Rausschmiß veranlaßten, möge man sich in den betreffenden Heften des „Schulkampf“ unterrichten. Im Oktoberheft gibt Gert Schneider selbst in einem Aufsatz „Diktator Karsen“ Aufschluß über die „konspirative Arbeit“, die er ja garnicht geleistet, sondern nur gebilligt haben soll und faßt den Tatbestand der Relegation in die klare Feststellung zusammen: „Karsen wollte den ‚Schulkampf‘ und den SSB. treffen, als er mich entließ.“ Im Novemberheft des Blattes aber stellt sich in einer längeren Auslassung „Das Ende der Schulreform“ die Bundesleitung des Sozialistischen Schülerbundes neben ihren gemäßregelten Redakteur. Darin heißt es: „Die Relegierung Gert Schneiders war nur der Anfang für einen groß angelegten Feldzug gegen die revolutionären Schüler dieser Schulen und damit gegen die revolutionäre Schülerschaft überhaupt. . . Am 13. September findet eine Sitzung ausgewählter sozialdemokratischer Schüler der Arbeiter-Abiturientenkurse an der Karl-Marx-Schule statt. Studienrat Hommes, Lehrer der Schule, hält in dieser geheimen Sitzung ein Referat und führt dabei aus, daß die Schüler neben dem Schülersein auch die Aufgabe hätten, Parteiarbeiter zu sein, da sonst die Arbeiterkurse keinen Sinn hätten. Die Kurse seien von SPD.-Leuten gegründet worden, die meisten Lehrer und Schüler bekennen sich ebenfalls zur SPD., woraus ihnen das Recht erwüchse, die Kurse in ihrem Sinne auszugestalten. Dieser Hommes ist . . die rechte Hand Karsens, der in der Oeffentlichkeit stets fraktionelle Verbindungen an seiner Schule ablehnte. . . Nach diesem Referat wählte man ein Exekutivkomitee, das sich aus 5 Schülern . . zusammensetzt. Dieses Komitee hat besondere Aufgaben. Bei irgendwelchen Entscheidungen muß es sofort zusammentreten, durch je zwei Vertrauensleute die Verbindung mit den Klassen aufrechterhalten und für die Schulgemeinden die Abstimmungsparolen herausgeben. Die Klassenvertrauensleute . . müssen die eigenen unsicheren Genossen bewachen und die kommunistischen Genossen auf Aeußerungen hin beobachten . . . Für die Wahl der Schülerräte wurde die prinzipielle Parole herausgegeben: Keine Kommunisten hinein!“

Bekanntlich begründen die Sozialdemokraten ihre Verfolgungstaktik gegen alle revolutionären Bestrebungen, die sie verlogenerweise

stets gleichsetzen mit kommunistischen Parteibestrebungen, ständig mit der Versicherung, daß sie keine Parteipolitik und keine Fraktionsbildungen zulassen dürfen, sondern gleiches Recht für alle walten lassen müßten. So macht es der „rote“ Ulrich in Hessen, so Herr Hennicke am Wedding, so der Dr. Karsen in seiner „Karl-Marx-Schule“. Im letzten Falle bleibt noch hinzuzufügen, daß gegen Gert Schneider wegen eines Artikels im „Schulkampf“ „Kriegsgefahren und ihre Bekämpfung“ (Juli/Augustheft) ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden ist.

Damit schließt sich der Kreis. Der Faschismus drängt vor auf allen Gebieten; Kapitalismus und Imperialismus wollen freie Bahn. Wo bei Arbeitern und ihren revolutionären Freunden freie Regsamkeit des Geistes bemerkbar wird, muß der Staat und die Kirche her, um Wort und Gedanken zu knebeln. Die Sozialdemokratie ist „an der Macht“, das heißt sie darf Posten besetzen, von denen aus der Weg des Faschismus am sichersten zu bahnen ist. Da sie eine Vergangenheit hat, die sie als Objekt aller Staatsverfolgung gezeigt hat, da sie heute noch behauptet, das Ziel ihres Strebens im Sozialismus zu erkennen, folgen ihr Millionen urteilslose Arbeiter. Solange sie die Geschäfte der Kapitalisten und Imperialisten besorgt, ist sie der nützlichste Vorspann aller Reaktion. Stellt sie die Wirtschaftsherrn des Landes auf irgendeinem Tätigkeitsfelde nicht voll zufrieden, so verlieren ihre Funktionäre die bequemen, hochdotierten, alles Strebentum befriedigenden Machtposten. Die größte Gefahr für die herrschenden Mächte ist die revolutionäre Besinnung, das Auftreten der Jugend gegen die Autorität und die Staatsräson. Hier findet der Feldwebeldünkel der Sozialdemokratie das reichste Ackerland zur Verwüstung und Einebnung. Eben wurde in Hamburg die sozialistische Organisation der höheren Schüler vom sozialdemokratischen Senator Emil Krause aufgelöst, während das Schulamt in Dresden drei Mitglieder des SSB. wegen sozialistischer Gesinnung (wörtlich!) relegiert hat. Der Schulkampf ist auf der ganzen Linie entbrannt. Kapital, Kirche, Bürokratie, Autorität jeder Art führt ihn gegen das selbständige Denken, gegen den Freiheitswillen der Kinder und der Jungen, die Jugend muß ihn führen im Bunde mit allen, die von Freiheit wissen, um die Neuordnung aller Dinge, um Revolution und sauberes Leben.

„Wir kennen“, sagt Landauer im Aufruf zur Freien Schule, „die immer stärker anwachsende Bewegung, die auch in Deutschland . . . zur radikalen Reform des Lernstoffs und der Unterrichtsmethode drängt. Sie will den Lehrern wie den Schülern wahre Freude am Unterricht geben; sie will dem Verhältnis des Lehrers zum Schüler den gräßlichen Charakter der Autorität und des Gehorsams nehmen;

sie scheint zu wissen, daß in der guten Zeit europäischer Kultur die universitas nicht eine unorganische Zusammenstoppelung toter Lehrfächer, sondern die Gemeinschaft, die Genossenschaft von Lernenden und Lehrenden, die Korporation bedeutete. Sie will also unter Unterricht nicht ödes, theoretisches Lernen von Uninteressantem, sondern das Eingehen auf die Interessen des Kindes verstehen . . . Diese Bewegung will Lernen und Leben, Lernen und Spielen, Lernen und Betätigung, Lernen und Schaffen wertvoller Tatsächlichkeiten in ihre natürliche Verbindung bringen; . . . sie geht schließlich nicht darauf aus, in den Schüler etwas hineinzutrichtern, sondern aus ihm das Eigene, das in ihm ist, herauszuholen, zu steigern und so die Welt zum Persönlichen, das Persönliche zum Weltgewachsenen und Weltumfassenden zu machen. Alle diese weitverzweigten Tendenzen scheinen uns zusammenzugehören in ihrer Aufgabe: die Grundlage zu sein für die Erneuerung unseres Volkes, vor allem durch die Bekämpfung der Uniformierung und Disziplin und die **Förderung der Originalität** Erst wenn wir durch eigene Genossenschaftsorganisationen von uns gegründete Gebilde zu verteidigen und auszugestalten haben, wird der Ruf: Fort mit der Einmischung des Staates und der Kirche in unsere Schulen! Freiheit der Schule! Selbstbestimmung der zu Schulgemeinden vereinigten Eltern über ihre Kinder! Nachdruck und fortreibende, wirkende Gewalt bekommen.“

Diese Sätze wurden vor 20 Jahren geschrieben. Inzwischen ist manches Wirklichkeit geworden, was hier gefordert wurde, wenn auch nur in Ansätzen und vordrängenden Versuchen. Gegen diese Keime richtet sich die vereinte Kraft der autoritären Reaktion. Die im Nachwuchs ans Licht quellende Freiheit soll vernichtet werden, denn sie ist das gefährlichste Hindernis für alle Mächte der Unterdrückung und Entwürdigung. Um unserer selbst willen, um der Zukunft willen, um der Revolution willen, um der Befreiung der Menschheit willen müssen wir im Kampf um die Schule dem kommenden Geschlechte helfen!

Morgen

Gedanken über den Aufbau und die Wirksamkeit anarchistischer Ordnung.

Der Genosse Fritz Müller hat im Folgenden kurz und übersichtlich das Lebensbild der Gesellschaft skizziert, wie es sich seiner Vorstellung des „Morgen“ malt. Die Gedanken Fritz Müllers werden im FANAL mitgeteilt, nicht um sie zur Diskussion zu stellen — FANAL ist kein Diskussions-, sondern ein Propaganda-Organ —; sie werden einfach zur Kenntnis ge-

geben, damit jeder seine eigenen Gedanken daran anschließen kann. Offenbar läßt diese oder jene Aufstellung unseres Genossen auch der Kritik Raum. Was er jedoch mindestens geleistet hat, ist eine wohlgedachte Zusammenstellung von Ueberschriften zu den Grundthemen, mit denen sich der Revolutionär beschäftigen muß, will er den Sozialismus einmal im Geiste der Anarchie verwirklicht sehen. Jeder von Fritz Müller verkündete Gedanke, jeder Abschnitt und jeder Punkt seines Entwurfs wirft eine Fülle von Fragen auf, über deren jede schon ausgiebige Debatten geführt worden sind und noch geführt werden müssen. Eine Frage z. B. zum ersten Satz seines Programms: Was ist zu tun, wenn nicht überall, zumal nicht bei großen Teilen des fast ein Jahrhundert marxistisch mißleiteten Proletariats, die Vernunft an die Stelle von Vorschriften und Gesetzen tritt? Wie bestimmt das Volk, was Vernunft ist? Mit welchen Mitteln gewinnen die Anarchisten in Zeiten der Revolution die kämpfunwilligen, bürgerlich philiströsen und kirchlich vernagelten Massen ihrer proletarischen Klassengenossen zur Vernunft der Freiheit? Viel ist zu fragen. Aber schon die Anregung zum Fragenstellen ist dem revolutionären Geiste gesund.

E. M.

Programm:

An Stelle von Vorschriften und Gesetzen tritt die Vernunft.
 Das Volk entscheidet in allen Dingen der Allgemeinheit.
 Der Einzelne entscheidet über sich, soweit andere nicht geschädigt sind.
 Es gibt nur Volksbeauftragte, die jederzeit abberufen werden können.
 Alle Verhandlungen sind öffentlich.
 Alle Maßnahmen sind einmalig.

Voraussetzung:

Wo Altes hinderlich ist, fort damit!
 Achtung vor sich selbst und vor allen Menschen.
 Einsicht und Mut zur Wirklichkeit.
 Willen zur Arbeit mit Leib und Kopf.

Weg:

Nur der erste Schritt ist unerhört und kühn.
 Er allein erfordert den großen Mut.
 Er ist die Tat — die Vergangenheit brückenlos hinter sich —, die das Tor der Zukunft schaffend durchschreitet.

Ausführung:

- I. Macht nur bei den Arbeitenden.
 1. Ausübung distriktweise durch Volksbeauftragte, die jederzeit von den Auftraggebern abberufen werden können. Es gibt keine dauernden Befugnisse, es gibt keine „Beamten“ mehr.
 2. Die Organisation vom Einzelmenschen zu größeren Gruppen erfolgt von Fall zu Fall auf Grund freier Vereinbarungen.

- II. Verwaltungsstellen in heutiger Form werden ausnahmslos aufgelöst. Heer, Marine, Polizei bestehen nicht mehr. Für die Revolution wird das Volk neue Organisationswege finden.
Alle Zwanganstalten werden ausnahmslos aufgehoben.
- III. Notwendige öffentliche Betriebe werden von den in ihnen Tätigen fortgeführt und umgestaltet; Post, Eisenbahn, Krankenhäuser und andere Betriebe lebenswichtiger Bedeutung.
- IV. Alle Produktionsmittel, Grund, Baulichkeiten gehören der Allgemeinheit.
- V. Nur regelmäßige Arbeit jedes Arbeitsfähigen berechtigt zum Unterhalt.
Es gibt keinen Lohn, keine Gehälter. Jeder Mensch erhält Wohnung, Kleidung, Speisung.
- VI. Bedürfnisse der Einzelnen und der Allgemeinheit werden von Fall zu Fall von allen Beteiligten geregelt. Das Vorhandene wird entsprechend den Bedürfnissen aufgeteilt.
- VII. Imaginäre Werte, wie Geld in Metallform oder Scheinen, Aktien sind ungültig.
- VIII. **Produktion:**
 1. Lebenswichtige Betriebe laufen weiter.
 2. Alle andern Betriebe werden sofort stillgelegt oder umgestellt. Der Begriff der Lebenswichtigkeit ist relativ und wird von Fall zu Fall bestimmt.
 3. Alle Arbeit ist öffentlich; auch die Arbeitsteilung geschieht öffentlich.
 4. Die Öffentlichkeit wacht mit den besonderen Arbeitsräten der einzelnen Werke über Anlagen, Arbeit, Produktion.
- IX. Ziel ist Gemeinwirtschaft. Feinde der Arbeiter werden unnachsichtig beseitigt, um das Werk zu sichern. Recht und Gesetz gibt es nicht. Das arbeitende Volk entscheidet von Fall zu Fall.
- X. Alle Macht ruht nur bei den Arbeitenden. Sie nehmen die Beauftragungen vor. Sie sind jederzeit imstande, Beauftragte zurückzurufen, abzusetzen oder zu ersetzen. Es gibt keine Vorrechte von Dauer mehr. Kein Volksbeauftragter kann jemals gegen den Willen des Volkes handeln.
- XI. Der Besitz an Grund und Boden, an Baulichkeiten, an allen Produktionsmitteln ist aufgehoben.
- XII. Das Geld ist abgeschafft. Werden Tauschmittel trotzdem in irgendeiner Form notwendig, so gibt es keine Verzinsung, keine Uebertragbarkeit, keine Möglichkeit, Produktionsmittel um diese Tauschmittel kaufen zu können.
- Die Produktionsmittel stehen allein in Dienst und Besitz der Allgemeinheit.

Das Recht des Einzelnen beschränkt sich auf den Unterhalt und die vorhandenen Kulturmöglichkeiten.

Alle Macht ausnahmslos der Allgemeinheit der Arbeitenden!

Freiheit jedem Einzelnen innerhalb der Gemeinschaft aller!

Fritz Müller.

Fabriken des Todes

Sieben Jahre ist es her, da starb — am 16. Januar 1923 — einsam und heistandslos, in einer Strafzelle für verschärfte Haft, in Niederschönenfeld unser Genosse August Hagemeister. Eine Krankenabteilung war in der sogenannten Festungsanstalt trotz ausdrücklicher Vorschrift nicht vorhanden. Schuld an Hagemeisters Tode war der willkürliche, allen modernen und selbst von der herrschenden Justizbürokratie anerkannten Grundsätzen hohnsprechende Strafvollzug, dem wir ausgesetzt waren, die politische Gehässigkeit, die sich bei den Strafvollstreckungsorganen, besonders bei dem Anstaltsvorstand Heinz Hoffmann sogar noch gegen sein sterbenskrankes Opfer auswirkte, die Unfähigkeit und Gleichgültigkeit des Anstaltsarztes Dr. Steindl und die bodenlose Fahrlässigkeit und Herzlosigkeit sämtlicher Beamten, die zur Erhaltung des Lebens und der Gesundheit der bayerischen Revolutionsgefangenen verpflichtet waren. An der Wahrheit dieser Schuldzuteilung wird dadurch nicht das geringste geändert, daß Albert Winter für dieselben Behauptungen schon einmal zwei Monate Gefängnis hat absitzen müssen. Wenn die bayerische Justizverwaltung Schneid hat, möge sie mich wegen der Wiederholung der schon abgestraften Beschuldigungen vor ein Berliner Gericht zitieren (sämtliche bayerischen Richter wären, da sie in ihrer Karriere von der angegriffenen Behörde abhängig sind, ja doch der Befangenen verdächtig); ich wünschte sehr, die Niederschönenfelder Strafmethoden einmal öffentlich mit allen einzelnen Schandtaten vorführen zu können, um sie als Todesursache jedem Unbefangenen einleuchtend zu machen. Bei der Verurteilung Winters möchte ich es schon deshalb nicht bewenden lassen, weil, auf sie gestützt, der sehr noble, sehr ohrstliche bayerische Staat der Witwe und den Kindern Hagemeisters jeden Pfennig Entschädigung verweigert. Es gibt Dinge, von denen zu reden man sich auch von möglichen Prozessen und Bestrafungen nicht zurückhalten läßt, und an die zu erinnern man jede passende Gelegenheit zum Anlaß nimmt.

Leider ist eine überaus passende Gelegenheit da, sich des Todes August Hagemeisters auf das lebhafteste zu erinnern. Im Berliner Virchow-Krankenhaus ist am 1. Januar der Genosse Herbert Kobitsch-Meyer im 33. Lebensjahre gestorben. Im letzten FANAL-Heft war in einer nach Redaktionshoß angefügten Bemerkung schon auf seinen traurigen Gesundheitszustand hingewiesen worden. „Er ist magen- und lungenkrank“, hieß es da, „und hat im Laufe der letzten vier Monate über 40 Pfund abgenommen. Ihn haftunfähig zu erklären, findet die Staatsgewalt keine Veranlassung.“ Als ich das schrieb, hatte ich schon die allergrößten Befürchtungen um das Leben Kobitsch-Meyers, wollte sie aber nicht öffentlich aussprechen, weil ich damit rechnen mußte, daß er selbst das Heft lesen und dann allen Mut verlieren könnte. Im Juni hatte ich ihm im Brandenburger Zuchthaus besucht und einen kräftigen, lebhaften, von den damals überstandenen vier schweren Kerkerjahren scheinbar ganz unge-

brochenen Menschen angetroffen. Unter dem 23. Juni schrieb er mir: „Zehend an der Freude, die Du mir mit dem Besuch bereitet, durchstreife ich in Gedanken nochmals all das Durchgesprochene und von Dir Mitgeteilte. Ach, leider währte ja der Besuch nur einen kurzen Augenblick (ich besuchte an jenem Tage eine größere Anzahl Gefangener), und knapp daß ich die Ueberraschung erst voll begriffen, die unwillkürliche innere Erregung aus solcher Ueberraschung heraus sich gelegt, war auch schon die sogen. Sprechstunde zu Ende. Ja, so viele, vielerlei Fragen würde ich gern gerade an Dich gerichtet haben, gerade von Dir beantwortet wissen. Doch selbstverständlich in meiner Lage bleibt dieser Wunsch unerfüllbar, weil ich nur dann ein Thema anschnneiden würde, wenn ich die Möglichkeit sehe, daß das Thema auch in allen Punkten ausgiebig diskutiert und behandelt werden kann. Dieses ist mir und auch Dir vorläufig nicht möglich; nicht schriftlich und auch nicht mündlich, das Schwert „Zensur“ würde eine Korrespondenz der Diskussionen, wie sie zwischen uns entstehen würde, nicht zulassen. Also bleibt mein sehnhchster Wunsch offen: bis zur Zeit, da ich meine Freiheit einst erlangt, — dann wirst Du mir es ja nicht abschlagen, Auskunft in diesem oder jenem Punkt zu erteilen. Um aber jetzt vorläufig wenigstens in geistiger Gemeinschaft mit Deinen Gedankengängen zu bleiben, werde ich versuchen, die Erlaubnis zu erwirken, Deine Broschüren (gemeint ist FANAL) ständig zu beziehen. Sobald ich die Erlaubnis erhalte, werde ich's Dir mitteilen und Dich dann um Zusendung bitten. Sollte die Anst.-Verwaltung mir die Erlaubnis verweigern, so werde ich mich an den Präsidenten des Strafvollzugsamtes. Nun noch ein Wort zu meiner Sache. Ob eine Amnestierung oder vorzeitige Entlassung zu erwirken ist, bleibt nach der politischen Konstellation zu bewerten. Ob noch jetzt zu erwirken ist, daß das Amnestiegesetz vom vorigen Jahr für uns in Anwendung gebracht wird, scheint mir zweifelhaft.“ (Es folgen nun Angaben über die Tätigkeit des Anwalts.) „Es wäre mir ebenfalls sehr lieb, wenn Du nach Einsicht der Akten mir Deine Ansicht, was evtl. zu machen ist, mitteilen würdest. Doch sollten all die Bemühungen aller Genossen trotz alledem zum Schluß negativ ausfallen, nun, auch dann werde ich das oktroyierte Los stets zu tragen wissen! Werde dann eben, um nicht ein gänzlich nutzloses Vegetieren zu führen, die Zeit, die ich gezwungen bin, hier zuzubringen, mit Lesen, Lernen usw. ausfüllen und der Zeit harren, da ich für Nützlicheres meine Kräfte zur Verfügung stellen werde.“ Im September war ich wieder in Brandenburg und besprach mit Kobitsch-Meyer das Notwendigste. Da klagte er schon, daß ein altes Magenleiden, das schon vor der Haft 1921 und 22 zwei Operationen notwendig gemacht habe, neuerdings bemerkbar werde. Doch schien er kaum sehr besorgt deswegen, machte auch keinen kranken Eindruck auf mich. Ende November erhielt ich aber ein Schreiben von ihm aus dem Untersuchungsgefängnis Moabit, wo er im Lazarett liege. Er gibt darin einen ausführlichen Krankheitsbericht, worin es heißt: „Mein körperliches Befinden ist ziemlich miserabel, meist schlaff und matt, dieses ist sehr begreiflich, da ich in den letzten 3—4 Wochen an Körpergewicht 20 Kilo abgenommen. Außerdem habe ich täglich heftige Magenschmerzen auszustehen, so daß ich zeitweise mich krümme wie ein Wurm.“ Am 11. Dezember war ich dort. Als der Genosse in die Tür des Warteraums im Lazarett eintrat, fuhr ich zurück. Aus dem Mann, den ich vor drei Monaten stark, mit breitem Brustkasten, klaren, männlichen Zügen und irischnen Augen gesehen hatte, war ein wankendes Skelett geworden. Die dunkeln, großen Augen lagen tief in dem völlig eingestallenen Gesicht, der Körper schleppte sich dürr und zusammengezogen

auf schwachen Beinen vorwärts, die Stimme klang leise und müde und die Hand fühlte sich kalt und schweißig an. In diesem Zustand durfte er an dem naßkalten Tage den Besuch nicht in seiner Krankenzelle empfangen, sondern wurde über den Hof zu mir geführt. Dabei hatte Kobitsch-Meyer am selben Morgen sein Todesurteil erhalten, nämlich den Bescheid, daß die Sputumuntersuchung offene Tuberkulose ergeben hatte. Der arme Mensch, der sich immer als einer der tapfersten und hoffnungsfreudigsten gefangenen Genossen bewährt hatte, kämpfte mit Tränen. Er erzählte mir, daß das Magenleiden plötzlich in heftigster Form wieder aufgetreten sei und er seitdem so gut wie keine Nahrung bei sich behalten konnte. Man behandelte ihn im Zuchthaus Brandenburg, so gut es gehen wollte, bis der Verdacht entstand, daß auch die Lunge krank sei. Darauf wurde er nach Berlin gebracht, und nun hieß es, den Organismus kräftigen mit Milch und Stärkungsmitteln, die der Magen nicht aufnehmen wollte. Die einzige Rettung sah der Kranke in schleuniger Strafunterbrechung. Für gute Unterkunft und pflegliche Behandlung war vorgesorgt. Der Anwalt, die „Rote Hilfe“, wir Freunde bemühten uns vergeblich. Der behandelnde Moabiter Arzt, den sich der Patient ja nicht selber hatte aussuchen können, fand ihn auch noch nach der T.-B.-Diagnose haftfähig. Am 31. Dezember erst sah der Herr, daß wenigstens das Gefängnislazarett in der Rathenower Straße nicht mehr der richtige Aufenthaltsort für den gefangenen Proletarier war. Man hat es nämlich der Statistik wegen nicht gern, daß in den Haftanstalten gestorben wird. Der rettungslos Verlorene wurde also zu Silvester in ein städtisches Krankenhaus transportiert, wo er am Neujahrstage dem humanen deutschen Strafvollzug in den Tod entrann.

Mit Kobitsch-Meyers jammervollem Ende sind die Annalen des Rachezugs der Klassenjustiz gegen revolutionäre Arbeiter um einen neuen Fall Hagemeister bereichert worden. Um diese Tatsache vor der Öffentlichkeit zu verbergen, um die Erregung in allen revolutionär gesinnten Kreisen des Proletariats als künstliche Mache erscheinen zu lassen, zog man, in einem, natürlich zuerst vom „Vorwärts“ verbreiteten Schreiben an die Presse wurde erklärt, der wegen schweren Raubes zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Arbeiter Herbert Kobitsch-Meyer sei im Virchow-Krankenhaus an einer Lungenentzündung gestorben. Lungenentzündung! Das kann ja mal vorkommen, daß ein Gefangener von einer plötzlichen schweren Erkrankung erfaßt wird und trotz seiner rechtzeitigen Ueberführung in ein mit allen modernen Einrichtungen ausgestattetes Spital stirbt. Und so human ging man um mit einem ganz gewöhnlichen Räuber; seht doch, wie gütig der Staat selbst mit seinen verworfensten Mitemenschen, mit den gemeinsten Verbrechern verfährt! Schlechtes Gewissen? Unsinn! Wäre in der Angelegenheit auch nur die leiseste Spur von Gewissen am Werke gewesen, dann hätte man Kobitsch-Meyer ja nicht so erbärmlich verrecken zu lassen brauen. Man wußte ja, daß er tuberkulös war, daß das Moabiter Lazarett für ihn das denkbar mörderischste Asyl sein mußte, daß ein Mensch in seinem Zustande in Haft nicht gerettet werden konnte. Warum also die freche Lüge, die Todesursache falsch anzugeben, den kriminellen Tatbestand zu färben und so zu tun, als habe man rechtzeitig die nötigen ärztlichen Vorkehrungen getroffen? Aus politischen, aus sonst gar keinen Gründen! Da die Beerdigung gemeinsam mit der des parteikommunistischen Genossen Walter Neumann stattfand, der bei dem national-sozialistischen Ueberfall auf das kommunistische Parteilokal am Görlitzer Bahnhof ermordet war, und da die „Rote Hilfe“ und die KPD. zur demonstrativen Beteiligung und zum geschlossenen Aufmarsch zum

Friedhof in Friedrichsfelde aufgerufen hatten (Kobitsch-Meyer gehörte übrigens nicht der KPD., sondern der KAPD. an), mußte dem Zörgiebel das Stühwort geliefert werden, das ihn in Stand setzen sollte, ohne berechnigte Empörungsgedühle anerkennen zu müssen, mit Pistolen und Gummiknütteln die Trauerumzüge der Arbeiter auseinander Sprengen zu lassen. — was auch gründlich geschah.

Politische Gründe haben die amtlichen Lügen über den Tod Kobitsch-Meyers verursacht, ihr wichtigster aber war der, daß mit der Kennzeichnung des Toten als irgendeines gleichgültigen Dutzendeinbrechers die Schande verschminkt werden sollte, daß man ihn um die Amnestie vom 14. Juli 1928 betrogen hatte, auf die er Anspruch hatte. Man konnte sich denken, daß die Verschärfung der fürchterlichen Zuchthausstrafe, die das Gericht verhängt hatte, durch die fahrlässige Tötung im Lazarett das Solidaritätsgefühl der Arbeiter mit den von den Staatsanwälten in den Kerker zurückgestoßenen Revolutionären neu erwecken und die Forderung der nachträglichen Anwendung der Amnestie auf Kobitsch-Meyers nächste Genossen Karl Peters und Karl Nachtigall stärker denn je beleben werde. Darum mußte der Vorwärts dem gerade vom Triebrod der politischen Justizmaschine Zermalmten zunächst den politischen Charakter absprechen, damit man der Forderung, seine Gefährten von derselben revolutionären Kampfgruppe freizulassen, von vornherein mit dem bedauernden Achselzucken der bürgerlichen und leider ja von den Kommunisten vielfach geteilten Eigentums-moral (vgl. voriges Heft des FIANAL) entgegenzutreten könne.

Wer war Herbert Kobitsch-Meyer? Was tat er Sträfliches? Warum verstieß er gegen die Gesetze? Ich zitiere aus einem Schriftsatz der Verteidigung, in dem die Anwendung der Amnestie auf die drei über-gangenen Revolutionäre unter ausführlicher Klarlegung des Sachverhalts verlangt wird: „Kobitsch-Meyer ist im Alter von 16 Jahren zur See gegangen. Bei Kriegausbruch befand er sich in Nikolajew als Matrose auf einem russischen Handelsschiff. Als deutscher Staatsangehöriger wurde er interniert und zunächst nach Wjatka in Sibirien und später nach Astrachan verschickt. Dort hatte er Umgang mit russischen Revolutionären und wurde von ihnen in die Lehren des Sozialismus eingeführt. Nach Ausbruch der russischen Revolution hatte er die Möglichkeit, nach Deutschland zurückzukehren. Er wurde dort am 10. August 1918 in Kiel zur Marine-eingezogen. Bei Ausbruch der Revolution trat er in Kiel dem Spartakus-bund bei. Nach der Niederwerfung des Mitteldeutschen Aufstandes im Jahre 1921 war Kobitsch-Meyer gezwungen, wegen seiner bisherigen politischen Tätigkeit unter falschem Namen zu leben. Er legte sich den Namen Fritz Lorenz bei und arbeitete unter diesem Namen von 1921—1924 bei der Firma Krupp in Essen im Betrieb Glühhaus I, II und III. Er betrieb dort revolutionäre Agitationsarbeit und war Betriebsobmann der AAU. Dies war der Betriebsleitung genau bekannt, die in der Lage sein wird, darüber jederzeit Auskunft zu geben. Während seiner Tätigkeit im Ruhrgebiet betätigte sich Kobitsch-Meyer u. a. auch intensiv durch Zersetzungsar-beit unter den französischen Besatzungstruppen, insbesondere verteilte er unter ihnen antimilitaristische Flugblätter. Seine und seiner Freunde Tätigkeit hatte sogar den Erfolg, daß einige französische Kompanien meuterten. Gleichzeitig schloß sich Kobitsch-Meyer zuerst als sympathisierender, später als aktiver Teilnehmer der Plättnerbewegung an. Im Jahre 1924 siedelte er nach Hamburg über, wo er von Juni bis September bei der Vulkanwerft arbeitete. Seit Herbst 1924 betätigte er sich ausschließlich im Sinne der Plättnerbewegung.“ Kobitsch-Meyer wurde, immer zu-

sammen mit Peters und Nachtigall, abgeurteilt, zuerst vom Schöffengericht Berlin-Schöneberg am 29. August 1925, wobei auf seinen Anteil entfielen wegen Raubes in 2 Fällen, ausgeführt am 19. Januar 1925 in der Verkaufsstelle des Beamten-Wirtschaftvereins in Berlin-Tempelhof und am 18. März 1925 in der Teltower Kreissparkasse Berlin-Friedenau, je 5 Jahre Zuchthaus, zusammengezogen zu einer Gesamtstrafe von 6 Jahren Zuchthaus; zweitens vom Schwurgericht in Braunschweig am 31. Oktober 1925 wegen einer ähnlichen Unternehmung und drittens vom Schwurgericht Magdeburg am 3. Dezember 1925 wegen versuchten schweren Diebstahls in Tateinheit mit Verbrechen gegen § 214 StGB. (Totschlag zur Lebenssicherung bei strafbaren Handlungen) zu 2½ und 15 Jahren Zuchthaus, alles zusammengezogen zu 15 Jahren. Um die Verweigerung der Anerkennung der politischen Zwecke dieser Taten recht zu beurteilen, lese man diese Sätze aus den Urteilen der Gerichte: „Als Beweggrund ihrer Tat geben die Angeklagten an, daß sie die Absicht gehabt hätten, die „expropriierten“ Gelder für die Hinterbliebenen der bei Demonstrationen gefallenen Arbeiter und für die Parteikasse der Kommunistischen Arbeiterpartei zu verwenden.“ „Sie (die Angeklagten) haben ferner durch die Art ihrer Verteidigung zu erkennen gegeben, daß sie nicht die geringste Reue empfinden, vielmehr die Straftaten, soweit sie sie eingestehen, als berechtigten Ausdruck ihrer staats- und gesellschaftsfeindlichen Ueberzeugung ansehen.“

Die Verteidigung bemerkt dazu: „Diese Urteilsbegründung zeigt deutlich, daß die Verurteilten, soweit sie ihre Taten eingestehen, auch die politischen Motive angaben, und daß das Gericht ihnen diese Motive glaubte. Wenn die Verurteilten in dem Magdeburger Fall nichts über ihre politischen Motive oder richtiger gesagt, überhaupt nichts über ihre Motive erwähnten, so lediglich deshalb, weil sie die Tat bestritten und daher selbstverständlich über ihre Motive nichts aussagen konnten.“ Leugnen ist bekanntlich das Recht jedes Angeklagten und Revolutionäre machen dann von diesem Recht Gebrauch, wenn sie das für ihre revolutionäre Sache für nützlich halten. Peters, Nachtigall und Kobitsch-Meyer wurden also in Magdeburg wegen Fällen verurteilt, die sie bestritten und gerade in diesen Fällen wurden nur unpolitische Beweggründe angenommen, nur mit diesen Annahmen wird die Verweigerung der Amnestie für die drei letzten Eingekerkerten der Plättnerbewegung bis jetzt verweigert. Die Verteidigung hat dann, nachdem die ganze Kampfgruppe, soweit sie anderer Unternehmungen wegen verurteilt war, durch die Amnestie entlassen, also als politisch anerkannt war, den ungewöhnlichen, aber sehr berechtigten Weg beschritten, in einem Schriftsatz an den Braunschweiger Justizminister eine Reihe von ähnlichen Raubüberfällen aufzuzählen, an denen unsere drei Freunde nachweislich beteiligt waren, die aber überhaupt nicht Gegenstand eines Strafverfahrens gegen sie gewesen sind, für die nur andere Mitglieder der Gruppe verurteilt wurden und die durch die Anwendung der Amnestie als politische Taten anerkannt worden sind. Trotzdem weigern sich die Justizbehörden auch jetzt noch zähe, die drei letzten Beteiligten an allen diesen Aktionen zu amnestieren, und Herbert Kobitsch-Meyer ist dank der Behandlung, die kranke Proletarier in den Gefängnissen der freiesten Republik der Welt im Gegensatz zu migräneleidenden inkriminierten Bourgeois und Adligen erfahren, zerhackt und zermürbt in der Korrekptionsfabrik staatlicher Gerechtigkeit dem Tode gebrauchsfertig in den Raufen geschmissen worden.

Kobitsch-Meyer saß seit dem 14. Juli 1928 zu Unrecht im Zuchthaus. Er holte sich im Zuchthaus, nachdem es ihn schon nicht mehr hätte behalten dürfen, seine Krankheit. Die Krankheit wurde nicht rechtzeitig erkannt und wurde falsch behandelt. Als sie endlich erkannt war und ihr tödlicher

Charakter schon außer Zweifel stand, wurde Kobitsch-Meyer immer noch hafffähig befunden und seine ordnungsmäßige und vielleicht noch lebensrettende Behandlung dadurch verhindert. Am Tage vor seinem Tode wurde er in ein Krankenhaus transportiert, um die Statistik der Todesfälle im Gefängnis zu entlasten. Nachdem er tot war, wurde die Öffentlichkeit zweifach angelogen, indem ihr die Person des Toten als Verbrecher aus Eigennutz vorgeführt und eine falsche Todesursache mitgeteilt wurde. Der Fall Kobitsch-Meyer ist mit seinem Tode nicht zu Ende, sondern erscheint erst jetzt als aktueller Fall auf der Tagesordnung. Der Fall Kobitsch-Meyer ist ein typischer Fall. Er denunziert die Gefängnisse der deutschen Republik mitsamt ihren Zuchthaus-Lazaretten als Fabriken des Todes.

Gutzumachen ist nicht mehr, was hier an einem guten, revolutionären Kämpfer gesündigt wurde. Man wird den Arzt, der dem Todkranken alle Möglichkeiten zur Genesung vorenthielt, zur Rechenschaft zu ziehen haben, indem man ihm die Behandlung proletarischer gefangener Patienten nimmt. Es ist derselbe Arzt, der den Feme-Schulz haftunfähig schrieb. Man wird den Angehörigen unseres Genossen eine Geldentschädigung durch den Staat erkämpfen müssen. Man wird dafür sorgen müssen, daß an den beiden überlebenden Genossen Kobitsch-Meyers in den Zuchthäusern die zu Unrecht vorenthaltene Amnestie schleunigst durchgeführt wird. Man wird darüber hinaus eine neue, viel umfassendere Amnestie, für proletarische Gefangene, nicht nur „politische“, zu bewirken haben, für die mindestens die Grundsätze in Anwendung zu bringen sind, die als Minimalforderung im FANAL (Jahrg. III, 12, S. 280) aufgestellt worden sind. Man wird gründlichst die Krankenabteilungen der Strafanstalten abzuleuchten haben, um zu verhindern, daß darin die von der Justiz siech gemarterten Proletarier vollends verfaulen. Wir haben genug an den Fällen Hagemeyer und Kobitsch-Meyer! Aber wir wissen, daß diese beiden Fälle nur dadurch ans Licht gekommen sind, weil es politische Fälle waren. Nach den „Kriminellen“, von denen es Dutzenden ebenso ergeht, kräht kein Hahn. Auch sie sind nicht zum Tode verurteilt und dürfen also nicht mit dem Tode bestraft werden. Kampf den Leichenfabriken der Justiz!

Die Weisheit der Auserwählten

Die Haager Konferenz konnte also bis zum letzten Frühstück durchgeführt werden, und die Erinnerung des Herrn Schacht an die Tatsache, daß die deutsche Reichsregierung an das amerikanische Finanzkapital morganatisch verheiratet ist, führte zu heftigem Aufstoßen bei der deutschen Delegation, doch verließ man die Tafel in dem Bewußtsein, es dem Reichsbankpräsidenten gehörig gegeben zu haben. Fort mit Schacht! hieß es im Vorwärts emphatisch, und da nun feststeht, daß Schacht bleibt und über Einnahmen und Ausgaben der deutschen Republik selbstherrlich wacht, tröstet man sich mit der schönen Erklärung, daß diese Funktion des Reichsbankpräsidenten ja keine politische, sondern nur eine finanztechnische sei. Das ist ungefähr dieselbe Logik, die dem sozialdemokratischen Abgeordneten Frantz in der Sitzung des preußischen Landtags vom 24. Januar die prächtige Bemerkung eingab: „Die Riesenzahl der Erwerbslosen verdanken wir nicht einer Krise, sondern den scharfen Rationalisierungsmaßnahmen.“ Der Tod kommt eben nicht davon, daß jemand stirbt, sondern davon, daß sein Organismus kaputt ist. Der Young-Plan, zu dessen endgültigem In-

krafttreten nunmehr keine andere geistige Anstrengung weiter erforderlich ist, als die, die mit den Hintern der Parlamentarier betätigt wird, bringt bekanntlich dem deutschen Volke die Erlösung aus aller Ungewißheit, und wie gern zählt man doch mehr, wenn man nur weiß, daß man es genau 58 Jahre lang tun muß, als weniger, wenn man das nicht weiß. Wenn die jetzt bei 3 Millionen haltenden Erwerbslosen, wie von dem Marxisten Frantz gezeigt, mit einer Krise nichts zu tun haben, so darf man natürlich auch die allgemeine Pleibe in Staat und Gemeinden nicht einer Krise zur Last legen, und was weiter aus dem Wirken des „neuen Plans“ erfolgen wird, wird die Arbeiterschaft keineswegs beunruhigen dürfen, da ihr Hunger dann ja keiner Krise, sondern eben dem Young-Plan zuzuschreiben ist. Daher ist Grzesinskis Methode, die Not zu bekämpfen, indem er ihr die Straßen zum Spazierenführen sperrt und seinem Zörgiebel empfiehlt, um Hilfe rufenden Kehlen Mai-Bowle einzuflößen, nur folgerichtig. — Es ist auch ganz unnötig, dem Beginn der aus den neuen Verpflichtungen erwachsenden Anforderungen an die Leistungskraft der Bevölkerung mit etwelcher Sorge entgegenzublicken. Was „die Wirtschaft“ anlangt, so hält sie sich durch die Beschlagnahme der Substanz jener Unternehmungen schadlos, die bis jetzt noch von staats- und kommunalwegen ausgebeutet werden und daher von unseren Marxisten für sozialisiert gehalten werden, und was Arbeiter und Arbeitsuchende, Krüppel, Proletarierfrauen, arme Kranke und hungernde Kinder betrifft, so haben für sie die Wirkungen der Haager Neuordnung schon begonnen, als der Schacht die Prokura des Bankhauses Morgan präsentierte. Gerade hatte man die Weisesten auserwählt, um wenigstens in Berlin der Not zu steuern, da kam Befehl von Schacht an das rote Berlin, daß nicht der Not zu steuern sei, sondern daß die Not zu steuern habe. Die Kommunisten sind ganz empört darüber; gerade hatten sie so viele Stimmen bekommen, daß sie den Berlinern zeigen konnten, was wahre Weisheit der Erwählten vermöge, da kamen ihnen Scholtz und Maier dazwischen, und nun haben sie zwar das Recht, Anträge zu stellen, aber der Oberpräsident von Potsdam bestimmt, ob sie angenommen werden dürfen. Heinz Neumann verspricht uns ja aber jetzt die Revolution; das Proletariat soll damit über rascht werden: wenn Thälmann pfeift und Leow mit dem Pfropfen knaflt, gehts los. Eintritt zur Barrikade nur gegen Vorzeigung des Parteibuches.

Ist es nicht zum Speien, wie die sogenannten Arbeiterführer bei einer so verzweifelten Verelendung, wie sie augenblicklich einsetzt, nur wieder ihr armseliges kleines Reklamegeschäft zu fördern trachten? Zweimal hat in den letzten Wochen Zörgiebel unter Bruch des für ihn maßgeblichen Rechtes die „Rote Fahne“ verboten. Die „Rote Fahne“ aber ruft nicht die Revolutionäre aller proletarischen Richtungen zur Solidarität auf, sondern wendet sich mit allen Klagen nur an die Sozialdemokraten, um ihnen zu zeigen, daß sie auf falschen Wegen seien. Und Bekundung von Solidarität sieht sie nicht in vereinten Aktionen aller Revolutionäre gegen den gemeinsamen Feind unter Zurückstellung alles Trennenden, sondern im Hurra-schreien auf Stalin und auf die Beschlüsse des Kongresses der Gewerkschaftsopposition (nach denen die aus dem ADGB. Ausgeschlossenen dafür kämpfen sollen, daß sie wieder aufgenommen werden. Uebrigens: was ist eigentlich aus den Beschlüssen des famosen Kongresses „der Werktätigen“ geworden?). So traurig es ist: die großenteils ausgezeichnete revolutionäre Gefolgschaft der KPD. ist für den gemeinsamen Kampf des revolutionären Proletariats so gut wie ausgeschaltet, so lange sie eben Gefolgschaft der KPD.-Führung ist. Diese Führung sieht weit und breit nichts anderes als die Führung der SPD., die ja in der Tat aus der Partei der Bebel und Singer eine Partei der Knebel und Zwinger gemacht hat. Aber die revolu-

tionäre Arbeiterschaft, die aufs Ganze will, bedankt sich dafür, wieder dafür in den Kampf zu gehen, daß bloß eine neue Garnitur Auserwählter die alte Weisheit aller knechtenden Obrigkeit über sie ausgießen darf. Ihr ist es egal, ob der Motor des Staates von sozialdemokratischem Bonzin oder von bolschewistischem Bonzol getrieben wird. Sie will eine Revolution, die mitsamt dem Staat auch die Bonzokratie aller Sorten in die Luft sprengt.

Eselein, streck dich

Die Kerle, die sich seit Wochen vor einem Berliner Gericht wegen der Fälschung russischer Geldscheine zu verantworten haben, sind georgische Konterrevolutionäre und internationale Weißgardisten. Das ist viel wichtiger als die besondere Betätigung ihrer reaktionären Gesinnung durch die Tscherwonzenfälschungen. Dem Karumidse hält die „Weltbühne“ einen Strauß früherer Leistungen unter die Nase, dessen Blüten sehenswerter sind als die, die er mit seinem Kumpan Sadathieraschwili und etlichen deutschen gesinnungsverwandten oder geschäftsbeflissenen Helfern herstellte. Danach war Herr Karumidse vor dem Kriege schon Parteigänger des Großfürstenklüngels und Mitglied der Schwarzen Hundert, während des Krieges Agent der deutschen Militärpartei, 1924 beim kaukasischen Aufstand grausam rächender Tscheka-Mann der Bolschewisten, 1926 aber schon in Konstantinopel als Spekulant mit Tscherwonzen-Nachahmungen tätig. Diesmal steckt mit den beiden tüchtigen Georgiern außer ein paar Tolpatschen ein Haufen wohlbekannter Herrschaften zusammen, der General Hoffmann selig aus Deutschland und der Oel-Deterding aus England, der Kapitän Ehrhardt von anno Wiking und der Oberland-Weber von anno Hitler, der schon einmal statt allerlei Hochstapler einen künftigen republikanischen Minister, Herrn Frick, neben sich auf der Anklagebank gesehen hat. Es ist nicht recht verständlich, warum bei so beschaffenen Umständen die Kommunisten so großen Wert darauf legen, die Tätigkeit der Georgier als einfache kriminelle Handlungen des Eigennutzes erscheinen zu lassen. Bloß, damit die Amnestie von 1928 nicht für sie angewendet wird? Das wäre doch viel weniger bedenklich, als daß man ihre weit ausgreifenden Kriegspläne gegen Rußland bagatelisierte. Hier liegt wirklich einmal ein Komplott zur bewaffneten Intervention vor — und da ängstigt man sich, daß die Leute dem deutschen Gefängnis entgehen könnten. Bedeutsam an der Angelegenheit ist das Zutagetreten der Sympathien bei europäischen Militärs und Riesenspekulanten für den Kriegszug um die Austilgung des Bolschewismus und um die Ausbeutung reichlichen Petroleums. Man könnte derartige Kriegspläne gegen Rußland sehr ernst nehmen, wüßte man nicht, daß ihnen ein von gegenseitigen Offiziersbesuchen und mancherlei munitiösen Gefälligkeiten gepflegtes Gegenspiel noch einflußreicherer deutscher Nationalbarden und russischer Macchiavellisten entgegenwirkt. Die Behauptungen des Bessedowski sind durch die Tatsache nicht widerlegt, daß Bessedowski ein Lump ist. Aber die Entrüstung über das Geldfälschen sollte man doch ein wenig bremsen. Es gehört schon ein gehöriger Respekt vor dem staatlichen Münzmonopol dazu, die Errichtung einer Privatkonkurrenz dazu als grauenvolles Verbrechen zu empfinden. Einer der Georgier hat übrigens mit Recht darauf hingewiesen, daß die Erfindung einer Eselein-streck-dich-Maschinerie ein auch von Staaten gegen einander gern angewandtes politisches Kampfmittel ist, ja, daß unsere biedere deutsche Republik zur Zeit der Ruhr-

besetzung fröhlich hausgemachtes Regiegeld in Umlauf gab. Dann haben die Ungarn die Franzosen mit München-Budapester Franken der Banque de France geärgert, und bei der Entdeckung der Herkunft der vielen Tausenden von wohlgelungenen 100-Dollarnoten kann einen nur eins kränken: die Entdeckung. Die „Rote Fahne“ dementiert die Behauptung so eifrig, daß die Fischersche Engros-Geldwerkstatt revolutionären Zwecken gedient habe, daß man ihr glauben muß und nur kopschüttelnd schade! seufzen möchte. Es ist zwar verboten, amerikanische Banknoten im eigenen Laden herzustellen und die Produkte unter die von Uebersee als echt gesegneten zu mischen, aber daß man von sowas träumt, ist bei Anarchisten wenigstens nicht verboten. So lange die Forderung des Kommunismus nach freier Produktion, freiem Verbrauch nicht verwirklicht und Geldbesitz die Erfüllung aller Wünsche ist, wird das Grimmsche Märchen vom Eselein-streck-dich eine anregende Lektüre sein.

Ein ernstes Wort

an alle Freunde und Leser des FANAL!

Soll unsere Zeitschrift am Leben erhalten werden, so ist größere Regsamkeit, stärkere Opferfreudigkeit ihrer Anhänger nötig! Trotz vieler ermutigenden Zurufe und erfreuten Beifalls ist der materielle Bestand des Blattes immer noch nicht gesichert. Der Herausgeber erklärt allen Ernstes, daß seine Möglichkeiten, Geldquellen zu erschließen, bis zum Rest erschöpft sind. Gelingt es nicht, die Genossen und sympathisierenden Leser zu wirksameren Leistungen für FANAL zu gewinnen, so besteht kaum mehr eine Aussicht, die nun im vierten Jahre fortgesetzte Arbeit am Leben zu erhalten. Die zur Veröffentlichung der Broschüre „Von Eisner bis Leviné“ nötigen Mittel wurden durch neue Verschuldung des Herausgebers aufgebracht. Statt daß aber die Einnahmen aus dieser Schrift zur Abdeckung ihrer eigenen Kosten und zur Schaffung eines Verlagsfonds zwecks Herausgabe weiterer Einzelveröffentlichungen verwendet wurden, wie es beabsichtigt war, mußten bis jetzt alle Erträge zur Finanzierung der regelmäßigen Unkosten des FANAL dienen, ohne daß die Schulden sich im geringsten abgelten ließen, ohne daß bei Verkauf der ersten Auflage ein Neudruck der Broschüre gesichert wäre.

Die schwere Wirtschaftskrise macht sich selbstverständlich bei einem hauptsächlich auf proletarische Leser angewiesenen revolutionären Organ heftig bemerkbar. Fortwährend treffen Abbestellungen arbeitslos gewordener Genossen ein. Dazu kommt die Unmöglichkeit, das Blatt im Berliner Straßenhandel zu verbreiten, da der linke Zeitungsdienst seine Tätigkeit eingestellt hat, die alle Bahnhöfe und Kioske beliefernde Firma Stilke aber sich beharrlich weigert,

FANAL zum Verkauf zu bringen. Endlich läßt die Pünktlichkeit der Abrechnung mancher Mehrbezieher viel zu wünschen übrig.

Die politische und wirtschaftliche Lage erfordert unbedingt das Bestehen einer zur Propaganda der anarchistischen Auffassungen geeigneten revueartigen Zeitschrift, wie FANAL sie darstellt. Wir glauben, daß dieses Blatt nicht nur gesichert sein müßte gegen ständige Existenznot, sondern in der Lage sein sollte, durch vermehrte Propaganda seinen Wirkungskreis erheblich zu erweitern. Wäre Geld vorhanden, so könnten Prospekte gedruckt werden, durch Inserate in verwandten Blättern und durch Plakatwerbung könnten neue Leser gewonnen werden, die Sabotage des monopolisierten Berliner Großhändlers könnte gebrochen werden.

Die Sammellisten müssen besser in Umlauf gesetzt werden. Die Organisationen müssen sich der von der Neuköllner Weihnachtskonferenz gebilligten Absicht erinnern, eine bestimmte Anzahl Hefte auf Risiko fest zu beziehen. Exemplare, die nicht/abgesetzt werden können, sollten an arbeitslose Genossen mit Verlust oder umsonst abgegeben werden. Die Anschaffung von Büchern aller Art kann, durch die Geschäftsstelle des FANAL bestellt, der Zeitschrift den Buchhändlergewinn als Nebeneinnahme sichern. Vermögendere Leser könnten freiwillig einen höheren Bezugspreis zahlen, bei Veranstaltungen jeder Art wären Tellersammlungen nützlich. Besonders bitten wir die Genossen überall, FANAL in allen zugänglichen Versammlungen zu kolportieren. Alte Hefte stehen noch in großer Anzahl zu Propagandazwecken zur Verfügung.

Genossen! Freunde! FANAL ist in Not! Alle Kräfte müssen angespannt werden, um unsere Zeitschrift zu retten und lebensfähig zu machen!

Die Anarchistische Vereinigung Berlin.
Erich Mühsam, Herausgeber des FANAL.
Verlag des FANAL.

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Zusammenkunft

regelmäßig Donnerstags 19 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Lokal Köhler, Neukölln,
Ziethenstr. 64

Donnerstag, d. 8. Februar

Vortrag von B. Cahn:
Herrschaft, Volksherrschaft —
Herrschaftslosigkeit.

Donnerstag, d. 20. Februar

Vortrag von H. Rüdiger:
Anarchismus als Aktionsprinzip.

Das Erscheinen aller Kameraden wird erwartet!

Gruppe Zentrum

Alle am Aufbau der Gruppe interessierten Genossen treffen sich
bis auf weiteres jeden Freitag, 19 $\frac{1}{2}$ Uhr, beim Genossen Gerhard
Reinicke, Bln. NO 18, Landsberger Straße 32, Aufg. C., 3 Tr.

Auf Sammeliste für FANAL durch Carl Börder, Lütgendort-
mund, Mk. 6.—, erhalten.

Hellos Gomez

Gegen die spanische Reaktion

Mappe mit 25 Blättern M. 2.50

Diese Mappe ist im Auftrage der Internationalen Arbeiter-Assoziation herausgegeben. Der Reinertrag fließt restlos den Opfern der spanischen Reaktion zu. Die Mitglieder der Gilde freier Bücherfreunde lernten den ausgezeichneten spanischen Künstler Gomez durch die Tuschezeichnungen „Panait Istrati“ kennen. Die vorliegenden 25 Blätter sind ein Meisterwerk revolutionärer Kunst. Der billige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung dieser Mappe..

Bücher und Schriften

VON ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten
Malik-Verlag, Berlin

Preis: brosch. 1,60 Mk. geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers
Kurt Wolff Verlag, München

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,40 Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren
Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 2,— Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti
Verlag Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,— Mk.

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen
Werk 1898—1928

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5,50 Mk. geb. 8,— Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die
Revolutionsereignisse in München
FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0,90 Mk.

**Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**

fanal

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

**Partelen und Masse — Die öster-
reichische Anschlußfrage (v. L. Krafft)**

**Recht muß Recht bleiben — Tempo
der Geschichte — Alt-Spartakus**

NR. 6

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

MÄRZ 1930

Bücher und Schriften

VON

ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten

Malik-Verlag, Berlin

Preis: brosch. 1,60 Mk. geb. 2,40 Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren

Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 2,— Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti

Verlag Gildefreieitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,— Mk.

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen

Werk 1898—1928

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5,50 Mk. geb. 8,— Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die

Revolutionereignisse in München

FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0,90 Mk.

**Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 6

März 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,25 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörrhlauchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Parteien und Masse

Wäre es wahr, daß wirtschaftliche Verelendung kraft unwandelbarer gesellschaftlicher Gesetze in dem Augenblick in Revolution umschlagen müsse, wo ihren Opfern die Ursachen der Not bewußt werden, dann hätten wir jetzt die soziale Revolution. Arbeiter, denen das Wesen des Kapitalismus als Ausbeutungseinrichtung unklar wäre, gibt es in Ländern mit vorgeschrittener Industrie kaum mehr. Nur bedingt die Einsicht in solche Zusammenhänge noch keineswegs die Ueberzeugung, daß der Kapitalismus abzuschaffen sei; das Erkennen des eigenen Elends als der natürlichen Folge der kapitalistischen Wirtschaft braucht durchaus nicht zum Anstreben sozialistischer Zustände zu führen; und wiederum ist auch das Bekenntnis zum Sozialismus noch lange keine Willenserklärung, mit welchen Mitteln und in welchen Formen die sozialistische Gesellschaft erstrebt und verwirklicht werden soll.

Ein großer Teil der Arbeiterschaft, wahrscheinlich umfaßt er die Mehrzahl der proletarischen Klasse in allen Ländern, macht sich über die künftige Gestaltung der menschlichen Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen überhaupt keine Gedanken. Der Durchschnittsproletarier, aufgewachsen in engsten, räumlich und geistig beschränktesten Verhältnissen, schon als Kind in jedem Betracht verkümmert, geduckt, verprügelt, anspruchslos, äußerlich und innerlich unsauber, ohne beispielgebendes Vorbild zu rechtem Verhalten, ohne ausreichende Ernährung, ohne liebende Betreuung, ohne Berührung mit dem Schönen, Behaglichen und seelisch Erwärmenden des kulturellen Lebens, mit fast ertöteter Sehnsucht nach etwas Reinheit und Güte in seiner Welt der Dumpfheit, des Staubes und des boshaften Unglücks, — er sucht, auf sich selbst gestellt, ein wenig nachzuholen, was ihm die Kindheit vorenthielt, für das mißhandelte Ich, so lange dies armselige Dasein schon dauern mag, ein bißchen Vergnügen, Unterhaltung, Betäubung, und außerhalb der Arbeitszeit,

in der er Sklave ist, Befriedigung im Auftrumpfen als Willensmensch. So ist die proletarische Masse: ganz und gar individualistisch, in allen Regungen und Handlungen auf den eigenen Nutzen, auf kleine Vorteile innerhalb der gesetzten Ordnung bedacht, ohne Sinn für grundstürzende Pläne zur Herbeiführung lebenswürdiger Zustände, deren Segnungen ja doch erst künftigen Geschlechtern teilhaftig sein würden; dabei befangen in der von Staat und Kirche gelehrtten Moral von der Heiligkeit des Eigentums, von der Autorität jedweder Obrigkeit, von der Richtigkeit staatlicher Macht, der Macht schlechthin, die aus göttlichen Bezirken auf den Wandel der Menschen, aus Regierungen auf Untertanen, aus den eigenen Befugnissen als Mann und Familienvater auf Frau, Kinder und Abhängige niederschlägt. Das politische Interesse beschränkt sich auf die Zeitungsberichte, die unmittelbar zur eigenen Umwelt in Beziehung stehen, wird aktiv höchstens bei Gelegenheit von Wahlen, und die Beteiligung an Wahlen geschieht nicht zur Bekundung einer entschlossenen Gesinnung, sondern zur Stärkung des Selbstgefühls, das durch die Ausübung eines anerkannten Rechtes geschmeichelt wird, oder sie geschieht aus Verärgerung über Unbill durch die Arbeitsmethoden, über eine Kränkung durch den Werkmeister, über schlechte Erfahrungen mit diesem oder jenem Parteivertreter, oder auch nur, weil ja doch alle zur Wahl gehen und Fernbleiben im Betriebe und bei der Nachbarschaft Anstoß erregen würde. Das Wesen des Kapitalismus, die Tatsache, daß er arbeiten muß, das ganze Leben angestrengt und fruchtlos arbeiten, damit andre ein gutes Geschäft machen, ist so einem Durchschnittsproletarier gar kein Geheimnis, das man ihm nur zu enträtseln brauchte, um ihn zum Klassenkämpfer zu machen; er weiß genau so gut wie der beste Revolutionär, daß er seine Arbeitskraft an den Fabrikbesitzer vermietet, daß der Unternehmer ihn dank seines Besitzrechts jeden Tag arbeits- und erwerbslos machen kann, und daß es Arbeiterorganisationen gibt, die sich die Abschaffung dieses Zustandes zum Ziele gesetzt haben. Er weiß oftmals sogar, daß sein indifferentes Verhalten die stärkste Stütze des kapitalistischen Bestandes ist und entschließt sich dennoch nicht zur Teilnahme am proletarischen Kampf, zieht trotzdem sein jammervolles Bruchleben am laufenden Band oder an der Stempelstelle angesichts der früh alternden Frau, der rhachitischen Kinder, bei etwas Suff und Kartenspiel dem noch so zahmen Widerstande vor.

Es hat keinen Zweck, vor dem Unerwünschten die Augen zu schließen. Die Zahlen, die uns die politischen Parteien vorrechnen, um das bei allen Parlamentswahlen zutage tretende Interesse der Arbeiter an den öffentlichen Dingen zu beweisen, sind ohne alle Schlüssigkeit. Allein der Umstand, daß diese Zahlen von Mal zu Mal, von Wahl zu Wahl wechseln, zeigt, wie wenig Gesinnung und grundsätzliche Geisteshaltung hinter der Stimmabgabe steckt. Nur

ganz allgemeine Stimmungsmomente kommen bei solchen Kundgebungen zum Ausdruck, und diese Momente enthalten so gut wie keine positiven Forderungen im Hinblick auf gesellschaftliche Umgestaltung, die Schwankungen drücken nur Negatives aus, Kritik am Geleisteten, allgemeine Unzufriedenheit mit dem Gewerke im Staat, Ablehnung der zuletzt angewendeten Methoden. Zuwachs erhalten bei allen Wahlen die Parteien, welche gegen die gerade herrschenden Klüngel die heftigste Opposition entfaltet haben; lösen sie, gestützt auf den also festgestellten Willen der Massen, jenen Klüngel in der Herrschaft ab, so büßen sie die Stimmen wieder ein und müssen bei der nächsten Zählung den inzwischen gestärkten abgehalfterten Parteien oder mit neuen Anklagen und Versprechungen vorrückenden Gruppen weichen. Das ist die parlamentarische Demokratie, die die Verwaltung des Gemeinwesens einem arithmetischen Rechengspiel überläßt, was insofern für den öffentlichen Betrieb ohne Nachteil ist, als die Machtverhältnisse in der Gesellschaft ja doch auf ökonomischen Grundlagen beruhen, irgend eine Aenderung dieser Grundlagen also auf gesetzlichem Wege gegen die Absicht der Wirtschaftsmonopolisten keinesfalls herbeigeführt werden kann. Jede Auswechslung im Regierungsapparat bewirkt somit nichts weiter als Personalverschiebungen in den höheren Aemtern und die Macht der an die Amtsruder gelangten Personen erschöpft sich im Wesentlichen in der Möglichkeit, Parteigegner zu schikanieren, Parteifreunde aber in die wohlthuenden Regionen hinaufzubefördern, wo die Befehle der wirklichen Landesherrn, nämlich der Herren über Land, Erdschätze und Maschinen, ausgeführt werden. Hiervon wollen die Wähler nichts wissen. Sie lassen sich weismachen, ihre Beeinflussung des Wahlausganges habe entscheidende Bedeutung für den Fortgang der öffentlichen Geschäfte, der Stimmzettel, im richtigen Felde angekreuzt, mache ihre Wünsche zu maßgebenden Faktoren im Staate.

Das Verfahren bewährt sich für das kapitalistische Wirtschaftssystem, für die bürokratische Maschinerie des Staates und für die um die Amtssessel boxenden Parteien gleichermaßen, so lange wenigstens, wie die Masse sich von ihm täuschen läßt. Es gibt den Willenlosen das Gefühl, ihren Willen zur Geltung zu bringen, es überträgt den Urteilslosen das Urteil über das Wirken der regierenden Kräfte und vertraut dabei mit Recht auf ein so hohes Maß von Urteilslosigkeit, daß den alle vier Jahre zur Wahl zugelassenen Massen die völlige Unbeträchtlichkeit des Ausfalls ihres anonymen Urteilens für den Lauf der staatlichen Dinge niemals bewußt wird. Diese Art Demokratie bedeutet, formal betrachtet, die Diktatur der Gleichgültigkeit, der Unselbständigkeit und der Passivität über alle regen und handelnden Kräfte eines Landes, real gesehen die Ausschaltung jedes wirklichen Massenwillens aus den Maßnahmen der öffentlichen Gewalt. Für die Arbeiter, die von der Anwendung des Wahl-

rechts Nutzen erwarten, bedeutet die Zähl Demokratie Einreihung in die bürgerliche Staatsordnung, demnach Preisgabe des aus der Klassenlage des Objektes der kapitalistischen Wirtschaft von selbst gebotenen Kampfes um die Quellen alles Wohlstandes und Verzicht auf Selbstverantwortung und Aktivität. Für den Staat aber, für alle an der Erhaltung und Festigung der Wirtschaftsprivilegien Interessierten ist die Pflege des Gedankens grade in den Köpfen erbitterter Arbeiter von hohem Nutzen, man könne durch Additionskünste den Willen der Massen feststellen, man könne diesen Willen durch Wahlpropaganda schöpferisch beeinflussen, man könne den in der Wahl festgestellten Willen durch moralischen Druck auf die Gewählten zum Vorteil der Arbeiter, zum Schaden der kapitalistischen Einrichtungen zur wirkenden Kraft verstärken. Diese Meinung, soweit sie nicht einfach opportunistischen und streberischen Erwägungen entspringt, sondern von der ehrlichen Absicht ausgeht, im Gegenwartsstaat Stellung zu beziehen, um von da aus der Zukunft vorzuarbeiten, beruht auf einer gründlichen Verkenning der Masse als bewegende und bewegte geistige Erscheinung.

Oben ist gesagt worden, daß diese Masse ganz und gar individualistisch sei. Das heißt nicht, sie stelle den Persönlichkeitswert aller ihrer Einzelmenschen dem Kollektivdenken sozialer Organisationen aus Gründen der Weltanschauung gegenüber. Es heißt nichts anderes, als daß die Masse ein formloses Gebilde von außerordentlich zahlreichen, innerlich durch nichts geeinten Individuen ist, deren jedes sich durch gehorsame Einfügung, kleine Lumpereien, rücksichtslosen Ellenbogengebrauch, Vorsicht, Leichtsin, Schlaueit oder Heuchelei seinen Halt in den gegebenen Verhältnissen zu sichern sucht, hierbei nur auf das eigene Wohl und allenfalls noch auf das der Sippe bedacht, völlig uninteressiert jedoch an den gemeinsamen Sorgen und Leiden aller, ohne Empfinden für seine Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Masse, das andere Individuum der Masse nie als Schicksalsgenossen, immer nur als Freund, Feind oder Konkurrenten, also in Beziehung auf sich selbst beurteilend. Es verhält sich also so, daß die breite, breiige Masse zwar ein Konglomerat von Einzelgestalten, dennoch aber als Ganzes ohne alle Wirksamkeit ist; daß es ihr vollkommen an jedem Kollektivgefühl mangelt, sie aber trotzdem und gerade dadurch als Kollektivität behandelt werden kann; daß eine gewaltige Häufung von Individuen stattfindet, die das Gegenteil einer Verbundenheit von Individualitäten ist.

Daß Staat und bürgerliche Gesellschaft die Masse in diesem Zustande des egoistischen Mit trotzens vortrefflich gebrauchen können, um unbehindert von der überwiegenden Mehrzahl ihrer Opfer beliebig schalten und sich obendrein noch auf den schmeichelhaften Zuspruch „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ berufen zu dürfen, versteht sich. Was die politischen Parteien betrifft, so richtet sich ihre Aufmerksamkeit allein darauf, bei den seltenen Gelegenheiten,

wo die Masse von einer künstlich hervorgerufenen allgemeinen Erregungswelle erfaßt wird, wie das bei jeder Wahl zu den Parlamenten der Fall ist, zu der verhältnismäßig kleinen Schar ihrer festen Anhänger eine möglichst große Zahl einmaliger Zustimmungen zu werben. Da bei dem prozentual außerordentlich geringfügigen Anteil der besitzenden Klasse an der Bevölkerungsziffer keine Partei im demokratischen Verfahren je daran denken könnte, durch einen Wahlanhang, der nicht zum weitaus stärksten Teil aus Besitzlosen besteht, zu den Staatsprüfungen zu gelangen, so ist klar, daß keine parlamentarische Partei berechtigt ist, ihre Legitimation, den Willen der Werktätigen zu vertreten, darauf zu stützen, daß eben sie im Gegensatz zu den andern Parteien von der werktätigen Masse in die gesetzgebende Körperschaft entsandt sei. Das trifft für ausnahmslos alle Parteien zu, wobei selbstverständlich der Bauernstand als werktätiger Volksteil dem Industrieproletariat gleichgesetzt ist. Jede politische Gruppe packt den Massenmenschen vor der Wahl bei einer andern Stelle seiner Sentimentalität, um ihm begreiflich zu machen, daß sie besser als jede Konkurrenz verstehe, woher seine üble Laune stamme und allein über die Mittel verfüge, ihn zufrieden zu stimmen. Dabei bezieht sich keine Partei, keine einzige, auch die nationalsozialistische nicht, auch die kommunistische nicht, auf die in den Tiefen jeder Menschenbrust schlummernde Sehnsucht nach sozialer Gemeinschaft, erst recht keine auf die stärkste aller menschlichen Seelenkräfte, das Ringen um die gesellschaftliche Freiheit als Grundlage der persönlichen Freiheit, — alle beziehen sich auf die äußeren Nöte des Einzelnen, die sie durch zweckmäßige Zwangsmaßnahmen gegen die Gesamtheit aus der Welt zu schaffen versprechen. Die Nationalisten zeigen auf den bösen Feind außerhalb der Landesgrenzen, schmeicheln dem Bürgerstolz des krumm gerackerten Steinklopfers, indem sie ihm die Eigenschaft, an der er am wenigsten Schuld oder Verdienst hat, sein Geborenssein innerhalb deutscher Grenzpfähle, als rühmlichste und verpflichtendste aller Tugenden preisen und erfüllen ihm mit Rachedgedanken gegen seinesgleichen, die das Unglück haben, Schweinhunde zu sein, weil ihre Wiege jenseits jener Grenzen stand. So strömen die Proletarier massenhaft dem Stahlhelm zu oder aber verschreiben sich dem Hakenkreuz, dessen Heilkünder sie belehren, daß die Frevler gegen ihr Wohlergehen nicht nur diejenigen sind, die nicht zwischen bestimmten Bergen und Flüssen geboren sind, sondern vor allem diejenigen, deren Vorfahren keine vorschriftsmäßige Schädelform hatten. Wer sich erinnert, daß es vor dem Kriege größere Semmeln gab und wem einmal ein jüdischer Hausierer Hosenträger aufgeschwätzt hat, die nach vierzehn Tagen entzwei gingen, ist für die nationale und völkische Sache gewonnen. Die Kirchlichen verweisen auf die Sündhaftigkeit der Welt, und der wahlberechtigte Arbeitende oder Arbeitslose, der an Gott und die Heiligen glaubt, weil

seine Väter und Ahnen seit Menschengedenken an sie geglaubt haben, und weil er schon, als er ein kleines hungriges Kind war, erfahren hat, daß Not Beten lehre und infolgedessen gern hört, daß Beten Not heilen könne, — er schaut herum und stellt fest, daß andere Menschen in der Tat recht häßlich denken, handeln und leben und wählt die Partei, die sich mit den himmlischen Mächten verbündet hat und der es darum am irdischen Segen nicht fehlen wird; er, der Wähler, wird dabei gewiß nicht schlecht fahren. Andre wählen die Vertreter der Industriellenpartei, die ihnen sagen, daß es dem Arbeiter nur gut gehen kann, wenn sein Brotgeber reichlich verdient, und wieder andre die Demokraten, die ihnen die Gleichheit vor dem Gesetz rühmen, die es jedem Zeitungsjungen ermöglicht, ein Rockefeller zu werden, wenn er nur tüchtig ist; auch du, Franz Biberkopf, kannst es noch zum Millionär bringen, wähle erst mal demokratisch. Oder wähle die Wirtschaftspartei, oder die Befreier der Mieter oder die Impfgegner; jeder kennt deine besonderen Leiden, jeder wird dich, gerade dich, reich, glücklich und gesund machen, wenn du ihn ermächtigt, dich zu regieren.

Wie wenig Begabung und selbst Neigung zu kritischem Urteil die von allen zu gleichem Zweck umworbenen Massen haben, dafür bietet Vergangenheit und Gegenwart der Sozialdemokratie den allerschlagendsten Beweis. Sie zeigte dem Proletariat mit schärfster Logik die Ursachen seines Elends auf, lehrte ihn das Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung begreifen, überzeugte es davon, daß in der Ausbeutung keine schicksalhafte Notwendigkeit, sondern veranstaltete Entrechtung und organisierte Plünderung der Armen durch die Reichen zu erkennen sei — und versprach Abhilfe, Gerechtigkeit, Brot, Arbeit in Freiheit und Sozialismus, sobald eine genügende Anzahl Wählerstimmen ihr das Heft des Staates in die Hand gäbe. Der Zusammenbruch des Kaiserreiches nach einem Kriege, dessen hoffnungslose Fortsetzung durch viereinhalb Jahre der Preisgabe aller Grundsätze zuzuschreiben ist, mit deren Verkündung die Sozialdemokratie alle dem Massenindividualismus zu sozialistischem Gemeinschaftsstreben entronnenen Arbeiter in ihre Partei, in ihre Gewerkschaften zu locken gewußt hatte, schob — wiederum durch Verrat an denen, die Gesinnungstreue zur Tat drängte — den Führern der Sozialdemokratie tatsächlich die Staatsmacht zu. Jetzt mußte jeder sehen, daß nichts von allem, was die Partei ihren Wählern eingeredet hatte, ernst gemeint war, daß die Eroberung der Machtposten im kapitalistischen Staate Endzweck aller Werbung dieser Leute gewesen war. Sie hatten die Posten nicht etwa durch die Wahlen in die Hände bekommen, sondern durch Aktionen der proletarischen Minderheit, die die Sozialdemokratie stets mißverstanden hatte, indem sie ihren Versicherungen glaubte, und ihr Erstes war, daß sie die bislang als Volksfeinde bezeichneten Kräfte des Feudalismus und Militarismus zu Hilfe rief, um den tatbefeuernden Glauben

der Revolutionäre an wirkliche Befreiung, an Sozialismus und menschliche Gemeinschaft niederzuschlagen. Ihr Ebert sprach am Vortage der Revolution, die ihn emporhob, das Wort: „Ich hasse die Revolution wie die Sünde“. Dieser Mann ist niemals zum Reichspräsidenten gewählt worden; seine Partei übergab ihm das neugeschaffene Amt, ohne ihre Wähler zu fragen, und Jahre später bestätigte ihm der in der Mehrheit bürgerliche Reichstag unter Verzicht auf die verfassungsmäßig vorgeschriebene Stimmzettelwahl, daß er auf dem usurpierten Platz sitzenbleiben könne, bis er ihn hindenburgreif gegessen haben würde. Die breiten Massen erlebten die sozialdemokratische Wirksamkeit von Versailles über die Inflation und alle wüste Reaktion bis zur krassesten Verleugnung der letzten und primitivsten sozialen Forderungen, erlebten den Noske und den Hörsing und hielten still bis zum Severing, Grzesinski und Zörgiebel. An Stimmzahl hat die Partei nichts eingebüßt, obwohl sie das arbeitende Volk mit indirekten Steuern — die den Aermsten so viel an den Staat zahlen lassen wie den Reichsten — schlimmer belastet als je eine Regierung unter Wilhelm, obwohl sie die Unzufriedenheit der Notleidenden schmählicher vergewaltigt als je ein Bismarck, obwohl sie Gesetze gegen die Opfer der Arbeitslosigkeit erläßt, die die früher von ihnen propagierte Gesinnung unter härteren Zwang stellen, als es die berüchtigten Umsturz- und Zuchthausvorlagen der 90er Jahre vorhatten, gegen die sie die Proletariate der ganzen Welt zum Protest aufriefen. Sie haben sich zu Handlangern der skrupellosesten Ausbeutung gemacht, die je gegen ein arbeitendes Volk unternommen wurde, sie haben den Arbeitern das Brot vom Tische gerissen, um Panzerkreuzer zu bauen, Kavalleriepferde satteln, Kriegsgerät vermehren zu können. Sie sperren Schulen, lassen Spitäler verfallen, verteuern die Verkehrsmittel, sparen an Wohnbauten für das Proletariat, um mehr Pistolen, Gummiknüppel, Ueberfallwagen, Karabiner und Spitzel gegen diejenigen verfügbar zu haben, die heute dasselbe sagen, was sie vorher jahrzehntelang gesagt haben. Sie verbieten Arbeiter-Organisationen, die sich gegen die Wehrbünde der Kapitalisten sichern wollen; sie lassen die Mordvereine der Hitlerschen ungeschoren, weil sie in ihnen willkommene Hilfstruppen gegen die kommunistische Konkurrenz schätzen. Sie schießen auf Straßenpassanten, wenn sie in Proletariervierteln wohnen und ihnen daher zuzutrauen ist, daß sie dem Gedanken der Maifeier als Bekenntnis zur Befreiung der Arbeiterklasse treu geblieben sein könnten. Sie verhöhnen die Arbeiter, von denen sie sich wählen lassen, indem sie sich bei Sektgelagen mit den rücksichtslosesten Feinden des Proletariats photographieren lassen. Tut nichts: die vielgepriesene Masse wählt sie. Warum? Nicht weil sie sie liebt, sondern weil ihr der Erfolg imponiert, weil sie die Leute belohnen will, die es dank ihrer unbefangenen Streberei zu etwas gebracht haben, weil sie zudem erfreut ist, daß die Staatsbetreuer da oben

Menschen ihres eigenen Schlages sind, Individualisten ohne Persönlichkeitswert, Machthungrige ohne Verbundenheit, Zufriedene mit jedem noch so erbärmlichen Zustand, der ihnen selber nur den Aufstieg ermöglicht. „Nicht als Persönlichkeit, sondern als Exponent einer Machtgruppe“ habe er das Amt eines preußischen Bildungsministers zu versehen, erklärte der Sozialdemokrat Grimme, als er die Nachfolge des Demokraten Dr. Becker antrat, der seinerseits beim Abschied verriet, er müsse den Posten räumen, weil er der Persönlichkeit ihren Anspruch in den Angelegenheiten der Kultur wahren wollte. Wir verstehen unter Persönlichkeit wahrscheinlich etwas anderes als der Staatsminister Becker, wir verstehen unter Persönlichkeit bestimmt etwas anderes als den Staatsminister Becker; offenkundig versteht aber der verabschiedete Minister Becker unter Gesinnung etwas anderes als Herr Dr. Grimme, der unter diesem Begriff gar nichts versteht, da man sich sonst nicht nur als Exponent einer Machtgruppe empfinden kann. Die Masse aber ist durch seinen Ausspruch ebenso gekennzeichnet wie er selber und seine Partei. Wer an der Macht ist, den wählt sie; wo der Erfolg ist, der äußere, der offizielle Erfolg, da läuft sie nach; und nicht wer die Masse hat, hat den Erfolg, sondern wer den Erfolg erringt, erringt die Masse.

Darum ist es für Revolutionäre ein Unding, sich um die Anerkennung der möglichst zahlreichen Masse zu mühen. Nur wahrhaft Ueberzeugte, nur zum Kampf mit allen seinen Folgerungen Entschlossene können für eine revolutionäre Sache wirken. Dies ist der Irrtum auch der Kommunistischen Partei, daß sie meint, ihren Zielen näherzukommen, wenn sie mit möglichst großen Zahlen von Mit- und Nachläufern rechnen kann. Sicher ist, daß die parlamentarische Politik dieser Partei nicht den vorgeschobenen Grund verfolgt, die Tribüne zu benutzen, von der aus der Gedanke der proletarischen Revolution ins Weite schallt. Er schallt nämlich von der Parlamentstribüne nicht weiter als bis ins Parlamentsstenogramm und dort vermodert er in Papier. Die Beteiligung am Parlamentarismus ist für die Kommunisten, soweit nicht Einzelne wie in allen Parteien persönlichen Ehrgeiz befriedigen wollen, das Mittel, an die breiten, unüberzeugten Massen heranzukommen, die den Anarchisten und übrigen Antiparlamentariern alle Sympathie versagen, weil die ihnen nicht einmal Gelegenheit geben wollen, einmal in vier Jahren im geheimen Kämmerlein bekunden zu dürfen, daß auch sie Exponenten einer Macht sind. Die Wahl- und Parlamentspolitik hat die Kommunisten längst den besten Teil ihrer ursprünglichen Anhängerschaft gekostet, den Teil, der eben nicht Exponent, sondern wirkende Persönlichkeit im Kampfe sein möchte. Alle Wahlpropaganda, ob sie mit revolutionären Parolen arbeitet oder nicht, muß der Masse, den Indifferenten, die allein majoritätbildenden Zulauf abgeben können, entgegenkommen. Ihrem egoistischen, auf winzige Erleichterungen unter den augenblicklichen Umständen gerichteten Kleinbürgergemüt

müssen Zugeständnisse gemacht werden. Diese allem Ideal ganz fremde, nur rohen materiellen Nützlichkeiten zugekehrte amorphe Masse läßt sich gewiß durch radikale Worte gewinnen, sie ist aber keineswegs für Taten zu haben und es ermangelt ihr jeder Sinn für wahre Radikalität der Gesinnung. Die kommunistische Presse schlägt zur Zeit außerordentlich kräftige Töne an, was angesichts der unerhörten Krise, der sprunghaft wachsenden Not immer weiterer proletarischer Kreise verständlich und vielfach nur angemessen ist. Aber an wen wendet sie sich? Immer nur an die sozialdemokratischen Wähler, an die Massen, die in elf Jahren gezeigt haben, daß sie jeden Verrat fressen, wenn sie nur nicht nachhaltig aus der Ruhe gebracht werden. Es nützt nichts, daß die Kommunistische Partei andauernd beteuert, sie sei die einzige revolutionäre Kraft des Proletariats. Sie hat mit ihren Losungen, Aufrufen, Terminsetzungen für Demonstrationen und Aktionen zu oft Schiffbruch erlitten, als daß ihr die wirklich entschlossenen Revolutionäre noch folgen möchten. Es geht nicht, daß man fortwährend die breiten Massen auffordert, große Unternehmungen gegen den Staat und die Führer der staats-treuen Parteien zu veranstalten. Die Revolutionäre, die aktiv sein könnten, werden nicht gehört, ehe man solche Kundgebungen festsetzt; sie aber lehnen es selbstverständlich ab, in einen Kampf zu ziehen, der ohne ihre Mitwirkung hinter verschlossenen Türen beschlossen wird, dessen Ziele sie nicht erfahren und von dem sie befürchten müssen, daß seine Zwecke dem Machtstreben der Partei, womöglich bloß dem Streben nach Staatsmacht im kapitalistischen Getriebe eher dienen sollen als der wirklichen Befreiung der proletarischen Klasse. Auch ist nicht jeder Kämpfer bereit, jede Aeußerung seines revolutionären Willens mit Hochrufen auf Stalin und den russischen Staat zu begleiten, der seine eigenen Gesinnungsgenossen, weil sie den alten Forderungen treugeblieben sind, verfolgt, verbannt und einkerkt. Auch mit diesen Methoden kann man nur Massen zu lärmenden Zustimmungen bewegen, die zu stilleren Taten nicht zu bewegen wären. Die Kommunistische Partei Deutschlands, heute Gegenstand schändlicher Verfolgungen und Vergewaltigungen, kann sich darauf verlassen, daß sich, sollte man es wagen, den Verhaftungen, Durchsuchungen, Provokationen aller Art das Verbot der Zeitungen und Organisationen selbst folgen zu lassen, alle proletarischen Revolutionäre solidarisch neben sie stellen werden. Dann wird sie erkennen, daß die breiten gesinnungslosen Massen keine Stütze sind, an die man seine Ueberzeugungen anlehnen kann, und daß nur da von Massenkraft geredet werden kann, wo die Masse nicht uferloser Sumpf, sondern auf harten Boden gegründeter Fels ist.

Die Revolution wird nicht erzwungen, indem man in eine flutende unbekannte Menge ihre Losungen hineintrompetet und sich selber vorher als ihr Führer und unfehlbarer Lotse anpreist. Sie

kommt, wenn eine genügend große Schar entschlossener Menschen, eine Minderheit von tief miteinander, tief mit der Klasse der Arbeiterschaft verbundenen Persönlichkeiten mit voller Selbstverantwortung jedes Einzelnen das Uebel, das revolutionär beseitigt werden soll, nicht mehr erträgt, wenn die materiellen Gründe, die den wirtschaftlichen und politischen Umsturz rechtfertigen und notwendig machen, von sittlichem Geiste zu ideellen Forderungen emporgetragen sind, wenn eine Freischar Entschlossener den Augenblick der Reife ihrer Stunde erfaßt und das Banner vor allen erhebt, die folgen wollen. Gustav Landauer rief in eine Münchner Versammlung das prachtvolle Wort hinein: „Ich brauche keine Revolutionäre! Ich brauche Revolution! Die Revolution wird ihre Revolutionäre von selber haben!“

Die österreichische Anschlußfrage

Seit dem Bestande der österreichischen Republik spukt ein merkwürdiges Problem in den Hohlköpfen aller Parteien, nämlich das des Anschlusses an Deutschland. Als 1918 der österreichische Staat gleichsam als Ueberbleibsel der zertrümmerten Habsburgermonarchie entstand und zu einer europäischen Verlegenheit wurde, war es die erste Sorge der beauftragten Staatsgeburtshelfer des Bürgertums und der Sozialdemokraten — auch „Staatsräte“ genannt —, nach dem etwas plötzlich entdeckten Mutterland Deutschland zu schielen, wobei hauptsächlich die vorgefaßte Meinung der Lebensunfähigkeit Oesterreichs ins Treffen geführt wurde. Das ängstliche Verbot der imperialistischen Entente bereitete allen diesen Versuchen ein jähes Ende; doch die innerpolitische Situation, die scheinbare Linkspolitik der Sozialdemokratie, ließ die radikalen Kräfte des Bürgertums immer wieder nach dem politisch gemäßigten Deutschland blicken, wo mittlerweile Noske und seine Helfer die junge, hoffnungsvolle Revolution zielbewußt meuchelten. „Nur der Anschluß an Deutschland ist Oesterreichs einzige Rettung!“, hieß es dann 1920/21 in verstärktem Maße, denn die nationalistische Propaganda stieg übereinstimmend mit der völkischen Hochflut in Deutschland, und Probeabstimmungen, Studentenkundgebungen, die sich bis zum gelegentlichen Ausreißen einiger Grenzpfähle steigerten, und ähnlicher alldeutscher Tamtam lösten einander ab und standen im Vordergrund der österreichischen Innenpolitik. Erstaunlich rasch hatte sich aber die einheimische Sozialdemokratie umgestellt; sie nützte die beliebt gewordene Anschlußphrase weidlich aus, indem sie gleichfalls hingebende Propaganda für sie betrieb und sich nicht entblödete, zuguterletzt einen Wahlschlager daraus zu machen. Der Eintritt von führenden Sozialdemokraten in die Leitung des „Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes“, eines Anschluß-Animiervereins, ihre Mitarbeit an dessen Werbeblatt „Der Anschluß“, die engen Beziehungen des Republikanischen Schutzbundes zum klassenharmonischen Reichsbanner „Schwarzrotgold“

stammen aus jener Phase der Anschlußbewegung und haben zur Verwässerung der sozialdemokratischen Partei wesentlich beigetragen. Eines Tages verstummte aber mit einem Male das ganze Anschlußgetöse und -geschrei, kein Hahn krächte um Deutschland mehr und Schweigen befahl alle Patrioten vom Hakenkreuz bis zu den Rosaroten. Was war geschehen und woher kam dieser Umschwung der Gefühle? Oesterreichs Bürgertum hatte sich inzwischen auf Kosten seiner Proleten einigermaßen saniert, der gutfundierte Schilling die Kassen der Nationalbank verlassen, während man in Deutschland mit Billionen rechnete und im Inflationsdreck erstickte. Da ist es nur allzu begreiflich, wie abgekühlt, wie reserviert die Anschlußsehnsucht der österreichischen Bourgeoisie und ihrer Mitläufer sein mußte. Doch die Zeiten änderten sich und schließlich kehrte mit der Rentenmark das verlorene Anschlußvertrauen reuig zurück, um allmählich von einem ganz neuen Faktor zum zweiten Male in den Hintergrund gedrängt zu werden. Der Heimwehrafaschismus, welcher seine Gelder wohl aus völkischen, doch zuletzt auch aus fremdvölkischen Taschen zog, sah sich zu weitgehenden Zugeständnissen und Gegenleistungen verpflichtet. Nach dem Verzicht auf Südtirol folgte bezeichnenderweise in Oesterreich die Absage prominenter Heimwehrführer an den Anschluß, wozu man sich „völkischer“ Blätter wie der „Action Française“, des „Temps“ und Vollblutdeutscher wie Jules Sauerwein, des politischen Redakteurs des „Matin“ in Paris bediente, worüber nun unsere empfindlichen Sozialdemokraten „Verrat!“ schreien.

Der wandelbare Anschlußstandpunkt, den die österreichischen Parteien nach der jeweiligen Konjunktur einnehmen, wurde gezeigt, und es soll nun versucht werden, die Meinung der österreichischen Anarchisten zur Anschlußkomödie zum Ausdruck zu bringen. Der Anschluß an Deutschland — und das muß klar gesagt werden — ist aus einer Reihe einschneidender Lebensfragen des österreichischen Proletariats restlos abzulehnen und schärfstens zu bekämpfen. Der Anschluß würde in Oesterreich die ohnedies kärglich bemessenen politischen Freiheiten noch mehr einschränken und für die Betriebe den bisher noch abgewehrten deutschen Zehn- und Elfstundentag bedeuten. Die Militärherrschaft, das Damoklesschwert der Diktatur, drückendere Steuern und indirekte Abgaben — die der deutsche Arbeiter aufgehalst bekam — würden in Oesterreich sofort willige Nachahmung finden, und hinzu käme noch ein gewaltiger Anteil der Kriegsschulden, die internationale Einsicht dem verelendeten Oesterreich bereits erlassen hat. Die unerhörte Staatsbevormundung, die niederträchtige Justizbedrückung, welche in Deutschland weit größer ist als irgendwo in der Welt, würde importiert und mit ihnen noch vieles andere, woran wir augenblicklich nicht denken. Aus allen diesen Gründen ist jede Anschlußpropaganda ein Verbrechen am österreichischen Proletariat. Der Anschluß käme einzig und allein dem Interesse der Steigerung deutscher Staatsmacht zugute, er würde die militärische Bedeutung Deutschlands erhöhen, alles Dinge, welche wohl dem Kapitalismus, aber niemals der Arbeiterschaft nützen können. Noch ist Deutschland nicht der Staat, welcher einwandfreie Friedenspolitik betreibt. Im nächsten Kriege, in den Deutschland aller Wahrschein-

lichkeit nach verwickelt sein wird, teilte der österreichische angeschlossene Prolet das Schicksal der Kolonialtruppen im Weltkriege: er könnte als Staatsbürger zweiter Güte die Kastanien aus dem Feuer holen!

Für Anarchisten ist daher aus allen diesen Gründen und Perspektiven die österreichische Anschlußfrage keineswegs ein Problem. Sie sind grundsätzlich gegen jedes Staats-un-wesen, jeden Staatsmachtzuwachs — ein solcher steht hier in Frage —, der immer nur Unheil, neues Verderben in sich birgt. Sie wissen wohl, daß das deutsche und das österreichische Volk innerlich eins sind, aber achten den Anschluß beider Bruderstämme für jenen Augenblick von selbst gekommen, in dem die sieghafte Idee der Anarchie die letzten Staatsschranken beseitigt hat und ein freies Europa seine Geburtsstunde feiert.

L. Krafft, Wien.

Recht muß Recht bleiben

In Artikel 7 des Londoner Protokolls vom 16. August 1924, mit dem der Dawes-Plan den Charakter eines internationalen Vertrages erhielt, heißt es unter 1: „Niemand darf unter irgendeinem Vorwand verfolgt, beunruhigt, belästigt oder einem materiellen oder moralischen Nachteil unterworfen werden, sei es wegen einer Tat, die in der Zeit zwischen dem 11. Januar 1923 und dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Abkommens in den besetzten Gebieten ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen begangen worden ist, sei es wegen seines politischen Verhaltens in jenen Gebieten während der angegebenen Zeit, sei es wegen seines Gehorsams oder seines Nichtgehorsams gegenüber den Befehlen, Ordonanzen, Verordnungen oder Anordnungen, die von den Besatzungsbehörden oder den deutschen Behörden mit Beziehung auf die Ereignisse während des bezeichneten Zeitraumes erlassen worden sind, sei es endlich wegen seiner Beziehungen zu jenen Behörden.“ Unter 2: „Die alliierten Regierungen und die deutsche Regierung werden alle Verurteilungen und Strafen aufheben, die wegen der vorstehend bezeichneten Handlungen zwischen dem 11. Januar 1923 und dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Abkommens von den Gerichten oder Verwaltungsbehörden ausgesprochen worden sind.“ Unter 3: „Die Bestimmungen der §§ 1 und 2 finden keine Anwendung auf Verbrechen gegen das Leben, die den Tod herbeigeführt haben.“ Als die Kommunisten damals im Reichstag den Antrag einbrachten, diese Amnestie auszudehnen auf das rechtsrheinische Gebiet und die wegen politischer Vergehen Verurteilten und Verfolgten unter Zugrundelegung der Bestimmungen des Londoner Protokolls im ganzen Reiche straffrei zu erklären, ließ die Demokratische Partei durch Herrn Erich Koch-Weser erklären, es sei traurig genug, daß man den Separatisten nicht mehr beikommen könne, nun dürfe man aber das Unheil nicht noch vermehren. Dieser Auffassung, daß man froh sein müsse, wenigstens noch überzeugte Männer der Arbeiterklasse, welche der Ausplünderung aller arbeitenden Deutschen, aller deutschen Rentner, Sparer, Kriegsoffer und Kinder durch die Veranstalter der Inflation Widerstand zu leisten empfahlen, — wenigstens sie noch im Zuchthause schinden zu können, schloß sich die Mehrheit der Körperschaft an, die auch danach nicht aufhörte, unter dem Namen Volksvertretung Demokratie zu exekutieren.

Der Young-Plan sieht für das Inkrafttreten der Haager Uebereinkünfte eine ähnliche Regelung der während der Besetzung des Rheinlandes geschehenen strafbaren Handlungen und ihrer Folgen vor, die als „Räumungs-

Amnestie“ bezeichnet wird. Auch die Ausnahmebestimmung für „Verbrechen gegen das Leben, die den Tod herbeigeführt haben“, ist im Gesetzentwurf wieder enthalten. Jetzt hat sich im Rheinland unter Vorsitz des ehemaligen Düsseldorfer Regierungspräsidenten Grützner, ein Amnestieausschuß gebildet, der die Aufnahme eines Paragraphen im neuen Gesetz durchsetzen will, „wodurch diese Amnestie auch auf diejenigen Deutschen angewendet wird, die in Abwehr der Verräter in der unruhigen Besatzungszeit Tötungsverbrechen begangen haben“. Die Grütznerschen klagen darüber, daß von der geplanten Amnestie „nur diejenigen Deutschen begünstigt werden, welche in der Besatzungszeit den gegnerischen Mächten Vorschub geleistet haben“ und finden, daß „eine Ergänzung dieser Amnestie zugunsten der staatstreuen Deutschen daher unbedingt erforderlich ist“. Herr Grützner ist Sozialdemokrat. Seine Name ist den deutschen Arbeitern aus weniger menschenfreundlichen Kundgebungen im Gedächtnis, die mit der vorliegenden nur das gemeinsam haben, daß sie sich ebenfalls auf die Vorgänge in den besetzten Gebieten bezogen. Er war es, der bei den „gegnerischen Mächten“ um die Erlaubnis nachsuchte, unzufriedene deutsche Arbeiter mit blauen Bohnen zufrieden machen zu dürfen und die Hilfe des Besatzungsmilitärs in Anspruch nahm, um den rheinischen Industriellen ihren Profit zu sichern. Um die Durchführung der Dawes-Amnestie aber hat er sich anscheinend wenig bekümmert, mindestens nicht darum, daß sie auch „zugunsten der staatstreuen Deutschen“ angewendet wurde. Die Kommunisten hatten während der Ruhrbesetzung die seltsame Parole ausgegeben, den Separatismus mit allen Mitteln zu bekämpfen, und die ihnen anhängende revolutionäre Arbeiterschaft mischte sich tatsächlich in den Streit der Kapitalisten um den richtigen Lauf der Staatsgrenzen zugunsten Deutschlands ein und kämpften und siegten im Bunde mit der preußischen Sipo am Aegidienberg bei Honnef und anderswo, und dann verurteilten sie die Franzosen zu Gefängnisstrafen von meistens 1 Jahr. Die Amnestie befreite sie alle, aber nur für sehr kurze Zeit. Denn kaum waren die Genossen draußen, da griffen die deutschen Behörden nach ihnen und brachten sie vor die Niedner, Lorenz und die übrigen Republiksschützer des Leipziger Reaktionstribunals. Die scherten sich einen Dreck um die Londoner Amnestie, erklärten, die gelte nur für die Separatisten; wer aber den deutschen Gewalten gegen die Franzosen und Sonderbündler geholfen habe, habe über die Absicht, das Land von ihnen zu befreien, hinaus die Diktatur des Proletariats angestrebt, demnach Hochverrat nebst Verbrechen gegen das Republiksschutzgesetz begangen und müsse ins Zuchthaus. Da Recht Recht bleiben mußte, erhielten sie zu dem Jahr Gefängnis, das die Franzosen in Anwendung der Amnestie abkürzten, für die gleiche, kraft internationalen Rechtes amnestierte Tat noch viele Jahre Zuchthaus von den eigenen Landsleuten. Daß Herr Grützner damals Herrn Stresemann ersucht hätte, für die Innehaltung der von ihm unterzeichneten Verträge mit dem Ausland durch die deutsche Justiz Sorge zu tragen, ist nicht bekannt geworden. Allerdings handelte es sich damals nicht wie jetzt um völkische Nationalisten, sondern nur um deutsche Arbeiter; auch wurde denen von keiner Seite Verbrechen gegen das Leben mit Todesfolge vorgeworfen.

Immerhin ist mit Genugtuung zu vermerken, daß beim Youn-Plan Stimmen in Deutschland laut werden, die nicht eine Einschränkung, sondern eine Erweiterung des beabsichtigten Amnestiegesetzes fordern. Sogar solche Stimmen werden schon hörbar, die die Ausdehnung der Straferlasse über das Rheingebiet hinaus auf das ganze Reich empfehlen. Es sind die Freunde der Schulz, Klapproth, Fahlbusch, die sich nicht damit begnügen, daß mit Ausnahme eines einzigen alle Beteiligten der Femeletaten längst enthaftet sind, sondern auch die lästige Drohung mit Wiedereinsperrung und neuen Prozeßenthüllungen beseitigen wollen. Die Landvolk-Attentate sind ja auch noch nicht prozessiert, noch nicht einmal die allmähliche Freilassung aller in diesen Zusammenhängen Verhafteten völlig beendet, und da der

tapfere Herr Hitler mit teutonischem Rülpfen die Dynamitleger von seinem Hakenkreuz abgeschüttelt und sogar Privatprämien für ihre Ermittlung ausgesetzt hat, wäre es immerhin möglich, daß ein paar Aermere unter ihnen, da doch Recht Recht bleiben muß, verurteilt werden können; nachher hat man dann die Umstände, bis man sie, was Wochen dauern kann, allesamt als haftunfähig wieder bei sich hat.

Hier ist von jeher und in vielerlei Zusammenhängen die Ansicht vertreten worden, daß kein Revolutionär, zumal kein Anarchist, Anlaß hat, vom Staat die Bemühung seiner Machtorgane zur Bestrafung irgendwelcher Rechtsbrecher zu verlangen. Ich gestehe, daß mich die Nichtverfolgung nationalistischer politischer Mörder oder Brandstifter nicht im allergeringsten entrüstet. Solche Entrüstung würde nur die Naivität eines Menschen kennzeichnen, der in einer klassenmäßig geschiedenen Gesellschaft die Möglichkeit in Betracht zöge, daß gleiches Recht für alle gelten könnte. Wenn der Staat sagt: Recht muß Recht bleiben, so meint er — und kann nichts anderes meinen als: Macht muß wie Recht behandelt werden. Wenn die Staatsorgane also in Rechtsprechung und Rechtübung bestimmte politische Gruppen bevorzugen, andere benachteiligen, so erweist sich darin einfach die Einschätzung der begünstigten Gruppen als Machträger, die der entrechteten als Ohnmächtige in der bestehenden Gesellschaft. Wollen wir zu irgendeinem Ausgleich in der Betätigung staatlichen Rechtes beitragen, so können wir das als gänzlich Machtlose niemals durch die Forderung tun, der Staat solle seine Autorität gegen bestimmte Gesetzesverletzer in Anwendung bringen, sondern immer nur durch die negative Forderung, er solle sie, wo immer er einen Teil damit verschont, auch für den anderen Teil außer Kraft setzen. Nur für diese negative Forderung kann der wirtschaftlich und politisch Schwache seine Zwangsmittel, die vor Ausbruch der Revolution ausschließlich in Demonstrationsmaßnahmen bestehen, wirksam machen, nur mit ihr kann er aber auch die Staatsgewalt unter den Druck der Unbequemlichkeit stellen, die behauptete Rechtsgleichheit auch da logisch zu begründen, wo nicht mehr die Verschiedenheit der Gesetzauslegung bei der Anwendung in Frage kommt, was stets leicht ist, sondern wo es sich um die ausgesprochene Nichtanwendung der Gesetze handelt; wobei die Rechtsverweigerung nicht durch Unterlassung, sondern durch positives Tun in Erscheinung gesetzt wird. Für die Freilassung patriotischer Gewalttäter ohne Amnestie lassen sich stets Vorwände finden, für die Zurückhaltung proletarischer Revolutionäre trotz Amnestie ist es kaum möglich, ohne die Phrase vom einheitlichen Recht sogar als Phrase preiszugeben.

Bei der Zehnjahresfeier der Weimarer Verfassung unterblieb jede Amnestie, was die außerordentlich mäßige Hochachtung der Machthaber im Lande vor dieser Verfassung sinnfällig machte. Amnestien haben in Deutschland, seit es Republik ist, nur stattgefunden, wenn die antirepublikanischen Kräfte im Lande sie verlangten. Dann haben manchmal auch Revolutionäre davon profitiert. Jetzt stehen wir vor der Tatsache eines Amnestieverlangens, das von Nationalisten ausgeht, also aussichtsvoll ist. Alle proletarischen Organisationen haben Ursache, dahin zu wirken, daß die Amnestie möglichst weit greife. In den letzten Wochen sind nicht weniger als 24 kommunistische Redakteure verhaftet worden. Die zahllosen Ueberfälle der Staatsgewalt auf Arbeitslosen-Aufmärsche, die Pistolen- und Knüttelattacken in Hamburg, Chemnitz, Berlin und an vielen anderen Orten, die Erregung der breiten Arbeiterschichten durch die fürchterlichen Vorauswirkungen des Young-Planes, Verteuerung aller wichtigsten Ernährungs-, Gebrauchs- und Verkehrsmittel, räglich wachsende Zahl der Erwerbslosen, Hungernden, Frierenden und Obdachlosen, Betriebsschließungen, Einschränkungen der Produktion, Entzug der Unterstützungen, Verhinderung von Lohnkämpfen durch die Schlichtungsguillotine des Staates und der Gewerkschaften, — alles dies schafft fortgesetzt neue Opfer des proletarischen

Kampfes. Die haarsträubende Besetzung des Karl Liebknecchthaus, unmittelbar nach der Auflösung der Antifaschistischen Jugendgarde, die Ruchlosigkeit des neuen Republikerschutzgesetzes, dessen Gefahren für alle proletarischen Revolutionäre auch die warnende Stimme Kurt Rosenfelds nicht mehr wird abwenden können, die offenkundige Absicht Severings und Grzesinskis, sofort nach Durchdrückung dieses verwegenen Attentats gegen die nicht zu Schwarzrotgold übergelaufenen Arbeiter, die KPD, und danach alle revolutionären Arbeiterorganisationen aufzulösen, geschieht in dem Bestreben, politische Verbrecher zu schaffen, durch Zuchthausstrafen im größten Maßstabe vom Kampf um bessere Lebensbedingungen, um Arbeit, Brot und Menschenwürde abzuschrecken. Jetzt ist Zeit, Amnestie zu verlangen, damit die Staatslenker merken, daß die Arbeiter nicht weniger Solidarität für ihre Klassengenossen haben, als die Nationalisten für ihre faschistischen Vorkämpfer.

Allerdings darf die Forderung nicht wieder den zarten Unterschied machen zwischen politischen und „kriminellen“ Straftaten. Wir haben es 1928 erlebt, wie man damals das Ding schob. Die Staatsanwälte und Richter die die Proletarier möglichst hoch verknackten, durften nachher entscheiden ob sie Politische waren oder nicht. So blieben die Genossen Mehlhorn und Burkhardt im Zuchthaus, nicht ohne der Staatsmacht die neue Theorie beschert zu haben, daß Hochverrat auch mal ein unpolitisches Delikt sein kann. So wurde Peters und Nachtigall übergangen und Kobitsch-Meyer mußte im Käfig umkommen. Wir haben gerade wieder einen Fall, der zeigt, wohin die sorgfältige Prüfung nach politischen oder unpolitischen Zusammenhängen führt, wenn sich das Proletariat selber mit dergleichen Krampf-begriffen abquält. In Arnsberg verhandelte das Schwurgericht (was man bei uns noch so nennt) gegen die anarchistischen Genossen Garde und Liesegang wegen des Ueberfalles auf Schloß Wocklum in Westfalen, bei dem ihr Befreier aus dem Festen Hause in Buch, Genosse Wichert, leider im Feuergefecht fiel. Sie wurden zu 7½ bzw. 6½ Jahren Zuchthaus verurteilt, der Antrag des Staatsanwalts auf Erkennung von Ehrverlust und Zulassung der Polizeiaufsicht jedoch abgelehnt mit der ausdrücklichen Begründung, daß die Angeklagten aus politischen Motiven — Erlangung von Geld, Sprengstoffen und chemischen Fabrikationsgeheimnissen zur Veranstaltung terroristischer Aktionen — gehandelt haben und daher als Ueberzeugungstäter anzusehen seien. Garde hat ohnehin noch eine Zuchthausstrafe abzumachen, die 1923 begann und bis 1942 laufen sollte; Liesegang sitzt seit 1920 und seine Zuchthauszeit als „Krimineller“ dauert noch bis 1937. Danach erst beginnen die neu erworbenen Jahre, so daß Garde jetzt noch 20 Zuchthausjahre vor sich hätte. Aber auch seine früheren Straftaten betrafen lauter Unternehmungen, die politische Zielsetzungen hatten. Er hat sich seit Jahr und Tag darauf berufen, hat mindestens für einen Teil seiner früheren Strafzeit die Anwendung der Amnestie von 1928 verlangt. Das hat gar nichts genützt, und da die Gerichte seine Forderung nicht belangvoll fanden; sahen auch die proletarischen Hilfsorganisationen, die sich ja aufs Politische kaprizieren, keinen Grund ein, sich seiner anzunehmen. Jetzt ist es endlich gelungen, seine Anerkennung als politischer Verbrecher durch das Gericht zu erzielen, das in der Begründung folgende bemerkenswerte Feststellung traf: „Es ist nicht Sache der Angeklagten, den politischen Charakter ihrer Straftat zu beweisen, sondern es ist Sache des Gerichts, ihnen die politischen Motive zu widerlegen. Nur wenn es gemeine Motive annimmt, kann es auf Ehrenstrafen erkennen, denn alles, was zur Begründung der Verhängung einer Strafe dient muß ausdrücklich bewiesen werden. Das Gericht ist nicht in der Lage, den Angeklagten eine niedrige Gesinnung bei ihrem Verbrechen nachzuweisen, ist also nicht berechtigt, auf Aberkennung der Ehrenrechte, die eine Nebenstrafe ist, zu erkennen.“ Nachdem dieser höchst wichtige Prozeß — ich habe über ihn in „Berlin am Morgen“ berichtet — die beiden früher stets als gemeine Banditen behandelten ausge-

zeichneten Genossen gerechtfertigt hatte, hat auch der Pressedienst der Roten Hilfe seine Verdächtigung Wicherts zurückgenommen. Es wäre nun aber Sache der Roten Hilfe, in allen Fällen, in denen Gefangene sich auf politische Motive berufen, nachzuforschen, ob sich das Gericht die Mühe genommen hat, ihnen diesen Einwand umständlich zu widerlegen oder ob, wie das meistens geschieht, dem Proletarier einfach unterschoben wird, eine politische Ueberzeugung nur geltend zu machen, um einmal bei einer Amnestie berücksichtigt zu werden. Die Amnestieforderung ist sofort bei Gelegenheit der jetzt notwendigen Bezeichnung derer, die berücksichtigt werden sollen, auf alle diejenigen Gefangenen auszudehnen, deren Berufung auf politische Zusammenhänge von den Gerichten ungeprüft übergegangen worden ist.

Ferner muß man endlich die Liquidierung aller Landesverrattssachen verlangen. Kein Mensch glaubt an den Landesverratt Heinrich Bullerjahns, der im Zuchthaus sitzt, damit die Staatsautorität und die Reputation des Herrn v. Gontard keinen Schaden leidet. Selbstverständlich ist, daß die Genossen frei werden müssen, deren Strafzeit 1928 auf 7½ Jahre herabgesetzt wurde. Die Grütznersche Forderung, daß die Zufälligkeit, daß jemand bei der Strafsache zu Tode gekommen ist, für die Amnestierung keine Rolle spielen dürfe, ist nicht nur für die paar „staatsstreuen Deutschen“ jenseits des Rheins berechtigt, sondern für jeden, der einmal ins Gedränge des Kampfes geraten ist. Man rede nur nicht so üppig von der Heiligkeit des Lebens, das ist keine geringere Heuchelei als das Gerede vom Recht, das Recht bleiben muß. Man besteckt nicht ein ganzes Land auf allen Straßen mit schwer bewaffneten Scharfschützen, die das Recht haben, in unbewaffnete Haufen, die nach Brot schreien, einfach hineinzuknallen, wenn einem das Leben aller Menschen wichtig und heilig ist. Man rede erst recht nicht von Heiligkeit des Lebens, wenn man jemanden, der es zufällig leisten kann, auch wenn er unter Verdacht des Mordes steht, einfach gegen Stellung einer Kaution von 100 000 Mk. in Freiheit setzt, wenn man sich ja auch darauf berufen kann, daß man den ärmsten Bettler unter den gleichen Umständen wie den Kulmbacher Kommerzienrat Meußdörffer freilassen würde, sobald er ebensoviel Geld hinterlegte.

Der Fall Meußdörffer gibt aber Anlaß, für die Amnestie folgende Forderung zu erheben: Heraus mit allen Gefangenen, die auf Indizien verurteilt sind! Es gibt in den deutschen Strafanstalten Hunderte von Gefangenen, die die Tat, für die sie verurteilt sind, nicht begangen haben, es gibt Dutzende, die von dieser Tat überhaupt erst Kenntnis erhielten, als sie damit in Verbindung gebracht wurden. Wiederaufnahmeprozesse gibt es fast nie. Anträge werden stets mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß die Möglichkeit, der Betreffende habe die Tat begangen, nicht völlig widerlegt ist. Recht muß Recht bleiben! Wäre aber der Betreffende ein reicher Mann, so wäre solches Recht niemals Recht geworden. Ferner heraus mit den Kranken aus den Kerkern! Kein vermögender Bürger oder nationaler Mann muß sitzen, wenn er krank ist. Die Kranken- und Irrenabteilungen der nur von armen Teufeln bevölkerten Strafanstalten aber bersten von hilflosen siechen Menschen. Heraus mit denen, die aus purer Not strafbar geworden sind, mit den Opfern des Bürgerkrieges, der Inflation, der Erwerbslosigkeit! Heraus mit allen alten Leuten aus den Zuchthäusern, mit allen, die noch unter Wilhelm II. hineingeraten sind, mit allen Jugendlichen, mit allen Frauen, auf die unversorgte Kinder warten! Heraus mit jedem Gefangenen, der von irgendeinem Ausnahmericht verurteilt wurde, heraus mit allen, deren Tat durch die Lage der Umstände, unter denen sie geschah, eine Wiederholung ausschließt! Heraus mit denen, die die Verzweiflung am eigenen Leben zur verzweifelten Handlung gegen das Recht eines andern trieb!

Nicht ängstlich sein mit den Forderungen, Genossen! Möge der Staat sich sträuben, zu handeln, wie es dem Proletariat erwünscht wäre. Es

kommt darauf an, daß das Proletariat sich dazu entschließt, das zu verlangen, was seinem Menschengefühl entspricht. Je stärker dieses Verlangen in ihm Ueberzeugung wird, um so mehr Klassengenossen wird er von der Richtigkeit seines Gefühls überzeugen. Je stärker die Stimme klingt, die vom Staate Recht fordert, um so schwerer wird es dem Staate sein, diese Stimme zu überhören. Je mehr das Proletariat vom Staate verlangt, um so leichter wird es ihm werden, überhaupt etwas zu erreichen. Die Macht, die der Staat Recht nennt, kann nur zerschellen an dem wirklichen Recht, das mit der Freiheit ans Licht dringen wird. Dem Heuchelwort des Staates aber: Recht muß Recht bleiben! soll die Arbeiterschaft das Wort entgegenstellen: Unser Recht muß Recht werden!

Tempo der Geschichte

Die Geschichte rollt nicht schnell genug ab, darüber klagen von jeher alle, die die Welt verändern möchten. Es ist täglich zu hören, wenn Arbeiter die Tollheit der gegenwärtigen Zustände im Gespräch erörtern: Ja, das Elend wird immer größer, die Teuerung immer unerträglicher, die Reaktion immer frecher, die Verzweiflung immer größer, aber man sieht keine Veränderung im Verhalten des Proletariats, es geschieht nichts in der Welt, was irgend auf nahe Umwälzungen hindeutete. Diese Verzagtheit ist viel schlimmer als der entgegengesetzte Fehler, in jedem Magenknurren schon den Donner der Revolution zu hören. Alexander Herzen sagte von Bakunin: Er hält immer den zweiten Monat für den neunten. Unsere Revolutionäre heutzutage aber erkennen überhaupt keine Schwangerschaft in dem Uebelbefinden der Gesellschaft und müssen einmal davor gewarnt werden, dadurch an einer Fehlgeburt schuldig zu werden. Die Gesellschaft ist trüchtig mit neuem Werden und die Geburtshilfe muß bereit sein zum Zugreifen — nötigenfalls mit der Zange. Vielleicht überzeugt sich mancher Zweifler von den Krämpfen in den Eingeweiden der Welt, wenn ein paar Vorgänge aus den letzten Wochen kurz neben einander genannt werden. Jeder dieser Vorgänge wäre in ruhigeren Zeiten Anlaß gewesen, die ganze Menschheit monatelang in wallende Aufregung zu versetzen; jetzt ist man derlei Ereignisse so gewöhnt, daß man über die Zeitungsmeldung hinwegliest, ohne zu merken, daß der Erdball an allen Enden zuckt und sich in Kreißen windet, jetzt ist es einer Monatsschrift nicht mehr möglich, dem Ablauf der Geschichte auch nur in den erregendsten Aeußerungen ihres Raketentempos zu folgen; so ungeheure Schnelligkeit hat die Umdrehung des Zeitgeschehens angenommen.

Aus dem Berichtsmonat: In Indien reckt sich die geballte Faust in die Höhe, die dem britischen Imperialismus den empfindlichsten Nerv seines Saugrüssels zerschmettern wird. Der indische Nationalkongreß hat deutlich gezeigt, daß die proletarischen Revolutionäre des Landes die diplomatischen Umgangsmethoden mit dem englischen Vizekönig satt haben. Die beispiellose Volkstümlichkeit Gandhis ist bei den ausgebeuteten Volksschichten jäh in Feindschaft umgeschlagen, seit er die Befreiung seiner Landsleute nicht mehr durch die Verjagung der kapitalistischen Plünderer durchsetzen will, sondern sich damit bescheidet, in 14 Forderungen an die Vergewaltiger einige Erleichterungen vorzuschlagen, die praktisch nicht mehr bezwecken, als die Zulassung indischer Ausbeuter als Konkurrenz für die Europäer ohne Einschränkung. Die Vorgänge bei der Feier des indischen Unabhängigkeitstages müssen Gandhi klar gemacht haben, daß die Spinnerarbeiter, die dort die Tribünen stürmten und die rote Fahne hißten, unter Unabhängigkeit etwas anderes verstehen als einige papierne Zugeständnisse der britischen Machthaber an den Patriotismus.

einer aufstrebenden einheimischen Demokratie. Der Heiligenschein des Gewaltlosen verblaßt. Er fordert die Herabsetzung der Heeresausgaben um die Hälfte; 50 Prozent bewaffnete Söldner zur Niederhaltung indischer Lohnsklaven bewilligt er den fremden Imperialisten, und das Recht zum Waffentragen für Zwecke der Selbstverteidigung erbittet er von denen, gegen die diese Selbstverteidigung nötig ist. Das heißt, für 50prozentige Freiheit der Inder bei 50prozentiger Gewaltlosigkeit sein. Die indische Revolution steht vor dem Absprung. Gandhi wird nicht mehr ihr Bannerträger sein, sondern ihr Opfer. Er ist Realpolitiker geworden; Heilige aber sind nur erträglich, wenn sie weise genug sind, Narren zu bleiben.

In London sitzen wieder einmal die Kriegsschürer beisammen und beraten sich über das Kräftearrangement beim nächsten Seekrieg. Für das Publikum heißt diese Tätigkeit Flottenabrüstung. Solche Konferenzen sind von Zeit zu Zeit nötig, dann nämlich, wenn der Weltkapitalismus einen neuen Krieg zur Förderung der Geschäfte für nicht mehr lange aufschiebbar hält. Dann können die Generäle, Admiräle und Außenminister die Spionage über die Vorbereitungen der künftigen Feinde nicht mehr den Vigilanten allein überlassen, dann müssen sie sich einmal von Person zu Person beschnuffeln und einander mit dem bewährten Schnupftabak des Pazifismus die Würmer aus der Nase ziehen. Deutschland darf diesmal nicht dabei sein. Gröners Panzer-ABC ist ohnehin ringsum bekannt. Auch weiß man daß die Müller-Regierung dermaßen sparsam wirtschaften muß, daß sie nicht einmal 100 000 Mark als Anerkennungsrate für den Kreuzer B lockern kann. Dafür hat sie den Heeresetat nachträglich noch um 40 Millionen Mark erhöht, die durch Abzüge von der Invalidenversicherung und von der Wochenhilfe eingespart werden. Die Säuglinge, die man auf diese Weise fürs Vaterland sterben läßt, werden ja nun beim übernächsten Kriege nicht rekrutiert werden können; ein Grund mehr, der Reichswehr rechtzeitig eine Geldentschädigung zuteil werden zu lassen.

In Spanien regiert jetzt an Stelle des Generals Primo de Rivera ein Kollege, der den Faschismus auf demokratische Art weiter betreiben will. Darob herrscht große Freudigkeit bei allen, die die Severings immer noch den Mussolinis vorziehen (es werden freilich immer weniger, wenn auch eine gewisse Sorte niemals ganz alle wird). Was in aller Welt für die Severings ist, ist im Hinblick auf die spanische Wendung zur Legalität für Alfons XIII. Dieser majestätische Fürchtenichts ist — das ist seine Rolle bei der Absägung Primos — vor der Wut der Arbeiter und Studenten gegen die Militärdiktatur wieder einmal unter die Soutane seiner Pfaffen geflüchtet. Sie haben 1909 bewiesen, wie sie mit freiheitlichen Bestrebungen umspringen. Wie sie mit Ferrer fertig geworden sind, hofft der gekrönte Liebling seines Volkes, werden sie auch mit den Republikanern fertig werden, denen zu begegnen der neue General vorerst die liberale Gesinnung des Königs vor Augen führen soll. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die temperamentvollen spanischen Studenten und daß die revolutionären Arbeiter des Landes, die fast durchweg antiautoritär sind, sich mit der Firmenänderung lange zufrieden geben werden. Mit dem Sturz des Diktators sind Kräfte in Bewegung gekommen, die die Luft über die Pyrenäen weg in ganz Europa ins Schwingen bringen werden.

Die Neuwahl eines Präsidenten in Mexiko endete mit Pistolenschüssen, ein nicht ganz belangloses Zeichen dafür, daß man in manchen Ländern anfängt, einen Landesherrn fehl am Orte zu finden, noch bevor er seine Befähigung, ein Volk zu entretten, praktisch beweisen konnte. Die Verfolgung der Kommunisten in Mexiko nach dem Attentat, obwohl glaubhaft gemacht ist, daß kein Kommunist an der Verschwörung beteiligt war, läßt auf die Einsicht der herrschenden Kreise schließen, daß jedes Proletariat, das Not leidet und dagegen organisatorische Maßnahmen er-

greift, vernünftigerweise den Repräsentanten des kapitalistischen Systems nicht gewogen sein kann. Haben auch die revolutionären Arbeiter nicht auf den neuen Präsidenten geschossen, sagen sich mit Recht die Staatsgewalten, so hätten sie doch mehr Anlaß dazu gehabt, als die Parteigänger des bürgerlichen Gegenkandidaten, die tatsächlich geschossen haben. Darum wird eine gewaltige Dauerrazzia auf Kommunisten und Anarchisten veranstaltet und die gute Gelegenheit benutzt, zugleich die diplomatischen Beziehungen mit Rußland abzubrechen. Das sieht nach Energie aus, bestärkt den Wahn der internationalen Bourgeoisie und eines großen Teils der internationalen revolutionären Arbeiterschaft, als ob es Rußland in seiner Außenpolitik nicht auf Geschäfte mit dem Weltkapitalismus, sondern auf die Entfaltung der proletarischen Weltrevolution ankäme, und erfüllt überdies den wahren Zweck, dem amerikanischen Petroleumkapital mit einem empfindlichen Schlag gegen den russischen Konkurrenten eine in Dollarwerten verzinsliche Gefälligkeit zu erweisen.

Indessen befriedet sich auch Europa zusehends. Der Faschismus in Oesterreich wird unter vorläufigem Verzicht auf die Heimwehren zwischen Mussolini und Schober auf dem Wege über ein Bündnis bewerkstelligt, das Horthy zum zehnjährigen Henkeramtsjubiläum als Geschenk dargebracht wird. Der damit begründete Dreibund Italien-Oesterreich-Ungarn ist ein ragender Meilenstein auf dem Wege zum nächsten europäischen Kriege. Er bereitet als Gegengewicht gegen die Kleine Entente Tschechien-Rumänien-Jugoslawien die Methode des „Gleichgewichtes der Kräfte“, die auch 1914 ihr weitgestecktes Ziel erreichte, für die Periode des Faschismus vor. Ob der neue Krieg, wie das von den Bolschewisten behauptet wird, tatsächlich von einer imperialistischen Weltentente gegen Rußland geführt werden wird, ist nicht wahrscheinlich. Rußland soll wirtschaftlich, seines Außenmonopols wegen, ruiniert werden, um es in der nächsten bewaffneten Auseinandersetzung aller gegen alle koalitionsfähig für eine der Mächtegruppen zu machen. Deutschland dient den amerikanischen Schiebern dieser Politik als Vorspann für den Wirtschaftskrieg gegen Rußland, indem die Segnungen des Young-Planes das Kreditbedürfnis der Berliner Regierung gewaltig steigern und zu seiner Stillung erst die Kreugersche Zündholz-anleihe mobil gemacht wurde, die den russischen Export schwer trifft und jetzt eine noch viel einschneidendere Kreditaktion eingeleitet ist, nämlich ein Monopolabkommen für den gesamten deutschen Oel- und Benzinbedarf, das mit den Firmen Shell und Standard-Oil abgeschlossen werden soll. Damit erfährt die russische Wirtschaft den denkbar schwersten Schlag und gleichzeitig wird Deutschland wichtigstes koloniales Absatzgebiet für die am Young-Plan interessierten imperialistischen Länder. Die Frage, wer die mitteleuropäische Arbeiterschaft als weiße Lasttiere so ausquetschen darf, wie es die deutschen Patrioten vor dem Kriege mit farbigen Menschen gemacht haben und lieber heute als morgen wieder machen möchten, ist also fürs erste ohne neuen Krieg gelöst worden. Dennoch ist zweifelhaft, ob sich die Lehre noch vor dem nächsten oder übernächsten Weltkriege allgemein durchsetzen wird, die Henry Ford kürzlich bei einer Unterredung zum Ausdruck brachte, indem er erklärte: „Es gibt nur einen einzigen Weg, dem Krieg ein endgültiges Ziel zu setzen, nämlich, indem man den Leuten, die durch einen Krieg verdienen, kiarmacht, daß sie auf andere Weise mehr verdienen können.“

Die hier gestreiftten geschichtlichen Ereignisse beziehen sich samt und sonders auf politische Bewegungen, die erst im Laufe des letzten Monats in den Lichtkreis der Öffentlichkeit getreten sind. Dabei sind allerentscheidendste Vorgänge wie die Wirkung des Riesenkrachs an der New-Yorker Börse mit der Umschichtung von Milliardenwerten garnicht erwähnt worden, ebensowenig das moralische Lamento des Papstes zugunsten der griechisch-katholischen Kirche, die er in Rußland gefährdet

und vergewaltigt sieht, was der römischen Kirche deshalb so weh tut, weil sie die orthodoxe Konkurrenz schon seit dem Sturz des Zaren, der zugleich oberster Priester dieser Kirche war, zum Aufgehen in der eigenen Herrlichkeit reif machen wollte. Es scheint also, als ob immerhin einiges Tempo im Lauf der Geschichte spürbar wäre. Wer aber findet, daß in all dem Geschehen des einen Monats keine Beschleunigung der sozialen Revolution erkennbar sei, dem muß nahegelegt werden, sich weniger auf die Aktivität der Feinde seiner Bestrebungen zu verlassen, weniger auch auf das automatische Abrollen der historischen Notwendigkeiten und das dialektische Walten der materialistischen Gegebenheiten und lieber selber zu versuchen, die Ereignisse nach der gewünschten Richtung zu stoßen. Vielleicht kann er dadurch das Tempo der Revolution erfreulich beschleunigen.

Alt-Spartakus

Wenige Tage hintereinander starben, beide erst im fünften Lebensjahrzehnt, zwei führende Persönlichkeiten der alten Spartakusbewegung, beide beteiigt an der revolutionären Organisation des proletarischen Widerstandes gegen den Krieg, beide Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands, beide zeitweise leitende Köpfe der Zentrale dieser Partei: Ernst Meyer und Paul Levi. Nur der Zufall der Gleichzeitigkeit ihres Todes führt zur Vergleichung ihres Lebens, das trotz der vielen äußerlichen Berührungen ihrer Schicksale, trotz der persönlichen Begegnungen beider in vielen geschichtlich bedeutungsvollen Situationen kaum jemanden auf den Gedanken gebracht hätte, Parallelen zu ziehen. So verschieden war die Anlage dieser beiden Charaktere, so fern von einander liefen die Geleise ihrer inneren Bewegkräfte, so fremd stand die Menschlichkeit des einen zu der des anderen, obwohl doch wieder beide bis zum Ende aktive Politiker blieben, beide am Ende ihrer Laufbahn (Parlamentsabgeordnete waren, beide von weiten Kreisen radikaler Arbeiter als Intellektuelle beurteilt wurden, denen der Doktorhut den freien Blick in die wahre Lage des Proletariats überschattete. Ernst Meyer war noch Mitglied der KPD., wäre es aber als geistiger Führer der sogenannten Versöhnler-Gruppe bestimmt nicht lange mehr geblieben (mit peinlicher Schnelligkeit fingen unmittelbar nach seinem Tode, als ob man nur mit Rücksicht auf den ohnehin unrettbar Kranken bis jetzt gezögert hätte, die Hinauswürfe der ersten „Renegaten“ dieser oppositionellen Mittelgruppe an). Paul Levi war seit vielen Jahren aus der Partei nach rechts abgeschwenkt, hatte die erste Fraktion gegen die von ihm geschaffene streng zentralistische Organisation, die Fraktionen grundsätzlich verpönte, aufgezogen, die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, hatte von dort aus den Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gefunden und war endlich bei der Nürnberger Einigung mit dem Gros seiner Genossen zur alten Sozialdemokratie zurückgekehrt, die ihn als linken Flügelmann zur gelegentlichen Verwendung für ein Alibi ganz gern gewähren ließ.

Ernst Meyers politische Laufbahn war die eines leuchtend sauberen Menschen, einer tapferen Persönlichkeit, eines Mannes, dessen Schritte niemals den klaren Weg der Ueberzeugung verließen. Als junger Akademiker trat er in die sozialdemokratische Partei ein; der Ausbruch des Krieges fand ihn als politischen Redakteur des „Vorwärts“, und dem Einfluß des damals 27jährigen Revolutionärs war die im Anfang des irrsinnigen Verbrechens anständige und würdige Haltung des Zentralorgans der Partei zum guten Teile zuzuschreiben. Die Scheidemänner und Weise setzten alle

Kräfte in Bewegung, um das Blatt der Berliner Arbeiter in den Dienst ihres Prinzipienverrates, ihres Hohenzollern-Patriotismus zu zwingen. Hinter der „Vorwärts“-Redaktion, hinter Ernst Meyer standen die Arbeiter, die ihren Karl Liebknecht nicht verleugnen wollten. Da entschlossen sich die Sozialpatrioten zur Gewalt, deren Ausübung sie der Macht überließen, die ihre Gefälligkeiten zu nützlich fand, als daß sie nicht zur Gegenleistung hätte bereit sein sollen. Der Parteivorstand veranlaßte das Generalkommando zur Unterdrückung der Zeitung, die Redaktion flog auf die Straße, und die Generale Wilhelms II. erlaubten das Erscheinen des „Vorwärts“ erst wieder, als ihnen Herr Stampfer als Chefredakteur geliefert wurde, unter dessen Leitung das Blatt zur reaktionärsten Verhöhnung aller proletarischen Ansprüche heruntergesudelt wurde. Ernst Meyer wandte sich jetzt ganz der unterirdischen Arbeit zur Durchkreuzung der Kriegspolitik und zur Herbeiführung der Revolution zu. Er gehörte zu den Begründern des Spartakusbundes, zu denen, die mit Liebknecht, Rosa Luxemburg und Franz Mehring der Novemberbewegung den Auftrieb zur sozialen Revolution zu geben versuchten. Die Gegenrevolution der Ebert, Noske, Scheidemann und ihrer Jorjse und Lüttwitze brachte ihn ins Gefängnis und immer von neuem in Konflikt mit der Staatsmacht der Südekum, Landsberg, Heine und ihrer Prokuristen mit den goldenen Achselstücken, den samtenen Baretten, den Polizeisäbeln und den gespickten Brieftaschen. Bei der Gründung der KPD, unterstützte er die von Levi geführte gemäßigte Richtung, die vorn vornherein die Taktik der alten Sozialdemokratie mit Wahlbeteiligung und Gewerkschafts-Zentralismus wieder einführen wollte, in der Meinung, zu der sich ja später alle Führergruppen der Partei bis heute bekannt haben, daß die Revolutionierung des Proletariats keiner neuen Kampfformen, sondern nur der Wiederbelebung des alten Kampfeistes durch neue Persönlichkeiten bedürfe. Meyer war orthodoxer Marxist und um so weniger veranlaßt, die von Marx und Engels in der ersten Internationale vertretene Politik der Eroberung von Machtpositionen im Staat preiszugeben, als der von ihm glühend verehrte Lenin dieser Politik, besonders in der Broschüre vom Radikalismus als der Kinderkrankheit des Kommunismus eifernnd das Wort redete. In Widerspruch zur offiziellen Parteipolitik geriet er, als erst Ruth Fischer und Scholem und dann, nach dem zweijährigen Intermezzo der Auswirkung des EKKI-Briefes von 1925, die gegenwärtige linke Gruppe um Thälmann an die Spitze traten. Ihm lag der Wortradikalismus gar nicht; er war ein stiller Arbeiter im Dienste seiner Sache, der er nach außen keine andere Fahne anstecken mochte, als dem inneren Wesen entsprach. Den Brandlerschen Losungen, die fast vollständig auf die alte Melodie der USPD, gestimmt sind, mochte sein revolutionäres Gewissen nicht einfach folgen, doch lehnte er die Brandmarkung der ausgesprochenen rechten Kommunisten, die ja doch die meisten Spartakuskämpfer, seine besten Revolutionskameraden wie Thalheimer, Frölich, Walcher usw. in ihren Reihen haben, als Abtrünnige und Verräter heftig ab, wie er zuvor auch die Ausschlüsse und rüden Beschimpfungen der sogenannten Ultralinken, denen er gesinnungsmäßig ferner stand, mißbilligt hatte. Diese Duldsamkeit, die ihm und seiner Fraktion — er hat nie gegolten, fraktionell tätig zu sein — den Namen Versöhnler eintrug, entsprach durchaus dem Charakter Ernst Meyers. Er war kein Draufgänger und sein Temperament war keine lodernde Fackel, aber es war ein ruhiges, klares Licht, das ohne Grellheit und Geflacker den Weg gleichmäßig erhellte, den zu gehen Ernst Meyer für richtig hielt, um zur Revolution und zum Sozialismus zu gelangen. Sein Weg war nicht der unsere, aber sein Tod hat uns einen guten Nachbarn entrissen.

Mit Paul Levi ist uns kein Freund gestorben; über ein menschliches Bedauern hinaus geht uns sein Abscheiden nichts an. Ein Rechtsanwält, ausgestattet mit großen rednerischen Gaben, mit dem sicheren Blick für Wirkungen auf Augenblicksstimmung der Geschworenen und des Publikums,

so begann Levis Aufstieg in die politischen Sphären. Das entscheidende Erlebnis war der Prozeß Rosa Luxemburgs vor der Frankfurter Strafkammer 1913, in dem der 30jährige Verteidiger zum ersten Male die Stimme erheben konnte zu einem Plädoyer, das die Arbeiter in ganz Deutschland aufhorchen ließ. Die leidenschaftliche Revolutionärin hatte den preußischen Militarismus der systematischen Grausamkeit bezichtigt, hatte behauptet, in den Kasernen seien Soldatenmißhandlungen an der Tagesordnung. Levi hielt eine meisterhafte Rede, die nicht so sehr darauf ausging, seine Schutzbefohlene vor dem Gefängnis zu bewahren, als darauf, den Popanz des bunten Rockes zu enthüllen, die staubige Rückständigkeit der in Uniform maskierten preußischen Staatsdisziplin anklagend bloßzustellen. Rosa Luxemburg selbst war begeistert und aus der Begegnung von Angeklagter und Advokaten wurde die Freundschaft politischer Menschen. Von hier aus floß revolutionärer Elan in die kluge Dialektik des Juristen und unter dem Einfluß der starken Persönlichkeit seiner Mandantin wuchs die politische Gestalt Paul Levis zeitweilig über das Maß, in das der fähige Anwalt, der gebildete Aesthet, der blendende Rhetoriker von Natur aus gebannt war. Im Kriege stand er bei den Revolutionären, da er bei Rosa Luxemburg und ihrem Gefährten Leo Jogisches stand. Er hielt zu Spartakus, weil Rosa Luxemburg Spartakistin war. Er war ihr Schüler, da er damals in Frankfurt ihr Beschützer gewesen war. Dies ist der sympathischste Zug im Charakter Levis, soweit er der Oeffentlichkeit sichtbar geworden ist. Die faszinierende Beredsamkeit des Mannes trug ihn bei der Gründung der kommunistischen Partei an ihre Spitze. Dann kam die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, ein furchtbarer Schlag für Levi, der ihn menschlich im Tiefsten erschütterte, ihn gleichzeitig aber politisch verwaiste. Er mußte nun selbständig urteilen, selbständig handeln, selbständig eine junge revolutionäre Organisation zum rechten Tun bestimmen. Hier versagte er. Der Heidelberger Parteitag war die Reifeprüfung des revolutionären Politikers Paul Levi; diese Prüfung bestand er nicht, in ihr erwies sich nicht der politische Meister, den die Nachrufe aus ihm machen wollen, sondern wieder nur der geschickte Advokat, der er vor der Freundschaft mit Rosa Luxemburg und Leo Jogisches gewesen war. Ihre Mörder hatten auch Levis politisches Genie getötet.

Dies erklärt den ganzen Werdegang des begabten und mit vielen Vorzügen ausgestatteten Menschen; er war kein politischer Kopf, er war Revolutionär nur aus persönlicher Verehrung für seine Lehrerin, und je mehr er sich in die Politik verstrickte, die er für eine juristisch-taktische Aufgabe hielt, um so weiter entfernte er sich folglich von den Forderungen der proletarischen Revolution, der er sich selber ja nur aus Pietät verbunden fühlte. Schon die Heidelberger Leitsätze, die sein Werk waren, noch mehr die rednerische Begründung, die er ihnen auf den Weg gab, zeigen ihn als klügelnden Opportunisten, der die politische Arena für ein juristisches Forum hält, der glaubt, die Revolution in verpflichtende Paragraphen schnüren zu können, der seine Dialektik scheiden läßt zwischen Gerechten und Ungerechten, der bestimmte Mittel des revolutionären Kampfes erlaubt, andere verbietet, der jede Regung der Persönlichkeit im proletarischen Aufbegehren, jede Empfehlung direkten Eingreifens ohne Befehl von oben als syndikalistisch und anarchistisch verwirft und die Worte Syndikalist und Anarchist geradezu zu Schimpfworten stempelt. Die KAPD. spaltete sich ab: Levis Werk; die KPD. wurde zur keifenden Schulmeisterin in der revolutionären Bewegung und stieß dadurch schon frühzeitig ausgezeichnete revolutionäre Kräfte in Verärgerung und Passivität: Levis Werk; die Abkehr des besten Teiles des revolutionären Proletariats von parlamentarischer Schwätzerei und gewerkschaftlicher Tarifmeierei wich erneutem Vertrauen auf die reformistischen Methoden der Sozialdemokratie; zum größten Teil Levis Werk. Der Kapp-Putsch erwies Paul Levi als völlig entschlußlosen politischen Dilettanten; er überließ die Initiative zur Abwehr den Un-

abhängigen und kam endlich angesichts der ungeheuerlichen Schandtaten der Ebert und Bauer gegen die kämpfenden Arbeiter, angesichts des gemeinen Bruchs des Bielefelder Abkommens durch Severing mit dem schönen Vorschlag zutage, es solle eine Reichsregierung von linken Sozialdemokraten und rechten Unabhängigen gebildet werden, zu der sich die KPD, in „loyale Opposition“ stellen werde. Die Erhebung des Proletariats im mitteldeutschen Aufstand mißbilligte er. Das war sein Recht, und das Verhalten der Partei gab zur Kritik zweifellos manchen Anlaß. Aber Levi platzte mit seiner Kritik in einer Broschüre heraus, die während des Tobens des Standrechts dem Klassenfeinde eine Fülle willkommensten Materials in die Hände gab und der Sache des revolutionären Proletariats entsetzlich geschadet hat. Sicher war diese Wirkung nicht gewollt, aber sie war da und bewies von neuem, daß Paul Levi ein ausgezeichnetem Anwalt seiner Auffassung, aber das Gegenteil von einem weitsblickenden Politiker war. Er gründete die KAG., die sehr rasch zerfiel und trat in die USP. ein. Das Republik-Schutzgesetz wurde vorgelegt und Paul Levi erklärte in einer Mitgliederversammlung seiner Partei, das Gesetz sei einwandfrei, da starke Garantien dafür gegeben seien, daß es nur gegen rechts angewendet werden dürfe. Jeder kleinste Rotgardist hinter schwedischen Gardinen sah den Niedner voraus, der große Politiker Levi vertraute der Gerechtigkeit der Bürgerjustiz, die er nur als Rechtsanwalt und nie als angeklagter Rebell kennengelernt hatte. Dann ging er zur Sozialdemokratie und bildete sich ein, er werde kraft seiner politischen Ueberlegenheit die Noskes in die Wüste jagen können. Was hat er als Mitglied der Scheidemann-Partei dem Proletariat genützt? Nichts, weniger als nichts. Wenn die Sozialdemokraten einmal im Reichstag Opposition markieren wollten, schickten sie Paul Levi vor und er hielt eine vortrefflich stilisierte Rede, die keine Spur praktischen Wert hatte. Daß er sein eigenes linkes Parteiblatt redigierte, eine Korrespondenz für Eingeweihte, gab den Welsen die Möglichkeit, sich wegen ihrer Toleranz in die Brust zu werfen, und als Levi auf dem Magdeburger Parteitag radikale Töne anschlug, klopfte ihn der Vorwärts freundlich auf die Schulter: es sei ein Genuß gewesen, die glänzende, wenn auch inhaltlich nicht ernst zu nehmende Rede zu hören, und der Redner habe sogar einen Sportanzug dazu angehabt. Mam schämte sich für den Freund Rosa Luxemburgs, wenn man das las und entschuldigte ihn: der Mann hat kein Gefühl für Politik.

Seine große Stunde erlebte Paul Levi noch einmal beim ersten Jorns-Prozeß, wo ihm der Schmerz um die Toten von 1919 und der heiße menschliche Zorn gegen ihre Mörder und deren Beschützer zu einer mächtigen und großartigen Anklagerede begeisterte. Aber damals schon wurde ihm hier vorgeworfen, daß er von den wahren Beschützern der Pabst und Vogel geschwiegen habe, aus Scham vielleicht, weil er selber ihr Parteigenosse geworden war. Ach nein, er hatte aus Politik geschwiegen. Das hat sich leider im zweiten Jorns-Prozeß herausgestellt, während dessen Verhandlungen ihn der Tod wegnahm. Das Verhängnis wollte, daß Paul Levi bei seinem allerletzten öffentlichen Auftreten sich einen tief beschämenden Abgang schuf. Auf die direkte Frage des Gegenanwalts, ob denn nicht auch die sozialdemokratische Regierung selbst die Mörder Liebknichts und Rosa Luxemburgs gedeckt und die Wahrheit über ihr schreckliches Ende zu vertuschen gesucht hätte, antwortete der wieder ganz zum Advokaten gewordene Verteidiger Levi, der glaubte, diese Antwort sei politische Klugheit, er habe sich durch das Aktenstudium überzeugt, daß auf die Regierung von damals kein Schatten falle. Noske, gedeckt von Paul Levi gegen den Verdacht, er habe die Mörder Rosa Luxemburgs nicht der Sühne überliefern wollen! Das war der letzte noch mögliche Beweis dafür, daß Paul Levi niemals hätte in der revolutionären Bewegung als Politiker wirken dürfen. Er war ein Advokat, kein Revolutionär, und in seinen besten Tagen ein geschickter Advokat der Revolution.

Daß Levi, wie alle seine Freunde bestätigen, privat eine liebenswerte, hilfsbereite und geistvolle Persönlichkeit gewesen ist, soll ihm gern zum Guten angerechnet werden. Ernst Meyer aber war mehr: ein lauterer, gradliniger Geist in all seinem revolutionären Streben und gerade darum auch ein politisch zuverlässiger Mensch.

FANAL

Halbjahrs-Abonnenten!

Mit diesem Heft schließt das erste Halbjahr des IV. Jahrgangs ab. Es wird dringend gebeten, das fällige **Bezugsgeld umgehend** auf Postscheck Erich Mühsam, Berlin, Nr. 82419 einzuzahlen. Zahlkarte liegt bei.

FANAL ist infolge der schweren Wirtschaftskrise und der wachsenden Arbeitslosigkeit unter den Genossen in ernster Bedrängnis!

**Sammelt!
Werbt!
Helft!**

Geschäftsstelle des „FANAL“
Berlin-Britz, Dörchläuchtingstr. 48

Faschismus - Bolschewismus Anarchismus

Thema der Oeffentl. Versammlung am Freitag, den 7. März, 19¹/₂ Uhr,
im Frankfurter Hof, Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 313

Referent: **ERICH MÜHSAM**

Erscheint in Massen!

Freie Aussprache!

Gruppe Osten, F. K. A.

Gruppe Neukölln, Anarch. Vereinigung.

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Zusammenkunft

regelmäßig Donnerstags 19¹/₂ Uhr
im Lokal Köhler, Neukölln,
Ziethenstr. 64

Donnerstag, den 6. März:

Vortrag von Fritz Linow über:
„Partei und Gewerkschaft — die
Stützen des Staates“

Das Erscheinen aller Kameraden wird erwartet!

Gruppe Zentrum

Genossen, helft am Aufbau der Gruppe Zentrum.
Gruppenabend jeden Freitag 19¹/₂ Uhr beim
Genossen Gerhard Reinecke, Berlin NO 18,
Landsberger Straße 32, Ausgang C, 3 Treppen.

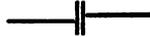
Quittung über Spenden für FANAL

Durch	P. Kut, Berlin N	Mk.	2.50
„	H. Loßner, Berlin	„	4.95
„	O. Plappert, Berlin	„	12.00
„	H. Leupold, Nürnberg	„	4.60
„	M. Niedermaier, München	„	5.00
„	H. Bisser, Mulhouse	„	5.00

Kind und Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York
(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“



Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des FANAL. Abonnenten des FANAL erhalten durch diese auf Wunsch Zahlungserleichterung

Fritz Gross: Die letzte Stunde

Legenden vom Tode

Erschienen im ASY-Verlag, Berlin O 34, Warschauer Str. 62
328 Seiten Einbandentwurf von Will Faber-Berlin. In Leinen
6.- Mk. Viermarkband der „Gilde freihell. Bücherfreunde“.

Diese „Legenden vom Tode“ sind ein menschliches Dokument von seltsamer und überwältigender Fülle. Repräsentanten der Menschheit aus zahllosen Generationen erstehen vor dem Leser und werden gestaltet — in ihrer letzten Stunde. Ruhm, Eitelkeit und Macht, alle Aeußerlichkeiten des Lebens verfliegen, und der Glanz echter Menschlichkeit leuchtet unvergänglich auf. Dieser Totentanz führt die großen Denker, Wohltäter und selbstlosen Revolutionäre der Menschheit aller Zeiten und Völker neben den berühmten Eroberern und Unterdrückern vor unser Auge — sie alle erwachen zu neuem Leben, und das Ursprüngliche und Wesenhafte kommt an den Tag. Gross' Buch ist, in einer reinen, klaren Sprache geschrieben, ein schönes Stundenbuch, ein Lesebuch der Besinnung für alle mit sich und den Uebeln dieser Zeit ringenden Menschen.

fanal

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

**Partelen und Masse — Die öster-
reichische Anschlußfrage (v. L. Krafft)**

**Recht muß Recht bleiben — Tempo
der Geschichte — Alt-Spartakus**

NR. 6

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

MÄRZ 1930

Bücher und Schriften

VON

ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten

Malik-Verlag, Berlin

Preis: brosch. 1,60 Mk. geb. 2,40 Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren

Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 2,— Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti

Verlag Gildefreieitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,— Mk.

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen

Werk 1898—1928

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5,50 Mk. geb. 8,— Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die

Revolutionereignisse in München

FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0,90 Mk.

**Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 6

März 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,25 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörrhlauchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Parteien und Masse

Wäre es wahr, daß wirtschaftliche Verelendung kraft unwandelbarer gesellschaftlicher Gesetze in dem Augenblick in Revolution umschlagen müsse, wo ihren Opfern die Ursachen der Not bewußt werden, dann hätten wir jetzt die soziale Revolution. Arbeiter, denen das Wesen des Kapitalismus als Ausbeutungseinrichtung unklar wäre, gibt es in Ländern mit vorgeschrittener Industrie kaum mehr. Nur bedingt die Einsicht in solche Zusammenhänge noch keineswegs die Ueberzeugung, daß der Kapitalismus abzuschaffen sei; das Erkennen des eigenen Elends als der natürlichen Folge der kapitalistischen Wirtschaft braucht durchaus nicht zum Anstreben sozialistischer Zustände zu führen; und wiederum ist auch das Bekenntnis zum Sozialismus noch lange keine Willenserklärung, mit welchen Mitteln und in welchen Formen die sozialistische Gesellschaft erstrebt und verwirklicht werden soll.

Ein großer Teil der Arbeiterschaft, wahrscheinlich umfaßt er die Mehrzahl der proletarischen Klasse in allen Ländern, macht sich über die künftige Gestaltung der menschlichen Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen überhaupt keine Gedanken. Der Durchschnittsproletarier, aufgewachsen in engsten, räumlich und geistig beschränktesten Verhältnissen, schon als Kind in jedem Betracht verkümmert, geduckt, verprügelt, anspruchslos, äußerlich und innerlich unsauber, ohne beispielgebendes Vorbild zu rechtem Verhalten, ohne ausreichende Ernährung, ohne liebende Betreuung, ohne Berührung mit dem Schönen, Behaglichen und seelisch Erwärmenden des kulturellen Lebens, mit fast ertöteter Sehnsucht nach etwas Reinheit und Güte in seiner Welt der Dumpfheit, des Staubes und des boshaften Unglücks, — er sucht, auf sich selbst gestellt, ein wenig nachzuholen, was ihm die Kindheit vorenthielt, für das mißhandelte Ich, so lange dies armselige Dasein schon dauern mag, ein bißchen Vergnügen, Unterhaltung, Betäubung, und außerhalb der Arbeitszeit,

in der er Sklave ist, Befriedigung im Auftrumpfen als Willensmensch. So ist die proletarische Masse: ganz und gar individualistisch, in allen Regungen und Handlungen auf den eigenen Nutzen, auf kleine Vorteile innerhalb der gesetzten Ordnung bedacht, ohne Sinn für grundstürzende Pläne zur Herbeiführung lebenswürdiger Zustände, deren Segnungen ja doch erst künftigen Geschlechtern teilhaftig sein würden; dabei befangen in der von Staat und Kirche gelehrtten Moral von der Heiligkeit des Eigentums, von der Autorität jedweder Obrigkeit, von der Richtigkeit staatlicher Macht, der Macht schlechthin, die aus göttlichen Bezirken auf den Wandel der Menschen, aus Regierungen auf Untertanen, aus den eigenen Befugnissen als Mann und Familienvater auf Frau, Kinder und Abhängige niederschlägt. Das politische Interesse beschränkt sich auf die Zeitungsberichte, die unmittelbar zur eigenen Umwelt in Beziehung stehen, wird aktiv höchstens bei Gelegenheit von Wahlen, und die Beteiligung an Wahlen geschieht nicht zur Bekundung einer entschlossenen Gesinnung, sondern zur Stärkung des Selbstgefühls, das durch die Ausübung eines anerkannten Rechtes geschmeichelt wird, oder sie geschieht aus Verärgerung über Unbill durch die Arbeitsmethoden, über eine Kränkung durch den Werkmeister, über schlechte Erfahrungen mit diesem oder jenem Parteivertreter, oder auch nur, weil ja doch alle zur Wahl gehen und Fernbleiben im Betriebe und bei der Nachbarschaft Anstoß erregen würde. Das Wesen des Kapitalismus, die Tatsache, daß er arbeiten muß, das ganze Leben angestrengt und fruchtlos arbeiten, damit andre ein gutes Geschäft machen, ist so einem Durchschnittsproletarier gar kein Geheimnis, das man ihm nur zu enträtseln brauchte, um ihn zum Klassenkämpfer zu machen; er weiß genau so gut wie der beste Revolutionär, daß er seine Arbeitskraft an den Fabrikbesitzer vermietet, daß der Unternehmer ihn dank seines Besitzrechts jeden Tag arbeits- und erwerbslos machen kann, und daß es Arbeiterorganisationen gibt, die sich die Abschaffung dieses Zustandes zum Ziele gesetzt haben. Er weiß oftmals sogar, daß sein indifferentes Verhalten die stärkste Stütze des kapitalistischen Bestandes ist und entschließt sich dennoch nicht zur Teilnahme am proletarischen Kampf, zieht trotzdem sein jammervolles Bruchleben am laufenden Band oder an der Stempelstelle angesichts der früh alternden Frau, der rhachitischen Kinder, bei etwas Suff und Kartenspiel dem noch so zahmen Widerstande vor.

Es hat keinen Zweck, vor dem Unerwünschten die Augen zu schließen. Die Zahlen, die uns die politischen Parteien vorrechnen, um das bei allen Parlamentswahlen zutage tretende Interesse der Arbeiter an den öffentlichen Dingen zu beweisen, sind ohne alle Schlüssigkeit. Allein der Umstand, daß diese Zahlen von Mal zu Mal, von Wahl zu Wahl wechseln, zeigt, wie wenig Gesinnung und grundsätzliche Geisteshaltung hinter der Stimmabgabe steckt. Nur

ganz allgemeine Stimmungsmomente kommen bei solchen Kundgebungen zum Ausdruck, und diese Momente enthalten so gut wie keine positiven Forderungen im Hinblick auf gesellschaftliche Umgestaltung, die Schwankungen drücken nur Negatives aus, Kritik am Geleisteten, allgemeine Unzufriedenheit mit dem Gewerke im Staat, Ablehnung der zuletzt angewendeten Methoden. Zuwachs erhalten bei allen Wahlen die Parteien, welche gegen die gerade herrschenden Klüngel die heftigste Opposition entfaltet haben; lösen sie, gestützt auf den also festgestellten Willen der Massen, jenen Klüngel in der Herrschaft ab, so büßen sie die Stimmen wieder ein und müssen bei der nächsten Zählung den inzwischen gestärkten abgehalfterten Parteien oder mit neuen Anklagen und Versprechungen vorrückenden Gruppen weichen. Das ist die parlamentarische Demokratie, die die Verwaltung des Gemeinwesens einem arithmetischen Rechengpiel überläßt, was insofern für den öffentlichen Betrieb ohne Nachteil ist, als die Machtverhältnisse in der Gesellschaft ja doch auf ökonomischen Grundlagen beruhen, irgend eine Aenderung dieser Grundlagen also auf gesetzlichem Wege gegen die Absicht der Wirtschaftsmonopolisten keinesfalls herbeigeführt werden kann. Jede Auswechslung im Regierungsapparat bewirkt somit nichts weiter als Personalverschiebungen in den höheren Aemtern und die Macht über an die Amtsruder gelangten Personen erschöpft sich im Wesentlichen in der Möglichkeit, Parteigegner zu schikanieren, Parteifreunde aber in die wohlthuenden Regionen hinaufzubefördern, wo die Befehle der wirklichen Landesherrn, nämlich der Herren über Land, Erdschätze und Maschinen, ausgeführt werden. Hiervon wollen die Wähler nichts wissen. Sie lassen sich weismachen, ihre Beeinflussung des Wahlausganges habe entscheidende Bedeutung für den Fortgang der öffentlichen Geschäfte, der Stimmzettel, im richtigen Felde angekreuzt, mache ihre Wünsche zu maßgebenden Faktoren im Staate.

Das Verfahren bewährt sich für das kapitalistische Wirtschaftssystem, für die bürokratische Maschinerie des Staates und für die um die Amtssessel boxenden Parteien gleichermaßen, so lange wenigstens, wie die Masse sich von ihm täuschen läßt. Es gibt den Willenlosen das Gefühl, ihren Willen zur Geltung zu bringen, es überträgt den Urteilslosen das Urteil über das Wirken der regierenden Kräfte und vertraut dabei mit Recht auf ein so hohes Maß von Urteilslosigkeit, daß den alle vier Jahre zur Wahl zugelassenen Massen die völlige Unbeträchtlichkeit des Ausfalls ihres anonymen Urteils für den Lauf der staatlichen Dinge niemals bewußt wird. Diese Art Demokratie bedeutet, formal betrachtet, die Diktatur der Gleichgültigkeit, der Unselbständigkeit und der Passivität über alle regen und handelnden Kräfte eines Landes, real gesehen die Ausschaltung jedes wirklichen Massenwillens aus den Maßnahmen der öffentlichen Gewalt. Für die Arbeiter, die von der Anwendung des Wahl-

rechts Nutzen erwarten, bedeutet die Zählendemokratie Einreihung in die bürgerliche Staatsordnung, demnach Preisgabe des aus der Klassenlage des Objektes der kapitalistischen Wirtschaft von selbst gebotenen Kampfes um die Quellen alles Wohlstandes und Verzicht auf Selbstverantwortung und Aktivität. Für den Staat aber, für alle an der Erhaltung und Festigung der Wirtschaftsprivilegien Interessierten ist die Pflege des Gedankens grade in den Köpfen erbitterter Arbeiter von hohem Nutzen, man könne durch Additionskünste den Willen der Massen feststellen, man könne diesen Willen durch Wahlpropaganda schöpferisch beeinflussen, man könne den in der Wahl festgestellten Willen durch moralischen Druck auf die Gewählten zum Vorteil der Arbeiter, zum Schaden der kapitalistischen Einrichtungen zur wirkenden Kraft verstärken. Diese Meinung, soweit sie nicht einfach opportunistischen und streberischen Erwägungen entspringt, sondern von der ehrlichen Absicht ausgeht, im Gegenwartsstaat Stellung zu beziehen, um von da aus der Zukunft vorzuarbeiten, beruht auf einer gründlichen Verkenning der Masse als bewegende und bewegte geistige Erscheinung.

Oben ist gesagt worden, daß diese Masse ganz und gar individualistisch sei. Das heißt nicht, sie stelle den Persönlichkeitswert aller ihrer Einzelmenschen dem Kollektivdenken sozialer Organisationen aus Gründen der Weltanschauung gegenüber. Es heißt nichts anderes, als daß die Masse ein formloses Gebilde von außerordentlich zahlreichen, innerlich durch nichts geeinten Individuen ist, deren jedes sich durch gehorsame Einfügung, kleine Lumpereien, rücksichtslosen Ellenbogengebrauch, Vorsicht, Leichtsin, Schlaueit oder Heuchelei seinen Halt in den gegebenen Verhältnissen zu sichern sucht, hierbei nur auf das eigene Wohl und allenfalls noch auf das der Sippe bedacht, völlig uninteressiert jedoch an den gemeinsamen Sorgen und Leiden aller, ohne Empfinden für seine Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Masse, das andere Individuum der Masse nie als Schicksalsgenossen, immer nur als Freund, Feind oder Konkurrenten, also in Beziehung auf sich selbst beurteilend. Es verhält sich also so, daß die breite, breiige Masse zwar ein Konglomerat von Einzelgestalten, dennoch aber als Ganzes ohne alle Wirksamkeit ist; daß es ihr vollkommen an jedem Kollektivgefühl mangelt, sie aber trotzdem und gerade dadurch als Kollektivität behandelt werden kann; daß eine gewaltige Häufung von Individuen stattfindet, die das Gegenteil einer Verbundenheit von Individualitäten ist.

Daß Staat und bürgerliche Gesellschaft die Masse in diesem Zustande des egoistischen Mit-trotzens vortrefflich gebrauchen können, um unbehindert von der überwiegenden Mehrzahl ihrer Opfer beliebig schalten und sich obendrein noch auf den schmeichelhaften Zuspruch „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ berufen zu dürfen, versteht sich. Was die politischen Parteien betrifft, so richtet sich ihre Aufmerksamkeit allein darauf, bei den seltenen Gelegenheiten,

wo die Masse von einer künstlich hervorgerufenen allgemeinen Erregungswelle erfaßt wird, wie das bei jeder Wahl zu den Parlamenten der Fall ist, zu der verhältnismäßig kleinen Schar ihrer festen Anhänger eine möglichst große Zahl einmaliger Zustimmungen zu werben. Da bei dem prozentual außerordentlich geringfügigen Anteil der besitzenden Klasse an der Bevölkerungsziffer keine Partei im demokratischen Verfahren je daran denken könnte, durch einen Wahlanhang, der nicht zum weitaus stärksten Teil aus Besitzlosen besteht, zu den Staatsprüfungen zu gelangen, so ist klar, daß keine parlamentarische Partei berechtigt ist, ihre Legitimation, den Willen der Werktätigen zu vertreten, darauf zu stützen, daß eben sie im Gegensatz zu den andern Parteien von der werktätigen Masse in die gesetzgebende Körperschaft entsandt sei. Das trifft für ausnahmslos alle Parteien zu, wobei selbstverständlich der Bauernstand als werktätiger Volksteil dem Industrieproletariat gleichgesetzt ist. Jede politische Gruppe packt den Massenmenschen vor der Wahl bei einer andern Stelle seiner Sentimentalität, um ihm begreiflich zu machen, daß sie besser als jede Konkurrenz verstehe, woher seine üble Laune stamme und allein über die Mittel verfüge, ihn zu Frieden zu stimmen. Dabei bezieht sich keine Partei, keine einzige, auch die nationalsozialistische nicht, auch die kommunistische nicht, auf die in den Tiefen jeder Menschenbrust schlummernde Sehnsucht nach sozialer Gemeinschaft, erst recht keine auf die stärkste aller menschlichen Seelenkräfte, das Ringen um die gesellschaftliche Freiheit als Grundlage der persönlichen Freiheit, — alle beziehen sich auf die äußeren Nöte des Einzelnen, die sie durch zweckmäßige Zwangsmaßnahmen gegen die Gesamtheit aus der Welt zu schaffen versprechen. Die Nationalisten zeigen auf den bösen Feind außerhalb der Landesgrenzen, schmeicheln dem Bürgerstolz des krumm gerackerten Steinklopfers, indem sie ihm die Eigenschaft, an der er am wenigsten Schuld oder Verdienst hat, sein Geborenssein innerhalb deutscher Grenzpfähle, als rühmlichste und verpflichtendste aller Tugenden preisen und erfüllen ihm mit Rachedgedanken gegen seinesgleichen, die das Unglück haben, Schweinhunde zu sein, weil ihre Wiege jenseits jener Grenzen stand. So strömen die Proletarier massenhaft dem Stahlhelm zu oder aber verschreiben sich dem Hakenkreuz, dessen Heilkünder sie belehren, daß die Frevler gegen ihr Wohlergehen nicht nur diejenigen sind, die nicht zwischen bestimmten Bergen und Flüssen geboren sind, sondern vor allem diejenigen, deren Vorfahren keine vorschriftsmäßige Schädelform hatten. Wer sich erinnert, daß es vor dem Kriege größere Semmeln gab und wem einmal ein jüdischer Hausierer Hosenträger aufgeschwätzt hat, die nach vierzehn Tagen entzwei gingen, ist für die nationale und völkische Sache gewonnen. Die Kirchlichen verweisen auf die Sündhaftigkeit der Welt, und der wahlberechtigte Arbeitende oder Arbeitslose, der an Gott und die Heiligen glaubt, weil

seine Väter und Ahnen seit Menschengedenken an sie geglaubt haben, und weil er schon, als er ein kleines hungriges Kind war, erfahren hat, daß Not Beten lehre und infolgedessen gern hört, daß Beten Not heilen könne, — er schaut herum und stellt fest, daß andere Menschen in der Tat recht häßlich denken, handeln und leben und wählt die Partei, die sich mit den himmlischen Mächten verbündet hat und der es darum am irdischen Segen nicht fehlen wird; er, der Wähler, wird dabei gewiß nicht schlecht fahren. Andre wählen die Vertreter der Industriellenpartei, die ihnen sagen, daß es dem Arbeiter nur gut gehen kann, wenn sein Brotgeber reichlich verdient, und wieder andre die Demokraten, die ihnen die Gleichheit vor dem Gesetz rühmen, die es jedem Zeitungsjungen ermöglicht, ein Rockefeller zu werden, wenn er nur tüchtig ist; auch du, Franz Biberkopf, kannst es noch zum Millionär bringen, wähle erst mal demokratisch. Oder wähle die Wirtschaftspartei, oder die Befreier der Mieter oder die Impfgegner; jeder kennt deine besonderen Leiden, jeder wird dich, gerade dich, reich, glücklich und gesund machen, wenn du ihn ermächtigt, dich zu regieren.

Wie wenig Begabung und selbst Neigung zu kritischem Urteil die von allen zu gleichem Zweck umworbenen Massen haben, dafür bietet Vergangenheit und Gegenwart der Sozialdemokratie den allerschlagendsten Beweis. Sie zeigte dem Proletariat mit schärfster Logik die Ursachen seines Elends auf, lehrte ihn das Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung begreifen, überzeugte es davon, daß in der Ausbeutung keine schicksalhafte Notwendigkeit, sondern veranstaltete Entrechtung und organisierte Plünderung der Armen durch die Reichen zu erkennen sei — und versprach Abhilfe, Gerechtigkeit, Brot, Arbeit in Freiheit und Sozialismus, sobald eine genügende Anzahl Wählerstimmen ihr das Heft des Staates in die Hand gäbe. Der Zusammenbruch des Kaiserreiches nach einem Kriege, dessen hoffnungslose Fortsetzung durch viereinhalb Jahre der Preisgabe aller Grundsätze zuzuschreiben ist, mit deren Verkündung die Sozialdemokratie alle dem Massenindividualismus zu sozialistischem Gemeinschaftsstreben entronnenen Arbeiter in ihre Partei, in ihre Gewerkschaften zu locken gewußt hatte, schob — wiederum durch Verrat an denen, die Gesinnungstreue zur Tat drängte — den Führern der Sozialdemokratie tatsächlich die Staatsmacht zu. Jetzt mußte jeder sehen, daß nichts von allem, was die Partei ihren Wählern eingeredet hatte, ernst gemeint war, daß die Eroberung der Machtposten im kapitalistischen Staate Endzweck aller Werbung dieser Leute gewesen war. Sie hatten die Posten nicht etwa durch die Wahlen in die Hände bekommen, sondern durch Aktionen der proletarischen Minderheit, die die Sozialdemokratie stets mißverstanden hatte, indem sie ihren Versicherungen glaubte, und ihr Erstes war, daß sie die bislang als Volksfeinde bezeichneten Kräfte des Feudalismus und Militarismus zu Hilfe rief, um den tatbefeuernden Glauben

der Revolutionäre an wirkliche Befreiung, an Sozialismus und menschliche Gemeinschaft niederzuschlagen. Ihr Ebert sprach am Vortage der Revolution, die ihn emporhob, das Wort: „Ich hasse die Revolution wie die Sünde“. Dieser Mann ist niemals zum Reichspräsidenten gewählt worden; seine Partei übergab ihm das neugeschaffene Amt, ohne ihre Wähler zu fragen, und Jahre später bestätigte ihm der in der Mehrheit bürgerliche Reichstag unter Verzicht auf die verfassungsmäßig vorgeschriebene Stimmzettelwahl, daß er auf dem usurpierten Platz sitzenbleiben könne, bis er ihn hindenburgreif gegessen haben würde. Die breiten Massen erlebten die sozialdemokratische Wirksamkeit von Versailles über die Inflation und alle wüste Reaktion bis zur krassesten Verleugnung der letzten und primitivsten sozialen Forderungen, erlebten den Noske und den Hörsing und hielten still bis zum Severing, Grzesinski und Zörgiebel. An Stimmzahl hat die Partei nichts eingebüßt, obwohl sie das arbeitende Volk mit indirekten Steuern — die den Aermsten so viel an den Staat zahlen lassen wie den Reichsten — schlimmer belastet als je eine Regierung unter Wilhelm, obwohl sie die Unzufriedenheit der Notleidenden schmählicher vergewaltigt als je ein Bismarck, obwohl sie Gesetze gegen die Opfer der Arbeitslosigkeit erläßt, die die früher von ihnen propagierte Gesinnung unter härteren Zwang stellen, als es die berüchtigten Umsturz- und Zuchthausvorlagen der 90er Jahre vorhatten, gegen die sie die Proletariate der ganzen Welt zum Protest aufriefen. Sie haben sich zu Handlangern der skrupellosesten Ausbeutung gemacht, die je gegen ein arbeitendes Volk unternommen wurde, sie haben den Arbeitern das Brot vom Tische gerissen, um Panzerkreuzer zu bauen, Kavalleriepferde satteln, Kriegsgerät vermehren zu können. Sie sperren Schulen, lassen Spitäler verfallen, verteuern die Verkehrsmittel, sparen an Wohnbauten für das Proletariat, um mehr Pistolen, Gummiknüppel, Ueberfallwagen, Karabiner und Spitzel gegen diejenigen verfügbar zu haben, die heute dasselbe sagen, was sie vorher jahrzehntelang gesagt haben. Sie verbieten Arbeiter-Organisationen, die sich gegen die Wehrbünde der Kapitalisten sichern wollen; sie lassen die Mordvereine der Hitlerschen ungeschoren, weil sie in ihnen willkommene Hilfstruppen gegen die kommunistische Konkurrenz schätzen. Sie schießen auf Straßenpassanten, wenn sie in Proletariervierteln wohnen und ihnen daher zuzutrauen ist, daß sie dem Gedanken der Maifeier als Bekenntnis zur Befreiung der Arbeiterklasse treu geblieben sein könnten. Sie verhöhnen die Arbeiter, von denen sie sich wählen lassen, indem sie sich bei Sektgelagen mit den rücksichtslosesten Feinden des Proletariats photographieren lassen. Tut nichts: die vielgepriesene Masse wählt sie. Warum? Nicht weil sie sie liebt, sondern weil ihr der Erfolg imponiert, weil sie die Leute belohnen will, die es dank ihrer unbefangenen Streberei zu etwas gebracht haben, weil sie zudem erfreut ist, daß die Staatsbetreuer da oben

Menschen ihres eigenen Schlages sind, Individualisten ohne Persönlichkeitswert, Machthungrige ohne Verbundenheit, Zufriedene mit jedem noch so erbärmlichen Zustand, der ihnen selber nur den Aufstieg ermöglicht. „Nicht als Persönlichkeit, sondern als Exponent einer Machtgruppe“ habe er das Amt eines preußischen Bildungsministers zu versehen, erklärte der Sozialdemokrat Grimme, als er die Nachfolge des Demokraten Dr. Becker antrat, der seinerseits beim Abschied verriet, er müsse den Posten räumen, weil er der Persönlichkeit ihren Anspruch in den Angelegenheiten der Kultur wahren wollte. Wir verstehen unter Persönlichkeit wahrscheinlich etwas anderes als der Staatsminister Becker, wir verstehen unter Persönlichkeit bestimmt etwas anderes als den Staatsminister Becker; offenkundig versteht aber der verabschiedete Minister Becker unter Gesinnung etwas anderes als Herr Dr. Grimme, der unter diesem Begriff gar nichts versteht, da man sich sonst nicht nur als Exponent einer Machtgruppe empfinden kann. Die Masse aber ist durch seinen Ausspruch ebenso gekennzeichnet wie er selber und seine Partei. Wer an der Macht ist, den wählt sie; wo der Erfolg ist, der äußere, der offizielle Erfolg, da läuft sie nach; und nicht wer die Masse hat, hat den Erfolg, sondern wer den Erfolg erringt, erringt die Masse.

Darum ist es für Revolutionäre ein Unding, sich um die Anerkennung der möglichst zahlreichen Masse zu mühen. Nur wahrhaft Ueberzeugte, nur zum Kampf mit allen seinen Folgerungen Entschlossene können für eine revolutionäre Sache wirken. Dies ist der Irrtum auch der Kommunistischen Partei, daß sie meint, ihren Zielen näherzukommen, wenn sie mit möglichst großen Zahlen von Mit- und Nachläufern rechnen kann. Sicher ist, daß die parlamentarische Politik dieser Partei nicht den vorgeschobenen Grund verfolgt, die Tribüne zu benutzen, von der aus der Gedanke der proletarischen Revolution ins Weite schallt. Er schallt nämlich von der Parlamentstribüne nicht weiter als bis ins Parlamentsstenogramm und dort vermodert er in Papier. Die Beteiligung am Parlamentarismus ist für die Kommunisten, soweit nicht Einzelne wie in allen Parteien persönlichen Ehrgeiz befriedigen wollen, das Mittel, an die breiten, unüberzeugten Massen heranzukommen, die den Anarchisten und übrigen Antiparlamentariern alle Sympathie versagen, weil die ihnen nicht einmal Gelegenheit geben wollen, einmal in vier Jahren im geheimen Kämmerlein bekunden zu dürfen, daß auch sie Exponenten einer Macht sind. Die Wahl- und Parlamentspolitik hat die Kommunisten längst den besten Teil ihrer ursprünglichen Anhängerschaft gekostet, den Teil, der eben nicht Exponent, sondern wirkende Persönlichkeit im Kampfe sein möchte. Alle Wahlpropaganda, ob sie mit revolutionären Parolen arbeitet oder nicht, muß der Masse, den Indifferenten, die allein majoritätbildenden Zulauf abgeben können, entgegenkommen. Ihrem egoistischen, auf winzige Erleichterungen unter den augenblicklichen Umständen gerichteten Kleinbürgergemüt

müssen Zugeständnisse gemacht werden. Diese allem Ideal ganz fremde, nur rohen materiellen Nützlichkeiten zugekehrte amorphe Masse läßt sich gewiß durch radikale Worte gewinnen, sie ist aber keineswegs für Taten zu haben und es ermangelt ihr jeder Sinn für wahre Radikalität der Gesinnung. Die kommunistische Presse schlägt zur Zeit außerordentlich kräftige Töne an, was angesichts der unerhörten Krise, der sprunghaft wachsenden Not immer weiterer proletarischer Kreise verständlich und vielfach nur angemessen ist. Aber an wen wendet sie sich? Immer nur an die sozialdemokratischen Wähler, an die Massen, die in elf Jahren gezeigt haben, daß sie jeden Verrat fressen, wenn sie nur nicht nachhaltig aus der Ruhe gebracht werden. Es nützt nichts, daß die Kommunistische Partei andauernd beteuert, sie sei die einzige revolutionäre Kraft des Proletariats. Sie hat mit ihren Losungen, Aufrufen, Terminsetzungen für Demonstrationen und Aktionen zu oft Schiffbruch erlitten, als daß ihr die wirklich entschlossenen Revolutionäre noch folgen möchten. Es geht nicht, daß man fortwährend die breiten Massen auffordert, große Unternehmungen gegen den Staat und die Führer der staats-treuen Parteien zu veranstalten. Die Revolutionäre, die aktiv sein könnten, werden nicht gehört, ehe man solche Kundgebungen festsetzt; sie aber lehnen es selbstverständlich ab, in einen Kampf zu ziehen, der ohne ihre Mitwirkung hinter verschlossenen Türen beschlossen wird, dessen Ziele sie nicht erfahren und von dem sie befürchten müssen, daß seine Zwecke dem Machtstreben der Partei, womöglich bloß dem Streben nach Staatsmacht im kapitalistischen Getriebe eher dienen sollen als der wirklichen Befreiung der proletarischen Klasse. Auch ist nicht jeder Kämpfer bereit, jede Aeußerung seines revolutionären Willens mit Hochrufen auf Stalin und den russischen Staat zu begleiten, der seine eigenen Gesinnungsgenossen, weil sie den alten Forderungen treugeblieben sind, verfolgt, verbannt und einkerkert. Auch mit diesen Methoden kann man nur Massen zu lärmenden Zustimmungen bewegen, die zu stilleren Taten nicht zu bewegen wären. Die Kommunistische Partei Deutschlands, heute Gegenstand schändlicher Verfolgungen und Vergewaltigungen, kann sich darauf verlassen, daß sich, sollte man es wagen, den Verhaftungen, Durchsuchungen, Provokationen aller Art das Verbot der Zeitungen und Organisationen selbst folgen zu lassen, alle proletarischen Revolutionäre solidarisch neben sie stellen werden. Dann wird sie erkennen, daß die breiten gesinnungslosen Massen keine Stütze sind, an die man seine Ueberzeugungen anlehnen kann, und daß nur da von Massenkraft geredet werden kann, wo die Masse nicht uferloser Sumpf, sondern auf harten Boden gegründeter Fels ist.

Die Revolution wird nicht erzwungen, indem man in eine flutende unbekannte Menge ihre Losungen hineintrompetet und sich selber vorher als ihr Führer und unfehlbarer Lotse anpreist. Sie

kommt, wenn eine genügend große Schar entschlossener Menschen, eine Minderheit von tief miteinander, tief mit der Klasse der Arbeiterschaft verbundenen Persönlichkeiten mit voller Selbstverantwortung jedes Einzelnen das Uebel, das revolutionär beseitigt werden soll, nicht mehr erträgt, wenn die materiellen Gründe, die den wirtschaftlichen und politischen Umsturz rechtfertigen und notwendig machen, von sittlichem Geiste zu ideellen Forderungen emporgetragen sind, wenn eine Freischar Entschlossener den Augenblick der Reife ihrer Stunde erfaßt und das Banner vor allen erhebt, die folgen wollen. Gustav Landauer rief in eine Münchner Versammlung das prachtvolle Wort hinein: „Ich brauche keine Revolutionäre! Ich brauche Revolution! Die Revolution wird ihre Revolutionäre von selber haben!“

Die österreichische Anschlußfrage

Seit dem Bestande der österreichischen Republik spukt ein merkwürdiges Problem in den Hohlköpfen aller Parteien, nämlich das des Anschlusses an Deutschland. Als 1918 der österreichische Staat gleichsam als Ueberbleibsel der zertrümmerten Habsburgermonarchie entstand und zu einer europäischen Verlegenheit wurde, war es die erste Sorge der beauftragten Staatsgeburtshelfer des Bürgertums und der Sozialdemokraten — auch „Staatsräte“ genannt —, nach dem etwas plötzlich entdeckten Mutterland Deutschland zu schielen, wobei hauptsächlich die vorgefaßte Meinung der Lebensunfähigkeit Oesterreichs ins Treffen geführt wurde. Das ängstliche Verbot der imperialistischen Entente bereitete allen diesen Versuchen ein jähes Ende; doch die innerpolitische Situation, die scheinbare Linkspolitik der Sozialdemokratie, ließ die radikalen Kräfte des Bürgertums immer wieder nach dem politisch gemäßigten Deutschland blicken, wo mittlerweile Noske und seine Helfer die junge, hoffnungsvolle Revolution zielbewußt meuchelten. „Nur der Anschluß an Deutschland ist Oesterreichs einzige Rettung!“, hieß es dann 1920/21 in verstärktem Maße, denn die nationalistische Propaganda stieg übereinstimmend mit der völkischen Hochflut in Deutschland, und Probeabstimmungen, Studentenkundgebungen, die sich bis zum gelegentlichen Ausreißen einiger Grenzpfähle steigerten, und ähnlicher alldeutscher Tamtam lösten einander ab und standen im Vordergrund der österreichischen Innenpolitik. Erstaunlich rasch hatte sich aber die einheimische Sozialdemokratie umgestellt; sie nützte die beliebt gewordene Anschlußphrase weidlich aus, indem sie gleichfalls hingebende Propaganda für sie betrieb und sich nicht entblödete, zuguterletzt einen Wahlschlager daraus zu machen. Der Eintritt von führenden Sozialdemokraten in die Leitung des „Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes“, eines Anschluß-Animiervereins, ihre Mitarbeit an dessen Werbeblatt „Der Anschluß“, die engen Beziehungen des Republikanischen Schutzbundes zum klassenharmonischen Reichsbanner „Schwarzrotgold“

stammen aus jener Phase der Anschlußbewegung und haben zur Verwässerung der sozialdemokratischen Partei wesentlich beigetragen. Eines Tages verstummte aber mit einem Male das ganze Anschlußgetöse und -geschrei, kein Hahn krächte um Deutschland mehr und Schweigen befahl alle Patrioten vom Hakenkreuz bis zu den Rosaroten. Was war geschehen und woher kam dieser Umschwung der Gefühle? Oesterreichs Bürgertum hatte sich inzwischen auf Kosten seiner Proleten einigermaßen saniert, der gutfundierte Schilling die Kassen der Nationalbank verlassen, während man in Deutschland mit Billionen rechnete und im Inflationsdreck erstickte. Da ist es nur allzu begreiflich, wie abgekühlt, wie reserviert die Anschlußsehnsucht der österreichischen Bourgeoisie und ihrer Mitläufer sein mußte. Doch die Zeiten änderten sich und schließlich kehrte mit der Rentenmark das verlorene Anschlußvertrauen reuig zurück, um allmählich von einem ganz neuen Faktor zum zweiten Male in den Hintergrund gedrängt zu werden. Der Heimwehrfaschismus, welcher seine Gelder wohl aus völkischen, doch zuletzt auch aus fremdvölkischen Taschen zog, sah sich zu weitgehenden Zugeständnissen und Gegenleistungen verpflichtet. Nach dem Verzicht auf Südtirol folgte bezeichnenderweise in Oesterreich die Absage prominenter Heimwehrführer an den Anschluß, wozu man sich „völkischer“ Blätter wie der „Action Française“, des „Temps“ und Vollblutdeutscher wie Jules Sauerwein, des politischen Redakteurs des „Matin“ in Paris bediente, worüber nun unsere empfindlichen Sozialdemokraten „Verrat!“ schreien.

Der wandelbare Anschlußstandpunkt, den die österreichischen Parteien nach der jeweiligen Konjunktur einnehmen, wurde gezeigt, und es soll nun versucht werden, die Meinung der österreichischen Anarchisten zur Anschlußkomödie zum Ausdruck zu bringen. Der Anschluß an Deutschland — und das muß klar gesagt werden — ist aus einer Reihe einschneidender Lebensfragen des österreichischen Proletariats restlos abzulehnen und schärfstens zu bekämpfen. Der Anschluß würde in Oesterreich die ohnedies kärglich bemessenen politischen Freiheiten noch mehr einschränken und für die Betriebe den bisher noch abgewehrten deutschen Zehn- und Elfstundentag bedeuten. Die Militärherrschaft, das Damoklesschwert der Diktatur, drückendere Steuern und indirekte Abgaben — die der deutsche Arbeiter aufgehalst bekam — würden in Oesterreich sofort willige Nachahmung finden, und hinzu käme noch ein gewaltiger Anteil der Kriegsschulden, die internationale Einsicht dem verelendeten Oesterreich bereits erlassen hat. Die unerhörte Staatsbevormundung, die niederträchtige Justizbedrückung, welche in Deutschland weit größer ist als irgendwo in der Welt, würde importiert und mit ihnen noch vieles andere, woran wir augenblicklich nicht denken. Aus allen diesen Gründen ist jede Anschlußpropaganda ein Verbrechen am österreichischen Proletariat. Der Anschluß käme einzig und allein dem Interesse der Steigerung deutscher Staatsmacht zugute, er würde die militärische Bedeutung Deutschlands erhöhen, alles Dinge, welche wohl dem Kapitalismus, aber niemals der Arbeiterschaft nützen können. Noch ist Deutschland nicht der Staat, welcher einwandfreie Friedenspolitik betreibt. Im nächsten Kriege, in den Deutschland aller Wahrschein-

lichkeit nach verwickelt sein wird, teilte der österreichische angeschlossene Prolet das Schicksal der Kolonialtruppen im Weltkriege: er könnte als Staatsbürger zweiter Güte die Kastanien aus dem Feuer holen!

Für Anarchisten ist daher aus allen diesen Gründen und Perspektiven die österreichische Anschlußfrage keineswegs ein Problem. Sie sind grundsätzlich gegen jedes Staats-un-wesen, jeden Staatsmachtzuwachs — ein solcher steht hier in Frage —, der immer nur Unheil, neues Verderben in sich birgt. Sie wissen wohl, daß das deutsche und das österreichische Volk innerlich eins sind, aber achten den Anschluß beider Bruderstämme für jenen Augenblick von selbst gekommen, in dem die sieghafte Idee der Anarchie die letzten Staatsschranken beseitigt hat und ein freies Europa seine Geburtsstunde feiert.

L. Krafft, Wien.

Recht muß Recht bleiben

In Artikel 7 des Londoner Protokolls vom 16. August 1924, mit dem der Dawes-Plan den Charakter eines internationalen Vertrages erhielt, heißt es unter 1: „Niemand darf unter irgendeinem Vorwand verfolgt, beunruhigt, belästigt oder einem materiellen oder moralischen Nachteil unterworfen werden, sei es wegen einer Tat, die in der Zeit zwischen dem 11. Januar 1923 und dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Abkommens in den besetzten Gebieten ausschließlich oder überwiegend aus politischen Gründen begangen worden ist, sei es wegen seines politischen Verhaltens in jenen Gebieten während der angegebenen Zeit, sei es wegen seines Gehorsams oder seines Nichtgehorsams gegenüber den Befehlen, Ordonanzen, Verordnungen oder Anordnungen, die von den Besatzungsbehörden oder den deutschen Behörden mit Beziehung auf die Ereignisse während des bezeichneten Zeitraumes erlassen worden sind, sei es endlich wegen seiner Beziehungen zu jenen Behörden.“ Unter 2: „Die alliierten Regierungen und die deutsche Regierung werden alle Verurteilungen und Strafen aufheben, die wegen der vorstehend bezeichneten Handlungen zwischen dem 11. Januar 1923 und dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Abkommens von den Gerichten oder Verwaltungsbehörden ausgesprochen worden sind.“ Unter 3: „Die Bestimmungen der §§ 1 und 2 finden keine Anwendung auf Verbrechen gegen das Leben, die den Tod herbeigeführt haben.“ Als die Kommunisten damals im Reichstag den Antrag einbrachten, diese Amnestie auszudehnen auf das rechtsrheinische Gebiet und die wegen politischer Vergehen Verurteilten und Verfolgten unter Zugrundelegung der Bestimmungen des Londoner Protokolls im ganzen Reiche straffrei zu erklären, ließ die Demokratische Partei durch Herrn Erich Koch-Weser erklären, es sei traurig genug, daß man den Separatisten nicht mehr beikommen könne, nun dürfe man aber das Unheil nicht noch vermehren. Dieser Auffassung, daß man froh sein müsse, wenigstens noch überzeugte Männer der Arbeiterklasse, welche der Ausplünderung aller arbeitenden Deutschen, aller deutschen Rentner, Sparer, Kriegsoffer und Kinder durch die Veranstalter der Inflation Widerstand zu leisten empfahlen, — wenigstens sie noch im Zuchthause schinden zu können, schloß sich die Mehrheit der Körperschaft an, die auch danach nicht aufhörte, unter dem Namen Volksvertretung Demokratie zu exekutieren.

Der Young-Plan sieht für das Inkrafttreten der Haager Uebereinkünfte eine ähnliche Regelung der während der Besetzung des Rheinlandes geschehenen strafbaren Handlungen und ihrer Folgen vor, die als „Räumungs-

Amnestie“ bezeichnet wird. Auch die Ausnahmebestimmung für „Verbrechen gegen das Leben, die den Tod herbeigeführt haben“, ist im Gesetzentwurf wieder enthalten. Jetzt hat sich im Rheinland unter Vorsitz des ehemaligen Düsseldorfer Regierungspräsidenten Grützner, ein Amnestieausschuß gebildet, der die Aufnahme eines Paragraphen im neuen Gesetz durchsetzen will, „wodurch diese Amnestie auch auf diejenigen Deutschen angewendet wird, die in Abwehr der Verräter in der unruhigen Besatzungszeit Tötungsverbrechen begangen haben“. Die Grütznerschen klagen darüber, daß von der geplanten Amnestie „nur diejenigen Deutschen begünstigt werden, welche in der Besatzungszeit den gegnerischen Mächten Vorschub geleistet haben“ und finden, daß „eine Ergänzung dieser Amnestie zugunsten der staatstreuen Deutschen daher unbedingt erforderlich ist“. Herr Grützner ist Sozialdemokrat. Seine Name ist den deutschen Arbeitern aus weniger menschenfreundlichen Kundgebungen im Gedächtnis, die mit der vorliegenden nur das gemeinsam haben, daß sie sich ebenfalls auf die Vorgänge in den besetzten Gebieten bezogen. Er war es, der bei den „gegnerischen Mächten“ um die Erlaubnis nachsuchte, unzufriedene deutsche Arbeiter mit blauen Bohnen zufrieden machen zu dürfen und die Hilfe des Besatzungsmilitärs in Anspruch nahm, um den rheinischen Industriellen ihren Profit zu sichern. Um die Durchführung der Dawes-Amnestie aber hat er sich anscheinend wenig bekümmert, mindestens nicht darum, daß sie auch „zugunsten der staatstreuen Deutschen“ angewendet wurde. Die Kommunisten hatten während der Ruhrbesetzung die seltsame Parole ausgegeben, den Separatismus mit allen Mitteln zu bekämpfen, und die ihnen anhängende revolutionäre Arbeiterschaft mischte sich tatsächlich in den Streit der Kapitalisten um den richtigen Lauf der Staatsgrenzen zugunsten Deutschlands ein und kämpften und siegten im Bunde mit der preußischen Sipo am Aegidienberg bei Honnef und anderswo, und dann verurteilten sie die Franzosen zu Gefängnisstrafen von meistens 1 Jahr. Die Amnestie befreite sie alle, aber nur für sehr kurze Zeit. Denn kaum waren die Genossen draußen, da griffen die deutschen Behörden nach ihnen und brachten sie vor die Niedner, Lorenz und die übrigen Republiksschützer des Leipziger Reaktionstribunals. Die scherten sich einen Dreck um die Londoner Amnestie, erklärten, die gelte nur für die Separatisten; wer aber den deutschen Gewalten gegen die Franzosen und Sonderbündler geholfen habe, habe über die Absicht, das Land von ihnen zu befreien, hinaus die Diktatur des Proletariats angestrebt, demnach Hochverrat nebst Verbrechen gegen das Republiksschutzgesetz begangen und müsse ins Zuchthaus. Da Recht Recht bleiben mußte, erhielten sie zu dem Jahr Gefängnis, das die Franzosen in Anwendung der Amnestie abkürzten, für die gleiche, kraft internationalen Rechtes amnestierte Tat noch viele Jahre Zuchthaus von den eigenen Landsleuten. Daß Herr Grützner damals Herrn Stresemann ersucht hätte, für die Innehaltung der von ihm unterzeichneten Verträge mit dem Ausland durch die deutsche Justiz Sorge zu tragen, ist nicht bekannt geworden. Allerdings handelte es sich damals nicht wie jetzt um völkische Nationalisten, sondern nur um deutsche Arbeiter; auch wurde denen von keiner Seite Verbrechen gegen das Leben mit Todesfolge vorgeworfen.

Immerhin ist mit Genugtuung zu vermerken, daß beim Youn-Plan Stimmen in Deutschland laut werden, die nicht eine Einschränkung, sondern eine Erweiterung des beabsichtigten Amnestiegesetzes fordern. Sogar solche Stimmen werden schon hörbar, die die Ausdehnung der Straferlasse über das Rheingebiet hinaus auf das ganze Reich empfehlen. Es sind die Freunde der Schulz, Klapproth, Fahlbusch, die sich nicht damit begnügen, daß mit Ausnahme eines einzigen alle Beteiligten der Femeletaten längst enthaftet sind, sondern auch die lästige Drohung mit Wiedereinsperrung und neuen Prozeßenthüllungen beseitigen wollen. Die Landvolk-Attentate sind ja auch noch nicht prozessiert, noch nicht einmal die allmähliche Freilassung aller in diesen Zusammenhängen Verhafteten völlig beendet, und da der

tapfere Herr Hitler mit teutonischem Rülpfen die Dynamitleger von seinem Hakenkreuz abgeschüttelt und sogar Privatprämien für ihre Ermittlung ausgesetzt hat, wäre es immerhin möglich, daß ein paar Aermere unter ihnen, da doch Recht Recht bleiben muß, verurteilt werden können; nachher hat man dann die Umstände, bis man sie, was Wochen dauern kann, allesamt als haftunfähig wieder bei sich hat.

Hier ist von jeher und in vielerlei Zusammenhängen die Ansicht vertreten worden, daß kein Revolutionär, zumal kein Anarchist, Anlaß hat, vom Staat die Bemühung seiner Machtorgane zur Bestrafung irgendwelcher Rechtsbrecher zu verlangen. Ich gestehe, daß mich die Nichtverfolgung nationalistischer politischer Mörder oder Brandstifter nicht im allergeringsten entrüstet. Solche Entrüstung würde nur die Naivität eines Menschen kennzeichnen, der in einer klassenmäßig geschiedenen Gesellschaft die Möglichkeit in Betracht zöge, daß gleiches Recht für alle gelten könnte. Wenn der Staat sagt: Recht muß Recht bleiben, so meint er — und kann nichts anderes meinen als: Macht muß wie Recht behandelt werden. Wenn die Staatsorgane also in Rechtsprechung und Rechtübung bestimmte politische Gruppen bevorzugen, andere benachteiligen, so erweist sich darin einfach die Einschätzung der begünstigten Gruppen als Machträger, die der entrechteten als Ohnmächtige in der bestehenden Gesellschaft. Wollen wir zu irgendeinem Ausgleich in der Betätigung staatlichen Rechtes beitragen, so können wir das als gänzlich Machtlose niemals durch die Forderung tun, der Staat solle seine Autorität gegen bestimmte Gesetzesverletzer in Anwendung bringen, sondern immer nur durch die negative Forderung, er solle sie, wo immer er einen Teil damit verschont, auch für den anderen Teil außer Kraft setzen. Nur für diese negative Forderung kann der wirtschaftlich und politisch Schwache seine Zwangsmittel, die vor Ausbruch der Revolution ausschließlich in Demonstrationsmaßnahmen bestehen, wirksam machen, nur mit ihr kann er aber auch die Staatsgewalt unter den Druck der Unbequemlichkeit stellen, die behauptete Rechtsgleichheit auch da logisch zu begründen, wo nicht mehr die Verschiedenheit der Gesetzauslegung bei der Anwendung in Frage kommt, was stets leicht ist, sondern wo es sich um die ausgesprochene Nichtanwendung der Gesetze handelt; wobei die Rechtsverweigerung nicht durch Unterlassung, sondern durch positives Tun in Erscheinung gesetzt wird. Für die Freilassung patriotischer Gewalttäter ohne Amnestie lassen sich stets Vorwände finden, für die Zurückhaltung proletarischer Revolutionäre trotz Amnestie ist es kaum möglich, ohne die Phrase vom einheitlichen Recht sogar als Phrase preiszugeben.

Bei der Zehnjahresfeier der Weimarer Verfassung unterblieb jede Amnestie, was die außerordentlich mäßige Hochachtung der Machthaber im Lande vor dieser Verfassung sinnfällig machte. Amnestien haben in Deutschland, seit es Republik ist, nur stattgefunden, wenn die antirepublikanischen Kräfte im Lande sie verlangten. Dann haben manchmal auch Revolutionäre davon profitiert. Jetzt stehen wir vor der Tatsache eines Amnestieverlangens, das von Nationalisten ausgeht, also aussichtsvoll ist. Alle proletarischen Organisationen haben Ursache, dahin zu wirken, daß die Amnestie möglichst weit greife. In den letzten Wochen sind nicht weniger als 24 kommunistische Redakteure verhaftet worden. Die zahllosen Ueberfälle der Staatsgewalt auf Arbeitslosen-Aufmärsche, die Pistolen- und Knüttelattacken in Hamburg, Chemnitz, Berlin und an vielen anderen Orten, die Erregung der breiten Arbeiterschichten durch die fürchterlichen Vorauswirkungen des Young-Planes, Verteuerung aller wichtigsten Ernährungs-, Gebrauchs- und Verkehrsmittel, räglich wachsende Zahl der Erwerbslosen, Hungernden, Frierenden und Obdachlosen, Betriebsschließungen, Einschränkungen der Produktion, Entzug der Unterstützungen, Verhinderung von Lohnkämpfen durch die Schlichtungsguillotine des Staates und der Gewerkschaften, — alles dies schafft fortgesetzt neue Opfer des proletarischen

Kampfes. Die haarsträubende Besetzung des Karl Liebknecchthauses, unmittelbar nach der Auflösung der Antifaschistischen Jugendgarde, die Ruchlosigkeit des neuen Republikerschutzgesetzes, dessen Gefahren für alle proletarischen Revolutionäre auch die warnende Stimme Kurt Rosenfelds nicht mehr wird abwenden können, die offenkundige Absicht Severings und Grzesinskis, sofort nach Durchdrückung dieses verwegenen Attentats gegen die nicht zu Schwarzrotgold übergelaufenen Arbeiter, die KPD, und danach alle revolutionären Arbeiterorganisationen aufzulösen, geschieht in dem Bestreben, politische Verbrecher zu schaffen, durch Zuchthausstrafen im größten Maßstabe vom Kampf um bessere Lebensbedingungen, um Arbeit, Brot und Menschenwürde abzuschrecken. Jetzt ist Zeit, Amnestie zu verlangen, damit die Staatslenker merken, daß die Arbeiter nicht weniger Solidarität für ihre Klassengenossen haben, als die Nationalisten für ihre faschistischen Vorkämpfer.

Allerdings darf die Forderung nicht wieder den zarten Unterschied machen zwischen politischen und „kriminellen“ Straftaten. Wir haben es 1928 erlebt, wie man damals das Ding schob. Die Staatsanwälte und Richter die die Proletarier möglichst hoch verknackten, durften nachher entscheiden ob sie Politische waren oder nicht. So blieben die Genossen Mehlhorn und Burkhardt im Zuchthaus, nicht ohne der Staatsmacht die neue Theorie beschert zu haben, daß Hochverrat auch mal ein unpolitisches Delikt sein kann. So wurde Peters und Nachtigall übergangen und Kobitsch-Meyer mußte im Käfig umkommen. Wir haben gerade wieder einen Fall, der zeigt, wohin die sorgfältige Prüfung nach politischen oder unpolitischen Zusammenhängen führt, wenn sich das Proletariat selber mit dergleichen Krampf-begriffen abquält. In Arnsberg verhandelte das Schwurgericht (was man bei uns noch so nennt) gegen die anarchistischen Genossen Garde und Liesegang wegen des Ueberfalles auf Schloß Wocklum in Westfalen, bei dem ihr Befreier aus dem Festen Hause in Buch, Genosse Wichert, leider im Feuergefecht fiel. Sie wurden zu 7½ bzw. 6½ Jahren Zuchthaus verurteilt, der Antrag des Staatsanwalts auf Erkennung von Ehrverlust und Zulassung der Polizeiaufsicht jedoch abgelehnt mit der ausdrücklichen Begründung, daß die Angeklagten aus politischen Motiven — Erlangung von Geld, Sprengstoffen und chemischen Fabrikationsgeheimnissen zur Veranstaltung terroristischer Aktionen — gehandelt haben und daher als Ueberzeugungstäter anzusehen seien. Garde hat ohnehin noch eine Zuchthausstrafe abzumachen, die 1923 begann und bis 1942 laufen sollte; Liesegang sitzt seit 1920 und seine Zuchthauszeit als „Krimineller“ dauert noch bis 1937. Danach erst beginnen die neu erworbenen Jahre, so daß Garde jetzt noch 20 Zuchthausjahre vor sich hätte. Aber auch seine früheren Straftaten betrafen lauter Unternehmungen, die politische Zielsetzungen hatten. Er hat sich seit Jahr und Tag darauf berufen, hat mindestens für einen Teil seiner früheren Strafzeit die Anwendung der Amnestie von 1928 verlangt. Das hat gar nichts genützt, und da die Gerichte seine Forderung nicht belangvoll fanden; sahen auch die proletarischen Hilfsorganisationen, die sich ja aufs Politische kaprizieren, keinen Grund ein, sich seiner anzunehmen. Jetzt ist es endlich gelungen, seine Anerkennung als politischer Verbrecher durch das Gericht zu erzielen, das in der Begründung folgende bemerkenswerte Feststellung traf: „Es ist nicht Sache der Angeklagten, den politischen Charakter ihrer Straftat zu beweisen, sondern es ist Sache des Gerichts, ihnen die politischen Motive zu widerlegen. Nur wenn es gemeine Motive annimmt, kann es auf Ehrenstrafen erkennen, denn alles, was zur Begründung der Verhängung einer Strafe dient muß ausdrücklich bewiesen werden. Das Gericht ist nicht in der Lage, den Angeklagten eine niedrige Gesinnung bei ihrem Verbrechen nachzuweisen, ist also nicht berechtigt, auf Aberkennung der Ehrenrechte, die eine Nebenstrafe ist, zu erkennen.“ Nachdem dieser höchst wichtige Prozeß — ich habe über ihn in „Berlin am Morgen“ berichtet — die beiden früher stets als gemeine Banditen behandelten ausge-

zeichneten Genossen gerechtfertigt hatte, hat auch der Pressedienst der Roten Hilfe seine Verdächtigung Wicherts zurückgenommen. Es wäre nun aber Sache der Roten Hilfe, in allen Fällen, in denen Gefangene sich auf politische Motive berufen, nachzuforschen, ob sich das Gericht die Mühe genommen hat, ihnen diesen Einwand umständlich zu widerlegen oder ob, wie das meistens geschieht, dem Proletarier einfach unterschoben wird, eine politische Ueberzeugung nur geltend zu machen, um einmal bei einer Amnestie berücksichtigt zu werden. Die Amnestieforderung ist sofort bei Gelegenheit der jetzt notwendigen Bezeichnung derer, die berücksichtigt werden sollen, auf alle diejenigen Gefangenen auszudehnen, deren Berufung auf politische Zusammenhänge von den Gerichten ungeprüft übergegangen worden ist.

Ferner muß man endlich die Liquidierung aller Landesverrattssachen verlangen. Kein Mensch glaubt an den Landesverratt Heinrich Bullerjahns, der im Zuchthaus sitzt, damit die Staatsautorität und die Reputation des Herrn v. Gontard keinen Schaden leidet. Selbstverständlich ist, daß die Genossen frei werden müssen, deren Strafzeit 1928 auf 7½ Jahre herabgesetzt wurde. Die Grütznersche Forderung, daß die Zufälligkeit, daß jemand bei der Strafsache zu Tode gekommen ist, für die Amnestierung keine Rolle spielen dürfe, ist nicht nur für die paar „staatsstreuen Deutschen“ jenseits des Rheins berechtigt, sondern für jeden, der einmal ins Gedränge des Kampfes geraten ist. Man rede nur nicht so üppig von der Heiligkeit des Lebens, das ist keine geringere Heuchelei als das Gerede vom Recht, das Recht bleiben muß. Man besteckt nicht ein ganzes Land auf allen Straßen mit schwer bewaffneten Scharfschützen, die das Recht haben, in unbewaffnete Haufen, die nach Brot schreien, einfach hineinzuknallen, wenn einem das Leben aller Menschen wichtig und heilig ist. Man rede erst recht nicht von Heiligkeit des Lebens, wenn man jemanden, der es zufällig leisten kann, auch wenn er unter Verdacht des Mordes steht, einfach gegen Stellung einer Kaution von 100 000 Mk. in Freiheit setzt, wenn man sich ja auch darauf berufen kann, daß man den ärmsten Bettler unter den gleichen Umständen wie den Kulmbacher Kommerzienrat Meußdörffer freilassen würde, sobald er ebensoviel Geld hinterlegte.

Der Fall Meußdörffer gibt aber Anlaß, für die Amnestie folgende Forderung zu erheben: Heraus mit allen Gefangenen, die auf Indizien verurteilt sind! Es gibt in den deutschen Strafanstalten Hunderte von Gefangenen, die die Tat, für die sie verurteilt sind, nicht begangen haben, es gibt Dutzende, die von dieser Tat überhaupt erst Kenntnis erhielten, als sie damit in Verbindung gebracht wurden. Wiederaufnahmeprozesse gibt es fast nie. Anträge werden stets mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß die Möglichkeit, der Betreffende habe die Tat begangen, nicht völlig widerlegt ist. Recht muß Recht bleiben! Wäre aber der Betreffende ein reicher Mann, so wäre solches Recht niemals Recht geworden. Ferner heraus mit den Kranken aus den Kerkern! Kein vermögender Bürger oder nationaler Mann muß sitzen, wenn er krank ist. Die Kranken- und Irrenabteilungen der nur von armen Teufeln bevölkerten Strafanstalten aber bersten von hilflosen siechen Menschen. Heraus mit denen, die aus purer Not strafbar geworden sind, mit den Opfern des Bürgerkrieges, der Inflation, der Erwerbslosigkeit! Heraus mit allen alten Leuten aus den Zuchthäusern, mit allen, die noch unter Wilhelm II. hineingeraten sind, mit allen Jugendlichen, mit allen Frauen, auf die unversorgte Kinder warten! Heraus mit jedem Gefangenen, der von irgendeinem Ausnahmericht verurteilt wurde, heraus mit allen, deren Tat durch die Lage der Umstände, unter denen sie geschah, eine Wiederholung ausschließt! Heraus mit denen, die die Verzweiflung am eigenen Leben zur verzweifelten Handlung gegen das Recht eines andern trieb!

Nicht ängstlich sein mit den Forderungen, Genossen! Möge der Staat sich sträuben, zu handeln, wie es dem Proletariat erwünscht wäre. Es

kommt darauf an, daß das Proletariat sich dazu entschließt, das zu verlangen, was seinem Menschengefühl entspricht. Je stärker dieses Verlangen in ihm Ueberzeugung wird, um so mehr Klassengenossen wird er von der Richtigkeit seines Gefühls überzeugen. Je stärker die Stimme klingt, die vom Staate Recht fordert, um so schwerer wird es dem Staate sein, diese Stimme zu überhören. Je mehr das Proletariat vom Staate verlangt, um so leichter wird es ihm werden, überhaupt etwas zu erreichen. Die Macht, die der Staat Recht nennt, kann nur zerschellen an dem wirklichen Recht, das mit der Freiheit ans Licht dringen wird. Dem Heuchelwort des Staates aber: Recht muß Recht bleiben! soll die Arbeiterschaft das Wort entgegenstellen: Unser Recht muß Recht werden!

Tempo der Geschichte

Die Geschichte rollt nicht schnell genug ab, darüber klagen von jeher alle, die die Welt verändern möchten. Es ist täglich zu hören, wenn Arbeiter die Tollheit der gegenwärtigen Zustände im Gespräch erörtern: Ja, das Elend wird immer größer, die Teuerung immer unerträglicher, die Reaktion immer frecher, die Verzweiflung immer größer, aber man sieht keine Veränderung im Verhalten des Proletariats, es geschieht nichts in der Welt, was irgend auf nahe Umwälzungen hindeutete. Diese Verzagtheit ist viel schlimmer als der entgegengesetzte Fehler, in jedem Magenknurren schon den Donner der Revolution zu hören. Alexander Herzen sagte von Bakunin: Er hält immer den zweiten Monat für den neunten. Unsere Revolutionäre heutzutage aber erkennen überhaupt keine Schwangerschaft in dem Uebelbefinden der Gesellschaft und müssen einmal davor gewarnt werden, dadurch an einer Fehlgeburt schuldig zu werden. Die Gesellschaft ist trüchtig mit neuem Werden und die Geburtshilfe muß bereit sein zum Zugreifen — nötigenfalls mit der Zange. Vielleicht überzeugt sich mancher Zweifler von den Krämpfen in den Eingeweiden der Welt, wenn ein paar Vorgänge aus den letzten Wochen kurz neben einander genannt werden. Jeder dieser Vorgänge wäre in ruhigeren Zeiten Anlaß gewesen, die ganze Menschheit monatelang in wallende Aufregung zu versetzen; jetzt ist man derlei Ereignisse so gewöhnt, daß man über die Zeitungsmeldung hinwegliest, ohne zu merken, daß der Erdball an allen Enden zuckt und sich in Kreißen windet, jetzt ist es einer Monatsschrift nicht mehr möglich, dem Ablauf der Geschichte auch nur in den erregendsten Aeußerungen ihres Raketentempos zu folgen; so ungeheure Schnelligkeit hat die Umdrehung des Zeitgeschehens angenommen.

Aus dem Berichtsmonat: In Indien reckt sich die geballte Faust in die Höhe, die dem britischen Imperialismus den empfindlichsten Nerv seines Saugrüssels zerschmettern wird. Der indische Nationalkongreß hat deutlich gezeigt, daß die proletarischen Revolutionäre des Landes die diplomatischen Umgangsmethoden mit dem englischen Vizekönig satt haben. Die beispiellose Volkstümlichkeit Gandhis ist bei den ausgebeuteten Volksschichten jäh in Feindschaft umgeschlagen, seit er die Befreiung seiner Landsleute nicht mehr durch die Verjagung der kapitalistischen Plünderer durchsetzen will, sondern sich damit bescheidet, in 14 Forderungen an die Vergewaltiger einige Erleichterungen vorzuschlagen, die praktisch nicht mehr bezwecken, als die Zulassung indischer Ausbeuter als Konkurrenz für die Europäer ohne Einschränkung. Die Vorgänge bei der Feier des indischen Unabhängigkeitstages müssen Gandhi klar gemacht haben, daß die Spinnerarbeiter, die dort die Tribünen stürmten und die rote Fahne hißten, unter Unabhängigkeit etwas anderes verstehen als einige papierne Zugeständnisse der britischen Machthaber an den Patriotismus.

einer aufstrebenden einheimischen Demokratie. Der Heiligenschein des Gewaltlosen verblaßt. Er fordert die Herabsetzung der Heeresausgaben um die Hälfte; 50 Prozent bewaffnete Söldner zur Niederhaltung indischer Lohnsklaven bewilligt er den fremden Imperialisten, und das Recht zum Waffentragen für Zwecke der Selbstverteidigung erbittet er von denen, gegen die diese Selbstverteidigung nötig ist. Das heißt, für 50prozentige Freiheit der Inder bei 50prozentiger Gewaltlosigkeit sein. Die indische Revolution steht vor dem Absprung. Gandhi wird nicht mehr ihr Bannerträger sein, sondern ihr Opfer. Er ist Realpolitiker geworden; Heilige aber sind nur erträglich, wenn sie weise genug sind, Narren zu bleiben.

In London sitzen wieder einmal die Kriegsschürer beisammen und beraten sich über das Kräftearrangement beim nächsten Seekrieg. Für das Publikum heißt diese Tätigkeit Flottenabrüstung. Solche Konferenzen sind von Zeit zu Zeit nötig, dann nämlich, wenn der Weltkapitalismus einen neuen Krieg zur Förderung der Geschäfte für nicht mehr lange aufschiebbar hält. Dann können die Generäle, Admiräle und Außenminister die Spionage über die Vorbereitungen der künftigen Feinde nicht mehr den Vigilanten allein überlassen, dann müssen sie sich einmal von Person zu Person beschnuffeln und einander mit dem bewährten Schnupftabak des Pazifismus die Würmer aus der Nase ziehen. Deutschland darf diesmal nicht dabei sein. Grönerts Panzer-ABC ist ohnehin ringsum bekannt. Auch weiß man daß die Müller-Regierung dermaßen sparsam wirtschaften muß, daß sie nicht einmal 100 000 Mark als Anerkennungsrate für den Kreuzer B lockern kann. Dafür hat sie den Heeresetat nachträglich noch um 40 Millionen Mark erhöht, die durch Abzüge von der Invalidenversicherung und von der Wochenhilfe eingespart werden. Die Säuglinge, die man auf diese Weise fürs Vaterland sterben läßt, werden ja nun beim übernächsten Kriege nicht rekrutiert werden können; ein Grund mehr, der Reichswehr rechtzeitig eine Geldentschädigung zuteil werden zu lassen.

In Spanien regiert jetzt an Stelle des Generals Primo de Rivera ein Kollege, der den Faschismus auf demokratische Art weiter betreiben will. Darob herrscht große Freudigkeit bei allen, die die Severings immer noch den Mussolinis vorziehen (es werden freilich immer weniger, wenn auch eine gewisse Sorte niemals ganz alle wird). Was in aller Welt für die Severings ist, ist im Hinblick auf die spanische Wendung zur Legalität für Alfons XIII. Dieser majestätische Fürchtenichts ist — das ist seine Rolle bei der Absägung Primos — vor der Wut der Arbeiter und Studenten gegen die Militärdiktatur wieder einmal unter die Soutane seiner Pfaffen geflüchtet. Sie haben 1909 bewiesen, wie sie mit freiheitlichen Bestrebungen umspringen. Wie sie mit Ferrer fertig geworden sind, hofft der gekrönte Liebling seines Volkes, werden sie auch mit den Republikanern fertig werden, denen zu begegnen der neue General vorerst die liberale Gesinnung des Königs vor Augen führen soll. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die temperamentvollen spanischen Studenten und daß die revolutionären Arbeiter des Landes, die fast durchweg antiautoritär sind, sich mit der Firmenänderung lange zufrieden geben werden. Mit dem Sturz des Diktators sind Kräfte in Bewegung gekommen, die die Luft über die Pyrenäen weg in ganz Europa ins Schwingen bringen werden.

Die Neuwahl eines Präsidenten in Mexiko endete mit Pistolenschüssen, ein nicht ganz belangloses Zeichen dafür, daß man in manchen Ländern anfängt, einen Landesherrn fehl am Orte zu finden, noch bevor er seine Befähigung, ein Volk zu entretten, praktisch beweisen konnte. Die Verfolgung der Kommunisten in Mexiko nach dem Attentat, obwohl glaubhaft gemacht ist, daß kein Kommunist an der Verschwörung beteiligt war, läßt auf die Einsicht der herrschenden Kreise schließen, daß jedes Proletariat, das Not leidet und dagegen organisatorische Maßnahmen er-

greift, vernünftigerweise den Repräsentanten des kapitalistischen Systems nicht gewogen sein kann. Haben auch die revolutionären Arbeiter nicht auf den neuen Präsidenten geschossen, sagen sich mit Recht die Staatsgewalten, so hätten sie doch mehr Anlaß dazu gehabt, als die Parteigänger des bürgerlichen Gegenkandidaten, die tatsächlich geschossen haben. Darum wird eine gewaltige Dauerrazzia auf Kommunisten und Anarchisten veranstaltet und die gute Gelegenheit benutzt, zugleich die diplomatischen Beziehungen mit Rußland abzubrechen. Das sieht nach Energie aus, bestärkt den Wahn der internationalen Bourgeoisie und eines großen Teils der internationalen revolutionären Arbeiterschaft, als ob es Rußland in seiner Außenpolitik nicht auf Geschäfte mit dem Weltkapitalismus, sondern auf die Entfaltung der proletarischen Weltrevolution ankäme, und erfüllt überdies den wahren Zweck, dem amerikanischen Petroleumkapital mit einem empfindlichen Schlag gegen den russischen Konkurrenten eine in Dollarwerten verzinsliche Gefälligkeit zu erweisen.

Indessen befriedet sich auch Europa zusehends. Der Faschismus in Oesterreich wird unter vorläufigem Verzicht auf die Heimwehren zwischen Mussolini und Schober auf dem Wege über ein Bündnis bewerkstelligt, das Horthy zum zehnjährigen Henkeramtsjubiläum als Geschenk dargebracht wird. Der damit begründete Dreibund Italien-Oesterreich-Ungarn ist ein ragender Meilenstein auf dem Wege zum nächsten europäischen Kriege. Er bereitet als Gegengewicht gegen die Kleine Entente Tschechien-Rumänien-Jugoslawien die Methode des „Gleichgewichtes der Kräfte“, die auch 1914 ihr weitgestecktes Ziel erreichte, für die Periode des Faschismus vor. Ob der neue Krieg, wie das von den Bolschewisten behauptet wird, tatsächlich von einer imperialistischen Weltentente gegen Rußland geführt werden wird, ist nicht wahrscheinlich. Rußland soll wirtschaftlich, seines Außenmonopols wegen, ruiniert werden, um es in der nächsten bewaffneten Auseinandersetzung aller gegen alle koalitionsfähig für eine der Mächtegruppen zu machen. Deutschland dient den amerikanischen Schiebern dieser Politik als Vorspann für den Wirtschaftskrieg gegen Rußland, indem die Segnungen des Young-Planes das Kreditbedürfnis der Berliner Regierung gewaltig steigern und zu seiner Stillung erst die Kreugersche Zündholz-anleihe mobil gemacht wurde, die den russischen Export schwer trifft und jetzt eine noch viel einschneidendere Kreditaktion eingeleitet ist, nämlich ein Monopolabkommen für den gesamten deutschen Oel- und Benzinbedarf, das mit den Firmen Shell und Standard-Oil abgeschlossen werden soll. Damit erfährt die russische Wirtschaft den denkbar schwersten Schlag und gleichzeitig wird Deutschland wichtigstes koloniales Absatzgebiet für die am Young-Plan interessierten imperialistischen Länder. Die Frage, wer die mitteleuropäische Arbeiterschaft als weiße Lasttiere so ausquetschen darf, wie es die deutschen Patrioten vor dem Kriege mit farbigen Menschen gemacht haben und lieber heute als morgen wieder machen möchten, ist also fürs erste ohne neuen Krieg gelöst worden. Dennoch ist zweifelhaft, ob sich die Lehre noch vor dem nächsten oder übernächsten Weltkriege allgemein durchsetzen wird, die Henry Ford kürzlich bei einer Unterredung zum Ausdruck brachte, indem er erklärte: „Es gibt nur einen einzigen Weg, dem Krieg ein endgültiges Ziel zu setzen, nämlich, indem man den Leuten, die durch einen Krieg verdienen, kiarmacht, daß sie auf andere Weise mehr verdienen können.“

Die hier gestreiften geschichtlichen Ereignisse beziehen sich samt und sonders auf politische Bewegungen, die erst im Laufe des letzten Monats in den Lichtkreis der Öffentlichkeit getreten sind. Dabei sind allerentscheidendste Vorgänge wie die Wirkung des Riesenkrachs an der New-Yorker Börse mit der Umschichtung von Milliardenwerten garnicht erwähnt worden, ebensowenig das moralische Lamento des Papstes zugunsten der griechisch-katholischen Kirche, die er in Rußland gefährdet

und vergewaltigt sieht, was der römischen Kirche deshalb so weh tut, weil sie die orthodoxe Konkurrenz schon seit dem Sturz des Zaren, der zugleich oberster Priester dieser Kirche war, zum Aufgehen in der eigenen Herrlichkeit reif machen wollte. Es scheint also, als ob immerhin einiges Tempo im Lauf der Geschichte spürbar wäre. Wer aber findet, daß in all dem Geschehen des einen Monats keine Beschleunigung der sozialen Revolution erkennbar sei, dem muß nahegelegt werden, sich weniger auf die Aktivität der Feinde seiner Bestrebungen zu verlassen, weniger auch auf das automatische Abrollen der historischen Notwendigkeiten und das dialektische Walten der materialistischen Gegebenheiten und lieber selber zu versuchen, die Ereignisse nach der gewünschten Richtung zu stoßen. Vielleicht kann er dadurch das Tempo der Revolution erfreulich beschleunigen.

Alt-Spartakus

Wenige Tage hintereinander starben, beide erst im fünften Lebensjahrzehnt, zwei führende Persönlichkeiten der alten Spartakusbewegung, beide beteiligt an der revolutionären Organisation des proletarischen Widerstandes gegen den Krieg, beide Mitbegründer der Kommunistischen Partei Deutschlands, beide zeitweise leitende Köpfe der Zentrale dieser Partei: Ernst Meyer und Paul Levi. Nur der Zufall der Gleichzeitigkeit ihres Todes führt zur Vergleichung ihres Lebens, das trotz der vielen äußerlichen Berührungen ihrer Schicksale, trotz der persönlichen Begegnungen beider in vielen geschichtlich bedeutungsvollen Situationen kaum jemanden auf den Gedanken gebracht hätte, Parallelen zu ziehen. So verschieden war die Anlage dieser beiden Charaktere, so fern von einander liefen die Geleise ihrer inneren Bewegkräfte, so fremd stand die Menschlichkeit des einen zu der des anderen, obwohl doch wieder beide bis zum Ende aktive Politiker blieben, beide am Ende ihrer Laufbahn (Parlamentsabgeordnete waren, beide von weiten Kreisen radikaler Arbeiter als Intellektuelle beurteilt wurden, denen der Doktorhut den freien Blick in die wahre Lage des Proletariats überschattete. Ernst Meyer war noch Mitglied der KPD., wäre es aber als geistiger Führer der sogenannten Versöhnler-Gruppe bestimmt nicht lange mehr geblieben (mit peinlicher Schnelligkeit fingen unmittelbar nach seinem Tode, als ob man nur mit Rücksicht auf den ohnehin unrettbar Kranken bis jetzt gezögert hätte, die Hinauswürfe der ersten „Renegaten“ dieser oppositionellen Mittelgruppe an). Paul Levi war seit vielen Jahren aus der Partei nach rechts abgeschwenkt, hatte die erste Fraktion gegen die von ihm geschaffene streng zentralistische Organisation, die Fraktionen grundsätzlich verpönte, aufgezogen, die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, hatte von dort aus den Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gefunden und war endlich bei der Nürnberger Einigung mit dem Gros seiner Genossen zur alten Sozialdemokratie zurückgekehrt, die ihn als linken Flügelmann zur gelegentlichen Verwendung für ein Alibi ganz gern gewähren ließ.

Ernst Meyers politische Laufbahn war die eines leuchtend sauberen Menschen, einer tapferen Persönlichkeit, eines Mannes, dessen Schritte niemals den klaren Weg der Ueberzeugung verließen. Als junger Akademiker trat er in die sozialdemokratische Partei ein; der Ausbruch des Krieges fand ihn als politischen Redakteur des „Vorwärts“, und dem Einfluß des damals 27jährigen Revolutionärs war die im Anfang des irrsinnigen Verbrechens anständige und würdige Haltung des Zentralorgans der Partei zum guten Teile zuzuschreiben. Die Scheidemänner und Weise setzten alle

Kräfte in Bewegung, um das Blatt der Berliner Arbeiter in den Dienst ihres Prinzipienverrates, ihres Hohenzollern-Patriotismus zu zwingen. Hinter der „Vorwärts“-Redaktion, hinter Ernst Meyer standen die Arbeiter, die ihren Karl Liebknecht nicht verleugnen wollten. Da entschlossen sich die Sozialpatrioten zur Gewalt, deren Ausübung sie der Macht überließen, die ihre Gefälligkeiten zu nützlich fand, als daß sie nicht zur Gegenleistung hätte bereit sein sollen. Der Parteivorstand veranlaßte das Generalkommando zur Unterdrückung der Zeitung, die Redaktion flog auf die Straße, und die Generale Wilhelms II. erlaubten das Erscheinen des „Vorwärts“ erst wieder, als ihnen Herr Stampfer als Chefredakteur geliefert wurde, unter dessen Leitung das Blatt zur reaktionärsten Verhöhnung aller proletarischen Ansprüche heruntergesudelt wurde. Ernst Meyer wandte sich jetzt ganz der unterirdischen Arbeit zur Durchkreuzung der Kriegspolitik und zur Herbeiführung der Revolution zu. Er gehörte zu den Begründern des Spartakusbundes, zu denen, die mit Liebknecht, Rosa Luxemburg und Franz Mehring der Novemberbewegung den Auftrieb zur sozialen Revolution zu geben versuchten. Die Gegenrevolution der Ebert, Noske, Scheidemann und ihrer Jorjse und Lüttwitze brachte ihn ins Gefängnis und immer von neuem in Konflikt mit der Staatsmacht der Südekum, Landsberg, Heine und ihrer Prokuristen mit den goldenen Achselstücken, den samtenen Baretten, den Polizeisäbeln und den gespickten Brieftaschen. Bei der Gründung der KPD, unterstützte er die von Levi geführte gemäßigte Richtung, die vorn vornherein die Taktik der alten Sozialdemokratie mit Wahlbeteiligung und Gewerkschafts-Zentralismus wieder einführen wollte, in der Meinung, zu der sich ja später alle Führergruppen der Partei bis heute bekannt haben, daß die Revolutionierung des Proletariats keiner neuen Kampfformen, sondern nur der Wiederbelebung des alten Kampfeistes durch neue Persönlichkeiten bedürfe. Meyer war orthodoxer Marxist und um so weniger veranlaßt, die von Marx und Engels in der ersten Internationale vertretene Politik der Eroberung von Machtpositionen im Staat preiszugeben, als der von ihm glühend verehrte Lenin dieser Politik, besonders in der Broschüre vom Radikalismus als der Kinderkrankheit des Kommunismus eifernnd das Wort redete. In Widerspruch zur offiziellen Parteipolitik geriet er, als erst Ruth Fischer und Scholem und dann, nach dem zweijährigen Intermezzo der Auswirkung des EKKI-Briefes von 1925, die gegenwärtige linke Gruppe um Thälmann an die Spitze traten. Ihm lag der Wortradikalismus gar nicht; er war ein stiller Arbeiter im Dienste seiner Sache, der er nach außen keine andere Fahne anstecken mochte, als dem inneren Wesen entsprach. Den Brandlerschen Losungen, die fast vollständig auf die alte Melodie der USPD, gestimmt sind, mochte sein revolutionäres Gewissen nicht einfach folgen, doch lehnte er die Brandmarkung der ausgesprochenen rechten Kommunisten, die ja doch die meisten Spartakuskämpfer, seine besten Revolutionskameraden wie Thalheimer, Frölich, Walcher usw. in ihren Reihen haben, als Abtrünnige und Verräter heftig ab, wie er zuvor auch die Ausschlüsse und rüden Beschimpfungen der sogenannten Ultralinken, denen er gesinnungsmäßig ferner stand, mißbilligt hatte. Diese Duldsamkeit, die ihm und seiner Fraktion — er hat nie gegolten, fraktionell tätig zu sein — den Namen Versöhnler eintrug, entsprach durchaus dem Charakter Ernst Meyers. Er war kein Draufgänger und sein Temperament war keine lodernde Fackel, aber es war ein ruhiges, klares Licht, das ohne Grellheit und Geflacker den Weg gleichmäßig erhellte, den zu gehen Ernst Meyer für richtig hielt, um zur Revolution und zum Sozialismus zu gelangen. Sein Weg war nicht der unsere, aber sein Tod hat uns einen guten Nachbarn entrissen.

Mit Paul Levi ist uns kein Freund gestorben; über ein menschliches Bedauern hinaus geht uns sein Abscheiden nichts an. Ein Rechtsanwält, ausgestattet mit großen rednerischen Gaben, mit dem sicheren Blick für Wirkungen auf Augenblicksstimmung der Geschworenen und des Publikums,

so begann Levis Aufstieg in die politischen Sphären. Das entscheidende Erlebnis war der Prozeß Rosa Luxemburgs vor der Frankfurter Strafkammer 1913, in dem der 30jährige Verteidiger zum ersten Male die Stimme erheben konnte zu einem Plädoyer, das die Arbeiter in ganz Deutschland aufhorchen ließ. Die leidenschaftliche Revolutionärin hatte den preußischen Militarismus der systematischen Grausamkeit bezichtigt, hatte behauptet, in den Kasernen seien Soldatenmißhandlungen an der Tagesordnung. Levi hielt eine meisterhafte Rede, die nicht so sehr darauf ausging, seine Schutzbefohlene vor dem Gefängnis zu bewahren, als darauf, den Popanz des bunten Rockes zu enthüllen, die staubige Rückständigkeit der in Uniform maskierten preußischen Staatsdisziplin anklagend bloßzustellen. Rosa Luxemburg selbst war begeistert und aus der Begegnung von Angeklagter und Advokaten wurde die Freundschaft politischer Menschen. Von hier aus floß revolutionärer Elan in die kluge Dialektik des Juristen und unter dem Einfluß der starken Persönlichkeit seiner Mandantin wuchs die politische Gestalt Paul Levis zeitweilig über das Maß, in das der fähige Anwalt, der gebildete Aesthet, der blendende Rhetoriker von Natur aus gebannt war. Im Kriege stand er bei den Revolutionären, da er bei Rosa Luxemburg und ihrem Gefährten Leo Jogisches stand. Er hielt zu Spartakus, weil Rosa Luxemburg Spartakistin war. Er war ihr Schüler, da er damals in Frankfurt ihr Beschützer gewesen war. Dies ist der sympathischste Zug im Charakter Levis, soweit er der Oeffentlichkeit sichtbar geworden ist. Die faszinierende Beredsamkeit des Mannes trug ihn bei der Gründung der kommunistischen Partei an ihre Spitze. Dann kam die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, ein furchtbarer Schlag für Levi, der ihn menschlich im Tiefsten erschütterte, ihn gleichzeitig aber politisch verwaiste. Er mußte nun selbständig urteilen, selbständig handeln, selbständig eine junge revolutionäre Organisation zum rechten Tun bestimmen. Hier versagte er. Der Heidelberger Parteitag war die Reifeprüfung des revolutionären Politikers Paul Levi; diese Prüfung bestand er nicht, in ihr erwies sich nicht der politische Meister, den die Nachrufe aus ihm machen wollen, sondern wieder nur der geschickte Advokat, der er vor der Freundschaft mit Rosa Luxemburg und Leo Jogisches gewesen war. Ihre Mörder hatten auch Levis politisches Genie getötet.

Dies erklärt den ganzen Werdegang des begabten und mit vielen Vorzügen ausgestatteten Menschen; er war kein politischer Kopf, er war Revolutionär nur aus persönlicher Verehrung für seine Lehrerin, und je mehr er sich in die Politik verstrickte, die er für eine juristisch-taktische Aufgabe hielt, um so weiter entfernte er sich folglich von den Forderungen der proletarischen Revolution, der er sich selber ja nur aus Pietät verbunden fühlte. Schon die Heidelberger Leitsätze, die sein Werk waren, noch mehr die rednerische Begründung, die er ihnen auf den Weg gab, zeigen ihn als klügelnden Opportunisten, der die politische Arena für ein juristisches Forum hält, der glaubt, die Revolution in verpflichtende Paragraphen schnüren zu können, der seine Dialektik scheiden läßt zwischen Gerechten und Ungerechten, der bestimmte Mittel des revolutionären Kampfes erlaubt, andere verbietet, der jede Regung der Persönlichkeit im proletarischen Aufbegehren, jede Empfehlung direkten Eingreifens ohne Befehl von oben als syndikalistisch und anarchistisch verwirft und die Worte Syndikalist und Anarchist geradezu zu Schimpfworten stempelt. Die KAPD. spaltete sich ab: Levis Werk; die KPD. wurde zur keifenden Schulmeisterin in der revolutionären Bewegung und stieß dadurch schon frühzeitig ausgezeichnete revolutionäre Kräfte in Verärgerung und Passivität: Levis Werk; die Abkehr des besten Teiles des revolutionären Proletariats von parlamentarischer Schwätzerei und gewerkschaftlicher Tarifmeierei wich erneutem Vertrauen auf die reformistischen Methoden der Sozialdemokratie; zum größten Teil Levis Werk. Der Kapp-Putsch erwies Paul Levi als völlig entschlußlosen politischen Dilettanten; er überließ die Initiative zur Abwehr den Un-

abhängigen und kam endlich angesichts der ungeheuerlichen Schandtaten der Ebert und Bauer gegen die kämpfenden Arbeiter, angesichts des gemeinen Bruchs des Bielefelder Abkommens durch Severing mit dem schönen Vorschlag zutage, es solle eine Reichsregierung von linken Sozialdemokraten und rechten Unabhängigen gebildet werden, zu der sich die KPD, in „loyale Opposition“ stellen werde. Die Erhebung des Proletariats im mitteldeutschen Aufstand mißbilligte er. Das war sein Recht, und das Verhalten der Partei gab zur Kritik zweifellos manchen Anlaß. Aber Levi platzte mit seiner Kritik in einer Broschüre heraus, die während des Tobens des Standrechts dem Klassenfeinde eine Fülle willkommensten Materials in die Hände gab und der Sache des revolutionären Proletariats entsetzlich geschadet hat. Sicher war diese Wirkung nicht gewollt, aber sie war da und bewies von neuem, daß Paul Levi ein ausgezeichnetem Anwalt seiner Auffassung, aber das Gegenteil von einem weitschauenden Politiker war. Er gründete die KAG., die sehr rasch zerfiel und trat in die USP. ein. Das Republik-Schutzgesetz wurde vorgelegt und Paul Levi erklärte in einer Mitgliederversammlung seiner Partei, das Gesetz sei einwandfrei, da starke Garantien dafür gegeben seien, daß es nur gegen rechts angewendet werden dürfe. Jeder kleinste Rotgardist hinter schwedischen Gardinen sah den Niedner voraus, der große Politiker Levi vertraute der Gerechtigkeit der Bürgerjustiz, die er nur als Rechtsanwalt und nie als angeklagter Rebell kennengelernt hatte. Dann ging er zur Sozialdemokratie und bildete sich ein, er werde kraft seiner politischen Ueberlegenheit die Noskes in die Wüste jagen können. Was hat er als Mitglied der Scheidemann-Partei dem Proletariat genützt? Nichts, weniger als nichts. Wenn die Sozialdemokraten einmal im Reichstag Opposition markieren wollten, schickten sie Paul Levi vor und er hielt eine vortrefflich stilisierte Rede, die keine Spur praktischen Wert hatte. Daß er sein eigenes linkes Parteiblatt redigierte, eine Korrespondenz für Eingeweihte, gab den Welsen die Möglichkeit, sich wegen ihrer Toleranz in die Brust zu werfen, und als Levi auf dem Magdeburger Parteitag radikale Töne anschlug, klopfte ihn der Vorwärts freundlich auf die Schulter: es sei ein Genuß gewesen, die glänzende, wenn auch inhaltlich nicht ernst zu nehmende Rede zu hören, und der Redner habe sogar einen Sportanzug dazu angehabt. Mam schämte sich für den Freund Rosa Luxemburgs, wenn man das las und entschuldigte ihn: der Mann hat kein Gefühl für Politik.

Seine große Stunde erlebte Paul Levi noch einmal beim ersten Jorns-Prozeß, wo ihm der Schmerz um die Toten von 1919 und der heiße menschliche Zorn gegen ihre Mörder und deren Beschützer zu einer mächtigen und großartigen Anklagerede begeisterte. Aber damals schon wurde ihm hier vorgeworfen, daß er von den wahren Beschützern der Pabst und Vogel geschwiegen habe, aus Scham vielleicht, weil er selber ihr Parteigenosse geworden war. Ach nein, er hatte aus Politik geschwiegen. Das hat sich leider im zweiten Jorns-Prozeß herausgestellt, während dessen Verhandlungen ihn der Tod wegnahm. Das Verhängnis wollte, daß Paul Levi bei seinem allerletzten öffentlichen Auftreten sich einen tief beschämenden Abgang schuf. Auf die direkte Frage des Gegenanwalts, ob denn nicht auch die sozialdemokratische Regierung selbst die Mörder Liebknichts und Rosa Luxemburgs gedeckt und die Wahrheit über ihr schreckliches Ende zu vertuschen gesucht hätte, antwortete der wieder ganz zum Advokaten gewordene Verteidiger Levi, der glaubte, diese Antwort sei politische Klugheit, er habe sich durch das Aktenstudium überzeugt, daß auf die Regierung von damals kein Schatten falle. Noske, gedeckt von Paul Levi gegen den Verdacht, er habe die Mörder Rosa Luxemburgs nicht der Sühne überliefern wollen! Das war der letzte noch mögliche Beweis dafür, daß Paul Levi niemals hätte in der revolutionären Bewegung als Politiker wirken dürfen. Er war ein Advokat, kein Revolutionär, und in seinen besten Tagen ein geschickter Advokat der Revolution.

Daß Levi, wie alle seine Freunde bestätigen, privat eine liebenswerte, hilfsbereite und geistvolle Persönlichkeit gewesen ist, soll ihm gern zum Guten angerechnet werden. Ernst Meyer aber war mehr: ein lauterer, gradliniger Geist in all seinem revolutionären Streben und gerade darum auch ein politisch zuverlässiger Mensch.

FANAL

Halbjahrs-Abonnenten!

Mit diesem Heft schließt das erste Halbjahr des IV. Jahrgangs ab. Es wird dringend gebeten, das fällige **Bezugsgeld umgehend** auf Postscheck Erich Mühsam, Berlin, Nr. 82419 einzuzahlen. Zahlkarte liegt bei.

FANAL ist infolge der schweren Wirtschaftskrise und der wachsenden Arbeitslosigkeit unter den Genossen in ernster Bedrängnis!

**Sammelt!
Werbt!
Helft!**

Geschäftsstelle des „FANAL“
Berlin-Britz, Dörchläuchtingstr. 48

Faschismus - Bolschewismus Anarchismus

Thema der Oeffentl. Versammlung am Freitag, den 7. März, 19¹/₂ Uhr,
im Frankfurter Hof, Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 313

Referent: **ERICH MÜHSAM**

Erscheint in Massen!

Freie Aussprache!

Gruppe Osten, F. K. A.

Gruppe Neukölln, Anarch. Vereinigung.

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Zusammenkunft

regelmäßig Donnerstags 19¹/₂ Uhr
im Lokal Köhler, Neukölln,
Ziethenstr. 64

Donnerstag, den 6. März:

Vortrag von Fritz Linow über:
„Partei und Gewerkschaft — die
Stützen des Staates“

Das Erscheinen aller Kameraden wird erwartet!

Gruppe Zentrum

Genossen, helft am Aufbau der Gruppe Zentrum.
Gruppenabend jeden Freitag 19¹/₂ Uhr beim
Genossen Gerhard Reinecke, Berlin NO 18,
Landsberger Straße 32, Ausgang C, 3 Treppen.

Quittung über Spenden für FANAL

Durch	P. Kut, Berlin N	Mk.	2.50
„	H. Loßner, Berlin	„	4.95
„	O. Plappert, Berlin	„	12.00
„	H. Leupold, Nürnberg	„	4.60
„	M. Niedermaier, München	„	5.00
„	H. Bisser, Mulhouse	„	5.00

Kind und Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York
(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“



Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des FANAL. Abonnenten des FANAL erhalten durch diese auf Wunsch Zahlungserleichterung

Fritz Gross: Die letzte Stunde

Legenden vom Tode

Erschienen im ASY-Verlag, Berlin O 34, Warschauer Str. 62
328 Seiten Einbandentwurf von Will Faber-Berlin. In Leinen
6.- Mk. Viermarkband der „Gilde freihell. Bücherfreunde“.

Diese „Legenden vom Tode“ sind ein menschliches Dokument von seltsamer und überwältigender Fülle. Repräsentanten der Menschheit aus zahllosen Generationen erstehen vor dem Leser und werden gestaltet — in ihrer letzten Stunde. Ruhm, Eitelkeit und Macht, alle Aeußerlichkeiten des Lebens verfliegen, und der Glanz echter Menschlichkeit leuchtet unvergänglich auf. Dieser Totentanz führt die großen Denker, Wohltäter und selbstlosen Revolutionäre der Menschheit aller Zeiten und Völker neben den berühmten Eroberern und Unterdrückern vor unser Auge — sie alle erwachen zu neuem Leben, und das Ursprüngliche und Wesenhafte kommt an den Tag. Gross' Buch ist, in einer reinen, klaren Sprache geschrieben, ein schönes Stundenbuch, ein Lesebuch der Besinnung für alle mit sich und den Uebeln dieser Zeit ringenden Menschen.

Januar

ANARCHISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM

INHALT:

Sozialistischer Aufbau — Tätigkeit der

Arbeiterräte (Rede v. Gust. Landauer) —

Bücher zur Zeitgeschichte — Ein

Wegbahner — So leben wir — Der

Zug des Herzens — Vorläufige

Bemerkung

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

NR. 7

JAHRGANG 4

BERLIN

APRIL 1930

DIE FRONT

Zeitschrift für Arbeiterbewegung, Politik, Wirtschaft und Kultur

Erscheint 1 mal monatlich. Herausgeb.: Hans Conrad

Arbeiter aus allen Ländern schreiben in dieser Zeitschrift u. Intellektuelle, die treu zur Sache der Arbeiterklasse stehen:

Maxim Gorki, Henri Barbusse, Fritz Brupbacher, Arthur Holitscher, Alfons Goldschmidt, Rudolf Haus, F.C. Weißkopf und viele andere

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1.— Mk.

Anlieferung: K. Deutsch, Berlin W 62, Courbierestr. 12. Postscheckkonto: E. A. Bode, Berlin 143999

Brennende Erde

Verse eines Kämpfers

VON ERICH MÖHSAM

Das Buch, daß die Gedichte unseres Genossen aus der Kriegs- und Revolutionszeit enthält, ist aus dem Kurt Wolff-Verlag von uns übernommen worden. Wir freuen uns, allen Genossen und Freunden mitteilen zu können, daß wir den Preis für das revolutionäre Werk erheblich herabsetzen konnten. Das Exemplar kostet jetzt

broschiert Mark 1.— (früher Mark 2.—)

gebunden Mark 2.— (früher Mark 3.40)

Wir rechnen mit reichlicher Bestellung.

Gülde freiheltlicher Bücherfreunde.

Bezieht Bücher durch die Geschäftsstelle des FANAL

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 7

April 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchlüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Sozialistischer Aufbau

Wir sollten uns wohl hüten, Niederlagen der bolschewistischen Politik in Rußland schadenfroh zu bejubeln. Es ist ein recht bescheidener Ruhm, der aus dem nachträglichen Auftrumpfen erwächst: Seht ihr! Wir haben es ja immer gesagt! Ueberdies trifft der Schaden, der aus einem Fehlschlag der in Rußland beliebten Methoden entsteht, gar nicht die Personen Stalin, Rykow, Kalinin und die übrigen gerade allmächtigen Landesherren, sondern die Arbeiter und armen Bauern und die revolutionären Fundamente der im Oktober 1917 erkämpften sozialistischen Anfänge, soweit sie bis jetzt noch der parteistaatlichen Diktatur standzuhalten vermochten. Auf der anderen Seite haben wir aber allen Anlaß, die Vorgänge in Rußland aufmerksam zu verfolgen, die Wahrheit, mag sie noch so trübe sein, beim Namen zu nennen, Erfolge anzuerkennen, wenn sie von Tatsachen gerechtfertigt werden, Mißerfolge nicht zu beschönigen und nicht zu vergrößern, Gewolltes und Angekündigtes mit dem Gewordenen zu vergleichen, Zweckklügen jeder Art zurückzuweisen und die Zusammenhänge zwischen System, Leistung und geschichtlichem Verlauf wachsam zu beobachten.

Die russische Staatspolitik steht, mindestens seit der vollständigen Unterwerfung Bucharins unter das geistige und organisatorische Joch Stalins, einer so kläglichen Unterwerfung, daß sie der Preisgabe sogar des eigenen theoretischen Lebenswerkes gleichkam, im Zeichen des Fünfjahresplans. Durfte man den Versicherungen der Bolschewiken und ihrer Bewunderer glauben, so war der Zeitpunkt gekommen, der der Konzessionswirtschaft an das Weltkapital ihr Halt gebieten, die Vergesellschaftung des Bodens durchführen, die Industrialisierung der Sowjetunion in rascher Folge verwirklichen und somit den sozialistischen Aufbau mindestens bis zum Richtfest fördern werde. Keine Versammlung, in der nicht ein begeisterter

Jünger oder doch ein strebsamer Kunder Moskaus alle Zweifel an der Eignung der Bolschewiken zur Wahrung der proletarischen Revolution Rußlands mit dem sieghaften Hinweis auf den Fünfjahresplan niederschlug, der das gewaltigste Arbeitsprogramm bedeute, das jemals aufgestellt worden sei. Bestimmte Fragen nach Wesen und Inhalt dieses Planes wurden von Rednern und Schreibern höchst unbestimmt beantwortet; wir erfuhren bloß soviel, daß alle Produktion im Laufe der nächsten fünf Jahre — vom 1. Oktober 1928 an — zu festgelegten Mehrleistungen gesteigert, daß die Kulakenmacht schleunig und gründlich gebrochen und durch Kollektivierung der Landwirtschaft der Agrarsozialismus verwirklicht werden solle und daß in dem ersten Jahre der Durchführung des Planes dank der unbeschreiblichen Begeisterung und Opferfreudigkeit der sowjetistischen Arbeiter und Bauern und der vorbildlichen Führertatkraft der kommunistischen Parteifunktionäre weit über das vorgesehene Maß hinaus Werte geschaffen worden seien; die Fünfjahresleistung bis 1933 würde also nicht bloß planmäßig gelingen, sondern noch gewaltig übertroffen werden. „Den Fünfjahresplan in vier Jahren! — Das ist die Antwort auf den Hohn der bürgerlichen und sozialdemokratischen Verleumder und auf die Zweifel mancher kleingläubigen Genossen, die das Industrialisierungsprogramm als übertrieben betrachteten;“ so heißt es in der kleinen Broschüre: „Was ist der Fünfjahresplan?“ mit der der Internationale Arbeiter-Verlag (Berlin C 25) diese Frage gemeinverständlich zu beantworten sucht. Daß dieses Schriftchen unkritisch alles preist, was es mitteilt, ist kein Unglück; brauchbar ist es mindestens, soweit es auf den beiden letzten Seiten in übersichtlichen Tabellen zahlenmäßiges Material zur Vergleichen der geleisteten industriellen Produktion von 1913 mit der von 1923 und 1928 und der geplanten von 1932/33 und schließlich sogar die berechnete Entwicklungsprogression der russischen Industrieleistung von 1927/28 bis 1947/48 vorführt. Es ist allerdings seltsam, daß die beabsichtigten Produktionsvermehrungen nicht nach Tonnen oder sonstigen Quantitätseinheiten berechnet sind, sondern nach ihrem Preis, wobei der Rubelwert von heute die Grundlage abgibt. Man sollte meinen, daß die Vollendung des Sozialismus, besonders da seine russischen Vollender hohen Wert auf die Bezeichnung als Kommunisten legen, andere Wertmaße benutzen werde, als das finanzkapitalistische, den Börsenkursen unterworfenen, der Ausbeutung dienstbare banktechnische Geld.

Es scheint also, daß der Satz der zitierten Aufklärungsbroschüre gerade von den Arbeitern, die nicht blindlings alles bejahen, was in Stalin-Rußland geschieht, Beherzigung finden sollte, der da mahnt: „Die Werkstätigen der kapitalistischen Länder, die unter dem Joche der kapitalistischen Ausbeutung in immer tieferes Elend sinken, denen

der ‚marschierende Sozialismus‘ von Kautsky und Scheidemann nur Erwerbslosigkeit oder Blut und Mark aussaugendes ‚rationalisiertes‘ Schuffen für den Profitsack der Unternehmer gebracht hat, müssen über die Entwicklung in der Sowjetunion nachdenken. Wäre das, was in dem rückständigsten agrarischen Rußland möglich ist, nicht etwa auch im hochentwickelten deutschen Industrieland möglich? Warum konnte das Proletariat der Sowjetunion das Wunder des Fünfjahresplans leisten, und warum muß sich das deutsche Proletariat die doppelte Ausbeutung der eigenen Bourgeoisie und des ausländischen Youngplan-Imperialismus auf den Hals laden lassen?“ Ja, die Arbeiter der außerrussischen Länder haben sehr viel Ursache, darüber nachzudenken, ob die Aufstellung und Durchführung eines solchen Fünfjahresplans nicht auch in hochkapitalistischen Ländern möglich wäre und ob es stimmt, daß das deutsche Proletariat ohne den Youngplan, also ohne die doppelte Ausbeutung, somit bei nur einfacher Ausbeutung, durch die Anwendung derselben Mittel, die in Rußland gebraucht werden, ebenfalls schon des Wunders praktischen sozialistischen Aufbaues teilhaftig sein könnte. Der anonyme Verfasser jener Schrift erklärt nämlich, die Befolgung des russischen Beispiels sei „der einzige Weg, der auch das Proletariat und alle Werktätigen in Stadt und Land in Deutschland wie in den anderen kapitalistischen Ländern nicht nur befreien, sondern sie angesichts der größeren Zivilisation und der höher entwickelten Technik ihres Landes zu noch größeren Fortschritten, zu einer noch schnelleren Entwicklung in der Richtung des Sozialismus befähigen kann . . .; das Proletariat der Sowjetunion gehe eben „den Weg Lenins, den Weg der bolschewistischen Partei“, es habe „seine Ausbeuter und Würger mit deren sozialdemokratischen Feldwebeln zum Teufel gejagt und die Diktatur des Proletariats errichtet.“ Daß aber dieser Weg tatsächlich nicht nur „in der Richtung des Sozialismus“ laufe, sondern daß die Fortführung des Fünfjahresplans nach dem schon für 15 bis 20 Jahre ausgearbeiteten Entwicklungsplane die sozialistische Erfüllung sein werde, das ist in aller Buchstäblichkeit die Auffassung der von der KPD. herausgegebenen, von der russischen Obrigkeit demnach gebilligten Aufklärungsbroschüre. Nachdem dort für die nächsten 13 Jahre eine Steigerung der Reallöhne auf das Vier- bis Fünffache der gegenwärtigen Löhne, für 1938 der Sechs-, für 1943 der Fünfstudentag prophezeit ist, womit das Verschwinden aller Erwerbslosigkeit, die Arbeitsbefreiung für alle Personen unter 20 und über 50 Jahren verbunden sei (wieso? wird nicht erklärt), nachdem der Kulturaufstieg geschildert und mitgeteilt ist, daß anstelle der zehn Milliarden Rubel, die heute noch sämtliche russischen Staatsausgaben decken, im Jahre 1947/48 allein 142 Milliarden Rubel für Kulturaufgaben verwendet werden sollen, heißt es, hieran unmittelbar anschließend: „Die Vollendung des sozialistischen Aufbaus in der Sow-

jetunion ist also nicht das Werk von Jahrhunderten. Schon unsere Generation wird sie erleben und durchführen.“

Ist dies die Meinung, so müssen wir zugeben, daß die Frage berechtigt ist, warum die deutschen Arbeiter nicht ebenfalls imstande sein sollen, wenn sie nur die Lasten des Young-Planes von sich abwürfen, mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen und seine Vollendung in noch kürzerer Zeit zu bewerkstelligen, als das der Russenplan vorsieht. Die Diktatur des Proletariats, hat ja Brandler in seinem Prozeß versichert, sei durchaus vereinbar mit der Weimarer Verfassung. (Brandler war dazumal noch kein Renegat, Verräter und Lump, sondern wurde unmittelbar nach seiner Verurteilung zum Ehrenmitglied des Präsidiums der Kommunistischen Internationale erhoben.) Unter Diktatur des Proletariats wurde zu jener Zeit eine „Arbeiter- und Bauernregierung“ verstanden, und so wäre zu folgern, die deutschen Arbeiter brauchten nur, nötigenfalls natürlich mittels bewaffneten Aufstandes unter Führung der Kommunistischen Partei, die Macht im bestehenden Staate zu ergreifen und die industrielle und agrarische Planwirtschaft nach russischem Vorbild zur gesetzlichen Aufgabe zu machen, so wäre der Aufbau des Sozialismus ins Werk gesetzt und seine sieghafte Vollendung unwiderstehlich. Wir müssen noch mehr zugeben: Ist die Erreichung der im Fünfjahresplan festgesetzten Leistungen mit dem daran anschließenden Programm — einmal angenommen, diese Ziffern alle werden von keiner Tücke schicksalhafter oder veranstalteter Durchkreuzungen revidiert —, ist der Fünfjahresplan in seiner Verwirklichung das, was dem Proletariat als Sozialismus stets das Ziel aller Wünsche war, dann haben die Marxisten vollständig recht, wenn sie ihre Politik ganz und gar auf die Beeinflussung der staatlichen Gesetzgebung beschränken, denn dann ist Sozialismus nichts, was in irgendwie unvereinbarem Gegensatz zum Kapitalismus stände.

Sozialismus im ökonomischen Sinne war bis jetzt der umfassende Ausdruck für alle Bestrebungen ohne Unterschied des Kampfprogramms, welche den Grund und Boden und die Produktionsmittel der privaten Verfügung entziehen und der Gesellschaft zu gemeinsam organisierter Benutzung übergeben, die Klassenunterschiede innerhalb der Gesellschaft beseitigen, jegliches Lohnverhältnis bei der Arbeitsleistung unmöglich machen wollen; Sozialismus hieß, positiv ausgedrückt, bis jetzt Vergesellschaftung von Grund und Boden und Produktionsmitteln bei ungekürztem Arbeitsertrag für die Arbeitenden selber. Es soll hier mit keinem Wort bestritten werden, daß die allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 5 Stunden bei arbeitsloser Sicherstellung aller jungen und alten Leute, aller Schwangeren, Wöchnerinnen, Kranken und Gebrechlichen, dabei die Erhöhung des Reallohnes um das Fünffache und die Durchführung der Schul- und Wohnpolitik nach dem Programm der Bolschewiken höchst beacht-

liche und erfreuliche Wirkungen der eingeleiteten Planwirtschaft wären, wenn die Erfolge wirklich den lauten Verkündigungen entsprechen sollten. Aber wir können es nicht widerspruchslos hinnehmen, wenn diese Versprechungen, deren Erfüllung bestenfalls beweisen kann, wie weit guter Wille innerhalb kapitalistischer Verhältnisse proletarische Interessen wahrzunehmen vermag, — wenn Reformmankündigungen staatskapitalistischer Art, mögen sie aus noch so aufrichtigem sozialen Willen kommen, uns als Sozialismus angepriesen werden. Die Wirkung solcher Begriffsfälschung kann nur sein, daß die Proletarier aller Länder ihre Forderungen herabschrauben, daß der Blick der Arbeiter vom sozialistischen Ziel abgelenkt wird, daß der Kampf um die volle soziale Befreiung abgelenkt wird zu einem bescheidenen Ringen um die Besserung der Lebensbedingungen unter dem Lohnsystem, daß endlich der heilige Glaube der wahren Sozialisten, die durch keine Ruhmredigkeiten realpolitischer Verwirrungskünstler um die Klarheit ihrer Zukunftsidee betrogen werden können, dem Spott und selbst der Anfeindung braver, wenn auch leichtgläubiger Revolutionäre anheimfällt.

Im Einzelnen sollen die Aufstellungen des Fünfjahresplans hier garnicht kritisiert werden. Aber allgemein ist doch zu bemerken, daß allein die Steigerung der Produktion sowohl der hauptsächlich Produktionsmittel erzeugenden Industriezweige als auch der hauptsächlich Verbrauchsartikel erzeugenden Industriezweige nach den zu unserer Kenntnis gelangten Plänen den industriellen Aufbau des Sozialismus begründen soll. Es wird nichts darüber gesagt, welche vom Kapitalismus unterschiedenen Arbeitsmethoden diese Steigerung herbeiführen sollen, so daß die Frage offen bleibt, ob denn die Arbeit in Rußland in anderen Formen als denen des „rationalisierten Schuftens“ vor sich geht, das mitsamt der Erwerbslosigkeit den Werkträgern der kapitalistischen Länder als Folge der Ausbeutung „für den Profitsack der Unternehmer“ im Gegensatz zu den russischen Verhältnissen vor Augen gestellt wird. Alle unbestrittenen Statistiken und Mitteilungen über die Wirtschaft in Sowjetrußland berichten von zunehmender Arbeitslosigkeit, die, ebenso wie überall, auch dort zum guten Teil auf die Rationalisierungsmaßnahmen der Werkleitungen zurückzuführen ist. Ebenso fehlt jede Auskunft über die Verwendung der vervielfältigt produzierten Waren; wenn man von Sozialismus spricht, so scheint doch die Verteilung der Produkte unter die Konsumenten nach Art, Umfang und Relation dabei von mindestens ebenso großer Bedeutung zu sein, wie die Beschäftigung der menschlichen und maschinellen Kräfte und die Steigerung der Herstellung von Waren. Die „bessere und billigere Produktion“ der Betriebe ist gewiß eine wichtige Aufgabe jedes revolutionären Regimes, aber ein sozialistisches Verfahren hat doch vor allen Dingen die Belieferung der Bevölkerung unter dem Gesichtspunkt des Be-

darfs und der vollen Gleichberechtigung der Arbeitenden zu sichern und alle Produktion dieser ersten sozialistischen Bedingung anzupassen und unterzuordnen. Mag sein, daß die Isolierung Rußlands in seiner Wirtschaftsführung den wünschenswerten Ausgleich zwischen Arbeit und Verbrauch nicht zuläßt, daß noch dazu die Abhängigkeit des russischen Staates von den Kreditgewährungen ausländischer Kapitalisten zum Export wichtiger Landesprodukte zwingt, deren Fehlen schwer auf den proletarischen Verbraucher im eigenen Lande drückt, — aber dann soll man eben nicht von Sozialismus reden, dann stellt der Fünfjahresplan in seinem der Industrialisierung Rußlands gewidmeten Teil nichts anderes dar, als ein Entwicklungsschema für staatskapitalistische Rationalisierung.

So bliebe denn als Beweis für den wirklich sozialistischen Charakter der eingeleiteten neuen Wirtschaftsmaßnahmen die Kollektivisierung des bäuerlichen Großbesitzes übrig, die von täglichen Jubelfanfare begleitetete, alles errechnete Tempo im stürmischen Siegeslauf weit überholende Liquidation des Kulakentums. Im FANAL war schon vor drei Monaten die Frage aufgeworfen worden (Nr. 4, S. 93): „Wo hört der Mittelbauer . . . auf, wo fängt der Kulak an? Bei wieviel Hektar? Wie beschaffenem Boden? Bei wieviel Gespannen? Wieviel Groß- oder Kleinvieh? Was für Gebäuden, Maschinen, Hilfskräften?“ Ueber alles das war nichts zu erfahren und zwischen den hysterischen, im Siegestaumel besoffen stammelnden Preisgesängen der auf jeder Stalinie tanzenden roten Chauvinisten und den ekelhaften, von weitem nach Verleumdung stinkenden, gosenmäßig schimpfenden und altweiberhaft flennenden Denunziationen der sozialdemokratischen Koalitionsmägde an ihre kapitalistischen und klerikalen Auftraggeber ließ sich schwer eine der Wahrheit nahe kommende Diagonale ziehen. Brauchbares Material mußte kunstvoll aus den Zitaten zusammengesucht werden, die bald in bolschewistische, bald in weißgardistische Artikel aus den m. W. in Deutschland nicht im Zusammenhange zugänglichen amtlichen russischen Statistiken eingeflochten wurden. Danach waren am 1. Oktober 1928 507 000 Familien zu Kollektivwirtschaften vereinigt, am 1. Oktober 1929 1,8 Millionen, zwei Monate später schon 5 Millionen, am 10. Februar 10,7 Millionen und bis zum Frühjahr sollten 12 Millionen Familien, das ist die Hälfte der russischen Bauernschaft überhaupt, erfaßt sein. (Die Zahlen sind einem in der Rechtspresse verbreiteten Artikel von Boris Brutzkus, Professor des russischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin, entnommen; herausgenommen aus dem reaktionären Geplärr des Verfassers dürften sie verwendbar sein.) War aber diese sogenannte Kollektivisierung, diese zwangsweise Zusammenwerfung bäuerlicher Betriebe zu großen Wirtschaftsverbänden als sozialistischer Aufbau anzusprechen? Nach den übereinstimmenden Berichten ganz verschieden gerichteter Tat-

sachen-Übermittler müssen die zur Kollektivisierung herangezogenen Bauern ihr gesamtes lebendes und totes Inventar dem „Artel“ (Kollektivwirtschaft) zur Verfügung stellen. Die Vorräte werden auf die beschlagnahmten Höfe zusammengebracht und von dort aus wird das Land bewirtschaftet. Da dieses Verfahren von oben vorgeschrieben ist, da ferner beamtete Regierungsvertreter die Durchführung der Vorschriften überwachen, wohl auch die Verwaltung des „Artels“ besorgen und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse den staatlichen Sammelstellen übermitteln, von wo aus ihre Verteilung, d. h. ihre Umsetzung in verzinslichen Geldwert geschieht, kann das Wort Sozialismus auch hier keinerlei Anwendung finden; es handelt sich einfach um Schaffung völlig kapitalistisch betriebener Riesengüter, die an Stelle etlicher Privatbesitzer in Staatsbesitz übergegangen sind. Darin unterscheiden sich die Marxisten aller Farben garnicht voneinander, daß sie jede Verstaatlichung Sozialisierung nennen und die Verstaatlichung aller Ländereien und aller Fabriken und Produktionswerke als Vollendung des Sozialismus herbeisehnen.

Inzwischen hat aber gerade die agrarische Praxis des „sozialistischen Aufbaues“ in Rußland ein furchtbares Fiasko erlitten. Die Voraussagen der übelwollendsten Kritiker der Zwangsmethoden haben leider — denn kein Sozialist, erst recht kein sozialistischer Revolutionär hat Anlaß, sich dessen zu freuen — ihre vollständige Bestätigung erfahren. Brutzkus schrieb in dem erwähnten Artikel: „Die Bauern wollen nicht ihr schwer erarbeitetes Hab und Gut den von der kommunistischen Behörde eingerichteten Kollektivwirtschaften überantworten. Sie suchen ihre Pferde schnell zu verkaufen und da es an Käufern fehlt, so kann man jetzt in den südlichen Gebieten Sowjetrußlands, wo noch unlängst ein Pferd 200 Rubel kostete, ein solches für 5 Rubel kaufen. Das Nutzvieh wird massenhaft abgeschlachtet und dabei geht gerade das beste Rassevieh zugrunde. Die Regierung hat am 16. Januar ein Verbot des Viehschlachtens erlassen. Es ist aber unmöglich, den Bauer zu zwingen, das Vieh, das man ihm bald wegnimmt, zu füttern . . . Aus vielen Gebieten der totalen Kollektivisierung wird schon jetzt berichtet, daß der Viehbestand um 50 Prozent und mehr zurückgegangen ist. Bedrohlich steht es auch mit der Bereitstellung des Saatgutes . . . Die unmittelbare Folge der Kollektivisierung ist also die Gefahr, vor der Sowjetrußland steht, daß 10—20 Millionen Hektar Land wegen Mangel an Arbeitsvieh und Saatgut in diesem Jahre überhaupt unbestellt bleiben werden.“

Hier soll von den Maßnahmen, mit denen die Moskauer Regierung die Befolgung ihrer Enteignungsvorschriften durchsetzen wollte, kein Aufhebens gemacht werden. Staatsgesetze lassen sich überall nur mit Gewalt zur Geltung bringen, und wo es um so umfassende gesetzliche Maßnahmen geht wie bei der Zwangskonfis-

kation ungeheurer Landflächen, ist der dagegen geleistete Widerstand ganz selbstverständlich nur mit den allerrigoroösesten Mitteln, also nötigenfalls mit Hinrichtungen, zu brechen. Wer den Staat beherrscht, wird sich dagegen nicht aufregen dürfen; wer es aber mit dem Sozialismus ernst meint, wird aus den Vorgängen in Rußland schließen müssen, daß eine Staatsregierung nie und immer berufen sein kann, sozialistische Aufgaben zu lösen. Die unmittelbar drohende, gar nicht in allen Wirkungen abzuschätzende Katastrophe der staatlichen Agrarkollektivisierung ist von Stalin mit der Anziehung der schärfsten Bremse aufgehalten worden. Urplötzlich und ganz übergangslos veröffentlichte er am 2. März in der „Prawda“ einen Artikel, der dem hymnisch gefeierten Siegeszug der Landarmut gegen die Kulaken mit schneidender Schärfe Halt und Umkehr gebietet. Der Vormarsch zum Sozialismus, wie ihn sich die bolschewistischen Staatskünstler vorgestellt haben, ist an der Marne angelangt, und es nützt nichts, daß man die überstürzte Umkehr einen strategischen Rückzug nennt und sich selber weiterhin in der Pose des unfehlbaren Helden aufs Postament stellt; das haben die wilhelminischen Generäle nach Joffres Gegenstoß im September 1914 auch so gemacht. Daß er dabei die Begeisterten als „Revolutionäre“ verhöhnt, die sich bis tags zuvor in den Lobpreisungen sonnten, mit denen ihre Taten der proletarischen Welt verkündet wurden; daß er sich nicht entblödet, die Wirkungen seiner mit brüllender Reklame austrompeteten Anweisungen auf das Schuldkonto „mancher unteren Funktionäre“ zu schieben, „die mitunter die Opfer eingeschlichener konterrevolutionärer Elemente sind“, daß er, der maschinellste Despot der Weltgeschichte, die „Feldwebelpolitik“ seiner Kreaturen und gar die Organisierung ihrer Zwecke mit „bürokratischen Dekreten“ gallig bespritzt, — das alles mögen seine gehorsamen Anbeter und Nachbeter mit ihm und mit sich selber ausmachen. Für uns entscheidend wichtig ist das von der kalten Wirklichkeit dem Diktator, der noch nie etwas anderes gesehen oder gewollt hat, als Erzwingung befohlener Aufgaben mit den Mitteln obrigkeitlicher Macht. — ist das diesem Knechter jedes eigenen Willens revolutionärer Menschen abgepreßte Geständnis, daß aller sozialistische Aufbau nur auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen, nur aus dem Geist der Freiwilligkeit gelingen kann.

Es ist klar, daß Stalins und der Seinen Bekenntnis zu dem anarchistischen Grundsatz der Freiwilligkeit ohne Folgen bleiben wird für den Fortgang der Geschichte der bolschewistischen Macht und die von ihr beeinflusste Arbeiterbewegung in allen Ländern. Nur das Gefühl einer schweren Niederlage, wie sie Rußland seit der Einführung der NEP-Politik nicht mehr erlebt hat, konnte ein solches, der Wesensart des Bolschewismus kraß entgegengesetztes Bekenntnis hervorbringen. Vielleicht wäre es nicht einmal in so betonter

Form ausgesprochen worden, wie es besonders in dem Schreiben des Zentralkomitees der KPSU, an alle Parteiorganisationen vom 15. März geschieht, wenn nicht mit dem Fiasko der agrarischen Kollektivisierung das des Kirchenkampfes Hand in Hand ginge. Aber gerade da wurde doch von Anfang an versichert, daß die Schließung der Kirchen und die Vertreibung der Pfaffen freiwilliges Vorgehen der für den Verband der Gottlosen gewonnenen Landbevölkerung selbst gewesen sei. Wenn in denselben Erlassen, die den Geist der Freiwilligkeit zum Prinzip des wahren Bolschewismus erheben, Toleranz gegen religiöse Vorurteile verlangt; wenn sogar die strengste Bestrafung der Funktionäre in Aussicht gestellt wird, die sich „verletzender Ausfälle gegen religiöse Gefühle“ schuldig machen, so kann leider dem heuchlerischen Wehgeschrei der ganz von materiellen Erwägungen geleiteten katholischen Kirche bei ihrem Kreuzzug gegen den Bolschewismus ein bedeutender Erfolg nicht bestritten werden. Wahrscheinlich ist es aber so, daß Stalin und Kalinin jetzt die Wahrheit sagen, wenn sie erklären, daß die antireligiösen Maßnahmen größtenteils administrativen Charakter hatten, und daß es hierbei so gegangen ist wie es bei allem Niederreißen und bei allem Aufbau immer gehen muß: wo die Revolution nicht getragen ist vom freien Willen der Revolutionäre, da kann sich nichts Geistiges durchsetzen, sondern nur plumpe und auf Buchstaben gegründete Macht. Der Kampf gegen die Kirche ist ein geistiger Kampf und der Kampf um den Sozialismus ist ebenfalls zum nicht geringen Teil ein geistiger Kampf. „Bürokratische Dekrete“ können in beiden Kämpfen zu gar nichts helfen, und wenn die bolschewistische Staatsobrigkeit plötzlich selber diesen Gedanken ausspricht, so wollen wir uns über ihren eigenen Charakter deswegen nicht täuschen lassen. Dem die Verkündungen, in denen es geschieht, sind selber wieder nur bürokratische Dekrete. Aller Voraussicht nach wird in der nächsten Zeit ein neuer EKKI-Brief aus Moskau die Sektionen der Kommunistischen Internationale belehren, daß sie ihre gesamte Politik neuerdings vollständig umstecken müssen, und wir werden erleben, wie die KPD. wieder einmal den Befehl Rechtsum! befolgen wird. Dann wollen wir die kommunistischen Arbeiter an Stalins Wort erinnern, daß aller sozialistische Aufbau freiwilliges Tun sein muß und sie eindringlich fragen, ob sie weiterhin damit einverstanden sein wollen. daß die linksrevolutionären Oktoberkämpfer in Rußland, die dieser Meinung schon vor 12 Jahren gewesen sind, von demselben Stalin immer noch verfolgt, verbannt und eingekerkert werden.

Die Nötigung zur Rückgängigmachung zahlreicher Kollektivierungsmaßnahmen, zur Wiedereröffnung der Märkte, zur Rückgabe vieler Kirchen an die Pfaffen, hat die größten Verächter der Freiheit zur Erkenntnis gebracht, daß sich die Menschen nicht zwangsweise glücklich machen lassen. Man wird ihnen die Aufrichtigkeit dieser

neuen Einsicht erst glauben können, wenn sie als Befehlsgeber von Revolutionären abtreten und den Aufbau des Sozialismus denen überlassen, die wissen, daß wahrer Sozialismus gar keine andere Bedeutung hat als Freiheit und freiwillige Gemeinschaft.

Tätigkeit der Arbeiterräte

Am 7. April 1870 wurde Gustav Landauer geboren. Sein 60. Geburtstag gibt Anlaß, wieder eine seiner Reden aus der bayerischen Revolutionszeit aus dem Stenogramm abzudrucken. Am 9. Dezember 1918 traten zum ersten Male in München die Delegierten der Arbeiterräte ganz Bayerns zusammen, um die gemeinsamen Angelegenheiten zu beraten. Nachdem der Ministerpräsident Eisner und dann der sozialdemokratische Innenminister Auer Begrüßungsansprachen gehalten hatten, erhielt Landauer das Wort, um über die Tätigkeit des „Provisorischen Zentralarbeiterrats“ Bericht zu erstatten. Er gehörte dieser Körperschaft als Vertreter des „Revolutionären Arbeiter-Rates“ an, über dessen Besonderheit meine Broschüre „Von Eisner bis Leviné“ Aufschluß gibt. Wir hatten zwei Delegierte in den Landes-Arbeiterrat entsandt, Landauer und Hagemeister, die wir aber bald zurückzogen, da mit dem wachsenden Einfluß Auers, wie er ja in der nachfolgenden Rede bei Erwähnung des Zwieseler Falles von Landauer schon beim rechten Namen genannt wurde, die gegenrevolutionären Strömungen nicht mehr von innen heraus abgestaut werden konnten. Der RAR. hat dann selbständig revolutionäre Politik in Bayern verfolgt, die darauf abzielte, die Räte allgemein durch Wahlen auf revolutionärer Grundlage aus der Parteihängigkeit zu befreien, das Provisorium zu beenden und aus Bayern eine freie Räterepublik zu machen. Landauers noch ganz hoffnungsvolle und doch schon ernst warnende Rede gibt ein klares Bild von der Lage Bayerns in den ersten vier Wochen der Revolution.

E. M.

Genossen und Genossinnen! Ich habe es im Namen des provisorischen revolutionären Arbeiterrats für die Republik Bayern übernommen, Ihnen zu sagen, wie wir unser Amt in den paar Wochen, in denen wir es ausüben, aufgefaßt haben, und Ihnen Bericht und Rechenschaft zu erstatten, was wir bisher getan haben. Nicht bloß anderswo, sondern auch heute wieder war es mir charakteristisch, — charakteristisch für die Revolution, die sich vollzogen hat, die Revolution, die noch im Gange ist, daß alle Redner sich zunächst entschuldigen, daß sie reden. Alle sagen, jetzt ist nicht die Zeit zu Worten, jetzt ist die Zeit zu handeln, die Zeit zum Durchführen. Das ist wahr, und ich muß mich dem anschließen als Dritter, der heute hier im Saale spricht. Nur allerdings muß ich hinzufügen: manchmal kann auch das Wort, wenn es das ist, das der Tat vorhergeht, wenn es der Vorsatz, das Gelöbnis, der Schwur ist, manchmal kann auch das Wort eine Tat sein.

Arbeiterrat! Man hat oft gesagt und auch wie das Wort in Bayern auftauchte: „Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat“, nachdem spontan die Soldatenräte in Kiel, Westdeutschland, an der Wasserkante vorangegangen waren, hat man oft gehört: also nach russischem Muster. Das ist wahr und nicht wahr. In Rußland gibt es die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, gibt es die Republik der Räte. Sie haben sich durchgesetzt, nachdem die bürgerliche Kompromißregierung gescheitert war. Aber die Räterepublik, die föde-

rative, sozialistische Republik braucht keineswegs identisch zu sein mit der vielleicht vorübergehenden Herrschaft einer bestimmten Partei, der Bolschewiki, über diese Räte. Die Räte werden in Rußland bleiben, das ist sicher. Die Arbeiter- und Bauernräte werden so bleiben und demokratisch-soziale Arbeit tun, so daß die Soldatenräte verschwinden werden, weil eben keine Soldatenräte mehr nötig sind, weil der Militarismus zusammenbricht. Aber heute brauchen wir sie noch, die Soldaten der Revolution. (Rufe: Sehr richtig!) Wir haben ihnen zu danken, daß wir sie gehabt haben. Wir haben ihnen zu danken, daß wir sie fernerhin haben. Aber nicht erst in Rußland hat sich dies ganz selbstverständlich ergeben, daß nach der Herrschaft der Privilegien sich die arbeitenden Mächte und Elemente des Volkes wie von selbst organisiert und ihre Geschicke in die eigene Hand genommen haben. Wir haben, was den Arbeiterräten entspricht, in den permanent tagenden Sektionen in der französischen Revolution in Paris, Marseille und überall in den Zentren gehabt. Sie hatten in den Revolutionskriegen, wo die Freiwilligen auszogen, Soldatenräte, die über ihr Schicksal, über die Manneszucht und das Schicksal ihrer Mannschaften in den Kompanien bestimmten. Wir haben das dort genau so gesehen, das ergibt sich immer aus der Lage der Tatsachen. Jetzt . . . soll der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat als lebendige Organisation und Körperschaft, als Träger des Volks uns das leisten, was bisher denen anvertraut war, die bevorrechtet waren, die eine Herrschaft der Wenigen, eine Herrschaft der Unterdrückter aufgerichtet hatten.

Ich habe Ihnen jetzt zu sagen, was der Zentral-Arbeiterrat bisher getan hat. Es wird von manchen gefragt werden, und ich glaube sogar, es gibt welche, die höhnisch oder widerwillig fragen werden: Habt ihr denn überhaupt etwas getan? Und da darf ich sagen: Allerdings waren die Arbeiter, die zusammentraten, geboren aus einer revolutionären Macht, bisher nicht übermäßig parlamentarisch geschult; sie haben sich schwer in ihre Arbeit hineinfinden müssen, genau so wie wir, die hier beisammen sitzen, nicht grade elegant im Laufe der heutigen und morgigen Tagung den Parlamentarismus handhaben werden. Aber das darf ich Ihnen doch sagen und kann es durch Tatsachen beweisen: Es ist da tüchtig gearbeitet worden, es ist da etwas durchgesetzt worden, was Ihnen allen, den Arbeiterräten in ganz Bayern, davon bin ich überzeugt, eine wertvolle Hilfe sein kann. Es sind vor allem diese Richtlinien, die Sie kennen, die aber noch lange nicht genug in ihrer Bedeutung verstanden worden sind. Diese Richtlinien sind nicht einfach so dekretiert worden von den Ministern, die hier unterschreiben, sie sind nicht gleich so durchgegangen, sondern wir vom Zentralarbeiterrat haben kämpfen müssen, daß wir sie überhaupt bekamen, daß wir sie in dieser Form bekamen (Rufe: Sehr richtig!). Und noch heute, wie sieht es denn da in den kleineren und mittleren Städten und auf dem flachen Lande aus? Ich habe Beweise dafür, daß allüberall grade jetzt Notizen, die einen amtlichen Charakter zu haben scheinen und die von außerordentlichem Einfluß auf Bezirksämter, Gemeindebehörden usw. sind, erscheinen, die eine absolut falsche Darstellung über die Rechte und Befugnisse der Arbeiterräte geben. Ich habe da z. B. — und ich weiß, daß man es in anderen Kreisen Bayerns genau in derselben Art gemacht hat — aus dem bayerischen Walde, aus Zwiessel, unter dem Datum des 29. November, der vorigen Woche also, eine Auskunft vom Ministerium des Innern, worin es heißt: „Den Arbeiterräten kommt im wesentlichen die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung innerhalb der Gemeinden im Benehmen mit der Gemeindeverwaltung zu. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Die bisherigen Gesetze bleiben in Kraft und sind auch von den bisher zuständigen Behörden zu vollziehen. Den Arbeiterräten kommen keinerlei Befugnisse an Stelle der bisherigen staatlichen oder gemeindlichen Behörden zu. Eine Mitwirkung bei gemeinde-

amtlichen oder polizeilichen Geschäften ist nur in Form einer Hilfeleistung und nur dann angängig, wenn eine solche Beihilfe von der zuständigen Aufsichtsbehörde für notwendig oder nützlich erachtet wird. Eine selbständige Ausübung amtlicher Befugnisse durch den Arbeiterrat ist ungesetzlich. Für entsprechende Aufklärung ist Sorge zu tragen.“ (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Das ist eine Polizeiverordnung ältesten Stils, das ist vorsintflutlich aus dem vorigen Jahrhundert und das ist nicht, was uns vom Gesamtministerrat nicht bewilligt, sondern zuerkannt worden ist als unsre Pflicht, als unsre Aufgabe; denn unser Recht ist unsre Pflicht, für die Vervollkommnung der Zustände, für die Weiterbildung des bayerischen Volkes zu sorgen. (Beifall.) Hier sind unsre Richtlinien, unterschrieben nicht bloß von Kurt Eisner, unterschrieben vom Gesamtministerium, von demselben Ministerium des Innern, das noch vor kurzem solche Auskünfte gegeben hat. Und die Sache ist die: Es gehen diese Auskünfte immer weiter durch die Presse, aber es geht keine Berichtigung durch die Presse. Wohl ermahne ich uns alle, wir sollen an Ort und Stelle, vor allem auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten solche Berichtigungen schicken; aber die Presse mit ihrer berühmten Preßfreiheit ist ja nicht verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Wir haben ja nicht die Freiheit der öffentlichen Meinung, wir haben ja nicht die Freiheit des Geistes, der Redebefugnis, sondern wir haben die Freiheit derer, die das Monopol auf die Presse haben und nur ihre Interessen wahren. (Rufe: Sehr richtig!) In diesen Richtlinien, die vom Zentralarbeiterrat ausgearbeitet wurden — (Staatsminister Auer läßt sich am Ministertisch nieder.) Wenn Herr Auer eine Bemerkung dazwischen machen will, werde ich gern eine Pause machen. (Zuruf des Staatsministers Auer.) Wir vom Zentralarbeiterrat, die wir uns an der Ausarbeitung dieser wirklichen Richtlinien ein Verdienst zusprechen können, wir wünschen, daß was da steht sinngemäß ausgelegt und ausgeführt wird von den Arbeiterräten im Lande. Wir wollen daran denken, daß die Arbeiterräte die Pflicht haben, die Massen des Proletariats unmittelbar zur politischen Mitarbeit heranzuziehen. Wir sollen daran denken, daß durch ein Redaktionsversehen sogar zweimal, in Ziff. II und in Ziff. VI, uns eingeschärft wird: „Die Arbeiterräte bilden mit den Soldaten- und Bauernräten bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung die revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems.“ Das heißt nicht, bis die Nationalversammlung zusammentritt, sondern heißt, bis eine Nationalversammlung endgültig die revolutionäre Grundlage des neuen Volkstums herstellt. (Sehr richtig!) Solange sie das nicht getan hat, bilden die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte die verpflichtete revolutionäre Grundlage der Regierung des neuen Systems. Es heißt weiter von den Arbeiterräten: „Sie haben durch ihre Tätigkeit, die auch die propagandistischen Aufgaben nicht außer acht zu lassen hat, dahin zu wirken, daß der neue demokratische und sozialistische Geist in Staat und Gesellschaft fest und tief Wurzel faßt.“ Und da erlaube ich mir zu sagen, weil auch das vorläufig noch einige Schwierigkeiten hat: Wenn die Arbeiterräte allüberall die propagandistischen Aufgaben nicht außer acht lassen sollen, so muß man uns für die Propagandazwecke auch die Mittel zur Verfügung stellen. (Sehr richtig!) Und nun, was die Mitwirkung an der Tätigkeit der Gemeinde- und Staatsbehörden angeht, so ist ganz klar gesagt: „Die gemeindlichen Behörden und Stellen haben den berufenen Vertretern“ — den Delegierten der Arbeiterräte — „über alle öffentlichen Angelegenheiten angemessene Auskunft zu erteilen.“ Außerdem haben sie über alle öffentlichen Angelegenheiten die Vorschläge und Anregungen der Arbeiterräte anzuhören. Aber noch mehr — das gilt auch für die Staatsbehörden, die Vollzugsausschüsse in den Distrikten, in den Kreisen, in den Bezirken usw. —, es ist über das, was hier steht, hinaus zu-

nächst vom Demobilisierungskommissar die Verfügung ergangen — wer das nicht weiß, der soll es sich merken für seine Arbeit in den heimischen Arbeiterräten —, daß die Arbeiterräte zu allen Arbeiten der Gemeinden zuzuziehen sind. Außerdem steht zwar selbstverständlich eine exekutive Gewalt unsern Arbeiterräten nicht zu, dazu sind vom Ministerium abwärts die Exekutivbehörden da und selbstverständlich haben wir Eingriffe in die staatliche und gemeindliche Verwaltungstätigkeit zu vermeiden. Aber tun Sie doch das, was als Recht und Pflicht Ihnen an die Hand gegeben wird, wenn es nun im folgenden heißt: Wenn die Arbeiterräte sich überzeugen, daß die gemeindlichen und staatlichen Organe ihre Tätigkeit in schlechter oder in ungenügender Weise erfüllen, so daß sie, die Arbeiterräte, in ihrer Tätigkeit für die Interessen des Volksganzen durch Organe der Staats- und Gemeindeverwaltung gehemmt werden, dann sollen sie Anträge auf Absetzung dieser Gemeinde- und Staatsbeamten an die Regierung der Republik richten, und die Regierung verpflichtet sich ausdrücklich, in dieser Beziehung gemeinsam mit den Arbeiterräten zu entscheiden. Ich kenne etliche Bezirksamtänner in Bayern und Sie werden andere kennen, die schon nicht mehr an ihrer Stelle wären, wenn die Arbeiterräte ihre Schuldigkeit getan hätten. (Sehr richtig!) Wenn die Arbeiterräte die Regierung in sachlicher Weise mit tatsächlichen Unterlagen informiert hätten: Das und das haben bisher unsre Bezirksämter getan und das und das fahren sie nach begonnener Revolution fort zu tun, . . . bin ich überzeugt, daß die Leute geflogen wären und daß andre, geeignetere, wahrhaftig Republikaner und Demokraten und Sozialisten, die man wahrhaftig finden kann, an ihre Stelle gekommen wären.

Wir haben nebst dem, daß wir mitgeholfen haben, diese Richtlinien, diese unsre Rechte und Pflichten durchzusetzen, mitgearbeitet durch unsre Delegierten, die wir vom Zentralarbeiterrat im Ministerium haben, an der bisherigen Gesetzgebung und Verfügungsgebarung der Ministerien. Da handelt es sich vor allen Dingen um Umstellung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft. Zum Beispiel hat der Zentralarbeiterrat wesentlich dabei mitgewirkt, daß es im Gange ist, auf unsre Veranlassung, daß die Artilleriewerkstätten sofort in Friedenswerkstätten, in Werkstätten zur Herstellung von Waggons und Lokomotivteilen umgewandelt werden. Es ist die sofortige Einstellung der Rüstungsbetriebe durchgesetzt worden. Wir haben aber dafür gesorgt und daran mitgewirkt, daß eine vierwöchige Kündigungsfrist mit voller Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung innegehalten werden mußte. Wir haben durch unsre Kommissare und Delegierte mitgearbeitet an der Versorgung Bayerns mit Kohle, an der Verstaatlichung des Lastkraftwagenverkehrs; wir haben dahin gewirkt und es ist durchgesetzt worden, daß die Verwaltungsstelle von Heeresgerät nicht wie allüberall vom Reiche ausging, sondern daß diese Verwertungsstelle unabhängig vom Reiche zugunsten der bayerischen Bauern und Produzenten geschaffen wurde, so daß Wagen, Pferde, Vieh, Gerät aller Art bei uns im Lande bleibt und vor allen Dingen von unsern Produzenten und unsern Bauern verwertet wird. Wir haben durch den Druck und vor allen Dingen durch Delegierte, die als Redner ins Land hinausgeschickt wurden, für Aufklärung im Lande gesorgt. Noch lange nicht genug ist da geschehen. Das kann nicht bloß von der Zentralstelle aus geschehen, das muß an Ort und Stelle durch eigene Initiative geschehen. (Sehr richtig!) Das alles muß dezentralisiert werden, muß aus freier Initiative heraus erfolgen. Wir haben mitgewirkt an dem, was nun nicht wieder den Arbeitern zu nehmen ist, an der Durchführung der 44-Stunden-Woche mit freiem Samstagnachmittag. Wir haben ferner das Verlangen gestellt und hoffen, daß es durchgeht, daß die Arbeiterschaft jährlich 14 Tage Urlaub bekommen muß bei Weiterzahlung

des Lohnes, und wir wünschen auch, daß die Arbeiter, die Proletarier, für diese Zeit des Urlaubs Reisevergütung erhalten. Wir haben nicht bloß für diese Umstellung von Kriegswirtschaft in Friedenswirtschaft und nicht bloß für die rein wirtschaftlich-sozialen Angelegenheiten der Arbeiterschaft uns zu sorgen bemüht, sondern wir haben daran gedacht: um die Sozialisierung, die Befreiung, die Verschönerung des Lebens wahrhaft durchzusetzen, brauchen wir eine neue Generation. Wohl ist es wahr, daß die Revolution, wenn sie erst tief hinein Wurzeln geschlagen und die Geister erfüllt hat, auch uns Erwachsene zu andern Menschen macht, nicht auf die Art des blödsinnigen Wunders, daß das was nicht in uns ist uns irgendwie von außen eingetrichtert werden könnte, sondern auf die Art, wie jeder ein andrer Mensch werden kann, indem er der Möglichkeit nach, der Anlage nach, alles und alles in sich hat. In der Revolution kommt über alle Masken, über alle Kostüme, über alle Uniformen hinweg wie ein Lavastrom des Geistes, der sich von innen heraufwühlt, das wahre Ich zum Vorschein, das unter Feigheit, unter Niedetracht, unter Ducksamkeit und knechtischer Gesinnung bisher verborgen war. (Sehr richtig!) Wir sind imstande, wir selbst zu werden durch die Revolution (bravo!), aber wir müssen uns vor allen Dingen in der Mußezeit, die wir nun für uns selber durchgesetzt haben, dafür sorgen, daß unser etwas eingerostetes nicht bloß Denken, sondern auch Fühlen, daß unsre Empfindung und unser Geist rege und beweglich wird, daß wir die wahrhafte Bildung gewinnen, die nicht ein Besitz ist, auf dem wir sitzen, sondern ein Werden, ein Immerweiterwachsen, ein Jungsein.

So wie wir selbst wieder jung werden müssen in diesem Jungbrunnens der Revolution, so müssen wir für unsre Jugend sorgen, so müssen wir daran denken, daß das Schulwesen gründlich umgestaltet werden muß (sehr richtig!), und daß diese neue Schule im Verein mit dem neuen Elternhaus eine neue Generation, eine Generation der Freude, des Schaffens, der Arbeit herstellen kann. Man spricht so ängstlich in den Bürgerkreisen von der Diktatur des Proletariats. Uns von der Revolution fällt es nicht ein, das Proletariat, die Entbehrung, Entrechtung, Knechtung verewigen zu wollen. Uns fällt es nicht ein, dem Proletariat zu einer Herrschaft oder einer Diktatur verhelfen zu sollen, sondern der Sinn der demokratisch-sozialistischen Revolution kann nur sein, das Proletariat ein für allemal abzuschaffen. (Lebhafte Beifall!) Es soll keine Proletarier, keine Entbehrenden, keine Geknechteten, keine an Geist und Seele Gedrückten mehr geben; es soll Menschen geben mit freier Beweglichkeit des Geistes- und des Herzenslebens. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

(Landauer wendet sich hierauf in seinem Bericht der Schulkommission zu, die vom Zentralarbeiterrat eingesetzt war und verliest und erklärt im Einzelnen deren Mindestforderungen. Der beschränkte Raum dieser Zeitschrift zwingt dazu, diesen Teil der Rede zu überschlagen.) Landauer schloß:

Bisher war bei uns wie in England die wissenschaftliche Laufbahn ein Privileg der von Geburt aus oder durch Heirat Reichen, der Begüterten. Jetzt, wenn die Hingabe an die Wissenschaft und ans Lehrfach vollwertig bezahlt wird, wie es sich gehört, nicht erst, wenn die Betreffenden durch ein Sieb hindurchgegangen sind, wenn sie ordentliche Professoren sind, sondern wenn von vornherein jeder junge Mann, der etwas zu sagen hat und von den Kollegen an der Universität als Privatdozent zugelassen wird, vollwertig bezahlt wird, wird das meiner und unsrer Ueberzeugung nach etwas Außerordentliches für die Freiheit der Wissenschaft nicht nur, sondern auch für den Fortschritt der Wissenschaft bedeuten; denn das haben wir doch wahrhaftig gemerkt: nicht in den Bevorrechtigten sitzt der Geist als Privileg. Das was die Arbeiter und Soldaten und einige Unverbesserliche,

die man Utopisten genannt hat, dazu gebracht hat, in der Nacht vom 7. auf 8. November die Revolution durchzusetzen und die staatsrechtlichen Verhältnisse in ganz Deutschland mit einem Schlage umzuwandeln, wozu die Herren Staatsrechtslehrer jahre-, jahrzehnte- und jahrhundertlang den Kopf hätten in die Hände stützen müssen, um sich zu fragen: wie wird es möglich sein, mit den soundso viel zwanzig Dynastien in Deutschland fertig zu werden —; ich sage, wenn das Arbeiter und Soldaten und ein paar Utopisten wie mit einem Kehrbesen durchgesetzt haben, so war das revolutionäre Staatswissenschaft, so war das die Anwendung dessen, was jegliche Wissenschaft erfüllen muß, wenn sie nicht Puscherei und Zünftelei sein will, Anwendung des Geistes! Dieser Geist der Revolution muß lebendig bleiben, dieser Geist, der das Deutsche Reich, so wie es war, zu den Toten geworfen hat, der im Begriffe ist, ein neues Reich, eine Föderation, einen Bund autonomer Republiken im deutschen Volk herzustellen; dieser Geist, der noch auf dem Wege ist, der sich aber die Diktatur einer preußischen, einer Berliner Zentralregierung, wie sie auch heißt, wenn sie auch das Erbe des Prinzen Max von Baden und des Kaisers Wilhelm ist, niemals gefallen lassen wird, dieser Geist der Revolution, der die Freiheit und den Bund herstellen wird, der lebt, der bleibt weiter lebendig. Da habe ich keine Angst vor dem Wahlklosett, vor dem Suppentopt mit dem Schlitz, vor dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht derer, die noch Bestandteil der Vergangenheit sind. Die werden es einmal als selbstverständlich, als ganz trivial nehmen, was wir heute, die wir die Revolutionäre sind, tun und für geboten halten. Immer noch war es so, daß erst die Propheten als einzelne, isolierte gekommen sind, daß dann die Männer der Tat, die sich nicht zählen sondern handeln, gleichviel wie viele oder wie wenige sie waren, das in Wirklichkeit verwandelten, was die Propheten geschaut hatten, und daß dann, als die Massen so weit waren, daß sie das für richtig anerkannten, was die Gewalt des Geistes durchgesetzt hat, die Männer des Geistes schon wieder weiter waren, daß sie schon merkten, es gibt noch mehr zu tun, noch mehr zu erneuern. Ich fürchte keinerlei Parlamente alten Systems, ich fürchte keinerlei Beschluß, es sei um die Revolution geschehen, sie dürfe nicht weitergeführt werden, irgend etwas vom alten System müsse wiederkehren, so lange wir da sind, die echte, die neue Demokratie, wo das Volk Selbstbestimmung übt in seinen eigenen Körperschaften, wo es nicht für drei oder fünf oder irgendeine Zahl von Jahren seine Rechte abdankt, sondern wo es bei seinem Schicksal immerwährend dabei bleibt. Wenn wir diese Demokratie, die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte haben, dann sind wir unüberwindlich und wir dürfen schwören: Keine Nationalversammlung der Welt soll die revolutionären Bünde hindern, das durchzuführen, was die Revolution begonnen hat. Ich vom revolutionären Arbeiterrat der Republik, ich schwöre es. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Neue Bücher zur Zeitgeschichte

Zuerst soll von einem Buch gesprochen werden, das gar nicht neu, sondern schon über 10 Jahre der Öffentlichkeit zugänglich ist, ohne daß die Öffentlichkeit es in gebührendem Maße bis jetzt gewürdigt hätte. Es ist das der über 800 Seiten starke Band, der den Titel führt „Der Ledebour-Prozeß. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr usw. vor dem Geschworenengericht Berlin-Mitte vom 19. Mai bis 23. Juni

1919, auf Grund des amtlichen Stenogramms bearbeitet und mit einem Vorwort versehen von Georg Ledebour.“ Sich mit diesem Buche, das schon 1919 in der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ erschien und jetzt vom Neuen Deutschen Verlag übernommen ist, zu beschäftigen, besteht mehrfacher Anlaß. Georg Ledebour ist am 7. März 80 Jahre alt geworden, und schon diese Tatsache, durch die der Name des alten Kämpfers einmal wieder dem Proletariat lebendig ins Gedächtnis trat, könnte genügen, um auf das große Dokument seiner Tapferkeit und der Reinheit seiner Ueberzeugung und seines Charakters hinzuweisen, das der Prozeßbericht darstellt. Ledebour ist kein Anarchist; aber er soll wissen, daß Anarchisten keine Programmhengste sind, die ihr Urteil über Menschen nach dem Nutzen bemessen, die ihre Organisation aus seinen Kundgebungen ziehen kann. Ledebour hat seine aktivsten Jahre im Dienste der alten sozialdemokratischen Partei verwendet, und den Grundsätzen, die die Sozialdemokratie bis zum Kriege verkündet hat, und die Georg Ledebour stets vor reformistischen und unrevolutionären Verwässerungen zu schützen versuchte, ist er über den Krieg und die Revolution hinweg, ist er bis zu seinem hohen Alter treu geblieben. Daher kann er heute weder Mitglied der Sozialdemokratischen noch der Kommunistischen Partei sein; daher steht er, der alte Parlamentarier, der als Nachfolger Wilhelm Liebknechts 1900 in den Reichstag gewählt wurde, mit 80 Jahren ohne Mandat, ohne nennenswerten Anhang Gleichgesinnter, ohne Posten und Pfründen allein auf dem Platz, den ihm seine lautere Gesinnung anweist. Gerade darum aber steht er eben nicht allein, sondern wie kein zweiter Politiker in Deutschland in der Liebe und Achtung aller ehrlich revolutionären Proletarier, die ihm bei aller Unterscheidung der besonderen politischen und weltanschaulichen Ansichten seine Haltung und seinen persönlichen Mut in den Schicksalsstunden des Proletariats, seit 1914 nicht vergessen. Der Prozeß, in dem seine früheren Parteigenossen durch die Staatsanwälte und Richter Wilhelms III. und durch die von ihnen in Kraft gelassenen politischen Strafparagrafen der Bismarckschen Regierungskünste den 69jährigen Mann, da er dem Schicksal Karl Liebknechts durch ein Versehen entgangen war, durch lange Gefängnisbestrafung physisch erledigen wollten, war in seinem 23tägigen Verlauf, währenddessen der Angeklagte nach bereits 4 Monaten Untersuchungshaft dauernd weiter in der Zelle gehalten wurde, eine glänzende Verstandes- und Charakterleistung Ledebours; seine bezwingende Logik, die Untadeligkeit seiner Haltung vor Gericht, sein entschlossenes Einstehen für seine revolutionäre Tätigkeit in den Januartagen 1919, seine temperamentvolle Fähigkeit, in allen Erklärungen, Fragen an die Zeugen und sachlichen Auslassungen die moralische Anklage gegen die Verpuscher der Revolution, gegen die politischen Revolutionsgewinnler, die Ebert, Scheidemann und die übrigen auf den Schultern der Arbeiterschaft emporgestiegenen Nutznießer des Novemberegeschehens zu lenken, das alles machte sogar auf die Geschworenen solchen Eindruck, daß sie den verbündeten republikanischen und monarchistischen Gegenrevolutionären das Konzept verdarben und den alten Revolutionär freisprachen. Von dem Buche ist also deshalb zu reden, weil seine Lektüre zu empfehlen die würdigste Ehrung des Achtzigjährigen ist, der sich mit seiner ganzen aufrechten Vergangenheit, wie sie in dem Prozeßbericht zutage tritt, den Dank aller Revolutionäre, gleichviel welcher akademischen Lehre sie anhängen mögen, in reichstem Maße verdient hat. Aber die Lektüre muß auch deshalb dringend empfohlen werden, weil die Zusammenhänge der Ereignisse seit dem Untergange der Hohenzollernherrschaft bis zur brutalen Niederschlagung der proletarischen Versuche, aus dieser Niederlage den Sieg einer neuen und wahrhaft gerechten Ordnung zu machen; in kaum einem anderen Werk so deutlich ans Licht treten wie hier. Der Verlauf der Berliner Vorgänge von der Kriegszeit an bis zur Marstall-

besetzung und bis zur Ermordung Liebknecht-Luxemburgs wird durch Ledebours eigene Schilderungen und durch die Aussagen der revolutionären und reaktionären Zeugen ungemein sinnfällig. Die große Zahl geschichtlicher Darstellungen der Kriegs- und Revolutionsereignisse, die in der letzten Zeit auf dem Büchermarkt erschienen sind, kann mit größerem Vorteil gelesen und beurteilt werden, wenn die Personen und die Tatsachen, die im Ledebour-Prozeß beschreibend und beschrieben aufmarschierten, im Gedächtnis haften.

Es liegt in der Tat ungewöhnlich viel neue Literatur vor, die jüngere und jüngste deutsche Geschichte zum teils historisch-kritischen, teils künstlerisch-bekennnerischen Gegenstand hat. Um mit einem Werk zu beginnen, in dem Entstehung und Niedergang des deutschen Kaiserreichs recht lehrreich vorgeführt wird, in dem also die Vorgeschichte des Weltkrieges erkennbar und viel Uebles, was das deutsche Proletariat heute noch und teurer als je bezahlen muß, aus seinen Ursprüngen erklärlich gemacht wird, so sei die im Neuen Deutschen Verlag 1930 erschienene biographische Darstellung „Bismarck und seine Zeit“ hervorgehoben, worin Kurt Kersten den in mancher Hinsicht wohl gelungenen Versuch macht, das Bild Bismarcks frei von aller Legende als das des brutalen, ränkesüchtigen, launenhaften, verschlagenen und dabei, an seinen Gegenspielern gemessen, durchaus bedeutenden Reaktionärs zu zeichnen. Das Buch enthält keine neuen Tatsachen, stellt aber die bekannten wirksam einander gegenüber, versäumt dabei nicht, dem aufstrebenden Proletariat seine Rolle während der von Bismarcks Politik charakterisierten Jahrzehnte zuzuteilen, die wirtschaftlichen Einflüsse aufzuzeigen und den Niederbruch der Reichsherrlichkeit als die Folge der nicht erst von Wilhelm II., sondern schon von Bismarck selbst begangenen Fehler und Rückständigkeit nachzuweisen. Kerstens Buch ist nicht frei von Schwächen; sehr auffällig ist seine außerordentlich milde Beurteilung Wilhelms I., des Kartätschenprinzen, in dem er eher einen schlichten, charakterfesten Soldatenkönig zu sehen scheint, wie sich ihn unsere Ammen im Kornblumenrahmen auf die Kommode stellten, als den beschränkten, an äußerlichen Traditionen klebenden, verantwortungsscheuen, vor der Macht schlappen, gegen die Ohnmacht despotischen, geistig subalternen Griffklopfer, wie er sich aus allen Schilderungen dem vorurteilslosen Auge enthüllt. Doch das ist nicht wichtig, es ist Kerstens Recht, die geschichtlichen Personen so zu schildern, wie sie vor seiner Netzhaut aussehen. Dagegen muß die vollständige Identifizierung des kommunistischen Geschichtsschreibers mit der alten sozialdemokratischen Partei in Erstaunen setzen. Kersten scheint nichts davon zu wissen, daß in der Zeit des Sozialistengesetzes die wirklich Radikalen, die den Verfolgungen der Bismarck-Spitzel am meisten ausgesetzt waren, sich unaufhörlich gegen die ganz schändlichen Verätherien der Grillenberger und der übrigen sozialdemokratischen Heroen zur Wehr zu setzen hatten. Es täte Kurt Kersten, dem ja sogar die Herausgabe der Beichte Bakunins in die Hände gegeben wurde — seine Einleitung zu diesem Werk war eine Schändung Bakunins —, keinen Schaden, wenn er sich etwa einmal Rudolf Rockers Most-Biographie zur Hand nähme; er bekäme wohl ein anderes Bild von der Heldenzeit der deutschen Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz, — falls ihm nämlich daran liegen sollte, ein wahres Bild zu bekommen. Die Anarchisten werden in seinem Bismarck-Buch nur an ganz wenigen Stellen flüchtig erwähnt, und nur um sie als Schädlinge der allein richtigen sozialdemokratischen Praxis hinzustellen. Vom Reinsdorff-Attentat, der wichtigsten Abwehrtat, die gegen das Terrorgesetz überhaupt unternommen wurde, ist bei Kersten so wenig die Rede wie von dem gemeinen Verbrechen Bismarcks gegen den anarchistischen Genossen John Neve, der schmierigsten

Tat während der Herrschaft des Gesetzes. Wenn gesagt wird, Bismarck habe außer bei den Sozialdemokraten keine offene Gegnerschaft in Deutschland gehabt, so stimmt das übrigens auch nicht einmal, wenn man selbst von der anarchistischen und radikalen Opposition in der Arbeiterbewegung absieht. Es scheint, als ob Bismarcks eigene Totschweigetaktik gegen seinen staatsrechtlichen Widersacher, den großdeutschen Föderalisten Konstantin Frantz, ihre Wirkung bis zum heutigen Tage in dem Maße tut, daß sogar eine streng kritische Lebensgeschichte des robusten Kanzlers ohne Erwähnung des Namens dieses bedeutenden Mannes erscheinen kann, den Bismarck zeitlebens grimmig gehaßt hat. Aller dieser Mängel ungeachtet, ist Kerstens Buch deshalb das geeignetste Werk, dem Arbeiter Wesen, Leben und Taten Bismarcks begreiflich zu machen, weil noch kein besseres geschrieben ist.

Von einer ganz anderen Seite her führt ein ebenfalls 1930 vom Neuen Deutschen Verlag herausgegebenes Buch in den Krieg, in die Revolution und in die Gegenwart hinein, das, vielleicht ohne es zu wollen, eine fesselnde und lesenswerte Autobiographie geworden ist. Willi Münzenberg hat in dem von Fritz Brupbacher mit einem sympathischen Vorwort versehenen Buch „Die dritte Front“ den Kampf- und Entwicklungsgang der proletarischen Jugendbewegung aufgezeichnet, der er 15 Jahre hindurch gedient, der er zum guten Teil auf revolutionäre Bahnen geholfen, von der er in seiner besten und wertvollsten Zeit den Antrieb empfangen hat, seine große organisatorische Begabung zum Besten der Arbeiterklasse zu gebrauchen. Daß die Geschichte der revolutionären Jugendbewegung zur Jugendgeschichte Willi Münzenbergs geworden ist, spricht sehr für Münzenberg, und es ist erfreulich zu sehen, wie dieser inzwischen zu in mancher Hinsicht etwas peinlichen Würden emporgestiegene Arbeiterjunge von ehemals in der Erinnerung an seine Sturm- und Drangjahre so lebendig wurde, daß man meint, den roten Kopf und die leuchtenden Augen des Schreibenden vor sich zu sehen. Es ist anständig, daß Münzenberg seine glühende Jugend heute nicht verleugnet und nicht vom Bonzen-thron herab belächelt, sondern sich stolz zu ihr bekennt, auch zu seiner anarchistischen Vergangenheit. So ist ein ehrliches, schönes und kräftiges Bekenntnisbuch entstanden eines Jungen, dem die Konzessionsmacherei der Realpolitik noch nicht beikommen konnte und an dessen frischen Beschreibungen man sich auch dann freuen kann, wenn man seine späteren Wege nicht mehr richtig findet. Die faszinierende Persönlichkeit Lenins hat, was durchaus einleuchtend gemacht wird, die Entwicklung Münzenbergs entschieden, und es ist immerhin bemerkenswert, daß sich der heutige Führer der KPD., dem mit Recht oder Unrecht viel Schuld an deren manchmal gar nicht einwandfreien Propaganda-Methoden beigemessen wird, nicht scheut, Lenin als Verkünder der ketzerischen Mahnung zu zitieren: „Es gibt eine Unmenge von Leuten, die nicht verstehen, daß man weitherziger und kühner, kühner und weitherziger und noch einmal weitherziger und noch einmal kühner unter der Jugend werben muß, ohne sie zu fürchten.“ Und Münzenberg fügt von sich aus hinzu: „Wahrlich, die kommunistische Jugendbewegung hätte heute mehr Mitglieder in der Welt, wenn sich ihre Leiter öfter an diese Worte Lenins erinnern würden.“

Münzenbergs Buch enthält interessante Belege über das erbärmliche Verhalten der sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder in ihrer Beziehung auch zur proletarischen Jugendbewegung. Viel wichtigere theoretische Auseinandersetzungen mit der Haltung der II. Internationale zu den 1914 aufgerollten Problemen finden sich jedoch in dem jüngst im Verlag für Literatur und Politik erschienenen Band XVIII der Sämtlichen Werke von W. I. Lenin, der den Untertitel führt „Der Imperialistische Krieg. Der Kampf gegen Sozialchauvinismus und Sozialpazifismus

1914—1915“. Die politische Persönlichkeit Lenins ist selbstverständlich umstritten, muß umstritten sein als vitalster Ausdruck einer aus jeder Perspektive verändert aussehenden politischen Idee. Vom anarchistischen, von jedem freiheitlichen Standpunkte aus bietet die wirkende Tat des genialen Bolschewisten zahllose Gründe zu heftigstem Widerstand. Völlig unbestreitbar aber ist die ungeheure Energie seines Geistes, das lodernde Temperament seines Willens, die schneidende Schärfe seines Verstandes, die gradlinige Folgerichtigkeit seines Denkens und Handelns. Die vorliegenden Aufsätze stammen aus aktivsten Zeiten seines revolutionären Vorbereitungskampfes und zeigen die verblüffende Logik eines Geistes, der, obwohl gefesselt in der engstirnigen Doktrin des Marxismus, aus der Empörung gegen Verrat, Jämmerlichkeit und Opportunismus fortwährend das helle Feuer einer starken Ueberzeugung hervorstoßt. Die Sozialpatrioten aller Länder werden an diesem Katarakt wütender, bissiger, schonungslos aggressiver und logisch unangreifbarer Peitschenhiebe auf ihre knechtische Kriegspolitik keine Freude haben. Doch werden wir abzuwarten haben, was die Bände der Werke Lenins bringen werden, die den Revolutionär als Staatsmann offenbaren müssen. Der Kriegsband ist für jeden, der an guter Polemik Freude hat, ein Genuß. Der Einleitungsartikel des in ausgezeichnete Buchtechnik ausgestatteten Bandes behandelt übrigens außerhalb des Rahmens seines sonstigen Inhalts in knapper, äußerst verständlicher Darstellung auf nur 45 Seiten die gesamte Lehre von Karl Marx, der auf weiteren 12 Seiten eine umfassende Bibliographie des Marxismus angefügt ist. Echt Lenin: so steht es in der Schrift, — vergleichen wir was ihr daraus gemacht habt! Lenin war ein Kerl mit Zähnen und Krallen; es schadet uns nichts, das zuzugeben.

Eine ganze Reihe Kriegsbücher dichterischer Art ergänzen die polemischen Auseinandersetzungen. Das wichtigste davon, soweit es besonders den Arbeiter angeht, ist der großartige „Roman der deutschen Kriegsflotte“ von Theodor Plivier „Des Kaisers Kulis“ (Malik-Verlag, Berlin 1930). Dies ist erzählende Kunst allerstärkster Art, wahres Erleben, in gedrungener Sprache dichterisch lebendig gemacht. Das Leid der Matrosen, ihre viehische Behandlung durch das eitle, stumpfsinnige, faule, gefräßige und blasierte Pack der Offiziere und der bestimmenden Behörden, ihr dumpfes Geschehenlassen, ihr allmähliches Erkennen, das langsame Anrollen der Revolte in ihren Gedanken, ihren Gesprächen, ihren Disziplinverweigerungen, endlich der Ausbruch aller verhaltenen Wut und die Rache an allem Jammer, aller Entwürdigung, allem Mißbrauch ihres Lebensrechtes, die Rache an vieltausendfachem Mord. Dieses Buch kann in einer Rezension nicht nacherzählt werden; es ist, nicht nur in den eingestreuten wortwörtlichen Zitierungen der Admiräle, Kapitäne, der verlogenen Memoiren ordengeschmückter Leuteschinder, sondern in jeder Zeile wahr, und so ist es recht, daß Genosse Plivier es dem Andenken der standrechtlich ermordeten revolutionären Matrosen Alwin Köbis und Max Reichpietsch widmet. Es ist erfreulich, daß zugleich auch ein, mit dem Kriege nicht zusammenhängender, Novellenband von Theodor Plivier erschienen ist „Zwölf Mann und ein Kapitän“ (bei C. Weller & Co., Leipzig 1930). Seemannsgeschichten, die das außergewöhnliche Erzählertalent des proletarischen Dichters deutlich bestätigen.

Noch ein anderer Arbeiter, der den Berliner Genossen als eifriger Propagandist der Kommunistischen Arbeiter-Partei bekannt ist, hat es unternommen, seine Kriegserlebnisse in Romanform niederzulegen. Es ist der Genosse Adam Scharrer, und sein Werk „Vaterlandslose Gesellen. Das erste Kriegsbuch eines Arbeiters“ (Agis-Verlag, Wien-Berlin 1930) kann insofern als gelungen bezeichnet werden, als es den ganzen Bruch im Hinterland, die erbärmliche Hungerei des Proletariats, die Idiotie des Krieges

an den Leiden des Soldaten im Felde und der Frauen, Kinder und Daheimgebliebenen in die Erinnerung zurückruft. Vor allem wertvoll ist die Schilderung der Haltung jener wenigen Arbeiter bei Ausbruch des Krieges, die auf den Schwindel nicht hineinfielen, des allmählichen Entstehens der unterirdischen Bewegung zur revolutionären Beendigung der Mordorgie für den Bürgerprofit, zum Schluß des Versackens des Krieges in seinem eigenen Unrat. Eine dichterische Leistung hat Genosse Scharrer mit diesem Buche wohl selbst kaum beabsichtigt. Gelungen ist ihm die Wiedererweckung des Greuels, wie ihn denkende und fühlende Proletarier erlebt haben.

Wird in den Büchern Pliviers und Scharrers die Romanform benutzt, um das wirkliche Geschehen dadurch umso kräftiger zu umrahmen, so benutzt umgekehrt Bruno Vogel in seiner Skizze „Alf“ (Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, 1929) den Untergrund der zeitlichen Wirklichkeit, um darauf die Vorgänge seiner dichterischen Erfindung zu malen. Es handelt sich in dieser schönen Erzählung um die erwachende Geschlechtlichkeit junger feinfühligler Menschen, im Zusammenhange damit um die Kritik an falscher und sinnloser Kindererziehung in kleinbürgerlichen Familien, um die Rechtfertigung der homosexuellen Liebe zwischen jungen Menschen und um den Kampf gegen die Vorurteile gerade auf diesem Gebiet. Die zweite Hälfte der Handlung fällt in den Krieg, und in Briefen, die zwischen den beiden Freunden von der Heimat ins Feld und umgekehrt gewechselt werden, treten nun die Erörterungen über die Ruchlosigkeit und die Scheußlichkeit der Zwangsmörderschaft in den Vordergrund. Der Dichter von „Es lebe der Krieg!“ hat mit seinem „Alf“ ein weiteres Zeugnis seines klugen und empfindsamen Geistes abgelegt. Eine menschlich saubere und freiheitliche Gesinnung, erfüllt von werbendem Eifer, sich vor der Welt zu bekennen, hat in klarer und gepflegter Sprache ein erfreuliches Buch geschaffen.

Zu ähnlichem Ergebnis führt die Beurteilung einer Erzählung, in der gleichfalls das Geschehen der Gegenwart mit dem brennenden Leide eines Einzelschicksals beleuchtet wird: „Lazarus. Die Geschichte eines Menschen unserer Zeit“ von Benedikt Fantner (Wien 1929, im Verlag der Buchhandlung Richard Lanyi). Auch hier die trübe Jugend eines „verlorenen Sohnes einer verlorenen Generation“, Soldat, Gefangener in Rußland, Revolutionär, Rotgardist, dann Kämpfer in seiner österreichischen Heimat für die proletarische Sache, wieder dumpfer Prolet in der Gewöhnung an elenden Alltag und schließlich einer der neunzig auf Schobers Geheiß Gemordeten am Tage des Brandes des Wiener Justizpalastes. Ein schmales Bändchen voll heißen Erlebens, voll warmer Verbundenheit mit der Klasse der Armut, voll bitterer Anklage und voll revolutionärer Spannkraft. Fantners Dichtung verdient, von Arbeitern gelesen zu werden.

Platzmangel nötigt zu vorzeitiger Beendigung der Bücherschau. Von einem neuen wichtigen Werk des hervorragenden Statistikers deutscher Justizschande, E. J. Gumbel, dessen Bücher mit ihrer nüchternen Tatsachenaufzählung die erschütterndste politische Geschichtsschreibung der Deutschen Republik zu Eberts Tagen repräsentieren, muß in anderem Zusammenhang ausführlich gesprochen werden. Es heißt „Verräter verfallen der Feme“ (Malik-Verlag, 1930) und stellt wieder das erstaunlichste Material über die Rechtsverhältnisse zusammen, die hierzulande Ruhe und Ordnung sichern. Die Republik der Noske und Geßler — da habt ihr sie in strahlender Schönheit, und wollt ihr sie in ihrer Fortsetzung genießen als die Republik der Hindenburg und Severing, dann sei die kleine Sammlung „Gedichte“ empfohlen, die eben Erich Weinert im Internationalen Arbeiter-Verlag herausgebracht hat. Dieser Gläubrenner unserer Tage hat die Gabe, in leichtflüssigen, gut gereimten und rhythmisch beschwingten Versen Kritik

zu üben, die zugleich Humor und handfeste Ironie und revolutionären Schmiß hat. Auch Weinerts Gedichte werden einmal als historisches Material benutzt werden für die psychologische Durchforschung einer Republik, die ihren monarchistischen Generälen und ihren monarchistischen Richtern ein Gesetz zum Schutz der Republik zur Betreuung übergibt, mittels dessen die Untergrabung der bestehenden Staatsform verhindert werden soll. Die fällige große Zeitsatire steht auf dem Büchermarkt noch aus; aber sie bedarf keines zumftmäßigen Autors: die deutsche Republik schreibt sie sich selber.

Ein Wegbahner

In der Frühe des 11. März ist im Alter von fast 68 Jahren der Begründer der FFF- (Freiland, Freigeld, Freiwirtschaft) Bewegung, Silvio Gesell, einer Lungenentzündung erlegen. Die Nachricht war nicht den Tageszeitungen zu entnehmen, die der am öffentlichen Leben teilnehmende Mensch allmorgendlich nach den wichtigsten Neuigkeiten befragt, sie stand erst nach der Beisetzung in der von dem Toten selbst beeinflussten, seine Gedanken verbreitenden „Letzten Politik“ zu lesen. Das ist kennzeichnend für das stumpfsinnige Getriebe, das die Werte der Welt in dieser unserer Gegenwart für den Hausgebrauch der Spießer zurechthackt. Es wird eine Zukunft kommen, die den geistigen Stand der Deutschen von heute danach bemessen wird, daß das Ableben Silvio Gesells unbemerkt, kaum irgendwo registriert geschehen konnte und ins Leben der Zeitgenossen scheinbar gar keine Lücke riß. Gesells theoretische Leistung ist aber mit dieser blamablen Stille um seinen Fortgang nicht abgetan, und wie bedeutungsvoll die Leistung war, wird dann erkannt werden, wenn sie in der Praxis erprobt werden wird. Gustav Landauer wußte, was er tat, als er vor elf Jahren empfahl, die Revolutionierung des Geldwesens der Räterepublik Bayern dem an Proudhon geschulten, dabei ganz selbständigen Denker Gesell anzuvertrauen. Wäre die bayerische Revolution militärisch siegreich geblieben und hätte sie dem modernen Physiokraten die Verwirklichung seiner Pläne gestattet, so hätte es in Bayern keine Inflation gegeben, und die Enteignung der Kapitalisten wäre vor sich gegangen bei gleichzeitiger Verhinderung der ihnen in Rußland geglückten Schliche, mit Hilfe des wertgesicherten Geldes die Warenzirkulation neuerdings zur Quelle verzinslicher Besitzhäufung zu machen. Gesells Freiland-Lehre ist stark anfechtbar, seine Geldtheorie dagegen scheint berufen, nicht, wie er annahm, das Wirtschaftsregulativ der freiheitlichen Gesellschaft zu werden, wohl aber das Uebergangsverfahren vom kapitalistischen Währungssystem zum geldlosen Kommunismus zu ermöglichen. Silvio Gesell war entschiedener Staatsverneiner. Um aber auch die Beziehungen des positiven Gehaltes seiner Lehre zum Anarchismus im FANAL zur Darstellung zu bringen, ist einer der kenntnisreichsten Schüler des Verstorbenen um einen Artikel gebeten worden und wird bald hier zu Wort kommen. Silvio Gesell war ein sozialer Wegbahner von größtem geistigen Wuchs; der Spott der Börsenpraktiker und das Gelächter der Marxisten können seine Bedeutung als Vorkämpfer gerechter und freiheitlicher Gesellschaftsgestaltung nicht mindern. Die Zeit revolutionärer Verwirklichung wird dem Toten vieles abzubitten haben, was die Zeit dogmatischer Unbelehrbarkeit an dem Lebenden und damit zugleich an sich selbst gesündigt hat. Der Weg der Menschheit zur anständigen Gemeinschaft wird mit mancher Fuhrer Erde aus dem Garten Silvio Gesells gestampft sein.

So leben wir

Das deutsche Proletariat hat wieder einen Monat hinter sich, den es sich schwarz ankreuzen würde, ahnte es, was es durch seine Ereignisse vor sich hat. Aber, da der Vorwärts in jeder Spalte beruhigend versichert: lieber deutscher Arbeiter, es geht dir doch dank der sozialdemokratischen Regierungstätigkeit in deiner Republik immer besser und besser, besänftigt er die Frau, die täglich weniger, täglich übleres auf den Tisch stellt, das Kind, das mehr Margarine auf der Stulle haben möchte, mit dem Trost: da lest es selber, es geht uns doch immer besser und besser. Ueber die Rettung des Vaterlandes durch die Annahme des Youngplanes lange Beweisvorträge halten, hat keinen Zweck. An seinen Früchten sollt ihr ihn erkennen. Manche hätten ihn sogar schon an seinen Knospen erkennen können. Kaum waren in Paris die hauptsächlichsten Bestimmungen punktiert, da wurden in Deutschland massenweise Großbetriebe stillgelegt, Millionen Arbeiter flogen aufs Pflaster, die wüsteste Massenbesteuerung, die je da war, wurde in Hilferdingsda ausgesonnen, die Industrie brüllte nach Kapitalbildung, setzte den Abbau der Sozialunterstützungen durch und verschob Milliarden ins Ausland. Die Sparmaßnahmen wurden durchgeführt und natürlich zunächst die überflüssigsten Ausgaben eingeschränkt, nämlich die, die für Bildung, Gesundheit, Behausung und Reinlichkeit der arbeitenden Massen vorgesehen waren. Dann kam die Diktatur über Berlin — na, bei den nächsten Wahlen werden wir es ihnen aber zeigen! — mit der Auflage, für Stadtfahrten mit jeglichem Verkehrsmittel, für Gas, Elektrizität, Wasser, Mieten die Preise zu erhöhen; zugleich Demonstrationsverbote, vermehrte Abschießung und Niederknüppelung unzufriedener Mitbürger durch die Klassenbrüder im Waffenrock und ähnliche Mittel, die Kreditsperre der Banken zu beheben. Endlich war die Zeit reif für die Befreiung des Volkes durch den Youngplan. Hurra, er ist Gesetz geworden, für die nächsten 60 Jahre ist Eintracht und Glück gesichert, Papa Hindenburg hat selber gemahnt: Kinder, vertragt euch, seid lieb und denkt freundlich an den deutschen Osten, wenn ihr an den Westen zahlt. Stampfer ist glücklich. Damit der Neue Plan aber nicht von bösen Leuten beschädigt werde, wurde er gleich nach seiner Annahme mit Stacheldraht und Paragraphenpanzer umbaut. Die Republik ist jetzt herrlich geschützt, es lebe die Republik! Wie notwendig das Severinggesetz ist, und daß es gar nicht wahr ist, daß es ein Gesetz gegen die Sättigungsgelüste der Arbeiter und der Erwerbslosen sei, erwies sich noch am Tage vor seiner Annahme, als in Oldesloe und Neumünster zwei vorzüglich gearbeitete Höllenmaschinen gefunden wurden, die beide nicht funktionierten, aber die dunklen Machenschaften der Völkischen so deutlich erwiesen, daß das Gesetz gegen die Kommunisten unvermeidlich und unaufschiebbar angenommen werden mußte. Kein Wort mehr von dem süßen Gesetz! Wenn dies Heft erscheint, ist es vielleicht schon verkündet, und es soll doch womöglich noch mehr FANAL-Hefte geben. Seien wir froh, daß wir den Youngplan, seien wir froh, daß wir das Republikschutzgesetz haben. Sie haben es bewirkt und ermöglicht, daß der Reichstag ungestört gleich hinterher zu der Verteuerung von Benzin, Benzol, Kaffee, Tee, Mineralwasser und Tabak die Preise für Brot, Zucker, Frühkartoffeln und so ziemlich alle übrigen Nahrungsmittel durch die Erhöhung der Zölle bis zu 500 Prozent younggemäß hinaufsetzen konnte. Das Brot nämlich muß schon deswegen teurer werden, weil es zu viel Roggen in Deutschland gibt. Davon werden die überschüssigen Mengen jetzt in Magazine verstaubt, wo sie niemand kriegen kann, bis sich das Volk es wegen der verdoppelten Zölle abgewöhnt hat, nach Weizengebäck zu

verlangen. Herr Müller regiert die Republik, Herr Severing schützt sie, Herr Moldenhauer finanziert sie aus den Taschen der Arbeiter und Herr Morgan zulpt ihr die Zitzen leer. Es lebe die Republik!

Der Zug des Herzens

Unser Grzesinski ist nicht mehr — wenigstens nicht mehr der, der er uns war. Jetzt heißt er Waentig, so wie Schacht jetzt Luther heißt (sie sind alle einander wert). Es sieht den lieben Volksgenossen schon ähnlich, daß bei ihnen so ein Grzesinski nicht wegen seiner amtlichen Unerträglichkeit vom Stuhl geworfen wird, nicht wegen seiner stockreaktionären Polizistennatur, nicht wegen seiner im Zweifelsfalle stets gegen die Arbeiterschaft gerichteten Politik, sondern wegen seines privaten Wandels. Der Herr Grützner, von dem im FANAL vor einem Monat in ganz anderer Verbindung die Rede war, bisher Parteigenosse Grzesinskis, fand keinen Schlaf mehr, weil der preußische Polizeiminister seinen Schlaf bei einer illegitimen Gefährtin fand. Es gelang dem sittenstrengen Sozialdemokraten, den sittenlosen Sozialdemokraten aus lichten Höhen in dumpfe Tiefen der Pensionierung hinabzustößen. Aber siehe, seine Partei stieß dafür ihn selber aus ihren Reihen und bekannte sich stolz zu Grzesinskis freiem Liebeslager. Es erheben sich einige neugierige Fragen: Hat Herr Grzesinski während seiner Amtstätigkeit als Polizeipräsident und als preußischer Innenminister niemals einen Beamten oder eine Beamtin entlassen, die einer ähnlich schweinischen Denunziation weichen mußten, wie jetzt er selbst? Ferner: Hat die Sozialdemokratische Partei den Ausschluß des Grützner auch in Erwägung gezogen, als er nicht die Moral gegen einen Minister, sondern französische Soldaten gegen deutsche Arbeiter bemühte? Drittens: Hätte die Sozialdemokratische Partei den übeln Zeloten auch rausgeschmissen, wenn er keinen Prominenten, sondern bloß einen Subalternen, wenn er kein Parteimitglied, sondern bloß einen Kommunisten angespritzt hätte? Endlich: Wird die Sozialdemokratische Partei jetzt dafür sorgen, daß keine Polizei, die von ihren Bonzen kommandiert wird, sich je wieder in der Art des Grützner um Bettangelegenheiten anderer Leute scheren darf, nachdem Preußens oberster Schutzmann mit dem Zuge des Herzens so traurig entgleist ist?

Der Grzesinski von Thüringen ist jetzt Herr Dr. Frick. Der ist zwar nicht unmoralisch, aber höchst unartig. Ach Gott, was der Tugendlehrer Severing mit dem Hakenkreuzsakerment für Verdruß hat! Der Mann springt in Weimar mit der Weimarer Verfassung um, als ob sie für ihn gemacht wäre. Er streichelt die Adler und Falken, als ob sie Reichsbannerleute wären und bringt gar seine Parteigenossen in thüringische Aemter und Würden, was doch den Severingkämpfern nie einfallen würde. Frick möchte nun auch noch seinem Freunde Hitler die Reichsangehörigkeit verschaffen, was die Internationalisten gar bitter empört; wozu gibts denn Landesgrenzen? Uebrigens sollte sich unsereiner mal erdreisten, die Schnauze gegen die republikanischen Regierer so weit aufzureißen wie der Erwecker Adolf, — wir würden zwar auch nicht ausgewiesen, aber dafür im Lande gründlich eingebuchtet. Allerdings folgt Herr Frick dem Zuge seines Herzens bloß, soweit es die Berliner ärgert, des Schicksals Stimme hingegen läßt ihn die Gesetze hantieren wie andere Minister auch, für das Kapital, gegen die Begehrlichkeit der Besitzlosen.

Das Auge der Berliner Polizei wacht nach wie vor hinter dem Zörgelbelfenster. Aber ihr Knüppel waltet auf den Straßen und ihre Flinte

kracht, wo die Armut den Reichtum belästigt. Der Zörgiebel ist ein gewissenhafter Mann; er wollte seine Lieben nummerieren, damit er sie auch belohnen könnte, wenn Publikum feste Dresche bekommt. Es ist doch hübsch, wenn man es gleich dem Sanitäter sagen kann: der Schutzmann 897 war's. Es hat nicht sollen sein. Die Blauen sind keine Gennats, die ihre segensreiche Tätigkeit mit ihrem Namen in die Bücher der Geschichte eintragen lassen wollen. Jeder ein unbekannter Soldat, der dir mit namenlosem Schneid die Patrone in die Kaldaunen brennt. Du aber, dem der Schädel klafft und die Knochen splintern, frag nicht, wer es war, spüre in jedem Schlag, in jedem Schuß, in jeder Träne, die dir demnächst das Gas der öffentlichen Sicherheit aus den Augen pressen wird, den Meister selbst, deinen Maifestordner Zörgiebel. Es ist seine Knyte, die dich schlägt, es ist seine Knarre, die dich fällt, und was dich ins Kittchen zerrt, es ist der Zug seines Herzens.

Vorläufige Bemerkung

Der Bücherbesprechung wegen mußte in diesem Heft auf die Beschäftigung mit den reizvollen Gepflogenheiten, welche diese Republik unter dem Namen „Recht“ zieren, verzichtet werden. Dabei wären gerade dieses Mal recht bemerkenswerte Vorgänge zu behandeln gewesen. Der infame Mord, dem ein armer junger Mensch in der „Fürsorge“-Anstalt in Scheuen zum Opfer fiel und an dem die Schuld selbstverständlich wieder von den sozialdemokratischen Ordnungshütern von den Menschenschindern weg auf die Geschundenen abgeladen wurde, hat von neuem gezeigt, welche Eignung der Staat besitzt, die Jugend zu erziehen. Ohne die zwangsweise Ueberführung eines unschuldigen kleinen Kindes aus der Obhut einer guten Pflegemutter in die Hände verelendeter Eltern, die das Kleine nicht haben wollten und nicht lieben konnten, weil der Kapitalismus ihre Natur vergewaltigt und verdorben hat, — ohne das Eingreifen des Staates in diese Schicksale wäre ein hoffnungsfrohes Menschenwesen mehr, wären zwei arme Zuchthäusler weniger in Deutschland. — Die Kommunistenverfolgungen gehen weiter: bis jetzt sind 31 Redakteure in Untersuchungshaft. Es gibt also sehr viel Gründe, den Justizorganen aufmerksam auf die Finger zu sehen. Auch darf sich Herr Erich Kuttner darauf verlassen, daß seine niedrige Beschimpfung des zu Tode kurierten Genossen Kobitsch-Meyer und des ausgezeichneten revolutionären Kämpfers Rudolf Margies nicht stillschweigend hingenommen werden wird. Daß Margies noch im Gefängnis sitzt und Kobitsch-Meyers Mund gegen Kuttnersche Anwürfe stumm gemacht ist, ist nämlich bedeutend wichtiger, als daß die Müller und Severing ingend welchen anderen Reaktionären ihre wohl-dotierten Staatsfunktionen überlassen müssen.

Halbjahresabonnenten!

Die bis zum 10. April nicht eingezahlten fälligen Bezugsgebühren werden durch **Nachnahme** eingezogen. Wir bitten, uns überflüssige Kosten zu ersparen und das Geld bereit zu halten.

Geschäftsstelle des FANAL.

Gedenkveranstaltung

anlässlich des 60. Geburtstages unseres ermordeten
Kameraden **Gustav Landauer**

**Mittwoch, 9. April, 19,30 Uhr, im Deutschen Vereinshaus,
Berlin NO 18, Landsberger Str. 89, Eing. von der Kleinen
Frankfurter Straße 11, Portal I.**

Rezitative und musikal. Darbietungen

Referent: Helmut Rüdiger,
Wilhelm Spohrs (Persönliche Erinnerungen).

Genossen, erscheint zahlreich!

Arbeitsbörse Gr.-Berlin. Anarch. Vereinigung Berlin.

Sämtliche Landauerliteratur — Jahrgänge sowie Einzel-
hefte des „Sozialist“ sucht: Heimhofbücherei Wien XV,
Wurmsergasse 45/47, Oesterreich.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft: regelmäßig Donnerstags, 19 $\frac{1}{2}$
Uhr, im Lokal Köhler, Neu-
kölln, Ziethenstr. 64.

Donnerstag, den 3. April, Vortrag von Fritz Linow:
„Zur Soziologie von Partei und Gewerkschaft.“

Das Erscheinen aller Kameraden wird erwartet!

Quittung über Spenden für FANAL

Anarchistische Jugend Berlin	10,— Mark
Anarchistische Vereinigung Berlin	33,— „
Eine Hofpropaganda	20,— „
Sammelliste Lothar Tuchler, Berlin	23,— „
Fabijanowic, New York	25,— „
Jos. Ishill, New Jersey, durch M. Metzkwow	5,95 „
Jak. Heintz, Emil Heffel, Heinrich Bauer, Cleveland, durch M. Metzkwow	3,— Doll.
Zwei ungen. Detrouiter, durch M. Metzkwow	2,— „
Max Metzkwow, Brooklyn / New York . . .	1,— „
G. Müller, Meßbach	5,— Mark
Börder, Lüttgendortmund	8,— „

Genossen allerorts, fordert Sammellisten vom Verlag!

Kameraden! Jugendgenossen!

Es ist nicht gleich, wo Ihr kauft! Deckt Euren Bedarf nur dort, wo Ihr wißt, daß der Verdienst nicht Eurem Klassengegner zugute kommt.

Unser Unternehmen ist aus dem Wirtschaftswillen freiproletarischer Jugend entstanden. Als Grundlage dienen uns die 10 Artikel von Landauers Sozialistischem Bund.

Wir wenden uns an Euch, uns zu unterstützen. Gegenseitige Hilfe ist notwendig.

Übt Solidarität!

Wir haben ständig vorrätig:

Fahrtstiefel, Sandalen, Festschuhe
Gymnastikschuhe, Turnschuhe
Rucksäcke, Tornister, Brotbeutel
Zeltbahnen, Wolldecken, Schlafsäcke
Lumberjacks, Trainingsanzüge
blaue Manchesteranzüge, Aermelwesten
Hosen, Kittel, Sporthemden
lange schwarze Strümpfe, Stutzen
Baretts, Skimützen, Baskenmützen
Lodenmäntel, Windjacken
Aluminiumartikel, Zeltzubehör

ferner: Gute Bücher aller Wissensgebiete
Zeitschriften, Kunstkarten, Kunstmappen
gerahmte Bilder, Wandkalender

außerdem: Broschen, Anhänger, Leuchter
einwandfreies Spielzeug

sowie: Gesunde Nahrung, Fruchtsäfte
Seifen, Hautöle u. a. Körperpflegemittel

Mach Dir zum Prinzip:

Alles aus den Fackelstuben.

DIE FACKELSTUBEN Gemeinnütziges
Unternehmen d. Jgd.

Berlin C 2, Klosterstr. 62 (gegenüber dem Stadthaus).

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Sozialistischer Aufbau — Tätigkeit der

Arbeiterräte (Rede v. Gust. Landauer) —

Bücher zur Zeitgeschichte — Ein

Wegbahner — So leben wir — Der

Zug des Herzens — Vorläufige

Bemerkung

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

NR. 7

JAHRGANG 4

BERLIN

APRIL 1930

DIE FRONT

Zeitschrift für Arbeiterbewegung, Politik, Wirtschaft und Kultur

Erscheint 1 mal monatlich. Herausgeb.: Hans Conrad

Arbeiter aus allen Ländern schreiben in dieser Zeitschrift u. Intellektuelle, die treu zur Sache der Arbeiterklasse stehen:

Maxim Gorki, Henri Barbusse, Fritz Brupbacher, Arthur Holitscher, Alfons Goldschmidt, Rudolf Haus, F.C. Weißkopf und viele andere

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1.— Mk.

Anlieferung: K. Deutsch, Berlin W 62, Courbierestr. 12. Postscheckkonto: E. A. Bode, Berlin 143999

Brennende Erde

Verse eines Kämpfers

VON ERICH MÖHSAM

Das Buch, daß die Gedichte unseres Genossen aus der Kriegs- und Revolutionszeit enthält, ist aus dem Kurt Wolff-Verlag von uns übernommen worden. Wir freuen uns, allen Genossen und Freunden mitteilen zu können, daß wir den Preis für das revolutionäre Werk erheblich herabsetzen konnten. Das Exemplar kostet jetzt

broschiert Mark 1.— (früher Mark 2.—)

gebunden Mark 2.— (früher Mark 3.40)

Wir rechnen mit reichlicher Bestellung.

Gülde freiheltlicher Bücherfreunde.

Bezieht Bücher durch die Geschäftsstelle des FANAL

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 7

April 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchlüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Sozialistischer Aufbau

Wir sollten uns wohl hüten, Niederlagen der bolschewistischen Politik in Rußland schadenfroh zu bejubeln. Es ist ein recht bescheidener Ruhm, der aus dem nachträglichen Auftrumpfen erwächst: Seht ihr! Wir haben es ja immer gesagt! Ueberdies trifft der Schaden, der aus einem Fehlschlag der in Rußland beliebten Methoden entsteht, gar nicht die Personen Stalin, Rykow, Kalinin und die übrigen gerade allmächtigen Landesherren, sondern die Arbeiter und armen Bauern und die revolutionären Fundamente der im Oktober 1917 erkämpften sozialistischen Anfänge, soweit sie bis jetzt noch der parteistaatlichen Diktatur standzuhalten vermochten. Auf der anderen Seite haben wir aber allen Anlaß, die Vorgänge in Rußland aufmerksam zu verfolgen, die Wahrheit, mag sie noch so trübe sein, beim Namen zu nennen, Erfolge anzuerkennen, wenn sie von Tatsachen gerechtfertigt werden, Mißerfolge nicht zu beschönigen und nicht zu vergrößern, Gewolltes und Angekündigtes mit dem Gewordenen zu vergleichen, Zweckklügen jeder Art zurückzuweisen und die Zusammenhänge zwischen System, Leistung und geschichtlichem Verlauf wachsam zu beobachten.

Die russische Staatspolitik steht, mindestens seit der vollständigen Unterwerfung Bucharins unter das geistige und organisatorische Joch Stalins, einer so kläglichen Unterwerfung, daß sie der Preisgabe sogar des eigenen theoretischen Lebenswerkes gleichkam, im Zeichen des Fünfjahresplans. Durfte man den Versicherungen der Bolschewiken und ihrer Bewunderer glauben, so war der Zeitpunkt gekommen, der der Konzessionswirtschaft an das Weltkapital ihr Halt gebieten, die Vergesellschaftung des Bodens durchführen, die Industrialisierung der Sowjetunion in rascher Folge verwirklichen und somit den sozialistischen Aufbau mindestens bis zum Richtfest fördern werde. Keine Versammlung, in der nicht ein begeisterter

Jünger oder doch ein strebsamer Kunder Moskaus alle Zweifel an der Eignung der Bolschewiken zur Wahrung der proletarischen Revolution Rußlands mit dem sieghaften Hinweis auf den Fünfjahresplan niederschlug, der das gewaltigste Arbeitsprogramm bedeute, das jemals aufgestellt worden sei. Bestimmte Fragen nach Wesen und Inhalt dieses Planes wurden von Rednern und Schreibern höchst unbestimmt beantwortet; wir erfuhren bloß soviel, daß alle Produktion im Laufe der nächsten fünf Jahre — vom 1. Oktober 1928 an — zu festgelegten Mehrleistungen gesteigert, daß die Kulakenmacht schleunig und gründlich gebrochen und durch Kollektivierung der Landwirtschaft der Agrarsozialismus verwirklicht werden solle und daß in dem ersten Jahre der Durchführung des Planes dank der unbeschreiblichen Begeisterung und Opferfreudigkeit der sowjetistischen Arbeiter und Bauern und der vorbildlichen Führertatkraft der kommunistischen Parteifunktionäre weit über das vorgesehene Maß hinaus Werte geschaffen worden seien; die Fünfjahresleistung bis 1933 würde also nicht bloß planmäßig gelingen, sondern noch gewaltig übertroffen werden. „Den Fünfjahresplan in vier Jahren! — Das ist die Antwort auf den Hohn der bürgerlichen und sozialdemokratischen Verleumder und auf die Zweifel mancher kleingläubigen Genossen, die das Industrialisierungsprogramm als übertrieben betrachteten;“ so heißt es in der kleinen Broschüre: „Was ist der Fünfjahresplan?“ mit der der Internationale Arbeiter-Verlag (Berlin C 25) diese Frage gemeinverständlich zu beantworten sucht. Daß dieses Schriftchen unkritisch alles preist, was es mitteilt, ist kein Unglück; brauchbar ist es mindestens, soweit es auf den beiden letzten Seiten in übersichtlichen Tabellen zahlenmäßiges Material zur Vergleichen der geleisteten industriellen Produktion von 1913 mit der von 1923 und 1928 und der geplanten von 1932/33 und schließlich sogar die berechnete Entwicklungsprogression der russischen Industrieleistung von 1927/28 bis 1947/48 vorführt. Es ist allerdings seltsam, daß die beabsichtigten Produktionsvermehrungen nicht nach Tonnen oder sonstigen Quantitätseinheiten berechnet sind, sondern nach ihrem Preis, wobei der Rubelwert von heute die Grundlage abgibt. Man sollte meinen, daß die Vollendung des Sozialismus, besonders da seine russischen Vollender hohen Wert auf die Bezeichnung als Kommunisten legen, andere Wertmaße benutzen werde, als das finanzkapitalistische, den Börsenkursen unterworfenen, der Ausbeutung dienstbare banktechnische Geld.

Es scheint also, daß der Satz der zitierten Aufklärungsbroschüre gerade von den Arbeitern, die nicht blindlings alles bejahen, was in Stalin-Rußland geschieht, Beherzigung finden sollte, der da mahnt: „Die Werkstätigen der kapitalistischen Länder, die unter dem Joche der kapitalistischen Ausbeutung in immer tieferes Elend sinken, denen

der ‚marschierende Sozialismus‘ von Kautsky und Scheidemann nur Erwerbslosigkeit oder Blut und Mark aussaugendes ‚rationalisiertes‘ Schuffen für den Profitsack der Unternehmer gebracht hat, müssen über die Entwicklung in der Sowjetunion nachdenken. Wäre das, was in dem rückständigsten agrarischen Rußland möglich ist, nicht etwa auch im hochentwickelten deutschen Industrieland möglich? Warum konnte das Proletariat der Sowjetunion das Wunder des Fünfjahresplans leisten, und warum muß sich das deutsche Proletariat die doppelte Ausbeutung der eigenen Bourgeoisie und des ausländischen Youngplan-Imperialismus auf den Hals laden lassen?“ Ja, die Arbeiter der außerrussischen Länder haben sehr viel Ursache, darüber nachzudenken, ob die Aufstellung und Durchführung eines solchen Fünfjahresplans nicht auch in hochkapitalistischen Ländern möglich wäre und ob es stimmt, daß das deutsche Proletariat ohne den Youngplan, also ohne die doppelte Ausbeutung, somit bei nur einfacher Ausbeutung, durch die Anwendung derselben Mittel, die in Rußland gebraucht werden, ebenfalls schon des Wunders praktischen sozialistischen Aufbaues teilhaftig sein könnte. Der anonyme Verfasser jener Schrift erklärt nämlich, die Befolgung des russischen Beispiels sei „der einzige Weg, der auch das Proletariat und alle Werktätigen in Stadt und Land in Deutschland wie in den anderen kapitalistischen Ländern nicht nur befreien, sondern sie angesichts der größeren Zivilisation und der höher entwickelten Technik ihres Landes zu noch größeren Fortschritten, zu einer noch schnelleren Entwicklung in der Richtung des Sozialismus befähigen kann . . . ; das Proletariat der Sowjetunion gehe eben „den Weg Lenins, den Weg der bolschewistischen Partei“, es habe „seine Ausbeuter und Würger mit deren sozialdemokratischen Feldwebeln zum Teufel gejagt und die Diktatur des Proletariats errichtet.“ Daß aber dieser Weg tatsächlich nicht nur „in der Richtung des Sozialismus“ laufe, sondern daß die Fortführung des Fünfjahresplans nach dem schon für 15 bis 20 Jahre ausgearbeiteten Entwicklungsplane die sozialistische Erfüllung sein werde, das ist in aller Buchstäblichkeit die Auffassung der von der KPD. herausgegebenen, von der russischen Obrigkeit demnach gebilligten Aufklärungsbroschüre. Nachdem dort für die nächsten 13 Jahre eine Steigerung der Reallöhne auf das Vier- bis Fünffache der gegenwärtigen Löhne, für 1938 der Sechs-, für 1943 der Fünfstudentag prophezeit ist, womit das Verschwinden aller Erwerbslosigkeit, die Arbeitsbefreiung für alle Personen unter 20 und über 50 Jahren verbunden sei (wieso? wird nicht erklärt), nachdem der Kulturaufstieg geschildert und mitgeteilt ist, daß anstelle der zehn Milliarden Rubel, die heute noch sämtliche russischen Staatsausgaben decken, im Jahre 1947/48 allein 142 Milliarden Rubel für Kulturaufgaben verwendet werden sollen, heißt es, hieran unmittelbar anschließend: „Die Vollendung des sozialistischen Aufbaus in der Sow-

jetunion ist also nicht das Werk von Jahrhunderten. Schon unsere Generation wird sie erleben und durchführen.“

Ist dies die Meinung, so müssen wir zugeben, daß die Frage berechtigt ist, warum die deutschen Arbeiter nicht ebenfalls imstande sein sollen, wenn sie nur die Lasten des Young-Planes von sich abwürfen, mit dem Aufbau des Sozialismus zu beginnen und seine Vollendung in noch kürzerer Zeit zu bewerkstelligen, als das der Russenplan vorsieht. Die Diktatur des Proletariats, hat ja Brandler in seinem Prozeß versichert, sei durchaus vereinbar mit der Weimarer Verfassung. (Brandler war dazumal noch kein Renegat, Verräter und Lump, sondern wurde unmittelbar nach seiner Verurteilung zum Ehrenmitglied des Präsidiums der Kommunistischen Internationale erhoben.) Unter Diktatur des Proletariats wurde zu jener Zeit eine „Arbeiter- und Bauernregierung“ verstanden, und so wäre zu folgern, die deutschen Arbeiter brauchten nur, nötigenfalls natürlich mittels bewaffneten Aufstandes unter Führung der Kommunistischen Partei, die Macht im bestehenden Staate zu ergreifen und die industrielle und agrarische Planwirtschaft nach russischem Vorbild zur gesetzlichen Aufgabe zu machen, so wäre der Aufbau des Sozialismus ins Werk gesetzt und seine sieghafte Vollendung unwiderstehlich. Wir müssen noch mehr zugeben: Ist die Erreichung der im Fünfjahresplan festgesetzten Leistungen mit dem daran anschließenden Programm — einmal angenommen, diese Ziffern alle werden von keiner Tücke schicksalhafter oder veranstalteter Durchkreuzungen revidiert —, ist der Fünfjahresplan in seiner Verwirklichung das, was dem Proletariat als Sozialismus stets das Ziel aller Wünsche war, dann haben die Marxisten vollständig recht, wenn sie ihre Politik ganz und gar auf die Beeinflussung der staatlichen Gesetzgebung beschränken, denn dann ist Sozialismus nichts, was in irgendwie unvereinbarem Gegensatz zum Kapitalismus stände.

Sozialismus im ökonomischen Sinne war bis jetzt der umfassende Ausdruck für alle Bestrebungen ohne Unterschied des Kampfprogramms, welche den Grund und Boden und die Produktionsmittel der privaten Verfügung entziehen und der Gesellschaft zu gemeinsam organisierter Benutzung übergeben, die Klassenunterschiede innerhalb der Gesellschaft beseitigen, jegliches Lohnverhältnis bei der Arbeitsleistung unmöglich machen wollen; Sozialismus hieß, positiv ausgedrückt, bis jetzt Vergesellschaftung von Grund und Boden und Produktionsmitteln bei ungekürztem Arbeitsertrag für die Arbeitenden selber. Es soll hier mit keinem Wort bestritten werden, daß die allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 5 Stunden bei arbeitsloser Sicherstellung aller jungen und alten Leute, aller Schwangeren, Wöchnerinnen, Kranken und Gebrechlichen, dabei die Erhöhung des Reallohnes um das Fünffache und die Durchführung der Schul- und Wohnpolitik nach dem Programm der Bolschewiken höchst beacht-

liche und erfreuliche Wirkungen der eingeleiteten Planwirtschaft wären, wenn die Erfolge wirklich den lauten Verkündigungen entsprechen sollten. Aber wir können es nicht widerspruchslos hinnehmen, wenn diese Versprechungen, deren Erfüllung bestenfalls beweisen kann, wie weit guter Wille innerhalb kapitalistischer Verhältnisse proletarische Interessen wahrzunehmen vermag, — wenn Reformmankündigungen staatskapitalistischer Art, mögen sie aus noch so aufrichtigem sozialen Willen kommen, uns als Sozialismus angepriesen werden. Die Wirkung solcher Begriffsfälschung kann nur sein, daß die Proletarier aller Länder ihre Forderungen herabschrauben, daß der Blick der Arbeiter vom sozialistischen Ziel abgelenkt wird, daß der Kampf um die volle soziale Befreiung abgelenkt wird zu einem bescheidenen Ringen um die Besserung der Lebensbedingungen unter dem Lohnsystem, daß endlich der heilige Glaube der wahren Sozialisten, die durch keine Ruhmredigkeiten realpolitischer Verwirrungskünstler um die Klarheit ihrer Zukunftsidee betrogen werden können, dem Spott und selbst der Anfeindung braver, wenn auch leichtgläubiger Revolutionäre anheimfällt.

Im Einzelnen sollen die Aufstellungen des Fünfjahresplans hier garnicht kritisiert werden. Aber allgemein ist doch zu bemerken, daß allein die Steigerung der Produktion sowohl der hauptsächlich Produktionsmittel erzeugenden Industriezweige als auch der hauptsächlich Verbrauchsartikel erzeugenden Industriezweige nach den zu unserer Kenntnis gelangten Plänen den industriellen Aufbau des Sozialismus begründen soll. Es wird nichts darüber gesagt, welche vom Kapitalismus unterschiedenen Arbeitsmethoden diese Steigerung herbeiführen sollen, so daß die Frage offen bleibt, ob denn die Arbeit in Rußland in anderen Formen als denen des „rationalisierten Schuftens“ vor sich geht, das mitsamt der Erwerbslosigkeit den Werkträgern der kapitalistischen Länder als Folge der Ausbeutung „für den Profitsack der Unternehmer“ im Gegensatz zu den russischen Verhältnissen vor Augen gestellt wird. Alle unbestrittenen Statistiken und Mitteilungen über die Wirtschaft in Sowjetrußland berichten von zunehmender Arbeitslosigkeit, die, ebenso wie überall, auch dort zum guten Teil auf die Rationalisierungsmaßnahmen der Werkleitungen zurückzuführen ist. Ebenso fehlt jede Auskunft über die Verwendung der vervielfältigt produzierten Waren; wenn man von Sozialismus spricht, so scheint doch die Verteilung der Produkte unter die Konsumenten nach Art, Umfang und Relation dabei von mindestens ebenso großer Bedeutung zu sein, wie die Beschäftigung der menschlichen und maschinellen Kräfte und die Steigerung der Herstellung von Waren. Die „bessere und billigere Produktion“ der Betriebe ist gewiß eine wichtige Aufgabe jedes revolutionären Regimes, aber ein sozialistisches Verfahren hat doch vor allen Dingen die Belieferung der Bevölkerung unter dem Gesichtspunkt des Be-

darfs und der vollen Gleichberechtigung der Arbeitenden zu sichern und alle Produktion dieser ersten sozialistischen Bedingung anzupassen und unterzuordnen. Mag sein, daß die Isolierung Rußlands in seiner Wirtschaftsführung den wünschenswerten Ausgleich zwischen Arbeit und Verbrauch nicht zuläßt, daß noch dazu die Abhängigkeit des russischen Staates von den Kreditgewährungen ausländischer Kapitalisten zum Export wichtiger Landesprodukte zwingt, deren Fehlen schwer auf den proletarischen Verbraucher im eigenen Lande drückt, — aber dann soll man eben nicht von Sozialismus reden, dann stellt der Fünfjahresplan in seinem der Industrialisierung Rußlands gewidmeten Teil nichts anderes dar, als ein Entwicklungsschema für staatskapitalistische Rationalisierung.

So bliebe denn als Beweis für den wirklich sozialistischen Charakter der eingeleiteten neuen Wirtschaftsmaßnahmen die Kollektivisierung des bäuerlichen Großbesitzes übrig, die von täglichen Jubelfanfare begleitetete, alles errechnete Tempo im stürmischen Siegeslauf weit überholende Liquidation des Kulakentums. Im FANAL war schon vor drei Monaten die Frage aufgeworfen worden (Nr. 4, S. 93): „Wo hört der Mittelbauer . . . auf, wo fängt der Kulak an? Bei wieviel Hektar? Wie beschaffenem Boden? Bei wieviel Gespannen? Wieviel Groß- oder Kleinvieh? Was für Gebäuden, Maschinen, Hilfskräften?“ Ueber alles das war nichts zu erfahren und zwischen den hysterischen, im Siegestaumel besoffen stammelnden Preisgesängen der auf jeder Stalinie tanzenden roten Chauvinisten und den ekelhaften, von weitem nach Verleumdung stinkenden, gosenmäßig schimpfenden und altweiberhaft flennenden Denunziationen der sozialdemokratischen Koalitionsmägde an ihre kapitalistischen und klerikalen Auftraggeber ließ sich schwer eine der Wahrheit nahe kommende Diagonale ziehen. Brauchbares Material mußte kunstvoll aus den Zitaten zusammengesucht werden, die bald in bolschewistische, bald in weißgardistische Artikel aus den m. W. in Deutschland nicht im Zusammenhange zugänglichen amtlichen russischen Statistiken eingeflochten wurden. Danach waren am 1. Oktober 1928 507 000 Familien zu Kollektivwirtschaften vereinigt, am 1. Oktober 1929 1,8 Millionen, zwei Monate später schon 5 Millionen, am 10. Februar 10,7 Millionen und bis zum Frühjahr sollten 12 Millionen Familien, das ist die Hälfte der russischen Bauernschaft überhaupt, erfaßt sein. (Die Zahlen sind einem in der Rechtspresse verbreiteten Artikel von Boris Brutzkus, Professor des russischen Wissenschaftlichen Instituts in Berlin, entnommen; herausgenommen aus dem reaktionären Geplärr des Verfassers dürften sie verwendbar sein.) War aber diese sogenannte Kollektivisierung, diese zwangsweise Zusammenwerfung bäuerlicher Betriebe zu großen Wirtschaftsverbänden als sozialistischer Aufbau anzusprechen? Nach den übereinstimmenden Berichten ganz verschieden gerichteter Tat-

sachen-Übermittler müssen die zur Kollektivisierung herangezogenen Bauern ihr gesamtes lebendes und totes Inventar dem „Artel“ (Kollektivwirtschaft) zur Verfügung stellen. Die Vorräte werden auf die beschlagnahmten Höfe zusammengebracht und von dort aus wird das Land bewirtschaftet. Da dieses Verfahren von oben vorgeschrieben ist, da ferner beamtete Regierungsvertreter die Durchführung der Vorschriften überwachen, wohl auch die Verwaltung des „Artels“ besorgen und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse den staatlichen Sammelstellen übermitteln, von wo aus ihre Verteilung, d. h. ihre Umsetzung in verzinlichen Geldwert geschieht, kann das Wort Sozialismus auch hier keinerlei Anwendung finden; es handelt sich einfach um Schaffung völlig kapitalistisch betriebener Riesengüter, die an Stelle etlicher Privatbesitzer in Staatsbesitz übergegangen sind. Darin unterscheiden sich die Marxisten aller Farben garnicht voneinander, daß sie jede Verstaatlichung Sozialisierung nennen und die Verstaatlichung aller Ländereien und aller Fabriken und Produktionswerke als Vollendung des Sozialismus herbeisehen.

Inzwischen hat aber gerade die agrarische Praxis des „sozialistischen Aufbaues“ in Rußland ein furchtbares Fiasko erlitten. Die Voraussagen der übelwollendsten Kritiker der Zwangsmethoden haben leider — denn kein Sozialist, erst recht kein sozialistischer Revolutionär hat Anlaß, sich dessen zu freuen — ihre vollständige Bestätigung erfahren. Brutzkus schrieb in dem erwähnten Artikel: „Die Bauern wollen nicht ihr schwer erarbeitetes Hab und Gut den von der kommunistischen Behörde eingerichteten Kollektivwirtschaften überantworten. Sie suchen ihre Pferde schnell zu verkaufen und da es an Käufern fehlt, so kann man jetzt in den südlichen Gebieten Sowjetrußlands, wo noch unlängst ein Pferd 200 Rubel kostete, ein solches für 5 Rubel kaufen. Das Nutzvieh wird massenhaft abgeschlachtet und dabei geht gerade das beste Rassevieh zugrunde. Die Regierung hat am 16. Januar ein Verbot des Viehschlachtens erlassen. Es ist aber unmöglich, den Bauer zu zwingen, das Vieh, das man ihm bald wegnimmt, zu füttern . . . Aus vielen Gebieten der totalen Kollektivisierung wird schon jetzt berichtet, daß der Viehbestand um 50 Prozent und mehr zurückgegangen ist. Bedrohlich steht es auch mit der Bereitstellung des Saatgutes . . . Die unmittelbare Folge der Kollektivisierung ist also die Gefahr, vor der Sowjetrußland steht, daß 10—20 Millionen Hektar Land wegen Mangel an Arbeitsvieh und Saatgut in diesem Jahre überhaupt unbestellt bleiben werden.“

Hier soll von den Maßnahmen, mit denen die Moskauer Regierung die Befolgung ihrer Enteignungsvorschriften durchsetzen wollte, kein Aufhebens gemacht werden. Staatsgesetze lassen sich überall nur mit Gewalt zur Geltung bringen, und wo es um so umfassende gesetzliche Maßnahmen geht wie bei der Zwangskonfis-

kation ungeheurer Landflächen, ist der dagegen geleistete Widerstand ganz selbstverständlich nur mit den allerrigoroösesten Mitteln, also nötigenfalls mit Hinrichtungen, zu brechen. Wer den Staat beherrscht, wird sich dagegen nicht aufregen dürfen; wer es aber mit dem Sozialismus ernst meint, wird aus den Vorgängen in Rußland schließen müssen, daß eine Staatsregierung nie und immer berufen sein kann, sozialistische Aufgaben zu lösen. Die unmittelbar drohende, gar nicht in allen Wirkungen abzuschätzende Katastrophe der staatlichen Agrarkollektivisierung ist von Stalin mit der Anziehung der schärfsten Bremse aufgehalten worden. Uprötzlich und ganz übergangslos veröffentlichte er am 2. März in der „Prawda“ einen Artikel, der dem hymnisch gefeierten Siegeszug der Landarmut gegen die Kulaken mit schneidender Schärfe Halt und Umkehr gebietet. Der Vormarsch zum Sozialismus, wie ihn sich die bolschewistischen Staatskünstler vorgestellt haben, ist an der Marne angelangt, und es nützt nichts, daß man die überstürzte Umkehr einen strategischen Rückzug nennt und sich selber weiterhin in der Pose des unfehlbaren Helden aufs Postament stellt; das haben die wilhelminischen Generäle nach Joffres Gegenstoß im September 1914 auch so gemacht. Daß er dabei die Begeisterten als „Revolutionäre“ verhöhnt, die sich bis tags zuvor in den Lobpreisungen sonnten, mit denen ihre Taten der proletarischen Welt verkündet wurden; daß er sich nicht entblödet, die Wirkungen seiner mit brüllender Reklame austrompeteten Anweisungen auf das Schuldkonto „mancher unteren Funktionäre“ zu schieben, „die mitunter die Opfer eingeschlichener konterrevolutionärer Elemente sind“, daß er, der maschinellste Despot der Weltgeschichte, die „Feldwebelpolitik“ seiner Kreaturen und gar die Organisierung ihrer Zwecke mit „bürokratischen Dekreten“ gallig bespritzt, — das alles mögen seine gehorsamen Anbeter und Nachbeter mit ihm und mit sich selber ausmachen. Für uns entscheidend wichtig ist das von der kalten Wirklichkeit dem Diktator, der noch nie etwas anderes gesehen oder gewollt hat, als Erzwingung befohlener Aufgaben mit den Mitteln obrigkeitlicher Macht. — ist das diesem Knechter jedes eigenen Willens revolutionärer Menschen abgepreßte Geständnis, daß aller sozialistische Aufbau nur auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen, nur aus dem Geist der Freiwilligkeit gelingen kann.

Es ist klar, daß Stalins und der Seinen Bekenntnis zu dem anarchistischen Grundsatz der Freiwilligkeit ohne Folgen bleiben wird für den Fortgang der Geschichte der bolschewistischen Macht und die von ihr beeinflusste Arbeiterbewegung in allen Ländern. Nur das Gefühl einer schweren Niederlage, wie sie Rußland seit der Einführung der NEP-Politik nicht mehr erlebt hat, konnte ein solches, der Wesensart des Bolschewismus kraß entgegengesetztes Bekenntnis hervorbringen. Vielleicht wäre es nicht einmal in so betonter

Form ausgesprochen worden, wie es besonders in dem Schreiben des Zentralkomitees der KPSU, an alle Parteiorganisationen vom 15. März geschieht, wenn nicht mit dem Fiasko der agrarischen Kollektivisierung das des Kirchenkampfes Hand in Hand ginge. Aber gerade da wurde doch von Anfang an versichert, daß die Schließung der Kirchen und die Vertreibung der Pfaffen freiwilliges Vorgehen der für den Verband der Gottlosen gewonnenen Landbevölkerung selbst gewesen sei. Wenn in denselben Erlassen, die den Geist der Freiwilligkeit zum Prinzip des wahren Bolschewismus erheben, Toleranz gegen religiöse Vorurteile verlangt; wenn sogar die strengste Bestrafung der Funktionäre in Aussicht gestellt wird, die sich „verletzender Ausfälle gegen religiöse Gefühle“ schuldig machen, so kann leider dem heuchlerischen Wehgeschrei der ganz von materiellen Erwägungen geleiteten katholischen Kirche bei ihrem Kreuzzug gegen den Bolschewismus ein bedeutender Erfolg nicht bestritten werden. Wahrscheinlich ist es aber so, daß Stalin und Kalinin jetzt die Wahrheit sagen, wenn sie erklären, daß die antireligiösen Maßnahmen größtenteils administrativen Charakter hatten, und daß es hierbei so gegangen ist wie es bei allem Niederreißen und bei allem Aufbau immer gehen muß: wo die Revolution nicht getragen ist vom freien Willen der Revolutionäre, da kann sich nichts Geistiges durchsetzen, sondern nur plumpe und auf Buchstaben gegründete Macht. Der Kampf gegen die Kirche ist ein geistiger Kampf und der Kampf um den Sozialismus ist ebenfalls zum nicht geringen Teil ein geistiger Kampf. „Bürokratische Dekrete“ können in beiden Kämpfen zu gar nichts helfen, und wenn die bolschewistische Staatsobrigkeit plötzlich selber diesen Gedanken ausspricht, so wollen wir uns über ihren eigenen Charakter deswegen nicht täuschen lassen. Dem die Verkündungen, in denen es geschieht, sind selber wieder nur bürokratische Dekrete. Aller Voraussicht nach wird in der nächsten Zeit ein neuer EKKI-Brief aus Moskau die Sektionen der Kommunistischen Internationale belehren, daß sie ihre gesamte Politik neuerdings vollständig umstecken müssen, und wir werden erleben, wie die KPD. wieder einmal den Befehl Rechtsum! befolgen wird. Dann wollen wir die kommunistischen Arbeiter an Stalins Wort erinnern, daß aller sozialistische Aufbau freiwilliges Tun sein muß und sie eindringlich fragen, ob sie weiterhin damit einverstanden sein wollen. daß die linksrevolutionären Oktoberkämpfer in Rußland, die dieser Meinung schon vor 12 Jahren gewesen sind, von demselben Stalin immer noch verfolgt, verbannt und eingekerkert werden.

Die Nötigung zur Rückgängigmachung zahlreicher Kollektivierungsmaßnahmen, zur Wiedereröffnung der Märkte, zur Rückgabe vieler Kirchen an die Pfaffen, hat die größten Verächter der Freiheit zur Erkenntnis gebracht, daß sich die Menschen nicht zwangsweise glücklich machen lassen. Man wird ihnen die Aufrichtigkeit dieser

neuen Einsicht erst glauben können, wenn sie als Befehlsgeber von Revolutionären abtreten und den Aufbau des Sozialismus denen überlassen, die wissen, daß wahrer Sozialismus gar keine andere Bedeutung hat als Freiheit und freiwillige Gemeinschaft.

Tätigkeit der Arbeiterräte

Am 7. April 1870 wurde Gustav Landauer geboren. Sein 60. Geburtstag gibt Anlaß, wieder eine seiner Reden aus der bayerischen Revolutionszeit aus dem Stenogramm abzudrucken. Am 9. Dezember 1918 traten zum ersten Male in München die Delegierten der Arbeiterräte ganz Bayerns zusammen, um die gemeinsamen Angelegenheiten zu beraten. Nachdem der Ministerpräsident Eisner und dann der sozialdemokratische Innenminister Auer Begrüßungsansprachen gehalten hatten, erhielt Landauer das Wort, um über die Tätigkeit des „Provisorischen Zentralarbeiterrats“ Bericht zu erstatten. Er gehörte dieser Körperschaft als Vertreter des „Revolutionären Arbeiter-Rates“ an, über dessen Besonderheit meine Broschüre „Von Eisner bis Leviné“ Aufschluß gibt. Wir hatten zwei Delegierte in den Landes-Arbeiterrat entsandt, Landauer und Hagemeister, die wir aber bald zurückzogen, da mit dem wachsenden Einfluß Auers, wie er ja in der nachfolgenden Rede bei Erwähnung des Zwieseler Falles von Landauer schon beim rechten Namen genannt wurde, die gegenrevolutionären Strömungen nicht mehr von innen heraus abgestaut werden konnten. Der RAR. hat dann selbständig revolutionäre Politik in Bayern verfolgt, die darauf abzielte, die Räte allgemein durch Wahlen auf revolutionärer Grundlage aus der Parteihängigkeit zu befreien, das Provisorium zu beenden und aus Bayern eine freie Räterepublik zu machen. Landauers noch ganz hoffnungsvolle und doch schon ernst warnende Rede gibt ein klares Bild von der Lage Bayerns in den ersten vier Wochen der Revolution.

E. M.

Genossen und Genossinnen! Ich habe es im Namen des provisorischen revolutionären Arbeiterrats für die Republik Bayern übernommen, Ihnen zu sagen, wie wir unser Amt in den paar Wochen, in denen wir es ausüben, aufgefaßt haben, und Ihnen Bericht und Rechenschaft zu erstatten, was wir bisher getan haben. Nicht bloß anderswo, sondern auch heute wieder war es mir charakteristisch, — charakteristisch für die Revolution, die sich vollzogen hat, die Revolution, die noch im Gange ist, daß alle Redner sich zunächst entschuldigen, daß sie reden. Alle sagen, jetzt ist nicht die Zeit zu Worten, jetzt ist die Zeit zu handeln, die Zeit zum Durchführen. Das ist wahr, und ich muß mich dem anschließen als Dritter, der heute hier im Saale spricht. Nur allerdings muß ich hinzufügen: manchmal kann auch das Wort, wenn es das ist, das der Tat vorhergeht, wenn es der Vorsatz, das Gelöbnis, der Schwur ist, manchmal kann auch das Wort eine Tat sein.

Arbeiterrat! Man hat oft gesagt und auch wie das Wort in Bayern auftauchte: „Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat“, nachdem spontan die Soldatenräte in Kiel, Westdeutschland, an der Wasserkante vorangegangen waren, hat man oft gehört: also nach russischem Muster. Das ist wahr und nicht wahr. In Rußland gibt es die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, gibt es die Republik der Räte. Sie haben sich durchgesetzt, nachdem die bürgerliche Kompromißregierung gescheitert war. Aber die Räterepublik, die föde-

native, sozialistische Republik braucht keineswegs identisch zu sein mit der vielleicht vorübergehenden Herrschaft einer bestimmten Partei, der Bolschewiki, über diese Räte. Die Räte werden in Rußland bleiben, das ist sicher. Die Arbeiter- und Bauernräte werden so bleiben und demokratisch-soziale Arbeit tun, so daß die Soldatenräte verschwinden werden, weil eben keine Soldatenräte mehr nötig sind, weil der Militarismus zusammenbricht. Aber heute brauchen wir sie noch, die Soldaten der Revolution. (Rufe: Sehr richtig!) Wir haben ihnen zu danken, daß wir sie gehabt haben. Wir haben ihnen zu danken, daß wir sie fernerhin haben. Aber nicht erst in Rußland hat sich dies ganz selbstverständlich ergeben, daß nach der Herrschaft der Privilegien sich die arbeitenden Mächte und Elemente des Volkes wie von selbst organisiert und ihre Geschicke in die eigene Hand genommen haben. Wir haben, was den Arbeiterräten entspricht, in den permanent tagenden Sektionen in der französischen Revolution in Paris, Marseille und überall in den Zentren gehabt. Sie hatten in den Revolutionskriegen, wo die Freiwilligen auszogen, Soldatenräte, die über ihr Schicksal, über die Manneszucht und das Schicksal ihrer Mannschaften in den Kompanien bestimmten. Wir haben das dort genau so gesehen, das ergibt sich immer aus der Lage der Tatsachen. Jetzt . . . soll der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat als lebendige Organisation und Körperschaft, als Träger des Volks uns das leisten, was bisher denen anvertraut war, die bevorrechtet waren, die eine Herrschaft der Wenigen, eine Herrschaft der Unterdrückten aufgerichtet hatten.

Ich habe Ihnen jetzt zu sagen, was der Zentral-Arbeiterrat bisher getan hat. Es wird von manchen gefragt werden, und ich glaube sogar, es gibt welche, die höhnisch oder widerwillig fragen werden: Habt ihr denn überhaupt etwas getan? Und da darf ich sagen: Allerdings waren die Arbeiter, die zusammentraten, geboren aus einer revolutionären Macht, bisher nicht übermäßig parlamentarisch geschult; sie haben sich schwer in ihre Arbeit hineinfinden müssen, genau so wie wir, die hier beisammen sitzen, nicht grade elegant im Laufe der heutigen und morgigen Tagung den Parlamentarismus handhaben werden. Aber das darf ich Ihnen doch sagen und kann es durch Tatsachen beweisen: Es ist da tüchtig gearbeitet worden, es ist da etwas durchgesetzt worden, was Ihnen allen, den Arbeiterräten in ganz Bayern, davon bin ich überzeugt, eine wertvolle Hilfe sein kann. Es sind vor allem diese Richtlinien, die Sie kennen, die aber noch lange nicht genug in ihrer Bedeutung verstanden worden sind. Diese Richtlinien sind nicht einfach so dekretiert worden von den Ministern, die hier unterschreiben, sie sind nicht gleich so durchgegangen, sondern wir vom Zentralarbeiterrat haben kämpfen müssen, daß wir sie überhaupt bekamen, daß wir sie in dieser Form bekamen (Rufe: Sehr richtig!). Und noch heute, wie sieht es denn da in den kleineren und mittleren Städten und auf dem flachen Lande aus? Ich habe Beweise dafür, daß allüberall grade jetzt Notizen, die einen amtlichen Charakter zu haben scheinen und die von außerordentlichem Einfluß auf Bezirksämter, Gemeindebehörden usw. sind, erscheinen, die eine absolut falsche Darstellung über die Rechte und Befugnisse der Arbeiterräte geben. Ich habe da z. B. — und ich weiß, daß man es in anderen Kreisen Bayerns genau in derselben Art gemacht hat — aus dem bayerischen Walde, aus Zwiessel, unter dem Datum des 29. November, der vorigen Woche also, eine Auskunft vom Ministerium des Innern, worin es heißt: „Den Arbeiterräten kommt im wesentlichen die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung innerhalb der Gemeinden im Benehmen mit der Gemeindeverwaltung zu. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Die bisherigen Gesetze bleiben in Kraft und sind auch von den bisher zuständigen Behörden zu vollziehen. Den Arbeiterräten kommen keinerlei Befugnisse an Stelle der bisherigen staatlichen oder gemeindlichen Behörden zu. Eine Mitwirkung bei gemeinde-

amtlichen oder polizeilichen Geschäften ist nur in Form einer Hilfeleistung und nur dann angängig, wenn eine solche Beihilfe von der zuständigen Aufsichtsbehörde für notwendig oder nützlich erachtet wird. Eine selbständige Ausübung amtlicher Befugnisse durch den Arbeiterrat ist ungesetzlich. Für entsprechende Aufklärung ist Sorge zu tragen.“ (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Das ist eine Polizeiverordnung ältesten Stils, das ist vorsintflutlich aus dem vorigen Jahrhundert und das ist nicht, was uns vom Gesamtministerrat nicht bewilligt, sondern zuerkannt worden ist als unsre Pflicht, als unsre Aufgabe; denn unser Recht ist unsre Pflicht, für die Vervollkommnung der Zustände, für die Weiterbildung des bayerischen Volkes zu sorgen. (Beifall.) Hier sind unsre Richtlinien, unterschrieben nicht bloß von Kurt Eisner, unterschrieben vom Gesamtministerium, von demselben Ministerium des Innern, das noch vor kurzem solche Auskünfte gegeben hat. Und die Sache ist die: Es gehen diese Auskünfte immer weiter durch die Presse, aber es geht keine Berichtigung durch die Presse. Wohl ermahne ich uns alle, wir sollen an Ort und Stelle, vor allem auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten solche Berichtigungen schicken; aber die Presse mit ihrer berühmten Preßfreiheit ist ja nicht verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Wir haben ja nicht die Freiheit der öffentlichen Meinung, wir haben ja nicht die Freiheit des Geistes, der Redebefugnis, sondern wir haben die Freiheit derer, die das Monopol auf die Presse haben und nur ihre Interessen wahren. (Rufe: Sehr richtig!) In diesen Richtlinien, die vom Zentralarbeiterrat ausgearbeitet wurden — (Staatsminister Auer läßt sich am Ministertisch nieder.) Wenn Herr Auer eine Bemerkung dazwischen machen will, werde ich gern eine Pause machen. (Zuruf des Staatsministers Auer.) Wir vom Zentralarbeiterrat, die wir uns an der Ausarbeitung dieser wirklichen Richtlinien ein Verdienst zusprechen können, wir wünschen, daß was da steht sinngemäß ausgelegt und ausgeführt wird von den Arbeiterräten im Lande. Wir wollen daran denken, daß die Arbeiterräte die Pflicht haben, die Massen des Proletariats unmittelbar zur politischen Mitarbeit heranzuziehen. Wir sollen daran denken, daß durch ein Redaktionsversehen sogar zweimal, in Ziff. II und in Ziff. VI, uns eingeschärft wird: „Die Arbeiterräte bilden mit den Soldaten- und Bauernräten bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung die revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems.“ Das heißt nicht, bis die Nationalversammlung zusammentritt, sondern heißt, bis eine Nationalversammlung endgültig die revolutionäre Grundlage des neuen Volkstums herstellt. (Sehr richtig!) Solange sie das nicht getan hat, bilden die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte die verpflichtete revolutionäre Grundlage der Regierung des neuen Systems. Es heißt weiter von den Arbeiterräten: „Sie haben durch ihre Tätigkeit, die auch die propagandistischen Aufgaben nicht außer acht zu lassen hat, dahin zu wirken, daß der neue demokratische und sozialistische Geist in Staat und Gesellschaft fest und tief Wurzel faßt.“ Und da erlaube ich mir zu sagen, weil auch das vorläufig noch einige Schwierigkeiten hat: Wenn die Arbeiterräte allüberall die propagandistischen Aufgaben nicht außer acht lassen sollen, so muß man uns für die Propagandazwecke auch die Mittel zur Verfügung stellen. (Sehr richtig!) Und nun, was die Mitwirkung an der Tätigkeit der Gemeinde- und Staatsbehörden angeht, so ist ganz klar gesagt: „Die gemeindlichen Behörden und Stellen haben den berufenen Vertretern“ — den Delegierten der Arbeiterräte — „über alle öffentlichen Angelegenheiten angemessene Auskunft zu erteilen.“ Außerdem haben sie über alle öffentlichen Angelegenheiten die Vorschläge und Anregungen der Arbeiterräte anzuhören. Aber noch mehr — das gilt auch für die Staatsbehörden, die Vollzugsausschüsse in den Distrikten, in den Kreisen, in den Bezirken usw. —, es ist über das, was hier steht, hinaus zu-

nächst vom Demobilisierungskommissar die Verfügung ergangen — wer das nicht weiß, der soll es sich merken für seine Arbeit in den heimischen Arbeiterräten —, daß die Arbeiterräte zu allen Arbeiten der Gemeinden zuzuziehen sind. Außerdem steht zwar selbstverständlich eine exekutive Gewalt unsern Arbeiterräten nicht zu, dazu sind vom Ministerium abwärts die Exekutivbehörden da und selbstverständlich haben wir Eingriffe in die staatliche und gemeindliche Verwaltungstätigkeit zu vermeiden. Aber tun Sie doch das, was als Recht und Pflicht Ihnen an die Hand gegeben wird, wenn es nun im folgenden heißt: Wenn die Arbeiterräte sich überzeugen, daß die gemeindlichen und staatlichen Organe ihre Tätigkeit in schlechter oder in ungenügender Weise erfüllen, so daß sie, die Arbeiterräte, in ihrer Tätigkeit für die Interessen des Volksganzen durch Organe der Staats- und Gemeindeverwaltung gehemmt werden, dann sollen sie Anträge auf Absetzung dieser Gemeinde- und Staatsbeamten an die Regierung der Republik richten, und die Regierung verpflichtet sich ausdrücklich, in dieser Beziehung gemeinsam mit den Arbeiterräten zu entscheiden. Ich kenne etliche Bezirksamtmänner in Bayern und Sie werden andere kennen, die schon nicht mehr an ihrer Stelle wären, wenn die Arbeiterräte ihre Schuldigkeit getan hätten. (Sehr richtig!) Wenn die Arbeiterräte die Regierung in sachlicher Weise mit tatsächlichen Unterlagen informiert hätten: Das und das haben bisher unsre Bezirksamter getan und das und das fahren sie nach begonnener Revolution fort zu tun, . . . bin ich überzeugt, daß die Leute geflogen wären und daß andre, geeignetere, wahrhaftig Republikaner und Demokraten und Sozialisten, die man wahrhaftig finden kann, an ihre Stelle gekommen wären.

Wir haben nebst dem, daß wir mitgeholfen haben, diese Richtlinien, diese unsre Rechte und Pflichten durchzusetzen, mitgearbeitet durch unsre Delegierten, die wir vom Zentralarbeiterrat im Ministerium haben, an der bisherigen Gesetzgebung und Verfügungsgebarung der Ministerien. Da handelt es sich vor allen Dingen um Umstellung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft. Zum Beispiel hat der Zentralarbeiterrat wesentlich dabei mitgewirkt, daß es im Gange ist, auf unsre Veranlassung, daß die Artilleriewerkstätten sofort in Friedenswerkstätten, in Werkstätten zur Herstellung von Waggons und Lokomotivteilen umgewandelt werden. Es ist die sofortige Einstellung der Rüstungsbetriebe durchgesetzt worden. Wir haben aber dafür gesorgt und daran mitgewirkt, daß eine vierwöchige Kündigungsfrist mit voller Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung innegehalten werden mußte. Wir haben durch unsre Kommissare und Delegierte mitgearbeitet an der Versorgung Bayerns mit Kohle, an der Verstaatlichung des Lastkraftwagenverkehrs; wir haben dahin gewirkt und es ist durchgesetzt worden, daß die Verwaltungsstelle von Heeresgerät nicht wie allüberall vom Reiche ausging, sondern daß diese Verwertungsstelle unabhängig vom Reiche zugunsten der bayerischen Bauern und Produzenten geschaffen wurde, so daß Wagen, Pferde, Vieh, Gerät aller Art bei uns im Lande bleibt und vor allen Dingen von unsern Produzenten und unsern Bauern verwertet wird. Wir haben durch den Druck und vor allen Dingen durch Delegierte, die als Redner ins Land hinausgeschickt wurden, für Aufklärung im Lande gesorgt. Noch lange nicht genug ist da geschehen. Das kann nicht bloß von der Zentralstelle aus geschehen, das muß an Ort und Stelle durch eigene Initiative geschehen. (Sehr richtig!) Das alles muß dezentralisiert werden, muß aus freier Initiative heraus erfolgen. Wir haben mitgewirkt an dem, was nun nicht wieder den Arbeitern zu nehmen ist, an der Durchführung der 44-Stunden-Woche mit freiem Samstagnachmittag. Wir haben ferner das Verlangen gestellt und hoffen, daß es durchgeht, daß die Arbeiterschaft jährlich 14 Tage Urlaub bekommen muß bei Weiterzahlung

des Lohnes, und wir wünschen auch, daß die Arbeiter, die Proletarier, für diese Zeit des Urlaubs Reisevergütung erhalten. Wir haben nicht bloß für diese Umstellung von Kriegswirtschaft in Friedenswirtschaft und nicht bloß für die rein wirtschaftlich-sozialen Angelegenheiten der Arbeiterschaft uns zu sorgen bemüht, sondern wir haben daran gedacht: um die Sozialisierung, die Befreiung, die Verschönerung des Lebens wahrhaft durchzusetzen, brauchen wir eine neue Generation. Wohl ist es wahr, daß die Revolution, wenn sie erst tief hinein Wurzeln geschlagen und die Geister erfüllt hat, auch uns Erwachsene zu andern Menschen macht, nicht auf die Art des blödsinnigen Wunders, daß das was nicht in uns ist uns irgendwie von außen eingetrichtert werden könnte, sondern auf die Art, wie jeder ein andrer Mensch werden kann, indem er der Möglichkeit nach, der Anlage nach, alles und alles in sich hat. In der Revolution kommt über alle Masken, über alle Kostüme, über alle Uniformen hinweg wie ein Lavastrom des Geistes, der sich von innen heraufwühlt, das wahre Ich zum Vorschein, das unter Feigheit, unter Niedetracht, unter Ducksamkeit und knechtischer Gesinnung bisher verborgen war. (Sehr richtig!) Wir sind imstande, wir selbst zu werden durch die Revolution (bravo!), aber wir müssen uns vor allen Dingen in der Mußezeit, die wir nun für uns selber durchgesetzt haben, dafür sorgen, daß unser etwas eingerostetes nicht bloß Denken, sondern auch Fühlen, daß unsre Empfindung und unser Geist rege und beweglich wird, daß wir die wahrhafte Bildung gewinnen, die nicht ein Besitz ist, auf dem wir sitzen, sondern ein Werden, ein Immerweiterwachsen, ein Jungsein.

So wie wir selbst wieder jung werden müssen in diesem Jungbrunnens der Revolution, so müssen wir für unsre Jugend sorgen, so müssen wir daran denken, daß das Schulwesen gründlich umgestaltet werden muß (sehr richtig!), und daß diese neue Schule im Verein mit dem neuen Elternhaus eine neue Generation, eine Generation der Freude, des Schaffens, der Arbeit herstellen kann. Man spricht so ängstlich in den Bürgerkreisen von der Diktatur des Proletariats. Uns von der Revolution fällt es nicht ein, das Proletariat, die Entbehrung, Entrechtung, Knechtung verewigen zu wollen. Uns fällt es nicht ein, dem Proletariat zu einer Herrschaft oder einer Diktatur verhelfen zu sollen, sondern der Sinn der demokratisch-sozialistischen Revolution kann nur sein, das Proletariat ein für allemal abzuschaffen. (Lebhafte Beifall!) Es soll keine Proletarier, keine Entbehrenden, keine Geknechteten, keine an Geist und Seele Gedrückten mehr geben; es soll Menschen geben mit freier Beweglichkeit des Geistes- und des Herzenslebens. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

(Landauer wendet sich hierauf in seinem Bericht der Schulkommission zu, die vom Zentralarbeiterrat eingesetzt war und verliest und erklärt im Einzelnen deren Mindestforderungen. Der beschränkte Raum dieser Zeitschrift zwingt dazu, diesen Teil der Rede zu überschlagen.) Landauer schloß:

Bisher war bei uns wie in England die wissenschaftliche Laufbahn ein Privileg der von Geburt aus oder durch Heirat Reichen, der Begüterten. Jetzt, wenn die Hingabe an die Wissenschaft und ans Lehrfach vollwertig bezahlt wird, wie es sich gehört, nicht erst, wenn die Betreffenden durch ein Sieb hindurchgegangen sind, wenn sie ordentliche Professoren sind, sondern wenn von vornherein jeder junge Mann, der etwas zu sagen hat und von den Kollegen an der Universität als Privatdozent zugelassen wird, vollwertig bezahlt wird, wird das meiner und unsrer Ueberzeugung nach etwas Außerordentliches für die Freiheit der Wissenschaft nicht nur, sondern auch für den Fortschritt der Wissenschaft bedeuten; denn das haben wir doch wahrhaftig gemerkt: nicht in den Bevorrechtigten sitzt der Geist als Privileg. Das was die Arbeiter und Soldaten und einige Unverbesserliche,

die man Utopisten genannt hat, dazu gebracht hat, in der Nacht vom 7. auf 8. November die Revolution durchzusetzen und die staatsrechtlichen Verhältnisse in ganz Deutschland mit einem Schlage umzuwandeln, wozu die Herren Staatsrechtslehrer jahre-, jahrzehnte- und jahrhundertlang den Kopf hätten in die Hände stützen müssen, um sich zu fragen: wie wird es möglich sein, mit den soundso viel zwanzig Dynastien in Deutschland fertig zu werden —; ich sage, wenn das Arbeiter und Soldaten und ein paar Utopisten wie mit einem Kehrbesen durchgesetzt haben, so war das revolutionäre Staatswissenschaft, so war das die Anwendung dessen, was jegliche Wissenschaft erfüllen muß, wenn sie nicht Puscherei und Zünftelei sein will, Anwendung des Geistes! Dieser Geist der Revolution muß lebendig bleiben, dieser Geist, der das Deutsche Reich, so wie es war, zu den Toten geworfen hat, der im Begriffe ist, ein neues Reich, eine Föderation, einen Bund autonomer Republiken im deutschen Volk herzustellen; dieser Geist, der noch auf dem Wege ist, der sich aber die Diktatur einer preußischen, einer Berliner Zentralregierung, wie sie auch heißt, wenn sie auch das Erbe des Prinzen Max von Baden und des Kaisers Wilhelm ist, niemals gefallen lassen wird, dieser Geist der Revolution, der die Freiheit und den Bund herstellen wird, der lebt, der bleibt weiter lebendig. Da habe ich keine Angst vor dem Wahlklosett, vor dem Suppentopt mit dem Schlitz, vor dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht derer, die noch Bestandteil der Vergangenheit sind. Die werden es einmal als selbstverständlich, als ganz trivial nehmen, was wir heute, die wir die Revolutionäre sind, tun und für geboten halten. Immer noch war es so, daß erst die Propheten als einzelne, isolierte gekommen sind, daß dann die Männer der Tat, die sich nicht zählen sondern handeln, gleichviel wie viele oder wie wenige sie waren, das in Wirklichkeit verwandelten, was die Propheten geschaut hatten, und daß dann, als die Massen so weit waren, daß sie das für richtig anerkannten, was die Gewalt des Geistes durchgesetzt hat, die Männer des Geistes schon wieder weiter waren, daß sie schon merkten, es gibt noch mehr zu tun, noch mehr zu erneuern. Ich fürchte keinerlei Parlamente alten Systems, ich fürchte keinerlei Beschluß, es sei um die Revolution geschehen, sie dürfe nicht weitergeführt werden, irgend etwas vom alten System müsse wiederkehren, so lange wir da sind, die echte, die neue Demokratie, wo das Volk Selbstbestimmung übt in seinen eigenen Körperschaften, wo es nicht für drei oder fünf oder irgendeine Zahl von Jahren seine Rechte abdankt, sondern wo es bei seinem Schicksal immerwährend dabei bleibt. Wenn wir diese Demokratie, die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte haben, dann sind wir unüberwindlich und wir dürfen schwören: Keine Nationalversammlung der Welt soll die revolutionären Bünde hindern, das durchzuführen, was die Revolution begonnen hat. Ich vom revolutionären Arbeiterrat der Republik, ich schwöre es. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Neue Bücher zur Zeitgeschichte

Zuerst soll von einem Buch gesprochen werden, das gar nicht neu, sondern schon über 10 Jahre der Öffentlichkeit zugänglich ist, ohne daß die Öffentlichkeit es in gebührendem Maße bis jetzt gewürdigt hätte. Es ist das der über 800 Seiten starke Band, der den Titel führt „Der Ledebour-Prozeß. Gesamtdarstellung des Prozesses gegen Ledebour wegen Aufruhr usw. vor dem Geschworenengericht Berlin-Mitte vom 19. Mai bis 23. Juni

1919, auf Grund des amtlichen Stenogramms bearbeitet und mit einem Vorwort versehen von Georg Ledebour.“ Sich mit diesem Buche, das schon 1919 in der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ erschien und jetzt vom Neuen Deutschen Verlag übernommen ist, zu beschäftigen, besteht mehrfacher Anlaß. Georg Ledebour ist am 7. März 80 Jahre alt geworden, und schon diese Tatsache, durch die der Name des alten Kämpfers einmal wieder dem Proletariat lebendig ins Gedächtnis trat, könnte genügen, um auf das große Dokument seiner Tapferkeit und der Reinheit seiner Ueberzeugung und seines Charakters hinzuweisen, das der Prozeßbericht darstellt. Ledebour ist kein Anarchist; aber er soll wissen, daß Anarchisten keine Programmhengste sind, die ihr Urteil über Menschen nach dem Nutzen bemessen, die ihre Organisation aus seinen Kundgebungen ziehen kann. Ledebour hat seine aktivsten Jahre im Dienste der alten sozialdemokratischen Partei verwendet, und den Grundsätzen, die die Sozialdemokratie bis zum Kriege verkündet hat, und die Georg Ledebour stets vor reformistischen und unrevolutionären Verwässerungen zu schützen versuchte, ist er über den Krieg und die Revolution hinweg, ist er bis zu seinem hohen Alter treu geblieben. Daher kann er heute weder Mitglied der Sozialdemokratischen noch der Kommunistischen Partei sein; daher steht er, der alte Parlamentarier, der als Nachfolger Wilhelm Liebknechts 1900 in den Reichstag gewählt wurde, mit 80 Jahren ohne Mandat, ohne nennenswerten Anhang Gleichgesinnter, ohne Posten und Pfründen allein auf dem Platz, den ihm seine lautere Gesinnung anweist. Gerade darum aber steht er eben nicht allein, sondern wie kein zweiter Politiker in Deutschland in der Liebe und Achtung aller ehrlich revolutionären Proletarier, die ihm bei aller Unterscheidung der besonderen politischen und weltanschaulichen Ansichten seine Haltung und seinen persönlichen Mut in den Schicksalsstunden des Proletariats, seit 1914 nicht vergessen. Der Prozeß, in dem seine früheren Parteigenossen durch die Staatsanwälte und Richter Wilhelms III. und durch die von ihnen in Kraft gelassenen politischen Strafparagrafen der Bismarckschen Regierungskünste den 69jährigen Mann, da er dem Schicksal Karl Liebknechts durch ein Versehen entgangen war, durch lange Gefängnisbestrafung physisch erledigen wollten, war in seinem 23tägigen Verlauf, währenddessen der Angeklagte nach bereits 4 Monaten Untersuchungshaft dauernd weiter in der Zelle gehalten wurde, eine glänzende Verstandes- und Charakterleistung Ledebours; seine bezwingende Logik, die Untadeligkeit seiner Haltung vor Gericht, sein entschlossenes Einstehen für seine revolutionäre Tätigkeit in den Januar Tagen 1919, seine temperamentvolle Fähigkeit, in allen Erklärungen, Fragen an die Zeugen und sachlichen Auslassungen die moralische Anklage gegen die Verpuscher der Revolution, gegen die politischen Revolutionsgewinnler, die Ebert, Scheidemann und die übrigen auf den Schultern der Arbeiterschaft emporgestiegenen Nutznießer des Novemberegeschehens zu lenken, das alles machte sogar auf die Geschworenen solchen Eindruck, daß sie den verbündeten republikanischen und monarchistischen Gegenrevolutionären das Konzept verdarben und den alten Revolutionär freisprachen. Von dem Buche ist also deshalb zu reden, weil seine Lektüre zu empfehlen die würdigste Ehrung des Achtzigjährigen ist, der sich mit seiner ganzen aufrechten Vergangenheit, wie sie in dem Prozeßbericht zutage tritt, den Dank aller Revolutionäre, gleichviel welcher akademischen Lehre sie anhängen mögen, in reichstem Maße verdient hat. Aber die Lektüre muß auch deshalb dringend empfohlen werden, weil die Zusammenhänge der Ereignisse seit dem Untergange der Hohenzollernherrlichkeit bis zur brutalen Niederschlagung der proletarischen Versuche, aus dieser Niederlage den Sieg einer neuen und wahrhaft gerechten Ordnung zu machen; in kaum einem anderen Werk so deutlich ans Licht treten wie hier. Der Verlauf der Berliner Vorgänge von der Kriegszeit an bis zur Marstall-

besetzung und bis zur Ermordung Liebknecht-Luxemburgs wird durch Ledebours eigene Schilderungen und durch die Aussagen der revolutionären und reaktionären Zeugen ungemein sinnfällig. Die große Zahl geschichtlicher Darstellungen der Kriegs- und Revolutionsereignisse, die in der letzten Zeit auf dem Büchermarkt erschienen sind, kann mit größerem Vorteil gelesen und beurteilt werden, wenn die Personen und die Tatsachen, die im Ledebour-Prozeß beschreibend und beschrieben aufmarschierten, im Gedächtnis haften.

Es liegt in der Tat ungewöhnlich viel neue Literatur vor, die jüngere und jüngste deutsche Geschichte zum teils historisch-kritischen, teils künstlerisch-bekennnerischen Gegenstand hat. Um mit einem Werk zu beginnen, in dem Entstehung und Niedergang des deutschen Kaiserreichs recht lehrreich vorgeführt wird, in dem also die Vorgeschichte des Weltkrieges erkennbar und viel Uebles, was das deutsche Proletariat heute noch und teurer als je bezahlen muß, aus seinen Ursprüngen erklärlich gemacht wird, so sei die im Neuen Deutschen Verlag 1930 erschienene biographische Darstellung „Bismarck und seine Zeit“ hervorgehoben, worin Kurt Kersten den in mancher Hinsicht wohl gelungenen Versuch macht, das Bild Bismarcks frei von aller Legende als das des brutalen, ränkesüchtigen, launenhaften, verschlagenen und dabei, an seinen Gegenspielern gemessen, durchaus bedeutenden Reaktionärs zu zeichnen. Das Buch enthält keine neuen Tatsachen, stellt aber die bekannten wirksam einander gegenüber, versäumt dabei nicht, dem aufstrebenden Proletariat seine Rolle während der von Bismarcks Politik charakterisierten Jahrzehnte zuzuteilen, die wirtschaftlichen Einflüsse aufzuzeigen und den Niederbruch der Reichsherrlichkeit als die Folge der nicht erst von Wilhelm II., sondern schon von Bismarck selbst begangenen Fehler und Rückständigkeit nachzuweisen. Kerstens Buch ist nicht frei von Schwächen; sehr auffällig ist seine außerordentlich milde Beurteilung Wilhelms I., des Kartätschenprinzen, in dem er eher einen schlichten, charakterfesten Soldatenkönig zu sehen scheint, wie sich ihn unsere Ammen im Kornblumenrahmen auf die Kommode stellten, als den beschränkten, an äußerlichen Traditionen klebenden, verantwortungsscheuen, vor der Macht schlappen, gegen die Ohnmacht despotischen, geistig subalternen Griffklopfer, wie er sich aus allen Schilderungen dem vorurteilslosen Auge enthüllt. Doch das ist nicht wichtig, es ist Kerstens Recht, die geschichtlichen Personen so zu schildern, wie sie vor seiner Netzhaut aussehen. Dagegen muß die vollständige Identifizierung des kommunistischen Geschichtsschreibers mit der alten sozialdemokratischen Partei in Erstaunen setzen. Kersten scheint nichts davon zu wissen, daß in der Zeit des Sozialistengesetzes die wirklich Radikalen, die den Verfolgungen der Bismarck-Spitzel am meisten ausgesetzt waren, sich unaufhörlich gegen die ganz schändlichen Verätherien der Grillenberger und der übrigen sozialdemokratischen Heroen zur Wehr zu setzen hatten. Es täte Kurt Kersten, dem ja sogar die Herausgabe der Beichte Bakunins in die Hände gegeben wurde — seine Einleitung zu diesem Werk war eine Schändung Bakunins —, keinen Schaden, wenn er sich etwa einmal Rudolf Rockers Most-Biographie zur Hand nähme; er bekäme wohl ein anderes Bild von der Heldenzeit der deutschen Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz, — falls ihm nämlich daran liegen sollte, ein wahres Bild zu bekommen. Die Anarchisten werden in seinem Bismarck-Buch nur an ganz wenigen Stellen flüchtig erwähnt, und nur um sie als Schädlinge der allein richtigen sozialdemokratischen Praxis hinzustellen. Vom Reinsdorff-Attentat, der wichtigsten Abwehrtat, die gegen das Terrorgesetz überhaupt unternommen wurde, ist bei Kersten so wenig die Rede wie von dem gemeinen Verbrechen Bismarcks gegen den anarchistischen Genossen John Neve, der schmierigsten

Tat während der Herrschaft des Gesetzes. Wenn gesagt wird, Bismarck habe außer bei den Sozialdemokraten keine offene Gegnerschaft in Deutschland gehabt, so stimmt das übrigens auch nicht einmal, wenn man selbst von der anarchistischen und radikalen Opposition in der Arbeiterbewegung absieht. Es scheint, als ob Bismarcks eigene Totschweigetaktik gegen seinen staatsrechtlichen Widersacher, den großdeutschen Föderalisten Konstantin Frantz, ihre Wirkung bis zum heutigen Tage in dem Maße tut, daß sogar eine streng kritische Lebensgeschichte des robusten Kanzlers ohne Erwähnung des Namens dieses bedeutenden Mannes erscheinen kann, den Bismarck zeitlebens grimmig gehaßt hat. Aller dieser Mängel ungeachtet, ist Kerstens Buch deshalb das geeignetste Werk, dem Arbeiter Wesen, Leben und Taten Bismarcks begreiflich zu machen, weil noch kein besseres geschrieben ist.

Von einer ganz anderen Seite her führt ein ebenfalls 1930 vom Neuen Deutschen Verlag herausgegebenes Buch in den Krieg, in die Revolution und in die Gegenwart hinein, das, vielleicht ohne es zu wollen, eine fesselnde und lesenswerte Autobiographie geworden ist. Willi Münzenberg hat in dem von Fritz Brupbacher mit einem sympathischen Vorwort versehenen Buch „Die dritte Front“ den Kampf- und Entwicklungsgang der proletarischen Jugendbewegung aufgezeichnet, der er 15 Jahre hindurch gedient, der er zum guten Teil auf revolutionäre Bahnen geholfen, von der er in seiner besten und wertvollsten Zeit den Antrieb empfangen hat, seine große organisatorische Begabung zum Besten der Arbeiterklasse zu gebrauchen. Daß die Geschichte der revolutionären Jugendbewegung zur Jugendgeschichte Willi Münzenbergs geworden ist, spricht sehr für Münzenberg, und es ist erfreulich zu sehen, wie dieser inzwischen zu in mancher Hinsicht etwas peinlichen Würden emporgestiegene Arbeiterjunge von ehemals in der Erinnerung an seine Sturm- und Drangjahre so lebendig wurde, daß man meint, den roten Kopf und die leuchtenden Augen des Schreibenden vor sich zu sehen. Es ist anständig, daß Münzenberg seine glühende Jugend heute nicht verleugnet und nicht vom Bonzen-thron herab belächelt, sondern sich stolz zu ihr bekennt, auch zu seiner anarchistischen Vergangenheit. So ist ein ehrliches, schönes und kräftiges Bekenntnisbuch entstanden eines Jungen, dem die Konzessionsmacherei der Realpolitik noch nicht beikommen konnte und an dessen frischen Beschreibungen man sich auch dann freuen kann, wenn man seine späteren Wege nicht mehr richtig findet. Die faszinierende Persönlichkeit Lenins hat, was durchaus einleuchtend gemacht wird, die Entwicklung Münzenbergs entschieden, und es ist immerhin bemerkenswert, daß sich der heutige Führer der KPD., dem mit Recht oder Unrecht viel Schuld an deren manchmal gar nicht einwandfreien Propaganda-Methoden beigemessen wird, nicht scheut, Lenin als Verkünder der ketzerischen Mahnung zu zitieren: „Es gibt eine Unmenge von Leuten, die nicht verstehen, daß man weitherziger und kühner, kühner und weitherziger und noch einmal weitherziger und noch einmal kühner unter der Jugend werben muß, ohne sie zu fürchten.“ Und Münzenberg fügt von sich aus hinzu: „Wahrlich, die kommunistische Jugendbewegung hätte heute mehr Mitglieder in der Welt, wenn sich ihre Leiter öfter an diese Worte Lenins erinnern würden.“

Münzenbergs Buch enthält interessante Belege über das erbärmliche Verhalten der sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder in ihrer Beziehung auch zur proletarischen Jugendbewegung. Viel wichtigere theoretische Auseinandersetzungen mit der Haltung der II. Internationale zu den 1914 aufgerollten Problemen finden sich jedoch in dem jüngst im Verlag für Literatur und Politik erschienenen Band XVIII der Sämtlichen Werke von W. I. Lenin, der den Untertitel führt „Der Imperialistische Krieg. Der Kampf gegen Sozialchauvinismus und Sozialpazifismus

1914—1915“. Die politische Persönlichkeit Lenins ist selbstverständlich umstritten, muß umstritten sein als vitalster Ausdruck einer aus jeder Perspektive verändert aussehenden politischen Idee. Vom anarchistischen, von jedem freiheitlichen Standpunkte aus bietet die wirkende Tat des genialen Bolschewisten zahllose Gründe zu heftigstem Widerstand. Völlig unbestreitbar aber ist die ungeheure Energie seines Geistes, das lodernde Temperament seines Willens, die schneidende Schärfe seines Verstandes, die gradlinige Folgerichtigkeit seines Denkens und Handelns. Die vorliegenden Aufsätze stammen aus aktivsten Zeiten seines revolutionären Vorbereitungskampfes und zeigen die verblüffende Logik eines Geistes, der, obwohl gefesselt in der engstirnigen Doktrin des Marxismus, aus der Empörung gegen Verrat, Jämmerlichkeit und Opportunismus fortwährend das helle Feuer einer starken Ueberzeugung hervorstoßt. Die Sozialpatrioten aller Länder werden an diesem Katarakt wütender, bissiger, schonungslos aggressiver und logisch unangreifbarer Peitschenhiebe auf ihre knechtische Kriegspolitik keine Freude haben. Doch werden wir abzuwarten haben, was die Bände der Werke Lenins bringen werden, die den Revolutionär als Staatsmann offenbaren müssen. Der Kriegsband ist für jeden, der an guter Polemik Freude hat, ein Genuß. Der Einleitungsartikel des in ausgezeichnete Buchtechnik ausgestatteten Bandes behandelt übrigens außerhalb des Rahmens seines sonstigen Inhalts in knapper, äußerst verständlicher Darstellung auf nur 45 Seiten die gesamte Lehre von Karl Marx, der auf weiteren 12 Seiten eine umfassende Bibliographie des Marxismus angefügt ist. Echt Lenin: so steht es in der Schrift, — vergleichen wir was ihr daraus gemacht habt! Lenin war ein Kerl mit Zähnen und Krallen; es schadet uns nichts, das zuzugeben.

Eine ganze Reihe Kriegsbücher dichterischer Art ergänzen die polemischen Auseinandersetzungen. Das wichtigste davon, soweit es besonders den Arbeiter angeht, ist der großartige „Roman der deutschen Kriegsflotte“ von Theodor Plivier „Des Kaisers Kulis“ (Malik-Verlag, Berlin 1930). Dies ist erzählende Kunst allerstärkster Art, wahres Erleben, in gedrungener Sprache dichterisch lebendig gemacht. Das Leid der Matrosen, ihre viehische Behandlung durch das eitle, stumpfsinnige, faule, gefräßige und blasierte Pack der Offiziere und der bestimmenden Behörden, ihr dumpfes Geschehenlassen, ihr allmähliches Erkennen, das langsame Anrollen der Revolte in ihren Gedanken, ihren Gesprächen, ihren Disziplinverweigerungen, endlich der Ausbruch aller verhaltenen Wut und die Rache an allem Jammer, aller Entwürdigung, allem Mißbrauch ihres Lebensrechtes, die Rache an vieltausendfachem Mord. Dieses Buch kann in einer Rezension nicht nacherzählt werden; es ist, nicht nur in den eingestreuten wortwörtlichen Zitierungen der Admiräle, Kapitäne, der verlogenen Memoiren ordengeschmückter Leuteschinder, sondern in jeder Zeile wahr, und so ist es recht, daß Genosse Plivier es dem Andenken der standrechtlich ermordeten revolutionären Matrosen Alwin Köbis und Max Reichpietsch widmet. Es ist erfreulich, daß zugleich auch ein, mit dem Kriege nicht zusammenhängender, Novellenband von Theodor Plivier erschienen ist „Zwölf Mann und ein Kapitän“ (bei C. Weller & Co., Leipzig 1930). Seemannsgeschichten, die das außergewöhnliche Erzählertalent des proletarischen Dichters deutlich bestätigen.

Noch ein anderer Arbeiter, der den Berliner Genossen als eifriger Propagandist der Kommunistischen Arbeiter-Partei bekannt ist, hat es unternommen, seine Kriegserlebnisse in Romanform niederzulegen. Es ist der Genosse Adam Scharrer, und sein Werk „Vaterlandslose Gesellen. Das erste Kriegsbuch eines Arbeiters“ (Agis-Verlag, Wien-Berlin 1930) kann insofern als gelungen bezeichnet werden, als es den ganzen Bruch im Hinterland, die erbärmliche Hungerei des Proletariats, die Idiotie des Krieges

an den Leiden des Soldaten im Felde und der Frauen, Kinder und Daheimgebliebenen in die Erinnerung zurückruft. Vor allem wertvoll ist die Schilderung der Haltung jener wenigen Arbeiter bei Ausbruch des Krieges, die auf den Schwindel nicht hineinfielen, des allmählichen Entstehens der unterirdischen Bewegung zur revolutionären Beendigung der Mordorgie für den Bürgerprofit, zum Schluß des Versackens des Krieges in seinem eigenen Unrat. Eine dichterische Leistung hat Genosse Scharrer mit diesem Buche wohl selbst kaum beabsichtigt. Gelungen ist ihm die Wiedererweckung des Greuels, wie ihn denkende und fühlende Proletarier erlebt haben.

Wird in den Büchern Pliviers und Scharrers die Romanform benutzt, um das wirkliche Geschehen dadurch umso kräftiger zu umrahmen, so benutzt umgekehrt Bruno Vogel in seiner Skizze „Alf“ (Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, 1929) den Untergrund der zeitlichen Wirklichkeit, um darauf die Vorgänge seiner dichterischen Erfindung zu malen. Es handelt sich in dieser schönen Erzählung um die erwachende Geschlechtlichkeit junger feinfühligler Menschen, im Zusammenhange damit um die Kritik an falscher und sinnloser Kindererziehung in kleinbürgerlichen Familien, um die Rechtfertigung der homosexuellen Liebe zwischen jungen Menschen und um den Kampf gegen die Vorurteile gerade auf diesem Gebiet. Die zweite Hälfte der Handlung fällt in den Krieg, und in Briefen, die zwischen den beiden Freunden von der Heimat ins Feld und umgekehrt gewechselt werden, treten nun die Erörterungen über die Ruchlosigkeit und die Scheußlichkeit der Zwangsmörderschaft in den Vordergrund. Der Dichter von „Es lebe der Krieg!“ hat mit seinem „Alf“ ein weiteres Zeugnis seines klugen und empfindsamen Geistes abgelegt. Eine menschlich saubere und freiheitliche Gesinnung, erfüllt von werbendem Eifer, sich vor der Welt zu bekennen, hat in klarer und gepflegter Sprache ein erfreuliches Buch geschaffen.

Zu ähnlichem Ergebnis führt die Beurteilung einer Erzählung, in der gleichfalls das Geschehen der Gegenwart mit dem brennenden Leide eines Einzelschicksals beleuchtet wird: „Lazarus. Die Geschichte eines Menschen unserer Zeit“ von Benedikt Fantner (Wien 1929, im Verlag der Buchhandlung Richard Lanyi). Auch hier die trübe Jugend eines „verlorenen Sohnes einer verlorenen Generation“, Soldat, Gefangener in Rußland, Revolutionär, Rotgardist, dann Kämpfer in seiner österreichischen Heimat für die proletarische Sache, wieder dumpfer Prolet in der Gewöhnung an elenden Alltag und schließlich einer der neunzig auf Schobers Geheiß Gemordeten am Tage des Brandes des Wiener Justizpalastes. Ein schmales Bändchen voll heißen Erlebens, voll warmer Verbundenheit mit der Klasse der Armut, voll bitterer Anklage und voll revolutionärer Spannkraft. Fantners Dichtung verdient, von Arbeitern gelesen zu werden.

Platzmangel nötigt zu vorzeitiger Beendigung der Bücherschau. Von einem neuen wichtigen Werk des hervorragenden Statistikers deutscher Justizschande, E. J. Gumbel, dessen Bücher mit ihrer nüchternen Tatsachenaufzählung die erschütterndste politische Geschichtsschreibung der Deutschen Republik zu Eberts Tagen repräsentieren, muß in anderem Zusammenhang ausführlich gesprochen werden. Es heißt „Verräter verfallen der Feme“ (Malik-Verlag, 1930) und stellt wieder das erstaunlichste Material über die Rechtsverhältnisse zusammen, die hierzulande Ruhe und Ordnung sichern. Die Republik der Noske und Geßler — da habt ihr sie in strahlender Schönheit, und wollt ihr sie in ihrer Fortsetzung genießen als die Republik der Hindenburg und Severing, dann sei die kleine Sammlung „Gedichte“ empfohlen, die eben Erich Weinert im Internationalen Arbeiter-Verlag herausgebracht hat. Dieser Gläubrenner unserer Tage hat die Gabe, in leichtflüssigen, gut gereimten und rhythmisch beschwingten Versen Kritik

zu üben, die zugleich Humor und handfeste Ironie und revolutionären Schmiß hat. Auch Weinerts Gedichte werden einmal als historisches Material benutzt werden für die psychologische Durchforschung einer Republik, die ihren monarchistischen Generälen und ihren monarchistischen Richtern ein Gesetz zum Schutz der Republik zur Betreuung übergibt, mittels dessen die Untergrabung der bestehenden Staatsform verhindert werden soll. Die fällige große Zeitsatire steht auf dem Büchermarkt noch aus; aber sie bedarf keines zumftmäßigen Autors: die deutsche Republik schreibt sie sich selber.

Ein Wegbahner

In der Frühe des 11. März ist im Alter von fast 68 Jahren der Begründer der FFF- (Freiland, Freigeld, Freiwirtschaft) Bewegung, Silvio Gesell, einer Lungenentzündung erlegen. Die Nachricht war nicht den Tageszeitungen zu entnehmen, die der am öffentlichen Leben teilnehmende Mensch allmorgendlich nach den wichtigsten Neuigkeiten befragt, sie stand erst nach der Beisetzung in der von dem Toten selbst beeinflussten, seine Gedanken verbreitenden „Letzten Politik“ zu lesen. Das ist kennzeichnend für das stumpfsinnige Getriebe, das die Werte der Welt in dieser unserer Gegenwart für den Hausgebrauch der Spießer zurechthackt. Es wird eine Zukunft kommen, die den geistigen Stand der Deutschen von heute danach bemessen wird, daß das Ableben Silvio Gesells unbemerkt, kaum irgendwo registriert geschehen konnte und ins Leben der Zeitgenossen scheinbar gar keine Lücke riß. Gesells theoretische Leistung ist aber mit dieser blamablen Stille um seinen Fortgang nicht abgetan, und wie bedeutungsvoll die Leistung war, wird dann erkannt werden, wenn sie in der Praxis erprobt werden wird. Gustav Landauer wußte, was er tat, als er vor elf Jahren empfahl, die Revolutionierung des Geldwesens der Räterepublik Bayern dem an Proudhon geschulten, dabei ganz selbständigen Denker Gesell anzuvertrauen. Wäre die bayerische Revolution militärisch siegreich geblieben und hätte sie dem modernen Physiokraten die Verwirklichung seiner Pläne gestattet, so hätte es in Bayern keine Inflation gegeben, und die Enteignung der Kapitalisten wäre vor sich gegangen bei gleichzeitiger Verhinderung der ihnen in Rußland geglückten Schliche, mit Hilfe des wertgesicherten Geldes die Warenzirkulation neuerdings zur Quelle verzinslicher Besitzhäufung zu machen. Gesells Freiland-Lehre ist stark anfechtbar, seine Geldtheorie dagegen scheint berufen, nicht, wie er annahm, das Wirtschaftsregulativ der freiheitlichen Gesellschaft zu werden, wohl aber das Uebergangsverfahren vom kapitalistischen Währungssystem zum geldlosen Kommunismus zu ermöglichen. Silvio Gesell war entschiedener Staatsverneiner. Um aber auch die Beziehungen des positiven Gehaltes seiner Lehre zum Anarchismus im FANAL zur Darstellung zu bringen, ist einer der kenntnisreichsten Schüler des Verstorbenen um einen Artikel gebeten worden und wird bald hier zu Wort kommen. Silvio Gesell war ein sozialer Wegbahner von größtem geistigen Wuchs; der Spott der Börsenpraktiker und das Gelächter der Marxisten können seine Bedeutung als Vorkämpfer gerechter und freiheitlicher Gesellschaftsgestaltung nicht mindern. Die Zeit revolutionärer Verwirklichung wird dem Toten vieles abzubitten haben, was die Zeit dogmatischer Unbelehrbarkeit an dem Lebenden und damit zugleich an sich selbst gesündigt hat. Der Weg der Menschheit zur anständigen Gemeinschaft wird mit mancher Fuhrer Erde aus dem Garten Silvio Gesells gestampft sein.

So leben wir

Das deutsche Proletariat hat wieder einen Monat hinter sich, den es sich schwarz ankreuzen würde, ahnte es, was es durch seine Ereignisse vor sich hat. Aber, da der Vorwärts in jeder Spalte beruhigend versichert: lieber deutscher Arbeiter, es geht dir doch dank der sozialdemokratischen Regierungstätigkeit in deiner Republik immer besser und besser, besänftigt er die Frau, die täglich weniger, täglich übleres auf den Tisch stellt, das Kind, das mehr Margarine auf der Stulle haben möchte, mit dem Trost: da lest es selber, es geht uns doch immer besser und besser. Ueber die Rettung des Vaterlandes durch die Annahme des Youngplanes lange Beweisvorträge halten, hat keinen Zweck. An seinen Früchten sollt ihr ihn erkennen. Manche hätten ihn sogar schon an seinen Knospen erkennen können. Kaum waren in Paris die hauptsächlichsten Bestimmungen punktiert, da wurden in Deutschland massenweise Großbetriebe stillgelegt, Millionen Arbeiter flogen aufs Pflaster, die wüsteste Massenbesteuerung, die je da war, wurde in Hilferdingsda ausgesonnen, die Industrie brüllte nach Kapitalbildung, setzte den Abbau der Sozialunterstützungen durch und verschob Milliarden ins Ausland. Die Sparmaßnahmen wurden durchgeführt und natürlich zunächst die überflüssigsten Ausgaben eingeschränkt, nämlich die, die für Bildung, Gesundheit, Behausung und Reinlichkeit der arbeitenden Massen vorgesehen waren. Dann kam die Diktatur über Berlin — na, bei den nächsten Wahlen werden wir es ihnen aber zeigen! — mit der Auflage, für Stadtfahrten mit jeglichem Verkehrsmittel, für Gas, Elektrizität, Wasser, Mieten die Preise zu erhöhen; zugleich Demonstrationsverbote, vermehrte Abschießung und Niederknüppelung unzufriedener Mitbürger durch die Klassenbrüder im Waffenrock und ähnliche Mittel, die Kreditsperre der Banken zu beheben. Endlich war die Zeit reif für die Befreiung des Volkes durch den Youngplan. Hurra, er ist Gesetz geworden, für die nächsten 60 Jahre ist Eintracht und Glück gesichert, Papa Hindenburg hat selber gemahnt: Kinder, vertragt euch, seid lieb und denkt freundlich an den deutschen Osten, wenn ihr an den Westen zahlt. Stampfer ist glücklich. Damit der Neue Plan aber nicht von bösen Leuten beschädigt werde, wurde er gleich nach seiner Annahme mit Stacheldraht und Paragraphenpanzer umbaut. Die Republik ist jetzt herrlich geschützt, es lebe die Republik! Wie notwendig das Severinggesetz ist, und daß es gar nicht wahr ist, daß es ein Gesetz gegen die Sättigungsgelüste der Arbeiter und der Erwerbslosen sei, erwies sich noch am Tage vor seiner Annahme, als in Oldesloe und Neumünster zwei vorzüglich gearbeitete Höllenmaschinen gefunden wurden, die beide nicht funktionierten, aber die dunklen Machenschaften der Völkischen so deutlich erwiesen, daß das Gesetz gegen die Kommunisten unvermeidlich und unaufschiebbar angenommen werden mußte. Kein Wort mehr von dem süßen Gesetz! Wenn dies Heft erscheint, ist es vielleicht schon verkündet, und es soll doch womöglich noch mehr FANAL-Hefte geben. Seien wir froh, daß wir den Youngplan, seien wir froh, daß wir das Republikschutzgesetz haben. Sie haben es bewirkt und ermöglicht, daß der Reichstag ungestört gleich hinterher zu der Verteuerung von Benzin, Benzol, Kaffee, Tee, Mineralwasser und Tabak die Preise für Brot, Zucker, Frühkartoffeln und so ziemlich alle übrigen Nahrungsmittel durch die Erhöhung der Zölle bis zu 500 Prozent younggemäß hinaufsetzen konnte. Das Brot nämlich muß schon deswegen teurer werden, weil es zu viel Roggen in Deutschland gibt. Davon werden die überschüssigen Mengen jetzt in Magazine verstaubt, wo sie niemand kriegen kann, bis sich das Volk es wegen der verdoppelten Zölle abgewöhnt hat, nach Weizengebäck zu

verlangen. Herr Müller regiert die Republik, Herr Severing schützt sie, Herr Moldenhauer finanziert sie aus den Taschen der Arbeiter und Herr Morgan zulpt ihr die Zitzen leer. Es lebe die Republik!

Der Zug des Herzens

Unser Grzesinski ist nicht mehr — wenigstens nicht mehr der, der er uns war. Jetzt heißt er Waentig, so wie Schacht jetzt Luther heißt (sie sind alle einander wert). Es sieht den lieben Volksgenossen schon ähnlich, daß bei ihnen so ein Grzesinski nicht wegen seiner amtlichen Unerträglichkeit vom Stuhl geworfen wird, nicht wegen seiner stockreaktionären Polizistennatur, nicht wegen seiner im Zweifelsfalle stets gegen die Arbeiterschaft gerichteten Politik, sondern wegen seines privaten Wandels. Der Herr Grützner, von dem im FANAL vor einem Monat in ganz anderer Verbindung die Rede war, bisher Parteigenosse Grzesinskis, fand keinen Schlaf mehr, weil der preußische Polizeiminister seinen Schlaf bei einer illegitimen Gefährtin fand. Es gelang dem sittenstrengen Sozialdemokraten, den sittenlosen Sozialdemokraten aus lichten Höhen in dumpfe Tiefen der Pensionierung hinabzustößen. Aber siehe, seine Partei stieß dafür ihn selber aus ihren Reihen und bekannte sich stolz zu Grzesinskis freiem Liebeslager. Es erheben sich einige neugierige Fragen: Hat Herr Grzesinski während seiner Amtstätigkeit als Polizeipräsident und als preußischer Innenminister niemals einen Beamten oder eine Beamtin entlassen, die einer ähnlich schweinischen Denunziation weichen mußten, wie jetzt er selbst? Ferner: Hat die Sozialdemokratische Partei den Ausschluß des Grützner auch in Erwägung gezogen, als er nicht die Moral gegen einen Minister, sondern französische Soldaten gegen deutsche Arbeiter bemühte? Drittens: Hätte die Sozialdemokratische Partei den übeln Zeloten auch rausgeschmissen, wenn er keinen Prominenten, sondern bloß einen Subalternen, wenn er kein Parteimitglied, sondern bloß einen Kommunisten angespritzt hätte? Endlich: Wird die Sozialdemokratische Partei jetzt dafür sorgen, daß keine Polizei, die von ihren Bonzen kommandiert wird, sich je wieder in der Art des Grützner um Bettangelegenheiten anderer Leute scheren darf, nachdem Preußens oberster Schutzmann mit dem Zuge des Herzens so traurig entgleist ist?

Der Grzesinski von Thüringen ist jetzt Herr Dr. Frick. Der ist zwar nicht unmoralisch, aber höchst unartig. Ach Gott, was der Tugendlehrer Severing mit dem Hakenkreuzsakerment für Verdruß hat! Der Mann springt in Weimar mit der Weimarer Verfassung um, als ob sie für ihn gemacht wäre. Er streichelt die Adler und Falken, als ob sie Reichsbannerleute wären und bringt gar seine Parteigenossen in thüringische Aemter und Würden, was doch den Severingkämpfern nie einfallen würde. Frick möchte nun auch noch seinem Freunde Hitler die Reichsangehörigkeit verschaffen, was die Internationalisten gar bitter empört; wozu gibts denn Landesgrenzen? Uebrigens sollte sich unsereiner mal erdreisten, die Schnauze gegen die republikanischen Regierer so weit aufzureißen wie der Erwecker Adolf, — wir würden zwar auch nicht ausgewiesen, aber dafür im Lande gründlich eingebuchtet. Allerdings folgt Herr Frick dem Zuge seines Herzens bloß, soweit es die Berliner ärgert, des Schicksals Stimme hingegen läßt ihn die Gesetze hantieren wie andere Minister auch, für das Kapital, gegen die Begehrlichkeit der Besitzlosen.

Das Auge der Berliner Polizei wacht nach wie vor hinter dem Zörgiebfenster. Aber ihr Knüppel waltet auf den Straßen und ihre Flinte

kracht, wo die Armut den Reichtum belästigt. Der Zörgiebel ist ein gewissenhafter Mann; er wollte seine Lieben nummerieren, damit er sie auch belohnen könnte, wenn Publikum feste Dresche bekommt. Es ist doch hübsch, wenn man es gleich dem Sanitäter sagen kann: der Schutzmann 897 war's. Es hat nicht sollen sein. Die Blauen sind keine Gennats, die ihre segensreiche Tätigkeit mit ihrem Namen in die Bücher der Geschichte eintragen lassen wollen. Jeder ein unbekannter Soldat, der dir mit namenlosem Schneid die Patrone in die Kaldaunen brennt. Du aber, dem der Schädel klafft und die Knochen splintern, frag nicht, wer es war, spüre in jedem Schlag, in jedem Schuß, in jeder Träne, die dir demnächst das Gas der öffentlichen Sicherheit aus den Augen pressen wird, den Meister selbst, deinen Maifestordner Zörgiebel. Es ist seine Knyte, die dich schlägt, es ist seine Knarre, die dich fällt, und was dich ins Kittchen zerrt, es ist der Zug seines Herzens.

Vorläufige Bemerkung

Der Bücherbesprechung wegen mußte in diesem Heft auf die Beschäftigung mit den reizvollen Gepflogenheiten, welche diese Republik unter dem Namen „Recht“ zieren, verzichtet werden. Dabei wären gerade dieses Mal recht bemerkenswerte Vorgänge zu behandeln gewesen. Der infame Mord, dem ein armer junger Mensch in der „Fürsorge“-Anstalt in Scheuen zum Opfer fiel und an dem die Schuld selbstverständlich wieder von den sozialdemokratischen Ordnungshütern von den Menschenschindern weg auf die Geschundenen abgeladen wurde, hat von neuem gezeigt, welche Eignung der Staat besitzt, die Jugend zu erziehen. Ohne die zwangsweise Ueberführung eines unschuldigen kleinen Kindes aus der Obhut einer guten Pflegemutter in die Hände verelendeter Eltern, die das Kleine nicht haben wollten und nicht lieben konnten, weil der Kapitalismus ihre Natur vergewaltigt und verdorben hat, — ohne das Eingreifen des Staates in diese Schicksale wäre ein hoffnungsfrohes Menschenwesen mehr, wären zwei arme Zuchthäusler weniger in Deutschland. — Die Kommunistenverfolgungen gehen weiter: bis jetzt sind 31 Redakteure in Untersuchungshaft. Es gibt also sehr viel Gründe, den Justizorganen aufmerksam auf die Finger zu sehen. Auch darf sich Herr Erich Kuttner darauf verlassen, daß seine niedrige Beschimpfung des zu Tode kurierten Genossen Kobitsch-Meyer und des ausgezeichneten revolutionären Kämpfers Rudolf Margies nicht stillschweigend hingenommen werden wird. Daß Margies noch im Gefängnis sitzt und Kobitsch-Meyers Mund gegen Kuttnersche Anwürfe stumm gemacht ist, ist nämlich bedeutend wichtiger, als daß die Müller und Severing ingend welchen anderen Reaktionären ihre wohl-dotierten Staatsfunktionen überlassen müssen.

Halbjahresabonnenten!

Die bis zum 10. April nicht eingezahlten fälligen Bezugsgebühren werden durch **Nachnahme** eingezogen. Wir bitten, uns überflüssige Kosten zu ersparen und das Geld bereit zu halten.

Geschäftsstelle des FANAL.

Gedenkveranstaltung

anlässlich des 60. Geburtstages unseres ermordeten
Kameraden Gustav Landauer

**Mittwoch, 9. April, 19,30 Uhr, im Deutschen Vereinshaus,
Berlin NO 18, Landsberger Str. 89, Eing. von der Kleinen
Frankfurter Straße 11, Portal I.**

Rezitative und musikal. Darbietungen

Referent: Helmut Rüdiger,
Wilhelm Spohrs (Persönliche Erinnerungen).

Genossen, erscheint zahlreich!

Arbeitsbörse Gr.-Berlin. Anarch. Vereinigung Berlin.

Sämtliche Landauerliteratur — Jahrgänge sowie Einzel-
hefte des „Sozialist“ sucht: Heimhofbücherei Wien XV,
Wurmsergasse 45/47, Oesterreich.

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft: regelmäßig Donnerstags, 19 $\frac{1}{2}$
Uhr, im Lokal Köhler, Neu-
kölln, Ziethenstr. 64.

Donnerstag, den 3. April, Vortrag von Fritz Linow:
„Zur Soziologie von Partei und Gewerkschaft.“

Das Erscheinen aller Kameraden wird erwartet!

Quittung über Spenden für FANAL

Anarchistische Jugend Berlin	10,— Mark
Anarchistische Vereinigung Berlin	33,— „
Eine Hofpropaganda	20,— „
Sammelliste Lothar Tuchler, Berlin	23,— „
Fabijanowic, New York	25,— „
Jos. Ishill, New Jersey, durch M. Metzkw	5,95 „
Jak. Heintz, Emil Heffel, Heinrich Bauer, Cleveland, durch M. Metzkw	3,— Doll.
Zwei ungen. Detrouiter, durch M. Metzkw	2,— „
Max Metzkw, Brooklyn / New York	1,— „
G. Müller, Meßbach	5,— Mark
Börder, Lüttgendortmund	8,— „

Genossen allerorts, fordert Sammellisten vom Verlag!

Kameraden! Jugendgenossen!

Es ist nicht gleich, wo Ihr kauft! Deckt Euren Bedarf nur dort, wo Ihr wißt, daß der Verdienst nicht Eurem Klassengegner zugute kommt.

Unser Unternehmen ist aus dem Wirtschaftswillen freiproletarischer Jugend entstanden. Als Grundlage dienen uns die 10 Artikel von Landauers Sozialistischem Bund.

Wir wenden uns an Euch, uns zu unterstützen. Gegenseitige Hilfe ist notwendig.

Übt Solidarität!

Wir haben ständig vorrätig:

Fahrtstiefel, Sandalen, Festschuhe
Gymnastikschuhe, Turnschuhe
Rucksäcke, Tornister, Brotbeutel
Zeltbahnen, Wolldecken, Schlafsäcke
Lumberjacks, Trainingsanzüge
blaue Manchesteranzüge, Aermelwesten
Hosen, Kittel, Sporthemden
lange schwarze Strümpfe, Stutzen
Baretts, Skimützen, Baskenmützen
Lodenmäntel, Windjacken
Aluminiumartikel, Zeltzubehör

ferner: Gute Bücher aller Wissensgebiete
Zeitschriften, Kunstkarten, Kunstmappen
gerahmte Bilder, Wandkalender

außerdem: Broschen, Anhänger, Leuchter
einwandfreies Spielzeug

sowie: Gesunde Nahrung, Fruchtsäfte
Seifen, Hautöle u. a. Körperpflegemittel

Mach Dir zum Prinzip:

Alles aus den Fackelstuben.

DIE FACKELSTUBEN Gemeinnütziges
Unternehmen d. Jgd.

Berlin C 2, Klosterstr. 62 (gegenüber dem Stadthaus).

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Mai 1930 (Gedicht) — Kunst und Pro-

letariat Ist Anarchie möglich? (von

Alex. Berkman) — Jahrmakt der Ge-

rechtigkeit — Revolution in Indien

Die Papagelenkrankheit

NR. 8

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

MAI 1930

Brennende Erde

Verse eines Kämpfers

VON **Erich Mähsem**

Das Buch, daß die Gedichte unseres Genossen aus der Kriegs- und Revolutionszeit enthält, ist aus dem Kurt Wolff-Verlag von uns übernommen worden. Wir freuen uns, allen Genossen und Freunden mitteilen zu können, daß wir den Preis für das revolutionäre Werk erheblich herabsetzen konnten. Das Exemplar kostet jetzt

broschiert Mark 1.— (früher Mark 2.—)

gebunden Mark 2.— (früher Mark 3.40)

Wir rechnen mit reichlicher Bestellung.

Gilde freiheitlicher Bücherfreunde.

Bezieht Bücher durch die Geschäftsstelle des FANAL

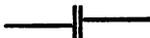
Kind und Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch

von B. Liber, New-York

(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“



Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des FANAL. Abonnenten des FANAL erhalten durch diese auf Wunsch Zahlungserleichterung

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 8

Mai 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,25 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchlüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 812.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Mai 1930

*Ihr dürft mit Maiengrün die Mützen zieren.
Nun wallt — ihr dürft's — mit Massenkampfgesang
Im Zug straßauf, straßab die Stadt entlang.
Sie gaben euch Erlaubnis zu marschieren.*

*Zieht zu den Gräbern auch in Friedrichsfelde,
Legt rotbeschleifte Kränze in die Reih,
Dass den Gefallenen vom vorigen Mai
Ein Gruß den Marsch der Lebenden vermelde.*

*Und fragen euch die toten Kameraden:
Wie nützet ihr das blutgedüngte Jahr?
So schlagt euch an die Brust, entblüsst das Haar
Und sprecht nicht viel von jenen Barrikaden. —*

*Habt ihr sie, ihr Millionen, aufgeschichtet?
Habt ihr getrotzt der Geißel von Berlin?
Ihr liest die Wenigen ins Verderben ziehn
Und habt wie sonst der Reichen Werk verrichtet.*

*Ihr liest im Elend Tag um Tag verfließen;
Ihr seht sie heut noch mächeln allesamt,
Die Mai-Verbieter, alle noch im Amt,
Das sie befugt, Proleten zu erschliessen.*

*Nun lasst im Friedhof euer Lied erschallen
Vom Proletariertag, vom ersten Mai,
Vom nahen Ende aller Tyrannei . . .
Man hat's euch ja erlaubt hinaus zu wallen.*

Kunst und Proletariat

Der Gegensatz zwischen anarchistischer und marxistischer Weltanschauung beruht zum geringsten Teil auf der verschiedenen Beurteilung gesellschaftlicher Grundfragen. Soweit diese Fragen ökonomischer Natur sind, besteht sogar weitgehende Uebereinstimmung. Die Klassenscheidung der Staaten durch den Kapitalismus wird gleichmäßig zum Ausgangspunkt des Kampfes gemacht, das Proletariat gilt kraft seiner gesellschaftlichen Funktion als bloßes Ausbeutungsobjekt der besitzenden Klasse und wird somit für die Aufgabe ausersehen, in korporativem Ansturm, aber auf die eigene Tat gestellt, die Einrichtungen, die sein Sklavenschicksal ermöglichen, zu zerstören; die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden und an Produktionsmitteln und deren sozialistische Vergesellschaftung ist zum Ziele gesetzt. In den Lehrmeinungen, welche die organisatorische Zusammenfassung der Klassenkampfkräfte, die Kampfformen und die sozialistische Weltgestaltung der Zukunft betreffen, bestehen allerdings weitreichende Unterschiede, doch brauchten sie, wo zum revolutionären Umsturz entschlossene Anarchisten und Marxisten in Betracht kommen, die Kameradschaft nicht zu hindern, wenn ihre Quellen nicht viel tiefer lägen als in akademischen und taktischen Auffassungen. Die Unvereinbarkeit des Anarchismus und des Marxismus wurzelt in ihrer entgegengesetzten Stellung zum Menschen als Einzelwesen, mithin in ihrer seelisch-geistigen Haltung allgemein, aus der sich wiederum die Beziehung der beiden sozialistischen Lehren zur Kernfrage aller menschlichen Gemeinschaft ableitet: Welche Bedeutung wird der selbstverantwortlichen Persönlichkeit zur Beeinflussung des gesellschaftlichen Geschehens eingeräumt? Dies ist zugleich die Frage nach der individuellen Freiheit im organischen Getriebe, ist die Frage nach der Rolle des Geistes in der Mechanik des öffentlichen Lebens. Die Entscheidung zwischen Anarchismus und Marxismus im Ringen um die Gestaltung der menschlichen Gesellschaft muß auf dem Turnierplatz der geistigen Kultur erkämpft werden.

Die Lehre des Karl Marx geht von der Erkenntnisgrundlage aus, daß die Produktionsverhältnisse, die in ihrer Gesamtheit die ökonomische Struktur der Gesellschaft bilden, „die reale Basis“ seien, „worauf sich ein juristischer und politischer Ueberbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt“. (Marx, Zur Kritik der politischen Oekonomie.) Das ist die soge-

nannte materialistische Geschichtsauffassung, die also die jeweilige Entwicklungsstufe der materiellen Produktion zum einzigen und immer anwendbaren Maß aller gesellschaftlichen Erscheinungen machen will. Alle Umwälzung im gesellschaftlichen Leben wird mit folgerichtiger Einseitigkeit aus dem Widerspruch erklärt, in dem allmählich die Produktivkräfte mit den Produktionsverhältnissen geraten, und die „juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz ideologischen“ Bestandteile des „Ueberbaus“ sind nur die Formen, „worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten“. Die notwendige Wirkung einer solchen Einschätzung der geschichtlichen Bewegungskräfte der Menschheit war — je fester der Marxismus sich als anerkannte Doktrin bei den Sozialisten der verschiedenen autoritären Richtungen einnistete, umso unvermeidlicher —, daß die natürlichen Empfindungen der Leidenschaft, ohne deren ungehemmte Ursprünglichkeit nie ein Kampf gelingen kann, von einem verheerenden Wissenschaftsdünkel umnachtet wurden. Dem Proletariat fror Herz und Galle ein, da es sich einreden ließ, man dürfe diese Organe zum Tun und Lassen nicht zu Rate ziehen, ehe man nicht unter dem Mikroskop untersucht habe, worauf ihre Erregbarkeit beruhe. „Das Sein bestimmt das Bewußtsein!“ Bis zum unerträglichen Ueberdruß plärren es einem die von solchen Schlagworten, die, aus den großen Zusammenhängen herausgenommen, nichts als Redensarten sind, bewußtlos gemachten marxistischen Vorzugsschüler entgegen, wenn man sie mahnt, ihr Bewußtsein, nämlich ihr Leiden und Sehnen, ihr Hassen und Lieben, ihr Wollen und Beschließen „das Sein“, nämlich die Wirklichkeit einer neuen Menschengemeinschaft, bestimmen zu lassen. Alles Geistige ist den Anhängern dieser trockenen Lehre nur ein nebensächlicher Ausdruck materieller Gegebenheiten, alle sittliche Vernunft ökonomischer Zweckmäßigkeit untergeordnet, alle Begeisterung und seelische Erhebung unstatthaft, sofern sie die Schranken wissenschaftlicher Billigung durchbricht.

Die anarchistische Lehre setzt demgegenüber die individuelle Freiheit der gesellschaftlichen Freiheit gleich. Das bedeutet in Beziehung auf den historischen Materialismus die Verneinung von Formeln, welche das Verhalten der Menschen in die erzwungene Abhängigkeit schicksalhaft verhängter Zustände zu bringen versuchen. Das, was Marx „das gesellschaftliche Sein“ nennt, bestimmt „das gesellschaftliche Bewußtsein“ durchaus in keinem höheren Maße, als es selbst aus dem gesellschaftlichen Bewußtsein der Menschen geworden ist. Nach dem an der zitierten Stelle ausdrücklich verkündeten Glaubenssatz seiner materialistischen Auffassung „gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige

Verhältnisse ein“, und zwar „Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen“. Das ist Determinismus — Lehre von der Unfreiheit des Willens und der vorbestimmten Notwendigkeit alles Geschehens — in reinsten Ausprägung. Eine solche Lehre ist allerdings unvereinbar mit jeglichem Freiheitsgedanken. Ist es wahr, daß der Wille der Menschen gebunden ist an kraß materielle Tatsächlichkeiten, dann ist jeder Appell an das Gefühl der Opfer dieser Tatsächlichkeiten, an ihre menschliche Würde, an ihr Bewußtsein auf das Recht der Persönlichkeit verlorene Windmäherei, dann muß man sich in der Tat auf den wissenschaftlichen Nachweis beschränken, daß wieder einmal eine Entwicklungsstufe erreicht sei, wo „die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen“ geraten sind, weshalb nunmehr das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein der Menschen zur Ausführung der fälligen sozialen Revolution zu bestimmen habe. Wir Anarchisten sehen Wesen und Wirkung der „vorhandenen Produktionsverhältnisse“ nebst ihrem Widerspruch zu den Bedürfnissen derer, die die Produktion verrichten, nicht minder klar als Marx und seine Herolde. Nur scheinen uns das lebendige Menschen zu sein und nicht bloß „materielle Produktivkräfte“, und der Widerspruch scheint uns nicht nur darin zu bestehen, daß ein ökonomisches Mißverhältnis vorliegt, das zeitgemäß eingelenkt werden müsse, sondern darin, daß allgemeine seelisch-geistige, in der Menschennatur selbst begründete Ansprüche, Kulturforderungen der nach Freiheit verlangenden Persönlichkeit von Einrichtungen vergewaltigt werden, die nicht als „gesellschaftliches Sein“ zu entschuldigen, sondern als üble Menschenveranstaltungen von denkenden und fühlenden Menschen auszurotten sind.

Der Marxismus, den Gustav Landauer „die Pest des Jahrhunderts und den Fluch des Sozialismus“ nannte, beherrscht fast unbelästigt die gedankliche Welt der dem Kapitalismus abgeneigten Zeitgenossen. Der durch die Fron des täglichen Lebens zum Denken gebrachte Arbeiter, tausendfach betrogen von religiösen und unreligiösen Augenverdrehern, die irgendeinen wohlriechenden Idealismus als Trost im Elend gewinnbringend verschleifen, befreundete sich begreiflicherweise gern mit einer Idee, welche frei von allem übersinnlichen Mystizismus, die harte Erkenntnis, woher Not, Leid und Unrecht in seinem eigenen Erleben quoll, dem kritischen Bewußtsein als Lenkstange zuteilte. Er empfindet marxistisch insofern, als er nicht mehr wünscht, als sein wirtschaftliches Los wirtschaftlich zu erfassen und auf wirtschaftlichen Wegen zu ändern; mit den übrigen Ansprüchen des Marxismus, als allgemeine Denkmethode und unfehlbares Mittel zur Ergründung sämtlicher Welt-

rätsel und Daseinserscheinungen anerkannt zu werden, hat er nichts zu tun, da ihn nach dergleichen Universalrezepten garnicht verlangt. Um so heftiger krallt sich der sogenannte „Intellektuelle“ an den philosophisch-formalistischen Aufstellungen des Marxismus fest; hier hat er hinreichend Fremdwörter, die ihn der Mühe überheben, einmal Vorgedachtes durch eigenes Nachdenken zu berichtigen oder zu erweitern, beziehungsweise sein Intellektuellentum in ein wenig Geistigkeit umzusetzen. Er befließt sich der Literatur, der Kunst oder der Kritik an diesen erhabenen Aeußerungen menschlichen Schaffensdranges, ist aber, als moderner Denker selbstverständlich historischer Materialist, weit entfernt, den kulturellen Werten des Lebens andre als nur materielle Zwecke, dem geschlossensten Ausdruck der Persönlichkeit andre als nur unpersönliche Befugnisse zuzubilligen.

Der Marxismus hat, seit er als große Mode der Gebildeten getragen wird, in den Bezirken der künstlerischen Kultur unbeschreibliche Verwirrung angerichtet, und es gilt, im Namen des Sozialismus, der nicht allein eine wirtschaftliche Regelung von Arbeit, Verbrauch und Verkehr bedeutet, nicht allein die Befreiung des Proletariats aus ökonomischer Verknechtung, sondern vor allem die Neugestaltung der geistigen und seelischen Beziehungen der Menschen untereinander, die kulturelle Nahrung der Arbeiterschaft der unverdaulichen Zubereitung marxistischer Systemkocher zu entziehen. Es ist eigentümlich, daß die schreckliche Geistlosigkeit der einförmigen Anwendung eines als wissenschaftlich ausgegebenen Urteilsverfahrens auf alle Daseinsgebiete in der Kunst nicht zur Vereinfachung des Verständnisses für ihre Werte beim Proletariat geführt hat, sondern im Gegenteil zur Auflösung der künstlerischen Genußfähigkeit; nicht zu der beabsichtigten Vereinheitlichung des künstlerischen Geschmacks nach bestimmten Zweckgesichtspunkten, sondern im Gegenteil zur Verrottung und Verluderung des gesamten künstlerischen Empfindens und zur Heranzüchtung einer völlig verworrenen, verdorbenen und dabei jämmerlich anspruchslosen Geschmacksbanalität.

Niemand glaube, daß den Arbeitern hier etwa an Stelle der ihnen neuerdings als „proletarische Kunst“ gebotenen Kost der alte nahrhafte Brei aus der bürgerlichen Gemütsküche empfohlen werden solle. Es versteht sich ganz von selbst, daß die Spaltung der Gesellschaft in zwei von vollkommen entgegengesetzten Interessen geleiteten Klassen im geistigen und kulturellen Leben einen nicht weniger kämpferischen Ausdruck finden muß als in der wirtschaftlichen Lebensführung. Das bezieht sich aber durchaus nur auf die inhaltliche Tendenz, keineswegs auf die formale Fassung, geschweige auf das dynamische Wesen der Kunst selbst. Es ist — hiervon war

schon einmal in dem Artikel „Der Geist der Freiheit“ die Rede (vgl. FANAL, III, 4, Januar 1929, S. 77) — lächerlicher Unfug, von proletarischer Kunst zu reden. Es gibt Kunst, die Proletarier tiefer bewegt als gesättigte und ästhetisch gerichtete Bürger, weil der künstlerisch behandelte Gegenstand dem Arbeiter nahe-, dem Bourgeois fernliegt. Es gibt Kunst, die von werktätigen und ausgebeuteten Menschen geschaffen ist, und diese Kunst kann manchmal dem Geschmacksbedürfnis der Bankiersfrauen viel besser entsprechen als dem der Klassengenossen des Künstlers, während vielleicht das Werk eines Adligen oder eines millionenschweren Mannes, dessen dichterischer Genius von sozialen Erregungen zittert, unmittelbar an das Klassengefühl des Proletariats greift. Der Begriff der Kunst bleibt dabei ganz unberührt, er steht im Gegensatz zur Unkunst, zum Kitsch und bezeichnet die Aeüßerung einer mitteilungsbedürftigen Natur, die sich mit Hilfe bildhafter Uebertragung durch Sprache, Ton, Farbe, Form, Bewegung, Mimik in streng gebändigtem Ausdruck unmittelbar an das Gefühl der Mitmenschen wendet. Das eben unterscheidet Kunst von jeder andern Art der Einwirkung auf die Menschen, daß ihre Mittel nicht die der logischen Ueberführung, sondern die der seelischen Erschütterung, Erhebung, Zerknirschung oder Begeisterung sind. Das Proletariat ist eine von den Besitzenden unterworfenen Menschenklasse, keineswegs aber eine von jenen im Wesen unterschiedene Menschengattung. Die herrschenden Klassen haben die Kultur geschaffen, die den geistigen Stand der Gegenwart bezeichnet — beschränkte sich der Marxismus auf diese Feststellung, statt von ihr die fatalistische materialistische Geschichtsauffassung abzuleiten, dann wäre gar nichts dagegen einzuwenden —; die Kapitalisten bestimmen überdies die geistige Ausbildung, die das Arbeiterkind erfährt; von eigenen Lebensformen des Proletariats kann daher in geistigem Betracht überhaupt keine Rede sein. Auch wird es niemals eine proletarische Kultur geben; denn daß es Proletariat gibt, ist an und für sich eine Kulturwidrigkeit, und aller proletarische Kampf, der auf neue Gesellschaftsformen abzielt, kann nur den Sinn haben, diese abscheuliche Kulturwidrigkeit aus der Welt zu schaffen und die klassenlose Menschengemeinschaft an ihre Stelle zu setzen. Soweit die Kunst in den Dienst revolutionärer Ziele des Proletariats genommen werden soll und sie soll es wahrhaftig! sie soll es viel gründlicher als bisher! —, muß es die Kunst sein, welche aus der gegenwärtigen Kultur erwachsen ist. Eine neue Kultur nämlich kann erst entstehen, wenn dazu die Bedingungen, nicht etwa nur die ökonomischen, sondern die seelischen, die geistigen, die moralischen Bedingungen durch völlig gewandelte Beziehungen zwischen den Menschen geschaffen sind. Genau so, wie die für bürgerliche Zwecke ersonnenen Ma-

schinen, Waffen und Geräte aller Art keine Konstruktionsveränderungen brauchen, um den Zwecken des Proletariats ebensogut dienstbar sein zu können, verhält es sich mit der Kunst. Wer sie bedient, mit welcher Absicht sie bedient wird, ist entscheidend.

Manche revolutionären Dichter verkrampfen die deutsche Sprache und bilden sich ein, sonst würde ihre Kunst nicht revolutionär. Manche revolutionären Maler verkleben und verschmieren die Leinwand und bilden sich ein, der gesellschaftliche Umsturz müsse mit der Notzüchtigung der neun Musen beginnen. Die Wirkung ist, daß solche Kunst vom Proletariat schon nicht verstanden, erst recht nicht vom leidenschaftlichen Empfinden seines Weltgefühls aufgenommen wird. Die bürgerliche Sensationsmeute stürzt stattdessen drüber her, und was sich als proletarisch-revolutionäre Form ausgespielt hat, erweist sich als bloße Formlosigkeit und damit als Verfallserscheinung der bürgerlichen Gesellschaft. Ganz schlimm ist, daß durch die Versuche, den revolutionären Geist der Kunst vom aufrüttelnden Inhalt auf die verbildete Form abzulenken, der künstlerische Sinn des Proletariats vielfach verdorben und als Aufnahmegefäß starker seelischer Eindrücke unbrauchbar gemacht worden ist. Wohl wehrten sich die Arbeiter hin und wieder gegen die unverständlichen Verse und die verschrobenen Linien, die ihnen als angemessener künstlerischer Ausdruck ihrer Sehnsucht besichert wurden, aber ihr Verlangen, den Willen zu Freiheit und Gerechtigkeit nun im Spiegel geschliffener Kunst bestätigt zu erhalten, erfuhr keine Befriedigung. Man tat einfach, als ob nunmehr die agitatorische Tendenz in unverfälscht vorschriftsmäßiger Programmfassung durch sich selbst alle Anforderungen „proletarischer Kunst“ erfülle, und so wurde der in schlechte Rhythmen zerhackte, regellos gereimte oder auch barbarisch gezeichnete Parteileitartikel zum künstlerischen Seelenfutter des Arbeiters erhoben.

Tendenzkunst ist, mit Verlaub, gar nichts Neues, sondern etwas zu allen Zeiten und für alle Klassen Selbstverständliches. Jede Bewegung zu neuen Zielen, jede Rechtfertigung geltender Gebräuche und Zustände hat sich von jeher der Kunst zu Werbezwecken bedient. Nur war früher stets höchste künstlerische Gestaltung selbstverständliche Vorbedingung der Wirkung. Neu an der den Proletariern von heute wie eine erschütternde Offenbarung vorgepredigten revolutionären Tendenz in der Kunst ist nur die unsägliche Armut des Dargebotenen im künstlerischen Wert. Die proletarische Kunstkritik aber erschöpft sich in der Beurteilung der Werke nach ihrer linientreuen Gesinnungstüchtigkeit. Nachher wundert man sich, daß die temperamentvollsten Arbeiter, das sind immer zugleich diejenigen, die das glühendste Bedürfnis nach dem getragenen Ausdruck ihrer Gefühle haben, um nicht innerlich zu veröden, nach vergange-

nen Kunstschöpfungen langen wo sie nicht mehr die Tendenz ihres Revolutionswillens finden, sondern die Weihe der Zufriedenheit mit idyllischen Kleinbürgerceien. Uebrigens gibt es nichts Dümmeres, als vor Arbeitern die großen Dichter und Künstler der Vergangenheit zu verleugnen und zu lästern. Sie haben alle ihre Zeit klarer verstanden als unsere klassenbewußten Intellektuellen die ihrige, und haben zum Teil soviel von Freiheit gewußt, daß mancher historische Materialist, der sich in lichten Stunden die Fähigkeit gewahrt haben mag, von der Zukunft zu träumen ohne sie aus den Produktionsverhältnissen auszurechnen, die sittliche Erhöhung bei ihnen wird einatmen können, die zur Revolution mindestens so unentbehrlich ist wie die genaue Kenntnis der „realen Basis“, worauf sich der „ideologische Ueberbau“ erhebt.

Agitatorische Kunst ist gut, ist notwendig, ist in Kampfzeiten wie der Gegenwart Lebensbedarf des Proletariats. — aber sie muß Kunst sein, gekonnte, durchseelte, glühende Kunst. Alle Kunstformen haben agitatorische Möglichkeiten, — aber keine in dem Maße wie die Bühnenkunst. Auf dem Theater führen lebendige Menschen lebendige Leidenschaft vor; hier ist mehr als irgendwo die Möglichkeit, mit wahrer Kunst wahre Ueberzeugung zu vermitteln; hier kann die Idee des revolutionären Arbeiters verwirklichte Gestalt annehmen. „Die Schaubühne ist mehr als jede andre öffentliche Anstalt des Staats eine Schule der praktischen Weisheit, ein Wegweiser durch das bürgerliche Leben, ein unfehlbarer Schlüssel zu den geheimsten Zugängen der menschlichen Seele. Ich gebe zu, daß Eigenliebe und Abhärtung des Gewissens nicht selten ihre beste Wirkung vernichten, daß sich noch tausend Laster mit frecher Stirn vor ihrem Spiegel behaupten, tausend gute Gefühle vom kalten Herzen des Zuschauers fruchtlos zurückfallen — ich selbst bin der Meinung, daß vielleicht . . . Karl Moors unglückliche Räubergeschichte die Landstraßen nicht viel sicherer machen wird, — aber wenn wir auch diese große Wirkung der Schaubühne einschränken, wenn wir so ungerecht sein wollen, sie gar aufzuheben — wie unendlich viel bleibt noch von ihrem Einfluß zurück! Wenn sie die Summe der Laster weder tilgt noch vermindert, hat sie uns nicht mit denselben bekannt gemacht? — Mit diesen Lasterhaften, diesen Toren müssen wir leben. Wir müssen ihnen ausweichen oder begegnen; wir müssen sie untergraben oder ihnen unterliegen. Jetzt aber überraschen sie uns nicht mehr. Wir sind auf ihre Anschläge vorbereitet. Die Schaubühne hat uns das Geheimnis verraten, sie ausfindig und unschädlich zu machen. Sie zog dem Heuchler die künstliche Maske ab und entdeckte das Netz, womit uns List und Kabale umstricken. Betrug und Falschheit riß sie aus krummen Labyrinthen hervor und zeigte ihr schreckliches Angesicht dem Tag.“

So kennzeichnete schon der fünfundzwanzigjährige Schiller die Wirkungsmöglichkeiten des Theaters („Die Schaubühne als eine moralische Anstalt betrachtet“, 1784). Was damals vom Einfluß der Bühne auf die gesellschaftliche Geltung der bürgerlichen Tugenden gesagt wurde, ist heute ohne weiteres übertragbar auf alles, was mit politischer Gesinnung zusammenhängt.

Zu keiner Kunstform hat das Proletariat eine so starke Beziehung wie zur Schauspielkunst. Grade hier und nur hier ist sogar proletarischer Einfluß förderlich bemerkbar geworden. Die heftigen Konflikte der Mitgliedschaft der Berliner Volksbühne mit der Leitung sind aus der von unten herauf laut erhobenen Forderung entstanden, statt Unterhaltungstheater politisches Theater zu sehen. Es bleibt ein hohes Verdienst Erwin Piscators, die Erfüllung dieser Forderung zu einer Lebensaufgabe gemacht zu haben. Ob er die Aufgabe im Einzelnen richtig erfaßt hat, ob er überall von zuverlässigen Einsichten in die gebotenen Mittel zur Erreichung seines Zwecks geleitet war, ob ihn stets Klugheit, Kraft der Persönlichkeit und ideelle Unbefangenheit einwandfrei beraten hat, ist weniger bedeutungsvoll als die unzweifelhafte sittliche Ueberzeugung von seiner Mission und der fanatische Wille, zugleich dem Proletariat zu dienen und Kunst zu leisten. Das Buch, in dem Piscator sein Unternehmen von den Anfängen her beschreibt und mit sympathischer Besessenheit verteidigt („Das politische Theater“, Adalbert Schultz Verlag, Berlin 1929), läßt viele Zweifel zurück, ob der Mann immer auf dem rechten Wege war, keinen an der vollkommenen Ehrlichkeit des Mannes. Dem Untergang der Piscator-Bühne am Nollendorfplatz, der ihr Schöpfer verständlicherweise bitter nachtrauert, sind bei den künstlerisch interessierten Proletariern Berlins nicht viele Tränen gefolgt. Warum es so war, spricht Piscator selber aus: „Sah sich das Bürgertum schließlich in einer Sensation enttäuscht, so bemängelten die Wortführer des Proletariats die Haltung des Theaters, weil sie ihnen nicht revolutionär genug erschien.“ Ganz richtig; das haben alle empfunden, die es mit dem Gesinnungstheater gut meinten — und übrigens auch alle, die ihm übel gesinnt waren. Die Gründe, die Piscator hierfür aufzählt, erklären viel, aber entlasten nicht restlos. Die „Bedingtheiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ wurden im FANAL schon bei der Gründung der Bühne vollauf gewürdigt („Proletarisches Theater“, II, 1, Oktober 1927, S. 23), sie traten ja aber nicht erst im letzten Stadium in Erscheinung. Sie hätten den Versuch allein nicht zu Fall gebracht. Wichtiger und begründeter ist Piscators Klage, daß keine geeigneten Bühnenwerke zur Verfügung standen. Aber vielleicht wäre auch dieser Uebelstand weniger fühlbar gewesen, wenn nicht an das revolutionäre Drama grundsätzliche Anforderungen gestellt worden

wären, deren Nichterfüllung so streng beurteilt wurde, daß lieber unrevolutionäre Stücke gewählt wurden, die die Anforderungen erst recht nicht erfüllten. Ich spreche nicht aus gekränktem Autorenstolz, wenn ich mein eigenes Bühnenwerk „Judas“ nenne. Piscator bezeichnet es als „ein Stück, das mit gesunden Theatermitteln ohne Prätention das Judas-Problem auf die Arbeiterbewegung übertrug“. Er bescheinigt ihm, daß es „in der Öffentlichkeit so große Anerkennung gefunden“ habe, daß die Notgemeinschaft, die das Theater nach dem Zusammenbruch weiterführte, „sich entschloß, es im Abendspielplan fortzuführen“. Das war im heißesten Hochsommer und nachdem die Proletarier schon verärgert dem Theater den Rücken gekehrt hatten. Hätte Piscator selbst das Stück rechtzeitig übernommen, so wäre ihm vielleicht viel großer Verdruß erspart geblieben. Doch das konnte er nicht tun, obwohl die Arbeiter danach riefen und die sympathisierende Presse es empfahl. Warum nicht? weil „die Art der Dramen, die meines Erachtens ein aktives politisches Theater fordert, grundsätzlich von andern Inhalten und andern Formen ausgehen muß. Hier handelt es sich um die Uebertragung eines individuellen psychologischen Problems, eines Seelenkonfliktes, wenn auch aus politischen Motiven, in die Atmosphäre der Bewegung. Also ein Drama im herkömmlichen Sinne, das den Einzelfall abwandelte. Mühsam wird mich bestimmt nicht mißverstehen, wenn ich sage, daß ich das für falsch halte. Er hat ja auch in seinem „Sacco und Vanzetti“ einen Schritt vorwärts getan in der Richtung, die ich für die allein fruchtbare halte, nämlich zum großen historischen Stoff. Das politische Drama muß, wenn es seinen pädagogischen Zweck erfüllen soll, das Dokument zum Ausgangspunkt nehmen und nicht das Individuum. Es muß im Gegenteil zu den Figuren seines Stoffes in ein möglichst unpersönliches „sachliches“ Verhältnis treten, um objektiv, nicht im Sinne einer Neutralität, sondern im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung zu sein.“ Da haben wir das Universalrezept. Hätte Piscator geschrieben, „Judas“ ist eine schlechte Arbeit, der Beifall der Arbeiter bewies ihre künstlerische Verständnislosigkeit, ihr durften keine Zugeständnisse gemacht werden, so wäre kein Wort dagegen einzuwenden. Auch dann könnte man es hinnehmen, wenn nun der Abendspielplan der Piscator-Bühne mit Aufführungen belebt worden wäre, die den grundsätzlichen Forderungen im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung gerecht geworden wären. Was aber sahen wir statt dessen? Das etwas komische Melodram „Der letzte Kaiser“, worin ein plötzlich auf den Thron berufener idealistischer Prinz es mit dem sozialen Gewissen bekommt und als Revolutionär gegen sein eigenes dynastisches Geschäft vom Sockel purzelt. War das das Stück, das nicht mehr einen Einzelfall abwandelte, dessen Geschehen

dokumentarische Allgemeingültigkeit hat? Oder erfüllte die operettenhafte Komödie „Malborough zieht in den Krieg“ die Bedingung des sachlichen Verhältnisses des Dramas zu den Figuren seines Stoffes?

Piscator schreibt an manchen Stellen seines im ganzen sehr lesenswerten Werkes außerordentlich kluge Sätze. Völlig richtig ist die Feststellung: „Das Theater hat drei Jahrhunderte lang von der Fiktion gelebt, daß sich kein Zuschauer im Theater befände.“ Sein „Zeittheater“ erhielt daher die Aufgabe, um des Zuschauers willen zu spielen. Um welchen Zuschauer geht es? „Der geistige Visierpunkt ist und bleibt für mich das Proletariat und die soziale Revolution.“ Daraus ergibt sich folgerichtig, „daß für unser Theater ein proletarisches Publikum, das, voraussetzungslos, naiv, aufnahmebereit die Vorgänge ihrem Inhalt, ihrem Wesen nach auf sich wirken ließ, eine unbedingte Notwendigkeit war“. Ein solches Publikum hatte Piscator anfangs; es gab stimmungsmäßig den Ausschlag, auch wenn die Snobs vom Kurfürstendamm, die die Abendkasse ergiebig machten, an Zahl überwogen. Die Galerie hatte das richtige Urteil, und als die Galerie zum ersten Male pfiff, da hätte dieses Pfeifen Piscators Visierpunkt sein sollen. Es bedeutete — und die Arbeiter sprachen ja überall aus, was sie meinten: Die Maschinenteknik der Bühne in Ehren, aber sie darf nicht das Stück zermalmen. Wir wollen unsre revolutionäre Sehnsucht bestätigt sehn, aber die proletarische Revolution soll nicht zu einer mondänen Unterhaltung für unsre Klassenfeinde gemacht werden. Von den besten revolutionären Genossen hörte man Urteile, die peinlich dem entsprachen, das Piscator in seinem Buche aus der „Vossischen Zeitung“ abdruckt: „Es ist der Zweck der Piscator-Bühne, aus Bürgern Kommunisten zu machen. Sollte es nicht die Wirkung seiner Bühne sein, daß aus Kommunisten vielmehr Bürger gemacht werden? Wenn beide Klassen von denselben Lieblingen dieselben Freuden haben — und Freude ist immer ein Besitz —, müssen sie sich da nicht in die Arme fallen? Wenn beide Teile lachen, ist der Klassenkampf beendet und Herr Piscator der Vater des sozialen Friedens.“

Wir haben aus diesen Erfahrungen zu lernen und Schlüsse zu ziehen, nicht etwa schuldig zu sprechen. Piscator hat viel eher auf den Dank der Revolutionäre Anspruch, als auf ihre Verurteilung. Seine Irrtümer sind keine Verbrechen, seine Verdienste überwiegend — allein durch die Kühnheit seiner Versuche — weitaus gegen seine Fehler. Die marxistische Doktrin, der er anhängt, hat häufig seinen Blick über die großen künstlerischen Aufgaben arg getrübt. Die materialistische Geschichtsauffassung ist in Dingen der Kunst gewiß der trübste Berater. So glänzend die Fähigkeiten

Piscator's als Regisseur sind, der Hang zum schematischen Objektivieren, der allen Marxisten irgendwo das Hirn verkleistert, hat ihn dazu verführt, die Technologie der Bühnenkunst zu überwerten, den Persönlichkeitswert besonders des künstlerischen Darstellers zu unterschätzen. Das Starwesen an seiner Bühne, das wir alle Piscator oft verübelt haben, geht darauf zurück, daß ihm die Routine des berühmten Schauspielers größere Garantien zur Herausarbeitung seiner „sachlichen“ Inszenierungen zu bieten schien, als die Erfüllung der vielen prachtvollen Kräfte seines Theaters, die mit dem Herzen bei der proletarischen Sache waren. Herz! Herz!, Erwin Piscator! Das ist eine unmarxistische Forderung, aber es ist die Forderung, ohne die Kunst nicht sein kann, und am allerwenigsten die Kunst, die dem Proletariat gefallen will. Die Gruppen gesinnungsverbundener Schauspieler, die neuerdings den Arbeitern aus den Herzen zum Herzen spielen, haben noch nicht die rechten Stücke, aber sie haben schon den rechten Geist. Sie alle haben viel von Piscator gelernt, jetzt aber sollte Piscator, der erfreulicherweise sein Können wieder in agitatorischer Kunst zur Geltung bringt, auch von ihnen lernen.

Kunst soll begeistern. Begeisterung ist eine Sache, die aus dem Geiste kommt. Nicht Gesinnung zu schulen ist Aufgabe derer, die dem Proletariat die Kunst zuführen wollen, sondern Gesinnung zu durchgeistigen und zu verklären. Der Geist der Kunst verträgt keine Fesseln. Weder die Dialektik noch der historische Materialismus hat mit Kunst etwas zu schaffen; nur die Kunst kann das Proletariat begeistern und entflammen, die ihren Reichtum und ihr Feuer aus der Gesinnung der Freiheit empfängt.

Ist Anarchie möglich ?

Ein Kapitel aus dem noch nicht deutsch erschienenen Buche: „Was ist kommunistischer Anarchismus?“ Aus dem Englischen übertragen; leicht gekürzt.

„Anarchie könnte möglich sein,“ sagst du, „wenn wir ohne Regierung auskommen könnten. Aber können wir das?“ Vielleicht können wir die Frage am besten beantworten, wenn wir dein eigenes Leben untersuchen. Welche Rolle spielt die Regierung in deinem Dasein? Hilft sie dir im Leben? Nährt und kleidet sie dich? Gibt sie dir Obdach? Brauchst du sie, damit sie dir beisteht, zu arbeiten oder dich zu zerstreuen? Wenn du krank bist, rufst du dann den Arzt oder den Polizisten? Kann dir die Regierung eine größere Geschicklichkeit geben, als die Natur dir verliehen hat? Kann sie dich vor Krankheit, Alter oder Tod schützen? Betrachte dein tägliches Leben und du wirst finden, daß sie in Wirklichkeit mit alledem gar nichts zu schaffen hat, außer, wenn sie anfängt, deine Angelegenheiten zu behindern, wenn sie dir befiehlt, dies zu tun oder verbietet, jenes zu tun. Sie zwingt

dich z. B., Steuern zu zahlen und sie zu unterhalten, und magst wollen oder nicht. Sie zieht dir eine Uniform an und steckt dich ins Heer. Sie dringt in dein persönliches Leben ein, kommandiert dich herum, unterjocht dich, schreibt dir dein Benehmen vor, und behandelt dich gewöhnlich, wie es ihr gefällt. Sie sagt dir sogar, was du zu glauben hast und bestraft dich, wenn du anders denkst oder handelst. Sie schreibt dir vor, was du zu essen und zu trinken hast, und kerkert dich bei Ungehorsam ein oder schießt dich nieder. Sie befiehlt dir und bestimmt jeden Schritt in deinem Leben. Sie behandelt dich als einen bösen Jungen oder als ein nicht verantwortliches Kind, das die strenge Hand eines Hüters braucht, aber wenn du nicht gehorcht, hält sie dich nichtsdestoweniger für verantwortlich.

Wir werden später die Einzelheiten eines Lebens unter der Anarchie betrachten und sehen, welche Bedingungen, Zustände und Einrichtungen es in dieser neuen Form der Gesellschaft geben wird, wie sie funktionieren und welche Wirkung sie wahrscheinlich auf den Menschen haben wird. Gegenwärtig haben wir erst zu erweisen, daß solcher Zustand überhaupt möglich ist, daß Anarchie verwirklichtbar ist.

Wie ist das Dasein eines Durchschnittsmenschen heutzutage? Fast deine ganze Zeit ist erforderlich, um deinen Lebensunterhalt zu verdienen. Du bist so beschäftigt mit deinem Lebensunterhalt, daß dir kaum Zeit bleibt, zu leben, das Leben zu genießen; weder Zeit noch Geld. Du bist glücklich, wenn du irgendeine Einkommensquelle, eine Beschäftigung hast. Dann und wann kommt Feierzeit: es gibt Arbeitslosigkeit und Tausende werden aus Lohn und Brot geworfen, jedes Jahr, in jedem Lande. Solche Zeit bedeutet kein Einkommen, keinen Lohn. Sie führt zu Sorge und Entbehrung, Verzweiflung und Selbstmord. Das bedeutet Armut und Verbrechen. Um dieser Armut zu steuern, errichten wir Wohltätigkeitsheime, Armenhäuser, Hospitäler, die alle mit deinen Steuern erhalten werden. Dem Verbrechen vorzubeugen und die Verbrecher zu bestrafen, bist wieder du da, der Polizei, Detektive, Staatsmacht, Richter, Advokaten, Gefängnisse und Gefängniswärter zu erhalten hat. Kannst du dir etwas Sinnloseres und Unpraktischeres vorstellen? Die Gesetzgeber erlassen Gesetze, die Richter legen sie aus, die verschiedenen Beamten führen sie durch, die Polizei jagt und verhaftet den Verbrecher und schließlich nimmt ihn der Gefängnisaufseher in Verwahrung. Zahlreiche Personen und Einrichtungen sind beschäftigt, den arbeitslosen Menschen vom Stehlen abzuhalten und ihn zu bestrafen, wenn er es versucht. Dann wird er mit jenen Existenzmitteln versorgt, deren Fehlen ihn zuvor das Gesetz hat brechen lassen. Nach kürzerer oder längerer Zeit wird er wieder herausgelassen. Wenn es ihm nicht gelingt, Arbeit zu bekommen, beginnt er den gleichen Kreis von Diebstahl, Verhaftung, Prozeß, Einkerkerung von neuem.

Das ist eine harte, aber zutreffende Darstellung unseres stumpfsinnigen Systems; stumpfsinnig und ohnmächtig: Gesetz und Regierung erhalten dies System. Ist es nicht merkwürdig, daß die meisten Menschen sich einbilden, wir könnten ohne Regierung nicht auskommen, wo unser eigentliches Leben tatsächlich nicht den geringsten Zusammenhang mit ihr hat, sie nicht braucht und nur behindert wird, sobald Gesetz und Regierung sich einmischen. „Aber Sicherheit und öffentliche Ordnung,“ wendest du ein, „können wir die haben ohne Gesetz und Regierung? Wer wird uns gegen den Verbrecher schützen?“ Die Wahrheit ist, daß das, was „Gesetz und Ordnung“ genannt wird, tatsächlich die schlimmste Unordnung ist. Daß bißchen Ordnung und Ruhe, das wir haben, ist dem gesunden Menschenverstand und den vereinten Anstrengungen der Menschen zu verdanken, meistens trotz der Regierung. Brauchst du die Regierung dazu, um dir zu sagen, daß du nicht vor einem fahrenden Automobil herumspazieren sollst? Brauchst du sie,

damit sie dir verbiete, von der Brooklyn-Brücke oder vom Eiffelturm herunterzuspringen? Der Mensch ist ein soziales Geschöpf: er kann nicht allein existieren; er lebt in Gemeinschaften und Gesellschaften. Wechselseitige Bedürfnisse und gemeinsame Interessen führen zu gewissen Uebereinkommen, die uns Sicherheit und Behagen verschaffen. Solche Zusammenarbeit ist frei, freiwillig; sie braucht keinen Zwang durch die Regierung. Du trittst einem Sportklub oder einem Gesangsverein bei, weil deine Neigungen in der Richtung gehen, und du wirkst mit den anderen Mitgliedern zusammen, ohne daß irgendjemand dich dazu zwingt. Der Wissenschaftler, der Schriftsteller, der Künstler und der Erfinder suchen ein jeder ihre Umgebung und ihre gemeinschaftliche Arbeit. Ihre Impulse und Bedürfnisse sind ihr bester Ansporn; jegliche Regierung oder Behörde kann ihre Bemühungen nur hemmen. Ueberall im Leben wirst du das Bedürfnis und die Neigung der Menschen zu Zusammenschluß, zu gegenseitigem Schutz und gegenseitiger Hilfe bemerken können. Das ist der Unterschied zwischen Dinge ordnen und Menschen regieren, zwischen Tun aus freien Stücken und Tun auf Befehl. Es ist der Unterschied zwischen Freiheit und Zwang, zwischen Anarchie und Regierung. Denn Anarchismus heißt freiwillige Zusammenarbeit an Stelle von erzwungener Teilnahme; bedeutet Eintracht und Ordnung anstatt Zwietracht und Unordnung.

„Aber wer wird uns gegen Verbrechen und Verbrecher beschützen?“ fragt du. Lieber frage dich selbst, ob die Regierung uns wirklich gegen sie schützt. Ist es nicht gerade die Regierung selbst, die die Bedingungen schafft und fortbestehen läßt, die Verbrechen hervorrufen? Entwickeln nicht Einmischung und Gewalt, worauf alle Regierungen beruhen, den Geist der Unduldsamkeit und Verfolgung, des Hasses und vermehrter Gewalt? Wächst denn nicht das Verbrechen mit dem Anwachsen von Armut und Ungerechtigkeit, hervorgerufen durch die Regierung? Ist denn die Regierung selbst nicht die größte Ungerechtigkeit und das größte Verbrechen? — Verbrechen ist die Folge wirtschaftlicher Bedingungen, sozialer Ungleichheit, von Unrecht und Uebel, deren Eltern Regierung und Monopolssystem sind. Regierung und Gesetz können den Verbrecher nur bestrafen. Sie heilen weder noch verhüten sie Verbrechen. Die einzige wirkliche Heilung des Verbrechens besteht darin, seine Ursachen zu beseitigen, und das kann die Regierung niemals, denn sie ist gerade dazu da, diese Ursachen zu erhalten. Verbrechen kann nur ausgeschaltet werden, indem man die Bedingungen forträumt, die es schaffen. Die Regierung kann das nicht.

Anarchismus bedeutet, diese Bedingungen forträumen. Verbrechen, die aus der Regierung hervorgehen, aus ihrer Unterdrückung und Ungerechtigkeit, aus Ungleichheit und Armut, werden unter der Anarchie verschwinden, sie bilden bei weitem den größten Prozentsatz aller Verbrechen. Gewisse andere Verbrechen werden für eine Zeit fortbestehen, solche, die aus Eifersucht, Leidenschaft und aus dem Geist der Unterdrückung und Gewalt sich ergeben, welcher die Welt heute beherrscht. Aber diese Abkömmlinge von Autorität und Besitz werden unter gesunden Bedingungen auch allmählich verschwinden, zusammen mit der Atmosphäre, die sie entwickelt hat. Anarchie wird daher weder Verbrechen ausbrüten noch irgendwie Boden für ihr Gedeihen bieten. Auf gelegentliche antisoziale Taten wird geblickt werden wie auf Ueberbleibsel früherer ungesunder Bedingungen und Gewohnheiten, und sie werden eher als krankhafter Gemütszustand denn als Verbrechen behandelt werden. Anarchie würde damit beginnen, den Verbrecher zu ernähren und ihm Arbeit zu verschaffen, anstatt ihn erst zu überwachen, zu verhaften, zu richten und einzusperren und zum Schluß ihn zu ernähren mitsamt den vielen anderen, die ihn überwachen und ernähren.

Sicherlich zeigt eben dieses Beispiel, um wieviel vernünftiger und einfacher das Leben unter der Anarchie sein würde, als jetzt . . .

Es ist beinahe unmöglich, die wunderbaren Aussichten zu erfassen, die sich dem Menschen in einer Gesellschaft des kommunistischen Anarchismus eröffnen. Der Gelehrte könnte sich ganz seiner Lieblingsbeschäftigung widmen, ohne sich um sein tägliches Brot aufreiben zu müssen. Der Erfinder würde jede Erleichterung zu seiner Verfügung finden, um die Menschheit mit seinen Entdeckungen und Erfindungen zu beglücken. Der Schriftsteller, der Dichter, der Künstler — alle könnten auf den Schwingen der Freiheit und der sozialen Harmonie zu größeren Höhen ihrer Begabung emporsteigen. Erst dann würden Recht und Gerechtigkeit zu dem ihrigen kommen. Unterschätze nicht die Rolle, die diese Empfindungen im Leben des Einzelnen wie der Nation spielen. Wir leben nicht vom Brote allein. Sicherlich, das Dasein ist nicht möglich, ohne daß wir Gelegenheit haben, unsere leiblichen Bedürfnisse zu befriedigen. Aber ihre Befriedigung macht unter keinen Umständen das ganze Leben aus. Das gegenwärtige System der Zivilisation hat, indem es Millionen enterbt hat, sozusagen den Bauch zum Mittelpunkt des Universums gemacht. Aber in einer vernünftigen Gesellschaft, mit Ueberfluß für alle, würde die reine Existenzsicherheit wie die Luft, die für alle ist, als selbstverständlich betrachtet werden. Die Empfindungen der menschlichen Zuneigung, der Gerechtigkeit und des Rechts erhielten die Möglichkeit, sich zu entwickeln, befriedigt zu werden, sich auszubreiten und zu gedeihen. Selbst heutzutage ist der Sinn für Gerechtigkeit und Anstand im Herzen der Menschen noch lebendig, trotz Jahrhunderten voll Unterdrückung und Entartung. Er ist nicht ausgerottet, er hat nicht ausgerottet werden können, weil er dem Menschen eingeboren ist, ein Instinkt, der ebenso stark ist wie der der Selbsterhaltung und ebenso lebensnotwendig für unser Glück. Denn nicht alles Elend, das wir heute auf der Welt haben, kommt vom Mangel an materiellem Wohlbsein. Man kann eher das Verhungern ertragen als das Bewußtsein von Ungerechtigkeit. Das Bewußtsein, daß du ungerecht behandelt wirst, wird dich geradeso schnell zu Protest und Rebellion treiben, wie der Hunger, vielleicht noch schneller. Hunger mag die unmittelbare Ursache jeder Rebellion oder jeden Aufstandes sein, aber dahinter ist die schlummernde Gegnerschaft und der Haß der Massen gegen diejenigen, durch deren Hände sie Ungerechtigkeit und Unrecht leiden. Tatsache ist, daß Recht und Gerechtigkeit eine weit wichtigere Rolle in unserem Leben spielen, als den meisten Menschen bewußt wird. Diejenigen, die das leugnen möchten, verstehen ebensowenig von der Natur des Menschen wie von der Geschichte. Tagtäglich siehst du Menschen sich gegen das empören, was sie als Ungerechtigkeit empfinden. „Das ist nicht recht“ ist der instinktive Protest des Menschen, wenn er fühlt, daß Unrecht geschieht. Natürlich, eines jeden Menschen Auffassung von Unrecht und Recht hängt von seiner Ueberlieferung, Umgebung und Erziehung ab. Aber wie immer seine Auffassung auch sei, sein natürlicher Impuls ist, zu ahnden, was er für ungerecht hält.

Historisch ist dasselbe richtig. Mehr Rebellionen und Kriege sind durchgeföhrt worden für die Ideen von Recht und Unrecht, als aus materiellen Gründen. Mögen Marxisten hier bemerken, daß unsere Ansicht von Recht und Unrecht selbst durch wirtschaftliche Bedingungen gebildet worden sind, das ändert in keiner Weise etwas an der Tatsache, daß der Sinn für Recht und Gerechtigkeit zu allen Zeiten die Menschen zu Heldentum und Selbstaufopferung für Ideale begeistert hat. . . . Die ganze Geschichte hindurch, die vergangene und die neuzeitliche, hat der Sinn für Recht und Gerechtigkeit den Menschen individuell und kollektiv, zu Taten von Selbstaufopferung und

Ergebenheit begeistert und ihn hoch emporgehoben über den trüben Klein-kram seiner Alltags-Existenz. Es ist natürlich tragisch, daß sich der Idealismus ausdrückte in Taten der Verfolgung, Gewalt und Schlächtere. Es waren die Verworfenheit und Selbstsucht der Könige, Priester und Herren, Unwissenheit und Fanatismus, die diese Formen bestimmten. Aber der Geist, der die Menschen erfüllte, war der des Rechts und der Gerechtigkeit. Alle vergangene Erfahrung beweist, daß dieser Geist immer lebendig ist und daß er ein mächtvoller und beherrschender Faktor auf der ganzen Stufenleiter des menschlichen Lebens ist.

Die Bedingungen unserer heutigen Existenz schwächen und lähmen den edelsten Zug des Menschen, verzerren seine Offenbarung und lenken ihn in das Fahrwasser der Unduldsamkeit und Verfolgung, des Hasses und Streits. Aber einst wird der Mensch von dem zersetzenden Einfluß materieller Interessen befreit sein, herausgehoben aus Unwissenheit und Klassengegensätzen, sein angeborener Geist des Rechts und der Gerechtigkeit wird neue Ausdrucksformen finden, Formen, die auf mehr Brüderlichkeit und guten Willen zielen, auf persönlichen Frieden und soziale Harmonie. Nur unter der Anarchie kann der Geist zu seiner vollen Entwicklung kommen. Befreit von dem entwürdigenden und verwildernden Kampf um unser tägliches Brot, beteiligt an Arbeit und Wohlergehen, hätten die besten Eigenschaften des Menschenherzens und -sinnes die schönste Gelegenheit zu Wachstum und segensreicher Entfaltung. . . Daher bildet die Anarchie das Ideal nicht nur für irgendein besonderes Element oder eine Klasse, sondern für die gesamte Menschheit, weil sie, im weitesten Sinne, uns allen zugute kommen müßte. Anarchismus ist die Formel eines allgemeinen und dauernden Wunsches der Menschheit. Jeder, der unter Unrecht und Ungerechtigkeit leidet, unter dem Uebel der Korruption und dem Schmutz unseres gegenwärtigen Lebens, ist instinktiv der Anarchie zugeneigt. Jeder, dessen Herz nicht tot ist für Güte, Mitleid und Kameradschaft, muß bemüht sein, sie zu fördern. Jeder, der Armut und Elend, Tyrannei und Unterdrückung zu erdulden hat, müßte das Kommen der Anarchie begrüßen. Jeder freiheits- und gerechtigkeitliebende Mann, jede solche Frau müßte sie verwirklichen helfen. Und zuerst und am nächsten unter allen müßten die Unterworfenen und Getretenen der Welt dazu beitragen. Sie, die Paläste bauen und in Hütten leben; die den Tisch des Lebens decken, denen aber nicht gestattet wird, an der Mahlzeit teilzunehmen; die den Reichtum der Welt schaffen und selbst enterbt sind; die das Leben mit Freude und Sonnenlicht füllen und selbst in den Tiefen der Dunkelheit verachtet bleiben; der hilflose Riese der Arbeit, das Proletariat des Hirns und der Muskeln, die industriellen und ländlichen Massen, sie werden die Anarchie am fröhlichsten umarmen.

An sie richtet der Anarchismus den stärksten Ruf: sie sind es, zuerst und vor allen Dingen, die für den neuen Tag arbeiten müssen, der ihnen ihre Erbschaft zurückgeben und der gesamten Menschheit Freiheit und Wohlfahrt, Freude und Sonnenlicht bringen soll.

Alexander Berkman.

Jahrmarkt der Gerechtigkeit

Die deutsche Gerechtigkeit ist mit dem Abscheiden der Müllerschen in die Gefilde der unbeschäftigten Staatskostgänger in die Fürsorge eines sicheren Dr. Bredt übergegangen. Sein Vorgänger darf, weil er der Macht der Welt erst traut, wenn sie sich der Obhut des Himmels löblich unterworfen hat, der Regierung seines frommen Parteibruders Brüning zur Zierde gereichen, wie bis jetzt derjenige der rötlichen Young-Mannen; nur daß Herr v. Guérard nicht mehr um das sichere Dahingleiten des Schinderkarrens der Justiz auf dem gesetzlichen Paragrafenstrange bemüht zu sein braucht, sondern statt dessen den Lokomotivführerposten im Reichsverkehr übernommen hat. Er war ja auch nicht Justizminister geworden, weil er einmal Jura studiert hatte, sondern weil er katholische Politik betreibt, und so wird er in Zukunft das Kursbuch verantwortlich zeichnen, weil er die Straße der kirchlichen Tugend wandelt; diese Straße dient also nunmehr dem Verkehr. Das ist halt das demokratische System, dessen wir uns unter Brüning, Schiele und Treviranus nicht weniger erfreuen als unter Müller, Severing und Schmidt. Vom Fach, dessen höchster Verweser du wirst, brauchst du keine Ahnung zu haben, aber die Mitgliedschaft zu einer durch die Geheimnisse der politischen Zahlenmystik zum Mitregieren zugelassenen Partei mußt du zu deinem Beruf erwählt haben. Die Sachkenntnis ist ja bei den Weichenstellern und den Piloten vorhanden, beim Guérard genügt das katholische Bekenntnis, um die Sachkundigen zu kommandieren. Die deutsche Rechtspflege aber ist dank besagter Demokratie angesichts des weltgeschichtlichen Vorganges, daß der Wahlsieg der Sozialdemokraten und Kommunisten bei der letzten aufregenden Feststellung des gesamten Volkswillens plötzlich die Berufung einer noch wilhelmischeren Regierung als der durch jene Wahl gestürzten nötig machte, in die Hände des ordentlichen Professors D., Dr. Dr. Joh. Viktor Bredt übergegangen. Dessen Eignung zum Hüter der Gerechtigkeit, welche bekanntlich das Fundament der Staaten ist, ergibt sich zwanglos aus seiner Weltanschauung, die, auf eine kurze Formel gebracht, etwa lautet: kauft Eure Unterhosen nicht im Warenhaus, sondern im Wäschegeschäft! Ob es ihm gelingen wird, in der Justizbranche den Großbetrieb des deutschen Zuchthauswesens ein wenig abzubauen, müssen wir abwarten. Sollte er den Kleinhandel in seinem Ressort bloß damit zu fördern glauben, daß unter seinem Zepher den großen Gaunern nichts geschieht und die kleinen baumeln müssen, dann müßte ihm freilich bedeutet werden, daß man ihn dazu nicht hätte als Firmenchef zu engagieren brauchen; den alten Ladenhüter haben seine Vorgänger zu allen Zeiten und in allen Ländern auf dem Jahrmarkt der Gerechtigkeit verhökert. Immerhin wurde jüngst eine Äußerung des Professors Bredt mitgeteilt, die den Verkäufer der Kleinwirtschaft doch als großzügigen Mann erweist. Danach rühmte er sich schon vor Jahren gesagt zu haben: „Wenn in einer Nacht plötzlich 20 Millionen Deutsche ums Leben kämen, dann wären wir das reichste Volk der Welt.“ Zwar hat der Münchener Irrenarzt, Professor Gruber, vormals Begründer des Vereins zur raschen Niederkämpfung Englands, bereits vor 10 Jahren erklärt, es gäbe in Deutschland 20 Millionen Menschen zuviel, aber ein solches Plagiat wird wohl auch unter dem wirtschaftlichsten Justizminister nicht strafbar befunden werden, und Herrn Bredt muß mindestens zugestanden werden, daß er als Mitglied der neuen Regierung durch die Mitverantwortung für die jetzt eingeleitete agrarische Volksauspowerung gleich bei Beginn seiner Tätigkeit zu seinem Teil dazu

beigetragen hat, daß der erwünschte Zustand in greifbare Nähe gerückt scheint.

Auf jeden Fall wird die hanebüchene Herabschraubung der Lebenshaltung für die gesamte arbeitende Bevölkerung bei gleichzeitiger Befestigung und Vermehrung der Bedingungen, die einem nie erlebten Grad der Erwerbslosigkeit zum Dauerzustand machen, der Brodtschen Strafiustiz gewaltige Wassermassen auf die Mühle treiben. Die Verbrechen aus Not und Verzweiflung werden sich in einem Maße steigern, daß die Einführung einer Verurteilungsmaschine am laufenden Band nicht mehr lange wird aufgeschoben werden können, und bekanntlich sind nur die Verbrechen aus Not und Verzweiflung wirkliche Verbrechen. Wer es nicht nötig hat, zu stehlen und tut es doch, wie die Damen Gräfin Bothmer, Komtesse Monroy, Frau Regierungspräsident Momms; wer den Vater abschießt, ohne daß quälender Hunger die Erbgeleüste zum unwiderstehlichen Zwang gepeitscht hätte, wie es der Graf Stolberg tat; wer seine Geilheit auf Kinder losläßt, ohne daß trübe Wohnverhältnisse in der eigenen Jugend die natürlichen Hemmungen verloren gehen ließen, wie der Potsdamer Graf Pahlen, braucht sich nicht zu ängstigen, daß Staat und Gesellschaft sich in ihrer Sicherheit bedroht fühlen möchten, wenn er nicht die Luft der deutschen Kerker verschlechtern hülfte. Herr Kommerzienrat Meußdörffer hat seine hunderttausend Mark Kautions wieder und darf sich in seiner Villa unbehelligten Betrachtungen darüber hingeben, daß der Versuch, zwei Arbeiter zu bestechen, um sie zum Mordgeständnis zu bewegen, Kraftvergeudung war; Verbrechen jeder Art werden ohnehin niemandem anders als armen Teufeln zugetraut, das ist das einzige Monopol, dessen sich das Proletariat im bürgerlichen Staate erfreut. Das gilt auch fürs Politische. Herr Femetäter Fahlbusch drängt seit langem auf Durchführung seines Prozesses wegen der Ermordung etlicher schwarzer Weißgardisten. Im Gefängnis zwar brauchte er die Ansetzung der Hauptverhandlung nicht abzuwarten, gegen eine Kautions von 20 000 Mark durfte er frei umherlaufen (34 kommunistische Redakteure sitzen zur Zeit wegen leichter Preßvergehen im Kittchen; sie haben aber proletarische Interessen verwaltet). Eines Tages verlangte Herr Femetäter Fahlbusch seine Tausender zurück, damit man ihn wieder einkastete und dadurch der Prozeßgang beschleunigt würde. Was geschah? Die Kautions wurde auf Heller und Pfennig zurückerstattet, und der wegen mehrfachen Mordes „Verfolgte“ bekam den Bescheid, daß er auch ohne Sicherheitsleistung mit Herrn Oberfemetäter Paul Schulz neue Vaterlandsrettung betreiben und dabei auf die Rechtspflege anstoßen dürfe.

Wie es im übrigen auf dem Jahrmarkt der Gerechtigkeit zugeht, bemerkt der sozial bewegte Zeitgenosse nur, wenn er mal vor einer Bude stehen bleibt, die besonders bunt angestrichen ist oder deren Ausrufer ein ungewöhnlich lautes Organ hat. So bietet der „Falke“-Prozeß mal eine hübsche Abwechslung. Da will ein venezolanischer Hochstapler gern heimatlicher Mussolini werden, organisiert von Paris aus die dazu erforderliche Revolution, indem er einer deutschen Reederei ein Schiff abmietet, gehörig Waffen und Munition darauf verstaut, das Ding zum kleinen Privatkreuzer zurechtmontiert und den Kapitän unterwegs die Mannschaft zu Kriegshelden und Befreier Venezuelas dingen läßt. Wäre das Unternehmen nicht an seiner eigenen Lächerlichkeit militärisch gescheitert, dann hätte es gar keinen Prozeß gegeben, Herr Del Gado, den sein Scherz das wertvolle Leben gekostet hat, wäre Beherrscher einer der deutschen Republik befreundeten Macht, und die Herrschaften, die ihm dazu verholfen hätten, wären Würdenträger und begeisterte Patrioten von Venezuela und nicht Angeklagte vor einem Hamburger Gericht. Die Ma-

trosen aber hätten die deutsche Heimat vielleicht erst wiedergesehen, wenn sie den zentralamerikanischen Landesvater als Leibgarde beim ersten Besuch in Berlin begleitet hätten, wo ihnen die Buschklepper aus dem Roten Hause in Sklarekpelzen einen fürstlichen Empfang am Lehrter Bahnhof bereitet und ihnen afghanische und ägyptische Ehren erwiesen hätten. Der „Falke“ Prozeß hätte nicht viel mehr Bedeutung als ein lustiger Operettenfilm, gäbe ihm nicht die Art der Verteidigung einen bemerkenswerten politischen Sinn. Der angeklagte Schiffseigentümer Felix Prenzlau erklärt nämlich, bei der ganzen Geschichte handle es sich um weiter nichts als um einen einfachen landesüblichen Waffentransport, und wenn ihm das Gericht darin beistimmt, dann kann ihm nichts geschehen: Denn: „der Transport von Waffen“, sagte Prenzlau wörtlich, ist nicht strafbar und nicht ungewöhnlich. Allererste Hamburger Exportfirmen machen fortgesetzt solche Geschäfte und bekannte Reedereien übernehmen den Transport.“ Sieh mal an! Als vor einiger Zeit bekannt wurde, daß riesige Munitionstransporte über Kiel an die chinesischen Konterrevolutionäre geschoben würden und daß dabei Offiziere der Reichsmarine die Pfoten zwischen den Knallerbsen hätten, erklärte Herr Gröner im Reichstag, es handle sich um ganz gemeine Schiebereien, und er hoffe, daß die Beteiligten gehörig eingetunkt würden. Dann stieg der Kieler Prozeß, bei dem alle Türen luftdicht geschlossen wurden und von dessen Ermittlungen nichts weiter an die Öffentlichkeit drang, als daß alle Angeklagten auf Staatskosten freigesprochen wurden. Ich entnehme einer rechtsgerichteten klerikalen Zeitung folgende Bemerkungen: „Ein Hamburger Kaufmann kann ruhig in Frankreich oder sonstwo eine Schifflladung Waffen kaufen, diese am Hamburger Freihafen übernehmen und als seinen Transport weiterleiten. Der Waffenhandel ist in erster und letzter Linie ein Geschäft; Verdienste von 300 und mehr Prozent sind keine Seltenheit. Das Waffengeschäft ist seiner ganzen Natur nach ein Kettengeschäft mit allen Nachteilen und Vorzügen, d. h. Verdunklungsmöglichkeiten eines solchen. Eine Ladung Waffen geht oft durch unzählige Hände, bis sie endlich den Bestimmer erreicht. Dieser Zwischenhandel ist es auch, der die Waffen schließlich so verteuert. Es gibt eine ganz bestimmte Klasse von Waffenhändlern, die man die Einkäufer nennen kann. Ihre Tätigkeit besteht darin, Waffenquellen auffindig zu machen und größere Posten aufzukaufen. Wenn es nachher zum Skandal kommt, dann haben diese Leute immer altes unbrauchbares Material zu Verschrottungszwecken gekauft. Die Herkunft der Waffen ist nicht so schwer zu ermitteln. Wo sind z. B. die Waffen anläßlich der Entwaffnung des Rifkabylengebietes geblieben? Wo die Nachlaßmasse aus den afghanischen Unruhen? Hier sind ganze Waffenlager en bloc aufgekauft worden. Auch hat der Weltkrieg ein gewaltiges, fast unerschöpfliches Waffenlager aller Art hinterlassen, aus dem man noch jahrzehntelang schöpfen kann. Und die letzten Verbraucher? Es ist kein Zufall, daß sie meistens in Paris sitzen. In Paris residieren dauernd Dutzende von gestürzten amerikanischen Präsidenten, Parteigängern und grollenden Potentaten. In Südamerika ist ewiger Bedarf an Waffen, und auch China wird wohl noch lange ein treuer Kunde bleiben.“ — Was die Gerechtigkeit betrifft, so kümmert sie sich um derlei Angelegenheiten nur, wenn zufällig ein Paragraphen des Strafgesetzbuchs verletzt scheint, wie diesmal der, der vom „Menschenraub“ handelt. Wo nur die gewinnsüchtige Absicht vorliegt, die Hinmordung tausender arbeitender Menschen zu ermöglichen, geht das keinen Richter etwas an

Aber der Arme, der Bedrängte, der Gehetzte, der Zerquälte und Verzweifelte, den tausend Nöte, von denen dem im weichen Bett und im warmen Zimmer gesicherten Bürger keine je nahe gekommen ist, zum

Freyler an der geheiligten Ordnung des Staates, am Eigentum oder gar am Leben von Mitmenschen gemacht haben, der hat nicht zu lachen, wenn der dürre Arm des öffentlichen Rechtes nach ihm langt. Da ist kürzlich wieder ein „Schwerverbrecher“ aus dem Zuchthaus geflüchtet, und die ganze Meute entrüsteter Selbstzufriedener kläffte ihm nach und troff vor klebriger Gier, die tausend Mark zu gewinnen, die man für seine Ergreifung ausgesetzt hatte; es sind dieselben, die sich nach 2000 Jahren noch entsetzen, daß einmal einer einen Gesuchten um 30 Silberlinge an seine Schergen verraten hat. Goldbach, der übrigens schon sehr früh anarchistische Ideen aufgenommen hatte, war mit 19 Jahren dem grauenvollen Verließ einer Fürsorgeanstalt entkommen. Auf der Flucht mußte er leben; da ihm keiner gab, was er brauchte, Nachfrage nach Arbeit aber Rücktransport in die gehäßte Anstalt bedeutete hätte, mußte er requirieren gehen. Dabei geriet er mit einem Polizisten ins Handgemenge und schoß. (Nebenbei: gewiegte Einbrecher schießen nicht, nur nervöse, von der Gefahr verwirrte Neulinge suchen ihr Heil bei der Waffe und rennen grade dadurch in ihr Verderben; ist das schon je von Richtern als mildernder Umstand gewürdigt worden?) Der Beamte starb, der junge Mensch wurde verurteilt, — wegen vorsätzlichen Mordes zur Todesstrafe! Was hier vorlag, wenn man denn schon das geschriebene Staatsgesetz anerkennen will, war Notwehr zur Abwehr einer unmittelbaren Gefahr bei Begehung einer Straftat, also Totschlag im Sinne des § 214 StGB., Jugend, Not und entsetzliches Lebensschicksal des Täters gar nicht gerechnet. Nachher war es noch hohe Gnade, daß man den armen Jungen fürs ganze Leben im Zuchthaus zu halten beschloß. Nach 8 Jahren ist er der Gerechtigkeit entronnen. Wer ihn einfängt, kriegt einen Haufen Geld und kann es verjuxen im schönen Bewußtsein, es ehrlich erworben zu haben.

Wie wäre es eigentlich, wenn man für solche Fälle einmal eine Amnestie erließe? Wie wär's, Herr Dr. Bredt, wenn Sie die gute Gelegenheit wahrnahmen und bei der Räumung der letzten Rheinzone mal wirklich etwas für den kleinen Mann täten? Ich bin erbötig, Ihnen etliche Dutzend Fälle zu unterbreiten von Strafvollstreckungen an Verurteilten, die, unabhängig von allen politischen, sozialen, gesellschaftlichen und moralischen Sonderauffassungen, kein fühlender Mensch im Zuchthaus lassen würde, der sich anders als nur bürokratisch, als nur unter dem Gesichtspunkt des ödesten Formalismus mit ihren einzelnen Schicksalen befassen würde. Wissen Sie, daß noch viele Gefangene in den deutschen Strafanstalten sitzen, die die Sünden, für die man sie büßen läßt, als Soldaten des Weltkrieges begangen haben? Wissen Sie, daß Hunderte von Gefangenen noch von der Zeit des Krieges her sitzen, die ihre Straftat nicht begangen hätten, wenn die Auflösung aller sittlichen Begriffe durch die Kriegsmoral ihr Gefühl für Recht und Unrecht nicht verwirrt hätte? Wissen Sie, daß zahllose Verurteilte ihr Los den Schrecken der Inflationszeit danken und daß deren Kinder noch heute des väterlichen Schutzes entraten, weil die Väter eben damals der Not und dem Hunger und dem Anblick ihrer verelendeten Familie nicht gewachsen waren? Wissen Sie, daß massenhaft Urteile gefällt worden sind, die einer Nachprüfung vor einem Wiederaufnahmeverfahren nicht standhalten könnten und daß ihre Opfer nur deshalb im Zuchthaus bleiben müssen — vielfach lebenslänglich, weil die Gesetze unter Tausenden von Fällen kaum einen zu einer solchen Nachprüfung zulassen? Ich will Ihnen Akten vorlegen, daß Ihnen Angst werden müßte vor dem Amt, das Sie übernommen haben.

Aber Herr Bredt wird sich von dem ewigen Gerechtigkeits-Prokuristen Joel beraten lassen wie alle seine Vorgänger, und der wird ihm sagen, daß Amnestien das Vertrauen in die Rechtssicherheit des Landes

erschüttern müssen. Da aber das nackte Unrecht auf dem Jahrmarkt der Gerechtigkeit nicht ausgeschrien wird, leidet die Staatsräson und das Vertrauen in die Rechtssicherheit von ihm keinen Schaden. Oder aber Herr Bredt wird den Erich Kuttner um Auskunft bitten und der wird Opfer der Justiz noch ins Grab hinein beschimpfen, wie unsern toten Genossen Kobitsch-Meyer, dem das konterrevolutionäre Klassengericht bestätigt hat, daß er Geld raubte, um damit revolutionäre Aufgaben zu erfüllen, während der Sozialdemokrat Kuttner schon Schüttelfröste bekommt, wenn er erfährt, daß die gesetzlich nicht privilegierte Aneignung fremden Eigentums von manchen Leuten minder hart beurteilt wird, als gewisse Revolverknipseereien, an die zwar er nicht mehr denkt, die aber wir andern nicht vergessen haben. Herr Kuttner hat sogar geglaubt, die Ehre des Genossen Rudolf Margies bedecken zu müssen, indem er eine angebliche Strafliste aus dessen Vorleben den Bürgern des Landtages zur Kenntnis brachte. Margies sitzt als politischer Gefangener wegen anerkannt politischer Taten. Da Kuttner mit dem Proletariat nichts anderes zu tun hat, als daß er dessen Mißleitung zum Lebensberuf erkoren hat, ist ihm das Vorleben eines Revolutionärs, das von Not und Entbehrung gezeichnet war, nur interessant als Material zur Entrüstung darüber, daß jemand Revolutionär sein kann. Kuttner ist keine wichtige Persönlichkeit, bedeutsam höchstens als Typus des Politikers, den die deutsche Sozialdemokratie für besonders geeignet hält, die Fragen des Rechts zu behandeln. Vielleicht weiß dieser Kuttner wirklich nicht, daß das Malheurchen, das ihm mit dem Arbeiter Eichhorn passiert ist, nur deswegen ein bloßer Unfall war und daher mit dem Freispruch Kuttners endete, weil es eben ihm, dem prominenten Sozialdemokraten mit einem gewöhnlichen Spartakisten widerfahren ist. Wir wissen, daß im umgekehrten Fall, wenn Gott behüte ein spartakistischer Arbeiter den großen Erich Kuttner abgeknallt hätte, dieser Arbeiter noch heute zu den Zuchthäuslern gehören würde, um derenwillen wir endlich eine gründliche, nicht auf anerkannt Politische beschränkte Amnestie verlangen müssen. Arbeiter! Kümmert Euch um die Justiz! Der Jahrmarkt der staatlichen Gerechtigkeit ist eine Stätte des Grauens, und seine Schaubuden sind die Schreckenskammern des Lebens!

Nachtrag. Das Programm der Jahrmarktschmiere wechselt rascher, als der Chronist registrieren kann. In Columbus im Staate Ohio brennt das Zuchthaus nieder, ein Zuchthaus, das für 2000 Besserungsbedürftige Unterkunft bietet. Die glücklichen Verhältnisse der Vereinigten Staaten bringen es mit sich, daß der Bau der Gerechtigkeit für 5000 Menschen reichen muß, denn der beste Staat kann bei seinen Kerkerbauten nicht Schritt halten mit dem Tempo, in dem die Einwohner eines Landes beweisen, daß sie den Staat gar nicht wert sind. Nichtsdestoweniger quartiert dieser Staat sie alle ein. Bei dem Brande in Columbus kamen weit über 300 Gefangene um, Hunderte wurden schwer verletzt. Zwölf Mörder, berichtete der „Vorwärts“ in Balkenüberschrift, verbrannten. Unter Mördern verstehen die Sozialdemokraten heute diejenigen, die nicht zu aller Qual stillhalten, beileibe nicht solche Leute, die auf Kommando wehrlose Menschen zu Brei schießen. Also nicht die Justizorgane waren die Mörder, die die ihrer Obhut anvertrauten Gefesselten den Flammen überließen, sondern die Umgekommenen. Die Schlüssel zum Aufsperrn der brennenden Käfige waren verloren gegangen, auch „verweigerten die Wärter die Oeffnung der Zellen.“ Die Strickleitern, mit denen die Verwundeten und Toten geborgen werden sollten, rissen, so gab es außer Verbrennungen noch Genickbrüche. Aber die Sorge ging ja auch dem staatsbewußten Personal nicht darum, Leben zu retten, sondern darum, dem Staat keines seiner

Opfer entwischen zu lassen. Die geretteten Gefangenen wurden zusammengetrieben und mit Gummiknüppeln und Waffen jeder Art verhindert, dem Schauplatz des Todes zu entfliehen. „Viele der Gefangenen“, heißt es im Zeitungsbericht, „sind infolge der furchtbaren Aufregung wahnsinnig geworden, mehrere erblindeten.“ Doch lagen in den drei hauptsächlich betroffenen Gefängnisabteilungen sowieso nur Lebenslängliche und Gefangene mit Strafen von 25 Jahren. Für die mag Blindheit und Wahnsinn noch eine Wohltat sein. Aber „wahre Heldentaten vollbrachte die Tochter des Gefängnisdirektors. Sie gab Revolver, Maschinengewehre und Munition an die kopflos gewordenen Wächter aus und beruhigte die Gefangenen.“ Der Name der Heldenjungfrau wird leider verschwiegen. Vielleicht ist einer der Mörder Saccos und Vanzettis noch ledig; da wäre eine Frau für ihn. Ueber dem Jahrmarkt der Gerechtigkeit weht mächtig das Sternenbanner. Aufmerksame Augen erkennen aber deutlich darin eine schwarzrotgoldene Gösch.

Revolution in Indien

Seit hier im Märzheft (S. 138) die allzu bescheidenen Forderungen des Mahatma Gandhi als peinliche Realpolitik gekennzeichnet wurden, die seinem Ruf, der sich auf die bedingungslose Folgerichtigkeit seines Denkens und Handelns gründet, schwer abträglich sein und ihm die Gefolgschaft des besten Teiles der Ausgebeuteten, der Paria, kosten werde, — seit hier beklagt wurde, daß diesen Heiligen seiner Sache der Mut verlassen habe, der Narr seiner Sache zu sein, hat Gandhi die Torheit wiedergefunden, die von jeher seine große Weisheit ist. Eine der ersten seiner 14 Forderungen verlangt die Aufhebung des britischen Salzmonopols; die Verweigerung der Forderung gab ihm Anlaß, zur Anwendung seines bewährtesten Kampfmittels aufzurufen: zur organisierten Gesetzesverletzung, zur direkten Aktion zum Durchbrechen des Raubmonopols der Imperialisten. Er begab sich mit seinem Anhang auf den Zug zum Meer, um dort mit den primitivsten Mitteln Salz selber zu gewinnen, wohl wissend, daß die Engländer diesen symbolischen Akt der Selbsthilfe nicht zulassen konnten und nicht hinnehmen würden. Schwiegen sie einmal zu der sichtbaren Demonstration der geknechteten Armut, daß die Natur ihre Schätze für alle Menschen erzeugt und sie willig jedem Bedürftigen überläßt, dann hieße dieses Schweigen ein für alle Male anerkennen, daß die Armut ein moralisches Recht dazu habe, dem Reichtum seine Quellen abzuleiten. So geschah, was Gandhi vorausgesehen hatte und herbeiführen wollte: der Kampf brach aus. Die Büttel der „Arbeiterregierung“ des Herrn Mac Donald verhafteten die Salzpilger, verhafteten Gandhis Freunde, seinen Sekretär, nur an ihn selbst gingen sie nicht heran. Es wiederholt sich, was in Rußland zur Zeit der aktivsten Wirksamkeit Leo Tolstois geschah: die Zarenmacht verfolgte und tötete Dienstverweigerer, die Tolstois Lehren befolgten, verurteilte seine Freunde und alle, die sich zu Wortführern seiner Gedanken machten; ihn selbst, der sie aufrief, ihn zu verhaften und zu prozessieren, ließ sie unbehelligt. Gandhi fordert seine Anhänger auf, der Gewalt der Regierung keine eigene Gewalt entgegenzustellen, sie aber mit entschlossenster Gehorsamkeitsverweigerung zu beantworten, auf die Gefahr hin, getötet zu werden. Es ist unwahrscheinlich, daß der kluge Mann eine so sture Passivität von Menschen erwartet hat, die doch schon mit der Gesetzesverletzung den Geist der Rebellion in sich erweckt haben. Aber mit seiner Billigung oder trotz

seiner Warnung — Indien steht in Revolution. Straßenkämpfe in Karachan, in Peschawar, in Madras, in Lahore, in Kalkutta. In den großen Städten bereiten sich Riesenstreiks vor, die Engländer haben alle Waffen des Bürgerkriegs aufgeboden und kämpfen mit Panzerwagen und Standrecht — morgen vielleicht schon mit Gelbkreuz — um das Privileg, dem ältesten Kulturvolk der Erde Brot und Salz, Gesundheit und Leben, Kinder und Zukunft zu stehlen.

Die Revolution Indiens hat noch einen langen Leidensweg vor sich. Was in China, wo es unausgesetzt neue wechselvolle Kämpfe gibt, die von Europas, Amerikas und Japans Kapitalisten bestochenen Generäle treiben, um den Kulis die Segnungen dieser oder jener Regierung begreiflich zu machen, werden in Indien die religiösen Richtungen und die Stammesfeindschaften für die mannigfaltigen Kapitalinteressen zu leisten haben. Schon wenden sich die Mohammedaner gegen die Hindus, und man kann nur wünschen, daß Gandhi sich nicht in die Rolle des ethisch verbrämten Nationalrevolutionärs drängen läßt, der schließlich doch dazu mißbraucht würde, den priesterlichen Segen über die Unterdrückung der sozialen Revolution zu sprechen. Das Weltproletariat hat tausendfachen Anlaß, zur indischen Revolution zu stehen. In dieser Revolution darf es nur einen allen gemeinsamen Feind geben, den Imperialismus. Hier muß das britische Reich tödlich getroffen werden; verendet dieses Imperium an der Stätte seiner leuchtendsten Triumphe und seiner finstersten Verbrechen, dann hat mit dem Imperialismus zugleich das kapitalistische Weltsystem die blutende Wunde empfangen, die nicht mehr verheilen kann. Aber es geht nicht um einen Kampf Indiens gegen England, erst recht nicht um einen Kampf Englands gegen Rußland in dieser Revolution, sondern um einen Kampf geschändeter Menschlichkeit um Leben, Freiheit und eigenes Recht. Die Staaten, die ihre Hände ausstrecken, um angeblich den Kämpfenden zu helfen, haben — China ist Beispiel, China ist Warnung! — nur Staatsinteresse, nur Gewinninteresse, niemals Interesse an der wirklichen Befreiung des Volkes durch den Sozialismus. Daher beweist das europäische und amerikanische Proletariat den indischen Parias die brüderliche Solidarität nicht mit platonischen Sympathieerklärungen, sondern mit aktiver Hilfe: Verhinderung von Waffen- und Munitionstransporten, Bestreitung aller nach Indien bestimmter englischen Schiffe, wachsame Beobachtung kapitalistischer Spekulationspläne zur geschäftlichen Verwertung des indischen Freiheitskampfes, endlich Verschärfung des Klassenkampfes im eigenen Lande gegen die eigenen Ausbeuter. Das internationale Kapital ist ein einheitlicher Organismus, an allen Stellen empfindlich und von jeder Verwundung am ganzen Leibe geschwächt. Was der Arbeiter bei uns seiner herrschenden Klasse zufügt, fügt er den Feinden des indischen Proletariats zu; wo er über den Klassenfeind im eigenen Lande siegt, hilft er der Revolution in Indien siegen.

Die Papagelenkrankheit

Die exotische Krankheit, von der in den letzten Monaten so viel die Rede ging, scheint sich von den Menschen, welche davon befallen wurden, wieder auf die Papageien zurückgezogen zu haben. Dagegen ist eine besondere Form des Leidens, die schon sehr lange grassiert, aber niemals beobachtet worden ist, und die in Europa selbst beheimatet ist, noch nie mit solcher Heftigkeit aufgetreten wie gerade jetzt. Die Forschungen haben er-

geben, daß es sich bei dieser Papageienkrankheit um eine ausgesprochene politische Epidemie handelt und daß leider wieder einmal Proletariat besonders für die Ansteckung empfänglich sind. Die Krankheit (Psittacosis politica proletariensis) tritt in der Weise auf, daß ursprünglich ganz vernünftige und selbständig urteilende Arbeiter sinnlose Worte, wenn sie ihnen vor ihren Dressurlehrern oft genug vorgesprochen wurden, wie die Papageien einfach nachplappern. Zum Beispiel: Die Schwerindustriellen und die Großgrundbesitzer, lauter rassenstolze Arier, kehren den Arbeitern die Taschen um und verhängen Steuern und Zölle auf jeden Lebensbedarf, daß das Elend garnicht mehr abzumessen ist. Die Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die Brotgetreide, Butter, Eier, Fleisch und Zucker mit verteuern helfen, stellen sich vor ihre proletarische Gefolgschaft auf und üben ein: Die Juden haben Schuld! Die Juden haben Schuld! und die hakenkreuzgeschmückten Arbeiter plärren nach: Die Juden haben Schuld! Schlagt die Juden tot! — Oder: Solange die obersten deutschen Regierungszonzen Sozialdemokraten waren, lehrten die Sozi-Dompteure die schwarzrotgoldige Proletenschaft im Chore singen: Wir zahlen für die Republik, was Severing und Wirth verlangt; wir zahlen gern, wie zahlen! Seit aber Wirth auf dem Posten sitzt, von dem der Republikshützer Severing mit tropfenden Augen weichen mußte, singen dieselben Proleten den Text: Keinen Pfennig für die Schwarzen! Keinen Pfennig für die Panzerkreuzer! Nieder mit Brüning und Wirth! — Drittes Beispiel: Nach dem Weddinger Parteitag und der Annahme der von Merker begründeten Resolutionen hieß es: Linksrum marsch, Gewerkschaftskampf! Hoch unser Merker! Jetzt wird einer Moskauer Schallplatte nachgesungen: Merker ist ein Linksopportunist! Es lebe die Einheitsfront! Raus mit Merker! — Das ist die Dressur des Zungenschlags: sonst heißt im Sprachgebrauch derjenige ein Renegat, der seine oft beschworene Sache im Stich läßt und plötzlich das Gegenteil beschwört. Unter der Wirkung der Papageienkrankheit nennt dagegen der Arbeiter denjenigen einen Renegaten, der, wenn eine neue Parole kommt, weiterhin auf die alte schwört. Oder er nennt ihn auch Verräter, Agent der Bourgeoisie, Zuhälter der Sozialfaschisten, — bis eine neue Schallplatte eingelegt wird. Der einzige Satz, den die von der Papageienkrankheit Befallenen durchaus nicht nachsprechen können, heißt: Aller Bonzendrill ist Schwindel; selber denken macht gescheit; Arbeiter, schaut euern Führern nicht bloß aufs Maul, sondern auch in die Krippe!

Von einer anderen politischen Epidemie, der Raben- oder Elsternkrankheit (Cerviditis municipalis Berolinensis) ein anderes Mal. Von ihr werden gewöhnlich Berliner Stadtväter betroffen, und die große Merkwürdigkeit dieser Erkrankung besteht darin, daß sie fast immer vor Vernehmungen ausbricht und umso bedenklicher und hartnäckiger auftritt, je gründlicher sich die Erkrankten gesund gemacht haben.

Maifeier ist kein Kneipfest!

Arbeiter! Gedenkt der Toten vom Mai 1929

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft: regelmäßig Donnerstags, 19½
Uhr, im Lokal Köhler, Neu-
kölln, Ziethenstr. 64.

**Kameraden
nehmt regen Anteil
an den Gruppenabenden!**

Für den FANAL-FOND gingen ein:

A. Weidner, Bln. Charlottenburg Mk. 5,—
Auf Sammeliste durch Kurt Schröder, Berlin . . . Mk. 3,—
M. Mratschny, Detroit, U.S.A. Mk. 8,36

**Unterstützt F A N A L !
Verlangt Sammellisten!**

Hellos Gomez

Gegen die spanische Reaktion

Mappe mit 25 Blättern M. 2.50

Diese Mappe ist im Auftrage der Internatio-
nalen Arbeiter-Assoziation herausge-
geben. Der Reinertrag fließt restlos den Opfern
der spanischen Reaktion zu. Die Mitglieder der
Gilde freier Bücherfreunde lernten den aus-
gezeichneten spanischen Künstler Gomez durch die
Tuschezeichnungen „Panait Istrati“ kennen. Die
vorliegenden 25 Blätter sind ein Meisterwerk revo-
lutionärer Kunst. Der billige Preis ermöglicht
jedem die Anschaffung dieser Mappe..

Bücher und Schriften

VON ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten
Malik-Verlag, Berlin

Preis: brosch. 1,60 Mk. geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers
Kurt Wolff Verlag, München

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,40 Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren
Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 2,— Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti
Verlag Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,— Mk.

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen
Werk 1898—1928

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5,50 Mk. geb. 8,— Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die
Revolutionsergebnisse in München

FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0,90 Mk.

**Bezieht BÜcher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Mai 1930 (Gedicht) — Kunst und Pro-

letariat Ist Anarchie möglich? (von

Alex. Berkman) — Jahrmakrt der Ge-

rechtigkeit — Revolution in Indien

Die Papagelenkrankheit

NR. 8

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

MAI 1930

Brennende Erde

Verse eines Kämpfers

VON **Erich Mähsem**

Das Buch, daß die Gedichte unseres Genossen aus der Kriegs- und Revolutionszeit enthält, ist aus dem Kurt Wolff-Verlag von uns übernommen worden. Wir freuen uns, allen Genossen und Freunden mitteilen zu können, daß wir den Preis für das revolutionäre Werk erheblich herabsetzen konnten. Das Exemplar kostet jetzt

broschiert Mark 1.— (früher Mark 2.—)

gebunden Mark 2.— (früher Mark 3.40)

Wir rechnen mit reichlicher Bestellung.

Gilde freiheitlicher Bücherfreunde.

Bezieht Bücher durch die Geschäftsstelle des FANAL

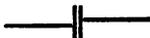
Kind und Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch

von B. Liber, New-York

(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“



Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die Geschäftsstelle des FANAL. Abonnenten des FANAL erhalten durch diese auf Wunsch Zahlungserleichterung

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 8

Mai 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,25 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörchlüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 812.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Mai 1930

*Ihr dürft mit Maiengrün die Mützen zieren.
Nun wallt — ihr dürft's — mit Massenkampfgesang
Im Zug straßauf, straßab die Stadt entlang.
Sie gaben euch Erlaubnis zu marschieren.*

*Zieht zu den Gräbern auch in Friedrichsfelde,
Legt rotbeschleifte Kränze in die Reih,
Dass den Gefallenen vom vorigen Mai
Ein Gruß den Marsch der Lebenden vermelde.*

*Und fragen euch die toten Kameraden:
Wie nützet ihr das blutgedüngte Jahr?
So schlagt euch an die Brust, entblüsst das Haar
Und sprecht nicht viel von jenen Barrikaden. —*

*Habt ihr sie, ihr Millionen, aufgeschichtet?
Habt ihr getrotzt der Geißel von Berlin?
Ihr liest die Wenigen ins Verderben ziehn
Und habt wie sonst der Reichen Werk verrichtet.*

*Ihr liest im Elend Tag um Tag verfließen;
Ihr seht sie heut noch mächeln allesamt,
Die Mai-Verbieter, alle noch im Amt,
Das sie befugt, Proleten zu erschliessen.*

*Nun lasst im Friedhof euer Lied erschallen
Vom Proletariertag, vom ersten Mai,
Vom nahen Ende aller Tyrannei . . .
Man hat's euch ja erlaubt hinaus zu wallen.*

Kunst und Proletariat

Der Gegensatz zwischen anarchistischer und marxistischer Weltanschauung beruht zum geringsten Teil auf der verschiedenen Beurteilung gesellschaftlicher Grundfragen. Soweit diese Fragen ökonomischer Natur sind, besteht sogar weitgehende Uebereinstimmung. Die Klassenscheidung der Staaten durch den Kapitalismus wird gleichmäßig zum Ausgangspunkt des Kampfes gemacht, das Proletariat gilt kraft seiner gesellschaftlichen Funktion als bloßes Ausbeutungsobjekt der besitzenden Klasse und wird somit für die Aufgabe ausersehen, in korporativem Ansturm, aber auf die eigene Tat gestellt, die Einrichtungen, die sein Sklavenschicksal ermöglichen, zu zerstören; die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden und an Produktionsmitteln und deren sozialistische Vergesellschaftung ist zum Ziele gesetzt. In den Lehrmeinungen, welche die organisatorische Zusammenfassung der Klassenkampfkräfte, die Kampfformen und die sozialistische Weltgestaltung der Zukunft betreffen, bestehen allerdings weitreichende Unterschiede, doch brauchten sie, wo zum revolutionären Umsturz entschlossene Anarchisten und Marxisten in Betracht kommen, die Kameradschaft nicht zu hindern, wenn ihre Quellen nicht viel tiefer lägen als in akademischen und taktischen Auffassungen. Die Unvereinbarkeit des Anarchismus und des Marxismus wurzelt in ihrer entgegengesetzten Stellung zum Menschen als Einzelwesen, mithin in ihrer seelisch-geistigen Haltung allgemein, aus der sich wiederum die Beziehung der beiden sozialistischen Lehren zur Kernfrage aller menschlichen Gemeinschaft ableitet: Welche Bedeutung wird der selbstverantwortlichen Persönlichkeit zur Beeinflussung des gesellschaftlichen Geschehens eingeräumt? Dies ist zugleich die Frage nach der individuellen Freiheit im organischen Getriebe, ist die Frage nach der Rolle des Geistes in der Mechanik des öffentlichen Lebens. Die Entscheidung zwischen Anarchismus und Marxismus im Ringen um die Gestaltung der menschlichen Gesellschaft muß auf dem Turnierplatz der geistigen Kultur erkämpft werden.

Die Lehre des Karl Marx geht von der Erkenntnisgrundlage aus, daß die Produktionsverhältnisse, die in ihrer Gesamtheit die ökonomische Struktur der Gesellschaft bilden, „die reale Basis“ seien, „worauf sich ein juristischer und politischer Ueberbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt“. (Marx, Zur Kritik der politischen Oekonomie.) Das ist die soge-

nannte materialistische Geschichtsauffassung, die also die jeweilige Entwicklungsstufe der materiellen Produktion zum einzigen und immer anwendbaren Maß aller gesellschaftlichen Erscheinungen machen will. Alle Umwälzung im gesellschaftlichen Leben wird mit folgerichtiger Einseitigkeit aus dem Widerspruch erklärt, in dem allmählich die Produktivkräfte mit den Produktionsverhältnissen geraten, und die „juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz ideologischen“ Bestandteile des „Ueberbaus“ sind nur die Formen, „worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten“. Die notwendige Wirkung einer solchen Einschätzung der geschichtlichen Bewegungskräfte der Menschheit war — je fester der Marxismus sich als anerkannte Doktrin bei den Sozialisten der verschiedenen autoritären Richtungen einnistete, umso unvermeidlicher —, daß die natürlichen Empfindungen der Leidenschaft, ohne deren ungehemmte Ursprünglichkeit nie ein Kampf gelingen kann, von einem verheerenden Wissenschaftsdünkel umnachtet wurden. Dem Proletariat fror Herz und Galle ein, da es sich einreden ließ, man dürfe diese Organe zum Tun und Lassen nicht zu Rate ziehen, ehe man nicht unter dem Mikroskop untersucht habe, worauf ihre Erregbarkeit beruhe. „Das Sein bestimmt das Bewußtsein!“ Bis zum unerträglichen Ueberdruß plärren es einem die von solchen Schlagworten, die, aus den großen Zusammenhängen herausgenommen, nichts als Redensarten sind, bewußtlos gemachten marxistischen Vorzugsschüler entgegen, wenn man sie mahnt, ihr Bewußtsein, nämlich ihr Leiden und Sehnen, ihr Hassen und Lieben, ihr Wollen und Beschließen „das Sein“, nämlich die Wirklichkeit einer neuen Menschengemeinschaft, bestimmen zu lassen. Alles Geistige ist den Anhängern dieser trockenen Lehre nur ein nebensächlicher Ausdruck materieller Gegebenheiten, alle sittliche Vernunft ökonomischer Zweckmäßigkeit untergeordnet, alle Begeisterung und seelische Erhebung unstatthaft, sofern sie die Schranken wissenschaftlicher Billigung durchbricht.

Die anarchistische Lehre setzt demgegenüber die individuelle Freiheit der gesellschaftlichen Freiheit gleich. Das bedeutet in Beziehung auf den historischen Materialismus die Verneinung von Formeln, welche das Verhalten der Menschen in die erzwungene Abhängigkeit schicksalhaft verhängter Zustände zu bringen versuchen. Das, was Marx „das gesellschaftliche Sein“ nennt, bestimmt „das gesellschaftliche Bewußtsein“ durchaus in keinem höheren Maße, als es selbst aus dem gesellschaftlichen Bewußtsein der Menschen geworden ist. Nach dem an der zitierten Stelle ausdrücklich verkündeten Glaubenssatz seiner materialistischen Auffassung „gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige

Verhältnisse ein“, und zwar „Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen“. Das ist Determinismus — Lehre von der Unfreiheit des Willens und der vorbestimmten Notwendigkeit alles Geschehens — in reinsten Ausprägung. Eine solche Lehre ist allerdings unvereinbar mit jeglichem Freiheitsgedanken. Ist es wahr, daß der Wille der Menschen gebunden ist an kraß materielle Tatsächlichkeiten, dann ist jeder Appell an das Gefühl der Opfer dieser Tatsächlichkeiten, an ihre menschliche Würde, an ihr Bewußtsein auf das Recht der Persönlichkeit verlogene Windmacherei, dann muß man sich in der Tat auf den wissenschaftlichen Nachweis beschränken, daß wieder einmal eine Entwicklungsstufe erreicht sei, wo „die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen“ geraten sind, weshalb nunmehr das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein der Menschen zur Ausführung der fälligen sozialen Revolution zu bestimmen habe. Wir Anarchisten sehen Wesen und Wirkung der „vorhandenen Produktionsverhältnisse“ nebst ihrem Widerspruch zu den Bedürfnissen derer, die die Produktion verrichten, nicht minder klar als Marx und seine Herolde. Nur scheinen uns das lebendige Menschen zu sein und nicht bloß „materielle Produktivkräfte“, und der Widerspruch scheint uns nicht nur darin zu bestehen, daß ein ökonomisches Mißverhältnis vorliegt, das zeitgemäß eingerechnet werden müsse, sondern darin, daß allgemeine seelisch-geistige, in der Menschennatur selbst begründete Ansprüche, Kulturforderungen der nach Freiheit verlangenden Persönlichkeit von Einrichtungen vergewaltigt werden, die nicht als „gesellschaftliches Sein“ zu entschuldigen, sondern als üble Menschenveranstaltungen von denkenden und fühlenden Menschen auszurotten sind.

Der Marxismus, den Gustav Landauer „die Pest des Jahrhunderts und den Fluch des Sozialismus“ nannte, beherrscht fast unbelästigt die gedankliche Welt der dem Kapitalismus abgeneigten Zeitgenossen. Der durch die Fron des täglichen Lebens zum Denken gebrachte Arbeiter, tausendfach betrogen von religiösen und unreligiösen Augenverdrehern, die irgendeinen wohlriechenden Idealismus als Trost im Elend gewinnbringend verschleifen, befreundete sich begreiflicherweise gern mit einer Idee, welche frei von allem übersinnlichen Mystizismus, die harte Erkenntnis, woher Not, Leid und Unrecht in seinem eigenen Erleben quoll, dem kritischen Bewußtsein als Lenkstange zuteilte. Er empfindet marxistisch insofern, als er nicht mehr wünscht, als sein wirtschaftliches Los wirtschaftlich zu erfassen und auf wirtschaftlichen Wegen zu ändern; mit den übrigen Ansprüchen des Marxismus, als allgemeine Denkmethode und unfehlbares Mittel zur Ergründung sämtlicher Welt-

rätsel und Daseinserscheinungen anerkannt zu werden, hat er nichts zu tun, da ihn nach dergleichen Universalrezepten garnicht verlangt. Um so heftiger krallt sich der sogenannte „Intellektuelle“ an den philosophisch-formalistischen Aufstellungen des Marxismus fest; hier hat er hinreichend Fremdwörter, die ihn der Mühe überheben, einmal Vorgedachtes durch eigenes Nachdenken zu berichtigen oder zu erweitern, beziehungsweise sein Intellektuellentum in ein wenig Geistigkeit umzusetzen. Er befließigt sich der Literatur, der Kunst oder der Kritik an diesen erhabenen Aeußerungen menschlichen Schaffensdranges, ist aber, als moderner Denker selbstverständlich historischer Materialist, weit entfernt, den kulturellen Werten des Lebens andre als nur materielle Zwecke, dem geschlossensten Ausdruck der Persönlichkeit andre als nur unpersönliche Befugnisse zuzubilligen.

Der Marxismus hat, seit er als große Mode der Gebildeten getragen wird, in den Bezirken der künstlerischen Kultur unbeschreibliche Verwirrung angerichtet, und es gilt, im Namen des Sozialismus, der nicht allein eine wirtschaftliche Regelung von Arbeit, Verbrauch und Verkehr bedeutet, nicht allein die Befreiung des Proletariats aus ökonomischer Verknechtung, sondern vor allem die Neugestaltung der geistigen und seelischen Beziehungen der Menschen untereinander, die kulturelle Nahrung der Arbeiterschaft der unverdaulichen Zubereitung marxistischer Systemkocher zu entziehen. Es ist eigentümlich, daß die schreckliche Geistlosigkeit der einförmigen Anwendung eines als wissenschaftlich ausgegebenen Urteilsverfahrens auf alle Daseinsgebiete in der Kunst nicht zur Vereinfachung des Verständnisses für ihre Werte beim Proletariat geführt hat, sondern im Gegenteil zur Auflösung der künstlerischen Genußfähigkeit; nicht zu der beabsichtigten Vereinheitlichung des künstlerischen Geschmacks nach bestimmten Zweckgesichtspunkten, sondern im Gegenteil zur Verrottung und Verluderung des gesamten künstlerischen Empfindens und zur Heranzüchtung einer völlig verworrenen, verdorbenen und dabei jämmerlich anspruchslosen Geschmacksbanalität.

Niemand glaube, daß den Arbeitern hier etwa an Stelle der ihnen neuerdings als „proletarische Kunst“ gebotenen Kost der alte nahrhafte Brei aus der bürgerlichen Gemütsküche empfohlen werden solle. Es versteht sich ganz von selbst, daß die Spaltung der Gesellschaft in zwei von vollkommen entgegengesetzten Interessen geleiteten Klassen im geistigen und kulturellen Leben einen nicht weniger kämpferischen Ausdruck finden muß als in der wirtschaftlichen Lebensführung. Das bezieht sich aber durchaus nur auf die inhaltliche Tendenz, keineswegs auf die formale Fassung, geschweige auf das dynamische Wesen der Kunst selbst. Es ist — hiervon war

schon einmal in dem Artikel „Der Geist der Freiheit“ die Rede (vgl. FANAL, III, 4, Januar 1929, S. 77) — lächerlicher Unfug, von proletarischer Kunst zu reden. Es gibt Kunst, die Proletarier tiefer bewegt als gesättigte und ästhetisch gerichtete Bürger, weil der künstlerisch behandelte Gegenstand dem Arbeiter nahe-, dem Bourgeois fernliegt. Es gibt Kunst, die von werktätigen und ausgebeuteten Menschen geschaffen ist, und diese Kunst kann manchmal dem Geschmacksbedürfnis der Bankiersfrauen viel besser entsprechen als dem der Klassengenossen des Künstlers, während vielleicht das Werk eines Adligen oder eines millionenschweren Mannes, dessen dichterischer Genius von sozialen Erregungen zittert, unmittelbar an das Klassengefühl des Proletariats greift. Der Begriff der Kunst bleibt dabei ganz unberührt, er steht im Gegensatz zur Unkunst, zum Kitsch und bezeichnet die Aeüßerung einer mitteilungsbedürftigen Natur, die sich mit Hilfe bildhafter Uebertragung durch Sprache, Ton, Farbe, Form, Bewegung, Mimik in streng gebändigtem Ausdruck unmittelbar an das Gefühl der Mitmenschen wendet. Das eben unterscheidet Kunst von jeder andern Art der Einwirkung auf die Menschen, daß ihre Mittel nicht die der logischen Ueberführung, sondern die der seelischen Erschütterung, Erhebung, Zerknirschung oder Begeisterung sind. Das Proletariat ist eine von den Besitzenden unterworfenen Menschenklasse, keineswegs aber eine von jenen im Wesen unterschiedene Menschengattung. Die herrschenden Klassen haben die Kultur geschaffen, die den geistigen Stand der Gegenwart bezeichnet — beschränkte sich der Marxismus auf diese Feststellung, statt von ihr die fatalistische materialistische Geschichtsauffassung abzuleiten, dann wäre gar nichts dagegen einzuwenden —; die Kapitalisten bestimmen überdies die geistige Ausbildung, die das Arbeiterkind erfährt; von eigenen Lebensformen des Proletariats kann daher in geistigem Betracht überhaupt keine Rede sein. Auch wird es niemals eine proletarische Kultur geben; denn daß es Proletariat gibt, ist an und für sich eine Kulturwidrigkeit, und aller proletarische Kampf, der auf neue Gesellschaftsformen abzielt, kann nur den Sinn haben, diese abscheuliche Kulturwidrigkeit aus der Welt zu schaffen und die klassenlose Menschengemeinschaft an ihre Stelle zu setzen. Soweit die Kunst in den Dienst revolutionärer Ziele des Proletariats genommen werden soll und sie soll es wahrhaftig! sie soll es viel gründlicher als bisher! —, muß es die Kunst sein, welche aus der gegenwärtigen Kultur erwachsen ist. Eine neue Kultur nämlich kann erst entstehen, wenn dazu die Bedingungen, nicht etwa nur die ökonomischen, sondern die seelischen, die geistigen, die moralischen Bedingungen durch völlig gewandelte Beziehungen zwischen den Menschen geschaffen sind. Genau so, wie die für bürgerliche Zwecke ersonnenen Ma-

schinen, Waffen und Geräte aller Art keine Konstruktionsveränderungen brauchen, um den Zwecken des Proletariats ebensogut dienstbar sein zu können, verhält es sich mit der Kunst. Wer sie bedient, mit welcher Absicht sie bedient wird, ist entscheidend.

Manche revolutionären Dichter verkrampfen die deutsche Sprache und bilden sich ein, sonst würde ihre Kunst nicht revolutionär. Manche revolutionären Maler verkleben und verschmieren die Leinwand und bilden sich ein, der gesellschaftliche Umsturz müsse mit der Notzüchtigung der neun Musen beginnen. Die Wirkung ist, daß solche Kunst vom Proletariat schon nicht verstanden, erst recht nicht vom leidenschaftlichen Empfinden seines Weltgefühls aufgenommen wird. Die bürgerliche Sensationsmeute stürzt stattdessen drüber her, und was sich als proletarisch-revolutionäre Form ausgespielt hat, erweist sich als bloße Formlosigkeit und damit als Verfallserscheinung der bürgerlichen Gesellschaft. Ganz schlimm ist, daß durch die Versuche, den revolutionären Geist der Kunst vom aufrüttelnden Inhalt auf die verbildete Form abzulenken, der künstlerische Sinn des Proletariats vielfach verdorben und als Aufnahmegefäß starker seelischer Eindrücke unbrauchbar gemacht worden ist. Wohl wehrten sich die Arbeiter hin und wieder gegen die unverständlichen Verse und die verschrobenen Linien, die ihnen als angemessener künstlerischer Ausdruck ihrer Sehnsucht besichert wurden, aber ihr Verlangen, den Willen zu Freiheit und Gerechtigkeit nun im Spiegel geschliffener Kunst bestätigt zu erhalten, erfuhr keine Befriedigung. Man tat einfach, als ob nunmehr die agitatorische Tendenz in unverfälscht vorschriftsmäßiger Programmfassung durch sich selbst alle Anforderungen „proletarischer Kunst“ erfülle, und so wurde der in schlechte Rhythmen zerhackte, regellos gereimte oder auch barbarisch gezeichnete Parteileitartikel zum künstlerischen Seelenfutter des Arbeiters erhoben.

Tendenzkunst ist, mit Verlaub, gar nichts Neues, sondern etwas zu allen Zeiten und für alle Klassen Selbstverständliches. Jede Bewegung zu neuen Zielen, jede Rechtfertigung geltender Gebräuche und Zustände hat sich von jeher der Kunst zu Werbezwecken bedient. Nur war früher stets höchste künstlerische Gestaltung selbstverständliche Vorbedingung der Wirkung. Neu an der den Proletariern von heute wie eine erschütternde Offenbarung vorgepredigten revolutionären Tendenz in der Kunst ist nur die unsägliche Armut des Dargebotenen im künstlerischen Wert. Die proletarische Kunstkritik aber erschöpft sich in der Beurteilung der Werke nach ihrer linientreuen Gesinnungstüchtigkeit. Nachher wundert man sich, daß die temperamentvollsten Arbeiter, das sind immer zugleich diejenigen, die das glühendste Bedürfnis nach dem getragenen Ausdruck ihrer Gefühle haben, um nicht innerlich zu veröden, nach vergange-

nen Kunstschöpfungen langen wo sie nicht mehr die Tendenz ihres Revolutionswillens finden, sondern die Weihe der Zufriedenheit mit idyllischen Kleinbürgerceien. Uebrigens gibt es nichts Dümmeres, als vor Arbeitern die großen Dichter und Künstler der Vergangenheit zu verleugnen und zu lästern. Sie haben alle ihre Zeit klarer verstanden als unsere klassenbewußten Intellektuellen die ihrige, und haben zum Teil soviel von Freiheit gewußt, daß mancher historische Materialist, der sich in lichten Stunden die Fähigkeit gewahrt haben mag, von der Zukunft zu träumen ohne sie aus den Produktionsverhältnissen auszurechnen, die sittliche Erhöhung bei ihnen wird einatmen können, die zur Revolution mindestens so unentbehrlich ist wie die genaue Kenntnis der „realen Basis“, worauf sich der „ideologische Ueberbau“ erhebt.

Agitatorische Kunst ist gut, ist notwendig, ist in Kampfzeiten wie der Gegenwart Lebensbedarf des Proletariats. — aber sie muß Kunst sein, gekonnte, durchseelte, glühende Kunst. Alle Kunstformen haben agitatorische Möglichkeiten, — aber keine in dem Maße wie die Bühnenkunst. Auf dem Theater führen lebendige Menschen lebendige Leidenschaft vor; hier ist mehr als irgendwo die Möglichkeit, mit wahrer Kunst wahre Ueberzeugung zu vermitteln; hier kann die Idee des revolutionären Arbeiters verwirklichte Gestalt annehmen. „Die Schaubühne ist mehr als jede andre öffentliche Anstalt des Staats eine Schule der praktischen Weisheit, ein Wegweiser durch das bürgerliche Leben, ein unfehlbarer Schlüssel zu den geheimsten Zugängen der menschlichen Seele. Ich gebe zu, daß Eigenliebe und Abhärtung des Gewissens nicht selten ihre beste Wirkung vernichten, daß sich noch tausend Laster mit frecher Stirn vor ihrem Spiegel behaupten, tausend gute Gefühle vom kalten Herzen des Zuschauers fruchtlos zurückfallen — ich selbst bin der Meinung, daß vielleicht . . . Karl Moors unglückliche Räubergeschichte die Landstraßen nicht viel sicherer machen wird, — aber wenn wir auch diese große Wirkung der Schaubühne einschränken, wenn wir so ungerecht sein wollen, sie gar aufzuheben — wie unendlich viel bleibt noch von ihrem Einfluß zurück! Wenn sie die Summe der Laster weder tilgt noch vermindert, hat sie uns nicht mit denselben bekannt gemacht? — Mit diesen Lasterhaften, diesen Toren müssen wir leben. Wir müssen ihnen ausweichen oder begegnen; wir müssen sie untergraben oder ihnen unterliegen. Jetzt aber überraschen sie uns nicht mehr. Wir sind auf ihre Anschläge vorbereitet. Die Schaubühne hat uns das Geheimnis verraten, sie ausfindig und unschädlich zu machen. Sie zog dem Heuchler die künstliche Maske ab und entdeckte das Netz, womit uns List und Kabale umstricken. Betrug und Falschheit riß sie aus krummen Labyrinthen hervor und zeigte ihr schreckliches Angesicht dem Tag.“

So kennzeichnete schon der fünfundzwanzigjährige Schiller die Wirkungsmöglichkeiten des Theaters („Die Schaubühne als eine moralische Anstalt betrachtet“, 1784). Was damals vom Einfluß der Bühne auf die gesellschaftliche Geltung der bürgerlichen Tugenden gesagt wurde, ist heute ohne weiteres übertragbar auf alles, was mit politischer Gesinnung zusammenhängt.

Zu keiner Kunstform hat das Proletariat eine so starke Beziehung wie zur Schauspielkunst. Grade hier und nur hier ist sogar proletarischer Einfluß förderlich bemerkbar geworden. Die heftigen Konflikte der Mitgliedschaft der Berliner Volksbühne mit der Leitung sind aus der von unten herauf laut erhobenen Forderung entstanden, statt Unterhaltungstheater politisches Theater zu sehen. Es bleibt ein hohes Verdienst Erwin Piscators, die Erfüllung dieser Forderung zu einer Lebensaufgabe gemacht zu haben. Ob er die Aufgabe im Einzelnen richtig erfaßt hat, ob er überall von zuverlässigen Einsichten in die gebotenen Mittel zur Erreichung seines Zwecks geleitet war, ob ihn stets Klugheit, Kraft der Persönlichkeit und ideelle Unbefangenheit einwandfrei beraten hat, ist weniger bedeutungsvoll als die unzweifelhafte sittliche Ueberzeugung von seiner Mission und der fanatische Wille, zugleich dem Proletariat zu dienen und Kunst zu leisten. Das Buch, in dem Piscator sein Unternehmen von den Anfängen her beschreibt und mit sympathischer Besessenheit verteidigt („Das politische Theater“, Adalbert Schultz Verlag, Berlin 1929), läßt viele Zweifel zurück, ob der Mann immer auf dem rechten Wege war, keinen an der vollkommenen Ehrlichkeit des Mannes. Dem Untergang der Piscator-Bühne am Nollendorfplatz, der ihr Schöpfer verständlicherweise bitter nachtrauert, sind bei den künstlerisch interessierten Proletariern Berlins nicht viele Tränen gefolgt. Warum es so war, spricht Piscator selber aus: „Sah sich das Bürgertum schließlich in einer Sensation enttäuscht, so bemängelten die Wortführer des Proletariats die Haltung des Theaters, weil sie ihnen nicht revolutionär genug erschien.“ Ganz richtig; das haben alle empfunden, die es mit dem Gesinnungstheater gut meinten — und übrigens auch alle, die ihm übel gesinnt waren. Die Gründe, die Piscator hierfür aufzählt, erklären viel, aber entlasten nicht restlos. Die „Bedingtheiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ wurden im FANAL schon bei der Gründung der Bühne vollauf gewürdigt („Proletarisches Theater“, II, 1, Oktober 1927, S. 23), sie traten ja aber nicht erst im letzten Stadium in Erscheinung. Sie hätten den Versuch allein nicht zu Fall gebracht. Wichtiger und begründeter ist Piscators Klage, daß keine geeigneten Bühnenwerke zur Verfügung standen. Aber vielleicht wäre auch dieser Uebelstand weniger fühlbar gewesen, wenn nicht an das revolutionäre Drama grundsätzliche Anforderungen gestellt worden

wären, deren Nichterfüllung so streng beurteilt wurde, daß lieber unrevolutionäre Stücke gewählt wurden, die die Anforderungen erst recht nicht erfüllten. Ich spreche nicht aus gekränktem Autorenstolz, wenn ich mein eigenes Bühnenwerk „Judas“ nenne. Piscator bezeichnet es als „ein Stück, das mit gesunden Theatermitteln ohne Prätention das Judas-Problem auf die Arbeiterbewegung übertrug“. Er bescheinigt ihm, daß es „in der Öffentlichkeit so große Anerkennung gefunden“ habe, daß die Notgemeinschaft, die das Theater nach dem Zusammenbruch weiterführte, „sich entschloß, es im Abendspielplan fortzuführen“. Das war im heißesten Hochsommer und nachdem die Proletarier schon verärgert dem Theater den Rücken gekehrt hatten. Hätte Piscator selbst das Stück rechtzeitig übernommen, so wäre ihm vielleicht viel großer Verdruß erspart geblieben. Doch das konnte er nicht tun, obwohl die Arbeiter danach riefen und die sympathisierende Presse es empfahl. Warum nicht? weil „die Art der Dramen, die meines Erachtens ein aktives politisches Theater fordert, grundsätzlich von andern Inhalten und andern Formen ausgehen muß. Hier handelt es sich um die Uebertragung eines individuellen psychologischen Problems, eines Seelenkonfliktes, wenn auch aus politischen Motiven, in die Atmosphäre der Bewegung. Also ein Drama im herkömmlichen Sinne, das den Einzelfall abwandelte. Mühsam wird mich bestimmt nicht mißverstehen, wenn ich sage, daß ich das für falsch halte. Er hat ja auch in seinem „Sacco und Vanzetti“ einen Schritt vorwärts getan in der Richtung, die ich für die allein fruchtbare halte, nämlich zum großen historischen Stoff. Das politische Drama muß, wenn es seinen pädagogischen Zweck erfüllen soll, das Dokument zum Ausgangspunkt nehmen und nicht das Individuum. Es muß im Gegenteil zu den Figuren seines Stoffes in ein möglichst unpersönliches „sachliches“ Verhältnis treten, um objektiv, nicht im Sinne einer Neutralität, sondern im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung zu sein.“ Da haben wir das Universalrezept. Hätte Piscator geschrieben, „Judas“ ist eine schlechte Arbeit, der Beifall der Arbeiter bewies ihre künstlerische Verständnislosigkeit, ihr durften keine Zugeständnisse gemacht werden, so wäre kein Wort dagegen einzuwenden. Auch dann könnte man es hinnehmen, wenn nun der Abendspielplan der Piscator-Bühne mit Aufführungen belebt worden wäre, die den grundsätzlichen Forderungen im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung gerecht geworden wären. Was aber sahen wir statt dessen? Das etwas komische Melodram „Der letzte Kaiser“, worin ein plötzlich auf den Thron berufener idealistischer Prinz es mit dem sozialen Gewissen bekommt und als Revolutionär gegen sein eigenes dynastisches Geschäft vom Sockel purzelt. War das das Stück, das nicht mehr einen Einzelfall abwandelte, dessen Geschehen

dokumentarische Allgemeingültigkeit hat? Oder erfüllte die operettenhafte Komödie „Malborough zieht in den Krieg“ die Bedingung des sachlichen Verhältnisses des Dramas zu den Figuren seines Stoffes?

Piscator schreibt an manchen Stellen seines im ganzen sehr lesenswerten Werkes außerordentlich kluge Sätze. Völlig richtig ist die Feststellung: „Das Theater hat drei Jahrhunderte lang von der Fiktion gelebt, daß sich kein Zuschauer im Theater befände.“ Sein „Zeittheater“ erhielt daher die Aufgabe, um des Zuschauers willen zu spielen. Um welchen Zuschauer geht es? „Der geistige Visierpunkt ist und bleibt für mich das Proletariat und die soziale Revolution.“ Daraus ergibt sich folgerichtig, „daß für unser Theater ein proletarisches Publikum, das, voraussetzungslos, naiv, aufnahmebereit die Vorgänge ihrem Inhalt, ihrem Wesen nach auf sich wirken ließ, eine unbedingte Notwendigkeit war“. Ein solches Publikum hatte Piscator anfangs; es gab stimmungsmäßig den Ausschlag, auch wenn die Snobs vom Kurfürstendam, die die Abendkasse ergiebig machten, an Zahl überwogen. Die Galerie hatte das richtige Urteil, und als die Galerie zum ersten Male pfiff, da hätte dieses Pfeifen Piscators Visierpunkt sein sollen. Es bedeutete — und die Arbeiter sprachen ja überall aus, was sie meinten: Die Maschinenteknik der Bühne in Ehren, aber sie darf nicht das Stück zermalmen. Wir wollen unsre revolutionäre Sehnsucht bestätigt sehn, aber die proletarische Revolution soll nicht zu einer mondänen Unterhaltung für unsre Klassenfeinde gemacht werden. Von den besten revolutionären Genossen hörte man Urteile, die peinlich dem entsprachen, das Piscator in seinem Buche aus der „Vossischen Zeitung“ abdruckt: „Es ist der Zweck der Piscator-Bühne, aus Bürgern Kommunisten zu machen. Sollte es nicht die Wirkung seiner Bühne sein, daß aus Kommunisten vielmehr Bürger gemacht werden? Wenn beide Klassen von denselben Lieblingen dieselben Freuden haben — und Freude ist immer ein Besitz —, müssen sie sich da nicht in die Arme fallen? Wenn beide Teile lachen, ist der Klassenkampf beendet und Herr Piscator der Vater des sozialen Friedens.“

Wir haben aus diesen Erfahrungen zu lernen und Schlüsse zu ziehen, nicht etwa schuldig zu sprechen. Piscator hat viel eher auf den Dank der Revolutionäre Anspruch, als auf ihre Verurteilung. Seine Irrtümer sind keine Verbrechen, seine Verdienste überwiegend — allein durch die Kühnheit seiner Versuche — weitaus gegen seine Fehler. Die marxistische Doktrin, der er anhängt, hat häufig seinen Blick über die großen künstlerischen Aufgaben arg getrübt. Die materialistische Geschichtsauffassung ist in Dingen der Kunst gewiß der trübste Berater. So glänzend die Fähigkeiten

Piscator's als Regisseur sind, der Hang zum schematischen Objektivieren, der allen Marxisten irgendwo das Hirn verkleistert, hat ihn dazu verführt, die Technologie der Bühnenkunst zu überwerten, den Persönlichkeitswert besonders des künstlerischen Darstellers zu unterschätzen. Das Starwesen an seiner Bühne, das wir alle Piscator oft verübelt haben, geht darauf zurück, daß ihm die Routine des berühmten Schauspielers größere Garantien zur Herausarbeitung seiner „sachlichen“ Inszenierungen zu bieten schien, als die Erfüllung der vielen prachtvollen Kräfte seines Theaters, die mit dem Herzen bei der proletarischen Sache waren. Herz! Herz!, Erwin Piscator! Das ist eine unmarxistische Forderung, aber es ist die Forderung, ohne die Kunst nicht sein kann, und am allerwenigsten die Kunst, die dem Proletariat gefallen will. Die Gruppen gesinnungsverbundener Schauspieler, die neuerdings den Arbeitern aus den Herzen zum Herzen spielen, haben noch nicht die rechten Stücke, aber sie haben schon den rechten Geist. Sie alle haben viel von Piscator gelernt, jetzt aber sollte Piscator, der erfreulicherweise sein Können wieder in agitatorischer Kunst zur Geltung bringt, auch von ihnen lernen.

Kunst soll begeistern. Begeisterung ist eine Sache, die aus dem Geiste kommt. Nicht Gesinnung zu schulen ist Aufgabe derer, die dem Proletariat die Kunst zuführen wollen, sondern Gesinnung zu durchgeistigen und zu verklären. Der Geist der Kunst verträgt keine Fesseln. Weder die Dialektik noch der historische Materialismus hat mit Kunst etwas zu schaffen; nur die Kunst kann das Proletariat begeistern und entflammen, die ihren Reichtum und ihr Feuer aus der Gesinnung der Freiheit empfängt.

Ist Anarchie möglich ?

Ein Kapitel aus dem noch nicht deutsch erschienenen Buche: „Was ist kommunistischer Anarchismus?“ Aus dem Englischen übertragen; leicht gekürzt.

„Anarchie könnte möglich sein,“ sagst du, „wenn wir ohne Regierung auskommen könnten. Aber können wir das?“ Vielleicht können wir die Frage am besten beantworten, wenn wir dein eigenes Leben untersuchen. Welche Rolle spielt die Regierung in deinem Dasein? Hilft sie dir im Leben? Nährt und kleidet sie dich? Gibt sie dir Obdach? Brauchst du sie, damit sie dir beisteht, zu arbeiten oder dich zu zerstreuen? Wenn du krank bist, rufst du dann den Arzt oder den Polizisten? Kann dir die Regierung eine größere Geschicklichkeit geben, als die Natur dir verliehen hat? Kann sie dich vor Krankheit, Alter oder Tod schützen? Betrachte dein tägliches Leben und du wirst finden, daß sie in Wirklichkeit mit alledem gar nichts zu schaffen hat, außer, wenn sie anfängt, deine Angelegenheiten zu behindern, wenn sie dir befiehlt, dies zu tun oder verbietet, jenes zu tun. Sie zwingt

dich z. B., Steuern zu zahlen und sie zu unterhalten, du magst wollen oder nicht. Sie zieht dir eine Uniform an und steckt dich ins Heer. Sie dringt in dein persönliches Leben ein, kommandiert dich herum, unterjocht dich, schreibt dir dein Benehmen vor, und behandelt dich gewöhnlich, wie es ihr gefällt. Sie sagt dir sogar, was du zu glauben hast und bestraft dich, wenn du anders denkst oder handelst. Sie schreibt dir vor, was du zu essen und zu trinken hast, und kerkert dich bei Ungehorsam ein oder schießt dich nieder. Sie befiehlt dir und bestimmt jeden Schritt in deinem Leben. Sie behandelt dich als einen bösen Jungen oder als ein nicht verantwortliches Kind, das die strenge Hand eines Hüters braucht, aber wenn du nicht gehorcht, hält sie dich nichtsdestoweniger für verantwortlich.

Wir werden später die Einzelheiten eines Lebens unter der Anarchie betrachten und sehen, welche Bedingungen, Zustände und Einrichtungen es in dieser neuen Form der Gesellschaft geben wird, wie sie funktionieren und welche Wirkung sie wahrscheinlich auf den Menschen haben wird. Gegenwärtig haben wir erst zu erweisen, daß solcher Zustand überhaupt möglich ist, daß Anarchie verwirklichtbar ist.

Wie ist das Dasein eines Durchschnittsmenschen heutzutage? Fast deine ganze Zeit ist erforderlich, um deinen Lebensunterhalt zu verdienen. Du bist so beschäftigt mit deinem Lebensunterhalt, daß dir kaum Zeit bleibt, zu leben, das Leben zu genießen; weder Zeit noch Geld. Du bist glücklich, wenn du irgendeine Einkommensquelle, eine Beschäftigung hast. Dann und wann kommt Feierzeit: es gibt Arbeitslosigkeit und Tausende werden aus Lohn und Brot geworfen, jedes Jahr, in jedem Lande. Solche Zeit bedeutet kein Einkommen, keinen Lohn. Sie führt zu Sorge und Entbehrung, Verzweiflung und Selbstmord. Das bedeutet Armut und Verbrechen. Um dieser Armut zu steuern, errichten wir Wohltätigkeitsheime, Armenhäuser, Hospitäler, die alle mit deinen Steuern erhalten werden. Dem Verbrechen vorzubeugen und die Verbrecher zu bestrafen, bist wieder du da, der Polizei, Detektive, Staatsmacht, Richter, Advokaten, Gefängnisse und Gefängniswärter zu erhalten hat. Kannst du dir etwas Sinnloseres und Unpraktischeres vorstellen? Die Gesetzgeber erlassen Gesetze, die Richter legen sie aus, die verschiedenen Beamten führen sie durch, die Polizei jagt und verhaftet den Verbrecher und schließlich nimmt ihn der Gefängnisaufseher in Verwahrung. Zahlreiche Personen und Einrichtungen sind beschäftigt, den arbeitslosen Menschen vom Stehlen abzuhalten und ihn zu bestrafen, wenn er es versucht. Dann wird er mit jenen Existenzmitteln versorgt, deren Fehlen ihn zuvor das Gesetz hat brechen lassen. Nach kürzerer oder längerer Zeit wird er wieder herausgelassen. Wenn es ihm nicht gelingt, Arbeit zu bekommen, beginnt er den gleichen Kreis von Diebstahl, Verhaftung, Prozeß, Einkerkierung von neuem.

Das ist eine harte, aber zutreffende Darstellung unseres stumpfsinnigen Systems; stumpfsinnig und ohnmächtig: Gesetz und Regierung erhalten dies System. Ist es nicht merkwürdig, daß die meisten Menschen sich einbilden, wir könnten ohne Regierung nicht auskommen, wo unser eigentliches Leben tatsächlich nicht den geringsten Zusammenhang mit ihr hat, sie nicht braucht und nur behindert wird, sobald Gesetz und Regierung sich einmischen. „Aber Sicherheit und öffentliche Ordnung,“ wendest du ein, „können wir die haben ohne Gesetz und Regierung? Wer wird uns gegen den Verbrecher schützen?“ Die Wahrheit ist, daß das, was „Gesetz und Ordnung“ genannt wird, tatsächlich die schlimmste Unordnung ist. Daß bißchen Ordnung und Ruhe, das wir haben, ist dem gesunden Menschenverstand und den vereinten Anstrengungen der Menschen zu verdanken, meistens trotz der Regierung. Brauchst du die Regierung dazu, um dir zu sagen, daß du nicht vor einem fahrenden Automobil herumspazieren sollst? Brauchst du sie,

damit sie dir verbiete, von der Brooklyn-Brücke oder vom Eiffelturm herunterzuspringen? Der Mensch ist ein soziales Geschöpf: er kann nicht allein existieren; er lebt in Gemeinschaften und Gesellschaften. Wechselseitige Bedürfnisse und gemeinsame Interessen führen zu gewissen Uebereinkommen, die uns Sicherheit und Behagen verschaffen. Solche Zusammenarbeit ist frei, freiwillig; sie braucht keinen Zwang durch die Regierung. Du trittst einem Sportklub oder einem Gesangsverein bei, weil deine Neigungen in der Richtung gehen, und du wirkst mit den anderen Mitgliedern zusammen, ohne daß irgendjemand dich dazu zwingt. Der Wissenschaftler, der Schriftsteller, der Künstler und der Erfinder suchen ein jeder ihre Umgebung und ihre gemeinschaftliche Arbeit. Ihre Impulse und Bedürfnisse sind ihr bester Ansporn; jegliche Regierung oder Behörde kann ihre Bemühungen nur hemmen. Ueberall im Leben wirst du das Bedürfnis und die Neigung der Menschen zu Zusammenschluß, zu gegenseitigem Schutz und gegenseitiger Hilfe bemerken können. Das ist der Unterschied zwischen Dinge ordnen und Menschen regieren, zwischen Tun aus freien Stücken und Tun auf Befehl. Es ist der Unterschied zwischen Freiheit und Zwang, zwischen Anarchie und Regierung. Denn Anarchismus heißt freiwillige Zusammenarbeit an Stelle von erzwungener Teilnahme; bedeutet Eintracht und Ordnung anstatt Zwietracht und Unordnung.

„Aber wer wird uns gegen Verbrechen und Verbrecher beschützen?“ fragt du. Lieber frage dich selbst, ob die Regierung uns wirklich gegen sie schützt. Ist es nicht gerade die Regierung selbst, die die Bedingungen schafft und fortbestehen läßt, die Verbrechen hervorrufen? Entwickeln nicht Einmischung und Gewalt, worauf alle Regierungen beruhen, den Geist der Unduldsamkeit und Verfolgung, des Hasses und vermehrter Gewalt? Wächst denn nicht das Verbrechen mit dem Anwachsen von Armut und Ungerechtigkeit, hervorgerufen durch die Regierung? Ist denn die Regierung selbst nicht die größte Ungerechtigkeit und das größte Verbrechen? — Verbrechen ist die Folge wirtschaftlicher Bedingungen, sozialer Ungleichheit, von Unrecht und Uebel, deren Eltern Regierung und Monopolssystem sind. Regierung und Gesetz können den Verbrecher nur bestrafen. Sie heilen weder noch verhüten sie Verbrechen. Die einzige wirkliche Heilung des Verbrechens besteht darin, seine Ursachen zu beseitigen, und das kann die Regierung niemals, denn sie ist gerade dazu da, diese Ursachen zu erhalten. Verbrechen kann nur ausgeschaltet werden, indem man die Bedingungen forträumt, die es schaffen. Die Regierung kann das nicht.

Anarchismus bedeutet, diese Bedingungen forträumen. Verbrechen, die aus der Regierung hervorgehen, aus ihrer Unterdrückung und Ungerechtigkeit, aus Ungleichheit und Armut, werden unter der Anarchie verschwinden, sie bilden bei weitem den größten Prozentsatz aller Verbrechen. Gewisse andere Verbrechen werden für eine Zeit fortbestehen, solche, die aus Eifersucht, Leidenschaft und aus dem Geist der Unterdrückung und Gewalt sich ergeben, welcher die Welt heute beherrscht. Aber diese Abkömmlinge von Autorität und Besitz werden unter gesunden Bedingungen auch allmählich verschwinden, zusammen mit der Atmosphäre, die sie entwickelt hat. Anarchie wird daher weder Verbrechen ausbrüten noch irgendwie Boden für ihr Gedeihen bieten. Auf gelegentliche antisoziale Taten wird geblickt werden wie auf Ueberbleibsel früherer ungesunder Bedingungen und Gewohnheiten, und sie werden eher als krankhafter Gemütszustand denn als Verbrechen behandelt werden. Anarchie würde damit beginnen, den Verbrecher zu ernähren und ihm Arbeit zu verschaffen, anstatt ihn erst zu überwachen, zu verhaften, zu richten und einzusperren und zum Schluß ihn zu ernähren mitsamt den vielen anderen, die ihn überwachen und ernähren.

Sicherlich zeigt eben dieses Beispiel, um wieviel vernünftiger und einfacher das Leben unter der Anarchie sein würde, als jetzt . . .

Es ist beinahe unmöglich, die wunderbaren Aussichten zu erfassen, die sich dem Menschen in einer Gesellschaft des kommunistischen Anarchismus eröffnen. Der Gelehrte könnte sich ganz seiner Lieblingsbeschäftigung widmen, ohne sich um sein tägliches Brot aufreiben zu müssen. Der Erfinder würde jede Erleichterung zu seiner Verfügung finden, um die Menschheit mit seinen Entdeckungen und Erfindungen zu beglücken. Der Schriftsteller, der Dichter, der Künstler — alle könnten auf den Schwingen der Freiheit und der sozialen Harmonie zu größeren Höhen ihrer Begabung emporsteigen. Erst dann würden Recht und Gerechtigkeit zu dem ihrigen kommen. Unterschätze nicht die Rolle, die diese Empfindungen im Leben des Einzelnen wie der Nation spielen. Wir leben nicht vom Brote allein. Sicherlich, das Dasein ist nicht möglich, ohne daß wir Gelegenheit haben, unsere leiblichen Bedürfnisse zu befriedigen. Aber ihre Befriedigung macht unter keinen Umständen das ganze Leben aus. Das gegenwärtige System der Zivilisation hat, indem es Millionen enterbt hat, sozusagen den Bauch zum Mittelpunkt des Universums gemacht. Aber in einer vernünftigen Gesellschaft, mit Ueberfluß für alle, würde die reine Existenzsicherheit wie die Luft, die für alle ist, als selbstverständlich betrachtet werden. Die Empfindungen der menschlichen Zuneigung, der Gerechtigkeit und des Rechts erhielten die Möglichkeit, sich zu entwickeln, befriedigt zu werden, sich auszubreiten und zu gedeihen. Selbst heutzutage ist der Sinn für Gerechtigkeit und Anstand im Herzen der Menschen noch lebendig, trotz Jahrhunderten voll Unterdrückung und Entartung. Er ist nicht ausgerottet, er hat nicht ausgerottet werden können, weil er dem Menschen eingeboren ist, ein Instinkt, der ebenso stark ist wie der der Selbsterhaltung und ebenso lebensnotwendig für unser Glück. Denn nicht alles Elend, das wir heute auf der Welt haben, kommt vom Mangel an materiellem Wohlbsein. Man kann eher das Verhungern ertragen als das Bewußtsein von Ungerechtigkeit. Das Bewußtsein, daß du ungerecht behandelt wirst, wird dich geradeso schnell zu Protest und Rebellion treiben, wie der Hunger, vielleicht noch schneller. Hunger mag die unmittelbare Ursache jeder Rebellion oder jeden Aufstandes sein, aber dahinter ist die schlummernde Gegnerschaft und der Haß der Massen gegen diejenigen, durch deren Hände sie Ungerechtigkeit und Unrecht leiden. Tatsache ist, daß Recht und Gerechtigkeit eine weit wichtigere Rolle in unserem Leben spielen, als den meisten Menschen bewußt wird. Diejenigen, die das leugnen möchten, verstehen ebensowenig von der Natur des Menschen wie von der Geschichte. Tagtäglich siehst du Menschen sich gegen das empören, was sie als Ungerechtigkeit empfinden. „Das ist nicht recht“ ist der instinktive Protest des Menschen, wenn er fühlt, daß Unrecht geschieht. Natürlich, eines jeden Menschen Auffassung von Unrecht und Recht hängt von seiner Ueberlieferung, Umgebung und Erziehung ab. Aber wie immer seine Auffassung auch sei, sein natürlicher Impuls ist, zu ahnden, was er für ungerecht hält.

Historisch ist dasselbe richtig. Mehr Rebellionen und Kriege sind durchgeföhrt worden für die Ideen von Recht und Unrecht, als aus materiellen Gründen. Mögen Marxisten hier bemerken, daß unsere Ansicht von Recht und Unrecht selbst durch wirtschaftliche Bedingungen gebildet worden sind, das ändert in keiner Weise etwas an der Tatsache, daß der Sinn für Recht und Gerechtigkeit zu allen Zeiten die Menschen zu Heldentum und Selbstaufopferung für Ideale begeistert hat. . . . Die ganze Geschichte hindurch, die vergangene und die neuzeitliche, hat der Sinn für Recht und Gerechtigkeit den Menschen individuell und kollektiv, zu Taten von Selbstaufopferung und

Ergebenheit begeistert und ihn hoch emporgehoben über den trüben Klein-kram seiner Alltags-Existenz. Es ist natürlich tragisch, daß sich der Idealismus ausdrückte in Taten der Verfolgung, Gewalt und Schlächtere. Es waren die Verworfenheit und Selbstsucht der Könige, Priester und Herren, Unwissenheit und Fanatismus, die diese Formen bestimmten. Aber der Geist, der die Menschen erfüllte, war der des Rechts und der Gerechtigkeit. Alle vergangene Erfahrung beweist, daß dieser Geist immer lebendig ist und daß er ein mächtvoller und beherrschender Faktor auf der ganzen Stufenleiter des menschlichen Lebens ist.

Die Bedingungen unserer heutigen Existenz schwächen und lähmen den edelsten Zug des Menschen, verzerren seine Offenbarung und lenken ihn in das Fahrwasser der Unduldsamkeit und Verfolgung, des Hasses und Streits. Aber einst wird der Mensch von dem zersetzenden Einfluß materieller Interessen befreit sein, herausgehoben aus Unwissenheit und Klassengegensätzen, sein angeborener Geist des Rechts und der Gerechtigkeit wird neue Ausdrucksformen finden, Formen, die auf mehr Brüderlichkeit und guten Willen zielen, auf persönlichen Frieden und soziale Harmonie. Nur unter der Anarchie kann der Geist zu seiner vollen Entwicklung kommen. Befreit von dem entwürdigenden und verwirrenden Kampf um unser tägliches Brot, beteiligt an Arbeit und Wohlergehen, hätten die besten Eigenschaften des Menschenherzens und -sinnes die schönste Gelegenheit zu Wachstum und segensreicher Entfaltung. . . Daher bildet die Anarchie das Ideal nicht nur für irgendein besonderes Element oder eine Klasse, sondern für die gesamte Menschheit, weil sie, im weitesten Sinne, uns allen zugute kommen müßte. Anarchismus ist die Formel eines allgemeinen und dauernden Wunsches der Menschheit. Jeder, der unter Unrecht und Ungerechtigkeit leidet, unter dem Uebel der Korruption und dem Schmutz unseres gegenwärtigen Lebens, ist instinktiv der Anarchie zugeneigt. Jeder, dessen Herz nicht tot ist für Güte, Mitleid und Kameradschaft, muß bemüht sein, sie zu fördern. Jeder, der Armut und Elend, Tyrannei und Unterdrückung zu erdulden hat, müßte das Kommen der Anarchie begrüßen. Jeder freiheits- und gerechtigkeitliebende Mann, jede solche Frau müßte sie verwirklichen helfen. Und zuerst und am nächsten unter allen müßten die Unterworfenen und Getretenen der Welt dazu beitragen. Sie, die Paläste bauen und in Hütten leben; die den Tisch des Lebens decken, denen aber nicht gestattet wird, an der Mahlzeit teilzunehmen; die den Reichtum der Welt schaffen und selbst enterbt sind; die das Leben mit Freude und Sonnenlicht füllen und selbst in den Tiefen der Dunkelheit verachtet bleiben; der hilflose Riese der Arbeit, das Proletariat des Hirns und der Muskeln, die industriellen und ländlichen Massen, sie werden die Anarchie am fröhlichsten umarmen.

An sie richtet der Anarchismus den stärksten Ruf: sie sind es, zuerst und vor allen Dingen, die für den neuen Tag arbeiten müssen, der ihnen ihre Erbschaft zurückgeben und der gesamten Menschheit Freiheit und Wohlfahrt, Freude und Sonnenlicht bringen soll.

Alexander Berkman.

Jahrmarkt der Gerechtigkeit

Die deutsche Gerechtigkeit ist mit dem Abscheiden der Müllerschen in die Gefilde der unbeschäftigten Staatskostgänger in die Fürsorge eines sicheren Dr. Bredt übergegangen. Sein Vorgänger darf, weil er der Macht der Welt erst traut, wenn sie sich der Obhut des Himmels löblich unterworfen hat, der Regierung seines frommen Parteibruders Brüning zur Zierde gereichen, wie bis jetzt derjenige der rötlichen Young-Mannen; nur daß Herr v. Guérard nicht mehr um das sichere Dahingleiten des Schinderkarrens der Justiz auf dem gesetzlichen Paragrafenstrange bemüht zu sein braucht, sondern statt dessen den Lokomotivführerposten im Reichsverkehr übernommen hat. Er war ja auch nicht Justizminister geworden, weil er einmal Jura studiert hatte, sondern weil er katholische Politik betreibt, und so wird er in Zukunft das Kursbuch verantwortlich zeichnen, weil er die Straße der kirchlichen Tugend wandelt; diese Straße dient also nunmehr dem Verkehr. Das ist halt das demokratische System, dessen wir uns unter Brüning, Schiele und Treviranus nicht weniger erfreuen als unter Müller, Severing und Schmidt. Vom Fach, dessen höchster Verweser du wirst, brauchst du keine Ahnung zu haben, aber die Mitgliedschaft zu einer durch die Geheimnisse der politischen Zahlenmystik zum Mitregieren zugelassenen Partei mußst du zu deinem Beruf erwählt haben. Die Sachkenntnis ist ja bei den Weichenstellern und den Piloten vorhanden, beim Guérard genügt das katholische Bekenntnis, um die Sachkundigen zu kommandieren. Die deutsche Rechtspflege aber ist dank besagter Demokratie angesichts des weltgeschichtlichen Vorganges, daß der Wahlsieg der Sozialdemokraten und Kommunisten bei der letzten aufregenden Feststellung des gesamten Volkswillens plötzlich die Berufung einer noch wilhelmischeren Regierung als der durch jene Wahl gestürzten nötig machte, in die Hände des ordentlichen Professors D., Dr. Dr. Joh. Viktor Bredt übergegangen. Dessen Eignung zum Hüter der Gerechtigkeit, welche bekanntlich das Fundament der Staaten ist, ergibt sich zwanglos aus seiner Weltanschauung, die, auf eine kurze Formel gebracht, etwa lautet: kauft Eure Unterhosen nicht im Warenhaus, sondern im Wäschegeschäft! Ob es ihm gelingen wird, in der Justizbranche den Großbetrieb des deutschen Zuchthauswesens ein wenig abzubauen, müssen wir abwarten. Sollte er den Kleinhandel in seinem Ressort bloß damit zu fördern glauben, daß unter seinem Zepher den großen Gaunern nichts geschieht und die kleinen baumeln müssen, dann müßte ihm freilich bedeutet werden, daß man ihn dazu nicht hätte als Firmenchef zu engagieren brauchen; den alten Ladenhüter haben seine Vorgänger zu allen Zeiten und in allen Ländern auf dem Jahrmarkt der Gerechtigkeit verhökert. Immerhin wurde jüngst eine Äußerung des Professors Bredt mitgeteilt, die den Verkäufer der Kleinwirtschaft doch als großzügigen Mann erweist. Danach rühmte er sich schon vor Jahren gesagt zu haben: „Wenn in einer Nacht plötzlich 20 Millionen Deutsche ums Leben kämen, dann wären wir das reichste Volk der Welt.“ Zwar hat der Münchener Irrenarzt, Professor Gruber, vormals Begründer des Vereins zur raschen Niederkämpfung Englands, bereits vor 10 Jahren erklärt, es gäbe in Deutschland 20 Millionen Menschen zuviel, aber ein solches Plagiat wird wohl auch unter dem wirtschaftlichsten Justizminister nicht strafbar befunden werden, und Herrn Bredt muß mindestens zugestanden werden, daß er als Mitglied der neuen Regierung durch die Mitverantwortung für die jetzt eingeleitete agrarische Volksauspowerung gleich bei Beginn seiner Tätigkeit zu seinem Teil dazu

beigetragen hat, daß der erwünschte Zustand in greifbare Nähe gerückt scheint.

Auf jeden Fall wird die hanebüchene Herabschraubung der Lebenshaltung für die gesamte arbeitende Bevölkerung bei gleichzeitiger Befestigung und Vermehrung der Bedingungen, die einem nie erlebten Grad der Erwerbslosigkeit zum Dauerzustand machen, der Brodtschen Strafiustiz gewaltige Wassermassen auf die Mühle treiben. Die Verbrechen aus Not und Verzweiflung werden sich in einem Maße steigern, daß die Einführung einer Verurteilungsmaschine am laufenden Band nicht mehr lange wird aufgeschoben werden können, und bekanntlich sind nur die Verbrechen aus Not und Verzweiflung wirkliche Verbrechen. Wer es nicht nötig hat, zu stehlen und tut es doch, wie die Damen Gräfin Bothmer, Komtesse Monroy, Frau Regierungspräsident Momms; wer den Vater abschießt, ohne daß quälender Hunger die Erbgeleüste zum unwiderstehlichen Zwang gepeitscht hätte, wie es der Graf Stolberg tat; wer seine Geilheit auf Kinder losläßt, ohne daß trübe Wohnverhältnisse in der eigenen Jugend die natürlichen Hemmungen verloren gehen ließen, wie der Potsdamer Graf Pahlen, braucht sich nicht zu ängstigen, daß Staat und Gesellschaft sich in ihrer Sicherheit bedroht fühlen möchten, wenn er nicht die Luft der deutschen Kerker verschlechtern hülfte. Herr Kommerzienrat Meußdörffer hat seine hunderttausend Mark Kautions wieder und darf sich in seiner Villa unbehelligten Betrachtungen darüber hingeben, daß der Versuch, zwei Arbeiter zu bestechen, um sie zum Mordgeständnis zu bewegen, Kraftvergeudung war; Verbrechen jeder Art werden ohnehin niemandem anders als armen Teufeln zugetraut, das ist das einzige Monopol, dessen sich das Proletariat im bürgerlichen Staate erfreut. Das gilt auch fürs Politische. Herr Femetäter Fahlbusch drängt seit langem auf Durchführung seines Prozesses wegen der Ermordung etlicher schwarzer Weißgardisten. Im Gefängnis zwar brauchte er die Ansetzung der Hauptverhandlung nicht abzuwarten, gegen eine Kautions von 20 000 Mark durfte er frei umherlaufen (34 kommunistische Redakteure sitzen zur Zeit wegen leichter Preßvergehen im Kittchen; sie haben aber proletarische Interessen verwaltet). Eines Tages verlangte Herr Femetäter Fahlbusch seine Tausender zurück, damit man ihn wieder einkastete und dadurch der Prozeßgang beschleunigt würde. Was geschah? Die Kautions wurde auf Heller und Pfennig zurückerstattet, und der wegen mehrfachen Mordes „Verfolgte“ bekam den Bescheid, daß er auch ohne Sicherheitsleistung mit Herrn Oberfemetäter Paul Schulz neue Vaterlandsrettung betreiben und dabei auf die Rechtspflege anstoßen dürfe.

Wie es im übrigen auf dem Jahrmarkt der Gerechtigkeit zugeht, bemerkt der sozial bewegte Zeitgenosse nur, wenn er mal vor einer Bude stehen bleibt, die besonders bunt angestrichen ist oder deren Ausrufer ein ungewöhnlich lautes Organ hat. So bietet der „Falke“-Prozeß mal eine hübsche Abwechslung. Da will ein venezolanischer Hochstapler gern heimatlicher Mussolini werden, organisiert von Paris aus die dazu erforderliche Revolution, indem er einer deutschen Reederei ein Schiff abmietet, gehörig Waffen und Munition darauf verstaut, das Ding zum kleinen Privatkreuzer zurechtmontiert und den Kapitän unterwegs die Mannschaft zu Kriegshelden und Befreier Venezuelas dingen läßt. Wäre das Unternehmen nicht an seiner eigenen Lächerlichkeit militärisch gescheitert, dann hätte es gar keinen Prozeß gegeben, Herr Del Gado, den sein Scherz das wertvolle Leben gekostet hat, wäre Beherrscher einer der deutschen Republik befreundeten Macht, und die Herrschaften, die ihm dazu verholfen hätten, wären Würdenträger und begeisterte Patrioten von Venezuela und nicht Angeklagte vor einem Hamburger Gericht. Die Ma-

trosen aber hätten die deutsche Heimat vielleicht erst wiedergesehen, wenn sie den zentralamerikanischen Landesvater als Leibgarde beim ersten Besuch in Berlin begleitet hätten, wo ihnen die Buschklepper aus dem Roten Hause in Sklarekpelzen einen fürstlichen Empfang am Lehrter Bahnhof bereitet und ihnen afghanische und ägyptische Ehren erwiesen hätten. Der „Falke“ Prozeß hätte nicht viel mehr Bedeutung als ein lustiger Operettenfilm, gäbe ihm nicht die Art der Verteidigung einen bemerkenswerten politischen Sinn. Der angeklagte Schiffseigentümer Felix Prenzlau erklärt nämlich, bei der ganzen Geschichte handle es sich um weiter nichts als um einen einfachen landesüblichen Waffentransport, und wenn ihm das Gericht darin beistimmt, dann kann ihm nichts geschehen: Denn: „der Transport von Waffen“, sagte Prenzlau wörtlich, ist nicht strafbar und nicht ungewöhnlich. Allererste Hamburger Exportfirmen machen fortgesetzt solche Geschäfte und bekannte Reedereien übernehmen den Transport.“ Sieh mal an! Als vor einiger Zeit bekannt wurde, daß riesige Munitionstransporte über Kiel an die chinesischen Konterrevolutionäre geschoben würden und daß dabei Offiziere der Reichsmarine die Pfoten zwischen den Knallerbsen hätten, erklärte Herr Gröner im Reichstag, es handle sich um ganz gemeine Schiebereien, und er hoffe, daß die Beteiligten gehörig eingetunkt würden. Dann stieg der Kieler Prozeß, bei dem alle Türen luftdicht geschlossen wurden und von dessen Ermittlungen nichts weiter an die Öffentlichkeit drang, als daß alle Angeklagten auf Staatskosten freigesprochen wurden. Ich entnehme einer rechtsgerichteten klerikalen Zeitung folgende Bemerkungen: „Ein Hamburger Kaufmann kann ruhig in Frankreich oder sonstwo eine Schifflladung Waffen kaufen, diese am Hamburger Freihafen übernehmen und als seinen Transport weiterleiten. Der Waffenhandel ist in erster und letzter Linie ein Geschäft; Verdienste von 300 und mehr Prozent sind keine Seltenheit. Das Waffengeschäft ist seiner ganzen Natur nach ein Kettengeschäft mit allen Nachteilen und Vorzügen, d. h. Verdunklungsmöglichkeiten eines solchen. Eine Ladung Waffen geht oft durch unzählige Hände, bis sie endlich den Bestimmer erreicht. Dieser Zwischenhandel ist es auch, der die Waffen schließlich so verteuert. Es gibt eine ganz bestimmte Klasse von Waffenhändlern, die man die Einkäufer nennen kann. Ihre Tätigkeit besteht darin, Waffenquellen auffindig zu machen und größere Posten aufzukaufen. Wenn es nachher zum Skandal kommt, dann haben diese Leute immer altes unbrauchbares Material zu Verschrottungszwecken gekauft. Die Herkunft der Waffen ist nicht so schwer zu ermitteln. Wo sind z. B. die Waffen anlässlich der Entwaffnung des Rifkabylengebietes geblieben? Wo die Nachlaßmasse aus den afghanischen Unruhen? Hier sind ganze Waffenlager en bloc aufgekauft worden. Auch hat der Weltkrieg ein gewaltiges, fast unerschöpfliches Waffenlager aller Art hinterlassen, aus dem man noch jahrzehntelang schöpfen kann. Und die letzten Verbraucher? Es ist kein Zufall, daß sie meistens in Paris sitzen. In Paris residieren dauernd Dutzende von gestürzten amerikanischen Präsidenten, Parteigängern und grollenden Potentaten. In Südamerika ist ewiger Bedarf an Waffen, und auch China wird wohl noch lange ein treuer Kunde bleiben.“ — Was die Gerechtigkeit betrifft, so kümmert sie sich um derlei Angelegenheiten nur, wenn zufällig ein Paragraphen des Strafgesetzbuchs verletzt scheint, wie diesmal der, der vom „Menschenraub“ handelt. Wo nur die gewinnsüchtige Absicht vorliegt, die Hinmordung tausender arbeitender Menschen zu ermöglichen, geht das keinen Richter etwas an

Aber der Arme, der Bedrängte, der Gehetzte, der Zerquälte und Verzweifelte, den tausend Nöte, von denen dem im weichen Bett und im warmen Zimmer gesicherten Bürger keine je nahe gekommen ist, zum

Freyler an der geheiligten Ordnung des Staates, am Eigentum oder gar am Leben von Mitmenschen gemacht haben, der hat nicht zu lachen, wenn der dürre Arm des öffentlichen Rechtes nach ihm langt. Da ist kürzlich wieder ein „Schwerverbrecher“ aus dem Zuchthaus geflüchtet, und die ganze Meute entrüsteter Selbstzufriedener kläffte ihm nach und troff vor klebriger Gier, die tausend Mark zu gewinnen, die man für seine Ergreifung ausgesetzt hatte; es sind dieselben, die sich nach 2000 Jahren noch entsetzen, daß einmal einer einen Gesuchten um 30 Silberlinge an seine Schergen verraten hat. Goldbach, der übrigens schon sehr früh anarchistische Ideen aufgenommen hatte, war mit 19 Jahren dem grauenvollen Verließ einer Fürsorgeanstalt entkommen. Auf der Flucht mußte er leben; da ihm keiner gab, was er brauchte, Nachfrage nach Arbeit aber Rücktransport in die gehäßte Anstalt bedeutete hätte, mußte er requirieren gehen. Dabei geriet er mit einem Polizisten ins Handgemenge und schoß. (Nebenbei: gewiegte Einbrecher schießen nicht, nur nervöse, von der Gefahr verwirrte Neulinge suchen ihr Heil bei der Waffe und rennen grade dadurch in ihr Verderben; ist das schon je von Richtern als mildernder Umstand gewürdigt worden?) Der Beamte starb, der junge Mensch wurde verurteilt, — wegen vorsätzlichen Mordes zur Todesstrafe! Was hier vorlag, wenn man denn schon das geschriebene Staatsgesetz anerkennen will, war Notwehr zur Abwehr einer unmittelbaren Gefahr bei Begehung einer Straftat, also Totschlag im Sinne des § 214 StGB., Jugend, Not und entsetzliches Lebensschicksal des Täters gar nicht gerechnet. Nachher war es noch hohe Gnade, daß man den armen Jungen fürs ganze Leben im Zuchthaus zu halten beschloß. Nach 8 Jahren ist er der Gerechtigkeit entronnen. Wer ihn einfängt, kriegt einen Haufen Geld und kann es verjuxen im schönen Bewußtsein, es ehrlich erworben zu haben.

Wie wäre es eigentlich, wenn man für solche Fälle einmal eine Amnestie erließe? Wie wär's, Herr Dr. Bredt, wenn Sie die gute Gelegenheit wahrnähmen und bei der Räumung der letzten Rheinzone mal wirklich etwas für den kleinen Mann täten? Ich bin erbötig, Ihnen etliche Dutzend Fälle zu unterbreiten von Strafvollstreckungen an Verurteilten, die, unabhängig von allen politischen, sozialen, gesellschaftlichen und moralischen Sonderauffassungen, kein fühlender Mensch im Zuchthaus lassen würde, der sich anders als nur bürokratisch, als nur unter dem Gesichtspunkt des ödesten Formalismus mit ihren einzelnen Schicksalen befassen würde. Wissen Sie, daß noch viele Gefangene in den deutschen Strafanstalten sitzen, die die Sünden, für die man sie büßen läßt, als Soldaten des Weltkrieges begangen haben? Wissen Sie, daß Hunderte von Gefangenen noch von der Zeit des Krieges her sitzen, die ihre Straftat nicht begangen hätten, wenn die Auflösung aller sittlichen Begriffe durch die Kriegsmoral ihr Gefühl für Recht und Unrecht nicht verwirrt hätte? Wissen Sie, daß zahllose Verurteilte ihr Los den Schrecken der Inflationszeit danken und daß deren Kinder noch heute des väterlichen Schutzes entraten, weil die Väter eben damals der Not und dem Hunger und dem Anblick ihrer verelendeten Familie nicht gewachsen waren? Wissen Sie, daß massenhaft Urteile gefällt worden sind, die einer Nachprüfung vor einem Wiederaufnahmeverfahren nicht standhalten könnten und daß ihre Opfer nur deshalb im Zuchthaus bleiben müssen — vielfach lebenslänglich, weil die Gesetze unter Tausenden von Fällen kaum einen zu einer solchen Nachprüfung zulassen? Ich will Ihnen Akten vorlegen, daß Ihnen Angst werden müßte vor dem Amt, das Sie übernommen haben.

Aber Herr Bredt wird sich von dem ewigen Gerechtigkeits-Prokuristen Joel beraten lassen wie alle seine Vorgänger, und der wird ihm sagen, daß Amnestien das Vertrauen in die Rechtssicherheit des Landes

erschüttern müssen. Da aber das nackte Unrecht auf dem Jahrmarkt der Gerechtigkeit nicht ausgeschrien wird, leidet die Staatsräson und das Vertrauen in die Rechtssicherheit von ihm keinen Schaden. Oder aber Herr Bredt wird den Erich Kuttner um Auskunft bitten und der wird Opfer der Justiz noch ins Grab hinein beschimpfen, wie unsern toten Genossen Kobitsch-Meyer, dem das konterrevolutionäre Klassengericht bestätigt hat, daß er Geld raubte, um damit revolutionäre Aufgaben zu erfüllen, während der Sozialdemokrat Kuttner schon Schüttelfröste bekommt, wenn er erfährt, daß die gesetzlich nicht privilegierte Aneignung fremden Eigentums von manchen Leuten minder hart beurteilt wird, als gewisse Revolverknipseereien, an die zwar er nicht mehr denkt, die aber wir andern nicht vergessen haben. Herr Kuttner hat sogar geglaubt, die Ehre des Genossen Rudolf Margies bedecken zu müssen, indem er eine angebliche Strafliste aus dessen Vorleben den Bürgern des Landtages zur Kenntnis brachte. Margies sitzt als politischer Gefangener wegen anerkannt politischer Taten. Da Kuttner mit dem Proletariat nichts anderes zu tun hat, als daß er dessen Mißleitung zum Lebensberuf erkoren hat, ist ihm das Vorleben eines Revolutionärs, das von Not und Entbehrung gezeichnet war, nur interessant als Material zur Entrüstung darüber, daß jemand Revolutionär sein kann. Kuttner ist keine wichtige Persönlichkeit, bedeutsam höchstens als Typus des Politikers, den die deutsche Sozialdemokratie für besonders geeignet hält, die Fragen des Rechts zu behandeln. Vielleicht weiß dieser Kuttner wirklich nicht, daß das Malheurchen, das ihm mit dem Arbeiter Eichhorn passiert ist, nur deswegen ein bloßer Unfall war und daher mit dem Freispruch Kuttners endete, weil es eben ihm, dem prominenten Sozialdemokraten mit einem gewöhnlichen Spartakisten widerfahren ist. Wir wissen, daß im umgekehrten Fall, wenn Gott behüte ein spartakistischer Arbeiter den großen Erich Kuttner abgeknallt hätte, dieser Arbeiter noch heute zu den Zuchthäuslern gehören würde, um derenwillen wir endlich eine gründliche, nicht auf anerkannt Politische beschränkte Amnestie verlangen müssen. Arbeiter! Kümmert Euch um die Justiz! Der Jahrmarkt der staatlichen Gerechtigkeit ist eine Stätte des Grauens, und seine Schaubuden sind die Schreckenskammern des Lebens!

Nachtrag. Das Programm der Jahrmarktschmiere wechselt rascher, als der Chronist registrieren kann. In Columbus im Staate Ohio brennt das Zuchthaus nieder, ein Zuchthaus, das für 2000 Besserungsbedürftige Unterkunft bietet. Die glücklichen Verhältnisse der Vereinigten Staaten bringen es mit sich, daß der Bau der Gerechtigkeit für 5000 Menschen reichen muß, denn der beste Staat kann bei seinen Kerkerbauten nicht Schritt halten mit dem Tempo, in dem die Einwohner eines Landes beweisen, daß sie den Staat gar nicht wert sind. Nichtsdestoweniger quartiert dieser Staat sie alle ein. Bei dem Brande in Columbus kamen weit über 300 Gefangene um, Hunderte wurden schwer verletzt. Zwölf Mörder, berichtete der „Vorwärts“ in Balkenüberschrift, verbrannten. Unter Mördern verstehen die Sozialdemokraten heute diejenigen, die nicht zu aller Qual stillhalten, beileibe nicht solche Leute, die auf Kommando wehrlose Menschen zu Brei schießen. Also nicht die Justizorgane waren die Mörder, die die ihrer Obhut anvertrauten Gefesselten den Flammen überließen, sondern die Umgekommenen. Die Schlüssel zum Aufsperrn der brennenden Käfige waren verloren gegangen, auch „verweigerten die Wärter die Oeffnung der Zellen.“ Die Strickleitern, mit denen die Verwundeten und Toten geborgen werden sollten, rissen, so gab es außer Verbrennungen noch Genickbrüche. Aber die Sorge ging ja auch dem staatsbewußten Personal nicht darum, Leben zu retten, sondern darum, dem Staat keines seiner

Opfer entwischen zu lassen. Die geretteten Gefangenen wurden zusammengetrieben und mit Gummiknüppeln und Waffen jeder Art verhindert, dem Schauplatz des Todes zu entfliehen. „Viele der Gefangenen“, heißt es im Zeitungsbericht, „sind infolge der furchtbaren Aufregung wahnsinnig geworden, mehrere erblindeten.“ Doch lagen in den drei hauptsächlich betroffenen Gefängnisabteilungen sowieso nur Lebenslängliche und Gefangene mit Strafen von 25 Jahren. Für die mag Blindheit und Wahnsinn noch eine Wohltat sein. Aber „wahre Heldentaten vollbrachte die Tochter des Gefängnisdirektors. Sie gab Revolver, Maschinengewehre und Munition an die kopflos gewordenen Wächter aus und beruhigte die Gefangenen.“ Der Name der Heldenjungfrau wird leider verschwiegen. Vielleicht ist einer der Mörder Saccos und Vanzettis noch ledig; da wäre eine Frau für ihn. Ueber dem Jahrmarkt der Gerechtigkeit weht mächtig das Sternenbanner. Aufmerksame Augen erkennen aber deutlich darin eine schwarzrotgoldene Gösch.

Revolution in Indien

Seit hier im Märzheft (S. 138) die allzu bescheidenen Forderungen des Mahatma Gandhi als peinliche Realpolitik gekennzeichnet wurden, die seinem Ruf, der sich auf die bedingungslose Folgerichtigkeit seines Denkens und Handelns gründet, schwer abträglich sein und ihm die Gefolgschaft des besten Teiles der Ausgebeuteten, der Paria, kosten werde, — seit hier beklagt wurde, daß diesen Heiligen seiner Sache der Mut verlassen habe, der Narr seiner Sache zu sein, hat Gandhi die Torheit wiedergefunden, die von jeher seine große Weisheit ist. Eine der ersten seiner 14 Forderungen verlangt die Aufhebung des britischen Salzmonopols; die Verweigerung der Forderung gab ihm Anlaß, zur Anwendung seines bewährtesten Kampfmittels aufzurufen: zur organisierten Gesetzesverletzung, zur direkten Aktion zum Durchbrechen des Raubmonopols der Imperialisten. Er begab sich mit seinem Anhang auf den Zug zum Meer, um dort mit den primitivsten Mitteln Salz selber zu gewinnen, wohl wissend, daß die Engländer diesen symbolischen Akt der Selbsthilfe nicht zulassen konnten und nicht hinnehmen würden. Schwiegen sie einmal zu der sichtbaren Demonstration der geknechteten Armut, daß die Natur ihre Schätze für alle Menschen erzeugt und sie willig jedem Bedürftigen überläßt, dann hieße dieses Schweigen ein für alle Male anerkennen, daß die Armut ein moralisches Recht dazu habe, dem Reichtum seine Quellen abzuleiten. So geschah, was Gandhi vorausgesehen hatte und herbeiführen wollte: der Kampf brach aus. Die Büttel der „Arbeiterregierung“ des Herrn Mac Donald verhafteten die Salzpilger, verhafteten Gandhis Freunde, seinen Sekretär, nur an ihn selbst gingen sie nicht heran. Es wiederholt sich, was in Rußland zur Zeit der aktivsten Wirksamkeit Leo Tolstois geschah: die Zarenmacht verfolgte und tötete Dienstverweigerer, die Tolstois Lehren befolgten, verurteilte seine Freunde und alle, die sich zu Wortführern seiner Gedanken machten; ihn selbst, der sie aufrief, ihn zu verhaften und zu prozessieren, ließ sie unbehelligt. Gandhi fordert seine Anhänger auf, der Gewalt der Regierung keine eigene Gewalt entgegenzustellen, sie aber mit entschlossenster Gehorsamkeitsverweigerung zu beantworten, auf die Gefahr hin, getötet zu werden. Es ist unwahrscheinlich, daß der kluge Mann eine so sture Passivität von Menschen erwartet hat, die doch schon mit der Gesetzesverletzung den Geist der Rebellion in sich erweckt haben. Aber mit seiner Billigung oder trotz

seiner Warnung — Indien steht in Revolution. Straßenkämpfe in Karachan, in Peschawar, in Madras, in Lahore, in Kalkutta. In den großen Städten bereiten sich Riesenstreiks vor, die Engländer haben alle Waffen des Bürgerkriegs aufgeboden und kämpfen mit Panzerwagen und Standrecht — morgen vielleicht schon mit Gelbkreuz — um das Privileg, dem ältesten Kulturvolk der Erde Brot und Salz, Gesundheit und Leben, Kinder und Zukunft zu stehlen.

Die Revolution Indiens hat noch einen langen Leidensweg vor sich. Was in China, wo es unausgesetzt neue wechselvolle Kämpfe gibt, die von Europas, Amerikas und Japans Kapitalisten bestochenen Generäle treiben, um den Kulis die Segnungen dieser oder jener Regierung begreiflich zu machen, werden in Indien die religiösen Richtungen und die Stammesfeindschaften für die mannigfaltigen Kapitalinteressen zu leisten haben. Schon wenden sich die Mohammedaner gegen die Hindus, und man kann nur wünschen, daß Gandhi sich nicht in die Rolle des ethisch verbrämten Nationalrevolutionärs drängen läßt, der schließlich doch dazu mißbraucht würde, den priesterlichen Segen über die Unterdrückung der sozialen Revolution zu sprechen. Das Weltproletariat hat tausendfachen Anlaß, zur indischen Revolution zu stehen. In dieser Revolution darf es nur einen allen gemeinsamen Feind geben, den Imperialismus. Hier muß das britische Reich tödlich getroffen werden; verendet dieses Imperium an der Stätte seiner leuchtendsten Triumphe und seiner finstersten Verbrechen, dann hat mit dem Imperialismus zugleich das kapitalistische Weltssystem die blutende Wunde empfangen, die nicht mehr verheilen kann. Aber es geht nicht um einen Kampf Indiens gegen England, erst recht nicht um einen Kampf Englands gegen Rußland in dieser Revolution, sondern um einen Kampf geschändeter Menschlichkeit um Leben, Freiheit und eigenes Recht. Die Staaten, die ihre Hände ausstrecken, um angeblich den Kämpfenden zu helfen, haben — China ist Beispiel, China ist Warnung! — nur Staatsinteresse, nur Gewinninteresse, niemals Interesse an der wirklichen Befreiung des Volkes durch den Sozialismus. Daher beweist das europäische und amerikanische Proletariat den indischen Parias die brüderliche Solidarität nicht mit platonischen Sympathieerklärungen, sondern mit aktiver Hilfe: Verhinderung von Waffen- und Munitionstransporten, Bestreitung aller nach Indien bestimmter englischen Schiffe, wachsame Beobachtung kapitalistischer Spekulationspläne zur geschäftlichen Verwertung des indischen Freiheitskampfes, endlich Verschärfung des Klassenkampfes im eigenen Lande gegen die eigenen Ausbeuter. Das internationale Kapital ist ein einheitlicher Organismus, an allen Stellen empfindlich und von jeder Verwundung am ganzen Leibe geschwächt. Was der Arbeiter bei uns seiner herrschenden Klasse zufügt, fügt er den Feinden des indischen Proletariats zu; wo er über den Klassenfeind im eigenen Lande siegt, hilft er der Revolution in Indien siegen.

Die Papagelenkrankheit

Die exotische Krankheit, von der in den letzten Monaten so viel die Rede ging, scheint sich von den Menschen, welche davon befallen wurden, wieder auf die Papageien zurückgezogen zu haben. Dagegen ist eine besondere Form des Leidens, die schon sehr lange grassiert, aber niemals beobachtet worden ist, und die in Europa selbst beheimatet ist, noch nie mit solcher Heftigkeit aufgetreten wie gerade jetzt. Die Forschungen haben er-

geben, daß es sich bei dieser Papageienkrankheit um eine ausgesprochene politische Epidemie handelt und daß leider wieder einmal Proletariat besonders für die Ansteckung empfänglich sind. Die Krankheit (Psittacosis politica proletariensis) tritt in der Weise auf, daß ursprünglich ganz vernünftige und selbständig urteilende Arbeiter sinnlose Worte, wenn sie ihnen vor ihren Dressurlehrern oft genug vorgesprochen wurden, wie die Papageien einfach nachplappern. Zum Beispiel: Die Schwerindustriellen und die Großgrundbesitzer, lauter rassenstolze Arier, kehren den Arbeitern die Taschen um und verhängen Steuern und Zölle auf jeden Lebensbedarf, daß das Elend garnicht mehr abzumessen ist. Die Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die Brotgetreide, Butter, Eier, Fleisch und Zucker mit verteuern helfen, stellen sich vor ihre proletarische Gefolgschaft auf und üben ein: Die Juden haben Schuld! Die Juden haben Schuld! und die hakenkreuzgeschmückten Arbeiter plärren nach: Die Juden haben Schuld! Schlagt die Juden tot! — Oder: Solange die obersten deutschen Regierungszonzen Sozialdemokraten waren, lehrten die Sozi-Dompteure die schwarzrotgoldige Proletenschaft im Chore singen: Wir zahlen für die Republik, was Severing und Wirth verlangt; wir zahlen gern, wie zahlen! Seit aber Wirth auf dem Posten sitzt, von dem der Republikshützer Severing mit tropfenden Augen weichen mußte, singen dieselben Proleten den Text: Keinen Pfennig für die Schwarzen! Keinen Pfennig für die Panzerkreuzer! Nieder mit Brüning und Wirth! — Drittes Beispiel: Nach dem Weddinger Parteitag und der Annahme der von Merker begründeten Resolutionen hieß es: Linksrum marsch, Gewerkschaftskampf! Hoch unser Merker! Jetzt wird einer Moskauer Schallplatte nachgesungen: Merker ist ein Linksopportunist! Es lebe die Einheitsfront! Raus mit Merker! — Das ist die Dressur des Zungenschlags: sonst heißt im Sprachgebrauch derjenige ein Renegat, der seine oft beschworene Sache im Stich läßt und plötzlich das Gegenteil beschwört. Unter der Wirkung der Papageienkrankheit nennt dagegen der Arbeiter denjenigen einen Renegaten, der, wenn eine neue Parole kommt, weiterhin auf die alte schwört. Oder er nennt ihn auch Verräter, Agent der Bourgeoisie, Zuhälter der Sozialfaschisten, — bis eine neue Schallplatte eingelegt wird. Der einzige Satz, den die von der Papageienkrankheit Befallenen durchaus nicht nachsprechen können, heißt: Aller Bonzendrill ist Schwindel; selber denken macht gescheit; Arbeiter, schaut euern Führern nicht bloß aufs Maul, sondern auch in die Krippe!

Von einer anderen politischen Epidemie, der Raben- oder Elsternkrankheit (Cerviditis municipalis Berolinensis) ein anderes Mal. Von ihr werden gewöhnlich Berliner Stadtväter betroffen, und die große Merkwürdigkeit dieser Erkrankung besteht darin, daß sie fast immer vor Vernehmungen ausbricht und umso bedenklicher und hartnäckiger auftritt, je gründlicher sich die Erkrankten gesund gemacht haben.

Maifeier ist kein Kneipfest!

Arbeiter! Gedenkt der Toten vom Mai 1929

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft: regelmäßig Donnerstags, 19½
Uhr, im Lokal Köhler, Neu-
kölln, Ziethenstr. 64.

**Kameraden
nehmt regen Anteil
an den Gruppenabenden!**

Für den FANAL-FOND gingen ein:

A. Weidner, Bln. Charlottenburg Mk. 5,—
Auf Sammeliste durch Kurt Schröder, Berlin . . . Mk. 3,—
M. Mratschny, Detroit, U.S.A. Mk. 8,36

**Unterstützt F A N A L !
Verlangt Sammellisten!**

Hellos Gomez

Gegen die spanische Reaktion

Mappe mit 25 Blättern M. 2.50

Diese Mappe ist im Auftrage der Internatio-
nalen Arbeiter-Assoziation herausge-
geben. Der Reinertrag fließt restlos den Opfern
der spanischen Reaktion zu. Die Mitglieder der
Gilde freiheitlicher Bücherfreunde lernten den aus-
gezeichneten spanischen Künstler Gomez durch die
Tuschezeichnungen „Panait Istrati“ kennen. Die
vorliegenden 25 Blätter sind ein Meisterwerk revo-
lutionärer Kunst. Der billige Preis ermöglicht
jedem die Anschaffung dieser Mappe..

Bücher und Schriften

VON ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten
Malik-Verlag, Berlin

Preis: brosch. 1,60 Mk. geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers
Kurt Wolff Verlag, München

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,40 Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren
Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 2,— Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti
Verlag Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,— Mk.

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen
Werk 1898—1928

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5,50 Mk. geb. 8,— Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die
Revolutionsergebnisse in München

FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0,90 Mk.

**Bezieht BÜcher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Republik auf Abbruch — Der Staat

Ist in Gefahr (von Carl Severing, mit
einer Nachschrift von G. Clemenceau) —

**Pfingstgnade — Das Licht aus dem
Osten — Willkommen**

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

NR. 9

JAHRGANG 4

BERLIN

JUNI 1930

Brennende Erde

Verse eines Kämpfers von ERICH MÜHSAM

Das Buch erschien 1920 als unmittelbarer Niederschlag der während des Krieges, während der Revolution und in den ersten Monaten seiner Gefangenschaft entstandenen Gedichte unseres Genossen.

Erich Mühsam ist einer der ganz wenigen Dichter, die ihre revolutionäre Gesinnung auch während der patriotischen Psychose des Krieges in wuchtigen Anklagen gegen den Massenmord zum Ausdruck brachten. Seine Revolutionsgedichte haben darum unter den Arbeitern stärkste Wirkung getan.

Das Buch „Brennende Erde“ fand, als der Kurt Wolff - Verlag es herausgab, außerordentliche Beachtung, auch bei der bürgerlichen Literaturkritik. Mit dem in Bayern geglückten Rechtsputsch der Weißgardisten Kahr und Möhl verschwand es aber aus den Buchhandlungen.

Jetzt ist das wichtige dichterische Kriegs- und Revolutionsdokument von uns übernommen worden; und wir sind in der Lage, es den Genossen zu stark herabgesetztem Preise anzubieten.

Es kostet:

broschiert Mk. 1.— (früher Mk. 2.—)

gebunden „ 2.— („ „ 3.40)

Erich Mühsams „Brennende Erde“ gehört auf das Bücherbord jedes revolutionären Arbeiters!

Gilde freiheitlicher Bücherfreunde

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 9

Juni 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschlüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 812.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Republik auf Abbruch

Die Republik ist im Ablauf ihrer Geltungsdauer in der Geschichte Deutschlands etwa da angelangt, wo das Deutschland des Weltkriegs im Jahre 1917 stand. Mit dem Erlahmen der Vormärsche und dem Ausbau der Grabenfestungen an allen Fronten trat im Lande eine Art schicksalhafter Ergebung in einen Zustand ein, der das Leben des ganzen Volkes als unwichtig gegenüber dem zur Gewohnheit gewordenen Massenschlachten empfinden ließ. Der Zweck des wahnwitzigen Mordens schien nur noch in der Erfüllung der Aufgabe zu bestehen, das Versiegen des Blutstroms zu verhindern. In Wahrheit wurde der Krieg weitergeführt, weil seine Veranstalter nichts andres als den Sieg in Rechnung gestellt hatten, einen andern Ausgang in seiner geschäftlichen Auswertungsmöglichkeit nicht übersehen und nun, da doch schon im zweiten Kriegsmonat, nach der Marneschlacht, der militärische Siegesplan hoffnungslos gescheitert war, auf das Wunder warteten, das trotzdem vom Himmel fallen mußte, da Gott seine Deutschen schon nicht verlassen werde. Bis zum Eintreten des Wunders richtete man sich im Kriege selbst kaufmännisch ein und machte aus Not und Tod ein Gewinnunternehmen, wie es sich vor 1914 kein Krupp und kein Stinnes bei aller verwegenen Spekulantengeniertheit hätte erträumen können. Den Herren des Landes, den Grundbesitzern, Industriekönigen und Finanzsultanen, wurde der Krieg zum Selbstzweck, seine Fortsetzung ins Endlose somit zur erwünschten Daseinsform, die ungehemmte Ausplünderung der breiten Massen des eigenen Volkes, die ja auch fast allein den blutigen Teil des Unternehmens bewältigen mußten, solange eine lohnende Lebensbetätigung, bis vielleicht doch ein „Siegfrieden“ das Ansetzen der Blutschraube auch an fremden Volkskörpern ermöglichen würde. Besonders ertragreich erwies sich die Geldgebarung bei der Bereicherung der Kriegsbedarfkapitalisten und

bei der Schröpfung der arbeitenden Massen für die Zwecke des „Durchhaltens“. Die Ablieferung des Goldes war von Anfang an unter Benutzung der geschickt und bedenkenlos eingeheizten Begeisterungspsychose zur nationalen Ehrenpflicht geworden, und wie die Arbeiter, den bewährten Führern wie immer vertrauend, von heute auf morgen lernten, die Bahn der Kühnen zu verlassen, die sie geführt Lassalle und statt dessen der zu folgen, die sie Wilhelm II. und Hindenburg führten, so kratzten alle Kleinbürger ihre paar sauer gesparten Goldstücke aus dem Strumpf, trugen sie mitsamt Trauringen, Broschen und blinkendem Erbkram zu den Sammelstellen, ohne von den dicken Goldketten vor dem Bauch der Kommerzienräte und Fabrikdirektoren belehrt zu werden, daß es nur der Regie der herrschenden Klasse entsprach, wenn Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuster war. Das wüste Spektakelstück des Kriegsanleiheschwinds, bei dem die Marke Scheidemann die Rolle der Anreißer am lautesten spielte, ging mit immer üblerem Gassenhauergegröhle serienweise in Szene, und auch dabei waren die kleinen Sparer die Lackierten und die großen Schieber füllten sich die Taschen. Karl Liebknecht hat in einer seiner letzten Reichstagsreden, am 10. April 1916, den Volksbetrug mit der Kriegsfinanzierung ausgezeichnet angeprangert; er deckte auf, wie dieselben Anleihestücke der Großschieber von einer Anleihe zur andern immer von neuem gezeichnet wurden und jedesmal von neuem verzinst werden mußten und verglich diesen Umlauf von bloßen Quittungen, durch den reiche Leute sich unter patriotischen Verrenkungen auf Kosten der Armut ständig neue Vorteile zu verschaffen wußten, einem Karussellbetrieb. Natürlich erfuhren die Geprellten von Liebknechts Warnung kein Wort, da die „Tribüne“ des Parlaments bekanntlich von allen Redeplätzen des Landes die allgeringste Resonanz hat, während des Krieges aber sogar die Parlamentsberichte der Zeitungen einer Zensur unterlagen, die den wirklichen Inhalt der Liebknechtschen Reden nur aus dem Wutgeschnauf der sozialdemokratischen, konservativen und übrigen regierungsfrommen Presse ahnen ließ. Im besonderen Fall wurde die Aufmerksamkeit nur dadurch stärker auf die Anklagen des tapferen Mannes hingelenkt, weil er bei dieser Gelegenheit, wo er an die Seele des Bürgers selbst, nämlich an sein Geschäft, rührte, Prügel bezog und ihm seine Papiere vom geheiligten Redepult der deutschen Volksmeinung herabgerissen wurden. Die spürbare Wirkung der Kriegsfinanzierung mit Volksgut und unter voller Schonung des Gutes der Besitzenden bestand in den Assignaten, die unter dem Namen „Darlehenskassenscheine“ die Inflation einleiteten. Der greise Eugen Dühring wagte als einziger in wütenden Flugblättern gegen das „Wischgeld“ loszugehen und den Staat anzugreifen wegen seiner „Kunst, aus nichts etwas zu machen“. Dieses Etwas nahm allmählich ein gespenstisches Wesen an. Die Geldentwertung wurde in den Massen für Teuerung ge-

halten, zugleich stiegen natürlich die Löhne, mit denen der notwendigste Lebensbedarf dennoch nicht gedeckt werden konnte. Die Rationierung der Subsistenzmittel nach „Anteilen“, das Rechnen nach Brot-, Zucker-, Fett-, Eierkarten, die Zuweisung geringster Mengen Milch, Haferflocken usw. an die Kinder, die Abschnürung Deutschlands vom Weltmarkt durch die Blockade wurde den Arbeitern dadurch scheinbar ausgeglichen, daß sie sich für die Menge Geldscheine immerhin einiges leisten konnten, was im allgemeinen nur für vermögende Leute bestimmt war und infolgedessen auch während der Hungersnot des Krieges keiner Einschränkung unterworfen war. Besonders die Granatendreherei, die Giftmischerei und alle den menschlichen Organismus zerschmetternde Arbeit für den Mordbedarf wurde dadurch schmackhaft zu machen versucht, daß man den damit beschäftigten Arbeitern die Geldscheine, die ja nur Scheingeld waren und bloß gedruckt und unter Zwangskurs gestellt zu werden brauchten, um für voll angesehen zu werden, in die Tasche pflanzte. „Die grauenvolle Totenstille in der Arbeiterwelt“, schrieb Franz Mehring in einem Briefe an mich vom 18. August 1917, „macht die Sache (es handelte sich um eine Anregung von mir, die sich auf die Belebung des revolutionären Geistes bezog) vollends hoffnungslos, und das Ekelhafteste ist, daß die Arbeiter durch die hohen Löhne der Munitionsindustrie korrumpiert worden sind und werden.“ Ich antwortete ihm optimistischer in dem Sinne, daß die Munitionsarbeiter wohl Sekt söffen, sich aber dabei keine Hosen kaufen könnten und ihre Kinder verelenden sehr müßten, das würde sie schon noch zur Besinnung bringen. Fünf Monate später traten sie in den Ausstand.

Die Wirtschaftslage war mit der Universalvolksnahrung der Steckrüben gekennzeichnet. Das Proletariat wurde mit Papier still gehalten, während die Unternehmer fortfuhren, ihre Profite in Gold zu berechnen. Das Proletariat wurde aus allen Giftleitungen mit Haßgesängen gegen die bösen Feinde übergossen, während die Unternehmer fortfuhren, mit diesen Feinden einträgliche Geschäfte zu machen, sie sogar auf Umwegen mit Material versahen, das der Ausrottung deutscher Arbeiter diene. Die politische Leitung des gesamten öffentlichen Gebarens lag in den Händen der militärischen Leitung. Ludendorff war unumschränkter Diktator und gab eigentlich den faschistischen Diktaturen der Nachkriegszeit das erste Beispiel einer staatlichen Hausvaterschaft, die es als ihre einzige Aufgabe betrachtet, durch gewalttätige Stützmaßnahmen und prunkvolle Behängung der bresthaften Stellen die Tatsache zu verschleiern, daß der Bau auf Abbruch steht. Es ist ganz töricht, zu leugnen, daß Ludendorff durchaus der Mann war, solche Aufgabe zu erfüllen; eine Natur von ungeheurer Willensstärke, von keiner kritischen Ueberlegung, von keiner Rücksicht auf die Katastrophe gehemmt, die beim Versagen eines kleinsten in die Rechnung gestellten Faktors notwendig eintreten mußte. Man mag das Eifern des von der

Republik reichlich besoldeten pensionierten Generals gegen die Zustände ungemein albern finden, die auf sein Wirken und aus seinem Wirken gefolgt sind, man mag zumal seine Beweismittel zur Entlarvung von Juden, Jesuiten und Freimaurern belachen, die der verzweifelt jüdisch anmutenden kabbalistischen Zahlenmystik entnommen zu sein scheinen, man mag seine bedenkenlose Selbstvergotung in Verbindung mit den offenkundigen Verfolgungsideen, die ihn überall ängstigen, für Ausgeburten eines gestörten Geistes halten, — daß der Mann innerhalb seines engen Gedankenkreises konsequent ist, wird ihm niemand abstreiten, daß er fähig ist, aus der Konsequenz seines Denkens den Entschluß zum Handeln abzuleiten, niemand bezweifeln können. Ludendorff, besessen von dem Verlangen, einen Krieg, an dem nichts mehr zu gewinnen war, siegreich zu Ende zu führen, von dem Wahn, durch Errichtung einer deutschen Schreckensherrschaft über Europa die nationalen Werte der Deutschen zu vermehren und zu erhöhen, von dem Trieb, die unermeßliche Macht, über die er verfügte, dadurch dauernd zu machen, daß er den abgewirtschafteten Hohenzollern eine von ihm abhängige Scheinmacht rettete, pulverte den Kriegswillen seiner wahren Auftraggeber, der Kapitalisten, täglich neu auf, indem er ihnen die Ausbeutung der Erzlager von Longwy und Briey, der flandrischen Häfen, der polnischen Kohlengruben, der rumänischen Petroleumquellen, der afrikanischen Kolonien Englands und Portugals nebst dem belgischen Kongo in nahe Aussicht stellte, deren Besitz ihm zugleich kriegerische Möglichkeiten für Jahrhunderte hinaus unter den denkbar günstigsten Bedingungen mit dem Ziele der deutschen Welteroberung zu verbürgen schien. Seine nächste Aufgabe aber sah er in der Erschließung neuer Unterhaltsquellen für die kaiserlichen Armeen. Die Wirkungen der Blockade, soweit sie das kriegführende „Menschenmaterial“ betrafen, mußten überwunden werden, um dann, — wann, wie, durch welches Wunder, war spätere Sorge — die Entscheidung des Krieges und das deutsche Friedensdiktat zu erzwingen. So wurde mit maßlosen Blutopfern eine Offensive nach der andern durchgeführt, der Kriegsschauplatz immer weiter gedehnt, immer mit dem gleichen Ziel, Getreide, Kohlen, Metall, Kriegsmaterial, Menschenkraft zusammenzubringen, die das abbruchreife Haus noch einmal stützen, die Fassade noch einmal drapieren mochten, bis man es von innen heraus erneuen und zum herrlichen Palast ausbauen könnte. Das „Durchhalten“ mußten Begeisterung und Terror verbürgen. Inzwischen wurden im Innern den Hausfrauen die Waschkessel weggenommen, die Ofentüren abgeschraubt, die Messingstangen von den Vorhängen gerissen; die Kupferdächer wurden abgedeckt und die Kirchenglocken eingeschmolzen, der Abbruch also, den man verhindern wollte, unter eigener Leitung mit Hochdruck betrieben. Im November 1918 fiel dann der Bau in sich selber zusammen.

Der Rückblick auf das Jahr 1917 regt in vielfacher Hinsicht zu Vergleichen an. Vor allem ist die Stimmung unter den proletarischen Massen 1930 der des Steckrübenjahres ungemein ähnlich. Tiefe Beklemmung im Gefühl ohnmächtiger Rechtlosigkeit lastet auf den Gemütern. Das Vertrauen zur Führung des Staates ist im gleichen Maße zerronnen wie damals das zur Obersten Heeresleitung. Das Bewußtsein, mit klingenden Redensarten über Jammer und Elend hinweggetäuscht zu werden, ist, ohne noch recht wach zu sein, doch schon überall spürbar. Die Unfähigkeit der Regierer, über die Befriedigung der Ansprüche der Profitgeier hinaus irgend etwas zu leisten, was den mäßigsten Forderungen der Massen nach Berücksichtigung ihres nackten Daseinsrechtes entgegenkäme, ist sogar schon allgemein erkannt. Auf die Frage, ob denn jemand glaube, die fürchterlichen Zustände, unter denen wir leben müssen, könnten als Norm des gesellschaftlichen Lebens von Bestand sein, wagen nur noch Personen eine begütigende Antwort zu geben, die in irgend einer Form ihre wirtschaftliche Existenz mit der Fortdauer dieser Zustände verbunden haben. Die große Mehrzahl der Arbeiter machen es wie die Soldaten 1917: sie ächzen unter dem Druck der Verhältnisse, wissen sich der Willkür feindseliger Gewalten, die ihren Nutzen daraus ziehen, ausgeliefert, hoffen auf einen Wechsel der Dinge, ohne den Ausweg zu sehn und verweisen, wenn sie an die Kraft des eigenen Entschlusses erinnert werden, auf die Entschlußlosigkeit ihrer Leidensgenossen. Der Uebermut der Machthaber gleicht in verblüffender Weise dem der Kriegsdespoten, und beim Auftreten aller Art Schwierigkeiten können sie sich mit derselben Unbekümmertheit auf die Hilfe der Sozialdemokraten verlassen wie in der großen Zeit des Burgfriedens. Ob Ludendorff vaterländischen Hilfsdienst befahl oder ob Schiele dem zollfreien Gefrierfleisch den Markt sperrt, für die Heilmänner gilt in Monarchie und Republik die Losung: wir gehen mit Hindenburg.

Hindenburg war das Symbol des Kaiserreiches, das dem Abbruch verfallen war. Er wurde gerufen, die Fenster des morschen Palastes zu illuminieren, und die Sozialdemokraten blickten ehrfürchtig an den Rissen des Gemäuers hinauf, die sie jahrzehntelang den Arbeitern verachtungsvoll gezeigt hatten und riefen beglückt: seht das stolze Bauwerk, ihr tapferen Deutschen, helft Hindenburg, es für das ganze Volk zu retten; sein Sieg wird unser Sieg sein, der Kaiser wird uns die Demokratie schenken und auch wir werden Einzug halten in die heiligen Hallen des Volksstaates, in dem das allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlrecht dem Pflug und dem Amboß ihren vollgültigen Platz neben Thron und Altar erobern wird.

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,
in dem wir siegen, — nun, wohlan!
Nicht predigen wir Haß den Reichen,
nur gleiches Recht für jedermann!

Und sie bewilligten Hindenburg seine Kriegskredite und seine Kanonen, seine Giftgase und Unterseeboote, seine Pressezensoren und Schutzhaftgefängnisse, die Gesundheit und das Leben der Arbeiter mit Frauen und Kindern und den ganzen deutschen Nachwuchs. Sie wandten nichts ein gegen den Einfall in Belgien und nichts gegen die sinnlose Zerstörung von Löwen, nichts gegen die Zeppelinangriffe auf unverteidigte Städte und nichts gegen die Versenkung von Passagierschiffen; sie schwiegen zu den Deportationen der belgischen Zivilbevölkerung und zu den grauenvollen Untaten der verbündeten Oesterreicher in Serbien und zu allen übrigen Kriegslumpereien der Zentralmächte; sie schwiegen sogar zu der in aller Menschengeschichte beispiellosen Ausrottung des Millionenvolkes der Armenier durch die jungtürkischen Scheusale Enver und Talaat. (Ueber dieses schändlichste Verbrechen, das je ein Staat gegen ein Volk verübt hat, ist eben eine überaus lesenswerte kleine Schrift erschienen: Heinrich Vierbücher „Armenien 1915. Die Abschachtung eines Kulturvolkes durch die Türken“, Fackelreiter-Verlag Hamburg-Bergedorf. Kauft und verbreitet diese furchtbare Aufklärungsschrift und nehmt die schlaflose Nacht in Kauf, die ihre Kenntnis verursacht!) Die Sozialdemokraten schluckten jede Entwürdigung und jede Entrechtung des Proletariats und bliesen nur in die Entrüstungstrompete, wenn die feindlichen Regierungen ähnliche Niedertracht verübten wie die eigene. Die Arbeiter aber, die dem revolutionären Grundsatz die Treue hielten: der Feind steht im eigenen Lande!, das Proletariat hat keinen andern Krieg zu führen als den gegen seine Ausbeuter! — sie wurden von den Führern, die ihnen diese Klassenlehre selber beigebracht hatten, an Hindenburg ausgeliefert, und als das Maß voll war und der Januarstreik 1918 den Hindenburgs und Eberts das Zeichen gab: es ist genug!, das russische Volk ist aufgestanden und verlangt Frieden und Sozialismus!, wir verweigern euch die Gefolgschaft zum Kriege gegen die russische Revolution!, — da stellten sich die Eberts zum Scheine an die Spitze der Bewegung und überreichten den Hindenburgs den Leichnam des erwürgten Genius der proletarischen Solidarität. Als dreiviertel Jahre später dennoch Tag wurde in Deutschland, ließ es das Proletariat zu, daß sich dieselben Eberts wieder an die Spitze der Erhebung stellten und an Stelle des eingestürzten Baues der Monarchie mit den Klamotten der verkrachten Bruchbude von den bankrotten Architekten des Kaisertums nach den alten verzeichneten Plänen mit allen Besenkammern und Hintertreppen von ehedem den Staat zusammenzimmerten, den sie Republik nannten. Sie setzten den Noske zum Befehlshaber der Landsknechtshaufen ein, die die Trümmer der Vergangenheit bewachen und die Arbeiter töten mußten, denen es beikam, an deren Stelle eine eigene Gartenanlage setzen zu wollen. Nur das schwarzweißrote Türschild wurde schwarzrotgolden übermalt, Scheidemann plakatierte am Ladenfenster auf rosa Pappe: Friede, Freiheit, Brot!, und inner

wurde eine Hausordnung angenagelt, worin der Torflokus als Wasserkloset bezeichnet und die Räume benannt wurden, wo später mal Teppiche gelegt und Damastvorhänge befestigt werden sollten. Auch wurde darin bestimmt, daß, wer die moderne, gesunde, zweckmäßige und dauerhafte Anlage der Wohnung bestreiten und mit Reinigungsgeräten sich an den Boden der Tatsachen heranmachen wollte, des Hochverrats schuldig sei. In der guten Stube wurde für Ebert ein Quastenfauteuil aufgestellt, rings um ihn herum durfte die sozialdemokratische Führung Platz nehmen und in die übrigen besseren Räume konnten die kaiserlichen Geheimräte und Würdenträger wieder einziehen. Die Sozialdemokraten haben das neue Haus aus den alten Klamotten demokratisch regiert, und so blühten die Geschäfte derer, deren Geschäfte unter der Monarchie schon reife Knospen waren, üppiger denn je auf, und die kaiserlichen Generäle und die junkerlichen Schnapphähne und die Schlotbarone und die Bankfürsten machten ihren Frieden mit der demokratischen Republik, machten ihr Inflationsgeschäft und rationalisierten die Wirtschaft, und die Republik nahm die besten Hausleute von früher wieder zur Führung des Unternehmens; der oberste Mann ist wieder Hindenburg und das Haus steht wieder auf Abbruch.

Maximilian Harden hat einmal geschrieben: Früher war Deutschland eine saubere Kaserne, jetzt ist es eine schmutzige Kaserne. Tatsächlich scheint das gegenwärtige Deutschland berufen, der Menschheit das Verenden des Regierungsprinzips, den Untergang aller Staatskünste im Schmutze des Parteiwesens, des Privateigennutzes, der Korruption und der Heuchelei plastisch vorzuführen. Was sich hierzulande unter der Bezeichnung Demokratie an täglichen Schändlichkeiten begibt, hat mit der Aufrechthaltung irgendeiner, noch so jämmerlichen, öffentlichen Ordnung gar nichts zu tun; es ist kaum mehr etwas andres als die panikartige Rauferei von den arbeitenden Volksmassen losgelöster Klüngel um die Herrschaft über diese Massen, mit dem Bestreben, beim Abbruch oder Einsturz der in allen Balken knarrenden Kaserne den verwertbaren Teil der Inneneinrichtung für das geplante eigene Staatsgeschäft zu retten. Den Opfern der Tollheit aber, den Arbeitern, wird von allen der gleiche Rat gegeben: gebt eure Stimmen nicht den andern, sondern uns! wahr! Disziplin!, helft uns, die Staatsregierung zu übernehmen, dann wird für euch gesorgt sein! So wurde den Arbeitern 1917 eingeredet, wenn sie im Kriege die Partei Wilhelms und Hindenburgs nähmen, statt ihre Klasseninteressen zu wahren und den Krieg der Arbeiter gegeneinander durch den Aufstand der Arbeiter im eigenen Lande gegen die eigenen Bedrücker zu beenden, dann würde das ihre Befreiung, ihren Wohlstand, das Ende ihrer Not und den Anfang der Gleichheit und des Glückes bedeuten. So ließen sie, mehr apathisch als gläubig, die Generalkommandos und die zivilen Kriegsregisseure gewähren, ließen sich durch scheinbar hohe Löhne korrumpieren

und schrien auf Verlangen Hurra, wodurch „die grauenvolle Totenstille in der Arbeiterwelt“ nur noch schauerlicher wirkte. Diesem Zustand entspricht heute das träge Sichabfinden des Proletariats mit dem Gewerke der demokratischen Republik. Sogar die parteikommunistischen Arbeiter, die es ehrlich mit der Revolution meinen und sich vom Staate nicht korrumpieren lassen, verzichten ihren eigenen Führern gegenüber auf jede Kritik, lassen sich wie alle andern mit Wahlparolen bescheiden machen und können mit allen Hoch! und Nieder! bei ihren von Zentralinstanzen angeordneten Demonstrationen nicht die grauenvolle Totenstille in der Arbeiterwelt überlärmen, die Franz Mehring vielleicht auch heute wieder hoffnungslos stimmen würde.

Dennoch ist zur Hoffnungslosigkeit zurzeit so wenig Anlaß wie 1917. Der Augenblick, wo die Unerträglichkeit der Verhältnisse sich entladen muß, wird ohne allen Zweifel eintreten, zumal der Staat, der diese Verhältnisse schafft, den Arbeitern nicht mehr wie damals den Schein eines wirtschaftlichen Ausgleichs zu bieten hat — auch würde das Proletariat auf keine neue Inflation mehr her-einfallen —, sondern sich ganz allein auf die Anwendung Ludendorffscher Terrormittel zur gewaltsamen Niederhaltung der Unzufriedenheit beschränken muß. Die letzte Klugheit der regierenden Gewalten bestand darin, daß sie die Sozialdemokraten aus der Reichsleitung entfernt und in die Opposition geschickt haben. Dadurch ist den Managern der Youngverknächtung, der volksfeindlichsten Massensteuern, der Nahrungsmittelteuerung durch die neuen Hochschutzzölle, der vollständigen Auslieferung der arbeitenden Bevölkerung an die Industrie, die Börse und den Großgrundbesitz vorübergehend noch einmal die Möglichkeit geboten, bei dem völlig unkritischen Teil der Arbeiterschaft, der die Massenorganisation der Zentralgewerkschaften füllt, in der Pose der Helfer in der Not zu erscheinen, jeder Bewegung ernststen Widerstands von unten also rechtzeitig ein Bein zu stellen. Es ist ja bezeichnend genug, daß sie erst in dem Augenblick den Tritt erhielten, als ihr Severing als letzte Staatsmannstat das Gesetz zum Schutz der Republik gegen ihre Arbeiter unter Hindenburgs Dach gebracht hatte. Die Leser finden dieses Gesetz im vorliegenden Heft im Wortlaut wiedergegeben. Hier aber sei in Erinnerung gebracht, was der kleine Metallarbeiter dem Reichstag am Zehnjahrestage des Kapp-Putsches, am 13. März, zur Begründung erklärte. In seiner Rede hieß es: „Wir brauchen dieses Gesetz nicht allein zum Schutz der Republik. Auch die Deutschnationalen haben im Jahre 1927 der Verlängerung des Republik-schutzgesetzes zugestimmt mit der Begründung, daß man dadurch der kommunistischen Gefahr begegnen könnte. Heute brauchen wir das Republik-schutzgesetz noch notwendiger, das sollten auch die Deutschnationalen begreifen. Im Jahre 1927 hatten wir ein Jahr der Konjunktur mit einer verhältnismäßig geringen Arbeitslosen-

zahl, dagegen haben wir gegenwärtig über drei Millionen Arbeitslose. Die Arbeitslosen sind das Rekrutierungsfeld der Linksradi- kalen. Wollen Sie in dieser Zeit der Republik den Schutz versagen? . . . Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Machtmittel des Staates, bevor sie abgenutzt sind, eingesetzt werden.“ So deutlich konnte der Sozialdemokrat zu den Vertretern des Besitzes reden im Vertrauen darauf, daß, was von der Tribüne des Parlaments ge- sprochen wird, ja doch nicht bis zu den Massen dringt. Jetzt aber steht er mit den Seinen wieder vor den Arbeitern und klagt die Brüning-Treviranus-Schiele-Regierung der Reaktion an, damit das Proletariat nicht merke, daß die Republik auf Abbruch steht und auf den Gedanken komme, daß das Fallende gestoßen werden müsse.

Die Passivität des Proletariats wird trotz der sozialdemokratischen Betulichkeit nicht dauernd dumpf gehalten werden können. Hunger allein freilich bringt keine Revolutionen hervor. Es gehört immer noch die Einsicht dazu, daß Hunger und Verwahrlosung Folgen schuldhaften Verhaltens sind. Niemand kann bei der engelgleichen Geduld der deutschen Arbeiter voraussagen, wann diese Einsicht bei ihnen reif zu Entschlüssen sein wird; aber soviel kann man beobachten, daß tief bis in die Schichten selbst der teilnahmslosesten Arbeiter das Gefühl wach wird: mit uns wird Schindluder getrieben! Gewisse Tatsachen prägen sich auch ohne besondere Aufmerksamkeit ein. Daß die wilde Steuer- und Zollgesetzgebung und das Hoch- schnellen der Erwerbslosenziffern gleichzeitig mit der Einleitung der Youngbestimmungen kam, bringt auch den Harmlosesten auf den Gedanken ursächlicher Zusammenhänge. Dann kam die Frage an den Deutschnationalen Hindenburg, ob er die Befestigung der Kette für zwei Generationen gutheiße, und Hindenburg erklärte: Ja, aber nur in der Erwartung, daß dem deutschen Osten geholfen würde. Der deutsche Osten: das sind etwa 200—300 ostelbische Großgrund- besitzer, und schon haben wir das Ostprogramm, bestehend in einer Liebesgabe an die Agrarier, deren Enteignung 1918 dank der so- zialdemokratischen Verräterei unterblieben ist, im Betrage von un- gefähr 700 Millionen Mark; das ist so ziemlich der gleiche Be- trag, den die Regierung, der der Sozialdemokrat Sollmann als Innen- und sein Parteigenosse Schmidt als Arbeitsminister angehörten, nach der Besetzung des Ruhrgebietes als Liebesgabe den rheinisch-west- fälischen Industriemagnaten zuwies, als Entschädigung dafür, daß sie sich inzwischen durch die Hochzüchtung der Inflation auf Kosten der Arbeiterschaft ungeheuerlich bereichert hatten. Die Kosten für die agrarische Liebesgabe wird durch gründliche Kürzung der Er- werbslosen- und Krisenbezüge aufgebracht, während zugleich der Etat für die Wehrmacht seit dem vorigen Jahr um weit über 40 Mil- lionen Mark gestiegen ist. Zugleich beginnt das Unternehmertum eine großangelegte Operation auf dem Wirtschaftsmarkt, die auf eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitslöhne bei gleichzeitiger

Steigerung der Leistungen der arbeitenden Proletarier für ihre arbeitslosen Klassengenossen abzielt. Ebenso gleichzeitig werden überall neue Korruptionsskandale öffentlich bekannt, und in Berlin stellt sich heraus, daß ein paar außerordentlich reich dotierte Stadtbonden die Möglichkeit hatten, durch Schiebergeschäfte die Bevölkerung um mindestens 100 Millionen Mark zu schädigen. Das Geld muß dadurch wieder eingebracht werden, daß Wasser, Licht, Kochgas, Mieten, Verkehr verteuert und bei der Gesundheit und der Schulung der Arbeiterkinder gespart wird.

Wählt richtig! heißt bei solchen Enthüllungen die rettende Anweisung aller Parteien. Vielleicht hilft das Beispiel des Herrn Frick in Thüringen, die Arbeiterschaft von Illusionen befreien. Der Mann hat so laut wie einer gegen die demokratischen Methoden der Republik geeifert. Seine Ministertätigkeit begann damit, daß er sich eine gute Pension für die Zeit nach getaner Leistung sicherte; dann war er der erste, der das zuvor wild bekämpfte Republikenschutzgesetz gegen unzufriedene Arbeiter anwandte. Daß er Polizeistellen mit seinen Parteigenossen besetzt, beweist nur, daß er das parlamentarische System nicht anders einschätzt und nicht anders handhabt als alle übrigen Parteiminister auch, und die Albernheit der antisemitischen Schulgebete ist nebst allen andern pennälerhaften Ungezogenheiten Reklameklappern für den randalierenden Anhang. Die Sozialdemokraten hoffen auch schon wieder, mittels Wahlen zu den Pfründen zurückzugelangen. Dabei haben die letzten Wahlen ihnen ja schon einen jubelnd gefeierten Riesensieg beschert, der weder die Müller, Severing, Hilferding und Wissell, denen er auf die Ministersessel half, hinderte, den Gröners ihre Panzerkreuzer zu bewilligen und auch nur den krassesten Schaden vom Proletariat abzuwenden, noch ihr Festsitzen auf den Obrigkeitsthronchen sicherte. Es hat sich gezeigt, daß der zurzeit wirkende „Rechtsblock“ auf Grund der gepriesenen „Linkswahlen“ ebenfalls das demokratische System repräsentiert.

Es ist auch gleichgültig, wie die Regierung aussieht, die den Laden der Republik bedient. Was darin verkauft wird, ist immer dasselbe: die Knochen der Arbeiter und die Zukunft ihrer Kinder. Das Geschäft ist aber so gut wie pleite, und der Abbruch wird nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Worauf alles ankommt, ist, was die Menschen danach mit dem Bauplatz anfangen. Wollen sie wieder einen Staat darauf aufbauen, so wird ihnen nichts übrigbleiben, als ihm mit den alten, abgenutzten Klamotten aufzurichten, die die fatale Eigenschaft haben, immer dem arbeitenden Volk auf den Schädel zu fallen. Es wird nötig sein, die Klamotten bis zum letzten Rest zu verbrennen und auf der Stätte, wo freie Menschen in fruchtbarer Arbeit miteinander leben wollen, eine Gesellschaft zu schaffen, die keine Ähnlichkeit mehr mit einem Staat hat, eine Gesellschaft ohne Obrigkeit und zentrales Gesetz, in der die Werte

schaffenden Menschen ihre Räte bestimmen und von unten auf, im freien Bündnis als Gleiche in Rechten und Pflichten die eigenen Angelegenheiten verwalten. Man nennt diesen Zustand Anarchie.

Der Staat ist in Gefahr !

Es scheint angezeigt, in einer revolutionären Zeitschrift, in welcher der Staat stets als der Feind des Proletariats betrachtet wurde, auch einmal den Vertreter einer andern Richtung der Arbeiterbewegung zu Worte kommen zu lassen. Die Leser mögen sich danach selbst entscheiden, ob sie ihre Neigung lieber dem anarchistischen Sozialismus oder dem von Sozialisten regierten Staat zuwenden sollen. Der Verfasser der nachfolgenden Fleißarbeit heißt Carl Severing. Am 1. Juni 1875 wurde er als Sohn eines Zigarrensortierers in Herford geboren — herzlichen Glückwunsch zum 55. Geburtstag! — und entwickelte schon in der Volksschule allerlei Gaben, die Großes voraussehen ließen. Ursprünglich dem Schlosserhandwerk bestimmt, wandte er sich später der Staatskunst zu, nicht ohne vorher Süddeutschland und die Schweiz bereist und die Mitgliedschaft bei einem Konsumverein erworben zu haben (1901). Auf dem dornenvollen Wege zu den Höhen der Sozialdemokratie, auf dem er schon sehr früh die werktätige Arbeit mit der anstrengenden Tätigkeit eines gewerbsmäßigen Arbeiterführers vertauschen mußte, gelangte er rasch zu reichlichen Mandaten als Bevollmächtigter, Stadtverordneter, Vorsitzender, Reichstags-, Nationalversammlungs- und preußischer Landtagsabgeordneter. Trotzdem blieb er im Herzen der Schlosserei treu und konstruierte z. B. 1920 den Schlüssel zum Bielefelder Abkommen, der bekanntlich, als die Rotarmisten damit eingesperrt waren, im Schloß abbrach. Es gelang dem strebsamen Sohn des Volkes, bis zum preußischen Minister des Innern aufzurücken, von welchem Platz aus er oftmals verblendete Proletarier mit Hilfe von polizeilichen Panzerwagen und Maschinengewehren zu beruhigen und ins Staatsganze einzuordnen mußte. Manche sind in entsprechenden Anstalten noch heute eingeordnet. So vorbereitet bestieg er schließlich den Posten des Reichsinnenministers, als welcher er Herrn von Hindenburg eine treue Hilfe war. Seiner Weisheit und Gerechtigkeit ist es z. B. zuzuschreiben, daß der Rote Frontkämpferbund auf Grund des Versailler Friedensvertrages verboten wurde, während Hitlers Sturmabteilungen noch heute unbehelligt in Deutschland die Wacht halten. In der Eigenschaft als Reichsinnenminister verfaßte er auch den nachfolgenden Beitrag, bei dem ihm nur ein paar von Bismarck übriggelassene Geheimräte geholfen haben sollen. Die Namen Hindenburg und Guérard umrahmen seine Unterschrift sozusagen nur als Trauzeugen. Zurzeit befindet sich unser Mitarbeiter im pensionierten Ruhestande. Aber ein Mann wie Carl Severing gönnt sich keine Ruhe. Wie wir bestimmt zu wissen glauben, arbeitet er bereits an einem Gesetzentwurf über die Handhabung des Art. 48 der Reichsverfassung, die er sogleich nach Wiedererlangung des aus Versehen vorübergehend verlorenen Ministerpostens durchsetzen will. Er hofft, damit sein reiches Lebenswerk vollenden und dereinst mit dem Ruhme abscheiden zu können, den Staat vor den Ansprüchen linksradikaler Arbeiter dauernd geschützt zu haben. Wir erheben laut unsre Stimme, um die Hüter der öffentlichen Ordnung zu ermahnen: Gebt uns unsern Severing

wieder! Der Staat ist in Gefahr, seinen großen Sohn in Bielefeld versauern zu lassen.

Um den Lesern die Möglichkeit zu geben, die Auffassung eines alten bürgerlichen Staatsmanns mit der des Sozialisten Severing in Vergleich zu stellen, lassen wir einige Sätze des „Tigers“ Georges Clémenceau den Ausführungen Severings folgen. Möge ein jeder selbst befinden, wo wahre Staatsgesinnung lebendig ist.

Die Schriftleitung.

Gesetz zum Schutz der Republik. Vom 25. März 1930.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1.

Wer an einer Verbindung oder Verabredung teilnimmt, die Verbrechen wider das Leben bezweckt oder als Mittel für andere Zwecke in Aussicht nimmt, oder wer eine solche Verabredung unterstützt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren. — Nach diesen Vorschriften wird nicht bestraft, wer der Behörde oder dem Bedrohten so rechtzeitig Nachricht gibt, daß ein in Verfolgung der Bestrebungen der Verbindung oder Verabredung beabsichtigtes Verbrechen wider das Leben verhindert werden kann.

§ 2.

Wer von dem Bestehen einer im § 1 genannten Verbindung oder Verabredung oder von dem Plane oder dem Vorhaben, eine Person zu töten, glaubhafte Kenntnis erhält und es unterläßt, von dem Bestehen der Verbindung oder Verabredung, von dem Plane oder dem Vorhaben und von den ihm bekanntgewordenen Beteiligten der Behörde oder dem Bedrohten rechtzeitig Anzeige zu machen, wird mit Gefängnis bestraft. — Ein Geistlicher ist nicht verpflichtet, anzuzeigen, was ihm bei Ausübung der Seelsorge anvertraut worden ist. — Wer eine Anzeige unterläßt, die er gegen Verwandte auf- und absteigender Linie, Ehegatten oder Geschwister erstatten müßte, ist straffrei, wenn er sich ernstlich bemüht hat, sie von der Tat abzuhalten oder den Erfolg abzuwenden, es sei denn, daß es zu einer Tötung oder einem Tötungsversuche gekommen ist, die bei rechtzeitiger Erstattung der Anzeige hätten verhindert werden können. Unter denselben Voraussetzungen ist ein Rechtsanwalt, Verteidiger oder Arzt straffrei, der nicht anzeigt, was ihm bei Ausübung seines Berufs anvertraut worden ist.

§ 3.

Wer gegen den Reichspräsidenten oder gegen ein Mitglied der Reichsregierung oder einer Landesregierung einen Angriff auf Leib oder Leben (Gewalttätigkeit) begeht, wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. — Wer eine solche Gewalttätigkeit mit einem andern verabredet oder, nachdem sie begangen worden ist, belohnt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren, jedoch nicht unter einem Monat, bestraft.

§ 4.

Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten wird, soweit nicht andere Vor-

schriften eine schwerere Strafe androhen, bestraft: 1. wer an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 des Strafgesetzbuchs), die die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes zu untergraben, teilnimmt oder wer eine solche Verbindung unterstützt; — 2. wer sich einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 des Strafgesetzbuchs) anschließt, die selbst oder deren Mitglieder unbelegte Waffen besitzen.

§ 5.

Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung 1. die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes beschimpft oder böswillig und mit Ueberlegung verächtlich macht oder dadurch herabwürdigt, daß er den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Reichs- oder einer Landesregierung beschimpft oder verleumdet; — 2. die Farben oder Flaggen des Reichs oder eines Landes beschimpft oder böswillig und mit Ueberlegung herabzusetzen sucht; — 3. einen verstorbenen Reichspräsidenten oder ein verstorbenes Mitglied der Reichsregierung oder einer Landesregierung in Beziehung auf sein Amt beschimpft oder verleumdet; — 4. zu Gewalttätigkeiten gegen andere wegen ihrer politischen Betätigung oder zu Gewalttätigkeiten der im § 3 Abs. 1 bezeichneten Art auffordert oder eine solche Gewalttätigkeit, nachdem sie begangen worden ist, oder einen Hochverrat (§§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs), der gegen die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes oder den Bestand des Reichs oder eines Landes begangen worden ist, verherrlicht oder ausdrücklich billigt. — Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist die Strafe Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann.

§ 6.

Die Verurteilung zu Zuchthaus wegen Hochverrats oder wegen eines Verbrechens nach § 1 Abs. 2 dieses Gesetzes hat außer den im § 31 des Strafgesetzbuchs genannten Folgen den Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte von Rechts wegen zur Folge. — Wird wegen Hochverrats oder wegen einer der in den §§ 1 bis 5 dieses Gesetzes bezeichneten Handlungen auf Gefängnis erkannt, so kann zugleich auf Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter oder bei Soldaten auf Lösung des Dienstverhältnisses erkannt werden. Soweit nach anderen Vorschriften auf Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden kann, behält es dabei sein Bewenden.

§ 7.

Deutsche und Ausländer können wegen der in den §§ 1 bis 5 bezeichneten Handlungen auch dann verfolgt werden, wenn diese Taten im Ausland begangen sind.

§ 8.

Versammlungen, in denen Zuwiderhandlungen gegen die §§ 1, 3, 4 oder 5 den Frieden stören und geduldet werden, können durch Beauftragte der

Polizeibehörde aufgelöst werden. — Für die Mitteilung der Gründe der Auflösung, für das Beschwerdeverfahren und für die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gelten die Vorschriften der § 2 Abs. 2, § 14 Abs. 2, §§ 16 und 18 Nr. 4 des Reichsvereinsgesetzes.

§ 9.

Sofern der Zweck eines Vereins den Strafbestimmungen dieses Gesetzes oder den §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs zuwiderläuft, sind für seine nach § 2 Abs. 1 des Reichsvereinsgesetzes zulässige Auflösung die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen zuständig. — Der Reichsminister des Innern kann die obersten Landesbehörden um die Auflösung ersuchen. Glaubt die oberste Landesbehörde, einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies unverzüglich auf telegraphischem oder telephonischem Wege, spätestens aber am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mit und ruft gleichzeitig auf demselben Wege die Entscheidung des Reichsverwaltungsgerichts an. Entscheidet dieses für die Auflösung, so hat die oberste Landesbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu treffen. — Gegen die Anordnung der Auflösung eines Vereins ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung oder Veröffentlichung ab die Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Stelle einzureichen, gegen deren Anordnung sie gerichtet ist. Diese hat sie unverzüglich an die oberste Landesbehörde abzugeben. Die oberste Landesbehörde kann der Beschwerde außer im Falle des Abs. 2 abhelfen; andernfalls hat sie die Beschwerde unverzüglich dem Reichsverwaltungsgericht zur Entscheidung vorzulegen. Gegen eine Entscheidung der obersten Landesbehörde, die der Beschwerde abhilft, kann der Reichsminister des Innern die Entscheidung des Reichsverwaltungsgerichts anrufen. — Solange das Reichsverwaltungsgericht nicht besteht, tritt an seine Stelle ein Senat des Reichsgerichts, der durch den Geschäftsverteilungsplan bestimmt wird. Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz und mit Zustimmung des Reichsrats die Vorschriften über das Verfahren.

§ 10.

Wird ein Verein, weil sein Zweck den Strafbestimmungen dieses Gesetzes oder der §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs zuwiderläuft, aufgelöst, so kann sein Vermögen zugunsten des Landes beschlagnahmt und eingezogen werden. — Zur Vermeidung von Härten kann das Land aus dem eingezogenen Vereinsvermögen Gläubiger des Vereins befriedigen.

§ 11.

Wer sich an einem Verein, der wegen eines den Strafbestimmungen dieses Gesetzes oder der §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs zuwiderlaufenden Zweckes aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt oder ihn auf andere Weise unterstützt oder den durch den Verein geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. — Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 12.

Die Vorschriften des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichsgesetzbl. S. 65) über die Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung §§ 23 ff. des Gesetzes) finden auf die in den §§ 1, 4 und 5 dieses Gesetzes und in den §§ 81 bis 86 und 110 des Strafgesetzbuchs bezeichneten strafbaren Handlungen mit der Maßgabe Anwendung, daß der Staatsanwaltschaft gegen den Beschluß des Gerichts, der die vorläufige Beschlagnahme aufhebt, die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung zusteht.

§ 13.

Wird durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift die Strafbarkeit einer der in den §§ 1, 4 und 5 dieses Gesetzes und in den §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Handlungen begründet, so kann die periodische Druckschrift, wenn es sich um eine Tageszeitung handelt, bis auf die Dauer von vier Wochen, in andern Fällen bis auf die Dauer von sechs Monaten verboten werden. Auf die Zuständigkeit und das Verfahren finden die Vorschriften des § 9 Anwendung. — Das Verbot einer Druckschrift umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

§ 14.

Wer eine nach § 13 verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann. — Für die Beschlagnahme solcher Druckschriften gelten die Vorschriften des § 12.

§ 15.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Inkrafttreten des neuen allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs, spätestens aber am 31. Dezember 1932, außer Kraft.

Berlin, den 25. März 1930.

Der Reichspräsident
von Hindenburg.

Der Reichsminister des Innern Der Reichsminister der Justiz
Severing. v. Guérard.

Der Staat ist die Gefahr!

Wir haben die französische Revolution gemacht. Unsre Väter haben geglaubt, das geschah, um sich zu befreien. Irrtum, das geschah, um den Herrn zu wechseln. Ach, das ist allgemein die Neigung derjenigen, die es leichter finden, das Ideal zu zerstören als den Geist des Aberglaubens in sich selbst zu unterdrücken. Als Brutus Cäsar getötet hatte, ertönte eine Stimme aus der Menge: „Man muß Brutus zum Cäsar machen!“ Ja, wir haben den König geköpft: Es lebe König Staat! Wir haben den Papst entthront: Es lebe Papst Staat! Wir haben den Herrgott verjagt, und schon rufen diese Herren: Es lebe Herrgott Staat! Meine Herren, ich bin für kein Königtum, ich bin für kein Papsttum. Der Staat, ich kenne ihn, hat eine lange Geschichte von Mord und Blut. Alle Verbrechen, die sich in der Welt gehäuft haben, die Metzereien, die Kriege, die Justizmorde, die Scheiterhaufen, die Folterungen, alles wurde gerechtfertigt durch das Staatsinteresse, durch die Staatsräson. Der Staat hat eine lange Geschichte. Sie

ist ganz voll Blut. Wahrhaftig, meinen Sie, ich hätte die Monarchie abgeschafft, ich hätte auf die alte Vorsehung verzichtet, die den Schlüssel zur Hölle und zum Paradies hält, auf das Evangelium der Gnade und Barmherzigkeit, das in der Bergpredigt verkündet wurde, um das Untier Staat anzubeten, das über und über von menschlichem Blut tropft, das verantwortlich ist für alle Abscheulichkeiten, unter denen die Menschheit je ge-seufzt hat, unter denen sie immer noch seufzt? Nein, das kann ich nicht.

Georges Clémenceau (Rede im Senat am
17. November 1903).

Pfingstgnade

Man kann heute beinahe zufrieden sein, daß die Amnestie vom 14. Juli 1928 die Feme-Scharfrichter nicht gleich von aller Schuld freisprach, sondern ihre Urteile nur herabminderte. Außer Herrn Klapproth konnte man die Beteiligten auch so unter diesem oder jenem Vorwand nach und nach der Republik zurückgeben, vor allem aber konnte man noch von einem Martyrium der nationalen Recken reden und dadurch die Anklagen der Arbeiter, daß ihre Revolutionäre — Margies, Gökeler, Sepp Müller usw. — benachteiligt werden, vor Unwissenden und Urteilslosen mit einem Schein von Gründen entwerten. Immerhin führt aber Klapproth dem Genossen Müller in Plätzensee tatsächlich noch Tag für Tag vor Augen, wieviel angenehmer es in der Ebert-Republik ist, wegen patriotisch geheiligter als wegen proletarisch verdammt politischer Taten verurteilt zu sein, und daher ist das Verlangen nach einer Amnestie auch bei den schwarzweißbroten Deutschlandbefreiern noch lebendig. Dazu kommt, daß der Prozeß Fahlbusch bis jetzt nur unter allen möglichen Verschleppungskünsten vermieden werden konnte. Da dieser Prozeß aber für Paul Schulz sehr peinlich sein müßte und nach allen Anzeichen angenommen werden kann, daß diesmal die Hintergründkräfte der Morde noch deutlicher beleuchtet würden, als bisher, so ist be-greiflich, daß die in Deutschland tatsächlich politisch herrschenden Ge-walten die Gelegenheit der linksrheinischen Young-Amnestie benutzen wol-len, ihre Freunde ein für alle Male aus dem Zusammenhang mit der Justiz-tätigkeit zu entlassen. So bietet die Zurückhaltung von 1928 auch dem Proletariat die Möglichkeit, wieder einmal mit stärkerer Aussicht, als sie seit langem bestand und voraussichtlich bald wiederkommen wird, für die Massen-freilassung der Klassengenossen im Zuchthaus einzutreten.

Was geschieht aber? Am 24. Mai beraten die Parteivertreter von den Faschisten bis zu den Bolschewisten im Rechtsausschuß des Reichstags über das Ausmaß der Pfingstgnade zur Feier der Rheinlandräumung. Die Regie-rungsparteien haben im Familienkreise bereits die einigende Formel gefun-den, wie sie die Fememörder herauskriegen und die andern festhalten kön-nen. Das Kompromiß ist einfach: die Amnestie vom Juli 28 wird auf alle politischen Taten ausgedehnt, soweit sie vor dem 1. Dezember 1924 begangen wurden und nicht grade Morde waren, die sich gegen Regierungsmitglieder richteten. Man kann sagen, daß das wenigstens die Ungerechtigkeit mit of-fenem Visier vorführen heißt. Man lese Gumbels hier schon erwähnte vor-zügliche Schrift „Verräter verfallen der Feme“ — man kann sie gar nicht gründlich genug lesen — und überzeuge sich von den Daten der Feme-Unter-nehmungen. Sie werden grade noch alle erfaßt von der Amnestie. Die Aus-nahmen treffen allein die beiden Mörder Erzbergers, da die an Rathenaus Ermordung Beteiligten ihre Zeit ohnehin schon hinter sich haben. Den Herren Schulz und Tillessen aber geht's ja gut, und wenn sie nicht mehr im Ausland leben mögen, dann hat der gegenwärtige Polizeiminister von

Thüringen schließlich aus seiner Münchner Polizeipraxis genügend Erfahrung, um zu wissen, wie man verfolgte nationalistische Mörder auch innerhalb der Grenzen vor Verfolgung schützen kann. Es handelt sich also um eine einseitig zugunsten der Femeitäter unternommene Aktion, bei deren Durchführung man des guten Aussehns wegen die paar proletarischen als politisch anerkannten Revolutionäre, die schon 1928 nur unter sorgfältiger Auslese der Herabsetzung der Strafe auf 7 $\frac{1}{2}$ Jahre Gefängnis teilhaftig wurden, mit durchschlüpfen läßt. Margies wird frei werden, ebenso wird endlich Göckeler herauskommen, den der nun vor die göttliche Gerechtigkeit entrückte Niedner aus Wut darüber schuldig sprach, daß Wollenberg nicht mehr zu kriegen war. (Falls im Himmel dieselben Rechtsgrundsätze herrschen sollten, die Niedner auf Erden angewendet hat, dann ist ihm als einwandfreien Begünstiger aller Reaktionäre und Vernichter aller graden Charaktere ein Ehrenplatz im Paradiese gesichert.) Auch Wollenberg und andre Emigranten werden wohl Gelegenheit bekommen, sich wieder im Lande umzusehen und zu überlegen, wie man nun etwa über den seligen Ebert in Beziehung auf sein Amt noch die Wahrheit sagen kann, ohne den § 5, Abs. 3 des neuen Republiksschutzgesetzes zu verletzen. Man könnte sich nämlich vorstellen, daß manche Leute, denen man die Tätigkeit des verstorbenen Reichspräsidenten, ohne sie im geringsten zu verfälschen, als eigene Handlungen zumuten möchte, das als infame Beschimpfung auffassen würden. Jedenfalls wären ohne seine amtliche Wirksamkeit unzählige Proletarier niemals in die Lage geraten, auf irgend eine Gelegenheit zu warten, die der Reaktion einmal die Ausschüttung ihrer Pfingstgnade ratsam scheinen ließe.

Hätten die Parteikommunisten eine leise Ahnung von politischer Psychologie, vorausgesetzt, daß sie den Willen haben, mit ihrer Beteiligung an den parlamentarischen Geschäften innerhalb der bestehenden Verhältnisse und im Rahmen der von der Bourgeoisie gestatteten Mitwirkung an der kapitalistischen Gesetzgebung hier und da ein kleines Plus für den ausgebeuteten Teil der Gesellschaft herauszuholen, — dann hätten sie sagen müssen: Wir verstehen, daß ihr die Femegeschichten endlich einmal aus der Welt schaffen wollt. Die Verurteilten dabei sind ohnehin nur ausführende Hände politischer Köpfe gewesen, die wie das politische Gesamtbild Deutschlands zurzeit zeigt, überaus erfolgreich gewesen sind und es weiter sein werden, bis eine gründliche Revolution die Grundlage ihrer Erfolge beseitigt haben wird. Auch kann den Leuten von der Schwarzen Reichswehr keineswegs bestritten werden, daß ihre Gesinnung tief arbeiterfeindlich war und daß der Kampf, den sie gegen Demokratie und Republik geführt haben, im Interesse des Kapitals, somit der herrschenden Gesellschaft lag. Niemand kann billigerweise verlangen, daß Sie, die gesetzgebenden Vertreter eben dieses Kapitals, den politischen Charakter der Fememorde leugnen und die Täter auf die Dauer verleugnen sollten. Lassen Sie sie frei, streichen Sie die Strafen aus, folgen Sie dem Drange Ihrer Herzen. Nur: Sie erklären, daß Sie Gerechtigkeit üben wollen und daß die Gesetzgebung darauf bedacht sein müsse, daß nirgends zweierlei Maß angewendet werde. Ach bitte, dann vergleichen Sie mal die Taten derer, die aus Angst und Gehorsam um ihre Existenz nicht zu verlieren, wirkliche und vermeintliche Spitzel der Arbeitskommandos umgelegt haben, mit den Taten unsres Genossen Karl Peters, der, überzeugt von der Notwendigkeit der proletarischen Revolution, zusammen mit einer Gruppe anderer Kämpfer in der Zeit des noch nicht bedeten bewaffneten Bürgerkrieges — Sie selbst bestimmen ja das Ende dieses Bürgerkrieges erst mit dem 1. Dezember 1924 — die Finanzierung der revolutionären Bewegung unter Gefahr für Leib und Leben durch gewaltsame Requisitionen betrieb. Er und seine Genossen Karl Nachtgall und Herbert Kobitsch-Meyer haben niemanden vorsätzlich ums Leben gebracht, wie Ihre Femeleute. Warum bestreitet man ihnen aber den Charakter als politische Verbrecher, wenn Sie ihn den völkischen Bravos zuerkennen? Grade

gegen die drei genannten Genossen wurden alle möglichen juristischen Vorwände zusammengesucht, um sie von der Amnestie von 1928 auszuschließen, die ihren Mittätern sonst ausnahmslos zugute kam. Kobitsch-Meyer mußte im Kerker jammervoll verenden, weil der Begriff des Politischen nicht angewendet war und demgemäß nach Belieben reaktionärer Exegeten angewandt wurde. Wir verlangen daher eine wirkliche Amnestie mit weitesten Ausmaßen, bei der selbstverständlich Ihre Fememörder mitsamt sogar den Ministermördern — sind denn Ministerleben wertvoller als die Leben anderer Menschen? — sich von uns aus herzlich gern zu Ihnen gesellen mögen.

Haben die Parteikommunisten so gesprochen? Sie haben, wie die Rote Fahne mitteilt, das Gegenteil getan. Walter Stoecker hat eine wahrscheinlich sehr schöne Rede gehalten, von deren Inhalt seine Parteigenossen etwa 25 Zeilen, die übrigen Sterblichen höchstens drei Zeilen erfahren, und hat darin zunächst einmal „in scharfer Rede mit den Plänen der Amnestierung der Fememörder abgerechnet“. „Bei allen Fememördern wird selbstverständlich immer ein politischer Beweggrund angenommen, auch wenn ihre heimtückisch ausgeführten Mordtaten mit Politik überhaupt nichts zu tun haben.“ Wie soll man sich solche Blödsinnigkeit eigentlich erklären? Verlangen die Kommunisten von der bürgerlichen Gesellschaft, sie dürfe nur diejenigen amnestieren, die einen ernstlichen Kampf gegen diese bürgerliche Gesellschaft führen, aber beileibe nicht diejenigen, die den Bestand der bestehenden Gesellschaftsordnung gegen das Proletariat verteidigen? Bildet man sich ein, damit etwas Praktisches auszurichten? Oder ist man vielleicht selber der Meinung, daß die verurteilten proletarischen Revolutionäre sich ja gegen den kapitalistischen Staat nicht halb so ernsthaft verhalten haben wie die Mitglieder der Schwarzen Reichswehr, daß also die Sicherheit der bestehenden Ordnung die Freilassung unserer Genossen leicht vertragen, aber an der der Fememörder bitteren Schaden nehmen müsse? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Ueberlegungen dieser Art bei den führenden Parteiparlamentariern gar nicht angestellt werden, sondern daß man dort nur daran denkt, bei den wählenden Erfolgsmassen im Lichte der Opposition zu glänzen, die niemals merken dürfen, daß das Parlament ein Ort ist, wo Staatsstützer etwas durchsetzen können, wenn es dem Staat nichts schadet. daß aber Opposition jeder Art an dieser Stelle praktische Wirksamkeit für die Arbeiterklasse überhaupt nicht haben kann. So bleibt als Zweck der Uebung die schöne Zeitungsüberschrift.

Die Sozialdemokraten lassen sich auch in ihrer „Opposition“ nicht in einer stramm büttelhaften Feindseligkeit gegen alle ins Unglück geratenen Opfer ihrer Gesinnungslosigkeit irre machen. Der Niedrer muß noch im Orabe recht behalten. Die Landsberg und Heilmann möchten das „Volk“ durch keinerlei Pfingstgnade im Vertrauen auf die deutsche Justiz verwirren. Man regiert jetzt ohne sie, dessen zur Strafe muß in den Zuchthäusern bleiben, was Eberts Geist hineingehetzt hat. Es ist ein wahrer Trost, daß die Freunde der Fememörder jetzt am Regieren sind, sonst käme überhaupt nichts zustande. Auch das Essen würde nicht billiger sein, wenn statt des Schiele noch der Dietrich vor dem Kuhmist Wache hielte, nur müßte der Dietrich, dieser Nachschlüssel der Demokratie zu Brünnings Kabinett, republikanische Tradition wahren, das heißt, lieber Zehntausenden von armen Entrechteten die Luft abschnüren, als einem zum Schein verurteilten völkischen Radaubruder die Freilassung auf den meistens sowieso bewilligten Urlaubszettel zu stempeln.

Auf den Gedanken, der Amnestieforderung des Proletariats dadurch Nachdruck zu geben, daß man eine wirkliche Vollamnestie verlangt hätte, sind natürlich auch die Kommunisten nicht verfallen. Sie klammern sich ängstlich an den alten Begriff „politische Gefangene“, Was das ist, wird nirgends erklärt. Die Erklärung bleibt, wie vor zwei Jahren, den Staatsanwälten und Geheimräten überlassen. Natürlich ist es schändlich, daß man

wieder mal wie bei der famosen Hindenburgamnestie 1925 die Pfingstgnade nicht bis in die Gegenwart erstrecken will, sondern diesmal alles davon abzuschließen plant, was nicht schon $5\frac{1}{2}$ Jahre zurückliegt. Aber warum steht da kein Proletarierversreter auf und sagt: Schön, dann aber bitte wirklich Amnestie bis 1. Dezember 1924! Ohne Prüfung, was jemand getan hat. Es sind lauter Leidende im Menschenkäfig, und viele, sehr viele, die ihr wegen „krimineller“ Handlungen hineingesperrt habt, sind viel anständigere Menschen als Hunderte, die in Amt und Würden sitzen. Die meisten Zuchthäusler kamen durch Not zu ihren Gesetzesverletzungen, und weil sie weniger gerissen zu Werke gingen, als die Berliner Stadtbözen Busch und Katz, daher auch bedeutend weniger ergatterten, als die Schieber aller Sorten, denen schon nichts Ernsthaftes geschehen wird — ein Sklarek braucht sich bloß 50 000 Mark zu pumpen, und ein Gauner dieses Maßes kriegt sie an einem Nachmittage gepumpt!, und wird aus dem Staatsgewahrsam entlassen —, deshalb hält der Staat sie so gründlich eingegittert, daß ihre Not lange keinem Bürger die Laune verderben kann. Wißt ihr denn, was fünf-einhalb Jahre Zuchthaus bedeuten? Glaubt ihr, daß es in der Welt irgend-eine Schandtät gibt, die nach 10 oder 15 Jahren „gesühnt“ sein wird, aber nach $5\frac{1}{2}$ Jahren noch nicht?

Freilich, den Staat, seine Parteien, vom parlamentarischen Kretinismus (Verzeihung, der Ausdruck ist von Karl Marx!) befallene Proletarierversreter von der Tatsache überzeugen zu wollen, daß alle „Verbrechen“ politisch und sozial motiviert sind, und daß schon darum die Unterscheidung zwischen politischen und nichtpolitischen Verurteilten, wenn nicht ganz genaue Erkennungsmerkmale festgestellt werden, Unfug ist und der Bürokratenwillkür — wie 1928 — alle Tore öffnet, ist nutzlose Bemühung. Vielleicht stellt man aber wenigstens einmal Forderungen auf, wie sie im FANAL mehrfach formuliert worden sind, um den wenigen anständigen Leuten, die es in jeder Bewegung gibt, auf die Sprünge zu helfen, einmal auch noch vor der Revolution, die die Kerker ohne Auswahl aufreißen muß, eine Entleerung der Qualanstalten im größeren Umfange herbeizuführen.

Unter Benutzung meiner in Jahrg. III, Nr. 12 veröffentlichten Vorschläge empfehle ich nicht nur unsern Genossen, sondern vor allem der Liga für Menschenrechte, der Roten Hilfe, den einsichtigen Juristen, Aerzten und allen mit sozialem Gewissen begabten Menschen eine Amnestie auf folgender Grundlage propagandistisch vorzubereiten:

1. Vollständige Tilgung aller Strafen, die mehr als 10 Jahre zurückliegen. Mindestens Auslöschung aller noch im Namen der Monarchie verkündeten Urteile.
2. Amnestierung aller Straftaten, die in irgendeinem Zusammenhange mit Krieg, Nachkriegswirren, Kapp-Putsch, Mitteldeutschem Aufstand, Inflation, Deflation und Rationalisierung stehen.
3. Anerkennung aller von Sondergerichten abgeurteilten Straffälle als politischen Charakters, demnach Anwendung früherer Amnestien.
4. Zeitliche Begrenzung aller lebenslänglichen Strafen auf höchstens zehn Jahre. Prozentuale Herabsetzung aller übrigen Strafen; Höchstmaß 5 Jahre.
5. Alle strittigen Fälle sind als politische anzuerkennen. Auf Spionage, Landesverrat usw. sind die Amnestien anzuwenden.
6. Restlose Amnestierung der Verurteilten und Verfolgten aus §§ 175, 218 und 219. Die durch Wort, Schritt und Kunst begangenen Straftaten sind als politisch zu amnestieren.
7. Freilassung aller Kranken, deren Haftunfähigkeit von außeramtlichen, in ausdrücklichem Einverständnis des Patienten gewählten Aerzten bescheinigt wird. Beurlaubungen in Krankheitsfällen unter Ausschließung staatsanwaltlicher Begutachtung. Strafunterbrechung in allen Fällen ausgebrochener oder drohender Haftpsychose, ohne Rücksicht

auf die „Führung am Strafort“. Gelegenheit zu geschlechtlichem Verkehr für ausnahmslos alle Gefangene.

8. Niederschlagung aller Strafen, die durch Ausbruchversuche, Meuterei und sonstige Unbotmäßigkeit bei der Strafvollstreckung erworben sind.
9. Amnestierung aller Bagatellsachen, aller aus eigener oder der Not von Angehörigen entstandenen Strafsachen, worunter nicht nur Eigentumsvergehen, sondern auch Verzweiflungstaten infolge wirtschaftlicher Not gehören, ferner Sexualdelikte, die nachweislich aus üblen Wohnverhältnissen entstanden sind, Affekthandlungen jeder Art, die sich aus besonderen unglücklichen Zufällen erklären und keine Wiederholung erwarten lassen.
10. Volle Anrechnung erlittener Untersuchungshaft oder zeitweiliger Unterbringung in Kranken- oder Irrenhäusern in ausnahmslos allen Fällen.
11. Wiederaufnahmeverfahren in allen Fällen, in denen schon eine Revisionsverhandlung Aussicht auf Erfolg haben könnte.
12. Entlassung aller Strafvollstreckungsbeamten, deren Entfernung von einem Drittel der Gefangenen einer Anstalt verlangt wird.

Die Pfingstgnade, die die Parteibonzen, die uns die Gesetze machen, damit die Zuchthäuser nicht leer werden, über Young-Deutschland ausschütten werden, wird selbstverständlich an den Opfern der von ihnen betriebenen Politik vorbeigehen. Der heilige Geist, der über diese Auslese mit sich selbst zufriedener Bürger kommt, weiß nur von einer Gerechtigkeit, die ihren Mann ernährt. Wer den Frieden der Republik stört, indem er womöglich gar nach der Herkunft des Gutes der Besitzenden fragt oder es sich nach eigenem Recht aneignet, muß unschädlich gemacht werden, und alle Gnade des Reichtums gegen die Armut erschüttert nur den Glauben an die Gerechtigkeit. Eine Amnestie darf nie zu weit getrieben werden. Aber demnächst gibt es ein neues Strafgesetzbuch. Wenn das zur Beratung kommt, wird sich das Pfingstwunder der Bibel erfüllen: „Und als der Tag der Pfingsten erfüllt war, waren sie alle einmütig beieinander. Und es geschah schnell ein Brausen vom Himmel, als eines gewaltigen Windes, und erfüllte das ganze Haus, da sie saßen. Und man sah an ihnen die Zungen zerteilt, als wären sie feurig. Und er setzte sich auf einen jeglichen unter ihnen; und wurden alle voll des heiligen Geistes und fingen an zu predigen mit andern Zungen, nachdem der Geist ihnen gab auszusprechen.“ (Apostelgeschichte, 2, Vers 1—4.) Wenn sie aber hören werden, daß sie anstatt neuer Strafgesetze lieber eine Amnestie für die Notleidenden machen sollen, wird es mit Vers 12 heißen müssen: „Sie entsetzten sich aber alle, und wurden irre und sprachen einer zu dem andern: Was will das werden?“ Wenn die Arbeiter endlich merken werden, daß die „Verbrecher“ in den Zuchthäusern nicht schlechter sind als sie, sondern ihresgleichen und ihres Schicksals wegen die natürlichen Verbündeten aller Revolution, dann brauchen wir nicht bange zu sein, was das werden will; dann werden die Bonzen aller Sorten bald genug ihr Pfingstwunder erleben.

Das Licht aus dem Osten

Erwartet, Freunde, keine Entscheidungen ungeheurer weltverändernder Kämpfe vierzehn Tage nach ihrem Ausbruch. Die chinesische Revolution steckt nach jahrelangem Auf und Nieder noch immer in ihren Anfängen, und auch für die russische Umwälzung bedeutet das Stagnieren in Staats-taktik und Bürokratismus noch keineswegs das Ende. Die Entscheidung

dieser Revolutionen ist dennoch bereits gefallen; sie liegt in der Tatsache daß der Ring gesprengt ist, von dem die alte, unerträglich gewordene Ordnung der Dinge umschlossen war. Die Revolution selbst ist der Sieg über die Vergangenheit, der Sieg der revolutionären Idee aber muß erst erstritten werden, und zwar über die Parasiten der Revolution, die den neuen Wein in ihre alten Schläuche füllen möchten, um ihn den Bazillen der Vergangenheit auszusetzen und ihn so den Gelüsten der Autorität und der Ausbeutung wieder schmackhaft zu machen.

Der Sturm ist entfesselt. In ganz Asien rüttelt er an den Fundamenten der Vergangenheit, einer Vergangenheit, die Europa heißt. Das ist der Sinn der russischen Revolution gewesen, die Bindung an den Westen zu zerreißen, die Bindung an eine verfallende, zukunftslose in Liberalismus, Demokratismus und anderen Surrogaten der Gemeinschaftsvernunft verdorbene Zivilisation, deren letzte Verflechtung das Kriegsbündnis mit den imperialistischen Westmächten bewirken sollte. Die Frage war: soll Rußland, der mächtige Wall zwischen Europa und Asien, europäisch oder asiatisch werden? Der Krieg bestimmte: europäisch, denn Europa — das ist der Kapitalismus, das ist die Volksversklavung in modernisierter Form, das ist der in fortschrittliche Phrasen gewickelte militärische und staatliche Kanibalismus der mechanischen Geldquetsche. Die Revolution entschied: asiatisch; denn Asien — das ist der gefesselte Riese der Verbundenheit und der Freiheit, ist die unverdorbene Leidenschaft zum Lichte drängender Kraft, ist fruchtbares Land für die staatlose Kultur des Sozialismus. Die russische Revolution war das Bekenntnis gegen Europa zum Lichte des Ostens. Aber diejenigen, die sich berufen glaubten, das russische Volk über den Sinn seiner Revolution belehren und es den rechten Weg zum Sozialismus führen zu müssen, verkannten völlig den Geist der Tat, der ein morgenländischer Geist ist und zwangen die Revolution unter den abendländischen Geist der Theorie, einer ganz europäischen, schlimmer: einer schematischen Entwicklungstheorie, die nur Sinn hat als Ausdruck der Skepsis gegen den Privatkapitalismus und, autoritär, zentralistisch, nur materialistisch, das heißt stoekeuropäisch, den Staatskapitalismus ans Ende der sozialistischen Emanzipation der Völker setzt. Der Marxismus, diese echt deutsche Lehre, die nichts vom Menschen, die nur vom aufgehenden Rechenexempel weiß, hat die russische Revolution in die bürokratische Sackgasse geführt, die wohl aus der Finsternis Europas herausfand, der aber das Licht aus dem Osten unverständlich ist, weil keine westliche Theorie es erklärt. Als die Bolschewisten versuchten, es den Chinesen marxistisch zu deuten, erlebten sie die krassste Niederlage, die ihnen noch zuteil ward.

Jetzt brennt Indien. Wieder ist es, wie in China, ein Feuer, dessen Flammen den künstlichen Bau der europäischen Herrschaft umzüngeln, der zum Kerker Asiens geworden ist. Der Brand glimmt schon im ganzen Gebälk, aber er wird die stärkste Feste des britischen Imperialismus nicht von heute auf morgen zerstören. Die Kräfte, welche sie in irgend einer Form zu retten trachten, sind unermesslich stark, und es sind nicht nur materielle, es sind auch ideelle Kräfte am Werke, dem Feuer seine Beute nicht völlig zu überlassen. Der europäische Entwicklungsgedanke: eins nach dem andern, Etappenkampf mit kurzen Zielsetzungen, Abwägung des zunächst Erreichbaren, schrittweises Vorgehen, Erlisten von Teilzahlungen auf dem Verhandlungswege, — dieses den eigenen Kampfgeist lähmende Herumtrippeln, das dem Feinde Zeit schenkt, durch scheinbares Entgegenkommen den Widerstand gegen die Revolution zu kräftigen und die erschütterte Autorität wieder herzustellen, hat leider auch bei sehr ehrlichen Indern Schule gemacht. Gandhi einen Verräter zu nennen, wie es die Parteikommunisten tun, ist so ungerecht wie töricht. Gandhi hat das unendliche Verdienst, das Bewußtsein der Inder, eigenes Lebensrecht gegenüber der britischen Ausplünderung verteidigen zu müssen, in Jahrzehnten gepflegt

zu haben. Er hat die zeitweilig höchst wirksame Kampfweise des passiven Widerstandes, die von seinen Landsleuten verstanden und glänzend bewährt wurde, die vor allen Dingen den Engländern ungeheuren Schaden zugefügt und ihre Autorität heillos diskreditiert hat, unter dauernder Nichtachtung der eigenen Freiheit und Sicherheit prachtvoll angewendet. Sein ganzes Leben, das nicht nur in seiner Heimat, das auch im Kapland in vorbildlichem Einklang stand zu seinen Lehren, müßte ihn gegen persönliche Anwürfe schützen. Die MacDonald-Regierung hat ihn verhaftet, weil sie grobenteils dank seiner Aufforderungen zur Gehorsamkeitsverweigerung in die Lage geriet, lieber das Unpopulärste zu tun, womit die Inder noch gereizt werden konnten, als das aufgewählte Land der Reinheit seiner Stimme länger preiszugeben. Nur sachlich darf Gandhi angegriffen werden, und sachlich ist ihm allerdings zu erwidern, daß eine Revolution, die die Formen des gewaltsamen Aufstandes angenommen hat, nicht in ihren Kampfmitteln eingeengt, noch gar auf gemäßigte Forderungen verhalten werden darf. Das hat die russische Revolution in ihrem Verlaufe so außerordentlich gehemmt, daß die Lehre in ihr sich durchsetzen konnte, die Befreiung zum Sozialismus müsse sich nach bestimmten, wissenschaftlich errechneten Phasen vollziehen, und erst müsse eine Staatsregierung im Namen des Proletariats Diktatur üben, ehe das Proletariat dazu befähigt erklärt werden könne, alle Macht durch seine Räte selbst auszuüben. Nun weiß keiner mehr, wie die bürokratischen Machthaber aus ihrer revolutionshindernden Allmacht wieder verdrängt werden sollen. So war es auch in China, wo dieselben russischen Staatssozialisten den Ratschlag durchsetzten, die Kulis müßten sich in der ersten Etappe der Revolution der bürgerlichen Kuomintang unterstellen; nach deren Machtergreifung erst sei das Proletariat an der Reihe, für die eigene Freiheit zu kämpfen. Die Wirkung war das entsetzlichste Gemetzel unter den Arbeitern, ausgeführt von der jungen Bourgeoisie Chinas, die das von Moskau anempfohlene Rezept, das ganz und gar europäischer Herkunft ist, für ihren Vorteil sehr bekömmlich fand. Die weitere Wirkung ist, daß der Generalskrieg, mit dem Europa selbst das Licht im Osten auszulöschen sucht, verheerend weiter tobt, ohne den einzig wirksamen Widerstand in der revolutionären Kraft der dezimierten Kulis zu finden. Die indische Revolution muß als Revolution Asiens gegen Europa stark erhalten werden. Die Solidarität der europäischen Arbeiterschaft hat nicht darin zu bestehen, daß wir den Indern gute Ratschläge erteilen, wie sie ihr Werk wissenschaftlich richtig zu Ende zu führen haben, sondern darin, daß wir ihnen helfen, die europäische Zivilisation auszurotten, die sich ausdrückt im Kapitalismus, Imperialismus, Militarismus, in Autorität, Zentralisation und jeder Art Staatsgewalt. Europa hat in der Aufgabe versagt, der Weltrevolution für Sozialismus und Freiheit voranzugehen. Die Aufgabe ist von Asien übernommen worden. Das, was sich in Europa immer noch Sozialisten zu nennen wagt, hat sich an die Spitze der Gegenrevolution gestellt. Der Vorwärts z. B. sieht die Tragik der indischen Revolution nicht im Schicksal der indischen Arbeiter, die um ihres Freiheitstrebens willen von der „Arbeiterregierung“ des Herrn MacDonald ermordet werden, nicht in dem Elend, dem Hunger, der Entwurzelung der Frauen und Kinder des Landes, sondern er findet das Los des „Genossen“ MacDonald tragisch, der als Regierungschef Englands genötigt ist, die Hungernden abzuschlachten, die er, der Sozialist, doch so inbrünstig liebt. Nicht die 15 000 deutschen Arbeiter, die vom November 1918 bis zum Kapp-Putsch erschossen, erschlagen, erwürgt und massakriert wurden, sind beklagenswert, sondern der arme Noske; nicht um die Toten vom Mai 1929 laßt uns weinen, sondern um den Zörgiebel, den die sozialistische Überzeugung zwang, das Amt des Berliner Arbeiterwürgers zu versehen.

Der Mord wütet im Namen MacDonalds und seines Königs in Indien; aber schon haben eingeborene Soldaten gemeutert und die Waffen den

kämpfenden Hindus und Parias zur Verfügung gestellt. Der Brand dehnt sich aus. Schon hat er nach Indochina übergegriffen, wo die Franzosen Europas Zivilisation mit den Mitteln verteidigen, die sie in Syrien geübt haben. Das Kapital fürchtet um seine Geschäfte, da ist Mord und Verwüstung, Niedertracht und viehische Mißhandlung Recht und gute Sitte. Aber auch sie bekommen es schon mit meuternden Regimentern zu tun, und wir dürfen hoffen, daß die Flammen von China und die von Indien bald genug auch Französisch-Indochina einhüllen werden. Asien erhebt sich gegen die Knechtschaft, die Menschheit erhebt sich gegen den Kapitalismus. Die asiatischen Brüder kämpfen gegen die europäischen Bedrücker, die ihnen ihr Land gestohlen haben. Die Befreiung Asiens wird nicht nur den Asiaten dienen, sondern den Proletariern der ganzen Welt. Die Kapitalisten wissen das gut. Ihr „Paneuropa“, mit dem sie die Einfalt wohlmeinender Aestheten betören, ist — Herr Briand weiß es besser als Herr Coudenhove-Kalergi — kein Gebilde, das dem Frieden der Welt den Weg bereiten wird, sondern die Vertrustung der kolonialen Sklavenshalter, die Verschwörung der europäischen Völkerbünditen wider das Frührot, das aus dem Osten herüberdämmert und bereits ihren Schlaf beunruhigt. Die Arbeiter der kapitalistischen Länder aber mögen ihren Europäerstolz beiseite stellen. Ihre Aufgabe ist es nicht, eine Zivilisation zu verteidigen, von der sie selbst nichts anderes als Knechtung und Entwürdigung erfahren haben; sie sollen ihren Geist bereit halten und ihn entflammen lassen vom Licht aus dem Osten. Denn zwingt die Erhebung des Orients gegen den Imperialismus das Kapital zur Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa, so begeistert diese Erhebung das revolutionäre Weltproletariat zu dem Gelöbnis: Entstaatete Vereinigung der arbeitenden Menschen aller Länder!

Willkommen !

Wir Anarchisten erleben zurzeit die Freude, zwei international verdiente Genossen am Tageslicht begrüßen zu können. Vor allem dem tapferen Revolutionär Radowitzky, der nach 20jährigen unbeschreiblichen Martern auf den Feuerinseln freigelassen worden ist, das verdiente Willkommen! Die Anarchisten der ganzen Welt haben seit ungefähr 1½ Jahren die Agitation aufgenommen, um die internationale Arbeiterschaft auf das scheußliche Verbrechen aufmerksam zu machen, das die argentinische Regierung an dem Kämpfer verübte. Endlich ist es dieser Regierung klargeworden, daß die Rache an Radowitzky ihr zu teuer werden müßte, wollte sie dafür die dauernde Aufmerksamkeit des Weltproletariats für ihre Methoden der Klassenjustiz in Kauf nehmen. So übte sie „Gnade“. Es wird uns auch gelingen, Mooney und Billings aus den Klauen der nordamerikanischen Staatsjustiz zu befreien, obwohl das Land, dem die Mörder Saccos und Vanzettis die Grundsätze des Rechtes diktieren, neben dem faschistischen Italien und dem bolschewistischen Rußland für den Willen des Proletariats die taubsten Ohren hat.

Ein weiteres Willkommen gebührt dem italienischen Genossen Angelo Bartolomei, den die belgische Regierung nach einer Haft von 14 Monaten Freiheit wiedergegeben hat. Mit dieser Freilassung ist die Gefahr beseitigt, daß Bartolomei, weil er Ende 1928 auf französischem Boden den Abbé Caravadossi, einen Agenten Mussolinis gegen seine revolutionären Landsleute im Auslande, erschoss, nach Frankreich ausgeliefert würde. Erst jetzt hat Belgien ihm das Asylrecht des politischen Täters zugestanden, und der Faschismus Italiens, dem Frankreich ohne Zweifel den Anarchisten zuschie-

ben wollte, muß auf die Ermordung eines kühnen Menschen verzichten, den der Duce mit Recht für einen seiner entschlossensten Feinde hält.

Nur mit tiefer Erbitterung kann in diesem Zusammenhange der eingekerkerten Genossen gedacht werden, für die alle Mühe, alles Mahnen, Protestieren, Aufklären und Kämpfen bis jetzt vergeblich war: der Anarchisten, die ihrer, unserer Gesinnung wegen in den Gefängnissen Rußlands oder in den Eisgegenden Sibiriens gepeinigt werden. Zu ihnen gesellt sich — das Unglaubliche bestätigt sich — nun auch der Genosse Francesco Ghezzi. Im Vertrauen auf das ihm zugestandene Asyl ging er nach Sowjetrußland, fiel dort niemandem zur Last, wurde kein Bonze und Kostgänger der Armut, sondern arbeitete mit seinen Händen und Muskeln, wie er es als Proletarier gelernt hat. Daß er Anarchist ist, zwang ihn, nach der Tat, mit der er die Arbeiter seiner italienischen Heimat vom Faschismus zu befreien versuchte, von Deutschland, wo ihm das Schicksal Boldrinis drohte, ins Land der Arbeiter und Bauern zu flüchten. Daß er Anarchist blieb, ist der einzige Grund, weshalb ihm die Regierung dieses Landes, für deren Taten man weder Arbeiter noch Bauern verantwortlich machen sollte, so behandelte, wie auch die faschistischen Regierungen die Anarchisten behandeln und wie jede andre Regierung, wenn ihnen nicht irgendwie auf die Finger gesehen würde, ebenfalls die Anarchisten behandeln möchte. Ghezzi wurde ohne Anklage, ohne Verhör, ohne die Möglichkeit zur Verteidigung auf administrativem Wege zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Bekanntlich bedeutet diese Befristung der „Strafe“ nur, daß nach Ablauf der vier Jahre die GPU-Bürokratie weiter über den Revolutionär verfügt, wieder ohne Verfahren, ohne Verteidigung, ohne Kontrolle. Wir dürfen uns im Kampf für die Befreiung Ghezzi's und aller übrigen revolutionären Proletarier, die die Bolschewisten gefangen halten, nicht einschüchtern lassen durch das Geschrei der parteikommunistischen Einpauker, die für ihre eigenen verfolgten Genossen in Deutschland Solidarität verlangen, die Solidarität aber, die wir unsern Gesinnungsgenossen erweisen, verleumden und beschimpfen. Wir, die wir alle nicht dulden wollen, daß irgend eine kirchliche oder staatliche Macht gegen das Rußland des Oktobers 1917 auch nur eine drohende Bewegung versuchen sollte, wir meinen es mit der russischen Revolution besser und ehrlicher als die blinden Anbeter und Nachbeter der jeweils amtierenden Obrigkeit im russischen Staate. Denn wir verlangen Rechtlichkeit und Sauberkeit von denen, die als Hüter des revolutionären Landes, mit Recht oder Unrecht, mit Klugheit oder fehlerhaft, die Verantwortung für alles übernommen haben, was in Rußland dem Gemeinwohl dienen soll. Gegen die Anwendung von Doktrinen, die uns falsch scheinen, werden wir diskutieren; gegen Unrecht und revolutions-schädigenden Frevel aber werden wir kämpfen! Die Wahrheit läßt sich auf die Dauer nicht gefangen halten wie irgend ein gehetzter, heimatloser Mensch. Gebt Ghezzi, gebt die Anarchisten heraus, ihr Treuhänder der russischen Revolution! Wenn einst die Wahrheit über euer frivoles Spiel ans Licht dringt und die gefangenen Revolutionäre erst auf ihren Strahlen eure finsternen Zwingburgen verlassen können, so wird das Willkommen, mit dem das internationale und das russische Proletariat seine befreiten Brüder begrüßen wird, in euern Ohren nicht lieblich klingen. Ohne Stalin kann die russische Revolution leben, ohne Recht und Wahrheit mußte sie sterben.

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Genossen!

Besucht regelmäßig die Zusammenkünfte.
Donnerstags 19¹/₂ Uhr, im Lokal
Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Donnerstag, den 5. Juni:

Vortrag von Meta Kraus-Fessel:
„Im Jahrhundert des Kindes“

Donnerstag, den 12. Juni:

Vortrag von B. Cahn:
„Die Blutinternationale des
Faschismus — und ihre Zer-
trümmerung“

AMNESTIE-SKANDAL Proletarische Gefangene in Not!

Heraus, zur großen Amnestie-Kundgebung!

Freitag, den 13. Juni, 19¹/₂ Uhr,
in den **Hohenstaufen-Sälen**,
Bln.-Neukölln, Kolthusser Damm 76
Referent: ERICH MÜHSAM

Kein Genosse darf fehlen!

Freie Aussprache

FANAL ist in Not!

SAMMELT!

**WERBT!
HELFT!**

MEHRBEZIEHER, sorgt
für pünktliche Abrechnung!

EINGÄNGE FÜR FANAL-FOND

Auf Sammeliste Nr. 15

Mk. 9 20

„ „ „ „ 84

„ 16.20

Unterstützt FANAL durch Bücherbestellungen!

Ein neues Gildenbuch

der Gilde freiheitlicher Bücherfreunde ist erschienen

Hans Ryner, der
französische In-
dividualanarchist,
ist der Autor des
Romans

NELTI

„Nelti“ führt den Leser nach der
sagenumwobenen Insel Atlantis,
deren Bewohner in anarchistischer
Gemeinschaft und sozialer Har-
monie leben

NELTI ist ein Stück Propaganda für den Anarchismus

Für die Mitglieder der G. f. B. erscheint dieses Buch als
Dreimark-Band, im ASY-Verlag für 5 Mark. Jeder freiheit-
lich Denkende fördert durch seinen Eintritt die G. f. B. –
Monatsbeitrag 1.– Mk.

Gilde freiheitlicher Bücherfreunde / Berlin O 34

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Republik auf Abbruch — Der Staat

Ist in Gefahr (von Carl Severing, mit
einer Nachschrift von G. Clemenceau) —

**Pfingstgnade — Das Licht aus dem
Osten — Willkommen**

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

NR. 9

JAHRGANG 4

BERLIN

JUNI 1930

Brennende Erde

Verse eines Kämpfers von ERICH MÜHSAM

Das Buch erschien 1920 als unmittelbarer Niederschlag der während des Krieges, während der Revolution und in den ersten Monaten seiner Gefangenschaft entstandenen Gedichte unseres Genossen.

Erich Mühsam ist einer der ganz wenigen Dichter, die ihre revolutionäre Gesinnung auch während der patriotischen Psychose des Krieges in wichtigen Anklagen gegen den Massenmord zum Ausdruck brachten. Seine Revolutionsgedichte haben darum unter den Arbeitern stärkste Wirkung getan.

Das Buch „Brennende Erde“ fand, als der Kurt Wolff - Verlag es herausgab, außerordentliche Beachtung, auch bei der bürgerlichen Literaturkritik. Mit dem in Bayern geglückten Rechtsputsch der Weißgardisten Kahr und Möhl verschwand es aber aus den Buchhandlungen.

Jetzt ist das wichtige dichterische Kriegs- und Revolutionsdokument von uns übernommen worden; und wir sind in der Lage, es den Genossen zu stark herabgesetztem Preise anzubieten.

Es kostet:

broschiert Mk. 1.— (früher Mk. 2.—)

gebunden „ 2.— („ „ 3.40)

Erich Mühsams „Brennende Erde“ gehört auf das Bücherbord jedes revolutionären Arbeiters!

Gilde freiheitlicher Bücherfreunde

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 9

Juni 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschlüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 812.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Republik auf Abbruch

Die Republik ist im Ablauf ihrer Geltungsdauer in der Geschichte Deutschlands etwa da angelangt, wo das Deutschland des Weltkriegs im Jahre 1917 stand. Mit dem Erlahmen der Vormärsche und dem Ausbau der Grabenfestungen an allen Fronten trat im Lande eine Art schicksalhafter Ergebung in einen Zustand ein, der das Leben des ganzen Volkes als unwichtig gegenüber dem zur Gewohnheit gewordenen Massenschlachten empfinden ließ. Der Zweck des wahnwitzigen Mordens schien nur noch in der Erfüllung der Aufgabe zu bestehen, das Versiegen des Blutstroms zu verhindern. In Wahrheit wurde der Krieg weitergeführt, weil seine Veranstalter nichts anderes als den Sieg in Rechnung gestellt hatten, einen andern Ausgang in seiner geschäftlichen Auswertungsmöglichkeit nicht übersehen und nun, da doch schon im zweiten Kriegsmonat, nach der Marneschlacht, der militärische Siegesplan hoffnungslos gescheitert war, auf das Wunder warteten, das trotzdem vom Himmel fallen mußte, da Gott seine Deutschen schon nicht verlassen werde. Bis zum Eintreten des Wunders richtete man sich im Kriege selbst kaufmännisch ein und machte aus Not und Tod ein Gewinnunternehmen, wie es sich vor 1914 kein Krupp und kein Stinnes bei aller verwegenen Spekulantengeniertheit hätte erträumen können. Den Herren des Landes, den Grundbesitzern, Industriekönigen und Finanzsultanen, wurde der Krieg zum Selbstzweck, seine Fortsetzung ins Endlose somit zur erwünschten Daseinsform, die ungehemmte Ausplünderung der breiten Massen des eigenen Volkes, die ja auch fast allein den blutigen Teil des Unternehmens bewältigen mußten, solange eine lohnende Lebensbetätigung, bis vielleicht doch ein „Siegfrieden“ das Ansetzen der Blutschraube auch an fremden Volkskörpern ermöglichen würde. Besonders ertragreich erwies sich die Geldgebarung bei der Bereicherung der Kriegsbedarfkapitalisten und

bei der Schröpfung der arbeitenden Massen für die Zwecke des „Durchhaltens“. Die Ablieferung des Goldes war von Anfang an unter Benutzung der geschickt und bedenkenlos eingeheizten Begeisterungspsychose zur nationalen Ehrenpflicht geworden, und wie die Arbeiter, den bewährten Führern wie immer vertrauend, von heute auf morgen lernten, die Bahn der Kühnen zu verlassen, die sie geführt Lassalle und statt dessen der zu folgen, die sie Wilhelm II. und Hindenburg führten, so kratzten alle Kleinbürger ihre paar sauer gesparten Goldstücke aus dem Strumpf, trugen sie mitsamt Trauringen, Broschen und blinkendem Erbkram zu den Sammelstellen, ohne von den dicken Goldketten vor dem Bauch der Kommerzienräte und Fabrikdirektoren belehrt zu werden, daß es nur der Regie der herrschenden Klasse entsprach, wenn Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuster war. Das wüste Spektakelstück des Kriegsanleiheschwinds, bei dem die Marke Scheidemann die Rolle der Anreißer am lautesten spielte, ging mit immer üblerem Gassenhauergegröhle serienweise in Szene, und auch dabei waren die kleinen Sparer die Lackierten und die großen Schieber füllten sich die Taschen. Karl Liebknecht hat in einer seiner letzten Reichtagsreden, am 10. April 1916, den Volksbetrug mit der Kriegsfinanzierung ausgezeichnet angeprangert; er deckte auf, wie dieselben Anleihestücke der Großschieber von einer Anleihe zur andern immer von neuem gezeichnet wurden und jedesmal von neuem verzinst werden mußten und verglich diesen Umlauf von bloßen Quittungen, durch den reiche Leute sich unter patriotischen Verrenkungen auf Kosten der Armut ständig neue Vorteile zu verschaffen wußten, einem Karussellbetrieb. Natürlich erfuhren die Geprellten von Liebknechts Warnung kein Wort, da die „Tribüne“ des Parlaments bekanntlich von allen Redeplätzen des Landes die allgeringste Resonanz hat, während des Krieges aber sogar die Parlamentsberichte der Zeitungen einer Zensur unterlagen, die den wirklichen Inhalt der Liebknechtschen Reden nur aus dem Wutgeschnauf der sozialdemokratischen, konservativen und übrigen regierungsfremden Presse ahnen ließ. Im besonderen Fall wurde die Aufmerksamkeit nur dadurch stärker auf die Anklagen des tapferen Mannes hingelenkt, weil er bei dieser Gelegenheit, wo er an die Seele des Bürgers selbst, nämlich an sein Geschäft, rührte, Prügel bezog und ihm seine Papiere vom geheiligten Redepult der deutschen Volksmeinung herabgerissen wurden. Die spürbare Wirkung der Kriegsfinanzierung mit Volksgut und unter voller Schonung des Gutes der Besitzenden bestand in den Assignaten, die unter dem Namen „Darlehenskassenscheine“ die Inflation einleiteten. Der greise Eugen Dühring wagte als einziger in wütenden Flugblättern gegen das „Wischgeld“ loszugehen und den Staat anzugreifen wegen seiner „Kunst, aus nichts etwas zu machen“. Dieses Etwas nahm allmählich ein gespenstisches Wesen an. Die Geldentwertung wurde in den Massen für Teuerung ge-

halten, zugleich stiegen natürlich die Löhne, mit denen der notwendigste Lebensbedarf dennoch nicht gedeckt werden konnte. Die Rationierung der Subsistenzmittel nach „Anteilen“, das Rechnen nach Brot-, Zucker-, Fett-, Eierkarten, die Zuweisung geringster Mengen Milch, Haferflocken usw. an die Kinder, die Abschnürung Deutschlands vom Weltmarkt durch die Blockade wurde den Arbeitern dadurch scheinbar ausgeglichen, daß sie sich für die Menge Geldscheine immerhin einiges leisten konnten, was im allgemeinen nur für vermögende Leute bestimmt war und infolgedessen auch während der Hungersnot des Krieges keiner Einschränkung unterworfen war. Besonders die Granatendreherei, die Giftmischerei und alle den menschlichen Organismus zerschmetternde Arbeit für den Mordbedarf wurde dadurch schmackhaft zu machen versucht, daß man den damit beschäftigten Arbeitern die Geldscheine, die ja nur Scheingeld waren und bloß gedruckt und unter Zwangskurs gestellt zu werden brauchten, um für voll angesehen zu werden, in die Tasche pflanzte. „Die grauenvolle Totenstille in der Arbeiterwelt“, schrieb Franz Mehring in einem Briefe an mich vom 18. August 1917, „macht die Sache (es handelte sich um eine Anregung von mir, die sich auf die Belebung des revolutionären Geistes bezog) vollends hoffnungslos, und das Ekelhafteste ist, daß die Arbeiter durch die hohen Löhne der Munitionsindustrie korrumpiert worden sind und werden.“ Ich antwortete ihm optimistischer in dem Sinne, daß die Munitionsarbeiter wohl Sekt söfften, sich aber dabei keine Hosen kaufen könnten und ihre Kinder verelenden sehr müßten, das würde sie schon noch zur Besinnung bringen. Fünf Monate später traten sie in den Ausstand.

Die Wirtschaftslage war mit der Universalvolksnahrung der Steckrüben gekennzeichnet. Das Proletariat wurde mit Papier still gehalten, während die Unternehmer fortfuhren, ihre Profite in Gold zu berechnen. Das Proletariat wurde aus allen Giftleitungen mit Haßgesängen gegen die bösen Feinde übergossen, während die Unternehmer fortfuhren, mit diesen Feinden einträgliche Geschäfte zu machen, sie sogar auf Umwegen mit Material versahen, das der Ausrottung deutscher Arbeiter diene. Die politische Leitung des gesamten öffentlichen Gebarens lag in den Händen der militärischen Leitung. Ludendorff war unumschränkter Diktator und gab eigentlich den faschistischen Diktaturen der Nachkriegszeit das erste Beispiel einer staatlichen Hausvaterschaft, die es als ihre einzige Aufgabe betrachtet, durch gewalttätige Stützmaßnahmen und prunkvolle Behängung der bresthaften Stellen die Tatsache zu verschleiern, daß der Bau auf Abbruch steht. Es ist ganz töricht, zu leugnen, daß Ludendorff durchaus der Mann war, solche Aufgabe zu erfüllen; eine Natur von ungeheurer Willensstärke, von keiner kritischen Ueberlegung, von keiner Rücksicht auf die Katastrophe gehemmt, die beim Versagen eines kleinsten in die Rechnung gestellten Faktors notwendig eintreten mußte. Man mag das Eifern des von der

Republik reichlich besoldeten pensionierten Generals gegen die Zustände ungemein albern finden, die auf sein Wirken und aus seinem Wirken gefolgt sind, man mag zumal seine Beweismittel zur Entlarvung von Juden, Jesuiten und Freimaurern belachen, die der verzweifelt jüdisch anmutenden kabbalistischen Zahlenmystik entnommen zu sein scheinen, man mag seine bedenkenlose Selbstvergotung in Verbindung mit den offenkundigen Verfolgungsideen, die ihn überall ängstigen, für Ausgeburten eines gestörten Geistes halten, — daß der Mann innerhalb seines engen Gedankenkreises konsequent ist, wird ihm niemand abstreiten, daß er fähig ist, aus der Konsequenz seines Denkens den Entschluß zum Handeln abzuleiten, niemand bezweifeln können. Ludendorff, besessen von dem Verlangen, einen Krieg, an dem nichts mehr zu gewinnen war, siegreich zu Ende zu führen, von dem Wahn, durch Errichtung einer deutschen Schreckensherrschaft über Europa die nationalen Werte der Deutschen zu vermehren und zu erhöhen, von dem Trieb, die unermeßliche Macht, über die er verfügte, dadurch dauernd zu machen, daß er den abgewirtschafteten Hohenzollern eine von ihm abhängige Scheinmacht rettete, pulverte den Kriegswillen seiner wahren Auftraggeber, der Kapitalisten, täglich neu auf, indem er ihnen die Ausbeutung der Erzlager von Longwy und Briey, der flandrischen Häfen, der polnischen Kohlengruben, der rumänischen Petroleumquellen, der afrikanischen Kolonien Englands und Portugals nebst dem belgischen Kongo in nahe Aussicht stellte, deren Besitz ihm zugleich kriegerische Möglichkeiten für Jahrhunderte hinaus unter den denkbar günstigsten Bedingungen mit dem Ziele der deutschen Welteroberung zu verbürgen schien. Seine nächste Aufgabe aber sah er in der Erschließung neuer Unterhaltsquellen für die kaiserlichen Armeen. Die Wirkungen der Blockade, soweit sie das kriegführende „Menschenmaterial“ betrafen, mußten überwunden werden, um dann, — wann, wie, durch welches Wunder, war spätere Sorge — die Entscheidung des Krieges und das deutsche Friedensdiktat zu erzwingen. So wurde mit maßlosen Blutopfern eine Offensive nach der andern durchgeführt, der Kriegsschauplatz immer weiter gedehnt, immer mit dem gleichen Ziel, Getreide, Kohlen, Metall, Kriegsmaterial, Menschenkraft zusammenzubringen, die das abbruchreife Haus noch einmal stützen, die Fassade noch einmal drapieren mochten, bis man es von innen heraus erneuen und zum herrlichen Palast ausbauen könnte. Das „Durchhalten“ mußten Begeisterung und Terror verbürgen. Inzwischen wurden im Innern den Hausfrauen die Waschkessel weggenommen, die Ofentüren abgeschraubt, die Messingstangen von den Vorhängen gerissen; die Kupferdächer wurden abgedeckt und die Kirchenglocken eingeschmolzen, der Abbruch also, den man verhindern wollte, unter eigener Leitung mit Hochdruck betrieben. Im November 1918 fiel dann der Bau in sich selber zusammen.

Der Rückblick auf das Jahr 1917 regt in vielfacher Hinsicht zu Vergleichen an. Vor allem ist die Stimmung unter den proletarischen Massen 1930 der des Steckrübenjahres ungemein ähnlich. Tiefe Beklemmung im Gefühl ohnmächtiger Rechtlosigkeit lastet auf den Gemütern. Das Vertrauen zur Führung des Staates ist im gleichen Maße zerronnen wie damals das zur Obersten Heeresleitung. Das Bewußtsein, mit klingenden Redensarten über Jammer und Elend hinweggetäuscht zu werden, ist, ohne noch recht wach zu sein, doch schon überall spürbar. Die Unfähigkeit der Regierer, über die Befriedigung der Ansprüche der Profitgeier hinaus irgend etwas zu leisten, was den mäßigsten Forderungen der Massen nach Berücksichtigung ihres nackten Daseinsrechtes entgegenkäme, ist sogar schon allgemein erkannt. Auf die Frage, ob denn jemand glaube, die fürchterlichen Zustände, unter denen wir leben müssen, könnten als Norm des gesellschaftlichen Lebens von Bestand sein, wagen nur noch Personen eine begütigende Antwort zu geben, die in irgend einer Form ihre wirtschaftliche Existenz mit der Fortdauer dieser Zustände verbunden haben. Die große Mehrzahl der Arbeiter machen es wie die Soldaten 1917: sie ächzen unter dem Druck der Verhältnisse, wissen sich der Willkür feindseliger Gewalten, die ihren Nutzen daraus ziehen, ausgeliefert, hoffen auf einen Wechsel der Dinge, ohne den Ausweg zu sehn und verweisen, wenn sie an die Kraft des eigenen Entschlusses erinnert werden, auf die Entschlußlosigkeit ihrer Leidensgenossen. Der Uebermut der Machthaber gleicht in verblüffender Weise dem der Kriegsdespoten, und beim Auftreten aller Art Schwierigkeiten können sie sich mit derselben Unbekümmertheit auf die Hilfe der Sozialdemokraten verlassen wie in der großen Zeit des Burgfriedens. Ob Ludendorff vaterländischen Hilfsdienst befahl oder ob Schiele dem zollfreien Gefrierfleisch den Markt sperrt, für die Heilmänner gilt in Monarchie und Republik die Losung: wir gehen mit Hindenburg.

Hindenburg war das Symbol des Kaiserreiches, das dem Abbruch verfallen war. Er wurde gerufen, die Fenster des morschen Palastes zu illuminieren, und die Sozialdemokraten blickten ehrfürchtig an den Rissen des Gemäuers hinauf, die sie jahrzehntelang den Arbeitern verachtungsvoll gezeigt hatten und riefen beglückt: seht das stolze Bauwerk, ihr tapferen Deutschen, helft Hindenburg, es für das ganze Volk zu retten; sein Sieg wird unser Sieg sein, der Kaiser wird uns die Demokratie schenken und auch wir werden Einzug halten in die heiligen Hallen des Volksstaates, in dem das allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlrecht dem Pflug und dem Amboß ihren vollgültigen Platz neben Thron und Altar erobern wird.

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen,
in dem wir siegen, — nun, wohlan!
Nicht predigen wir Haß den Reichen,
nur gleiches Recht für jedermann!

Und sie bewilligten Hindenburg seine Kriegskredite und seine Kanonen, seine Giftgase und Unterseeboote, seine Pressezensoren und Schutzhaftgefängnisse, die Gesundheit und das Leben der Arbeiter mit Frauen und Kindern und den ganzen deutschen Nachwuchs. Sie wandten nichts ein gegen den Einfall in Belgien und nichts gegen die sinnlose Zerstörung von Löwen, nichts gegen die Zeppelinangriffe auf unverteidigte Städte und nichts gegen die Versenkung von Passagierschiffen; sie schwiegen zu den Deportationen der belgischen Zivilbevölkerung und zu den grauenvollen Untaten der verbündeten Oesterreicher in Serbien und zu allen übrigen Kriegslumpereien der Zentralmächte; sie schwiegen sogar zu der in aller Menschengeschichte beispiellosen Ausrottung des Millionenvolkes der Armenier durch die jungtürkischen Scheusale Enver und Talaat. (Ueber dieses schändlichste Verbrechen, das je ein Staat gegen ein Volk verübt hat, ist eben eine überaus lesenswerte kleine Schrift erschienen: Heinrich Vierbücher „Armenien 1915. Die Abschachtung eines Kulturvolkes durch die Türken“, Fackelreiter-Verlag Hamburg-Bergedorf. Kauft und verbreitet diese furchtbare Aufklärungsschrift und nehmt die schlaflose Nacht in Kauf, die ihre Kenntnis verursacht!) Die Sozialdemokraten schluckten jede Entwürdigung und jede Entrechtung des Proletariats und bliesen nur in die Entrüstungstrompete, wenn die feindlichen Regierungen ähnliche Niedertracht verübten wie die eigene. Die Arbeiter aber, die dem revolutionären Grundsatz die Treue hielten: der Feind steht im eigenen Lande!, das Proletariat hat keinen andern Krieg zu führen als den gegen seine Ausbeuter! — sie wurden von den Führern, die ihnen diese Klassenlehre selber beigebracht hatten, an Hindenburg ausgeliefert, und als das Maß voll war und der Januarstreik 1918 den Hindenburgs und Eberts das Zeichen gab: es ist genug!, das russische Volk ist aufgestanden und verlangt Frieden und Sozialismus!, wir verweigern euch die Gefolgschaft zum Kriege gegen die russische Revolution!, — da stellten sich die Eberts zum Scheine an die Spitze der Bewegung und überreichten den Hindenburgs den Leichnam des erwürgten Genius der proletarischen Solidarität. Als dreiviertel Jahre später dennoch Tag wurde in Deutschland, ließ es das Proletariat zu, daß sich dieselben Eberts wieder an die Spitze der Erhebung stellten und an Stelle des eingestürzten Baues der Monarchie mit den Klamotten der verkrachten Bruchbude von den bankrotten Architekten des Kaisertums nach den alten verzeichneten Plänen mit allen Besenkammern und Hintertreppen von ehedem den Staat zusammenzimmerten, den sie Republik nannten. Sie setzten den Noske zum Befehlshaber der Landsknechtshaufen ein, die die Trümmer der Vergangenheit bewachen und die Arbeiter töten mußten, denen es beikam, an deren Stelle eine eigene Gartenanlage setzen zu wollen. Nur das schwarzweißrote Türschild wurde schwarzrotgolden übermalt, Scheidemann plakatierte am Ladenfenster auf rosa Pappe: Friede, Freiheit, Brot!, und inner

wurde eine Hausordnung angenagelt, worin der Torflokus als Wasserkloset bezeichnet und die Räume benannt wurden, wo später mal Teppiche gelegt und Damastvorhänge befestigt werden sollten. Auch wurde darin bestimmt, daß, wer die moderne, gesunde, zweckmäßige und dauerhafte Anlage der Wohnung bestreiten und mit Reinigungsgeräten sich an den Boden der Tatsachen heranmachen wollte, des Hochverrats schuldig sei. In der guten Stube wurde für Ebert ein Quastenfauteuil aufgestellt, rings um ihn herum durfte die sozialdemokratische Führung Platz nehmen und in die übrigen besseren Räume konnten die kaiserlichen Geheimräte und Würdenträger wieder einziehen. Die Sozialdemokraten haben das neue Haus aus den alten Klamotten demokratisch regiert, und so blühten die Geschäfte derer, deren Geschäfte unter der Monarchie schon reife Knospen waren, üppiger denn je auf, und die kaiserlichen Generäle und die junkerlichen Schnapphähne und die Schlotbarone und die Bankfürsten machten ihren Frieden mit der demokratischen Republik, machten ihr Inflationsgeschäft und rationalisierten die Wirtschaft, und die Republik nahm die besten Hausleute von früher wieder zur Führung des Unternehmens; der oberste Mann ist wieder Hindenburg und das Haus steht wieder auf Abbruch.

Maximilian Harden hat einmal geschrieben: Früher war Deutschland eine saubere Kaserne, jetzt ist es eine schmutzige Kaserne. Tatsächlich scheint das gegenwärtige Deutschland berufen, der Menschheit das Verenden des Regierungsprinzips, den Untergang aller Staatskünste im Schmutze des Parteiwesens, des Privateigennutzes, der Korruption und der Heuchelei plastisch vorzuführen. Was sich hierzulande unter der Bezeichnung Demokratie an täglichen Schändlichkeiten begibt, hat mit der Aufrechthaltung irgendeiner, noch so jämmerlichen, öffentlichen Ordnung gar nichts zu tun; es ist kaum mehr etwas andres als die panikartige Rauferei von den arbeitenden Volksmassen losgelöster Klüngel um die Herrschaft über diese Massen, mit dem Bestreben, beim Abbruch oder Einsturz der in allen Balken knarrenden Kaserne den verwertbaren Teil der Inneneinrichtung für das geplante eigene Staatsgeschäft zu retten. Den Opfern der Tollheit aber, den Arbeitern, wird von allen der gleiche Rat gegeben: gebt eure Stimmen nicht den andern, sondern uns! wahr! Disziplin!, helft uns, die Staatsregierung zu übernehmen, dann wird für euch gesorgt sein! So wurde den Arbeitern 1917 eingeredet, wenn sie im Kriege die Partei Wilhelms und Hindenburgs nähmen, statt ihre Klasseninteressen zu wahren und den Krieg der Arbeiter gegeneinander durch den Aufstand der Arbeiter im eigenen Lande gegen die eigenen Bedrücker zu beenden, dann würde das ihre Befreiung, ihren Wohlstand, das Ende ihrer Not und den Anfang der Gleichheit und des Glückes bedeuten. So ließen sie, mehr apathisch als gläubig, die Generalkommandos und die zivilen Kriegsregisseure gewähren, ließen sich durch scheinbar hohe Löhne korrumpieren

und schrien auf Verlangen Hurra, wodurch „die grauenvolle Totenstille in der Arbeiterwelt“ nur noch schauerlicher wirkte. Diesem Zustand entspricht heute das träge Sichabfinden des Proletariats mit dem Gewerke der demokratischen Republik. Sogar die parteikommunistischen Arbeiter, die es ehrlich mit der Revolution meinen und sich vom Staate nicht korrumpieren lassen, verzichten ihren eigenen Führern gegenüber auf jede Kritik, lassen sich wie alle andern mit Wahlparolen bescheiden machen und können mit allen Hoch! und Nieder! bei ihren von Zentralinstanzen angeordneten Demonstrationen nicht die grauenvolle Totenstille in der Arbeiterwelt überlärmen, die Franz Mehring vielleicht auch heute wieder hoffnungslos stimmen würde.

Dennoch ist zur Hoffnungslosigkeit zurzeit so wenig Anlaß wie 1917. Der Augenblick, wo die Unerträglichkeit der Verhältnisse sich entladen muß, wird ohne allen Zweifel eintreten, zumal der Staat, der diese Verhältnisse schafft, den Arbeitern nicht mehr wie damals den Schein eines wirtschaftlichen Ausgleichs zu bieten hat — auch würde das Proletariat auf keine neue Inflation mehr her-einfallen —, sondern sich ganz allein auf die Anwendung Ludendorffscher Terrormittel zur gewaltsamen Niederhaltung der Unzufriedenheit beschränken muß. Die letzte Klugheit der regierenden Gewalten bestand darin, daß sie die Sozialdemokraten aus der Reichsleitung entfernt und in die Opposition geschickt haben. Dadurch ist den Managern der Youngverknächtung, der volksfeindlichsten Massensteuern, der Nahrungsmittelteuerung durch die neuen Hochschutzzölle, der vollständigen Auslieferung der arbeitenden Bevölkerung an die Industrie, die Börse und den Großgrundbesitz vorübergehend noch einmal die Möglichkeit geboten, bei dem völlig unkritischen Teil der Arbeiterschaft, der die Massenorganisation der Zentralgewerkschaften füllt, in der Pose der Helfer in der Not zu erscheinen, jeder Bewegung ernststen Widerstands von unten also rechtzeitig ein Bein zu stellen. Es ist ja bezeichnend genug, daß sie erst in dem Augenblick den Tritt erhielten, als ihr Severing als letzte Staatsmannstat das Gesetz zum Schutz der Republik gegen ihre Arbeiter unter Hindenburgs Dach gebracht hatte. Die Leser finden dieses Gesetz im vorliegenden Heft im Wortlaut wiedergegeben. Hier aber sei in Erinnerung gebracht, was der kleine Metallarbeiter dem Reichstag am Zehnjahrestage des Kapp-Putsches, am 13. März, zur Begründung erklärte. In seiner Rede hieß es: „Wir brauchen dieses Gesetz nicht allein zum Schutz der Republik. Auch die Deutschnationalen haben im Jahre 1927 der Verlängerung des Republik-schutzgesetzes zugestimmt mit der Begründung, daß man dadurch der kommunistischen Gefahr begegnen könnte. Heute brauchen wir das Republikschutzgesetz noch notwendiger, das sollten auch die Deutschnationalen begreifen. Im Jahre 1927 hatten wir ein Jahr der Konjunktur mit einer verhältnismäßig geringen Arbeitslosen-

zahl, dagegen haben wir gegenwärtig über drei Millionen Arbeitslose. Die Arbeitslosen sind das Rekrutierungsfeld der Linksradi- kalen. Wollen Sie in dieser Zeit der Republik den Schutz versagen? . . . Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Machtmittel des Staates, bevor sie abgenutzt sind, eingesetzt werden.“ So deutlich konnte der Sozialdemokrat zu den Vertretern des Besitzes reden im Vertrauen darauf, daß, was von der Tribüne des Parlaments ge- sprochen wird, ja doch nicht bis zu den Massen dringt. Jetzt aber steht er mit den Seinen wieder vor den Arbeitern und klagt die Brüning-Treviranus-Schiele-Regierung der Reaktion an, damit das Proletariat nicht merke, daß die Republik auf Abbruch steht und auf den Gedanken komme, daß das Fallende gestoßen werden müsse.

Die Passivität des Proletariats wird trotz der sozialdemokratischen Betulichkeit nicht dauernd dumpf gehalten werden können. Hunger allein freilich bringt keine Revolutionen hervor. Es gehört immer noch die Einsicht dazu, daß Hunger und Verwahrlosung Folgen schuldhaften Verhaltens sind. Niemand kann bei der engelgleichen Geduld der deutschen Arbeiter voraussagen, wann diese Einsicht bei ihnen reif zu Entschlüssen sein wird; aber soviel kann man beobachten, daß tief bis in die Schichten selbst der teilnahmslosesten Arbeiter das Gefühl wach wird: mit uns wird Schindluder getrieben! Gewisse Tatsachen prägen sich auch ohne besondere Aufmerksamkeit ein. Daß die wilde Steuer- und Zollgesetzgebung und das Hoch- schnellen der Erwerbslosenziffern gleichzeitig mit der Einleitung der Youngbestimmungen kam, bringt auch den Harmlosesten auf den Gedanken ursächlicher Zusammenhänge. Dann kam die Frage an den Deutschnationalen Hindenburg, ob er die Befestigung der Kette für zwei Generationen gutheiße, und Hindenburg erklärte: Ja, aber nur in der Erwartung, daß dem deutschen Osten geholfen würde. Der deutsche Osten: das sind etwa 200—300 ostelbische Großgrund- besitzer, und schon haben wir das Ostprogramm, bestehend in einer Liebesgabe an die Agrarier, deren Enteignung 1918 dank der so- zialdemokratischen Verräterei unterblieben ist, im Betrage von un- gefähr 700 Millionen Mark; das ist so ziemlich der gleiche Be- trag, den die Regierung, der der Sozialdemokrat Sollmann als Innen- und sein Parteigenosse Schmidt als Arbeitsminister angehörten, nach der Besetzung des Ruhrgebietes als Liebesgabe den rheinisch-west- fälischen Industriemagnaten zuwies, als Entschädigung dafür, daß sie sich inzwischen durch die Hochzüchtung der Inflation auf Kosten der Arbeiterschaft ungeheuerlich bereichert hatten. Die Kosten für die agrarische Liebesgabe wird durch gründliche Kürzung der Er- werbslosen- und Krisenbezüge aufgebracht, während zugleich der Etat für die Wehrmacht seit dem vorigen Jahr um weit über 40 Mil- lionen Mark gestiegen ist. Zugleich beginnt das Unternehmertum eine großangelegte Operation auf dem Wirtschaftsmarkt, die auf eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitslöhne bei gleichzeitiger

Steigerung der Leistungen der arbeitenden Proletarier für ihre arbeitslosen Klassengenossen abzielt. Ebenso gleichzeitig werden überall neue Korruptionsskandale öffentlich bekannt, und in Berlin stellt sich heraus, daß ein paar außerordentlich reich dotierte Stadtbonden die Möglichkeit hatten, durch Schiebergeschäfte die Bevölkerung um mindestens 100 Millionen Mark zu schädigen. Das Geld muß dadurch wieder eingebracht werden, daß Wasser, Licht, Kochgas, Mieten, Verkehr verteuert und bei der Gesundheit und der Schulung der Arbeiterkinder gespart wird.

Wählt richtig! heißt bei solchen Enthüllungen die rettende Anweisung aller Parteien. Vielleicht hilft das Beispiel des Herrn Frick in Thüringen, die Arbeiterschaft von Illusionen befreien. Der Mann hat so laut wie einer gegen die demokratischen Methoden der Republik geeifert. Seine Ministertätigkeit begann damit, daß er sich eine gute Pension für die Zeit nach getaner Leistung sicherte; dann war er der erste, der das zuvor wild bekämpfte Republikenschutzgesetz gegen unzufriedene Arbeiter anwandte. Daß er Polizeistellen mit seinen Parteigenossen besetzt, beweist nur, daß er das parlamentarische System nicht anders einschätzt und nicht anders handhabt als alle übrigen Parteiminister auch, und die Albernheit der antisemitischen Schulgebete ist nebst allen andern pennälerhaften Ungezogenheiten Reklameklappern für den randalierenden Anhang. Die Sozialdemokraten hoffen auch schon wieder, mittels Wahlen zu den Pfründen zurückzugelangen. Dabei haben die letzten Wahlen ihnen ja schon einen jubelnd gefeierten Riesensieg beschert, der weder die Müller, Severing, Hilferding und Wissell, denen er auf die Ministersessel half, hinderte, den Gröners ihre Panzerkreuzer zu bewilligen und auch nur den krassesten Schaden vom Proletariat abzuwenden, noch ihr Festsitzen auf den Obrigkeitsthronchen sicherte. Es hat sich gezeigt, daß der zurzeit wirkende „Rechtsblock“ auf Grund der gepriesenen „Linkswahlen“ ebenfalls das demokratische System repräsentiert.

Es ist auch gleichgültig, wie die Regierung aussieht, die den Laden der Republik bedient. Was darin verkauft wird, ist immer dasselbe: die Knochen der Arbeiter und die Zukunft ihrer Kinder. Das Geschäft ist aber so gut wie pleite, und der Abbruch wird nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen. Worauf alles ankommt, ist, was die Menschen danach mit dem Bauplatz anfangen. Wollen sie wieder einen Staat darauf aufbauen, so wird ihnen nichts übrigbleiben, als ihm mit den alten, abgenutzten Klamotten aufzurichten, die die fatale Eigenschaft haben, immer dem arbeitenden Volk auf den Schädel zu fallen. Es wird nötig sein, die Klamotten bis zum letzten Rest zu verbrennen und auf der Stätte, wo freie Menschen in fruchtbarer Arbeit miteinander leben wollen, eine Gesellschaft zu schaffen, die keine Ähnlichkeit mehr mit einem Staat hat, eine Gesellschaft ohne Obrigkeit und zentrales Gesetz, in der die Werte

schaffenden Menschen ihre Räte bestimmen und von unten auf, im freien Bündnis als Gleiche in Rechten und Pflichten die eigenen Angelegenheiten verwalten. Man nennt diesen Zustand Anarchie.

Der Staat ist in Gefahr !

Es scheint angezeigt, in einer revolutionären Zeitschrift, in welcher der Staat stets als der Feind des Proletariats betrachtet wurde, auch einmal den Vertreter einer andern Richtung der Arbeiterbewegung zu Worte kommen zu lassen. Die Leser mögen sich danach selbst entscheiden, ob sie ihre Neigung lieber dem anarchistischen Sozialismus oder dem von Sozialisten regierten Staat zuwenden sollen. Der Verfasser der nachfolgenden Fleißarbeit heißt Carl Severing. Am 1. Juni 1875 wurde er als Sohn eines Zigarrensortierers in Herford geboren — herzlichen Glückwunsch zum 55. Geburtstag! — und entwickelte schon in der Volksschule allerlei Gaben, die Großes voraussehen ließen. Ursprünglich dem Schlosserhandwerk bestimmt, wandte er sich später der Staatskunst zu, nicht ohne vorher Süddeutschland und die Schweiz bereist und die Mitgliedschaft bei einem Konsumverein erworben zu haben (1901). Auf dem dornenvollen Wege zu den Höhen der Sozialdemokratie, auf dem er schon sehr früh die werktätige Arbeit mit der anstrengenden Tätigkeit eines gewerbsmäßigen Arbeiterführers vertauschen mußte, gelangte er rasch zu reichlichen Mandaten als Bevollmächtigter, Stadtverordneter, Vorsitzender, Reichstags-, Nationalversammlungs- und preußischer Landtagsabgeordneter. Trotzdem blieb er im Herzen der Schlosserei treu und konstruierte z. B. 1920 den Schlüssel zum Bielefelder Abkommen, der bekanntlich, als die Rotarmisten damit eingesperrt waren, im Schloß abbrach. Es gelang dem strebsamen Sohn des Volkes, bis zum preußischen Minister des Innern aufzurücken, von welchem Platz aus er oftmals verblendete Proletarier mit Hilfe von polizeilichen Panzerwagen und Maschinengewehren zu beruhigen und ins Staatsganze einzuordnen mußte. Manche sind in entsprechenden Anstalten noch heute eingeordnet. So vorbereitet bestieg er schließlich den Posten des Reichsinnenministers, als welcher er Herrn von Hindenburg eine treue Hilfe war. Seiner Weisheit und Gerechtigkeit ist es z. B. zuzuschreiben, daß der Rote Frontkämpferbund auf Grund des Versailler Friedensvertrages verboten wurde, während Hitlers Sturmabteilungen noch heute unbehelligt in Deutschland die Wacht halten. In der Eigenschaft als Reichsinnenminister verfaßte er auch den nachfolgenden Beitrag, bei dem ihm nur ein paar von Bismarck übriggelassene Geheimräte geholfen haben sollen. Die Namen Hindenburg und Guérard umrahmen seine Unterschrift sozusagen nur als Trauzeugen. Zurzeit befindet sich unser Mitarbeiter im pensionierten Ruhestande. Aber ein Mann wie Carl Severing gönnt sich keine Ruhe. Wie wir bestimmt zu wissen glauben, arbeitet er bereits an einem Gesetzentwurf über die Handhabung des Art. 48 der Reichsverfassung, die er sogleich nach Wiedererlangung des aus Versehen vorübergehend verlorenen Ministerpostens durchsetzen will. Er hofft, damit sein reiches Lebenswerk vollenden und dereinst mit dem Ruhme abscheiden zu können, den Staat vor den Ansprüchen linksradikaler Arbeiter dauernd geschützt zu haben. Wir erheben laut unsre Stimme, um die Hüter der öffentlichen Ordnung zu ermahnen: Gebt uns unsern Severing

wieder! Der Staat ist in Gefahr, seinen großen Sohn in Bielefeld versauern zu lassen.

Um den Lesern die Möglichkeit zu geben, die Auffassung eines alten bürgerlichen Staatsmanns mit der des Sozialisten Severing in Vergleich zu stellen, lassen wir einige Sätze des „Tigers“ Georges Clémenceau den Ausführungen Severings folgen. Möge ein jeder selbst befinden, wo wahre Staatsgesinnung lebendig ist.

Die Schriftleitung.

Gesetz zum Schutz der Republik. Vom 25. März 1930.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1.

Wer an einer Verbindung oder Verabredung teilnimmt, die Verbrechen wider das Leben bezweckt oder als Mittel für andere Zwecke in Aussicht nimmt, oder wer eine solche Verabredung unterstützt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren. — Nach diesen Vorschriften wird nicht bestraft, wer der Behörde oder dem Bedrohten so rechtzeitig Nachricht gibt, daß ein in Verfolgung der Bestrebungen der Verbindung oder Verabredung beabsichtigtes Verbrechen wider das Leben verhindert werden kann.

§ 2.

Wer von dem Bestehen einer im § 1 genannten Verbindung oder Verabredung oder von dem Plane oder dem Vorhaben, eine Person zu töten, glaubhafte Kenntnis erhält und es unterläßt, von dem Bestehen der Verbindung oder Verabredung, von dem Plane oder dem Vorhaben und von den ihm bekanntgewordenen Beteiligten der Behörde oder dem Bedrohten rechtzeitig Anzeige zu machen, wird mit Gefängnis bestraft. — Ein Geistlicher ist nicht verpflichtet, anzuzeigen, was ihm bei Ausübung der Seelsorge anvertraut worden ist. — Wer eine Anzeige unterläßt, die er gegen Verwandte auf- und absteigender Linie, Ehegatten oder Geschwister erstatten müßte, ist straffrei, wenn er sich ernstlich bemüht hat, sie von der Tat abzuhalten oder den Erfolg abzuwenden, es sei denn, daß es zu einer Tötung oder einem Tötungsversuche gekommen ist, die bei rechtzeitiger Erstattung der Anzeige hätten verhindert werden können. Unter denselben Voraussetzungen ist ein Rechtsanwalt, Verteidiger oder Arzt straffrei, der nicht anzeigt, was ihm bei Ausübung seines Berufs anvertraut worden ist.

§ 3.

Wer gegen den Reichspräsidenten oder gegen ein Mitglied der Reichsregierung oder einer Landesregierung einen Angriff auf Leib oder Leben (Gewalttätigkeit) begeht, wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. — Wer eine solche Gewalttätigkeit mit einem andern verabredet oder, nachdem sie begangen worden ist, belohnt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren, jedoch nicht unter einem Monat, bestraft.

§ 4.

Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten wird, soweit nicht andere Vor-

schriften eine schwerere Strafe androhen, bestraft: 1. wer an einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 des Strafgesetzbuchs), die die Bestrebung verfolgt, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes zu untergraben, teilnimmt oder wer eine solche Verbindung unterstützt; — 2. wer sich einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 des Strafgesetzbuchs) anschließt, die selbst oder deren Mitglieder unbelegte Waffen besitzen.

§ 5.

Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung 1. die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes beschimpft oder böswillig und mit Ueberlegung verächtlich macht oder dadurch herabwürdigt, daß er den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Reichs- oder einer Landesregierung beschimpft oder verleumdet; — 2. die Farben oder Flaggen des Reichs oder eines Landes beschimpft oder böswillig und mit Ueberlegung herabzusetzen sucht; — 3. einen verstorbenen Reichspräsidenten oder ein verstorbenes Mitglied der Reichsregierung oder einer Landesregierung in Beziehung auf sein Amt beschimpft oder verleumdet; — 4. zu Gewalttätigkeiten gegen andere wegen ihrer politischen Betätigung oder zu Gewalttätigkeiten der im § 3 Abs. 1 bezeichneten Art auffordert oder eine solche Gewalttätigkeit, nachdem sie begangen worden ist, oder einen Hochverrat (§§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs), der gegen die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes oder den Bestand des Reichs oder eines Landes begangen worden ist, verherrlicht oder ausdrücklich billigt. — Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist die Strafe Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann.

§ 6.

Die Verurteilung zu Zuchthaus wegen Hochverrats oder wegen eines Verbrechens nach § 1 Abs. 2 dieses Gesetzes hat außer den im § 31 des Strafgesetzbuchs genannten Folgen den Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte von Rechts wegen zur Folge. — Wird wegen Hochverrats oder wegen einer der in den §§ 1 bis 5 dieses Gesetzes bezeichneten Handlungen auf Gefängnis erkannt, so kann zugleich auf Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter oder bei Soldaten auf Lösung des Dienstverhältnisses erkannt werden. Soweit nach anderen Vorschriften auf Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden kann, behält es dabei sein Bewenden.

§ 7.

Deutsche und Ausländer können wegen der in den §§ 1 bis 5 bezeichneten Handlungen auch dann verfolgt werden, wenn diese Taten im Ausland begangen sind.

§ 8.

Versammlungen, in denen Zuwiderhandlungen gegen die §§ 1, 3, 4 oder 5 den Frieden stören und geduldet werden, können durch Beauftragte der

Polizeibehörde aufgelöst werden. — Für die Mitteilung der Gründe der Auflösung, für das Beschwerdeverfahren und für die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gelten die Vorschriften der § 2 Abs. 2, § 14 Abs. 2, §§ 16 und 18 Nr. 4 des Reichsvereinsgesetzes.

§ 9.

Sofern der Zweck eines Vereins den Strafbestimmungen dieses Gesetzes oder den §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs zuwiderläuft, sind für seine nach § 2 Abs. 1 des Reichsvereinsgesetzes zulässige Auflösung die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen zuständig. — Der Reichsminister des Innern kann die obersten Landesbehörden um die Auflösung ersuchen. Glaubt die oberste Landesbehörde, einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies unverzüglich auf telegraphischem oder telephonischem Wege, spätestens aber am zweiten Tage nach Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mit und ruft gleichzeitig auf demselben Wege die Entscheidung des Reichsverwaltungsgerichts an. Entscheidet dieses für die Auflösung, so hat die oberste Landesbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu treffen. — Gegen die Anordnung der Auflösung eines Vereins ist binnen zwei Wochen vom Tage der Zustellung oder Veröffentlichung ab die Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Stelle einzureichen, gegen deren Anordnung sie gerichtet ist. Diese hat sie unverzüglich an die oberste Landesbehörde abzugeben. Die oberste Landesbehörde kann der Beschwerde außer im Falle des Abs. 2 abhelfen; andernfalls hat sie die Beschwerde unverzüglich dem Reichsverwaltungsgericht zur Entscheidung vorzulegen. Gegen eine Entscheidung der obersten Landesbehörde, die der Beschwerde abhilft, kann der Reichsminister des Innern die Entscheidung des Reichsverwaltungsgerichts anrufen. — Solange das Reichsverwaltungsgericht nicht besteht, tritt an seine Stelle ein Senat des Reichsgerichts, der durch den Geschäftsverteilungsplan bestimmt wird. Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Justiz und mit Zustimmung des Reichsrats die Vorschriften über das Verfahren.

§ 10.

Wird ein Verein, weil sein Zweck den Strafbestimmungen dieses Gesetzes oder der §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs zuwiderläuft, aufgelöst, so kann sein Vermögen zugunsten des Landes beschlagnahmt und eingezogen werden. — Zur Vermeidung von Härten kann das Land aus dem eingezogenen Vereinsvermögen Gläubiger des Vereins befriedigen.

§ 11.

Wer sich an einem Verein, der wegen eines den Strafbestimmungen dieses Gesetzes oder der §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs zuwiderlaufenden Zweckes aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt oder ihn auf andere Weise unterstützt oder den durch den Verein geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft. — Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 12.

Die Vorschriften des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 (Reichsgesetzbl. S. 65) über die Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung §§ 23 ff. des Gesetzes) finden auf die in den §§ 1, 4 und 5 dieses Gesetzes und in den §§ 81 bis 86 und 110 des Strafgesetzbuchs bezeichneten strafbaren Handlungen mit der Maßgabe Anwendung, daß der Staatsanwalt scharf gegen den Beschluß des Gerichts, der die vorläufige Beschlagnahme aufhebt, die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung zusteht.

§ 13.

Wird durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift die Strafbarkeit einer der in den §§ 1, 4 und 5 dieses Gesetzes und in den §§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Handlungen begründet, so kann die periodische Druckschrift, wenn es sich um eine Tageszeitung handelt, bis auf die Dauer von vier Wochen, in andern Fällen bis auf die Dauer von sechs Monaten verboten werden. Auf die Zuständigkeit und das Verfahren finden die Vorschriften des § 9 Anwendung. — Das Verbot einer Druckschrift umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

§ 14.

Wer eine nach § 13 verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann. — Für die Beschlagnahme solcher Druckschriften gelten die Vorschriften des § 12.

§ 15.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Inkrafttreten des neuen allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuchs, spätestens aber am 31. Dezember 1932, außer Kraft.

Berlin, den 25. März 1930.

Der Reichspräsident
von Hindenburg.

Der Reichsminister des Innern Der Reichsminister der Justiz
Severing. v. Guérard.

Der Staat ist die Gefahr!

Wir haben die französische Revolution gemacht. Unsre Väter haben geglaubt, das geschah, um sich zu befreien. Irrtum, das geschah, um den Herrn zu wechseln. Ach, das ist allgemein die Neigung derjenigen, die es leichter finden, das Ideal zu zerstören als den Geist des Aberglaubens in sich selbst zu unterdrücken. Als Brutus Cäsar getötet hatte, ertönte eine Stimme aus der Menge: „Man muß Brutus zum Cäsar machen!“ Ja, wir haben den König geköpft: Es lebe König Staat! Wir haben den Papst entthront: Es lebe Papst Staat! Wir haben den Herrgott verjagt, und schon rufen diese Herren: Es lebe Herrgott Staat! Meine Herren, ich bin für kein Königtum, ich bin für kein Papsttum. Der Staat, ich kenne ihn, hat eine lange Geschichte von Mord und Blut. Alle Verbrechen, die sich in der Welt gehäuft haben, die Metzereien, die Kriege, die Justizmorde, die Scheiterhaufen, die Folterungen, alles wurde gerechtfertigt durch das Staatsinteresse, durch die Staatsräson. Der Staat hat eine lange Geschichte. Sie

ist ganz voll Blut. Wahrhaftig, meinen Sie, ich hätte die Monarchie abgeschafft, ich hätte auf die alte Vorsehung verzichtet, die den Schlüssel zur Hölle und zum Paradies hält, auf das Evangelium der Gnade und Barmherzigkeit, das in der Bergpredigt verkündet wurde, um das Untier Staat anzubeten, das über und über von menschlichem Blut tropft, das verantwortlich ist für alle Abscheulichkeiten, unter denen die Menschheit je ge-seufzt hat, unter denen sie immer noch seufzt? Nein, das kann ich nicht.

Georges Clémenceau (Rede im Senat am
17. November 1903).

Pfingstgnade

Man kann heute beinahe zufrieden sein, daß die Amnestie vom 14. Juli 1928 die Feme-Scharfrichter nicht gleich von aller Schuld freisprach, sondern ihre Urteile nur herabminderte. Außer Herrn Klapproth konnte man die Beteiligten auch so unter diesem oder jenem Vorwand nach und nach der Republik zurückgeben, vor allem aber konnte man noch von einem Martyrium der nationalen Recken reden und dadurch die Anklagen der Arbeiter, daß ihre Revolutionäre — Margies, Gökeler, Sepp Müller usw. — benachteiligt werden, vor Unwissenden und Urteilslosen mit einem Schein von Gründen entwerten. Immerhin führt aber Klapproth dem Genossen Müller in Plätzensee tatsächlich noch Tag für Tag vor Augen, wieviel angenehmer es in der Ebert-Republik ist, wegen patriotisch geheiligter als wegen proletarisch verdammt politischer Taten verurteilt zu sein, und daher ist das Verlangen nach einer Amnestie auch bei den schwarzweißbroten Deutschlandbefreiern noch lebendig. Dazu kommt, daß der Prozeß Fahlbusch bis jetzt nur unter allen möglichen Verschleppungskünsten vermieden werden konnte. Da dieser Prozeß aber für Paul Schulz sehr peinlich sein müßte und nach allen Anzeichen angenommen werden kann, daß diesmal die Hintergründkräfte der Morde noch deutlicher beleuchtet würden, als bisher, so ist be-greiflich, daß die in Deutschland tatsächlich politisch herrschenden Ge-walten die Gelegenheit der linksrheinischen Young-Amnestie benutzen wol-len, ihre Freunde ein für alle Male aus dem Zusammenhang mit der Justiz-tätigkeit zu entlassen. So bietet die Zurückhaltung von 1928 auch dem Proletariat die Möglichkeit, wieder einmal mit stärkerer Aussicht, als sie seit langem bestand und voraussichtlich bald wiederkommen wird, für die Massen-freilassung der Klassengenossen im Zuchthaus einzutreten.

Was geschieht aber? Am 24. Mai beraten die Parteivertreter von den Faschisten bis zu den Bolschewisten im Rechtsausschuß des Reichstags über das Ausmaß der Pfingstgnade zur Feier der Rheinlandräumung. Die Regie-rungsparteien haben im Familienkreise bereits die einigende Formel gefun-den, wie sie die Fememörder herauskriegen und die andern festhalten kön-nen. Das Kompromiß ist einfach: die Amnestie vom Juli 28 wird auf alle politischen Taten ausgedehnt, soweit sie vor dem 1. Dezember 1924 begangen wurden und nicht grade Morde waren, die sich gegen Regierungsmitglieder richteten. Man kann sagen, daß das wenigstens die Ungerechtigkeit mit of-fenem Visier vorführen heißt. Man lese Gumbels hier schon erwähnte vor-zügliche Schrift „Verräter verfallen der Feme“ — man kann sie gar nicht gründlich genug lesen — und überzeuge sich von den Daten der Feme-Unter-nehmungen. Sie werden grade noch alle erfaßt von der Amnestie. Die Aus-nahmen treffen allein die beiden Mörder Erzbergers, da die an Rathenaus Ermordung Beteiligten ihre Zeit ohnehin schon hinter sich haben. Den Herren Schulz und Tillessen aber geht's ja gut, und wenn sie nicht mehr im Ausland leben mögen, dann hat der gegenwärtige Polizeiminister von

Thüringen schließlich aus seiner Münchner Polizeipraxis genügend Erfahrung, um zu wissen, wie man verfolgte nationalistische Mörder auch innerhalb der Grenzen vor Verfolgung schützen kann. Es handelt sich also um eine einseitig zugunsten der Femeitäter unternommene Aktion, bei deren Durchführung man des guten Aussehns wegen die paar proletarischen als politisch anerkannten Revolutionäre, die schon 1928 nur unter sorgfältiger Auslese der Herabsetzung der Strafe auf 7 $\frac{1}{2}$ Jahre Gefängnis teilhaftig wurden, mit durchschlüpfen läßt. Margies wird frei werden, ebenso wird endlich Göckeler herauskommen, den der nun vor die göttliche Gerechtigkeit entrückte Niedner aus Wut darüber schuldig sprach, daß Wollenberg nicht mehr zu kriegen war. (Falls im Himmel dieselben Rechtsgrundsätze herrschen sollten, die Niedner auf Erden angewendet hat, dann ist ihm als einwandfreien Begünstiger aller Reaktionäre und Vernichter aller graden Charaktere ein Ehrenplatz im Paradiese gesichert.) Auch Wollenberg und andre Emigranten werden wohl Gelegenheit bekommen, sich wieder im Lande umzusehen und zu überlegen, wie man nun etwa über den seligen Ebert in Beziehung auf sein Amt noch die Wahrheit sagen kann, ohne den § 5, Abs. 3 des neuen Republiksschutzgesetzes zu verletzen. Man könnte sich nämlich vorstellen, daß manche Leute, denen man die Tätigkeit des verstorbenen Reichspräsidenten, ohne sie im geringsten zu verfälschen, als eigene Handlungen zumuten möchte, das als infame Beschimpfung auffassen würden. Jedenfalls wären ohne seine amtliche Wirksamkeit unzählige Proletarier niemals in die Lage geraten, auf irgend eine Gelegenheit zu warten, die der Reaktion einmal die Ausschüttung ihrer Pfingstgnade ratsam scheinen ließe.

Hätten die Parteikommunisten eine leise Ahnung von politischer Psychologie, vorausgesetzt, daß sie den Willen haben, mit ihrer Beteiligung an den parlamentarischen Geschäften innerhalb der bestehenden Verhältnisse und im Rahmen der von der Bourgeoisie gestatteten Mitwirkung an der kapitalistischen Gesetzgebung hier und da ein kleines Plus für den ausgebeuteten Teil der Gesellschaft herauszuholen, — dann hätten sie sagen müssen: Wir verstehen, daß ihr die Femegeschichten endlich einmal aus der Welt schaffen wollt. Die Verurteilten dabei sind ohnehin nur ausführende Hände politischer Köpfe gewesen, die wie das politische Gesamtbild Deutschlands zurzeit zeigt, überaus erfolgreich gewesen sind und es weiter sein werden, bis eine gründliche Revolution die Grundlage ihrer Erfolge beseitigt haben wird. Auch kann den Leuten von der Schwarzen Reichswehr keineswegs bestritten werden, daß ihre Gesinnung tief arbeiterfeindlich war und daß der Kampf, den sie gegen Demokratie und Republik geführt haben, im Interesse des Kapitals, somit der herrschenden Gesellschaft lag. Niemand kann billigerweise verlangen, daß Sie, die gesetzgebenden Vertreter eben dieses Kapitals, den politischen Charakter der Fememorde leugnen und die Täter auf die Dauer verleugnen sollten. Lassen Sie sie frei, streichen Sie die Strafen aus, folgen Sie dem Drange Ihrer Herzen. Nur: Sie erklären, daß Sie Gerechtigkeit üben wollen und daß die Gesetzgebung darauf bedacht sein müsse, daß nirgends zweierlei Maß angewendet werde. Ach bitte, dann vergleichen Sie mal die Taten derer, die aus Angst und Gehorsam um ihre Existenz nicht zu verlieren, wirkliche und vermeintliche Spitzel der Arbeitskommandos umgelegt haben, mit den Taten unsres Genossen Karl Peters, der, überzeugt von der Notwendigkeit der proletarischen Revolution, zusammen mit einer Gruppe anderer Kämpfer in der Zeit des noch nicht bedeten bewaffneten Bürgerkrieges — Sie selbst bestimmen ja das Ende dieses Bürgerkrieges erst mit dem 1. Dezember 1924 — die Finanzierung der revolutionären Bewegung unter Gefahr für Leib und Leben durch gewaltsame Requisitionen betrieb. Er und seine Genossen Karl Nachtgall und Herbert Kobitsch-Meyer haben niemanden vorsätzlich ums Leben gebracht, wie Ihre Femeleute. Warum bestreitet man ihnen aber den Charakter als politische Verbrecher, wenn Sie ihn den völkischen Bravos zuerkennen? Grade

gegen die drei genannten Genossen wurden alle möglichen juristischen Vorwände zusammengesucht, um sie von der Amnestie von 1928 auszuschließen, die ihren Mittätern sonst ausnahmslos zugute kam. Kobitsch-Meyer mußte im Kerker jammervoll verenden, weil der Begriff des Politischen nicht angewendet war und demgemäß nach Belieben reaktionärer Exegeten angewandt wurde. Wir verlangen daher eine wirkliche Amnestie mit weitesten Ausmaßen, bei der selbstverständlich Ihre Fememörder mitsamt sogar den Ministermördern — sind denn Ministerleben wertvoller als die Leben anderer Menschen? — sich von uns aus herzlich gern zu Ihnen gesellen mögen.

Haben die Parteikommunisten so gesprochen? Sie haben, wie die Rote Fahne mitteilt, das Gegenteil getan. Walter Stoecker hat eine wahrscheinlich sehr schöne Rede gehalten, von deren Inhalt seine Parteigenossen etwa 25 Zeilen, die übrigen Sterblichen höchstens drei Zeilen erfahren, und hat darin zunächst einmal „in scharfer Rede mit den Plänen der Amnestierung der Fememörder abgerechnet“. „Bei allen Fememördern wird selbstverständlich immer ein politischer Beweggrund angenommen, auch wenn ihre heimtückisch ausgeführten Mordtaten mit Politik überhaupt nichts zu tun haben.“ Wie soll man sich solche Blödsinnigkeit eigentlich erklären? Verlangen die Kommunisten von der bürgerlichen Gesellschaft, sie dürfe nur diejenigen amnestieren, die einen ernstlichen Kampf gegen diese bürgerliche Gesellschaft führen, aber beileibe nicht diejenigen, die den Bestand der bestehenden Gesellschaftsordnung gegen das Proletariat verteidigen? Bildet man sich ein, damit etwas Praktisches auszurichten? Oder ist man vielleicht selber der Meinung, daß die verurteilten proletarischen Revolutionäre sich ja gegen den kapitalistischen Staat nicht halb so ernsthaft vergangen haben wie die Mitglieder der Schwarzen Reichswehr, daß also die Sicherheit der bestehenden Ordnung die Freilassung unserer Genossen leicht verträge, aber an der der Fememörder bitteren Schaden nehmen müsse? Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Ueberlegungen dieser Art bei den führenden Parteiparlamentariern gar nicht angestellt werden, sondern daß man dort nur daran denkt, bei den wählenden Erfolgsmassen im Lichte der Opposition zu glänzen, die niemals merken dürfen, daß das Parlament ein Ort ist, wo Staatsstützer etwas durchsetzen können, wenn es dem Staat nichts schadet. daß aber Opposition jeder Art an dieser Stelle praktische Wirksamkeit für die Arbeiterklasse überhaupt nicht haben kann. So bleibt als Zweck der Uebung die schöne Zeitungsüberschrift.

Die Sozialdemokraten lassen sich auch in ihrer „Opposition“ nicht in einer stramm büttelhaften Feindseligkeit gegen alle ins Unglück geratenen Opfer ihrer Gesinnungslosigkeit irre machen. Der Niedrer muß noch im Orabe recht behalten. Die Landsberg und Heilmann möchten das „Volk“ durch keinerlei Pfingstgnade im Vertrauen auf die deutsche Justiz verwirren. Man regiert jetzt ohne sie, dessen zur Strafe muß in den Zuchthäusern bleiben, was Eberts Geist hineingehetzt hat. Es ist ein wahrer Trost, daß die Freunde der Fememörder jetzt am Regieren sind, sonst käme überhaupt nichts zustande. Auch das Essen würde nicht billiger sein, wenn statt des Schiele noch der Dietrich vor dem Kuhmist Wache hielte, nur müßte der Dietrich, dieser Nachschlüssel der Demokratie zu Brünnings Kabinett, republikanische Tradition wahren, das heißt, lieber Zehntausenden von armen Entrechteten die Luft abschnüren, als einem zum Schein verurteilten völkischen Radaubruder die Freilassung auf den meistens sowieso bewilligten Urlaubszettel zu stempeln.

Auf den Gedanken, der Amnestieforderung des Proletariats dadurch Nachdruck zu geben, daß man eine wirkliche Vollamnestie verlangt hätte, sind natürlich auch die Kommunisten nicht verfallen. Sie klammern sich ängstlich an den alten Begriff „politische Gefangene“, Was das ist, wird nirgends erklärt. Die Erklärung bleibt, wie vor zwei Jahren, den Staatsanwälten und Geheimräten überlassen. Natürlich ist es schändlich, daß man

wieder mal wie bei der famosen Hindenburgamnestie 1925 die Pfingstgnade nicht bis in die Gegenwart erstrecken will, sondern diesmal alles davon abzuschließen plant, was nicht schon $5\frac{1}{2}$ Jahre zurückliegt. Aber warum steht da kein Proletarierversreter auf und sagt: Schön, dann aber bitte wirklich Amnestie bis 1. Dezember 1924! Ohne Prüfung, was jemand getan hat. Es sind lauter Leidende im Menschenkäfig, und viele, sehr viele, die ihr wegen „krimineller“ Handlungen hineingesperrt habt, sind viel anständigere Menschen als Hunderte, die in Amt und Würden sitzen. Die meisten Zuchthäusler kamen durch Not zu ihren Gesetzesverletzungen, und weil sie weniger gerissen zu Werke gingen, als die Berliner Stadtbözen Busch und Katz, daher auch bedeutend weniger ergatterten, als die Schieber aller Sorten, denen schon nichts Ernsthaftes geschehen wird — ein Sklarek braucht sich bloß 50 000 Mark zu pumpen, und ein Gauner dieses Maßes kriegt sie an einem Nachmittage gepumpt!, und wird aus dem Staatsgewahrsam entlassen —, deshalb hält der Staat sie so gründlich eingegittert, daß ihre Not lange keinem Bürger die Laune verderben kann. Wißt ihr denn, was fünf-einhalb Jahre Zuchthaus bedeuten? Glaubt ihr, daß es in der Welt irgend-eine Schandtät gibt, die nach 10 oder 15 Jahren „gesühnt“ sein wird, aber nach $5\frac{1}{2}$ Jahren noch nicht?

Freilich, den Staat, seine Parteien, vom parlamentarischen Kretinismus (Verzeihung, der Ausdruck ist von Karl Marx!) befallene Proletarierversreter von der Tatsache überzeugen zu wollen, daß alle „Verbrechen“ politisch und sozial motiviert sind, und daß schon darum die Unterscheidung zwischen politischen und nichtpolitischen Verurteilten, wenn nicht ganz genaue Erkennungsmerkmale festgestellt werden, Unfug ist und der Bürokratenwillkür — wie 1928 — alle Tore öffnet, ist nutzlose Bemühung. Vielleicht stellt man aber wenigstens einmal Forderungen auf, wie sie im FANAL mehrfach formuliert worden sind, um den wenigen anständigen Leuten, die es in jeder Bewegung gibt, auf die Sprünge zu helfen, einmal auch noch vor der Revolution, die die Kerker ohne Auswahl aufreißen muß, eine Entleerung der Qualanstalten im größeren Umfange herbeizuführen.

Unter Benutzung meiner in Jahrg. III, Nr. 12 veröffentlichten Vorschläge empfehle ich nicht nur unsern Genossen, sondern vor allem der Liga für Menschenrechte, der Roten Hilfe, den einsichtigen Juristen, Aerzten und allen mit sozialem Gewissen begabten Menschen eine Amnestie auf folgender Grundlage propagandistisch vorzubereiten:

1. Vollständige Tilgung aller Strafen, die mehr als 10 Jahre zurückliegen. Mindestens Auslöschung aller noch im Namen der Monarchie verkündeten Urteile.
2. Amnestierung aller Straftaten, die in irgendeinem Zusammenhange mit Krieg, Nachkriegswirren, Kapp-Putsch, Mitteldeutschem Aufstand, Inflation, Deflation und Rationalisierung stehen.
3. Anerkennung aller von Sondergerichten abgeurteilten Straffälle als politischen Charakters, demnach Anwendung früherer Amnestien.
4. Zeitliche Begrenzung aller lebenslänglichen Strafen auf höchstens zehn Jahre. Prozentuale Herabsetzung aller übrigen Strafen; Höchstmaß 5 Jahre.
5. Alle strittigen Fälle sind als politische anzuerkennen. Auf Spionage, Landesverrat usw. sind die Amnestien anzuwenden.
6. Restlose Amnestierung der Verurteilten und Verfolgten aus §§ 175, 218 und 219. Die durch Wort, Schritt und Kunst begangenen Straftaten sind als politisch zu amnestieren.
7. Freilassung aller Kranken, deren Haftunfähigkeit von außeramtlichen, in ausdrücklichem Einverständnis des Patienten gewählten Aerzten bescheinigt wird. Beurlaubungen in Krankheitsfällen unter Ausschließung staatsanwaltlicher Begutachtung. Strafunterbrechung in allen Fällen ausgebrochener oder drohender Haftpsychose, ohne Rücksicht

auf die „Führung am Strafort“. Gelegenheit zu geschlechtlichem Verkehr für ausnahmslos alle Gefangene.

8. Niederschlagung aller Strafen, die durch Ausbruchversuche, Meuterei und sonstige Unbotmäßigkeit bei der Strafvollstreckung erworben sind.
9. Amnestierung aller Bagatellsachen, aller aus eigener oder der Not von Angehörigen entstandenen Strafsachen, worunter nicht nur Eigentumsvergehen, sondern auch Verzweiflungstaten infolge wirtschaftlicher Not gehören, ferner Sexualdelikte, die nachweislich aus üblen Wohnverhältnissen entstanden sind, Affekthandlungen jeder Art, die sich aus besonderen unglücklichen Zufällen erklären und keine Wiederholung erwarten lassen.
10. Volle Anrechnung erlittener Untersuchungshaft oder zeitweiliger Unterbringung in Kranken- oder Irrenhäusern in ausnahmslos allen Fällen.
11. Wiederaufnahmeverfahren in allen Fällen, in denen schon eine Revisionsverhandlung Aussicht auf Erfolg haben könnte.
12. Entlassung aller Strafvollstreckungsbeamten, deren Entfernung von einem Drittel der Gefangenen einer Anstalt verlangt wird.

Die Pflingstgnade, die die Parteibonzen, die uns die Gesetze machen, damit die Zuchthäuser nicht leer werden, über Young-Deutschland ausschütten werden, wird selbstverständlich an den Opfern der von ihnen betriebenen Politik vorbeigehen. Der heilige Geist, der über diese Auslese mit sich selbst zufriedener Bürger kommt, weiß nur von einer Gerechtigkeit, die ihren Mann ernährt. Wer den Frieden der Republik stört, indem er womöglich gar nach der Herkunft des Gutes der Besitzenden fragt oder es sich nach eigenem Recht aneignet, muß unschädlich gemacht werden, und alle Gnade des Reichtums gegen die Armut erschüttert nur den Glauben an die Gerechtigkeit. Eine Amnestie darf nie zu weit getrieben werden. Aber demnächst gibt es ein neues Strafgesetzbuch. Wenn das zur Beratung kommt, wird sich das Pflingstwunder der Bibel erfüllen: „Und als der Tag der Pflingsten erfüllt war, waren sie alle einmütig beieinander. Und es geschah schnell ein Brausen vom Himmel, als eines gewaltigen Windes, und erfüllte das ganze Haus, da sie saßen. Und man sah an ihnen die Zungen zerteilt, als wären sie feurig. Und er setzte sich auf einen jeglichen unter ihnen; und wurden alle voll des heiligen Geistes und fingen an zu predigen mit andern Zungen, nachdem der Geist ihnen gab auszusprechen.“ (Apostelgeschichte, 2, Vers 1—4.) Wenn sie aber hören werden, daß sie anstatt neuer Strafgesetze lieber eine Amnestie für die Notleidenden machen sollen, wird es mit Vers 12 heißen müssen: „Sie entsetzten sich aber alle, und wurden irre und sprachen einer zu dem andern: Was will das werden?“ Wenn die Arbeiter endlich merken werden, daß die „Verbrecher“ in den Zuchthäusern nicht schlechter sind als sie, sondern ihresgleichen und ihres Schicksals wegen die natürlichen Verbündeten aller Revolution, dann brauchen wir nicht bange zu sein, was das werden will; dann werden die Bonzen aller Sorten bald genug ihr Pflingstwunder erleben.

Das Licht aus dem Osten

Erwartet, Freunde, keine Entscheidungen ungeheurer weltverändernder Kämpfe vierzehn Tage nach ihrem Ausbruch. Die chinesische Revolution steckt nach jahrelangem Auf und Nieder noch immer in ihren Anfängen, und auch für die russische Umwälzung bedeutet das Stagnieren in Staats-taktik und Bürokratismus noch keineswegs das Ende. Die Entscheidung

dieser Revolutionen ist dennoch bereits gefallen; sie liegt in der Tatsache daß der Ring gesprengt ist, von dem die alte, unerträglich gewordene Ordnung der Dinge umschlossen war. Die Revolution selbst ist der Sieg über die Vergangenheit, der Sieg der revolutionären Idee aber muß erst erstritten werden, und zwar über die Parasiten der Revolution, die den neuen Wein in ihre alten Schläuche füllen möchten, um ihn den Bazillen der Vergangenheit auszusetzen und ihn so den Gelüsten der Autorität und der Ausbeutung wieder schmackhaft zu machen.

Der Sturm ist entfesselt. In ganz Asien rüttelt er an den Fundamenten der Vergangenheit, einer Vergangenheit, die Europa heißt. Das ist der Sinn der russischen Revolution gewesen, die Bindung an den Westen zu zerreißen, die Bindung an eine verfallende, zukunftslose in Liberalismus, Demokratismus und anderen Surrogaten der Gemeinschaftsvernunft verdorbene Zivilisation, deren letzte Verflechtung das Kriegsbündnis mit den imperialistischen Westmächten bewirken sollte. Die Frage war: soll Rußland, der mächtige Wall zwischen Europa und Asien, europäisch oder asiatisch werden? Der Krieg bestimmte: europäisch, denn Europa — das ist der Kapitalismus, das ist die Volksversklavung in modernisierter Form, das ist der in fortschrittliche Phrasen gewickelte militärische und staatliche Kanibalismus der mechanischen Geldquetsche. Die Revolution entschied: asiatisch; denn Asien — das ist der gefesselte Riese der Verbundenheit und der Freiheit, ist die unverdorbene Leidenschaft zum Lichte drängender Kraft, ist fruchtbares Land für die staatlose Kultur des Sozialismus. Die russische Revolution war das Bekenntnis gegen Europa zum Lichte des Ostens. Aber diejenigen, die sich berufen glaubten, das russische Volk über den Sinn seiner Revolution belehren und es den rechten Weg zum Sozialismus führen zu müssen, verkannten völlig den Geist der Tat, der ein morgenländischer Geist ist und zwangen die Revolution unter den abendländischen Geist der Theorie, einer ganz europäischen, schlimmer: einer schematischen Entwicklungstheorie, die nur Sinn hat als Ausdruck der Skepsis gegen den Privatkapitalismus und, autoritär, zentralistisch, nur materialistisch, das heißt stoekeuropäisch, den Staatskapitalismus ans Ende der sozialistischen Emanzipation der Völker setzt. Der Marxismus, diese echt deutsche Lehre, die nichts vom Menschen, die nur vom aufgehenden Rechenexempel weiß, hat die russische Revolution in die bürokratische Sackgasse geführt, die wohl aus der Finsternis Europas herausfand, der aber das Licht aus dem Osten unverständlich ist, weil keine westliche Theorie es erklärt. Als die Bolschewisten versuchten, es den Chinesen marxistisch zu deuten, erlebten sie die krassste Niederlage, die ihnen noch zuteil ward.

Jetzt brennt Indien. Wieder ist es, wie in China, ein Feuer, dessen Flammen den künstlichen Bau der europäischen Herrschaft umzüngeln, der zum Kerker Asiens geworden ist. Der Brand glimmt schon im ganzen Gebälk, aber er wird die stärkste Feste des britischen Imperialismus nicht von heute auf morgen zerstören. Die Kräfte, welche sie in irgend einer Form zu retten trachten, sind unermesslich stark, und es sind nicht nur materielle, es sind auch ideelle Kräfte am Werke, dem Feuer seine Beute nicht völlig zu überlassen. Der europäische Entwicklungsgedanke: eins nach dem andern, Etappenkampf mit kurzen Zielsetzungen, Abwägung des zunächst Erreichbaren, schrittweises Vorgehen, Erlisten von Teilzahlungen auf dem Verhandlungswege, — dieses den eigenen Kampfgeist lähmende Herumtrippeln, das dem Feinde Zeit schenkt, durch scheinbares Entgegenkommen den Widerstand gegen die Revolution zu kräftigen und die erschütterte Autorität wieder herzustellen, hat leider auch bei sehr ehrlichen Indern Schule gemacht. Gandhi einen Verräter zu nennen, wie es die Parteikommunisten tun, ist so ungerecht wie töricht. Gandhi hat das unendliche Verdienst, das Bewußtsein der Inder, eigenes Lebensrecht gegenüber der britischen Ausplünderung verteidigen zu müssen, in Jahrzehnten gepflegt

zu haben. Er hat die zeitweilig höchst wirksame Kampfweise des passiven Widerstandes, die von seinen Landsleuten verstanden und glänzend bewährt wurde, die vor allen Dingen den Engländern ungeheuren Schaden zugefügt und ihre Autorität heillos diskreditiert hat, unter dauernder Nichtachtung der eigenen Freiheit und Sicherheit prachtvoll angewendet. Sein ganzes Leben, das nicht nur in seiner Heimat, das auch im Kapland in vorbildlichem Einklang stand zu seinen Lehren, müßte ihn gegen persönliche Anwürfe schützen. Die MacDonald-Regierung hat ihn verhaftet, weil sie grobenteils dank seiner Aufforderungen zur Gehorsamkeitsverweigerung in die Lage geriet, lieber das Unpopulärste zu tun, womit die Inder noch gereizt werden konnten, als das aufgewählte Land der Reinheit seiner Stimme länger preiszugeben. Nur sachlich darf Gandhi angegriffen werden, und sachlich ist ihm allerdings zu erwidern, daß eine Revolution, die die Formen des gewaltsamen Aufstandes angenommen hat, nicht in ihren Kampfmitteln eingeengt, noch gar auf gemäßigte Forderungen verhalten werden darf. Das hat die russische Revolution in ihrem Verlaufe so außerordentlich gehemmt, daß die Lehre in ihr sich durchsetzen konnte, die Befreiung zum Sozialismus müsse sich nach bestimmten, wissenschaftlich errechneten Phasen vollziehen, und erst müsse eine Staatsregierung im Namen des Proletariats Diktatur üben, ehe das Proletariat dazu befähigt erklärt werden könne, alle Macht durch seine Räte selbst auszuüben. Nun weiß keiner mehr, wie die bürokratischen Machthaber aus ihrer revolutionshindernden Allmacht wieder verdrängt werden sollen. So war es auch in China, wo dieselben russischen Staatssozialisten den Ratschlag durchsetzten, die Kulis müßten sich in der ersten Etappe der Revolution der bürgerlichen Kuomintang unterstellen; nach deren Machtergreifung erst sei das Proletariat an der Reihe, für die eigene Freiheit zu kämpfen. Die Wirkung war das entsetzlichste Gemetzel unter den Arbeitern, ausgeführt von der jungen Bourgeoisie Chinas, die das von Moskau anempfohlene Rezept, das ganz und gar europäischer Herkunft ist, für ihren Vorteil sehr bekömmlich fand. Die weitere Wirkung ist, daß der Generalskrieg, mit dem Europa selbst das Licht im Osten auszulöschen sucht, verheerend weiter tobt, ohne den einzig wirksamen Widerstand in der revolutionären Kraft der dezimierten Kulis zu finden. Die indische Revolution muß als Revolution Asiens gegen Europa stark erhalten werden. Die Solidarität der europäischen Arbeiterschaft hat nicht darin zu bestehen, daß wir den Indern gute Ratschläge erteilen, wie sie ihr Werk wissenschaftlich richtig zu Ende zu führen haben, sondern darin, daß wir ihnen helfen, die europäische Zivilisation auszurotten, die sich ausdrückt im Kapitalismus, Imperialismus, Militarismus, in Autorität, Zentralisation und jeder Art Staatsgewalt. Europa hat in der Aufgabe versagt, der Weltrevolution für Sozialismus und Freiheit voranzugehen. Die Aufgabe ist von Asien übernommen worden. Das, was sich in Europa immer noch Sozialisten zu nennen wagt, hat sich an die Spitze der Gegenrevolution gestellt. Der Vorwärts z. B. sieht die Tragik der indischen Revolution nicht im Schicksal der indischen Arbeiter, die um ihres Freiheitstrebens willen von der „Arbeiterregierung“ des Herrn MacDonald ermordet werden, nicht in dem Elend, dem Hunger, der Entwurzelung der Frauen und Kinder des Landes, sondern er findet das Los des „Genossen“ MacDonald tragisch, der als Regierungschef Englands genötigt ist, die Hungernden abzuschlachten, die er, der Sozialist, doch so inbrünstig liebt. Nicht die 15 000 deutschen Arbeiter, die vom November 1918 bis zum Kapp-Putsch erschossen, erschlagen, erwürgt und massakriert wurden, sind beklagenswert, sondern der arme Noske; nicht um die Toten vom Mai 1929 laßt uns weinen, sondern um den Zörgiebel, den die sozialistische Überzeugung zwang, das Amt des Berliner Arbeiterwürgers zu versehen.

Der Mord wütet im Namen MacDonalds und seines Königs in Indien; aber schon haben eingeborene Soldaten gemeutert und die Waffen den

kämpfenden Hindus und Parias zur Verfügung gestellt. Der Brand dehnt sich aus. Schon hat er nach Indochina übergegriffen, wo die Franzosen Europas Zivilisation mit den Mitteln verteidigen, die sie in Syrien geübt haben. Das Kapital fürchtet um seine Geschäfte, da ist Mord und Verwüstung, Niedertracht und viehische Mißhandlung Recht und gute Sitte. Aber auch sie bekommen es schon mit meuternden Regimentern zu tun, und wir dürfen hoffen, daß die Flammen von China und die von Indien bald genug auch Französisch-Indochina einhüllen werden. Asien erhebt sich gegen die Knechtschaft, die Menschheit erhebt sich gegen den Kapitalismus. Die asiatischen Brüder kämpfen gegen die europäischen Bedrücker, die ihnen ihr Land gestohlen haben. Die Befreiung Asiens wird nicht nur den Asiaten dienen, sondern den Proletariern der ganzen Welt. Die Kapitalisten wissen das gut. Ihr „Paneuropa“, mit dem sie die Einfalt wohlmeinender Aestheten betören, ist — Herr Briand weiß es besser als Herr Coudenhove-Kalergi — kein Gebilde, das dem Frieden der Welt den Weg bereiten wird, sondern die Vertrustung der kolonialen Sklavenshalter, die Verschwörung der europäischen Völkerbünditen wider das Frührot, das aus dem Osten herüberdämmert und bereits ihren Schlaf beunruhigt. Die Arbeiter der kapitalistischen Länder aber mögen ihren Europäerstolz beiseite stellen. Ihre Aufgabe ist es nicht, eine Zivilisation zu verteidigen, von der sie selbst nichts anderes als Knechtung und Entwürdigung erfahren haben; sie sollen ihren Geist bereit halten und ihn entflammen lassen vom Licht aus dem Osten. Denn zwingt die Erhebung des Orients gegen den Imperialismus das Kapital zur Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa, so begeistert diese Erhebung das revolutionäre Weltproletariat zu dem Gelöbnis: Entstaatete Vereinigung der arbeitenden Menschen aller Länder!

Willkommen !

Wir Anarchisten erleben zurzeit die Freude, zwei international verdiente Genossen am Tageslicht begrüßen zu können. Vor allem dem tapferen Revolutionär Radowitzky, der nach 20jährigen unbeschreiblichen Martern auf den Feuerinseln freigelassen worden ist, das verdiente Willkommen! Die Anarchisten der ganzen Welt haben seit ungefähr 1½ Jahren die Agitation aufgenommen, um die internationale Arbeiterschaft auf das scheußliche Verbrechen aufmerksam zu machen, das die argentinische Regierung an dem Kämpfer verübte. Endlich ist es dieser Regierung klageworden, daß die Rache an Radowitzky ihr zu teuer werden müßte, wollte sie dafür die dauernde Aufmerksamkeit des Weltproletariats für ihre Methoden der Klassenjustiz in Kauf nehmen. So übte sie „Gnade“. Es wird uns auch gelingen, Mooney und Billings aus den Klauen der nordamerikanischen Staatsjustiz zu befreien, obwohl das Land, dem die Mörder Saccos und Vanzettis die Grundsätze des Rechtes diktieren, neben dem faschistischen Italien und dem bolschewistischen Rußland für den Willen des Proletariats die taubsten Ohren hat.

Ein weiteres Willkommen gebührt dem italienischen Genossen Angelo Bartolomei, den die belgische Regierung nach einer Haft von 14 Monaten Freiheit wiedergegeben hat. Mit dieser Freilassung ist die Gefahr beseitigt, daß Bartolomei, weil er Ende 1928 auf französischem Boden den Abbé Caravadossi, einen Agenten Mussolinis gegen seine revolutionären Landsleute im Auslande, erschoss, nach Frankreich ausgeliefert würde. Erst jetzt hat Belgien ihm das Asylrecht des politischen Täters zugestanden, und der Faschismus Italiens, dem Frankreich ohne Zweifel den Anarchisten zuschie-

ben wollte, muß auf die Ermordung eines kühnen Menschen verzichten, den der Duce mit Recht für einen seiner entschlossensten Feinde hält.

Nur mit tiefer Erbitterung kann in diesem Zusammenhange der eingekerkerten Genossen gedacht werden, für die alle Mühe, alles Mahnen, Protestieren, Aufklären und Kämpfen bis jetzt vergeblich war: der Anarchisten, die ihrer, unserer Gesinnung wegen in den Gefängnissen Rußlands oder in den Eisgegenden Sibiriens gepeinigt werden. Zu ihnen gesellt sich — das Unglaubliche bestätigt sich — nun auch der Genosse Francesco Ghezzi. Im Vertrauen auf das ihm zugestandene Asyl ging er nach Sowjetrußland, fiel dort niemandem zur Last, wurde kein Bonze und Kostgänger der Armut, sondern arbeitete mit seinen Händen und Muskeln, wie er es als Proletarier gelernt hat. Daß er Anarchist ist, zwang ihn, nach der Tat, mit der er die Arbeiter seiner italienischen Heimat vom Faschismus zu befreien versuchte, von Deutschland, wo ihm das Schicksal Boldrinis drohte, ins Land der Arbeiter und Bauern zu flüchten. Daß er Anarchist blieb, ist der einzige Grund, weshalb ihm die Regierung dieses Landes, für deren Taten man weder Arbeiter noch Bauern verantwortlich machen sollte, so behandelte, wie auch die faschistischen Regierungen die Anarchisten behandeln und wie jede andre Regierung, wenn ihnen nicht irgendwie auf die Finger gesehen würde, ebenfalls die Anarchisten behandeln möchte. Ghezzi wurde ohne Anklage, ohne Verhör, ohne die Möglichkeit zur Verteidigung auf administrativem Wege zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Bekanntlich bedeutet diese Befristung der „Strafe“ nur, daß nach Ablauf der vier Jahre die GPU-Bürokratie weiter über den Revolutionär verfügt, wieder ohne Verfahren, ohne Verteidigung, ohne Kontrolle. Wir dürfen uns im Kampf für die Befreiung Ghezzi's und aller übrigen revolutionären Proletarier, die die Bolschewisten gefangen halten, nicht einschüchtern lassen durch das Geschrei der parteikommunistischen Einpauker, die für ihre eigenen verfolgten Genossen in Deutschland Solidarität verlangen, die Solidarität aber, die wir unsern Gesinnungsgenossen erweisen, verleumden und beschimpfen. Wir, die wir alle nicht dulden wollen, daß irgend eine kirchliche oder staatliche Macht gegen das Rußland des Oktobers 1917 auch nur eine drohende Bewegung versuchen sollte, wir meinen es mit der russischen Revolution besser und ehrlicher als die blinden Anbeter und Nachbeter der jeweils amtierenden Obrigkeit im russischen Staate. Denn wir verlangen Rechtlichkeit und Sauberkeit von denen, die als Hüter des revolutionären Landes, mit Recht oder Unrecht, mit Klugheit oder fehlerhaft, die Verantwortung für alles übernommen haben, was in Rußland dem Gemeinwohl dienen soll. Gegen die Anwendung von Doktrinen, die uns falsch scheinen, werden wir diskutieren; gegen Unrecht und revolutions-schädigenden Frevel aber werden wir kämpfen! Die Wahrheit läßt sich auf die Dauer nicht gefangen halten wie irgend ein gehetzter, heimatloser Mensch. Gebt Ghezzi, gebt die Anarchisten heraus, ihr Treuhänder der russischen Revolution! Wenn einst die Wahrheit über euer frivoles Spiel ans Licht dringt und die gefangenen Revolutionäre erst auf ihren Strahlen eure finsternen Zwingburgen verlassen können, so wird das Willkommen, mit dem das internationale und das russische Proletariat seine befreiten Brüder begrüßen wird, in euern Ohren nicht lieblich klingen. Ohne Stalin kann die russische Revolution leben, ohne Recht und Wahrheit mußte sie sterben.

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Genossen!

Besucht regelmäßig die Zusammenkünfte.
Donnerstags 19¹/₂ Uhr, im Lokal
Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Donnerstag, den 5. Juni:

Vortrag von Meta Kraus-Fessel:
„Im Jahrhundert des Kindes“

Donnerstag, den 12. Juni:

Vortrag von B. Cahn:
„Die Blutinternationale des
Faschismus — und ihre Zer-
trümmerung“

AMNESTIE-SKANDAL Proletarische Gefangene in Not!

Heraus, zur großen Amnestie-Kundgebung!

Freitag, den 13. Juni, 19¹/₂ Uhr,
in den **Hohenstaufen-Sälen**,
Bln.-Neukölln, Kolthbuser Damm 76
Referent: ERICH MÜHSAM

Kein Genosse darf fehlen!

Freie Aussprache

FANAL ist in Not!

SAMMELT!

**WERBT!
HELFT!**

MEHRBEZIEHER, sorgt
für pünktliche Abrechnung!

EINGÄNGE FÜR FANAL-FOND

Auf Sammeliste Nr. 15

Mk. 9 20

„ „ „ „ 84

„ 16.20

Unterstützt FANAL durch Bücherbestellungen!

Ein neues Gildenbuch

der Gilde freiheitlicher Bücherfreunde ist erschienen

Hans Ryner, der
französische In-
dividualanarchist,
ist der Autor des
Romans

NELTI

„Nelti“ führt den Leser nach der
sagenumwobenen Insel Atlantis,
deren Bewohner in anarchistischer
Gemeinschaft und sozialer Har-
monie leben

NELTI ist ein Stück Propaganda für den Anarchismus

Für die Mitglieder der G. f. B. erscheint dieses Buch als
Dreimark-Band, im ASY-Verlag für 5 Mark. Jeder freiheit-
lich Denkende fördert durch seinen Eintritt die G. f. B. –
Monatsbeitrag 1.– Mk.

Gilde freiheitlicher Bücherfreunde / Berlin O 34

fanal

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Entgötterung der Wissenschaft —

Erziehung durch Prügel (v. H. Buchholz)

— Der Tod als Staatsbeamter —

Demokratie — O Deutschland hoch

In Ehren — SOS

NR. 10

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

JULI 1930

Soeben gelangte zur Ausgabe die

LIEBE

VON HELENE STÖCKER

Ladenpreis RM. 6.50 in Ganzleinen geb.

Der Kampf zwischen dem Persönlichkeitsbewußtsein der Frau und dem elementaren Triebe wird mit leidenschaftlicher Anteilnahme und mit genialer Einfühlung dargestellt. Eine einzigartige Erscheinung in der modern. Literatur. *Berl. Morgenzeitg.*

Eine wertvolle, unsere Kenntnisse der verborgenen Beziehungen zwischen Körper und Willen, zwischen Liebe und Leben des Weibes tief bereichernde Tat. *Berl. Volkszeitung*

gehört zu den großen Merkwürdigkeiten der Literatur. *Das freie Volk*

Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnesglut mit jener hohen Stittlichkeit, die es als unmöglich empfindet, den Mann nicht mehr zu lieben, an dem die Liebende zum Weibe und Menschen gereift ist. *Literarisches Echo*

EROTIK UND ALTRUISMUS

von Helene Stöcker

Broschiert RM. 1.—

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da. *Die schaffende Frau*

12. bis 17. Auflage des Romans

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den

Verlag
der Neuen
Generation,
Berlin
Nikolassee



VERKÜNDER UND VERWIRKLICHER

von Helene Stöcker

Preis geb. RM. 8.—, kart. RM. 8.—

Beiträge zum Gewaltproblem nebst einem zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlichten Briefe Tolstofs.

Helios Gomez

GEGEN DIE SPANISCHE REAKTION

Mappe mit 25 Blättern M. 2.50

Diese Mappe ist im Auftrage der Internationalen Arbeiter-Assoziation herausgegeben. Der Reinertrag fließt restlos den Opfern der spanischen Reaktion zu. Die Mitglieder der Gilde freiheitlicher Bücherfreunde lernten den ausgezeichneten spanischen Künstler Gomez durch die Tuschezeichnungen „Panait Istrati“ kennen. Die vorliegenden 25 Blätter sind ein Meisterwerk revolutionärer Kunst. Der billige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung dieser Mappe..

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 10

Juli 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz, Dörschläuchingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 812.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Entgötterung der Wissenschaft

Manchmal kann ein einzelnes Ereignis, ein scheinbar zufälliges Zusammentreffen von Umständen zu einer plötzlichen Wirkung, die alle erschreckt und erschüttert, die Mängel und Gebrechen des ganzen gesellschaftlichen Geschehens wie in einer Sammellinse einfangen und bei richtiger Betrachtung das aufschlußreichste Bild sozialer Tatsachen und Notwendigkeiten widerspiegeln. Dann wird zugleich offenbar, wie tief die anerzogenen Vorurteile in den Menschen aller Schichten und Bildungsgrade wurzeln und erst recht, wieviel stärker das oft kraß materielle Nutzinteresse der verschiedenen Bevölkerungsklassen den Denkvorgang bei der Beurteilung des Ereignisses beeinflusst und den Standpunkt der Betrachtung bestimmt, als der unverbogene Wille, frei von Gefälligkeit gleichviel für welche Nutzzwecke und Lehrmeinungen die Ursachen zu erkennen und aus ihnen die ideologischen Folgen abzuleiten.

Man sehe in dieser Feststellung keine Verbeugung vor der marxistischen Wissenschaft des historischen Materialismus, die in oberflächlicher Verallgemeinerung die ökonomische Betrachtungsweise für die unabänderliche Grundlage aller gesellschaftlichen Kritik überhaupt hält. Diese Lehre stellt keineswegs ein Naturgesetz fest; daß sie im Urteil der Gegenwart die Würdigung eines Naturgesetzes erfährt, beweist nichts als ihre zeitbedingte Richtigkeit. Das Zeitalter des Kapitalismus ist das Zeitalter des historischen Materialismus; innerhalb seiner Geltung treffen die Aufstellungen von Marx und Engels im Wesentlichen zu. Die Erhöhung ihrer Theorie zu einer Art religiös geweihten Glaubensformel von ewigem Bestand ist selber nur Symptom einer kulturellen Niedergangsepoche, eines Abschnitts der Menschheitsgeschichte, in dem die Regelung der Arbeit und die

Verteilung der natürlichen und erarbeiteten Güter unter dem einzigen Gesichtspunkt der materiellen Uebervorteilung der Tätigen durch die Privilegierten geschieht und in dem infolgedessen auch jede geistige und seelische Lebensäußerung aus materiellen Interessen wenn nicht geboren, so doch bewertet wird. Der Marxismus ist eine für die Zeit seiner Schöpfung großartige Analyse des Kapitalismus und umso treffender in seinen wissenschaftlichen und philosophischen Ergebnissen, als der Geist des Kapitalismus hier völlig von kapitalistischem Geiste verstanden, zerlegt und zur Anschauung gebracht wird. Mit Sozialismus hat die marxistische Lehre nicht das geringste zu tun, sie ist für sozialistische Verhältnisse garnicht anwendbar, da sie ja kapitalistisches Denken und Urteilen, nämlich die dialektische Denkform des Materialismus, als die allein und für jeden Gesellschaftszustand brauchbare Denk- und Urteils-methode ansieht. Die soziale Revolution, die das kapitalistische Wirtschaftsverfahren zu beseitigen haben wird, muß auch mit dem kapitalistischen Denkverfahren, demnach mit der ganzen kapitalistischen Wissenschaft aufräumen, von welcher der Marxismus ein höchst wesentlicher Bestandteil ist. So schätzbare Dienste er geleistet hat, um den Gesamtkomplex der kapitalistischen Gesellschaft aufzuzeigen und die Quellen ihrer Kraft bloßzulegen, so schuldig ist er geworden durch die Einimpfung kapitalistischer Denkart in die Hirne der arbeitenden Klasse, der nichts dringender nottut, als in der Gegenwart den Verstand einer künftigen Gesellschaft anwenden zu lernen, von der das Gefühl schon lebendig ist und seine Wärme nur nicht wirksam werden läßt, weil die kalte Wissenschaft vom historischen Materialismus alle Zukunft nur aus der Gegenwart begreifen kann und dem Gefühl zum Begreifen weder den Raum noch das Recht gibt.

Der gesellschaftliche Verstand der sozialistischen Zukunft wird sich von dem der kapitalistischen Gegenwart dadurch unterscheiden, daß er die bloße Abstraktion niemals als beweiskräftige Grundlage des Handelns hinnehmen wird. Nur die konkrete Wirklichkeit wird einer auf Gemeinschaft, Freiwilligkeit und Gleichberechtigung gegründeten Gesellschaft tauglich scheinen, die Dinge des Lebens zu beurteilen und das Verhalten der Menschen zu bestimmen. Gerade eine Zeit, die dem natürlichen Wissen von Recht und Unrecht wieder entscheidenden Einfluß auf alle Beziehungen einräumen wird, kann die Logik des Tuns und Lassens viel leichter aus den gegenständlichen Beobachtungen der Natur und des Lebens ableiten als die Zeit der kapitalistischen Zivilisation, die sich zur Verschleierung ihrer aller ethischen Bestandteile baren Wirkungsformen begrifflicher Wendungen und Windungen bedienen muß, abstrakter Spekulationen und dialektischer Spiegelfechtereien, mit denen kein unverbildeter, aufs Praktische gerichteter Geist irgend etwas Handfestes

beginnen kann. Darin liegt der Kernfehler des Marxismus und sein Verhängnis, wodurch diese Lehre immer von kapitalistischen Gegebenheiten abhängig wird, ihr kein Ausgang zum Sozialismus offen steht, daß die Angelegenheiten der Menschen statt mit den Mitteln der täglich wechselnden Erfahrung mit denen der unwandelbaren Scholastik ergründet und erklärt werden sollen. Als Krapotkin daran ging, „die Grundzüge einer anarchistischen Gesellschaftsordnung zu entwerfen“, schreibt Reclus in der Vorrede zur „Eroberung des Brotes“, stützte er sich „ausschließlich auf die gegebenen Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens und auf die genaue Beobachtung der verschiedenen sozialen Bestrebungen in der Vergangenheit und Gegenwart. In erster Linie suchte er die Symptome, die das Kommen einer neuen Kulturperiode andeuten, zu sammeln, danach das Zufällige von dem organisch Wesentlichen zu scheiden, um auf der so gewonnenen Grundlage allgemeine Schlüsse ziehen zu können. Daß ihn diese Methode sofort in Konflikt mit den Satzungen der modernen politischen Oekonomie bringen mußte, war unvermeidlich. Ist doch der größte Teil alles dessen, was diese Bezeichnung heute deckt, nur ein Gewebe metaphysischer Formeln und sophistischer Spitzfindigkeiten, denen man ein wissenschaftliches Gepräge zu geben sucht. Auch die politische Oekonomie der Sozialisten bewegt sich größtenteils noch in denselben alten Bahnen. Sie untersuchte, wie Proudhon und Marx es getan haben, die Beweisführungen der bürgerlichen Oekonomisten, um ihnen auf Grund ihrer eigenen Schlüsse zu zeigen, daß der Kapitalist von der Ausbeutung des Arbeiters existiert.“ Es bliebe hinzuzufügen, daß diese Vertreter der politischen Oekonomie — zwar nicht Proudhon, umso mehr aber Marx und seine Epigonen — ihre Methode und alle aus ihr gewonnenen Ergebnisse nicht nur mit einem wissenschaftlichen Mäntelchen umgaben, sondern als einzigen Ausdruck wissenschaftlicher Erforschung der gesellschaftlichen Tatsachen anpriesen und den urteilslosen Massen aufschwätzten.

Die Arbeitergefolgschaft der marxistischen Einbläser verstand schon zu Zeiten der alten Sozialdemokratie kein Wort von den halbrichtigen Zitaten aus Kautskys und Bernsteins Schriften, mit denen die einem Parteikursus entschwirrenden Mandatsanwärter nach einer anarchistischen Versammlungsrede ihre Befähigung zu erweisen suchten. Aber die Versicherung, daß ein wahrhaft klassenbewußter Proletarier sich zum wissenschaftlichen Sozialismus bekennen müsse, wie er allein in der sozialdemokratischen Partei gepflegt werde, während der Anarchist bloß ein Wirrkopf sei, der den längst überholten utopischen Sozialismus predige, verfehlte nie ihre Wirkung. Die Arbeiter fühlten sich in dem Bewußtsein geschmeichelt, die Kräftiger der Wissenschaft zu sein, schlugen

die Mahnungen, die an ihr eigenes Urteil, an ihre Erfahrungen, an die Erlebnisse im stündlichen Klassenkampf anschlossen, in den Wind und wurden auf diese Weise die unkritischen Nachbeter einer jeder eigenen Kontrolle entzogenen Weisheit. Das Wort Wissenschaft wurde ihnen zum Fetisch und die Führer, die den Kirchenglauben der Massen geschickt für die Anbetung einer nur Eingeweihten zugänglichen Wissenschaft einzufangen wußten, hatten den Vorteil davon, zu priesterlicher Autorität emporzusteigen. Die Anzweiflung ihrer Unfehlbarkeit war Sakrileg wie nur irgendeine Lästerung kirchlicher Dogmen, und wenn wir heute bei den legitimen Nachfahren der alten Sozialdemokratie, den Parteikommunisten, den Anspruch auf blinde Gläubigkeit nicht bloß in bezug auf alle von Marx und Lenin aufgestellten Grundlehren des Staatskommunismus, sondern darüber hinaus auf alle unausgesetzt wechselnden Tagesparolen und auf die von heute bis morgen sich ändernde Schätzung bestimmter führender Personen bis zur Ueberflügelung selbst des päpstlichen Katholizismus erhoben und befolgt sehen, so ist das zurückzuführen auf die den Arbeitern eingeflößte Ehrfurcht vor einer Wissenschaft, die sie nicht verstehen; was sie aber verstehen, weil sie es selber wahrnehmen, sehen, erkennen, erfahren, beobachten, also wissen, das, wird ihnen weisgemacht, habe mit Wissenschaft nichts zu schaffen.

Den größten Nutzen von dieser neuen Art Frömmigkeit, die sich Freidenkertum nennt, weil sie die Kanzelpredigt verwirft, um dafür vor den Kathederpredigten alles freie Denken auszuhängen, hat natürlich die Zunftwissenschaft der Bourgeoisie. Sie steht vollständig im Dienst der Staatsautorität, die ihrerseits als Schildwache vor den Geschäftskontoren der Kapitalisten aufgepflanzt ist. Die dialektische Methode der Wissenschaft ist nicht nur bürgerlicher Herkunft, sie wurde von Hegel sogar mit der ausgesprochenen Absicht zum Ausgangspunkt seiner Philosophie gemacht, durch sie dem Staatsbegriff die Weihe eines naturgesetzlichen Phänomens zu verleihen. Indem Karl Marx das Hegelsche Forschungssystem auf die Bewegungserscheinungen der Klassengesellschaft anwandte und zugleich als Allheilmittel zur geistigen Orientierung für die geschichtlichen und soziologischen Wissenschaften allgemein verordnete, stärkte er das Vertrauen zur Allwissenheit der von der Bourgeoisie abgestempelten Kapazität des offiziellen Schulmeisterturns, schwächte dabei das Vertrauen zum eigenen Fühlen, Denken und Schauen bei den Arbeitern in einem Maße, daß das Abbröckeln der kirchlich-religiösen Autorität bei den zum Erkennen ihrer Klassenlage erwachten Masse dem Staat und seinen Disziplinansprüchen kaum mehr Abbruch tut. Der blinde Glaube der Proletarier an die ihrer Kontrolle nicht zugänglichen Behauptungen der bürgerlichen

Wissenschaft genügt dem Staat zur Sicherung der geistigen Unselbständigkeit seiner Arbeitsrekruten, ohne die seine Autorität in Atome zerrieben würde. Selbstverständlich beschränkt sich ja die andachtsvolle Hinnahme wissenschaftlicher Denkergebnisse bei den Massen nicht auf philosophische oder theoretische Aufstellungen der bürgerlichen Zünftler. Auch da, wo die offizielle Wissenschaft die Forschungsmittel anwendet, die an sich anzuerkennen und zu billigen sind, die des praktischen Eindringens in die Dinge und der Ableitung aller Schlüsse aus Erfahrung und Beobachtung — das ist die von Krapotkin im Gegensatz zur dialektischen leidenschaftlich befürwortete induktiv-deduktive Methode — billigt die große Masse der Arbeiter die wissenschaftlichen Lehren nicht deshalb, weil sie die Prüfung im Leben von ihrer Richtigkeit überzeugt, sondern weil sie ihr durch die Autorität des studierten Forschers legitimiert scheinen. Daß ihr die feierlich umkränzte Wissenschaft entgegentritt, imponiert dem Laien; nach ihrem sozialen Sinn fragt er zuletzt.

Das Ereignis, das solche Betrachtungen dem antiautoritären Gesellschaftskritiker vor allen übrigen Ueberlegungen wachruft, das fürchterliche Säuglingssterben in Lübeck, hat seine tiefste Ursache in der blindgläubigen Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber allem, was sich in die Toga der wissenschaftlichen Unfehlbarkeit hüllt und mit undurchdringlicher Miene den Zauberstab der staatlich monopolisierten Heilsautorität bewegt. Damit soll kein Wort gegen die medizinische Wissenschaft gesagt sein, noch viel weniger sei an ihrer Stelle die Empfehlung von Kurpfuschern, Quacksalbern und Kräuterheiligen ausgesprochen. Es ist eine betäubende, aber durch die Erfahrungen mit den Militärärzten, Gefängnisärzten und Krankenkassenärzten tausendfach bestätigte Tatsache, daß es eine Klassenmedizin gibt, daß zahlreiche zur Feststellung und Heilung von Krankheiten in langjährigem Studium ausgebildete und mit allen Amtsdiplomen ausgestattete Aerzte viel weniger das Wohl des Kranken als das ihres zahlenden Auftraggebers betreuen zu müssen glauben. Dabei ist durchaus nicht immer der Arzt schuldig zu sprechen. Die Krankenkassen weigern sich oft genug, Medikamente, die einen bestimmten Preissatz übersteigen, mag der behandelnde Arzt sie für noch so notwendig halten, zu bezahlen; der Patient selbst kann die Kosten nicht tragen, also bekommt er das erforderliche Heilmittel nicht, mit dem jedem Wohlhabenden Hilfe wird. Das hat viele Menschen sehr mißtrauisch gemacht, und sie trauen nun dem Mediziner auch die Fähigkeiten nicht mehr zu, die er sich genau so erworben hat, wie jeder Schuster die seinen, durch praktische Unterweisung, theoretisches Lernen und fachliche Uebung. Es ist klar, daß ein Arzt, der Hunderte von Leichen geöffnet hat, der sein Stetoskop zu handhaben weiß, der die chemische oder pharmakolo-

gische Zusammensetzung der Heilmittel und ihre Wirkung auf die Organe des menschlichen Körpers auf Grund unzähliger Experimente und der Beobachtungen langer Traditionen kennt, die Ursachen einer Erkrankung und die Mittel zu ihrer Behebung im allgemeinen sicherer feststellen wird, als irgend ein Gesundheitsbeter oder ein Scharlatan, der doch selber bloß auf die Autoritätsgläubigkeit unkritischer Naturen spekuliert, — wobei keineswegs bezweifelt werden soll, daß es Menschen gibt, welche die angeborene Gabe haben, Leiden zu erkennen und, wenn gewissenhafte Prüfung und Uebung diese Fähigkeit entwickelt haben, ihnen auch abzuhelpfen wissen. Nicht anders aber verhält es sich mit begabten und unbegabten studierten Aerzten, und es ist Angelegenheit des Patienten, mit seinem Gefühl und mit der Erprobung des individuellen Könnens des von ihm in Anspruch genommenen Arztes dessen Eignung zur Behandlung seines besonderen Leidens zu ermessen.

Das Unglück in Lübeck hat mit der Anerkennung ärztlicher Hilfe zur Behebung oder Vorbeugung von Krankheiten gar nichts zu tun. Hier erbaten die armen Eltern der Neugeborenen ja nicht den Rat und das Eingreifen des ihnen bekannten Arztes, dessen persönlicher Sorgfalt, dessen ruhiger Hand, dessen hilfsfreudigem Willen sie kraft eigenen Eindrucks oder gütigen Rates befreundeter und erfahrener Mitmenschen das Leben der Kinder anvertrauen mochten, — hier erschien die Wissenschaft als anonyme und abstrakte Macht und empfahl sich als selbstloser Retter der Kleinen aus der schrecklichen Gefahr der Tuberkulose, dieser grauenvollen Proletariergeißel im kapitalistischen Wirtschaftsverfahren. Niemand kannte das Calmettesche Mittel, niemand erkundigte sich, worin die Prozedur bestehen werde, die die Kinder fürs Leben schützen sollte, woraus das Präparat bestehe, das der Säuglingskost beigegeben würde, bei wem man sich außer bei der empfehlenden Instanz weiterhin über die statistischen Ergebnisse des Verfahrens bei früheren Anwendungen erkundigen könne, ob nicht neben den Anpreisungen auch Warnungen vorhanden seien, welche Sicherheiten für die richtige Dosierung, Verwahrung, Behandlung der Kulturen beständen, — die Wissenschaft berief sich auf nichts als auf ihre Autorität, hinter ihre Autorität stellte sich auch noch die des Lübecker Staates, und die Arbeitereltern überließen ihre Kinder, ihre Hoffnung, ihr bißchen Lebensglück dem Dünkel an der eigenen Weisheit und Hoheit nie zweifelnder, unsichtbar und unkontrollierbar im Hintergrund schaltender Vivisektoren — aus lauter Respekt vor deren amtlichen Würden.

Der Aufruhr, den der scheußliche Fall in der ganzen Welt hervorgerufen hat, lärmt sonderbarerweise auch in oppositionellen Kreisen am eigentlichen Problem der Sache vorbei. Mag der ent-

schlossene Angriff, den der sozialdemokratische Politiker und Arzt Dr. Moses im Anschluß an den Vorgang gegen die dogmatische und vielfach ganz unsoziale Schulmedizin führt, noch so notwendig und berechtigt sein, — die Frage, ob das Calmette-Verfahren schon hinlänglich durchforscht und ausprobiert war, um den behördlichen Rat zu allgemeiner Anwendung zu erlauben, ist ganz unwichtig. Die Behauptung anderer Sachverständiger, daß das Eingeben der Rindertuberkeln bei Innehaltung aller Vorschriften und Vorsichtsmaßregeln mindestens unschädlich bleiben müsse, und daß in Lübeck eben fahrlässige oder durch unglückliche Zufälle schuldlos herbeigeführte Irrtümer unterlaufen seien, kann ruhig als wahr angenommen werden. Es ist nie in der Welt möglich, Unglücksfälle vollständig zu verhüten, und die Zahl ihrer Opfer vermehrt wohl die Größe eines Unglücks, aber nicht das Maß einer Schuld, wenn nur Unglück geschehen ist. Dr. Moses behauptet sträfliche Schuld, und auch ihm können wir Laien nicht widersprechen, sondern ihn nur unterstützen in dem Bestreben, solche schuldhafte Fahrlässigkeit in aller Zukunft zu verhindern. Was aber verlangt Moses? Was verlangen mit ihm und noch stürmischer die Kommunisten? Sie verlangen Eingreifen des Staatsanwalts, Verfolgung und Bestrafung der beteiligten Aerzte durch die Gerichte. Hier muß man doch staunen. Diese Sozialisten beiderlei Gestalt verklagen den Teufel bei seiner Großmutter. Der Staat soll die Aerzte verurteilen, absetzen, ächten, verleugnen, die mit der Calmette-Fütterung der Ausbreitung der Tuberkulose unter der Arbeiterklasse vorbeugen wollten? Eine solche Forderung stellen heißt den Staat in der Stunde seiner finstersten Entlarvung zum Unschuldslamm zurechtkämmen, heißt ihn rechtfertigen in seiner schmählichsten Rolle als Schützer des Kapitals gegen das Proletariat, heißt den brutalsten und infamsten Wirkungen der kapitalistischen Ausbeutung den Fortbestand garantieren, sofern nur Vater Staat hier und da ein allzu scharfkantiges Eckchen abschleift; heißt dem Staat helfen, seine und der Kapitalisten Mordschuld — die nicht dadurch aufhört Schuld, wirkliche Schuld zu sein, daß sie keine persönliche, sondern die Schuld der ganzen Institution ist — abzuwälzen auf ein paar seiner Funktionäre; heißt ein gesellschaftliches Uebel von schauerlichsten Maßen zum individuellen Fehltritt eines Gelegenheitssünders verflachen. Nein, der Staatsanwalt bleibe aus dem Spiel. Nicht die behördliche Justiz hat hier zu urteilen, sondern das Volksgericht der Revolution. Und nicht gegen einige Aerzte ist der Prozeß zu führen, sondern gegen Kapital und Staat.

Was die Herren Altstädt und Deyke in Lübeck getan haben, haben sie im wohlverstandenen Interesse des Staates getan. Der Staat hat keinen Vorteil vom Absterben vieler Kinder, sondern durchaus von ihrer Erhaltung als Soldaten des so Gott will bald

wieder uns ruchlos aufgezwungenen ruhmreichen Kriegen und als Nachfragerreserve der Industrie, das heißt als Lohndrucker auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt. Die Tuberkulose, verursacht durch Unterernährung, Mangel an Luft, Licht und Wasser, unhygienische Arbeitsmethoden, mangelhafte Gesundheitspflege der Eltern, der Mitbewohner, der eigenen Entwicklung, vernichtet einen ungeheuren Prozentsatz der Bevölkerung und zwar der armen Bevölkerung. Die Abschaffung der Voraussetzungen der Lungenschwindsucht für die breiten Massen kommt nicht in Betracht, da sie teilweise auf Kosten des Unternehmerprofits gehen müßte. Da kommt plötzlich die ärztliche Wissenschaft und erklärt: uns ist die Herstellung eines Mittels gelungen, das den Nachwuchs schon im Säuglingsalter gegen tuberkulöse Infektion immun macht, ohne daß dabei die Fenster in den Arbeiterwohnungen vergrößert, ohne daß der Luftraum erweitert zu werden brauchte. Das Kind braucht keinen Tropfen Milch mehr zu trinken als bisher; kein Gartengrün, kein Sonnenlicht, kein Bad ist nötig; es kann in Staub und Dreck aufwachsen wie bisher, die ungünstigsten Lebensbedingungen dürfen unverändert bestehen bleiben, den Eltern kann die Arbeitszeit verlängert, der Lohn weiter gekürzt, der Kostenaufwand für das Notwendigste bis zur Uner-schwinglichkeit gesteigert werden, — wir lassen die kleinen Proleten Bazillen schlucken und ihr werdet Soldaten und Arbeitssklaven haben, wie das Kapital sie braucht. Ja, ist denn ein solches Angebot der Wissenschaft nicht verlockend? Was man wünscht, das glaubt man gern, und es ist vollkommen sicher, daß die beiden Mediziner, Tuberkulose-Spezialisten in ihrem Fach, heilig geglaubt haben an die einwandfreie Güte des Präparates und an ihre Sendung, dem bürgerlichen Staat einen unermeßlichen Dienst zu leisten. Genau so sicher ist, daß das Lübecker Gesundheitsamt, eine Behörde, die sich aus lauter wohlmeinenden Bürgern zusammensetzt, mit der begeistertsten Zustimmung zur öffentlichen Empfehlung der Calmette-Prophylaxe ehrlich überzeugt war, ein menschheitbeglückendes Werk zu tun. Denn es liegt so in der Wesensart des Bürgers, daß er es liebt, gegen allzu aufdringliche Uebelstände der Gesellschaft allerlei Pflasterchen und wohlriechende Salben anzuwenden, die dem Uebel selbst nicht beikommen können, ihm aber im süßen Bewußtsein maldätigen Edelmutes den Schlaf des Gerechten sichern. Der wahre Zweck ihres Wohltuns, nämlich die Dinge zu lassen wie sie sind und nur ihren Gestank zu parfümieren, kommt Bürgern und Bonzen niemals ins Bewußtsein; sie glauben ehrlich an ihre Herzensgüte, und wäre der Mißgriff in Lübeck nicht geschehen, die Bürger schritten strahlend an den Hütten des Elends vorbei, im frohen Gefühl, die Kinder, die dort in Schuttwolken und Kloakendunst aufwachsen, mit einem Schutzstoff imprägniert zu haben, der die

Schwindsuchtbazillen, die sie mit jedem Atemzug einsaugen, in ihrem hungrigen Magen tot macht. Der Senat der freien Stadt Lübeck würde auf Städtetagen und hygienischen Kongressen als Pionier der Volksgesundheit hoch gefeiert werden, während man jetzt auf die Kleinstaaterei schimpft und das preußische Geschäft mit der Hansestadt vergrößern möchte, wo die gute Gesellschaft einander den Rücken deckt (was in Potsdam nämlich nicht vorkommt). Die Aerzte aber wären die gefeierten Befreier der Menschheit von der furchtbaren Gefahr der Massentuberkulose, sie wären Leuchten der Wissenschaft und ob ihrer mutigen Tat, als erste Forscher Deutschlands die Calmette-Fütterung unter den gefährdeten Säuglingen einer großen Gemeinde zur allgemeinen Verwendung gebracht zu haben, eines Straßennamens in ihrer Vaterstadt gewiß. Im ganzen Lande aber, ja in der ganzen Welt hätte der Tempel der Wissenschaft einen neuen Quaderstein eingefügt erhalten, mit tiefer Ehrfurcht begrüßt von jedem guten Bürger, mit noch tieferer von jedem einfältigen Arbeiter.

Jetzt, da das Experiment in Lübeck den tragischen Ausgang genommen hat, jetzt sucht das Proletariat nach Schuldigen. Möge es den Schuldigen in seiner eigenen Torheit finden. Die ärztliche Wissenschaft mitsamt der ganzen Naturwissenschaft in allen Ehren. Aber glaubt nicht blindlings allem, was euch die Aerzte und die Studierten mit der Anpreisung vorsetzen, dies sei Wissenschaft. Seht euch gefälligst immer auch den Zweck an, dem die Wissenschaft unterstellt wird. Wenn Herr Eckener mit dem Luftpanzer des Generals Zeppelin über euren Köpfen deutschen Genius exerziert, dann ersterbt nicht gleich vor Begeisterung über dies Wunder technischer Wissenschaft. Denkt lieber an den Krieg und an die Zwecke, die damals mit dieser Wissenschaft verfolgt wurden. Sträubt euer Herz sich aber, in der Herrlichkeit nur eine Kriegswaffe zu sehen, dann erkennt wenigstens bei den Ozeanfahrlen des Zeppelin in ihm den Musterkoffer eines Geschäftsreisenden, der in Aluminium, 100 PS-Motoren und allerlei Benzol- und Gasolinmischungen macht. Nebenbei: die Wissenschaft, auch wo sie nicht nur und unmittelbar die Geschäfte des Reichtums besorgt, ist, solange der Kapitalismus die Lebensformen der Menschen bestimmt, immerhin Privileg des Reichtums. Der höchste Nutzen dieses Privilegs erwächst den Reichen daraus, daß die Armen die Wissenschaft als Gottheit verehren. Denn wer noch eine Gottheit gelten läßt, gegen den kann schließlich jede Gottheit siegen. Wer der Autorität einer von ihm selbst nicht überprüften Wissenschaft die geringste Herrschaft über sich einräumt, der hätte gut und gern auch Mitglied einer Kirche bleiben können. Ob man ein außerirdisches Wesen vergöttert, von dem man nichts weiß als daß andere Menschen sein Vorhandensein

behaupten, oder ob man die irdischen Geheimnisse vergöttert, sobald jemand vorgibt, sie erforscht zu haben, so daß sie also keine Geheimnisse mehr sind, sondern Wissenschaft, — der Unterschied ist nicht allzu groß. Denn — sagt Bakunin — „jedesmal wenn die Männer der Wissenschaft, heraustretend aus ihrer abstrakten Welt, sich abgeben wollen mit lebendiger Tätigkeit in der wirklichen Welt, sind alle ihre Vorschläge ärmlich, lächerlich, abstrakt, fleisch- und blutlos, totgeboren, mit den Eigenschaften des Wagnerschen Homunkulus. Die Aufgabe der Wissenschaft beruht deshalb einzig darin, das Leben zu erhellen, aber nicht es zu regieren.“

Entgöttert die Wissenschaft, die im kapitalistischen Staat nichts ist als ein Werkzeug des Kapitalismus; entgöttert sie, da der Kapitalismus sie auch zu einer neuen Kirche zu machen sucht. Entgöttert die Wissenschaft; sie ist, wo ihr von Arbeitern demütig geglaubt wird, die stärkste Stütze des Staates. Die Autorität des Staates wird vernichtet, wenn die Autorität der Wissenschaft ihr keinen Halt mehr gibt. Vertraut der Wissenschaft nur, wo ihr selber prüfen könnt. Glaubt, was ihr wißt, aber bildet euch nicht ein zu wissen, was andere euch glauben machen!

Erziehung durch Prügel

Solange Eltern ihre eigenen Kinder prügeln, haben sie kein Recht sich darüber zu empören, wenn das Reichsgericht eine Entscheidung fällt, die die Züchtigung fremder Kinder gestattet. Solange Eltern das Recht für sich in Anspruch nehmen, ihre eigenen Kinder verprügeln zu dürfen — und dieses Recht nimmt gerade die proletarische Elternschaft noch sehr in Anspruch — solange dürfen diese Eltern sich nicht beschweren, wenn ihre Kinder auch von anderen Erwachsenen auf dieselbe Art „erzogen“ werden. — Wenn man das Kind nach der bürgerlichen Moral auch noch mehr oder weniger als Privateigentum der Familie betrachten darf, so glaubt die privatkapitalistische Gesellschaft doch schon ein Recht an jedem zu haben und somit auch das Recht an der Erziehung im privatkapitalistischen Interesse. Die Erziehung im privatkapitalistischen Interesse aber beruht auf der Erziehung zur „Ordnung“, d. h. zur Unterordnung unter Staats- und Wirtschaftsautorität. —

Die „Ordnung“ beginnt bereits in der Familie. Der Mann, der zurzeit noch wirtschaftlich Stärkere, ist das Haupt der Familie. Er hat zu befehlen; ist schlechthin Autorität. Frau und Kinder haben zu gehorchen. Er ist der Herr, sie die Untergebenen. Daß die Frau dem Manne gleichberechtigt sei, ist eine Floskel, gleichzusetzen jener: Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich . . .

Unsere Ordnung ist eine Unterordnung. So ist die Frau zwar Vorgesetzte der Kinder, aber Untergebene des Mannes. Was der Mann befiehlt ist richtig, wird gemacht. Ist der Mann nicht da, tritt die Frau an seine Stelle, repräsentiert die „Ordnung“. In der Schule ist es der Lehrer. — Ueber unsere Untertanenordnung helfen keine noch so schönen Phrasen des bürgerlichen Gesetzbuches hinweg, denn alles ist bedingt durch die privatkapitalistische Wirtschaft. —

Wie das Kind in die „Ordnung“ hineingepreßt wird, so ist der Erwachsene ein Glied dieser Ordnung: der Vorarbeiter fühlt sich bereits über seine Kameraden hinausgehoben. — Er darf schon befehlen, ist schon eine kleine Autorität, ein Treiber seiner Untergebenen und ein Untergebener seines nächsten Vorgesetzten; und dieser ist wiederum seinem Vorgesetzten verpflichtet und so fort bis hinauf zum Chef oder noch weiter hinauf zur A.-G. oder zum Konzern. Die Autorität wächst zwar mit der sozialen Stellung bis ins unpersönlich Schemenhafte, die Wichtigkeit und der Druck aber wirken sich umgekehrt aus. So ist der letzte Vorgesetzte immer der schlimmste — wenn er auf der sozialen Leiter eine Sprosse höherklimmen will. Das bedingt die „Ordnung“, die „göttliche Weltordnung“, das Untertanensystem. —

Dasselbe, was sich in der Familie im Kleinen abspielt, im Wirtschaftsleben im Größeren in Szene setzt, wird durch den Staatsapparat im Interesse der Nutznießer der privatkapitalistischen Wirtschafts- und der sie stützenden Staats„ordnung“ ins Groteske gesteigert. — Wie im Wirtschaftsleben der letzte Vorgesetzte, der „vorwärts“ kommen will, immer der gemeinste Antreiber sein wird, so erst recht im Staatsleben. Da ist selbst der unterste Beamte immer noch Vorgesetzter. — Er ist Vollstrecker der Staatsautorität und je wichtiger er sich vorkommt und je tüchtiger er sich seinen Vorgesetzten repräsentieren möchte, desto rücksichtsloser wird er seine Autorität walten lassen: Unsere Prüpo hat in den Maitagen des vorigen Jahres wieder einmal den Beweis erbracht, was Staatsautorität und Ordnung sind. —

Wie im Wirtschaftsleben der unterste Vorgesetzte immer der gemeinste Antreiber sein wird und nach dem System der privatkapitalistischen Ausbeutung auch sein muß, so ist auch die Partei, die vorgibt die Interessen der Ausgebeuteten zu vertreten, in Wirklichkeit der letzte Antreiber der Massen und der Vollstrecker der Vollzugsgewalt: im Interesse der Staatsordnung. Durch die letzten Lakaien der Wirtschafts„ordnung“ und der „demokratischen“ Republik hat uns die Sozialdemokratie der restlosen Ausbeutung und dem Faschismus ausgeliefert. Faschismus aber ist die höchste Potenz des Nationalismus und der geistigen Versklavung, wie Rationalisierung, Monopolisierung die letzte Stufe der Privatwirtschaft ist und die wirtschaftliche Verelendung der Massen bedingt.

Die Ordnung, wie die Kettenhunde der Reaktion sie auffassen, funktioniert bereits wieder so gut, daß trotz wirtschaftlicher Dauerkrisis, Arbeits-

losigkeit, Korruption, Justiz- und Polizeiterrord Ruhe herrscht: Ruhe wie in einem Totenhaus. — Nur ab und zu verhaßt ein Schrei eines Gequälten und ein letztes Stöhnen und Röcheln läßt den letzten Fluch und die letzte Empörung ersticken. — Der Staat als Polizist der privatkapitalistischen Ordnung hat von sich aus das größte Interesse an einer möglichst reibungslosen Ueber- und Unterordnung in Familie und Wirtschaft. Je reibungsloser er dies zuwege bringt, desto besser ist es für die Profitwirtschaft und seinen eigenen Bestand bestellt. Um die Einordnung in die Zwangsordnung zu erzielen, muß bereits beim Kinde begonnen werden. So wird bereits im Kinde der Wille gebrochen, die Persönlichkeit erschlagen, um ein willfähiges Glied im Sinne der privatkapitalistischen Ausbeutungs-Ordnung und im Interesse seiner Nutznießer zu erziehen.

Solange also der Arbeiter — ich verstehe darunter jeden Schaffenden — seinen Nachwuchs durch Schläge selbst in die bürgerliche Ordnung hineinpreßt, sich selbst als Familien„vorstand“ fühlt, seine Geltungssucht nicht weiter reicht als Antreiber oder Bonze zu werden, solange er geduldt jede Obrigkeit über sich duldet und mit seinem Untertanengeist den entseelenden Geist der „Ordnung“ erst lebensfähig macht, solange nicht alle Schaffenden selbstbewußt werden, über ihre Persönlichkeiten hinweg zur Gemeinschaft streben, die jedes Schmarotzertum ablehnt, so lange wird es keine wirklich freien Menschen geben, die wiederum ihre Kinder zu freien Menschen erziehen. Wollen wir aber wirklich einmal zur Gemeinschaft gelangen, dann müssen wir die „Ordnung“ erst einmal gründlich zerstören, die Ueber- und Unterordnung nicht länger dulden, aus Untertanen freie Menschen werden. — Erst wenn wir das geworden sind, fällt das Ausbeutungs- und Schmarotzersystem in sich zusammen und kein Reichsgericht kann mehr eine Entscheidung fällen: im Sinne der heutigen Ordnung.

Bis dahin aber werde ich jeden, der mein Kind im Sinne dieser Entscheidung zu erziehen versucht, zur Verantwortung ziehen, im übrigen aber bestrebt sein, die „Ordnung“ zu unterhöhlen, weil ich nicht vergaß, was diese „Ordnung“ mir schuldig geblieben ist. Auch werde ich nicht vergessen, daß die Ordnungsbestien noch versuchten, mich in meinem 47. Lebensjahre im Sinne der Staatsräson zu erziehen. —

Ich rufe daher jedem zu: Jagt den Untertan aus euch aus, werdet freie, selbst- und verantwortungsbewußte Gemeinschaftsmenschen, dann stürzt die ganze Schmarotzerordnung in sich zusammen und ein freies Menschengeschlecht wird erstehen, daß keine Ausbeutung, keinen Zwang und keine Prügel mehr kennt!

Hugo Buchholz.

Der Tod als Staatsbeamter

In Lemberg hat man drei Jungkommunisten als Hochverräter zum Tode verurteilt, weil sie Flugblätter und Aufrufe verbreitet haben, in denen für die soziale Revolution Stimmung gemacht wurde. Ob die Proteste der Arbeiter in aller Welt auf den alten Zotenreißer Pilsudski genügend Eindruck machen werden, um gegen die braven Genossen Hirsch, Jugend und Proper „Gnade“ walten zu lassen, d. h. sie anstatt dem Henker zum Strangulieren dem Kerkermeister zu lebenslänglicher Peinigung in einem polnischen Zuchthaus zu übergeben, ist im Augenblick, wo dies geschrieben wird, noch nicht gewiß. Gewiß ist nur, daß Pilsudski selbst die Möglichkeit, Hochverräter an den Galgen zu bringen, einer Tätigkeit dankt, die er jahrelang um einer ihm heiligen Idee willen betrieben hat, und die im Sprachgebrauch aller Staatsgewalt Hochverrat heißt. Doch ist ja, was Lassalle schon fest-gestellt hat, Hochverrat ein Verbrechen, bei dem nur der Versuch strafbar ist. Ein so erfolgreicher Hochverräter wie der polnische Marschall dagegen wird mit der Uebertragung des Rechtes belohnt, den Versuch, seine hochverräterischen Erfolge zu zerstören, seinerseits so lange mit Galgen und Zuchthaus zu ahnden, bis auch hier aus dem Versuch der Erfolg wird. Dann kann, sofern dieser Erfolg in der Uebernahme der Staatsgewalt durch die Hochverrats-Nachfolger besteht, das Spiel mit Leben und Freiheit wieder neuer Hochverräter munter weitergehen. Revolutionen sind gut, sie sind das beste Teil alles menschlichen Zukunftsbewußtseins, sie sind der große Trost in der Erbitterung über jede Unzulänglichkeit öffentlicher Einrichtungen. Aber Revolutionen sind sinnlos, wenn sie nicht ihre eigenen Ursachen ausrotten, wenn sie nur Kriege sind, die eine Machtgruppe anspringen, um eine andere an ihren Platz zu setzen. Wir müssen sehr wünschen daß die Empörung über das Lemberger Urteil das Leben der drei Genossen retten werde, aber ihre Lebensrettung muß mit dem Willen der internationalen Arbeiterschaft verbunden sein, die Kräfte der jungen Kämpfer, sei es auch vorläufig eingegittert, der proletarischen Revolution zu erhalten, an deren Ende die staatlose Gesellschaft steht, welche dem Hochverrat nach Freiheit verlangerder Werteschaffer nichts mehr zu tun läßt.

Der Tod als Abwehrmittel der politischen Macht gegen Menschen, die diese Macht für sich begehren oder sie brechen wollen, ist so alt wie der politische Kampf selbst. Die moralische Beurteilung der Tötung von Menschen aus rein politischen Gründen ist daher für niemanden leicht, der es nicht liebt, bei jeder Gelegenheit seinen Zettelkasten zu öffnen und den für alle Lebenslagen passenden Spruch zu immer fertigem Gebrauch hervorzuziehen. Für den revolutionären Anarchisten ist es mit dem Bibelwort „Du sollst nicht töten“ auch dann nicht getan, wenn es mit der Kraft Tolstojischer Autoritätsfeindschaft und als Ausdruck konsequentester Machtverneinung gesprochen wird. Die Entscheidung darüber, ob und wann die Auslöschung des Lebens im Kampf um das öffentliche Wohl sich rechtfertigen läßt, kann nur eine Entscheidung der Leidenschaft sein, und so wird auch das Urteil, das einem Menschen wegen seiner Haltung zur Allgemeinheit das Recht zum Weiterleben abspricht, vor dem revolutionären Gewissen und vor der künftigen Geschichte danach zu bewerten sein, inwieweit die Leidenschaft der Empörung bei seiner Fällung maßgebend war, auch für welche Idee die Leidenschaft entflammt, gegen welche Gesinnung die Empörung entfesselt war. Wir verabscheuen die Tat der Charlotte Corday nicht, weil es ein Mord war, sondern weil die Mörderin im Dienste einer verruchten Idee, der volksfeindlichen Aristokraten-Reaktion, handelte und ihr Dolch in Marat den

glühendsten und entschlossensten Geist der Revolution vernichtete. Dagegen wird es kaum einen Revolutionär geben, der nicht Krapotkins unbedingter Billigung der Hinrichtung Ludwigs XVI. und seiner Frau recht gäbe. Und doch handelte es sich bei Marats Ermordung um einen Akt individueller Entschließung, im anderen Falle aber um das Ergebnis ernster und langwieriger Beratungen im Konvent. Aber die Leidenschaftlichkeit eines Unternehmens bedeutet noch keinen Mangel an Ueberlegung, und die Männer, die den Tod über den König verhängten, waren erfüllt von der leidenschaftlichen Liebe zur Revolution; sie wußten: mit dem Tode des verräterischen Paares „starb das französische Königtum, damit war eines der Haupthindernisse, das jeder sozialen Erneuerung der Republik im Wege stand, beseitigt“ (Krapotkin, Die französische Revolution).

Wo die Verhängung des Todes über einen Menschen noch irgend als Kampfhandlung in schweren politischen Auseinandersetzungen betrachtet werden kann, sollte sie hingenommen werden als der einfachen Frage zugehörig, ob man die Revolution mit allen ihren Ausdrucksformen, genau wie sie sich eben bietet, will oder ob man den revolutionären Willen einer gewisse Ausdrucksformen verwerfenden Moral halber beurlauben kann. Aller Terror im Bürgerkrieg, mag er sich in individuellen Unternehmungen, in der Feme einer Verschwörung, in Revolutions-Tribunalen oder in was für gesetzloser Gewalt immer ausdrücken, ist, sofern die innere Verpflichtung einer Gesinnung die Waffe gegen die Nebenmenschen führt, unter völlig anderen sittlichen Gesichtspunkten zu beurteilen als der Mord von Staats wegen, der unter der Maske des ordentlichen Gerichtes paragrafierte Gesetze mit kühlem Gleichmut Blut spritzen läßt. Das macht das Lemberger Todesurteil so erbärmlich, daß es von einem Bezirksgericht ausgesprochen, daß ihm trockene Gesetzesformeln zugrunde gelegt, daß der Tod nicht von Erregung, Begeisterung, noch so verkehrten oder verächtlichen Gefühlen herbeigerufen, sondern einfach als Funktionär der Staatsordnung bemüht wird. Das bestimmt aber auch die Stellung des anarchistischen Revolutionärs zur Frage der Tötung aus öffentlichem Recht: ob es sich um das Naturrecht der Verteidigung des Lebens oder der Selbstbestimmung einer zum Befreiungskampf verbundenen Masse, beziehungsweise die Rächertat eines einzelnen handelt, der sozial so tief eins ist mit der vergewaltigten Masse, daß ihn jedes Unrecht gegen alle wie die Schändung des eigenen Lebens trifft — oder ob temperamentlose Anwendung papierner Vorschriften öffentliches Recht genannt und die Entscheidung über Leben und Tod zu einer kalten Amtshandlung erniedrigt wird, deren Aufgabe wie die jeder staatlichen Funktion allein die ist, den Geschäftswagen der kapitalistischen Unternehmer die sichere Fahrt über verhungerte Proletarierleiber zu verbürgen.

Wenn im Augenblick bestimmte Kriminalfälle in Deutschland das Problem zur Erörterung stellen, ob unter den Strafen, mit denen der bestehende Staat die Vorrechte der besitzenden Klasse gegen den Lebensdrang der Besitzlosen zu schützen sucht, auch die Beförderung vom Leben zum Tode zugelassen bleiben soll, so ist zunächst daran zu erinnern, daß die Sozialdemokraten, zur Zeit die Haupttrüfer im Streit gegen die Todesstrafe, ihre gefühlvolle Menschlichkeit stets mannhaft zur Seite zu stellen wußten, sobald sie an der Macht zu sein glaubten (sie glaubten es immer dann, wenn ihnen das Kapital erlaubte, sich für seine Interessen gegen ein paar Pfünden die Finger zu verbrennen), und für revolutionäre Arbeiter, die ihre Thronchen gefährdeten, den Mord „von Rechts wegen“ recht ungeniert in Tätigkeit gesetzt haben. Dabei können sie sich keineswegs darauf berufen, daß sie Todesurteile etwa nur als Ausschreitungen von Feldgerichten im

Bürgerkriege haben dulden müssen, da sie nun einmal zeitweilig, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, dem (ihrem Noske unterstellten) Militär auch die Justizgewalt hätten überlassen müssen. Was ist es aber mit der gesetzlichen Ermordung Eugen Levinés? Da sprach ein von Sozialdemokraten beauftragtes, aus monarchistischen Juristen und Offizieren nach einer „Rechtsordnung“ aus dem Jahre 1813 zusammengesetztes Standgericht wegen Hochverrats die Todesstrafe aus, auf Grund nicht eines für die besondere Zeit besonders hergerichteten Strafparagrafen, sondern auf Grund des § 81 des alten Bismarckschen Strafgesetzbuchs, der die alte Bismarcksche Verfassung von 1871 gegen Umsturz sichern sollte, eine Verfassung, durch deren Umsturz und Nichtmehrbestehen die Sozialdemokraten erst in die Lage gekommen waren, den Hochverrat gegen sich zu konstruieren und mit dem Tode des kommunistischen Revolutionärs zu ahnden. Auch darauf können sie sich nicht berufen, daß sie, nachdem das Todesurteil erst ausgesprochen war, die Vollstreckung nicht hätten hindern können. Ihr Schneppenhorst hat der Vollstreckung ausdrücklich zugestimmt, und der sozialdemokratische Ministerpräsident Hoffmann-Kaiserslautern hat sie durch Abwesenheit bei der Abstimmung im Ministerrat und Nichtübertragung der beiden Stimmen, über die er verfügte und die er übertragen durfte, erst möglich gemacht. Es wäre ferner recht nützlich, wenn einmal eine vollständige Liste der Todesurteile zusammengestellt und der Arbeiterschaft vorgelegt würde, die von Sondergerichten gegen revolutionäre Arbeiter in den Jahren 1919, 1920, 1921 und 1923 verhängt und erst nach Einholung der Zustimmung Eberts oder der von ihm beauftragten Stellvertreter Hörsing, Severing usw. vollstreckt wurden.

Der Staat kann, wenn ihm die Festlegung der Todesstrafe im Strafgesetzbuch als Vergeltung für beabsichtigten Mord nicht mehr nützlich scheint, die Aufhebung dieses Strafmittels vornehmen, und es ist ganz selbstverständlich, daß die Abschaffung der Todesstrafe von ihm auf das Nachdrücklichste gefordert werden muß. Dabei darf aber niemals vergessen werden, daß kein Staat jemals in Wirklichkeit auf die Tötung von Menschen unter dem Vorwand der Rechtspflege verzichten wird. Für unpolitische Taten mag er mit seinen übrigen Rachemethoden auskommen; einen unglücklichen und durch Unglück ausgeglittenen Menschen fürs ganze Leben im Zuchthaus quälen, ist schließlich auch schon ein gewisser Trost für die Staatsgesinnung, der Recht Recht bleiben muß. Gegen Angriffe jedoch auf die wirtschaftlichen Grundlagen des Staates selbst wird der Tod von jeder Sorte Regierung zum Schutze des Privateigentums und zur Verteidigung der eigenen Machtbefugnisse stets als Staatsbeamter herangezogen werden, zunächst im Waffenrock der Beruhigungspolizei, und, wenn das nicht allein hilft, im Talar der Justiz. Es ist lächerlich, die Abschaffung der Todesstrafe zu verlangen und gleichzeitig die gesamte Bevölkerung unter ständiger Todesdrohung zur Befolgung der polizeilichen Vorschriften anzuhalten. Zörgiebel stellte — es ist erst 14 Monate her und noch nicht von allen vergessen — die Begehung der Maffei in den üblichen Formen der Straßenaufmärsche 1929 unter Todesstrafe. Er verhängte an den Tagen nach dem 1. Mai über verschiedene Berliner Stadtgebiete ohne vorherige Ankündigung den verschärften Belagerungszustand und ließ diejenigen, welche sich von dieser Maßnahme überraschen ließen und in den Schußbereich seiner Scharfrichter gerieten, von den Gehsteigen, von Balkonen und von den Fenstern weg totschießen. Zörgiebel ist durch das Kleben seiner Organisationsmarken verpflichtet, Gegner der Todesstrafe zu sein. Andernfalls wäre es interessant zu wissen, wie er mit einem Polizeipräsidenten verfahren würde, der etwa während des Spartakusaufstandes revolutionärer

Sicherheitskommissar gewesen wäre und nach der Niederlage des Proletariats ihm wegen ebensolcher Bluttaten zur Aburteilung vorgeführt würde. Das ist freilich bloße Hypothese; denn beim verstorbenen Genossen Eichhorn wäre eine derartige Amtswaltung unvorstellbar gewesen. Wir ändern aber werden unsern Widerstand gegen das Strafmorden des Staates schon mit triftigeren Gründen und mit besseren Bundesgenossen führen müssen als die wohlmeinenden Bürger, die den Fall Jakobowski und den neuen Fall Zell zum Anlaß empörter Proteste nehmen, beim Anblick schwerbewaffneter Alexsoldaten aber, die in Ueberfallautos durch die Straßen sausen, jeden Augenblick bereit, zusammengelaufene hungernde Menschen zu töten, nicht mit der Wimper zucken und im Abknallen eines nackten Menschen, der eines Freibades wegen arretiert werden sollte und sich gern noch die Hosen angezogen hätte, einen Betriebsunfall, schlimmstenfalls einen Mißgriff sehen. Sie werden auch nicht danach forschen, was aus dem schießfreudigen Schupomann wird; jetzt ist er vom Amte suspendiert, das beruhigt jeden Menschenfreund; wird er nach ein paar Wochen als Aufseher an ein Zucht-haus versetzt, wo er jeden in Disziplinierung genommenen Gefangenen mit Gummiknüppelhieben zum Arrest begleiten kann, dann erfährt es ja niemand und der Steuerzahler braucht wenigstens nicht noch einem aus Versenen öffentlich bemerkbar gewordenen Amtssadisten teuren Ruhesold zu bezahlen.

Uebrigens: wo wird denn ein Mörder überhaupt hingerichtet, um ihn wegen des Mordes zu strafen? Jakobowski wurde geköpft, weil er kriegsgefangener Russe war und wäre als blonder Baltikumer am Leben geblieben, auch wenn er das Kind wirklich getötet hätte, dem er nichts Böses getan hat. Warum ist dem Württemberger Vatermörder Zeiß der Kopf heruntergeschlagen worden? Weiß es so schrecklich verwerflich ist, den eigenen Vater umzubringen? Dem Grafen Stolberg wäre es in Württemberg nicht um ein Haar schlechter gegangen als in Schlesien. Er wäre dort vielleicht Schöffe im Prozeß gegen Zell gewesen. Zell wurde keineswegs hingerichtet, um ihn wegen Mordes zu strafen, sondern um der Reichsregierung und dem Reichstag die lange Nase der württembergischen Staatshoheit zu drehen. Der Tod wurde von dem christkatholischen Herrn Bolz mit dem behörlichen Auftrag engagiert, bayerische Eigenart in schwäbischer Amtstracht vorzuführen. Ueberall hat das politische und das geschäftliche Zweckinteresse die Entscheidung, und die Menschlichkeit hat das Geringste mit dem Für oder Wider des Vergeltungsmordes zu tun. Wenn der Staat endlich den Gedanken erwägt, den Tod als pensionsberechtigten Beamten abzubauen — mit dem Vorbehalt, ihn Friedrich Ebert zum Gedächtnis bei Wirksamkeit des Artikels 48 zur technischen Nothilfe heranzuziehen —, so unterwirft er sich nach langem Sträuben einer Moral, die sich in Wechselbeziehung zur Loslösung der Massen vom religiösen Kirchenglauben als die natürliche Sittenkultur selbstdenkender Menschen Bahn gebrochen hat. Der alte Professor Kahl hat ehrlich ausgesprochen, wie die Dinge liegen: Er sei stets Anhänger der Todesstrafe gewesen, solange die allgemeine gesellschaftliche Auffassung sie als Recht empfunden hat; da er sich jedoch überzeugt habe, daß hier ein Wandel vor sich gegangen sei, füge er sich den modernen Sittlichkeitsbegriffen und stimme nun für Beseitigung der betreffenden Bestimmungen. Für den über achtzigjährigen, staatskonservativen, kirchenfromm protestantischen, professoralen und geheimrätlichen Parlamentarier ist das ein Zeugnis einsichtsvoller Bescheidenheit, wie sie in allen Kategorien der von ihm vertretenen Gattung außerordentlich selten vorkommt.

Die Streichung der Todesstrafe aus dem deutschen Reichsstrafgesetzbuch ist gleichwohl noch sehr zweifelhaft. Die Gründe, die für die Beibehaltung angeführt werden, halten, vom Standpunkt der Staatsautorität gesehen, den Gegengründen durchaus die Wage. Daß Justizirrtümer vorkommen — sie sind viel, viel häufiger, als der Uneingeweihte entfernt ahnt —, spielt für die Verfechter eines konsequenten Machtmonopols für den Staat eine ganz untergeordnete Rolle. Der Fall Sacco-Vanzetti war das geschichtliche Musterbeispiel, wie die Staatsräson von wahren Hütern des Staatsprinzips zu handhaben ist. Sämtliche mit der Angelegenheit befaßten Amtspersonen haben genau gewußt, daß die beiden Anarchisten an den ihnen vorgeworfenen Raubüberfällen vollständig unbeteiligt waren. Aber darauf kam es gar nicht an. Es kam darauf an, durch ihre Verbrennung auf dem elektrischen Stuhl die Unerbittlichkeit des staatlichen Gewaltapparates zu beweisen, durch siebenjährige scheinbare Rechtspedanterie, durch vorge-täuschte Erschöpfung auch der letzten Prüfungsmöglichkeiten die Unantastbarkeit eines vom Staat gewünschten, darum von seinen Organen gelieferten Urteils zu manifestieren. Das Leben von Menschen, ob schuldig oder nichtschuldig, ist vollständig nebensächlich, wo es um die Autorität des Staates geht. Das Argument aber, das von pazifistischen und anderen idealistischen Bekämpfern der Todesstrafe am häufigsten vorgebracht wird, ihre Abschaffung ermögliche die Wiedergutmachung zu Unrecht ergangener Urteile, sieht an der trüben Tatsache vorbei, daß in den deutschen Zuchthäusern Dutzende und Hunderte Gefangene sitzen, die, großenteils für Lebenszeit aus der Gesellschaft entfernt, die Taten, für die sie sitzen, entweder nicht begangen haben oder doch unter Annahme völlig falscher Tatbestände weit über alle Zulässigkeit hinaus bestraft wurden. Ich selbst könnte eine ganze Reihe solcher Fehlurteile aufzählen. Aber die Wiederaufnahme von Prozessen ist dermaßen erschwert, daß unter tausend unschuldig Verurteilter kaum einer ist, der noch einmal angehört wird. Der Staat muß Recht behalten, und es stände den Eiferern gegen die Todesstrafe recht gut an, wenn ihnen das Leid der unschuldig Eingekerkerten, die an Körper, Geist und Seele zugrunde gerichtet, deren Frauen und Kinder mit ihnen um alles Lebensglück betrogen werden, ebenso zu Herzen ginge, wie der gelegentliche Tod eines von ihnen auf dem Schafott. So ein Jakubowski hat es wenigstens rasch hinter sich.

Kürzlich hat im „Bayerischen Kurier“ ein katholischer Gefängnisgeistlicher eine begeisterte Verteidigung der Todesstrafe veröffentlicht. Er begründete seine Stellung mit der christlichen Auffassung, daß der Sterbende ja nicht in Nichts hinabsinke, sondern der Auferstehung zu ewigem Leben entgegengehe. Wer aber mit geläuterter Seele die irdische Welt verlasse, dem winkt im Jenseit Heil und Seligkeit. Da die Kirche die Macht hat, von allen Sünden Absolution zu erteilen, kann also auch der Raub- oder Lustmörder durch Reue und duldsame Hinnahme seiner Strafe der ewigen Verdammnis entgehen und der Gnaden des Himmels teilhaftig werden. An diese Voraussetzungen anknüpfend, erzählte jener Priester nun von seiner seelsorgerischen Tätigkeit bei den Delinquenten vor ihrer Köpfung und kam zu dem Schluß, daß wenige Sterbliche so gut vorbereitet wie sie vor ihren Herrn hintreten könnten. Die Abschaffung der Hinrichtungen würde daher für die großen Verbrecherwider das Leben die Entziehung einer Gnade bedeuten, um die sie jeder gute Christ nur beneiden könne. Der tiefere Gedanke dieses Plädoyers für das Kopfabschlagen ist also der, daß bei der Abschaffung die Kirche Kundschaft verlieren würde. Man könnte, die Logik des bayerischen Guillotine-Pfaffen weiterführend, meinen, die Kirche müßte, wenn sie der Henker nicht entraten kann, auch die Minderung der Mörder

als Schaden betrachten. Wir Anarchisten wünschen eine Gesellschaft an Stelle der von Kapital und Kirche beherrschten staatlichen zu setzen, in der der Anreiz zum Mord durch anständige Lebensbeziehungen ausgeschaltet wird. Wir glauben, daß Mord in den meisten Fällen auf unmittelbare Not oder doch auf die durch Mangel am Nötigsten hervorgerufene Auflockerung der sittlichen Hemmungen zurückzuführen ist. Beim Raubmord ist das ohne weiteres ersichtlich, aber auch Lustmorde werden, falls sie nicht Ausgeburten von Geisteskrankheiten sind, fast immer von sexuell Entarteten verübt, deren Entartung von traurigen Wohnverhältnissen, besonders aber von der scheußlichen Sexualerziehung ausgeht, die der Staat in seinen Fürsorgeanstalten, Waisenhäusern und Gefängnissen, an armen Jugendlichen verüben läßt. Die Gesellschaft, die keinen Mangel an Nahrung, Wohnraum, Kleidung und hygienischer Pflege mehr kennen wird, wird auch keine Morde mehr kennen, nicht mal solche aus Eifersucht, weil sie die Sklaverei auch aus den Familienbeziehungen ausgemerzt haben wird. Daß die Kirche gegen den Sozialismus ist, wird nun wohl klar sein. Wo die Einrichtungen der Gesellschaft die Taten nicht mehr fördern, die, aus Qual begangen, mit Qualen verfolgt werden, kann sie die überirdische Reue nicht mehr anheizen, mit der sich die Schächer von heute demütig vom Pfaffen zum Blutblock begleiten lassen.

Wäre es denn nun aber wirklich ein solcher Fortschritt, wenn die Todesstrafe aus allen Gesetzbüchern gestrichen würde? Für die sogenannten Verbrecher wahrscheinlich zuletzt. Wohl aber für die anderen. Der Gedanke, daß Menschen eigens angestellt sind, um darüber zu bestimmen, ob andere Menschen leben dürfen oder nicht, ist kaum erträglich. Nur diese krasseste Verletzung alles menschlichen Empfindens rechtfertigt den besonderen Kampf gegen das Töten als Rechtsmittel. Im übrigen aber sollten wir uns dessen bewußt bleiben, daß die Ablehnung der Todesstrafe keinesfalls die Bejahung der Zuchthausstrafe bedeuten darf. Der Unterschied zwischen der körperlichen Vernichtung eines Menschen und seiner Entwürdigung und Erniedrigung durch die widerlichste Freiheitsberaubung und geistige wie seelische Vergewaltigung ist nicht übertrieben groß. Aller „inhumane“ Strafvollzug schafft nicht die Scheußlichkeit aus der Welt, daß der Staat in seinen Zuchthäusern Menschen straft, die die Opfer seiner eigenen Verbrechen sind; daß er gar sich anmaßt, Menschen zu bessern, deren ganze Schlechtigkeit darin besteht, daß sie der staatlichen Niedertracht nicht gewachsen waren. Diese Heuchelei ist ärger als selbst die Infamie des Mörders unter dem Deckmantel des Rechtes. Der Staat, der den Sklareks die Pein des Untersuchungsgefängnisses erspart, weil sie klug genug gestohlen haben, um auch jetzt noch Millionäre zu sein, mag seine Macht zur Rache an Proletariern mißbrauchen, aber er möge von Gerechtigkeit schweigen, wenn seine Justiz waltet.

Und Peter Kürten? Soll er vielleicht auch frei herumlaufen und weiterhin Schrecken und Entsetzen verbreiten? Vielleicht ist Peter Kürten wirklich der Mörder von Düsseldorf. Bewiesen hat man ihm jedenfalls noch keines der Verbrechen, und Hans Hyan hat kürzlich in der „Weltbühne“ sehr starke Zweifel daran erweckt, ob ihm mehr geglaubt werden kann, als dem vorher festgesetzten Selbstbezügiger Staubberg. Gerade die Taten des Düsseldorfer Blutmenschen sind offensichtlich Verbrechen eines Perversen, solche, die ausnahmsweise nicht sozial bedingt zu sein pflegen, sondern auf kranker Anlage beruhen, die in allen Gesellschaftskreisen auftritt. Aber Kürten ist Proletarier, und bei der Suche nach dem Täter hat die Polizei seinerzeit ganze Proletarierviertel eingekreist, aber nie einen Bour-

geois behelligt. Vielleicht gesteht mal in 20 Jahren auf dem Totenbett ein Millionär, daß er sich's geleistet hat, den Tod in seine Privatdienste zu nehmen. Wie sich eine rechtliche und freiheitliche Gesellschaft mit solchen Entarteten abfinden wird, mag Zukunftssorge sein. Falls man sie nicht heilen kann, wird man sie vielleicht töten. Die Sicherheit der Gemeinschaft ist selbstverständlich wichtiger als das Tribleben eines Schädlings. Was der Staat mit dem Düsseldorfer Massenmörder anfängt, kann uns völlig gleichgültig sein. Da er sich das Monopol anmaßt, den Tod als Beamten zu beschäftigen, wird er den Kerl wohl vor der Selbstjustiz der Düsseldorfer beschützen, und wenn inzwischen kein Krieg ausbricht, in dem der Sadismus die Weihen des Heldentums erhält, wird er mit ihm tun, was Kapital und Kirche am nützlichsten dünkt.

Da wir aber gerade von amtlichen Strafen, von amtlichem Töten reden, und da gerade auch wieder die Gnade des Staates aus Anlaß der Rheinlandräumung an allen denen vorbeigegangen ist, die der Staat durch Krieg und Elend in die bitterste aller Lagen gebracht hat, von der Gnade des Staates die Rettung und das Leben erbetteln zu müssen, sei der Aufruf in Erinnerung gebracht, den Rosa Luxemburg am 18. November 1918 in der „Roten Fahne“ veröffentlichte. 11½ Jahre nach seinem Erscheinen fordern wir vergeblich die Freilassung wenigstens der Kapitalsopfer, die vor dem Kriege, während des Krieges, durch den Krieg in die Fänge der Strafjustiz geraten sind, disputieren wir mit christlichen Staatslenkern, ob das Herunterhauen von Menschenköpfen von Amts wegen empfehlenswert sei oder nicht. Rosa Luxemburg hat ihren Glauben an die Menschheit mit dem gewaltsamen Tode büßen müssen, und ihre Mörder haben ein gutes Leben. Für diese Herren wurde der Tod als Staatsbeamter nicht in Bewegung gesetzt, für sie braucht auch niemand die Linderung eines Gefangenschicksals zu fordern. Aber die gänzliche Wirkungslosigkeit des Aufrufs mag uns für die Zukunft eins lehren: die Revolution hat keine Linderung des Loses von Gefangenen mehr zu fordern, sondern selber zu handeln, damit es keine Gefangenen des Staates mehr gebe. Und die Revolution hat nicht mehr die Ausmerzungen der Todesstrafe aus dem Strafkodex zu fordern, sondern mit dem Staat auch seine Strafgesetze auszutilgen. Die Revolution muß Recht schaffen, indem sie die Justiz abschafft.

Rosa Luxemburgs Aufruf lautete:

„Liebknecht und ich haben beim Verlassen der gastlichen Räume, worin wir jüngst hausten — er seinen geschorenen Zuchthausbrüdern, ich meinen lieben armen Sittenmädchen und Diebinnen, mit denen ich dreieinhalb Jahre unter einem Dach verlebt habe — wir haben ihnen heilig versprochen, als sie uns mit traurigen Blicken begleiteten: wir vergessen euch nicht!

Wir fordern vom Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates eine sofortige Linderung des Schicksals der Gefangenen in allen Strafanstalten Deutschlands! — Wir fordern die Ausmerzungen der Todesstrafe aus dem deutschen Strafkodex!

Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen, in Bächen geflossen. Jetzt muß jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallinen Schalen gehütet werden. Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit — dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muß umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage, und ein zu wichtigem Tun eilender Mensch, der aus roher Unachtsamkeit einen armen Wurm zertritt, begeht ein Verbrechen.“

Demokratie

Wir dürfen es nie vergessen: Reichsverfassung, Artikel 1: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Artikel 5: „Die Staatsgewalt wird in Reichsangelegenheiten durch die Organe des Reichs . . . ausgeübt.“ Artikel 18: „. . . Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen. . . .“ Artikel 68: „. . . Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen.“ Artikel 109: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich . . .“ Artikel 151: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen . . .“ Artikel 153: „. . . Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste.“ Artikel 155: „Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhütet und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern. . . Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft. . .“ Artikel 157: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reichs. . .“ Artikel 163: „Jeder Deutsche hat, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. . .“ Artikel 165: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. . .“

Da es uns fernliegt, durch die Erinnerung an diese Bestimmungen der demokratischen Verfassung die republikanische Staatsform des Reichs böswillig und mit Ueberlegung verächtlich zu machen und dadurch den § 5. Ziff. 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik sträflicherweise zu verletzen (vgl. den Beitrag des Herrn Reichs- und Staatsministers z. D. Carl Severing in der vorigen Nummer des FANAL), so haben wir nur in geziemender Hochachtung vor der Weisheit unserer Staatsgewaltigen die Hände an die schwart-rot-goldene Hosennaht zu legen und aus ihrer Anwendung der Verfassungsvorschriften Demokratie zu begreifen. Artikel 1: Das Volk, von dem die Staatsgewalt ausgeht, freut sich der Staatsgewalt noch, wenn ihm die Luft schon ausgeht. Artikel 5: Es sind immerhin die Organe des Reichs, durch die die Staatsgewalt das Blut des Volkes in die Organe der Reichen überführt. Artikel 18: Die Tätigkeit der Regierung

Brüning ist durch Abstimmung als Wille der Bevölkerung festgestellt worden. Artikel 68: Die Reichsgesetze sind auch danach. Artikel 109: Indirekte Steuern und Zölle sind für alle gleich. Hoch die Zölle und indirekten Steuern! Noch höher! Artikel 151: Die Grundsätze der Gerechtigkeit verschaffen der vom Volke ausgehenden Staatsgewalt ein so menschenwürdiges Dasein, daß an der Ordnung des Wirtschaftslebens unserer Gesetzgeber kein Zweifel zulässig ist. Artikel 153: Eigentum verpflichtet diejenigen, die keins haben. Die anderen gebrauchen es im Dienst für die erstbeste Gemeinheit. Artikel 155: Liebesgaben für den Großgrundbesitz des Ostens verhüten Mißbrauch einer guten Ernte zur Senkung des Brotpreises, Kostkürzung, Mietsteigerung, Verteuerung aller Lebensmittel entspricht den Bedürfnissen aller deutschen Familien am besten, da sie den Kinderreichtum am stärksten belasten, und der Reichtum soll doch nach der Forderung der Demokratie besonders herangezogen werden. Entsprechende Wohn- und Wirtschaftsstätten sind in Zucht- und Arbeitshäusern vorhanden, Vernachlässigung der Bearbeitung und Ausnutzung kann niemand den Grundbesitzern gegenüber der Gemeinschaft der Nichtbesitzer vorwerfen. Artikel 157: Die Arbeitskraft ermöglicht dem Reiche sogar erst den Schutz der Rationalisierung durch den Kapitalismus. Artikel 163: Wer, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, solange stempeln geht, bis er ausgesteuert wird, erfüllt die sittliche Pflicht, seine körperlichen und geistigen Kräfte zum Wohle der Allgemeinheit zu betätigen. Die Herabsetzung der Erwerbslosensätze und der Krankenbeihilfen verhindert seine Ueberanstrengung bei dieser Beschäftigung. Da sich fast in jeder Arbeiterwohnung ein Gasschlauch befindet, ist für alles Notwendige ohnehin gesorgt. Artikel 165: Rein in die gewerkschaftlichen Zentralverbände! Die Arbeiterbonzen sind dazu berufen, die Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen in Gemeinschaft mit den Unternehmern zu regeln, verbindliche Schiedssprüche herbeizuführen und Streikbewegungen zu sabotieren. Im übrigen wirken sie ja als gewählte Volksvertreter im Reichstag sowieso an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mit. Denn — Artikel 1: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Wie lieblich lebt sich's doch unter der Demokratie. — und nächstens, wenn der Brüning trotz Ermächtigung und Artikel 48, trotz Dietrich und Treviranus nicht drauf kommt, wie sich noch Wasser aus dem Youngbrunnen auf die demokratische Staatsmühle pumpen läßt, — hei! dann dürfen wir wieder wählen gehen. Wenn es aber im Reich so gut geht wie in Sachsen, und die Nazi und die Kommunisten kriegen noch ein paar dutzend Mandate zum Abstimmen und zum Entlarven, dann muß sich alles, alles wenden. Wählt nur die richtige Liste, liebe Arbeitsbrüder und Erwerbslose, mit Disziplin und Vertrauen, unter Führung Eurer berufenen Vertreter. — nieder mit dem Bürgerblock! Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich, — wahrhaftig: Vor dem Wahlrecht liegen sie alle gleichmäßig auf dem Bauch,

und solange sich die Arbeiter gegenseitig die Messer ins Gedärm stoßen, weil sie verschiedenen Bonzenklüngeln nachrennen, braucht die Demokratie der Massenausplünderung keine Angst auszustehen. Erst, wenn die Ausgebeuteten einmal begriffen haben werden, daß nur Demagogie und Führerehrgeiz die Ungleichheit in ihre Reihen trägt, daß aber vor der Lohntüte Gleichheit herrscht, wird der Faschismus selbst mit der Demokratie keine Geschäfte mehr machen können.

O Deutschland hoch in Ehren

Die Welt war in Aufregung. Es handelte sich um nichts Geringes. Sollte Deutschlands Ruhm als erste Nation unter den Völkern endlich wieder sieghaft und unanfechtbar das Erdenrund überstrahlen oder würden wir verurteilt werden, weiterhin als Stiefkinder des Schicksals im Schatten zu leben? Es waren schwere Stunden ungewissen Wartens, aber wir haben die Nerven nicht verloren. Alles zeigte an, daß es um Großes, daß es um das Größte ging. Die Rundfunkstationen der Hauptstädte aller Länder richteten Nachtdienst ein, die großen Tageszeitungen hielten die Morgenausgaben bis zur Entscheidung zurück. Extrablätter wurden vorbereitet, und Redakteure und Expedienten, Radfahrer und Telefonisten mußten auf ihren Schlaf verzichten, um die geschichtliche Stunde nicht zu versäumen. Endlich Gewißheit: Ja, wir sind das erste Volk auf Erden, und wenn auch ein leichtes Mißgeschick sich in unser stolzes Glück gedrängt hat, das Wort sie sollen lassen stahn: Deutschland in der Welt voran!

Schmeling hat eins in die Weichteile bekommen und ist daher Weltmeister geworden. Wir wollen uns die selige Freude dadurch nicht trüben lassen, daß ihn Sharkey um die Gelegenheit betrogen hat, selbst den k.o.-Schlag zu führen. Maxe hat den Kranz, Maxes Name wird in eherner Tafeln eingeschreint, Maxe hat 800 000 Mark bar kassiert. Die Wettbüros in allen Erdteilen haben Milliarden umgesetzt, und die Nachtkonstabler haben es den Zuhältern in allen Sprachen der Welt zugejubelt: Maxe Schmeling ist Sieger! Maxe Schmeling hat einen Kinnhaken in die Hoden gekriegt und ist Weltmeister!

Der Ruhm ist ein veränderlicher Gegenstand. Es gab Zeiten, wo ihn die Deutschen ihren größten Dichtern zuerkamten und ihren klügsten Denkern. Heute hätten Goethe oder Kant wenig Anwartschaft mehr auf die allgemeine Schätzung, zumal Goethe bekamtlich ein Sitzriese war, also von jedem Rassenstandpunkt aus viel zu kurze Beine hatte und Kant mit seiner undeutschen Schrift „Vom ewigen Frieden“ sich ohne weiteres außerhalb der Gemeinschaft stellte, die das Ansehen des Deutschtums in

der Welt vermehren könnte. Heute stellt das Vaterland andere Anforderungen an die Verteidiger seiner Ehre. Wer auf dem Rade den Erzeugnissen einer deutschen Pneumatikfabrik zu Weltgeltung verholfen hat, wem es gelang, die Qualität bestimmter Tennisbälle deutschen Fabrikats in ihrer sieghaften Ueberlegenheit zu erweisen, und wer die deutsche Faust einem Neger oder sonst rassefremden Preisboxer oberhalb des Nabels zu landen weiß, daß die rote Brühe aus der zerquetschten Fresse spritzt und die Rippen sich wie ein überfahrenes Regenschirmgestell zusammenbiegen, dem stützen wir die Krone auf den deformierten Quadratschädel. Heil uns, daß die Schmelings das deutsche Wesen nicht aussterben lassen, an dem noch einmal die Welt genesen wird. Sie sind der ragende Wall gegen den dräuenden Kulturbolschewismus. Sie sind das unsterbliche Symbol des deutschen Volkes der Gegenwart, das mit dem schmerzhaftesten Puff in die Leistengegend selig zu lächeln versteht, wenn der verletzte Teil nur mit einer Flanellbinde unwickelt wird, die die Aufschrift trägt: Weltmeister!

Eine Betrachtung über die Entwicklung der weltrevolutionären Bewegung (die Vorgänge in Indien, China und Spanien) mußten wegen Raum mangels bis zum nächsten Monat zurückgestellt werden.

FANAL ist in Not!
SAMMELT!

WERBT!
HELFT!

MEHRBEZIEHER, sorgt
für pünktliche Abrechnung!

Unterstützt F A N A L !
Verlangt Sammelisten!

Bitte wenden!

SOS

Leser u. Freunde!

Fanal in Not!

Der Aufruf der Anarchistischen Vereinigung „Ein ernstes Wort“ in Nr. 5 des FANAL hat leider nicht die erhoffte Wirkung erzielt. Im Gegenteil ist die Säumigkeit bei der Abrechnung der Mehrbezieher teilweise noch größer geworden, und ganze Ortsgruppen, die bisher eine größere Anzahl Exemplare regelmäßig bezogen, haben plötzlich ohne Angabe von Gründen die Zeitschrift für ihre sämtlichen Mitglieder abbestellt.

Die Hauptursache dieses Rückganges der Bezugsziffer liegt selbstverständlich in der allgemeinen Krise und darin, daß von der Arbeitslosigkeit die Bekenner revolutionärer und besonders antiautoritärer proletarischer Gesinnung in besonders starkem Maße betroffen werden.

Trotzdem brauchte ein Blatt wie FANAL nicht durch die verschärfte Wirtschaftslage der Genossen zugrunde zu gehen, wenn bei seinen Freunden der Wille bestände, es zu erhalten. Da die Abbestellungen nicht in einem einzigen Falle mit Unzufriedenheit des Inhalts wegen begründet werden, fühlen wir uns berechtigt hiermit noch einmal mit aller Kraft an den Idealismus und an die Solidarität aller derer zu appellieren, die das Fortbestehen der einzigen

anarchistischen gesellschafts- kritischen Revue in Deutschland

für erwünscht halten.

Kein einziger Genosse hat durch das Blatt persönlichen Vorteil. Weder der Herausgeber noch die technischen Helfer und literarischen Mitarbeiter verdienen einen Pfennig an der Zeitschrift. Auch die Leser mögen daher ein Opfer bringen.

Muß FANAL sein Erscheinen einstellen, so haben davon nur die autoritären Richtungen in der Arbeiterbewegung den Vorteil, ferner wären die Justizopfer der kapitalistischen Gesellschaft um das einzige Organ ärmer, das sich regelmäßig und systematisch um sie bekümmert, ohne zwischen politischen und nichtpolitischen Gefangenen zu unterscheiden.

FANAL ist noch zu retten, wenn die rückständigen Summen endlich bezahlt werden und wenn alle Freunde des Blattes sich anstrengen,

zu **sammeln** und zu **werben!**

Diesem Heft liegt für freiwillige Spenden **Zahikarte** bei!

Herausgeber und Verlag des
F A N A L

Bücher und Schriften

VON ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten
Malik-Verlag, Berlin

Preis: brosch. 1,60 Mk. geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers
Kurt Wolff Verlag, München

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,40 Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren
Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 2,— Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti
Verlag Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,— Mk.

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen
Werk 1898—1928

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5,50 Mk. geb. 8,— Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die
Revolutionsereignisse in München
FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0,90 Mk.

**Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft

jeden Donnerstag 19.30 Uhr im
Lokal Köhler, Neukölln, Ziethen-
Straße 64.

Wir richten einen erusten Appell an alle
Kameraden und Leser des „Fanal“, sich
in stärkerem Maße an einer intensiven
Ausgestaltung unserer Gruppentätigkeit
zu beteiligen.

Besucht die Gruppenabende!
Unterstützt unsere Haus- und Hofpropaganda!
Sorgt für größere Verbreitung des „Fanal“!

Anarchistische Vereinigung Wuppertal

Zusammenkunft

jeden 1. u. 3. Samstag im Monat
Abends 8 Uhr im Lokal „Sport-
heim“, Elberfeld, Klotzbahn.

Ständige Erörterung von Tagesfragen!
Vorträge über Anarchismus!
Freie Meinungsäußerung.

Genossen!

Besucht regelmäÙig die Zusammenkünfte.

fanal

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Entgötterung der Wissenschaft —

Erziehung durch Prügel (v. H. Buchholz)

— Der Tod als Staatsbeamter —

Demokratie — O Deutschland hoch

In Ehren — SOS

NR. 10

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

JULI 1930

Soeben gelangte zur Ausgabe die

LIEBE

VON HELENE STÖCKER

Ladenpreis RM. 6.50 in Ganzleinen geb.

Der Kampf zwischen dem Persönlichkeitsbewußtsein der Frau und dem elementaren Triebe wird mit leidenschaftlicher Anteilnahme und mit genialer Einfühlung dargestellt. Eine einzigartige Erscheinung in der modern. Literatur. *Berl. Morgenzeitg.*

Eine wertvolle, unsere Kenntnisse der verborgenen Beziehungen zwischen Körper und Willen, zwischen Liebe und Leben des Weibes tief bereichernde Tat. *Berl. Volkszeitung*

gehört zu den großen Merkwürdigkeiten der Literatur. *Das freie Volk*

Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnesglut mit jener hohen Stittlichkeit, die es als unmöglich empfindet, den Mann nicht mehr zu lieben, an dem die Liebende zum Weibe und Menschen gereift ist. *Literarisches Echo*

EROTIK UND ALTRUISMUS

von Helene Stöcker

Broschiert RM. 1.—

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da. *Die schaffende Frau*

12. bis 17. Auflage des Romans

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den

Verlag
der Neuen
Generation,
Berlin
Nikolassee



VERKÜNDER UND VERWIRKLICHER

von Helene Stöcker

Preis geb. RM. 8.—, kart. RM. 8.—

Beiträge zum Gewaltproblem nebst einem zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlichten Briefe Tolstofs.

Helios Gomez

GEGEN DIE SPANISCHE REAKTION

Mappe mit 25 Blättern M. 2.50

Diese Mappe ist im Auftrage der Internationalen Arbeiter-Assoziation herausgegeben. Der Reinertrag fließt restlos den Opfern der spanischen Reaktion zu. Die Mitglieder der Gilde freiheitlicher Bücherfreunde lernten den ausgezeichneten spanischen Künstler Gomez durch die Tuschezeichnungen „Panait Istrati“ kennen. Die vorliegenden 25 Blätter sind ein Meisterwerk revolutionärer Kunst. Der billige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung dieser Mappe..

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 10

Juli 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz, Dörschläuchingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 812.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Entgötterung der Wissenschaft

Manchmal kann ein einzelnes Ereignis, ein scheinbar zufälliges Zusammentreffen von Umständen zu einer plötzlichen Wirkung, die alle erschreckt und erschüttert, die Mängel und Gebrechen des ganzen gesellschaftlichen Geschehens wie in einer Sammellinse einfangen und bei richtiger Betrachtung das aufschlußreichste Bild sozialer Tatsachen und Notwendigkeiten widerspiegeln. Dann wird zugleich offenbar, wie tief die anerzogenen Vorurteile in den Menschen aller Schichten und Bildungsgrade wurzeln und erst recht, wieviel stärker das oft kraß materielle Nutzinteresse der verschiedenen Bevölkerungsklassen den Denkvorgang bei der Beurteilung des Ereignisses beeinflusst und den Standpunkt der Betrachtung bestimmt, als der unverbogene Wille, frei von Gefälligkeit gleichviel für welche Nutzzwecke und Lehrmeinungen die Ursachen zu erkennen und aus ihnen die ideologischen Folgen abzuleiten.

Man sehe in dieser Feststellung keine Verbeugung vor der marxistischen Wissenschaft des historischen Materialismus, die in oberflächlicher Verallgemeinerung die ökonomische Betrachtungsweise für die unabänderliche Grundlage aller gesellschaftlichen Kritik überhaupt hält. Diese Lehre stellt keineswegs ein Naturgesetz fest; daß sie im Urteil der Gegenwart die Würdigung eines Naturgesetzes erfährt, beweist nichts als ihre zeitbedingte Richtigkeit. Das Zeitalter des Kapitalismus ist das Zeitalter des historischen Materialismus; innerhalb seiner Geltung treffen die Aufstellungen von Marx und Engels im Wesentlichen zu. Die Erhöhung ihrer Theorie zu einer Art religiös geweihten Glaubensformel von ewigem Bestand ist selber nur Symptom einer kulturellen Niedergangsepoche, eines Abschnitts der Menschheitsgeschichte, in dem die Regelung der Arbeit und die

Verteilung der natürlichen und erarbeiteten Güter unter dem einzigen Gesichtspunkt der materiellen Uebervorteilung der Tätigen durch die Privilegierten geschieht und in dem infolgedessen auch jede geistige und seelische Lebensäußerung aus materiellen Interessen wenn nicht geboren, so doch bewertet wird. Der Marxismus ist eine für die Zeit seiner Schöpfung großartige Analyse des Kapitalismus und umso treffender in seinen wissenschaftlichen und philosophischen Ergebnissen, als der Geist des Kapitalismus hier völlig von kapitalistischem Geiste verstanden, zerlegt und zur Anschauung gebracht wird. Mit Sozialismus hat die marxistische Lehre nicht das geringste zu tun, sie ist für sozialistische Verhältnisse garnicht anwendbar, da sie ja kapitalistisches Denken und Urteilen, nämlich die dialektische Denkform des Materialismus, als die allein und für jeden Gesellschaftszustand brauchbare Denk- und Urteils-methode ansieht. Die soziale Revolution, die das kapitalistische Wirtschaftsverfahren zu beseitigen haben wird, muß auch mit dem kapitalistischen Denkverfahren, demnach mit der ganzen kapitalistischen Wissenschaft aufräumen, von welcher der Marxismus ein höchst wesentlicher Bestandteil ist. So schätzbare Dienste er geleistet hat, um den Gesamtkomplex der kapitalistischen Gesellschaft aufzuzeigen und die Quellen ihrer Kraft bloßzulegen, so schuldig ist er geworden durch die Einimpfung kapitalistischer Denkart in die Hirne der arbeitenden Klasse, der nichts dringender nottut, als in der Gegenwart den Verstand einer künftigen Gesellschaft anwenden zu lernen, von der das Gefühl schon lebendig ist und seine Wärme nur nicht wirksam werden läßt, weil die kalte Wissenschaft vom historischen Materialismus alle Zukunft nur aus der Gegenwart begreifen kann und dem Gefühl zum Begreifen weder den Raum noch das Recht gibt.

Der gesellschaftliche Verstand der sozialistischen Zukunft wird sich von dem der kapitalistischen Gegenwart dadurch unterscheiden, daß er die bloße Abstraktion niemals als beweiskräftige Grundlage des Handelns hinnehmen wird. Nur die konkrete Wirklichkeit wird einer auf Gemeinschaft, Freiwilligkeit und Gleichberechtigung gegründeten Gesellschaft tauglich scheinen, die Dinge des Lebens zu beurteilen und das Verhalten der Menschen zu bestimmen. Gerade eine Zeit, die dem natürlichen Wissen von Recht und Unrecht wieder entscheidenden Einfluß auf alle Beziehungen einräumen wird, kann die Logik des Tuns und Lassens viel leichter aus den gegenständlichen Beobachtungen der Natur und des Lebens ableiten als die Zeit der kapitalistischen Zivilisation, die sich zur Verschleierung ihrer aller ethischen Bestandteile baren Wirkungsformen begrifflicher Wendungen und Windungen bedienen muß, abstrakter Spekulationen und dialektischer Spiegelfechtereien, mit denen kein unverbildeter, aufs Praktische gerichteter Geist irgend etwas Handfestes

beginnen kann. Darin liegt der Kernfehler des Marxismus und sein Verhängnis, wodurch diese Lehre immer von kapitalistischen Gegebenheiten abhängig wird, ihr kein Ausgang zum Sozialismus offen steht, daß die Angelegenheiten der Menschen statt mit den Mitteln der täglich wechselnden Erfahrung mit denen der unwandelbaren Scholastik ergründet und erklärt werden sollen. Als Krapotkin daran ging, „die Grundzüge einer anarchistischen Gesellschaftsordnung zu entwerfen“, schreibt Reclus in der Vorrede zur „Eroberung des Brotes“, stützte er sich „ausschließlich auf die gegebenen Tatsachen des gesellschaftlichen Lebens und auf die genaue Beobachtung der verschiedenen sozialen Bestrebungen in der Vergangenheit und Gegenwart. In erster Linie suchte er die Symptome, die das Kommen einer neuen Kulturperiode andeuten, zu sammeln, danach das Zufällige von dem organisch Wesentlichen zu scheiden, um auf der so gewonnenen Grundlage allgemeine Schlüsse ziehen zu können. Daß ihn diese Methode sofort in Konflikt mit den Satzungen der modernen politischen Oekonomie bringen mußte, war unvermeidlich. Ist doch der größte Teil alles dessen, was diese Bezeichnung heute deckt, nur ein Gewebe metaphysischer Formeln und sophistischer Spitzfindigkeiten, denen man ein wissenschaftliches Gepräge zu geben sucht. Auch die politische Oekonomie der Sozialisten bewegt sich größtenteils noch in denselben alten Bahnen. Sie untersuchte, wie Proudhon und Marx es getan haben, die Beweisführungen der bürgerlichen Oekonomisten, um ihnen auf Grund ihrer eigenen Schlüsse zu zeigen, daß der Kapitalist von der Ausbeutung des Arbeiters existiert.“ Es bliebe hinzuzufügen, daß diese Vertreter der politischen Oekonomie — zwar nicht Proudhon, umso mehr aber Marx und seine Epigonen — ihre Methode und alle aus ihr gewonnenen Ergebnisse nicht nur mit einem wissenschaftlichen Mäntelchen umgaben, sondern als einzigen Ausdruck wissenschaftlicher Erforschung der gesellschaftlichen Tatsachen anpriesen und den urteilslosen Massen aufschwätzten.

Die Arbeitergefolgschaft der marxistischen Einbläser verstand schon zu Zeiten der alten Sozialdemokratie kein Wort von den halbrichtigen Zitaten aus Kautskys und Bernsteins Schriften, mit denen die einem Parteikursus entschwirrenden Mandatsanwärter nach einer anarchistischen Versammlungsrede ihre Befähigung zu erweisen suchten. Aber die Versicherung, daß ein wahrhaft klassenbewußter Proletarier sich zum wissenschaftlichen Sozialismus bekennen müsse, wie er allein in der sozialdemokratischen Partei gepflegt werde, während der Anarchist bloß ein Wirrkopf sei, der den längst überholten utopischen Sozialismus predige, verfehlte nie ihre Wirkung. Die Arbeiter fühlten sich in dem Bewußtsein geschmeichelt, die Kräftiger der Wissenschaft zu sein, schlugen

die Mahnungen, die an ihr eigenes Urteil, an ihre Erfahrungen, an die Erlebnisse im stündlichen Klassenkampf anschlossen, in den Wind und wurden auf diese Weise die unkritischen Nachbeter einer jeder eigenen Kontrolle entzogenen Weisheit. Das Wort Wissenschaft wurde ihnen zum Fetisch und die Führer, die den Kirchenglauben der Massen geschickt für die Anbetung einer nur Eingeweihten zugänglichen Wissenschaft einzufangen wußten, hatten den Vorteil davon, zu priesterlicher Autorität emporzusteigen. Die Anzweiflung ihrer Unfehlbarkeit war Sakrileg wie nur irgendeine Lästerung kirchlicher Dogmen, und wenn wir heute bei den legitimen Nachfahren der alten Sozialdemokratie, den Parteikommunisten, den Anspruch auf blinde Gläubigkeit nicht bloß in bezug auf alle von Marx und Lenin aufgestellten Grundlehren des Staatskommunismus, sondern darüber hinaus auf alle unausgesetzt wechselnden Tagesparolen und auf die von heute bis morgen sich ändernde Schätzung bestimmter führender Personen bis zur Ueberflügelung selbst des päpstlichen Katholizismus erhoben und befolgt sehen, so ist das zurückzuführen auf die den Arbeitern eingeflößte Ehrfurcht vor einer Wissenschaft, die sie nicht verstehen; was sie aber verstehen, weil sie es selber wahrnehmen, sehen, erkennen, erfahren, beobachten, also wissen, das, wird ihnen weisgemacht, habe mit Wissenschaft nichts zu schaffen.

Den größten Nutzen von dieser neuen Art Frömmigkeit, die sich Freidenkertum nennt, weil sie die Kanzelpredigt verwirft, um dafür vor den Kathederpredigten alles freie Denken auszuhängen, hat natürlich die Zunftwissenschaft der Bourgeoisie. Sie steht vollständig im Dienst der Staatsautorität, die ihrerseits als Schildwache vor den Geschäftskontoren der Kapitalisten aufgepflanzt ist. Die dialektische Methode der Wissenschaft ist nicht nur bürgerlicher Herkunft, sie wurde von Hegel sogar mit der ausgesprochenen Absicht zum Ausgangspunkt seiner Philosophie gemacht, durch sie dem Staatsbegriff die Weihe eines naturgesetzlichen Phänomens zu verleihen. Indem Karl Marx das Hegelsche Forschungssystem auf die Bewegungserscheinungen der Klassengesellschaft anwandte und zugleich als Allheilmittel zur geistigen Orientierung für die geschichtlichen und soziologischen Wissenschaften allgemein verordnete, stärkte er das Vertrauen zur Allwissenheit der von der Bourgeoisie abgestempelten Kapazität des offiziellen Schulmeisterturns, schwächte dabei das Vertrauen zum eigenen Fühlen, Denken und Schauen bei den Arbeitern in einem Maße, daß das Abbröckeln der kirchlich-religiösen Autorität bei den zum Erkennen ihrer Klassenlage erwachten Masse dem Staat und seinen Disziplinansprüchen kaum mehr Abbruch tut. Der blinde Glaube der Proletarier an die ihrer Kontrolle nicht zugänglichen Behauptungen der bürgerlichen

Wissenschaft genügt dem Staat zur Sicherung der geistigen Unselbständigkeit seiner Arbeitsrekruten, ohne die seine Autorität in Atome zerrieben würde. Selbstverständlich beschränkt sich ja die andachtsvolle Hinnahme wissenschaftlicher Denkergebnisse bei den Massen nicht auf philosophische oder theoretische Aufstellungen der bürgerlichen Zünftler. Auch da, wo die offizielle Wissenschaft die Forschungsmittel anwendet, die an sich anzuerkennen und zu billigen sind, die des praktischen Eindringens in die Dinge und der Ableitung aller Schlüsse aus Erfahrung und Beobachtung — das ist die von Krapotkin im Gegensatz zur dialektischen leidenschaftlich befürwortete induktiv-deduktive Methode — billigt die große Masse der Arbeiter die wissenschaftlichen Lehren nicht deshalb, weil sie die Prüfung im Leben von ihrer Richtigkeit überzeugt, sondern weil sie ihr durch die Autorität des studierten Forschers legitimiert scheinen. Daß ihr die feierlich umkränzte Wissenschaft entgegentritt, imponiert dem Laien; nach ihrem sozialen Sinn fragt er zuletzt.

Das Ereignis, das solche Betrachtungen dem antiautoritären Gesellschaftskritiker vor allen übrigen Ueberlegungen wachruft, das fürchterliche Säuglingssterben in Lübeck, hat seine tiefste Ursache in der blindgläubigen Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber allem, was sich in die Toga der wissenschaftlichen Unfehlbarkeit hüllt und mit undurchdringlicher Miene den Zauberstab der staatlich monopolisierten Heilsautorität bewegt. Damit soll kein Wort gegen die medizinische Wissenschaft gesagt sein, noch viel weniger sei an ihrer Stelle die Empfehlung von Kurpfuschern, Quacksalbern und Kräuterheiligen ausgesprochen. Es ist eine betäubende, aber durch die Erfahrungen mit den Militärärzten, Gefängnisärzten und Krankenkassenärzten tausendfach bestätigte Tatsache, daß es eine Klassenmedizin gibt, daß zahlreiche zur Feststellung und Heilung von Krankheiten in langjährigem Studium ausgebildete und mit allen Amtsdiplomen ausgestattete Aerzte viel weniger das Wohl des Kranken als das ihres zahlenden Auftraggebers betreuen zu müssen glauben. Dabei ist durchaus nicht immer der Arzt schuldig zu sprechen. Die Krankenkassen weigern sich oft genug, Medikamente, die einen bestimmten Preissatz übersteigen, mag der behandelnde Arzt sie für noch so notwendig halten, zu bezahlen; der Patient selbst kann die Kosten nicht tragen, also bekommt er das erforderliche Heilmittel nicht, mit dem jedem Wohlhabenden Hilfe wird. Das hat viele Menschen sehr mißtrauisch gemacht, und sie trauen nun dem Mediziner auch die Fähigkeiten nicht mehr zu, die er sich genau so erworben hat, wie jeder Schuster die seinen, durch praktische Unterweisung, theoretisches Lernen und fachliche Uebung. Es ist klar, daß ein Arzt, der Hunderte von Leichen geöffnet hat, der sein Stetoskop zu handhaben weiß, der die chemische oder pharmakolo-

gische Zusammensetzung der Heilmittel und ihre Wirkung auf die Organe des menschlichen Körpers auf Grund unzähliger Experimente und der Beobachtungen langer Traditionen kennt, die Ursachen einer Erkrankung und die Mittel zu ihrer Behebung im allgemeinen sicherer feststellen wird, als irgend ein Gesundheitsbeter oder ein Scharlatan, der doch selber bloß auf die Autoritätsgläubigkeit unkritischer Naturen spekuliert, — wobei keineswegs bezweifelt werden soll, daß es Menschen gibt, welche die angeborene Gabe haben, Leiden zu erkennen und, wenn gewissenhafte Prüfung und Uebung diese Fähigkeit entwickelt haben, ihnen auch abzuhelpfen wissen. Nicht anders aber verhält es sich mit begabten und unbegabten studierten Aerzten, und es ist Angelegenheit des Patienten, mit seinem Gefühl und mit der Erprobung des individuellen Könnens des von ihm in Anspruch genommenen Arztes dessen Eignung zur Behandlung seines besonderen Leidens zu ermessen.

Das Unglück in Lübeck hat mit der Anerkennung ärztlicher Hilfe zur Behebung oder Vorbeugung von Krankheiten gar nichts zu tun. Hier erbaten die armen Eltern der Neugeborenen ja nicht den Rat und das Eingreifen des ihnen bekannten Arztes, dessen persönlicher Sorgfalt, dessen ruhiger Hand, dessen hilfsfreudigem Willen sie kraft eigenen Eindrucks oder gütigen Rates befreundeter und erfahrener Mitmenschen das Leben der Kinder anvertrauen mochten, — hier erschien die Wissenschaft als anonyme und abstrakte Macht und empfahl sich als selbstloser Retter der Kleinen aus der schrecklichen Gefahr der Tuberkulose, dieser grauenvollen Proletariergeißel im kapitalistischen Wirtschaftsverfahren. Niemand kannte das Calmettesche Mittel, niemand erkundigte sich, worin die Prozedur bestehen werde, die die Kinder fürs Leben schützen sollte, woraus das Präparat bestehe, das der Säuglingskost beigegeben würde, bei wem man sich außer bei der empfehlenden Instanz weiterhin über die statistischen Ergebnisse des Verfahrens bei früheren Anwendungen erkundigen könne, ob nicht neben den Anpreisungen auch Warnungen vorhanden seien, welche Sicherheiten für die richtige Dosierung, Verwahrung, Behandlung der Kulturen beständen, — die Wissenschaft berief sich auf nichts als auf ihre Autorität, hinter ihre Autorität stellte sich auch noch die des Lübecker Staates, und die Arbeitereltern überließen ihre Kinder, ihre Hoffnung, ihr bißchen Lebensglück dem Dünkel an der eigenen Weisheit und Hoheit nie zweifelnder, unsichtbar und unkontrollierbar im Hintergrund schaltender Vivisektoren — aus lauter Respekt vor deren amtlichen Würden.

Der Aufruhr, den der scheußliche Fall in der ganzen Welt hervorgerufen hat, lärmt sonderbarerweise auch in oppositionellen Kreisen am eigentlichen Problem der Sache vorbei. Mag der ent-

schlossene Angriff, den der sozialdemokratische Politiker und Arzt Dr. Moses im Anschluß an den Vorgang gegen die dogmatische und vielfach ganz unsoziale Schulmedizin führt, noch so notwendig und berechtigt sein, — die Frage, ob das Calmette-Verfahren schon hinlänglich durchforscht und ausprobiert war, um den behördlichen Rat zu allgemeiner Anwendung zu erlauben, ist ganz unwichtig. Die Behauptung anderer Sachverständiger, daß das Eingeben der Rindertuberkeln bei Innehaltung aller Vorschriften und Vorsichtsmaßregeln mindestens unschädlich bleiben müsse, und daß in Lübeck eben fahrlässige oder durch unglückliche Zufälle schuldlos herbeigeführte Irrtümer unterlaufen seien, kann ruhig als wahr angenommen werden. Es ist nie in der Welt möglich, Unglücksfälle vollständig zu verhüten, und die Zahl ihrer Opfer vermehrt wohl die Größe eines Unglücks, aber nicht das Maß einer Schuld, wenn nur Unglück geschehen ist. Dr. Moses behauptet sträfliche Schuld, und auch ihm können wir Laien nicht widersprechen, sondern ihn nur unterstützen in dem Bestreben, solche schuldhafte Fahrlässigkeit in aller Zukunft zu verhindern. Was aber verlangt Moses? Was verlangen mit ihm und noch stürmischer die Kommunisten? Sie verlangen Eingreifen des Staatsanwalts, Verfolgung und Bestrafung der beteiligten Aerzte durch die Gerichte. Hier muß man doch staunen. Diese Sozialisten beiderlei Gestalt verklagen den Teufel bei seiner Großmutter. Der Staat soll die Aerzte verurteilen, absetzen, ächten, verleugnen, die mit der Calmette-Fütterung der Ausbreitung der Tuberkulose unter der Arbeiterklasse vorbeugen wollten? Eine solche Forderung stellen heißt den Staat in der Stunde seiner finstersten Entlarvung zum Unschuldslamm zurechtkämmen, heißt ihn rechtfertigen in seiner schmählichsten Rolle als Schützer des Kapitals gegen das Proletariat, heißt den brutalsten und infamsten Wirkungen der kapitalistischen Ausbeutung den Fortbestand garantieren, sofern nur Vater Staat hier und da ein allzu scharfkantiges Eckchen abschleift; heißt dem Staat helfen, seine und der Kapitalisten Mordschuld — die nicht dadurch aufhört Schuld, wirkliche Schuld zu sein, daß sie keine persönliche, sondern die Schuld der ganzen Institution ist — abzuwälzen auf ein paar seiner Funktionäre; heißt ein gesellschaftliches Uebel von schauerlichsten Maßen zum individuellen Fehltritt eines Gelegenheitssünders verflachen. Nein, der Staatsanwalt bleibe aus dem Spiel. Nicht die behördliche Justiz hat hier zu urteilen, sondern das Volksgericht der Revolution. Und nicht gegen einige Aerzte ist der Prozeß zu führen, sondern gegen Kapital und Staat.

Was die Herren Altstädt und Deyke in Lübeck getan haben, haben sie im wohlverstandenen Interesse des Staates getan. Der Staat hat keinen Vorteil vom Absterben vieler Kinder, sondern durchaus von ihrer Erhaltung als Soldaten des so Gott will bald

wieder uns ruchlos aufgezwungenen ruhmreichen Kriegen und als Nachfragereserve der Industrie, das heißt als Lohndrucker auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt. Die Tuberkulose, verursacht durch Unterernährung, Mangel an Luft, Licht und Wasser, unhygienische Arbeitsmethoden, mangelhafte Gesundheitspflege der Eltern, der Mitbewohner, der eigenen Entwicklung, vernichtet einen ungeheuren Prozentsatz der Bevölkerung und zwar der armen Bevölkerung. Die Abschaffung der Voraussetzungen der Lungenschwindsucht für die breiten Massen kommt nicht in Betracht, da sie teilweise auf Kosten des Unternehmerprofits gehen müßte. Da kommt plötzlich die ärztliche Wissenschaft und erklärt: uns ist die Herstellung eines Mittels gelungen, das den Nachwuchs schon im Säuglingsalter gegen tuberkulöse Infektion immun macht, ohne daß dabei die Fenster in den Arbeiterwohnungen vergrößert, ohne daß der Luftraum erweitert zu werden brauchte. Das Kind braucht keinen Tropfen Milch mehr zu trinken als bisher; kein Gartengrün, kein Sonnenlicht, kein Bad ist nötig; es kann in Staub und Dreck aufwachsen wie bisher, die ungünstigsten Lebensbedingungen dürfen unverändert bestehen bleiben, den Eltern kann die Arbeitszeit verlängert, der Lohn weiter gekürzt, der Kostenaufwand für das Notwendigste bis zur Uner-schwinglichkeit gesteigert werden, — wir lassen die kleinen Proleten Bazillen schlucken und ihr werdet Soldaten und Arbeitssklaven haben, wie das Kapital sie braucht. Ja, ist denn ein solches Angebot der Wissenschaft nicht verlockend? Was man wünscht, das glaubt man gern, und es ist vollkommen sicher, daß die beiden Mediziner, Tuberkulose-Spezialisten in ihrem Fach, heilig geglaubt haben an die einwandfreie Güte des Präparates und an ihre Sendung, dem bürgerlichen Staat einen unermeßlichen Dienst zu leisten. Genau so sicher ist, daß das Lübecker Gesundheitsamt, eine Behörde, die sich aus lauter wohlmeinenden Bürgern zusammensetzt, mit der begeistertsten Zustimmung zur öffentlichen Empfehlung der Calmette-Prophylaxe ehrlich überzeugt war, ein menschheitbeglückendes Werk zu tun. Denn es liegt so in der Wesensart des Bürgers, daß er es liebt, gegen allzu aufdringliche Uebelstände der Gesellschaft allerlei Pflästerchen und wohlriechende Salben anzuwenden, die dem Uebel selbst nicht beikommen können, ihm aber im süßen Bewußtsein maldätigen Edelmutes den Schlaf des Gerechten sichern. Der wahre Zweck ihres Wohltuns, nämlich die Dinge zu lassen wie sie sind und nur ihren Gestank zu parfümieren, kommt Bürgern und Bonzen niemals ins Bewußtsein; sie glauben ehrlich an ihre Herzensgüte, und wäre der Mißgriff in Lübeck nicht geschehen, die Bürger schritten strahlend an den Hütten des Elends vorbei, im frohen Gefühl, die Kinder, die dort in Schuttwolken und Kloakendunst aufwachsen, mit einem Schutzstoff imprägniert zu haben, der die

Schwindsuchtbazillen, die sie mit jedem Atemzug einsaugen, in ihrem hungrigen Magen tot macht. Der Senat der freien Stadt Lübeck würde auf Städtetagen und hygienischen Kongressen als Pionier der Volksgesundheit hoch gefeiert werden, während man jetzt auf die Kleinstaaterei schimpft und das preußische Geschäft mit der Hansestadt vergrößern möchte, wo die gute Gesellschaft einander den Rücken deckt (was in Potsdam nämlich nicht vorkommt). Die Aerzte aber wären die gefeierten Befreier der Menschheit von der furchtbaren Gefahr der Massentuberkulose, sie wären Leuchten der Wissenschaft und ob ihrer mutigen Tat, als erste Forscher Deutschlands die Calmette-Fütterung unter den gefährdeten Säuglingen einer großen Gemeinde zur allgemeinen Verwendung gebracht zu haben, eines Straßennamens in ihrer Vaterstadt gewiß. Im ganzen Lande aber, ja in der ganzen Welt hätte der Tempel der Wissenschaft einen neuen Quaderstein eingefügt erhalten, mit tiefer Ehrfurcht begrüßt von jedem guten Bürger, mit noch tieferer von jedem einfältigen Arbeiter.

Jetzt, da das Experiment in Lübeck den tragischen Ausgang genommen hat, jetzt sucht das Proletariat nach Schuldigen. Möge es den Schuldigen in seiner eigenen Torheit finden. Die ärztliche Wissenschaft mitsamt der ganzen Naturwissenschaft in allen Ehren. Aber glaubt nicht blindlings allem, was euch die Aerzte und die Studierten mit der Anpreisung vorsetzen, dies sei Wissenschaft. Seht euch gefälligst immer auch den Zweck an, dem die Wissenschaft unterstellt wird. Wenn Herr Eckener mit dem Luftpanzer des Generals Zeppelin über euren Köpfen deutschen Genius exerziert, dann ersterbt nicht gleich vor Begeisterung über dies Wunder technischer Wissenschaft. Denkt lieber an den Krieg und an die Zwecke, die damals mit dieser Wissenschaft verfolgt wurden. Sträubt euer Herz sich aber, in der Herrlichkeit nur eine Kriegswaffe zu sehen, dann erkennt wenigstens bei den Ozeanfahrlen des Zeppelin in ihm den Musterkoffer eines Geschäftsreisenden, der in Aluminium, 100 PS-Motoren und allerlei Benzol- und Gasolinmischungen macht. Nebenbei: die Wissenschaft, auch wo sie nicht nur und unmittelbar die Geschäfte des Reichtums besorgt, ist, solange der Kapitalismus die Lebensformen der Menschen bestimmt, immerhin Privileg des Reichtums. Der höchste Nutzen dieses Privilegs erwächst den Reichen daraus, daß die Armen die Wissenschaft als Gottheit verehren. Denn wer noch eine Gottheit gelten läßt, gegen den kann schließlich jede Gottheit siegen. Wer der Autorität einer von ihm selbst nicht überprüften Wissenschaft die geringste Herrschaft über sich einräumt, der hätte gut und gern auch Mitglied einer Kirche bleiben können. Ob man ein außerirdisches Wesen vergöttert, von dem man nichts weiß als daß andere Menschen sein Vorhandensein

behaupten, oder ob man die irdischen Geheimnisse vergöttert, sobald jemand vorgibt, sie erforscht zu haben, so daß sie also keine Geheimnisse mehr sind, sondern Wissenschaft, — der Unterschied ist nicht allzu groß. Denn — sagt Bakunin — „jedesmal wenn die Männer der Wissenschaft, heraustretend aus ihrer abstrakten Welt, sich abgeben wollen mit lebendiger Tätigkeit in der wirklichen Welt, sind alle ihre Vorschläge ärmlich, lächerlich, abstrakt, fleisch- und blutlos, totgeboren, mit den Eigenschaften des Wagnerschen Homunkulus. Die Aufgabe der Wissenschaft beruht deshalb einzig darin, das Leben zu erhellen, aber nicht es zu regieren.“

Entgöttert die Wissenschaft, die im kapitalistischen Staat nichts ist als ein Werkzeug des Kapitalismus; entgöttert sie, da der Kapitalismus sie auch zu einer neuen Kirche zu machen sucht. Entgöttert die Wissenschaft; sie ist, wo ihr von Arbeitern demütig geglaubt wird, die stärkste Stütze des Staates. Die Autorität des Staates wird vernichtet, wenn die Autorität der Wissenschaft ihr keinen Halt mehr gibt. Vertraut der Wissenschaft nur, wo ihr selber prüfen könnt. Glaubt, was ihr wißt, aber bildet euch nicht ein zu wissen, was andere euch glauben machen!

Erziehung durch Prügel

Solange Eltern ihre eigenen Kinder prügeln, haben sie kein Recht sich darüber zu empören, wenn das Reichsgericht eine Entscheidung fällt, die die Züchtigung fremder Kinder gestattet. Solange Eltern das Recht für sich in Anspruch nehmen, ihre eigenen Kinder verprügeln zu dürfen — und dieses Recht nimmt gerade die proletarische Elternschaft noch sehr in Anspruch — solange dürfen diese Eltern sich nicht beschweren, wenn ihre Kinder auch von anderen Erwachsenen auf dieselbe Art „erzogen“ werden. — Wenn man das Kind nach der bürgerlichen Moral auch noch mehr oder weniger als Privateigentum der Familie betrachten darf, so glaubt die privatkapitalistische Gesellschaft doch schon ein Recht an jedem zu haben und somit auch das Recht an der Erziehung im privatkapitalistischen Interesse. Die Erziehung im privatkapitalistischen Interesse aber beruht auf der Erziehung zur „Ordnung“, d. h. zur Unterordnung unter Staats- und Wirtschaftsautorität. —

Die „Ordnung“ beginnt bereits in der Familie. Der Mann, der zurzeit noch wirtschaftlich Stärkere, ist das Haupt der Familie. Er hat zu befehlen; ist schlechthin Autorität. Frau und Kinder haben zu gehorchen. Er ist der Herr, sie die Untergebenen. Daß die Frau dem Manne gleichberechtigt sei, ist eine Floskel, gleichzusetzen jener: Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich . . .

Unsere Ordnung ist eine Unterordnung. So ist die Frau zwar Vorgesetzte der Kinder, aber Untergebene des Mannes. Was der Mann befiehlt ist richtig, wird gemacht. Ist der Mann nicht da, tritt die Frau an seine Stelle, repräsentiert die „Ordnung“. In der Schule ist es der Lehrer. — Ueber unsere Untertanenordnung helfen keine noch so schönen Phrasen des bürgerlichen Gesetzbuches hinweg, denn alles ist bedingt durch die privatkapitalistische Wirtschaft. —

Wie das Kind in die „Ordnung“ hineingepreßt wird, so ist der Erwachsene ein Glied dieser Ordnung: der Vorarbeiter fühlt sich bereits über seine Kameraden hinausgehoben. — Er darf schon befehlen, ist schon eine kleine Autorität, ein Treiber seiner Untergebenen und ein Untergebener seines nächsten Vorgesetzten; und dieser ist wiederum seinem Vorgesetzten verpflichtet und so fort bis hinauf zum Chef oder noch weiter hinauf zur A.-G. oder zum Konzern. Die Autorität wächst zwar mit der sozialen Stellung bis ins unpersönlich Schemenhafte, die Wichtigkeit und der Druck aber wirken sich umgekehrt aus. So ist der letzte Vorgesetzte immer der schlimmste — wenn er auf der sozialen Leiter eine Sprosse höherklimmen will. Das bedingt die „Ordnung“, die „göttliche Weltordnung“, das Untertanensystem. —

Dasselbe, was sich in der Familie im Kleinen abspielt, im Wirtschaftsleben im Größeren in Szene setzt, wird durch den Staatsapparat im Interesse der Nutznießer der privatkapitalistischen Wirtschafts- und der sie stützenden Staats„ordnung“ ins Groteske gesteigert. — Wie im Wirtschaftsleben der letzte Vorgesetzte, der „vorwärts“ kommen will, immer der gemeinste Antreiber sein wird, so erst recht im Staatsleben. Da ist selbst der unterste Beamte immer noch Vorgesetzter. — Er ist Vollstrecker der Staatsautorität und je wichtiger er sich vorkommt und je tüchtiger er sich seinen Vorgesetzten repräsentieren möchte, desto rücksichtsloser wird er seine Autorität walten lassen: Unsere Prüpo hat in den Maitagen des vorigen Jahres wieder einmal den Beweis erbracht, was Staatsautorität und Ordnung sind. —

Wie im Wirtschaftsleben der unterste Vorgesetzte immer der gemeinste Antreiber sein wird und nach dem System der privatkapitalistischen Ausbeutung auch sein muß, so ist auch die Partei, die vorgibt die Interessen der Ausgebeuteten zu vertreten, in Wirklichkeit der letzte Antreiber der Massen und der Vollstrecker der Vollzugsgewalt: im Interesse der Staatsordnung. Durch die letzten Lakaien der Wirtschafts„ordnung“ und der „demokratischen“ Republik hat uns die Sozialdemokratie der restlosen Ausbeutung und dem Faschismus ausgeliefert. Faschismus aber ist die höchste Potenz des Nationalismus und der geistigen Versklavung, wie Rationalisierung, Monopolisierung die letzte Stufe der Privatwirtschaft ist und die wirtschaftliche Verelendung der Massen bedingt.

Die Ordnung, wie die Kettenhunde der Reaktion sie auffassen, funktioniert bereits wieder so gut, daß trotz wirtschaftlicher Dauerkrisis, Arbeits-

losigkeit, Korruption, Justiz- und Polizeiterrord Ruhe herrscht: Ruhe wie in einem Totenhaus. — Nur ab und zu verhaßt ein Schrei eines Gequälten und ein letztes Stöhnen und Röcheln läßt den letzten Fluch und die letzte Empörung ersticken. — Der Staat als Polizist der privatkapitalistischen Ordnung hat von sich aus das größte Interesse an einer möglichst reibungslosen Ueber- und Unterordnung in Familie und Wirtschaft. Je reibungsloser er dies zuwege bringt, desto besser ist es für die Profitwirtschaft und seinen eigenen Bestand bestellt. Um die Einordnung in die Zwangsordnung zu erzielen, muß bereits beim Kinde begonnen werden. So wird bereits im Kinde der Wille gebrochen, die Persönlichkeit erschlagen, um ein willfähiges Glied im Sinne der privatkapitalistischen Ausbeutungs-Ordnung und im Interesse seiner Nutznießer zu erziehen.

Solange also der Arbeiter — ich verstehe darunter jeden Schaffenden — seinen Nachwuchs durch Schläge selbst in die bürgerliche Ordnung hineinpreßt, sich selbst als Familien„vorstand“ fühlt, seine Geltungssucht nicht weiter reicht als Antreiber oder Bonze zu werden, solange er geduldt jede Obrigkeit über sich duldet und mit seinem Untertanengeist den entseelenden Geist der „Ordnung“ erst lebensfähig macht, solange nicht alle Schaffenden selbstbewußt werden, über ihre Persönlichkeiten hinweg zur Gemeinschaft streben, die jedes Schmarotzertum ablehnt, so lange wird es keine wirklich freien Menschen geben, die wiederum ihre Kinder zu freien Menschen erziehen. Wollen wir aber wirklich einmal zur Gemeinschaft gelangen, dann müssen wir die „Ordnung“ erst einmal gründlich zerstören, die Ueber- und Unterordnung nicht länger dulden, aus Untertanen freie Menschen werden. — Erst wenn wir das geworden sind, fällt das Ausbeutungs- und Schmarotzersystem in sich zusammen und kein Reichsgericht kann mehr eine Entscheidung fällen: im Sinne der heutigen Ordnung.

Bis dahin aber werde ich jeden, der mein Kind im Sinne dieser Entscheidung zu erziehen versucht, zur Verantwortung ziehen, im übrigen aber bestrebt sein, die „Ordnung“ zu unterhöhlen, weil ich nicht vergaß, was diese „Ordnung“ mir schuldig geblieben ist. Auch werde ich nicht vergessen, daß die Ordnungsbestien noch versuchten, mich in meinem 47. Lebensjahre im Sinne der Staatsräson zu erziehen. —

Ich rufe daher jedem zu: Jagt den Untertan aus euch aus, werdet freie, selbst- und verantwortungsbewußte Gemeinschaftsmenschen, dann stürzt die ganze Schmarotzerordnung in sich zusammen und ein freies Menschengeschlecht wird erstehen, daß keine Ausbeutung, keinen Zwang und keine Prügel mehr kennt!

Hugo Buchholz.

Der Tod als Staatsbeamter

In Lemberg hat man drei Jungkommunisten als Hochverräter zum Tode verurteilt, weil sie Flugblätter und Aufrufe verbreitet haben, in denen für die soziale Revolution Stimmung gemacht wurde. Ob die Proteste der Arbeiter in aller Welt auf den alten Zotenreißer Pilsudski genügend Eindruck machen werden, um gegen die braven Genossen Hirsch, Jugend und Proper „Gnade“ walten zu lassen, d. h. sie anstatt dem Henker zum Strangulieren dem Kerkermeister zu lebenslänglicher Peinigung in einem polnischen Zuchthaus zu übergeben, ist im Augenblick, wo dies geschrieben wird, noch nicht gewiß. Gewiß ist nur, daß Pilsudski selbst die Möglichkeit, Hochverräter an den Galgen zu bringen, einer Tätigkeit dankt, die er jahrelang um einer ihm heiligen Idee willen betrieben hat, und die im Sprachgebrauch aller Staatsgewalt Hochverrat heißt. Doch ist ja, was Lassalle schon fest-gestellt hat, Hochverrat ein Verbrechen, bei dem nur der Versuch strafbar ist. Ein so erfolgreicher Hochverräter wie der polnische Marschall dagegen wird mit der Uebertragung des Rechtes belohnt, den Versuch, seine hochverräterischen Erfolge zu zerstören, seinerseits so lange mit Galgen und Zuchthaus zu ahnden, bis auch hier aus dem Versuch der Erfolg wird. Dann kann, sofern dieser Erfolg in der Uebernahme der Staatsgewalt durch die Hochverrats-Nachfolger besteht, das Spiel mit Leben und Freiheit wieder neuer Hochverräter munter weitergehen. Revolutionen sind gut, sie sind das beste Teil alles menschlichen Zukunftsbewußtseins, sie sind der große Trost in der Erbitterung über jede Unzulänglichkeit öffentlicher Einrichtungen. Aber Revolutionen sind sinnlos, wenn sie nicht ihre eigenen Ursachen ausrotten, wenn sie nur Kriege sind, die eine Machtgruppe anspringen, um eine andere an ihren Platz zu setzen. Wir müssen sehr wünschen daß die Empörung über das Lemberger Urteil das Leben der drei Genossen retten werde, aber ihre Lebensrettung muß mit dem Willen der internationalen Arbeiterschaft verbunden sein, die Kräfte der jungen Kämpfer, sei es auch vorläufig eingegittert, der proletarischen Revolution zu erhalten, an deren Ende die staatlose Gesellschaft steht, welche dem Hochverrat nach Freiheit verlangerder Werteschaffer nichts mehr zu tun läßt.

Der Tod als Abwehrmittel der politischen Macht gegen Menschen, die diese Macht für sich begehren oder sie brechen wollen, ist so alt wie der politische Kampf selbst. Die moralische Beurteilung der Tötung von Menschen aus rein politischen Gründen ist daher für niemanden leicht, der es nicht liebt, bei jeder Gelegenheit seinen Zettelkasten zu öffnen und den für alle Lebenslagen passenden Spruch zu immer fertigem Gebrauch hervorzuziehen. Für den revolutionären Anarchisten ist es mit dem Bibelwort „Du sollst nicht töten“ auch dann nicht getan, wenn es mit der Kraft Tolstojischer Autoritätsfeindschaft und als Ausdruck konsequentester Machtverneinung gesprochen wird. Die Entscheidung darüber, ob und wann die Auslöschung des Lebens im Kampf um das öffentliche Wohl sich rechtfertigen läßt, kann nur eine Entscheidung der Leidenschaft sein, und so wird auch das Urteil, das einem Menschen wegen seiner Haltung zur Allgemeinheit das Recht zum Weiterleben abspricht, vor dem revolutionären Gewissen und vor der künftigen Geschichte danach zu bewerten sein, inwieweit die Leidenschaft der Empörung bei seiner Fällung maßgebend war, auch für welche Idee die Leidenschaft entflammt, gegen welche Gesinnung die Empörung entfesselt war. Wir verabscheuen die Tat der Charlotte Corday nicht, weil es ein Mord war, sondern weil die Mörderin im Dienste einer verruchten Idee, der volksfeindlichen Aristokraten-Reaktion, handelte und ihr Dolch in Marat den

glühendsten und entschlossensten Geist der Revolution vernichtete. Dagegen wird es kaum einen Revolutionär geben, der nicht Krapotkins unbedingter Billigung der Hinrichtung Ludwigs XVI. und seiner Frau recht gäbe. Und doch handelte es sich bei Marats Ermordung um einen Akt individueller Entschließung, im anderen Falle aber um das Ergebnis ernster und langwieriger Beratungen im Konvent. Aber die Leidenschaftlichkeit eines Unternehmens bedeutet noch keinen Mangel an Ueberlegung, und die Männer, die den Tod über den König verhängten, waren erfüllt von der leidenschaftlichen Liebe zur Revolution; sie wußten: mit dem Tode des verräterischen Paares „starb das französische Königtum, damit war eines der Haupthindernisse, das jeder sozialen Erneuerung der Republik im Wege stand, beseitigt“ (Krapotkin, Die französische Revolution).

Wo die Verhängung des Todes über einen Menschen noch irgend als Kampfhandlung in schweren politischen Auseinandersetzungen betrachtet werden kann, sollte sie hingenommen werden als der einfachen Frage zugehörig, ob man die Revolution mit allen ihren Ausdrucksformen, genau wie sie sich eben bietet, will oder ob man den revolutionären Willen einer gewisse Ausdrucksformen verwerfenden Moral halber beurlauben kann. Aller Terror im Bürgerkrieg, mag er sich in individuellen Unternehmungen, in der Feme einer Verschwörung, in Revolutions-Tribunalen oder in was für gesetzloser Gewalt immer ausdrücken, ist, sofern die innere Verpflichtung einer Gesinnung die Waffe gegen die Nebenmenschen führt, unter völlig anderen sittlichen Gesichtspunkten zu beurteilen als der Mord von Staats wegen, der unter der Maske des ordentlichen Gerichtes paragrafierte Gesetze mit kühlem Gleichmut Blut spritzen läßt. Das macht das Lemberger Todesurteil so erbärmlich, daß es von einem Bezirksgericht ausgesprochen, daß ihm trockene Gesetzesformeln zugrunde gelegt, daß der Tod nicht von Erregung, Begeisterung, noch so verkehrten oder verächtlichen Gefühlen herbeigerufen, sondern einfach als Funktionär der Staatsordnung bemüht wird. Das bestimmt aber auch die Stellung des anarchistischen Revolutionärs zur Frage der Tötung aus öffentlichem Recht: ob es sich um das Naturrecht der Verteidigung des Lebens oder der Selbstbestimmung einer zum Befreiungskampf verbundenen Masse, beziehungsweise die Rächertat eines einzelnen handelt, der sozial so tief eins ist mit der vergewaltigten Masse, daß ihn jedes Unrecht gegen alle wie die Schändung des eigenen Lebens trifft — oder ob temperamentlose Anwendung papierner Vorschriften öffentliches Recht genannt und die Entscheidung über Leben und Tod zu einer kalten Amtshandlung erniedrigt wird, deren Aufgabe wie die jeder staatlichen Funktion allein die ist, den Geschäftswagen der kapitalistischen Unternehmer die sichere Fahrt über verhungerte Proletarierleiber zu verbürgen.

Wenn im Augenblick bestimmte Kriminalfälle in Deutschland das Problem zur Erörterung stellen, ob unter den Strafen, mit denen der bestehende Staat die Vorrechte der besitzenden Klasse gegen den Lebensdrang der Besitzlosen zu schützen sucht, auch die Beförderung vom Leben zum Tode zugelassen bleiben soll, so ist zunächst daran zu erinnern, daß die Sozialdemokraten, zur Zeit die Haupttrüfer im Streit gegen die Todesstrafe, ihre gefühlvolle Menschlichkeit stets mannhaft zur Seite zu stellen wußten, sobald sie an der Macht zu sein glaubten (sie glaubten es immer dann, wenn ihnen das Kapital erlaubte, sich für seine Interessen gegen ein paar Pfünden die Finger zu verbrennen), und für revolutionäre Arbeiter, die ihre Thronchen gefährdeten, den Mord „von Rechts wegen“ recht ungeniert in Tätigkeit gesetzt haben. Dabei können sie sich keineswegs darauf berufen, daß sie Todesurteile etwa nur als Ausschreitungen von Feldgerichten im

Bürgerkriege haben dulden müssen, da sie nun einmal zeitweilig, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, dem (ihrem Noske unterstellten) Militär auch die Justizgewalt hätten überlassen müssen. Was ist es aber mit der gesetzlichen Ermordung Eugen Levinés? Da sprach ein von Sozialdemokraten beauftragtes, aus monarchistischen Juristen und Offizieren nach einer „Rechtsordnung“ aus dem Jahre 1813 zusammengesetztes Standgericht wegen Hochverrats die Todesstrafe aus, auf Grund nicht eines für die besondere Zeit besonders hergerichteten Strafparagrafen, sondern auf Grund des § 81 des alten Bismarckschen Strafgesetzbuchs, der die alte Bismarcksche Verfassung von 1871 gegen Umsturz sichern sollte, eine Verfassung, durch deren Umsturz und Nichtmehrbestehen die Sozialdemokraten erst in die Lage gekommen waren, den Hochverrat gegen sich zu konstruieren und mit dem Tode des kommunistischen Revolutionärs zu ahnden. Auch darauf können sie sich nicht berufen, daß sie, nachdem das Todesurteil erst ausgesprochen war, die Vollstreckung nicht hätten hindern können. Ihr Schneppenhorst hat der Vollstreckung ausdrücklich zugestimmt, und der sozialdemokratische Ministerpräsident Hoffmann-Kaiserslautern hat sie durch Abwesenheit bei der Abstimmung im Ministerrat und Nichtübertragung der beiden Stimmen, über die er verfügte und die er übertragen durfte, erst möglich gemacht. Es wäre ferner recht nützlich, wenn einmal eine vollständige Liste der Todesurteile zusammengestellt und der Arbeiterschaft vorgelegt würde, die von Sondergerichten gegen revolutionäre Arbeiter in den Jahren 1919, 1920, 1921 und 1923 verhängt und erst nach Einholung der Zustimmung Eberts oder der von ihm beauftragten Stellvertreter Hörsing, Severing usw. vollstreckt wurden.

Der Staat kann, wenn ihm die Festlegung der Todesstrafe im Strafgesetzbuch als Vergeltung für beabsichtigten Mord nicht mehr nützlich scheint, die Aufhebung dieses Strafmittels vornehmen, und es ist ganz selbstverständlich, daß die Abschaffung der Todesstrafe von ihm auf das Nachdrücklichste gefordert werden muß. Dabei darf aber niemals vergessen werden, daß kein Staat jemals in Wirklichkeit auf die Tötung von Menschen unter dem Vorwand der Rechtspflege verzichten wird. Für unpolitische Taten mag er mit seinen übrigen Rachemethoden auskommen; einen unglücklichen und durch Unglück ausgeglittenen Menschen fürs ganze Leben im Zuchthaus quälen, ist schließlich auch schon ein gewisser Trost für die Staatsgesinnung, der Recht Recht bleiben muß. Gegen Angriffe jedoch auf die wirtschaftlichen Grundlagen des Staates selbst wird der Tod von jeder Sorte Regierung zum Schutze des Privateigentums und zur Verteidigung der eigenen Machtbefugnisse stets als Staatsbeamter herangezogen werden, zunächst im Waffenrock der Beruhigungspolizei, und, wenn das nicht allein hilft, im Talar der Justiz. Es ist lächerlich, die Abschaffung der Todesstrafe zu verlangen und gleichzeitig die gesamte Bevölkerung unter ständiger Todesdrohung zur Befolgung der polizeilichen Vorschriften anzuhalten. Zörgiebel stellte — es ist erst 14 Monate her und noch nicht von allen vergessen — die Begehung der Maffei in den üblichen Formen der Straßenaufmärsche 1929 unter Todesstrafe. Er verhängte an den Tagen nach dem 1. Mai über verschiedene Berliner Stadtgebiete ohne vorherige Ankündigung den verschärften Belagerungszustand und ließ diejenigen, welche sich von dieser Maßnahme überraschen ließen und in den Schußbereich seiner Scharfrichter gerieten, von den Gehsteigen, von Balkonen und von den Fenstern weg totschießen. Zörgiebel ist durch das Kleben seiner Organisationsmarken verpflichtet, Gegner der Todesstrafe zu sein. Andernfalls wäre es interessant zu wissen, wie er mit einem Polizeipräsidenten verfahren würde, der etwa während des Spartakusaufstandes revolutionärer

Sicherheitskommissar gewesen wäre und nach der Niederlage des Proletariats ihm wegen ebensolcher Bluttaten zur Aburteilung vorgeführt würde. Das ist freilich bloße Hypothese; denn beim verstorbenen Genossen Eichhorn wäre eine derartige Amtswaltung unvorstellbar gewesen. Wir ändern aber werden unsern Widerstand gegen das Strafmorden des Staates schon mit triftigeren Gründen und mit besseren Bundesgenossen führen müssen als die wohlmeinenden Bürger, die den Fall Jakobowski und den neuen Fall Zell zum Anlaß empörter Proteste nehmen, beim Anblick schwerbewaffneter Alexsoldaten aber, die in Ueberfallautos durch die Straßen sausen, jeden Augenblick bereit, zusammengelaufene hungernde Menschen zu töten, nicht mit der Wimper zucken und im Abknallen eines nackten Menschen, der eines Freibades wegen arretiert werden sollte und sich gern noch die Hosen angezogen hätte, einen Betriebsunfall, schlimmstenfalls einen Mißgriff sehen. Sie werden auch nicht danach forschen, was aus dem schießfreudigen Schupomann wird; jetzt ist er vom Amte suspendiert, das beruhigt jeden Menschenfreund; wird er nach ein paar Wochen als Aufseher an ein Zucht-haus versetzt, wo er jeden in Disziplinierung genommenen Gefangenen mit Gummiknüppelhieben zum Arrest begleiten kann, dann erfährt es ja niemand und der Steuerzahler braucht wenigstens nicht noch einem aus Versenen öffentlich bemerkbar gewordenen Amtssadisten teuren Ruhesold zu bezahlen.

Uebrigens: wo wird denn ein Mörder überhaupt hingerichtet, um ihn wegen des Mordes zu strafen? Jakobowski wurde geköpft, weil er kriegsgefangener Russe war und wäre als blonder Baltikumer am Leben geblieben, auch wenn er das Kind wirklich getötet hätte, dem er nichts Böses getan hat. Warum ist dem Württemberger Vatermörder Zeiß der Kopf heruntergeschlagen worden? Weiß es so schrecklich verwerflich ist, den eigenen Vater umzubringen? Dem Grafen Stolberg wäre es in Württemberg nicht um ein Haar schlechter gegangen als in Schlesien. Er wäre dort vielleicht Schöffe im Prozeß gegen Zell gewesen. Zell wurde keineswegs hingerichtet, um ihn wegen Mordes zu strafen, sondern um der Reichsregierung und dem Reichstag die lange Nase der württembergischen Staatshoheit zu drehen. Der Tod wurde von dem christkatholischen Herrn Bolz mit dem behörlichen Auftrag engagiert, bayerische Eigenart in schwäbischer Amtstracht vorzuführen. Ueberall hat das politische und das geschäftliche Zweckinteresse die Entscheidung, und die Menschlichkeit hat das Geringste mit dem Für oder Wider des Vergeltungsmordes zu tun. Wenn der Staat endlich den Gedanken erwägt, den Tod als pensionsberechtigten Beamten abzubauen — mit dem Vorbehalt, ihn Friedrich Ebert zum Gedächtnis bei Wirksamkeit des Artikels 48 zur technischen Nothilfe heranzuziehen —, so unterwirft er sich nach langem Sträuben einer Moral, die sich in Wechselbeziehung zur Loslösung der Massen vom religiösen Kirchenglauben als die natürliche Sittenkultur selbstdenkender Menschen Bahn gebrochen hat. Der alte Professor Kahl hat ehrlich ausgesprochen, wie die Dinge liegen: Er sei stets Anhänger der Todesstrafe gewesen, solange die allgemeine gesellschaftliche Auffassung sie als Recht empfunden hat; da er sich jedoch überzeugt habe, daß hier ein Wandel vor sich gegangen sei, füge er sich den modernen Sittlichkeitsbegriffen und stimme nun für Beseitigung der betreffenden Bestimmungen. Für den über achtzigjährigen, staatskonservativen, kirchenfromm protestantischen, professoralen und geheimrätlichen Parlamentarier ist das ein Zeugnis einsichtsvoller Bescheidenheit, wie sie in allen Kategorien der von ihm vertretenen Gattung außerordentlich selten vorkommt.

Die Streichung der Todesstrafe aus dem deutschen Reichsstrafgesetzbuch ist gleichwohl noch sehr zweifelhaft. Die Gründe, die für die Beibehaltung angeführt werden, halten, vom Standpunkt der Staatsautorität gesehen, den Gegengründen durchaus die Wage. Daß Justizirrtümer vorkommen — sie sind viel, viel häufiger, als der Uneingeweihte entfernt ahnt —, spielt für die Verfechter eines konsequenten Machtmonopols für den Staat eine ganz untergeordnete Rolle. Der Fall Sacco-Vanzetti war das geschichtliche Musterbeispiel, wie die Staatsräson von wahren Hütern des Staatsprinzips zu handhaben ist. Sämtliche mit der Angelegenheit befaßten Amtspersonen haben genau gewußt, daß die beiden Anarchisten an den ihnen vorgeworfenen Raubüberfällen vollständig unbeteiligt waren. Aber darauf kam es gar nicht an. Es kam darauf an, durch ihre Verbrennung auf dem elektrischen Stuhl die Unerbittlichkeit des staatlichen Gewaltapparates zu beweisen, durch siebenjährige scheinbare Rechtspedanterie, durch vorge-täuschte Erschöpfung auch der letzten Prüfungsmöglichkeiten die Unantastbarkeit eines vom Staat gewünschten, darum von seinen Organen gelieferten Urteils zu manifestieren. Das Leben von Menschen, ob schuldig oder nichtschuldig, ist vollständig nebensächlich, wo es um die Autorität des Staates geht. Das Argument aber, das von pazifistischen und anderen idealistischen Bekämpfern der Todesstrafe am häufigsten vorgebracht wird, ihre Abschaffung ermögliche die Wiedergutmachung zu Unrecht ergangener Urteile, sieht an der trüben Tatsache vorbei, daß in den deutschen Zuchthäusern Dutzende und Hunderte Gefangene sitzen, die, großenteils für Lebenszeit aus der Gesellschaft entfernt, die Taten, für die sie sitzen, entweder nicht begangen haben oder doch unter Annahme völlig falscher Tatbestände weit über alle Zulässigkeit hinaus bestraft wurden. Ich selbst könnte eine ganze Reihe solcher Fehlurteile aufzählen. Aber die Wiederaufnahme von Prozessen ist dermaßen erschwert, daß unter tausend unschuldig Verurteilter kaum einer ist, der noch einmal angehört wird. Der Staat muß Recht behalten, und es stände den Eiferern gegen die Todesstrafe recht gut an, wenn ihnen das Leid der unschuldig Eingekerkerten, die an Körper, Geist und Seele zugrunde gerichtet, deren Frauen und Kinder mit ihnen um alles Lebensglück betrogen werden, ebenso zu Herzen ginge, wie der gelegentliche Tod eines von ihnen auf dem Schafott. So ein Jakubowski hat es wenigstens rasch hinter sich.

Kürzlich hat im „Bayerischen Kurier“ ein katholischer Gefängnisgeistlicher eine begeisterte Verteidigung der Todesstrafe veröffentlicht. Er begründete seine Stellung mit der christlichen Auffassung, daß der Sterbende ja nicht in Nichts hinabsinke, sondern der Auferstehung zu ewigem Leben entgegengehe. Wer aber mit geläuterter Seele die irdische Welt verlasse, dem winkt im Jenseit Heil und Seligkeit. Da die Kirche die Macht hat, von allen Sünden Absolution zu erteilen, kann also auch der Raub- oder Lustmörder durch Reue und duldsame Hinnahme seiner Strafe der ewigen Verdammnis entgehen und der Gnaden des Himmels teilhaftig werden. An diese Voraussetzungen anknüpfend, erzählte jener Priester nun von seiner seelsorgerischen Tätigkeit bei den Delinquenten vor ihrer Köpfung und kam zu dem Schluß, daß wenige Sterbliche so gut vorbereitet wie sie vor ihren Herrn hintreten könnten. Die Abschaffung der Hinrichtungen würde daher für die großen Verbrecherwider das Leben die Entziehung einer Gnade bedeuten, um die sie jeder gute Christ nur beneiden könne. Der tiefere Gedanke dieses Plädoyers für das Kopfabschlagen ist also der, daß bei der Abschaffung die Kirche Kundschaft verlieren würde. Man könnte, die Logik des bayerischen Guillotine-Pfaffen weiterführend, meinen, die Kirche müßte, wenn sie der Henker nicht entraten kann, auch die Minderung der Mörder

als Schaden betrachten. Wir Anarchisten wünschen eine Gesellschaft an Stelle der von Kapital und Kirche beherrschten staatlichen zu setzen, in der der Anreiz zum Mord durch anständige Lebensbeziehungen ausgeschaltet wird. Wir glauben, daß Mord in den meisten Fällen auf unmittelbare Not oder doch auf die durch Mangel am Nötigsten hervorgerufene Auflockerung der sittlichen Hemmungen zurückzuführen ist. Beim Raubmord ist das ohne weiteres ersichtlich, aber auch Lustmorde werden, falls sie nicht Ausgeburten von Geisteskrankheiten sind, fast immer von sexuell Entarteten verübt, deren Entartung von traurigen Wohnverhältnissen, besonders aber von der scheußlichen Sexualerziehung ausgeht, die der Staat in seinen Fürsorgeanstalten, Waisenhäusern und Gefängnissen, an armen Jugendlichen verüben läßt. Die Gesellschaft, die keinen Mangel an Nahrung, Wohnraum, Kleidung und hygienischer Pflege mehr kennen wird, wird auch keine Morde mehr kennen, nicht mal solche aus Eifersucht, weil sie die Sklaverei auch aus den Familienbeziehungen ausgemerzt haben wird. Daß die Kirche gegen den Sozialismus ist, wird nun wohl klar sein. Wo die Einrichtungen der Gesellschaft die Taten nicht mehr fördern, die, aus Qual begangen, mit Qualen verfolgt werden, kann sie die überirdische Reue nicht mehr anheizen, mit der sich die Schächer von heute demütig vom Pfaffen zum Blutblock begleiten lassen.

Wäre es denn nun aber wirklich ein solcher Fortschritt, wenn die Todesstrafe aus allen Gesetzbüchern gestrichen würde? Für die sogenannten Verbrecher wahrscheinlich zuletzt. Wohl aber für die anderen. Der Gedanke, daß Menschen eigens angestellt sind, um darüber zu bestimmen, ob andere Menschen leben dürfen oder nicht, ist kaum erträglich. Nur diese krasseste Verletzung alles menschlichen Empfindens rechtfertigt den besonderen Kampf gegen das Töten als Rechtsmittel. Im übrigen aber sollten wir uns dessen bewußt bleiben, daß die Ablehnung der Todesstrafe keinesfalls die Bejahung der Zuchthausstrafe bedeuten darf. Der Unterschied zwischen der körperlichen Vernichtung eines Menschen und seiner Entwürdigung und Erniedrigung durch die widerlichste Freiheitsberaubung und geistige wie seelische Vergewaltigung ist nicht übertrieben groß. Aller „inhumane“ Strafvollzug schafft nicht die Scheußlichkeit aus der Welt, daß der Staat in seinen Zuchthäusern Menschen straft, die die Opfer seiner eigenen Verbrechen sind; daß er gar sich anmaßt, Menschen zu bessern, deren ganze Schlechtigkeit darin besteht, daß sie der staatlichen Niedertracht nicht gewachsen waren. Diese Heuchelei ist ärger als selbst die Infamie des Mörders unter dem Deckmantel des Rechtes. Der Staat, der den Sklareks die Pein des Untersuchungsgefängnisses erspart, weil sie klug genug gestohlen haben, um auch jetzt noch Millionäre zu sein, mag seine Macht zur Rache an Proletariern mißbrauchen, aber er möge von Gerechtigkeit schweigen, wenn seine Justiz waltet.

Und Peter Kürten? Soll er vielleicht auch frei herumlaufen und weiterhin Schrecken und Entsetzen verbreiten? Vielleicht ist Peter Kürten wirklich der Mörder von Düsseldorf. Bewiesen hat man ihm jedenfalls noch keines der Verbrechen, und Hans Hyan hat kürzlich in der „Weltbühne“ sehr starke Zweifel daran erweckt, ob ihm mehr geglaubt werden kann, als dem vorher festgesetzten Selbstbezüglicher Staußberg. Gerade die Taten des Düsseldorfer Blutmenschen sind offensichtlich Verbrechen eines Perversen, solche, die ausnahmsweise nicht sozial bedingt zu sein pflegen, sondern auf kranker Anlage beruhen, die in allen Gesellschaftskreisen auftritt. Aber Kürten ist Proletarier, und bei der Suche nach dem Täter hat die Polizei seinerzeit ganze Proletarierviertel eingekreist, aber nie einen Bour-

geois behelligt. Vielleicht gesteht mal in 20 Jahren auf dem Totenbett ein Millionär, daß er sich's geleistet hat, den Tod in seine Privatdienste zu nehmen. Wie sich eine rechtliche und freiheitliche Gesellschaft mit solchen Entarteten abfinden wird, mag Zukunftssorge sein. Falls man sie nicht heilen kann, wird man sie vielleicht töten. Die Sicherheit der Gemeinschaft ist selbstverständlich wichtiger als das Tribleben eines Schädlings. Was der Staat mit dem Düsseldorfer Massenmörder anfängt, kann uns völlig gleichgültig sein. Da er sich das Monopol anmaßt, den Tod als Beamten zu beschäftigen, wird er den Kerl wohl vor der Selbstjustiz der Düsseldorfer beschützen, und wenn inzwischen kein Krieg ausbricht, in dem der Sadismus die Weihen des Heldentums erhält, wird er mit ihm tun, was Kapital und Kirche am nützlichsten dünkt.

Da wir aber gerade von amtlichen Strafen, von amtlichem Töten reden, und da gerade auch wieder die Gnade des Staates aus Anlaß der Rheinlandräumung an allen denen vorbeigegangen ist, die der Staat durch Krieg und Elend in die bitterste aller Lagen gebracht hat, von der Gnade des Staates die Rettung und das Leben erbetteln zu müssen, sei der Aufruf in Erinnerung gebracht, den Rosa Luxemburg am 18. November 1918 in der „Roten Fahne“ veröffentlichte. 11½ Jahre nach seinem Erscheinen fordern wir vergeblich die Freilassung wenigstens der Kapitalsopfer, die vor dem Kriege, während des Krieges, durch den Krieg in die Fänge der Strafjustiz geraten sind, disputieren wir mit christlichen Staatslenkern, ob das Herunterhauen von Menschenköpfen von Amts wegen empfehlenswert sei oder nicht. Rosa Luxemburg hat ihren Glauben an die Menschheit mit dem gewaltsamen Tode büßen müssen, und ihre Mörder haben ein gutes Leben. Für diese Herren wurde der Tod als Staatsbeamter nicht in Bewegung gesetzt, für sie braucht auch niemand die Linderung eines Gefangenschicksals zu fordern. Aber die gänzliche Wirkungslosigkeit des Aufrufs mag uns für die Zukunft eins lehren: die Revolution hat keine Linderung des Loses von Gefangenen mehr zu fordern, sondern selber zu handeln, damit es keine Gefangenen des Staates mehr gebe. Und die Revolution hat nicht mehr die Ausmerzungen der Todesstrafe aus dem Strafkodex zu fordern, sondern mit dem Staat auch seine Strafgesetze auszutilgen. Die Revolution muß Recht schaffen, indem sie die Justiz abschafft.

Rosa Luxemburgs Aufruf lautete:

„Liebknecht und ich haben beim Verlassen der gastlichen Räume, worin wir jüngst hausten — er seinen geschorenen Zuchthausbrüdern, ich meinen lieben armen Sittenmädchen und Diebinnen, mit denen ich dreieinhalb Jahre unter einem Dach verlebt habe — wir haben ihnen heilig versprochen, als sie uns mit traurigen Blicken begleiteten: wir vergessen euch nicht!

Wir fordern vom Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates eine sofortige Linderung des Schicksals der Gefangenen in allen Strafanstalten Deutschlands! — Wir fordern die Ausmerzungen der Todesstrafe aus dem deutschen Strafkodex!

Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen, in Bächen geflossen. Jetzt muß jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallinen Schalen gehütet werden. Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit — dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muß umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage, und ein zu wichtigem Tun eilender Mensch, der aus roher Unachtsamkeit einen armen Wurm zertritt, begeht ein Verbrechen.“

Demokratie

Wir dürfen es nie vergessen: Reichsverfassung, Artikel 1: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Artikel 5: „Die Staatsgewalt wird in Reichsangelegenheiten durch die Organe des Reichs . . . ausgeübt.“ Artikel 18: „. . . Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen. . . .“ Artikel 68: „. . . Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen.“ Artikel 109: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich . . .“ Artikel 151: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen . . .“ Artikel 153: „. . . Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste.“ Artikel 155: „Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhütet und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern. . . Die Bearbeitung und Ausnutzung des Bodens ist eine Pflicht des Grundbesitzers gegenüber der Gemeinschaft. . .“ Artikel 157: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reichs. . .“ Artikel 163: „Jeder Deutsche hat, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. . .“ Artikel 165: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. . .“

Da es uns fernliegt, durch die Erinnerung an diese Bestimmungen der demokratischen Verfassung die republikanische Staatsform des Reichs böswillig und mit Ueberlegung verächtlich zu machen und dadurch den § 5. Ziff. 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik sträflicherweise zu verletzen (vgl. den Beitrag des Herrn Reichs- und Staatsministers z. D. Carl Severing in der vorigen Nummer des FANAL), so haben wir nur in geziemender Hochachtung vor der Weisheit unserer Staatsgewaltigen die Hände an die schwart-rot-goldene Hosennaht zu legen und aus ihrer Anwendung der Verfassungsvorschriften Demokratie zu begreifen. Artikel 1: Das Volk, von dem die Staatsgewalt ausgeht, freut sich der Staatsgewalt noch, wenn ihm die Luft schon ausgeht. Artikel 5: Es sind immerhin die Organe des Reichs, durch die die Staatsgewalt das Blut des Volkes in die Organe der Reichen überführt. Artikel 18: Die Tätigkeit der Regierung

Brüning ist durch Abstimmung als Wille der Bevölkerung festgestellt worden. Artikel 68: Die Reichsgesetze sind auch danach. Artikel 109: Indirekte Steuern und Zölle sind für alle gleich. Hoch die Zölle und indirekten Steuern! Noch höher! Artikel 151: Die Grundsätze der Gerechtigkeit verschaffen der vom Volke ausgehenden Staatsgewalt ein so menschenwürdiges Dasein, daß an der Ordnung des Wirtschaftslebens unserer Gesetzgeber kein Zweifel zulässig ist. Artikel 153: Eigentum verpflichtet diejenigen, die keins haben. Die anderen gebrauchen es im Dienst für die erstbeste Gemeinheit. Artikel 155: Liebesgaben für den Großgrundbesitz des Ostens verhüten Mißbrauch einer guten Ernte zur Senkung des Brotpreises, Kostkürzung, Mietsteigerung, Verteuerung aller Lebensmittel entspricht den Bedürfnissen aller deutschen Familien am besten, da sie den Kinderreichtum am stärksten belasten, und der Reichtum soll doch nach der Forderung der Demokratie besonders herangezogen werden. Entsprechende Wohn- und Wirtschaftsstätten sind in Zucht- und Arbeitshäusern vorhanden, Vernachlässigung der Bearbeitung und Ausnutzung kann niemand den Grundbesitzern gegenüber der Gemeinschaft der Nichtbesitzer vorwerfen. Artikel 157: Die Arbeitskraft ermöglicht dem Reiche sogar erst den Schutz der Rationalisierung durch den Kapitalismus. Artikel 163: Wer, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, solange stempeln geht, bis er ausgesteuert wird, erfüllt die sittliche Pflicht, seine körperlichen und geistigen Kräfte zum Wohle der Allgemeinheit zu betätigen. Die Herabsetzung der Erwerbslosensätze und der Krankenbeihilfen verhindert seine Ueberanstrengung bei dieser Beschäftigung. Da sich fast in jeder Arbeiterwohnung ein Gasschlauch befindet, ist für alles Notwendige ohnehin gesorgt. Artikel 165: Rein in die gewerkschaftlichen Zentralverbände! Die Arbeiterbonzen sind dazu berufen, die Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen in Gemeinschaft mit den Unternehmern zu regeln, verbindliche Schiedssprüche herbeizuführen und Streikbewegungen zu sabotieren. Im übrigen wirken sie ja als gewählte Volksvertreter im Reichstag sowieso an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mit. Denn — Artikel 1: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Wie lieblich lebt sich's doch unter der Demokratie. — und nächstens, wenn der Brüning trotz Ermächtigung und Artikel 48, trotz Dietrich und Treviranus nicht drauf kommt, wie sich noch Wasser aus dem Youngbrunnen auf die demokratische Staatsmühle pumpen läßt, — hei! dann dürfen wir wieder wählen gehen. Wenn es aber im Reich so gut geht wie in Sachsen, und die Nazi und die Kommunisten kriegen noch ein paar dutzend Mandate zum Abstimmen und zum Entlarven, dann muß sich alles, alles wenden. Wählt nur die richtige Liste, liebe Arbeitsbrüder und Erwerbslose, mit Disziplin und Vertrauen, unter Führung Eurer berufenen Vertreter. — nieder mit dem Bürgerblock! Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich, — wahrhaftig: Vor dem Wahlrecht liegen sie alle gleichmäßig auf dem Bauch,

und solange sich die Arbeiter gegenseitig die Messer ins Gedärm stoßen, weil sie verschiedenen Bonzenklüngeln nachrennen, braucht die Demokratie der Massenausplünderung keine Angst auszustehen. Erst, wenn die Ausgebeuteten einmal begriffen haben werden, daß nur Demagogie und Führerehrgeiz die Ungleichheit in ihre Reihen trägt, daß aber vor der Lohntüte Gleichheit herrscht, wird der Faschismus selbst mit der Demokratie keine Geschäfte mehr machen können.

O Deutschland hoch in Ehren

Die Welt war in Aufregung. Es handelte sich um nichts Geringes. Sollte Deutschlands Ruhm als erste Nation unter den Völkern endlich wieder sieghaft und unanfechtbar das Erdenrund überstrahlen oder würden wir verurteilt werden, weiterhin als Stiefkinder des Schicksals im Schatten zu leben? Es waren schwere Stunden ungewissen Wartens, aber wir haben die Nerven nicht verloren. Alles zeigte an, daß es um Großes, daß es um das Größte ging. Die Rundfunkstationen der Hauptstädte aller Länder richteten Nachtdienst ein, die großen Tageszeitungen hielten die Morgenausgaben bis zur Entscheidung zurück. Extrablätter wurden vorbereitet, und Redakteure und Expedienten, Radfahrer und Telefonisten mußten auf ihren Schlaf verzichten, um die geschichtliche Stunde nicht zu versäumen. Endlich Gewißheit: Ja, wir sind das erste Volk auf Erden, und wenn auch ein leichtes Mißgeschick sich in unser stolzes Glück gedrängt hat, das Wort sie sollen lassen stahn: Deutschland in der Welt voran!

Schmeling hat eins in die Weichteile bekommen und ist daher Weltmeister geworden. Wir wollen uns die selige Freude dadurch nicht trüben lassen, daß ihn Sharkey um die Gelegenheit betrogen hat, selbst den k.o.-Schlag zu führen. Maxe hat den Kranz, Maxes Name wird in eherner Tafeln eingeschreint, Maxe hat 800 000 Mark bar kassiert. Die Wettbüros in allen Erdteilen haben Milliarden umgesetzt, und die Nachtkonstabler haben es den Zuhältern in allen Sprachen der Welt zugejubelt: Maxe Schmeling ist Sieger! Maxe Schmeling hat einen Kinnhaken in die Hoden gekriegt und ist Weltmeister!

Der Ruhm ist ein veränderlicher Gegenstand. Es gab Zeiten, wo ihn die Deutschen ihren größten Dichtern zuerkamten und ihren klügsten Denkern. Heute hätten Goethe oder Kant wenig Anwartschaft mehr auf die allgemeine Schätzung, zumal Goethe bekamtlich ein Sitzriese war, also von jedem Rassenstandpunkt aus viel zu kurze Beine hatte und Kant mit seiner undeutschen Schrift „Vom ewigen Frieden“ sich ohne weiteres außerhalb der Gemeinschaft stellte, die das Ansehen des Deutschtums in

der Welt vermehren könnte. Heute stellt das Vaterland andere Anforderungen an die Verteidiger seiner Ehre. Wer auf dem Rade den Erzeugnissen einer deutschen Pneumatikfabrik zu Weltgeltung verholfen hat, wem es gelang, die Qualität bestimmter Tennisbälle deutschen Fabrikats in ihrer sieghaften Ueberlegenheit zu erweisen, und wer die deutsche Faust einem Neger oder sonst rassefremden Preisboxer oberhalb des Nabels zu landen weiß, daß die rote Brühe aus der zerquetschten Fresse spritzt und die Rippen sich wie ein überfahrenes Regenschirmgestell zusammenbiegen, dem stützen wir die Krone auf den deformierten Quadratschädel. Heil uns, daß die Schmelings das deutsche Wesen nicht aussterben lassen, an dem noch einmal die Welt genesen wird. Sie sind der ragende Wall gegen den dräuenden Kulturbolschewismus. Sie sind das unsterbliche Symbol des deutschen Volkes der Gegenwart, das mit dem schmerzhaftesten Puff in die Leistengegend selig zu lächeln versteht, wenn der verletzte Teil nur mit einer Flanellbinde unwickelt wird, die die Aufschrift trägt: Weltmeister!

Eine Betrachtung über die Entwicklung der weltrevolutionären Bewegung (die Vorgänge in Indien, China und Spanien) mußten wegen Raum mangels bis zum nächsten Monat zurückgestellt werden.

FANAL ist in Not!
SAMMELT!

WERBT!
HELFT!

MEHRBEZIEHER, sorgt
für pünktliche Abrechnung!

Unterstützt F A N A L !
Verlangt Sammelisten!

Bitte wenden!

SOS

Leser u. Freunde!

Fanal in Not!

Der Aufruf der Anarchistischen Vereinigung „Ein ernstes Wort“ in Nr. 5 des FANAL hat leider nicht die erhoffte Wirkung erzielt. Im Gegenteil ist die Säumigkeit bei der Abrechnung der Mehrbezieher teilweise noch größer geworden, und ganze Ortsgruppen, die bisher eine größere Anzahl Exemplare regelmäßig bezogen, haben plötzlich ohne Angabe von Gründen die Zeitschrift für ihre sämtlichen Mitglieder abbestellt.

Die Hauptursache dieses Rückganges der Bezugsziffer liegt selbstverständlich in der allgemeinen Krise und darin, daß von der Arbeitslosigkeit die Bekenner revolutionärer und besonders antiautoritärer proletarischer Gesinnung in besonders starkem Maße betroffen werden.

Trotzdem brauchte ein Blatt wie FANAL nicht durch die verschärfte Wirtschaftslage der Genossen zugrunde zu gehen, wenn bei seinen Freunden der Wille bestände, es zu erhalten. Da die Abbestellungen nicht in einem einzigen Falle mit Unzufriedenheit des Inhalts wegen begründet werden, fühlen wir uns berechtigt hiermit noch einmal mit aller Kraft an den Idealismus und an die Solidarität aller derer zu appellieren, die das Fortbestehen der einzigen

anarchistischen gesellschafts- kritischen Revue in Deutschland

für erwünscht halten.

Kein einziger Genosse hat durch das Blatt persönlichen Vorteil. Weder der Herausgeber noch die technischen Helfer und literarischen Mitarbeiter verdienen einen Pfennig an der Zeitschrift. Auch die Leser mögen daher ein Opfer bringen.

Muß FANAL sein Erscheinen einstellen, so haben davon nur die autoritären Richtungen in der Arbeiterbewegung den Vorteil, ferner wären die Justizopfer der kapitalistischen Gesellschaft um das einzige Organ ärmer, das sich regelmäßig und systematisch um sie bekümmert, ohne zwischen politischen und nichtpolitischen Gefangenen zu unterscheiden.

FANAL ist noch zu retten, wenn die rückständigen Summen endlich bezahlt werden und wenn alle Freunde des Blattes sich anstrengen,

zu **sammeln** und zu **werben!**

Diesem Heft liegt für freiwillige Spenden **Zahikarte** bei!

Herausgeber und Verlag des
F A N A L

Bücher und Schriften

VON ERICH MÜHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten
Malik-Verlag, Berlin

Preis: brosch. 1,60 Mk. geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers
Kurt Wolff Verlag, München

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,40 Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren
Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 2,— Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti
Verlag Gilde freiheitlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 2,— Mk. geb. 3,— Mk.

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen
Werk 1898—1928

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5,50 Mk. geb. 8,— Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die
Revolutionsereignisse in München
FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0,90 Mk.

**Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**

Anarchistische Vereinigung Berlin

Zusammenkunft

jeden Donnerstag 19.30 Uhr im
Lokal Köhler, Neukölln, Ziethen-
Straße 64.

Wir richten einen erusten Appell an alle
Kameraden und Leser des „Fanal“, sich
in stärkerem Maße an einer intensiven
Ausgestaltung unserer Gruppentätigkeit
zu beteiligen.

Besucht die Gruppenabende!
Unterstützt unsere Haus- und Hofpropaganda!
Sorgt für größere Verbreitung des „Fanal“!

Anarchistische Vereinigung Wuppertal

Zusammenkunft

jeden 1. u. 3. Samstag im Monat
Abends 8 Uhr im Lokal „Sport-
heim“, Elberfeld, Klotzbahn.

Ständige Erörterung von Tagesfragen!
Vorträge über Anarchismus!
Freie Meinungsäußerung.

Genossen!

Besucht regelmäÙig die Zusammenkünfte.

fanal

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Weltrevolution — Die Freiheit

im Beispiel (v. Fritz Müller) — Laßt

sie krepieren! — Ein Vorkämpfer

der Freiheit — Eine notwendige

Klarstellung

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

NR. 11

JAHRGANG 4

BERLIN

AUGUST 1930

Kind und Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York
(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Ausprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“



EINE NEUERSCHEINUNG

EMILE PATAUD UND EMILE POUGET
DAS LETZTE GEFECHT

Aus dem französischen übersetzt von Rudolf
Rocker. Illustriert von Ferrin Rocker



ASY - VERLAG

Diese Schilderung der französischen Syndikalisten Pataud und Pouget, eingeleitet durch ein Vorwort Peter Kropotkins, behandelt das Problem der sozialen Revolution und bietet eine Grundlage für die notwendige Diskussion des vorliegenden Problems. Der Preis des 236 Seiten starken Bandes beträgt 5.- Mk. In der „Gilde freierlicher Bücherfreunde“ erscheint er als Dreimarkband.

Bezieht Eure Bücher durch den FANAL - Verlag!
Der Buchhändlergewinn kommt dem „FANAL“ zugute.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 11

August 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschlüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Weltrevolution

Kaum mehr beachtet ist in unserer jubiläenhungrigen Zeit die Erinnerung an den Brand des Justizpalastes in Wien vorübergegangen, der vor drei Jahren, am 15. Juli 1927, mit seinem Feuerchein Europa zum Bewußtsein brachte, was das österreichische Proletariat von den geweihten Rechtsinstitutionen hielt, die mit ihrem Fortbestehen und Wirken den Beweis führten, daß die Revolution von 1918 keine Revolution gewesen ist. Inzwischen hat sich die Demokratie Oesterreichs der Maske des bislang geminten Sozialliberalismus entledigt und dient nun selbst, nur noch locker vorgebunden, dem Faschismus als Maske. Derselbe Schober, der 90 Proletarierleichen der Ruhe und Ordnung auf dem Altar der kapitalistischen Staatsgewalt darbrachte, ist jetzt der Hohepriester dieses Altars, wurde es als Nachfolger des Pfaffen Seipel, dessen Politik den Weg zur Diktatur unzweckmäßig zu beschleunigen, vielmehr der faschistischen Firmierung Oesterreichs größeren Wert beizumessen schien als dem von Schober bevorzugten Umbau des Ladens ohne sofortige Entlassung der sozialdemokratischen Kommiss, auf deren Gechäftsinteresse sich jeder Kapitalist verlassen kann, solange er sie die faschistischen Pralinen in demokratisches Staniol gewickelt verkaufen läßt. Die illustrierten Bürgerblätter führten uns gerade zu den Gedächtnistagen des Brandes die neue Fassade des Gerechtigkeitsbordells im Bilde vor: da habt ihr's, ihr könnt nur niederreißen und niederbrennen, was ihr nicht aufgebaut habt, euer Leben ist Zerstörung und Zersetzung unsrer bewährten Kultur, aber an die Grundlagen der staatlichen Existenz lassen wir nicht tippen, wir hüten das Erbgut unsrer Väter, und wenn es euch wirklich einmal gelingt, ein Gebäude unsrer Macht in Trümmer zu legen, — seht her: neue Ruinen blühen aus euerem Leben.

Dennoch war der Aufstand der Wiener Arbeiter gegen die faschistische Justiz das erfreulichste Ereignis, das seit langem die Spiegelfläche des europäischen Reaktionsgewässers aufquirlen ließ. Der Hinweis auf die Erstarkung der faschistischen Heimwehrbewegung grade infolge der Erhebung vom 15. Juli, auf die vielen Gräber, die der einzige Ertrag der Arbeiterschaft aus dem Straßenkampf gewesen seien, auf die Schwächung der von den Adler, Renner und Seitz geschickt gewährten republikanisch-demokratischen Verteidigungsstellung vor den „Errungenschaften“ des November 1918, die ganze mit warnend erhobenem Finger vorgebrachte rechnerische Klarlegung der unmittelbaren Folgen des proletarischen Wutausbruchs, — dies alles bescheinigt nur die typische Spießenangst vor dem plötzlichen Aktivwerden der ungegängelten Kräfte der Tiefe. Die Todesopfer eines solchen Aufruhrs bedeuten uns, die wir die Tat bejahen, mehr als den deutschen Eseln, die darum jammern und die jeden Tag bereit sind, den 45 Toten, mit denen der sozialdemokratische Reichskanzler und Barmaterialist Gustav Bauer im Januar 1920 das sogenannte Betriebsrätegesetz einsegnen ließ, den 33 Toten, die der Zörgiebel in die Grube des proletarischen Maibekenntnisses werfen ließ, den Hunderten von Toten, die Jahr für Jahr auf dem Scheiterhaufen der republikanischen Kapitalschutzvorrichtungen von den „Sozialisten“ Noskescher Sorte verbrannt werden, Zehntausende folgen zu lassen, die sich dem Elend der Ausgebeuteten enger verbunden fühlen als den Gesetzen, dem Besitzrecht und dem Staat der Reichen. Die Leichen der 90 Wiener Proletarier von 1927 sind Dünger der Weltrevolution und wir, die wir den Kampf, in dem sie fielen, freudig als unseren eigenen Kampf preisen, werden vor dem jüngsten Gericht der in Sozialismus und Anarchie befreiten Welt ein lobenderes Urteil empfangen als die Verteidiger der Einrichtungen, deren Verzinsung eben wieder mit den Leichen von 151 armen Bergleuten in Neurode gedüngt wurde. Wer freiwillig in einen Kampf geht, in dem Faust, Waffe und Zunder dem Willen zum Erfolge als Mittel zugeteilt sind, der muß wissen, daß es ums Leben und um die persönliche Bewegungsfreiheit geht. Wer in solchem Kampfe fällt oder in Gefangenschaft gerät, hat, wenn er unsre Sache verfochten hat, Anspruch auf unsre Solidarität und auf unsre Rache. Aber sein Tod und sein Mißgeschick beweisen nichts gegen die Berechtigung seines Unternehmens, sondern verpflichtet die Seinen zur Fortsetzung und zur siegreichen Beendigung seines Kampfes. Wer jedoch infolge verruchter sozialer Veranstaltungen verschüttet wird, sei es im Kohlenschacht, dessen Organisation die Sicherung des Profits über die des Menschenlebens stellt, sei es im Zuchthaus, dessen Organisation allein dem Zweck dient, den Profit vor dem Lebensdrang entrechteter Menschen zu schützen, der beweist mit

seinem Tode oder mit seinem Mißgeschick die Notwendigkeit, den Schauplatz seines Unglücks, auf dem das Proletariat nur Niederlagen erleiden kann, in den Kampfplatz der Revolution zu verwandeln, auf dem, trotz zeitlicher Rückschläge, trotz gegenrevolutionärer Repressalien, trotz hundertfachen Todes, Siechtums und maßloser Kerkerqualen das Bewußtsein des Rechtes und die Entschlossenheit kameradschaftlich vereinter Auflehnung den proletarischen Empörern den endlichen Sieg verbürgt.

Dies hebt den Wiener Aufstand hoch heraus aus allen Erhebungen der europäischen Arbeiter seit einem Jahrzehnt, daß er spontan aus dem beleidigten Rechtsgefühl der Massen selbst herauswuchs. Hier war keine Führerschaft am Werke gewesen, kein theorievernagelter Klüngel hatte mit Minimal- oder Maximalprogrammen das Temperament der vom Zorn zusammengetriebenen Massen im vorhinein zur vielgeliebten „proletarischen Disziplin“ verwässert, als welche nie etwas anderes war und sein kann als blöder Rekrutengehorsam gegen die Kommandos einer Streberklügel, die sich zur regierenden Obrigkeit im neu zu etablierenden Staate erheben lassen möchte. Darum auch warfen sich die Austromarxisten der Bewegung sofort entgegen, damit die Arbeiter nicht auf den Gedanken kämen, es gehe auch weiter ohne sie und erreichten, daß den Aufständischen die Waffen, nach denen sie verlangten, und die sie, die „bewährten Führer“, in Obhut hielten, versagt blieben. Nicht aus Mangel an Führung unterlagen die Richter der bürgerlichen Gerichtsbarkeit, sondern im Gegenteil, weil es einer Führung möglich wurde, der Arbeiterklasse ihr Befreiungswerk aus der Hand zu nehmen. Was aber geschehen wäre, wenn der bewaffnete Kampf, vom Generalstreik unterstützt, hätte zu Ende geführt werden können, und das österreichische Proletariat hätte zunächst ihrem Seitz, der ihm in den Arm gefallen war, den Fußtritt gegeben und sich der einzigen wahrhaft proletarisch-revolutionären Partei anvertraut, die sich zur richtigen Führung bereits die erforderlichen Anweisungen aus Berlin und Moskau verschrieben hatte, erfuhren wir ja dann aus den Veröffentlichungen der staatsmännischen Notizen, die die siegreiche Konterrevolution den Taschen des nach Abschluß der Kämpfe im Flugzeug gelandeten deutschen Kommunisten Pieck entnommen hatte. Danach sollte derselbe sozialdemokratische Wiener Bürgermeister Seitz, der die Bewaffnung der Arbeiter zur Besetzung der Banken, Aemter und Verkehrszentralen verhindert hatte, zum österreichischen Ministerpräsidenten gemacht werden, und es wäre etwa dasselbe herausgekommen, was Paul Levi 1920 als Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Liquidation des Kapp-Putsches verlangt hatte: eine linkssozialdemokratische Regierung bei „loyaler Opposition“ der Kommunisten. Mit anderen Worten: für die Proletarier Oester-

reichs wäre nicht das geringste herausgekommen, was dem Sozialismus ähnlicher gesehen hätte als die von Seitz und Renner als Sozialismus gepriesenen Arbeitererholungsheime am Semmering, die von Stampfer und Künstler als Sozialismus gepriesenen Volksparkanlagen der Rehberge oder die von Stalin und dem Bund der Freunde der Sowjetunion als Sozialismus gepriesenen Eisenbahnanlagen in Turkestan und Sibirien und die staatlichen Sanatorien im Kaukasus und in der Krim. Am Lohnsystem, das — gleichviel welches Staatssystem darüber wacht — der entscheidende Ausdruck des kapitalistischen Wirtschaftsverfahrens ist, sollte also nicht das mindeste geändert werden und die ganze Wirkung des Kampfes wäre sogar im Falle des Sieges gewesen, daß eine freundlicher lächelnde Regierung an Stelle der offen unsozialen Seipelschen innerhalb der kapitalistischen Ausbeutungsmethoden durch winzige Reförmchen die Zufriedenheit mit dem Bestehenden, das heißt mit der Tributknechtung der Börsen- und Industrieplutokratie des eigenen Landes und der Staatsgläubiger von Versailles und Trianon gefördert hätte.

Die Revolution, der wir entgegengehen — niemand kann wissen, welcher ihrer zahllosen Herde zuerst bersten wird; wir wissen nur, daß jede ausbrechende Massenbewegung der schon lebendigen Weltrevolution zugehört und daß auch Deutschland sich im Zustand revolutionärer Gärung befindet —, die kommende Revolution wird neben ihrer nächsten Aufgabe, den Staat mit allen Verwaltungsgebilden seiner Obliegenheiten, mit seinen Gesetzen, Schutzvorrichtungen, Privilegien, Funktionen und Rechten von Grund aus zu zerstören, die vordringliche Aufmerksamkeit darauf zu richten haben, daß keine Gruppe, keine Partei, keine Führerschaft, keine Art wohl- oder übelgesinnter Schulmeisterei den Versuch unternimmt, die vernichtete Regierungsgewalt unter irgendeinem Namen für sich selbst wieder in Anspruch zu nehmen. Das vorzeitige Ende aller Revolutionen, die die neuere Geschichte kennt — für Rußland kann man natürlich noch nicht von einem Ende der Revolution reden, wohl aber von einem schlimmen Abdrängen auf gefährliche und ihren sozialen Zielen fernliegende Wege —, hat ihre Ursache immer in der Fortnahme der Macht aus den Händen der revolutionären Gesamtheit in die einer regierenden Oberschicht, Daß der 14. Juli noch heute in ganz Frankreich als wahrhaftes Volksfest gefeiert wird, spricht sehr für das Freiheitsgefühl im französischen Nationalcharakter. Denn die Erstürmung der Bastille, der Zwingburg der Feudalherrschaft, in der der Zukunft ergebene Menschen gefangen saßen, vor jedem andern revolutionären Akt der entfesselten Volkswut, war eine symbolische Tat der Brüderlichkeit, die mit der Befreiung der Gequälten aus dem Kerker der sozial begründeten Empörung der Massen ihre moralische Weihe gab. Aber dem

14. Juli 1789, der den Sektionen, den von unten herauf ohne alle Führeranweisungen natürlich entstandenen Organen der revoltierenden Schichten, die öffentliche Gewalt in die Hände gab, folgte nach der großartigsten Bewährung dieser revolutionären Selbstbestimmung der Massen allmählich die politische Machtentfaltung der konkurrierenden Klubs, und in vier Jahren war es soweit, daß Maximilien Robespierre namens der allein zulässigen Revolutionsleitung der Jacobiner, die den breiten Massen die eigene Verfügung über ihre Revolution genommen hatte und ihren revolutionären Enthusiasmus auf die kritiklose Vergottung der jacobinischen Diktatur abzulenken mußte, die Cordeliers, die Trotzlisten der französischen Revolution, mit Georges Danton an der Spitze auf die Guillotine schickte. Es wäre sehr lohnend, einmal die Entwicklung der großen französischen Revolution von einem von unten her entzündeten Volksbrande, einer sozialen Reinigungsbewegung zu einem Rivalitätsstreit revolutionärer Regierungsmänner mit dem Verlauf der großen russischen Revolution im einzelnen zu vergleichen. Es würden verblüffende Wiederholungen an den Tag treten, besonders, wenn man dabei die langsame Entmachtung und Entrechtung der Sektionen, die Krapotkin „die wahre Kraft der Kommune“ nennt, mit der allmählichen Vergewaltigung der Sowjets unter den Willen der Parteimachthaber in Parallele stellt. In unseren Tagen, die die Wahrscheinlichkeit großer revolutionärer Ereignisse in aller Welt ankündigen, sollte man jedenfalls nicht gleichgültig an den Erfahrungen der Vergangenheit vorbeigehen und beispielsweise folgende paar Sätze, die ich einer zusammenhängenden Fußnote in Krapotkins herrlichem Werk über die französische Revolution entnehme, in die nötige Beziehung zu den russischen Vorgängen setzen: „Die Sektionen führten nicht mehr, sondern folgten gehorsam ihren Ausschüssen, deren Mitglieder nur von dem Wohlfahrts- und Sicherheitsausschuß des Konvents abhingen. Die Politik ging nicht mehr in ihnen vor sich. Man ging sogar soweit, ihnen zu verbieten, sich Urwählerversammlungen zu nennen“, da es „unter einer revolutionären Regierung keine Urwählerversammlungen mehr gäbe. Das hieß, ihnen in Erinnerung bringen, daß sie nicht das geringste mehr zu sagen hatten.“ Dann ist von den „Säuberungsprozessen“ (wörtlich!) die Rede, „denen sich die Sektionen hintereinander unterwerfen mußten, um den Jacobinern genehm zu sein.“ Krapotkin bestätigt dabei die Auffassung Michelets, „daß zu dieser Zeit die Versammlungen der Sektionen tot waren, und daß die ganze Macht auf ihre Revolutionsausschüsse übergegangen war, die ihrerseits, da sie von der Regierung ernannt wurden, auch kein großes Leben hatten.“ Man übersetze „Sektionen“ mit „Sowjets“ und „Jacobiner“ mit „Bolschewiki“, so wird man im Bilde sein. Man vergegenwärtige sich aber auch den Schlußsatz jener Fußnote (Die fran-

zösische Revolution, S. 521), um sich der Gefahren völlig bewußt zu werden, die gerade eben, nach Abschluß des XVI. Kongresses der RKP., mehr als je gesteigert scheinen: „Am 9. Thermidor (Sieg der Konterrevolution, Sturz der Jacobiner) waren in fast allen Sektionen die Revolutionsausschüsse versammelt, um die Befehle der Regierung zu erwarten. Man braucht sich also nicht zu wundern, daß sich die Sektionen gegen die Thermidorianer nicht gerührt haben.“

So lenkt einen jede durch den Zufall des Kalenderdatums erweckte Erinnerung auf die ungeheure revolutionäre Spannung der unmittelbaren Gegenwart. Genau hundert Jahre sind es her, seit das Pariser Proletariat sich in der Juli-Revolution erhob, um die wenigen bürgerlichen Rechte zu retten, die von der großen Revolution her die Kaiserzeit und die Restauration überlebt hatten. Frankreich war eben mit der Eroberung Algiers (5. Juli 1830) zu neuer imperialistischer Aktivität übergegangen. Die Entwicklung der industriellen Produktionsmittel bildete zugleich deutlichere Klassenunterscheidungen heraus, die der Arbeiterschaft bereits verschwommen ins Bewußtsein traten und in den Werken Ricardos und Adam Smiths, Fouriers und Saint-Simons auch schon nach theoretischem Ausdruck suchten. Die erwachenden Ansprüche des jungen Industrieproletariats quitierte die Staatspolitik mit reaktionären Herausforderungen. Am 25. Juli wagte der König Karl X. den Staatsstreich: er unterzeichnete die berüchtigten 5 „Ordonnances“, durch die alle Presseerzeugnisse unter Vorzensur gestellt wurden, das Wahlgesetz eingeengt, das Bestimmungsrecht der Kammer beeinträchtigt und das Parlament aufgelöst und heimgeschickt wurde. (In der demokratischen deutschen Republik nennt man derartige Maßnahmen noch lange nicht Staatsstreich.) Vom 27. bis zum 29. Juli kämpften die Pariser Arbeiter und Kleinbürger auf den Barrikaden. Karl X. flüchtete, eine provisorische Regierung mit Thiers, dem späteren Kommune-Schlächter, an der Spitze, rief den Herzog von Orléans auf den Thron, der am 9. August 1830 unter dem Namen Louis-Philippe zum König der Franzosen ausgerufen wurde. Er ist als „Bürgerkönig“ in die Geschichte der enttäuschten Volksillusionen eingegangen und mußte im Februar 1848 durch eine weitere Revolution von seinem Postament wieder hingeworfen werden. Die Arbeiter hatten von der Juli-Revolution mehr verlangt, sie wollten die Republik und Mitbestimmung im öffentlichen Leben. Erreicht wurde die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems und damit die endgültige Vorherrschaft der Bourgeoisie, die sich bis heute gehalten hat und deren politischer Ausdruck den Arbeitervertretern der sozialdemokratischen Partei im Deutschland der Gegenwart der Gipfel aller öffentlichen Rechts-

gleichheit zu sein scheint. Was die Vergangenheit lehrt, kümmert sie nicht, und was der Augenblick bedeutet, merken sie nicht.

Weil aber grade der 1. August da ist, verfluchen wir den Krieg und erzählen den großen und den kleinen Kindern, daß das Weltgemetzel, das vor nun 16 Jahren anhub, zu schrecklich gewesen sei, als daß wir eine Wiederholung zulassen dürften. Wahrhaftig, wir sind recht bescheiden mit unseren Forderungen: Nie wieder Krieg! oder selbst: Krieg dem Kriege! Daß wir einem neuen Kriege den Widerstand der Tat entgegenzusetzen haben, davon werden wir ja wohl unter revolutionären Antimilitaristen nicht mehr viel zu reden brauchen. Die Beantwortung einer von Staats wegen angeordneten Mobilmachung ist Generalstreik, Dienstverweigerung, Sabotage und Aufstand, das versteht sich nach den Erfahrungen von 1914 von selbst. Aber die Aufklärung der jungen Menschen, die damals noch nicht dabei waren, muß sich besonders darauf erstrecken, die Technik der Panikmacherei begreiflich zu machen, auf deren gerissene Methoden damals noch keiner von uns vorbereitet war und durch die fast jeder in irgendeiner Form aus der Bahn geschmissen wurde. Krieg der Ahnungslosigkeit und der Unschlüssigkeit im Falle des Krieges! Nie wieder sich verblüffen lassen von der Kriegsregie! Das sind die wichtigsten Lehren, die uns Älteren der Weltkrieg vermacht hat; denn ein solcher Ansturm von Lügen, Gerüchten, Massenangst, Hysterie, patriotischem Irrsinn, Haß, Wut, Triebentfesselung jeder Gestalt darf nicht noch einmal den einzelnen Kriegsgegner auf sich selbst gestellt und mit der allerdings damals verdammt notwendigen Sorge beschäftigt finden, sich nur selber erst, ohne Boden unter den Füßen, innerlich aufzurichten, da keiner seiner Nachbarn im Geiste noch vorhanden war, alle der Suggestion erlegen waren und die meisten Uebriggebliebenen sich für Tage, viele für Wochen und Monate nicht mehr in der Welt zurechtfinden. Es dauerte fast ein halbes Jahr, bis diejenigen, die dem Kriege die Wendung zur Revolution zu geben wünschten, die erste Fühlung miteinander gewannen; es dauerte bis tief ins zweite Kriegsjahr, daß über engste Freundes- und Genossenkreise hinaus Pläne revolutionärer Art in etwas weiteren Gruppen erörtert werden konnten. Dessen haben wir uns zum Gedenktage zu erinnern, dagegen Vorsorge zu treffen und vor allem den Willen, jeden neuen Krieg in die Revolution münden zu lassen, durch das Wissen zu vervollständigen, daß der Weltkrieg 1914—18 bereits der Ausbruch der Weltrevolution war, in der wir mitten drinstehen. Ob der nächste Ausbruch dieses riesenhaften Werdens ganz neuer Menschen- und Völkerbeziehungen in der Entladung eines europäischen oder eines alle Länder der Erde umfassenden Krieges, ob er in der Explosion der Art bestehen wird, wie wir sie in der russischen Oktoberrevolution erlebt haben, ob

eine faschistische Unterdrückung der arbeitenden Massen, also ihre Fesselung in die schlimmste vorstellbare Sklaverei, der allgemeinen Entfesselung der Völker noch überall vorausgehen wird, welche Formen das Kapital wählen wird, um seine Ausbeutungsrechte zu verteidigen, welche das Proletariat anzuwenden weiß, um sich Luft zu machen, — das alles werden wir mit bloßen Beschwörungen und mit dem Anstecken von Nadeln, die das Zerbrechen der Gewehre versinnbildlichen, nicht ermitteln und nicht beeinflussen. Wir haben in der Nähe und in der Ferne zu erkennen, was geschieht und was das Geschehen bedeutet; denn wahrscheinlich wird uns dieses Erkennen die Einsicht stärken, daß unser Kampf gegen den Krieg nichts anderes sein kann als die Vorbereitung der Pflichten, vor die die Weltrevolution uns jeden Augenblick wieder stellen kann.

Auf das ungeheure Tempo, in dem die Zeit vor unseren Augen abrollt, ist im FANAL oft aufmerksam gemacht worden. Dinge, die die ganze Welt angehen und offensichtlich in das Geschehen der Weltrevolution hineingehören, können in einer Monatsrevue manchmal nicht einmal erwähnt werden, weil sie zufällig in die ersten Monatstage fielen; nach drei bis vier Wochen wirken sie veraltet, sind von neueren Ereignissen anderswo tatsächlich überholt und ihre Wichtigkeit in unserer Vorstellung herabgemindert. Im vorigen Heft mußte ein Artikel ausfallen, der sich mit den revolutionären Vorgängen in China, Indien und Spanien beschäftigen sollte. Jetzt, einen Monat später, kann ich die Notizen dafür einfach nicht mehr verwenden, weil mittlerweile der chinesische Generalskrieg einen anderen Stand erreicht hat, der den Anschein einer Erholung der furchtbar geschwächten proletarischen Kampfkräfte leider nicht mehr rechtfertigt. Den Rätebildungen, von denen die kommunistische Parteipresse viel zu viel Aufhebens machte, liegt offenbar nicht mehr zu Grunde, als kleine örtliche Kulierhebungen, die natürlich immer wieder aufzucken, ohne die Wirkungen der falschen russischen Politik in China vorläufig günstig beeinträchtigen zu können. Doch kann sich, bis diese Zeilen in den Händen der Leser sind, das Bild vollständig geändert haben. — Daran, daß in Indien täglich das Blut revolutionärer Nationalisten und revolutionärer Sozialisten fließt, die den britischen Imperialismus an seiner empfindlichsten Stelle schon mindestens schwer verwundet haben, redet man kaum mehr, da ja nun Gandhi, Nehru und alle Führer der Widerstandsbewegung durch Gesetzesverletzung ebenso eingesperrt sind wie die bewußten Kämpfer für soziale Gleichheit. Wer weiß, wie bald Gelegenheit sein wird, wieder davon zu reden? Bestimmt dann, wenn der Kampf der beiden Gruppen, wie in China, gegen einander geht und um die Wirtschaftsform im politisch selbständig gewordenen Lande geführt wird. — Was die Bewegung in Spanien

anlangt, so war die Hoffnung aller Revolutionäre seit dem Sturz des Diktators Primo de Rivera von Woche zu Woche bereit, auf den Ausbruch des proletarischen Aufstandes zu warten, der vielleicht gleich den Sieg der vorbildlich organisierten, in jahrzehntelangen Kämpfen gegen Kirche und Staat glänzend geschulten Arbeiterklasse hätte feiern lassen. Tatsächlich war aber schon die Niederlage des Faschismus gegenüber dem kameradschaftlichen Zusammenwirken der freiheitlich gesinnten Studentenschaft und dem an Ferrer und Krapotkin gebildeten Proletariat ein Sieg, der bald auch auf die übrigen faschistisch regierten Länder zurückwirken muß. Die offene Revolution in Spanien wird sicher nicht ausbleiben und die anarchistische und syndikalistische Ueberlieferung der spanischen Arbeiterbewegung, die schon zur Zeit der Marx-Engelsschen Machenschaften den stärksten Halt Bakunins in der Internationalen Arbeiter-Assoziation ausmachte, gibt das Vertrauen, daß die Versuche der Bolschewisten, die spanische Revolution in die Abhängigkeit von russischen Staatsinteressen zu bringen, zurückgewiesen werden. Schon hat Spanien dank der ruhigen Entschlossenheit der auf sich selbst gestellten Arbeiter wieder eine revolutionäre Presse. Die Revolution, die dort bevorsteht, wird sich weder an der Aufrichtung einer demokratischen Republik genügen, noch sich mit irgend einer modernisierten Abart des Jacobinismus abfinden, sondern das Beispiel geben, daß zur sozialistischen Neugestaltung der Welt alle Macht wirklich bei den Räten sein muß, denen keine Partei, kein Regierungsklüngel und keine bürokratische Maschinerie Anweisungen zu geben hat. Spanien — das ist unsere heiße Zuversicht — wird zeigen, daß eine Räterepublik das Gegenteil von einem Staat ist.

Darf man daran erinnern, welche Ereignisse sonst noch im Laufe des letzten Monats die Tatsache der brennenden Weltrevolution bestätigt haben? Die türkische Angora-Regierung hat einen schweren Kurdenaufstand zu überstehen gehabt. Es ist maßlos Blut geflossen. Bei uns hat man es kaum der Erwähnung für wert gehalten, denn als die Sklaven der Oelfelder von Mossul nach ein paar Tagen — das wievielte Mal? — für den Augenblick erschöpft am Boden lagen, war es nicht mehr bequem, den gleichgültigen äußeren Anlässen in die tiefen wirtschaftlichen Gründe der Bewegung nachzusteigen. Die Kurden sind noch nicht tot. Herr Kemal Pascha und seine Henkersknechte werden mit ihnen wie mit den Armeniern noch um ihr eigenes längst fälliges Leben zu kämpfen haben. Augenblicklich ist die Oeffentlichkeit mehr mit den Versuchen der Aegypter beschäftigt, sich der Despotenherrschaft des üblen Fuad zu entledigen, der vor nicht langer Zeit unser willkommener Gast in Berlin war. Dem anderen Besucher, Herrn Amanullah aus Afghanistan, haben die von den republikanischen Deutschen

empfangenen Ehren ja nicht lange bei seinen eigenen Steuerzahlern gehoffen. Nicht einmal die von Moskau zu seiner Hilfe entsandten Flugzeuge zur Niederschlagung der aufständischen armen Bergbauern retteten ihm den Thron. Herr Fuad wird wohl, wenn er die Grenzen seines Landes noch rechtzeitig erwischt, dem Kollegen aus Asien einmal im Exil begegnen, und sie werden sich gegenseitig ihr Leid weinen, wie wenig doch gegen die eigenen rebellischen Landeskinder die Freundschaft Stalins und Hindenburgs, beziehungsweise Hindenburgs und MacDonalds überflüssigen Königen helfen kann. Außer in Asien und Afrika ist auch in Amerika die Weltrevolution den Beherrschern der Erde, den Kapitalisten, wieder fühlbar geworden. Zeitgenossen von starkem Gedächtnis erinnern sich wohl noch der Revolution, die vor drei Wochen Bolivien beunruhigte. Man erfuhr zwar bloß, daß ein Präsident des Landes — Siles heißt der Kerl — fliehen mußte und daß ein anderer Präsident sich oben hinsetzte, nichts besonderes also für mittelamerikanische Republiken; immerhin hatte ein deutscher General, namens Kundt, seine Pfoten im Blutrog, weil ja dieses Geschmeiß, dem wir für unsere Dezimierung hohe Pensionen zahlen, überall dabei sein muß, wo es Arbeiter wagen, gegen ihre niederträchtige Ausplünderung aufzumucken. Wir werden den Herrn, da ihn die bolivianischen Republikaner nicht mehr haben wollen, wohl bald in München erwarten dürfen, wo Ludendorff bereits zum Empfang des aus China zurückkehrenden Oberleutnants Kriebel und des in Oesterreich zur Zeit unbeliebten Herrn Majors Pabst rüstet. Die Gründe für den Aufstand in Bolivien liegen natürlich in der Verarmung der Bewohner eines der reichsten Länder der Erde, dessen gesamte Naturschätze, Metalle vieler Arten, Petroleum, Gummi, Kaffee und vieles noch, nichts als Exportware des amerikanischen Kapitals ist, und das den Menschen, die sich mit der Förderung, Ernte und Verladung dieser Herrlichkeiten den letzten Schweißtropfen ausquetschen lassen, nur den Anblick und den Geruch der nützlichen Dinge gönnt, die Sättigung ihrer Kinder aber unter dem Knallen der Gewehre und dem christlichen Zuspruch der Priester verwehrt.

So geht es in fernen Weltteilen zu. Wir leben gottlob im gesitteten Europa, und in Spanien, sahen wir ja, ist die Revolution nun schon seit 14 Tagen in die ruhigen Bahnen der Entwicklung eingelenkt. Auch Mussolini arbeitet seit Monaten mit fast lautlosen Marterinstrumenten, von Horthy hören wir gar nichts mehr; ja, den Ungarn steht das Glück bevor, vielleicht schon in allernächster Zeit den ersten Otto des letzten Otto von Habsburg mit allen Salben zum König geschmiert zu sehen, worauf er dann die faschistische Ordnung wie der Kollege Alexander in Serbien ins eigene Händchen nehmen kann. In Jugoslawien bewährt sich das persönliche Regiment ausgezeichnet, und der kleine Irrtum, der den Funktionären

des Diktator-Potentaten kürzlich unterlaufen ist, daß sie im Massenfoltern verdächtiger Arbeiter und Bauern ohne Unterschied des Alters und Geschlechts aus Versehen eine deutsche Journalistin unter Peitschen und Fingerschrauben nahmen, ist ja schon vergessen. In Rumänien ist sogar richtiges Familienglück im dort segensreich herrschenden Hohenzollernhause eingekehrt, und der von seiner Frau getürmte ehemalige Kronprinz ist heimgekehrt und hat sich auf den Thron gesetzt, den bis dahin sein kleines Söhnchen zur Freude aller Gutgesinnten innehatte. Auch die geschiedene Mama schläft wieder bei dem Exgatten, wofür er aber die Scheidung ungültig erklären und sie als Landesmutter anerkennen muß. Die edle Fürstin wird sich nunmehr besonders der strengen Bekämpfung der Prostitution widmen. Von Bulgarien und Griechenland hört man seit langem nichts. Die Galgen arbeiten überall ohne störende Nebengeräusche. Selbst in Polen tritt nun der Marschall Pilsudski als Mitglied der Regierung zurück, die ihm zu demokratisch werkelt. Er wird wohl abwarten, wie die Dinge in Finnland laufen, um daran seine weiteren Maßnahmen anzuknüpfen, will sagen, revolutionäre Arbeiter aufzuknüpfen. Was sich in Finnland vollzieht, hat eine ganz verdächtige Aehnlichkeit mit dem, was im Oktober 1922 in Italien geschah. Der Zug der Bauern nach Helsingfors hatte freilich den Vorzug vor Mussolinis Marsch von Neapel nach Rom, daß die Lappo-Leute keine revolutionären Redensarten machten wie damals die Faschisten, sondern gleich offen erklärten, daß sie die Kommunisten erledigen wollten. Auch ließ die Person, die sofort höchst aktiv als Führer in Erscheinung trat, keinen Zweifel an dem wahren Charakter dieser neuesten Knospe am Strauche der Weltreaktion, womit der Weltrevolution die Wurzeln ausgedörft werden sollen. Diese Person ist der finnische General Mannerheim, ein uns wohlvertrauter Name aus der großen Zeit des Weltkriegs. Als nämlich die russische Revolution zu Anfang 1918 nach Finnland übergriff, da stellte die deutsche Oberste Heeresleitung — vielleicht erinnert man sich noch des verantwortlichen Chefs des Großen Generalstabes, eines Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg — deutsche Soldaten und Matrosen in den Dienst des Unternehmens der in Finnland um ihre Güter und Ausbeutungsrechte besorgten Gutsbesitzer, der finnische General Mannerheim durfte die Prussiens und die Finnen gegen den Feind führen, nämlich gegen seine proletarischen und bäuerlichen Landsleute, die die Konterrevolutionäre für Ungeziefer hielten und mit der roten Fahne wegzukehren versuchten, und sicherlich hängt noch heute der ihm von Wilhelm II. verliehene Pullemerit neben den Auszeichnungen, die ihm Nikolaus II. vorher für die Austilgung tausender deutscher Soldaten hatte umhängen lassen, an der tapferen Lappobrust. Herr Svinhufvud, Präsident der bislang demokratischen Republik Finnland, stellte sich mit

der Behendigkeit eines deutschen Sozialdemokraten auf den Boden der Tatsachen, während die finnischen Sozialdemokraten trotz der händeringenden und glaubhaften Beteuerung, daß sie keine Kommunisten sind, von den agrarischen Vaterlandsrettern natürlich schon in die Lappokur genommen werden. Die Kommunisten und mit ihnen selbstverständlich alle revolutionären Gruppen und linken Kleinbauernvereinigungen sind bereits außerhalb des Gesetzes gestellt. Die Gewerkschaften und Sozialdemokraten drangsaliert man vorerst mit formalrechtlich etikettierten Schuftigkeiten und Terrorakten ohne Dienststempel. Volkshäuser werden niedergebrannt, den Lappisten unsympathische oder unbequeme Sozialdemokraten verschleppt und zugleich ehrpusselige Haussuchungen in Gewerkschaftsbüros und Zeitungsverbote von Amts wegen durchgeführt. So war es in Mussolinis Maientagen auch in Italien, so wird es, eher über kurz als über lang, auch in Deutschland sein. Die Nationalliberalen mit dem rotseidenen Schnupftüchel finden sich überall so lange mit jedem „kleineren Uebel“ ab, bis das große Uebel sich aus all den kleinen Uebeln addiert hat, und hat man sie gründlich benutzt und mit schönen Pöstchen einträglich belohnt, dann kriegen sie, sobald man sie nicht mehr braucht, den Fußtritt, und sie selber werden genau so gut die Opfer des Faschismus wie alle, die sie an der Verhütung des faschistischen Sieges verhindert haben.

Weltrevolution? — Fragt mal einen deutschen Sozialdemokraten, ob er an so etwas glaubt. In Deutschland, Herr Löbe hat es eben erst wieder versichert, steht die Demokratie auf festen Füßen, und der Faschismus wird hier niemals seine Stätte finden. Er sagt das, und zwar ohne Zweifel gutgläubig, in dem Augenblick, da das Parlament zum ersten Mal nicht ganz so tanzen will, wie Schwerindustrie und Großgrundbesitz pfeifen, und da die Reichsregierung hieraus den Anlaß nimmt, das Parlament einfach nach Hause zu schicken und jenseits der Demokratie zu verordnen, was besagte Hintergrundmächte mitsamt dem zugehörigen Finanzkapital bestimmen. Natürlich haben die Brüning, Wirth und Dietrich vollkommen recht, wenn sie sich gegen den Vorwurf, unsoziale Gesetze zu machen, andauernd darauf berufen, daß die Müller, Severing und Hilferding ebenfalls solche unsozialen Gesetze entweder schon durchgesetzt oder gar die jetzt oktroyierten Gesetze selber vorbereitet haben; erst recht können sie sich darauf berufen, daß Ebert den Artikel 48 der Verfassung aus ganz ähnlichen Anlässen in Kraft gesetzt hat und daß Müller seine Anwendung bis zuletzt immer wieder erwogen hat. Was das gegenwärtig Kennzeichnende ist, liegt aber darin, daß der Diktaturparagraph, worauf ja die Sozialdemokraten selbst fortwährend hinweisen, eigentlich ohne Not beansprucht wird. Man hätte alles, alles, alles von diesen Musterkindern der Breitscheidenheit haben können, Kopfsteuer und Schankverkehrs-

steuer, Abbau jeglicher Art Hilfe für Kranke, Arbeitslose, Kriegsopfer und Invalide, Mehrausgaben für die Reichswehr und Liebesgaben an den Grundbesitz im Osten und den Zechenbesitz im Westen, — und hat ja in der Tat von allem schon etwas von den Sozialdemokraten bekommen. Die Dinge liegen jedoch so: die ungeheuerlichen internationalen Verpflichtungen aus dem Youngplan müssen geleistet werden, darin sind sich die Bürger aller Richtungen einig. — dafür ist ja eben der Rhein „befreit“ worden, und die bis an die Zähne bewaffnete Polizei ist mit Siegesgeschrei wie Donnergroll, wie Schwertgeklirr und Wogenprall begrüßt worden, als ob die „Feinde“ von ihr rausgeschmissen worden wären. Die Zahlung der Youngtribute darf nicht auf Kosten des Profits gehen, darin sind erst recht alle einig. Was also tun? Die Arbeiter müssen bluten, und der ganze Unterschied in den Auffassungen ist der, daß die Sozialdemokraten finden, man müsse die Blutpresse, die die Armen völlig aussaugt, in Watte packen, damit die Opfer im Glauben erhalten werden, es tue von etwas anderem weh, während das Kapital das soziale Theater von Herzen satt hat, wahrscheinlich auch eine Kraftprobe nicht ungern sähe, bei der sich herausstellen würde, daß die Demokratie dem Proletariat schon alle Kraft zur Abwehr des Faschismus genommen hat. Die Wahl, die nun am 14. September steigen soll, wird, wenn sie überhaupt noch zustande kommt, mit höchster Wahrscheinlichkeit die letzte ihrer Art sein. Der Zustand, in dem wir uns befinden, ist höchste Bereitschaft der Staatsleitung zum Bürgerkrieg.

Ob die Formen des Bürgerkrieges denen in Finnland ähnlich sehen werden, können wir noch nicht wissen. Die Mittel jedes Krieges bestimmen sich aus den Mitteln und der Kraft des Widerstandes, der den Angreifern entgegengesetzt wird. Wo der Angreifer sitzt, ist klar. Herr von Hindenburg hat alle Dokumente unterzeichnet, die den gegenwärtigen Stand der Dinge festgelegt haben. Er hat die Regierung so gewünscht, wie sie geworden ist, mit den Herren Treviranus und Schiele, nachdem er vorher den Youngplan in Kraft gesetzt und als Bedingung dafür in einer besonderen Proklamation die Reichshilfe für den ostelbischen Grundbesitz gefordert hat. Er hat den Ausnahmezustand des Artikels 48 verkündet und den Reichstag auflösen lassen. Ueberdies hat er mit lobenswerter Offenheit Partei genommen für den Stahlhelm, dessen Ehrenpräsident er ist. Seine Teilnahme an dem rheinländischen Nationalklamauk zu Ehren des Herrn Young machte er abhängig von der Aufhebung des Stahlhelmverbots in den westlichen preußischen Provinzen. Daß er nicht auch die Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes verlangt hat, ist ihm wohl nicht sehr zu verargen. Wenn ich mich recht besinne, haben ihn die Nationalisten und nicht die Kommunisten als Reichspräsidenten

vorgeschlagen. Ueberparteilichkeit ist doch Mumpitz, wo die Wahlvorschläge nach Parteien erfolgen. Es steht fest, daß hinter dem Druck auf die preußische Regierung die Forderung der Herrn Hindenburg nahestehenden, also deutschnationalen Politiker stand, die republikanische Regierungskoalition in Preußen durch ihr Regiment abzulösen. Mit der einfachen blanken Kapitulation der Sozialdemokraten Braun und Waentig hatte wohl niemand gerechnet, und so kommt eben die preußische Regierung erst etwas später an die Konservativen von anno Wilhelm.

So sieht es aus bei uns. Die Proletarier aber rüsten zur Wahl. Alles hängt von deren Ausfall ab, versichern uns die Sozialdemokraten, und die Kommunisten versichern das zwar nicht, handeln aber danach. Vor zwei Jahren hörten wir doch auch, daß der Bürgerblock uns ins Unglück regiert hätte und daß nur links gewählt zu werden brauchte, dann wäre alles in Butter. Der Sieg war groß, die Versprechungen noch größer. Die „Große Koalition“ mit dem Müller vornedran wurde unter ächzender Qual geboren. Wir hatten also was wir brauchten. Seit die große Koalition kaputt ist, soll es noch ärger geworden sein als unter den Müller-Severing-schen Exerzitien. Das müssen schon Fachleute beurteilen. Die Arbeiter empfanden alle schon unter den Wissell-Hilferdingschen Volksrettungsmaßnahmen, daß eine Steigerung zum Argen nicht mehr ausgedacht werden könne. Aber schön, Brüning soll noch übler sein als Müller, Wirth übler als Severing — wenschon der Unterschied nicht größer zu sein scheint als zwischen ranzigem Oel und denaturiertem Spiritus —, was soll denn aber nun die glorreichste Wahl helfen, da doch die vorige schon als großer Sieg gefeiert wurde und uns doch den Zustand brachte, den die Besiegten von damals geschaffen haben? Und an die Kommunisten die Frage: Wart ihr vor zwei Jahren nicht ebenfalls heilfroh und mächtig stolz auf euern Wahlsieg? Habt ihr nicht über fünfzig Mann von der gerühmten „Tribüne“ reden lassen können, um auch diese Möglichkeit auszunützen, die Revolution und die Diktatur Thälmann-Remmele-Heinz Neumann, kurz des Proletariats, vorzubereiten? Und wenn ihr nun schon 80 kräftige Bolschewisten hineinkriegt, — wieso ist dann der Revolution besser geholfen, als wenn es nur drei Dutzend wären? Zur Benutzung der Tribüne wurden ja auch im jetzt verwigten Reichstag bloß ungefähr 10 Mann, immer dieselben, bestimmt, die abwechselnd den Vertretern der Kirche und des Kapitals versicherten, daß die Revolution schrecklich sein werde und daß in Rußland der Vorredner schon baumeln würde. Könnten diese Reden nicht mit demselben Erfolge der Revolutionsbeschleunigung auch schon ein Dutzend Antiparlamentarier halten? Müssen es durchaus 100 sein, deren Wähler ihr mit Versprechungen ködern müßt, daß den Schupo- und Reichwehrbrüdern im Waffenrock die

Kräfte durch erhöhte Gehälter gestärkt würden, wenn ihr die Mehrheit kriegtet?

Na, lassen wir dem Kind die Bulette. Die Gefahr ist nur, daß bei allen dicken Tönen, daß der Kampf außerparlamentarisch gewonnen würde, die Illusion bei den besten revolutionären Kämpfern des Proletariats von neuem erweckt wird, das Wählen habe überhaupt einen Sinn. Darin liegt nämlich die weitere und größere Gefahr, daß alter marxistischer Erziehung gemäß diese Illusion als einzige Realität im Kampfe empfunden wird, so daß das Proletariat die schlimmste Einbuße erfährt, die möglich ist, die Einbuße an physischen Kampfkräften. Die werden schmachvoll vergeudet in Reibereien, Streitereien und dummen Gewalttätigkeiten gegen proletarische Wahlbegeisterte anderer Parteien. Ach, glaubt doch nicht, daß die Revolution noch nach Parteizugehörigkeit fragt. Die fragt nach Helfern im Kampf gegen die Ausbeutung. Da scheidet nicht die Partei, da scheidet die Barrikade. Was jetzt in der nationalsozialistischen Bewegung vor sich geht, ist von der größten symptomatischen Bedeutung. Die Trennung der Gruppe um Otto Strasser von Hitler ist eine Trennung nach Klassen. Noch viel klarer erhellen die Vorgänge in der sogenannten bündischen Jugend die Situation. Dort hat sich — aus einer Bewegung, die einen oft verstiegenen Nationalismus bekundet hat — eine antiparlamentarische „Gruppe Sozialrevolutionärer Nationalisten“ herausgeschält, die sich ausdrücklich zur Parole „alle Macht den Räten!“, zum Kampf unter der schwarzen Bauern- und der roten Arbeiterfahne bekennt und neben ethischen etwas mystisch verschwommenen doch auch prachtvoll radikale Grundsätze verteidigt. Ich verweise auf das Heft 26 der Zeitschrift „Die Kommenden. Ueberbündische Wochenschrift der deutschen Jugend“, die bei vieler Unklarheit und bei manchen Auffassungen, die wir Antiautoritären scharf ablehnen müssen, viel sehr Erfreuliches enthält. Diese Scheidung der Geister auch in der nationalen Jugend in proletarische und faschistische Elemente, zugleich die Scheidung der Geister bei den bürgerlichen Deutschnationalen in die Hitler-Hugenberg-Gruppe, die sofort den gewaltsamen Kampf für die offene Diktatur anstrebt und der viel gefährlicheren Gruppe, die von Westarp und Treviranus, Hindenburg und Schiele gekennzeichnet wird und die den sozusagen legalen Faschismus mit Young und der Kirche auf das Proletariat loslassen will, — diese Erscheinungen des Tages sind die starken Signale, daß wir vor anderen als vor Wahlkämpfen stehen.

Vor drei Jahren leuchtete die Fackel des brennenden Justizpalastes in Wien über den Häuptern des Weltproletariats. Einen Monat später erlitt das Weltproletariat mit dem Opfertode unserer Genossen Sacco und Vanzetti die demütigendste Niederlage seiner

ganzen internationalen Geschichte. Die Weltrevolution ist im Begriff, einen ihrer Schauplätze nach Deutschland zu verlegen. Proletarier, Revolutionäre, Anarchisten, seid auf der Wacht!

Die Freiheit im Beispiel

Mit großer Verachtung schaut der „Proletarier“ oft auf die „bürgerliche Kultur“ herunter, aber mit allzu großer Bereitwilligkeit ergreift er jede Möglichkeit, es den „Spießbürgern“ gleich zu tun.

Eins der krassesten Kapitel ist „die Kunst im Arbeiterheim“. Was kann man da alles an den Wänden zu sehen bekommen. Ganz zu schweigen von Wilhelm und goldgerahmten Generälen aus der „Großen Zeit“. Ganze Wände sind förmlich verschwunden unter den verschiedensten Photographien. Da hängt das blödsinnigste Zeug und wenn man einmal ans ernsthafte Durchsieben ginge, da blieben kaum ein oder zwei Bildchen übrig, die einem lieb und der Aufbewahrung wert sind! Ebenso schlimm sind die bunten Bilder, die man gemeiniglich findet. Was für ein abscheulicher Kitsch allerschlimmster Sorte. Meist sind die Bilder schlechte Reproduktionen ganz schlechter Bilder. Greuliche Farbenzusammenstellungen. Irrsinnigste Romantik und Sentimentalität. Die sogenannten historischen Bilder sind um nichts besser! Meist wissen die Besitzer außer der Unterschrift nichts von dem, was das Bild vielleicht aussagen könnte! Leonardo da Vinci auf der Reise nach Florenz oder Alkibiades in Athen! Du lieber Tolstoi, was geht das alles uns an. Da gibt es doch noch Dinge, die uns jetzt näher liegen. Und dabei haben wir sehr wohl Möglichkeiten, unser Heim modern und gemütlich auszuschnücken. Es gibt eine Reihe ganz famoser Bilder, die wirklich einen vertiefenden Wert auf den Beschauer haben können, oder die ihm im Anschauen zu einem Stück der Erholung werden. Raus mit den Kaisern und Königen; wenn es schon Personen sein sollen, so gibt es genug Revolutionäre! Statt der Romantik im Bild, lieber die preiswerten Mehrfarbendrucke. Ueberall gibt es billig einwandfreie Abzüge von wirklichen Meistern, Radierungen, Gummi-drucke und all die anderen Arten der Wiedergabe!

Schlimmer noch als die Bilderfrage ist das Mobiliar des Arbeiters! Wann werden diese abscheulichen Plüschmöbel, diese Infektionsbrutstätten einer dazu äußerst unbequemen Gemütlichkeit verschwinden! Wir haben heute doch wirklich sehr gute und moderne Möbel, die man um einen billigen Preis erstehen kann. Gewiß, das alles sind Aeußerlichkeiten, und doch, Arbeiter! — das ganze Leben besteht aus lauter kleinen und kleinsten Aeußerlichkeiten, die dann in ihrer Gesamtheit doch Dein ganzes Leben ausmachen!

Wie ist es nun aber mit den Dingen, die nicht mehr so ganz „äußerlich“ erscheinen, wie die Frage der Geselligkeit und deren Handhabung? Es ist leider von einer „neuen“ Geselligkeit noch absolut nichts zu merken.

Überall ist das Streben, auch in der Gesellschaft es den Bürgerlichen gleich zu tun. Allein schon der Versuch, dem Besuch alles mögliche vorzutauschen. Möglichst gutes Essen und Trinken! Und leider ist das Ziel nicht etwa das, selbst schöne und wertvolle Stunden zu erleben und den anderen ebensolche Stunden zu bereiten, sondern — der Wahrheit die Ehre — meist ist der Besuch — wenn auch mit Worten willkommen — im Grunde zu allen Teufeln verwünscht! Gerade hier an der wichtigsten Stelle, wo der Arbeiter allenfalls noch Gelegenheit hat, außerhalb des Betriebes, in den eigenen Wänden ein eigenes Leben zu führen, gerade da unterwirft er sich den blödsinnigen Bräuchen der so verachteten Bürger! Ei, warum sollen wir denn nicht damit anfangen, endlich einmal statt der Lüge die Wahrheit voranzustellen? Wenigstens dort die Wahrheit zu versuchen, wo wir Herr im eigenen Hause sind, wo wir wirtschaftliche Nachteile nicht zu fürchten haben? Warum sollen wir denn nicht alle die zum Tempel hinausjagen, die wir nicht leiden, nicht riechen können? — Warum denn nicht? — Ich denke schon: eine Geselligkeit, welche die Wahrheit zur Grundlage hat und die gegenseitige Liebe bei den Menschen, die wir wirklich achten und lieben, — eine solche Geselligkeit wäre schon imstande, den Beteiligten Stunden der Feier und eines freien inneren Erlebens zu bescheren! Ja, Kameraden, verachtet die „Spießbürger“; aber: macht es selbst besser, oder macht zum mindesten den Versuch, neue Menschen zu werden!

Und wenn man nun noch weitergeht, in die Familien hinschaut, so ist auch da überall wieder das gleiche zu finden: der Prolet scheint auf allen Seiten immer nur als höchstes Ziel die Angleichung an den bürgerlichen Standpunkt zu erstreben! Was für eine Fundgrube allertraurigster Erfahrungen ist die Frage der Kindererziehung! Wo spürt man das Wehen — vom Sturm zu schweigen! — eines neuen Geistes? Gehorsam — Prügel — Lüge und Betrug, das sind nach wie vor auch bei den Arbeitern die Grundlage der Erziehung der eigenen Kinder! Ja, wenn Ihr verlangt, daß Staat und Schule es besser machen, wenn Ihr es dazu bringen wollt, von Staat und Schule ganz abzusehen, eine neue Welt aufzubauen, ja Genossen, dann wird es notwendig sein, bei Euch selber anzufangen und vor allem mal im eigenen Hause erstens das nicht zu tun, was man anderswo für falsch hält und zweitens das zu tun versuchen, was einem als Ideal vorschwebt.

Ein wichtiges Kapitel ist auch die Geschlechtmora! Anarchisten, all Euer Gerede von Freiheit, gar von Körperfreiheit, wird eine banale Lächerlichkeit, wenn Ihr auf Eure Frauen eifersüchtig seid, wenn Ihr bei der Frau den Hauptwert darauf legt, daß sie Euer sei, Euch gehöre! Wo bleiben da Eure Grundsätze von Freiheit und Selbstbestimmungsrecht? Wo sind da die donnernden Worte gegen Tyrannentum? Wer Freiheit für sich verlangt und nicht bereit ist, sie auch jedem anderen einzuräumen, der ist ein Scharlatan — — — vor den anderen und wenn er ehrlich ist, im besten Falle außerdem auch noch vor sich selbst! Gerade im eigenen:

Heim müssen wir die Freiheit aufbauen und die Unfreiheit einreißen, wo sie noch steht! Genossen, das ist eine schwere Arbeit, die vor uns liegt und das Schlimmste daran ist, daß sie nicht an Andere Anforderungen stellt, sondern daß sie von uns selbst Arbeit und Selbstbeherrschung erfordert! Das ist mir eine schöne Liebe, die den anderen liebt, aber nur, wenn er gerade das tut, was man von ihm verlangt und ihm sonst den Schädel einschlägt! Das ist eine sonderbare Freiheit, die alles für sich in Anspruch nimmt, aber dem Andern das Recht abspricht, jederzeit und in jedem Augenblick über Leib und Seele frei zu verfügen!

Und damit möchte ich auf das Allerwichtigste kommen: Was wir von anderen Menschen erwarten und gar verlangen, das sollen wir zum allermindesten doch versuchen, in uns und um uns herum zu verwirklichen. Wer Liebe predigt und nicht imstande ist, einen einzigen Menschen außer sich selbst wirklich zu lieben, der ist ein Lügner, und den soll man totschiagen.

Wer große Worte von der Freiheit macht und sie für sich verlangt, aber nicht bereit ist, die gleiche Freiheit auch jedem anderen zu geben, der ist wieder ein Betrüger, und den soll man auch wegschaffen!

Leicht ist es, vom Andern alles zu verlangen und sich selbst von den Forderungen auszunehmen. Leicht ist es, den Andern zu erzählen, Ihr seid ja noch garnicht reif zu etwas Neuem! Leicht ist es auch, sich selbst schmolend abseits zu stellen und zu sagen, ich allein kann es nicht schaffen, kann allein nicht anfangen, das Neue auch zu leben! —

Nein machen wir uns keine Dummheiten vor! Was werden soll, kann nur werden, wenn es aus jedem Einzelnen heraus Wirklichkeit wird! Freiheit kann nur da sein, wo es Friede gibt und frei kann nur einer von Innen heraus werden!

Fangen wir deshalb bei uns selbst und bei unsern Nächsten an, Anarchisten zu werden! Wenn wir auch im Anfang unserem Ziel nicht ganz gerecht werden können: dieser Anfang gilt mehr als die schönsten Worte, die wir anderen vortragen, aber für die unser Leben kein Beispiel gibt.

Fritz Müller.

Laßt sie krepieren !

Der in Schönheit verröchelte Deutsche Reichstag hat am Abschluß seiner ruhmvollen Laufbahn außer dem finanziellen Genickbruch, dem er zum Notopfer fiel, noch eine Gehirnerschütterung erlitten, bei der aber edlere Teile nicht zu Schaden gekommen sind. Er hatte durch Fügsamkeit aller Regierungsparteien unter den Willen der Fernefreunde und durch die Unterstützung der Kommunisten bei diesem Bauchaufschwung hoher Gerechtigkeit eine Zweidrittelmehrheit für eine Amnestie zuwege gebracht, die die Befreiung des Rheinlandes durch seine Besetzung mit preußischer und bayerischer Schupo auch östlich der glückströmend zu Young-Deutschland zurückgekehrten Gebiete festlich kränzen sollte. Wie die „Befreiungsamnestie“ — diese Wortzusammenstellung ist bei uns noch lange kein Pleonasmus — beschaffen sein sollte, ist den Lesern des FANAL schon

bekannt. Man kann es aber nicht oft genug erzählen: die Amnestie von 1928 sollte einfach dahin erweitert werden, daß die politischen Straftaten, die in Mord oder Totschlag bestanden und damals nur auf die Hälfte der Strafzeit bei höchstens $7\frac{1}{2}$ Jahren nebst Umwandlung der Zuchthaus- in Gefängnishaft und Streichung der Ehren- und Nebenstrafen herabgesetzt wurden, nunmehr in die volle Wirkung der Amnestie mit einbezogen werden sollten, mit der Einschränkung jedoch, daß die Tat nicht nach dem 1. September 1924 begangen sein durfte (die Angabe: 1. Dezember war ein Irrtum; schon nach dem 1. September 1924 hatte die Umlegeabteilung der Schwarzen Reichswehr nichts mehr zu tun). Warum die Annahme dieser Erweiterung eines Gesetzes, das vor zwei Jahren mit einfacher Mehrheit beschlossen werden konnte, eine Änderung der allerdings äußerst veränderlichen Weimarer Verfassung bedeutete und daher einer qualifizierten Mehrheit bedurfte, ist nur dem engen Kreise der Ortskundigen auf dem Gebiete der Staatsgewalt erkennbar, die vom Volke ausgeht. Jedenfalls kam die Zweidrittelmehrheit für die weitherzige Amnestie dadurch zustande, daß die sozialdemokratische Partei trotz aller Verdienste ihrer Noske, Hörsing, Severing und Zörgiebel noch immer nicht ganz ein Drittel der Plätze im hohen Hause innehatte. Sie allein stimmte dagegen. Herr Bredt hatte erklärt, daß es unerträglich sei, die Separatisten laut Haager Abkommen straffrei lassen zu müssen und die deutschen Männer vom Schlage Klapproths zugleich in Kerkerqual schmachten zu sehen, und sogar die christlichen Bayern mit dem schon im Falle Arco-Lindner bewährten mimosenhaften Rechtsempfinden, stellten wieder einmal für die deutschen Männer ihre grundsätzliche Abneigung gegen Amnestien beiseite. Die Kommunisten aber erklärten, nur die proletarischen politischen Gefangenen dürften frei werden und niemals wären sie für eine Freilassung der beiden Femeleute, die noch Häftlinge markieren müssen, zu haben. Bei der dritten Lesung aber fielen sie um und verhalfen der „Amnestie“ zur Annahme im Reichstag. Nachher erfuhr man (eine Berichtigung der Behauptung habe ich in der Parteipresse nicht gefunden), ihr Stimmungswechsel sei dem Umstand zu danken gewesen, daß Herr Professor Bredt die stillschweigende Nichtprozessierung der Abgeordneten der KPD, deren Immunität vom Reichstag aufgehoben worden war, für ihre Mitwirkung an der Aufbringung der nötigen Stimmzettel zugesagt hatte.

So weit so gut. Die Sozialdemokraten, die noch immer jede Amnestie entweder verhindert oder versaut haben, beriefen sich jetzt auf die Versauerung der Amnestie, um sie zu verhindern. Da sie in Preußen regieren dürfen, solange sie es für die Reaktion schmerzlos besorgen — und dafür geben die Herren Braun und Waentig jede Gewähr —, vermochten sie im Reichsrat den Amnestiebeschluß des Reichstags umzustößen, worauf kraft demokratischer Verfassung (man erfrage Näheres bei Ortskundigen) dieses höchste Gebilde deutschen Rechtslebens noch einmal qualifiziert beschließen mußte. Da aber fehlten 5 amnestiefreudige Gesetzgeber, sodaß die Sozi. diesmal ihr Drittel siegreich durchs Ziel brachten. Das Rheinland ist frei, Klapproth aber und Fuhrmann zeugen als letzte hohe Säulen im Kittchen von der entschundenen Pracht der Arbeitskommandos. Sie wird die Regierung nun ohne Amnestie freilassen.

Ein süßer Trost ist auch den Bayern geblieben. In der Pfalz, in allen geräumten Gebieten, wo die Separatisten seinerzeit vorübergehende Erfolge hatten, bis die verbündeten Patrioten, Polizisten und Kommunisten sie glorreich schlugen und wo man sie — Pirmasens, Kaiserslautern! — unter schmachlichen Greueln massenhaft ermordete, entlud sich gleich nach Abzug der Franzosen die Tapferkeit der deutschen Mannen gegen die schutzlosen ehemaligen Angehörigen separatistischer Gruppen und gegen jeden, der als früherer Separatist denunziert wurde oder in Verdacht geriet, und die

Helden, die jahrelang vor den „Feinden“ gekuschelt hatten, tobten sich herrlich an schwachen Menschen und starken Klavieren aus, brachten auch manchen gut zu versilbernden Gewinn aus den Häusern der „Verräter“. Es gibt nämlich keine größeren Kanaiilen in der Welt als die, die ihre Landsleute dadurch glauben glücklich machen zu können, daß sie die Grenzlirien zwischen den Ländern verändern möchten. Nur wer sie nach außen verlegen will, ist zu preisen, auch wenn er sein Ziel mit dem Opfer von Millionen Menschen erreichen will, die ganz andre Wünsche haben; erst recht ist derjenige kein Verräter, der Grenzen von jenseits der Marksteine herüber verlegen will, im Gegenteil, das ist ein wahrer Freund seiner unglücklichen Volksgenossen. In Deutschland aber schon einmal die Namen Dorten oder Matthes ausgesprochen zu haben, ohne auszuspucken — pfui Deibel! Reden wir nicht davon; sonst müßten wir vielleicht auch von sehr christlichen rheinischen und bayerischen Deutschen reden, die einmal anders dachten als sie heute poltern.

Was die verunglückte Amnestie anlangt: es geschah, was bei uns immer geschieht: Sozialdemokraten und Kommunisten leerten sämtliche verfügbaren Dreiekkübel über einander aus, und bewiesen damit, daß es gegenüber kolossal stinke. Diesmal werden sie wohl beide recht gehabt haben, nicht mit dem, was sie taten, sondern mit dem, was sie einander vorwarfen. Die Sozialdemokraten — na, wir wissen Bescheid. Ihnen waren Leute wie Margies, Ebers, Peters, Nachtigall und alle übrigen revolutionären Proletarier noch immer lieber im Zuchthaus als anderswo. Aber die Kommunisten? Wenn schon Bredt ihnen für die Zustimmung Gegenangebote machte, konnten sie da nicht mehr verlangen als Gefälligkeiten für ein paar bevorzugte Bonzen? Konnten sie nicht mindestens verlangen, daß endlich Peters und Nachtigall und des Grundsatzes wegen auch der tote Meyer-Kobitsch und die auf Bewährungsfrist entlassenen Mehlhorn und Burkhardt als politische Gefangene anerkannt und in die Amnestie einbezogen würden? Konnten sie nicht die Ausdehnung der Amnestie bis ins Jahr 1930 fordern? Konnten sie nicht allgemein eine Klarstellung des Begriffs „Politische Straftat“ und die Einsetzung eines auch von nichtparlamentarischen Proletariern bestellten Ausschusses zur Bedingung machen, um in Zweifelsfällen das Schicksal ins Zuchthaus geratener Arbeiter der Bestimmung von Staatsanwälten zu entziehen? Es wäre hübsch, wenn wenigstens die Rote Hilfe einmal mit solchen Anregungen an die Partei heranträte. Oder hat nur die Partei noch ein Recht, der Roten Hilfe „Anregungen“ zu geben, deren Nichtbefolgung Verrat an allen geheiligten Dingen und Namen ist?

Nach allen Erfahrungen möchte ich, der ich einen Hauptteil meiner Arbeit den gefangenen Klassengenossen in den Strafanstalten widme — und mit wenigen Ausnahmen wird jeder, der ins Zuchthaus kommt, schon durch diese Herabwürdigung zum Klassengenossen —, deutlichst aussprechen, daß ich mich an einer Befreiungspropaganda für die „politischen“ Gefangenen nicht mehr beteiligen werde. Wer da ruft: Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen! ruft zugleich: Laßt die nichtpolitischen Proletarier in den Zuchthäusern krepieren. Nicht eine politische Amnestie ist nötig, sondern eine soziale! So sehr ich mich gefreut hätte, die Genossen Rudolf Margies, Sepp Müller und die andern paar Proletarier, die von der ausgerutschten Amnestie befreit worden wären, gleich jetzt außerhalb der Käfige wiederzusehen — sie selbst, glaube ich, werden mich recht verstehen, wenn ich die Monate, die ihnen noch im Gefängnis bevorstehen, für eine Gelegenheit ansehe, endlich in etwas umfangreicherm Maßstabe für eine Amnestie zu werben, die zu erkämpfen jedem Arbeiter Ehre machen würde. Heraus mit den durch Krieg, Bürgerkrieg, Inflation, Deflation, Rationalisierung und jeder Art Not ins Zuchthaus Geratenen! Heraus

mit den Opfern der Muckerparagrafen 175 und 218! Heraus mit allen, die noch im Namen der Fürsten verurteilt wurden! Heraus mit allen Kranken aus den Kerker! Das sind die ersten Forderungen, für die ein Kampf lohnt. Die Revolution selbst aber muß damit anfangen, daß sie die Zuchthäustore weit aufreißt: Heraus mit allen Armen und Ueberfahrenen! Hinein mit allen, die für sie nur den Hochmut kennen: Laßt sie kriechen!

Ein Vorkämpfer der Freiheit

Am 7. Juli ist Julius Hart gestorben. Er gehörte zu dem kleinen Kreise tapferer junger Literaten, die Ende der 80er Jahre den Kampf gegen die Reaktion an der Stelle aufnahmen, an der sie dem vom Wirken des Sozialistengesetzes nicht betroffenen Teil der deutschen Bevölkerung am fühlbarsten war: bei den Aeußerungen der geistigen Kultur. Die öffentliche Moral gab sich in Kunst und Literatur den Anschein keuschen Biedersinns, während in Wahrheit die Gründerzeit eine stinkende Korruption aufgezüchtet hatte, die sich von der Gegenwart nur dadurch unterscheidet, daß ein gewonnener Krieg eben andere Formen der Ver lumpung hervorbringt als ein verlorener. Die Brüder Heinrich und Julius Hart griffen an: sie zerzausten in ihren „Kritischen Waffengängen“ die Verlogenheit des ganzen Pfaffenschmalzes und des ganzen Despotenhochmuts der ebenso süßlichen wie rasselnden literarischen Produktion. Gegen den Gartenlaubenschleim stellten sie die Forderung auf: Wahrheit und Natürlichkeit in der Kunst! Und ferner: Verbindung der Kunst und der Dichtung mit den Angelegenheiten des Volkes, der Arbeiter, der Leidenden und Unterdrückten. Sie waren die Vorkämpfer der sogenannten Literaturrevolution der 90er Jahre, in der sie selbst mannhaften Kampf führten. 1900 gründeten sie die „Neue Gemeinschaft“, die ein Versuch war, Ideen der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit zu verwirklichen. Gustav Landauer schrieb in einem prachtvollen Aufsatz „Durch Absonderung zur Gemeinschaft“ diesem „Orden“ sein revolutionäres Programm. — Julius Hart überlebte seinen Bruder Heinrich um 24 Jahre. Vor dessen Tod schon war der Versuch der „Neuen Gemeinschaft“ gescheitert. Viele Anarchisten haben aber in diesem Kreise Anregung gefunden zu Erkenntnis und Tat. Julius Harts Tod bedeutet uns, die wir dazu gehören, eine Verarmung unseres Lebens.

Eine notwendige Klarstellung

Der österreichische Schriftsteller Rudolf Großmann mit dem Pseudonym „Pierre Ramus“, „herrschaftsloser Sozialist“ und Herausgeber von „Erkenntnis und Befreiung“, eines Organs „für soziale und geistige Neukultur im Sinne des Friedens, der Gewaltlosigkeit und individuellen Selbstbestimmung für freie Menschen und solche, die es werden wollen“, nennt sich bedauerlicher Weise auch Anarchist. Er verfißt in dieser Eigenschaft eine verwaschene Abart Tolstoischer Gedankengänge und schreibt über anarchistische Theorie und Praxis in einer Sprache, deren fürchterliche Mißhandlung von der Gewaltlosigkeit des Mannes nichts ahnen läßt. Dies wäre zu ertragen, wenn der gedankliche Inhalt des Geschriebenen ein Niveau aufwiese, auf dem sich wenigstens sachlich diskutieren ließe. Statt

dessen gefällt sich die geistige Neukultur von Klosterneuburg in der Pose des einzigen und allein echten anarchistischen Siegelbewahrers; da ist der Ort, wo man in hundertprozentiger Reinheit die Idee des freihetlichen Sozialismus hütet und dauernd strenges Gericht hält über jeden, der mit seinen Ansichten jemals vom Wege der wahren Tugend abgewichen ist. Ohne Erbarmen aber wird gestäubt, wer gar die Befreiung der Welt einmal mit andern Mitteln glaubte fördern zu können, als mit dem Palmenwedel des Dr. Unblutig; dem wird nur verziehen, wenn er sich bereit zeigt, die Preisgesänge, in denen der Friedenskrieger des Hinterlandes allwöchentlich seine eigenen Nekrologe vorbetet, mitzusingen, mindestens aber sich verpflichtet, von der reichen Fülle peinlicher Zwischenfälle beim Preislauf des Hundertprozentigen um den Lorbeer der vollkommenen anarchistischen Tugend nichts in seinem Gedächtnis aufzubewahren. Wen jedoch Rudolf Großmann im Besitze der Broschüren der Genossen Siegfried Nacht und Oskar Kohl über seine Vergangenheit weiß, von wem er annehmen kann, daß er über die Angelegenheit der Londoner Bibliothek gut im Bilde ist und daß er mit Leuten in dauernder Verbindung steht, die die hohe Meinung des Herrschaftslosen von sich selbst ebenfalls nicht ganz teilen, der hat sich nichts Guten von ihm zu versehen, zumal nicht, wenn er unter Antimilitarismus etwas andres versteht als die bloße Anpreisung schleimiger Passivität. Der Herausgeber des FANAL war schon mehrfach — und immer sehr ungerne — genötigt, Großmannsche Anmaßlichkeiten zurückzuweisen, gehört daher zu den erwählten Lieblingen des Gralshüters der anarchistischen Prinzipien und mußte sich im Laufe der Jahre in verschiedensten Zusammenhängen und Variationen den Verrat an diesen Prinzipien vorhalten lassen. Ich bin von Natur nicht sehr empfindlich, kenne auch die polemischen Methoden des Klosterneuburgers schon zu lange, um mich viel um seine Dreckschleuder zu kümmern. Hier bin ich der Friedfertige; schlägt er mich auf die eine Hinterbacke, so halte ich ihm auch die andere hin: leck dran!

Immerhin bin ich der Ansicht, daß ein Mensch, der sich überall als der einzige unantastbare und konsequente Befolger der anarchistischen und antimilitaristischen Idee aufspielt, mindestens in der Befolgung dieser Idee persönlich sauber sein muß. Sonst wäre ja für seine Wachtmeisterfähigkeit, mit der er gelegentliche kleine Schwankungen oder vorübergehende Denkfehler, Entgleisungen und Irrtümer anderer Menschen Jahrzehnte zurück verfolgt und beschimpft, gar kein charakterisierendes Wort zu finden. Als ich daher im „Proletarischen Zeitgeist“ die Behauptung las, im Jahre 1916 sei in Wien eine Broschüre gegen den Zaren erschienen, die ausgesprochen militärfreundliche Sätze zugunsten der deutschen und österreichischen Kriegsführung enthalten habe, und der Verfasser dieser Schrift sei Rudolf Großmann (Pierre Ramus), da hielt ich das trotz aller Erfahrungen mit dem Manne doch für unmöglich. Aber der kurze Artikel war namentlich unterzeichnet, und so stellte ich zunächst die Verbindung mit Wiener Genossen her, die mir bestätigten, daß der Verfasser der Notiz, Robert Rätzer, ein zuverlässiger und ehrlicher Kamerad sei, ferner aber auch, daß sie selber an Großmanns Autorschaft nicht zweifelten. Ich beschaffte mir nun die Broschüre, die den Titel trägt „Der Zar und der Pesthauch seines Regierungssystems von einem russischen Staatsmann im Exil“, Anzengruber-Verlag, Brüder Suschitzky, Wien-Leipzig und zog sofort nähere Erkundigungen über die Autorschaft ein. Es bestätigte sich tatsächlich, daß unser Kriegsdienstgegner während des Krieges, als jede Psychose sogar bei den breiten Massen längst verfliegen war, gegen Entgelt für einen bürgerlichen Verlag eine der k.u.k. Militärzensur wohlgefällige Schrift verfaßt und veröffentlicht hat, worin er einseitig gegen die Feinde der deutsch-österreichischen Staaten, demnach für diese Staaten Partei nahm

(„Wer hätte damals — 1909 — daran gedacht, wer es für möglich gehalten, daß kaum ein Jahrhundert später das auf seine bürgerlichen Freiheiten so stolze Albion dem russischen Zaren die Bundeshand reichen würde zum blutigsten Werke seines Lebens, zur Mitanzettlung des Weltkrieges?“ — „Und wenn wir heute über die Schmach eines Bündnisses zwischen England-Frankreich und dem russischen Bären staunen, uns darüber empören — —“). Ich stellte aus dem Stül, aus Briefen, die ich in der Angelegenheit erhielt, aus vielerlei Indizien die Autorschaft Großmanns mit soviel Sicherheit fest, daß ich wagen konnte, den Genossen, die zum Teil an die Ehrlichkeit des Mannes immer noch glauben mochten, den Wahrheitsbeweis anzubieten.

In den letzten Maitagen fand in Berlin der XVIII. Reichskongreß der FAUD (Anarcho-Syndikalisten) statt, dem ich als Gast beiwohnte. Ich erbat außerhalb der Tagesordnung das Wort und ersuchte den Kongreß, mir durch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses die Möglichkeit zu geben, Großmann der Autorschaft einer Kriegsschrift zu überführen, die allen revolutionären Grundsätzen kraß ins Gesicht schlägt, die Bakunin und Krapotkin als Kronzeugen für die Kriegszwecke der Mittelmächte mißbraucht, die die Verbrechen des Zarismus aufzählt und so tut, als ob dieselben Verbrechen bei den Deutschen und Oesterreichern nicht begangen würden, und die sich überdies in eine irreführende Anonymität hüllt, um den Anarchisten der Welt die Autorschaft des unbeugsamen Antimilitaristen zu verbergen. Ich erklärte ausdrücklich, daß es mir nicht darauf ankomme, jemanden auf eine Prinzipverletzung festzulegen, sondern daß mir die Feststellung der Wahrheit in diesem Falle deshalb wichtig sei, weil Großmann wie kein zweiter jede wirkliche oder vermeintliche Abirrung von den anarchistischen Grundsätzen bei andern als ärgsten Verrat ausschreit, besonders grade, wenn es sich um die Haltung von Genossen im Kriege handelt. Der Kongreß nahm meine Ausführungen zur Kenntnis und nahm einstimmig eine Entschliebung an, worin die Behauptung als wahr unterstellt und Großmann als außerhalb der freiheitlichen Bewegung stehend erklärt wurde. Außerdem beschloß der Kongreß einstimmig, daß Großmann von den Ortsgruppen der FAUD nicht mehr als Referent angefordert werden soll.

Mir war dieser Ausgang nicht sonderlich erwünscht. Die Nachprüfung meiner Angaben wäre mir sehr viel lieber gewesen. Großmann hat in seinem Blatt bis jetzt auf die Beschuldigung kein Wort verlauten lassen. Dagegen hat er, in Versammlungen zur Rede gestellt, den Mut gehabt, seine Autorschaft zu bestreiten, hat in Briefen sogar zu verstehen gegeben, der eigentliche Verfasser der Broschüre sei Peter Krapotkin gewesen (dessen offene Parteinahme für die Entente weltbekannt ist, von ihm selbst wahrhaftig nicht verheimlicht wurde und von Großmann mehrfach in Uebereinstimmung mit dem Urteil fast aller Genossen mißbilligt worden ist; Peter Krapotkin wird also unterschoben, daß er im Kriege ein geheimes Doppelspiel getrieben habe, — das setzt doch allen Leistungen des Zeitgenossen Ramus die Krone auf!). Im übrigen hat Großmann Anfragen von Genossen, die ihm von meinem Vorstoß berichtet haben, in der bei ihm üblichen Art beantwortet. Er hat, statt sich zu verteidigen, versucht, mich zum Angeklagten zu machen und neue Beschuldigungen gegen mich aufgestellt, die, neben ganz wenigen halbwegs greifbaren Behauptungen einen einzigen Enghals rüder Schimpfereien darstellen.

Ich behaupte von mir nicht wie Großmann von sich, daß mein Lebensweg stets ein Pfad einwandfreier Tugend gewesen sei. Ich habe bestimmt in meiner revolutionären Tätigkeit Fehler gemacht, war innerhalb der anarchistischen Grundidee manchen Schwankungen unterworfen und habe wohl auch allerlei kleinere und größere Dummheiten begangen. Von allem,

was mir Großmann vorwirft, weiß ich mich allerdings frei, vor allem aber kann ich darauf verweisen, daß mein politischer Weg offen liegt, daß ich stets das, was ich getan habe, auch mit meinem Namen gedeckt habe und daher niemanden in die Lage bringen kann, mir beim Aufsuchen von Verfehlungen erst noch die Identität beweisen zu müssen. Großmanns Identität als Verfasser der patriotischen Kriegsbroschüre, die er ja abzustreiten versucht hat, kann zum Glück sogar dokumentarisch bewiesen werden. Dr. Herbert Müller-Guttenbrunn teilt in der letzten Nummer seines „Nebelhorn“ (vom 15. Juli 1930) mit Bezug auf den Fall mit, er sei der Angelegenheit nachgegangen und fand „im Deutschen Anonymen-Lexikon (Verlag E. Carlsson, Leipzig) auf Seite 491 unter Nr. 11 630 folgendes: „Der Zar und der Pesthauch seines Regierungssystems . . . Verf.: Rudolf Großmann. E. B.' E. B. (Eigen-Bericht) aber bedeutet, daß der Verfasser nach seiner eigenen handschriftlichen Mitteilung festgestellt worden ist.“ Hat Großmann die Redaktion des Anonymen-Lexikons angelogen, um als Verfasser der Kriegspropagandaschrift zu gelten, der er in Wahrheit garnicht war? Bitte Genossen, stellt mich vor den Untersuchungsausschuß.

Solltet ihr aber, Genossen, wünschen, daß auch die neun Punkte untersucht werden, deren Großmann mich beschuldigt, — bitte sehr. Ich habe durchaus den Wunsch, in allem richtig erkannt und beurteilt zu werden. Nur möchte ich, daß die Dinge nicht zusammengeschmissen werden, die nichts miteinander zu tun haben. Ich habe Großmann eine ganz bestimmte, klar faßbare Handlung vorgeworfen; die laßt mich beweisen. Danach sitzt auch über mich zu Gericht, wenn ihr das für nötig haltet. Ich kneife nicht. Aber: soll ich tatsächlich auf die Beschuldigung des Klosterneuburgers hin meine ganze Laufbahn vor einem Kameraden-ausschuß verantworten, so würde dieser Ausschuß so gut sein müssen, auch den ganzen Lebensweg Großmanns noch einmal in Betrachtung zu nehmen. Ich kann mit Material aufwarten, das sehr weit zurückreicht und sich bis in die aller-, allerjüngste Vergangenheit erstreckt, und meine Vorwürfe gegen Großmann werden nirgends in Schimpfworten oder allgemein gehaltenen Verdächtigungen bestehen, sondern überall in kühlen sachlichen Aufstellungen von Tatsachen, die sich kühl und sachlich beweisen lassen. Ein Ehrengericht hat, scheint mir, mit derlei Dingen nichts zu schaffen. Wird aber ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die Gewähr für volle Unparteilichkeit und Objektivität bietet, so kann mir dessen Tätigkeit nur erwünscht sein. Was von der Ehre der Beteiligten zu halten ist, werden dann wohl unsere übrigen Genossen an Hand der Feststellungen selber beurteilen können.

Diese Auseinandersetzungen sind sehr unerquicklich, zugegeben. Sie kosten außerdem das FANAL sehr viel Platz, der für andre Dinge ergiebiger verwendet werden könnte. Die öffentliche Klarstellung schien aber aus Gründen der Reinlichkeit unserer Bewegung geboten. Von der weiteren Klärung der Sache durch den Spruch der Genossen wird dieses Blatt erst berichten, wenn der Schlußpunkt hinter den ganzen übeln Handel zu setzen ist.



FANAL ist in Not!
Werbt! Sammelt!

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Zusammenkunft

Jeden Donnerstag, 19.30 Uhr, im
Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Donnerstag, den 7. August

Vortrag von Reinh. Busch über:
Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben
der F. A. U. D.

Genossen!

Die kommenden Wochen verlangen von
uns die größte Aktivität für die Pro-
paganda unserer Ideen. Der Kampf
um die Amnestie, gegen den Parlaments-
schwindel muß auf breiter Grundlage
vor sich gehen. Die Organisierung
entsprechender Unternehmungen bedarf
der Unterstützung und Anteilnahme
aller Genossen und Sympatisierenden.

**Keiner darf zurückstehen!
Besucht die Gruppenabende!
Heraus zur Haus- und Notpropaganda!
Sorgt für genügende Verbreitung des „FANAL“!**

Juli-Eingänge für den FANAL-Fond

Anarch. Verein. Berlin . . .	M. 18,—
Ungenannt	M. 50,—
In einem Berliner Betrieb ges.	M. 17,—
Ad. Müller, Berlin-Lichterfelde	M. 5,—
Jordan, Eisenach	M. 2,35
Tikotin, Dresden	M. 5,—
Dr. Dietz, Karlsruhe	M. 4,—
M. Schreuer, Berlin-W.	M. 3,—
Dr. Scheben, Fürstenwalde . . .	M. 2,35
M. Niedermaier, München . . .	M. 8,—
P. Gutmann, Berlin-Friedenau	M. 2,35
Sammehiste Nr. 1, Gotha . . .	M. 4,20
Frau Steinecke, Bielefeld . . .	M. 2,40
S. Fabijanovic, Los Angeles . .	M. 8,36

**FORDERT
SAMMEL-LISTEN
VOM VERLAG!**

Brennende Erde

Verse eines Kämpfers von ERICH MÜHSAM

Das Buch erschien 1920 als unmittelbarer Niederschlag der während des Krieges, während der Revolution und in den ersten Monaten seiner Gefangenschaft entstandenen Gedichte unseres Genossen.

Erich Mühsam ist einer der ganz wenigen Dichter, die ihre revolutionäre Gesinnung auch während der patriotischen Psychose des Krieges in wuchtigen Anklagen gegen den Massenmord zum Ausdruck brachten. Seine Revolutionsgedichte haben darum unter den Arbeitern stärkste Wirkung getan.

Das Buch „Brennende Erde“ fand, als der Kurt Wolff - Verlag es herausgab, außerordentliche Beachtung, auch bei der bürgerlichen Literaturkritik. Mit dem in Bayern geglückten Rechtsputsch der Weißgardisten Kahr und Möhl verschwand es aber aus den Buchhandlungen.

Jetzt ist das wichtige dichterische Kriegs- und Revolutionsdokument von uns übernommen worden; und wir sind in der Lage, es den Genossen zu stark herabgesetztem Preise anzubieten. Es kostet:

broschiert Mk. 1.— (früher Mk. 2.—)

gebunden „ 2.— („ „ 3.40)

Erich Mühsams „Brennende Erde“ gehört auf das Bücherbord jedes revolutionären Arbeiters!

Gilde freiheitlicher Bücherfreunde

fanal

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Weltrevolution — Die Freiheit

im Beispiel (v. Fritz Müller) — Laßt

sie krepieren! — Ein Vorkämpfer

der Freiheit — Eine notwendige

Klarstellung

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

NR. 11

JAHRGANG 4

BERLIN

AUGUST 1930

Kind und Elternhaus

Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York
(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)

Syndikalist. 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln in erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Ausprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“



EINE NEUERSCHEINUNG

EMILE PATAUD UND EMILE POUGET
DAS LETZTE GEFECHT

Aus dem französischen übersetzt von Rudolf
Rocker. Illustriert von Ferrin Rocker



Diese Schilderung der französischen Syndikalisten Pataud und Pouget, eingeleitet durch ein Vorwort Peter Kropotkins, behandelt das Problem der sozialen Revolution und bietet eine Grundlage für die notwendige Diskussion des vorliegenden Problems. Der Preis des 236 Seiten starken Bandes beträgt 5.- Mk. In der „Gilde freierlicher Bücherfreunde“ erscheint er als Dreimarkband.

ASY - VERLAG

Bezieht Eure Bücher durch den FANAL - Verlags!
Der Buchhändlergewinn kommt dem „FANAL“ zugute.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 11

August 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Dörschlüchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Weltrevolution

Kaum mehr beachtet ist in unserer jubiläenhungrigen Zeit die Erinnerung an den Brand des Justizpalastes in Wien vorübergegangen, der vor drei Jahren, am 15. Juli 1927, mit seinem Feuerchein Europa zum Bewußtsein brachte, was das österreichische Proletariat von den geweihten Rechtsinstitutionen hielt, die mit ihrem Fortbestehen und Wirken den Beweis führten, daß die Revolution von 1918 keine Revolution gewesen ist. Inzwischen hat sich die Demokratie Oesterreichs der Maske des bislang geminten Sozialliberalismus entledigt und dient nun selbst, nur noch locker vorgebunden, dem Faschismus als Maske. Derselbe Schober, der 90 Proletarierleichen der Ruhe und Ordnung auf dem Altar der kapitalistischen Staatsgewalt darbrachte, ist jetzt der Hohepriester dieses Altars, wurde es als Nachfolger des Pfaffen Seipel, dessen Politik den Weg zur Diktatur unzweckmäßig zu beschleunigen, vielmehr der faschistischen Firmierung Oesterreichs größeren Wert beizumessen schien als dem von Schober bevorzugten Umbau des Ladens ohne sofortige Entlassung der sozialdemokratischen Kommiss, auf deren Gechäftsinteresse sich jeder Kapitalist verlassen kann, solange er sie die faschistischen Pralinen in demokratisches Staniol gewickelt verkaufen läßt. Die illustrierten Bürgerblätter führten uns gerade zu den Gedächtnistagen des Brandes die neue Fassade des Gerechtigkeitsbordells im Bilde vor: da habt ihr's, ihr könnt nur niederreißen und niederbrennen, was ihr nicht aufgebaut habt, euer Leben ist Zerstörung und Zersetzung unsrer bewährten Kultur, aber an die Grundlagen der staatlichen Existenz lassen wir nicht tippen, wir hüten das Erbgut unsrer Väter, und wenn es euch wirklich einmal gelingt, ein Gebäude unsrer Macht in Trümmer zu legen, — seht her: neue Ruinen blühen aus euerem Leben.

Dennoch war der Aufstand der Wiener Arbeiter gegen die faschistische Justiz das erfreulichste Ereignis, das seit langem die Spiegelfläche des europäischen Reaktionsgewässers aufquirlen ließ. Der Hinweis auf die Erstarkung der faschistischen Heimwehrbewegung grade infolge der Erhebung vom 15. Juli, auf die vielen Gräber, die der einzige Ertrag der Arbeiterschaft aus dem Straßenkampf gewesen seien, auf die Schwächung der von den Adler, Renner und Seitz geschickt gewährten republikanisch-demokratischen Verteidigungsstellung vor den „Errungenschaften“ des November 1918, die ganze mit warnend erhobenem Finger vorgebrachte rechnerische Klarlegung der unmittelbaren Folgen des proletarischen Wutausbruchs, — dies alles bescheinigt nur die typische Spießenangst vor dem plötzlichen Aktivwerden der ungegängelten Kräfte der Tiefe. Die Todesopfer eines solchen Aufruhrs bedeuten uns, die wir die Tat bejahen, mehr als den deutschen Eseln, die darum jammern und die jeden Tag bereit sind, den 45 Toten, mit denen der sozialdemokratische Reichskanzler und Barmaterialist Gustav Bauer im Januar 1920 das sogenannte Betriebsrätegesetz einsegnen ließ, den 33 Toten, die der Zörgiebel in die Grube des proletarischen Maibekenntnisses werfen ließ, den Hunderten von Toten, die Jahr für Jahr auf dem Scheiterhaufen der republikanischen Kapitalschutzvorrichtungen von den „Sozialisten“ Noskescher Sorte verbrannt werden, Zehntausende folgen zu lassen, die sich dem Elend der Ausgebeuteten enger verbunden fühlen als den Gesetzen, dem Besitzrecht und dem Staat der Reichen. Die Leichen der 90 Wiener Proletarier von 1927 sind Dünger der Weltrevolution und wir, die wir den Kampf, in dem sie fielen, freudig als unseren eigenen Kampf preisen, werden vor dem jüngsten Gericht der in Sozialismus und Anarchie befreiten Welt ein lobenderes Urteil empfangen als die Verteidiger der Einrichtungen, deren Verzinsung eben wieder mit den Leichen von 151 armen Bergleuten in Neurode gedüngt wurde. Wer freiwillig in einen Kampf geht, in dem Faust, Waffe und Zunder dem Willen zum Erfolge als Mittel zugeteilt sind, der muß wissen, daß es ums Leben und um die persönliche Bewegungsfreiheit geht. Wer in solchem Kampfe fällt oder in Gefangenschaft gerät, hat, wenn er unsre Sache verfochten hat, Anspruch auf unsre Solidarität und auf unsre Rache. Aber sein Tod und sein Mißgeschick beweisen nichts gegen die Berechtigung seines Unternehmens, sondern verpflichtet die Seinen zur Fortsetzung und zur siegreichen Beendigung seines Kampfes. Wer jedoch infolge verruchter sozialer Veranstaltungen verschüttet wird, sei es im Kohlenschacht, dessen Organisation die Sicherung des Profits über die des Menschenlebens stellt, sei es im Zuchthaus, dessen Organisation allein dem Zweck dient, den Profit vor dem Lebensdrang entrechteter Menschen zu schützen, der beweist mit

seinem Tode oder mit seinem Mißgeschick die Notwendigkeit, den Schauplatz seines Unglücks, auf dem das Proletariat nur Niederlagen erleiden kann, in den Kampfplatz der Revolution zu verwandeln, auf dem, trotz zeitlicher Rückschläge, trotz gegenrevolutionärer Repressalien, trotz hundertfachen Todes, Siechtums und maßloser Kerkerqualen das Bewußtsein des Rechtes und die Entschlossenheit kameradschaftlich vereinter Auflehnung den proletarischen Empörern den endlichen Sieg verbürgt.

Dies hebt den Wiener Aufstand hoch heraus aus allen Erhebungen der europäischen Arbeiter seit einem Jahrzehnt, daß er spontan aus dem beleidigten Rechtsgefühl der Massen selbst herauswuchs. Hier war keine Führerschaft am Werke gewesen, kein theorievernagelter Klüngel hatte mit Minimal- oder Maximalprogrammen das Temperament der vom Zorn zusammengetriebenen Massen im vorhinein zur vielgeliebten „proletarischen Disziplin“ verwässert, als welche nie etwas anderes war und sein kann als blöder Rekrutengehorsam gegen die Kommandos einer Streberklügel, die sich zur regierenden Obrigkeit im neu zu etablierenden Staate erheben lassen möchte. Darum auch warfen sich die Austromarxisten der Bewegung sofort entgegen, damit die Arbeiter nicht auf den Gedanken kämen, es gehe auch weiter ohne sie und erreichten, daß den Aufständischen die Waffen, nach denen sie verlangten, und die sie, die „bewährten Führer“, in Obhut hielten, versagt blieben. Nicht aus Mangel an Führung unterlagen die Richter der bürgerlichen Gerichtsbarkeit, sondern im Gegenteil, weil es einer Führung möglich wurde, der Arbeiterklasse ihr Befreiungswerk aus der Hand zu nehmen. Was aber geschehen wäre, wenn der bewaffnete Kampf, vom Generalstreik unterstützt, hätte zu Ende geführt werden können, und das österreichische Proletariat hätte zunächst ihrem Seitz, der ihm in den Arm gefallen war, den Fußtritt gegeben und sich der einzigen wahrhaft proletarisch-revolutionären Partei anvertraut, die sich zur richtigen Führung bereits die erforderlichen Anweisungen aus Berlin und Moskau verschrieben hatte, erfuhren wir ja dann aus den Veröffentlichungen der staatsmännischen Notizen, die die siegreiche Konterrevolution den Taschen des nach Abschluß der Kämpfe im Flugzeug gelandeten deutschen Kommunisten Pieck entnommen hatte. Danach sollte derselbe sozialdemokratische Wiener Bürgermeister Seitz, der die Bewaffnung der Arbeiter zur Besetzung der Banken, Aemter und Verkehrszentralen verhindert hatte, zum österreichischen Ministerpräsidenten gemacht werden, und es wäre etwa dasselbe herausgekommen, was Paul Levi 1920 als Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands zur Liquidation des Kapp-Putsches verlangt hatte: eine linkssozialdemokratische Regierung bei „loyaler Opposition“ der Kommunisten. Mit anderen Worten: für die Proletarier Oester-

reichs wäre nicht das geringste herausgekommen, was dem Sozialismus ähnlicher gesehen hätte als die von Seitz und Renner als Sozialismus gepriesenen Arbeitererholungsheime am Semmering, die von Stampfer und Künstler als Sozialismus gepriesenen Volksparkanlagen der Rehberge oder die von Stalin und dem Bund der Freunde der Sowjetunion als Sozialismus gepriesenen Eisenbahnanlagen in Turkestan und Sibirien und die staatlichen Sanatorien im Kaukasus und in der Krim. Am Lohnsystem, das — gleichviel welches Staatssystem darüber wacht — der entscheidende Ausdruck des kapitalistischen Wirtschaftsverfahrens ist, sollte also nicht das mindeste geändert werden und die ganze Wirkung des Kampfes wäre sogar im Falle des Sieges gewesen, daß eine freundlicher lächelnde Regierung an Stelle der offen unsozialen Seipelschen innerhalb der kapitalistischen Ausbeutungsmethoden durch winzige Reförmchen die Zufriedenheit mit dem Bestehenden, das heißt mit der Tributknechtung der Börsen- und Industriepolitik des eigenen Landes und der Staatsgläubiger von Versailles und Trianon gefördert hätte.

Die Revolution, der wir entgegengehen — niemand kann wissen, welcher ihrer zahllosen Herde zuerst bersten wird; wir wissen nur, daß jede ausbrechende Massenbewegung der schon lebendigen Weltrevolution zugehört und daß auch Deutschland sich im Zustand revolutionärer Gärung befindet —, die kommende Revolution wird neben ihrer nächsten Aufgabe, den Staat mit allen Verwaltungsgebilden seiner Obliegenheiten, mit seinen Gesetzen, Schutzvorrichtungen, Privilegien, Funktionen und Rechten von Grund aus zu zerstören, die vordringliche Aufmerksamkeit darauf zu richten haben, daß keine Gruppe, keine Partei, keine Führerschaft, keine Art wohl- oder übelgesinnter Schulmeisterei den Versuch unternimmt, die vernichtete Regierungsgewalt unter irgendeinem Namen für sich selbst wieder in Anspruch zu nehmen. Das vorzeitige Ende aller Revolutionen, die die neuere Geschichte kennt — für Rußland kann man natürlich noch nicht von einem Ende der Revolution reden, wohl aber von einem schlimmen Abdrängen auf gefährliche und ihren sozialen Zielen fernliegende Wege —, hat ihre Ursache immer in der Fortnahme der Macht aus den Händen der revolutionären Gesamtheit in die einer regierenden Oberschicht, Daß der 14. Juli noch heute in ganz Frankreich als wahrhaftes Volksfest gefeiert wird, spricht sehr für das Freiheitsgefühl im französischen Nationalcharakter. Denn die Erstürmung der Bastille, der Zwingburg der Feudalherrschaft, in der der Zukunft ergebene Menschen gefangen saßen, vor jedem andern revolutionären Akt der entfesselten Volkswut, war eine symbolische Tat der Brüderlichkeit, die mit der Befreiung der Gequälten aus dem Kerker der sozial begründeten Empörung der Massen ihre moralische Weihe gab. Aber dem

14. Juli 1789, der den Sektionen, den von unten herauf ohne alle Führeranweisungen natürlich entstandenen Organen der revoltierenden Schichten, die öffentliche Gewalt in die Hände gab, folgte nach der großartigsten Bewährung dieser revolutionären Selbstbestimmung der Massen allmählich die politische Machtentfaltung der konkurrierenden Klubs, und in vier Jahren war es soweit, daß Maximilien Robespierre namens der allein zulässigen Revolutionsleitung der Jacobiner, die den breiten Massen die eigene Verfügung über ihre Revolution genommen hatte und ihren revolutionären Enthusiasmus auf die kritiklose Vergottung der jacobinischen Diktatur abzulenken mußte, die Cordeliers, die Trotzlisten der französischen Revolution, mit Georges Danton an der Spitze auf die Guillotine schickte. Es wäre sehr lohnend, einmal die Entwicklung der großen französischen Revolution von einem von unten her entzündeten Volksbrande, einer sozialen Reinigungsbewegung zu einem Rivalitätsstreit revolutionärer Regierungsmänner mit dem Verlauf der großen russischen Revolution im einzelnen zu vergleichen. Es würden verblüffende Wiederholungen an den Tag treten, besonders, wenn man dabei die langsame Entmachtung und Entrechtung der Sektionen, die Krapotkin „die wahre Kraft der Kommune“ nennt, mit der allmählichen Vergewaltigung der Sowjets unter den Willen der Parteimachthaber in Parallele stellt. In unseren Tagen, die die Wahrscheinlichkeit großer revolutionärer Ereignisse in aller Welt ankündigen, sollte man jedenfalls nicht gleichgültig an den Erfahrungen der Vergangenheit vorbeigehen und beispielsweise folgende paar Sätze, die ich einer zusammenhängenden Fußnote in Krapotkins herrlichem Werk über die französische Revolution entnehme, in die nötige Beziehung zu den russischen Vorgängen setzen: „Die Sektionen führten nicht mehr, sondern folgten gehorsam ihren Ausschüssen, deren Mitglieder nur von dem Wohlfahrts- und Sicherheitsausschuß des Konvents abhingen. Die Politik ging nicht mehr in ihnen vor sich. Man ging sogar soweit, ihnen zu verbieten, sich Urwählerversammlungen zu nennen“, da es „unter einer revolutionären Regierung keine Urwählerversammlungen mehr gäbe. Das hieß, ihnen in Erinnerung bringen, daß sie nicht das geringste mehr zu sagen hatten.“ Dann ist von den „Säuberungsprozessen“ (wörtlich!) die Rede, „denen sich die Sektionen hintereinander unterwerfen mußten, um den Jacobinern genehm zu sein.“ Krapotkin bestätigt dabei die Auffassung Michelets, „daß zu dieser Zeit die Versammlungen der Sektionen tot waren, und daß die ganze Macht auf ihre Revolutionsausschüsse übergegangen war, die ihrerseits, da sie von der Regierung ernannt wurden, auch kein großes Leben hatten.“ Man übersetze „Sektionen“ mit „Sowjets“ und „Jacobiner“ mit „Bolschewiki“, so wird man im Bilde sein. Man vergegenwärtige sich aber auch den Schlußsatz jener Fußnote (Die fran-

zösische Revolution, S. 521), um sich der Gefahren völlig bewußt zu werden, die gerade eben, nach Abschluß des XVI. Kongresses der RKP., mehr als je gesteigert scheinen: „Am 9. Thermidor (Sieg der Konterrevolution, Sturz der Jacobiner) waren in fast allen Sektionen die Revolutionsausschüsse versammelt, um die Befehle der Regierung zu erwarten. Man braucht sich also nicht zu wundern, daß sich die Sektionen gegen die Thermidorianer nicht gerührt haben.“

So lenkt einen jede durch den Zufall des Kalenderdatums erweckte Erinnerung auf die ungeheure revolutionäre Spannung der unmittelbaren Gegenwart. Genau hundert Jahre sind es her, seit das Pariser Proletariat sich in der Juli-Revolution erhob, um die wenigen bürgerlichen Rechte zu retten, die von der großen Revolution her die Kaiserzeit und die Restauration überlebt hatten. Frankreich war eben mit der Eroberung Algiers (5. Juli 1830) zu neuer imperialistischer Aktivität übergegangen. Die Entwicklung der industriellen Produktionsmittel bildete zugleich deutlichere Klassenunterscheidungen heraus, die der Arbeiterschaft bereits verschwommen ins Bewußtsein traten und in den Werken Ricardos und Adam Smiths, Fouriers und Saint-Simons auch schon nach theoretischem Ausdruck suchten. Die erwachenden Ansprüche des jungen Industrieproletariats quitierte die Staatspolitik mit reaktionären Herausforderungen. Am 25. Juli wagte der König Karl X. den Staatsstreich: er unterzeichnete die berüchtigten 5 „Ordonnances“, durch die alle Presseerzeugnisse unter Vorzensur gestellt wurden, das Wahlgesetz eingeengt, das Bestimmungsrecht der Kammer beeinträchtigt und das Parlament aufgelöst und heimgeschickt wurde. (In der demokratischen deutschen Republik nennt man derartige Maßnahmen noch lange nicht Staatsstreich.) Vom 27. bis zum 29. Juli kämpften die Pariser Arbeiter und Kleinbürger auf den Barrikaden. Karl X. flüchtete, eine provisorische Regierung mit Thiers, dem späteren Kommune-Schlächter, an der Spitze, rief den Herzog von Orléans auf den Thron, der am 9. August 1830 unter dem Namen Louis-Philippe zum König der Franzosen ausgerufen wurde. Er ist als „Bürgerkönig“ in die Geschichte der enttäuschten Volksillusionen eingegangen und mußte im Februar 1848 durch eine weitere Revolution von seinem Postament wieder untergeworfen werden. Die Arbeiter hatten von der Juli-Revolution mehr verlangt, sie wollten die Republik und Mitbestimmung im öffentlichen Leben. Erreicht wurde die Einführung des parlamentarischen Regierungssystems und damit die endgültige Vorherrschaft der Bourgeoisie, die sich bis heute gehalten hat und deren politischer Ausdruck den Arbeitervertretern der sozialdemokratischen Partei im Deutschland der Gegenwart der Gipfel aller öffentlichen Rechts-

gleichheit zu sein scheint. Was die Vergangenheit lehrt, kümmert sie nicht, und was der Augenblick bedeutet, merken sie nicht.

Weil aber grade der 1. August da ist, verfluchen wir den Krieg und erzählen den großen und den kleinen Kindern, daß das Weltgemetzel, das vor nun 16 Jahren anhub, zu schrecklich gewesen sei, als daß wir eine Wiederholung zulassen dürften. Wahrhaftig, wir sind recht bescheiden mit unseren Forderungen: Nie wieder Krieg! oder selbst: Krieg dem Kriege! Daß wir einem neuen Kriege den Widerstand der Tat entgegenzusetzen haben, davon werden wir ja wohl unter revolutionären Antimilitaristen nicht mehr viel zu reden brauchen. Die Beantwortung einer von Staats wegen angeordneten Mobilmachung ist Generalstreik, Dienstverweigerung, Sabotage und Aufstand, das versteht sich nach den Erfahrungen von 1914 von selbst. Aber die Aufklärung der jungen Menschen, die damals noch nicht dabei waren, muß sich besonders darauf erstrecken, die Technik der Panikmacherei begreiflich zu machen, auf deren gerissene Methoden damals noch keiner von uns vorbereitet war und durch die fast jeder in irgendeiner Form aus der Bahn geschmissen wurde. Krieg der Ahnungslosigkeit und der Unschlüssigkeit im Falle des Krieges! Nie wieder sich verblüffen lassen von der Kriegsregie! Das sind die wichtigsten Lehren, die uns Älteren der Weltkrieg vermacht hat; denn ein solcher Ansturm von Lügen, Gerüchten, Massenangst, Hysterie, patriotischem Irrsinn, Haß, Wut, Triebentfesselung jeder Gestalt darf nicht noch einmal den einzelnen Kriegsgegner auf sich selbst gestellt und mit der allerdings damals verdammt notwendigen Sorge beschäftigt finden, sich nur selber erst, ohne Boden unter den Füßen, innerlich aufzurichten, da keiner seiner Nachbarn im Geiste noch vorhanden war, alle der Suggestion erlegen waren und die meisten Uebriggebliebenen sich für Tage, viele für Wochen und Monate nicht mehr in der Welt zurechtfinden. Es dauerte fast ein halbes Jahr, bis diejenigen, die dem Kriege die Wendung zur Revolution zu geben wünschten, die erste Fühlung miteinander gewannen; es dauerte bis tief ins zweite Kriegsjahr, daß über engste Freundes- und Genossenkreise hinaus Pläne revolutionärer Art in etwas weiteren Gruppen erörtert werden konnten. Dessen haben wir uns zum Gedenktage zu erinnern, dagegen Vorsorge zu treffen und vor allem den Willen, jeden neuen Krieg in die Revolution münden zu lassen, durch das Wissen zu vervollständigen, daß der Weltkrieg 1914—18 bereits der Ausbruch der Weltrevolution war, in der wir mitten drinstehen. Ob der nächste Ausbruch dieses riesenhaften Werdens ganz neuer Menschen- und Völkerbeziehungen in der Entladung eines europäischen oder eines alle Länder der Erde umfassenden Krieges, ob er in der Explosion der Art bestehen wird, wie wir sie in der russischen Oktoberrevolution erlebt haben, ob

eine faschistische Unterdrückung der arbeitenden Massen, also ihre Fesselung in die schlimmste vorstellbare Sklaverei, der allgemeinen Entfesselung der Völker noch überall vorausgehen wird, welche Formen das Kapital wählen wird, um seine Ausbeutungsrechte zu verteidigen, welche das Proletariat anzuwenden weiß, um sich Luft zu machen, — das alles werden wir mit bloßen Beschwörungen und mit dem Anstecken von Nadeln, die das Zerbrechen der Gewehre versinnbildlichen, nicht ermitteln und nicht beeinflussen. Wir haben in der Nähe und in der Ferne zu erkennen, was geschieht und was das Geschehen bedeutet; denn wahrscheinlich wird uns dieses Erkennen die Einsicht stärken, daß unser Kampf gegen den Krieg nichts anderes sein kann als die Vorbereitung der Pflichten, vor die die Weltrevolution uns jeden Augenblick wieder stellen kann.

Auf das ungeheure Tempo, in dem die Zeit vor unseren Augen abrollt, ist im FANAL oft aufmerksam gemacht worden. Dinge, die die ganze Welt angehen und offensichtlich in das Geschehen der Weltrevolution hineingehören, können in einer Monatsrevue manchmal nicht einmal erwähnt werden, weil sie zufällig in die ersten Monatstage fielen; nach drei bis vier Wochen wirken sie veraltet, sind von neueren Ereignissen anderswo tatsächlich überholt und ihre Wichtigkeit in unserer Vorstellung herabgemindert. Im vorigen Heft mußte ein Artikel ausfallen, der sich mit den revolutionären Vorgängen in China, Indien und Spanien beschäftigen sollte. Jetzt, einen Monat später, kann ich die Notizen dafür einfach nicht mehr verwenden, weil mittlerweile der chinesische Generalkrieg einen anderen Stand erreicht hat, der den Anschein einer Erholung der furchtbar geschwächten proletarischen Kampfkräfte leider nicht mehr rechtfertigt. Den Rätebildungen, von denen die kommunistische Parteipresse viel zu viel Aufhebens machte, liegt offenbar nicht mehr zu Grunde, als kleine örtliche Kulierhebungen, die natürlich immer wieder aufzucken, ohne die Wirkungen der falschen russischen Politik in China vorläufig günstig beeinträchtigen zu können. Doch kann sich, bis diese Zeilen in den Händen der Leser sind, das Bild vollständig geändert haben. — Daran, daß in Indien täglich das Blut revolutionärer Nationalisten und revolutionärer Sozialisten fließt, die den britischen Imperialismus an seiner empfindlichsten Stelle schon mindestens schwer verwundet haben, redet man kaum mehr, da ja nun Gandhi, Nehru und alle Führer der Widerstandsbewegung durch Gesetzesverletzung ebenso eingesperrt sind wie die bewußten Kämpfer für soziale Gleichheit. Wer weiß, wie bald Gelegenheit sein wird, wieder davon zu reden? Bestimmt dann, wenn der Kampf der beiden Gruppen, wie in China, gegen einander geht und um die Wirtschaftsform im politisch selbständig gewordenen Lande geführt wird. — Was die Bewegung in Spanien

anlangt, so war die Hoffnung aller Revolutionäre seit dem Sturz des Diktators Primo de Rivera von Woche zu Woche bereit, auf den Ausbruch des proletarischen Aufstandes zu warten, der vielleicht gleich den Sieg der vorbildlich organisierten, in jahrzehntelangen Kämpfen gegen Kirche und Staat glänzend geschulten Arbeiterklasse hätte feiern lassen. Tatsächlich war aber schon die Niederlage des Faschismus gegenüber dem kameradschaftlichen Zusammenwirken der freiheitlich gesinnten Studentenschaft und dem an Ferrer und Krapotkin gebildeten Proletariat ein Sieg, der bald auch auf die übrigen faschistisch regierten Länder zurückwirken muß. Die offene Revolution in Spanien wird sicher nicht ausbleiben und die anarchistische und syndikalistische Ueberlieferung der spanischen Arbeiterbewegung, die schon zur Zeit der Marx-Engelsschen Machenschaften den stärksten Halt Bakunins in der Internationalen Arbeiter-Assoziation ausmachte, gibt das Vertrauen, daß die Versuche der Bolschewisten, die spanische Revolution in die Abhängigkeit von russischen Staatsinteressen zu bringen, zurückgewiesen werden. Schon hat Spanien dank der ruhigen Entschlossenheit der auf sich selbst gestellten Arbeiter wieder eine revolutionäre Presse. Die Revolution, die dort bevorsteht, wird sich weder an der Aufrichtung einer demokratischen Republik genügen, noch sich mit irgend einer modernisierten Abart des Jacobinismus abfinden, sondern das Beispiel geben, daß zur sozialistischen Neugestaltung der Welt alle Macht wirklich bei den Räten sein muß, denen keine Partei, kein Regierungsklüngel und keine bürokratische Maschinerie Anweisungen zu geben hat. Spanien — das ist unsere heiße Zuversicht — wird zeigen, daß eine Räterepublik das Gegenteil von einem Staat ist.

Darf man daran erinnern, welche Ereignisse sonst noch im Laufe des letzten Monats die Tatsache der brennenden Weltrevolution bestätigt haben? Die türkische Angora-Regierung hat einen schweren Kurdenaufstand zu überstehen gehabt. Es ist maßlos Blut geflossen. Bei uns hat man es kaum der Erwähnung für wert gehalten, denn als die Sklaven der Oelfelder von Mossul nach ein paar Tagen — das wievielte Mal? — für den Augenblick erschöpft am Boden lagen, war es nicht mehr bequem, den gleichgültigen äußeren Anlässen in die tiefen wirtschaftlichen Gründe der Bewegung nachzusteigen. Die Kurden sind noch nicht tot. Herr Kemal Pascha und seine Henkersknechte werden mit ihnen wie mit den Armeniern noch um ihr eigenes längst fälliges Leben zu kämpfen haben. Augenblicklich ist die Oeffentlichkeit mehr mit den Versuchen der Aegypter beschäftigt, sich der Despotenherrschaft des üblen Fuad zu entledigen, der vor nicht langer Zeit unser willkommener Gast in Berlin war. Dem anderen Besucher, Herrn Amanullah aus Afghanistan, haben die von den republikanischen Deutschen

empfangenen Ehren ja nicht lange bei seinen eigenen Steuerzahlern gehoffen. Nicht einmal die von Moskau zu seiner Hilfe entsandten Flugzeuge zur Niederschlagung der aufständischen armen Bergbauern retteten ihm den Thron. Herr Fuad wird wohl, wenn er die Grenzen seines Landes noch rechtzeitig erwischt, dem Kollegen aus Asien einmal im Exil begegnen, und sie werden sich gegenseitig ihr Leid weinen, wie wenig doch gegen die eigenen rebellischen Landeskinder die Freundschaft Stalins und Hindenburgs, beziehungsweise Hindenburgs und MacDonalds überflüssigen Königen helfen kann. Außer in Asien und Afrika ist auch in Amerika die Weltrevolution den Beherrschern der Erde, den Kapitalisten, wieder fühlbar geworden. Zeitgenossen von starkem Gedächtnis erinnern sich wohl noch der Revolution, die vor drei Wochen Bolivien beunruhigte. Man erfuhr zwar bloß, daß ein Präsident des Landes — Siles heißt der Kerl — fliehen mußte und daß ein anderer Präsident sich oben hinsetzte, nichts besonderes also für mittelamerikanische Republiken; immerhin hatte ein deutscher General, namens Kundt, seine Pfoten im Blutrog, weil ja dieses Geschmeiß, dem wir für unsere Dezimierung hohe Pensionen zahlen, überall dabei sein muß, wo es Arbeiter wagen, gegen ihre niederträchtige Ausplünderung aufzumucken. Wir werden den Herrn, da ihn die bolivianischen Republikaner nicht mehr haben wollen, wohl bald in München erwarten dürfen, wo Ludendorff bereits zum Empfang des aus China zurückkehrenden Oberleutnants Kriebel und des in Oesterreich zur Zeit unbeliebten Herrn Majors Pabst rüstet. Die Gründe für den Aufstand in Bolivien liegen natürlich in der Verarmung der Bewohner eines der reichsten Länder der Erde, dessen gesamte Naturschätze, Metalle vieler Arten, Petroleum, Gummi, Kaffee und vieles noch, nichts als Exportware des amerikanischen Kapitals ist, und das den Menschen, die sich mit der Förderung, Ernte und Verladung dieser Herrlichkeiten den letzten Schweißtropfen ausquetschen lassen, nur den Anblick und den Geruch der nützlichen Dinge gönnt, die Sättigung ihrer Kinder aber unter dem Knallen der Gewehre und dem christlichen Zuspruch der Priester verwehrt.

So geht es in fernen Weltteilen zu. Wir leben gottlob im gesitteten Europa, und in Spanien, sahen wir ja, ist die Revolution nun schon seit 14 Tagen in die ruhigen Bahnen der Entwicklung eingelenkt. Auch Mussolini arbeitet seit Monaten mit fast lautlosen Marterinstrumenten, von Horthy hören wir gar nichts mehr; ja, den Ungarn steht das Glück bevor, vielleicht schon in allernächster Zeit den ersten Otto des letzten Otto von Habsburg mit allen Salben zum König geschmiert zu sehen, worauf er dann die faschistische Ordnung wie der Kollege Alexander in Serbien ins eigene Händchen nehmen kann. In Jugoslawien bewährt sich das persönliche Regime ausgezeichnet, und der kleine Irrtum, der den Funktionären

des Diktator-Potentaten kürzlich unterlaufen ist, daß sie im Massenfoltern verdächtiger Arbeiter und Bauern ohne Unterschied des Alters und Geschlechts aus Versehen eine deutsche Journalistin unter Peitschen und Fingerschrauben nahmen, ist ja schon vergessen. In Rumänien ist sogar richtiges Familienglück im dort segensreich herrschenden Hohenzollernhause eingekehrt, und der von seiner Frau getürmte ehemalige Kronprinz ist heimgekehrt und hat sich auf den Thron gesetzt, den bis dahin sein kleines Söhnchen zur Freude aller Gutgesinnten innehatte. Auch die geschiedene Mama schläft wieder bei dem Exgatten, wofür er aber die Scheidung ungültig erklären und sie als Landesmutter anerkennen muß. Die edle Fürstin wird sich nunmehr besonders der strengen Bekämpfung der Prostitution widmen. Von Bulgarien und Griechenland hört man seit langem nichts. Die Galgen arbeiten überall ohne störende Nebengeräusche. Selbst in Polen tritt nun der Marschall Pilsudski als Mitglied der Regierung zurück, die ihm zu demokratisch werkelt. Er wird wohl abwarten, wie die Dinge in Finnland laufen, um daran seine weiteren Maßnahmen anzuknüpfen, will sagen, revolutionäre Arbeiter aufzuknüpfen. Was sich in Finnland vollzieht, hat eine ganz verdächtige Aehnlichkeit mit dem, was im Oktober 1922 in Italien geschah. Der Zug der Bauern nach Helsingfors hatte freilich den Vorzug vor Mussolinis Marsch von Neapel nach Rom, daß die Lappo-Leute keine revolutionären Redensarten machten wie damals die Faschisten, sondern gleich offen erklärten, daß sie die Kommunisten erledigen wollten. Auch ließ die Person, die sofort höchst aktiv als Führer in Erscheinung trat, keinen Zweifel an dem wahren Charakter dieser neuesten Knospe am Strauche der Weltreaktion, womit der Weltrevolution die Wurzeln ausgedörft werden sollen. Diese Person ist der finnische General Mannerheim, ein uns wohlvertrauter Name aus der großen Zeit des Weltkriegs. Als nämlich die russische Revolution zu Anfang 1918 nach Finnland übergriff, da stellte die deutsche Oberste Heeresleitung — vielleicht erinnert man sich noch des verantwortlichen Chefs des Großen Generalstabes, eines Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg — deutsche Soldaten und Matrosen in den Dienst des Unternehmens der in Finnland um ihre Güter und Ausbeutungsrechte besorgten Gutsbesitzer, der finnische General Mannerheim durfte die Prussiens und die Finnen gegen den Feind führen, nämlich gegen seine proletarischen und bäuerlichen Landsleute, die die Konterrevolutionäre für Ungeziefer hielten und mit der roten Fahne wegzukehren versuchten, und sicherlich hängt noch heute der ihm von Wilhelm II. verliehene Pullemerit neben den Auszeichnungen, die ihm Nikolaus II. vorher für die Austilgung tausender deutscher Soldaten hatte umhängen lassen, an der tapferen Lappobrust. Herr Svinhufvud, Präsident der bislang demokratischen Republik Finnland, stellte sich mit

der Behendigkeit eines deutschen Sozialdemokraten auf den Boden der Tatsachen, während die finnischen Sozialdemokraten trotz der händeringenden und glaubhaften Beteuerung, daß sie keine Kommunisten sind, von den agrarischen Vaterlandsrettern natürlich schon in die Lappokur genommen werden. Die Kommunisten und mit ihnen selbstverständlich alle revolutionären Gruppen und linken Kleinbauernvereinigungen sind bereits außerhalb des Gesetzes gestellt. Die Gewerkschaften und Sozialdemokraten drangsaliert man vorerst mit formalrechtlich etikettierten Schuftigkeiten und Terrorakten ohne Dienststempel. Volkshäuser werden niedergebrannt, den Lappisten unsympathische oder unbequeme Sozialdemokraten verschleppt und zugleich ehrpusselige Haussuchungen in Gewerkschaftsbüros und Zeitungsverbote von Amts wegen durchgeführt. So war es in Mussolinis Maientagen auch in Italien, so wird es, eher über kurz als über lang, auch in Deutschland sein. Die Nationalliberalen mit dem rotseidenen Schnupftüchel finden sich überall so lange mit jedem „kleineren Uebel“ ab, bis das große Uebel sich aus all den kleinen Uebeln addiert hat, und hat man sie gründlich benutzt und mit schönen Pöstchen einträglich belohnt, dann kriegen sie, sobald man sie nicht mehr braucht, den Fußtritt, und sie selber werden genau so gut die Opfer des Faschismus wie alle, die sie an der Verhütung des faschistischen Sieges verhindert haben.

Weltrevolution? — Fragt mal einen deutschen Sozialdemokraten, ob er an so etwas glaubt. In Deutschland, Herr Löbe hat es eben erst wieder versichert, steht die Demokratie auf festen Füßen, und der Faschismus wird hier niemals seine Stätte finden. Er sagt das, und zwar ohne Zweifel gutgläubig, in dem Augenblick, da das Parlament zum ersten Mal nicht ganz so tanzen will, wie Schwerindustrie und Großgrundbesitz pfeifen, und da die Reichsregierung hieraus den Anlaß nimmt, das Parlament einfach nach Hause zu schicken und jenseits der Demokratie zu verordnen, was besagte Hintergrundmächte mitsamt dem zugehörigen Finanzkapital bestimmen. Natürlich haben die Brüning, Wirth und Dietrich vollkommen recht, wenn sie sich gegen den Vorwurf, unsoziale Gesetze zu machen, andauernd darauf berufen, daß die Müller, Severing und Hilferding ebenfalls solche unsozialen Gesetze entweder schon durchgesetzt oder gar die jetzt oktroyierten Gesetze selber vorbereitet haben; erst recht können sie sich darauf berufen, daß Ebert den Artikel 48 der Verfassung aus ganz ähnlichen Anlässen in Kraft gesetzt hat und daß Müller seine Anwendung bis zuletzt immer wieder erwogen hat. Was das gegenwärtig Kennzeichnende ist, liegt aber darin, daß der Diktaturparagraph, worauf ja die Sozialdemokraten selbst fortwährend hinweisen, eigentlich ohne Not beansprucht wird. Man hätte alles, alles, alles von diesen Musterkindern der Breitscheidenheit haben können, Kopfsteuer und Schankverkehrs-

steuer, Abbau jeglicher Art Hilfe für Kranke, Arbeitslose, Kriegsopfer und Invalide, Mehrausgaben für die Reichswehr und Liebesgaben an den Grundbesitz im Osten und den Zechenbesitz im Westen, — und hat ja in der Tat von allem schon etwas von den Sozialdemokraten bekommen. Die Dinge liegen jedoch so: die ungeheuerlichen internationalen Verpflichtungen aus dem Youngplan müssen geleistet werden, darin sind sich die Bürger aller Richtungen einig. — dafür ist ja eben der Rhein „befreit“ worden, und die bis an die Zähne bewaffnete Polizei ist mit Siegesgeschrei wie Donnergroll, wie Schwertgeklirr und Wogenprall begrüßt worden, als ob die „Feinde“ von ihr rausgeschmissen worden wären. Die Zahlung der Youngtribute darf nicht auf Kosten des Profits gehen, darin sind erst recht alle einig. Was also tun? Die Arbeiter müssen bluten, und der ganze Unterschied in den Auffassungen ist der, daß die Sozialdemokraten finden, man müsse die Blutpresse, die die Armen völlig aussaugt, in Watte packen, damit die Opfer im Glauben erhalten werden, es tue von etwas anderem weh, während das Kapital das soziale Theater von Herzen satt hat, wahrscheinlich auch eine Kraftprobe nicht ungern sähe, bei der sich herausstellen würde, daß die Demokratie dem Proletariat schon alle Kraft zur Abwehr des Faschismus genommen hat. Die Wahl, die nun am 14. September steigen soll, wird, wenn sie überhaupt noch zustande kommt, mit höchster Wahrscheinlichkeit die letzte ihrer Art sein. Der Zustand, in dem wir uns befinden, ist höchste Bereitschaft der Staatsleitung zum Bürgerkrieg.

Ob die Formen des Bürgerkrieges denen in Finnland ähnlich sehen werden, können wir noch nicht wissen. Die Mittel jedes Krieges bestimmen sich aus den Mitteln und der Kraft des Widerstandes, der den Angreifern entgegengesetzt wird. Wo der Angreifer sitzt, ist klar. Herr von Hindenburg hat alle Dokumente unterzeichnet, die den gegenwärtigen Stand der Dinge festgelegt haben. Er hat die Regierung so gewünscht, wie sie geworden ist, mit den Herren Treviranus und Schiele, nachdem er vorher den Youngplan in Kraft gesetzt und als Bedingung dafür in einer besonderen Proklamation die Reichshilfe für den ostelbischen Grundbesitz gefordert hat. Er hat den Ausnahmezustand des Artikels 48 verkündet und den Reichstag auflösen lassen. Ueberdies hat er mit lobenswerter Offenheit Partei genommen für den Stahlhelm, dessen Ehrenpräsident er ist. Seine Teilnahme an dem rheinländischen Nationalklamauk zu Ehren des Herrn Young machte er abhängig von der Aufhebung des Stahlhelmverbots in den westlichen preußischen Provinzen. Daß er nicht auch die Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes verlangt hat, ist ihm wohl nicht sehr zu verargen. Wenn ich mich recht besinne, haben ihn die Nationalisten und nicht die Kommunisten als Reichspräsidenten

vorgeschlagen. Ueberparteilichkeit ist doch Mumpitz, wo die Wahlvorschläge nach Parteien erfolgen. Es steht fest, daß hinter dem Druck auf die preußische Regierung die Forderung der Herrn Hindenburg nahestehenden, also deutschnationalen Politiker stand, die republikanische Regierungskoalition in Preußen durch ihr Regiment abzulösen. Mit der einfachen blanken Kapitulation der Sozialdemokraten Braun und Waentig hatte wohl niemand gerechnet, und so kommt eben die preußische Regierung erst etwas später an die Konservativen von anno Wilhelm.

So sieht es aus bei uns. Die Proletarier aber rüsten zur Wahl. Alles hängt von deren Ausfall ab, versichern uns die Sozialdemokraten, und die Kommunisten versichern das zwar nicht, handeln aber danach. Vor zwei Jahren hörten wir doch auch, daß der Bürgerblock uns ins Unglück regiert hätte und daß nur links gewählt zu werden brauchte, dann wäre alles in Butter. Der Sieg war groß, die Versprechungen noch größer. Die „Große Koalition“ mit dem Müller vornedran wurde unter ächzender Qual geboren. Wir hatten also was wir brauchten. Seit die große Koalition kaputt ist, soll es noch ärger geworden sein als unter den Müller-Severingschen Exerzitien. Das müssen schon Fachleute beurteilen. Die Arbeiter empfanden alle schon unter den Wissell-Hilferdingschen Volksrettungsmaßnahmen, daß eine Steigerung zum Argen nicht mehr ausgedacht werden könne. Aber schön, Brüning soll noch übler sein als Müller, Wirth übler als Severing — wenschon der Unterschied nicht größer zu sein scheint als zwischen ranzigem Oel und denaturiertem Spiritus —, was soll denn aber nun die glorreichste Wahl helfen, da doch die vorige schon als großer Sieg gefeiert wurde und uns doch den Zustand brachte, den die Besiegten von damals geschaffen haben? Und an die Kommunisten die Frage: Wart ihr vor zwei Jahren nicht ebenfalls heilfroh und mächtig stolz auf euern Wahlsieg? Habt ihr nicht über fünfzig Mann von der gerühmten „Tribüne“ reden lassen können, um auch diese Möglichkeit auszunützen, die Revolution und die Diktatur Thälmann-Remmele-Heinz Neumann, kurz des Proletariats, vorzubereiten? Und wenn ihr nun schon 80 kräftige Bolschewisten hineinkriegt, — wieso ist dann der Revolution besser geholfen, als wenn es nur drei Dutzend wären? Zur Benutzung der Tribüne wurden ja auch im jetzt verwigten Reichstag bloß ungefähr 10 Mann, immer dieselben, bestimmt, die abwechselnd den Vertretern der Kirche und des Kapitals versicherten, daß die Revolution schrecklich sein werde und daß in Rußland der Vorredner schon baumeln würde. Könnten diese Reden nicht mit demselben Erfolge der Revolutionsbeschleunigung auch schon ein Dutzend Antiparlamentarier halten? Müssen es durchaus 100 sein, deren Wähler ihr mit Versprechungen ködern müßt, daß den Schupo- und Reichwehrbrüdern im Waffenrock die

Kräfte durch erhöhte Gehälter gestärkt würden, wenn ihr die Mehrheit kriegtet?

Na, lassen wir dem Kind die Bulette. Die Gefahr ist nur, daß bei allen dicken Tönen, daß der Kampf außerparlamentarisch gewonnen würde, die Illusion bei den besten revolutionären Kämpfern des Proletariats von neuem erweckt wird, das Wählen habe überhaupt einen Sinn. Darin liegt nämlich die weitere und größere Gefahr, daß alter marxistischer Erziehung gemäß diese Illusion als einzige Realität im Kampfe empfunden wird, so daß das Proletariat die schlimmste Einbuße erfährt, die möglich ist, die Einbuße an physischen Kampfkräften. Die werden schmachvoll vergebend in Reibereien, Streitereien und dummen Gewalttätigkeiten gegen proletarische Wahlbegeisterte anderer Parteien. Ach, glaubt doch nicht, daß die Revolution noch nach Parteizugehörigkeit fragt. Die fragt nach Helfern im Kampf gegen die Ausbeutung. Da scheidet nicht die Partei, da scheidet die Barrikade. Was jetzt in der nationalsozialistischen Bewegung vor sich geht, ist von der größten symptomatischen Bedeutung. Die Trennung der Gruppe um Otto Strasser von Hitler ist eine Trennung nach Klassen. Noch viel klarer erhellen die Vorgänge in der sogenannten bündischen Jugend die Situation. Dort hat sich — aus einer Bewegung, die einen oft verstiegenen Nationalismus bekundet hat — eine antiparlamentarische „Gruppe Sozialrevolutionärer Nationalisten“ herausgeschält, die sich ausdrücklich zur Parole „alle Macht den Räten!“, zum Kampf unter der schwarzen Bauern- und der roten Arbeiterfahne bekennt und neben ethischen etwas mystisch verschwommenen doch auch prachtvoll radikale Grundsätze verteidigt. Ich verweise auf das Heft 26 der Zeitschrift „Die Kommenden. Ueberbündische Wochenschrift der deutschen Jugend“, die bei vieler Unklarheit und bei manchen Auffassungen, die wir Antiautoritären scharf ablehnen müssen, viel sehr Erfreuliches enthält. Diese Scheidung der Geister auch in der nationalen Jugend in proletarische und faschistische Elemente, zugleich die Scheidung der Geister bei den bürgerlichen Deutschnationalen in die Hitler-Hugenberg-Gruppe, die sofort den gewaltsamen Kampf für die offene Diktatur anstrebt und der viel gefährlicheren Gruppe, die von Westarp und Treviranus, Hindenburg und Schiele gekennzeichnet wird und die den sozusagen legalen Faschismus mit Young und der Kirche auf das Proletariat loslassen will, — diese Erscheinungen des Tages sind die starken Signale, daß wir vor anderen als vor Wahlkämpfen stehen.

Vor drei Jahren leuchtete die Fackel des brennenden Justizpalastes in Wien über den Häuptern des Weltproletariats. Einen Monat später erlitt das Weltproletariat mit dem Opfertode unserer Genossen Sacco und Vanzetti die demütigendste Niederlage seiner

ganzen internationalen Geschichte. Die Weltrevolution ist im Begriff, einen ihrer Schauplätze nach Deutschland zu verlegen. Proletarier, Revolutionäre, Anarchisten, seid auf der Wacht!

Die Freiheit im Beispiel

Mit großer Verachtung schaut der „Proletarier“ oft auf die „bürgerliche Kultur“ herunter, aber mit allzu großer Bereitwilligkeit ergreift er jede Möglichkeit, es den „Spießbürgern“ gleich zu tun.

Eins der krassesten Kapitel ist „die Kunst im Arbeiterheim“. Was kann man da alles an den Wänden zu sehen bekommen. Ganz zu schweigen von Wilhelm und goldgerahmten Generälen aus der „Großen Zeit“. Ganze Wände sind förmlich verschwunden unter den verschiedensten Photographien. Da hängt das blödsinnigste Zeug und wenn man einmal ans ernsthafte Durchsieben ginge, da blieben kaum ein oder zwei Bildchen übrig, die einem lieb und der Aufbewahrung wert sind! Ebenso schlimm sind die bunten Bilder, die man gemeiniglich findet. Was für ein abscheulicher Kitsch allerschlimmster Sorte. Meist sind die Bilder schlechte Reproduktionen ganz schlechter Bilder. Greuliche Farbenzusammenstellungen. Irrsinnigste Romantik und Sentimentalität. Die sogenannten historischen Bilder sind um nichts besser! Meist wissen die Besitzer außer der Unterschrift nichts von dem, was das Bild vielleicht aussagen könnte! Leonardo da Vinci auf der Reise nach Florenz oder Alkibiades in Athen! Du lieber Tolstoi, was geht das alles uns an. Da gibt es doch noch Dinge, die uns jetzt näher liegen. Und dabei haben wir sehr wohl Möglichkeiten, unser Heim modern und gemütlich auszuschnücken. Es gibt eine Reihe ganz famoser Bilder, die wirklich einen vertiefenden Wert auf den Beschauer haben können, oder die ihm im Anschauen zu einem Stück der Erholung werden. Raus mit den Kaisern und Königen; wenn es schon Personen sein sollen, so gibt es genug Revolutionäre! Statt der Romantik im Bild, lieber die preiswerten Mehrfarbendrucke. Ueberall gibt es billig einwandfreie Abzüge von wirklichen Meistern, Radierungen, Gummi-drucke und all die anderen Arten der Wiedergabe!

Schlimmer noch als die Bilderfrage ist das Mobiliar des Arbeiters! Wann werden diese abscheulichen Plüschmöbel, diese Infektionsbrutstätten einer dazu äußerst unbequemen Gemütlichkeit verschwinden! Wir haben heute doch wirklich sehr gute und moderne Möbel, die man um einen billigen Preis erstehen kann. Gewiß, das alles sind Aeußerlichkeiten, und doch, Arbeiter! — das ganze Leben besteht aus lauter kleinen und kleinsten Aeußerlichkeiten, die dann in ihrer Gesamtheit doch Dein ganzes Leben ausmachen!

Wie ist es nun aber mit den Dingen, die nicht mehr so ganz „äußerlich“ erscheinen, wie die Frage der Geselligkeit und deren Handhabung? Es ist leider von einer „neuen“ Geselligkeit noch absolut nichts zu merken.

Überall ist das Streben, auch in der Gesellschaft es den Bürgerlichen gleich zu tun. Allein schon der Versuch, dem Besuch alles mögliche vorzutauschen. Möglichst gutes Essen und Trinken! Und leider ist das Ziel nicht etwa das, selbst schöne und wertvolle Stunden zu erleben und den anderen ebensolche Stunden zu bereiten, sondern — der Wahrheit die Ehre — meist ist der Besuch — wenn auch mit Worten willkommen — im Grunde zu allen Teufeln verwünscht! Gerade hier an der wichtigsten Stelle, wo der Arbeiter allenfalls noch Gelegenheit hat, außerhalb des Betriebes, in den eigenen Wänden ein eigenes Leben zu führen, gerade da unterwirft er sich den blödsinnigen Bräuchen der so verachteten Bürger! Ei, warum sollen wir denn nicht damit anfangen, endlich einmal statt der Lüge die Wahrheit voranzustellen? Wenigstens dort die Wahrheit zu versuchen, wo wir Herr im eigenen Hause sind, wo wir wirtschaftliche Nachteile nicht zu fürchten haben? Warum sollen wir denn nicht alle die zum Tempel hinausjagen, die wir nicht leiden, nicht riechen können? — Warum denn nicht? — Ich denke schon: eine Geselligkeit, welche die Wahrheit zur Grundlage hat und die gegenseitige Liebe bei den Menschen, die wir wirklich achten und lieben, — eine solche Geselligkeit wäre schon imstande, den Beteiligten Stunden der Feier und eines freien inneren Erlebens zu bescheren! Ja, Kameraden, verachtet die „Spießbürger“; aber: macht es selbst besser, oder macht zum mindesten den Versuch, neue Menschen zu werden!

Und wenn man nun noch weitergeht, in die Familien hineinschaut, so ist auch da überall wieder das gleiche zu finden: der Prolet scheint auf allen Seiten immer nur als höchstes Ziel die Angleichung an den bürgerlichen Standpunkt zu erstreben! Was für eine Fundgrube allertraurigster Erfahrungen ist die Frage der Kindererziehung! Wo spürt man das Wehen — vom Sturm zu schweigen! — eines neuen Geistes? Gehorsam — Prügel — Lüge und Betrug, das sind nach wie vor auch bei den Arbeitern die Grundlage der Erziehung der eigenen Kinder! Ja, wenn Ihr verlangt, daß Staat und Schule es besser machen, wenn Ihr es dazu bringen wollt, von Staat und Schule ganz abzusehen, eine neue Welt aufzubauen, ja Genossen, dann wird es notwendig sein, bei Euch selber anzufangen und vor allem mal im eigenen Hause erstens das nicht zu tun, was man anderswo für falsch hält und zweitens das zu tun versuchen, was einem als Ideal vorschwebt.

Ein wichtiges Kapitel ist auch die Geschlechtmora! Anarchisten, all Euer Gerede von Freiheit, gar von Körperfreiheit, wird eine banale Lächerlichkeit, wenn Ihr auf Eure Frauen eifersüchtig seid, wenn Ihr bei der Frau den Hauptwert darauf legt, daß sie Euer sei, Euch gehöre! Wo bleiben da Eure Grundsätze von Freiheit und Selbstbestimmungsrecht? Wo sind da die donnernden Worte gegen Tyrannentum? Wer Freiheit für sich verlangt und nicht bereit ist, sie auch jedem anderen einzuräumen, der ist ein Scharlatan — — — vor den anderen und wenn er ehrlich ist, im besten Falle außerdem auch noch vor sich selbst! Gerade im eigenen:

Heim müssen wir die Freiheit aufbauen und die Unfreiheit einreißen, wo sie noch steht! Genossen, das ist eine schwere Arbeit, die vor uns liegt und das Schlimmste daran ist, daß sie nicht an Andere Anforderungen stellt, sondern daß sie von uns selbst Arbeit und Selbstbeherrschung erfordert! Das ist mir eine schöne Liebe, die den anderen liebt, aber nur, wenn er gerade das tut, was man von ihm verlangt und ihm sonst den Schädel einschlägt! Das ist eine sonderbare Freiheit, die alles für sich in Anspruch nimmt, aber dem Andern das Recht abspricht, jederzeit und in jedem Augenblick über Leib und Seele frei zu verfügen!

Und damit möchte ich auf das Allerwichtigste kommen: Was wir von anderen Menschen erwarten und gar verlangen, das sollen wir zum allermindesten doch versuchen, in uns und um uns herum zu verwirklichen. Wer Liebe predigt und nicht imstande ist, einen einzigen Menschen außer sich selbst wirklich zu lieben, der ist ein Lügner, und den soll man totschiagen.

Wer große Worte von der Freiheit macht und sie für sich verlangt, aber nicht bereit ist, die gleiche Freiheit auch jedem anderen zu geben, der ist wieder ein Betrüger, und den soll man auch wegschaffen!

Leicht ist es, vom Andern alles zu verlangen und sich selbst von den Forderungen auszunehmen. Leicht ist es, den Andern zu erzählen, Ihr seid ja noch garnicht reif zu etwas Neuem! Leicht ist es auch, sich selbst schmolend abseits zu stellen und zu sagen, ich allein kann es nicht schaffen, kann allein nicht anfangen, das Neue auch zu leben! —

Nein machen wir uns keine Dummheiten vor! Was werden soll, kann nur werden, wenn es aus jedem Einzelnen heraus Wirklichkeit wird! Freiheit kann nur da sein, wo es Friede gibt und frei kann nur einer von Innen heraus werden!

Fangen wir deshalb bei uns selbst und bei unsern Nächsten an, Anarchisten zu werden! Wenn wir auch im Anfang unserem Ziel nicht ganz gerecht werden können: dieser Anfang gilt mehr als die schönsten Worte, die wir anderen vortragen, aber für die unser Leben kein Beispiel gibt.

Fritz Müller.

Laßt sie krepieren !

Der in Schönheit verröchelte Deutsche Reichstag hat am Abschluß seiner ruhmvollen Laufbahn außer dem finanziellen Genickbruch, dem er zum Notopfer fiel, noch eine Gehirnerschütterung erlitten, bei der aber edlere Teile nicht zu Schaden gekommen sind. Er hatte durch Fügsamkeit aller Regierungsparteien unter den Willen der Fernefreunde und durch die Unterstützung der Kommunisten bei diesem Bauchaufschwung hoher Gerechtigkeit eine Zweidrittelmehrheit für eine Amnestie zuwege gebracht, die die Befreiung des Rheinlandes durch seine Besetzung mit preußischer und bayerischer Schupo auch östlich der glückströmend zu Young-Deutschland zurückgekehrten Gebiete festlich kränzen sollte. Wie die „Befreiungsamnestie“ — diese Wortzusammenstellung ist bei uns noch lange kein Pleonasmus — beschaffen sein sollte, ist den Lesern des FANAL schon

bekannt. Man kann es aber nicht oft genug erzählen: die Amnestie von 1928 sollte einfach dahin erweitert werden, daß die politischen Straftaten, die in Mord oder Totschlag bestanden und damals nur auf die Hälfte der Strafzeit bei höchstens $7\frac{1}{2}$ Jahren nebst Umwandlung der Zuchthaus- in Gefängnishaft und Streichung der Ehren- und Nebenstrafen herabgesetzt wurden, nunmehr in die volle Wirkung der Amnestie mit einbezogen werden sollten, mit der Einschränkung jedoch, daß die Tat nicht nach dem 1. September 1924 begangen sein durfte (die Angabe: 1. Dezember war ein Irrtum; schon nach dem 1. September 1924 hatte die Umlegeabteilung der Schwarzen Reichswehr nichts mehr zu tun). Warum die Annahme dieser Erweiterung eines Gesetzes, das vor zwei Jahren mit einfacher Mehrheit beschlossen werden konnte, eine Änderung der allerdings äußerst veränderlichen Weimarer Verfassung bedeutete und daher einer qualifizierten Mehrheit bedurfte, ist nur dem engen Kreise der Ortskundigen auf dem Gebiete der Staatsgewalt erkennbar, die vom Volke ausgeht. Jedenfalls kam die Zweidrittelmehrheit für die weitherzige Amnestie dadurch zustande, daß die sozialdemokratische Partei trotz aller Verdienste ihrer Noske, Hörsing, Severing und Zörgiebel noch immer nicht ganz ein Drittel der Plätze im hohen Hause innehatte. Sie allein stimmte dagegen. Herr Bredt hatte erklärt, daß es unerträglich sei, die Separatisten laut Haager Abkommen straffrei lassen zu müssen und die deutschen Männer vom Schlage Klapproths zugleich in Kerkerqual schmachten zu sehen, und sogar die christlichen Bayern mit dem schon im Falle Arco-Lindner bewährten mimosenhaften Rechtsempfinden, stellten wieder einmal für die deutschen Männer ihre grundsätzliche Abneigung gegen Amnestien beiseite. Die Kommunisten aber erklärten, nur die proletarischen politischen Gefangenen dürften frei werden und niemals wären sie für eine Freilassung der beiden Femeleute, die noch Häftlinge markieren müssen, zu haben. Bei der dritten Lesung aber fielen sie um und verhalfen der „Amnestie“ zur Annahme im Reichstag. Nachher erfuhr man (eine Berichtigung der Behauptung habe ich in der Parteipresse nicht gefunden), ihr Stimmungswechsel sei dem Umstand zu danken gewesen, daß Herr Professor Bredt die stillschweigende Nichtprozessierung der Abgeordneten der KPD, deren Immunität vom Reichstag aufgehoben worden war, für ihre Mitwirkung an der Aufbringung der nötigen Stimmzettel zugesagt hatte.

So weit so gut. Die Sozialdemokraten, die noch immer jede Amnestie entweder verhindert oder versaut haben, beriefen sich jetzt auf die Versauerung der Amnestie, um sie zu verhindern. Da sie in Preußen regieren dürfen, solange sie es für die Reaktion schmerzlos besorgen — und dafür geben die Herren Braun und Waentig jede Gewähr —, vermochten sie im Reichsrat den Amnestiebeschluß des Reichstags umzustößen, worauf kraft demokratischer Verfassung (man erfrage Näheres bei Ortskundigen) dieses höchste Gebilde deutschen Rechtslebens noch einmal qualifiziert beschließen mußte. Da aber fehlten 5 amnestiefreudige Gesetzgeber, sodaß die Sozi. diesmal ihr Drittel siegreich durchs Ziel brachten. Das Rheinland ist frei, Klapproth aber und Fuhrmann zeugen als letzte hohe Säulen im Kittchen von der entschundenen Pracht der Arbeitskommandos. Sie wird die Regierung nun ohne Amnestie freilassen.

Ein süßer Trost ist auch den Bayern geblieben. In der Pfalz, in allen geräumten Gebieten, wo die Separatisten seinerzeit vorübergehende Erfolge hatten, bis die verbündeten Patrioten, Polizisten und Kommunisten sie glorreich schlugen und wo man sie — Pirmasens, Kaiserslautern! — unter schmachlichen Greueln massenhaft ermordete, entlud sich gleich nach Abzug der Franzosen die Tapferkeit der deutschen Mannen gegen die schutzlosen ehemaligen Angehörigen separatistischer Gruppen und gegen jeden, der als früherer Separatist denunziert wurde oder in Verdacht geriet, und die

Helden, die jahrelang vor den „Feinden“ gekuschelt hatten, tobten sich herrlich an schwachen Menschen und starken Klavieren aus, brachten auch manchen gut zu versilbernden Gewinn aus den Häusern der „Verräter“. Es gibt nämlich keine größeren Kanaiilen in der Welt als die, die ihre Landsleute dadurch glauben glücklich machen zu können, daß sie die Grenzlirien zwischen den Ländern verändern möchten. Nur wer sie nach außen verlegen will, ist zu preisen, auch wenn er sein Ziel mit dem Opfer von Millionen Menschen erreichen will, die ganz andre Wünsche haben; erst recht ist derjenige kein Verräter, der Grenzen von jenseits der Marksteine herüber verlegen will, im Gegenteil, das ist ein wahrer Freund seiner unglücklichen Volksgenossen. In Deutschland aber schon einmal die Namen Dorten oder Matthes ausgesprochen zu haben, ohne auszuspucken — pfui Deibel! Reden wir nicht davon; sonst müßten wir vielleicht auch von sehr christlichen rheinischen und bayerischen Deutschen reden, die einmal anders dachten als sie heute poltern.

Was die verunglückte Amnestie anlangt: es geschah, was bei uns immer geschieht: Sozialdemokraten und Kommunisten leerten sämtliche verfügbaren Drekkübel über einander aus, und bewiesen damit, daß es gegenüber kolossal stinke. Diesmal werden sie wohl beide recht gehabt haben, nicht mit dem, was sie taten, sondern mit dem, was sie einander vorwarfen. Die Sozialdemokraten — na, wir wissen Bescheid. Ihnen waren Leute wie Margies, Ebers, Peters, Nachtigall und alle übrigen revolutionären Proletarier noch immer lieber im Zuchthaus als anderswo. Aber die Kommunisten? Wenn schon Bredt ihnen für die Zustimmung Gegenangebote machte, konnten sie da nicht mehr verlangen als Gefälligkeiten für ein paar bevorzugte Bonzen? Konnten sie nicht mindestens verlangen, daß endlich Peters und Nachtigall und des Grundsatzes wegen auch der tote Meyer-Kobitsch und die auf Bewährungsfrist entlassenen Mehlhorn und Burkhardt als politische Gefangene anerkannt und in die Amnestie einbezogen würden? Konnten sie nicht die Ausdehnung der Amnestie bis ins Jahr 1930 fordern? Konnten sie nicht allgemein eine Klarstellung des Begriffs „Politische Straftat“ und die Einsetzung eines auch von nichtparlamentarischen Proletariern bestellten Ausschusses zur Bedingung machen, um in Zweifelsfällen das Schicksal ins Zuchthaus geratener Arbeiter der Bestimmung von Staatsanwälten zu entziehen? Es wäre hübsch, wenn wenigstens die Rote Hilfe einmal mit solchen Anregungen an die Partei heranträte. Oder hat nur die Partei noch ein Recht, der Roten Hilfe „Anregungen“ zu geben, deren Nichtbefolgung Verrat an allen geheiligten Dingen und Namen ist?

Nach allen Erfahrungen möchte ich, der ich einen Hauptteil meiner Arbeit den gefangenen Klassengenossen in den Strafanstalten widme — und mit wenigen Ausnahmen wird jeder, der ins Zuchthaus kommt, schon durch diese Herabwürdigung zum Klassengenossen —, deutlichst aussprechen, daß ich mich an einer Befreiungspropaganda für die „politischen“ Gefangenen nicht mehr beteiligen werde. Wer da ruft: Heraus mit den proletarischen politischen Gefangenen! ruft zugleich: Laßt die nichtpolitischen Proletarier in den Zuchthäusern krepieren. Nicht eine politische Amnestie ist nötig, sondern eine soziale! So sehr ich mich gefreut hätte, die Genossen Rudolf Margies, Sepp Müller und die andern paar Proletarier, die von der ausgerutschten Amnestie befreit worden wären, gleich jetzt außerhalb der Käfige wiederzusehen — sie selbst, glaube ich, werden mich recht verstehen, wenn ich die Monate, die ihnen noch im Gefängnis bevorstehen, für eine Gelegenheit ansehe, endlich in etwas umfangreicherm Maßstabe für eine Amnestie zu werben, die zu erkämpfen jedem Arbeiter Ehre machen würde. Heraus mit den durch Krieg, Bürgerkrieg, Inflation, Deflation, Rationalisierung und jeder Art Not ins Zuchthaus Geratenen! Heraus

mit den Opfern der Muckerparagrafen 175 und 218! Heraus mit allen, die noch im Namen der Fürsten verurteilt wurden! Heraus mit allen Kranken aus den Kerker! Das sind die ersten Forderungen, für die ein Kampf lohnt. Die Revolution selbst aber muß damit anfangen, daß sie die Zuchthäustore weit aufreißt: Heraus mit allen Armen und Ueberfahrenen! Hinein mit allen, die für sie nur den Hochmut kennen: Laßt sie kriechen!

Ein Vorkämpfer der Freiheit

Am 7. Juli ist Julius Hart gestorben. Er gehörte zu dem kleinen Kreise tapferer junger Literaten, die Ende der 80er Jahre den Kampf gegen die Reaktion an der Stelle aufnahmen, an der sie dem vom Wirken des Sozialistengesetzes nicht betroffenen Teil der deutschen Bevölkerung am fühlbarsten war: bei den Aeußerungen der geistigen Kultur. Die öffentliche Moral gab sich in Kunst und Literatur den Anschein keuschen Biedersinns, während in Wahrheit die Gründerzeit eine stinkende Korruption aufgezüchtet hatte, die sich von der Gegenwart nur dadurch unterscheidet, daß ein gewonnener Krieg eben andere Formen der Ver lumpung hervorbringt als ein verlorener. Die Brüder Heinrich und Julius Hart griffen an: sie zerzausten in ihren „Kritischen Waffengängen“ die Verlogenheit des ganzen Pfaffenschmalzes und des ganzen Despotenhochmuts der ebenso süßlichen wie rasselnden literarischen Produktion. Gegen den Gartenlaubenschleim stellten sie die Forderung auf: Wahrheit und Natürlichkeit in der Kunst! Und ferner: Verbindung der Kunst und der Dichtung mit den Angelegenheiten des Volkes, der Arbeiter, der Leidenden und Unterdrückten. Sie waren die Vorkämpfer der sogenannten Literaturrevolution der 90er Jahre, in der sie selbst mannhaften Kampf führten. 1900 gründeten sie die „Neue Gemeinschaft“, die ein Versuch war, Ideen der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit zu verwirklichen. Gustav Landauer schrieb in einem prachtvollen Aufsatz „Durch Absonderung zur Gemeinschaft“ diesem „Orden“ sein revolutionäres Programm. — Julius Hart überlebte seinen Bruder Heinrich um 24 Jahre. Vor dessen Tod schon war der Versuch der „Neuen Gemeinschaft“ gescheitert. Viele Anarchisten haben aber in diesem Kreise Anregung gefunden zu Erkenntnis und Tat. Julius Harts Tod bedeutet uns, die wir dazu gehören, eine Verarmung unseres Lebens.

Eine notwendige Klarstellung

Der österreichische Schriftsteller Rudolf Großmann mit dem Pseudonym „Pierre Ramus“, „herrschaftsloser Sozialist“ und Herausgeber von „Erkenntnis und Befreiung“, eines Organs „für soziale und geistige Neukultur im Sinne des Friedens, der Gewaltlosigkeit und individuellen Selbstbestimmung für freie Menschen und solche, die es werden wollen“, nennt sich bedauerlicher Weise auch Anarchist. Er verfißt in dieser Eigenschaft eine verwaschene Abart Tolstoischer Gedankengänge und schreibt über anarchistische Theorie und Praxis in einer Sprache, deren fürchterliche Mißhandlung von der Gewaltlosigkeit des Mannes nichts ahnen läßt. Dies wäre zu ertragen, wenn der gedankliche Inhalt des Geschriebenen ein Niveau aufwiese, auf dem sich wenigstens sachlich diskutieren ließe. Statt

dessen gefällt sich die geistige Neukultur von Klosterneuburg in der Pose des einzigen und allein echten anarchistischen Siegelbewahrers; da ist der Ort, wo man in hundertprozentiger Reinheit die Idee des freihetlichen Sozialismus hütet und dauernd strenges Gericht hält über jeden, der mit seinen Ansichten jemals vom Wege der wahren Tugend abgewichen ist. Ohne Erbarmen aber wird gestäubt, wer gar die Befreiung der Welt einmal mit andern Mitteln glaubte fördern zu können, als mit dem Palmenwedel des Dr. Unblutig; dem wird nur verziehen, wenn er sich bereit zeigt, die Preisgesänge, in denen der Friedenskrieger des Hinterlandes allwöchentlich seine eigenen Nekrologe vorbetet, mitzusingen, mindestens aber sich verpflichtet, von der reichen Fülle peinlicher Zwischenfälle beim Preislauf des Hundertprozentigen um den Lorbeer der vollkommenen anarchistischen Tugend nichts in seinem Gedächtnis aufzubewahren. Wen jedoch Rudolf Großmann im Besitze der Broschüren der Genossen Siegfried Nacht und Oskar Kohl über seine Vergangenheit weiß, von wem er annehmen kann, daß er über die Angelegenheit der Londoner Bibliothek gut im Bilde ist und daß er mit Leuten in dauernder Verbindung steht, die die hohe Meinung des Herrschaftslosen von sich selbst ebenfalls nicht ganz teilen, der hat sich nichts Guten von ihm zu versehen, zumal nicht, wenn er unter Antimilitarismus etwas andres versteht als die bloße Anpreisung schleimiger Passivität. Der Herausgeber des FANAL war schon mehrfach — und immer sehr ungerne — genötigt, Großmannsche Anmaßlichkeiten zurückzuweisen, gehört daher zu den erwählten Lieblingen des Gralshüters der anarchistischen Prinzipien und mußte sich im Laufe der Jahre in verschiedensten Zusammenhängen und Variationen den Verrat an diesen Prinzipien vorhalten lassen. Ich bin von Natur nicht sehr empfindlich, kenne auch die polemischen Methoden des Klosterneuburgers schon zu lange, um mich viel um seine Dreckschleuder zu kümmern. Hier bin ich der Friedfertige; schlägt er mich auf die eine Hinterbacke, so halte ich ihm auch die andere hin: leck dran!

Immerhin bin ich der Ansicht, daß ein Mensch, der sich überall als der einzige unantastbare und konsequente Befolger der anarchistischen und antimilitaristischen Idee aufspielt, mindestens in der Befolgung dieser Idee persönlich sauber sein muß. Sonst wäre ja für seine Wachtmeisterfähigkeit, mit der er gelegentliche kleine Schwankungen oder vorübergehende Denkfehler, Entgleisungen und Irrtümer anderer Menschen Jahrzehnte zurück verfolgt und beschimpft, gar kein charakterisierendes Wort zu finden. Als ich daher im „Proletarischen Zeitgeist“ die Behauptung las, im Jahre 1916 sei in Wien eine Broschüre gegen den Zaren erschienen, die ausgesprochen militärfreundliche Sätze zugunsten der deutschen und österreichischen Kriegsführung enthalten habe, und der Verfasser dieser Schrift sei Rudolf Großmann (Pierre Ramus), da hielt ich das trotz aller Erfahrungen mit dem Manne doch für unmöglich. Aber der kurze Artikel war namentlich unterzeichnet, und so stellte ich zunächst die Verbindung mit Wiener Genossen her, die mir bestätigten, daß der Verfasser der Notiz, Robert Rätzer, ein zuverlässiger und ehrlicher Kamerad sei, ferner aber auch, daß sie selber an Großmanns Autorschaft nicht zweifelten. Ich beschaffte mir nun die Broschüre, die den Titel trägt „Der Zar und der Pesthauch seines Regierungssystems von einem russischen Staatsmann im Exil“, Anzengruber-Verlag, Brüder Suschitzky, Wien-Leipzig und zog sofort nähere Erkundigungen über die Autorschaft ein. Es bestätigte sich tatsächlich, daß unser Kriegsdienstgegner während des Krieges, als jede Psychose sogar bei den breiten Massen längst verfliegen war, gegen Entgelt für einen bürgerlichen Verlag eine der k.u.k. Militärzensur wohlgefällige Schrift verfaßt und veröffentlicht hat, worin er einseitig gegen die Feinde der deutsch-österreichischen Staaten, demnach für diese Staaten Partei nahm

(„Wer hätte damals — 1909 — daran gedacht, wer es für möglich gehalten, daß kaum ein Jahrhundert später das auf seine bürgerlichen Freiheiten so stolze Albion dem russischen Zaren die Bundeshand reichen würde zum blutigsten Werke seines Lebens, zur Mitanzettlung des Weltkrieges?“ — „Und wenn wir heute über die Schmach eines Bündnisses zwischen England-Frankreich und dem russischen Bären staunen, uns darüber empören — —“). Ich stellte aus dem Stül, aus Briefen, die ich in der Angelegenheit erhielt, aus vielerlei Indizien die Autorschaft Großmanns mit soviel Sicherheit fest, daß ich wagen konnte, den Genossen, die zum Teil an die Ehrlichkeit des Mannes immer noch glauben mochten, den Wahrheitsbeweis anzubieten.

In den letzten Maitagen fand in Berlin der XVIII. Reichskongreß der FAUD (Anarcho-Syndikalisten) statt, dem ich als Gast beiwohnte. Ich erbat außerhalb der Tagesordnung das Wort und ersuchte den Kongreß, mir durch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses die Möglichkeit zu geben, Großmann der Autorschaft einer Kriegsschrift zu überführen, die allen revolutionären Grundsätzen kraß ins Gesicht schlägt, die Bakunin und Krapotkin als Kronzeugen für die Kriegszwecke der Mittelmächte mißbraucht, die die Verbrechen des Zarismus aufzählt und so tut, als ob dieselben Verbrechen bei den Deutschen und Oesterreichern nicht begangen würden, und die sich überdies in eine irreführende Anonymität hüllt, um den Anarchisten der Welt die Autorschaft des unbeugsamen Antimilitaristen zu verbergen. Ich erklärte ausdrücklich, daß es mir nicht darauf ankomme, jemanden auf eine Prinzipverletzung festzulegen, sondern daß mir die Feststellung der Wahrheit in diesem Falle deshalb wichtig sei, weil Großmann wie kein zweiter jede wirkliche oder vermeintliche Abirrung von den anarchistischen Grundsätzen bei andern als ärgsten Verrat ausschreit, besonders grade, wenn es sich um die Haltung von Genossen im Kriege handelt. Der Kongreß nahm meine Ausführungen zur Kenntnis und nahm einstimmig eine Entschliebung an, worin die Behauptung als wahr unterstellt und Großmann als außerhalb der freiheitlichen Bewegung stehend erklärt wurde. Außerdem beschloß der Kongreß einstimmig, daß Großmann von den Ortsgruppen der FAUD nicht mehr als Referent angefordert werden soll.

Mir war dieser Ausgang nicht sonderlich erwünscht. Die Nachprüfung meiner Angaben wäre mir sehr viel lieber gewesen. Großmann hat in seinem Blatt bis jetzt auf die Beschuldigung kein Wort verlauten lassen. Dagegen hat er, in Versammlungen zur Rede gestellt, den Mut gehabt, seine Autorschaft zu bestreiten, hat in Briefen sogar zu verstehen gegeben, der eigentliche Verfasser der Broschüre sei Peter Krapotkin gewesen (dessen offene Parteinahme für die Entente weltbekannt ist, von ihm selbst wahrhaftig nicht verheimlicht wurde und von Großmann mehrfach in Uebereinstimmung mit dem Urteil fast aller Genossen mißbilligt worden ist; Peter Krapotkin wird also unterschoben, daß er im Kriege ein geheimes Doppelspiel getrieben habe, — das setzt doch allen Leistungen des Zeitgenossen Ramus die Krone auf!). Im übrigen hat Großmann Anfragen von Genossen, die ihm von meinem Vorstoß berichtet haben, in der bei ihm üblichen Art beantwortet. Er hat, statt sich zu verteidigen, versucht, mich zum Angeklagten zu machen und neue Beschuldigungen gegen mich aufgestellt, die, neben ganz wenigen halbwegs greifbaren Behauptungen einen einzigen Enghuß rüder Schimpfereien darstellen.

Ich behaupte von mir nicht wie Großmann von sich, daß mein Lebensweg stets ein Pfad einwandfreier Tugend gewesen sei. Ich habe bestimmt in meiner revolutionären Tätigkeit Fehler gemacht, war innerhalb der anarchistischen Grundidee manchen Schwankungen unterworfen und habe wohl auch allerlei kleinere und größere Dummheiten begangen. Von allem,

was mir Großmann vorwirft, weiß ich mich allerdings frei, vor allem aber kann ich darauf verweisen, daß mein politischer Weg offen liegt, daß ich stets das, was ich getan habe, auch mit meinem Namen gedeckt habe und daher niemanden in die Lage bringen kann, mir beim Aufsuchen von Verfehlungen erst noch die Identität beweisen zu müssen. Großmanns Identität als Verfasser der patriotischen Kriegsbroschüre, die er ja abzustreiten versucht hat, kann zum Glück sogar dokumentarisch bewiesen werden. Dr. Herbert Müller-Guttenbrunn teilt in der letzten Nummer seines „Nebelhorn“ (vom 15. Juli 1930) mit Bezug auf den Fall mit, er sei der Angelegenheit nachgegangen und fand „im Deutschen Anonymen-Lexikon (Verlag E. Carlsson, Leipzig) auf Seite 491 unter Nr. 11 630 folgendes: „Der Zar und der Pesthauch seines Regierungssystems . . . Verf.: Rudolf Großmann. E. B.' E. B. (Eigen-Bericht) aber bedeutet, daß der Verfasser nach seiner eigenen handschriftlichen Mitteilung festgestellt worden ist.“ Hat Großmann die Redaktion des Anonymen-Lexikons angelogen, um als Verfasser der Kriegspropagandaschrift zu gelten, der er in Wahrheit garnicht war? Bitte Genossen, stellt mich vor den Untersuchungsausschuß.

Solltet ihr aber, Genossen, wünschen, daß auch die neun Punkte untersucht werden, deren Großmann mich beschuldigt, — bitte sehr. Ich habe durchaus den Wunsch, in allem richtig erkannt und beurteilt zu werden. Nur möchte ich, daß die Dinge nicht zusammengeschmissen werden, die nichts miteinander zu tun haben. Ich habe Großmann eine ganz bestimmte, klar faßbare Handlung vorgeworfen; die laßt mich beweisen. Danach sitzt auch über mich zu Gericht, wenn ihr das für nötig haltet. Ich kneife nicht. Aber: soll ich tatsächlich auf die Beschuldigung des Klosterneuburgers hin meine ganze Laufbahn vor einem Kameraden-ausschuß verantworten, so würde dieser Ausschuß so gut sein müssen, auch den ganzen Lebensweg Großmanns noch einmal in Betrachtung zu nehmen. Ich kann mit Material aufwarten, das sehr weit zurückreicht und sich bis in die aller-, allerjüngste Vergangenheit erstreckt, und meine Vorwürfe gegen Großmann werden nirgends in Schimpfworten oder allgemein gehaltenen Verdächtigungen bestehen, sondern überall in kühlen sachlichen Aufstellungen von Tatsachen, die sich kühl und sachlich beweisen lassen. Ein Ehrengericht hat, scheint mir, mit derlei Dingen nichts zu schaffen. Wird aber ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die Gewähr für volle Unparteilichkeit und Objektivität bietet, so kann mir dessen Tätigkeit nur erwünscht sein. Was von der Ehre der Beteiligten zu halten ist, werden dann wohl unsere übrigen Genossen an Hand der Feststellungen selber beurteilen können.

Diese Auseinandersetzungen sind sehr unerquicklich, zugegeben. Sie kosten außerdem das FANAL sehr viel Platz, der für andre Dinge ergiebiger verwendet werden könnte. Die öffentliche Klarstellung schien aber aus Gründen der Reinlichkeit unserer Bewegung geboten. Von der weiteren Klärung der Sache durch den Spruch der Genossen wird dieses Blatt erst berichten, wenn der Schlußpunkt hinter den ganzen übeln Handel zu setzen ist.



FANAL ist in Not!
Werbt! Sammelt!

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

Zusammenkunft

Jeden Donnerstag, 19.30 Uhr, im
Lokal Köhler, Neukölln, Ziethenstr. 64

Donnerstag, den 7. August

Vortrag von Reinh. Busch über:
Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben
der F. A. U. D.

Genossen!

Die kommenden Wochen verlangen von
uns die größte Aktivität für die Pro-
paganda unserer Ideen. Der Kampf
um die Amnestie, gegen den Parlaments-
schwindel muß auf breiter Grundlage
vor sich gehen. Die Organisierung
entsprechender Unternehmungen bedarf
der Unterstützung und Anteilnahme
aller Genossen und Sympatisierenden.

**Keiner darf zurückstehen!
Besucht die Gruppenabende!
Heraus zur Haus- und Hofpropaganda!
Sorgt für genügende Verbreitung des „FANAL“!**

Juli-Eingänge für den FANAL-Fond

Anarch. Verein. Berlin . . .	M. 18,—
Ungenannt	M. 50,—
In einem Berliner Betrieb ges. . .	M. 17,—
Ad. Müller, Berlin-Lichterfelde . .	M. 5,—
Jordan, Eisenach	M. 2,35
Tikotin, Dresden	M. 5,—
Dr. Dietz, Karlsruhe	M. 4,—
M. Schreuer, Berlin-W.	M. 3,—
Dr. Scheben, Fürstenwalde . . .	M. 2,35
M. Niedermaier, München . . .	M. 8,—
P. Gutmann, Berlin-Friedenau . .	M. 2,35
Sammehiste Nr. 1, Gotha . . .	M. 4,20
Frau Steinecke, Bielefeld . . .	M. 2,40
S. Fabijanovic, Los Angeles . . .	M. 8,36

**FORDERT
SAMMEL-LISTEN
VOM VERLAG!**

Brennende Erde

Verse eines Kämpfers von ERICH MÜHSAM

Das Buch erschien 1920 als unmittelbarer Niederschlag der während des Krieges, während der Revolution und in den ersten Monaten seiner Gefangenschaft entstandenen Gedichte unseres Genossen.

Erich Mühsam ist einer der ganz wenigen Dichter, die ihre revolutionäre Gesinnung auch während der patriotischen Psychose des Krieges in wuchtigen Anklagen gegen den Massenmord zum Ausdruck brachten. Seine Revolutionsgedichte haben darum unter den Arbeitern stärkste Wirkung getan.

Das Buch „Brennende Erde“ fand, als der Kurt Wolff - Verlag es herausgab, außerordentliche Beachtung, auch bei der bürgerlichen Literaturkritik. Mit dem in Bayern geglückten Rechtsputsch der Weißgardisten Kahr und Möhl verschwand es aber aus den Buchhandlungen.

Jetzt ist das wichtige dichterische Kriegs- und Revolutionsdokument von uns übernommen worden; und wir sind in der Lage, es den Genossen zu stark herabgesetztem Preise anzubieten. Es kostet:

broschiert Mk. 1.— (früher Mk. 2.—)

gebunden „ 2.— („ „ 3.40)

Erich Mühsams „Brennende Erde“ gehört auf das Bücherbord jedes revolutionären Arbeiters!

Gilde freiheitlicher Bücherfreunde

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Die Freiheit als gesellschaftliches Prinzip

Francesco Saverino Merlino (von R. R.)

Das Lied vom verständigen Soldaten

Die Gefahren psychologischer Kollektiv-

begriffe (von R. Roeker) — An den Frauen-

ausschuß für Maria Spiridonowa — Revo-

lutionäre Kleinarbeit — Aus der anar-

chistischen Bewegung in Polen

NR. 12

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

SEPTEMBER 1930

CONTRA

Die neue Monatsschrift der anarchistischen
Opposition in Oesterreich, welche
j e d e r antiautoritären
Richtung dienen will

Vierteljährlich Mark 050

Zu beziehen durch:
Vilma Ritschel, Wien X, Rotenhofgasse 106

Hellos Gomez

GEGEN DIE
SPANISCHE
REAKTION

Mappe mit 25 Blättern M. 2.50

Diese Mappe ist im Auftrage der Internationalen Arbeiter-Assoziation herausgegeben. Der Reinertrag fließt restlos den Opfern der spanischen Reaktion zu. Die Mitglieder der Gilde freier Bücherfreunde lernten den ausgezeichneten spanischen Künstler Gomez durch die Tuschezeichnungen „Panait Istrati“ kennen. Die vorliegenden 25 Blätter sind ein Meisterwerk revolutionärer Kunst. Der billige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung dieser Mappe..

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 12

September 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Döbrckluchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Die Freiheit als gesellschaftliches Prinzip

ERICH MÜHSAM

(Vortrag, gehalten im Südwestdeutschen Rundfunk,
Frankfurt a. Main, 7. November 1929)

Die Geschichte der Menschheit mit ihren Kriegen und Revolutionen, mit ihren Bestrebungen um Aenderung, Besserung, Beseitigung oder Erhaltung von Zuständen und Einrichtungen, mit all ihren politischen, wirtschaftlichen, religiösen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Kämpfen vollzieht sich in immer veränderter Gestalt und unter immer veränderten Forderungen dennoch immer mit derselben Begleitmusik. In allen Zeiten, bei allen Völkern, wo Meinung gegen Meinung, Losung gegen Losung stand und steht, empfehlen sich die Beschützer des Alten wie die Pioniere des Neuen als die Sachwalter der Freiheit. Es gibt keine Bewegung, hat nie eine gegeben und kann keine geben, die erfolgreich um Anhang für sich werben könnte, wenn nicht auf ihrer Standarte das Bekenntnis zur Freiheit beschworen ist. Wo Ziele erstrebt werden, die über materielle Nützlichkeit hinausreichen oder doch hinauszureichen scheinen, kann Gefolgschaft nur mit sittlichen Zwecksetzungen gewonnen werden; zum sittlichen Begriff schlechthin aber, dem alle übrigen sittlichen Werte ein- und untergeordnet sind, der die hohen seelischen Eigenschaften der menschlichen Gesellschaft wie Ehre, Ruhm, Kultur, glückliche Verbundenheit, in der natürlichen Vorstellung aller zur Gefolgschaft geeigneten Massen umfaßt, wird von

allen verschiedenen und entgegengesetzten Parteien und Vereinigungen die Freiheit erhoben. Denn das Wort Freiheit ist im Sprachgefühl der Menschen das einzige, das in sich die Eigenschaften der individuellen Tugend mit denen eines gesellschaftlichen Ideals verbindet.

Daß offenbar jeder Mensch die Freiheit als gesellschaftliches Ideal empfindet, ist ein Beweis dafür, daß die Sehnsucht nach individueller Freiheit in der menschlichen Natur selber begründet ist. Dieser Sehnsucht nach persönlicher Steigerung der Lebenswerte muß jede Werbung Rechnung tragen, die die allgemeine Erhöhung des Kollektivgefühls zu bewirken verspricht. Daher und weil bei primitiven Menschen ebenso wie bei differenzierten das Streben nach veredelter Gemeinschaft durchaus gleich empfunden wird mit dem Streben nach vermehrter Freiheit in der Verbundenheit aller, spielt sich fast aller öffentliche Kampf um die Geister der Menschen als ein Wettstreit der Weltanschauungen, der politischen und wirtschaftlichen Bekenntnisse und der sozialen Grundsätze ab, die eigene Freiheitlichkeit als die beste zu erweisen, das fremde und feindliche Prinzip als freiheitwidrig herabzuwürdigen. Wäre nun die Freiheit im Sprachbewußtsein der Menschen ein klar erkanntes und in ihrer Bedeutung einhellig erfaßtes sittliches Gut, dann bedürfte es keiner konkurrierenden Anpreisung gesellschaftlicher Programme unter dem Gesichtspunkt der Freiheit, dann wäre es leicht, unter den empfohlenen Systemen dasjenige herauszufinden, das der positiven Forderung am nächsten käme oder gar sich mit ihr deckte.

Leider verbindet sich jedoch bei den meisten Menschen mit dem Wort Freiheit nur ein ganz verschwommener Empfindungswert, so daß aus dem gesellschaftlichen Begriff, der aus dem stärksten ethischen Drang des Menschen stammt, die seichteste aller öffentlichen Phrasen werden konnte. Es gibt in den vielen Jahrtausenden übersehbarer Menschengeschichte keine Tyrannis, keine Unterdrückung und Vergewaltigung von Arbeits- und Willenskräften, die sich nicht des Freiheitsverlangens ihrer Opfer bedient hätte, um zur Macht zu kommen. Der Sklave nämlich stellt sich fast niemals die Freiheit vor, sondern leidet nur unter der greifbar erlebten Unfreiheit und läßt sich somit leicht überreden, neue Knechtschaft auf sich zu laden, wenn nur der neue Herr die glaubhafte Zusicherung gibt, er werde ihn aus der alten Knechtschaft befreien. Die Erfolglosigkeit aller bis jetzt geführten Kämpfe um gesellschaftliche Freiheit hat also ihre Ursache darin, daß sie nie für die Erringung wahrhaft freien Lebens, für einen positiv von Freiheit durchdrungenen sozialen Zustand geführt wurden, sondern ihren Ausgang nahmen von der Unerträglichkeit des Bestehenden und ihr Ziel

begrenzten auf die rein negative Befreiung von dieser Unerträglichkeit.

Das Versprechen: wir werden euch, das Volk, den Staat, die Gesellschaft, die Menschheit befreien!; die Aufforderung: befreit euch, das Volk, den Staat, die Gesellschaft, die Menschheit! hat mit Freiheit nur insofern zu tun, als in diesen Parolen ihr Nichtvorhandensein anerkannt und als Uebel festgestellt wird. Was dagegen aufgestellt wird, beschränkt sich in fast allen Fällen auf die Ausmalung von Verhältnissen, die sich durch Abwesenheit der Dinge auszeichnen werden, deren Ausmerzung Sinn der Befreiung sein soll. Umgekehrt begegnen aber auch die Hüter der befehdeten Einrichtungen, Zustände oder Gebräuche dem Appell, sich von ihnen zu befreien, mit dem Beweise, daß alles, was sie ersetzen soll, dem Geiste der Freiheit widerspreche, und die Einen wie die Andern lassen die Darstellung der Unfreiheit des Bekämpften als Ueberzeugungsgrund dafür gelten, daß die von ihnen gewünschten oder verteidigten Werte den Charakter der Freiheit trügen. Es bleibt also zu untersuchen, ob der Begriff der Freiheit als gesellschaftliches Prinzip überhaupt in positiver Formulierung zu fassen ist und wie die Organisation der Gesellschaft beschaffen sein müßte, die die Freiheit zum lebenbewegenden Inhalt des menschlichen Zusammenhalts machen wollte.

Es kann sich hier natürlich nicht um eine philosophische Deutung des Freiheitsbegriffs handeln, wie sie etwa Schopenhauer in seinen zwei Grundproblemen der Ethik vornimmt. Allerdings ist auch nicht darauf zu verzichten, das gesellschaftliche Problem der Freiheit als ein Problem der Ethik zu betrachten. Doch ist es nur deswegen nicht überflüssig, die Notwendigkeit solcher Betrachtung aus ethischen Gesichtspunkten besonders zu betonen, weil leider die Behandlung gesellschaftlicher Fragen als Fragen vorwiegend sittlicher Natur längst nicht mehr überall als selbstverständlich zu gelten scheint. Vermehrte gesellschaftliche Freiheit wird dazu helfen, das Primat der Ethik für alle auf die Beziehung der Menschen zu einander gerichteten Erörterungen sicherzustellen. Hiermit ist aber schon gesagt, daß der gesellschaftlich genommene Freiheitsbegriff auch keineswegs schlechthin als politischer Wert aufgefaßt werden darf. Zwar wirkt sich bestehende und mangelnde Freiheit wesentlich politisch aus, in dem weiten Sinne nämlich, daß alle Herrschaft, auch wirtschaftlicher Macht, politisch gefügt sein muß, um sich zu erhalten. Aber Politik betrifft in viel zu enger Weise wandelbare Einrichtungen und auf Widerruf statuierte Bindungen, als daß ein Ewigkeitsprinzip menschlicher Verständigung sich in ihren Methoden verwirklichen ließe.

Die zu lösende Frage ist diese: Der Mensch strebt nach Erfüllung seiner individuellen Möglichkeiten. Er will seinen einmaligen, von allen anderen Menschen unterschiedenen Charakter mit den darin begründeten Fähigkeiten, Neigungen, Kräften, Leistungs- und Genußanlagen unabhängig von auferlegtem Zwange frei entwickeln und verwerten. Diese Unabhängigkeit, die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung in sich schließt, ist seine Vorstellung von Freiheit; ohne sie kann es keine Freiheit für ihn geben. Die Menschen aber sind auf ihre Arbeit angewiesen und zwar jeder auf die Arbeit aller, alle auf die Arbeit eines jeden. Infolgedessen ist die Gemeinschaftsaufgabe jeder Gesellschaft, die sogenannte soziale Frage zu lösen, d. h. Arbeit, Verteilung und Verbrauch so zu organisieren, daß Leistung und Verwendung in das richtige Verhältnis zum Ertrage der Erde gebracht werden. Unter gesellschaftlicher Freiheit wird nun gemeinhin verstanden, daß die Organisation der gemeinsamen Arbeit der Willkür und dem Nutzen Einzelner entzogen und der Gesamtheit des produzierenden und konsumierenden Volkes übertragen werde. Ist nun — und das entscheidet, ob die Freiheit als gesellschaftliches Prinzip bestehen kann, — eine Regelung der menschlichen Beziehungen erreichbar, bei der das Höchstmaß verbundenen Werteschaffens zum Nutzen aller und unter Ausschaltung der Willkür Einzelner geleistet wird, — und gleichzeitig die Persönlichkeit zur vollen Entwicklung ihrer Fähigkeiten, zum vollen Ausleben ihrer Kräfte, zur vollen Befriedigung ihrer Bedürfnisse gelangen kann?

Der marxistische Sozialismus bejaht mit Entschiedenheit die Lösbarkeit der sozialen Frage, also die Organisierbarkeit der Arbeit in der Form, daß der Ertrag jeder Leistung dem Leistenden selber zugute kommt. Er postuliert dazu — und darin begegnen sich alle Lehren des Sozialismus — die Vergesellschaftung des Grundes und Bodens und der Produktionsmittel, sohin die Beseitigung des Herren-tums über die Arbeitskraft anderer Menschen. Ohne Zweifel ist hier eine Voraussetzung nicht nur kollektiver, sondern auch individueller Freiheit erfüllt. Doch beschränkt sich der Marxismus auf die Forderung der ökonomischen Gleichstellung der Menschen. Marx und Engels, denen Lenin hierin folgt, stellen zwar als letztes Endziel und schließliche Folgerung der sozialisierten Wirtschaft die Ueberwindung des Staates und die Vollendung des freiheitlichen Kommunismus hin, wonach jeder nach seinen Fähigkeiten schaffen, jeder nach seinem Bedarf verbrauchen soll, doch gelangt bei ihnen die freiheitliche Zielsetzung nirgends über hypothetische Hindeutungen hinaus. Ihre Theorien erschöpfen sich in wirtschaftlichen Analysen der bestehenden und anzustrebenden Produktionsformen und ge-

währen der Darstellung der Freiheit als gesellschaftlicher Grundeigenschaft so gut wie keinen Raum.

Die nichtsozialistischen Gesellschaftslehren, soweit sie dem Worte Freiheit höheren Wert als nur den einer Werbeformel beimessen, gehen von der bekannten Behauptung des Malthusischen Gesetzes aus, daß der Ertrag der Erde niemals gleichen Schritt halten könne mit der Vermehrung der Bevölkerung und daher der volle Genuß des Lebens von Natur wegen einer bevorzugten Schicht vorbehalten sei. Der Satz des Malthus ist so oft und so gründlich widerlegt worden, ist zumal durch die Kulturmethoden der intensiven Landbewirtschaftung auch praktisch so vollkommen entwertet, daß von ihm kaum mehr etwas anderes übrig geblieben ist als die Freiheitsformel des liberalistischen Kapitalismus vom freien Spiel der Kräfte. Selbstverständlich findet hier, wo nur die ungestörte Konkurrenz zwischen bevorrechtigten Besitzenden gemeint ist, der Begriff der gesellschaftlichen Freiheit keine Anwendung, noch auch da, wo sich die Freiheitsforderung mit nationalen, rassenmäßigen, konfessionellen oder Standesegoismen identifiziert. Das Vorhandensein von Herrschgewalt irgendwelcher Art, sei es in Form von wirtschaftlicher Vormacht, sei es in Form von politischer Obrigkeit oder sonstwelchen Privilegien ist mit dem Gedanken der gesellschaftlichen Freiheit schlechterdings unvereinbar, und eine Freiheit, welche sowohl dem Individuum seine Unabhängigkeit als der Gesamtheit ihre Entfaltungsmöglichkeiten läßt, kann nicht bestehen, wo verhängte Dienstpfligt, Autorität, Regierung und Staat besteht. Will auch der Liberalismus dem Staat den Eingriff in die Selbstbestimmung der Wirtschaft verwehren und nennt die Fernhaltung der politischen Obrigkeit vom Konkurrenzkampf der Oekonomie mit dem Namen der Freiheit, so setzt diese Lehre doch zugleich die Unterwerfung der Arbeit unter den Besitz voraus, und will der Staatssozialismus im Gegenteil das Gesetz regierender Organe zum Regulativ der Wirtschaft und des Verhaltens der Menschen zu einander machen, so scheidet er eben das Individuum aus der Festsetzung der eigenen Lebensformen aus. Der Begriff der gesellschaftlichen Freiheit ist in keinem dieser Fälle anwendbar.

Der grundlegende Irrtum aller Lehren, die bei Erhaltung des Autoritätsprinzips die Freiheit glauben fördern zu können, beruht auf der Verwechslung der Begriffe Regierung und Verwaltung. Worauf es bei einer Neuorganisation der Gesellschaft im Geiste der Freiheit ankommt, hat Michael Bakunin in die klare Formel gefaßt: Nicht Menschen regieren, sondern Dinge verwalten! Die Aufgabe derer, die die Freiheit zum gesellschaftlichen Prinzip erheben wollen besteht demnach darin, das gemeinsame Wirtschaften der auf ein-

ander angewiesenen Menschen von der Leistung einer Gehorsamkeitspflicht gegen empfangene Befehle zur Erfüllung eines Kameradschaftsdienstes auf Gegenseitigkeit zu machen. Nichts ist verkehrter als die Meinung, der Mensch arbeite nur unter der Peitsche der Kommandogewalt. Im Gegenteil: die Unlust an der Arbeit, die vielfach schon für eine schicksalgegebene menschliche Eigenschaft gehalten wird, hat ihren einzigen Ursprung im Gefühl, unter dem Zwange regierender Befehlshaber auferlegte Arbeit zu tun. Wo das Bewußtsein lebendig ist, daß Mensch sein Kamerad sein bedeutet und daß Kameradschaft ebenso notwendig ist zur Befriedigung der Lebensnotdurft wie zum Genuß der Freude und zum Ertragen des Leides, da kann der Gedanke keine Stätte haben, der die Beschaffung von Nahrung, Bekleidung und Behausung abhängig glaubt von obrigkeitlicher Satzung und aufpassender Disziplinargewalt. Nicht einmal darauf kommt es an, daß die Obrigkeit auf demokratischem Wege eingesetzt ist, sondern darauf, daß es keine Obrigkeit gibt und alle gesellschaftliche Funktion Funktion der Kameradschaft ist. Demokratie ist nur das technische Verfahren, in dem die Regierten ihre Regierer selbst einsetzen. Das demokratische Verfahren aber setzt wie jedes andere Regierungssystem voraus, daß die notwendigen Dinge der Gesellschaft nur verrichtet würden, wenn die Menschen unter Zwang gehalten werden. Diese Voraussetzung trifft indessen nur zu, solange Arbeit geleistet werden muß, deren gesellschaftlichen Wert der Arbeitende nicht erkennt und deren Ertrag nicht ihm selbst noch der Gesamtheit, sondern einem fremden Gewinn- oder Machtzweck zufällt.

Somit deckt sich der Begriff der gesellschaftlichen Freiheit nahezu vollständig mit dem der allgemeinen Kameradschaft unter den Menschen und es erhebt sich die Frage aller Fragen, ob und in welcher Weise diese Kameradschaft zum bestimmenden Antrieb des gemeinnützigen Tuns aller gemacht werden kann. Dieser Frage ist Peter Krapotkin in seinem schönen Werk über die gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt wissenschaftlich nachgegangen und kommt nicht nur zur Bejahung der Frage, sondern zu dem Ergebnis, daß die Solidarität eine naturgegebene Eigenschaft aller lebenskräftigen Geschöpfe ist. Alle kameradschaftlich lebenden Tiere gründen ihr Gemeinschaftsdasein ausschließlich auf die natürliche Veranlagung zur kameradschaftlichen Brüderlichkeit, die, wie Krapotkin eindringlich dartut und wie Darwin bestätigt, die den Kampf der Arten gegeneinander ergänzende Lebensform zur Erhaltung der Arten darstellt. Die Jagdgemeinschaften der Wölfe sind ebenso wie die Massenwanderungen des Damwildes zur Auffindung fruchtbarer Wohngebiete Beispiele in Freiheit organisierten gesellschaft-

lichen Lebens. Hier wirkt kein Staat, also keine zentrale Regierungsmaschinerie, sondern Anarchie, deren Wesen Gustav Landauer als Ordnung durch Bünde der Freiwilligkeit kennzeichnet. In dem philosophischen Ergänzungswerk zu seiner naturwissenschaftlichen Arbeit über die gegenseitige Hilfe, in der „Ethik“ setzt aber Krapotkin den Begriff der Freiheit vollständig gleich mit dem der Freiwilligkeit, wie er die Begriffe Gerechtigkeit und Gleichheit mit dem der Gleichberechtigung gleichsetzt. Durch diese klaren Deutungen der im allgemeinen Gebrauch reichlich verwaschenen Worte Freiheit und Gleichheit füllt sich ihr Wert mit jedem Mißverständnis entrücktem sozialen Inhalt. Zugleich jedoch leuchtet ein, daß Goethes immer wieder angezogene Aeußerung, wo Gleichheit sei, könne keine Freiheit bestehen, vor der rechten Würdigung beider Begriffe nicht standhält. Im Gegenteil: Freiheit, als Freiwilligkeit jeder Leistung im Zusammenklang der Gesellschaft erfaßt, ist nur vorstellbar, wo Gleichheit im Sinne von Gleichberechtigung gilt. Gleichberechtigung aller in der menschlichen Gesellschaft aber bedingt Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Voraussetzungen, unter denen die Menschen ins Leben treten und ihre Gaben und ihre Persönlichkeit zum eigenen Vorteil und zum Nutzen der Gesamtheit entfalten können. Diese Voraussetzungen scheinen nur im Sozialismus gegeben zu sein, wobei die Frage, ob der kollektivistische oder der kommunistische Sozialismus vorzuziehen sei, Zukunftssorge sein mag, die Erkenntnis hingegen, daß es staats- und herrschaftsloser Sozialismus sein muß, Bedingung gesellschaftlicher Freiheit ist. Goethe wollte mit seiner Behauptung die liberalistische Formel der französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ als leer tönende Redensart verdammen. Wenden wir diese Formel in der Bedeutung an: Freiwilliges Schaffen gleichberechtigter Individuen im Dienste gegenseitiger Hilfe, so erhalten wir das soziale Programm einer Menschengemeinschaft, in der die Freiheit das gesellschaftliche Prinzip ist.

Eine solche Auffassung widerspricht nicht, sondern bestätigt Goethes Lebensideal: Höchstes Glück der Erdenkinder ist doch die Persönlichkeit! Denn Persönlichkeit kann wertvolle Eigenschaften niemals losgelöst von der gesellschaftlichen Gesamtheit entfalten. Ja, Persönlichkeit und Gesellschaft können, von jeder freiheitlichen Perspektive gesehen, nur als vollkommene Einheit begriffen werden. Die auf der Kameradschaft gleichberechtigter Menschen errichtete freie Gesellschaft ist ein Organismus, dem alle Elemente der Persönlichkeit innewohnen mit Einschluß selbst des individuellen Empfindungslebens, während jeder Mensch, der unter natürlichen, d. h. freiheitlichen Umständen lebt, sich nicht nur als Glied der gesellschaftlichen Kette, als Rädchen im Riesenapparat des gesell-

schaftlichen Geschehens fühlt, sondern durchaus als identisch mit der Gesamtheit, die für ihn genau so lebendige Wirklichkeit ist wie sein eigenes körperliches und seelisches Sein. Mensch und Gesellschaft können unter freiheitlichen Lebensverhältnissen niemals in Gegensatz geraten, sie sind gleichwertige, einander ergänzende Ausdrucksformen desselben Zustands.

Daher ist auch, die Wirklichkeit einer freien Gesellschaft angenommen, die Freiheit des Einzelnen nicht begrenzt bei der Freiheit aller, wie das die reinen Individualisten postulieren; vielmehr kann tatsächliche gesellschaftliche Freiheit gar nicht zur Begrenzung der Freiheit des Einzelnen zwingen, da ja Freiheit der Persönlichkeit nicht bestände, wo sie im Widerspruch zur allgemeinen Freiheit wirken wollte. Die Willkür nämlich, die für sich selber Rechte in Anspruch nimmt, die in der gesellschaftlichen Einheit nicht begründet sind, hat mit Freiheit gar keine Berührung; sie ist Despotie, die Unfreiheit voraussetzt, ist somit selber abhängig von der Bereitschaft anderer, sich Obrigkeit und Befehlsgewalt gefallen zu lassen und würde Gegensätze zwischen Gesellschaft und Mensch aufreißen, die die Natur nicht geschaffen hat und die dem Prinzip der Freiheit kraß zuwiderlaufen.

Die Gesellschaft der Freiheit ist ein Organismus, d. h. ein einheitlich und darum harmonisch schaltendes Lebewesen; das unterscheidet sie vom Staat und jeder Zentralgewalt, wo ein Mechanismus die Funktionen des organischen Lebens zu ersetzen sucht und wo nicht die Dinge der Gemeinschaft gemeinsam verwaltet, sondern die Menschen von andern Menschen zur Innehaltung von auferlegten Pflichten zwangsweise angehalten werden. Es genüge hier, die beiden Möglichkeiten menschlichen Zusammenlebens einander gegenüberzustellen. Das System der Regierung von oben nach unten, das System der Zentralisation der Kräfte, hat sich in aller Welt durchgesetzt und bis jetzt, kaum ernstlich bedrängt, erhalten. Das System der Föderation von unten nach oben, des Bündniswesens, der Kameradschaft und der Freiheit, dieses System der Ordnung durch Bünde der Freiwilligkeit muß den Beweis seiner Verwendbarkeit in der wirklichen Welt aus der grauen Vorzeit der Menschheitsgeschichte und aus den täglichen Beispielen der uns umgebenden Tierwelt führen. Wer den Glauben an die Zukunft der Freiheit hat, wird ihn sich durch die Einwendungen der handfest praktischen Gegenwart nicht rauben lassen.

Von den Mitteln, wie die Menschen zum Zustand der Freiheit gelangen könnten, soll hier schon gar nicht gesprochen werden, um so weniger als unter den verschiedenen Richtungen, die auf das gleiche Ziel halten, darin durchaus keine Einheitlichkeit der Meinung

besteht und Bakunin z. B. weitaus andere Wege einschlagen wollte als etwa Tolstoi. Wer der Freiheit ergeben ist und den Gedanken rückhaltlos in sich aufgenommen hat, daß der Mensch frei sein wird, wenn es die Gesellschaft ist, die Gesellschaft der Freiheit aber nur von innerlich freien Menschen geschaffen werden kann, der wird bei sich selber und in seinem nächsten Umkreis mit dem Befreiungswerk beginnen. Er wird niemandes Knecht sein und wissen, daß nur der kein Knecht ist, der auch niemandes Herr sein will. Der Mensch ist frei, der allen anderen Menschen die Freiheit läßt und die Gesellschaft wird frei sein, die kameradschaftlich Gleiche in Freiheit verbindet.

Francesco Saverio Merlino

Aus Italien kommt die traurige Kunde von dem Ableben F. S. Merlino. Obzwar der Verstorbene schon Jahrzehnte der anarchistischen Bewegung als solche nicht mehr angehörte, bewahrte er den Ideen des Anarchismus die ganzen Jahre hindurch eine stete Sympathie und war bis zu seinem Lebensende mit ihren Trägern, insbesondere mit unserem alten Kameraden Errico Malatesta freundschaftlich verbunden. Doch gab es eine Zeit in der Merlino als einer der geistvollsten und mutigsten Vertreter der anarchistischen Ideen wirkte und unsere Literatur durch eine ganze Reihe größerer und kleinerer Schriften bereicherte hat.

Merlino schloß sich der anarchistischen Bewegung in Italien bald nach dem Aufstandsversuch von Benevento im Jahre 1877 an. Es war dies eine der reaktionärsten Perioden, welche die revolutionäre Bewegung in jenem Lande erlebt hatte. Die schweren wirtschaftlichen Bedingungen jener Jahre und die verschiedenen Aufstandsversuche der Internationalisten, die alle den Ideengängen Bakunins folgten, hatte die Regierung aus Rand und Band gebracht. Die Gesetzgeber hatten die Internationale als eine „associazione di mafattori“, als eine Vereinigung von Verbrechern erklärt und man veranstaltete förmlich Hetzjagden auf ihre Mitglieder in allen Teilen des Landes. Die Gefängnisse wurden nicht leer und ein Prozeß jagte den andern. Die Angeklagten saßen unbeschränkte Zeit in Untersuchung, und die Richter bekamen einen Wink von oben, den die meisten nur allzugut verstanden und ausführten.

Schon in jenen Jahren leistete Merlino in seiner Eigenschaft als Jurist der Bewegung und ihren Befürwortern unschätzbare Dienste. So war er einer der Verteidiger in dem berühmten Prozeß von Benevento, wo Cafiero, Malatesta, Ceccarelli, Stepniak (Sergen Kravtshinski) und andere vor den Schranken des Gerichtes standen. In derselben Zeit wirkte er für die Bewegung durch Wort und Schrift. Einige seiner ersten Schriften erschienen noch in der letzten Hälfte der 70er Jahre, wie seine kurze historische Skizze über Carlo Pisacane, den Pionier des freiheitlichen Sozialismus in Italien, den er, Pisacane, allerdings durch einen starken nationalistischen Einschlag beeinträchtigte, und seine Betrachtungen über den Prozeß von Benevento.

Im Jahre 1881 nahm Merlino zusammen mit Malatesta an dem internationalen revolutionären Kongreß in London teil. Bald darauf finden wir

ihn wieder in Italien, wo er zusammen mit Malatesta der Propaganda Andrea Costas gegenübertrat, der seinen Anarchismus über Bord geworfen hatte und um jene Zeit eifrig bemüht war, die sozialistische Bewegung in Italien in das Fahrwasser der Gesetzlichkeit und des Parlamentarismus zu leiten. Die Regierung leistete der Tätigkeit Costas direkt Vorschub, indem sie die Anarchisten auf das heftigste verfolgte. Ein Versuch Malatestas und seiner Genossen, die Zeitung „Il Popolo“ herauszugeben, beantwortete die Polizei mit der Verhaftung einer ganzen Anzahl von Genossen, unter denen sich auch Malatesta und Merlino befanden. Nachdem man die Angeklagten acht Monate lang in Untersuchungshaft gehalten hatte, gab man sie provisorisch frei, da man ihnen absolut nichts nachweisen konnte. Im März 1884 fand dann der Prozeß vor dem Polizeigericht in Rom statt, welcher mit der Verurteilung aller Angeklagten endete. Merlino erhielt die höchste Strafe: vier Jahre Gefängnis. Die Verurteilten appellierten darauf an eine höhere Instanz und setzten auch ihre Freilassung bis zu dem neuen Prozeß durch. Im Januar 1885 wurde die Sache endgültig entschieden. Merlino erhielt anstatt vier Jahre bloß drei Jahre Gefängnis. Als man die Angeklagten jedoch verhaften wollte, waren sie verschwunden.

Merlino kam damals nach London und weilte längere Zeit im Exil. Eine ganze Reihe hervorragender Werke wurden in jenen Jahren von ihm geschaffen, von denen nur die bedeutendsten hier genannt werden sollen: „Monopolismo o Socialismo? 1887 (Monopolismus oder Sozialismus); „Manuale di scienza economica“, 1888 (Kleines Handbuch der Oekonomie); „L'Italie telle qu'elle est“, 1890 (Italien, wie es ist). Das letzte Werk ist eine vortreffliche Darstellung der italienischen Zustände von jener Zeit. Außer diesen größeren Werken verfaßte Merlino noch eine ganze Reihe kleiner Propagandaschriften. Bemerkenswert sei hier auch, daß die deutsche Broschüre „Die Irrlehren und Irrwege der Sozialdemokratie in Deutschland“ (1891), die von der Londoner Gruppe „Autonomie“ ohne Angabe des Verfassers herausgegeben wurde, Merlinos Feder entstammt.

Merlino nahm auch Anteil an dem ersten Kongreß der Zweiten Internationale, der 1889 in Paris stattfand, wo er seine Ideen geschickt verteidigte. Seinem Besuch des Zweiten internationalen Kongresses in Brüssel (1891) wurde durch das Eingreifen der belgischen Polizei ein schnelles Ende bereitet. Er wurde nämlich schon früher aus Belgien ausgewiesen und daher wegen Bannbruch bald verhaftet. Infolge der Proteste der belgischen Sozialisten wurde er jedoch bald entlassen und an die Grenze geschickt.

Im Jahre 1892 veröffentlichte Merlino die kleine Schrift „Nécessité et bases d'une entente“ („Notwendigkeit und Basis einer Verständigung“) die in viele Sprachen übersetzt wurde und zu gewaltigen Debatten innerhalb der gesamten internationalen anarchistischen Bewegung führte. Merlino bekämpfte in dieser Broschüre die Inzucht und das fruchtlose Sektierertum innerhalb der anarchistischen Bewegung und sprach sich für eine Verständigung und ein Zusammenwirken mit allen revolutionären Sozialisten aus, um die revolutionäre Bewegung voranzutreiben. In derselben Zeit übte er Kritik an verschiedenen Punkten der Taktik und forderte eine klare Stellungnahme der Anarchisten in allen wichtigen Fragen des gesellschaftlichen Lebens.

Leider fand dieser Vorschlag Merlinos nicht die Beachtung, die er sicherlich verdiente. Meistenteils begnügte man sich damit, ihn in der heftigsten Weise anzugreifen und schreckte sogar vor persönlichen Verunglimpfungen nicht zurück. Es zeigte sich schon damals daß der Name „Anarchist“ durchaus kein Sicherheitsmittel gegen trockenen Doktrinarismus und fruchtlose Dogmengläubigkeit ist. Es ist gar kein Zweifel, daß die aus-

sprochene Intoleranz, welcher Merlino damals in weiten Kreisen der Bewegung begegnete, den ersten Anstoß dazu gegeben hat, daß er sich später von ihr zurückzog. Zu den wenigen bekannten Anarchisten, die den Vorschlägen Merlinos damals von ganzem Herzen zustimmten, gehörte Johann Most.

Im selben Jahre machte Merlino eine Agitationstour durch die Vereinigten Staaten, bei welcher Gelegenheit er auch Alexander Berkman einen Besuch im Gefängnis abstattete, der kurz vorher verurteilt worden war. Auch war er einer der Mitbegründer der englischen anarchistischen Zeitschrift „Solidarity“ in New York. Seine Sprachkenntnisse erlaubten ihm, auch an den Bewegungen in anderen Ländern einen aktiven Anteil zu nehmen. So war er schon vorher in Frankreich und Belgien tätig gewesen, wurde aber aus beiden Ländern sehr bald ausgewiesen. 1890 wurde er in Versailles zusammen mit Petrovsky und dem rumänischen Studenten Stoianof verhaftet, als sie versuchten, antimilitaristische Plakate anzuschlagen.

Merlino arbeitete mit an einer ganzen Reihe anarchistischer Zeitschriften jener Zeit, die in den verschiedensten Ländern erschienen.

Im Winter von 1893 auf 94, als in Italien größere Unruhen drohten, besonders in Sizilien, reiste Merlino insgeheim nach seiner Heimat, um an einer eventuellen Erhebung teilzunehmen. Bei dieser Gelegenheit wurde er unter furchtbaren Begleiterscheinungen in Neapel verhaftet. Erst nach zweijähriger Gefangenschaft öffneten sich ihm wieder die Tore des Gefängnisses. Nicht lange nacher fand dann seine bekannte Schwenkung statt. Sein Eintreten für eine bedingte Beteiligung der Anarchisten an den Wahlen rief eine lebhaftige Debatte in der anarchistischen Presse Italiens hervor, an der sich auch Malatesta und viele andere bekannte Genossen beteiligten. Diese Debatte zeichnete sich aus durch ihre anerkennenswerte Sachlichkeit und verdient heute noch gelesen zu werden. Männer wie Malatesta waren von der absoluten Redlichkeit Merlinos vollständig überzeugt und behandelten ihn dementsprechend. Er selbst nahm nie Anteil am parlamentarischen Leben; doch gab er längere Zeit eine Zeitschrift in Rom heraus, „Il Socialismo“, die den verschiedensten Richtungen offen stand. Während dieser ganzen Jahre leistete er den angeklagten Genossen in Italien Rechtsbeistand. So verteidigte er auch Gaetano Bresci der den König Humbert erschossen hatte, um Rache zu nehmen für die 300 Ermordeten des Hungeraufstands von Mailand.

Nach dem Kriege, als in Italien eine revolutionäre Situation entstand, und die Anarchisten unter der Redaktion von Malatesta die Tageszeitung „Umanità Nova“ herausgaben, beteiligte sich Merlino als Mitarbeiter. Er übernahm auch die Verteidigung, als Malatesta und Armando Borghi nach der Besetzung der Fabriken verhaftet und später vor Gericht gestellt wurden. Die Anarchisten werden dem braven Kämpfer stets ein liebevolles Andenken bewahren.

Sehr bezeichnend für den gegenwärtigen Zustand in Italien ist nachfolgender Brief, den unser alter Freund Malatesta anlässlich des Todes von Merlino an Genossen Bertoni in Genf geschrieben hat:

Rom, den 18. Juli 1930.

„Vielleicht bringt Dir mein Brief nichts Neues mehr, da man im Auslande besser weiß, was in Italien vorgeht, als bei uns. Auf jeden Fall aber will ich Dir, wenn Du es nicht wissen solltest — die traurige Nachricht vom Tode Saverio Merlino mitteilen.

Es sind nun schon zehn oder zwanzig Tage her, daß er gestorben ist, aber ich habe es erst gestern durch einen Zufall erfahren, ein Beweis dafür, in welchem Zustand der Isoliertheit wir hier zu leben gezwungen sind

Sein Sohn Libero, der sich einmal Anarchist nannte — um die Wahrheit zu sagen, habe ich nie viel von seinem Anarchismus gehalten — und der später zum größten Schmerze seines Vaters zu den Fascisten überging, machte den Tod erst nach dem Begräbnis bekannt, um eine Sympathiekundgebung der Kameraden zu verhindern, deren er sich geschämt haben würde.

Merlino war ein Mann von großer Herzengüte, dabei sehr ernst und von tiefster Redlichkeit. Obwohl er seine Ideen geändert hatte, blieb er stets unser guter Freund, der immer bereit war, unsern Kameraden einen Dienst zu erweisen, soweit er dazu imstande war. Obwohl er infolge einer Magenkrankheit, die ihm große Schmerzen bereitete, seit mehreren Jahren körperlich sehr geschwächt war, übernahm er trotzdem die Verteidigung unserer Angeklagten, soweit eine gesetzliche Verteidigung heute in Italien überhaupt möglich ist. Er war fast der offizielle Verteidiger der Anarchisten vor den Tribunalen und den Gerichtshöfen im ganzen Königreich.

Ich war sein Schulkamerad, und wir sind Freunde gewesen für über fünfundsechzig Jahre. Sein Tod hat eine große Lücke in meiner Seele zurückgelassen.

Errico Malatesta.“
R. R.

Das Lied vom verständigen Soldaten

Ich kenn' einen, der läuft immer aus dem Glied.
Wie kann da Ordnung walten?
Und singen wir uns eins, hat er sein eigen Lied
Und will das Maul nicht halten.
Er singt was von Freiheit und Menschenrecht und Glück,
Läuft der Front voran und ruft zurück:
 Komm mit, Kamerad, und halt dich nicht so grad.
 Was nützt dir das durchgedrückte Knie?
 Was nützt dir der gleiche Schritt?
Doch ich geh' nicht mit ihm, nein ich geh' nicht mit, —
Ich marschier mit der Kompanie!

Gehorsam muß sein und Zucht und Disziplin,
Sonst kann's uns nicht geraten.
Wir wollen in das Land der bessern Zukunft zieh'n
Im Gleichtritt der Soldaten.
Vorndran an der Spitze stürmt einer ganz allein, —
So ein Leichtsinn wird noch sein Schaden sein.
 Halt Maß, Kamerad, 's wär um dein Leben schad.
 Dem Vordermann auf den Kragen sieh
 Und zähm deinen Uebermut!
Bleib bei uns in der Reih als ein braver Rekrut
Und marschier mit der Kompanie!

Weh dir, Kamerad! Ich hör sein Kampfgeschrei,
 Seh seine Haare fliegen.
 Schon drängen hinter ihm viel andere aus der Reih,
 Die Feinde zu besiegen,
 Die Feinde, sie wanken, sie wenden sich zur Flucht.
 Wir Verfolger, wir halten Manneszucht.
 Geduld, Kamerad, bis ich die Flinte lad.
 Ich lad sie gemäß der Theorie
 Und lad sie nur auf Befehl.
 Ich lauf nicht aus der Front in den Tod, meiner Seel, —
 Ich marschier mit der Kompanie!

Der Feind ist besiegt im Sturme des Gefechts.
 Jetzt wollen wir marschieren
 Und folgen auf der Bahn der Freiheit und des Rechts
 Den Unteroffizieren.
 Wir zieh'n ihnen nach auf Kommando und Gebot.
 Der voranlief, fand, ach, im Kampf den Tod.
 Ja ja, Kamerad, da gibt es keine Gnad,
 Der Herde entspringt kein fromm Stück Vieh.
 Ich bleib gehorsam und stramm.
 Kein' Schritt vom rechten Weg und kein' Schritt vom Programm, —
 Ich marschier mit der Kompanie!

Erich Mühsam

Die Gefahren psychologischer Kollektivbegriffe

Seit Hegel uns in Kategorien denken lehrte, und jedes Volk, soweit es ihm wichtig genug erschien, mit einer besonderen „historischen Mission“ beglückte, ist diese Art des Denkens vielen von uns zur fixen Idee geworden. Man hat sich daran gewöhnt, mit allgemeinen Quantitäten zu operieren und gelangt damit zu den verwegenen Generalisierungen, ohne daß die meisten auch nur ahnen, daß sie das Opfer einer falschen Voraussetzung geworden sind, die unvermeidlich zu den absonderlichsten Folgerungen führen muß.

Nachdem Lazarus und Steinthal mit allem erdenklichen Scharfsinn die sogenannte „Völkerpsychologie“ konstruiert hatten, ging die Reise in dieser Richtung lustig weiter und wir gelangten mit zwingender Logik zu der abstrakten Vorstellung einer Massen- Klassen- oder Rassenseele und ähnlichen der Akrobatik des Geistes entsprungenen Begriffen, unter denen man sich

alles und nichts denken kann. So wurde uns Dostojewsky zum Deuter der „slawischen Seele“ wie Goethe zum Künder des „deutschen Geistes“. Wir berauschen uns an diesem Wortgebimmel und freuen uns duber, wenn unsre Sprache um einen neuen Wortfetisch bereichert wird; „denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein“.

Wir sprechen allen Ernstes von einem „Volksindividuum“, ja sogar von einem „Staatsindividuum“, worunter man nicht etwa ein Einzelwesen verstanden wissen will, das einem bestimmten Volke angehört oder Bürger eines besonderen Staates ist. Nein, man behandelt in diesem Falle ein ganzes Volk, einen ganzen Staat, als wenn es Einzelwesen wären und stattet sie mit bestimmten Charaktermerkmalen und besonderen psychischen Qualitäten aus. Man verstehe wohl, was das heißt: Man beschenkt ein abstraktes Gebilde wie Staat oder Volk, das uns lediglich einen soziologischen Begriff vermitteln sollte, mit bestimmten Eigenschaften, die nur an dem Einzelwesen wahrnehmbar sind, auf einen Kollektivbegriff angewendet, aber zu den ungeheuerlichsten Trugschlüssen führen müssen.

Wie solche Konstruktionen zustande kommen, hat uns Lazarus in der Begründung seiner „Völkerpsychologie“ mit aller Deutlichkeit gezeigt. Nachdem er die Eigenschaften des Einzelwesens unbedenklich auf ein ganzes Volk übertragen hatte, erklärte er tief sinnig, daß der einzelne Mensch nur als Träger des Gesamtgeistes in Betracht komme und nur als solcher Träger von Ideen sei. Die Entdecker der verschiedenen Kollektivpsychologien gingen auf dem eingeschlagenen Wege immer weiter voran. Gustav Le Bon wurde zum Begründer einer „Massenpsychologie“, andere entdeckten die Psyche der Klasse, während die Chamberlain, Woltmann, Hauser, Günther usw. nun glücklich die „Rassenseele“ ergründet haben. Alle verfahren dabei nach derselben Methode, indem sie die Eigenschaften des Einzelwesens unbedenklich auf Klassen, Nationen oder Rassen übertragen.

Die Methode ist in der Tat sehr einfach, nur erinnert sie etwas zu stark an die Geburt der Götter. Als Ludwig Feuerbach den Gedanken aussprach, daß der Mensch Gott nach seinem eignen Bilde formte, gab er damit einer großen Wahrheit Ausdruck, die sich seitdem immer wieder bestätigt hat. Aber diese Wahrheit enthüllte nicht nur den inneren Trug jeder Religion, sie rührte auch deutlich an die tiefsten Ursachen jeder menschlichen Sklaverei. Indem der Mensch sich in Gott ein vergrößertes Abbild seines eignen Wesens schuf und diesem Gebilde seiner primitiven Phantasie Leben einhauchte, wurde er selbst der Knecht seines eignen Werkes. Er opferte sein wirkliches Leben einem Schemen, der seiner eignen Vorstellung entsprungen war. So wurde der Schopfer zum Sklaven seines eignen Geschöpfes, das lebendige Sein geriet in die Gefangenschaft des toten Scheins. Gott wurde alles, der Mensch nichts. Je strahlender das Licht der Göttlichkeit über dem Menschen leuchtete desto erbarmlicher und bedeutungsloser mußte ihm seine erdgebundene Mensch-

lichkeit erscheinen. Der Mensch kam nur insofern in Betracht, als er der Träger und Künder von „dem Geiste Gottes“ war.

Wer möchte bezweifeln, daß die Erfinder der verschiedenen Kollektivpsychologien, die sich ihren Schemen ganz auf dieselbe Art konstruierten, nicht notwendigerweise zu denselben Ergebnissen gelangen mußten? Jede auf diese Weise entstandene Kollektivvorstellung, welcher der Mensch eine „Seele“ einhauchte, entwickelt sich zum Saturn, der in diesem Falle allerdings nicht seine eignen Kinder, wohl aber seine eignen Väter verschlingt.

Als man damit anfang, mit Begriffen wie „Massenpsychologie“ zu operieren, wollte man zunächst nur damit andeuten, daß der Mensch, wenn er mit vielen seinesgleichen zusammen ist und durch irgend eine Begebenheit von derselben Erregung erfaßt wird, einer besonderen Gemütsbewegung unterliegt, die ihn unter Umständen zu Handlungen verleiten kann, die er, auf sich allein gestellt, nie begehen würde. So weit, so gut. Ohne Zweifel gibt es solche Stimmungen, aber auch hier haben wir es lediglich mit einer Stimmung des Einzelwesens zu tun und keineswegs mit der Stimmung der Masse als solche. Gemütsbewegungen dieser Art entspringen offenbar dem Gesellschaftsgeföhle des Menschen und bezeugen nur, daß der Geselligkeitsinstinkt ein wesentlicher Teil unserer menschlichen Existenz ist. Auf diese Weise entstehen Stimmungen des allgemeinen Schmerzes oder der allgemeinen Freude und Begeisterung, wie ja überhaupt jedes tiefere seelische Empfinden des Einzelwesens vorwiegend unter dem mittel- oder unmittelbaren Einfluß seiner menschlichen Umgebung zustande kommt. Ein Kollektivausdruck des menschlichen Föhlers, wie wir ihn bei den Kundgebungen größerer Menschenmassen beobachten können, ist nur deshalb so eindrucksvoll, weil hier die Gesamtsumme jedes Einzelempfindens mit elementarer Wucht zur Geltung kommt und infolgedessen auch der Gemütszustand des Einzelnen außerordentlich angeregt wird.

Uebrigens lassen sich Aehnlichkeiten des Empfindens bei den Einzelnen nicht nur in Verbindung mit großen Massen, sondern auch unter anderen Begleiterscheinungen leicht feststellen, wodurch immer wieder zum Ausdruck kommt, daß ungeachtet aller Verschiedenheiten der Menschen untereinander, doch gewisse gemeinsame Grundinstinkte bei ihnen vorhanden sind. So ruft erzwungene Einsamkeit, ebenso wie erzwungene Gesellschaft bei verschiedenen Einzelwesen ähnliche Gemütsbewegungen hervor, die in vielen Fällen sogar dieselben Handlungen zur Folge haben können. Dasselbe läßt sich bei verschiedenen Krankheitserscheinungen, bei sexueller Erregung und hundert anderen Gelegenheiten beobachten.

Man kann daher im besten Falle immer nur von einer Individualpsychologie sprechen, da ja nur beim Einzelwesen die physiologischen Voraussetzungen für Gemütsbewegungen irgendwelcher Art und Eindrücke geistiger Natur vorhanden sind, nicht aber bei abstrakten Wesenheiten wie Staat, Masse, Nation oder Rasse. Wir können uns die Entstehung eines Gedankens ohne

die Funktionen der Gehirngorgane oder Gefühlseindrücke ohne Nervensystem ebensowenig vorstellen, wie den Verdauungsprozeß ohne die dazu gehörigen Organe. Allein die Anhänger der Kollektivpsychologien nehmen an solchen Kleinigkeiten keinen Anstoß und generalisieren lustig drauflos. Was dabei herauskommt, ist zwar manchmal sehr geistvoll konstruiert, aber sehr wenig überzeugend.

Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse, Nation oder Rasse entscheidet noch lange nicht über das gesamte Denken und Fühlen des Einzelwesens; ebensowenig läßt sich aus der Denkweise oder Charakterveranlagung Einzelner der Wesensinhalt einer Nation, Rasse oder Klasse herausdestillieren. Jedes größere gesellschaftliche Gebilde umfaßt Menschen mit allen nur denkbaren Charaktereigenschaften, Geistesanlagen und praktischen Betätigungen. Zwischen den Menschen, die einem solchen Gebilde angehören, besteht in vielen Fällen ein gewisses Verwandtschaftsgefühl, das dem Einzelwesen zwar nicht angeboren, wohl aber anerzogen wird; doch für die Beurteilung des Ganzen hat dies wenig Bedeutung. Dasselbe gilt auch für gewisse Aehnlichkeiten physischer und geistiger Art, welche durch die äußeren Bedingungen der Umwelt verursacht werden. In jedem Falle treten die besonderen Anlagen des Einzelwesens in seiner ganzen Entwicklung stärker hervor wie alle äußeren Einflüsse. Das hatte übrigens Schopenhauer bereits sehr klar erkannt, wenn er schreibt:

„Uebrigens überwiegt die Individualität bei weitem die Nationalität, und in einem gegebenen Menschen verdient jene tausendmal mehr Berücksichtigung als diese. Dem Nationalcharakter wird, da er von der Menge redet, nie viel Gutes ehrlicherweise nachzurühmen sein. Vielmehr erscheint nur die menschliche Beschränktheit, Verkehrtheit und Schlechtigkeit in jedem Lande in einer anderen Form, und dieses nennt man den Nationalcharakter. Von einem derselben angeekelt, loben wir den andern, bis es uns mit ihm ebenso ergangen ist. — Jede Nation spottet über die anderen, und alle haben Recht.“

Was Schopenhauer hier über die Nationalität und den Nationalcharakter sagt, läßt sich ohne weiteres auf alle ähnlichen Kollektivbegriffe anwenden. Dazu kommt noch, daß die Eigenschaften, welche die „Psychologen der Menge“ ihren Allgemeinheiten beilegen und andichten, selten der Wirklichkeit entsprechen; sie sind stets das Ergebnis persönlicher Wünsche und demgemäß nur als Phantasiegebilde zu bewerten. Die Rasse oder Nation, deren Charakterqualitäten der Rassen- oder Völkerpsychologie zu ergründen sucht, wird stets dem Bilde entsprechen, das sich dieser gerade von ihnen macht. Je nach der Sympathie oder Antipathie, die er ihnen in einem gegebenen Moment entgegenbringt, wird die Nation oder Rasse genial, ritterlich, treu, idealistisch, redlich oder geistig minderwertig, berechnend, treulos, materialistisch und verräterisch sein. Auch wenn er sich noch so viel Mühe gibt, gerecht zu bleiben oder wenigstens den Schein zu wahren, wird bei ihm der

Wunsch stets der Vater des Gedankens sein. Doch nicht immer gibt man sich die Mühe, gerecht zu bleiben. Man vergleiche die verschiedenen Werturteile, die während des vergangenen Weltkrieges von Angehörigen der einen Nation gegen solche anderer Nationen gefällt wurden, und man wird sich über die Bedeutung solcher Ein- und Abschätzungen keinen Illusionen mehr hingeben. Der Eindruck wäre noch niederschmetternder, wenn man dabei auch Werturteile aus früheren Perioden vergleichsweise mit heranziehen würde, um sie den späteren gegenüberzustellen. Etwa den Hymnus des französischen Romantikers Victor Hugo auf die deutschen Völker oder die Ode des englischen Dichters Thomas Campbell „An die Deutschen“, und als Gegenstück dazu die späteren Ergüsse nationalistischer Zeitgenossen beider Länder gegen dieselben Deutschen. Man würde dabei ein Bild erhalten, das auch den Unbefangenen nachdenklich stimmen müßte.

Wenn hier von Engländern und Franzosen die Rede ist, so soll damit keineswegs gesagt werden, daß es um die Deutschen besser bestellt sei. Man lese die Herzensergüsse deutscher Rassentheoretiker der allerjüngsten Vergangenheit über die angebliche Minderwertigkeit und die „dumpfe Seele“ jener Völker, in deren Adern kein „nordisches Blut“ rollt, und man begreift ohne weiteres die Maxime Nietzsches: „mit keinem Menschen umgehen, der an dem verlogenen Rassenschwindel einen Anteil hat“.

Der englische Philosoph David Hume kannte seine Leute, als er sagte: „Wenn unsere Nation mit einer anderen in Krieg verwickelt ist, so verabscheuen wir letztere, nennen sie grausam, treulos, ungerecht und gewalttätig, uns selbst aber und unsere Alliierten halten wir für billig, mäßig und gelinde — unsere Verrätereien nennen wir Klugheit, unsere Grausamkeit notwendig. Kurz, jeden Fehler suchen wir zu verkleinern oder würdigen ihn des Namens derjenigen Tugend, die ihm naheliegt.“

Wie Urteile über die eigne Nation und andere zustande kommen, darüber nur ein Beispiel aus jener „großen Zeit der Lüge“, die hirnverbrannte Tröpfe als „Stahlbad der Völkerverjüngung“ gefeiert haben. So gab der „Popolo d'Italia“, das Organ des späteren Diktators Mussolini, über die Rumänen, ehe diese in den Krieg eintraten und sich auf die Seite der Alliierten stellten, folgendes liebenswürdiges Urteil über sie zum besten:

„Man höre doch endlich auf, die Rumänen unsere Schwesternation zu nennen. Es sind keine Romanen, wenngleich sie sich mit diesem edlen Namen zieren. Es ist ein Gemisch von den barbarischen Urvölkern, die von den Römern unterjocht wurden, mit Slaven, Petschenegen, Chazaren, Avaren, Tataren, Mongolen, Hunnen, Türken und Griechen, und da kann man sich leicht denken, was für ein Lumpenpack dabei herauskam. Der Rumäne ist noch heute ein Barbar und minderwertiges Individuum, das nur zum allgemeinen Gespött der Franzosen die Pariser nachläßt und gern im Trüben fischt, wo keine Gefahr ist, der es möglichst aus dem Wege geht. Das zeigte er schon 1913.“

Kaum aber war Rumänien in den Krieg eingetreten, und zwar auf der Seite der Alliierten, so schrieb dieselbe Zeitung Mussolinis:

„Die Rumänen haben jetzt auf das Glänzendste bewiesen, daß sie würdige Söhne der alten Römer sind, von denen sie ebenso abstammen wie wir selbst. Es sind also unsere nächsten Brüder, die jetzt mit dem ihnen eigenem Mute und Entschlossenheit sich dem Kampfe der lateinischen und slavischen Rasse gegen die germanische anschließen, mit anderen Worten, dem Kampf für Freiheit, Kultur und Recht gegen preußische Tyrannei, Willkürherrschaft, Barbarei und Selbstsucht. So wie die Rumänen 1877 gezeigt haben, was sie an der Seite unserer tapferen russischen Bundesgenossen gegen türkische Barbarei zu leisten vermochten, so werden sie auch jetzt mit denselben Bundesgenossen gegen österreichisch-ungarisch-deutsche Barbarei und Unkultur ihr scharfes Schwert in die Wagschale werfen und diese zum Sinken bringen. Es war ja gar nicht anders zu erwarten von einem Volke, das die Ehre hat, der lateinischen Rasse anzugehören, die einst die Welt beherrschte.“

Es wäre eine dankbare Aufgabe, die Werturteile, die während des Weltkrieges über die verschiedenen Nationen gefällt wurden, sorgfältig zu sammeln und einander gegenüberzustellen. Eine Sammlung dieser Art würde besseres Zeugnis ablegen für den geistigen und moralischen Tiefstand unserer Epoche, wie alle Kommentare der Geschichtsschreiber.

Man nehme einmal Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ zur Hand, die heute von Nationalgesinnten wieder herangezogen werden, und man wird sich überzeugen können, wie auch bedeutende Geister denselben Täuschungen unterliegen. Dabei soll billigerweise durchaus nicht verkannt werden, daß Fichtes Reden auf einer ungleich höheren Warte stehen, wie die seichten Elaborate des modernen Nationalismus und vielfach Ideen enthalten, die man bei den heutigen Trägern des „nationalen Gedankens“ vergeblich suchen würde. Aber nicht darauf kommt es an, sondern auf die Methode, die der Denker Fichte angewendet hat, um sich seine Begriffe über das Deutschtum zurechtzumischen.

Als Fichte sich anschickte, seine besonderen Anschauungen über das, was er als „deutsch“ empfand und das, was seiner Meinung nach dem deutschen Geist zuwiderläuft, erkenntnisgemäß zusammenzufassen, gab er dabei lediglich den Ideen Ausdruck, die seinem System des philosophischen Idealismus zugrunde lagen. Sein Deutschtum war nur die geistige Verkörperung des Ideals, das er sich selbst von den Deutschen zurechtgelegt hatte; es war seine ureigene Schöpfung und trug alle Merkmale der philosophischen Retorte an sich, in der es gebraut wurde. Das zeigt sich am besten an jenen Stellen seiner Reden, deren Spitzen gegen seinen philosophischen Gegner Hegel gerichtet sind, dessen Gedankengänge er kurzerhand als „undeutsch“ abtut.

Was aber Fichte, außer seinen besonderen philosophischen Ideen, den Deutschen sonst noch angedichtet hat, sind Eigenschaften, die man bei jedem

Volke wiederfindet und für die es kein besonderes Monopol gibt. Auch seine Vorstellung von der angeblichen „historischen Sendung“ der Deutschen ist letzten Endes nicht mehr wie ein frommer Wunsch, eine Lieblingsillusion die schließlich keine größere Bedeutung beanspruchen kann, wie die „göttlichen Missionen“ Bossuets, die den Völkern angeblich voraus bestimmt sind, um die Absichten Gottes zur Ausführung zu bringen.

Sieht man von jenen Verschiedenheiten ab, welche durch die natürliche Umwelt, das heißt, durch Klima, Bodenbeschaffenheit und Einflüsse ähnlicher Art bedingt sind, und die sich in den meisten Fällen auch innerhalb derselben Nation bemerkbar machen, so läßt sich schwer feststellen, ob zwischen Nationen als solchen überhaupt nennenswerte Unterschiede vorhanden sind. In den meisten Fällen laufen diese sogenannten Unterschiede lediglich auf anerzogene Vorurteile hinaus.

R. Rocker.

An den Frauenausschuß für Maria Spiridonowa

z. H. Genossin Hanna Kosterlitz.

Mit großer Genugtuung nahm ich Kenntnis von der Initiative ausgezeichnete und um die Kultur der Gegenwart hochverdienter Frauen, zur Hilfe für Maria Spiridonowa und der übrigen von der bolschewistischen Regierung verfolgten russischen Revolutionärinnen aufzurufen.

Das Streben der in Sowjet-Rußland allein herrschenden Parteigruppe, die Erfolge der Revolution von 1917 zu erhalten und im Sinne des Sozialismus auszubauen, soll nicht bestritten werden. Aber das Recht dieser Machtgruppe, es guten Revolutionären zu bestreiten, die nichts getan haben, als daß sie ihrer im Oktobergeschehen bewährten sozialistischen Ueberzeugung ohne Rücksicht auf die veränderte Haltung der Bolschewiki die Treue bewahrt haben, kann von keinem revolutionären Standpunkt aus anerkannt werden. Niemand ist im Alleinbesitz der Wahrheit. Aller Fortschritt, zumal beim Aufbau einer neuen Gesellschaft an Stelle einer von Arbeitern und Bauern in Empörung zerschlagenen, kann nur gelingen, wenn jede ehrliche revolutionäre Meinung zu Worte und zur Geltung kommt und die Entscheidung über die Zukunft des Landes seinen arbeitenden Kräften selbst überlassen wird. Die Verfolgung, Verbannung, Einkerkelung, Emigration guter revolutionärer Genossen durch einen Klüngel, der sich als Regierungsmacht über die Organe der Schaffenden, die Sowjets gesetzt hat, die Behandlung aktiver Kräfte der Revolution, als ob sie Konterrevolutionäre werden, ihre Verleumdung, Peinigung und physische wie moralische Vernichtung ist kein Dienst an der Revolution, sondern ist Unterordnung der Revolution unter das Machtbedürfnis um ihre Herrschaft bangender oder sich für unfehlbar haltender Personen.

Bis jetzt war jeder Appell an das moralische und revolutionäre Gewissen der russischen Gewalthaber, die furchtbare Politik der polizeilichen Unterdrückung des freien Rätegedankens aufzugeben und den linken

Sozialrevolutionären, Anarchisten, Maximalisten, Anarchosyndikalisten, Arbeiteroppositionellen und Linksbolschewiken die Freiheit der Personen und der Meinungsäußerung zu gewähren, vergeblich und wurde mit Schmähungen, Verleumdungen und vermehrten Verfolgungen beantwortet. Die Einkerkung und administrative Verurteilung des italienischen Anarchisten Ghezzi, der das Asylrecht Rußlands vor den Verfolgungen des Faschismus in Anspruch genommen hatte, ist ein Glied in der langen Kette ähnlicher Verbrechen an der Solidarität der internationalen Arbeiterschaft. Die Mißhandlung der großen Revolutionärin Maria Spiridonowa, der Genossin Kachowskaja und vieler anderer der Sache des Proletariats und der Revolution heilig ergebener Kämpferinnen und Kämpfer, ungeachtet ihrer Opfer und Leiden um der gemeinsamen Sache des russischen Volkes willen wird vor der Geschichte nicht deren Ruhm verkleinern, sondern den ihrer Qualgeister verderben.

Vielleicht wird das noble Bekenntnis unbefangener urteilender Frauen zu ihren in Rußland duldenden, im Kampf um die Revolution verwundeten Schwestern das Gewissen aller freiheitlich empfindenden Menschen zu einem Protest aufrütteln, der auf die Dauer auch nicht von den bolschewistischen Oligarchen überhört werden kann. Sie selbst hätten keinen Schaden davon. Die Revolutionäre der Welt würden beginnen, mit ihnen in kameradschaftlicher Sachlichkeit die schweren Probleme des sozialistischen Aufbaues zu diskutieren. Solange sie selber aber jede Diskussion mit den ihnen nicht gehorsamen Oktober-Kämpfern mit den Mitteln staatlicher Schergen- und Büttelgewalt ersticken, sind sie es, die der Auseinandersetzung die Formen des Kampfes aufzwingen.

Ich wünsche dem Frauenausschuß für Maria Spiridonowa die Unterstützung aller der revolutionären Sache Sowjet-Rußlands in Wahrheit ergebenden Männer und Frauen. Reinheit des Willens und Ausdauer im Kampfe wird ihm den erstrebten Erfolg sichern.

Erich Mühsam.

Revolutionäre Kleinarbeit

Die anarchistische Bewegung im besonderen in Deutschland leidet offensichtlich unter dem Zustande organisatorischer und agitatorischer Isoliertheit. Wenn uns bei den seltenen Anlässen unseres Hervortretens an die Öffentlichkeit von den Arbeitern immer und immer wieder vorwurfsvoll die Frage gestellt wird: wo seid ihr denn, warum hört und sieht man von euch so wenig, — so geschieht das nicht ganz ohne Berechtigung.

Wir sind im Besitze einer grandiosen, weltumspannenden Idee, vermögen aber nicht ihre Auslegungen und Einzelheiten in genügendem Maße propagandistisch zu verbreiten. Was nützt uns eine Galerie großer und hingebungsvoller Theoretiker und Vorkämpfer, wenn der Geist ihres Wirkens in der heutigen und den kommenden Generationen keinen Widerhall findet.

Die Bevölkerung weiß vom Anarchismus gerade soviel, wie ihr die staatserhaltenden und gegnerischen Kräfte im entstellenden Sinne mitzutheilen beliebt. Wir sind mit unseren Zeitungs- und Literaturunternehmungen

gen, infolge der geringfügigen Verbreitung, nahezu machtlos gegenüber dem gewaltigen Beeinflussungs- und Machtapparat der konträren Kräfte. Durch die bloße Feststellung dieses Zustandes wird freilich nicht das geringste geändert.

Daß uns vielleicht außergewöhnliche Kräfte sozusagen von oben herab zu Hilfe kommen werden, kann niemand erwarten, der nicht gerade heilsgläubig ist. Nein, die Möglichkeiten fortschreitender und erfolgreicher Arbeit für den Anarchismus sind nur in uns selbst zu suchen und zu entwickeln. Auf der verstärkten Tätigkeit des einzelnen wird sich in gemeinsamer Zusammenarbeit der Fortschritt der Gruppen und darüber hinaus der Gesamtbewegung aufbauen.

Revolutionäre Kleinarbeit muß die Losung der Stunde sein. Emsiger Zeitungs- und Broschürenvertrieb, die geistige Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern, Diskussion bei jeder nur denkbaren Gelegenheit, emsige Haus- und Hofpropaganda, — das und viele andere ausnutzbare Möglichkeiten wird uns in den Brennpunkt des Arbeiterinteresses setzen. Die Rezepte solchen Arbeitens können freilich nicht theoretisch bis ins kleinste dargelegt werden. Anfangen und ausharren, — das ist alles!

Der Anarchismus darf keine Feierabendsbeschäftigung sein, sondern eine im täglichen Kleinkampf erhärtete und propagierte Weltanschauung.

G.

Aus der anarchistischen Bewegung in Polen

Dem Büro der IAA. ging von der anarchistischen Organisation in Warschau ein Schreiben zu, das ein bezeichnendes Licht auf die Methoden der Kommunisten den Revolutionären anderer Richtungen gegenüber wirft. Da die polnischen Kameraden wünschen, diese Tatsachen den Genossen in allen Ländern bekanntzugeben, bringen wir ihren Bericht hier zum Abdruck:

Zwei unserer polnischen Genossen, Jan Umansky, 21 Jahre alt, und Hirsch Weidling, 24 Jahre alt, wurden im Jahre 1929 als Mitglieder der „Anarchistischen Föderation Polens“ des Hochverrats beschuldigt und der erste zu fünf, der zweite zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Bis nicht lang zurück verbüßte Umansky seine Strafe im Gefängnis zu Tarnow und Weidling im Gefängnis zu Krakau. Letzthin aber wurden die beiden revolutionären Anarchisten in das Strafgefängnis von Teschen (Schlesien) überführt und in eine gemeinsame Zelle mit den dortigen kommunistischen Gefangenen gesperrt. Unsere beide Genossen wendeten sich bald an den Rat

der Gefängnis-Kommune mit dem Wunsche, dieser beizutreten, sie bekamen jedoch eine Antwort, die sie in Erstaunen setzte. Man erklärte ihnen nämlich, **daß Anarchisten nicht als politische Gefangene zu betrachten seien und folglich keinen Anspruch darauf hätten, Mitglieder der Gefängnis-Kommune werden zu können.**

Dank der „revolutionären Solidarität“ der Kommunisten wurden unsere Genossen außerhalb der übrigen politischen Gefangenen gestellt und der Willkür der Gefängnisverwaltung schutzlos preisgegeben.

Diese Handlung der Teschener kommunistischen Gefangenen bleibt ein Schandfleck, der auf die gesamte kommunistische Bewegung Polens fällt, denn nur die wahnsinnige Hetze gegen die anarchistischen Kameraden, deren sich die Kommunisten in unserem Lande befleißigen, konnte solche Blüten zeitigen. Es ist dies ein bisher unerhörter Fall in der Geschichte der revolutionären Bewegungen aller Zeiten. Die Gefängnis-Kommune, die eine Institution gegenseitiger Hilfe für alle revolutionären Gefangenen sein sollte, wurde durch die kommunistische Praxis in eine Filiale der kommunistischen Parteibonzen verwandelt. Die Verweigerung der elementarsten Solidarität durch die Kommunisten Menschen gegenüber, die für ihre revolutionäre und antistaatliche Tätigkeit durch die faschistische Regierung Polens zu Gefängnis verurteilt wurden, wirft ein krasses Licht auf die Kampfmethoden der Kommunisten. Diese schändliche Handlung wird sicher im Herzen jedes klassenbewußten Arbeiters und aufrichtigen Revolutionärs eine scharfe Verurteilung und ein Gefühl des Ekels hervorrufen.

Polen ist heute sicher eines der reaktionärsten Länder Europas. Jede revolutionäre und freiheitliche Bewegung ist den bittersten Verfolgungen ausgesetzt. Von einer Presse- und Redefreiheit, deren sich die meisten übrigen Länder Europas erfreuen, ist bei uns überhaupt keine Rede. Selbst wenn man eine Zeitung oder irgend eine Druckschrift revolutionären Charakters legal erscheinen läßt und diese nicht durch die Regierung beschlagnahmt werden, wird dem verantwortlichen Verleger der Prozeß gemacht. Es ist daher klar, daß es in Polen nur eine ganz beschränkte Anzahl theoretischer Schriften freiheitlichen Charakters geben kann. Trotzdem sind wir imstande gewesen, auch in dieser Richtung zu wirken.

Von 1922 bis 1925 sind in polnischer Sprache folgende Schriften erschienen: Von Kropotkin „Die gegenseitige Hilfe“, „Die große französische Revolution“, „Die Eroberung des Brotes“ und der Aufruf „An die jungen Leute“.

Letzthin haben wir die folgenden Schriften herausgegeben, die alle 1929 erschienen sind: R. Rocker, „Führt die Rationalisierung der Industrie zum Sozialismus?“, P. Kropotkin, „Die moderne Ethik“, R. Rocker, „Föderalismus und Zentralismus“ und von Kropotkin noch „Gemeinschaftlichkeit und freiheitlicher Sozialismus“, „Der anarchistische Kommunismus“

und eine Neuauflage von „An die jungen Leute“. Es ist zu hoffen, daß diese Schriften viel zur Verbreitung des anarchistischen Gedankens in Polen beitragen werden.

Der Kongreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation

Der IV. Kongreß der IAA. wird im Herbst dieses Jahres in Madrid stattfinden. Die spanische Regierung hat die Erklärung abgegeben, daß sie der Abhaltung des Kongresses keine Schwierigkeiten in den Weg legen wird. Bei dem mächtigen Aufschwung, den die anarchistische und syndikalistische Bewegung seit dem Fall der Diktatur genommen hat, wird dieser Kongreß von ganz besonderer Bedeutung sein.

Die provisorische Tagesordnung des Kongresses lautet wie folgt:

1. Die internationale Reorganisation des Syndikalismus.
2. Die IAA. und die beiden anderen Internationalen.
3. Das Problem der Landfrage.
4. Die Gefahren der nationalistischen Ideologie für den Befreiungskampf des internationalen Proletariats.
5. Die Stellung des revolutionären Syndikalismus zur bürgerlichen Demokratie.
6. Die Erwerbslosigkeit und der Sechsstundentag.
7. Der Kampf gegen die politische und religiöse Reaktion.
8. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Vorbereitung neuer Kriege.

**Bezieht Eure Bücher durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**

**Der Buchhändlergewinn
fließt in den Pressefond**

Aufruf zur Abonnementserneuerung!

Dieses Heft beschließt den 4. Jahrgang des FANAL.

Die Erneuerung des Abonnements wird daher **dringend** in Erinnerung gebracht. — Einzahlungen auf Postscheck Erich Mühsam, Berlin 824 19. — Bezugsbedingungen wie bisher. (Näheres an der Spitze des Heftes.)

Die Herstellung eines ausführlichen **Sach- und Namenregisters** sowie einer **Einbanddecke** für den abgeschlossenen 4. Jahrgang ist nur möglich, wenn eine genügend große Anzahl von Vorherbestellungen einläuft.

Wir appellieren deshalb an die Leser, **sofort** Bestellungen vorzunehmen und, wenn irgend möglich, den Betrag hierfür einzusenden. Der Preis dürfte, wie im Vorjahr, für die Einbanddecke M. 2,—, für das Register 25 Pfennig betragen.

Freunde!

Genossen!

Leser!

FANAL hatte in diesem Jahre mit unerhörten Schwierigkeiten zu kämpfen. Die steigende wirtschaftliche Depression zwang viele unserer Genossen und Leser das Blatt abzubestellen. Der dadurch entstehende Ausfall an Abonnementsgeldern mußte durch Sammlung freiwilliger Beiträge und persönliche Opfer ausgeglichen werden. Wie der derzeitigen Notlage des Blattes abgeholfen werden könnte, wurde eindringlich genug in den Aufrufen in Heft 5 und 10 dieses Jahrganges dargelegt. Nichtsdestoweniger sei hier noch einmal darauf hingewiesen, daß wirkliche Hilfe dem FANAL nur durch eine radikale Absatzsteigerung gebracht werden kann!

Es handelt sich um den Bestand der einzigen anarchistischen gesellschaftskritischen Revue in Deutschland. Darum:

Sofortige Erneuerung des Abonnements!

Veranlaßt den Mehrbezug durch die Gruppen!

Gebt uns Adressenmaterial zwecks Belieferung mit Probenummern!

Benutzt FANAL-Abonnements für Geschenkzwecke!

Organisiert vor allem den öffentlichen Vertrieb durch Buch- und Zeitungshändler!

Sammet!

Werbt!

Helft!

Schafft für FANAL die ihm gebührende Verbreitung!

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

GENOSSEN !

Beteiligt euch alle an den
Maßnahmen der Anarchistischen
Vereinigung gegen den parla-
mentarischen Schwindel!
Kommt zu den

Gruppenabenden

jeden Donnerstag, 19^{1/2} Uhr,
in Neukölln, Lokal Köhler,
Ziethenstraße 64

Anteilnahme und aktive Mitarbeit eines jeden Ge-
nossen und Sympathisierenden ist vonnöten!

Für den Presse-Fond im August folgende Eingänge :

A. Schönfelder, Berlin W	M. 1,50
E. Sewekow, Berlin	M. 5,—
Anarch. Vereinigung, Berlin	M. 19,—
E. Rieger, Berlin	M. 3,—
M. Dankwart, Berlin	M. 2,50
A. Koch, Homberg	M. 2,—
J. Majer, Tübingen	M. 4,—
durch O. Kohl, Dresden (Sml. Nr. 12)	M. 20,65
Dr. E. Blos, Karlsruhe	M. 15,—
A. Ihlau, Berlin-Bohnsdorf	M. 5,—
durch G. Krüger, Velten	M. 3,—
Dr. Friedeberg, Bad Kudowa	M. 40,—
durch G. Korn, Gotha	M. 4,50
durch Schmidt, Mörfelden	M. 4,50
J. Ern, Wiesbaden	M. 2,—

Bücher und Schriften

VON
ERICH MUHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten
Malik-Verlag, Berlin

Preis: brosch. 1,60 Mk. geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers
Verlag Gildefreihätlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 1,— Mk. geb. 2,— Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren
Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 1,80 Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti
Verlag Gildefreihätlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 0,80 Mk. geb. 1,50 Mk.

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen
Werk 1898—1928

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5,50 Mk. geb. 8,— Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die
Revolutionsereignisse in München
FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0,90 Mk.

**Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Die Freiheit als gesellschaftliches Prinzip

Francesco Saverino Merlino (von R. R.)

Das Lied vom verständigen Soldaten

Die Gefahren psychologischer Kollektiv-

begriffe (von R. Roeker) — An den Frauen-

ausschuß für Maria Spiridonowa — Revo-

lutionäre Kleinarbeit — Aus der anar-

chistischen Bewegung in Polen

NR. 12

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 4

BERLIN

SEPTEMBER 1930

CONTRA

Die neue Monatsschrift der anarchistischen
Opposition in Oesterreich, welche
j e d e r antiautoritären
Richtung dienen will

Vierteljährlich Mark 050

Zu beziehen durch:
Vilma Ritschel, Wien X, Rotenhofgasse 106

Hellos Gomez

GEGEN DIE
SPANISCHE
REAKTION

Mappe mit 25 Blättern M. 2.50

Diese Mappe ist im Auftrage der Internationalen Arbeiter-Assoziation herausgegeben. Der Reinertrag fließt restlos den Opfern der spanischen Reaktion zu. Die Mitglieder der Gilde freier Bücherfreunde lernten den ausgezeichneten spanischen Künstler Gomez durch die Tuschezeichnungen „Panait Istrati“ kennen. Die vorliegenden 25 Blätter sind ein Meisterwerk revolutionärer Kunst. Der billige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung dieser Mappe..

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 4

Nummer 12

September 1930

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,35 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MUEHSAM, Berlin-Britz, Döbrckluchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8112.

Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Die Freiheit als gesellschaftliches Prinzip

ERICH MÜHSAM

(Vortrag, gehalten im Südwestdeutschen Rundfunk,
Frankfurt a. Main, 7. November 1929)

Die Geschichte der Menschheit mit ihren Kriegen und Revolutionen, mit ihren Bestrebungen um Aenderung, Besserung, Beseitigung oder Erhaltung von Zuständen und Einrichtungen, mit all ihren politischen, wirtschaftlichen, religiösen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Kämpfen vollzieht sich in immer veränderter Gestalt und unter immer veränderten Forderungen dennoch immer mit derselben Begleitmusik. In allen Zeiten, bei allen Völkern, wo Meinung gegen Meinung, Losung gegen Losung stand und steht, empfehlen sich die Beschützer des Alten wie die Pioniere des Neuen als die Sachwalter der Freiheit. Es gibt keine Bewegung, hat nie eine gegeben und kann keine geben, die erfolgreich um Anhang für sich werben könnte, wenn nicht auf ihrer Standarte das Bekenntnis zur Freiheit beschworen ist. Wo Ziele erstrebt werden, die über materielle Nützlichkeit hinausreichen oder doch hinauszureichen scheinen, kann Gefolgschaft nur mit sittlichen Zwecksetzungen gewonnen werden; zum sittlichen Begriff schlechthin aber, dem alle übrigen sittlichen Werte ein- und untergeordnet sind, der die hohen seelischen Eigenschaften der menschlichen Gesellschaft wie Ehre, Ruhm, Kultur, glückliche Verbundenheit, in der natürlichen Vorstellung aller zur Gefolgschaft geeigneten Massen umfaßt, wird von

allen verschiedenen und entgegengesetzten Parteien und Vereinigungen die Freiheit erhoben. Denn das Wort Freiheit ist im Sprachgefühl der Menschen das einzige, das in sich die Eigenschaften der individuellen Tugend mit denen eines gesellschaftlichen Ideals verbindet.

Daß offenbar jeder Mensch die Freiheit als gesellschaftliches Ideal empfindet, ist ein Beweis dafür, daß die Sehnsucht nach individueller Freiheit in der menschlichen Natur selber begründet ist. Dieser Sehnsucht nach persönlicher Steigerung der Lebenswerte muß jede Werbung Rechnung tragen, die die allgemeine Erhöhung des Kollektivgefühls zu bewirken verspricht. Daher und weil bei primitiven Menschen ebenso wie bei differenzierten das Streben nach veredelter Gemeinschaft durchaus gleich empfunden wird mit dem Streben nach vermehrter Freiheit in der Verbundenheit aller, spielt sich fast aller öffentliche Kampf um die Geister der Menschen als ein Wettstreit der Weltanschauungen, der politischen und wirtschaftlichen Bekenntnisse und der sozialen Grundsätze ab, die eigene Freiheitlichkeit als die beste zu erweisen, das fremde und feindliche Prinzip als freiheitwidrig herabzuwürdigen. Wäre nun die Freiheit im Sprachbewußtsein der Menschen ein klar erkanntes und in ihrer Bedeutung einhellig erfaßtes sittliches Gut, dann bedürfte es keiner konkurrierenden Anpreisung gesellschaftlicher Programme unter dem Gesichtspunkt der Freiheit, dann wäre es leicht, unter den empfohlenen Systemen dasjenige herauszufinden, das der positiven Forderung am nächsten käme oder gar sich mit ihr deckte.

Leider verbindet sich jedoch bei den meisten Menschen mit dem Wort Freiheit nur ein ganz verschwommener Empfindungswert, so daß aus dem gesellschaftlichen Begriff, der aus dem stärksten ethischen Drang des Menschen stammt, die seichteste aller öffentlichen Phrasen werden konnte. Es gibt in den vielen Jahrtausenden übersehbarer Menschengeschichte keine Tyrannis, keine Unterdrückung und Vergewaltigung von Arbeits- und Willenskräften, die sich nicht des Freiheitsverlangens ihrer Opfer bedient hätte, um zur Macht zu kommen. Der Sklave nämlich stellt sich fast niemals die Freiheit vor, sondern leidet nur unter der greifbar erlebten Unfreiheit und läßt sich somit leicht überreden, neue Knechtschaft auf sich zu laden, wenn nur der neue Herr die glaubhafte Zusicherung gibt, er werde ihn aus der alten Knechtschaft befreien. Die Erfolglosigkeit aller bis jetzt geführten Kämpfe um gesellschaftliche Freiheit hat also ihre Ursache darin, daß sie nie für die Erringung wahrhaft freien Lebens, für einen positiv von Freiheit durchdrungenen sozialen Zustand geführt wurden, sondern ihren Ausgang nahmen von der Unerträglichkeit des Bestehenden und ihr Ziel

begrenzten auf die rein negative Befreiung von dieser Unerträglichkeit.

Das Versprechen: wir werden euch, das Volk, den Staat, die Gesellschaft, die Menschheit befreien!; die Aufforderung: befreit euch, das Volk, den Staat, die Gesellschaft, die Menschheit! hat mit Freiheit nur insofern zu tun, als in diesen Parolen ihr Nichtvorhandensein anerkannt und als Uebel festgestellt wird. Was dagegen aufgestellt wird, beschränkt sich in fast allen Fällen auf die Ausmalung von Verhältnissen, die sich durch Abwesenheit der Dinge auszeichnen werden, deren Ausmerzung Sinn der Befreiung sein soll. Umgekehrt begegnen aber auch die Hüter der befehdeten Einrichtungen, Zustände oder Gebräuche dem Appell, sich von ihnen zu befreien, mit dem Beweise, daß alles, was sie ersetzen soll, dem Geiste der Freiheit widerspreche, und die Einen wie die Andern lassen die Darstellung der Unfreiheit des Bekämpften als Ueberzeugungsgrund dafür gelten, daß die von ihnen gewünschten oder verteidigten Werte den Charakter der Freiheit trügen. Es bleibt also zu untersuchen, ob der Begriff der Freiheit als gesellschaftliches Prinzip überhaupt in positiver Formulierung zu fassen ist und wie die Organisation der Gesellschaft beschaffen sein müßte, die die Freiheit zum lebenbewegenden Inhalt des menschlichen Zusammenhalts machen wollte.

Es kann sich hier natürlich nicht um eine philosophische Deutung des Freiheitsbegriffs handeln, wie sie etwa Schopenhauer in seinen zwei Grundproblemen der Ethik vornimmt. Allerdings ist auch nicht darauf zu verzichten, das gesellschaftliche Problem der Freiheit als ein Problem der Ethik zu betrachten. Doch ist es nur deswegen nicht überflüssig, die Notwendigkeit solcher Betrachtung aus ethischen Gesichtspunkten besonders zu betonen, weil leider die Behandlung gesellschaftlicher Fragen als Fragen vorwiegend sittlicher Natur längst nicht mehr überall als selbstverständlich zu gelten scheint. Vermehrte gesellschaftliche Freiheit wird dazu helfen, das Primat der Ethik für alle auf die Beziehung der Menschen zu einander gerichteten Erörterungen sicherzustellen. Hiermit ist aber schon gesagt, daß der gesellschaftlich genommene Freiheitsbegriff auch keineswegs schlechthin als politischer Wert aufgefaßt werden darf. Zwar wirkt sich bestehende und mangelnde Freiheit wesentlich politisch aus, in dem weiten Sinne nämlich, daß alle Herrschaft, auch wirtschaftlicher Macht, politisch gefügt sein muß, um sich zu erhalten. Aber Politik betrifft in viel zu enger Weise wandelbare Einrichtungen und auf Widerruf statuierte Bindungen, als daß ein Ewigkeitsprinzip menschlicher Verständigung sich in ihren Methoden verwirklichen ließe.

Die zu lösende Frage ist diese: Der Mensch strebt nach Erfüllung seiner individuellen Möglichkeiten. Er will seinen einmaligen, von allen anderen Menschen unterschiedenen Charakter mit den darin begründeten Fähigkeiten, Neigungen, Kräften, Leistungs- und Genußanlagen unabhängig von auferlegtem Zwange frei entwickeln und verwerten. Diese Unabhängigkeit, die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung in sich schließt, ist seine Vorstellung von Freiheit; ohne sie kann es keine Freiheit für ihn geben. Die Menschen aber sind auf ihre Arbeit angewiesen und zwar jeder auf die Arbeit aller, alle auf die Arbeit eines jeden. Infolgedessen ist die Gemeinschaftsaufgabe jeder Gesellschaft, die sogenannte soziale Frage zu lösen, d. h. Arbeit, Verteilung und Verbrauch so zu organisieren, daß Leistung und Verwendung in das richtige Verhältnis zum Ertrage der Erde gebracht werden. Unter gesellschaftlicher Freiheit wird nun gemeinhin verstanden, daß die Organisation der gemeinsamen Arbeit der Willkür und dem Nutzen Einzelner entzogen und der Gesamtheit des produzierenden und konsumierenden Volkes übertragen werde. Ist nun — und das entscheidet, ob die Freiheit als gesellschaftliches Prinzip bestehen kann, — eine Regelung der menschlichen Beziehungen erreichbar, bei der das Höchstmaß verbundenen Werteschaffens zum Nutzen aller und unter Ausschaltung der Willkür Einzelner geleistet wird, — und gleichzeitig die Persönlichkeit zur vollen Entwicklung ihrer Fähigkeiten, zum vollen Ausleben ihrer Kräfte, zur vollen Befriedigung ihrer Bedürfnisse gelangen kann?

Der marxistische Sozialismus bejaht mit Entschiedenheit die Lösbarkeit der sozialen Frage, also die Organisierbarkeit der Arbeit in der Form, daß der Ertrag jeder Leistung dem Leistenden selber zugute kommt. Er postuliert dazu — und darin begegnen sich alle Lehren des Sozialismus — die Vergesellschaftung des Grundes und Bodens und der Produktionsmittel, sohin die Beseitigung des Herren-tums über die Arbeitskraft anderer Menschen. Ohne Zweifel ist hier eine Voraussetzung nicht nur kollektiver, sondern auch individueller Freiheit erfüllt. Doch beschränkt sich der Marxismus auf die Forderung der ökonomischen Gleichstellung der Menschen. Marx und Engels, denen Lenin hierin folgt, stellen zwar als letztes Endziel und schließliche Folgerung der sozialisierten Wirtschaft die Ueberwindung des Staates und die Vollendung des freiheitlichen Kommunismus hin, wonach jeder nach seinen Fähigkeiten schaffen, jeder nach seinem Bedarf verbrauchen soll, doch gelangt bei ihnen die freiheitliche Zielsetzung nirgends über hypothetische Hindeutungen hinaus. Ihre Theorien erschöpfen sich in wirtschaftlichen Analysen der bestehenden und anzustrebenden Produktionsformen und ge-

währen der Darstellung der Freiheit als gesellschaftlicher Grundeigenschaft so gut wie keinen Raum.

Die nichtsozialistischen Gesellschaftslehren, soweit sie dem Worte Freiheit höheren Wert als nur den einer Werbeformel beimessen, gehen von der bekannten Behauptung des Malthusischen Gesetzes aus, daß der Ertrag der Erde niemals gleichen Schritt halten könne mit der Vermehrung der Bevölkerung und daher der volle Genuß des Lebens von Natur wegen einer bevorzugten Schicht vorbehalten sei. Der Satz des Malthus ist so oft und so gründlich widerlegt worden, ist zumal durch die Kulturmethoden der intensiven Landbewirtschaftung auch praktisch so vollkommen entwertet, daß von ihm kaum mehr etwas anderes übrig geblieben ist als die Freiheitsformel des liberalistischen Kapitalismus vom freien Spiel der Kräfte. Selbstverständlich findet hier, wo nur die ungestörte Konkurrenz zwischen bevorrechtigten Besitzenden gemeint ist, der Begriff der gesellschaftlichen Freiheit keine Anwendung, noch auch da, wo sich die Freiheitsforderung mit nationalen, rassenmäßigen, konfessionellen oder Standesegoismen identifiziert. Das Vorhandensein von Herrschgewalt irgendwelcher Art, sei es in Form von wirtschaftlicher Vormacht, sei es in Form von politischer Obrigkeit oder sonstwelchen Privilegien ist mit dem Gedanken der gesellschaftlichen Freiheit schlechterdings unvereinbar, und eine Freiheit, welche sowohl dem Individuum seine Unabhängigkeit als der Gesamtheit ihre Entfaltungsmöglichkeiten läßt, kann nicht bestehen, wo verhängte Dienstpflicht, Autorität, Regierung und Staat besteht. Will auch der Liberalismus dem Staat den Eingriff in die Selbstbestimmung der Wirtschaft verwehren und nennt die Fernhaltung der politischen Obrigkeit vom Konkurrenzkampf der Oekonomie mit dem Namen der Freiheit, so setzt diese Lehre doch zugleich die Unterwerfung der Arbeit unter den Besitz voraus, und will der Staatssozialismus im Gegenteil das Gesetz regierender Organe zum Regulativ der Wirtschaft und des Verhaltens der Menschen zu einander machen, so scheidet er eben das Individuum aus der Festsetzung der eigenen Lebensformen aus. Der Begriff der gesellschaftlichen Freiheit ist in keinem dieser Fälle anwendbar.

Der grundlegende Irrtum aller Lehren, die bei Erhaltung des Autoritätsprinzips die Freiheit glauben fördern zu können, beruht auf der Verwechslung der Begriffe Regierung und Verwaltung. Worauf es bei einer Neuorganisation der Gesellschaft im Geiste der Freiheit ankommt, hat Michael Bakunin in die klare Formel gefaßt: Nicht Menschen regieren, sondern Dinge verwalten! Die Aufgabe derer, die die Freiheit zum gesellschaftlichen Prinzip erheben wollen besteht demnach darin, das gemeinsame Wirtschaften der auf ein-

ander angewiesenen Menschen von der Leistung einer Gehorsamkeitspflicht gegen empfangene Befehle zur Erfüllung eines Kameradschaftsdienstes auf Gegenseitigkeit zu machen. Nichts ist verkehrter als die Meinung, der Mensch arbeite nur unter der Peitsche der Kommandogewalt. Im Gegenteil: die Unlust an der Arbeit, die vielfach schon für eine schicksalgegebene menschliche Eigenschaft gehalten wird, hat ihren einzigen Ursprung im Gefühl, unter dem Zwange regierender Befehlshaber auferlegte Arbeit zu tun. Wo das Bewußtsein lebendig ist, daß Mensch sein Kamerad sein bedeutet und daß Kameradschaft ebenso notwendig ist zur Befriedigung der Lebensnotdurft wie zum Genuß der Freude und zum Ertragen des Leides, da kann der Gedanke keine Stätte haben, der die Beschaffung von Nahrung, Bekleidung und Behausung abhängig glaubt von obrigkeitlicher Satzung und aufpassender Disziplinargewalt. Nicht einmal darauf kommt es an, daß die Obrigkeit auf demokratischem Wege eingesetzt ist, sondern darauf, daß es keine Obrigkeit gibt und alle gesellschaftliche Funktion Funktion der Kameradschaft ist. Demokratie ist nur das technische Verfahren, in dem die Regierten ihre Regierer selbst einsetzen. Das demokratische Verfahren aber setzt wie jedes andere Regierungssystem voraus, daß die notwendigen Dinge der Gesellschaft nur verrichtet würden, wenn die Menschen unter Zwang gehalten werden. Diese Voraussetzung trifft indessen nur zu, solange Arbeit geleistet werden muß, deren gesellschaftlichen Wert der Arbeitende nicht erkennt und deren Ertrag nicht ihm selbst noch der Gesamtheit, sondern einem fremden Gewinn- oder Machtzweck zufällt.

Somit deckt sich der Begriff der gesellschaftlichen Freiheit nahezu vollständig mit dem der allgemeinen Kameradschaft unter den Menschen und es erhebt sich die Frage aller Fragen, ob und in welcher Weise diese Kameradschaft zum bestimmenden Antrieb des gemeinnützigen Tuns aller gemacht werden kann. Dieser Frage ist Peter Krapotkin in seinem schönen Werk über die gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt wissenschaftlich nachgegangen und kommt nicht nur zur Bejahung der Frage, sondern zu dem Ergebnis, daß die Solidarität eine naturgegebene Eigenschaft aller lebenskräftigen Geschöpfe ist. Alle kameradschaftlich lebenden Tiere gründen ihr Gemeinschaftsdasein ausschließlich auf die natürliche Veranlagung zur kameradschaftlichen Brüderlichkeit, die, wie Krapotkin eindringlich dartut und wie Darwin bestätigt, die den Kampf der Arten gegeneinander ergänzende Lebensform zur Erhaltung der Arten darstellt. Die Jagdgemeinschaften der Wölfe sind ebenso wie die Massenwanderungen des Damwildes zur Auffindung fruchtbarer Wohngebiete Beispiele in Freiheit organisierten gesellschaft-

lichen Lebens. Hier wirkt kein Staat, also keine zentrale Regierungsmaschinerie, sondern Anarchie, deren Wesen Gustav Landauer als Ordnung durch Bünde der Freiwilligkeit kennzeichnet. In dem philosophischen Ergänzungswerk zu seiner naturwissenschaftlichen Arbeit über die gegenseitige Hilfe, in der „Ethik“ setzt aber Krapotkin den Begriff der Freiheit vollständig gleich mit dem der Freiwilligkeit, wie er die Begriffe Gerechtigkeit und Gleichheit mit dem der Gleichberechtigung gleichsetzt. Durch diese klaren Deutungen der im allgemeinen Gebrauch reichlich verwaschenen Worte Freiheit und Gleichheit füllt sich ihr Wert mit jedem Mißverständnis entrücktem sozialen Inhalt. Zugleich jedoch leuchtet ein, daß Goethes immer wieder angezogene Aeußerung, wo Gleichheit sei, könne keine Freiheit bestehen, vor der rechten Würdigung beider Begriffe nicht standhält. Im Gegenteil: Freiheit, als Freiwilligkeit jeder Leistung im Zusammenklang der Gesellschaft erfaßt, ist nur vorstellbar, wo Gleichheit im Sinne von Gleichberechtigung gilt. Gleichberechtigung aller in der menschlichen Gesellschaft aber bedingt Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Voraussetzungen, unter denen die Menschen ins Leben treten und ihre Gaben und ihre Persönlichkeit zum eigenen Vorteil und zum Nutzen der Gesamtheit entfalten können. Diese Voraussetzungen scheinen nur im Sozialismus gegeben zu sein, wobei die Frage, ob der kollektivistische oder der kommunistische Sozialismus vorzuziehen sei, Zukunftssorge sein mag, die Erkenntnis hingegen, daß es staat- und herrschaftsloser Sozialismus sein muß, Bedingung gesellschaftlicher Freiheit ist. Goethe wollte mit seiner Behauptung die liberalistische Formel der französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ als leer tönende Redensart verdammen. Wenden wir diese Formel in der Bedeutung an: Freiwilliges Schaffen gleichberechtigter Individuen im Dienste gegenseitiger Hilfe, so erhalten wir das soziale Programm einer Menschengemeinschaft, in der die Freiheit das gesellschaftliche Prinzip ist.

Eine solche Auffassung widerspricht nicht, sondern bestätigt Goethes Lebensideal: Höchstes Glück der Erdenkinder ist doch die Persönlichkeit! Denn Persönlichkeit kann wertvolle Eigenschaften niemals losgelöst von der gesellschaftlichen Gesamtheit entfalten. Ja, Persönlichkeit und Gesellschaft können, von jeder freiheitlichen Perspektive gesehen, nur als vollkommene Einheit begriffen werden. Die auf der Kameradschaft gleichberechtigter Menschen errichtete freie Gesellschaft ist ein Organismus, dem alle Elemente der Persönlichkeit innewohnen mit Einschluß selbst des individuellen Empfindungslebens, während jeder Mensch, der unter natürlichen, d. h. freiheitlichen Umständen lebt, sich nicht nur als Glied der gesellschaftlichen Kette, als Rädchen im Riesenapparat des gesell-

schäftlichen Geschehens fühlt, sondern durchaus als identisch mit der Gesamtheit, die für ihn genau so lebendige Wirklichkeit ist wie sein eigenes körperliches und seelisches Sein. Mensch und Gesellschaft können unter freiheitlichen Lebensverhältnissen niemals in Gegensatz geraten, sie sind gleichwertige, einander ergänzende Ausdrucksformen desselben Zustands.

Daher ist auch, die Wirklichkeit einer freien Gesellschaft angenommen, die Freiheit des Einzelnen nicht begrenzt bei der Freiheit aller, wie das die reinen Individualisten postulieren; vielmehr kann tatsächliche gesellschaftliche Freiheit gar nicht zur Begrenzung der Freiheit des Einzelnen zwingen, da ja Freiheit der Persönlichkeit nicht bestände, wo sie im Widerspruch zur allgemeinen Freiheit wirken wollte. Die Willkür nämlich, die für sich selber Rechte in Anspruch nimmt, die in der gesellschaftlichen Einheit nicht begründet sind, hat mit Freiheit gar keine Berührung; sie ist Despotie, die Unfreiheit voraussetzt, ist somit selber abhängig von der Bereitschaft anderer, sich Obrigkeit und Befehlsgewalt gefallen zu lassen und würde Gegensätze zwischen Gesellschaft und Mensch aufreißen, die die Natur nicht geschaffen hat und die dem Prinzip der Freiheit kraß zuwiderlaufen.

Die Gesellschaft der Freiheit ist ein Organismus, d. h. ein einheitlich und darum harmonisch schaltendes Lebewesen; das unterscheidet sie vom Staat und jeder Zentralgewalt, wo ein Mechanismus die Funktionen des organischen Lebens zu ersetzen sucht und wo nicht die Dinge der Gemeinschaft gemeinsam verwaltet, sondern die Menschen von andern Menschen zur Innehaltung von auferlegten Pflichten zwangsweise angehalten werden. Es genüge hier, die beiden Möglichkeiten menschlichen Zusammenlebens einander gegenüberzustellen. Das System der Regierung von oben nach unten, das System der Zentralisation der Kräfte, hat sich in aller Welt durchgesetzt und bis jetzt, kaum ernstlich bedrängt, erhalten. Das System der Föderation von unten nach oben, des Bündniswesens, der Kameradschaft und der Freiheit, dieses System der Ordnung durch Bünde der Freiwilligkeit muß den Beweis seiner Verwendbarkeit in der wirklichen Welt aus der grauen Vorzeit der Menschheitsgeschichte und aus den täglichen Beispielen der uns umgebenden Tierwelt führen. Wer den Glauben an die Zukunft der Freiheit hat, wird ihn sich durch die Einwendungen der handfest praktischen Gegenwart nicht rauben lassen.

Von den Mitteln, wie die Menschen zum Zustand der Freiheit gelangen könnten, soll hier schon gar nicht gesprochen werden, um so weniger als unter den verschiedenen Richtungen, die auf das gleiche Ziel halten, darin durchaus keine Einheitlichkeit der Meinung

besteht und Bakunin z. B. weitaus andere Wege einschlagen wollte als etwa Tolstoi. Wer der Freiheit ergeben ist und den Gedanken rückhaltlos in sich aufgenommen hat, daß der Mensch frei sein wird, wenn es die Gesellschaft ist, die Gesellschaft der Freiheit aber nur von innerlich freien Menschen geschaffen werden kann, der wird bei sich selber und in seinem nächsten Umkreis mit dem Befreiungswerk beginnen. Er wird niemandes Knecht sein und wissen, daß nur der kein Knecht ist, der auch niemandes Herr sein will. Der Mensch ist frei, der allen anderen Menschen die Freiheit läßt und die Gesellschaft wird frei sein, die kameradschaftlich Gleiche in Freiheit verbindet.

Francesco Saverio Merlino

Aus Italien kommt die traurige Kunde von dem Ableben F. S. Merlino. Obzwar der Verstorbene schon Jahrzehnte der anarchistischen Bewegung als solche nicht mehr angehörte, bewahrte er den Ideen des Anarchismus die ganzen Jahre hindurch eine stete Sympathie und war bis zu seinem Lebensende mit ihren Trägern, insbesondere mit unserem alten Kameraden Errico Malatesta freundschaftlich verbunden. Doch gab es eine Zeit in der Merlino als einer der geistvollsten und mutigsten Vertreter der anarchistischen Ideen wirkte und unsere Literatur durch eine ganze Reihe größerer und kleinerer Schriften bereicherte hat.

Merlino schloß sich der anarchistischen Bewegung in Italien bald nach dem Aufstandsversuch von Benevento im Jahre 1877 an. Es war dies eine der reaktionärsten Perioden, welche die revolutionäre Bewegung in jenem Lande erlebt hatte. Die schweren wirtschaftlichen Bedingungen jener Jahre und die verschiedenen Aufstandsversuche der Internationalisten, die alle den Ideengängen Bakunins folgten, hatte die Regierung aus Rand und Band gebracht. Die Gesetzgeber hatten die Internationale als eine „associazione di mafattori“, als eine Vereinigung von Verbrechern erklärt und man veranstaltete förmlich Hetzjagden auf ihre Mitglieder in allen Teilen des Landes. Die Gefängnisse wurden nicht leer und ein Prozeß jagte den andern. Die Angeklagten saßen unbeschränkte Zeit in Untersuchung, und die Richter bekamen einen Wink von oben, den die meisten nur allzugut verstanden und ausführten.

Schon in jenen Jahren leistete Merlino in seiner Eigenschaft als Jurist der Bewegung und ihren Befürwortern unschätzbare Dienste. So war er einer der Verteidiger in dem berühmten Prozeß von Benevento, wo Cafiero, Malatesta, Ceccarelli, Stepniak (Sergen Kravtshinski) und andere vor den Schranken des Gerichtes standen. In derselben Zeit wirkte er für die Bewegung durch Wort und Schrift. Einige seiner ersten Schriften erschienen noch in der letzten Hälfte der 70er Jahre, wie seine kurze historische Skizze über Carlo Pisacane, den Pionier des freiheitlichen Sozialismus in Italien, den er, Pisacane, allerdings durch einen starken nationalistischen Einschlag beeinträchtigte, und seine Betrachtungen über den Prozeß von Benevento.

Im Jahre 1881 nahm Merlino zusammen mit Malatesta an dem internationalen revolutionären Kongreß in London teil. Bald darauf finden wir

ihn wieder in Italien, wo er zusammen mit Malatesta der Propaganda Andrea Costas gegenübertrat, der seinen Anarchismus über Bord geworfen hatte und um jene Zeit eifrig bemüht war, die sozialistische Bewegung in Italien in das Fahrwasser der Gesetzlichkeit und des Parlamentarismus zu leiten. Die Regierung leistete der Tätigkeit Costas direkt Vorschub, indem sie die Anarchisten auf das heftigste verfolgte. Ein Versuch Malatestas und seiner Genossen, die Zeitung „Il Popolo“ herauszugeben, beantwortete die Polizei mit der Verhaftung einer ganzen Anzahl von Genossen, unter denen sich auch Malatesta und Merlino befanden. Nachdem man die Angeklagten acht Monate lang in Untersuchungshaft gehalten hatte, gab man sie provisorisch frei, da man ihnen absolut nichts nachweisen konnte. Im März 1884 fand dann der Prozeß vor dem Polizeigericht in Rom statt, welcher mit der Verurteilung aller Angeklagten endete. Merlino erhielt die höchste Strafe: vier Jahre Gefängnis. Die Verurteilten appellierten darauf an eine höhere Instanz und setzten auch ihre Freilassung bis zu dem neuen Prozeß durch. Im Januar 1885 wurde die Sache endgültig entschieden. Merlino erhielt anstatt vier Jahre bloß drei Jahre Gefängnis. Als man die Angeklagten jedoch verhaften wollte, waren sie verschwunden.

Merlino kam damals nach London und weilte längere Zeit im Exil. Eine ganze Reihe hervorragender Werke wurden in jenen Jahren von ihm geschaffen, von denen nur die bedeutendsten hier genannt werden sollen: „Monopolismo o Socialismo? 1887 (Monopolismus oder Sozialismus); „Manuale di scienza economica“, 1888 (Kleines Handbuch der Oekonomie); „L'Italie telle qu'elle est“, 1890 (Italien, wie es ist). Das letzte Werk ist eine vortreffliche Darstellung der italienischen Zustände von jener Zeit. Außer diesen größeren Werken verfaßte Merlino noch eine ganze Reihe kleiner Propagandaschriften. Bemerkt sei hier auch, daß die deutsche Broschüre „Die Irrlehren und Irrwege der Sozialdemokratie in Deutschland“ (1891), die von der Londoner Gruppe „Autonomie“ ohne Angabe des Verfassers herausgegeben wurde, Merlinos Feder entstammt.

Merlino nahm auch Anteil an dem ersten Kongreß der Zweiten Internationale, der 1889 in Paris stattfand, wo er seine Ideen geschickt verteidigte. Seinem Besuch des Zweiten internationalen Kongresses in Brüssel (1891) wurde durch das Eingreifen der belgischen Polizei ein schnelles Ende bereitet. Er wurde nämlich schon früher aus Belgien ausgewiesen und daher wegen Bannbruch bald verhaftet. Infolge der Proteste der belgischen Sozialisten wurde er jedoch bald entlassen und an die Grenze geschickt.

Im Jahre 1892 veröffentlichte Merlino die kleine Schrift „Nécessité et bases d'une entente“ („Notwendigkeit und Basis einer Verständigung“) die in viele Sprachen übersetzt wurde und zu gewaltigen Debatten innerhalb der gesamten internationalen anarchistischen Bewegung führte. Merlino bekämpfte in dieser Broschüre die Inzucht und das fruchtlose Sektierertum innerhalb der anarchistischen Bewegung und sprach sich für eine Verständigung und ein Zusammenwirken mit allen revolutionären Sozialisten aus, um die revolutionäre Bewegung voranzutreiben. In derselben Zeit übte er Kritik an verschiedenen Punkten der Taktik und forderte eine klare Stellungnahme der Anarchisten in allen wichtigen Fragen des gesellschaftlichen Lebens.

Leider fand dieser Vorschlag Merlinos nicht die Beachtung, die er sicherlich verdiente. Meistenteils begnügte man sich damit, ihn in der heftigsten Weise anzugreifen und schreckte sogar vor persönlichen Verunglimpfungen nicht zurück. Es zeigte sich schon damals daß der Name „Anarchist“ durchaus kein Sicherheitsmittel gegen trockenen Doktrinarismus und fruchtlose Dogmengläubigkeit ist. Es ist gar kein Zweifel, daß die aus-

sprochene Intoleranz, welcher Merlino damals in weiten Kreisen der Bewegung begegnete, den ersten Anstoß dazu gegeben hat, daß er sich später von ihr zurückzog. Zu den wenigen bekannten Anarchisten, die den Vorschlägen Merlinos damals von ganzem Herzen zustimmten, gehörte Johann Most.

Im selben Jahre machte Merlino eine Agitationstour durch die Vereinigten Staaten, bei welcher Gelegenheit er auch Alexander Berkman einen Besuch im Gefängnis abstattete, der kurz vorher verurteilt worden war. Auch war er einer der Mitbegründer der englischen anarchistischen Zeitschrift „Solidarity“ in New York. Seine Sprachkenntnisse erlaubten ihm, auch an den Bewegungen in anderen Ländern einen aktiven Anteil zu nehmen. So war er schon vorher in Frankreich und Belgien tätig gewesen, wurde aber aus beiden Ländern sehr bald ausgewiesen. 1890 wurde er in Versailles zusammen mit Petrovsky und dem rumänischen Studenten Stoianof verhaftet, als sie versuchten, antimilitaristische Plakate anzuschlagen.

Merlino arbeitete mit an einer ganzen Reihe anarchistischer Zeitschriften jener Zeit, die in den verschiedensten Ländern erschienen

Im Winter von 1893 auf 94, als in Italien größere Unruhen drohten, besonders in Sizilien, reiste Merlino insgeheim nach seiner Heimat, um an einer eventuellen Erhebung teilzunehmen. Bei dieser Gelegenheit wurde er unter furchtbaren Begleiterscheinungen in Neapel verhaftet. Erst nach zweijähriger Gefangenschaft öffneten sich ihm wieder die Tore des Gefängnisses. Nicht lange nacher fand dann seine bekannte Schwenkung statt. Sein Eintreten für eine bedingte Beteiligung der Anarchisten an den Wahlen rief eine lebhaftige Debatte in der anarchistischen Presse Italiens hervor, an der sich auch Malatesta und viele andere bekannte Genossen beteiligten. Diese Debatte zeichnete sich aus durch ihre anerkennenswerte Sachlichkeit und verdient heute noch gelesen zu werden. Männer wie Malatesta waren von der absoluten Redlichkeit Merlinos vollständig überzeugt und behandelten ihn dementsprechend. Er selbst nahm nie Anteil am parlamentarischen Leben; doch gab er längere Zeit eine Zeitschrift in Rom heraus, „Il Socialismo“, die den verschiedensten Richtungen offen stand. Während dieser ganzen Jahre leistete er den angeklagten Genossen in Italien Rechtsbeistand. So verteidigte er auch Gaetano Bresci der den König Humbert erschossen hatte, um Rache zu nehmen für die 300 Ermordeten des Hungeraufstands von Mailand.

Nach dem Kriege, als in Italien eine revolutionäre Situation entstand, und die Anarchisten unter der Redaktion von Malatesta die Tageszeitung „Umanità Nova“ herausgaben, beteiligte sich Merlino als Mitarbeiter. Er übernahm auch die Verteidigung, als Malatesta und Armando Borghi nach der Besetzung der Fabriken verhaftet und später vor Gericht gestellt wurden. Die Anarchisten werden dem braven Kämpfer stets ein liebevolles Andenken bewahren.

Sehr bezeichnend für den gegenwärtigen Zustand in Italien ist nachfolgender Brief, den unser alter Freund Malatesta anlässlich des Todes von Merlino an Genossen Bertoni in Genf geschrieben hat:

Rom, den 18. Juli 1930.

„Vielleicht bringt Dir mein Brief nichts Neues mehr, da man im Auslande besser weiß, was in Italien vorgeht, als bei uns. Auf jeden Fall aber will ich Dir, wenn Du es nicht wissen solltest — die traurige Nachricht vom Tode Saverio Merlino mitteilen.

Es sind nun schon zehn oder zwanzig Tage her, daß er gestorben ist, aber ich habe es erst gestern durch einen Zufall erfahren, ein Beweis dafür, in welchem Zustand der Isoliertheit wir hier zu leben gezwungen sind

Sein Sohn Libero, der sich einmal Anarchist nannte — um die Wahrheit zu sagen, habe ich nie viel von seinem Anarchismus gehalten — und der später zum größten Schmerze seines Vaters zu den Fascisten überging, machte den Tod erst nach dem Begräbnis bekannt, um eine Sympathiekundgebung der Kameraden zu verhindern, deren er sich geschämt haben würde.

Merlino war ein Mann von großer Herzengüte, dabei sehr ernst und von tiefster Redlichkeit. Obwohl er seine Ideen geändert hatte, blieb er stets unser guter Freund, der immer bereit war, unsern Kameraden einen Dienst zu erweisen, soweit er dazu imstande war. Obwohl er infolge einer Magenkrankheit, die ihm große Schmerzen bereitete, seit mehreren Jahren körperlich sehr geschwächt war, übernahm er trotzdem die Verteidigung unserer Angeklagten, soweit eine gesetzliche Verteidigung heute in Italien überhaupt möglich ist. Er war fast der offizielle Verteidiger der Anarchisten vor den Tribunalen und den Gerichtshöfen im ganzen Königreich.

Ich war sein Schulkamerad, und wir sind Freunde gewesen für über fünfundsechzig Jahre. Sein Tod hat eine große Lücke in meiner Seele zurückgelassen.

Errico Malatesta.“
R. R.

Das Lied vom verständigen Soldaten

Ich kenn' einen, der läuft immer aus dem Glied.
Wie kann da Ordnung walten?
Und singen wir uns eins, hat er sein eigen Lied
Und will das Maul nicht halten.
Er singt was von Freiheit und Menschenrecht und Glück,
Läuft der Front voran und ruft zurück:
 Komm mit, Kamerad, und halt dich nicht so grad.
 Was nützt dir das durchgedrückte Knie?
 Was nützt dir der gleiche Schritt?
Doch ich geh' nicht mit ihm, nein ich geh' nicht mit, —
Ich marschier mit der Kompanie!

Gehorsam muß sein und Zucht und Disziplin,
Sonst kann's uns nicht geraten.
Wir wollen in das Land der bessern Zukunft zieh'n
Im Gleichtritt der Soldaten.
Vorndran an der Spitze stürmt einer ganz allein, —
So ein Leichtsinn wird noch sein Schaden sein.
 Halt Maß, Kamerad, 's wär um dein Leben schad.
 Dem Vordermann auf den Kragen sieh
 Und zähm deinen Uebermut!
Bleib bei uns in der Reih als ein braver Rekrut
Und marschier mit der Kompanie!

Weh dir, Kamerad! Ich hör sein Kampfgeschrei,
 Seh seine Haare fliegen.
 Schon drängen hinter ihm viel andere aus der Reih,
 Die Feinde zu besiegen,
 Die Feinde, sie wanken, sie wenden sich zur Flucht.
 Wir Verfolger, wir halten Manneszucht.
 Geduld, Kamerad, bis ich die Flinte lad.
 Ich lad sie gemäß der Theorie
 Und lad sie nur auf Befehl.
 Ich lauf nicht aus der Front in den Tod, meiner Seel, —
 Ich marschier mit der Kompanie!

Der Feind ist besiegt im Sturme des Gefechts.
 Jetzt wollen wir marschieren
 Und folgen auf der Bahn der Freiheit und des Rechts
 Den Unteroffizieren.
 Wir zieh'n ihnen nach auf Kommando und Gebot.
 Der voranlief, fand, ach, im Kampf den Tod.
 Ja ja, Kamerad, da gibt es keine Gnad,
 Der Herde entspringt kein fromm Stück Vieh.
 Ich bleib gehorsam und stramm.
 Kein' Schritt vom rechten Weg und kein' Schritt vom Programm, —
 Ich marschier mit der Kompanie!

Erich Mühsam

Die Gefahren psychologischer Kollektivbegriffe

Seit Hegel uns in Kategorien denken lehrte, und jedes Volk, soweit es ihm wichtig genug erschien, mit einer besonderen „historischen Mission“ beglückte, ist diese Art des Denkens vielen von uns zur fixen Idee geworden. Man hat sich daran gewöhnt, mit allgemeinen Quantitäten zu operieren und gelangt damit zu den verwegendsten Generalisierungen, ohne daß die meisten auch nur ahnen, daß sie das Opfer einer falschen Voraussetzung geworden sind, die unvermeidlich zu den absonderlichsten Folgerungen führen muß.

Nachdem Lazarus und Steinthal mit allem erdenklichen Scharfsinn die sogenannte „Völkerpsychologie“ konstruiert hatten, ging die Reise in dieser Richtung lustig weiter und wir gelangten mit zwingender Logik zu der abstrakten Vorstellung einer Massen- Klassen- oder Rassenseele und ähnlichen der Akrobatik des Geistes entsprungenen Begriffen, unter denen man sich

alles und nichts denken kann. So wurde uns Dostojewsky zum Deuter der „slawischen Seele“ wie Goethe zum Kunder des „deutschen Geistes“. Wir berauschen uns an diesem Wortgebimmel und freuen uns darüber, wenn unsre Sprache um einen neuen Wortfetsch bereichert wird; „denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein“.

Wir sprechen allen Ernstes von einem „Volksindividuum“, ja sogar von einem „Staatsindividuum“, worunter man nicht etwa ein Einzelwesen verstanden wissen will, das einem bestimmten Volke angehört oder Bürger eines besonderen Staates ist. Nein, man behandelt in diesem Falle ein ganzes Volk, einen ganzen Staat, als wenn es Einzelwesen wären und staltet sie mit bestimmten Charaktermerkmalen und besonderen psychischen Qualitäten aus. Man verstehe wohl, was das heißt: Man beschenkt ein abstraktes Gebilde wie Staat oder Volk, das uns lediglich einen soziologischen Begriff vermitteln sollte, mit bestimmten Eigenschaften, die nur an dem Einzelwesen wahrnehmbar sind, auf einen Kollektivbegriff angewendet, aber zu den ungeheuerlichsten Trugschlüssen führen müssen.

Wie solche Konstruktionen zustande kommen, hat uns Lazarus in der Begründung seiner „Völkerpsychologie“ mit aller Deutlichkeit gezeigt. Nachdem er die Eigenschaften des Einzelwesens unbedenklich auf ein ganzes Volk übertragen hatte, erklärte er tief sinnig, daß der einzelne Mensch nur als Träger des Gesamtgeistes in Betracht komme und nur als solcher Träger von Ideen sei. Die Entdecker der verschiedenen Kollektivpsychologien gingen auf dem eingeschlagenen Wege immer weiter voran. Gustav Le Bon wurde zum Begründer einer „Massenpsychologie“, andere entdeckten die Psyche der Klasse, während die Chamberlain, Woltmann, Hauser, Günther usw. nun glücklich die „Rassenseele“ ergründet haben. Alle verfahren dabei nach derselben Methode, indem sie die Eigenschaften des Einzelwesens unbedenklich auf Klassen, Nationen oder Rassen übertragen.

Die Methode ist in der Tat sehr einfach, nur erinnert sie etwas zu stark an die Geburt der Götter. Als Ludwig Feuerbach den Gedanken aussprach, daß der Mensch Gott nach seinem eignen Bilde formte, gab er damit einer großen Wahrheit Ausdruck, die sich seitdem immer wieder bestätigt hat. Aber diese Wahrheit enthüllte nicht nur den inneren Trug jeder Religion, sie rührte auch deutlich an die tiefsten Ursachen jeder menschlichen Sklaverei. Indem der Mensch sich in Gott ein vergrößertes Abbild seines eignen Wesens schuf und diesem Gebilde seiner primitiven Phantasie Leben einhauchte, wurde er selbst der Knecht seines eignen Werkes. Er opferte sein wirkliches Leben einem Schemen, der seiner eignen Vorstellung entsprungen war. So wurde der Schöpfer zum Sklaven seines eignen Geschöpfes, das lebendige Sein geriet in die Gefangenschaft des toten Scheins. Gott wurde alles, der Mensch nichts. Je strahlender das Licht der Göttlichkeit über dem Menschen leuchtete desto erbarmlicher und bedeutungsloser mußte ihm seine erdgebundene Mensch-

lichkeit erscheinen. Der Mensch kam nur insofern in Betracht, als er der Träger und Künder von „dem Geiste Gottes“ war.

Wer möchte bezweifeln, daß die Erfinder der verschiedenen Kollektivpsychologien, die sich ihren Schemen ganz auf dieselbe Art konstruierten, nicht notwendigerweise zu denselben Ergebnissen gelangen mußten? Jede auf diese Weise entstandene Kollektivvorstellung, welcher der Mensch eine „Seele“ einhauchte, entwickelt sich zum Saturn, der in diesem Falle allerdings nicht seine eignen Kinder, wohl aber seine eignen Väter verschlingt.

Als man damit anfang, mit Begriffen wie „Massenpsychologie“ zu operieren, wollte man zunächst nur damit andeuten, daß der Mensch, wenn er mit vielen seinesgleichen zusammen ist und durch irgend eine Begebenheit von derselben Erregung erfaßt wird, einer besonderen Gemütsbewegung unterliegt, die ihn unter Umständen zu Handlungen verleiten kann, die er, auf sich allein gestellt, nie begehen würde. So weit, so gut. Ohne Zweifel gibt es solche Stimmungen, aber auch hier haben wir es lediglich mit einer Stimmung des Einzelwesens zu tun und keineswegs mit der Stimmung der Masse als solche. Gemütsbewegungen dieser Art entspringen offenbar dem Gesellschaftsgeföhle des Menschen und bezeugen nur, daß der Geselligkeitsinstinkt ein wesentlicher Teil unserer menschlichen Existenz ist. Auf diese Weise entstehen Stimmungen des allgemeinen Schmerzes oder der allgemeinen Freude und Begeisterung, wie ja überhaupt jedes tiefere seelische Empfinden des Einzelwesens vorwiegend unter dem mittel- oder unmittelbaren Einfluß seiner menschlichen Umgebung zustande kommt. Ein Kollektivausdruck des menschlichen Föhlers, wie wir ihn bei den Kundgebungen größerer Menschenmassen beobachten können, ist nur deshalb so eindrucksvoll, weil hier die Gesamtsumme jedes Einzelempfindens mit elementarer Wucht zur Geltung kommt und infolgedessen auch der Gemütszustand des Einzelnen außerordentlich angeregt wird.

Uebrigens lassen sich Aehnlichkeiten des Empfindens bei den Einzelnen nicht nur in Verbindung mit großen Massen, sondern auch unter anderen Begleiterscheinungen leicht feststellen, wodurch immer wieder zum Ausdruck kommt, daß ungeachtet aller Verschiedenheiten der Menschen untereinander, doch gewisse gemeinsame Grundinstinkte bei ihnen vorhanden sind. So ruft erzwungene Einsamkeit, ebenso wie erzwungene Gesellschaft bei verschiedenen Einzelwesen ähnliche Gemütsbewegungen hervor, die in vielen Fällen sogar dieselben Handlungen zur Folge haben können. Dasselbe läßt sich bei verschiedenen Krankheitserscheinungen, bei sexueller Erregung und hundert anderen Gelegenheiten beobachten.

Man kann daher im besten Falle immer nur von einer Individualpsychologie sprechen, da ja nur beim Einzelwesen die physiologischen Voraussetzungen für Gemütsbewegungen irgendwelcher Art und Eindrücke geistiger Natur vorhanden sind, nicht aber bei abstrakten Wesenheiten wie Staat, Masse, Nation oder Rasse. Wir können uns die Entstehung eines Gedankens ohne

die Funktionen der Gehirnorgane oder Gefühlseindrücke ohne Nervensystem ebensowenig vorstellen, wie den Verdauungsprozeß ohne die dazu gehörigen Organe. Allein die Anhänger der Kollektivpsychologien nehmen an solchen Kleinigkeiten keinen Anstoß und generalisieren lustig drauflos. Was dabei herauskommt, ist zwar manchmal sehr geistvoll konstruiert, aber sehr wenig überzeugend.

Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse, Nation oder Rasse entscheidet noch lange nicht über das gesamte Denken und Fühlen des Einzelwesens; ebensowenig läßt sich aus der Denkweise oder Charakterveranlagung Einzelner der Wesensinhalt einer Nation, Rasse oder Klasse herausdestillieren. Jedes größere gesellschaftliche Gebilde umfaßt Menschen mit allen nur denkbaren Charaktereigenschaften, Geistesanlagen und praktischen Betätigungen. Zwischen den Menschen, die einem solchen Gebilde angehören, besteht in vielen Fällen ein gewisses Verwandtschaftsgefühl, das dem Einzelwesen zwar nicht angeboren, wohl aber anerzogen wird; doch für die Beurteilung des Ganzen hat dies wenig Bedeutung. Dasselbe gilt auch für gewisse Aehnlichkeiten physischer und geistiger Art, welche durch die äußeren Bedingungen der Umwelt verursacht werden. In jedem Falle treten die besonderen Anlagen des Einzelwesens in seiner ganzen Entwicklung stärker hervor wie alle äußeren Einflüsse. Das hatte übrigens Schopenhauer bereits sehr klar erkannt, wenn er schreibt:

„Uebrigens überwiegt die Individualität bei weitem die Nationalität, und in einem gegebenen Menschen verdient jene tausendmal mehr Berücksichtigung als diese. Dem Nationalcharakter wird, da er von der Menge redet, nie viel Gutes ehrlicherweise nachzurühmen sein. Vielmehr erscheint nur die menschliche Beschränktheit, Verkehrtheit und Schlechtigkeit in jedem Lande in einer anderen Form, und dieses nennt man den Nationalcharakter. Von einem derselben angeekelt, loben wir den andern, bis es uns mit ihm ebenso ergangen ist. — Jede Nation spottet über die anderen, und alle haben Recht.“

Was Schopenhauer hier über die Nationalität und den Nationalcharakter sagt, läßt sich ohne weiteres auf alle ähnlichen Kollektivbegriffe anwenden. Dazu kommt noch, daß die Eigenschaften, welche die „Psychologen der Menge“ ihren Allgemeinheiten beilegen und andichten, selten der Wirklichkeit entsprechen; sie sind stets das Ergebnis persönlicher Wünsche und demgemäß nur als Phantasiegebilde zu bewerten. Die Rasse oder Nation, deren Charakterqualitäten der Rassen- oder Völkerpsychologie zu ergründen sucht, wird stets dem Bilde entsprechen, das sich dieser gerade von ihnen macht. Je nach der Sympathie oder Antipathie, die er ihnen in einem gegebenen Moment entgegenbringt, wird die Nation oder Rasse genial, ritterlich, treu, idealistisch, redlich oder geistig minderwertig, berechnend, treulos, materialistisch und verräterisch sein. Auch wenn er sich noch so viel Mühe gibt, gerecht zu bleiben oder wenigstens den Schein zu wahren, wird bei ihm der

Wunsch stets der Vater des Gedankens sein. Doch nicht immer gibt man sich die Mühe, gerecht zu bleiben. Man vergleiche die verschiedenen Werturteile, die während des vergangenen Weltkrieges von Angehörigen der einen Nation gegen solche anderer Nationen gefällt wurden, und man wird sich über die Bedeutung solcher Ein- und Abschätzungen keinen Illusionen mehr hingeben. Der Eindruck wäre noch niederschmetternder, wenn man dabei auch Werturteile aus früheren Perioden vergleichsweise mit heranziehen würde, um sie den späteren gegenüberzustellen. Etwa den Hymnus des französischen Romantikers Victor Hugo auf die deutschen Völker oder die Ode des englischen Dichters Thomas Campbell „An die Deutschen“, und als Gegenstück dazu die späteren Ergüsse nationalistischer Zeitgenossen beider Länder gegen dieselben Deutschen. Man würde dabei ein Bild erhalten, das auch den Unbefangenen nachdenklich stimmen müßte.

Wenn hier von Engländern und Franzosen die Rede ist, so soll damit keineswegs gesagt werden, daß es um die Deutschen besser bestellt sei. Man lese die Herzensergüsse deutscher Rassentheoretiker der allerjüngsten Vergangenheit über die angebliche Minderwertigkeit und die „dumpfe Seele“ jener Völker, in deren Adern kein „nordisches Blut“ rollt, und man begreift ohne weiteres die Maxime Nietzsches: „mit keinem Menschen umgehen, der an dem verlogenen Rassenschwindel einen Anteil hat“.

Der englische Philosoph David Hume kannte seine Leute, als er sagte: „Wenn unsere Nation mit einer anderen in Krieg verwickelt ist, so verabscheuen wir letztere, nennen sie grausam, treulos, ungerecht und gewalttätig, uns selbst aber und unsere Alliierten halten wir für billig, mäßig und gelinde — unsere Verrätereien nennen wir Klugheit, unsere Grausamkeit notwendig. Kurz, jeden Fehler suchen wir zu verkleinern oder würdigen ihn des Namens derjenigen Tugend, die ihm naheliegt.“

Wie Urteile über die eigne Nation und andere zustande kommen, darüber nur ein Beispiel aus jener „großen Zeit der Lüge“, die hirnverbrannte Tröpfe als „Stahlbad der Völkerverjüngung“ gefeiert haben. So gab der „Popolo d'Italia“, das Organ des späteren Diktators Mussolini, über die Rumänen, ehe diese in den Krieg eintraten und sich auf die Seite der Alliierten stellten, folgendes liebenswürdiges Urteil über sie zum besten:

„Man höre doch endlich auf, die Rumänen unsere Schwesternation zu nennen. Es sind keine Romanen, wenngleich sie sich mit diesem edlen Namen zieren. Es ist ein Gemisch von den barbarischen Urvölkern, die von den Römern unterjocht wurden, mit Slaven, Petschenegen, Chazaren, Avaren, Tataren, Mongolen, Hunnen, Türken und Griechen, und da kann man sich leicht denken, was für ein Lumpenpack dabei herauskam. Der Rumäne ist noch heute ein Barbar und minderwertiges Individuum, das nur zum allgemeinen Gespött der Franzosen die Pariser nachläßt und gern im Trüben fischt, wo keine Gefahr ist, der es möglichst aus dem Wege geht. Das zeigte er schon 1913.“

Kaum aber war Rumänien in den Krieg eingetreten, und zwar auf der Seite der Alliierten, so schrieb dieselbe Zeitung Mussolinis:

„Die Rumänen haben jetzt auf das Glänzendste bewiesen, daß sie würdige Söhne der alten Römer sind, von denen sie ebenso abstammen wie wir selbst. Es sind also unsere nächsten Brüder, die jetzt mit dem ihnen eigenem Mute und Entschlossenheit sich dem Kampfe der lateinischen und slavischen Rasse gegen die germanische anschließen, mit anderen Worten, dem Kampf für Freiheit, Kultur und Recht gegen preußische Tyrannei, Willkürherrschaft, Barbarei und Selbstsucht. So wie die Rumänen 1877 gezeigt haben, was sie an der Seite unserer tapferen russischen Bundesgenossen gegen türkische Barbarei zu leisten vermochten, so werden sie auch jetzt mit denselben Bundesgenossen gegen österreichisch-ungarisch-deutsche Barbarei und Unkultur ihr scharfes Schwert in die Wagschale werfen und diese zum Sinken bringen. Es war ja gar nicht anders zu erwarten von einem Volke, das die Ehre hat, der lateinischen Rasse anzugehören, die einst die Welt beherrschte.“

Es wäre eine dankbare Aufgabe, die Werturteile, die während des Weltkrieges über die verschiedenen Nationen gefällt wurden, sorgfältig zu sammeln und einander gegenüberzustellen. Eine Sammlung dieser Art würde besseres Zeugnis ablegen für den geistigen und moralischen Tiefstand unserer Epoche, wie alle Kommentare der Geschichtsschreiber.

Man nehme einmal Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ zur Hand, die heute von Nationalgesinnten wieder herangezogen werden, und man wird sich überzeugen können, wie auch bedeutende Geister denselben Täuschungen unterliegen. Dabei soll billigerweise durchaus nicht verkannt werden, daß Fichtes Reden auf einer ungleich höheren Warte stehen, wie die seichten Elaborate des modernen Nationalismus und vielfach Ideen enthalten, die man bei den heutigen Trägern des „nationalen Gedankens“ vergeblich suchen würde. Aber nicht darauf kommt es an, sondern auf die Methode, die der Denker Fichte angewendet hat, um sich seine Begriffe über das Deutschtum zurechtzumischen.

Als Fichte sich anschickte, seine besonderen Anschauungen über das, was er als „deutsch“ empfand und das, was seiner Meinung nach dem deutschen Geist zuwiderläuft, erkenntnisgemäß zusammenzufassen, gab er dabei lediglich den Ideen Ausdruck, die seinem System des philosophischen Idealismus zugrunde lagen. Sein Deutschtum war nur die geistige Verkörperung des Ideals, das er sich selbst von den Deutschen zurechtgelegt hatte; es war seine ureigene Schöpfung und trug alle Merkmale der philosophischen Retorte an sich, in der es gebraut wurde. Das zeigt sich am besten an jenen Stellen seiner Reden, deren Spitzen gegen seinen philosophischen Gegner Hegel gerichtet sind, dessen Gedankengänge er kurzerhand als „undeutsch“ abtut.

Was aber Fichte, außer seinen besonderen philosophischen Ideen, den Deutschen sonst noch angedichtet hat, sind Eigenschaften, die man bei jedem

Volke wiederfindet und für die es kein besonderes Monopol gibt. Auch seine Vorstellung von der angeblichen „historischen Sendung“ der Deutschen ist letzten Endes nicht mehr wie ein frommer Wunsch, eine Lieblingsillusion die schließlich keine größere Bedeutung beanspruchen kann, wie die „göttlichen Missionen“ Bossuets, die den Völkern angeblich voraus bestimmt sind, um die Absichten Gottes zur Ausführung zu bringen.

Sieht man von jenen Verschiedenheiten ab, welche durch die natürliche Umwelt, das heißt, durch Klima, Bodenbeschaffenheit und Einflüsse ähnlicher Art bedingt sind, und die sich in den meisten Fällen auch innerhalb derselben Nation bemerkbar machen, so läßt sich schwer feststellen, ob zwischen Nationen als solchen überhaupt nennenswerte Unterschiede vorhanden sind. In den meisten Fällen laufen diese sogenannten Unterschiede lediglich auf anerzogene Vorurteile hinaus.

R. Rocker.

An den Frauenausschuß für Maria Spiridonowa

z. H. Genossin Hanna Kosterlitz.

Mit großer Genugtuung nahm ich Kenntnis von der Initiative ausgezeichnete und um die Kultur der Gegenwart hochverdienter Frauen, zur Hilfe für Maria Spiridonowa und der übrigen von der bolschewistischen Regierung verfolgten russischen Revolutionärinnen aufzurufen.

Das Streben der in Sowjet-Rußland allein herrschenden Parteigruppe, die Erfolge der Revolution von 1917 zu erhalten und im Sinne des Sozialismus auszubauen, soll nicht bestritten werden. Aber das Recht dieser Machtgruppe, es guten Revolutionären zu bestreiten, die nichts getan haben, als daß sie ihrer im Oktobergeschehen bewährten sozialistischen Ueberzeugung ohne Rücksicht auf die veränderte Haltung der Bolschewiki die Treue bewahrt haben, kann von keinem revolutionären Standpunkt aus anerkannt werden. Niemand ist im Alleinbesitz der Wahrheit. Aller Fortschritt, zumal beim Aufbau einer neuen Gesellschaft an Stelle einer von Arbeitern und Bauern in Empörung zerschlagenen, kann nur gelingen, wenn jede ehrliche revolutionäre Meinung zu Worte und zur Geltung kommt und die Entscheidung über die Zukunft des Landes seinen arbeitenden Kräften selbst überlassen wird. Die Verfolgung, Verbannung, Einkerkelung, Emigration guter revolutionärer Genossen durch einen Klüngel, der sich als Regierungsmacht über die Organe der Schaffenden, die Sowjets gesetzt hat, die Behandlung aktiver Kräfte der Revolution, als ob sie Konterrevolutionäre werden, ihre Verleumdung, Peinigung und physische wie moralische Vernichtung ist kein Dienst an der Revolution, sondern ist Unterordnung der Revolution unter das Machtbedürfnis um ihre Herrschaft bangender oder sich für unfehlbar haltender Personen.

Bis jetzt war jeder Appell an das moralische und revolutionäre Gewissen der russischen Gewalthaber, die furchtbare Politik der polizeilichen Unterdrückung des freien Rätegedankens aufzugeben und den linken

Sozialrevolutionären, Anarchisten, Maximalisten, Anarchosyndikalisten, Arbeiteroppositionellen und Linksbolschewiken die Freiheit der Personen und der Meinungsäußerung zu gewähren, vergeblich und wurde mit Schmähungen, Verleumdungen und vermehrten Verfolgungen beantwortet. Die Einkerkung und administrative Verurteilung des italienischen Anarchisten Ghezzi, der das Asylrecht Rußlands vor den Verfolgungen des Faschismus in Anspruch genommen hatte, ist ein Glied in der langen Kette ähnlicher Verbrechen an der Solidarität der internationalen Arbeiterschaft. Die Mißhandlung der großen Revolutionärin Maria Spiridonowa, der Genossin Kachowskaja und vieler anderer der Sache des Proletariats und der Revolution heilig ergebener Kämpferinnen und Kämpfer, ungeachtet ihrer Opfer und Leiden um der gemeinsamen Sache des russischen Volkes willen wird vor der Geschichte nicht deren Ruhm verkleinern, sondern den ihrer Qualgeister verderben.

Vielleicht wird das noble Bekenntnis unbefangener urteilender Frauen zu ihren in Rußland duldenden, im Kampf um die Revolution verwundeten Schwestern das Gewissen aller freiheitlich empfindenden Menschen zu einem Protest aufrütteln, der auf die Dauer auch nicht von den bolschewistischen Oligarchen überhört werden kann. Sie selbst hätten keinen Schaden davon. Die Revolutionäre der Welt würden beginnen, mit ihnen in kameradschaftlicher Sachlichkeit die schweren Probleme des sozialistischen Aufbaues zu diskutieren. Solange sie selber aber jede Diskussion mit den ihnen nicht gehorsamen Oktober-Kämpfern mit den Mitteln staatlicher Schergen- und Büttelgewalt ersticken, sind sie es, die der Auseinandersetzung die Formen des Kampfes aufzwingen.

Ich wünsche dem Frauenausschuß für Maria Spiridonowa die Unterstützung aller der revolutionären Sache Sowjet-Rußlands in Wahrheit ergebenden Männer und Frauen. Reinheit des Willens und Ausdauer im Kampfe wird ihm den erstrebten Erfolg sichern.

Erich Mühsam.

Revolutionäre Kleinarbeit

Die anarchistische Bewegung im besonderen in Deutschland leidet offensichtlich unter dem Zustande organisatorischer und agitatorischer Isoliertheit. Wenn uns bei den seltenen Anlässen unseres Hervortretens an die Öffentlichkeit von den Arbeitern immer und immer wieder vorwurfsvoll die Frage gestellt wird: wo seid ihr denn, warum hört und sieht man von euch so wenig, — so geschieht das nicht ganz ohne Berechtigung.

Wir sind im Besitze einer grandiosen, weltumspannenden Idee, vermögen aber nicht ihre Auslegungen und Einzelheiten in genügendem Maße propagandistisch zu verbreiten. Was nützt uns eine Galerie großer und hingebungsvoller Theoretiker und Vorkämpfer, wenn der Geist ihres Wirkens in der heutigen und den kommenden Generationen keinen Widerhall findet.

Die Bevölkerung weiß vom Anarchismus gerade soviel, wie ihr die staatserhaltenden und gegnerischen Kräfte im entstellenden Sinne mitzuteilen beliebt. Wir sind mit unseren Zeitungs- und Literaturunternehmungen

gen, infolge der geringfügigen Verbreitung, nahezu machtlos gegenüber dem gewaltigen Beeinflussungs- und Machtapparat der konträren Kräfte. Durch die bloße Feststellung dieses Zustandes wird freilich nicht das geringste geändert.

Daß uns vielleicht außergewöhnliche Kräfte sozusagen von oben herab zu Hilfe kommen werden, kann niemand erwarten, der nicht gerade heilsgläubig ist. Nein, die Möglichkeiten fortschreitender und erfolgreicher Arbeit für den Anarchismus sind nur in uns selbst zu suchen und zu entwickeln. Auf der verstärkten Tätigkeit des einzelnen wird sich in gemeinsamer Zusammenarbeit der Fortschritt der Gruppen und darüber hinaus der Gesamtbewegung aufbauen.

Revolutionäre Kleinarbeit muß die Losung der Stunde sein. Emsiger Zeitungs- und Broschürenvertrieb, die geistige Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern, Diskussion bei jeder nur denkbaren Gelegenheit, emsige Haus- und Hofpropaganda, — das und viele andere ausnutzbare Möglichkeiten wird uns in den Brennpunkt des Arbeiterinteresses setzen. Die Rezepte solchen Arbeitens können freilich nicht theoretisch bis ins kleinste dargelegt werden. Anfangen und ausharren, — das ist alles!

Der Anarchismus darf keine Feierabendsbeschäftigung sein, sondern eine im täglichen Kleinkampf erhärtete und propagierte Weltanschauung.

G.

Aus der anarchistischen Bewegung in Polen

Dem Büro der IAA. ging von der anarchistischen Organisation in Warschau ein Schreiben zu, das ein bezeichnendes Licht auf die Methoden der Kommunisten den Revolutionären anderer Richtungen gegenüber wirft. Da die polnischen Kameraden wünschen, diese Tatsachen den Genossen in allen Ländern bekanntzugeben, bringen wir ihren Bericht hier zum Abdruck:

Zwei unserer polnischen Genossen, Jan Umansky, 21 Jahre alt, und Hirsch Weidling, 24 Jahre alt, wurden im Jahre 1929 als Mitglieder der „Anarchistischen Föderation Polens“ des Hochverrats beschuldigt und der erste zu fünf, der zweite zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Bis nicht lang zurück verbüßte Umansky seine Strafe im Gefängnis zu Tarnow und Weidling im Gefängnis zu Krakau. Letzthin aber wurden die beiden revolutionären Anarchisten in das Strafgefängnis von Teschen (Schlesien) überführt und in eine gemeinsame Zelle mit den dortigen kommunistischen Gefangenen gesperrt. Unsere beide Genossen wendeten sich bald an den Rat

der Gefängnis-Kommune mit dem Wunsche, dieser beizutreten, sie bekamen jedoch eine Antwort, die sie in Erstaunen setzte. Man erklärte ihnen nämlich, **daß Anarchisten nicht als politische Gefangene zu betrachten seien und folglich keinen Anspruch darauf hätten, Mitglieder der Gefängnis-Kommune werden zu können.**

Dank der „revolutionären Solidarität“ der Kommunisten wurden unsere Genossen außerhalb der übrigen politischen Gefangenen gestellt und der Willkür der Gefängnisverwaltung schutzlos preisgegeben.

Diese Handlung der Teschener kommunistischen Gefangenen bleibt ein Schandfleck, der auf die gesamte kommunistische Bewegung Polens fällt, denn nur die wahnsinnige Hetze gegen die anarchistischen Kameraden, deren sich die Kommunisten in unserem Lande befleißigen, konnte solche Blüten zeitigen. Es ist dies ein bisher unerhörter Fall in der Geschichte der revolutionären Bewegungen aller Zeiten. Die Gefängnis-Kommune, die eine Institution gegenseitiger Hilfe für alle revolutionären Gefangenen sein sollte, wurde durch die kommunistische Praxis in eine Filiale der kommunistischen Parteibonzen verwandelt. Die Verweigerung der elementarsten Solidarität durch die Kommunisten Menschen gegenüber, die für ihre revolutionäre und antistaatliche Tätigkeit durch die faschistische Regierung Polens zu Gefängnis verurteilt wurden, wirft ein krasses Licht auf die Kampfmethoden der Kommunisten. Diese schändliche Handlung wird sicher im Herzen jedes klassenbewußten Arbeiters und aufrichtigen Revolutionärs eine scharfe Verurteilung und ein Gefühl des Ekels hervorrufen.

Polen ist heute sicher eines der reaktionärsten Länder Europas. Jede revolutionäre und freiheitliche Bewegung ist den bittersten Verfolgungen ausgesetzt. Von einer Presse- und Redefreiheit, deren sich die meisten übrigen Länder Europas erfreuen, ist bei uns überhaupt keine Rede. Selbst wenn man eine Zeitung oder irgend eine Druckschrift revolutionären Charakters legal erscheinen läßt und diese nicht durch die Regierung beschlagnahmt werden, wird dem verantwortlichen Verleger der Prozeß gemacht. Es ist daher klar, daß es in Polen nur eine ganz beschränkte Anzahl theoretischer Schriften freiheitlichen Charakters geben kann. Trotzdem sind wir imstande gewesen, auch in dieser Richtung zu wirken.

Von 1922 bis 1925 sind in polnischer Sprache folgende Schriften erschienen: Von Kropotkin „Die gegenseitige Hilfe“, „Die große französische Revolution“, „Die Eroberung des Brotes“ und der Aufruf „An die jungen Leute“.

Letzthin haben wir die folgenden Schriften herausgegeben, die alle 1929 erschienen sind: R. Rocker, „Führt die Rationalisierung der Industrie zum Sozialismus?“, P. Kropotkin, „Die moderne Ethik“, R. Rocker, „Föderalismus und Zentralismus“ und von Kropotkin noch „Gemeinschaftlichkeit und freiheitlicher Sozialismus“, „Der anarchistische Kommunismus“

und eine Neuauflage von „An die jungen Leute“. Es ist zu hoffen, daß diese Schriften viel zur Verbreitung des anarchistischen Gedankens in Polen beitragen werden.

Der Kongreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation

Der IV. Kongreß der IAA. wird im Herbst dieses Jahres in Madrid stattfinden. Die spanische Regierung hat die Erklärung abgegeben, daß sie der Abhaltung des Kongresses keine Schwierigkeiten in den Weg legen wird. Bei dem mächtigen Aufschwung, den die anarchistische und syndikalistische Bewegung seit dem Fall der Diktatur genommen hat, wird dieser Kongreß von ganz besonderer Bedeutung sein.

Die provisorische Tagesordnung des Kongresses lautet wie folgt:

1. Die internationale Reorganisation des Syndikalismus.
2. Die IAA. und die beiden anderen Internationalen.
3. Das Problem der Landfrage.
4. Die Gefahren der nationalistischen Ideologie für den Befreiungskampf des internationalen Proletariats.
5. Die Stellung des revolutionären Syndikalismus zur bürgerlichen Demokratie.
6. Die Erwerbslosigkeit und der Sechsstundentag.
7. Der Kampf gegen die politische und religiöse Reaktion.
8. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Vorbereitung neuer Kriege.

**Bezieht Eure Bücher durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**

**Der Buchhändlergewinn
fließt in den Pressefond**

Aufruf zur Abonnementserneuerung!

Dieses Heft beschließt den 4. Jahrgang des FANAL.

Die Erneuerung des Abonnements wird daher **dringend** in Erinnerung gebracht. — Einzahlungen auf Postscheck Erich Mühsam, Berlin 824 19. — Bezugsbedingungen wie bisher. (Näheres an der Spitze des Heftes.)

Die Herstellung eines ausführlichen **Sach- und Namenregisters** sowie einer **Einbanddecke** für den abgeschlossenen 4. Jahrgang ist nur möglich, wenn eine genügend große Anzahl von Vorherbestellungen einläuft.

Wir appellieren deshalb an die Leser, **sofort** Bestellungen vorzunehmen und, wenn irgend möglich, den Betrag hierfür einzusenden. Der Preis dürfte, wie im Vorjahr, für die Einbanddecke M. 2,—, für das Register 25 Pfennig betragen.

Freunde!

Genossen!

Leser!

FANAL hatte in diesem Jahre mit unerhörten Schwierigkeiten zu kämpfen. Die steigende wirtschaftliche Depression zwang viele unserer Genossen und Leser das Blatt abzubestellen. Der dadurch entstehende Ausfall an Abonnementsgeldern mußte durch Sammlung freiwilliger Beiträge und persönliche Opfer ausgeglichen werden. Wie der derzeitigen Notlage des Blattes abgeholfen werden könnte, wurde eindringlich genug in den Aufrufen in Heft 5 und 10 dieses Jahrganges dargelegt. Nichtsdestoweniger sei hier noch einmal darauf hingewiesen, daß wirkliche Hilfe dem FANAL nur durch eine radikale Absatzsteigerung gebracht werden kann!

Es handelt sich um den Bestand der einzigen anarchistischen gesellschaftskritischen Revue in Deutschland. Darum:

Sofortige Erneuerung des Abonnements!

Veranlaßt den Mehrbezug durch die Gruppen!

Gebt uns Adressenmaterial zwecks Belieferung mit Probenummern!

Benutzt FANAL-Abonnements für Geschenkzwecke!

Organisiert vor allem den öffentlichen Vertrieb durch Buch- und Zeitungshändler!

Sammet!

Werbt!

Helft!

Schafft für FANAL die ihm gebührende Verbreitung!

ANARCHISTISCHE VEREINIGUNG BERLIN

GENOSSEN !

Beteiligt euch alle an den
Maßnahmen der Anarchistischen
Vereinigung gegen den parla-
mentarischen Schwindel!
Kommt zu den

Gruppenabenden

jeden Donnerstag, 19^{1/2} Uhr,
in Neukölln, Lokal Köhler,
Ziethenstraße 64

Anteilnahme und aktive Mitarbeit eines jeden Ge-
nossen und Sympathisierenden ist vonnöten!

Für den Presse-Fond im August folgende Eingänge :

A. Schönfelder, Berlin W	M. 1,50
E. Sewekow, Berlin	M. 5,—
Anarch. Vereinigung, Berlin	M. 19,—
E. Rieger, Berlin	M. 3,—
M. Dankwart, Berlin	M. 2,50
A. Koch, Homberg	M. 2,—
J. Majer, Tübingen	M. 4,—
durch O. Kohl, Dresden (Sml. Nr. 12)	M. 20,65
Dr. E. Blos, Karlsruhe	M. 15,—
A. Ihlau, Berlin-Bohnsdorf	M. 5,—
durch G. Krüger, Velten	M. 3,—
Dr. Friedeberg, Bad Kudowa	M. 40,—
durch G. Korn, Gotha	M. 4,50
durch Schmidt, Mörfelden	M. 4,50
J. Ern, Wiesbaden	M. 2,—

Bücher und Schriften

VON
ERICH MUHSAM

JUDAS

Arbeiter-Drama in 5 Akten
Malik-Verlag, Berlin

Preis: brosch. 1,60 Mk. geb. 2,40 Mk.

BRENNENDE ERDE

Verse eines Kämpfers
Verlag Gildefreihätlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 1,— Mk. geb. 2,— Mk.

ALARM

Manifeste aus 20 Jahren
Verlag „Syndikalist“, Berlin

Preis: geb. 1,80 Mk.

STAATSRÄSON

Ein Denkmal für Sacco und Vanzetti
Verlag Gildefreihätlicher Bücherfreunde, Berlin

Preis: brosch. 0,80 Mk. geb. 1,50 Mk.

SAMMLUNG

Auswahl aus dem dichterischen
Werk 1898—1928

I. M. Spaeth Verlag, Berlin

Preis: brosch. 5,50 Mk. geb. 8,— Mk.

VON EISNER BIS LEVINÉ

Persönlicher Rechenschaftsbericht über die
Revolutionsereignisse in München
FANAL-Verlag, Berlin-Britz

Preis: 0,90 Mk.

**Bezieht Bücher jeder Art durch die
Geschäftsstelle des FANAL!**